

Vergangenheitspolitik im Prozess der Demokratisierung Guatemalas (1990-2007)

Dissertation

Zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie
(Dr. phil)



vorgelegt der
Universität Hamburg

Fachbereich Sozialwissenschaften
Institut für Politische Wissenschaft

Dirk Bornschein

Erstprüfer: Prof. Detlef Nolte
Zweitprüfer: Prof. Cord Jakobkeit

Datum der Verteidigung: 15.07.2009

Fotos auf der Umschlagseite:
Daniel Hernández (© Swisspeace)

Über den Autor:

Dirk Bornschein ist in Politikwissenschaft und Journalismus ausgebildet. Wenige Jahre nach seiner Ausbildung ging er für 13 Jahre nach Lateinamerika, wo er in Mexiko und Guatemala als Korrespondent und dann in Guatemala als Referent einer deutschen politischen Stiftung arbeitete. Nach Tätigkeiten in politischer Bildung und Moderation, Beratung in politischer Kommunikation und politischen Analysen kehrte er mit einem selbst entwickelten Forschungsprojekt wieder in die Politikwissenschaft zurück.

Kontakt: bornscheindirk@yahoo.de

*Meinem Vater,
ein Kind seiner Zeit,
... mit der er unterging.*

Vorwort

Jetzt und an dieser Stelle ist der Moment, um einige persönliche Worte zu sagen, zu mir, der Forschung, ihren Arbeitsbedingungen, aber auch zu den Menschen, die mit mir gesprochen haben und nicht selten damit die Hoffnung verbunden, ihre Wahrheit veröffentlicht zu sehen.

Der vorliegende Text ist das Ergebnis einer Promotionsarbeit, also einer jener mehr oder weniger großen Vorhaben, denen meine Schicksalsgenossen und ich jeweils Jahre gewidmet haben. So kann es nicht verwundern, dass ein innerer Impuls nicht wissenschaftliche Worte eigentlich möglichst unterdrücken will. Aber da ist auch ein anderer Impuls, einer der einfach „gesagt“ werden will oder vielleicht sogar muss, findet der wissenschaftliche Versuch doch letztlich in einem nur zu persönlichen Rahmen statt. Dies gilt – so denke ich – zumindest ebenso sehr in meinem Fall. Denn die Umstände unter denen meine Arbeit ablief, die hatten ihre Besonderheiten, mit den ihnen entsprechend eigenen Konsequenzen für den Verlauf und die Struktur des Endergebnisses.

Ich habe während der gesamten Zeit der Forschung in Guatemala gelebt. Mehr noch, schon seit 1998 war ich dort journalistisch und dann für eine politische Stiftung tätig gewesen. Das hat sicher auch damit zu tun, dass ich mit einer gebürtigen Guatemaltekin verheiratet bin. Die letztendliche Entscheidung zugunsten einer Promotion zu dem eben hier vorliegenden Thema war gleichzeitig eine, mit der ich den Ehrgeiz verband, einen Beitrag zur nationalen Diskussion in Guatemala zu leisten und einen Lebensabschnitt mit dem Gefühl tiefen Verstehens abschließen zu wollen.

Dieser Weg bleibt aber logischerweise nicht ohne Folgen für den Ablauf und das Ergebnis der Arbeit. Eine Forschung, die Stoff für weitere Diskussionen zur Vergangenheitspolitik bieten will, die sollte sich im Rahmen der vorgegeben Ziele selber beschränken. So verlangt es wohl die internationale, in diesem Fall deutsche Sicht. Eine Arbeit aber, die vor allem auch nationalen (guatemaltekkischen) Ansprüchen gerecht werden will, in dem sie den Bürgern vor dem Hintergrund des Kampfes um die Geschichte die Breite und Komplexität des Phänomens der Vergangenheitspolitik näher bringen will, die neigt notwendigerweise dazu, die Zahl der Verflechtungen zu multiplizieren sowie immer neue Beweise für ähnliche Phänomene zu finden. Das muss auch deshalb überraschen, weil der Aufenthalt Internationaler im fernen Forschungsland in den meisten Fällen begrenzt ist. So grenzt man dann nach ausführlichem theoretischem Rahmen automatisch die empirische Arbeit ein.

So lebte ich denn viele Monate in einem gefühlten Spannungsfeld: dem zwischen empirischer Breite und Klarheit auf der einen Seite und der theoretischen

schen Weite und begrenzten Klarheit auf der anderen. Der dem Leser hier vorliegende Text soll einen Kompromiss darstellen, nicht zu komplex, aber auch nicht zu simpel und schematisch, um nur theoretisch verwertbare Ergebnisse zu finden. Kurz gesagt habe ich versucht, als zugereister Deutscher mit sehr langer Guatemala-Erfahrung aus der Halbdistanz eine guatemalteckische Forschung mit hohem empirischem Gehalt zu schreiben, die anderen nationalen Arbeiten als Ergänzung dient. Ihr theoretischer Gehalt soll sowohl dazu dienen, die Erkenntnisebene für den nationalen Leser anzuheben, ihm in gewisser Weise einen klärenden Spiegel vorzuhalten, als auch einen Beitrag zur abstrakten, theoretischen Diskussion der Politikwissenschaft zu leisten. Die Theorie ist in erster Linie dem praktischen Zweck unterworfen, bevor sie dann für sich steht. Ob der deutsche Leser diesen Spagat wohl als gelungen ansehen kann? Jeder wird das für sich und nach seinen Bedürfnissen und Erwartungen beantworten.

Doch nicht nur die lange Zeit in dem Forschungsland selber, finde ich erwähnen zu müssen. Da ist noch etwas anderes. Trotz aller Bemühungen und Fortschritte, Guatemala ist noch immer ein innerlich zerrissenes Land, mit ethnischen, religiösen und historisch-ideologischen Bruchstellen, mit solchen zwischen Stadt und Land und anderen zwischen ganz oben und ganz unten, die auch der blutige Krieg nicht hat lösen können. Noch vor wenigen Jahren war es darum schwierig, offene Gespräche zu führen. Ist es das nicht mehr, so frage ich mich in diesem Moment selber? Nun, nach ersten Interviews im Jahre 2003 gewann ich ein Gefühl für das, was wie gefragt werden kann und was indirekt aus Ersatzfragen erschlossen werden konnte. Man könnte dies als Selbstbeschränkung verstehen, aber letztlich habe ich in nach den Gesprächen mit meinen mehr als 200 Interviewpartnern das Gefühl gehabt, wiederkommen zu können. In vielen Fällen habe ich davon Gebrauch gemacht. Einen früher journalistisch verlangenden, suchenden und nach Effizienz ausgerichteten Interviewstil hatte ich für diese Arbeit zugunsten einer eher neugierig engagierten Gesprächsführung aufzugeben, die den Interviewten etwas mehr Raum gibt. Konsequenz: das Verhältnis wurde oftmals nicht nur entspannter, sondern vor allem menschlicher.

Wie kann man dem eigenen Anspruch und Thema gerecht werden, ohne die Antworten des oder der Interviewpartnerin in ihrem neuen Kontext indirekt zu werten. Ursprünglich ein Gegner der so vielfach üblichen Danksagungen gilt mein persönliches und ehrliches „danke schön“ darum all’ denen, die ihre Meinungen denn überhaupt un- oder zumindest nicht vollkommen verschlüsselt zum Ausdruck gebracht haben. Zu konfrontativ ist das Gesprächsklima in Guatemala noch immer, vor allem zum Thema der Vergangenheit. Im guatemalteckischen Spanisch wird dafür oftmals das Bild vom „Dialog der Tauben“ bemüht.

Ein im Allgemeinen entspanntes Verhältnis hat aber noch andere Folgen: die erhebliche Menge an Aufnahmen. Nicht nur die unüblich hohe Zahl der Interviews hat die Materialmenge emporschnellen lassen. Eben auch der Fragestil war breit und umfassend angelegt, war ich doch neugierig, die Denkweise und Perzeptionen des Interviewpartners auf vielen Wegen zu erkunden.

Außerdem – so denke ich – hat mir die der Forschung zugrundeliegende Methode keine andere Wahl gelassen. Die Politikfeldanalyse impliziert Fragen nach subjektiven Eindrücken, die die Interviewpartner meist unbewusst zurückweisen. Konsequenz: Werte und Einstellungen gilt es aus hilfswisen und zusätzlichen Themen zu erschließen, die die Fülle der Materialien noch einmal erhöht. Und schließlich sind dann auch noch die üblichen Irrungen und Wirrungen als Probleme zu erwähnen, die auch schon vor mir zum Alltag unzähliger Promotionsarbeiten gehörten.

Zu guter Letzt möchte ich auf die Fälle hinweisen, bei denen mir Informationen unter dem Mantel der Verschwiegenheit gegeben wurden. Nicht etwa, dass mein Thema auf der Suche nach Wahrheiten oder gar Geheimnissen war. In meiner Arbeit kam es vielmehr auf das Wie und Warum von politischem Handeln an. Dennoch, es gab einige Fälle, in denen meine Gegenüber sich und ihre Karriere schützen wollten oder eben die der Person, über die gesprochen wurde. Mir ist es wichtig, dies tatsächlich zu respektieren. Aber so mancher Interviewpartner vergisst „in der Hitze“ des Gesprächs zu sagen, was denn offene und welches die private Information ist. Hoffentlich also interpretiere ich die Zeichen richtig.

Und damit bin ich schließlich an dem Punkt angelangt, der von manchen Wissenschaftlern so unbedingt unterdrückt werden will. Auch ich fand ihn zuvor immer unangenehm und unangemessen. Ich rede von dem Ausdrücken von Gefühlen. Am Ende eines jahrelangen Prozesses, indem ich mich fernab von Deutschland allein mit meinen Sorgen, Ängsten und Gedanken fühlte, stauen die sich unweigerlich.

Einigen Personen möchte ich für ihre Kooperation namentlich danken, nämlich denen, die sich drei Mal oder mehr Zeit genommen haben. In alphabetischer Reihenfolge: Marta Altolaquirre, Rodrigo Asturias (†), Julio Balconi, Carlos Barreda, Orlando Blanco, Ana de Molina, Benjamin Godoy, Edgar Leonel Godoy, Víctor Hugo Godoy, Edgar Gutiérrez, Iduvina Hernández, Javier Hernández, Carmen Aída Ibarra, Rudy Monterroso (†), Gustavo Porras, Claudia Samayoa und Ricardo Stein.

Mein besonderer Dank gilt aber meinen Eltern Ingrid und Klaus Bornschein. Immer wieder hatte sich mein Vater für sein einziges Kind zu unermüdlichen Kopieraktionen an eine deutsche Universität begeben (und dann ab mit der Post oder per e-Mail nach Guatemala) und dann schlich sich der Tod an ihn heran – als das Ende aller Dinge.

Meiner Frau, Vilma Duque, und den Chicos gilt mein abschließendes Wort. Jahrelang habe ich ihre Geduld strapaziert, gerade zuletzt immer mehr. Ich werde einiges gutzumachen haben. Aber da bin ich guter Dinge.

Berlin, Dienstag den 22.11.2008

Inhalt

<i>Vorwort</i>	<i>i</i>
<i>I. Einleitung</i>	<i>01</i>
1. Die Entwicklung des Forschungsthemas	04
2. Der theoretische Rahmen	08
3. Die Methode: Politikfeldanalyse	29
4. Fragestellungen und Hypothesen	32
5. Zum Aufbau	36
<i>II. Geschichte als Urstoff der Vergangenheitsbewältigung: Guatemala zwischen Krieg und Frieden</i>	<i>38</i>
<i>III. Frieden und Vergangenheit: der lange Weg zur Definition ...</i>	<i>69</i>
1. 1983-85: Mejía - Transition ohne Frieden und Menschenrechte	69
2. 1986-90: Cerezo - Frieden als Fortsetzung des Krieges	75
3. 1991-93: Serrano - die Grenzen des Wandels	93
4. 1993-95: De León Carpio - kleine Spielräume, große Schritte:	112
5. 1996: die Verhandlungsdynamik auf der Zielgeraden	135
6. Der lange Weg zur Vergangenheitspolitik: vorläufiges Fazit	153
<i>IV. Demokratie in Guatemala: Ausgangspunkt 1995/96</i>	<i>158</i>
<i>V. Die Sektoren: Weltbilder, Werte, Wahrnehmungen</i>	<i>182</i>
<i>VI. Vergangenheitspolitik im Prozess der Demokratisierung</i>	<i>204</i>
1. 1996: Der Faktor Vergangenheit im Brennglas des Friedens ...	204
2. 1997-1999: Die Regierung Arzú nach dem Frieden	227
3. 2000-2003: Die Regierung Portillo	284
4. 2004-2007: Ein kurzer Blick: die Regierung Berger	361
<i>VII. Analysen und Ergebnisse</i>	<i>390</i>
<i>VIII. Schlussbetrachtungen</i>	<i>432</i>
<i>IX. Anhang</i>	<i>437</i>

<i>Vorwort</i>	<i>i</i>
<i>I. Einleitung</i>	<i>01</i>
1. Die Entwicklung des Forschungsthemas	04
2. Der theoretische Rahmen	08
2.1. Demokratie und Transformation zur Demokratie	09
2.2. Konzepte: Vergangenheitsbewältigung, Aussöhnung	17
2.3. Vergangenheitspolitik in der Transformation zur Demokratie	25
3. Die Methode: Politikfeldanalyse	29
4. Fragestellungen und Hypothesen	32
5. Zum Aufbau	36
<i>II. Geschichte als Urstoff der Vergangenheitsbewältigung: Guatemala zwischen Krieg und Frieden</i>	<i>38</i>
1. Der strukturelle Rahmen: Krieg, Repression, Ursachen ...	40
1.1. Kolonialzeit und Unabhängigkeit (-1944)	41
1.2. Das demokratische Zwischenspiel (1944-54)	43
1.3. Konterrevolution und der erste bewaffnete Konflikt (1954-70) ...	45
1.4. Der Kreislauf beginnt von Neuem und verstärkt sich (1970-80) ..	48
1.5. Krieg und Transition ohne Frieden und Menschenrechte (80-83) .	53
1.6. Zwischenbilanz	55
1.6.1. Die Bilanz der Menschenrechte	59
1.6.2. <i>Exkurs: Die Folgen des Konflikts</i>	64
<i>III. Vergangenheitspolitik: der lange Weg zur Definition</i>	<i>69</i>
1.1983-85: Mejía - Transition ohne Frieden und Menschenrechte	69
2.1986-90: Cerezo - Frieden als Fortsetzung des Krieges	75
2.1. Anpassung: Die These der Nationalen Stabilität	75
2.2. Eine neue Etappe: die Demokratie sucht den Frieden	78
2.3. Die Rolle der Menschenrechte: Perzeption, Aktion, Reaktion	82

2.4. Am Vorabend des Friedensprozesses	85
2.5. Oslo: Frieden als Fortsetzung des Krieges	86
3. 1991-93: Serrano - die Grenzen des Wandels	93
3.1. Die Friedenspolitik in der Wahrnehmung der Akteure	93
3.2. Die Friedenspolitik in der Sackgasse	100
4. 1993-95: De León - kleine Spielräume, große Schritte	112
4.1. Frieden: Wille und Wahrnehmung des inneren Kreises	113
4.2. Demilitarisierung: ein zunächst fruchtloser Versuch	114
4.3. Die Wahrnehmung der Eliten zum Friede.....	115
4.4. Friedensangebot und der neue Friedenprozess	116
4.5. Die zivile COPAZ: Strategie und Taktik	117
4.6. Menschenrechte: Sorgen und Hoffnungen des Militärs	120
4.7. Das Menschenrechtsabkommen: die Verhandlungen	123
4.8. Die Wahrheitskommission: Positionen und Verhandlungen	124
4.9. Reaktionen auf die Kommission für Historische Aufklärung	127
4.10. Das Jahr 1995: die Transition und ihre Grenzen	129
5. 1996: die Verhandlungsdynamik auf der Zielgeraden	135
5.1. Der Frieden neu entdeckt	135
5.2. Das zivil-militärische Verhältnis	137
5.3. Der 1. Höhepunkt: sozio-ökonomische Fragen	139
5.4. Die privaten Treffen: Guerilla und Militär	140
5.5. Der 2. Höhepunkt: die verordnete Demilitarisierung	142
5.6. <i>Exkurs: Erfahrungen mit Interviews als Spiegel der Realität</i>	148
5.7. Der 3. Höhepunkt: die Frage der Amnestie	149
6. Der lange Weg zur Vergangenheitspolitik: vorläufiges Fazit	153
<i>IV. Demokratie in Guatemala: Ausgangspunkt 1995/96</i>	<i>158</i>
1. Rassismus und Ausgrenzung	158
2. Der Abbau des Militärstaats	163
3. Der Umgang mit der Gewalt	164

3.1. Justiz und Menschenrechte	164
3.2. Kriminalität und Justiz	169
4. Ein Maßstab: der frühe Umgang mit der Kriegsgewalt	172
4.1. Der Fall Mack	172
4.2. Der Fall Carpio Nicolle	175
4.3. Der Umgang mit der gewaltsamen Vergangenheit	176
4.4. Die COPREDEH	178
5. Demokratie: Defekte und Einschränkungen	180
<i>V. Die Sektoren: Weltbilder, Werte, Wahrnehmungen</i>	<i>182</i>
1. Militär, Unternehmer und die politische Macht	183
2. Guerilla, Menschenrechte und die Maya	195
3. Andere Sektoren	198
4. Fazit: Konstellationen von Macht und Geschichtsbildern ..	202
<i>VI. Vergangenheitspolitik im Prozess der Demokratisierung</i>	<i>204</i>
1. 1996: Der Faktor Vergangenheit im Brennglas des Friedens	204
1.1. Die Haltung der neuen Regierung zur Vergangenheit	205
1.2. Die COPREDEH und die Durchführung der Politik	206
1.3. Die Un-Sicherheitsfalle	209
1.4. Die Opposition und die Rolle der Vergangenheit	215
1.5. Die Lage der Justiz	218
1.6. Der Sonderrechtsbereich des Militärs	220
1.7. Das Aussöhnungsgesetz	221
1.8. Fazit: Die Vergangenheitspolitik ist definiert	224
2. 1997-1999: Die Regierung Arzú nach dem Frieden	227
2.1. Friedensschwung und Vergangenheitspolitik (1997)	229
2.1.1. Die (Un-) Sicherheitsfalle lässt nicht los	230
2.1.2. Militärpolitik: zwischen Reform und Kontinuität	233
2.1.3. Die Justiz unter Krisendruck	236

2.1.4. Vergangenheitspolitik zwischen Hoffnung und Sorge	239
2.2. Frieden und VP: die Zeit der Zuspitzung (1998)	244
2.2.1. Menschenrechte und Vergangenheitspolitik	244
2.2.2. Militär und Vergangenheit: die Affäre Noack	251
2.2.3. Die Un-Sicherheitsfalle	253
2.3. Frieden und VP: Rückschritte und trügerische Hoffnungen (1999)	255
2.3.1. CEH, Frieden und Vergangenheitspolitik	255
2.3.2. Das Schicksal der Friedensverträge	263
2.3.3. Vergangenheitspolitik: von trügerischen Hoffnungen	265
2.3.4. Justiz und der Einfluss der Vergangenheitspolitik	268
2.3.5. Die (Un-) Sicherheitsfalle	273
2.3.6. Die Militärpolitik: eine Bilanz	278
2.3.7. Die Machtfrage – und die ex PAC	280
2.4. Eine Zwischenbilanz: die VP im Politikgeflecht	282
3. 2000-2003: Die Regierung Portillo	284
3.1. Die VP wird Gelegenheit: die Gutierrez-Gruppe (2000/01)	285
3.1.1. Überzeugungen zum Umgang mit der Vergangenheit	288
3.1.2. Vergangenheitspolitik: die Phase der schwierigen Koexistenz	290
3.1.3. Vergangenheitspolitik: zwischen Schein und Sein	295
3.2. Sicherheitspolitik: Konstellation, Kultur, Konzepte (2000/01)	298
3.2.1. Die Polizei im Rückschritt	300
3.2.2. Die zivile SAE: ein Keil im alten Sicherheitskonzept	306
3.2.3. Der EMP und der Aufschwung der verdeckten Mächte.....	307
3.2.4. Zwischenergebnis: zum Niedergang der Sicherheit	311
3.3. Machtkämpfe mit Folgen (2000/01)	312
3.3.1. Das Justizsystem im Kreuzfeuer	313
3.3.2 Die Vergangenheit holt die Regierung ein	315
3.3.3. Der Machtkampf hat Nebenwirkungen: die SAE	316
3.3.4. Nebenwirkungen: offene Konfrontation in der VP	317
3.4. Reformieren oder deformieren: Sicherheit am Scheideweg (02/03)	319
3.4.1. Militärpolitik: Grundprobleme	319
3.4.2. Fallbeispiel POLSEDE	321
3.4.3. Die Militärreform	324

3.4.4. Die Kriminalisierung des Staates	326
3.4.5. Reformversuche: Strafflosigkeit für alle	329
3.5. Die Lage der Justiz und der Faktor Vergangenheitspolitik	332
3.5.1. Der Justiz-Sektor im Abschwung	332
3.5.2. Beispiel 1: der Fall der 5 Offiziere	337
3.5.3. Beispiel 2: die Kandidatur von General Ríos Montt	338
3.5.4. Beispiel 3: dem Präsidenten sehr nah	338
3.5.5. Die justizielle Aufarbeitung der gewaltsamen Vergangenheit	340
3.5.6. VP und Menschenrechte im Krisengeflecht der Justiz	344
3.6. Die VP im Machtkampf: Ein Schritt zurück, dann wieder vor	346
3.6.1. Das Phänomen der PAC	347
3.6.2. Ein Schritt zurück	350
3.6.3. ... dann wieder vor: das Wiedergutmachungsprogramm ..	353
3.6.4. Maya und Menschenrechte: die Opposition spaltet sich	356
3.6.5. Die Vergangenheitspolitik im Machtkampf	358
4. 2004-2007: Ein kurzer Blick - die Regierung Berger	361
4.1. Der Sicherheitssektor: Wandel, Beharren und Rückschritt	363
4.1.1. Militärreform und der Aufbau der zivilen Achse	363
4.1.2. Reformen: ein Sprung nach vorne	366
4.1.3. ... und gleichzeitig zurück: Militarisierung	367
4.1.4. ... Repression und soziale Säuberungen	368
4.1.5. Die Nebeneffekte der Repression	369
4.1.6. Der Kongress zeigt Wirkung	371
4.2. Die Vergangenheitspolitik: Niedergang trotz Aufschwung	372
4.2.1. Der Maya-Faktor	379
4.3. Die vorläufige Entscheidung: Justiz ohne Aufarbeitung	382
 <i>VII. Analysen und Ergebnisse</i>	 <i>390</i>
1. Kriegsgewalt: frühe Wirkung und Konstituierung der VP .	390
2. Machtkonstellationen und Etappen der VP	393
2.1. Vergangenheitspolitik in der Regierung Arzú	395
2.2. Vergangenheitspolitik in der Regierung Portillo	400

2.3. Vergangenheitspolitik in der Regierung Berger	404
3. Die Dilemmata der Vergangenheitspolitik	407
3.1. Wirkungen im Rahmen der Militärpolitik	409
3.2. Wirkungen im Rahmen der Sicherheitspolitik	410
3.3. Justizielle Aufarbeitung und die Justiz	415
3.3.1. Etappen der justiziellen Aufarbeitung	417
3.3.2. Wirkungen und Rückwirkungen der justiziellen Aufarbeitung	419
4. Vergangenheitspolitik in der Demokratisierung	423
4.1. Anmerkungen zur Ära Arzú	425
4.2. Anmerkungen zur Ära Portillo	427
4.3. Anmerkungen zur Ära Berger	428
4.4. Die Methode auf dem Prüfstand	429
4.5. Ergebnisse der Vergangenheitspolitik: Konzept und Theorie	430
<i>VIII. Schlussbetrachtungen</i>	<i>432</i>
<i>IX. Anhang</i>	<i>437</i>
1. Abkürzungen	437
2. Interviewliste	441
3. Benutzte Literatur	445

I. Einleitung

Es ist Dezember 2005 – irgendein Monat in dem mühevollen Hin und Her um das Guatemala nach dem Frieden. Das Land wird in dieser Zeit von einem Mitglied der Unternehmerklasse regiert, der Vizepräsident dagegen galt in der Vergangenheit als der Guerilla nah – ein doch irgendwie positives Zeichen. Haben die Wunden der Vergangenheit zu heilen begonnen? 23 Jahre nach dem sicher blutigsten Jahr des *bewaffneten internen Konflikts*, so wie es in Guatemala heißt, 19 Jahre nach den ersten freien Wahlen und 9 Jahre nach der Unterschrift unter die Friedensverträge unternahm die Regierung des Präsidenten Oscar Berger in diesem Dezember 2005 gleich drei Schritte in Sachen Vergangenheit, ganz kurz hintereinander:

Frank La Rue, Chef der präsidentialen Menschenrechtskommission, gab in diesem Monat die Einrichtung einer Instanz bekannt, die Verschwundene des Konflikts suchen soll.¹ Die nötigen finanziellen Mittel für diese Arbeit, so hieß es, wolle man im Büro des UN-Menschenrechtskommissariats beantragen. Er selbst habe kein Geld. Kurz darauf begann Berger, Entschädigungszahlungen zu verteilen – an zwei Gruppen beinahe gleichzeitig:

Zwei Tage vor Weihnachten war es, als der Präsident mit den ersten Schecks bei einer Gruppe von Opfern in Chimaltenango erschien, in ihrer Mehrheit Indigene². Schon Stunden vorher hatte sich wie gewöhnlich die Sicherheit des Präsidenten vor Ort postiert, darunter aber auch Angehörige der guatemaltekischen Armee - der Institution, die von Opfergruppen wie auch von der offiziellen Wahrheitskommission, der CEH, als Hauptverantwortliche für die Menschenrechtsverletzungen des Krieges gesehen wird.³ Manche der Anwesenden reagierten beim Anblick der Uniformierten mit Angstzuständen, andere einfach verständnislos. Kurz darauf der Akt selber: Einige der indigenen Opfer versuchten ein Kommuniqué zu verlesen, in dem sie unter anderem die Ernennung der ebenso indigenen Präsidentin der Wiedergutmachungskommission, PNR, Rosalina Tuyuc, kritisierten. Beim Präsidenten kam die Kritik ganz schlecht an. Höchstpönlich versuchte er dem Aktivisten das Mikrofon und den schon überreichten Scheck aus der Hand zu reißen.

Tage zuvor schon, noch vor den allerersten Schecks für die Opfer, hatte es bereits zum zweiten Mal Geld für eine andere Seite gegeben, für die PAC⁴, der Gruppe der offiziell aufgelösten Paramilitärs, die für deutlich mehr Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist, als die Guerilla selbst.⁵

¹ „*Diario de Centroamérica*“. 16.12.05. Seite 5.

² Der Begriff Indigene beschreibt fortan die Nachfahren der Ur-Einwohner des Landes. Damit soll u.a. der Begriff „Indio“ umgangen werden, der in Guatemala als rassistisch gilt.

³ Die Beschreibung der Szene nach Informationen der Zeitung *Prensa Libre*, 23.12.05, Seite 6.

⁴ „PAC“ steht für das spanische „Patrullas de Autodefensa Civil“ oder auf Deutsch „Patrouillen zur Zivilen Selbstverteidigung“.

⁵ *CEH*, 1999: Guatemala – Memoria del Silencio. Conclusiones y Recomendaciones del Informe de la Comisión para el Esclarecimiento Histórico. Guatemala. Ziffer 1f.

Mit diesen Szenen aus der Vorweihnachtszeit des Jahres 2005 will ich beginnen, den langen Weg der Einleitung in das Thema zu beschreiten. Auch ein erster Hinweis auf die jüngste Geschichte der Gewalt gehört dazu. Guatemala hat stark unter ihr gelitten. Überwiegend wird davon ausgegangen, dass der sogenannte bewaffnete interne Konflikt 36 Jahre angehalten habe, bis er 1996 mit der Unterschrift unter die Friedensverträge zu Ende ging. Andere suchen sich einen anderen Ausgangspunkt aus und reden von 34 Jahren. 200.000 sei die Zahl der Todesopfer, so schätzt die offizielle Wahrheitskommission, CEH⁶. Nicht wenige davon wurden in einem der vielen Massaker umgebracht, die vor allem in den Jahren 1979 bis 1983 stattfanden. Die CEH spricht von 658 Fällen von Seiten der Sicherheitskräfte des Staates oder der Guerilla.⁷ Nur die allerwenigsten Fälle wurden bis heute angeklagt und noch viel weniger verurteilt. Auf eine Wahrheit zum Geschehen hat sich die Gesellschaft noch nicht geeinigt, ein Umstand, den auch der Bericht der offiziellen Wahrheitskommission noch nicht hat ändern können.

Was ist nach Ende des Grauens zu tun? Das fragt sich die Wissenschaft schon seit Jahrzehnten. Recht und Politik sprechen dafür, die Geschichte offensiv anzugehen, so lautet eine der Antworten. Opfer von Gewalttaten und andere Geschädigte hätten ein natürliches Recht, ihre Verletzungen anzuklagen. Zudem klingt die Frage logisch, wie ein sich demokratisierender Staat bei seinen Bewohnern Recht durchsetzen könne, wenn die erfolgreich gelernt und verinnerlicht haben, in der Rechtlosigkeit zu überleben? Kann dies geschehen, ohne die Geschichte als warnendes Vergleichsbild aufzuführen? Und welches Vorbild für das Rechtsbewusstsein der Menschen wird abgegeben, wenn massive Verletzer des Rechts kaum zur Rechenschaft gezogen werden. Ganze Generationen könnten so kulturell beeinflusst werden. Keine Lösung darf diese Sichtweise ignorieren, aber dennoch ist sie nur eine Seite der Medaille.

Darüber hinaus ist das Problem einer gewaltsamen Vergangenheit auch ein politisches. Alles Gelebte geht irgendwann in die Fundgrube der Geschichte über. Die Interpretation dieser Vergangenheit findet statt, *weil man entweder von ihrer Linie nicht abweichen will oder umgekehrt gerade deswegen, weil man ihrer Macht entkommen will*⁸. Mit anderen Worten, die Macht der Interpretation der Geschichte kann helfen, ein sowohl von der Vergangenheit belastetes System als auch seine Akteure zu stützen oder umgekehrt abzulösen. Wer sich stolz an eine Vergangenheit erinnert, der sieht doch eindeutig weniger Grund zum fundamentalen Wandel als derjenige, der sie ablehnt. Und wenn der Waffengang einen militärischen Sieger hatte, dann ist er politisch eventuell noch lange nicht gelöst. Von den Akteuren des Krieges sind solche politischen Lösungen der Ursachen des Krieges aber kaum zu erwarten.

⁶ Abkürzung aus dem Spanischen "Comisión de Esclarecimiento Histórico", Kommission zur historischen Aufklärung.

⁷ CEH: Informe: Guatemala – Memoria del Silencio. Bd. 3. Las violaciones de los Derechos Humanos y los hechos de violencia. Guatemala 1999. Ziffer 3079. Und: CEH, 1999e: a.a.O. Anm. 5. Ziffer 1f.

⁸ König, Helmut: Von der Diktatur zur Demokratie oder was ist Vergangenheitsbewältigung, in: König, Helmut / Kohlstruck, Michael / Wöll, Andreas (Hrsg.): Vergangenheitsbewältigung am Ende des 20. Jahrhunderts. Wiesbaden 1998. Seite 380.

Geschichte darf in dieser Sicht nicht als Abbild der vergangenen Realität gesehen werden. Sie muss erinnert werden und ist so individuellen und kollektiven Interpretationsprozessen ausgesetzt. Im Extremfall kann es dabei zu einem Phänomen kommen, wie aus Nietzsches *Jenseits von Gut und Böse*: Das habe ich getan, sagt mein Gedächtnis. Das kann ich nicht getan haben – sagt mein Stolz und bleibt unerbittlich.⁹

Deutschland hat bezüglich der Erinnerungen schon viele Phasen erlebt, nicht nur, wenn auch vor allem seiner Nazi-Vergangenheit wegen. Auf einem Seminar in Guatemala trug die deutsche Akademikerin Verena Radkau ihre Analyse vor. „Vom kollektiven Schweigen zur Obsession für die Geschichte“, so nannte sie ihren Beitrag¹⁰. In ihrem Text unterteilt sie den Umgang der Deutschen mit Ihrer Geschichte in vier Phasen: In der ersten bis Ende der 50er habe es tatsächlich eine Säuberung von Seiten der Sieger gegeben, die das alte Regime tatsächlich habe diskreditieren können. Aber darüber hinaus habe es keinen Wertewandel gegeben, die Deutschen hätten sich gar unschuldige Opfer gefühlt. Die Schulbücher dieser Zeit sprachen nur vom Leiden der Soldaten und der Bevölkerung, erwähnten den Völkermord an den Juden aber ebenso wenig, wie andere Verbrechen¹¹. In der zweiten Phase dann, vielfach angetrieben von den Studenten, die den Krieg gar nicht selbst erlebt hatten, begann mit immer neuen Varianten eine aktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. In den Schulbüchern ersetzte die Geschichtsvision aus Sicht der jüdischen Opfer zunehmend den Blickwinkel der „besiegten Helden“.

In jedem Fall kann dem Umgang mit der Vergangenheit letztlich niemand entkommen, denn natürlich greift auch das Ignorieren in den weiteren sozialpolitischen Prozess ein. Und so hat dieser Umgang in allen vier internationalen Demokratisierungswellen eine wichtige Rolle gespielt. Nach dem Verlust des 1. Weltkriegs gelang es großen Teilen der alten Eliten in Deutschland zum Beispiel an den Hebeln der Macht zu bleiben oder dorthin zurückzukehren. Mit ihrer Deutung der Geschichte lenkte sie von eigenen Fehlern ab und brachte die Menschen so wieder hinter sich. Nach dem 2. Weltkrieg begannen die alliierten Sieger, diese Fehler vermeiden zu wollen, eine Absicht, die dann vom aufkommenden Kalten Krieg erheblich verwässert wurde.

Auch während der sogenannten dritten Welle der Demokratisierung spielten die Fragen der vergangenen Gewalt eine große Rolle. In Spanien einigten sich Linke und Rechte nach dem Tode des Diktators Franco im Jahre 1976, die Vergangenheit ruhen zu lassen. Man kam überein, alle politischen Straftaten zu amnestieren. Die Täter des Bürgerkriegs waren zu dieser Zeit 40 Jahre älter geworden und auch die Linke hatte dort Menschenrechtsverletzungen in erheblichem Ausmaß zu verantworten. In Lateinamerika setzte man dagegen nicht auf das Vergessen. Wahrheitskommissionen untersuchten dort relativ schnell die Ausmaße der Gewalt. Jahre später dann – so sieht es zumindest

⁹ Ebenda.

¹⁰ Radkau, Verena: Del silencio colectivo a la obsesión por la historia. La cultura de la memoria en Alemania después de 1945, in: Seminario Internacional sobre Memoria e Historia. 26. al 30.09.2005. Abdruck der Konferenzbeiträge "Die Europäische Erfahrung". Seite 3-19. Avancso. Guatemala.

¹¹ Ebenda: Seite 4ff.

König - erleichterte diese Wahrheit in einigen Ländern den politischen Elitenwandel und eine neue Qualität im Prozess der Demokratisierung.¹²

1. Zur Entwicklung des Forschungsthemas

Meine persönlichen Erfahrungen in Guatemala begannen, als ich als Mitarbeiter einer deutschen Stiftung vor Ort die politische Lage beobachtete. 1998 begann dies, also sieben Jahre vor den oben beschriebenen Szenen um Wiedergutmachung und Entschädigung. Die offizielle Wahrheitskommission, CEH, überreichte damals ihren Bericht, vom Staate praktisch ignoriert. Und kurz darauf erlebten alle Beobachter ein Nebeneinander zweier Strömungen: (a) die öffentlichkeitswirksamen Versuche sozialer Organisationen, mit einer aktiven Politik zur gewaltsamen Vergangenheit das Land zu demilitarisieren und zu demokratisieren sowie (b) den gleichzeitig stattfindenden Niedergang des Projekts, Guatemala kurzfristig über die Einhaltung der Friedensverträge, schnell in ein neues politisches Zeitalter zu bringen. Bereits ein Jahr zuvor hatte die Vorstellung Schaden genommen, das Land könne sich mit Hilfe der Aufarbeitung der Geschichte aussöhnen, als mit Bischof Gerardi die Galionsfigur der ersten Wahrheitskommission ermordet wurde. Die Auseinandersetzung um die Vergangenheit schien die damalige Gegenwart – so dachte ich zu diesem Zeitpunkt - eben auch schwer zu belasten, vielleicht gar zu behindern. Derartige Gedanken waren und sind in einem Teil des politischen Spektrums des Landes noch immer Denkverboten ausgesetzt, während sie auf der anderen Seite dankbar und ohne ausreichende Reflektion als Argument willkommen geheißen werden. Aber war die Beobachtung auch korrekt?

Während ich ganz individuell kritische Eindrücke vor Ort in Guatemala sammelte, schritt ein Teil der Forschung in die etwa gleiche Richtung voran: Die internationale politikwissenschaftliche Auseinandersetzung um den Faktor Vergangenheit hatte Ende der 80er und Anfang der 90er aufzuflammen begonnen.¹³ Im Rahmen der damaligen Transitionsprozesse hin zur Demokratie fragten O'Donnell / Schmitter, wie man der Vergangenheit gerecht werden könnte, ohne die Gegenwart zu belasten.¹⁴ Ohne Zweifel hatten die Autoren dabei die Probleme in den Transitionsstaaten Lateinamerikas vor Augen. Samuel Huntington fragte sich in demselben Rahmen, wie man mit denen umgehen sollte, die als schwere Menschenrechtsverletzer teils noch immer in Amt und Würden seien.¹⁵ In diesem spezifischen Moment der dritten Transitionswelle waren ethische und praktische Motive aufeinandergetroffen und die

¹² König: a.a.O. Anm. 8. Seite 372 und 375f.

¹³ Fuchs, Ruth / Nolte, Detlef: Politikfeld Vergangenheitspolitik: Zur Analyse der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika, in: Lateinamerika-Analysen (9) Oktober 2004. Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg. Seite 66f.

¹⁴ O'Donnell, Guillermo / Schmitter, Phillippe C.: Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about uncertain Democracies. Baltimore / London 1986. Seite 28.

¹⁵ Huntington, Samuel P.: The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century. Norman. 1991. Seite 209ff.

Antworten auf die Frage Huntingtons waren deshalb auch von der Sorge um die Regierbarkeit bestimmt. Immer mehr Wissenschaftszweige beschäftigten sich in der Folgezeit mit der Aufarbeitung der Vergangenheit. Aber der anfängliche Fokus auf Lateinamerika verlagerte sich, begann doch Ende der 80er Jahre der Transformationsprozess in Osteuropa.

Für Lateinamerika selber unterscheiden Fuchs/Nolte im Rahmen der politikwissenschaftlichen Behandlung des Themas der Vergangenheit drei Diskussionsbereiche: Da ist die Debatte um die vergangenheitspolitischen Prinzipien und Imperative, die in unterschiedlichen Situationen zu gelten haben.¹⁶ In einer zweiten Debatte dreht es sich darum, welche Bedingungen vorherrschen müssen, um die Vergangenheit politisch zu thematisieren. Hier geht es unter anderem um den Modus und den zeitlichen Rahmen der Etappe der Transition und den Einfluss von Ausmaß und Intensität der Menschenrechtsverletzungen.¹⁷ Mit anderen Worten, ob aufgeklärt, entschädigt oder Verantwortliche gar strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden sollen, das hänge demnach von den jeweils existenten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Dahinter steckt das schon zuvor erwähnte Problem der Regierbarkeit. Denn in einer aufkommenden Demokratie müsse man die Vertreter aller wichtigen Akteure mit einbeziehen. Wie schon Max Weber sagte, müssten moralische Verpflichtungen mit pragmatischen Überlegungen abgewogen werden. Im Jahre 2001 dann verweist Barahona de Brito¹⁸ schließlich auf den Aspekt, der mich hier vor allem interessiert. Vor dem Hintergrund der im Allgemeinen implizit angenommenen Verbindung zwischen der Politik zur Vergangenheit und der Demokratie selbst, lenkt sie ihr Forschungsinteresse auf genau diese Frage: wie eben Vergangenheitspolitik auf die Demokratie einwirke – der dritte Diskussionsstrang der Lateinamerikaforschung¹⁹. Am Ende ihrer ausführlichen Studie verneint sie gleichwohl jede direkte Verbindung zwischen vergangenheitsorientierten Politiken und dem *globalen Funktionieren von Demokratien*.²⁰

Im Grunde sind die beiden zuletzt genannten Debatten sehr benachbart, bauen geradezu aufeinander auf. Geht es in dem einen Fall mehr darum, welche Bedingungen, eben auch der Prozess der Transition von einem autoritären Regime zur Demokratie, die Politik zur Vergangenheit und deren Erfolg präkonditionieren, so fragt Barahona auch umgekehrt nach dem Einfluss der Arbeit zur Vergangenheit auf die Demokratie. Politische Prozesse leben aber von Interaktionen, in diesem Sinne ergänzen sich beide Sichtweisen im Kern.

¹⁶ Zum Beispiel: *Minow*, Marta: *Between Vengeance and Forgiveness. Facing History after Genocide and Mass Violence*. Beacon Press. Boston 1998. *Nino*, Carlos Santiago: *Juicio al mal absoluto*. Buenos Aires 1996. *Teitel*, Ruti G.: *Transitional Justice*. Oxford 2000.

¹⁷ Zum Beispiel: *Zalaquett*, José: *Balancing Ethical Inoperatives and Political Constraints*, in: *Hastings Law Journal*. 43 (6) 1992. Seite 1425-1438. Und *Barahona de Brito*, Alejandra: *Human Rights and Democratization in Latin America: Uruguay and Chile*. Oxford. Oxford University Press, 1997.

¹⁸ *Barahona de Brito*, Alexandra / *González-Enriquez*, Carmen (Hrsg.): *The Politics of Memory. Transitional Justice in Democratizing Societies*. Oxford Studies in Democratization. Oxford. 2001.

¹⁹ *Nolte* spricht an anderer Stelle von einem vierten Diskussionsbereich, der sich ebenfalls in *Barahona de Brito* / *González* befindet: *Erinnerungen und deren Folgen für die Transitionsprozesse*.

²⁰ *Barahona de Brito* / *González*: a.a.O. Anm. I/18. Seite 312f.

In Guatemala sind die Publikationen rund um diese Themen generell von der anhaltenden Suche nach der eigenen Geschichte geprägt. Viele Veröffentlichungen scheinen von einem Kampf um die *wahre Wahrheit* motiviert zu sein, ein Phänomen, welches für viele Post-Konfliktgesellschaften doch so typisch ist. Grob gesehen kann man die Artikel, Bücher und Berichte in fünf Kategorien unterscheiden:

Zunächst einmal sind da die Berichte der beiden Wahrheitskommissionen zu erwähnen, den der katholischen Kirche²¹ und den der offiziellen *Kommission zur Historischen Aufklärung*, CEH.²² Beide Berichte, vor allem aber der der CEH, versuchen, über die reine Katalogisierung der Menschenrechtsverletzungen hinauszugehen und diese historisch einzuordnen. Auf die Herausgabe des Berichts der CEH reagierten die politischen, militärischen und ökonomischen Eliten Guatemalas beinahe in ihrer Gesamtheit mit Ablehnung und – zweitens – eigenen Versionen der Geschichte.²³ Da ist außerdem der „Gegenbericht“ zu nennen, der unter dem Namen der Vereinigung ehemaliger Militärs, AVEMILGUA,²⁴ auf den Markt kam. Er konzentriert sich auf Schäden und Verbrechen von Seiten des ehemaligen Kriegsgegners, der Guerilla. Darüber hinaus beschrieben viele Zeitzeugen die Geschichte der politischen Entwicklung des Landes sowie die Ursachen von Krieg und Frieden aus ihrer eigenen persönlichen Perspektive. Das Problem der Gewalt im Kriege wird von diesen Autoren aber nur am Rande behandelt. Diese persönlichen Sichtweisen sind es, die in den Buchhandlungen dominieren, seien sie nun von Anhängern der einen Seite oder der Opposition geschrieben²⁵. Das zwölf-bändige Werk der Wahrheitskommission ist dagegen kaum verkäuflich.

An dritter Stelle müssen auch Versuche von Akademikern und sozialen Organisationen genannt werden, die Geschichte aus der Perspektive der Opfer zu schreiben, vielfach lokal und an Beispielen orientiert.²⁶ An vierter Stelle bietet der lokale Wissenschaftsbetrieb auch Analysen, die regionale oder nationale Probleme aus der Perspektive des Berichts der CEH vertiefen.²⁷ Eine Ausein-

²¹ *Arzobispado* de Guatemala. Oficina de Derechos Humanos (Hrsg.): Guatemala. Nunca más. 1998. 4 Bände. Bekannt ist er als der Remhi-Bericht, dem Namen des Projekts.

²² *Comisión* para el Esclarecimiento Histórico (CEH): Informe: Guatemala – Memoria del Silencio. Guatemala 1999. 12 Bände.

²³ Z.B.: *Balconi*, Julio: *Hacia la Reconciliación*. Guatemala 1960 – 1996. Guatemala 2004; *Gramajo*, Héctor Alejandro: *De la Guerra... A la Guerra. La Difícil Transición Política en Guatemala*. Fondo de Cultura. Guatemala 1995; *Gramajo*, Héctor Alejandro: *Alrededor de la Bandera*. Guatemala 2004; *Maldonado Aguirre*, Alejandro: *Testigo de los Testigos*. Guatemala 2004; *Mérida*, Mario A.: *Testigo de Conciencia*, Guatemala 2000; *Mérida*, Mario: *Venganza o juicio político*. Guatemala 2003; *Villagrán Kramer*, Francisco: *Biografía Política de Guatemala*. Vol. II. Años de Guerra y Años de Paz. Guatemala 2004.

²⁴ *Asociación* de Veteranos Militares de Guatemala, Avemilgua (Hrsg.): "Guatemala, Testimonio de una Agresión". Guatemala 1998. Diese Veröffentlichung ist eine Zusammenfassung der 10 Bände, die die guatemalteckische Armee der CEH übergab.

²⁵ Z.B.: *Falla*, Ricardo: *Masacres de la Selva*. Ixcán, Guatemala. 1975 – 1981. Guatemala 1993. Siehe auch Anm. I/24.

²⁶ Z.B.: *Tecú Osorio*, Jesús: *Memoria de las Masacres de Río Negro*. Guatemala 2002; *Sichar Moreno*, Gonzalo: *Masacres en Guatemala*. GAM. Guatemala 2000.

²⁷ *Ball*, Patrick / *Kobrak*, Paul / *Spirer*, Herbert F.: *Violencia Institucional en Guatemala, 1960-1996*. Una reflexión cuantitativa. American Association for the Advancement of Science. New York 1999; *Kobrak*,

andersetzung darüber, (5) welche Konsequenzen aus dieser historischen Erfahrung gezogen werden sollen, die wird in weitaus geringerem Maße geführt. Dennoch ist die eine oder andere Publikation auch dazu erschienen.²⁸

Dagegen fiel schnell auf, dass bisher weder zu untersuchen versucht wurde, wie die staatliche Politik zur Vergangenheit seit Friedensschluss motiviert war, noch welche Konsequenzen sie für die Demokratisierung des Landes gehabt hat. Befürworter einer Politik der Aussöhnung und aktiven Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gehen oftmals einfach davon aus, dass Wahrheit und Gerechtigkeit zur Demokratie führen. Man diskutiert, wie eine ideale Politik aussehen sollte, die in der Lage sei das Land zu ändern und die Wunden der Vergangenheit (aus Sicht der Opfer) zu heilen. Allerdings wird vergessen, dass schon die pure Anwendung dieser Instrumente, mit dem Ziel das Land zu modernisieren, eben ein solches neues Land auch voraussetzen könnte.²⁹

International stieß der Umgang der Guatemalteken mit ihrer Vergangenheit durchaus auf Interesse. Das gilt allerdings in erster Linie für die Wahrheitskommission, CEH. Mehrere Studien beschäftigen sich mit deren Funktionieren. In Deutschland ist die Monographie von Öttler zu nennen, die sich sowohl mit dem Zustandekommen und Funktionieren der Kommission, als auch mit dem Streben nach Erinnerung und Wahrheit befasst.³⁰ Ein ausführlicher Artikel von Rachel Sieder in dem Sammelband von Barahona befasst sich mit zumindest einem Teilaspekt meines Erkenntnisinteresses. Sieder arbeitet Unterschiede zwischen den *Memory Politics* in Guatemala, Honduras und El Salvador aus, gibt damit also erste Antworten auf mein zuvor formuliertes Erkenntnisinteresse, dem *Warum* der geschehenen Politik zur Vergangenheit.³¹

Und der Faktor der Aufarbeitung der Vergangenheit für den Demokratisierungsprozess? Lohnt es sich nach der vergleichenden Studie von Barahona überhaupt noch, diese Frage zu behandeln? Das ist ganz sicher so. Auch wenn Barahona keinen direkten Zusammenhang zwischen beiden Politiken hat feststellen können, so sind damit eigentlich mehr Fragen als Antworten verbunden. Das hat mehrere Gründe: Zum einen verneint sie ja nur *direkte* Verbindungen. Dann aber fügt sie zugleich hinzu, dass Wahrheit, Gerechtigkeit und Rehabilitierung – wenn entsprechend ausgeführt – die Legitimität und

Paul:: Huehuetenango. Historia de una guerra. Guatemala 2003; *Sanford*, Victoria: Violencia y Genocidio en Guatemala. Guatemala 2003.

²⁸ *Aguilar*, Mariel / Rodas Ramos, Amanda / Wantland, Rosa María: Los dilemas de la reconciliación. Reflexiones sobre una tarea pendiente. Guatemala 2002; *Balsells Tojo*, Edgar Alfredo: Olvido o Memoria. El dilema de la sociedad guatemalteca. Guatemala 2001; *Carlaccini*, Elisa: De la verdad en adelante. Justicia y Reconciliación. Guatemala 2003.

²⁹ Vergleiche *Carlaccini* und *Balsells Tojo*, a.a.O. Anm. I/28.

³⁰ *Öttler*, Anika: Erinnerungsarbeit und Vergangenheitspolitik in Guatemala. Vervuert. Frankfurt a.M. 2004. Auch: *Molden*, Berthold: Geschichtspolitik und Demokratisierung in Guatemala. Historiographie, Nachkriegsjustiz und Entschädigung (1996-2005). Wien 2007. *Forsberg*, Tuomas / Teivainen, Teivo: The role of the truth commissions in conflict resolution and human rights promotion: Chile, South Africa and Guatemala. Ulkopoliittinen Instituutti. Helsinki 1998; *Wilson*, Richard: Violent Truths: The Politics of memory in Guatemala. London. University of London. School of Advanced Studies. Institute of Latin American Studies. London 1997.

³¹ *Sieder*: War, Peace and Memory Politics in Central America, in: Barahona de Brito: a.a.O. Anm.I/31.

damit auch die Qualität der Demokratie offensichtlich verbessert hätten.³² Von Wirkungen der VP auf den Prozess der Transformation spricht sie aber nicht. Das kann auch nicht überraschen. Denn einerseits spricht sie zwar in Grundzügen Kategorien der Demokratie an. Andererseits entwickelt sie aber kein Konzept, das es ihr ermöglichen würde, Einwirkungen der Politik zur Vergangenheit auf den Prozess der Transformation zur Demokratie zu erkennen und besser einzuordnen.

Die vorliegende Forschung will drei Lücken füllen. Angesichts der Tatsache, dass der Umgang mit der Vergangenheit in Guatemala über viele Jahre ein Tabu-Thema war, das man nur aufgrund äußeren Drucks scheinbar anzugehen gedachte, herrscht im Lande selbst eine wirre Vorstellung vom Denken und Handeln der Regierungen. Mein Hauptinteresse besteht somit darin, (a) dem Leser eine Vorstellung von den Maßnahmen und ihren zu Grunde liegenden Motiven zu geben. Darüber hinaus will ich hinterfragen, (b) welche Rolle die Beschäftigung mit der Vergangenheit für den Prozess der Demokratisierung hatte. Neben dem Gewinn für die abstrakte Theorieentwicklung ermöglicht dies dem Leser (in Guatemala), den Umgang mit der Vergangenheit aus der üblichen Konfrontation sich bekämpfender Geschichtsversionen herauszuholen. Und drittens erscheint mir geboten, (c) die Rahmenbedingungen für die Transition noch einmal zu beleuchten, weil auch hier der Faktor der Menschenrechtsverletzungen des Krieges, Wirkung entfaltet haben könnte. Dagegen stelle ich mir nicht die Frage, welchen Sinneswandel die Maßnahmen zur Vergangenheit bei den Menschen des Landes nach sich gezogen haben.

Die Studie ist im Wesentlichen beschreibender Natur und so dient die Theorie vor allem der Erkenntnistiefe. Mit ihrer Hilfe wird adäquate Information gesucht, systematisiert und ausgewertet. Für den theoretisch interessierten Leser nun ein Blick auf vier Grundlagen der Erkenntnissuche. Es muss (a) ein feingliederiger operationalisierbarer Demokratiebegriff definiert werden, der Einflüsse der Politik zur Vergangenheit konzeptionell sichtbar macht. Das Konzept ist so zu gestalten, dass (b) auch ein Wandel der Interrelationen erkennbar werden kann. Zu diesem Zweck bedarf es zudem (c) eines passenden Begriffs zum Umgang mit der Vergangenheit sowie letztlich auch (d) einer Methode, die in der Lage ist, solche Wirkungen zu identifizieren.³³

2. Theoretischer Rahmen

Als Ausgangspunkt für die Entwicklung des theoretischen Rahmens gehe ich von dem gedachten Prozess der Transformation aus. Damit können folgende Konzepte besser in ihrer Reichweite eingeordnet werden. Mehrheitlich unterteilt man die Etappen grob in die der Transition und die der Konsolidierung:

³² González-Enríquez, Carmen / Aguilar, Paloma / Barahona de Brito, Alejandra: Conclusions, in: Barahona: a.a.O. Anm. I/18. Seite 312f.

³³ Die Reihenfolge der hier genannten Punkte entspricht nicht der realen Abfolge des folgenden Textes.

2.1. Demokratie und Transformation zur Demokratie

(1) Transition:

Für den Wandel von einem Regime zum anderen waren und sind noch immer viele Begriffe üblich. Doch seit dem internationalen Forschungsprojekt *Transition to Democracy* im Jahre 1986 hat sich für den Übergangsprozess der Begriff *Transition* durchgesetzt.³⁴ In diesem Projekt selber war der Terminus noch neutral verwandt worden. Auf das Ende des autoritären Regimes konnte diesem Verständnis zufolge durchaus auch wieder ein neues autoritäres Regime installiert werden.³⁵ In der darauf folgenden Diskussion wurde der Begriff aber normativ, also zielgerichtet definiert. Demnach wird unter Transition der Übergang von einem totalitären bzw. autoritären Regime zu einer Demokratie verstanden.³⁶ In den Details dagegen ist man sich nicht einig. Da ist zum Beispiel das Problem, wo denn der Endpunkt des Transitionsprozesses anzusiedeln sei und welchen Anforderungen er entsprechen muss oder auch, wie der Transitionsprozess nach innen zu charakterisieren ist. Doch hier müssen zunächst die verschiedenen Etappen unterschieden werden:

Die immer wieder zitierten O'Donnell/Schmitter sahen am Ende des autoritären Regimes eine Phase der Liberalisierung, die sich dadurch auszeichnet, dass in ihr neue Spielregeln verabschiedet und Rechte für Individuen und Gruppen eingeräumt werden. Die bestehende Macht wird dabei nicht notwendigerweise in Frage gestellt. Im Anschluss an diese Phase, mitunter aber auch parallel dazu, verlaufe die Etappe der Demokratisierung, also die Einführung demokratischer Institutionen für politischen Wettbewerb und Partizipation. Aber wo und unter welchen Bedingungen endet sie? Die Diskussionen dazu sind weit gefächert. Lauga unterscheidet in diesem Zusammenhang komplexe, substantielle und institutionelle Transitionskonzepte, die ich aber für meine Zwecke nicht vertiefen zu müssen glaube. Ich folge hier einem eher institutionellen Verständnis, dem sich weitgehend auch die Autoren Lauga und Merkel anschließen. Demnach endet der Prozess der Demokratisierung mit den ersten freien Wahlen³⁷ oder – so Merkel – *wenn die neue demokratische Verfassung verabschiedet ist und diese den politischen Wettbewerb wie die politischen Entscheidungsverfahren verbindlich nominiert*.³⁸ In dieser Verfassung müssen Grund- und Freiheitsrechte ebenso verankert sein wie Regeln für einen Rechts und Verfassungsstaat mit freien und kompetitiven Wahlen.³⁹

³⁴ Mitunter wird auch von Systemwandel, Systemwechsel oder Transformation gesprochen. Definiert in: Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Opladen 1999. Seite 74 – 76.

³⁵ O'Donnell / Schmitter: a.a.O. Anm. I/14. Seite 6ff.

³⁶ Lauga, Martin: Demokratietheorie in Lateinamerika. Opladen 1999. Seite 208.

³⁷ Huntington: a.a.O. Anm. I/15. Seite 9. Rüb stellt diesem Ansatz eine teleologische Interpretation zur Seite. Demnach sei die Transition abgeschlossen, wenn die alten Machthaber die Kontrolle verloren hätten. Rüb, Friedbert: Die Herausbildung politischer Institutionen, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel, Bd. 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994, Seite 115.

³⁸ Merkel, 1999: a.a.O. Anm. I/34. Seite 136f. Nohlen nennt beide Faktoren als unabdingbar: Nohlen, Dieter: Mehr Demokratie in der Dritten Welt? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/26, 1988. S. 6.

³⁹ Vgl. Merkel, Wolfgang / Puhle, Hans-Jürgen / Croissant, Aurel / Eicher, Claudia / Thierry Peter: Defekte Demokratie. Band 1: Theorie. Opladen 2003. Seite 20.

Diese Trennung zur nachfolgenden Phase der Konsolidierung ist klar und leicht operationalisierbar. Das bedeutet aber nicht, dass die beiden Faktoren in jedem Fall ausreichende Indikatoren sind. So können bei den freien und kompetitiven Wahlen ja durchaus die autoritären Machthaber gewinnen. Und auch der Verfassungsgebungsprozess birgt Risiken. Sind doch in vielen Fällen die autoritären Machthaber anwesend, wenn über die Regeln der kommenden Phase des Transitionsprozesses entschieden wird – und in nicht wenigen Fällen wahren sie darin ihre eigenen Interessen. Was aber ist Konsolidierung?

(2) Konsolidierung:

Unter demokratischer Konsolidierung ist nach Lauga *in weitem Sinne die Herausbildung von jenen Bedingungen zu begreifen, die zur Stärkung und Befestigung des demokratischen politischen Systems beitragen, so dass es die möglichen Probleme und Krisen, die seine stabile Existenz und sein Fortbestehen gefährden könnten, erfolgreich überwinden kann.*⁴⁰ Ebenso enig wie in dieser Grunddefinition ist man sich in zwei weiteren Fragen: (b) dem Moment des Beginns der Konsolidierung, also der Übergabe einer neuen verfassungsmäßig gesicherten Macht an eine gewählte Regierung und (c) dem Kontinuitätsbruch mit der vorherigen Transition. Die Phase der Konsolidierung gilt somit nicht als eine zeitliche Verlängerung der vorherigen Transitionsphase, sondern als vollkommen eigenständiger Prozess.⁴¹ Grund: Ganz anders als in der Transition sind in der Etappe der Konsolidierung die Mindestbedingungen der Demokratie und deren Funktionieren gesichert. Dies ändert letztlich fundamental die Logik und den Arbeitsablauf des politischen Systems. Politisches Handeln in der demokratischen Konsolidierung ist nämlich vielfach gebunden – an komplexeren Konstellationen von Akteuren und dem Verhalten von Eliten und Massen. Sogar das Geld ausgeben, also die Verteilung von Ressourcen, ist nicht mehr so einfach. Regeln und vorgegebene Ziele schränken die Manövrierfreiheit erheblich ein.

Darüber hinaus aber existieren zahllose Diskussionen zu verschiedenen anderen Fragestellungen. Mich interessiert hier allerdings weniger, wie der Endpunkt der Konsolidierung zu definieren ist oder welche Indikatoren diesen widerspiegeln. Ich will letztlich feinere Begrifflichkeiten und Konzepte dazu nutzen, einen tieferen Blick auf den verlaufsartigen Charakter zu werfen. Außerdem, wenn mehrfach angewandt, könnten so gefundene Ergebnisse auch entscheidend zur Theoriebildung beitragen.

Viele Autoren äußern sich zu der Frage, welche Merkmale den Fortgang der Konsolidierung sichtbar machen: Nohlen will Fortschritte daran erkennen, ob die Menschen die *Demokratie als Herrschafts- und Lebensform, als Wert an sich* anerkennt.⁴² Di Palma stellt das Verhalten der Eliten in den Vordergrund und fragt sich, ob und inwieweit es im Rahmen demokratischer Verständigung

⁴⁰ Lauga: a.a.O. Anm. I/36. Seite 232.

⁴¹ Merkel und andere, 2003: a.a.O. Anm. I/39. Seite 22; Lauga: a.a.O. Anm. I/36. Seite 234.

⁴² Nohlen, Dieter: Unabhängigkeit zwischen Diktatur und Demokratie, in: Junker, Detlef / Nohlen, Dieter / Sangmeister Hartmut (Hrsg.): Lateinamerika am Ende des 20. Jahrhunderts. München 1994. Seite 22.

abläuft.⁴³ Huntington wiederum sieht die Konsolidierung als erfolgreich, wenn im Laufe seines Prozesses eine neu gewählte Regierung wieder durch eine andere abgelöst wird.⁴⁴ Demnach müssten aber auch Länder wie Peru und Guatemala seit mehr als 15 Jahren als konsolidiert gelten.

Das *Mehrebenenmodell* demokratischer Konsolidierung von Merkel vermeidet das Problem eines zu geringen Abstraktionsgrades.⁴⁵ Nach eigenen Aussagen nahm er dafür einen Vorschlag von Pridham zum Vorbild. Dieser unterscheidet zunächst zwischen negativer und positiver Konsolidierung. Demokratien seien demnach negativ, also minimal konsolidiert, wenn kein relevanter politischer oder sozialer Akteur seine Interessen und Ziele außerhalb der demokratischen Institutionen verfolgt - und zwar auch deshalb, weil diese Akteure keine sie überzeugende Alternative mehr zur Demokratie sehen.⁴⁶ Positiv sei ein politisches System erst dann konsolidiert, wenn das System nicht nur von den Eliten als ohne Alternative und legitim angesehen würde, sondern auch die Einstellungen, Werte und Verhalten der Bürger die Demokratie legitimieren.

Aus dieser Version entwickelt Merkel ein Konzept, das den Grad der Konsolidierung auf vier unterschiedlichen Ebenen zu erfassen versucht:⁴⁷ (a) Die erste Ebene der konstitutionellen Konsolidierung fragt nach dem Zustand der zentralen politischen Verfassungsinstitutionen, den drei Gewalten und dem Wahlsystem. (b) Die zweite Ebene der repräsentativen Konsolidierung fragt danach, inwiefern die Interessen der Akteure (vor allem Parteien und Interessenverbände) territorial oder funktional repräsentiert sind. (c) Die dritte Ebene der Verhaltenskonsolidierung konzentriert sich auf das Denken und Handeln der informellen Akteure: Militär, Unternehmer u.a.

Merkel nimmt dabei an, dass die (a) Konsolidierung im konstitutionellen Sinne generell am schnellsten abgeschlossen ist und dann Konsequenzen für die (b) Repräsentation hat. Beide zusammen würden auf das (c) Verhalten der informellen Akteure einwirken. Aber auch umgekehrt könne die zweite Ebene positiv auf die erste zurückwirken. In jedem Fall, ein konstitutionell und repräsentativ konsolidiertes System sollte dafür sorgen, dass die institutionellen Akteure ihre Interessen innerhalb der Spielregeln wahrnehmen würden. Alle drei Ebenen zusammen aber würden zur vierten abschließenden Ebene der Konsolidierung beitragen, der (d) Konsolidierung der Bürgergesellschaft. Erst die damit verbundene Staatsbürgerkultur der Bevölkerung sichere das demokratische System hinreichend gegen Krisen ab.

Lauga kritisiert, das Mehrebenenmodell beinhalte zu allgemeine Kategorien. Das Konzept würde einen differenzierten Blick auf relevante Besonderheiten

⁴³ *Di Palma*, Giuseppe: *To Craft Democracies. An Essay on Democratic Transitions*. Berkeley 1990. S. 145.

⁴⁴ *Huntington*: a.a.O. Anm. I/15. Seite 265ff.

⁴⁵ *Merkel*, 1999: a.a.O. Anm. I/34. Seite 145.

⁴⁶ *Pridham*, Geoffrey: *The International Context of Democratic Consolidation: Southern Europe in Comparative Perspective*, in: Gunther, Richard / Diamandouros, Nikiforos / Puhle, Hans-Jürgen (Hrsg.): *The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective*. Baltimore 1995. S. 168.

⁴⁷ *Merkel*, 1999: a.a.O. Anm. I/34. Seite 145.

einzelner Fälle versperren.⁴⁸ Außerdem gehe es auch von *eher deduktiv als induktiv* gewonnenen Annahmen aus und die angenommene Reihenfolge der Phasen der Konsolidierung entspreche nicht immer den Realitäten. Ich persönlich sehe das Problem für meine Zwecke etwas anders. Das Modell scheint mir zu sehr an Institutionen orientiert, zu abstrakt sowie definiert keinen prozessualen Rahmen für längere Beobachtungen:

Diese Behauptung braucht eine Erklärung. Erinnern wir uns dafür an den angelsächsischen Politik-Begriff, der, ganz anders als der eher allgemeine deutsche, drei Ebenen unterscheidet: *Policy*, *Politics* and *Polity*. *Policy* meint die inhaltlichen Aspekte der Politik und untersucht vor allem die Gegenstände, Ziele und Wirkungen staatlichen Handelns.⁴⁹ *Politics* steht dagegen für den *konfliktreichen, durch Interessenkonkurrenz geprägten Prozess der Durchsetzung von Zielen, Inhalten und Verteilungsentscheidungen*.⁵⁰ In der *Polity*-Dimension geht es um die Ordnung des politischen Systems und seiner grundsätzlichen Normen und Strukturen.

Innerhalb dieser Logik betrifft die Politik zur Aufarbeitung der Vergangenheit nur zwei der drei Ebenen: die inhaltliche Ebene der *Policy*, aber durchaus auch die der *Politics*. Das Mehrebenenmodell demokratischer Konsolidierung dagegen wirkt in erster Linie auf die dritte Ebene ein, die *Polity*-Dimension der Normen und Strukturen. In erster Linie, damit meine ich die konstitutionelle und die repräsentative Konsolidierung die in der Logik Merkels den anderen Ebenen vorausgeht. Wer den Einfluss von Vergangenheitspolitik nach diesem Modell erkennen will, der beschränkt sich dabei auf im Allgemeinen sehr langfristige Prozesse. Gehen die Wirkungen nicht aber weit über die Ebene der Institutionen und Regeln hinaus?

Vielfach wird auch behauptet, die Aufarbeitung der Vergangenheit legitimiere ein politisches System. Aber ist die sicher sehr logische Aussage nicht letztlich doch eine Annahme, welche an konkreten Beispielen nachvollzogen werden muss? Die Ebene der Verhaltenskonsolidierung dagegen, vor allem aber die der Konsolidierung der Bürgergesellschaft, bieten ohne Zweifel Möglichkeiten und Anhaltspunkte, um den Einfluss einer Politik zur Vergangenheit zu erkennen. Dennoch wäre es hilfreich, diese Ebenen auch prozessual und institutionell nachvollziehbar deutlicher zu definieren. Jahre nach Vorlage des Mehrebenenmodells entwickelte Merkel dann allerdings ein neues detaillierteres Modell, das meinen Zwecken angemessener erscheint.

Die Entwicklung von Theorie ist bekanntlich politischen und damit eben auch wissenschaftlichen Konjunkturzyklen unterworfen. Da ist auch die Transformationsforschung keine Ausnahme. In beinahe jedem Jahrzehnt nach Ende des Zweiten Weltkrieges richteten die Forscher ihr Interesse auf andere Phänomene⁵¹: Während der Demokratisierungswelle nach dem Kriege und unter dem

⁴⁸ *Lauga*: a.a.O. Anm. I/36. Seite 237f.

⁴⁹ Siehe: *Jann*, Werner: Politikfeldanalyse, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon der Politik. Band 2. Politikwissenschaftliche Methoden. 1999. Seite 308f.

⁵⁰ Ebenda.

⁵¹ Siehe: *Merkel* und andere, 2003: a.a.O. Anm. I/39. S. 19.

Einfluss des kurz darauf losbrechenden Kalten Krieges fragte man in den 50er und 60er Jahren nach den strukturellen Erfordernissen der Entwicklung zur Demokratie. Unter dem Eindruck erheblicher Enttäuschungen fragte man sich dann in den 70ern nach den Ursachen derselben. In den 80ern ging es um den Niedergang der autoritären Regime und eine Dekade später um die Ursachen, Bedingungen und Modelle der Konsolidierung der Demokratie. Damit wollte man ohne Zweifel auch helfen, den Prozess voranzutreiben. Doch auch in den 90ern folgte der Demokratisierung eine Welle der Enttäuschungen. Schon 1998 sprachen Schubert/Tetzlaff von *Blockierten Demokratien*⁵² und in gleichem Zuge begann der Versuch, gesellschaftliche Systeme zu erfassen, die zwar im Wesentlichen demokratische Grundzüge aufweisen, aber darüber hinaus erhebliche Funktionsstörungen aufweisen.⁵³ Für eben solche Systeme zieht Merkel vor, von *Defekten Demokratien* zu reden.⁵⁴

Von einem Defekt kann aber nur dann gesprochen werden, wenn zuvor das positive Modell entwickelt wurde. Mit ihm steht und fällt eine Wirkungsanalyse. Bevor ich also weiter nach dem Vergleichskonzept frage, welches in der Lage sein soll, den Einfluss der Politik zur Vergangenheit auf die Transformation zur Demokratie zu erfassen, nun zunächst die Frage nach dem Demokratie-Begriff selber:

Demokratie und „embedded democracy“:

Ausgerechnet die grundlegende Frage, was denn Demokratie sei, die hat nach Ansicht von Merkel kaum eine Rolle in der empirischen Demokratieforschung gespielt.⁵⁵ Entsprechend hat sich die Diskussion auch weniger daran orientiert, wie hilfreich die Konzepte für künftige empirische Arbeiten sein können. Im deutsch-sprachigen Sprachraum hat Wolfgang Merkel dann im Jahr 2003 einen konzeptionellen Rahmen vorgestellt, der von der Begriffsdefinition bis zu den Indikatoren für verschiedene Demokratie-Typen spricht. An seinen Überlegungen orientiere ich mich in den folgenden Ausführungen:

Seiner eigenen Reflektion zum Begriff der Demokratie stellt Merkel zunächst das Konzept der Volkssouveränität voran. In modernen Staaten bedeutet Volkssouveränität, dass die Bevölkerung zumindest die letzte Entscheidung hat – über grundlegende Herrschaftsstrukturen und über periodisch stattfindende Wahlen. Dieses Konzept stehe in einem engen interaktiven Zusammenhang mit den *drei Grundprinzipien der Demokratie*, der *Gleichheit*, der *politischen Freiheit* und seiner *Kontrolle*.⁵⁶ Das Prinzip der Gleichheit ist hier politisch und nicht sozial zu verstehen, vor allem weil damit das allgemeine und gleiche Wahlrecht verbunden wird. Ohne die politische Freiheit wiederum, das heißt der Meinungs-, Versammlungs- und anderer Freiheiten, werde nicht nur die Gleichheit sondern damit letztlich auch die Volkssouveränität gefährdet.

⁵² Schubert, Gunter / Tetzlaff, Rainer (Hrsg.): *Blockierte Demokratien in der Dritten Welt*. Opladen 1998.

⁵³ Siehe: Bendel, Petra / Croissant, Aurel / Rüb, Friedbert W. (Hrsg.): *Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*. Opladen 2002.

⁵⁴ Siehe Merkel und andere, 2003: a.a.O. Anm. I/39.

⁵⁵ Ebenda. Seite 40.

⁵⁶ Merkel und andere, 2003: a.a.O. Anm. I/39. Seite 41ff.

Der Zusammenhang dieser Prinzipien zeigt sich in einem doppelten Sinne gerade auch mit dem letzten der drei, der *Kontrolle*: Über politische Freiheit und Gleichheit werden die gewählten politischen Stellvertreter kontrolliert. Der Rechtsstaat hat aber auch eine Kontrollfunktion. Gewaltenteilung, Bindung an das Gesetz und die Unabhängigkeit der Gerichte kontrollieren sowohl die Herrschaftsansprüche der Akteure gegenüber dem Volk, als auch die Macht der Wähler. Denn Mehrheitsentscheidungen dürfen nicht dazu führen, dass die Freiheits- und Gleichheitsrechte der Minderheiten verringert oder gar zerstört werden. Mit anderen Worten, politische Freiheitsrechte in der Verfassung müssen Mehrheitsentscheidungen entzogen werden. Eben von diesen Prinzipien geht Merkel in seiner Definition des Kernbereichs der Demokratie aus:

„Demokratie soll definiert sein als ein Set institutioneller Minima, das erstens eine vertikale Dimension demokratischer Herrschaft bezeichnet (herausgehoben vom Autor), nämlich vertikale Machtkontrolle, universelles aktives und passives Wahlrecht und die effektive Gewährleistung der damit verbundenen grundlegenden politischen Partizipationsrechte; zweitens eine horizontale Dimension, also Herrschaftskontrolle im Rahmen der gewaltenteiligen Organisation der Staatsgewalt und der rechtstaatlichen Ausübung der Herrschaft; drittens eine transversale Dimension, also die effektive Zuordnung der Regierungsgewalt zu den demokratisch legitimierten Herrschaftsträgern.“⁵⁷

Von dieser noch etwas stichwortartigen Definition lassen sich etwas konkreter fünf sogenannte *Teilregime* ableiten, so nennt Merkel verschiedene Komplexe von Funktionsregeln:⁵⁸

(A) *Wahlregime*: Letztlich sind es die Wahlen, die über einen offenen Wettbewerb der politischen Akteure um die Wähler bestimmen, wer die zentralen staatlichen Institutionen dominiert. Hier kommt es nicht nur darauf an, zu überprüfen, wie regelmäßig, frei und fair die Wahlen verlaufen. Sind theoretisch alle volljährigen Bewohner des Landes wahlberechtigt und nehmen sie in der Praxis unabhängig von Geschlecht, Rasse oder Klasse daran teil? Und wie sind die Gruppen in den Ämtern repräsentiert? Gerade auch die sogenannte „stille“ Exklusion aufgrund ökonomischer und anderer Faktoren spielt hier eine große Rolle. Merkel sieht dabei einen Defekt als gegeben, wenn die arme Landbevölkerung faktisch ausgeschlossen oder schwer benachteiligt ist und die Machthaber dies in Kauf nehmen. Neben den Wahlen spielen in diesem Teilregime auch andere Faktoren eine Rolle, Verzerrungen im Wahlkampf z. B., die Unabhängigkeit der Behörden oder auch – so sehe ich das – die tatsächliche Repräsentation übergreifender Interessen durch die Parteien.⁵⁹

(B) *Politische Teilhaberechte*: Sie sind unabdingbar, um ein demokratisches Wahlsystem zu garantieren. Sie bedürfen uneingeschränkt des Rechts auf Meinungs- und Redefreiheit, des Demonstrations- und des Petitionsrechts.

⁵⁷ Merkel und andere, 2003: a.a.O. Anm. I/39. Seite 47.

⁵⁸ Siehe Abbildung 2, „Embedded Democracy: Dimensionen, Teilregime und Kriterien“, aus Merkel und andere, 2003: a.a.O. Anm. I/39. Seite 50.

⁵⁹ Liste der Indikatoren zum „Wahlregime“: Merkel und andere: a.a.O. Anm. I/39. Seite 80.

Die Bürger können nicht nur an politischen Parteien teilnehmen, sondern auch unabhängig vom Staat Interessenvertretungen gründen. Öffentlichkeit für die unterschiedlichen Ausdrucksformen im politischen Wettstreit und damit auch die Medien an sich sind unabdingbare Faktoren. Sind diese Medien in den Händen weniger, konzentriert steigt das Risiko, dass diese Macht als Resonanzbogen eigenen und nicht der Öffentlichkeit dienende Interessen dient. Oder übt etwa die Regierung Einfluss auf die Medien aus? Im Rahmen der Assoziationsfreiheit spielen zudem Gleichgewichte oder Störungen in der Bildung und Funktionsweise des Parteiensystems sowie anderer Organisationen der Zivilgesellschaft (Gewerkschaften, Verbände usw.) eine Rolle.⁶⁰

(C) *Bürgerliche Freiheitsrechte*: Dieser Bereich besteht aus den individuellen Schutzrechten gegenüber dem Staat und dem Rechtsstaatsprinzip. Demnach ist der Staat an geltendes Recht gebunden und agiert auf der Grundlage klar definierter Kompetenzen. Im Wesentlichen geht es hier um die Fähigkeit und tatsächlich vollzogene Praxis, mit der der Staat den Bürger vor Eingriffen in seine Rechte schützt, sei es gegen Eingriffe des Staates selber oder auch anderer privater Akteure. Nach dieser Logik hätte der Staat auch kriminelle Eingriffe in das Leben der Bürger möglichst zu verhindern, zumindest aber aufzuarbeiten. Merkel warnt davor, dass die *mangelnde Effektivität von Rechtsstaatlichkeit und Gesetz auch bei gesicherten politischen Rechten die Gefahr unkontrollierter Machtkreisläufe nach sich zieht*.⁶¹

(D) *Horizontale Gewaltenteilung*: In diesem Teilregime geht es in erster Linie um Fragen einer funktionierenden Gewaltenteilung, aber auch darum, ob das Justiz- und Rechtswesen mangelhaft entwickelt ist oder die Richter inaktiv sind. Bei der Gewaltenteilung ist vor allem zu beobachten, ob die Justiz die Regierung ausreichend kontrolliert oder umgekehrt gesehen, die Regierung die Unabhängigkeit der Gerichte beeinflusst. Auch andere staatliche Organisationen, die nicht der Kontrolle durch Wahlen unterworfen sind (Rechnungshof, Zentralbank), sollen in diesem System für ein reibungsloses Funktionieren sorgen. Zunehmend wird davon ausgegangen, dass ein Ungleichgewicht zwischen den Gewalten, Konsequenzen für die demokratische Verantwortlichkeit nach sich zieht und in Korruption und Nepotismus ausartet.⁶²

(E) *Effektive Regierungsgewalt*:⁶³ Einschränkungen ergeben sich hier vor allem dann, wenn sogenannte *tutelary powers* informell Einfluss auf demokratische Entscheidungen nehmen. In Fällen reservieren sich nicht legitimierte Eliten oder Machtgruppen Politikbereiche, sogenannte *reserved domains*. Ein solcher Defekt liegt sogar dann vor, wenn diese Rechte gar in der Verfassung garantiert sind. In vielen jungen Demokratien ist vor allem die zivile Kontrolle der Streitkräfte ein Problem.⁶⁴

⁶⁰ Liste der Indikatoren zum Teilregime „Politische Teilhaberechte“. Ebenda: Seite 84.

⁶¹ Liste der Indikatoren zum Teilregime „Bürgerliche Freiheitsrechte“. Ebenda: Seite 87.

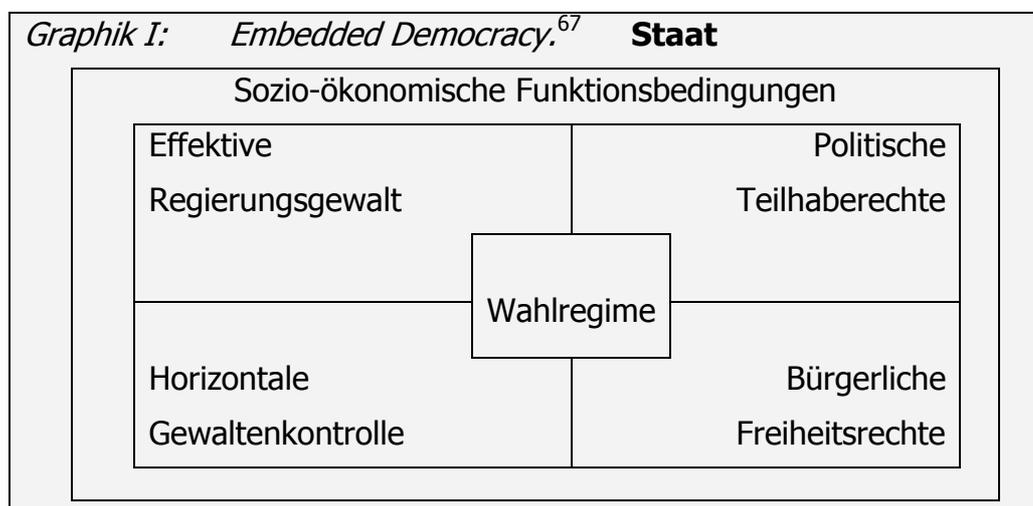
⁶² Liste der Indikatoren zur „Horizontalen Gewaltenteilung“: Ebenda: Seite 91.

⁶³ Ebenda: Seite 50 – 56.

⁶⁴ Liste der Indikatoren zur „Effektiven Regierungsgewalt“: Ebenda: Seite 93.

Alle Teilregime zusammen bilden das komplexe Geflecht eines demokratischen Herrschaftssystems. Keine Demokratie kann auf einen dieser Punkte verzichten, aber wichtiger noch als diese Erkenntnis ist das Wissen um die Art ihres Verhältnisses. Merkel nennt sein Konzept eingebettet, englisch *embedded*, weil er besonderen Wert auf die Schnittstellen legt. Jedes Teilregime, selbst wenn nicht objektiv beschädigt, kann durch seine Schwäche andere mit ihm verbundene beschädigen. Es komme also auf das gesamte Geflecht von Beziehungsverhältnissen der Komponenten an.⁶⁵ Aus dem Konzept der *embedded democracy* als positivem Vergleichsbild leitet Merkel negativ seine *Defekten Demokratien* ab:

Das sind *Herrschaftssysteme, die sich durch das Vorhandensein eines weitgehend funktionierenden demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen aber durch Störungen in der Funktionslogik eines oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind.*⁶⁶



Damit ist der konzeptionelle Bereich Merkels aber noch immer nicht erschöpft. Ausgehend von den demokratischen Prinzipien hatte der Autor ursprünglich *Dimensionen* der Demokratie und *Teilregime* erarbeitet, die wiederum mit Hilfe einer Auswahl aufgelisteter *Indikatoren* erkannt werden können. Je nach Schaden im Funktionsgefüge der Teilregime definiert er dann vier verschiedene Idealtypen Defekter Demokratien, sogenannte *Subtypen*: Zum Beispiel ist da die *Exklusive Demokratie* zu nennen. Im Rahmen der beiden Teilregime „Wahlregime“ und „politische Teilhaberechte“ meint er davon sprechen zu können, wenn die Präferenzen der Bürger in ihrer Gesamtheit nicht ausreichend in der politischen Willensbildung repräsentiert, einzelne Gruppen gar ausgeschlossen sind. *Illiberale Demokratien* sind solche, in denen der Rechtsstaat insofern verletzt ist, als die Bürger nicht ausreichend geschützt oder deren Freiheitsrechte betroffen sind. *Delegative Demokratien* zeichnen sich

⁶⁵ Ebenda: Seite 48f.

⁶⁶ Merkel und andere, 2003: a.a.O. Anm. I/39. Seite 66.

⁶⁷ Graphik I, entnommen aus: Merkel und andere, 2003: a.a.O. Anm. I/39. Seite 50.

vor allem durch Schäden in der horizontalen Gewaltenkontrolle aus und *Enklavendemokratien* sind solche, in denen relevante Themen der demokratischen Kontrolle, also der effektiven Herrschaftsgewalt entzogen sind.⁶⁸

Mit Merkels *embedded democracy*, seinen Teilregimen, deren inhaltlichen Kriterien und gar einer Reihe von Indikatoren liegt jetzt ein Demokratiekonzept vor, auf das Politiken zur Vergangenheit einwirken können. Nun habe ich aber bislang immer wieder neue Begriffe für ein Phänomen gebraucht, mit dem die Schatten der Vergangenheit Zukunft beseitigt werden sollen. Es ist an der Zeit, sich einmal zu fragen, worum es sich da genau handelt und welches Konzept meiner Arbeit in eben diesem Bereich zugrundegelegt wird:

2.2. Konzepte: Vergangenheitsbewältigung, Aussöhnung ...

Mit der Last der gewaltsamen Geschichte setzt man sich heutzutage in vielen Konzepten auseinander.⁶⁹ Den Ursprung des modernen systematischen Nachdenkens dazu, wie ein Land zugunsten seiner Zukunft mit seiner gewaltsamen Vergangenheit umgehen sollte, den kann man aber wohl rund um den Problemfall des nationalsozialistischen Deutschland ansiedeln. Krieg, Kriegsführung und eben auch die Niederlage der Nationalsozialisten in Deutschland haben das Land offenbar dazu prädestiniert. Dabei entstand der heute gängige Begriff der Vergangenheitsbewältigung erst Jahre nachdem begonnen wurde, entsprechende darauf abzielende Maßnahmen zu unternehmen. Der Reifeprozess allerdings, bis hin zur Herausbildung eines weitgehend anerkannten Konzepts, der dauerte auch danach noch Jahre an.

Es waren die alliierten Siegermächte, die nach dem überaus blutigen zweiten Weltkrieg die ersten Fakten setzten. Sie besetzten das Land nicht nur, regelten seine Grenzen neu und verlangten Reparationen, sondern griffen auch tief in die wirtschaftlichen und politischen Strukturen ein. Damit, so hieß es, solle das Land von Faschismus und Militarismus befreit werden.⁷⁰ Ins Zentrum ihrer sehr breiten Strategie setzten sie Versuche, die Träger des vergangenen Regimes vor Gericht zu stellen oder zu disqualifizieren, sei es über Berufsverbote oder Aufklärung des Geschehenen. Damit sollten nicht nur die den Staat tragenden Eliten ausgetauscht, sondern im Sinne eines Neuanfangs auch die Bevölkerung „umerzogen“ werden, so hieß das im damaligen Sprachgebrauch.

⁶⁸ Ebenda: Seite 70ff.

⁶⁹ Die Gründe dafür, verschiedene Begriffe rund um das Thema der Überwindung der Vergangenheit vorzustellen, sind vielfältig. Unter anderem aber liegt das aber auch an dem Gebrauch unterschiedlicher Begriffe während der Interviews selber, zu verschieden waren die Gesprächspartner und Ziele der Interviews. Erstens ist im Spanischen die Übersetzung des deutschen „Vergangenheitspolitik“, also „Política del Pasado“, nicht gebräuchlich und damit unverständlich – in der Praxis setzte dies also eine genaue Erklärung voraus. Und zweitens würde die Bedeutung dieses Begriffs die Kommunikation zu einem Großteil der Interviewpartner sehr erschwert und auf jeden Fall verkürzt haben. In diesen Fällen schien es mir angesagt, einen anderen Einstieg zu finden, damit die Interviewten sich den Themen bequemer annähern können. In der Praxis wurde in einigen Fällen der Begriff der Vergangenheitspolitik erklärt, in anderen von der Überwindung gesprochen oder eben das Problem des Umgangs mit der Vergangenheit vom Begriff der Aussöhnung aus aufgegliedert.

⁷⁰ Siehe *König*: a.a.O. Anm. I/8. Seite 371f.

Auf deutscher Seite wurde derweil eine erste Diskussion um die Frage geführt, wer denn schuld am Kriege sei. Aber, so wie heute auch in anderen Ländern, der Großteil der Bevölkerung und die von ihnen gewählte Regierung lehnten sowohl die aufgezwungene Vergangenheitsbewältigung als auch eine klar definierte Schuld ab – *der erste Nachkriegskonsens der Bundesrepublik*⁷¹, anderen Konfliktländern nicht so ganz unähnlich. 10 Jahre nach Kriegsende dann, noch während das Schweigen in Deutschland dominierte, wurde erstmals davon gesprochen, die *unbewältigte Vergangenheit* angehen zu müssen. In den 60er Jahren schließlich wurde nicht nur die Diskussion um den Begriff intensiver, es wurde in diesem Zuge auch begonnen, die Vergangenheit auf immer wieder neuen Ebenen zu thematisieren. Der Begriff selbst bezog sich in dieser Zeit noch immer auf den Sonderfall Deutschland. Mit Beginn der dritten Demokratisierungswelle, spätestens aber mit der vierten ab 1989 löste sich der Begriff aus seinem deutschen Kontext. Seit dieser Zeit spricht er davon, wie in der Zeit des Übergangs von der Diktatur zur neuen Demokratie, sich eben diese zu ihrem nicht demokratischen Vorgänger stellen soll.⁷² Das Konzept der Vergangenheitsbewältigung wird heute also eng mit dem der Demokratisierung verbunden gesehen.⁷³

Was genau ist Vergangenheitsbewältigung und welche konkreten Aufgaben werden von dem Konzept umfasst? Oder auch in anderen Worten: Welche Themen würden abgedeckt, wenn dies zum Fall Guatemala der Forschungsschwerpunkt wäre?

König hat zur Frage der Definition gleich mehrere Annäherungsversuche parat:⁷⁴ Es gehe dabei darum, wie neu etablierte demokratische Systeme *mit den strukturellen, personellen und mentalen Hinterlassenschaften ihrer Vorgängerstaaten umgehen und wie sie sich in ihrer Selbstdarstellung und in ihrer politischen Kultur zu ihrer jeweiligen belasteten Geschichte stellen*. Die als negativ eingestuftes Erscheinungen sollen aktiv angegangen werden. Mit der Formulierung von der belasteten Geschichte ist offenbar gemeint, dass Menschenrechtsverletzungen stattgefunden haben müssen. Steinbach unterstreicht in demselben Sinne, dass ein Anspruch auf eine Vergangenheitsbewältigung nur dann vorliege, wenn es einen *Kontinuitätsbruch* gegeben habe, also Menschen wegen ihrer politischen Absichten verfolgt worden seien.⁷⁵

Diese Annäherung erscheint auf den ersten Blick von großer Breite. Denn, auch wenn der Begriff damals noch unbekannt war, schon die Alliierten hatten nach dem Kriege die Vergangenheit überwinden wollen und zu diesem Zweck tief in das wirtschaftliche und politische System eingegriffen. In diesem Sinne wäre beinahe die gesamte Transformation als Versuch aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, also als Vergangenheitsbewältigung zu definieren. Ein Beispiel dazu wäre die zeitweise Demilitarisierung Deutschlands als Teil

⁷¹ Ebenda: Seite 372.

⁷² In diesem Sinne sowohl *König*: a.a.O. Anm. I/8, Seite 375 als auch *Arenhövel*, Mark: Demokratie und Erinnerung. Frankfurt am Main 2000. Seite 24.

⁷³ Sie auch Arenhövel: a.a.O. Anm. I/72.

⁷⁴ *König*: a.a.O. Anm. I/8. Seite 375f.

⁷⁵ *Steinbach* zitiert nach Arenhövel a.a.O. Anm. I/72. Seite 24.

dieser Bewältigung. König selbst wehrt kurz darauf diesen ersten Eindruck ab. Jedes untergegangene System hinterlasse dem neuen ein Erbe, so sagt er. Vielmehr handelt es sich bei der Vergangenheitsbewältigung also um den Versuch, die Macht der belasteten Akteure und deren Strukturen zu schwächen, und so ein neues Kapitel in der Geschichte des jeweiligen Landes aufschlagen zu können. Politiken die darauf abzielen, Gesellschaft und Staat mit dem Ziel zu transformieren, sie zu demokratisieren oder strukturelle Ursachen eines vorherigen Konflikts zu bekämpfen, sind damit ausdrücklich nicht Teil des Konzepts.

König schlägt fünf Wege oder auch Instrumente zur Bewältigung der Vergangenheit vor: (1) das Verbot belasteter Organisationen, (2) die Bestrafung der Täter, (3) die Disqualifizierung belasteter Personen, (4) die Rehabilitation und Entschädigung der Opfer und (5) die öffentliche Aufarbeitung der Vergangenheit. Diese fünf Instrumente sollen auf mehreren allesamt politischen Ebenen zur Wirkung kommen. König unterscheidet dabei drei Ebenen mit ihrer jeweils besonderen Logik: die Ebene des politischen Systems an sich, die der politischen Kultur und die der politischen Mentalität.⁷⁶ Diese wohl zu analytischen Zwecken gemachte Unterscheidung muss ganz offensichtlich genauer eingeordnet werden:

Zum Bereich des *politischen Systems* werden institutionelle Regelungen gezählt, Gesetze, Normen, Initiativen und andere Aktivitäten der drei Gewalten – der Legislative, der Exekutive und der Justiz. In dem Konzept wird davon ausgegangen, dass es in dieser Logik vor allem um Macht- und Einflussverhältnisse innerhalb der Gewalten geht, die aber auch innerem und äußerem Druck unterliegen. Mit dem Bereich der *politischen Kultur* wird über den engeren Bereich des formalen politischen Prozesses hinausgegangen. Hiermit sind die zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen gemeint, die an Diskussionen, Bewusstseins- und Willensbildungsprozessen beteiligt sind. Dazu zählen unter anderem die Medien, die Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, Verbände und viele andere mehr. Ihr Einfluss ist eher indirekter Natur, sei es über eben öffentliche Prozesse oder indirekte Kontakte und Einflüsse auf die politischen Vertreter. Ihr Anteil am Prozess der Vergangenheitsbewältigung nährt sich vor allem aus der Kraft, Standards für Auseinandersetzungen zu entwickeln, an denen sich eine Demokratie dann orientieren muss. Von dieser zweiten Ebene der politischen Kultur wird die dritte der *politischen Mentalität* unterschieden. Sie umfasst die empirisch nachweisbaren Einstellungen, Meinungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung zum Thema der Vergangenheitsbewältigung. In Zeiten des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie sind oftmals die Unterschiede zwischen den neuen modernen politischen Institutionen und den noch rückwärtsgewandten Einstellungen der Bürger ganz erheblich.

Gerade diese Unterscheidung in drei Ebenen wird später noch eine Rolle spielen. Aber schon an dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass die Abgrenzung hier vor dem Hintergrund des Falles Deutschland entwickelt wurde,

⁷⁶ König: a.a.O. Anm. I/8. Seite 378 und 386ff.

andere Weltregionen aber nicht unbedingt denselben Idealtypen entsprechen. In jedem Fall, auch wenn wir den Begriff zuvor im engeren Sinne von der Last der Aufgaben der Transition befreit haben, eine Forschung zur *Bewältigung der Vergangenheit* in Guatemala würde im Prinzip automatisch alle Dimensionen abdecken: die der Politik, der Kultur, der Wissenschaft sowie die der Pädagogie und der Religion. Alle Akteure, die sich um diese Themen kümmern, sind unweigerlich Teil des Prozesses der Vergangenheitsbewältigung, selbst wenn sie durch ihre Inaktivität zum Gegenteil beitragen.

Unumstritten ist das Konzept aber nicht. Kann man das Bewältigen von unterschiedlichen Vergangenheiten vergleichen? Diese Frage haben sich zu verschiedenen Zeiten mehrere Autoren in jeweils unterschiedlichem Sinne gestellt. Kann man die Vergangenheit der Nationalsozialisten, also der Zeit des Völkermords an den Juden und vieler anderer massiver Verbrechen gegen die Menschlichkeit, mit der irgendeiner anderen Diktatur vergleichen? Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden oftmals als so einzigartig angesehen, dass jeder Vergleich mit anderen Ländern die Gefahr mit sich bringe, diese ungeheure Sonderstellung zu relativieren. Wie steht es um die Vergleichbarkeit von Prozessen unterschiedlicher Länder mit ihrer doch ebenso sehr unterschiedlichen Geschichte? Und ist es nicht zu einfach, innerhalb eines Landes nur die unmittelbare Vergangenheit der Diktatur mit der Zeit des Übergangs zu vergleichen? Schließlich gingen doch auch in Deutschland viele autoritäre Praktiken und Politiken auf Vorbilder aus dem ersten Weltkrieg und der Kaiserzeit zurück, also auf die unverwechselbare Geschichte an sich. Dasselbe könnte dann auch für das Beispiel Guatemala gelten, denn die Gewalt und die autoritäre und die die indigene Bevölkerung diskriminierende politische Kultur des Landes nahmen ja nicht erst mit dem Ausbruch des Krieges zwischen 1960 und 1962 ihren Anfang.

Aber auch zuvor war das Konzept schon umstritten. Dabei ging es vor allem um den Aspekt der *Bewältigung*. Während die einen bezweifelten, dass gerade die deutsche Vergangenheit jemals bewältigt werden könne⁷⁷ kritisierten andere generell, dass Geschichte überhaupt zielgerichtet bewältigt werden kann.⁷⁸ Zwar wird der Begriff von der Vergangenheitsbewältigung vielfach deskriptiv verwandt, aber sein normativer Aspekt ist ihm auf keinen Fall zu nehmen.⁷⁹ Und damit stellt sich gleichzeitig das Problem der Wertung, das dieses wie auch alle anderen normativen Konzepte haben. In diesem Fall: Wann ist die Vergangenheit wie sehr bewältigt und welche Kriterien haben dafür zu gelten?

Trotz aller Diskussion kann kein Zweifel daran bestehen, dass auch unterschiedliche Erfahrungen wertvolle Schlüsse zulassen. König erwähnt in diesem Zusammenhang vier Diskussionsstränge des Beispiels Deutschland, die auf andere Länder ausstrahlen: (a) Wie kann mit den Politikern umgegangen wer-

⁷⁷ Anders, Günter: Besuch im Hades. Ausschwitz und Breslau 1966. Nach „Holocaust“. München 1979. Seite 179.

⁷⁸ Wenke, Hans: „Bewältigte Vergangenheit“ und „Aufgearbeitete Geschichte“. Zwei Schlagworte, kritisch beleuchtet, in: GWU, 11 Jahrgang, 1960. Seite 65 – 70.

⁷⁹ Arenhövel: a.a.O. Anm. I/72. Seite 21.

den, die Teil der Eliten des belasteten Regimes waren?⁸⁰ (b) Wie kann mit Mitteln des Tabus der Antisemitismus geächtet werden?⁸¹ Diese Diskussion ist gerade auch für Gesellschaften von Bedeutung, die Rassismus und Diskriminierung überwinden wollen. Darüber hinaus zählt König (c) die Debatte um Möglichkeiten und Grenzen von Gedächtnis und Erinnerung auf sowie (d) die Diskussion um den Verlauf der politischen und sozialen Prozesse rund um die Vergangenheitsbewältigung. Einer Forschung zu Guatemala werden dabei schnell augenscheinliche Parallelen zum Fall Deutschland bewusst. In beiden Fällen zog vor allem der Staat meist das Schweigen vor, trotz oder gerade wegen einer von außen begünstigten Wahrheitsfindung. Dennoch haben die Vergleiche mittlerweile andere Dimensionen erreicht und finden eher zwischen Ländern mit ähnlichen Bedingungen statt. Doch dazu später mehr.

Das Ende des Ost-West-Konflikts und die damit zusammenhängenden Demokratisierungswellen haben ab den 80er Jahren den Bedarf für Konzepte erhöht, die die neuen politischen und gesellschaftlichen Prozesse steuern helfen. Neben der Demokratisierungsforschung an sich, gewannen auch die Friedens- und Konfliktforschung und kleinere Problemfelder zunehmend an Bedeutung: darunter der Umgang mit der Vergangenheit und später die Idee vom Aussöhnungsprozess. Vergangenheitsbewältigung blieb dabei nicht das einzige Konzept im Rahmen der Abgrenzung zu den Auswüchsen der Vergangenheit. Im deutsch-sprachigen Raum wird zum Beispiel auch vom *Umgang mit der Vergangenheit* oder der *Aufarbeitung* gesprochen.⁸² Erstaunlicherweise sind die verwandten Instrumente oft sehr ähnlich. Wer sich für einen der deutschen oder internationalen Begriffe entscheidet, der denkt dabei an dessen Reichweite und seinen empfohlenen Ablauf. Gleichzeitig impliziert die Entscheidung aber auch, ob der Begriff einen normativen Gehalt erhält oder eben nicht⁸³ und wie schwer dieser sein soll. Ob Vergangenheit bewältigt oder aufgearbeitet wird, dies hat nach Pampel auch einen emotionalen Inhalt. Aus eben diesem Grunde – so sagt der Autor – werde im Zusammenhang mit der Vergangenheit des Nationalsozialismus vom Bewältigen gesprochen und im Rahmen der Geschichte der DDR ab 1989 von der *Aufarbeitung*.⁸⁴

⁸⁰ Herz, Thomas / Schwab-Trapp, Michael: Umkämpfte Vergangenheit. Diskurse über den Nationalsozialismus seit 1945. Opladen 1997.

⁸¹ Bergmann, Werner: Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1989. Frankfurt a. M. / New York 1997.

⁸² Im Englisch-sprachigen Bereich wird oftmals von „Memory Politics“ gesprochen, ein Begriff, der Ähnlichkeiten mit dem der Vergangenheitsbewältigung aufweist, aber nicht denselben normativen Charakter aufweist. Darüber hinaus wird auch „Dealing with the Past“, „Coping with the Past“, „Coming to Terms with the Past“, „Burying the Past“, „Accountability Politics“, „Transitional Justice“ oder auch beinahe ironisch „Comparative Past Beating“ benutzt. Zum Beispiel: Barahona de Brito, Alexandra / González-Enriquez, Carmen (Hrsg.): The Politics of Memory. Transitional Justice in Democratizing Societies. Oxford Studies in Democratization. Oxford. 2001; Biggar, Nigel (Hrsg.): Burying the Past. Making Peace and Doing Justice after Civil Conflict. Georgetown University Press. Georgetown, 3. Aufl. 2003; Kritz, Neil (Hrsg.): Transitional Justice: How Emerging Democracies Reckon with Former Regimes. United States Institute for Peace. Vol. 1. Washington D.C.: 1995; Teitel, Ruti G: Transitional Justice. Oxford University Press. Oxford 2002.

⁸³ Arenhövel: a.a.O. Anm. I/72. Seite 12.

⁸⁴ Pampel, Bert: Was bedeutet „Aufarbeitung der Vergangenheit“? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2. 6. Januar 1995, S. 30. Stein bestätigt zwar den unterschiedlichen emotionalen Gehalt bei der

In den letzten Jahren gewinnen in diesem Zusammenhang zwei Trends zunehmend an Gewicht: (a) das Konzept der *Reconciliation*, im Deutschen mal Aussöhnung, mal Versöhnung genannt und (b) die Versuche, die verschiedenen Konzepte der Friedens- und Konflikt- und der demokratischen Transformationsforschung immer weiter zu vernetzen. Als Beispiel für diesen zweiten Trend mag hier ein „Working Paper“ der Schweizerischen Friedenstiftung gelten:⁸⁵ In diesem geht Bleeker zunächst einmal davon aus, dass Erinnerung allein den Aufbau zu einer besseren Gegenwart nicht erreichen könne. Der Umgang mit der Vergangenheit (Englisch: *Dealing with the Past*) ist in diesem Sinne ein logisches Instrument, aber – so meint Bleeker – eben nicht nur für die politische Transformation hin zur Demokratie, sondern eben auch für die Transformation zum Frieden – der Konflikttransformation.⁸⁶ Die Erinnerungsarbeit, der Aufbau von Menschenrechtsinstitutionen, die Zahlung von Reparationen oder je nach Lage auch die rechtliche Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsverletzungen sollen die Gesellschaft rekonstruieren. Andererseits sollen sie aber auch über den Sinnzusammenhang der Aussöhnung, die Polarisierung der Gesellschaft aufzuheben helfen. Umgang mit der Vergangenheit, Aussöhnung und einige Aspekte der Demokratisierung stehen hier in einem komplexen Zusammenhang mit dem Konzept der Konflikttransformation.

Bevor ich in Kürze meine eigene Forschung und deren zugrunde liegende Konzepte festlege, will ich an dieser Stelle in wenigen Abschnitten aber noch einen zweiten Begriff einführen - den der Aussöhnung⁸⁷. Seine spanische Übersetzung *Reconciliación* ist der einzige in Guatemala geläufige Begriff zum Thema des Umgangs mit der Vergangenheit. Gleichzeitig erlaubt mir der kurze Vergleich beider Konzepte aber auch, aus den Schwächen beider, Schlüsse für mein Thema ziehen zu können. Zahlreiche vor allem englischsprachige Autoren haben sich mit dem Konzept auseinandergesetzt.⁸⁸ Für meine Zwecke hier will ich aber ein Handbuch von IDEA in den Mittelpunkt stellen.⁸⁹ Das hat zwei Gründe: Zum einen fasst es in Grundzügen den allgemeinen Stand der Diskussion zusammen. Und zudem geht es davon aus, dass die Aussöhnung in einem engen Verhältnis zur Demokratie steht und befasst sich somit eben auch mit dieser Beziehung:

Begriffe, sieht aber letztlich keine inhaltliche Unterschiede zwischen den Begriffen. *Stein*, Tine: *Demokratie und Verfassung an den Grenzen des Wachstums* 1998. S. 136.

⁸⁵ Mô *Bleeker* Massard / Jonathan Sisson (Hrsg.): *Dealing with the Past*. Swiss Peace. Koff – Series 2/2004. Siehe auch *Lederach*, John Paul: *Building Peace. Sustainable Reconciliation in Divided Societies*. Washington: United States Institute of Peace Press. 1997.

⁸⁶ Ebenda: Seite 6-9.

⁸⁷ Auf die Unterscheidung zwischen Aus- und Versöhnung möchte ich jetzt hier nicht mehr eingehen. Das würde dann doch immer mehr vom Thema ablenken.

⁸⁸ Beispiele: *Schaap*, Andrew: *Political Reconciliation*. Routledge 2005. *Villa-Vicencio*, Charles / Doxtader, Eric (Hrsg.): *Peaces of the puzzle. Keywords on Reconciliation and Transitional Justice*. Institute for Justice and Reconciliation. 2005. *Brounéus*, Karen: *Reconciliation – Theory and Practice for Development Cooperation*. SIDA. Department for Cooperation with Non-Governmental Organizations and Humanitarian Assistance. September 2003. *Rigby*, Andrew (Hrsg.): *Justice and Reconciliation: after the violence*. London 2001. *Lederach*: a.a.O. Anm. 85.

⁸⁹ *Bloomfield*, David / Barnes, Teresa / Huyse, Luc (Hg.), 2003: *Reconciliation after Violent Conflict: A Handbook*. Stockholm: International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA).

Politische und soziale Aussöhnung nach einem gewaltsamen Konflikt ist demnach ein langfristiger Prozess, im Laufe dessen sich die Gesellschaft von einer getrennten Vergangenheit hin zu einer geteilten Zukunft bewegt.⁹⁰ Damit sollen alte Gegner mit dem Ziel zusammengeführt werden, das Erbe der Vergangenheit zu brechen und neue Konflikte zu verhindern. Auf diese Weise könnten der Frieden und die Demokratie konsolidiert werden.⁹¹ Aussöhnung und Demokratie haben für Bloomfield und Huyse ein komplementäres Verhältnis. Die Demokratie brauche die Aussöhnung, weil nur so die unverzichtbare Ebene der Arbeitsbeziehungen innerhalb der Gesellschaft wiederhergestellt werden könne. Andererseits brauche die Aussöhnung auch der Demokratie, weil sie eine Reihe von (demokratischen) Abläufen brauche, mit Hilfe derer die Themen und Konflikte der Gesellschaft gelöst werden können. Der Kampf zugunsten einer funktionierenden Demokratie bedeute aber gleichzeitig, einen Weg hin zu mehr ökonomischer Gerechtigkeit sowie politische und soziale Partizipation und Machtverteilung.

Mag der erste Teil der Definition auch harmonisierende Aspekte beinhalten, so geben die Instrumente ein klareres Bild über das Konzept ab: Ebenso wie in der Vergangenheitsbewältigung stehen auch hier vor allem die Suche nach Wahrheit, aber auch Gerechtigkeit und Reparationen im Zentrum des Handelns der Aus- oder Versöhnung.⁹² Danach weitet sich das Feld aber aus. Das Konzept der Aussöhnung in Verbindung mit der Demokratie verlangt eine aktive Arbeit in Gender-Fragen und – wie erwähnt – auch in Sachen ökonomischer Gerechtigkeit und Partizipation sowie ausgeglichener Machtverteilung. Zugunsten des übergreifenden Ziels werden soziale, politische und ökonomische Transformationen erreicht werden müssen. Aber nicht nur hier zeigt sich die Breite des Ansatzes. Die Autoren geben zudem weitreichende Empfehlungen zu den kommunikativen Techniken vor, die bei den Verhandlungen in den jeweils unterschiedlichen Phasen beachtet werden sollten – ein Detail mit Konsequenzen für den gesamten Prozess.⁹³ *Reconciliation*, so wie es im Englischen heißt, ist in diesem Sinne ein klassischer interdisziplinärer Ansatz, der mit der ebenso interdisziplinären Vergangenheitsbewältigung zwei wesentliche Faktoren teilt: die Hauptinstrumente und die Annahme, dass die Konzepte jeweils der Demokratie förderlich sind.

Im breiteren Konzept der Aussöhnung steht eben diese mit den institutionellen Aspekten der Demokratie in einem weitgehend komplementären Verhältnis. Die Autoren der *Vergangenheitsbewältigung* dagegen halten sich etwas mehr zurück. Sie gehen implizit zum Beispiel davon aus, dass ein Elitenwandel, weg von denen der Vergangenheit, dem Neuanfang und damit auch der Demokratie zugute kommt. Aber ein genaueres Verhältnis wird nicht definiert.

In seinem Aussöhnungskonzept gibt Bloomfield zu, dass die vergangenheitspolitischen Instrumente zu Anfang durchaus für Verwirrungen sorgen können.

⁹⁰ Bloomfield, David: Reconciliation – an Introduction, in: Bloomfield: a.a.O. Anm. I/89. S. 12.

⁹¹ Huyse, Luc: The process of reconciliation, in: Bloomfield: a.a.O. Anm. I/89. Seite 19.

⁹² Als vierter Pfeiler gilt hier die „Heilung“ von Individuen und Kollektiven.

⁹³ Bloomfield, D.: Reconciliation – an Introduction, in: Bloomfield: a.a.O. Anm. I/89. S. 10f.

Letztlich aber sei es eine Frage der Mischung und die Aussöhnung sei ein langfristiges Konzept, so scheint seine Antwort zu sein. Was passiert innerhalb des politischen Systems, wenn eine Maßnahme von einer Veto-Macht abgelehnt wird oder kulturell kein Verständnis findet? Soll man sich präventiver Enthaltensamkeit üben? Wo liegen wann die Grenzen für das politische Handeln in Sachen Vergangenheit. Er, so wie auch Ahrenhövel und König, gehen auf die Details des Problems nicht ein.

Eine Reihe solcher interdisziplinärer Konzepte versuchen heute ehemaligen Diktaturen oder Konfliktstaaten, Leitideen zur Konstruktion ihrer Zukunft in die Hand zu geben. Stets ist der Umgang mit der gewaltsamen Vergangenheit ein integraler Bestandteil oder auch Instrument, wie andere sagen würden. Diese vergangenheitspolitischen Instrumente schmiegen sich mal in die Idee der Konflikttransformation ein, mal in einen Aussöhnungsprozess weg von einer *getrennten Vergangenheit, hin zu einer geteilten Zukunft*. Im Falle der Vergangenheitsbewältigung ist mehr die Idee im Vordergrund, die Geschichte als Last abzuschütteln und damit ein neues Kapitel aufschlagen zu können.

Doch nicht nur die Grundideen der Ansätze beeinflussen, welche Bedeutung die vergangenheitspolitischen Handlungsfelder haben oder wie sie angewandt werden. Darüber hinaus spielen die weitreichenden Transformationsansprüche bei der Frage eine Rolle, wie groß der Anteil von Wahrheit und Gerechtigkeit zu vergangenen Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der Transformation sein wird. Visionären Charakter eines Staates, so wie der im besten Sinne sein sollte, den kann man keinem der Konzepte absprechen. Am meisten gilt dies aber bei denen, die Transformationen auf breiter Ebene anregen wollen. Dennoch fällt bei allen hier kurz vorgestellten Konzepten gleichermassen auf, dass die normalerweise gesehene Verbindung zur Demokratie mehr den Institutionen und dem jeweiligen demokratischen Niveau gilt, weniger den dynamischen und interaktiven Prozessen der Konstruktion dieser Demokratie.

In Guatemala selbst weisen viele Verteidiger einer aktiven Aufarbeitung der Vergangenheit sicherlich zu Recht darauf hin, dass der Umgang mit dieser Vergangenheit ein Zeichen für die Tiefe der Demokratie darstellt. Dies ist leicht nachvollziehbar, vor allem wenn man bedenkt, dass es generell einen Zusammenhang zwischen den Geschehnissen einer Zeit gibt und den Werten, die diesen entsprechen oder daraus resultieren. In diesem Sinne ist eine Demokratie, deren Werte in bewusster Abgrenzung zur gewaltsamen Vergangenheit erarbeitet sind, einer anderen vorzuziehen, die auf der Toleranz von vergangenen Menschenrechtsverletzungen aufgebaut ist. Eine solch überzeugende Logik wird in verschiedenen Kreisen Guatemala mitunter automatisch auch für die Frage der Demokratieentwicklung vorausgesetzt. Aber hier scheint die Praxis diese Annahme dann doch nicht so eindeutig zu bestätigen.

Diese hier grob skizzierten theoretischen Konzepte hinterlassen mir zwei Eindrücke: die Notwendigkeit, das Konzept zur Vergangenheit einzugrenzen und den Wert, das Verhältnis zur Demokratie etwas genauer zu beleuchten. Wo und wie genau wurde dieses Verhältnis aber bislang gesehen? Und über-

haupt, welches Konzept lässt sich am ehesten mit dem Prozess der Transformation zur Demokratie in Verbindung bringen?

2.3. Vergangenheitspolitik in der Transformation zur Demokratie

Schon zuvor hatte ich erwähnt, dass der Sammelband von Barahona aus dem Jahre 2001 als stellvertretend für einen neuen Diskussionsstrang gilt, für den zu den Interaktionen mit der Demokratisierung. Das heißt aber nicht, dass das Thema überhaupt nicht erwähnt worden war. Vielmehr spielten die gelegentlichen Hinweise in der Transitionsforschung nur eine sehr untergeordnete Rolle⁹⁴ – und wenn erwähnt, dann wurde ihr Beitrag sehr kritisch gesehen. O'Donnell/ Schmitter stellen da mit ihren Ausführungen eine Ausnahme dar. Relativ kurz, aber doch eindeutig, sprechen sie sich grundsätzlich für eine strafrechtliche Verfolgung von Menschenrechtsvergehen aus. Damit könne zugunsten der Etablierung und Sicherung des Rechtsstaates der Vorrang der zivilen Macht vor der Armee garantiert werden: *By refusing to confront and to purge itself of its worst fears and resentments, such a society would be burying not just its past but the very ethical values it needs to make its future livable. Thus, we would argue that, despite the enormous risks it poses, 'the least worst' strategy in such extreme cases is to muster the political and personal courage to impose judgment upon those accused of gross violations of human rights under the previous regime.*⁹⁵

Dennoch, auch O'Donnell/Schmitter erkennen an, was von anderen Autoren als das Grundproblem in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gesehen wird: dass man sich nur so weit mit der Last der Vergangenheit auseinandersetzen könne, wie man den Prozess der Transition dabei nicht gefährde. Auch oder gerade weil kaum diskutiert, die Mehrheit der Autoren scheint in Sachen Aufarbeitung der Vergangenheit der Meinung von Huntington zu folgen. Er hält das Thema in der Etappe der Transition für sehr *dysfunktional*.⁹⁶ Huntington spricht damit ein politisch-moralisches Dilemma an, das gerade im Conosur in Südamerika für Diskussionen sorgte. Strafverfolgung hätte den Familien der Opfer Erleichterung verschafft, aber Sorgen und Angst innerhalb der Streitkräfte hervorgerufen. Umgekehrt würde eine Amnestie die Streitkräfte beruhigen, aber die Wunden der Opfer offen halten, schreibt Pion-Berlin.⁹⁷ Einerseits wird eine juristische und politische Aufarbeitung als nötig angesehen, um einen stabilen Rechtsstaat aufzubauen, andererseits begrenzen die personellen und institutionellen Hinterlassenschaften des alten Regimes jede Handlungsfähigkeit. *Der Geist der autoritären Repression wacht über die Vergangenheit*, so heißt es bildlich bei Fuchs.⁹⁸

⁹⁴ Arenhövel: a.a.O. Anm. I/72. Seite 26.

⁹⁵ O'Donnell/Schmitter: a.a.O. Anm. I/14. Band 4. Seite 30f.

⁹⁶ Huntington: zitiert nach Arenhövel: a.a.O. Anm. I/72. Seite 28.

⁹⁷ Pion-Berlin, David: To Prosecute or to Pardon? Human Rights Decisions in the Latin American Southern Cone, in: Human Rights Quarterly. 16/1. 1994. Seite 106.

⁹⁸ Fuchs, Ruth: Staatliche Aufarbeitung von Diktatur und Menschenrechtsverbrechen in Argentinien. Hamburg. Institut für Lateinamerikakunde. 2003.

Die Mehrheit der erwähnten theoretischen Überlegungen und Annahmen sorgt sich also um die kurzfristige Stabilität und Funktionsfähigkeit der neuen Demokratien. Sicher ist nicht zu bezweifeln, dass ein verfrühter Versuch der Strafverfolgung die Transition gefährden könnte, dennoch sollte diese Erkenntnis nicht zu *Schwarz-Weiß-Denken* verführen. Befürworter einer aktiven Vergangenheitspolitik könnten daran erinnern, dass eine von autoritären Gruppen ausgearbeitete Verfassung der neuen Demokratie vielleicht schweren Schaden anrichte, ihr Fortkommen vielleicht auf Dauer blockiere. Gegner könnten darauf antworten, dass dies ein überlegenswerter Einwand sei, aber Strafverfolgung die Lösung eben nicht sei. Gibt es da keinen Mittelweg?

Auch in der Etappe der Konsolidierung wird kaum nach dem Nutzen der Aufarbeitung der Vergangenheit gefragt.⁹⁹ Hingegen sieht man die Aufarbeitung als wichtig an, um eine *civic culture* zu entwickeln. Hierbei handelt es sich um jenes langfristige Konzept, das im Mehrebenenmodell von Merkel den Werten und Einstellungen der Bürger entsprach, die erst als letzte Etappe die Konsolidierung der Demokratie beschließen.

Aus dem Rahmen fallen in diesem Zusammenhang die vergleichsweise optimistischen Kommentare von Fuchs oder auch von Nolte. Während die erste die Vergangenheitsbewältigung als einen Gradmesser für den Stand des Demokratisierungsprozesses sieht, spricht der folgende etwas vorsichtiger von einem Indikator.¹⁰⁰ Logisch erscheint die Annahme vom Indikator vor allem dann, wenn er auf konkrete Teilbereiche des politischen Lebens bezogen wird. So hält Nolte erfolgreiche Strafverfahren gegen Menschenrechtsverletzer für einen Indikator der Unabhängigkeit von Justiz- und Rechtswesen.¹⁰¹ Aber könnte es nicht auch andere Gründe für die Ineffizienz solcher Verfahren geben? Denken wir dabei nur an die Tatsache, dass doch auch das Justizpersonal in Denken und Handeln von der Vergangenheit geprägt sein wird. Darüber hinaus scheint die Aussage vom Indikator aber dann doch weiterer Konkretisierung zu bedürfen. Bereits nach einem ersten Blick auf die Merkelsche Unterteilung der Demokratie in Teilregime wird nämlich klar, dass Demokratiedefekte unzählige Ursachen haben können. Muss dann nicht betont werden, dass die Aufarbeitung der Vergangenheit vielleicht *ein* Indikator für den Stand des Demokratisierungsprozesses sein kann, aber eben doch nur einer unter sehr vielen?

Wo steht also die bisherige Meinungsbildung zu den Auswirkungen der Vergangenheitspolitik auf die Transformation zur Demokratie? Zu einer Mehrheit von Skeptikern, die sich um die Stabilität der fragilen Demokratien sorgen, gesellen sich Stimmen, die keinen nachweisbaren Zusammenhang sehen (Barahona, 2001). Andere meinen, dass der Stand der Demokratie am Stand der Aufarbeitung gemessen werden könne und eine weitere Gruppe sieht den

⁹⁹ *Arenhövel*: a.a.O. Anm. I/72. Seite 28.

¹⁰⁰ Siehe: *Nolte*, Detlef: Verantwortungsethik versus Gesinnungsethik. Menschenrechtsverletzungen und Demokratisierung in Südamerika, in: Fischer, T. / Krennerich, M. (Hrsg.): Politische Gewalt in Lateinamerika. Frankfurt a. M. 2000. S. 304f; *Fuchs*: a.a.O. Anm. I/106. S. 36.

¹⁰¹ *Nolte*, 2000: a.a.O. Anm. I/100. Seite 304f.

langfristigen kulturellen Einfluss. Merkels Konzept der Defekten Demokratien erlaubt jetzt aber neue Einblicke in das wechselseitige Verhältnis:

Eine Antwort auf die Frage nach den vermuteten Einflüssen der Aufarbeitung auf die demokratischen Teilregime muss zunächst einmal zwei Unterscheidungen machen: direkte und indirekte Einflüsse sowie beabsichtigte und unbeabsichtigte. In diesem Sinne ist zu vermuten, dass die Aufarbeitung direkt die bürgerlichen Freiheitsrechte verbessert. Aber auch die effektive Regierungsgewalt und – im Falle einer effizienten justiziellen Aufarbeitung – die Unabhängigkeit des Justizsystems könnten profitieren. Mit anderen Worten, auch das Teilregime der horizontalen Gewaltenkontrolle könnte direkt betroffen sein.

Im Falle der effektiven Regierungsgewalt wäre zum Beispiel vorstellbar, dass vergangenheitspolitische Maßnahmen das Elite- und Machtverhältnis neu bestimmen und so reservierte Politikbereiche aufgelöst werden könnten. Oder ist nicht auch möglich, dass so erreichte neue Akteurskonstellationen auch das Wahlregime stärken, indem das Parteiensystem Sektorinteressen entzogen wird? Die Möglichkeiten in diesen Fragen sind ebenso vielfältig wie auch die Risiken. Denn auch umgekehrt ist vorstellbar, dass Versuche zur Aufarbeitung der Vergangenheit die betroffenen Gruppen zur Reaktion drängen: auf Parteien einwirken, auf Wählergruppen und deren Verhalten. Sie könnten auch versuchen, das Justizsystem direkt oder mittels der Regierung zu bestimmtem Verhalten zwingen zu wollen. Aber auch in diesen Fällen muss sofort eine weitere Frage nachgeschoben werden, deren Beantwortung für eine Balance der Rolle der Politik zur Vergangenheit unabdingbar ist. Werden so bestehende Defekte nur genutzt oder aufgedeckt oder werden auf diese Weise Defekte vertieft oder gar geschaffen? Gerade auch diese letzte Problematik werden die Forschungen zu den Konsequenzen der Vergangenheitspolitik klären müssen.

Nachdem das Verhältnis zur Demokratisierung angesprochen ist, muss nun gefragt werden, von welchem Begriff zur Vergangenheit geredet werden sollte, um Demokratie-Einflüsse markieren zu können? Immer wieder hatte ich das Themenfeld umschrieben und auch schon einige Begriffe diskutiert. Aber an dieser Stelle gilt es nun doch, eine neue konzeptionelle Umschreibung festzulegen. Zwei Hauptgründe liegen dafür vor: (1) Die Vergangenheit bewältigen setzt einen zielgerichteten Prozess voraus, der das Problem der Messung oder Bemessungsgrundlage nach sich sieht. (2) Der Hauptgrund besteht aber darin, dass dieses Konzept eine interdisziplinäre Wissenschaftsdisziplin ist, welche auf ihren drei allesamt eben doch auch politischen Ebenen zahlreiche Ansätze vereint: psychologische, soziologische, philosophische, juristische und historische. Mein Interesse ist aber doch wesentlich spezifischer.

Vor nicht langer Zeit veröffentlichten Fuchs/Nolte einen Aufsatz, der gerade die Absicht hatte, zu Forschungen rund um das Thema aufzurufen. Zugleich schlagen sie darin einen einheitlichen konzeptionellen und theoretischen Rahmen vor, der spätere Vergleiche von Fallstudien erleichtern würde. In diesem Text plädieren sie dafür, die Aufarbeitung der vergangenen Menschenrechtsverletzungen als Politikfeld zu betrachten und dieses entsprechend *Vergan-*

genheitspolitik zu nennen.¹⁰² Ich will mich dem im Prinzip anschließen, wenn auch nicht ohne die für den Fall Guatemala nötigen Korrekturen.

Ursprünglich von Frei in die Debatte eingeführt,¹⁰³ definierte Sandner den Begriff der Vergangenheitspolitik sehr umfassend als *politischen, justiziellen und kulturellen Umgang einer demokratischen Gesellschaft mit ihrer diktatorischen Vergangenheit*.¹⁰⁴ Fuchs/Nolte beschränken den Begriff auf die *staatliche Aufarbeitung der im Kontext von Diktaturen oder Bürgerkriegen begangenen Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten*.¹⁰⁵ Ihre Definition passt sehr gut in das Konzept der Vergangenheitsbewältigung von König, hatte dieser doch drei politische Ebenen unterschieden, auf denen sich die Handlungen abspielen würden. Eine davon war die des politischen Systems. Auch in meiner Arbeit geht es grundsätzlich um diese Ebene, mit dem Staat in seinen unterschiedlichen Ausprägungen als Handelnden. Aber Vergangenheitspolitik in Guatemala ist ein oftmals von Teilen der Zivilgesellschaft unternommenes Politikfeld, auf das der Staat mal reagiert, mal ignoriert er die Handlungen auch. Mitunter hinterlässt allein die Möglichkeit Wirkung. Eben gerade die staatlichen Reaktionen auf eine oftmals von außen angetriebene Vergangenheitspolitik machen aber das Besondere einer Forschung zur *Vergangenheitspolitik in der Demokratisierung* Guatemalas aus.

Für meine Zwecke definiere ich Vergangenheitspolitik (VP) als *die im politischen System potentielle oder tatsächlich wirkende Aufarbeitung der im Kontext von Diktaturen oder Bürgerkriegen begangenen Menschenrechtsverletzungen*. Damit möchte ich sowohl diejenigen Handlungen wichtiger zivilgesellschaftlicher Akteure eingeschlossen wissen, die sich vor allem an die staatlichen Institutionen richten, als auch die reine Möglichkeit einer solchen Politik, die präventiv Reaktionen zur Folge haben könnte. Schwerpunkt sind aber auch weiter *institutionelle Regelungen, Gesetze und Normen sowie sonstige Initiativen und Aktivitäten der Legislative, der Regierungen, der Justiz*¹⁰⁶ und an diese Gewalten gerichtete Initiativen und Aktivitäten.

Die Hauptinstrumente sind mit denen der Vergangenheitsbewältigung bei König vergleichbar: (a) die strafrechtliche Ahndung von Verbrechen, (b) Austausch und berufliche Behinderung belasteter Eliten, (c) Entschädigungs- und Reparationsleistungen, auch Wiedergutmachung genannt, sowie (d) die politisch-historische Aufarbeitung der Vergangenheit. Hierzu zählen Berichte der Wahrheitskommissionen, Erziehungsreformen die historisch-politische Inhalte verbreiten und andere staatliche Maßnahmen des Gedenkens und der Erinnerung.¹⁰⁷ Gerade das Instrument der Wahrheitskommission ist in Lateinamerika vielfach genutzt worden. Nicht nur im Conosur, auch im Nachbarland El Salva-

¹⁰² Fuchs/Nolte: a.a.O. Anm. I/13.

¹⁰³ S. Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996. Auch Bock, Petra / Wolfrum, Edgar: Umkämpfte Vergangenheit. Göttingen 1999.

¹⁰⁴ Günther Sandner zitiert nach Fuchs/Nolte: a.a.O. Anm. I/13. Seite 65f

¹⁰⁵ Ebenda, Seite 66.

¹⁰⁶ Ebenda.

¹⁰⁷ Über Zahl und Umfang der Instrumente herrscht Uneinigkeit. Manche unterlassen es, Berufsverbote zu erwähnen, Offe schließt politisch-historische Maßnahmen aus: Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im neuen Osten. Frankfurt a. M. 1994.

dor hat es wenige Jahre vor der Erfahrung in Guatemala eine solche Kommission gegeben. Mitunter wird von ihnen auch erwartet, Reformvorschläge in Sachen Menschenrechte oder gar in der demokratischen Transformation zu machen. Andere sollen helfen, sich auf eine gemeinsame Geschichte zu besinnen.¹⁰⁸ Als Bündel von politischen Maßnahmen rund um die Aufarbeitung der Vergangenheit herum, ist die Vergangenheitspolitik ein Politikfeld im Rahmen der sogenannten Politikfeldanalyse, englisch auch *Policy Analysis* genannt:

3. Methode: Die Politikfeldanalyse

Was ist die Politikfeldanalyse und wie kann man mit Ihrer Hilfe forschen? Die Politikfeldanalyse entstand in den späten 60er Jahren. Hatte sich die Politikwissenschaft ganz grob gesehen traditionell vor allem mit der *Polity*-Dimension¹⁰⁹ (der Institutionen-Kunde) befasst, so entdeckte sie danach die *Politics*-Dimension (politische Prozesse und politische Kultur) und wandte sich erst danach den politischen Inhalten zu - der *Policy*-Dimension.¹¹⁰ Dies kann wohl als Reaktion auf die jeweils als mangelhaft wahrgenommene Reichweite der vorherigen Erkenntnisse gewertet werden. Von Anfang an stand sie in enger Verbindung mit der wissenschaftlichen Politikberatung.¹¹¹ Den ursprünglichen Anstoß gab dabei schon der US-amerikanische Politologe Lasswell.¹¹² Bereits im Jahre 1956 schlug er einen ersten *Policy-Making* Prozess vor, der damals in insgesamt sieben Phasen aufgegliedert wurde. Die Begrifflichkeit dieser Phasen und deren Inhalte sind seitdem heftigen Debatten unterworfen.¹¹³

Während der Policy-Making Prozess linear ist und dementsprechend einen definierten Anfang und ein Ende hat, besteht der Politikzyklus aus einem theoretisch immer wiederkehrenden Kreislauf von Entscheidungsprozessen. Die verschiedenen Phasen sind jedoch in beiden Modellen vorhanden. In der vorliegenden Arbeit wird in Wesentlichen von einem Politik-Zyklus (*Policy Circle*) ausgegangen, den Fuchs/Nolte auf der Basis der Autoren Jann und Wegrich¹¹⁴ weiterentwickelt haben: Sie unterscheiden darin fünf Phasen:

¹⁰⁸ Fischer, Thomas: La función de las Comisiones para la Verdad como instrumento para afrontar el pasado en Argentina, Chile, El Salvador y Guatemala, in: Bodemer, Klaus und andere (Hrsg.): *Violencia y Regulación de Conflictos en América Latina*. Caracas 2001.

¹⁰⁹ Zur dreigliedrigen Aufteilung des Politik-Begriffes im englischen, siehe die Ausführungen zur Konsolidierung im Kapitel 2.1., „Demokratie und Transformation zur Demokratie“.

¹¹⁰ Siehe: Jann, 1999: a.a.O. Anm. I/49. Seite 309.

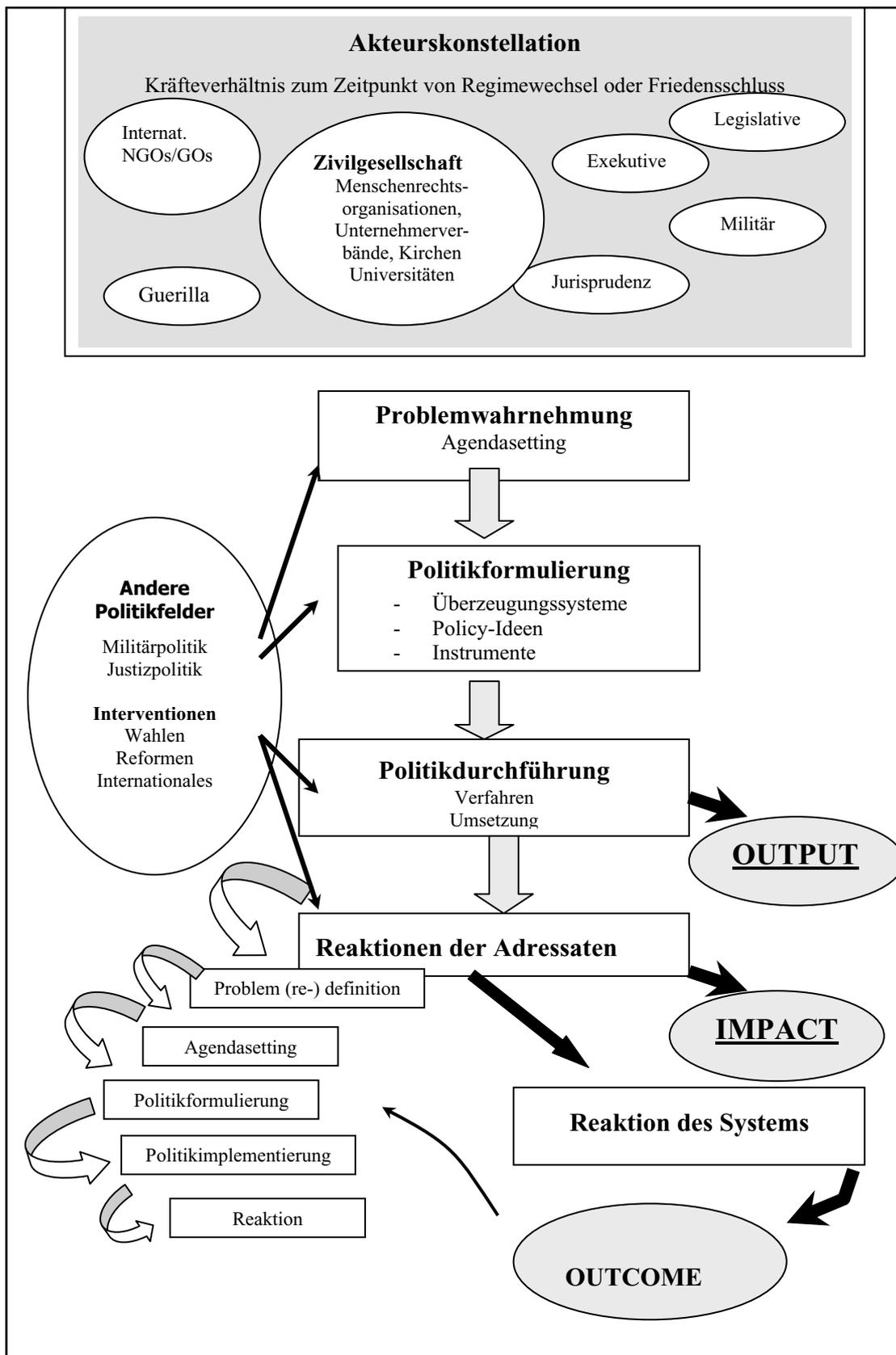
¹¹¹ Jann, 1999: a.a.O. Anm. I/49. Seite 310.

¹¹² Lasswell nach: Jann, Werner / Wegrich, Kai: Phasenmodelle und Politikprozesse-Der Policy Circle, in: Schubert, Klaus / Bandelow, Nils (Hrsg.): *Lehrbuch der Politikfeldanalyse*. München 2003. S. 74f.

¹¹³ Ebenda: 75f. Vergleiche: Faust, Jörg / Lauth, Hans-Joachim: *Politikfeldanalyse*, in: Mols, Manfred und andere (Hrsg.): *Politikwissenschaft: Eine Einführung*. Paderborn 2001. S. 292.

¹¹⁴ Jann / Wegrich: a.a.O. Anm. I/112. Seite 77f.

Graphik II¹¹⁵



¹¹⁵ Entnommen aus: Fuchs/Nolte: a.a.O. Anm. I/13. Seite 76.

2. Politikformulierung: In der folgenden Etappe geht es zunächst einmal um das Kalkül und die Überlegungen, welche der Entscheidung zugrundeliegt. Mit anderen Worten: Welche Ziele sind mit der Vergangenheitspolitik verbunden und warum werden deshalb welche Instrumente ausgesucht? Welche externen Faktoren, eventuell Vorbilder spielen dabei eine Rolle und welche anderen Politikfelder und Ziele gehen in das Gesamtkalkül ein? Die der Formulierung folgende Entscheidung ist ebenso Teil dieser Etappe.

3. Politikdurchführung: Eine Entscheidung zu einer gewissen Politik bedeutet nicht unbedingt, dass diese zielgerecht oder an sich überhaupt umgesetzt wird. Oftmals sind die Institutionen, die ausführen sollen, nicht mit denen identisch, die entschieden haben. Dieser Etappe wird neuerdings deshalb immer mehr Bedeutung zugemessen, weil Politik auch nach grundsätzlichen Entscheidungen vor allem von der Bürokratie noch immer verändert, verzögert oder sogar vereitelt werden kann. Grundsätzlich geht es hier aber auch darum, welche praktischen Schritte, also outputs, wirklich umgesetzt wurden. Dabei kann es sich um Normen und Gesetze oder auch um Entschädigungszahlungen oder auch um Berichte von Wahrheitskommissionen handeln.

4. Reaktionen der Adressaten: Bei den Reaktionen auf das Handeln unterscheiden sowohl Jann als auch Fuchs/Nolte zwei Ebenen. Auf der ersten geht es im Zusammenhang mit den Adressaten darum, wie die gedachten Zielgruppen, die Täter als auch die Opfer, die Entscheidung wahrnehmen und welche Konsequenzen sie daraus ziehen. Das ist der sogenannte *impact*.

5. Reaktionen des Systems: Die Politik hat aber nicht nur Auswirkungen auf die direkten Zielgruppen (*impact*). Letztlich zieht sie generell breitere Konsequenzen nach sich, den sogenannten *outcome*. Damit sind Auswirkungen auf andere Politikfelder gemeint oder direkt, beziehungsweise indirekt solche, die die Konsolidierung auf andere Weise betreffen.

Auch wenn ich mich hiermit schon darauf festgelegt habe, die klassische Quellen- und Literaturanalyse an Schlüsselstellen um die Methode des Politik-Zyklus zu erweitern, so will ich dennoch die Kritik daran nicht verschweigen. Faust/ Lauth werfen dem Modell 3 Schwächen vor:¹¹⁶ (a) die Phasen würden teils parallel verlaufen, seien höchst verschränkt oder würden teilweise ganz ausfallen, (b) die Verhandlungsprozesse zwischen gesellschaftlichen Akteuren, staatlichen und der Bürokratie würden zu wenig berücksichtigt und (c) letztlich sei auch das *Policy-Circle* Modell noch immer hierarchisch. Tatsächlich sei der Staat nicht fähig, wie gewünscht zu steuern oder zu gestalten.

Mir scheint in einem Teil meiner Arbeit das Modell als gedachter Leitfaden dennoch vielversprechend. VP als Politikfeld zu begreifen, bringt die Chance mit sich, die zunehmende Verflechtung der Politikfelder zu erhellen. VP hat nämlich offenbar indirekt Rückwirkungen auf und Interaktionen mit der Justiz, Sicherheits- und Militärpolitik. Diese sind ihrerseits sehr eng mit zumindest dreien der fünf Teilregime von Merkels *embedded democracy* verbunden, den bürgerlichen Freiheitsrechten, der effektiven Regierungsgewalt und der hori-

¹¹⁶ Faust/Lauth: a.a.O. Anm. I/113. Seite 306.

zontalen Gewaltenkontrolle. Auf diese Weise können also bislang unbekannte Einblicke in die *Innereien* der Transformation zur Demokratie vollzogen werden. Die drei Kritikansätze sind hier weniger aktuell:

Die Arbeitsbedingungen in Guatemala zeichnen sich dadurch aus, dass eine große Zahl von Akteuren aus vergangenen Regierungen, wenn überhaupt, nur sehr unvollständig Auskunft zu ihren Entscheidungen abgeben. Dokumente sind rar und zudem schützen sich die handelnden Akteure vor der nationalen und internationalen Kritik. Der Wissenschaftsbetrieb im relativ kleinen Guatemala ist nicht mit dem in größeren Argentinien zu vergleichen. Dazu wurde die Frage nach der Politikformulierung oder dem Impact von den Interviewpartnern oftmals nur sehr lückenhaft behandelt. Daher kann die (a) Phaseneinteilung des Policy Circle nur als Rahmen für Material und Analyse gelten, der bei Bedarf immer mit empirischen Daten und klassischer Quellen- und Literaturanalyse zu komplementieren ist. Der Kritik zur (b) mangelnden Verbindung zwischen Staat und Gesellschaft hoffe ich dadurch zu entgehen, dass in der Fassung von Fuchs/Nolte die Zivilgesellschaft als Akteur deutlicher berücksichtigt wird. Darüber hinaus suche ich ja gerade das, was Faust in einem dritten Punkt (c) so kritisiert: die Konzentration auf das Handeln des Staates.

4. Fragestellungen und Hypothesen

Noch einmal zusammengefasst: Die vorliegende Arbeit will dem Leser (a) die internen Widersprüche der Vergangenheitspolitik in Guatemala verdeutlichen und zugleich (b) die Rolle des Faktors Menschenrechte für die Transition und (c) die Rolle der VP für den weiteren Prozess der Demokratisierung erhellen. Als vergangenheits-orientierter Begriff wird das Konzept der Vergangenheitspolitik benutzt, weil es sich nahtlos in die Methode des Politikzyklus einordnen lässt. Empirische Informationen, vor dem Hintergrund des Politikzyklus strukturiert, erlauben sodann Einblicke in die politische Dynamik und mit ihr werden wir in die Lage versetzt, Wirkungen auf eine Demokratieentwicklung zu erkennen, die konzeptionell auf Merkel's Konzept der Defekten Demokratie basiert. Voraussichtlich steht der Politikbereich der VP in engem Zusammenhang mit der Justiz-, Sicherheits- und Militärpolitik und wirkt insofern auf zumindest drei der fünf Teilregime des Konzepts der *Embedded Democracy* ein – die bürgerlichen Freiheitsrechte, die horizontale Gewaltenkontrolle und die effektive Regierungsgewalt. Indirekte Zusammenhänge sind auch im Wahlregime und den politischen Teilhaberechten nicht ausgeschlossen. Der Beobachtungszeitraum dieses (zweiten) Teils der Arbeit umfasst die Regierungszeiten der Präsidenten Alvaro Arzú (1996 – 1999), Alfonso Portillo (2000 – 2003) und einen kürzeren Überblick zu Oscar Berger (2004 – 2007).¹¹⁷

Wie erwähnt, wird diesen Kapiteln eines vorausgestellt, dass sich mit der Frühzeit der VP befasst, also der Zeit, als die Gewalt der Vergangenheit schon

¹¹⁷ Die Behandlung der Berger-Zeit leidet daran, dass die Beobachtung der Prozesse mit meiner Ausreise im Mai 2007 endete. Zudem sind aktive Amtsträger weniger auskunftsfreundlich.

ein Thema für die Kriegskontrahenten war, ohne dass es schon eine ausformulierte VP gab. Damit sind mehrere Vorteile verbunden. Erstens erweitern wir damit die Frage nach den Gründen für die spezifische Ausprägung der VP in Guatemala. Rachel Sieder hatte bereits zahlreiche Aspekte dafür genannt, aber die Suche nach ihren Bestimmungsfaktoren ist meiner Ansicht nach noch nicht abgeschlossen. Auch der Friedensprozess und der Umgang mit dem Thema der Gewalt als Teil dieses Prozesses präfigurieren die spätere VP. Gleichzeitig sind diese frühen Dynamiken ein wichtiger Interpretationsrahmen für die Praxis der ausformulierten VP. Schließlich können Machtverhältnisse und Akteurskonstellationen vor und nach dem Abschluss der Friedensverträge verglichen werden, was wiederum weitere Rückschlüsse erlaubt, warum Maßnahmen der VP ihre jeweils spezifischen Wirkungen hatten. Die erste von drei Arbeitshypothesen lautet diesbezüglich:

1. *Die Widersprüche der Vergangenheitspolitik in Guatemala lassen sich in erheblichem Ausmaße auf die verschiedenen Machtverhältnisse in den Phasen der Definition und der Umsetzung zurückführen.*

Die Ursachen der VP liegen nicht nur in dem von Sieder etwas vernachlässigten Aspekt der Friedensverhandlungen. Auch die klassischen Faktoren sollen nicht vergessen werden: das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen sowie die Zahl und Konstellation der darin verwickelten Gruppen und ebenso die Art der Transition zur Demokratie – um nur einige zu nennen.

Im Anschluss an die Jahre der Friedensverhandlungen wird die Fragestellung dann auf die – eigentliche – Perspektive gerichtet, die der VP im Prozess der Demokratisierung. Schon zuvor hatte ich den Sammelband von *Barahona de Brito* und *González* zur „Memory Politics“ angesprochen, an dessen Ende sie dann ihr Arbeitsergebnis vorstellte. Ihrer Meinung nach gebe es keinen direkt nachweisbaren Zusammenhang zwischen der VP und der Entwicklung von Demokratien.¹¹⁸ Es ist letztlich diese These, die ich am Fallbeispiel Guatemalas mit Hilfe des neuen und zusätzlichen Analyseinstruments der Politikfeldanalyse verbessern will, sei es auch nur über ein besseres Verständnis der Zusammenhänge. Wie die Friedenspolitik selber aber, schienen auch der Komplex der Sicherheits- und Militärpolitik sowie die Lage der Justiz, Berührungspunkte mit der VP zu haben. Hat ihre Existenz vielleicht die Reformen in der Militärpolitik verhindert? Ging die Reform des Sicherheitssektors ihretwegen so langsam voran? Und warum stand und steht es um die Effizienz des Justizsektors so schlecht? Die Mitglieder der Regierung Arzú, Gustavo Porras und Raquel Zelaya, vertreten die These, dass es ohne die Drohung einer justiziellen Aufarbeitung der Vergangenheit, eine deutlichen Aufschwung im Funktionieren des Justizsystems gegeben hätte.¹¹⁹ Das heißt in anderen Worten, die Arbeit der offiziellen Wahrheitskommission, CEH, des deutschen Kommissars Christian Tomuschat und die von Militärs als latent

¹¹⁸ Im englischen Original lautet die These wie folgt: *There is no „direct correlation between the implementation of policies of backward looking truth and justice and the global functioning of democracies, in the sense that those are neither necessary nor sufficient for a democratic regime to take root“.* Barahona de Brito, 2001: a.a.O. Anm. I/18. S. 312f.

¹¹⁹ Interview mit Gustavo Porras, 15.06.05. Auch Raquel Zelaya (SEPAZ-Regierung Arzú), 17.06.05.

wahrgenommene Möglichkeit von Anklagen vor Strafgerichten hätten Fortschritte in den anderen Politikfeldern behindert. Und auch einmal ganz abgesehen von dieser Aktions- und Reaktionslogik, hat nicht die Ineffizienz der Justizsystems direkt negative Folgen für den Stand der justiziellen Aufarbeitung der Vergangenheit?

Im Rahmen einer breit verstandenen Militärpolitik habe ich vor, die Kooperation des Militärs mit der Polizei verfolgen. Wollte die Armee diese Kooperation, um einen Fuß in der Sicherheit zu halten? Warum war sie über Jahre nur sehr schwer zu Reformen zu bewegen? Wollte sie damit die Ihrigen schützen? Aus all' diesen Gründen die folgende zweite Arbeitshypothese:

2. *Die Vergangenheitspolitik in Guatemala muss in enger Beziehung und Abhängigkeit zu anderen Politikfeldern und deren Erfolgchancen und Grenzen gesehen werden.*

Diese Hypothese entstammt der Grundidee zu Beginn Arbeit, darum ist sie auch so allgemein formuliert. Hintergrund der folgenden Hypothese zur Instrumentalisierung der Vergangenheitspolitik ist das Phänomens der PAC, der sogenannten Patrouillen zur zivilen Selbstverteidigung:

3. *Vergangenheitspolitik als Demokratisierungsfaktor steht in einem engen Zusammenhang mit Grad und Ausmaß des Opferbewusstseins.*

Als Zuarbeiter der Armee wird den PAC eine Schlüsselfunktion im Kampf gegen die Guerilla zugesprochen.¹²⁰ Jahrelang schienen sie nach Kriegsende und ihrer formellen Auflösung als unbequeme Menschenrechtsverletzer politisch mehr und mehr in den Hintergrund zu geraten. Eine aktive von außen finanzierte Menschenrechtsarbeit der sozialen Organisationen und die Arbeit der Medien schienen die als Täter eingestuft PAC in die ethisch-moralische Defensive getrieben zu haben. Aber dann kam es zu massiven Protesten. Medienveröffentlichungen legten die Vermutung nahe, dass die damalige Regierungspartei FRG die PAC zu wahlpolitischen Zwecken missbraucht hätte. Ein Blick auf die genaueren Umstände der mutmaßlichen Instrumentalisierung erlaubt zudem Mechanismen zu identifizieren, die dieser Vorschub leisten.

Aus den Arbeitshypothesen lässt sich schon entnehmen, dass nicht nur die Themenkomplexe Justiz- und Militärpolitik, sondern auch sogenannte Interventionen in ihrer Rolle berücksichtigt werden. Das Problem der PAC warf eine Arbeitshypothese auf, aber auch die externen Akteure spielen generell eine wichtige Rolle. Fuchs/Nolte empfehlen praktisch in aller Dringlichkeit, sich mit dem Außeneinfluss zu befassen. Auch ich sehe dies als überaus sinnvoll. Der Komplexität wegen denke ich aber keine Möglichkeit zu haben, diesen Aspekt als Schwerpunktthema zu behandeln. In aller Breite ist dieser Faktor meiner Ansicht nach eigene Promotionsarbeiten wert, zu komplex und vielschichtig, zu verstreut sind Akteure und Dokumente.¹²¹

¹²⁰ Interview mit General Edgar Leonel *Godoy*, 19.05.2005.

¹²¹ Dazu kommt, dass nicht nur die Mitarbeiter diplomatischer Missionen, sondern auch der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) generell wenig transparent mit ihren Erfahrungen umgehen.

Nach monatelanger Arbeit stellte sich aber auch eine andere Frage immer dringlicher – die der indigenen Bevölkerung und der Rolle ihrer Emanzipationsbestrebungen für die Vergangenheitspolitik. In ein Politikfeld kann man den Kampf um Anerkennung und Emanzipation nicht so einfach kleiden und auf eine Intervention lässt dieser sich schon gar nicht reduzieren. Dennoch, gerade auch die Indigenen litten unter den Menschenrechtsverletzungen.

Interviews – Hauptquelle der Information

Eine Lektüre dieser Forschung wird dem Leser schnell aufzeigen, dass hier Interviews die Hauptquelle der Information sind. Das hat mehrere Gründe. Nationale Studien zur Lage der Politikfelder beziehen sich in aller Regel nicht auf den Gesamtprozess der Transformation zur Demokratie, weniger noch ziehen sie Parallelen zur VP. Zudem dreht es sich bei der Suche nach Querverbindungen zwischen diesen Feldern ja im Grunde um eine Suche nach Werten, Einstellungen und vor allem Motiven. Und wenn diese nicht schon in freiwilligen Texten enthüllt wurden – was eben meist nicht der Fall ist – dann können sie nur über Interviews erfragt werden können. 229 mehr oder weniger lange Gespräche mit über 137 Interviewpartnern habe ich zwischen 2003 und Anfang 2007 unternommen. Wie die Zahlen schon sagen, in manchen Fällen gab es gleich mehrere Treffen. Vertreter zahlreicher Sektoren wurden befragt, vor allem aus dem Bereich ehemaliger Angestellte und Funktionäre des Staates, des Militärs und den Reihen der Menschenrechtsbewegung.¹²²

Nach einer ersten Etappe sondierender Gespräche im Jahre 2003 wurden zwei Jahre später Standardinterviews mit dem Ziel unternommen, einen Überblick über die Perzeptionen und Einstellungen aller wichtigen Sektoren des Landes zu Fragen der Geschichtsvision unternommen. Dabei interessierte mich, ob und wie sie die Gewalt der Vergangenheit heute sehen und angehen wollen.

Die darauf folgenden Gesprächspartner wurden dann ausführlich zu den Friedensverhandlungen befragt. Damit wollte ich nicht nur diese in ihrem Entstehen noch einmal nachzeichnen, darüber hinaus ging es vor allem darum, einige wichtige Stimmungsfragen zu klären: Wie unabhängig verhandelten die Mitglieder der staatlichen Friedenskommission von den Regierungen und den wichtigen Machtgruppen des Landes? Wie kann man deren Rolle also definieren? Welche waren für wen die schwierigen Verhandlungsfragen, wie wurden die Ergebnisse interpretiert und welche Auswirkungen hatten diese auf die Zusammensetzung der Akteure? Mir ging es dabei letztlich darum, schon für die Phase der Verhandlungen informelle Aspekte zu definieren, die sich später für oder gegen die Vergangenheitspolitik auswirken konnten.

Auf eine dritte Etappe von Interviews zur Entwicklung und dem Stand der VP, ihrer Motive und von den Akteuren wahrgenommenen Problemen, folgte dann eine zu Fragen der Sicherheits- und Militärpolitik. Hier ging es dann erstmals darum, die Verbindungslinien und direkten und indirekten Interaktionen zwischen den Politikfeldern zu identifizieren. In der Folgezeit verliefen weitere

¹²² Dazu kommen sechs Interviews von Vilma Duque. Siehe Gesprächsliste im Anhang.

Phasen dann in immer kürzeren Abschnitten, zunächst zur Justizpolitik, dann zum Phänomen der PAC, der Maya-Bewegung und ganz kurz zum Einfluss der Wahlen. Parallel zur Niederschrift der Forschung wurden dann ab Dezember 2005 nur noch wenige Zweifel nachgefragt.

Die subjektive Ebene in politische Forschungen mit einzubeziehen, das ermöglicht reichhaltige Ergebnisse - aber bringt gleichzeitig auch Probleme mit sich. Unter anderem ist das der Quellen zu nennen. So sind zum Beispiel schriftliche politische Stellungnahmen aus der Zeit der Transition verfügbar. In erster Linie dienen sie aber dazu, sich politisch zu positionieren, als Teil eines Diskurses. Zudem beantworten schriftliche Quellen die Frage der Motivationen nur unzureichend. Nachfragen ist auch nicht möglich. Um eben diesen Problemen auszuweichen, habe ich den Weg der Interviews gewählt. Deren Vorteile sind offensichtlich, aber leider verbergen sich auch in dieser Herangehensweise deutliche Gefahren. Menschen neigen beinahe unausweichlich zur Selbstrechtfertigung. Und der politische Kontext für ein und dasselbe Problem könnte heute - sich oder dem Interviewer gegenüber - eine andere Rechtfertigung oder Darstellung erfordern, als es vor 10 bis 20 Jahren der Fall war. Eben solchem Verhalten bin ich in meinen Interviews ganz offensichtlich mehrfach ausgesetzt gewesen.

Der Autor ist sich dieses Problems bewusst. Um die entsprechenden Gefahren verfälschter Perzeptionen zu verringern, habe ich verschiedene Vorsichtsmaßnahmen getroffen: Erstens wird sehr genau ausgewählt werden, von wem welche Aussagen kommen. Im Kapitel III zum Beispiel werden nur Interviews mit Personen analysiert, die als Teil relevanter Sektoren damals selbst Entscheidungen zum Friedensprozess gefällt haben oder diesem zumindest nah waren. Und außerdem wurden die Antworten aus den direkt gestellten Fragen mit den zufälligen Kommentaren an anderer Stelle des Gesprächs abgeglichen. Mitunter habe ich mehrere Interviews mit derselben Person geführt. Dies war zugleich hilfreich, um sich ein breiteres Bild von der Person machen zu können.

5. Zum Aufbau

Für die Frage nach der Wirkung der Vergangenheitspolitik begeben mich zunächst einmal auf eine Suche in der Geschichte. Sie in nicht nur allgemeiner Kontext, sondern nach bisherigen Erkenntnissen zum Thema der Vergangenheitspolitik ein Urstoff, der sowohl Ausgestaltung der VP als auch ihre Wirkung präfiguriert. Relativ ausführlich gehe ich daher in Kapitel II auf den Krieg und dessen historischen Vorlauf ein.

Das Kapitel III handelt von den Friedensverhandlungen. Noch mehr als die Geschichte und Vorgeschichte des bewaffneten Konflikts zeichnet diese Phase einen Sinnzusammenhang, innerhalb dessen der verhandelte Frieden in Wechselwirkung mit der Vergangenheitspolitik und seiner Bedeutung für die unterschiedlichen Konfliktparteien steht. Die Zeitlinie beginnt schon mit der

Entscheidung des letzten Militärmachthabers, Mejía Vítores, eine Transition zur Demokratie einzuleiten. Über den ersten demokratisch gewählten Präsidenten bis zur Unterschrift unter die Friedensverträge vergehen noch einmal gut 10 Jahre, während der die Perzeptionen von Militärs, Guerilla und Repräsentanten ziviler Regierungen verfolgt werden.

Der eigentliche Vergleichspunkt für die Suche nach der Rolle der VP im Prozess der Demokratisierung wird im Kapitel IV definiert. Dort wird versucht, die Demokratie des Landes empirisch und danach auch in die Begrifflichkeiten von Merkels Defekter Demokratie einzuordnen. In Kapitel V folgt danach ein Blick auf das, was die Akteure als Problem wahrnehmen: wie sie Geschichte verstehen und sich innerhalb der Geschichte verorten sowie ihre Perzeptionen dazu, wie das neue Guatemala sich nach Friedensschluss zur Vergangenheit stellen sollte.

Der Schwerpunkt der Arbeit findet sich in Kapitel VI. Von Beginn an wird in immer neuen Etappen versucht, die Vergangenheitspolitik neben die Justiz-, Sicherheits- und Militärpolitik oder andere Interventionen zu stellen, beziehungsweise sie im Zusammenhang zu sehen. Drei Regierungen lang, die der Präsidenten Arzú, Portillo und Berger, stellen wir uns die Frage nach der Art der Vergangenheitspolitik, ihrer Gründe und der Art der Politikfelder und Interventionen sowie deren Bestimmungsfaktoren.

Diese doch sehr breite Herangehensweise bietet viele Ansatzpunkte für Analysen. Den hier definierten Interessen zufolge geht es dort in erster Linie darum, die noch nicht ausformulierte Vergangenheitspolitik in ihrer Wirkung während der Zeit der Verhandlungen zu erfassen. Danach wird sie in Etappen nachvollzogen und im Kontext mit jedem einzelnen der Politikfelder und Interventionen betrachtet, bis die so gewonnenen Erkenntnisse dann benutzt werden, um Ausgaben über den Stand und den Grad der Demokratisierung Guatemalas zu machen, beziehungsweise welchen Anteil die VP daran hat.

II. Geschichte als Urstoff der Vergangenheitsbewältigung: Guatemala zwischen Krieg und Frieden

Die Vorgeschichte des Versuchs, die Politik zur Vergangenheit in Guatemala im breiteren Kontext der Demokratisierung zu sehen, kann keine allgemeine Zusammenfassung der guatemaltekischen Geschichte sein. Wie auch, kann Geschichte doch nicht objektiv sein. Die Auswahl der historisch relevanten Fakten, Umstände und Strukturen hängt doch von Werten, Interessen und eben den Fragestellungen ab, die an diese Geschichte gestellt werden. Für den Fall der Nachkriegsgesellschaft Guatemalas kommt das Problem hinzu, dass nämlich deren Geschichte, mehr als andere, sehr unterschiedlich wahrgenommen wird. Geschichte rechtfertigt oder missbilligt vergangenes Handeln und entscheidet so über die Zukunft von Akteuren und dem Staat an sich. Die zeitliche Nähe der gewaltsamen Geschichte des Lands nährt zudem zahlreiche Tabus. Ein Teil der als Täter signalisierten hat begonnen, eigene Versionen abzugeben, aber systematische Versuche sind Mangelware. Einblicke in die politischen Dynamiken der früheren ökonomischen Eliten sind auch noch vollkommen unzureichend. Und die Opfer fühlen sich oftmals leichter in eben dieser Rolle, als in der, Akteure gewesen zu sein. Das bringt logischerweise die Gefahr mit sich, das Gesamtbild zum Vergangenen noch etwas zu verzerren.

Welche sind aber nun meine Interessen und Fragen an die Geschichte des Landes? Eine Antwort auf diese Frage muss erst einmal das Verhältnis von VP und Demokratie nach jetzigem Stand thematisieren. In dem bislang umfangreichsten Sammelband zu diesem Thema¹ wurden mehrere Faktoren definiert, die in mehr oder geringerem Maße das Verhältnis beider bestimmen. Fallbeispiele aus mehreren Kontinenten legen nahe, dass sich die Bestimmungsfaktoren für das Verhältnis zeitlich über vier verschiedene Etappen ansiedeln lassen: (1) Die demokratischen und die Rechtstraditionen reichen oftmals bis in die Zeit weit vor dem Konflikt hinaus.² (2) Und dann die Jahre des Konflikts: Wie war der Charakter der Täter, der Opfer und der Menschenrechtsverletzungen? (3) Auch die darauf folgende Etappe trägt wesentlich zu den Chancen der VP bei. Wie findet die Transition zur Demokratie statt? Nach einer Niederlage der Repressoren oder als Folge eines Paktes mit den neuen Eliten? Am schwierigsten sei der Übergang – so Barahona – wenn reformorientierte aber autoritäre Gruppen mit einer sehr moderaten Opposition verhandeln und dabei gleichzeitig auch noch die Kontrolle über den Sicherheitsapparat behalten. (4) So ganz ideal lassen sich die Etappen nicht unterscheiden, aber in einer letzten, nach der Transition, können noch einmal zahlreiche Faktoren das Verhältnis von VP und Demokratie beeinflussen: der internationale Kontext, die Einflussbeziehungen der Menschenrechtsgruppen, das Schicksal der alten Eliten, das Verhalten und die Einstellungen der politischen Führer zum Thema sowie die Natur dieser Führer überhaupt. Neben den Akteuren spielen dann aber auch institutionelle Faktoren eine Rolle. So zum Beispiel die Exis-

¹ Siehe *Barahona*: a.a.O. Anm. I/18.

² Diskutiert werden diese Faktoren bei *Barahona*: a.a.O. Anm. I/18, S 11-20.

tenz autoritärer Enklaven, vor allem der Armee, die Gesetze und Übereinkünfte zur Aufarbeitung der Vergangenheit. Die Bestimmungsfaktoren sind zahlreich, aber ihre Bedeutung variiert von Fall zu Fall.

In diesem Kapitel will ich den bewaffneten Konflikt zusammen mit seiner Vorgeschichte behandeln. Insofern interessieren hier vor allem die Traditionen in Recht und Demokratie, der Charakter der Täter, der Opfer und der Menschenrechtsverletzungen. Sie sind aber nur ein Teil meines Rasters, durch die die Historie gefiltert wird: Darüber hinaus sollen sowohl die Ursachen des Konflikts thematisiert werden als auch die Dynamiken, die ihn zu dem machten, wofür er so typisch ist – sein hoher Blutzoll unter der indigenen Bevölkerung. Konfliktursachen werden militärisch in der Regel nicht gelöst, ein Mangel, der dann politische Konsequenzen nach sich zieht, die auch Auswirkungen auf die VP hat. Zudem ist es mir wichtig, die Akteure der VP von heute, in ihrem Verhalten damals zu betrachten. Historische Sachinformation soll das Denken der Akteure heute einzuordnen helfen. Erlauben Sie mir ein zufälliges Beispiel aus einer Zeitung, das zum Zeitpunkt dieser Zeilen aktuell war:

Juni 2006 - eine Delegation der spanischen Justiz kommt nach Guatemala, um Zeugenaussagen zu vergangenen Menschenrechtsverletzungen aufzunehmen. Ziel war es, Verantwortliche für Kriegsverbrechen in Guatemala vor ein spanisches Gericht zu stellen. Die öffentliche Meinung reagiert in solchen Momenten mit einer Wiederholung von historischen Sichtweisen, die seit Jahren die Fronten um die Geschichtsvisionen markieren. Unter dem Titel *die Armee des Friedens* schrieb ein Kommentator einen Artikel, der drei sehr typische Annahmen einer Seite des Konflikts enthält:³ (a) Der Konflikt in Guatemala habe im Rahmen des Kalten Krieges stattgefunden, in dem es um den Kampf zwischen Freiheit und dem marxistisch-leninistischen Unterdrückungssystem gegangen sei. (b) Innerhalb dieses Rahmens hätten in Guatemala die Verfechter einer freiheitlichen Demokratie gegen eine kleine Gruppe gekämpft, die illegal und abhängig von der Sowjetunion zu den Waffen gegriffen hätte. Und (c) die Armee habe militärisch einen Krieg gegen die URNG gewonnen, der das Land in seinem Bestand bedroht hätte. Aber ging es wirklich um Demokratie in diesem bewaffneten Konflikt? Und konzentrierte der sich wirklich auf die Guerilla und in welchem Zusammenhang stand diese zu den sozialen Organisationen?

Ich gehe in meiner offensichtlich selektiven Darstellung von dem Ergebnis der offiziellen Wahrheitskommission, CEH, aus.⁴ Ohne Frage würden schon jetzt viele Leser in Guatemala ihre Lektüre beenden, denn damit wäre – aus ihrer Sicht – die Arbeit von Anfang an einseitig.⁵

³ Kommentar des Präsidenten der Agrar-Unternehmervereinigung (*Cámara del Agro*), im Kriege eng mit dem Militär verbündet, Carlos Enrique *Zúñiga* Fumagalli: Ejército de Paz, in: Prensa Libre: 27.06. 2006. S. 16. AVEMILGUA, die Vereinigung der Veteranen der Armee, erklärt drohend: Ein Prozess in Spanien könne *tragische Konsequenzen* nach sich ziehen. Siehe *Prensa Libre*: 27.06.2006. S. 5.

⁴ Eine sicher komplettere, aber weniger auf die Gewalt und seine Ursachen bezogene Vision hat die Reihe der "Freunde des Vaterlandes" herausgegeben: *Asociación de Amigos del País*: Historia General de Guatemala. 6 Bände. Guatemala 1994 – 1999.

⁵ Später mehr dazu. Als Beispiel für den Vorwurf der Einseitigkeit, der einflussreiche Kolumnist, Jorge *Palmieri*: Información parcializada, in: Prensa Libre. 29.06.2006. S. 17.

Der Bericht der CEH bietet ohne Zweifel nur einen Teil der guatemaltekischen Geschichte. Allerdings konnte das auch gar nicht anders sein, denn sein offenes Erkenntnisinteresse lag darin, den Konflikt in Ergebnis, Ursachen und Verlauf zu erklären - eine von vornherein ordnende und gewichtende Sichtweise, die andere Aspekte ausblendet. Sicher finden sich Teile der Gesellschaft in dessen Analysen mit ihrem Denken und Erleben nicht wieder, ein weiterer Grund für den Vorwurf der Einseitigkeit. Zu anderen Zeiten werden die Forschungsfragen sicher ganz andere sein und die historische Vision entsprechend erweitern, eben auch um Lebensberichte und Motivationen der zur Zeit ethisch-moralisch Angeklagten. Zudem sorgten die Arbeitsbedingungen der Kommission für deutliche Einschränkungen. Viel zu kurz war die Zeit und gerade wenn die Folgen des Krieges noch spürbar sind, dann hat das auch Folgen für die Zeugenaussagen. Sicher haben nicht einmal annähernd alle Opfer als Zeugen vor der CEH ausgesagt. Aber diejenigen, die sich aufgerafft haben, repräsentieren sie ihre Sektoren in etwa gleicher Proportion? Vielleicht war es auch kulturell und aus zeitlichen Gründen in einigen Regionen leichter, Informationen zu sammeln. Oder einige fühlten sich mehr als andere von dem Angebot angesprochen, offen zu sein zu können? Keine auch noch so professionelle Wahrheitskommission kann kurz nach Ende eines Konflikts all' diesen Problemen entgehen. Dennoch, wer an den Ursachen und Gründen für den Konflikt und seine exzessiven Menschenrechtsverletzungen interessiert ist, der kommt nicht an der CEH vorbei. Zahlreiche Historiker hatten dort die Gelegenheit, eine Unmenge neuer Forschungsergebnisse auszuwerten.

Bestimmungsfaktoren der VP, gängige (Vor-) Urteile sowie Ursachen, Dynamiken und Folgen des Konflikts – die Ergebnisse dieser historischen Suche erlauben, das politische System in Guatemala sowie Akteure und Interviewpartner zu charakterisieren und einzuordnen. Doch zunächst zu den (1) demokratischen Vorerfahrungen, (2) den Rechtstraditionen und internationalen Einflüssen sowie (3) der Repression selber:

1. Der Rahmen: Krieg, Repression, Ursachen

(1) Massive Menschenrechtsverletzungen sind laut Barahona umso unwahrscheinlicher, je länger ein Land zuvor demokratische Erfahrungen gemacht hat. Es scheint auf den ersten Blick paradox, aber gerade diese weniger von Gewalt heimgesuchten Länder können ihre Geschichte viel schneller aufarbeiten. Umgekehrt gilt dann auch, dass lange autoritäre Traditionen belastende Konsequenzen haben. Sie neigen dazu, massivere Menschenrechtsverletzungen nach sich zu ziehen und sind gleichzeitig unfähiger, diese dann auch anzugehen. (2) Wie stark sind oder waren die Rechtstraditionen entwickelt und wie war der internationale Einfluss in den Jahren des Konflikts?

Das Grauen des 2. Weltkriegs hatte deutlichen Einfluss auf die folgende Entwicklung des internationalen Menschenrechtsstandards. Ein Regelwerk wurde im Laufe des Kalten Krieges jedoch erst einmal gebremst. Erst in den 70er

Jahren gelang es, Systeme zur Beobachtung der Menschenrechte sowohl regional als auch auf der Ebene der UNO zu etablieren. Erstmals wurden Menschenrechte, Teil von Außenpolitik und Entwicklungshilfe.

(3) Als dritter und mit entscheidender Komplex für die Art und Weise der Politik zur Vergangenheit ist die Repression selbst zu sehen. Welches Ausmaß hatten eventuelle Übergriffe? Wer waren die Opfer und wie viele wurden wie betroffen? Und wer waren die Täter und wieviele an den Vorgängen beteiligt? Waren die repressiven Akte offen oder ziehen sie wegen ihres verdeckten Charakters viele Fragen nach sich, die es nachzuforschen gilt? Gab es eine Guerilla und wie waren die Menschenrechtsverletzungen verteilt? Waren die Opfer selbst bewaffnet oder mit der organisierten bewaffneten Opposition verbunden? All' diese Fragen stelle ich jetzt an die Geschichte Guatemalas, um die offizielle VP zu erklären.

1.1. Kolonialzeit und Unabhängigkeit (-1944)

Die Wurzeln tragischer Ereignisse liegen oftmals Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte zurück. Wer in Deutschland nach den Ursachen für den Völkermord an den Juden und den Zweiten Weltkrieg forscht, der geht zumindest auf das ferne Jahr 1871 zurück. Im Falle Guatemalas muss auf die Kolonialzeit vor rund 500 Jahren zurückgegriffen werden. Damals wurden mit der Eroberung und anschließenden Form der Herrschaft über die Maya-Völker die Grundsteine für gleich mehrere Ursachen gelegt.

Rassismus war seither ein ideologischer Ausdruck, der die Unterwerfung und Ausgrenzung der indigenen Einwohner rechtfertigte.⁶ Spanier sahen sich als biologisch und kulturell überlegen an und sprachen den Besiegten die Fähigkeit ab, sich selbst zu regieren. In dieser Logik entsprach den spanischen Herren die Aufgabe, die Mayas zu evangelisieren – im Tausch für deren (Zwangs-) Arbeit. Rassismus, politische sowie ökonomische Ungleichheit gingen in diesem Sinne Hand in Hand. Der juristische Status der Indigenen war der von *freien Vasallen der Krone*, eine Kategorie, die ihnen zumindest kulturell gewisse autonome Rechte garantierte. Überdies wurden die Besiedlungsgebiete der Eroberer (und ihrer Nachkommen) und die der Mayas sauber getrennt, auch wenn dabei bewusst und erfolgreich versucht wurde, die verschiedenen Völker der Maya unter sich und sogar das Selbstverständnis der Ethnien auf eine nur noch lokale dörfliche Identität zu reduzieren. Trotz politischer Dominanz der Spanier war denen der Zugang zu den Maya-Dörfern versperrt – theoretisch zumindest. Dies garantierte dem König direkte Tribute der Indigenen und bremste den Zugriff von Seiten der Kolonisatoren etwas ein. Nichtsdestoweniger war die Kolonialzeit von permanenten Aufständen geprägt.⁷

Seit Ende des 18. Jahrhunderts dann schien sich die starre Sozialstruktur etwas aufzuweichen. Die Zahl der Menschen gemischter Abstammung – die

⁶ Siehe *CEH: Informe: Guatemala – Memoria del Silencio*. Band 1. Causas y Efectos del Conflicto Armado Interno. Guatemala 1999. Ziffer 241 - 264.

⁷ *Torres Rivas, E. / Aguilera, G.: Del Autoritarismo a la Paz*. Guatemala 1998. S. 50f.

sogenannten Ladinos - wuchs zunehmend an, bis sie hundert Jahre später gar wichtige Positionen in der Gesellschaft eroberten. Aber auch sie sahen die mit ihnen blutsverwandten Indigenen als billige Arbeitskräfte an.

Die Unabhängigkeit Guatemalas, 1821, befreite die Eliten von den Zwängen des Kolonialregimes. Mit der Freiheit der einen wurde der liberale Status der Gleichheit vor dem Gesetz verbunden. Jeder Hinweis auf die *Indios* wurde jetzt aus der Verfassung gestrichen. In der Praxis war die Gleichheitsregel ein Versuch, die Indigenen in ein Volk der Mischlinge zu assimilieren.⁸ Mit der Gleichheit in Freiheit verschwanden so auch die bisherigen Schutzrechte. Kommunale Grundstücke konnten jetzt verkauft werden, eine Reform, mit der es den Besitzern von großen Fincas gelang, ihr Land auf Kosten der dörflich organisierten indigenen Bauern zu vergrößern.

1871 ist ein anderes historisches Datum in Guatemala. 50 Jahre nach der Unabhängigkeit gelang den Liberalen eine eigene Revolution. Für die Indigenen brachte dies aber keinen positiven Wandel mit sich, im Gegenteil. Mit der Orientierung der Wirtschaft auf Kaffeeexporte wuchs der Bedarf an Land und billigen Arbeitskräften. In diesen Sog gerieten nicht nur mehr und mehr Indigene, sondern auch arme Ladinos. Nur die Assimilierung kam kaum voran. Auch wenn eine *Verwestlichung* Teil des politischen Diskurses war und den Indigenen laut Verfassung auch dieselben Rechte garantiert waren, in den sekundären Normen hatten sie weniger Rechte, aber mehr Pflichten. So wurden sie zum Beispiel gesetzlich verpflichtet, pro Jahr zwischen 100 und 150 Tage auf der nahen Finca Zwangsarbeit zu leisten.⁹ Der Polizei kam die Aufgabe zu, diese Pflicht auch durchzusetzen.

Als Konsequenz brachte diese Sozialordnung eine enorme Ungleichheit mit sich: Noch kurz vor der Landreform des Jahres 1952 gab es in Guatemala 516 Großgrundbesitze mit je mehr als 900 Hektar. Diese nur 0,15 Prozent der Gesamtzahl der Fincas vereinten 40 Prozent der Anbaufläche des Landes.¹⁰ Rassismus und Ausgrenzung stehen demnach in einem engen Verhältnis mit der Agrarstruktur und der extrem ungleichen Landverteilung. Von diesen beiden Faktoren zusammen lässt sich eine dritte Ursache des Konflikts in Guatemala ableiten – die Armut. Große Besitztümer lassen sich aber nur aufrechterhalten, wenn die Menschen dominiert und eben auch kontrolliert werden. Im Zuge der Ausdehnung des Kaffeeanbaus im 19. Jahrhundert wurden so Staat und Gesellschaft zunehmend militarisiert.¹¹

Guatemala ist darüber hinaus ein Land, das in seiner Geschichte beinahe ohne Ausnahme von autoritären Regimen, zumeist militärischen Charakters, regiert wurde. Forderungen jeder Art an die Regierung, seien sie sozialer, kultureller, politischer oder ökonomischer Art wurden in aller Regel mit Repression beantwortet – eine dominante politische Tradition des Landes. Friedlicher Ausgleich der Interessen oder politische Partizipation über den engen Bereich der

⁸ CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 251f.

⁹ Ebenda: Ziffer 257.

¹⁰ Ebenda: Ziffer 235.

¹¹ Ebenda: Ziffer 234.

bestimmenden Eliten hinaus, war keine Praxis. Wenn nicht mit der Unabhängigkeit, dann wurde die autoritäre Tradition spätestens im Jahre 1839 begonnen, mit dem konservativen General und Präsidenten Rafael Carrera. Aber auch der Held der liberalen Revolution von 1871 war ein General – Justo Rufino Barrios. Der gesamte Staat stellte sich in seiner Zeit in den Dienst der Interessen des Kaffeeanbaus.¹² Waren die Regierungsmethoden schon zuvor repressiv zu nennen, so installierte sich 1898 mit Manuel Estrada Cabrera ein – so die Historiker der CEH – wahres *Terrorregime*. Jede Opposition wurde ausgeschaltet und die Gesetze garantierten die Zwangsarbeit auf den Plantagen. Damit nicht genug, regierte doch ab 1931 General Jorge Ubico mit *harter Hand*. Seine Grausamkeit übertraf angeblich sogar die von Estrada Cabrera.¹³

Als im Jahre 1944 die sogenannte Oktoberrevolution das demokratische Intermezzo einleitete, da war das Land über 100 Jahre lang mit nur sehr engen bis gar keinen Partizipationsspielräumen regiert worden. Es ist diese Geschichte, in der nach Sicht der CEH und anderer Autoren¹⁴ die Ursachen des bewaffneten Konflikts liegen: Rassismus und Ausgrenzung, ökonomische Ungleichheit und Armut sowie Diktatur und Autoritarismus. Aber auch die Vielzahl der Konfliktursachen ist für sich genommen noch immer nicht ausreichend, um den Aufstand und das Ausmaß der angewandten Gewalt zu erklären. In anderen Fällen passiert unter ähnlichen Umständen vielleicht nichts. Über diese Ursachen hinaus lässt sich *der Konflikt nur über eine Kombination von internen und externen Faktoren erklären, deren spezifisches Gewicht quantitativ nur schwer zu messen ist.*¹⁵

1.2. Das demokratische Zwischenspiel (1944–54)¹⁶

Im Jahre 1944 beendete ein friedlicher Massenprotest zunächst einmal die Diktatur von Ubico. Unter der Führung von Ladinosen der Mittelklasse fanden sich auch Arbeiter, Bauern und Militärs zusammen. Sogar wichtige Sektoren der ökonomischen Eliten hatten sich gegen die Diktatur geäußert. Das Ende des Zweiten Weltkrieges und diese Revolution schufen erstmals eine Demokratie auf guatemaltekeischem Boden – mit Spielräumen für die politische Partizipation. Im selben Jahr wurden dann die ersten freien Wahlen abgehalten, ein wichtiger Fortschritt, auch wenn die Bewerber noch keine gleichen Chancen hatten.¹⁷ Nach Angaben von Krennerich durften Frauen, die nicht schreiben oder lesen konnten, nicht wählen. Ihre Männer durften dies zwar, mussten ihre Stimme aber öffentlich abgeben – eine für heutige Verhältnisse archaische Praxis, für damals aber doch ein großer Fortschritt.

¹² Ebenda: Ziffer 269f.

¹³ Ebenda: Ziffer 270.

¹⁴ Zwar benutzt Torres Rivas teils andere Begriffe, beschreibt damit aber sehr ähnliche Phänomene. *Torres Rivas* und andere, 1998: a.a.O. Anm. II/7.

¹⁵ *CEH*, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 232f.

¹⁶ Vergleiche: *Glejjeses*, Piero: *Scattered Hope. The Guatemalan Revolution and the United States (1944 – 1954)*. Princeton 1991. Erst 14 Jahre später wurde diese Werk zu einer wichtigen Epoche Guatemalas auf Spanisch in Guatemala auf den Markt gebracht.

¹⁷ *Krennerich*, M.: *Wahlen und Anti-Regimekriege in Zentralamerika*. Opladen 1996. S 70.

Torres Rivas und die CEH stimmen darin überein, dass in den 10 Jahren bis 1954 versucht wurde, die Mängel der Vergangenheit mit einem *radikalen Modernisierungsprojekt*¹⁸ zu beseitigen. Präsident Arévalo suchte das Land zu industrialisieren und damit auf eine andere ökonomische Basis zu stellen, weg von der Konzentration auf die Landwirtschaft. Er verbreiterte das Parteiensystem und die Partizipation an sich, investierte in öffentlicher Erziehung, legalisierte die Gewerkschaften und trieb überhaupt breit angelegte Reformen im Arbeits- und Sozialsektor voran. So wurde die Zwangsarbeit abgeschafft und die Rechte von Arbeiter und Bauern gestärkt. Dieser beschleunigte Reformkurs beinhaltete aber auch sehr umstrittene Elemente. Sein Nachfolger Arbenz griff dann den Kernbereich der ökonomischen Struktur des Landes an. Die Agrarreform versuchte den Landbesitz etwas zu modifizieren - das Rückgrat der Macht der Oligarchie und *verantwortlich für den wirtschaftlich und sozialen Rückschritt* des Landes.¹⁹ Grundbesitzer mit über 200 Hektar mussten damit rechnen, dass nicht angebaute Flächen teilentzogen wurden. Den US-Bananengiganten United Fruit Company traf die Regel sehr hart. Denn 85 % ihrer 220.000 Hektar wurden nicht für den Anbau genutzt. 136.000 Familien – zumeist, aber nicht nur Indigene - profitierten von dieser Maßnahme, das sind mehr als eine halbe Million der damals gut 3 Millionen starken Bevölkerung des Landes.²⁰

Auch anderes sahen die Eliten als Drohung: Das Stimmrecht für Analphabeten, die Alphabetisierung überhaupt, die freien Gewerkschaften, der geförderte Aufschwung der sozialen Bewegungen insgesamt – all' das schien die alte Ordnung aufzubrechen. Kein Wunder, dass die anfängliche Allianz gegen die Diktatur schnell einer wachsenden Konfrontation wich. Viele der neuen sozial orientierten Reformen – bis dahin in Guatemala unbekannt – wurden als kommunistisch abqualifiziert, der Antikommunismus verwandelte sich in ein Mobilisierungspotential gegen den Reformkurs.²¹ Er vereinte Teile der Armee, der Parteien, die Katholische Kirche und die Medien. Mit der Wahl von Präsident Arbenz verschärfte sich die Lage weiter, denn dieser pflegte Freundschaften mit Politikern der Kommunistischen Partei. Die politischen Spannungen hatten eine zunehmende Instabilität zur Folge. In den Jahren von Arévalo wurden 32 Putsch-Pläne und Versuche aufgedeckt oder vereitelt.

Im Zuge der Agrarreform griffen dann die USA in den Prozess ein. Anfang 1953 wurde ein Plan mit dem Ziel ausgearbeitet und umzusetzen begonnen, Präsident Arbenz zu stürzen. Ein Dokument des US-amerikanischen Geheim-

¹⁸ Torres Rivas und andere, 1998: a.a.O. Anm. II/7. S. 11. Zu den 10 Jahren des demokratischen Frühlings siehe auch: CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 278 – 304. Desweiteren: Jonas, Susanne / Walker, Thomas W.: Guatemala: Intervention, Repression, Revolt and Negotiated Transition, in: Walker, Thomas W. / Armony, Ariel C. (Hrsg.): Repression, Resistance and Democratic Transition in Central America. Wilmington 2000. S. 3 – 24.

¹⁹ CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 290. Siehe auch: Bonini, Roberto: Dar una mano a la paz. Cronica de la facilitacion de la Comunidad de San Egidio en el proceso de paz de Guatemala (1995-1996). Guatemala 2007.

²⁰ 2006, 56 Jahre später, beläuft sich die Bevölkerungszahl auf 13 Millionen. Statistik des Instituto Nacional de Estadística (INE), abgedruckt in: *Prensa Libre*, 30.06.06. S. 2, s. Anhang.

²¹ CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 300f.

dienstes CIA aus dem Jahre 1954 beschreibt psychologische Aktionen, mit denen der Umsturz vorbereitet werden sollte:

„... Die gewöhnlichsten Techniken die zu benutzen sind, bestehen aus Gerüchten, anonymen Briefen, ... Telefonanrufen, außerdem sichtbare Symbole. Die Telefonanrufe sollten möglichst am Morgen unternommen werden, so etwa zwischen ein und vier Uhr, wenn die psychologische Widerstandsfähigkeit des Menschen auf ihrem tiefsten Niveau ist. Die sichtbaren Symbole können einen Sarg beinhalten oder den Galgen eines Gehängten; gegenüber des Hauses der zu bedrohenden Person, bedrohliche Texte an der Wand, per Post falsche Bomben schicken...“²²

Von der CIA organisiert, finanziert und geleitet,²³ begann am 18.06.1954 die Invasion einer Söldnerarmee. Die Armee stellte sich den Invasoren nicht entgegen und weigerte sich auch, anderen Waffen zur Verteidigung bereitzustellen. Tage später trat Präsident Arbenz zurück. Das Intermezzo der ersten demokratischen Regierung (sozialreformerischen Zuschnitts) war beendet.

1.3. Konterrevolution und der erste bewaffnete Konflikt (54 – 70)

Der Sturz von Arbenz – eine Ursache des bewaffneten Aufstandes ist dieser sicher nicht, aber eben doch ein wichtiger Schritt. Aus analytischen Gründen möchte ich hier den Weg zum bewaffneten Aufstand in insgesamt drei teils unabhängige und teils interaktive Komplexe von Dynamiken aufteilen: (a) der Komplex der Ursachen und mangelnden Spielräume für den friedlichen Wandel, (b) der Kalte Krieg als globaler Rahmen und (c) die Entwicklung innerhalb der Armee.

Aus Sicht der ökonomischen Eliten ließen die 10 Jahre vermutlich einen unangenehmen Nachgeschmack, der noch lange nachwirkte. Der Demokratie als Regierungsform vertrauten sie für lange Zeit nicht mehr. Dieses politische System hatte die arme Bevölkerung mobilisiert und deren Wünsche artikuliert, ein Umstand, der letztlich die Freiheit der Eliten selbst in Gefahr gebracht hatte – in Gestalt eines Teils ihres Privatkapitals. Viele, wenn auch nicht alle Reformen wurden nach der Konterrevolution wieder rückgängig gemacht. Die Zwangsarbeit war nun doch wieder erlaubt und die beschlagnahmten Ländereien gingen oftmals wieder an die Vorbesitzer. Ein Betroffener:

„... In der Finca Caobanal, 1954, ... alle die vorher Arbenz unterstützt hatten, die mussten ganz plötzlich gehen, die Häuser in denen sie gelebt hatten die wurden verbrannt, mit Tieren und allem drin, ... meine Familie konnte sich mit viel Glück retten.“²⁴

Die Repression von Staat, Regierungspartei und Anhängern der neuen Macht nahm sofort Züge an, die es in den gesamten 10 Jahren der polarisierten Demokratie nicht gegeben hatte. Für 250 Tote hatte die Presse nach dem

²² Aus einem CIA-Dokument, ausgearbeitet von Nicolas Cullather, vom 09.06.1954. Zit. nach: CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 305. Eigene Übersetzung aus dem Spanischen.

²³ CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 306ff.

²⁴ Betroffener zitiert nach: CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 322.

Sturz von Arbenz die beiden Vorgängerregierungen verantwortlich gemacht. Im Zuge der *Kommunistenjagd* dagegen wurden in kurzer Zeit neun bis 14.000 Menschen verhaftet und zwischen 2.000 und 5.000 hingerichtet.²⁵ Besitztümer von Sympathisanten oder Mitarbeitern der Vorgänger wurden teils konfisziert und Guthaben eingefroren. Parteien die als kommunistisch galten oder mit solchen in Verbindung zu sein schienen, wurden verboten; 15.000 Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes entlassen, weil sie einer Gewerkschaft angehörten.²⁶ Antikommunismus bedeutete damals die Haltung und das Handeln gegen soziale Reformen und jeden weiteren Wandel. Dahinter standen auch all' jene, die ihre Religion und ihre Traditionen gegen die Linken verteidigen zu müssen glaubten – eine breite Allianz von traditionellen Mittelschichten, Kirche, Militär und Unternehmern.

Seit 1954 war politische Partizipation nur noch auf der regierungstreuen Seite möglich. Links-populäre oder Reform-orientierte Parteien wurden nicht mehr zugelassen.²⁷ Dabei blieb das Engagement der USA im Lande während der kommenden fünf Jahre auf einem relativ geringen Niveau, bis dann die Revolution in Kuba eine Wende herbeiführte. Auf Seiten der Opposition stärkte das Ereignis den Glauben an einen Wandel, andererseits beendete es einen Moment des politischen Tauwetters nach Jahren der Repression. Nach Kuba wurden Reformen wieder verstärkt zu verfolgen begonnen. Anfang 1962 verwandelte sich der politische Unwille in eine soziale Massenprotestbewegung, als die Bevölkerung gegen Wahlbetrug auf die Straße ging. Schon schien die Bewegung an Stärke zu verlieren, als eine Armee-Patrouille drei Studenten ermordete und die Proteste wieder zunahm. Bilanz: zwischen 40 und 50 Tote, rund 500 Verletzte und 1.000 Festnahmen von Seiten der Sicherheitskräfte.²⁸ Zahlreiche Studenten dieser Zeit schlossen sich Jahre später der Guerilla an. Schien die Repression nicht zu beweisen, dass friedlicher Wandel keine Erfolgsaussichten hatte? Gut ein Jahr später dann, 1963, schien ein Militärputsch in dieselbe Richtung zu weisen. Mit diesem wurde noch in der Phase des Wahlkampfes verhindert, dass der ehemalige erste Präsident der Jahre des demokratischen Intermezzo, Arévalo, noch einmal das Amt übernehmen könnte.²⁹ In neun Jahren ab 1954 wurde ein Staatschef ermordet, auf drei Militärjunkten folgten zwei Interimspräsidenten und dann wieder zwei Militärjunkten, eine Unruhe, die nach Ansicht von Torres Rivas eher auf Spaltungen unter den Konservativen zurückzuführen sind, als auf den Druck der Linken.³⁰

Kann an all' dem der Kalte Krieg schuld sein? War der Sturz der sozial-reformerischen Regierung 1954 nur eine Folge der Einmischung der USA? Die CEH hält die US-amerikanische Logik des Kalten Krieges in diesem Moment nur für ein komplementäres Element zu den anti-demokratischen Traditionen und der

²⁵ Ebenda: Ziffer 313f.

²⁶ Ebenda: Ziffer 325f.

²⁷ *Krennerich*: a.a.O. Anm. II/17. Seite 72f.

²⁸ *CEH*, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 380 – 382. Vergleiche: *Torres Rivas* und andere: 1998: a.a.O. Anm. II/7. Seite 55.

²⁹ Siehe: *Torres Rivas* und andere: 1998: a.a.O. Anm. II/7. Seite 16.

³⁰ *Torres Rivas* und andere: 1998: a.a.O. Anm. II/7. Seite 17.

Reformfeindlichkeit des Landes. Als ab 1959 die USA in Guatemala ein neues Kuba verhindern wollten, da war die Eskalationsspirale nämlich schon ein deutliches Stück weiter. Dennoch kann kein Zweifel daran bestehen, dass die USA einen entscheidenden Beitrag zum Ausbau des Aufstandsbekämpfungsstaates beigetragen haben, noch bevor der Aufstand dann tatsächlich losbrach³¹. Die militärische Logik innerhalb dieses zu diesem Zeitpunkt noch immer politischen Problems half dann auf unfreiwillige Weise mit, den Aufstand anzuzünden, den sie eigentlich bekämpfen sollte.

Doch noch fehlt der Analyse ein weiterer unabdingbarer Faktor: die Rolle der Armee selbst. Die Unruhen nach 1954 spiegelten sich nämlich auch dort wieder. Viele Offiziere sahen die neutrale Haltung der Generäle zum Zeitpunkt der Invasion als Schmach, andere hatten gar Sympathie für die vorherige Regierung entwickelt. So kann es nicht verwundern, dass es bis 1960 zahlreiche Militäraufstände gab, in dem letzten war etwa ein Drittel der Truppen verwickelt. Ironischerweise ging es gerade in diesem vor allem um innermilitärische Unzufriedenheit - der umfangreichen Korruption wegen. Die Fraktion der unterlegenen Offiziere ging nach dessen Scheitern in den Untergrund. Sie war es, die dann die erste Guerilla auf guatemaltekischen Boden gründete.

Applaudiert von den drei staatstragenden Parteien und gestützt von einer Allianz aus Militär, oberem Mittelstand und dominierenden ökonomischen Kräften endete die zuvor beschriebene Etappe endgültig mit dem Putsch von 1963.³² Danach konsolidierte sich dann innerhalb der Streitkräfte eine Linie, die – beraten von den USA³³ – Staat und Gesellschaft zunehmend militarisierten. Warum? Wie schon erwähnt waren die USA von der Revolution in Kuba nachhaltig alarmiert worden. Um den vermuteten Vormarsch des Kommunismus aufzuhalten, führten die USA die Doktrin der nationalen Sicherheit ein. Auf Lateinamerika übertragen – eine Region, die keine auswärtige Invasion zu befürchten hatte – entstand eine neue Drohung, die der eigenen Gesellschaft als *innerer Feind*. Darunter war jede Person, Gruppe, Forderung oder Idee zu verstehen, die zu diesem Zeitpunkt oder künftig mit dem internationalen Kommunismus verbündet sein könnte.³⁴

Zu Zeiten von US-Präsident Kennedy (1961-1963) fügte sich diese Anti-Aufstandsorientierung in ein breiteres Konzept ein, das auch ökonomische und politische Reformen, ja sogar Agrarreformen vorsah. Nach seinem Tode *froren die USA in ihrem Einflussbereich das Modell der Modernisierung ein* und konzentrierten sich darauf, die mit ihnen verbündeten Sektoren zu stützen.³⁵ Zur Verteidigung der nationalen Interessen waren auch sonst illegale und verdeckte Methoden erlaubt. Innerhalb dieser Logik hatte die Bevölkerung nur zwei Optionen: sich der Regierung anzuschließen oder zumindest ihre Kritik zu unterdrücken. Alles andere verwandelte sie automatisch in Feinde der natio-

³¹ CEH, 1999a: Band 1, a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 347ff.

³² Torres Rivas und andere: 1998: a.a.O. Anm. II/7. Seite 18.

³³ CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 397f.

³⁴ Ebenda: Ziffer 347 – 350.

³⁵ Torres Rivas und andere: 1998: a.a.O. Anm. II/7. Seite 22f.

nalen Sicherheit.³⁶ Der Antiaufstandsstaat wurde also nicht als Antwort auf eine Guerilla geschaffen, dies geht schon aus dem zeitlichen Zusammenhang hervor. Er war vielmehr Teil des Instrumentariums der USA im Kalten Krieg.³⁷ Erstaunlicherweise aber war das Gewaltniveau in Guatemala das mit Abstand größte in Lateinamerika.

Nach dem Vorbild Vietnams bezogen die USA nun die Zivilbevölkerung in den Kampf gegen die Guerilla mit ein. 1964 tauchten erste Todesschwadronen auf,³⁸ 1966 gab es bereits 15. Sie waren für hunderte individueller oder kollektiver Morde und Zwangsverschleppungen verantwortlich. Ihr Auftauchen stimmt zeitlich mit der Professionalisierung des Geheimdienstes und neuen Methoden des Schmutzigen Krieges überein. Entgegen andersartiger Behauptungen standen diese paramilitärischen Gruppen offenbar aber unter Kontrolle der Streitkräfte. Dazu ein Führer der Rechten:

*Das war ein schmutziger Krieg, der nicht nach militärischen Regeln ablief. Also wurden diese (Todesschwadronen) geschaffen, um die Guerilla mit ihren eigenen Methoden bekämpfen zu können.*³⁹

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in Vietnam wurden nun in Guatemala die neuesten bewaffneten Methoden der Aufstandsbekämpfung in massiver Weise anzuwenden begonnen, bevor der Konflikt größer werden würde. Dieser erste bewaffnete Konflikt gegen die Guerilla endete 1968 mit deren Niederlage. Die US-Zeitschrift Time behauptete im März 1970, dass 3.000 Menschen in diesem Konflikt ermordet worden seien, davon nur 80 Rebellen, etwa 500 Sympathisanten und rund 2.400 Unschuldige.⁴⁰ Jahre später wird die Zahl der Opfer dieser Phase auf etwa 8.000 tote Zivilisten geschätzt.⁴¹

1.4. Der Kreislauf beginnt von Neuem und verstärkt sich (1970-80)

Werfen wir zunächst einen Blick auf das, was generell als eine der wesentlichen Ursachen des Konflikts, wenn auch nicht der Gewalt, gesehen wird: die Landverteilung und die sozio-ökonomische Lage dieser Zeit überhaupt:

Die 20 Jahre von 1960 bis 1980 werden gemeinhin als die Jahre des größten ökonomischen Wachstums in Guatemala gesehen. Gleichzeitig aber blieben die staatlichen Sozialausgaben und die Steuerquote die jeweils geringsten in Zentralamerika.⁴² Dies spiegelt sich auch in Zahlen und Daten zur Einkom-

³⁶ CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 362ff.

³⁷ Torres Rivas und andere: 1998: a.a.O. Anm. II/7. Seite 39.

³⁸ Ebenda: Seite 41. Und: CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 441ff.

³⁹ Mario Sandoval Alarcon, politischer Führer des rechtsextremen MLN und zeitweise Vizepräsident, gab diese Verbindung in einem Interview zu. Zitiert nach *elPeródico*: 20.04.1997, Seite 5. Guatemala. Die CEH sah zu Anfang vor allem Interessen der Großgrundbesitzer hinter den Todesschwadronen. Nach kurzer Zeit aber habe das Militär begonnen, diese zu steuern. Aus: CEH: Guatemala – Memoria del Silencio. Resumen del Informe de la Comisión para el Esclarecimiento Histórico. Auswahl und Bearbeitung unter Aufsicht des Programms für Menschenrechte und Aussöhnung der US-AID. Guatemala. Ohne Jahr.

⁴⁰ Zitiert nach: CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 448.

⁴¹ Walker: a.a.O. Anm. II/18, Seite 7.

⁴² CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 238.

mens- und Landverteilung wider. Im Jahre 1970 zum Beispiel vereinten die ärmsten 50 Prozent der Bevölkerung nur 24 Prozent des nationalen Einkommens. Die ohnehin sehr ungleiche Verteilung verschlechterte sich bis 1984 noch einmal: Ihr Anteil am nationalen Einkommen sank auf 18 Prozent.⁴³ Viel ungünstiger sah die Lage auf dem Lande aus. Die reichsten 2 Prozent der Landbevölkerung vereinten in den 80ern 40 Prozent des Einkommens, 83 Prozent der Menschen mussten sich mit 35 Prozent des Einkommens zufrieden geben.⁴⁴ Statistiken für die 70er liegen hier leider nicht vor. Guatemalas Landverteilung war gleichzeitig die ungleichste in Lateinamerika. Offizielle Zahlen aus dem Jahr 1979 zeigen auf, dass die größten 3 Prozent der Farmen, 65 Prozent des bebaubaren Landes umfassten. 54 Prozent der Farmen dagegen reichten allein schon wegen ihrer Größe statistisch nicht aus, um produktiv sein zu können. Eben diese produzierten auf nur 4 Prozent des Landes.⁴⁵

Statistiken sind teils schwer zu vergleichen. Aus einer detaillierteren Tabelle der CEH lässt sich dennoch entnehmen, dass die 52er Landverteilung, obwohl sie teils wieder rückgängig gemacht worden war, noch 1964 die Lage der Kleinen hauchdünn verbessert zu haben schien.⁴⁶ Deren Fincas waren durchschnittlich etwas größer geworden. Im Jahre 1979 dagegen war der Zustand der Zeit der Diktatur in etwa wieder erreicht, ein Prozess der den weiteren Konfliktverlauf nicht immer nur leise begleitete. Denn gerade in den 70ern war eine immer größere Zahl verelendeter, teils hungernder Indigener gezwungen, sich ihr Leben als saisonale Wanderarbeiter zu verdienen.⁴⁷ Paradoxerweise waren aber gerade die besonders schlimmen Jahre nach dem Erdbeben 1976 auch Jahre großen ökonomischen Wachstums. Um 7 % stieg zwischen 1976 und 1978 das Bruttoinlandsprodukt – ein Erfolg des privaten Sektors⁴⁸ parallel zur Verelendung der Bauern.

Doch zurück zum bewaffneten Konflikt: Der Weg zu seiner letztendlichen Ausblutung spitzte sich auf einen Komplex von Dynamiken zu. Eine besondere Rolle spielte aber sicherlich die rein militärische Logik der Repression (in Zeiten ökonomischer Krisen) als Antriebsfaktor für einen neuen gewaltsamen Aufstand:

Der Erfolg des ersten Krieges hatte die Allianz aus Armee, politischen Parteien und dem Privatsektor gestärkt. Gleichzeitig war damit aber auch mehr Vertrauen für die politische Rolle des Militärs verbunden. Die Konsequenz: Zwischen 1970 und 1982 etablierte sich im politischen System eine neue Machtverteilung. Die jeweiligen Präsidenten waren Offiziere der Armee, als Stellvertreter im Amte standen ihnen Zivilisten zur Seite. Seit 1974 waren sogar die Kandidaten zu den ausnahmslos gefälschten Wahlen allesamt Offiziere.⁴⁹

⁴³ Zahlen der regionalen Bank CEPAL, zitiert nach: *Jonas, Susanne: Battle for Guatemala: Rebels, Death Squads and U.S. Power.* Boulder 1991. Seite 178.

⁴⁴ Zahlen des Wirtschaftsministeriums zitiert nach: ebenda.

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ *CEH*, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 235.

⁴⁷ *Walker*: a.a.O. Anm. II/18, Seite 6.

⁴⁸ *CEH*, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 488.

⁴⁹ *Krennerich*: a.a.O. Anm. II/17, Seite 75. Und: *CEH*, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 457.

Gleichzeitig aber erlaubte der vorherige militärische Sieg, die Spielräume der Opposition ganz leicht zu lockern. Gewerkschaften wurden zugelassen, Reform-orientierte Parteien hingegen nicht.

In einem Interview aus dem Jahr 2005 hob der ehemalige Verteidigungsminister Balconi hervor, wie interessiert vor allem die Großgrundbesitzer an einer Allianz waren. Auf der Suche nach einer *strategischen Allianz* seien die auf die Armee zugegangen. Es habe geheißen, wenn die Unternehmerschaft in Guatemala scheitere, dann sterbe das Land.

„Ich erinnere mich... die Grundbesitzer der Costa Sur sprachen (mit uns, damit wir)⁵⁰ ... eine enge Koordination mit ihnen hätten. Sie kauften uns Radios und Funkgeräte... (Es hieß) ‚wenn ihr auf Patrouille gehen wollt, dann leihen wir Euch unsere (Klein-) Flugzeuge, wir fliegen sie und ihr beobachtet die Grenzen der Finca‘ ... Sie bauten sogar eine Art zivile Luftwaffe auf, der Besitzer von Kleinflugzeugen der Region.“⁵¹

Waren die sozialen Organisationen und die Proteste noch in den 60er Jahren von der Ladino-Bevölkerung dominiert, brachten die 70er ein neues Phänomen – die partielle Indigenisierung der sozialen Bewegung. Seit den 60ern hatte ein Teil der katholischen Kirche sogenannte Katechisten ausgebildet, das waren katholische Laien, die schnell zu einer indigenen Elite wurden.⁵² Diese forderten zunächst Kredite, Land oder bessere Löhne und soziale Bedingungen für die Landarbeiter. Ohne Zweifel war mit dem Engagement der Kirche auch der Versuch verbunden, die indigene Bevölkerung an sich zu konvertieren. Derweil traten in diesen Jahren immer mehr verarmte indigene Bauern als Wanderarbeiter in Kontakt mit ihrer Umwelt. Außenkontakt und Konvertierungsversuche hatten aber auch eine überraschende Reaktion zur Folge. Ab Mitte der 70er wuchs das plötzliche Interesse vieler, sich systematisch mehr mit der eigenen Kultur, der Maya-Kultur, auseinanderzusetzen.⁵³

Nichtsdestoweniger, auch ohne Kampfhandlungen mit einer bewaffneten Guerilla, die Terrormaßnahmen der späten 60er flammten immer wieder mal auf. 1974 zum Beispiel, *als der Staatsterror vorübergehend etwas abgeklungen war, waren im Vorfeld der Wahlen die Zeitungen voll von Verschwundenen und Ermordeten.*⁵⁴ Nach Zeitungsausschnitten wurden zwischen 1970 und 1978 etwa 7.200 Personen selektiv ermordet oder zwangsverschleppt - in aller Regel handelte es sich dabei um Unbewaffnete. Sogar Kritik an der Wirtschaftspolitik der Regierung war damals ein ausreichender Grund für die Morde.⁵⁵

Parallel dazu trat auch die Guerilla in eine neue Etappe ein. Nach ihrer Niederlage gegen Ende der 60er wollten die überlebenden Reste aus ihren vorherigen Fehlern lernen und suchten jetzt eine soziale Basis – die indigene Bevöl-

⁵⁰ Zusätze in Klammern vom Autor.

⁵¹ Interview mit Julio *Balconi* Turcios, 11.05.2005.

⁵² *CEH*, 1999c: a.a.O. Anm. I/7, Ziffer 2932.

⁵³ *CEH*, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 518ff.

⁵⁴ *Krennerich*: a.a.O. Anm. II/17. Seite 76.

⁵⁵ *CEH*, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 472f.

kerung des sogenannten *Occidente*.⁵⁶ Über mehrere Jahre bestand ihre Arbeit darin, ein neues Netzwerk zu organisieren und politische Bewusstseinsarbeit zu leisten. Erst 1975 trat als erste der drei Guerilla-Gruppierungen der EGP⁵⁷ mit einer vereinzelt Aktion ins Licht der Öffentlichkeit. Vier Jahre später, im Juni 1979, begann die ORPA ihren bewaffneten Kampf. Die FAR schließlich rekonstruierte sich zwischen 1975 und 1979 in der unübersichtlichen Region des *Petén*. Anders als die erste Generation der Guerilla war diese zweite deutlich stärker vom Marxismus beeinflusst. Für die CEH blieb es dennoch unklar, ob sie eine marxistische Revolution anstrebten oder einen sozialreformerischen Rechtsstaat. Vielleicht wollten sie gar beides, denn ideologisch blieben die drei bis zu ihrem Ende zerstritten und uneins. In jedem Fall wurden sie von Kuba beraten, ausgebildet und teils bewaffnet. Weisungen aus Kuba bekam sie aber nicht.⁵⁸

In welchem Verhältnis stand die Guerilla zu den Indigenen und den sozialen Bewegungen überhaupt? In welchem Maße die Graswurzelarbeit der drei Guerilla-Fraktionen in diesen Jahren Erfolg hatte, dies lässt sich nur schwer bestimmen. Sicher aber kann man davon ausgehen, dass das verheerende Erdbeben in Guatemala (1976) und die generelle Krise der Landwirtschaft die Selbsthilfegruppen sowie soziale Organisationen und Proteste verstärkte. Staatliche Instanzen hatten sich unfähig gezeigt, den ohnehin verarmenden Menschen die nötige Hilfe zukommen zu lassen. Sicher scheint ebenfalls zu sein, dass engere Beziehungen zwischen Guerilla und der indigenen Bevölkerung erst im Laufe des Jahres 1978 etabliert wurden, also nach weiteren Jahren erfolgloser Proteste und staatlicher Repression.⁵⁹ Das bedeutet aber auch, dass es der Guerilla wohl schon 1976 gelang, Zugang zu der sich im Prinzip unabhängig entwickelnden sozialen Bewegung zu verschaffen.⁶⁰

Schon kurz nach dem Erdbeben nahmen die Proteste im indigenen *Occidente* eine neue Qualität an. Zusammen mit der früheren Arbeit der katholischen Kirche und dem wachsenden Bewusstsein zum Maya-Dasein zog dies zwei weitere politische Phänomene nach sich: Zwischen 1976 und 1978 organisierte sich mit dem CUC eine Bauernorganisation von nationaler Bedeutung, aber unter indigener Führung. Und bei der Wahl von 1978 gelang es deutlich mehr Indigenen, in Opposition zur Regierung Bürgermeisterposten zu erringen. Ein Interview mit Rodrigo Asturias, einem der URNG-Kommandanten, bestätigt diese Version. Seiner Ansicht nach seien die Jahre 1976 und 1978 entscheidend für den Aufschwung ihrer Sache gewesen. Mit dem Erdbeben 1976, beziehungsweise der unzureichenden und *korrupten staatlichen Reaktion* darauf, sei das *Bewusstsein der Menschen* schärfer geworden und im Anschluss

⁵⁶ Zur Restrukturierung der Guerilla, siehe: CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 546ff.

⁵⁷ EGP bedeutet *Ejército Guerrillero de los Pobres*. Die anderen beiden Gruppen nannten sich ORPA (*Organización del Pueblo en Armas*) und FAR (*Fuerzas Armadas Rebeldes*).

⁵⁸ Ende 1982 empfahl Kuba der Guerilla in Guatemala, einen verhandelten Frieden. Diese ging darauf aber nicht ein. Aus: *Torres Rivas*, Edelberto: El desarrollo democrático a la luz de un lustro de paz: un balance preliminar, in: Revista *Debate* 51: A 5 años de la firma de la paz en Guatemala. Un balance crítico. FLACSO, Guatemala 2002. S. 145.

⁵⁹ CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 542.

⁶⁰ Ebenda: Ziffer 606.

an die Repression nach Wahlen und sozialen Protesten *begann* (für die URNG) *die Etappe der Organisation*.⁶¹

Die Wahlerfolge der neuen sozialkritischen politischen Führer hatten aber wieder nur Repression zur Folge. Einer neuen Mordwelle fielen auch Angehörige der gemäßigten Opposition zum Opfer. Zwischen 10/76 und 11/77 wurden 68 lokale Führer ermordet.⁶² Und nach den Wahlerfolgen schließlich wurden auch reformorientierte Bürgermeister von staatlichen Sicherheitskräften ermordet, wichtige Partizipationsspielräume schlossen sich damit.⁶³ Die soziale Bewegung, die sich erst 1974/75 entwickelt und im Folgejahr weiter verstärkt hatte, die wurde kurz darauf von immer mehr repressiven Maßnahmen getroffen. Anfangs hatten diese Gruppen noch eher soziale Forderungen im Blick. So war der Prozess zunehmender Radikalisierung der Organisationen aus Stadt und Land nach Ansicht der CEH eine Folge verschiedener Einflussfaktoren: der repressiven Gewalt, politischer und sozialer Ausgrenzung, der ideologischen Arbeit der Guerilla, den Erfolgen der Revolutionen in Nicaragua und El Salvador und eben dem Schließen Reform-orientierter Partizipationsspielräume.⁶⁴

Aber der Weg zum zweiten bewaffneten Konflikt war nicht linear. Nur ein interessantes Beispiel: Schon im Jahre 1975 hatte der zivile Vizepräsident Sandoval Alarcón öffentlich davor gewarnt, dass der Kommunismus dabei sei, sich in die Regierung zu infiltrieren. Ein Jahr später, nach einem Gespräch des (militärischen) Präsidenten Laugerud mit einer Gewerkschaft, warf eben Sandoval dem Präsidenten vor, in die kommunistische Falle zu gehen. Hatte dieser doch einem Kompromiss zugestimmt, die Gewerkschaft anerkannt und kurz darauf ein Reformprogramm verabschieden wollen. Ohne Zweifel waren wichtige Repräsentanten der Privatwirtschaft noch weniger zu Kompromissen bereit. Nichtsdestoweniger, in den folgenden Jahren wurden 3 Generalsekretäre dieser Gewerkschaft ermordet. Innerhalb der betroffenen Fabrik ging die Rede, dass der Posten des Generalsekretärs ein Kompromiss mit dem Tode sei.⁶⁵

Die starke Zunahme der Repression Gewalt hatte wohl noch einen weiteren Grund. Seit 1976 waren die Forderungen der sozialen Organisationen nicht mehr nur noch sozialen Charakters, vielmehr vermischten sie sich mit politischen Zielen. Die Erhöhung der Transportpreise im Oktober '78 zog denn auch über sechs Wochen eine Welle von Protesten nach sich, ein Beweis für den Organisationsgrad dieser Bewegung. 1980 dann alarmierte ein vom CUC organisierter Landarbeiterstreik, Grundbesitzer und Militär in gleicher Weise. Die Versuche, mit immer zahlreicheren selektiven Morden die Bewegung zu schwächen⁶⁶ und einen drohenden Aufstand zu verhindern gingen Hand in

⁶¹ Interview mit Rodrigo Asturias, URNG (Kommandant der Fraktion ORPA), 24.05.2005.

⁶² CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 511.

⁶³ Ebenda: Ziffer 541.

⁶⁴ Ebenda: Ziffer 600ff.

⁶⁵ Ebenda: Ziffer 512f.

⁶⁶ 1979 ermordeten Sicherheitskräfte zwei prominente Sozialdemokraten, die von der gemäßigten Opposition als Hoffnung für einen friedlichen Wandel angesehen worden waren.

Hand mit der umgekehrten Reaktion: Die Guerilla erhielt mehr Zulauf⁶⁷ und im Jahre 1980 dann begann ihre militärische Offensive.

1.5. Krieg und Transition ohne Frieden und Menschenrechte (80-83)

Die Guerilla nahm 1980 an, die Macht im Staate schnell übernehmen zu können. Die Regierung sei nicht nur international, sondern auch national von ihren ehemaligen Alliierten isoliert und in Kürze würden sich soziale und politische Gruppierungen aus dem Mitte-links-Bereich anschließen – so die Vermutung. Militärisch teilte sie zunächst ihre Kräfte, um an vielen Orten gleichzeitig auftreten zu können. Offenbar fühlte sie sich nicht stark genug und wollte die Truppen der Armee ebenfalls zersplittern.⁶⁸ Gleichzeitig konnte sie so auch weitere Kämpfer mobilisieren. Auf ihrem Höhepunkt um 1980/81 erreichte sie eine Stärke von 6.000 bis 8.000 Bewaffneten und zwischen 250.000 und 500.000 ziviler Helfer oder Parteigänger.

Die von der Guerilla zu den Einheimischen angestrebte Beziehung war von Gruppe zu Gruppe verschieden. Das ideologische Konzept des EGP sah eine sehr enge Beziehung vor. Der Zivilbevölkerung kam darin nicht nur im politischen sondern auch im militärischen Kampf eine Protagonistenrolle zu - sie sollten die Bewaffneten logistisch unterstützen. Der EGP versuchte in diesem Kontext die Widersprüche so weit zu schüren, bis die lokale Wirtschaft zum Erliegen käme und so die Bedingungen für den Aufstand gegeben seien.⁶⁹ Die ORPA dagegen warnte davor, den politischen Kampf in offenem Zusammenhang mit dem militärischen zu sehen. Damit spricht sie dem EGP indirekt eine Co-Verantwortung für das weitere Geschehen zu:

„Die Forderungen, die Gewerkschaften, Bauern und Studenten offen mit dem Guerilla-Kampf zu vermischen war sehr gefährlich. Das konnte in blutiger Unterdrückung von Organisationen enden, die nur soziale Ziele anstrebten. Man musste die Trennung zwischen legalen Forderungen und bewaffnetem Kampf respektieren.“⁷⁰

Statt aber ihre Kräfte auf die Guerilla-Einheiten zu werfen, wandte sich die Armee zunächst der Zivilbevölkerung zu, um diese als möglichen Feind zu *neutralisieren*.⁷¹ Mit Präsident Lucas García beginnt so die große Zeit der Massaker. 400 Dörfer werden zwischen 1981 und 1983 ausgelöscht, mehr als eine Million Menschen vertrieben.⁷² Angesichts der Wucht der Gewalt sah die Guerilla sich gezwungen, die mit ihnen alliierten oder sympathisierenden Zivilisten schutzlos zurückzulassen, ein Akt des Selbstschutzes, der ihnen noch heute sehr nachgetragen wird. Irgendwann zwischen Anfang und Ende 1982 hatten die Rebellengruppen sowohl ihre Initiative als auch einen großen Teil

⁶⁷ CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 582.

⁶⁸ Jonas, Susanne: De Centauros y Palomas. El Proceso de Paz Guatemalteco. Guatemala 2000.

⁶⁹ CEH, 1999c: a.a.O. Anm. I/7, Ziffer 1545.

⁷⁰ Zitat vom Autor übersetzt. Zitiert nach: CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 576.

⁷¹ Laut CEH hätten sich 270.000 in der Guerilla organisiert. CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Z. 621.

⁷² Jonas, 2000: a.a.O. Anm. II/68. Seite 63.

ihrer Infrastruktur verloren und die soziale Bewegungen standen nach den vielen Morden praktisch ohne Führer da⁷³ – der zweite Krieg war verloren.

Noch während die Gewalt anhielt, wohl eher unabhängig davon, vollzog sich im Denken vieler junger Offiziere ein vorsichtiger Wandel. In ihren Berichten aus den Konfliktgebieten wiesen sie auf die miserablen Lebensbedingungen vieler Indigener hin. Unter solchen Umständen sei diese für die Propaganda der Guerilla empfänglicher, hieß es.⁷⁴ Während sie sich also langsam über die politische Dimension des Konflikts klar wurden, sah Lucas García das Problem weiter nur militärisch.⁷⁵ Aus anderen Gründen wuchs die Unzufriedenheit der Armee aber viel mehr. McCleary schreibt, dass die persönlichen Berater des Präsidenten immer korrupter agierten. Sogar die Truppe in den Konfliktgebieten bekam das zu spüren, wenn sie unter Nahrungsmittelmangel litt.

Militärisch auf dem Vormarsch, wendete sich das Blatt gegen die Armee-Spitze politisch. Der Guerilla gelang es nämlich, das Land mit dem Hinweis auf die Massaker international zu isolieren. Auch die Beziehungen zum Unternehmerverband sanken auf einen Tiefpunkt. 1981 warfen Militär und Unternehmer sich gegenseitig vor, am Konflikt schuld zu sein.⁷⁶ Der eigentliche Streitpunkt bestand jedoch darin, dass sich das Regime in die ökonomischen Interessen des Privatsektors eingemischt hatte – von dem wiederholten Wahlbetrug 1982 einmal gar nicht zu sprechen. Im März 1982 puschten junge Offiziere gegen General Lucas, kurz darauf übernahm General Ríos Montt faktisch die Macht.⁷⁷

An der Menschenrechtsbilanz änderte der Putsch nichts, aber dennoch setzten sich in seinem Rahmen neue Ideen durch. Die jungen Offiziere sahen den Krieg nämlich langfristig als verloren an, wenn der Staat weiter nur militärisch vorgehe. General Gramajo sagte dazu später:⁷⁸

„Die Aufständischen wurden nicht deshalb unterstützt, weil die Bevölkerung an sich subversiv ist, sondern weil Probleme existieren, die sehr tiefliegende Wurzeln im sozialen System haben.“

Diese Erkenntnis hatte Folgen. Auf der makropolitischen Ebene begann Ríos Montt erste legale Schritte in Richtung auf eine Liberalisierung des autoritären Systems zu unternehmen. Nach Jahren des Wahlbetrugs richtete er eine Wahlaufsichtsbehörde ein und regelte per Gesetz die Zulassung politischer Organisationen⁷⁹ – erste Schritte auf dem Weg zur Demokratisierung des Landes. Gleichzeitig aber verwandelte sich das Militärregime mit dem *Nationalen Plan für Sicherheit und Entwicklung* in einen korporativen Staat, in dem eben

⁷³ Niemals zuvor starben so viele Richter und Anwälte, vor allem dann, wenn sie gegen die Interessen der vom Militär dominierten Regierung verstoßen hatten. *CEH*, 1999: Band 1, a.a.O. Anm. II/6, Z. 589.

⁷⁴ *McCleary*, Rachel: *Imponiendo la Democracia. Las elites guatemaltecas y el fin del conflicto armado*. Guatemala, 2. Aufl. 2003. Seite 50.

⁷⁵ Ebenda: Seite 80f.

⁷⁶ Ebenda: Seite 78.

⁷⁷ Ebenda: S. 50 und 78ff. Ähnlich auch: *Rosada*, Héctor: *El lado oculto de las negociaciones de paz*. Friedrich Ebert Stiftung. *Materiales de Estudio y Trabajo* 23. Guatemala 1998. S. 16.

⁷⁸ Zitiert nach: *CEH*, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 638.

⁷⁹ Ebenda: Ziffer 624.

dem Militär die autonome Rolle zukam, die weitere Politik und auch den ökonomischen Prozess zu definieren.⁸⁰ Die Armee stellte sich als Retter an die Spitze des Staates.⁸¹ Ihre frühere Unterordnung gegenüber den alliierten ökonomischen Eliten hatte sich damit nun umgedreht.

Auf der militärischen Ebene hingegen wurde die Strategie der verbrannten Erde gegen Teile der Zivilbevölkerung mehr denn je fortgesetzt. Der Beginn der Transition hatte also keinen Einfluss auf die Menschenrechte, weder praktisch noch in der Theorie. Ziel der Operationen war offenbar, die Bevölkerung dem Einfluss der Guerilla zu entreißen. Wo nicht zerstört wurde, da versuchte die Armee (anschließend) politisch zu kontrollieren. Für diesen Zweck organisierte man die Männer massiv in den sogenannten Patrouillen zur Zivilen Selbstverteidigung (PAC).⁸² Die hatten nicht nur die eigenen Nachbarn und die Grenzen nach außen zu überwachen, sondern mussten vielfach auch an Operationen der Armee teilnehmen. Schon Lucas hatte 1981 die ersten 40.000 PAC organisiert, Ríos Montt arbeitete in derselben Richtung, bis dann unter seinem Nachfolger die PAC 1984 beinahe die Millionengrenze erreichten. Ob freiwillig oder gezwungen, der allergrößte Teil der Männer auf dem Lande ging zu dieser Zeit bei den PAC auf Patrouille.⁸³ Das Programm vertraute aber nicht nur auf die Kontrolle der jetzt in den PAC organisierten. Darüber hinaus wurde diese Struktur von *Asuntos Civiles* (dt. *Zivile Angelegenheiten*) durchdrungen, den Beauftragten für psychologische Operationen.⁸⁴

Auf der anderen Seite schlossen sich die drei Fraktionen der Guerilla und die kommunistische Partei, PGT, nach dem militärischen Rückzug zur URNG zusammen.⁸⁵ Aber fortan gelang es ihr nicht mehr, die zivile Landbevölkerung zu erreichen. Ende der 80er nahm ihre militärische Initiativen zwar wieder zu, aber nur noch mit vergleichsweise kleinen Einheiten.⁸⁶ Ihr eigentlicher Einfluss war seitdem politischer Natur – der vor der internationalen Gemeinschaft. Den sozialen Gruppen aber gelang es trotz aller vorherigen Erlebnisse, sich vor dem Hintergrund der anhaltenden Wirtschaftskrise erneut zu organisieren.⁸⁷

1.6. Zwischenbilanz

Das sollen nun genug Details zur Konfliktgeschichte als Urstoff der Vergangenheitspolitik gewesen sein. So ganz nebenbei können jetzt auch die drei Fragen beantwortet werden, die sich aus einem Kommentar eines Parteigängers des Militärregimes ergeben hatten. (1) Wurde in Guatemala tatsächlich die Demokratie verteidigt? (2) Wurde der Krieg in erster Linie mit der Guerilla

⁸⁰ McCleary: a.a.O. Anm. II/74. Seite 82.

⁸¹ Angefangen hatte sie eher als Instrument ökonomischer Eliten, dann gleichberechtigter Partner und schließlich Retter. Siehe: Torres und andere, 1998: a.a.O. Anm. II/7. Seite 39.

⁸² PAC, nach dem spanischen "Patrullas de Autodefensa Civil".

⁸³ CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 643 – 645.

⁸⁴ CEH, 1999c: a.a.O. Anm. I/7, Ziffer 2987.

⁸⁵ PGT nach dem spanischen *Partido Guatemalteco del Trabajo*. URNG nach dem spanischen *Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca*.

⁸⁶ Jonas, 2000: a.a.O. Anm. II/68. Seite 63.

⁸⁷ Ebenda: Seite 67f.

geführt und (3) war der Konflikt und sein Menschenrechtssaldo vom Kalten Krieg vorgegeben?

(1) Erinnern wir uns: Merkel hatte fünf Teilregime vorgeschlagen, deren Funktionieren in einer konsolidierten Demokratie nicht wesentlich gestört sein sollten. Demnach kann man die Demokratie in den nur 10 Jahren nach der Revolution von 1944 sicher nicht konsolidiert nennen. Ungleichheit, mangelnde Partizipationsrechte und die ineffiziente Justiz sind hier nur Beispiele. Die Transition könnte dagegen 1945 – mit der Verabschiedung der neuen Verfassung - abgeschlossen gewesen sein. Dennoch hatten damals wichtige gesellschaftliche Akteure des politischen Systems die Spielregeln der Demokratie noch nicht anerkannt.

Mit dem Putsch *von rechts* im Jahre 1954 geht die Qualität des Systems aber dann dramatisch zurück. Ein wichtiger Sektor des politischen Systems wird aus dem demokratischen Spiel ausgeschlossen, der Staat erfüllt seine Pflicht, den Bürger vor Eingriffen in seine Rechte zu schützen, immer weniger - im Gegenteil wird er zur Gefahr für seine Bürger. Und das, was Merkel die effektive Regierungsgewalt nennt, wird ausgehebelt. Das Militär stellt mehrere Interimsregime und übernimmt weitreichende auch zivile Funktionen. Trotzdem spricht Krennerich immerhin noch von einem semi-kompetitiven Parteiensystem. Erst nach dem Putsch von 1963 verwandele es sich in eine Fassadendemokratie.⁸⁸ Trotz systematischen Terrors, auch nach 1963 behält die Armee einen demokratischen Schein aufrecht. Presse, Parteien, die Justiz, gelegentliche Wahlen und Verfassungen dienten dazu, das eigene Handeln in legale Formen einzubetten.⁸⁹ Nach Arévalo seien Gesetze damals *banal* geworden. Sie seien nur dann erfüllt worden, wenn alle anderen Einflüsse – Geld und Macht - versagten. Straflosigkeit sei seitdem Teil des Staates gewesen.⁹⁰

20 Jahre gehen also Repression und Einengung der Partizipationsspielräume Hand in Hand. Auch wenn das Militär 1982/83 tatsächlich mit der Liberalisierung des Systems begann, die ersten Schritte wurden erst in dem Moment unternommen, als die massive Gewalt die vermeintliche Bedrohung militärisch ausgeschaltet zu haben schien. Von Demokratisierung kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht gesprochen werden. Die Frage ist also nicht, ob das Militär mit seinen Akten die Demokratie verteidigt hat, von Interesse ist vielmehr, warum jemand auf diese These kommen kann und was in diesem Fall unter Demokratie verstanden wird. Selbst wenn die Demokratie aber nicht verteidigt wurde, so haben die Militärmachthaber in der ersten Hälfte der 80er Jahre mit der Liberalisierung einen Schritt in diese Richtung unternommen. Überbewerten sollte man dies aber nicht. Wie wir oben gesehen haben, entsprachen sie damit vor allem den Zwängen von Krieg und internationalem Umfeld.

Demokratische Traditionen waren bis Mitte der 80er Jahre kaum vorhanden. Zwar gab es eine Tradition liberaler Argumentationen, aber in der Praxis kon-

⁸⁸ Krennerich: a.a.O. Anm. II/17. Seite 72f und 78.

⁸⁹ Arévalo de León, Bernardo: *Sobre arenas movedizas. Sociedad, Estado y Ejército en Guatemala* 1997. Guatemala 1998. Seite 67.

⁹⁰ Ebenda, S. 67.

zentrierte die sich auf wirtschaftliche Freiheiten ohne soziale Bindungen. Der für Deutschland und auch andere europäische Länder ab Ende des 19. Jahrhunderts typische Verteilungskampf, der zumeist politische Teillösungen fand, der hat in Guatemala so nicht stattgefunden. Er wurde überwiegend repressiv Repression und letztlich militärisch gelöst. Konflikte friedlich zu regeln, hat die Gesellschaft nur selten üben können. Dagegen ist die Tradition des Militarismus sehr markant. Traditionen der Parteienkonkurrenz waren vor den 80ern nur schwach entwickelt, aber durchaus vorhanden, vor allem aus der Zeit der Revolution. Gleichzeitig aber war gerade diese Etappe eine, in der die ökonomische Elite sich (per Wahl) aus dem politischen Spiel ausgegrenzt sah – politische Polarisierung und Misstrauen demokratischen Spielregeln gegenüber⁹¹ waren die Folge. Tatsächlich tolerierte Partizipationsspielräume hat es selten gegeben. Wohl auch deshalb sahen sich die zivilen Organisationen oftmals mehr in einer staatsfeindlichen Haltung. Nach Ansicht der CEH⁹² sind diese anti-demokratischen Traditionen eine Folge der *Konzentration gewaltsamer sozialer Beziehungen, der wirtschaftlichen Struktur die von Haziendas geprägt sind – Grundlage vielfacher Ausgrenzungen –, dem Fortbestand von Werten rund um den Rassismus und dem Mangel an Räumen für soziale und politische Partizipation.*

Neben den demokratischen Traditionen sind es vor allem die mit ihnen verbundenen Rechtstraditionen, die die Aufarbeitung der Vergangenheit begünstigen oder deren Chancen belasten. Deren Bilanz fällt im Laufe der vergangenen 150 Jahre mindestens ebenso mager aus. Die CEH sieht das Rechtssystem ehemals als formal, unterwürfig und manipuliert an. Auch in der Zeit der Revolution sei es nicht gelungen, dies zu ändern. Im Gegenteil gehörten seine Mängel zu den wesentlichen Schwächen des Staates. Rechtsfragen mussten letztlich im Alltag politisch gelöst werden, ein Umstand, der deutlich zur Konfliktivität und Polarisierung des Landes beitrug.⁹³ Nach der Konterrevolution wurde das Rechtssystem dann in den Kampf gegen den Kommunismus eingespannt.⁹⁴ Für die Zeit ab 1970 sieht die CEH ein Justizsystem, das sich beinahe vollkommen der Armee unterwirft. Auf dem blutigen Höhepunkt des Konflikts sprach das Oberste Gericht seine Fälle im Verteidigungsministerium sogar mit dem jeweiligen Minister ab.⁹⁵ Politische Gefangene gab es nicht. Bürger, die im Verdacht standen, mit der Guerilla oder der Ideologie des Kommunismus zu sympathisieren, die kamen nicht vor Gericht. Meist verschwanden sie einfach. Richter oder Anwälte, die sich der vorherrschenden Logik nicht unterwarfen, die wurden 1982/83 ebenso umgebracht.⁹⁶ Ein Geheimdienstoffizier, Zeuge der CEH, sagte dazu:

„Wofür soll ich einen Guerillero gefangen nehmen, wenn ich ihm keinen Prozess machen kann.... Es ist besser ihn tot als lebendig zu haben, weil

⁹¹ Torres und andere, 1998: a.a.O. Anm. II/7. Seite 19.

⁹² CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 275.

⁹³ Siehe: CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 275, 289 und 298.

⁹⁴ Ebenda: Ziffer 314ff.

⁹⁵ CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 461 und 626.

⁹⁶ CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6, Ziffer 589.

*vielleicht wird das Gericht ihn in 15 Tagen wieder freilassen ... uns kam die Idee nie in den Sinn, ihn gefangen zu nehmen und einem Gericht zu übergeben...*⁹⁷

2) Und worum ging es in diesem bewaffneten internen Konflikt, bzw. gegen wen wurde gekämpft? Mit dieser Frage sind wir bei der Diskussion um die Natur des Konflikts angelangt. Von einem Kampf gegen die bewaffnete Guerilla kann man nur schwerlich sprechen. Die Repression forderte viele Leben noch bevor die Guerilla überhaupt entstand. Auch später wurden gemäßigte und radikale Opposition kaum unterschieden.⁹⁸ Außerdem setzt eine solche Meinung implizit die wertende Perspektive voraus, dass die unbewaffneten Zivilisten als erdrückende Mehrheit der Toten, der Guerilla nicht nur nah gestanden hätten, sondern deren Tod so auch zu rechtfertigen sei. Torres Rivas geht noch weiter. Seiner Meinung nach war die Guerilla in Guatemala zu keiner Zeit eine militärische Bedrohung. Nicht einmal einen Bürgerkrieg habe es in Guatemala gegeben. Was 1996 zu Ende gegangen sei, das waren der Aufstandsbe-kämpfungstaat und seine Techniken.⁹⁹ Kann man denn dann von einem Krieg gegen den Kommunismus sprechen? Einmal abgesehen davon, dass eine solche Formulierung implizit wieder rechtfertigend wirkt, so gilt auch hier dasselbe Definitionsproblem. Waren die Opfer des Konflikts wirklich Kommunisten, und sei es auch nur in ihrer Mehrheit? Nach bisherigen Erkenntnissen lautet die Antwort nein. Ein Krieg aus Angst vor dem (Feindbild des) Kommunismus, der in der Praxis gegen Teile der Bevölkerung angestrengt wurde - dies kommt der Realität sicher viel näher.

3) Die Frage nach dem Grad des Einflusses des Kalten Krieges und darin vor allem dem der USA auf den Verlauf des Konflikts am schwierigsten zu beantworten. Ich will mich hier nur auf sichere Erkenntnisse beziehen. Der Kalte Krieg kann ganz offenbar nicht die Konfliktursachen erklären, die in Guatemala nationalen Ursprungs sind. So sicher wie der Sturz der Regierung Arbenz im Jahre 1954 eine wichtige Dynamik auslöste, so sicher ist ebenso die Schlüsselrolle der USA an diesem Akt. Danach aber scheinen den repressiven Maßnahmen in Ausmaß und Qualität zumindest keine detaillierten Absprachen vorausgegangen zu sein. Erst 1962/63 wieder wurde die Rolle der USA entscheidend – beim Auf- und Ausbau des Aufstandsbe-kämpfungstaates.¹⁰⁰ Offiziere und Truppen wurden noch vor Ausbruch des Aufstands in der Aufstandsbe-kämpfung ausgebildet. Die ersten Spezialtruppen, die sogenannten Kaibiles, wurden nach dem Vorbild einer US-Einheit in Vietnam trainiert, die ebenfalls für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen bekannt war. Entscheidende Konse-

⁹⁷ CEH, o.J.: a.a.O. Anm. II/39. Seite 49.

⁹⁸ Bendel, Petra / Nohlen, Dieter: Demokratisierung in Zentralamerika. Wie weit trägt der Wandel? In: Bendel, Petra (Hrsg.): Zentralamerika: Frieden – Demokratie – Entwicklung? Politische und wirtschaftliche Perspektiven in den 90ern. Frankfurt a. M. 1993. S. 17.

⁹⁹ Torres Rivas und andere, 1998: a.a.O. Anm. II/7. Seite 59. Bürgerkriege – so sagt er – seien nur existent, wenn 4 Bedingungen erfüllt seien: (a) Die Existenz einer bewaffneten Kraft mit zentralem Kommando. (b) eine reale Bedrohung über einen Zeitraum hinweg, (c) eine eigene, definierte und faktisch anerkannte territoriale Basis, in der der Staat keine Autorität hat und (d) Bevölkerung die unter der Kontrolle der Guerilla steht. Die URNG erfülle aber nur die 2. Bedingung. Siehe. ebenda: S. 61ff.

¹⁰⁰ Walker: a.a.O. Anm. II/18, Seite 4.

quenzen zog sicher auch die Konstruktion eines militärischen Geheimdienstes im Geiste der Aufstandsbekämpfung nach sich.¹⁰¹ All' dies aber erklärt noch immer nicht, warum der Blutzoll nur in Guatemala so hoch war. War die US-Hilfe doch Teil einer Strategie in ganz Lateinamerika.¹⁰²

Ab 1970 und vor allem nach Amtsantritts Carters (1977) ging das Engagement der USA deutlich zurück.¹⁰³ Auch wenn die militärischen Kontakte weitergingen, für knapp 10 Jahre der Repression, darunter gerade auch die blutigsten Jahre des gesamten Konflikts, kann eher keine Rede davon sein, dass irgendjemand den nationalen Offizieren gesagt haben könnte, gegen wen wie sehr vorgegangen werden solle. Andererseits wird aber vielfach die These vertreten, dass der Wahlsieg des seit 1981 amtierenden US-Präsidenten Reagan, die Machthaber in Guatemala zu ihrem Vorgehen ermutigt haben könnte.¹⁰⁴ Ohne Zweifel aber, der Kalte Krieg bot den ideologischen Rahmen und stimulierte den Konflikt auch. Zudem institutionalisierten die USA den Aufstandsbekämpfungsstaat. Aber – so wie Torres Rivas sagt – die in den USA erlernten Regeln wurden von den Offizieren selbst modifiziert. Hauptziel der Strategie war jetzt *die physische Liquidierung der Aufständischen und jeden Ausdrucks politischer Opposition*. So war dies in der erlernten Doktrin nicht definiert. *Die freie Interpretation war guatemaltekische Verantwortung, auch wenn dies die Art der Hilfe von außen ... nicht entschuldigen will.*¹⁰⁵ Gerade die guatemaltekische Armee zeigte den USA sogar unter Reagan, dass sie keine Befehle empfangen wollten. Solange es nicht um Menschenrechte geht, betonen Offiziere immer wieder, wie unabhängig der eigene nationalistische Kurs vom Einfluss der USA gewesen sei. All' dies spricht dafür, dass in Fragen der Menschenrechte die guatemaltekische Armee in hohem Maße für ihre Taten verantwortlich zu machen ist.

1.6.1. Die Bilanz der Menschenrechte

Einige der wesentlichen Voraussetzungen, die die Art der VP beeinflussen, sind die Repression selber, Zahl und Charakter der Täter und der Opfer sowie der Typ der Menschenrechts-Verletzungen. Und in dieser Frage muss gesagt werden, dass der Krieg erklärtermaßen irregulär war¹⁰⁶ und die unbewaffnete Zivilbevölkerung – als tatsächliche oder vermeintliche Sympathisanten oder Helfer der Guerilla – nicht nur Opfer sondern gar erklärtes Ziel der Aktionen. Ihr Tod war kein Zufallsprodukt verirrter Bomben.

¹⁰¹ Torres Rivas und andere, 1998: a.a.O. Anm. II/7. Seite 43 – 46.

¹⁰² Ebenda: Seite 39.

¹⁰³ Bendel, 1993: a.a.O. Anm. II/98. Seite 19.

¹⁰⁴ Die Regierung in Guatemala hatte zuvor im Wahlkampf von Reagan mit Spenden geholfen. Monate nach seinem Wahlsieg stellte sich Reagan dann demonstrativ auf die Seite der international kritisierten Regierung Ríos Montt. Die groben MR-Verletzungen hatten allerdings schon zuvor unter Lucas begonnen. Aus: Ropp, Stephen C / Sikkink, Kathryn: International norms and domestic change in Chile and Guatemala, in: Risse, Thomas / Ropp / Sikkink: The Power of Human Rights. International Norms and Domestic Change. Cambridge 1999. S. 199.

¹⁰⁵ Torres Rivas und andere, 1998: a.a.O. Anm. II/7. Seite 46.

¹⁰⁶ Gelegentlich wird auch von hohen Offizieren zugegeben, dass der international gebrauchte Terminus eines *schmutzigen* Krieges zutreffe. Z. B. General Edgar Leonel Godoy im Interview vom 19.05.05. In diesem Krieg habe man nicht gewusst, wer der Feind war, fügte er hinzu.

Etwa 200.000 Männer, Frauen und Kindern fielen dem Konflikt in 34 Jahren zum Opfer – zwischen dem ersten Auftreten der Guerilla im Jahre 1962 und dem offiziellen Friedensschluss am 29.12.1996. Neun von 10 Menschenrechtsverletzungen, die die CEH katalogisierte, wurden in den sieben Jahren zwischen 1978 und 1984 unternommen.¹⁰⁷ Die allermeisten davon wiederum zwischen 1981 und 1983, während der Regierung der Generäle Lucas García und vor allem Ríos Montt.¹⁰⁸ Die Opfer waren in ihrer Mehrheit, Teil der armen, ausgegrenzten indigenen Bevölkerung, die auf dem Lande lebte: 83 Prozent, gegenüber 17 Prozent Ladinos.¹⁰⁹ Das ist prozentual weitaus mehr als der Anteil der Indigenen an der Gesamtbevölkerung - offizielle Quellen sprechen von 43 Prozent, also etwa die Hälfte.¹¹⁰ Die Hauptstadtbevölkerung in diesem hoch zentralisierten Land war im Vergleich nur gering betroffen.

Der primäre Menschenrechtsverletzer in diesem Konflikt ist nach Angaben der CEH das guatemaltekeische Militär, einer der beiden Akteure der auch 1982/83 noch fortbestehenden Allianz zu den ökonomischen Eliten. Zusammen mit den Militärkommissaren und den Paramilitärs der PAC waren sie für 93 Prozent der Menschenrechtsverletzungen verantwortlich, von denen die CEH Kenntnis hatte. Die 2 Prozent, die auf das Konto von meist verbündeten illegalen Gruppen gehen, oftmals von Grundbesitzern finanziert oder organisiert, sind darin noch nicht inbegriffen. Ein sehr ungleiches Verhältnis zu den 3 Prozent der Guerilla.¹¹¹ Allein 85 % der Verletzungen gingen ohne weitere Beteiligung auf das Konto der Armee. Mitglieder der paramilitärischen PAC waren demnach an 18 % der Akte beteiligt, Militärkommissare an 11 %.

Für das hiesige Thema der VP ist der Anteil der PAC von besonderer Bedeutung. 1984 waren etwa 900.000 Männer, also die große Mehrheit der männlichen Bewohner auf dem Lande, Mitglieder der PAC. Daraus müssen zwei weitere Schlüsse gezogen werden: Zum einen kann aufgrund dieser Zahlen nur ein kleiner Teil der PAC zu den massiven Menschenrechtsverletzern gehören und zum anderen müssen viele überlebende Opfer logischerweise in dem Moment PAC geworden sein, in dem die Armee die Kontrolle über die Gebiete zurückgewann. Eine unbekannte Zahl der überlebenden Opfer kann also im Anschluss auch Täter geworden sein oder durchlief wie alle anderen zumindest eine Militarisierung ihres Alltags.

Die meisten Menschen fielen nicht den Gefechten zum Opfer. Mehrheitlich wurden sie verschleppt und tauchten nie wieder auf (40.000 gelten in Guatemala als verschwunden), starben nach selektiven Operationen gegen einzelne Unbewaffnete oder im Rahmen eines Massakers. Auch wenn sie die Menschenrechtsverletzungen beider Kontrahenten ausdrücklich nur quantitativ vergleicht, so beschreibt und unterscheidet die CEH dennoch die angewand-

¹⁰⁷ CEH, 1999e: a.a.O. Anm. I/5. Punkt 1f.

¹⁰⁸ In einem Bericht der Zeitung Prensa Libre heißt es, dass 69 % der Massaker in der Regierungszeit von General Ríos Montt unternommen wurden. 0007.11.2006, S. 5.

¹⁰⁹ CEH, 1999e: a.a.O. Anm. 238. Punkt 1f.

¹¹⁰ Inoffizielle Quellen sehen den indigenen Anteil dagegen bei 61 %. Zitiert nach: CEH, 1999c: a.a.O. Anm. I/7, Graphik 11, Seite 185.

¹¹¹ In 4 % der Fälle wurde die Täterschaft nicht geklärt. CEH, o.J.: a.a.O. Anm. II/39. S. 56f.

ten Kriegstaktiken. So wurden während der Gegenoffensive zwischen 1981 und 1983 systematisch Dorfautoritäten als vermeintliche Helfer der Guerilla *physisch eliminiert*. Dazu ein Ex-General, der vor der CEH aussagte:

„... Die Führung angreifen, diejenigen, die die Bewegung motivieren ... die lokalen Autoritäten physisch eliminieren... im Rahmen der Doktrin der nationalen Sicherheit ist es immer der Führer der ausgeschaltet werden dass, das bringt weniger Kosten mit sich, als die Masse auszuschalten...“¹¹²

Zwischen 1978 und 1984 waren die Massaker¹¹³ sogar Teil der Pläne zur Aufstandsbekämpfung. Sie fanden in den Regionen statt, in denen die Guerilla soziale Basis gefunden hatte und vielleicht gar auch militärisch präsent war. Die CEH betont, dass dies auch dann geschah, wenn den militärischen Führern klar war, dass die Menschen wehrlos oder die eventuell nahe Guerilla nur schwach bewaffnet war. Im Plan Victoria 1982 heißt es dazu:

„Die Operationen und unser Verhalten müssen darauf ausgerichtet sein, der Guerilla den Zugang zur Zivilbevölkerung zu verweigern, von der diese sich ernährt und in ihr versteckt.“¹¹⁴

Ab 1984 richteten sich die Massaker plötzlich gegen Flüchtlinge, die die Armee noch nicht hatte unter Kontrolle bringen können.¹¹⁵ In den meisten Fällen wurden derartige Aktionen systematisch von enormer Brutalität begleitet, die – so die CEH - *auf den ersten Blick unglaublich erscheinen könnte*.¹¹⁶ Das Problem, in den verdächtigen Gegenden Freund und Feind unterscheiden zu können, wurde auf pragmatische Weise gelöst. Ein hoher Armee-Offizier:

„Wir reagierten so, weil wenn eine Patrouille in ein Dorf kam und es leer war, aber die Hunde, die Hühner noch immer da, das Feuer in den Häusern angezündet, ... das bedeutete, dass sie mit der Guerilla waren, so entschied der ... Offizier, das Dorf abzubrennen. Wenn sie reinkamen und es Fallen gab, dann reagierte der Offizier mit noch mehr Wut.“¹¹⁷

Von 658 Massakern sprach die CEH in ihrem Bericht aus dem Jahre 1999. 626 seien vom Staat zu verantworten und 32 von der Guerilla.¹¹⁸ Auf Seiten des Staates standen diese Aktionen beinahe ausnahmslos unter der Führung der Armee, mitunter waren aber auch PAC oder Militärkommissare anwesend.¹¹⁹ Die Gewalt der Guerilla konzentrierte sich in denselben Regionen, in denen die Armee besonders aggressiv vorging. Bis auf eine Ausnahme sind die Massaker der Guerilla dementsprechend von der Guerilla-Fraktion EGP verursacht

¹¹² CEH, o.J.: a.a.O. Anm. II/39. Seite 18.

¹¹³ Die CEH geht von einem Massaker aus, wenn 5 oder mehr wehrlose Personen an einem Ort, als Teil derselben Operation getötet werden. Siehe: CEH, 1999c: a.a.O. Anm. I/7, Ziffer 3058.

¹¹⁴ Ebenda: Ziffer 3079.

¹¹⁵ Ebenda: Ziffer 3107 und 3109.

¹¹⁶ Ebenda: Ziffer 3053.

¹¹⁷ CEH, o.J.: a.a.O. Anm. II/39. Seite 19.

¹¹⁸ CEH, 1999c: a.a.O. Anm. I/7, Ziffer 3079. Bei einer geringeren Anzahl konnte nicht festgestellt werden, wer verantwortlich ist.

¹¹⁹ CEH, o.J.: a.a.O. Anm. II/39. Seite 61f.

worden, die in den besonders umkämpften Gebieten aktiv war. Anders als zum Beispiel die FAR, machte der EGP dort die paramilitärische PAC für Aktionen an der Seite der Armee verantwortlich und unternahm selektive Hinrichtungen.¹²⁰ Einer geplanten Strategie entsprachen die Massaker der Guerilla nach Ansicht der CEH aber nicht.¹²¹ Darüber hinaus richteten sich die Morde vor allem gegen mutmaßliche Spione, Kollaborateure der Armee oder Militärkommissare.¹²² Vor einzelnen Attentaten sprach die EGP oftmals Warnungen aus oder forderten zuvor das Opfer zum Verlassen des Dorfes aus. In anderen Fällen wurden aber auch Frauen und Kinder getötet.¹²³

Die CEH weist damit ausdrücklich die Entschuldigung vieler Offiziere zurück, bei vielen Verletzungen habe es sich nur um Exzesse einzelner oder Irrtümer gehandelt. Das sehe man auch daran, dass in den ganzen Jahren kein Offizier oder Unteroffizier wegen der Menschenrechtsverletzungen vor Gericht kam, so heißt es.¹²⁴ Im Gegenteil wirft sie dem Staate als Institution vor, Akte des Völkermordes begangen zu haben – ein heute vehement abgelehnter Vorwurf, ermöglicht er doch strafrechtliche Verfolgung ohne Verjährungsfrist. Was ist aber nun damit gemeint, mit den Akten des Völkermordes? Artikel II der UN-Völkermordkonvention aus dem Jahre 1948, lautet wie folgt:¹²⁵

„Unter Völkermord wird im Folgenden jeder der Akte verstanden, die mit der Absicht begangen wurden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören – so wie:

- a) *Massenmord an Mitgliedern der Gruppe.*
- b) *Schwere Verletzung der physischen oder mentalen Integrität der Angehörigen der Gruppe.*
- c) *Absichtliche Unterwerfung der Gruppe unter Lebensbedingungen, die teilweise oder total zu ihrer physischen Zerstörung führen kann.*
- d) *Maßnahmen gegen Geburten in der Gruppe.*
- e) *Zwangswise Übergabe von Kindern zu einer anderen Gruppe.*

Massaker hat es offensichtlich viele gegeben. Die CEH argumentiert nun, dass diese nicht einfach irgendeinem Feind galten, sondern eben ethnischen Gruppen, die mit dem inneren Feind gleichgesetzt wurden. Als Beleg führt sie an, dass beim Vormarsch auf die Ethnie der Ixil 70 bis 90 Prozent ihrer Dörfer zerstört wurden, anschließend wurde die flüchtende Bevölkerung mit Bomben aus der Luft angegriffen. Die wenigen Ladinis der Region seien weitgehend in Ruhe gelassen worden.¹²⁶ Sogar die amerikanische CIA schien schon im Problemjahr 1982 zu einem ähnlichen Schluss zu gelangen:

¹²⁰ Ebenda: Seite 71 und 79.

¹²¹ CEH, 1999c: a.a.O. Anm. I/7. Ziffer 3646f.

¹²² Ebenda: Ziffer 3633.

¹²³ CEH, 1999e: a.a.O. Anm. I/5. Ziffer 134.

¹²⁴ Ebenda: Ziffer 107.

¹²⁵ Guatemala hat diese Konvention im Jahre 1949 ratifiziert. Siehe: Ebenda: Ziffer 108f.

¹²⁶ Ebenda: 110 – 117.

„Der Glaube der Armee, gut dokumentiert, dass die indigene Bevölkerung der Ixil in ihrer Gesamtheit für (die Guerilla der) EGP ist, dies hat eine Situation geschaffen in der man erwarten kann, dass die Armee keinen am Leben lassen wird, egal ob Kämpfer oder nicht.“¹²⁷

Gleichzeitig zerstörte die Armee Heiligtümer der indigenen Maya-Bevölkerung und benutzte selbst Namen und Symbole dieser Kultur. Indigene Rekruten wurden kulturell assimiliert, ihre eigene Sprache zu sprechen gewaltsam unterdrückt.¹²⁸ Hinweise auf diese Gleichsetzung der Ethnien mit dem inneren Feind lassen sich in Diskursen zudem viele finden. Nur ein Beispiel eines zivilen Funktionärs der Regierung Ríos Montt, der nicht nur die Guerilla mit den Indigenen gleichsetzt, sondern sogar deren Eliminierung anregt:

„Die Guerilla hat viele indigene Mitarbeiter (angeworben), also sind die Indigenen Aufständische, nicht wahr. Und wie kämpft man gegen Aufständische? Ganz einfach, man muss die Indigenen töten, weil sie mit den Aufständischen zusammenarbeiten.“¹²⁹

Für die CEH trug der traditionelle Rassismus in Guatemala ganz offensichtlich zu dieser Qualifizierung bei. Nach einer empirischen Studie von Marta Casaus Arzú aus dem Jahre 1995 werden unter den dominanten Sektoren der Gesellschaft drei verschiedene Optionen zum Thema der Indigenen diskutiert:

„Viele von ihnen wollen die soziale und rassische Trennung aufrechterhalten und eine Integration verhindern, wollen die Mechanismen einer Apartheid verstärken. Andere sind Parteigänger einer Verbesserung der Rasse, über künstliche Besamung und einige sind für ethnische Säuberungen... zwischen einem Viertel und 10 %... zielen auf drastische und tiefgreifend intolerante Lösungen bezüglich der indigenen Bevölkerung ab. Dieser Sektor erklärt sich in verschiedenen Momenten zu einem Parteigänger einer Ausrottung der indigenen Bevölkerung, seines kulturellen und physischen Verschwindens.“¹³⁰

Die Bilanz der Faktoren *Tradition und Repression*: Es waren die ärmsten und rassistisch in den fernen Provinzen ausgegrenzten, die im Konflikt die meisten Opfer stellten, aber über die PAC wurden sie oftmals auch zum Komplizen gemacht und in die Täterrolle gedrängt. Die Hauptstadtbevölkerung dagegen scheint nur wenig Notiz vom Kriege genommen zu haben, zumal die damaligen Eliten des Landes, das Militär und der Privatsektor, ein sehr ähnliches Feindbild teilten. Rechts- und demokratische Traditionen sind im Lande kaum vorhanden - keine guten Voraussetzungen für eine Aufarbeitung, zumal es eben eine Guerilla gab, die – wenn auch deutlich weniger – ebenso Blut vergossen hat. Auf der anderen Seite scheint aber gerade die Art und das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen eine Aufarbeitung nahelegen.

¹²⁷ Deklassifiziertes Dokument zitiert in: CEH, o.J.: a.a.O. Anm. II/39. Seite 66.

¹²⁸ CEH, 1999c: a.a.O. Anm. I/7. Ziffer 2912ff.

¹²⁹ Francisco Bianchi war 1982 Sekretär des de facto Präsidenten Ríos Montt. Zitiert in: CEH, 1999c: a.a.O. Anm. I/7. Ziffer 3232. Bianchi trat noch 1999 zu den Präsidentenwahlen an.

¹³⁰ Casaus Arzú, Marta: Guatemala. Linaje y Racismo. Guatemala 1995. Seite 274.

1.6.2. Exkurs: Die Folgen des Konflikts

Konflikte dieses Ausmaßes haben auch noch nach ihrem Ende individuelle, kollektive und institutionelle Folgen – für neue Generationen und reformierte politische Systeme.¹³¹ Dies gilt vor allem dann, wenn Irrtümer nicht bewusst und tiefgründig analysiert, identifiziert und korrigiert werden. Die Folgen des Konflikts in Guatemala lassen sich zuallererst aus einem Begriffspaar ableiten, das sich gegenseitig bedingt: die Militarisierung und die Schwäche des Staates. Die weiteren Folgen ergeben sich aus der konkreten Praxis.

Der Staat und seine Institutionen waren in Guatemala traditionell schwach entwickelt. Daran konnte auch das demokratischere Intermezzo ab 1944 noch nichts ändern. Ein erster Schritt in Richtung auf eine Militarisierung wurde dann in der Zeit nach der Konterrevolution begonnen, als die Armee sich zunehmend in die politische Verantwortung hineinziehen ließ und sich entsprechend politisierte. In den 60er und 70ern überzog die Armee die Strukturen der Exekutive dann mit ihrer Macht.¹³² Im Zuge des Kampfes gegen den Kommunismus übernahmen Offiziere auch Posten als Minister oder Gouverneure.¹³³ Zugleich aktivierten sie eine alte Tradition auf dem Lande, die der Militärkommissare – ehemalige Angehörige der Armee, die als jetzt zivile Verbindungsleute der Armee dessen Macht gegenüber der lokalen Bevölkerung darstellten. Gab es Anfang der 60er nur 300 von ihnen stieg ihre Zahl im Zuge des ersten Krieges zeitweise auf 9.000 an.¹³⁴

Anfang der 80er nimmt die Militarisierung bislang unbekannte Ausmaße an. Beinahe alle zivilen Staatsaktivitäten liefen über das Militär ab und seine Mitglieder besetzten wichtige Posten der Verwaltung. Das Militär penetrierte das Staatswesen auf allen Ebenen und kontrollierte es auf diese Weise. So geriet z.B. die Abteilung für Spezialermittlungen des Finanzministeriums 1980 unter die Kontrolle des militärischen Geheimdienstes. Damit verfügten sie über Daten aller Bürger und Firmen, die Steuern bezahlten. Ihm folgten der Zoll, das Postwesen und viele andere mehr.¹³⁵ Diese Form der Penetration und Kontrolle nahm auch in der zweiten Hälfte der 80er nicht ab, auch wenn immer weniger Offiziere öffentlichkeitswirksame politische Ämter übernahmen. Bis zum Friedensschluss 1996 waren die Militärpläne gleichzeitig auch politische.¹³⁶ Ein ziviler Berater der Armee rechtfertigt diese Funktion:

Wenn die politische Aktivität sich instinktiv mit dem Charisma des Caudillos identifiziert, der wie ein großer Schiedsrichter in das nationale Schicksal eingreift, dann können die (zivilen) innovativen Institutionen... nicht mit der prätorianischen Tradition (der Armee)... mithalten... .¹³⁷

¹³¹ Vgl. CEH, 1999d: Consecuencias y Efectos de la Violencia, Band 4. Punkt 4004.

¹³² CEH, 1999e: a.a.O. Anm. I/5. Ziffer 36.

¹³³ CEH, 1999d: a.a.O. Anm. II/132. Ziffer 4047.

¹³⁴ CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6. Ziffer 445.

¹³⁵ Torres Rivas und andere, 1998: a.a.O. Anm. II/7. Seite 17. Sowie: CEH, 1999d: a.a.O. Anm. II/131. Ziffer 4058 – 4064.

¹³⁶ Ebenda: Ziffer 4051 und 4061. So die Pläne *Sieg '82, Beharren'83, institutionelle Stärkung '89, Stärke für den Frieden '91, Frieden '93, Integration '94, '95 und Nationale Integration '96.*

¹³⁷ Francisco Beltranena Falla, zitiert in: CEH, 1999d: a.a.O. Anm. II/131. Ziffer 4074.

Die Folge dieser langen Tradition: Die Gesellschaft gewöhnt sich letztlich daran, dass es die Armee ist, die ihre Probleme löst und die Schwäche der Institutionen – vom Militär mit verursacht – wird zur Ausrede für ein weiteres Engagement.¹³⁸ Die Armee kümmerte sich um die Gesundheit auf dem Lande und den Straßenbau. Sie arbeitete in der öffentlichen Sicherheit und stellte Kriminalermittlungen an. Über Jahre patrouillierten die Uniformierten auf den Straßen der Hauptstadt. Parallel zur Polizei dienten sie als Abschreckungspotential, um Kriminalität zu verhindern. Anfang der 90er, parallel zu den frühen Friedensverhandlungen, griff auch die militärische Einheit des Präsidenten, EMP, in die öffentliche Sicherheit ein. Im Zuge der aufkommenden Kriminalität wurde unter anderem eine Anti-Entführungseinheit eingerichtet.¹³⁹

Ein anderes Phänomen der Militarisierung hat mit dem eigenen Charakter des Konflikts zu tun, genauer, mit seinen irregulären Methoden. Im Kern wurden Staat und Bevölkerung vor allem über den militärischen Geheimdienst kontrolliert. Er war es, der die Masse der verdeckten Operationen unternahm, die nicht selten in Folter und Tod endeten. Und er war es auch, der die staatlichen Institutionen dann von jeder Reaktion abhalten musste – über administrative (Kontrolle und) Eingriffe, Warnungen oder bewusster Fehlleitung und falscher Information. In dieser Zeit wurden auch sogenannte parallele Ermittlungen praktiziert, sei es um die Polizei zu mehr oder viel weniger Effizienz anzuleiten. Auch dazu dienten die infiltrierten Vertrauenspersonen in den Institutionen.¹⁴⁰ Die CEH zitiert viele Beispiele für die Praxis des Staates, seine eigenen Verbrechen anschließend zu verdecken. Hier nur eines: In einem Fall hatte eine Person Staatschef Mejía wegen Drohungen angezeigt. Kurz darauf wurde er überfallen, vergewaltigt, sein ihn begleitender Sohn gefoltert und alle umgebracht. Trotz deutlicher Spuren für dieses Tun erklärte der Regierungssprecher den Vorfall zu einem *Autounfall*.¹⁴¹

So wie Militarisierung und der schwache Staat in einer Interaktion standen, so geschah dies auch im Verhältnis zur Justiz. Ohne die Justiz konnten viele Forderungen und Streitfälle nämlich gar nicht mehr friedlich gelöst werden, so dass dann die Repression die einzige Antwort blieb.¹⁴² Ebenso hob die Militarisierung aber auch ganz konkret die Autonomie des Justizsystems auf. Wer sich nicht unterordnete, der wurde umgebracht.¹⁴³ Entsprechend unglaublich erschien dem Bürger wohl das System. So sind 87 % der Anzeigen, die von der CEH entgegengenommen wurden, zuvor in keiner staatlichen Institution hinterlegt worden.¹⁴⁴ Die Straflosigkeit schützte letztlich alle Sicherheitskräfte. Den bis 1999 höchsten verurteilten Offizier ereilte sein Schicksal, weil die USA ihn wegen Mordes an einen US-Bürger verantwortlich machte

¹³⁸ CEH, 1999d: a.a.O. Anm. II/131. Ziffer 40. Diese Analyse der CEH (1999) wird später noch von Bedeutung sein, wenn das Thema der öffentlichen Sicherheit angesprochen wird.

¹³⁹ Ebenda: Ziffer 4066ff. EMP steht für *Estado Mayor Presidencial (Präsidentiales Oberkommando)*.

¹⁴⁰ Ebenda: Ziffer 4072.

¹⁴¹ Ebenda: Ziffer 4529f.

¹⁴² Ebenda: Ziffer 4012.

¹⁴³ CEH, 1999e: a.a.O. Anm. I/5. Ziffer 93 – 95. Mit anderen Worten, die heute älteren Honoratioren des Systems haben sich in den frühen Jahre ihrer Karriere den Eingriffen von oben angepaßt.

¹⁴⁴ CEH, 1999d: a.a.O. Anm. II/131. Ziffer 4032.

und erheblichen politischen und wirtschaftlichen Druck ausübte. Nach dem Urteil allerdings gelang ihm die Flucht – aus seinem Militärgefängnis.¹⁴⁵ Aber nicht nur die Justiz, die parallelen Ermittlungen, das Komplizentum und die Begünstigung von Seiten der Staatsbehörden insgesamt hielten die Straflosigkeit aufrecht. Darüber hinaus wurden in den Zeiten des Konflikts insgesamt 24 Amnestiedekrete verabschiedet, einige nur für staatliches Personal, andere auch für die Guerilla.¹⁴⁶

Das Erbe der Militarisierung geht aber weit über das politische System hinaus. Schwer getroffen wurden auch die Mentalität der Menschen und das soziale Gefüge vor allem auf dem Lande. Mit der Verpflichtung der meisten Dörfer des Landes, am System der PAC teilzunehmen, wurden die Menschen in diesem Sinne neu sozialisiert. Traditionelle Mechanismen der friedlichen Konfliktlösung wurden geschwächt. Macht beruhte tendenzmäßig mehr auf Waffen.¹⁴⁷ Dabei war der formale Akt der Gründung der dörflichen PAC nur ein erster Schritt. Nach Schätzungen von UNICEF produzierte der Konflikt zwischen 100.000 und 150.000 Waisen,¹⁴⁸ von denen die meisten sich danach dem System der PAC angliedern mussten, anderen wurde von der Guerilla keine andere Wahl gelassen. Im Laufe der Jahre nahm eine unbekannte Zahl von PAC an Menschenrechtsverletzungen oder gar Grausamkeiten teil, in einigen Fällen gezwungen, um das eigene Leben zu schützen, in anderen Fällen auch freiwillig. Zudem kehrten viele zwangsrekrutierte Indigene nach Jahren im Militär auch wieder in ihre Dörfer zurück. Die relative Autonomie, die viele Dörfer über Jahrhunderte genossen hatten, wurde damit abgebrochen. Welche Konsequenzen all' dies wohl für das Opferbewusstsein der Menschen hatte?

In den 70er Jahren war die damalige Maya-Bewegung über selektive Morde komplett desartikuliert worden,¹⁴⁹ traditionelle Autoritäten wurden abgelöst oder geschwächt. Fortan gaben die Organisationsstruktur der PAC (und Militärkommissare) und deren Mentalität den Ton an.¹⁵⁰ Aus der Perspektive der Armee ist die Bilanz der PAC aber einer anderen Logik unterworfen, der ihrer Rolle für den Erfolg im Kriege: Noch einmal der Militärberater, Beltranena:

*Für ihren Beitrag zum Vaterland, ihre persönliche Opferbereitschaft und den Erfolg einer erfüllten Mission, die (PAC) verdienen eine Anerkennung als Helden der Nation und Vorbereiter für eine neue demokratische Öffnung, die schon auf dem Wege war.*¹⁵¹

¹⁴⁵ Ebenda: Ziffer 4025 – 4027.

¹⁴⁶ Ebenda: Ziffer 4030.

¹⁴⁷ Ebenda: Ziffer 4023, 4073 und 4081. Dies bedeutet natürlich nicht, dass diese allgemeine Tendenz auf alle Dörfer gleich tiefe Wirkungen hinterließ.

¹⁴⁸ CEH, o.J.: a.a.O. Anm. II/39. Seite 93f.

¹⁴⁹ CEH, 1999d: a.a.O. Anm. II/131. Ziffer 4566ff. Erst in der 2. Hälfte der 80er formte sich eine neue, genau genommen zwei: eine der URNG nahe Opfer-Bewegung, die auf der Suche nach Verschwundenen beharrte und eine ethnisch-kulturelle, gewöhnlich fern der Guerilla

¹⁵⁰ Sieder, Rachel: War, Peace and the Politics of Memory in Guatemala, in: Biggar, Nigel (Hrsg.): Burying the Past. Making Peace and doing Justice after violent Conflict. Washington 2003. S. 213. Mehr: CEH, 1999c: a.a.O. Anm. I/7. Ziffer 2944–2947; CEH, 1999d: a.a.O. Anm. II/131. Ziffer 4022f.

¹⁵¹ Francisco Beltranena Falla, zitiert in: CEH, 1999d: a.a.O. Anm. II/131. Ziffer 4056.

Zu den Konsequenzen des Konflikts auf die Sozialstruktur gehören auch diejenigen auf die Organisation gesellschaftlicher Interessen und die Fragen von Religion und Kirche:

Die katholische Bewegung der Katechisten hatte das Thema der Armut und der ausstehenden sozio-ökonomische Entwicklung in einem ungünstigen Moment entdeckt.¹⁵² Denn gleichzeitig entstand im Osten des Landes die erste Guerilla und der Aufstandsbekämpfungsstaat schloss Spielräume für soziale Forderungen. So kann es auch nicht verwundern, dass die Katechisten eine sozial-politische Sensibilität schufen, die später – ohne dies so beabsichtigt zu haben – die politische Arbeit der Guerilla begünstigte. Einige Katechisten und auch Priester näherten sich im Zuge der Eskalation der Guerilla an. Schon im Vorfeld hatten die Großgrundbesitzer die Bewegung als kommunistisch tituliert und auch die Armee sah sie als inneren Feind. Bei Beginn der Gegenoffensive dann *schloss die Armee katholische Kirchen, installierte in ihnen Militärstützpunkte, benutzte sie für Massaker, Folter oder massive Vergewaltigungen und verhinderte jegliche religiöse oder pastorale Aktivität.*¹⁵³

Die CEH registrierte 17 Priester und 921 Katechisten als Opfer von Folter, Zwangsverschleppung und Mord. Dutzende von Priestern wurden nach Morddrohungen gezwungen, das Land zu verlassen.¹⁵⁴ Damals Katholik zu sein, das bedeutete in Augen der Armee, ein kommunistischer Guerillero zu sein. Auf diese Weise wurden die Indigenen massenweise gezwungen, zum evangelischen Glauben überzutreten. Die Regierung förderte bewusst die Ausbreitung vieler evangelischer Sekten, weil diese Gehorsam vor den Autoritäten predigten und gesellschaftliche Probleme außen vor ließen. Mehr noch, viele evangelische Religiöse sahen sich im guatemalteckischen Sinne als strikt anti-kommunistisch.¹⁵⁵ Wenn auch in geringerer Form, die unterschiedlichen Sichtweisen zwischen Kirchen lassen sich noch heute antreffen, ein Umstand, der letztlich weitreichende Folgen für Denken und Verhalten der Wähler hat. In zwei Interviews mit hohen Offizieren wurde im Jahr 2005 das Thema der katholischen Kirche angesprochen. Als Beispiel, General Carlos Pineda:

*„Die (katholische) Kirche beging den Irrtum, die Bevölkerung zu organisieren, um gegen den Staat vorzugehen, das war die große Verantwortung der Priester, Bischöfe und Mönche.“*¹⁵⁶

Hauptziel der Repression waren aber ohne Zweifel die sozialen Organisationen überhaupt. An ihnen teilzunehmen, galt praktisch als kriminell. Sie waren der innere Feind und wurden in offiziellen Diskursen als unbewaffneter Arm der Guerilla dargestellt, ein Vorwurf der mit der Zeit von vielen internalisiert wurde.¹⁵⁷ Tatsächlich war der Einfluss der Guerilla innerhalb der sozialen Bewegungen relativ hoch, offenbar aber erst gegen Ende der 70er, also 15 Jahre

¹⁵² Zu den folgenden Informationen zur katholischen Kirche, siehe: CEH, 1999c: a.a.O. Anm. I/7. Ziffer 2932ff. Und: CEH, 1999d: a.a.O. Anm. II/131. Ziffer 4152ff.

¹⁵³ CEH, 1999c: a.a.O. Anm. I/7. Ziffer 2935.

¹⁵⁴ CEH, 1999d: a.a.O. Anm. II/131. Ziffer 4162.

¹⁵⁵ Mitunter, wenn auch eher selten, wurden auch evangelische Gemeinschaften zu Opfern der Gewalt.

¹⁵⁶ Interview mit Carlos Pineda, 15.04.2005.

¹⁵⁷ Zu sozialen Bewegungen, unter anderem: CEH, 1999d: a.a.O. Anm. II/131. Z. 4083 – 4090.

nach dem offiziellen Ausbruch des Konflikts. Die zahllosen ermordeten Intellektuellen und Führer der sozialen Organisationen haben der Gegenwart ein Vakuum beschwert. Nach Ansicht der CEH ist es gerade deshalb schwierig, Repräsentanten der Zivilgesellschaft zu finden¹⁵⁸ – und auch in den Einstellungen und der Kultur der Führer wirkt die Geschichte nach.

Alle hier genannten Folgen des Konflikts haben auf unterschiedliche Weise Folgen für Ausarbeitung und Erfolgchancen der Vergangenheitspolitik. Für einen bislang noch nicht erwähnten Faktor gilt das noch viel mehr: das traditionelle Verhältnis von Staat und Militär zur Menschenrechtsbewegung.

Die massiven Menschenrechtsverletzungen vor allem des zweiten bewaffneten Konflikts ab 1980 blieben politisch nicht unbeantwortet. Einerseits ermöglichten diese der militärisch zurückgeworfenen Guerilla, Militär und Regierung international zu diskreditieren¹⁵⁹ und somit schwer unter Druck zu setzen. Andererseits bildeten sich relativ schnell, ab etwa 1984, die ersten Menschenrechtsorganisationen in Guatemala. So wie zuvor jede soziale Forderung schnell den Vorwurf, Guerillero oder Kommunist zu sein, nach sich gezogen hatte, sorgte auch die Konfrontation in Sachen Menschenrechten für eine ähnliche Reaktion. Jetzt wurden die Verteidiger der Menschenrechte zum inneren Feind und zur Guerilla erklärt. Sicher war deren Einfluss in der Bewegung insgesamt relativ hoch.¹⁶⁰ Aber eingedenk der Tatsache, dass die meisten Verschwundenen von Truppen oder Hilfstruppen der Regierung entführt wurden, kann eine regierungsfeindliche Haltung der überlebenden Verwandten auch nicht überraschen. Eben die Frage der Menschenrechte blieb für das Militär eine, wenn nicht gar die wesentliche schmerzhaft offene Flanke, in ihrem dann auch politischen Bemühen, den Krieg zu beenden.¹⁶¹

¹⁵⁸ CEH, o.J.: a.a.O. Anm. II/39. Seite 90.

¹⁵⁹ Torres Rivas und andere, 1998: a.a.O. Anm. II/7. S. 91.

¹⁶⁰ Schirmer, Jennifer: The Looting of Democratic Discourse by the Guatemalan Military: Implications for Human Rights, in: Jelin, Elizabeth / Hershberg, Eric (Hrsg.): Constructing Democracy: human rights, citizenship and society in Latin America. Boulder 1996. Seite 90 – 92. Vgl. CEH, 1999d: a.a.O. Anm. II/132. Ziffer 4510ff.

¹⁶¹ Mehr Angaben zum Umgang des Militärs mit dem Thema Menschenrechte, s. Kapitel II 2.1.

III. Vergangenheitspolitik: Der lange Weg zur Definition

Fassen wir einmal kurz zusammen: Die Opfer: zahlreich, meist arm, marginalisiert oder rassistisch benachteiligt; die Mehrheit der Menschen nach der Zeit der massiven Gewalt in paramilitärischen Einheiten organisiert und damit unter Einfluss der Haupttäter; Opfer die zu Paramilitärs wurden, als Teil eines Konflikts in dem auch die andere Seite bewaffnet war und mordete und das auch noch in einem Staat mit wenig Rechts- und demokratischer Tradition, auf dem Lande lange militarisiert und überhaupt mit einer Tradition schwacher staatlicher Institutionen – nach bisherigen Forschungen und Erfahrungen in anderen Ländern behindert jeder einzelne dieser Charakteristika des Konflikts die aktive Aufarbeitung der Vergangenheit.¹

Eine letztlich fatale Mischung von Bestimmungsfaktoren für Ausformulierung und Praxis der VP scheinen wir da vor uns zu haben. Aber dennoch, wie war es dann möglich, dass das noch 1994 mächtige Militär in eben diesem Jahr einer Wahrheitskommission zustimmte und erste Urteile in Menschenrechts-Prozessen das Ende der Straflosigkeit anzukündigen schienen. Zwei Jahre später akzeptierten sie gar ein Aussöhnungsgesetz mit nur eingeschränkter Amnestie.² Der Weg und die Liste der Faktoren, die die VP begründen sind damit also noch nicht beendet. Meines Erachtens fehlt ein genauerer Blick auf die politische Dynamik, weit über das simple Klassifizieren des Modus der Transition hinaus.

Wir werden in diesem Kapitel sehen, wie sich die Form der in den Friedensverträgen definierten VP aus einer Dynamik dreier untereinander vernetzter Faktoren entwickelt hat: (1) der Perzeption der Menschenrechte, (2) dem Prozess von Friedensverhandlungen, der sich als Folge der Transition, aber in Teilbereichen auch parallel entwickelte und (3) einer Konstellation nationaler und internationaler Akteure, die die Demilitarisierung und zugleich den Frieden sowie in deren Zuge auch die VP begünstigte. Im später folgenden Kapitel VI werden verschiedene Politikfelder ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Gleichzeitig aber werden wir dann sehen, wie die Kraft der alten Akteurskonstellationen in den neuen politischen Etappen nicht mehr ausreichten – mit entsprechenden Rückwirkungen dann auf die Praxis der VP.

1. 1983 - 85: Transition ohne Frieden und Menschenrechte

Als Einstieg in das Problem der Chancen und Aussichten der VP gehe ich hier zunächst einmal von dem Übergang zur Transition aus, als quasi erster Stufe der politischen Dynamik, die die spezifische Form der VP ausprägt. Mehrere

¹ Vgl. *Barahona de Brito*: a.a.O. Anm. I/18.

² In Guatemala wird nicht von Amnestie, sondern von einer Befreiung von strafrechtlicher Verantwortung gesprochen – eine juristische Konstruktion mit allerdings sehr ähnlichen Effekten. Doch dazu später mehr.

Autoren haben sich mit den Bestimmungsfaktoren der nationalen Transition zur Demokratie auseinandergesetzt.

Im Falle Guatemalas ist es zunächst leichter zu beantworten, wo die Demokratie des Landes erst einmal nicht herkommt. Nach Torres Rivas ist sie eben nicht Folge des ausdrücklichen Willens des vormals allein bestimmenden Militärs. Ebenso wenig existiert sie, weil die USA oder eine gedachte nationale Demokratie-Bewegung sie aufoktroiert beziehungsweise erkämpft hätten³ oder ist sie – wie in vielen anderen Fällen – Folge eines Friedensprozesses. Auf der Basis einer umfassenden Analyse von Torres Rivas lassen sich vielmehr strukturelle Faktoren internen Ursprungs erkennen, die zusammen mit den externen neue Dynamiken und Interaktionen auslösen, an deren Ende die Transition steht – nicht als Moment des Übergangs, sondern als Prozess. In der folgenden Einschätzung herrscht mittlerweile weitgehende Einigkeit:

Konkret sehen die Autoren fünf wesentliche untereinander vernetzte strukturelle Faktoren, die auf die Dynamik von Transition und Demokratisierung einwirken: (a) die Grenzen des Aufstandsbekämpfungsstaates, (b) die massiven MR-Verletzungen, (c) der Dissens der zuvor eng verbündeten Eliten sowie (d) das günstige internationale Umfeld für einen Wandel des Wirtschaftssystems und (e) eine politische Liberalisierung.⁴ In Anlehnung an den Politikzyklus interessiert hier erst einmal die Konstellation der Akteure, also welche relevanten Akteure identifiziert werden können und wie die zueinander stehen.

Unter General Ríos Montt als de facto Staatschef hatten die Streitkräfte das Land zu einem von ihnen beherrschten korporativen Staat ausgebaut. Es war gelungen, die Guerilla entscheidend zurückzuwerfen, aber die Kriegsstrategie war noch in vollem Gange. Die sozialen Organisationen, als organisierter Ausdruck populärer Interessen, hatten einen großen Teil ihrer Führungsfiguren verloren, durch außergerichtliche Hinrichtungen, Zwangsverschleppungen oder Flucht. Neben und unter dem Militär war die Unternehmerschaft der einzige Sektor mit Gewicht im Staate. Anders als noch bis Mitte der 70er hatte diese aber deutlich an Einfluss auf die Entscheidungen des Staates verloren. Erwähnenswert sind nur noch die internationalen Akteure. In den 70ern, noch vor der großen Gegenoffensive, hatten diese begonnen, den Diskurs der Menschenrechte auf Länder der sogenannten Dritten Welt anzuwenden. Guatemala lehnte dies hingegen als Einmischung ab und machte sich in seiner Kriegsführung unabhängiger denn je. Die Kriegsmethoden blieben entsprechend auch ab 1983 unter dem neuen Staatschef General Mejía Víctores weitgehend dieselben, ebenso die Konzeption eines vom Militär geleiteten und beherrschten korporatistischen Staates. Wie mag in dieser Situation die Militärführung die Lage wahrgenommen haben?⁵

³ Torres Rivas, 2002: a.a.O. Anm. II/58, S. 135; siehe auch Torres Rivas und andere, 1998: a.a.O. Anm. II/7. S. 69ff.

⁴ Zum Beispiel: Torres Rivas, 2002: a.a.O. Anm. II/58. S. 129f und 135f; Torres Rivas und andere, 1998: a.a.O. Anm. II/7. S. 69f.

⁵ Die folgenden Ausführungen stützen sich mit wenigen Ausnahmen auf Sekundärliteratur. Spezielle Interviews zu dieser Zeit habe ich nicht unternommen.

Trotz aller Erfolge, aus Sicht des Militärs waren die kriegerischen Auseinandersetzungen zwar erfolgreich verlaufen, aber noch lange nicht vorbei. Der Einfluss der Guerilla war im Jahre 1983 zurückgegangen, aber weiter existent. Die „siegreiche“ Armee hatte dementsprechend ein primäres Interesse daran, den Krieg erfolgreich und ungehindert weiterführen zu können.

Andererseits hatte sie intern und auch im Verhältnis zu ihren Verbündeten aus dem Privatsektor, Spaltungen erlitten. Den Putsch von Ríos Montt, 1982, habe ich schon erwähnt. Bei den Spaltungen ging es um persönliche Macht, aber auch um unterschiedliche Auffassungen zum Krieg und einer wachsenden Delegitimierung der Armee, eine Folge der wuchernden Korruption. Schon in den 70er Jahren war einer Reihe von Offizieren der zuvor undenkbar soziale Aufstieg gelungen – als Grundbesitzer oder gar als Unternehmer. Unter Lucas García begann die Korruption, Teile der Armee zu beunruhigen. Zudem hatte auch in Militär-Kreisen die Erkenntnis Einzug gefunden, dass das politische System nach dem militärischen Sieg über die Guerilla wieder liberalisiert werden sollte. Sehr weit ging diese Überzeugung aber noch nicht. Schon der Putschpräsident Ríos Montt, Symbol des Kurswechsels, hatte nach ersten Liberalisierungsschritten plötzlich auf die Bremse getreten. Insgesamt sieben Jahre wollte er im Amt bleiben, so hatte er angekündigt. Seine Absetzung und Ablösung durch General Mejía Víctores (1983), ein weiterer Spaltungsgrund verschiedener Militärgruppen, verhinderte diesen Plan.

Die Frage der massiven Menschenrechtsverletzungen, 1980-83, verursachte in den unterschiedlichen Militärregimen hingegen keine Kontroverse. Sie waren unternommen worden, obwohl Guatemala mit dem Amtsantritt des US-Präsidenten Carter wegen vorheriger Menschenrechtsverletzungen bereits sehr in der Kritik stand. Carter hatte gar ein Waffenembargo verhängen lassen. Dementsprechend wurde so eine erhebliche Spannung, eine Art Graben zwischen dem Land und dem Rest der Welt geschaffen. General Edgar Leonel Godoy sieht die Menschenrechte noch heute als ein importiertes, dem Lande fremdes Konzept:

„Während des Konfliktes begann sich mit Carter die Außenpolitik der USA zu ändern, er wollte mit der Politik der Menschenrechte die regierenden Militärs der Region abzulösen.“⁶

Die URNG – so Godoy – habe dieses für sie nützliche Thema von Anfang an benutzt, um die Streitkräfte nach dem militärischen Rückzug der Guerilla, politisch zu bekämpfen. Darum habe sie auch Mitglieder in den Menschenrechtsorganisationen infiltriert.⁷ Seit Beginn wurde das weltweit im Aufschwung befindliche Thema also nicht als ethischer Maßstab, sondern als Waffe der politischen Gegner gesehen.

Exzessive Menschenrechtsverletzungen und die negative Korruptionsbilanz, gleich mehrere Autoren sehen darin die logische Folge eines Systems, in dem die Idee von Militär und Staat wie nie zuvor fusioniert war. Ebenso logisch sei-

⁶ Interview vom 02.06.2005. Auch die Generäle Carlos Pineda (15.04.2005) und Morris de León Gil (16.05.2005) sehen dieselbe Instrumentalisierung seit den Zeiten von Carter.

⁷ Nur stellvertretend für viele, ebenso General Víctor Manuel Argueta Villalta, 13.01.2004.

en diese Auswüchse des Aufstandsbekämpfungsstaats dann aber auch für seinen Verfall verantwortlich.⁸ Die Brutalität und das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen delegitimierten und isolierten das Regime international.⁹ Fortan verwandelte sich das Thema der Menschenrechte in einen eigenen strategischen Faktor, Instrument für die einen und konstant offene Flanke für die anderen.

Die Armee als Staat im Staate konnte sich aber nicht einmal mehr der vollen Unterstützung der ökonomischen Eliten sicher sein. McCleary schreibt, dass die Unternehmer die Art der Kriegsführung zu dieser Zeit als für die Wirtschaft abträglich eingestuft hätten – Tourismus und Auslandsinvestitionen würden zurückgehen.¹⁰ Der wesentliche Grund für den Elitendissens ist darin aber nicht zu sehen. Ökonomische und militärische Eliten waren sich in der Bereitschaft und den Maßnahmen der Repression und in ihrer anti-kommunistischen Sicht der Welt lange Zeit grundsätzlich einig gewesen. Darüber hinaus aber gingen die Interessen beider Seiten auseinander. Der Logik des totalen Krieges hatte sich in Guatemala nämlich auch die Wirtschaft als solche unterwerfen müssen. In den 70ern baute das Militärregime den öffentlichen Sektor auf Kosten des privaten aus. Einige Schlüsselindustrien wurden nationalisiert, für verschiedene Produkte galten feste Preise und insgesamt waren die Staatsausgaben hoch und die Steuereinnahmen schwach. Die Regierung musste ihre Entwicklungsprojekte über internationale Kredite und die Reserven der Zentralbank finanzieren. Trotz dieser Einmischung in die Sphäre des Privatsektors blieb die Beziehung gut. Im Gefolge des Erdbebens von 1976 strömte nämlich viel Geld in das Land.¹¹ Das änderte sich unter Lucas García. Der Privatsektor sah jetzt mehr und mehr die Notwendigkeit, vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Globalisierung, wettbewerbsfähiger zu werden. Die vom Militär stark reglementierte Wirtschaft und die aus Sicht der Unternehmer zu hohen Staatsausgaben schränkten deren Bewegungsfreiheit jedoch erheblich ein.¹² Vor dem Hintergrund interner Zerwürfnisse und außenpolitischer Isolierung war es für die Autoren McCleary und Torres Rivas eben dieser Elitendissens, der das Militär dazu bewegte, neue Spielräume zu suchen.¹³

Die Antwort auf diese Anzeichen des ersten Zerfalls können wir nur aus dem Handeln ablesen. Bezeichnenderweise liefen in den wichtigen Jahren der Transition, 1984/85, drei Prozesse gleichzeitig. Die Wirtschafts- und Schuldenkrise verschärft sich dramatisch, die Beziehungen zwischen den streitenden Eliten fallen auf einen neuen Tiefpunkt und vor eben diesem Hintergrund kündigt der de facto Präsident – Mejía Víctores, Wahlen zu einer verfassungs-

⁸ *McCleary*: a.a.O. Anm. II/74. Seite 63.

⁹ *Torres Rivas* und andere, 1998: a.a.O. Anm. II/7. S. 84. Sehr ähnlich: *Arévalo de León*, 1998: a.a.O. Anm. II/89, Seite 40.

¹⁰ Ebenda: a.a.O. Im Allgemeinen – so betonen *Ropp/Sikkink* (a.a.O. Anm. II/104, S. 181ff) – hätten Militär und die ökonomischen Eliten aber einig gegen den Menschenrechtsdruck von außen gestanden. Menschenrechtsaktivitäten seien als Teil einer internationalen Kampagne für die Guerilla und gegen das Militär wahrgenommen worden.

¹¹ *McCleary*: a.a.O. Anm. II/74. Seite 45 – 48.

¹² *Torres Rivas* und andere, 1998: a.a.O. Anm. II/7, S. 77. Vgl. *McCleary*: a.a.O. Anm. II/74.

¹³ *Torres Rivas* u. a., 1998: a.a.O. Anm. II/7. S. 69ff; *McCleary*: a.a.O. Anm. II/74. S. 113.

gebenden Versammlung an.¹⁴ Mit diesem Schritt hin zur Demokratisierung versuchte das Militär sich offenbar nach außen zu legitimieren und gleichzeitig den Krieg im Innern ohne zivile Einmischung nach eigenen Vorstellungen weiterführen zu können.¹⁵

Während dieser Schritt in anderen Transformationsprozessen als Endpunkt der Transition gesehen wird, war die Logik in Guatemala eine gänzlich andere: Die katholische Kirche, die Unternehmer,¹⁶ vor allem aber die Armee stellten Bedingungen für ihre Zustimmung. Antonio Arenales Forno, ein Mitglied der Leitung der verfassungsgebenden Versammlung aus dieser Zeit:

(Die Armee gab uns mehrere Verfassungsartikel vor und sagte) „*wenn ihr die anrührt, dann werden wir die verfassungsgebende Versammlung auflösen und die demokratische Transition beenden.*“¹⁷

Gemäß dieser Artikel war die Erlaubnis zum Beginn der Demokratisierung daran gebunden, der Armee freie Hand in Sachen innere Sicherheit und Aufstandsbekämpfung zu geben. Mit anderen Worten: Der Beginn der Transition wurde von der ungehinderten Kriegsführung abhängig gemacht. Überdies wollte das Militär mutmaßliche Verstöße von eigenem Personal vor eigene Gerichte stellen können. Bei den kurz darauf abgehaltenen Wahlen wurde dann allerdings die Breite der zugelassenen Parteienlandschaft erweitert, erstmals wurde auch eine nicht konservative Partei als Sieger zugelassen – die christlich-demokratische Partei, DC¹⁸.

Walker vertritt die These, dass in jedem Fall nur solche Parteien dabei waren, die sich zuvor mit dem Militär auf Mindestbedingungen geeinigt hätten.¹⁹ Eine Idee vom Inhalt dieser Bedingungen lässt sich am Verhalten des neuen Präsidenten Vinicio Cerezo ablesen. Im Wahlkampf warb er bei Vertretern der neu entstandenen Menschenrechtsbewegung noch damit, gegen Straflosigkeit einzutreten und Menschenrechtsverletzungen zu ahnden, seine Praxis entsprach danach dem Gegenteil. Mit dem Amtsantritt des neuen zivilen Präsidenten im Januar 1986 tritt dann schließlich auch die besagte Verfassung in Kraft.

Aber bleiben wir noch einmal bei Mejía Víctores. Der Schritt hin zur Demokratisierung beweist eine wachsende Sensibilität hinsichtlich des eigenen Ansehens. So kann es nicht überraschen, dass jetzt auch die Etablierung von Menschenrechtsgruppen toleriert wurde. In den Vorjahren hatte die massive Repression ohne politische Spielräume die Beobachtung der Menschenrechte beinahe unmöglich gemacht. Zwischen Ende der 70er, den ersten Berichten

¹⁴ McCleary; a.a.O. Anm. II/74. Seite 104 – 115.

¹⁵ Bernardo Arévalo spricht davon, dass die Armee einen Zweifrontenkrieg vermeiden wollte. Aus: *Transición democrática y reconversión militar en Guatemala. Limitaciones y retos de un proceso inconcluso*, in: Arévalo (Hrsg.): *Hacia una política de seguridad para la democracia*. Bd. 2: *La reforma del sector seguridad en democracias precarias*. Guatemala 2002. S. 119; siehe auch Torres Rivas, 2002: a.a.O. Anm. II/58. Seite 143.

¹⁶ Die Unternehmer setzten erfolgreich eine Definition des Privateigentums ohne jegliche Einschränkung (keine Sozialbindung) durch. Interview mit Edgar Gutiérrez, 18.11.2005.

¹⁷ Aus einem Interview mit Antonio Arenales Forno, 08.07.2005.

¹⁸ Aus dem Spanischen *Democracia Cristiana*.

¹⁹ Walker; a.a.O. Anm. II/18, Seite 11.

aus Guatemala, und eben bis 1984 leiteten die internationalen NGO so unter der Abwesenheit nationaler. Effiziente Lobby-Arbeit war unmöglich. Die vorsichtige Liberalisierung öffnete also Chancen für ein Arbeitsfeld, in dem der Nachholbedarf enorm war.

Zuallererst etablierte sich 1984 der GAM.²⁰ Noch im selben Jahr gelang es ihm, 100.000 Menschen zu mobilisieren, um gegen die Praxis der Zwangsverschleppung zu protestieren. Mit dem GAM und weiteren kurz darauf gegründeten NRO war die nationale Verbindung zur internationalen Menschenrechtslobby nun geschaffen.²¹ Der GAM selbst machte sich zur Aufgabe, nach dem Schicksal der Verschwundenen zu forschen. Dabei wurden auch erste Rufe nach einer Wahrheitskommission laut. In einem Treffen mit Staatschef Mejía Víctores sicherte dieser zu, dem Problem der Verschwundenen nachgehen zu wollen. Tatsächlich wurde eine Ermittlungskommission aus zwei Zivilisten und einem Militär eingerichtet. Aber nach Monaten kam die nur zu dem Schluss, dass es in Guatemala keine Verschwundenen gäbe.²² Wilson schreibt dazu, dass die Kommission nicht einmal Interviews mit den Angehörigen geführt hätte. Kurz darauf war die Zeit der Toleranz vorbei. Begleitet von Vorwürfen, Kommunisten und Aufständische zu sein, wurden 1985 zwei Gründungsmitglieder des GAM ermordet.²³

Eine Akteurs-bezogene Analyse müsste schon für diese Jahre anerkennen, dass der internationale Rahmen, Tendenzen und Erwartungen des Prozesses mit motivierte. Die Armee aber hat als leitender und kontrollierender Akteur im Mittelpunkt des Einstiegs in den Ausstieg aus dem Autoritarismus gestanden. Im Moment der Liberalisierung war sie noch allein, bei der Verfassung dann wurde sie von den traditionell mit ihnen verbündeten konservativen Parteien begleitet. Die Guerilla spielte in dieser Dynamik nur insoweit eine Rolle, als die Transition Teil eines Kampfes gegen eben diese war und nicht mit ihr unternommen wurde. Die sozialen Organisationen oder gar eine fiktive Demokratiebewegung spielten in der Zeit des Übergangs kaum eine Rolle. Die Last der Menschenrechtsbilanz trug sicher zum Prozess bei, aber auf der anderen Seite waren gerade die Menschenrechte auch ein Preis, der für die Transition gezahlt wurde. Der Beginn der Demokratisierung schien nämlich Druck von der Militärführung zu nehmen und erlaubte damit die Fortführung des Krieges.

Ein Beobachter könnte in einigen Transitionsgründen eine doppelte Ironie sehen. Nicht nur, dass die Liberalisierung auf dem Höhepunkt der Gewalt eingeleitet wurde. Die nächsten Fortschritte sind unter anderem dem Privatsektor zu verdanken, ironischerweise eben auch deshalb, weil er gegen mehr soziale Ausgaben zugunsten der armen Landbevölkerung eintrat, mit der das Militär den Konflikt jetzt auch politisch behandeln wollte. Doch dazu später mehr.

²⁰ Aus dem Spanischen: *Grupo de Apoyo Mutuo*.

²¹ Ropp: a.a.O. Anm. II/104. S. 182f.

²² Öttler, 2004a: a.a.O. Anm. I/30, S. 65.

²³ Wilson, Richard: Verdades violentas. Las políticas de recordar el pasado en Guatemala, in: *Armon, Jeremy und andere* (Hrsg.): Guatemala 1983 – 1997. ¿Hacia dónde va la transición? Zeitschrift Debate 38. FLACSO. Guatemala 1998. S. 53.

2. 1986-90: Cerezo - Frieden als Fortsetzung des Krieges

Auch wenn nach Torres Rivas die Demokratie nicht dem Willen und der inhaltlichen Überzeugung, ebenso wenig den Werten der Streitkräfte entsprach, so muss man dennoch hervorheben: Liberalisierung und Transition in Guatemala bis zu Beginn der Regierungszeit von Präsident Cerezo ist eine vom Militär zunächst geleitete und dann kontrollierte Antwort auf den Wandel des nationalen und internationalen Umfeldes. Mit Amtsantritt von Vinicio Cerezo ist der neue Armee-Chef, zum ersten Mal seit Jahren, nicht mehr zugleich Staatschef. Die entsprechend nötige Anpassung an diese neue politische Lage vollzieht Verteidigungsminister Gramajo, als er 1987 offiziell die zuvor geltende Doktrin der Nationalen Sicherheit von der *These der Nationalen Stabilität* ablöste.

2.1. Anpassung: die These der Nationalen Stabilität

Mit dieser neuen These sollte dem Präsidenten nach den Worten von Verteidigungsminister Gramajo gezeigt werden, *dass wir prodemokratische Kräfte (sind) und nicht (mehr) antikommunistische.*²⁴

*„Unser strategisches Ziel ist, die Kriegsphilosophie umzukehren..., und zu sagen, dass in Guatemala die Politik die Fortsetzung des Krieges ist, damit wirklich der Frieden kommt, über unsere politische Aktivität und nicht über ... den militärischen Sieg. Aber das soll nicht heißen, dass wir den Kampf aufgeben... Wir kämpfen mit einem weiteren Horizont innerhalb des demokratischen Rahmens.“*²⁵

Die These beinhaltet verschiedene Themen: (1) eine eigene Doktrin der nationalen Sicherheit, (2) eine elastischere und ordnende Definition der Gegner des Staates, die deren Gründe und die Akteure an sich *von Beginn an* eliminieren will, und (3) einen sogenannten *militärischen Fundamentalismus*, der sich von den Interessen der privatwirtschaftlichen Oligarchie lösen will.²⁶

Die These geht davon aus, dass die nationale Stabilität nicht allein von den Entscheidungen der Regierung garantiert werden kann. Das Gesetz müsse von den Sicherheitsorganen unterstützt werden, in dem diese sich gegen die Gegner des Staates wenden. Dazu zählen der Schmuggel, die Aufständischen, Agitation (wie Streiks und gewalttätige Demonstrationen) und andere. Was heißt das für die Rolle des Militärs in der von ihnen gedachten Demokratie? Sehen wir uns einige Details an. Kapitän Mazariegos antwortet auf die Frage von Schirmer, was nach der These geschehen müsse, wenn eine Gewerkschaft streike, um eine Lohnerhöhung durchzusetzen:

„Ja, wir werden die Gewerkschaft so lange in Ruhe lassen, wie sie sich im gesetzlichen Rahmen bewegt. Aber sie wird beginnen, sich in einen gegnerischen Faktor zu verwandeln, wenn sie zum Beispiel fragt, warum

²⁴ Schirmer, Jennifer: *Intimidaciones del proyecto político de los militares*. 2. Aufl. Guatemala 2001. S. 385f. Die folgenden Ausführungen zu den Auswirkungen für die Frage der Menschenrechte basieren im Wesentlichen auf einem entsprechenden Kapitel in: Schirmer, S. 386 – 414.

²⁵ Zitat verkürzt wiedergegeben, nach: ebenda: Seite 386.

²⁶ Ebenda: Seite 387f.

*es keine gerechten Löhne gibt und so Unzufriedenheit schafft. ... Das hat nichts mit der Armee zu tun. Aber wenn die Arbeiter benutzt werden (und bewaffnete Banden diese unterstützen), dann ... muss Gewalt angewendet werden, um dem ein Ende zu bereiten. ... Wenn die Verhandlungen unterbrochen werden (und die Proteste weitergehen) dann ist es nötig, das Militär einzusetzen. ... Was wir (in der These) sagen wollen, das wir die Probleme lösen müssen bevor sie intensiver werden.*²⁷

Genau diese Frage nach dem *ab wann* das Militär eingreifen solle, zeigt letztlich deren Rolle auf. Schirmer fragte General Gramajo:

„Das heißt, es gibt keinen Spielraum für Streiks? Wenn die Gewerkschafter streiken, weil sie – wie sie sagen – zum Thema der Löhne einen unterdrückten Zorn in sich tragen, dann wird angenommen, dass dieser Zorn von der Opposition ausgenutzt wird. Können sie nicht zwischen beiden Problemlagen unterscheiden?“

Darauf Gramajo:

*„Es ist schwierig (zwischen beiden) zu unterscheiden. ... Ich verstehe, dass er (der Streikende) einen unterdrückten Zorn hat, aber in jedem Fall steht er außerhalb der Gesetze.*²⁸

Ein Problem schon in seinem Anfangsstadium zu identifizieren und mit minimalem Aufwand auszuschalten, *bevor etwas passiert*, dies ist für Schirmer eine der Essenzen der These.²⁹ In der Praxis – so Schirmer und die Wahrheitskommission, CEH – war die Toleranz der Armee mit populären Protesten eher rhetorisch. Der militärische Geheimdienst benutzte die Polizei für Überwachung und *Operationen*. Ein Detektiv der Polizei:

(Von Streiks wusste die Regierung bereits vor Beginn. Das ging so:) *„Man ging zu der Versammlung mit einem Freund, der tatsächlich ein Lehrer sein konnte, benutzt einen alten Studentenausweis. Man geht zu diesen Sitzungen über mehr als eine Woche, man fragt den Freund, wer ist das, der da gerade redet... und so weiter. Dann nähert man sich diesen Personen an und beginnt ihnen Fragen zu stellen. So erkennt man, wer die eigentlichen Führer sind. Dann informiert man die G-2 (den militärischen Geheimdienst). Eine oder zwei Wochen später liest man dann in der Zeitung, dass diese oder jene Person, vor allem die, die man vor der G-2 denunziert hat, verschwunden ist oder dass man die Leiche mit Spuren von Folter gefunden hat.“*³⁰

Die neue These verlangte zudem eine neue Professionalisierung der Armee, den sogenannten militärischen Fundamentalismus. Kapitän Mazariegos begründet dies damit, dass eine enorme Zahl von Soldaten nicht daran gewöhnt

²⁷ Zitat verkürzt wiedergegeben, nach: ebenda: Seite 394f.

²⁸ Ebenda: Seite 394f.

²⁹ Ebenda: Seite 397f.

³⁰ Ebenda: Seite 396.

sei, innerhalb einer Demokratie tätig zu sein. Ihnen fehle ethische Erziehung.³¹ Ein ziviler Berater des Oberkommandos unter Cerezo fügt dem hinzu:

„(Die Verfechter der neuen These der Nationalen Stabilität) sagen selbst, dass die Ausbildung eines Militärs mit der Tatsache beginnt, von der Gewalt beherrscht zu werden. Wenn man nicht in der Doktrin oder in Werten ausgebildet sei, dann bleibt man ein einfacher Mörder, weil der Soldat darin trainiert ist, alle seine Waffen zu benutzen und den Gegenüber auszuschalten. ... Die (vorherige) Doktrin der nationalen Sicherheit vereinfachte die Welt zu sehr, (im Sinne von) alle diejenigen, die meine Feinde sind, die sind Kommunisten. Deshalb sahen wir uns gezwungen, diese Doktrin zu überprüfen ... und General Gramajo musste bei der Revision der Erziehung der Armee aufpassen, weil manchmal blieb die Truppe gewalttätig und vergaßen den anderen Teil der Erziehung.“³²

Die Streitkräfte in der Zeit von Cerezo zogen sich nach außen sichtbar aus der Regierung zurück und sorgten dennoch weiter für die *nationale Stabilität*. Vor allem die Kontrolle auf dem Lande war weiter ihre. Die Truppen konstruierten, reparierten Straßen, installierten Brunnen und unternahmen Impfkampagnen – neben der Repression gegen die vermutete politische Opposition. Anders gesagt, neben der weiter existenten militärischen Option waren sowohl die politische Transition als auch die sozioökonomischen Hilfen im Kriegsgebiet eine Waffe im Kampf um den Sieg. Torres Rivas nennt dies einen politischen Wandel im Zeichen des Terrors, denn Zusammenstöße mit der Guerilla hätten in den ersten Jahren der zivilen Regierung kaum stattgefunden, aber die Repression gegen die Opposition sei weitergegangen.³³ Die neue Regierung, noch kurz zuvor selbst Opfer der politischen Verfolgung,³⁴ hatte faktisch nur geringe autonome Spielräume. Präsident Cerezo ist dafür bekannt, dies mehrfach selbst ausgesprochen zu haben. *Wenn ich sage, nur 30 % der Macht gehabt zu haben, dann ist das noch deutlich übertrieben.*³⁵ Schon kurz vor der Wahl sagte er:

„Selbst wenn ich gewählt würde, öffnete sich die Tür der Demokratie nur wenig. Meine Regierung würde keine sozialen Reformen einführen, da die Armee dagegen Widerstand leisten würde... Wenn ich die Wahlen gewinnen sollte, so könnten die Militärs mir die Anerkennung des Sieges verweigern, und wenn sie mich die Macht übernehmen lassen sollten, so könnten sie mich hindern, zu regieren.“³⁶

Die These von der Nationalen Stabilität weist in zwei Richtungen. Sie will einen Weg aufzeigen, wie der Konflikt nicht nur militärisch beendet werden könnte und reagiert gleichzeitig auf das international schlechte Image der Militärregierungen. Demokratie in diesem Sinne sollte sicher zum Frieden füh-

³¹ Aus einem Zitat nach: Schirmer: a.a.O. Anm. III/24. S. 402.

³² Alfonso *Yurrita* zitiert nach: Schirmer: a.a.O. Anm. III/24. S. 403.

³³ *Torres Rivas*, 2002: a.a.O. Anm. II/58. S. 134, 143. Ähnlich: *CEH*, 1999a: a.a.O. Anm. II/6. Z. 677.

³⁴ *Arévalo de León*: a.a.O. Anm. II/89. Seite 64.

³⁵ Zitiert nach Mario *Permeth*, Mitglied der Friedenskommission unter Cerezo, Interview, 06.04.05.

³⁶ Präsident Cerezo (86–90) übersetzt von und zitiert nach *Krennerich*: a.a.O. Anm. II/17. S. 85.

ren, aber eben nicht über den Weg der Verhandlungen. Konzessionen an die Guerilla waren nicht vorgesehen.³⁷ Als Reaktion auf äußeren Druck muss man sicher auch den Versuch werten, indirekt Menschenrechtsverletzungen zu begründen und wenn denn doch unternommen, repressive Maßnahmen möglichst vor den Augen der internationalen Öffentlichkeit zu verbergen. Die These ist entsprechend eine logische Antwort auf die politischen Umstände, die auch schon 1984/85 zu der Entscheidung führten, das Land zu demokratisieren. Sie vollzieht die nötigen Anpassungsmaßnahmen nach dem Übergang zu einer zivilen Regierung, ohne den politischen und militärischen Krieg zu gefährden. Dennoch betont Schirmer, dass die These von der nationalen Stabilität ein Fortschritt im Vergleich zu vorherigen Zeiten gewesen sei.

2.2. Eine neue Etappe: Die Demokratie sucht den Frieden

Wie konnte sich auf der Basis von Krieg und Konfrontation ein Dialog bilden? Die Kriterien dafür sind vielschichtig und lassen sich in Bündel aufteilen, die ähnlich schon zu den Ursachen der Transition gehören: Die Autoren unterscheiden im Wesentlichen vier dieser Faktorenbündel, die in unterschiedlichen Momenten des politischen Handlungszyklus ihre Wirkung entfalten: (a) einem militärischen, (b) dem Wandel der innenpolitischen Kräftekonstellation, (c) der konstante Einfluss von außen mit seinen innenpolitischen Rückwirkungen und (d) der anhaltende Druck in MR-Fragen – allesamt miteinander vernetzt.³⁸

Ein entscheidender Wandel im Vergleich zu den Vorjahren vollzog sich in der Akteurs- und Machtkonstellation. Das Militär und der von ihm dominierte Aufstandsbekämpfungsstaat verloren zunehmend an Macht und Einfluss, andere oder gar neue Akteure bereicherten die politische Konstellation. Die Guerilla auf der anderen Seite war im Kriege zwar erheblich geschwächt worden, von einer möglichen Machtübernahme durch die URNG konnte also keine Rede mehr sein. Gleichzeitig gelang es der Armee aber nicht, die Guerilla komplett auszuschalten. McCleary vertritt die These, dass die Streitkräfte nicht über ausreichende Mittel verfügten. Es mangelte an Lebensmitteln und Transportmöglichkeiten per Land oder Luft, um Truppen schnell in entlegene Winkel des Landes zu verlegen, in denen die Fraktionen der URNG aktiv waren.³⁹ Andererseits gelang es der Guerilla auch nicht mehr, ihre alte Stärke wiederzugewinnen. Nach Jahren des Kräftewandels schienen sich beide zu konsolidieren, die Armee militärisch als Beinah-Sieger, ohne den Feind ausschalten zu können und die Guerilla als überlebende Veto-Macht.

Während die Streitkräfte militärisch die Illusion des Sieges nähren konnten, gerieten sie politisch in die Defensive. Der Dissens zwischen den alten Verbündeten, des Privatsektors und der guatemaltekischen Armee, hielt auch unter Cerezo an. Die von General Gramajo gestützte christdemokratische

³⁷ Interview mit Bernardo *Arévalo* de León: 10.11.2004.

³⁸ Im Wesentlichen liegen hier die Analysen von Torres Rivas und Walker zu Grunde. Alle weiteren werden gesondert zitiert. *Torres Rivas* und andere, 1998: a.a.O. Anm. II/7. S. 92-94; *Walker*: a.a.O. Anm. II/18, S. 15f.

³⁹ *McCleary*: a.a.O. Anm. II/74. Seite 143f.

Regierung bekam unter der gegebenen innenpolitischen Machtverteilung die wirtschaftlichen und die daraus folgenden immer schärferen sozialen Probleme nicht in den Griff. Das vormals allmächtige Militär war zunehmend weniger in der Lage, Antworten auf existente Probleme zu finden.

Gleichzeitig war eine in dieser Form unbeabsichtigte Demokratisierungsdynamik im Gange. Der Beginn der Transition hatte einen gesellschaftlichen Wandel nach sich gezogen, der auf die Dauer kaum mehr zu beherrschen war. Mit der neuen Verfassung hatte der institutionelle Aufbau des neuen demokratischen Staatswesens begonnen. Ein Verfassungsgericht wurde gegründet, das fortan über die Einhaltung der verfassungsrechtlich vorgesehenen demokratischen Spielregeln wachen sollte. Parteienverbote aus ideologischen Gründen waren zudem nicht mehr vorgesehen und erstmals wurde der multikulturelle Charakter der Bevölkerung des Landes akzeptiert. Trotz eines allgemeinen Klimas der Aufstandsbekämpfung waren die Wahlen anschließend weitgehend fair geblieben. Daran teilzunehmen hieß aber, nach seiner eigenen Identität zu suchen - als Partei und als Wähler. Dies musste in den Augen von Torres Rivas die militärische Vision einer Politik als Verlängerung des Krieges deutlich schwächen.⁴⁰ Neue Institutionen entstanden, Spielräume für die politische Klasse und die sozialen Organisationen bereicherten die Akteurskonstellation. Das Militär sah sich militärisch zwar siegreich oder zumindest übermächtig, aber ihre politische Position war einem radikalem Wandel unterworfen.

Diese Lage musste natürlich auch innerhalb der Armee für Zweifel und Debatten sorgen. War es richtig, dass Verteidigungsminister Gramajo die alte Idee einer Armee als oberste Autorität – wenn auch nur formell – aufgegeben hatte? Und wie sollte jetzt militärisch weiterverfahren werden? Reichte es aufgrund des beinahe gelungenen Sieges, die Guerilla zur Unterschrift unter eine Kapitulation zu bewegen? Nicht alle Angehörigen der Streitkräfte wussten diesen Schritt zu verstehen oder nachzuvollziehen, so dass der politische Prozess in der Folge in hohem Maße von einer Dynamik zwischen Tauben und Falken beherrscht wurde.⁴¹

McCleary unterscheidet zu diesen Fragen innerhalb der Streitkräfte drei unterschiedliche Gruppen: (1) eine sogenannte Gruppe der Harten oder auch Falken, die die alte Rolle als oberste Autorität zurückforderte (2) und eine zweite Gruppe von Falken, die mit der neuen Rolle zwar einverstanden war, wie die erste jedoch eine totale militärische Niederlage der Guerilla forderte. Ihrer Meinung nach verdiene es die URNG nicht, als gleich behandelt und damit als legitim angesehen zu werden. (3) Demgegenüber sahen die sogenannten Institutionalisten eine politische Lösung des Konflikts prinzipiell als durchaus möglich an.⁴² Ein Dialog schien ihnen also gerechtfertigt.

Jede Entscheidung des Präsidenten oder des Verteidigungsministers in diesen Fragen bewegte sich also notwendigerweise auf einem sehr explosiven Feld. Sie musste nicht nur den Konfliktgegner URNG und das internationale Umfeld

⁴⁰ *Torres Rivas*, 2002: a.a.O. Anm. II/58, S. 138f.

⁴¹ *Arévalo de León*, 2002: a.a.O. Anm. III/15, S. 120.

⁴² *McCleary*: a.a.O. Anm. II/74. Seite 142f.

berücksichtigen, sondern vor allem die Armee-interne Opposition. Auch wenn Cerezo bei jeder Beförderung vornehmlich Anhänger der These der nationalen Stabilität berücksichtigte und stärkte⁴³, so drückte sich dieses Spannungsfeld dennoch in teils widersprüchlichen Diskursen und Handlungen aus.

Vor dem Hintergrund dieser internen Problemlage versammelten sich im August 1987 fünf zentralamerikanische Präsidenten im guatemaltekischen Wallfahrtsort Esquipulas. Der Konflikt in Guatemala war in den 80er Jahren nur einer von dreien in Zentralamerika mit internationaler Aufmerksamkeit gewesen. Viel mehr Interesse weckten der anhaltende Krieg der Contras gegen die sandinistische Regierung in Nicaragua und der offene Bürgerkrieg in El Salvador. Mit ihrer Unterschrift unter das sogenannte Esquipulas II Abkommen verpflichteten sich die fünf Präsidenten, den Frieden mit Hilfe des Dialogs zu lösen. Praktisch wurde der Konflikt in Nicaragua auf diese Weise beigelegt und für El Salvador sollte das Abkommen als Rahmen dienen. In jedem der unterschreibenden Länder war eine Amnestie zu verabschieden und eine Nationale Aussöhnungskommission sollte den Friedensprozess überwachen. Und Guatemala?

Im Grunde war das Abkommen so formuliert, dass es auch von Guatemala respektiert werden musste. Ganz offensichtlich aber verstieß diese Haltung zugunsten eines verhandelten Friedens gegen die Vorstellungen großer Teile der Armee in Guatemala. Gramajo beeilte sich denn auch zu versichern, dass Esquipulas II nicht für Guatemala gelte, denn hier sei die Guerilla besiegt.⁴⁴ Nichtsdestoweniger schickte er wenige Wochen später eine Delegation aus Offizieren des Geheimdienstes zu einem Treffen mit URNG-Funktionären nach Madrid - ein allererster direkter Kontakt und für die nächsten Jahre auch erst einmal der einzige. Nach Ansicht der Regierung hatte die Guerilla einen Waffenstillstand zu akzeptieren, im Gegenzug würde eine Amnestie deren Leben und Freiheit garantieren sowie den Weg frei machen, für eine Integration in den politischen Alltag. Mit anderen Worten, die Regierung versprach die Linke in die konservative Parteienlandschaft aufzunehmen, wenn sie sich bereit erklären würde, aufgrund ihrer ohnehin schwachen militärischen Position aufzugeben. Das Interesse der Militär-Delegation ging aber offenbar über diese formellen Positionen hinaus. Nach General Edgar Leonel Godoy sollten die Offiziere herausfinden, ob der Dialog mit der Guerilla *negative Konsequenzen für das Militär* nach sich ziehen könnte.⁴⁵

Gramajo schien bereit zu sein, eine Kapitulation der URNG in Ehren zu akzeptieren. Dagegen wollte er aber verhindern, dass diese sich auch tatsächlich in eine politische Kraft verwandelt. Wie schon im Kapitel zur Nationalen Stabilität angedeutet, konzentrierte sich die Armee militärisch zunehmend darauf, die soziale Basis der Aufständischen zu treffen. Tatsächlich gelingt es dem Militär,

⁴³ Azpurú, Dinorah: Peace and Democratization in Guatemala. Two parallel processes, in: Arnson, Cynthia J. (Hrsg.): Comparative Peace Processes in Latin America. Washington. Woodrow Wilson Center Press. Stanford University Press. 1999. S. 104f.

⁴⁴ Jonas, 2000a: a.a.O. Anm. II/68. S. 85f.

⁴⁵ Interview mit General Edgar Leonel Godoy, 19.05.2005.

mit seinen Methoden die soziale Basis der URNG immer weiter zu verringern. Gleichzeitig aber provozierte sie politisch eher das Gegenteil.⁴⁶

Die Position der URNG konnte dem Militär nicht gefallen. Der Gegner, ihrer Meinung nach auf dem Felde geschlagen, machte nicht nur international mit dem Thema der Menschenrechte Stimmung gegen die Streitkräfte, sprach von einer Wahrheitskommission und der inakzeptablen Straflosigkeit. Auch im direkten Gespräch in Madrid bestand sie darauf, die Ursachen des bewaffneten Konflikts zu verhandeln. Mit dieser Forderung ging sie weit über das Abkommen von Esquipulas hinaus. Die URNG wolle nicht verhandeln, hieß es dementsprechend.⁴⁷ In der Tat war auch der Verhandlungswille der URNG Restriktionen unterlegen. Seit 1986 hatte sie versucht, direkte Gespräche vorzuschlagen. Hauptanliegen scheint es aber gewesen zu sein, damit politisch legitimiert und aufgewertet zu werden.⁴⁸ Ein Mitglied der späteren Friedenskommission der URNG drückt im Interview das Bedürfnis aus:

„Als wir 1988 einen ersten Kontakt mit der CNR hatten, da wurden wir als gleiche behandelt. Eine kleine Anekdote:... Wir kamen als erste (am Sitz des päpstlichen Nuntius in Costa Rica) an, in formalen Anzügen, mit Krawatte, der Nuntius sprach mit uns als ob wir die offizielle Delegation seien, also klärten wir ihn auf, dass wir die Aufständischen seien und er lachte, so was (sagte er), Sie sehen aus wie dezente Leute, sehr erzogen... Überall wurden wir als gleiche anerkannt, nur nicht in Guatemala.“⁴⁹

Mit diesem Scheitern fühlten sich die Falken bestätigt und das Tor zum Minimaldialog schloss sich erst einmal wieder. Neue militärische Offensiven bestimmten wieder den Rhythmus.⁵⁰

Esquipulas hatte aber dennoch Folgen, wenn auch zunächst einmal nur im Wandel der gesellschaftlichen Akteurs- und Machtkonstellation. Parallel zum sowieso ablaufenden langsamen Niedergang des Aufstandsbekämpfungsstaats aktivierte und artikulierte der Esquipulas Prozess weitere Akteure. In den Friedensprozess wurden nämlich Sektoren der zivilen Gesellschaft mit einbezogen. Dieser Prozess begann, als im Jahre 1988 die nationale Aussöhnungskommission Guatemalas, CNR, gebildet wurde. Noch im selben Jahr traf diese sich unter Leitung von Bischof Quezada Toruño zwei Mal mit Repräsentanten der URNG. Und 1989 dann rief sie die im Lande existenten Sektoren zum *Großen Nationalen Dialog auf*. Tatsächlich drückte mit ihrer Teilnahme daran, eine große Bandbreite von Parteien und sozialen Organisationen ihre Unterstützung für einen verhandelten Frieden aus. Die eigentliche Macht verweigerte aber ihre Kooperation - zwei wichtige konservative Parteien, die Re-

⁴⁶ Diese These des Autors lässt sich auch bei Torres Rivas ablesen (a.a.O. Anm. II/7).

⁴⁷ McCleary: a.a.O. Anm. II/74. Seite 142.

⁴⁸ Diese These vertreten: Rosada-Granados: a.a.O. Anm. II/77. S. 52f; Tangemann, Klaus Dieter (Hrsg.): Demokratisierung in Mittelamerika. Demokratische Konsolidierungen unter Ausschluss der Bevölkerung. Münster 1998. S. 52f.

⁴⁹ Interview mit Francisco Villagrán, URNG. 13.04.05. CNR war der Name der Friedenskommission.

⁵⁰ CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6. Ziffer 689 – 692.

gierung und die Unternehmerorganisationen CACIF.⁵¹ Im Falle des in Guatemala so mächtigen CACIF blieb diese Haltung bis zum Ende der Friedensverhandlungen gegen Ende 1996 weitgehend unverändert. Die Begründung: (1) Der Verhandlungsprozess müsse innerhalb des legalen Verfassungsrahmens abgehalten werden. (2) Deren Teilnehmer sollten legitime Einheiten sein (und nicht wie die URNG illegal) und (3) sollten die Teilnehmer breite Segmente der Gesellschaft repräsentieren und nicht Minderheiteninteressen.⁵² Es kann nur angenommen werden, was damit gesagt werden sollte, vermutlich aber folgendes: Frieden könne verhandelt werden, aber nur dann, wenn die Werte der konservativen Verfassung nicht angerührt würden und die URNG daran nicht teilnehme. Dementsprechend verweigerte der CACIF bis zum Schluss im Jahre 1996 jegliche Teilnahme an nationalen Foren, die die Promotion der Friedensverhandlungen zum Sinne hatte.

Das 88er Treffen der CNR mit der URNG scheint das Fass für Teile des Militärs aber zum Überlaufen gebracht zu haben. Nur wenige Tage nach Rückkehr putschten sie – erfolglos.

2.3. Die Rolle der Menschenrechte: Perzeption, Aktion und Reaktion

Das Thema der Menschenrechte hat unterschiedliche Gestalten im politischen Prozess angenommen. Mal Katalysator, mal Hindernis, hat es in diesen Jahren – teils scheinbar, teils tatsächlich - widersprüchliche Wirkungen entfaltet. Wie schon erwähnt, hatte die Allianz der beiden Eliten aus Militär und Unternehmern noch in den 70er Jahren gemeinsam Vorwürfe gegen die Praxis der Menschenrechte zurückgewiesen.⁵³ Danach aber änderte sich das Panorama. Der sogenannte Elitendissens seit Lucas García hatte seinen Ursprung sicher zuallererst in wachsenden Interessendivergenzen zu Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik – das wies McCleary nach. Die massiven Menschenrechtsverletzungen zwischen 1980 und 1983 spielten aber sicher doch eine Rolle. Im Rahmen der Globalisierung und dem wachsenden Interesse, internationale Geschäfte zu machen, begannen die Menschenrechtsvorwürfe von außen und die daraus folgende Isolierung des Landes die ökonomischen Interessen des Privatsektors zu belasten. Insofern reichte die wachsende Isolierung unter Lucas García, Ríos Montt und Mejía Víctores zwar nicht, um die Kriegspraktiken zu ändern und die Menschenrechte zu respektieren, aber als eine Art Kompensation begünstigte sie die Transition: sei es über den Elitendissens und die daraus folgende Schwächung des Aufstandsbekämpfungsstaats oder über die direkte politische Position von Seiten des Militär.

Sehen wir uns das Mosaik aus Menschenrechtsverletzungen und Menschenrechts-Perzeptionen der Kriegskontrahenten in der Zeit des zivilen Präsidenten Cerezo einmal genauer an. Nach dem Vorbild des Policy Circle scheint es mit geboten, zunächst zu betrachten, wie das guatemalteckische Militär sich und seine Aufgabe selbst einschätzte.

⁵¹ Siehe: Öttler, 2004a: a.a.O. Anm. I/30, S. 75; McCleary: a.a.O. Anm. II/74, S. 144-148.

⁵² McCleary: a.a.O. Anm. II/74, S. 147.

⁵³ Ropp: a.a.O. Anm. II/104. S. 181.

Die interviewten Offiziere scheinen sich in der Grundeinschätzung einig zu sein, dass sie im Kriege *bewaffnet den Staat verteidigt hätten*.⁵⁴ Das bestätigt auch Arévalo de León.⁵⁵ Der Gegner dieser Verteidigung sei der internationale Kommunismus gewesen. Logischerweise werden die Kontrahenten darum auch qualitativ unterschieden. General Argueta Villalta drückt das so aus:

„Die URNG war außerhalb des Gesetzes, wir repräsentierten das Gesetz.“⁵⁶

Innerhalb dieses bipolaren Weltbildes repräsentierten Menschenrechtsorganisationen wie der GAM für Minister Gramajo in der Konsequenz eine marxistische Front. Warum?

„Da ist viel Wut von Seiten derer, die ... Angehörige verloren haben. Es gibt Gruppen, die davon leben... Und was ist ihr Slogan? ‚Lebend haben sie sie mitgenommen und lebend wollen wir sie zurück.‘ Niemand hat sich getraut zu sagen, dass sie (ihre Angehörigen) tot sind.“

Gramajo wirft den Aktivisten vor, das Problem nicht lösen zu wollen und dann ihr Leben weiterzuführen. Sie wollten keine Pension für die Toten haben oder die Erbschaft regeln. Stattdessen hätten sie politische Ziele, weil sie sagen:

„Lebend haben sie sie mitgenommen, lebend wollen wir sie zurück.‘ Das ist nichts als ein Vorwand, um den Kampf weiterzuführen... Die Menschenrechtsgruppen basieren weiter auf der (marxistischen) Ideologie... Um überleben zu können, nehmen sie (die Guerilla) sich den Menschenrechtsverletzungen an.“⁵⁷

Tatsächlich baute die URNG ihre Strategie international darauf auf, die Regierung für ihre Menschenrechtsverletzungen zu diskreditieren. Das brachte – so Torres Rivas – Sympathie, Geld und Einfluss.⁵⁸ Delegierte der Guerilla waren permanent bei der UN-Menschenrechtskommission in Genf anzutreffen.⁵⁹

Interessant ist, dass das Militär in dieser Etappe dem Thema der individuellen Menschenrechte in aller Breite ablehnend gegenüberstand. Der Faktor Menschenrechte umschloss für sie nicht nur die der Vergangenheit zuzuordnen Aspekte von Wahrheit, Gerechtigkeit oder Wiedergutmachung, sondern auch die gegenwärtige Praxis von Krieg und Repression. Gramajo weist darauf hin, dass die USA in Vietnam viel mehr Menschenrechte verletzt hätten. Guatemala sei nur ein Sündenbock.

„Warum verursachen die Menschenrechtsverletzungen so viel Aufregung, ... nur wegen der politischen Interessen der Menschenrechtsbewegung. ...“

⁵⁴ Aus einem Interview mit General *Argueta Villalta*, 13.01.2004. Ähnlich auch der als Verteidiger der Friedensverträge geltende General *Julio Balconi Turcios*, 22.02.2005.

⁵⁵ Seinen Erkenntnissen nach sprechen andere Offiziere von der Verteidigung des Vaterlandes. Siehe: *Arévalo de León*, 1998: a.a.O. Anm. II/89. S. 100.

⁵⁶ General *Argueta Villalta*, 13.01.2004. Ähnlich: General *Balconi Turcios*, 22.02.2005 und General *Edgar Leonel Godoy*, 02.06.2005.

⁵⁷ General *Gramajo*, 1990, zitiert nach: *Schirmer*: a.a.O. Anm. III/24. Seite 400f.

⁵⁸ *Torres Rivas*, 1998: a.a.O. Anm. II/7. S. 91.

⁵⁹ So äußerte sich im Interview auch *Mario Permuth*, ein späteres Mitglied der Nationalen Aussöhnungskommission. 06.04.2005.

Wir müssen uns an diese neue Situation (in Politik und Menschenrechten) gewöhnen. Wir mussten uns 10 Jahre lang gut benehmen, haben einen so schlechten Ruf (lacht sarkastisch).⁶⁰

Das heißt mit anderen Worten, die Armee habe ihr Verhalten in Sachen Menschenrechten des internationalen Drucks wegen anpassen müssen. Wie die Armee auf den Druck antwortet, zeigt eine Landbesetzung von Bauern, die am Tage des Amtsantritts von Präsident Cerezo Land fordern. Schirmer sprach am Tage danach mit einem Leutnant der Presseabteilung der Armee:

„Diese (illegale Besetzung) muss intelligent verhandelt werden, damit sie in der internationalen Presse keine Wellen schlägt. ... Das heißt, die Sache auf die lange Bank schieben, nicht wie man es vorher gemacht hat, sie wissen schon, säubernd.“ „Warum dieser taktische Wandel (fragt Schirmer)?“ *„Weil wir jetzt der internationalen Presse bewusst sind und wegen der Kredite. Aber wir sind nicht so ganz sicher, ob diese (weniger repressiven Methoden) funktionieren.“⁶¹*

Wenige Tage später, als die meisten Journalisten schon das Land verlassen hatten, wurden 12 Anführer der Landbesetzer entführt und ihre Leichen mit Folterspuren in Säcken in einer Müllhalde gefunden.⁶²

Auf die teils massiven Menschenrechtsverletzungen reagierten die Interviewpartner von Schirmer zwischen 1985 und 1995 verschieden und widersprüchlich.⁶³ Vielfach werde – so Schirmer – zugegeben, dass es Exzesse und Missbräuche von Einzelnen gegeben habe. Man habe teils keine Kontrolle über die lokalen Kommandanten gehabt. Einer Politik von oben hätten diese Exzesse aber nicht entsprochen. Wenn die Frage der Menschenrechte aber nicht direkt angesprochen wird, dann wird nach Schirmer klar, dass die Verluste der Zivilbevölkerung vom Oberkommando offen im Verhältnis 30/70 kalkuliert wurden. Außerdem würde vielfach darauf hingewiesen, der Krieg unter Leitung von Staatschef General Ríos Montt habe sich durch eine viel größere Disziplin ausgezeichnet – besonders wichtig, um die Institutionalität nach dem Putsch zu wahren. Liegt da nicht ein Widerspruch zwischen der angeblichen Disziplin und der mangelnden Disziplin in Sachen Menschenrechten?

Der Gesellschaft gegenüber wurde die Erklärung in die psychologische Kriegsführung eingebettet. Die Armee beschuldigt die Guerilla, die Indigenen zwischen 2 Feuern gedrängt zu haben und die Indigenen werden beschuldigt für Tod und Zerstörung selbst verantwortlich zu sein, weil sie sich von der Guerilla hätten betrügen lassen. Dennoch wurden allein zwischen 1982 und 1988 12 Amnestien erlassen, teils mit dem Ziel, die Guerilla zur Aufgabe zu bewegen und teils – so General Mejía Víctores – um seine Männer zu schützen.⁶⁴

⁶⁰ General *Gramajo*, 1990, zitiert nach: *Schirmer*: a.a.O. Anm. III/24. Seite 400f. Schlussbeobachtung von Schirmer. Die Worte in der letzten Klammer des Zitats sind kursiv geschrieben, weil sie vom Autor der zitierten Publikation eingefügt wurden.

⁶¹ Ebenda: Seite 401.

⁶² Ebenda: Seite 402.

⁶³ Siehe: *Schirmer*: a.a.O. Anm. III/24, S. 427 – 430.

⁶⁴ Ebenda.

2.4. Am Vorabend des Friedensprozesses

1989 – die Wirren im Guatemala dieses Jahres stellten die Weichen für eine Art Vorabend der Friedensdynamik. Während der Kalte Krieg – Mitursache und Katalysator des Konflikts – für alle sichtbar zusammenbrach, folgte in Guatemala ein zweiter erfolgloser Putschversuch unzufriedener Militärs dem ersten aus dem Jahre 1988.⁶⁵ An dessen Ende wurden die Reihen der Streitkräfte zwar jeweils um einige Mitglieder der internen Opposition bereinigt. Für das politische System war der Preis aber dennoch hoch. Jonas schreibt, dass das Militär seitdem wieder mit Repression und zahlreichen politischen Hinrichtungen versuchte, das Aufkommen der URNG als politische Macht zu verhindern.⁶⁶ Sogar prominente Politiker anerkannter Parteien wurden ermordet, zum Teil auch Konsequenz eines unerbittlichen Kampfes um die weitere politische Richtung. Als weiterer Grund der Radikalisierung gilt die erste Exhumierung eines geheimen Friedhofes in diesem Jahr.⁶⁷

Parallel zu diesen Anzeichen eines konvulsionierenden Landes ging gleichzeitig der Weg in Richtung politische Öffnung weiter. Schon 1988 hatte sich die gewerkschaftliche Dachorganisation UASP gebildet und damit das organisierte soziale Spektrum erweitert und gestärkt – ein weiterer Wandel in der Konstellation der Akteure.⁶⁸ Von der Regierung und dem sie stützenden Militär geduldet, ermöglichten Großkundgebungen den Ausdruck der wieder wachsenden sozialen Unzufriedenheit. Parallel dazu diskutierte der *Große Nationale Dialog* zu Frieden und Demokratie im Lande.

Die Institutionalistinnen unter Gramajo kämpften derweil noch an einer zweiten Front. Sie hatten die URNG mit immer neuer Offensiven weichzukochen versucht. 1988/89 dann zogen sie ein vorläufiges Fazit. General Benjamin Godoy:

„Wir hatten 1987 eine große militärische Offensive begonnen, bis 1988. Die militärischen Bedingungen konnten besser nicht mehr werden.“⁶⁹ „Wir waren uns unter uns einig, dass eine Demonstration der Stärke aufrechtzuerhalten sei, eine überlegende Position, weil die Guerilla ab 1988, das sagten sie selber, Verhandlung sei keine Kapitulation, sondern nur ein anderer Weg, um die Macht zu gewinnen.“

Der Autor, Dirk Bornschein: *Das heißt, die Guerilla sollte politisch geschwächt werden, in dem sie militärisch geschwächt wird?* Benjamin Godoy:

„Ja, so ist es... Im März 1989 in einer Sitzung der Kommandanten, da wird dem Präsidenten gesagt, ‚Herr Präsident, es ist der Moment Verhandlungen zu beginnen, es ist der Moment, dass die Politik die Führung der Verhandlungen übernimmt.‘ Wir sagten ihm, ‚militärisch ist das kein Problem

⁶⁵ Ziel war eben nicht der Sturz von Regierung oder Präsident Cerezo. Vielmehr sollte Verteidigungsminister Gramajo abgelöst werden. *Arévalo* de León: a.a.O. Anm. II/89. S. 97.

⁶⁶ *Jonas*, 2000^a: a.a.O. Anm. II/68. S. 85f.

⁶⁷ *CEH*, 1999d: a.a.O. Anm. II/131. Ziffer 4533.

⁶⁸ *McCleary*: a.a.O. Anm. II/74. S. 146.

⁶⁹ Interview mit General Benjamin *Godoy*, 24.05.2005.

mehr, die können bewaffnet nicht mehr an die Macht kommen... aber sie sind sehr geschickt an der internationalen Front...’ Aber der Präsident weiß, dass seine Regierung schon eine lahme Ente ist..., eine Ente die nur darauf wartet wo sie tot umfallen kann, darum (riskiert er das) nicht. (Stattdessen geht also der Esquipulas-Prozess weiter) ... Aber es ist wahr, zwischen 1987 und 1989 gab es Militärkampagnen, Operationen, um den Deckel draufzuhalten.⁷⁰

Auch bei der URNG standen die Zeichen zunehmend auf politische Flexibilität. Miguel Angel Reyes, Mitglied der politisch-diplomatischen Kommission der URNG dieser Zeit, begründet dies mit dem erhöhten Druck von Seiten derjenigen europäischen Regierungen, die der URNG Sympathie und Toleranz entgegengebracht hätten.⁷¹ Ich fragte auch den ehemaligen URNG-Kommandanten, Rodrigo Asturias, nach den Gründen für die Flexibilität:

„Ja, da gab es interne, nationale und internationale Gründe (Druck). Wir intern waren in diesem Moment nicht in einer schwierigen Lage. ... Etwa gegen 1990 hatten wir wieder eine Stärke konsolidiert, nicht stark genug, um die Macht zu ergreifen, aber stark genug, um nicht an eine Kapitulation zu denken. Wir gingen also mit dem Gefühl in die Verhandlungen, dass niemand besiegt worden war.“⁷²

Francisco López (URNG) sagt damals erkannt zu haben, dass Politik und Vorschläge von Cerezo tatsächlich zu einem Wandel führen könnten:

„Das hat bei uns Sorgen ausgelöst, denn wenn das so umgesetzt worden wäre, dann hätten wir die diplomatische Offensive verloren, zumindest hätten wir den Diskurs ändern müssen. Ich will sagen, die Verhandlungen kamen nicht auf, weil die UDSSR fiel, sondern weil wir sahen, die Armee begann zu sehen, dass niemand den Krieg gewinnen könne. Da blieben nur noch Verhandlungen, keiner wollte verlieren.“⁷³

2.5. Oslo: Frieden als Fortsetzung des Krieges

Eine offene Initiative zum Ende des bewaffneten Konflikts war Präsident Cerezo noch wenige Monate zuvor zu riskant erschienen. Indirekt stand er dem Prozess aber dennoch zur Seite. Das zeigt sich auch im Vorfeld zum dritten Treffen der Nationalen Wiederaussöhnungskommission mit der URNG. Kommissionsmitglied Mario Permuth:

„Wir (als Aussöhnungskommission) mussten Geld auftreiben, um unabhängig zu sein und funktionieren zu können. Als wir dann nach Oslo fahren, da wollte uns (Präsident) Cerezo Geld für die Ausgaben geben. Aber wir sagten, ‚das können wir nicht machen, das macht uns abhängig‘. Und er, ‚ja ich weiß das, vom Präsidenten könnt ihr das nicht nehmen, aber

⁷⁰ Interview mit Benjamin Godoy, 10.05.2005.

⁷¹ Reyes, Miguel Angel: Los complejos senderos de la paz: un análisis comparativo de las negociaciones de paz en El Salvador, Guatemala y México. INCEP, Guatemala 1997. S. 52.

⁷² Interview mit Rodrigo Asturias, URNG-Kommandant, 18.04.2005.

⁷³ Interview mit Francisco López, URNG, 11.01.2005.

*von mir, Vinicio' und gab uns Geld. Das war das einzige Mal, dass wir es so annahmen. Vor dem Abkommen von Oslo existierten wir zwar bereits, aber für die Welt nicht. Danach war es einfacher für uns.*⁷⁴

Kurz vor Beginn des Treffens sondierte die Kommission beim Militär, wie weit sie gehen konnte. Noch einmal Permuth:

„Dass es zu diesem Abkommen gekommen ist, das haben wir einem jetzt sehr diskreditierten Mann zu verdanken, General Ortega Menaldo. Er erklärte ... ohne jedes Armeeeinteresse, gab uns Publikationen (der URNG) mit. Und dann setzten wir uns hin, Serrano (der spätere Präsident), Villatoro und ich und machten zwei Listen, eine mit Sachen, die man akzeptieren kann, und eine andere was nicht. Die Liste der Punkte, die man akzeptieren kann, die war länger.“

Der Autor fragt: Woher wussten Sie, was die Armee akzeptieren konnte? Permuth antwortet darauf:

*„(General) Ortega hatte uns da schon einen Wink gegeben.“*⁷⁵

Die Streitkräfte schienen dem Versuch nur sehr geringe Chancen zu geben. General Benjamin Godoy:

*„Ich dachte, (dass die URNG) ... mit ihrer Taktik weitermachen würde, gute internationale Beziehungen und der Versuch, militärisch weiter an Macht zu gewinnen. (Schließlich) ... hatten wir schon mehrere Versuche unternommen.“*⁷⁶

Permuth geht als Mitglied der zivilen CNR gar noch weiter:

*„Einige Militärs waren für einen (verhandelten) Frieden, andere dagegen, wieder andere glaubten einfach nicht, dass so der Frieden möglich sei. ... Die Tatsache, dass man uns (von der Nationalen Aussöhnungskommission) anfangs nicht so viel Widerstand entgegenbrachte, das hatte damit zu tun, dass man dachte, diese drei Idioten, die werden sowieso nichts erreichen. Wir waren keine Gefahr, das hat uns geholfen.“*⁷⁷

Ende März 1990 traf sich die URNG dann mit den Repräsentanten der CNR.⁷⁸ Diese hatte die Übergabe der Waffen und einen Dialog zur Integration der URNG in die Gesellschaft zum Ziel. *Immer und immer wieder fragten sie uns während der Gespräche, wann wir denn die Waffen niederlegen würden,* erinnert sich Francisco Villagrán von der URNG.⁷⁹ Die Grundhaltung der CNR habe sich damit eigentlich nicht von dem der Militärdelegation drei Jahre zuvor unterschieden, schreibt Reyes.⁸⁰ Die Guerilla auf der anderen Seite hatte weit

⁷⁴ Interview mit Mario Permuth, 06.04.2005.

⁷⁵ Ebenda.

⁷⁶ Interview mit General Benjamin Godoy, 12.05.2005.

⁷⁷ Interview mit Mario Permuth, 06.04.2005.

⁷⁸ Die Kommandanten blieben dem Treffen fern, weil die CNR ohne ihren erkrankten Präsidenten, Bischof *Quezada* Toruño, angereist war.

⁷⁹ Interview mit Francisco Villagrán, URNG, 13.04.2005.

⁸⁰ Reyes, 1997: a.a.O. Anm. III/71. S. 52.

gesteckte Ziele. Sie wollte das Militär in Zukunft *mit am Tisch sitzen* haben,⁸¹ die *Zivilgesellschaft stärken*⁸² beziehungsweise erst einmal mit ihr Verbindung aufnehmen, damit die URNG-Vision dann *einen viel breiteren Konsens* erreichen könne – so die Worte eines der URNG-Kommandanten. Und auf keinen Fall wollte sie dementsprechend ein Datum für den Frieden oder die Abgabe der Waffen festlegen.⁸³ Eingedenk der unterschiedlichen Ziele kann es nicht überraschen, dass die Gespräche auch Momente der Spannung kannten, schließlich hatten die Parteien vollkommen konträre Positionen. Die drei Kommissionsmitglieder nutzten aber auch eigene Spielräume. Mario Permuth:

(Um das Eis in Oslo zu brechen, fragten wir die URNG) „*wollt ihr wirklich, was ihr (in Euren Dokumenten) alles gesagt habt? ‚Ja‘, sagten sie, ‚darum haben wir das publiziert‘ Und auf der Basis dieser Sachen machten wir dann das Abkommen.‘*“

Der Autor: Das Abkommen hatte also einen Rahmen, der von der URNG war? Darauf Permuth:

„*Das konnten wir der Armee natürlich nicht sagen, dass wir mit der Guerilla verhandeln, auf der Grundlage eines Rahmens, den die Guerilla setzte.‘*⁸⁴

Letztlich einigten sich beide Parteien auf einen Friedensprozess unter Beobachtung der Vereinten Nationen und vermittelt vom CNR-Präsidenten Quezada Toruño. Vor Aufnahme direkter Gespräche zwischen Regierung, Armee und URNG sollten die Aufständischen mit verschiedenen Sektoren der Gesellschaft in den Dialog treten können.⁸⁵ Nach den Worten von Permuth hatte die Vorlage aber einen *unverzeihlichen Fehler*. Die Armee sei als von der Regierung unabhängiger Akteur genannt worden. Permuth:

(Diese Dichotomie) „*auch wenn das in der Praxis wahr sei, zerstörte das Abkommen. Also riefen wir den Präsidenten per Telefon an und fragten nach einem Tipp. Vinicio (Cerezo) war eigentlich immer sehr kreativ, in diesem Moment hörte ich (aus dem Hintergrund) im Telefon General Gramajo, der sagte, ‚Mario, unterschreib das so‘. Das war wichtig für die Armee. Weil damit konnten sie direkt verhandeln und nicht über den Präsidenten, sie behielten so die Kontrolle aufrecht.‘*“

Das Abkommen von Oslo war in vieler Hinsicht folgenreich. Es gilt als Ausgangspunkt für den kommenden Verhandlungsprozess. Zunächst einmal hatten sich aber beide, das Militär und die URNG, legitimieren können. Die weitgehend isolierte Armee bewies den allseits verlangten Friedenswillen und der Guerilla gelang die ersehnte Gleichbehandlung mit der Regierung. Zugleich ist

⁸¹ Interviews mit Jorge *Rosal*, Mitglied der URNG-Kommission, 06.04.2005 und 18.04.2005.

⁸² Interview mit Francisco *Villagrán*, URNG, 13.04.2005.

⁸³ Interview mit Rodrigo *Asturias*, 18.04.2005, in dieser Zeit noch unter seinem Pseudonym *Gaspar Ilom* bekannt.

⁸⁴ Interview mit Mario *Permuth*, 06.04.2005.

⁸⁵ Abkommen von Oslo, Basis-Abkommen für die Suche nach einem Frieden über politische Mittel. Norwegen, 29.03.1990. Abgedruckt in: *Acuerdos de Paz*: Hrsg. Universität Landivar und andere. 3. Auflage. Guatemala 1998. S. 21 – 23.

das Abkommen in gewisser Weise aber auch symptomatisch. Inwiefern das eben so war, das sehen wir viel klarer in den Monaten nach der Unterschrift.

Zunächst einmal hatte es ja so ausgesehen, als ob das Militär dem Treffen in Oslo vorab nur sehr zögernd, skeptisch bis ablehnend gegenübergestanden habe. Pásara nimmt gar an, dass beide Seiten Verhandlungspositionen einnahmen, von denen sie wussten, dass die andere Seite sie nicht akzeptieren könnte.⁸⁶ Der ehemalige Verteidigungsminister Gramajo äußert sich im Interview aber ganz anders. Er habe mit Bischof Quezada darüber gesprochen:

„Ich sagte ihm darauf, ‚nur los, geh zu der Sitzung mit den Aufständischen nach Oslo. Wir (das Oberkommando) unterstützen Dich, wir werden (aber öffentlich) nichts sagen‘. ... Die Gespräche in Oslo fanden meiner Anstrengungen wegen statt.“⁸⁷

Gramajos für die Öffentlichkeit verdeckte Haltung hatte mit einem Dilemma zu tun. Einerseits ging es darum, die internationale öffentliche Meinung von seinen demokratischen Absichten zu überzeugen. Andererseits musste er verborgen bleiben, um die Offiziere der harten Linie ruhig zu halten und sie überzeugen zu können, dass der Krieg auch an der Seite demokratisch gewählter Zivilisten geführt werden könne – vielleicht auch besser.⁸⁸ Sogar der eigenen Alliierten konnte er sich nicht ganz sicher sein. General Benjamin Godoy, in dieser Zeit im Grunde Anhänger einer verhandelten Lösung:

„Esquipulas hatte uns (den Institutionalistern) sehr gefallen. Wir dachten es geht um eine Abgabe der Waffen und dann Schluss. ... Der nächste Schritt für den Militärstrategen ist dann das Ende der Gewalt. ... Die CNR durchbricht dieses Schema und die etwa 100 Offiziere, die dem Prozess nahe standen, die wurden plötzlich skeptisch. ... Ehrlich, wir dachten dabei (den Verhandlungen) nicht an die Demokratisierung des Landes, sondern an das Ende des Konflikts. ... Das Oberkommando dachte, die Demokratie funktioniert doch schon.“⁸⁹

Ganz offensichtlich verlangte diese Lage vor allem taktisches Geschick. Aber wo lagen die inhaltlichen Positionen? URNG-Kommandant Rodrigo Asturias kam zu folgendem Schluss:

„Die Regierung akzeptiert den Dialog und dann in den Gesprächen konnte man sehen, dass sie weiterhin versuchten, Verhandlungen zu substantiellen Themen zu vermeiden. Sie wollten sich nur auf die operativen (Abgabe der Waffen, Integration...) konzentrieren. ... In diesem Moment entschied immer noch die Armee (und nicht die Regierung), sie akzeptierten den Dialog und versuchten ihn zu manipulieren, damit die Sektoren der Gesellschaft die Aufgabe der Guerilla forderten, das war ihre Strategie ... dann versammelten sie die Gruppen und (brachten sie gegen uns auf). Wir seien dieses und jenes, damit die Leute keine andere Perzeption hätten.“

⁸⁶ Pásara, Luis: Paz, Ilusión y Cambio en Guatemala. El proceso de paz, sus actores, logros y límites. Guatemala 2003. S. 14.

⁸⁷ Hector Gramajo, zitiert nach: Schirmer: a.a.O. Anm. III/24, S. 407.

⁸⁸ Dies ist eine der Hauptthesen von Schirmer: a.a.O. Anm. III/24, S. 407.

⁸⁹ Interview mit Benjamin Godoy, 12.05.2005.

Aber die Leute kamen danach auf uns zu, erzählten davon. ... Das schuf eine (gute) Gesprächsdynamik (bei den Treffen mit den Sektoren).⁹⁰

Demnach hätten aus Sicht der Armee die Treffen mit Vertretern des Privatsektors, der Parteien, Kirchen und populären Sektoren nicht den Sinn gehabt, einen Verhandlungsprozess zu beginnen, sondern ihn zu einem schnellen Ende zu führen oder zumindest deutlich zu begrenzen. Das Oberkommando sah den Dialog als ein Mittel zur Abgabe der Waffen an. Erst für danach erklärte es sich bereit, über die Ursachen des Krieges zu reden. Als dies nicht zu gelingen schien, da wurde der weitere Prozess behindert. Der spätere Verteidigungsminister Balconi:

„Nach Oslo waren wir alle überrascht. Verteidigungsminister Gramajo setzte sich dann mit uns hin und sagte, wenn die sich mit den Parteien treffen, dann ist alles vorbei, denn da ist die extreme Rechte drin. (Und dann kam auch dieses Treffen voran) Der Prozess sorgte international für viel Aufsehen. Wir sahen Fernsehbilder. Sandoval (ein historischer Repräsentant der extremen Rechten) mit Rum für die Kommandanten. ... Ab diesem Moment nahmen wir den Prozess ernster. Dennoch, Gramajo versuchte, direkte Gespräche zwischen Regierung und Guerilla zu verhindern oder zu verzögern. Er sagte, die Regierung solle sich nicht an den Tisch setzten, solange die Waffen nicht abgegeben sind.⁹¹

Der Versuch, mit Hilfe des Dialogs das Kriegsziel Entwaffnung der URNG zu erreichen, der schien nach diesem Treffen schon gescheitert. Zwei politische Morde – der an dem US-Staatsbürger Michael Devine (6/90) und der an der Anthropologin Myrna Mack (9/90) – und entsprechende Vorwürfe gegen die Armee sorgten für zusätzliche Spannung.⁹² Kurz vor den Wahlen schien damit der Prozess von Oslo ins Leere zu laufen.⁹³ Nach Ansicht von Asturias habe das Militär gar versucht, die letzten der vorgesehen Treffen zu verhindern.⁹⁴

Nicht nur die guatemaltekischen Streitkräfte, auch die Guerilla von der URNG verbanden mit dem ausgemachten Abkommen von Oslo ganz eigene Ziele. Aber zunächst einmal feierte sie das erreichte Abkommen. Francisco Villagrán:

„Das war ein guter Treffer ganz zu Anfang. Ein guter Treffer, weil damit hatten wir das Nicht-Verhandlungsschema der Regierung gebrochen... und außerdem wurde ein Kalender für weitere Treffen festgelegt worden.

⁹⁰ Interview mit Rodrigo Asturias, 18.04.2005. Francisco Villagrán (13.04.2005), Mitglied der URNG-Delegation bei dem Treffen in Quito, sieht dort auch die Hand des militärischen Geheimdienstes im Spiel. So habe die erste Fassung der Abschlusserklärung ganze Abschnitte beinhaltet, die so gar nicht besprochen worden seien. Und alle diese hätten die Positionen der Armee gestützt. Sogar einige evangelische Kirchen hätten dagegen protestiert. Die tatsächliche Schlusserklärung hätten dann Teilnehmer ohne Hilfspersonal selbst niedergeschrieben.

⁹¹ Interview mit Julio Balconi Turcios, Ex Verteidigungsminister, 14.04.2005.

⁹² McCleary sieht die Rolle der Menschenrechtsvorwürfe gar als entscheidenden Grund für den Stopp der Verhandlungen. McCleary: a.a.O. Anm. II/74. S. 148.

⁹³ McCleary: a.a.O. Anm. II/74. S.148. Nur die Treffen mit Vertretern des Privatsektors in Ottawa zeigte der Guerilla enge Grenzen auf. Nicht einmal die Schlusserklärung war gemeinsam. Interview mit Carlos Vielman, 15.04.2005.

⁹⁴ Interview mit Rodrigo Asturias, URNG, 18.04.2005.

... Und zu unserer Überraschung, die politischen Parteien, als die sahen, dass sie Spielraum hatten, die wollten auch (nicht draußen bleiben).⁹⁵

Auch Enrique Alvarez von der URNG wertete das Treffen mit den Parteien als vollen Erfolg. *Das war die nächste Niederlage für das Militär, als es uns gelang, die Parteien zu interessieren.⁹⁶*

Nachdem es der URNG in Oslo gelungen war, das Militär – theoretisch – zu verpflichten, an künftigen Verhandlungen teilzunehmen und Verbindung zu den zivilen Organisationen und zur Zivilgesellschaft überhaupt aufzunehmen, sollten die verabredeten Treffen nun aber noch mehr bringen. Während die Armee versuchen wollte, der URNG über die Treffen mit den Sektoren einen schnellen Frieden als einzige Option zu präsentieren, ging es eben dieser um das genaue Gegenteil. Francisco Villagrán:

„Das Ziel jeder einzelner der Sitzungen war, dass alle sich zugunsten des (verhandelten) Friedens ausdrückte und eben nicht für den Krieg.“⁹⁷

Wie schon in Oslo angedacht, ging es jetzt in der Praxis darum, soziale Organisationen und zivile Institutionen zu stärken und inhaltlich zugunsten eines Friedens mit substantiellen Bestimmungen zu beeinflussen. Bei jeder Gelegenheit versuchte die URNG, das Thema der Menschenrechtsverletzungen der Armee zu platzieren.⁹⁸ Und je mehr zivile Organisationen gestärkt an der Verhandlungsdiskussion teilnahmen, desto wichtiger wurde tatsächlich das Thema der Menschenrechtsverletzungen.⁹⁹

In diesem Sinne scheint mir der Prozess von Oslo ein Verhandlungsaufakt zu sein, der mehr der Logik eines politischen Krieges glich. Beide haben darin und damit aber eine Version ihres Diskurses erfüllt - das Militär, das von der Politik als Verlängerung des Krieges sprach und die Guerilla, für die Verhandlungen nicht Kapitulation bedeuteten, sondern Kampf. Das Besondere liegt hier eben darin, dass beide Parteien dem bewaffneten Sieg immer noch nachtrauerten, obwohl sie schon wussten, dass dies keine Lösung mehr war. Dabei fiel ihnen nicht einmal diese Erkenntnis leicht. Im Militär sahen sich die Institutionen einer starken internen Opposition gegenüber und auch in der Guerilla war der Friedenswille nicht übermächtig. Alle interviewten URNG-Mitglieder stimmten darin überein, dass es ihnen noch in den 90ern sehr schwer fiel, von der Idee der Revolution Abstand zu nehmen. Als Beispiel eine Situationsbeschreibung von Jorge Rosal:

„Ich denke, das war eine ausgezeichnete Arbeit (der Kommandanten). Wir wurden ausgebildet, um an den Triumph der revolutionären Waffen zu glauben, mittels der Waffen an die Macht zu gelangen und als der Verhandlungsprozess begann, war das eine große Frustration für alle... Was wir sahen, das war eine Gesellschaft in der ein politischer Wandel unmög-

⁹⁵ Interview mit Francisco Villagrán, URNG, 13.04.2005.

⁹⁶ Interview mit Enrique Alvarez, URNG, 24.02.2005.

⁹⁷ Interview mit Francisco Villagrán, URNG, 13.04.2005.

⁹⁸ Interview mit Rodrigo Asturias, URNG, 18.04.2005.

⁹⁹ Armon, Jeremy und andere (Hrsg.): Guatemala 1983 – 1997. ¿Hacia dónde va la transición? Revista (Zeitschrift) Debate 38. Flacso. Guatemala 1998. S. 14.

*lich schien. Das hatte ja viele von uns zu den Waffen greifen lassen. ... (Die Kommandanten) sagten nicht, dass es unmöglich geworden sei, den Krieg zu gewinnen, sie sprachen von einem Unentschieden, in dem die großen Verlierer das Volk waren – und die Mitglieder der URNG, in dem Sinne, dass sie es waren, die hohe Kosten für einen andauernden Krieg zu bezahlen hätten. Der Krieg konnte Jahre länger dauern und die Armee habe auch nicht die Fähigkeit uns auszulöschen. Das war also das technische Unentschieden und das bereitete uns darauf vor, mit dem Feind verhandeln zu müssen.*¹⁰⁰

Das bedeutet aber wohl nicht, dass die Kontrahenten – wie Pásara andeutet – Gespräche in der Absicht führten, international gut dazustehen, sie aber mit hohen Forderungen gleichzeitig bewusst zu torpedieren. Mit Hilfe von politischen Allianzen, Diplomatie, Stimmungsmache und Manipulation war es tatsächlich eine Option, die militärischen Ziele politisch durchzusetzen.

Während der Beginn der Transition in Guatemala an das Interesse verknüpft war, den bewaffneten Konflikt effizient fortführen zu können, war die Idee vom Frieden auf beiden Seiten also mit der Idee einer Politik als Fortsetzung des Krieges verbunden. Im Rahmen der *Kriegsziele* beider Kontrahenten hatte die Guerilla aber letztlich die Nase vorn.¹⁰¹ Ihr gelang es, bislang kaum artikulierten Teile der organisierten Gesellschaft zu interessieren und damit auch zu organisieren. Die Armee hingegen musste mit ansehen, wie ihr Einfluss auf die Gesellschaft abnahm. Gramajo und die seinen gingen diesen Weg in der Annahme den Krieg endlich abschließen, also gewinnen zu können. Aber das geringe internationale Ansehen Guatemalas spielte schon jetzt eine Rolle, nicht genug, um den Prozess weiterzuführen, aber doch groß genug um ihn zu beginnen und erst mit einem angemessenen Diskurs auf Eis zu legen.

Die internationale Beachtung der Menschenrechtsverletzungen in Guatemala hat nach dem Höhepunkt der Aufstandsbekämpfung zu dem Entschluss beigetragen, das politische System zu liberalisieren und gar den Transitionsprozess zu starten. Mit diesen Zugeständnissen sollte dem Druck in Sachen Menschenrechten ausgewichen, der Krieg und seine repressiven Methoden aber beinahe unverändert weitergeführt werden. Je länger sich die Streitkräfte aber unwillig zeigten, die Methoden zu ändern sowie Art und Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen zu überprüfen, desto mehr verwandelte sich das Thema in ein Instrument gegen die Armee – pro Demokratie und dann auch pro Frieden.

Das Thema der Menschenrechte war innerhalb der Armee in den Jahren der Regierung Cerezo von relativer Einigkeit. Seine Verletzung blieb integraler Bestandteil der Kriegsführung und seiner Methoden. Insofern hat in einem ersten Moment die Isolierung Guatemalas nach massiven Menschenrechtsverletzungen deutlich zum Einstieg in die politische Transition beigetragen. Nach diesem Start aber blieb das Thema eher widersprüchlich. Nicht nur ging der Druck der internationalen Akteure weiter. Menschenrechtsvorwürfe und For-

¹⁰⁰ Interview mit Jorge Rosa, URNG, 06.04.2005.

¹⁰¹ Die Guerilla sprach von *Diálogo ist Kampf und nicht Aufgabe* (spanisch: *Diálogo es Lucha y no Rendición*).

derungen waren es auch, die die Chancen für die Treffen von Madrid (1987) und Oslo (1990) im Nachhinein dämpften. Mit dem Thema als Instrument des Kriegsgegners war zwar geschickt umzugehen, aber Kompromisse waren zu dieser Zeit kaum möglich. Zudem verknüpfte die URNG den Frieden mit den Menschenrechten. Der Unwille der Streitkräfte dem Frieden gegenüber hatte dementsprechend auch mit dem Unwillen zu tun, sich Menschenrechtsvorwürfen ausgesetzt zu sehen.¹⁰²

Das Treffen von Oslo kam zustande, weil die Parteien, der zivile Präsident, sein Verteidigungsminister und die Guerilla, für einen kurzen Moment in ihrem Kalkül übereinstimmten, es erweitere ihre Spielräume – der Regierung gegenüber dem Militär, des Militärs gegenüber der internationalen Gemeinschaft und der Guerilla in ihrer Suche nach Anerkennung. Das zunächst ergebnislose Auslaufen der Folgetreffen von Oslo zeigen aber auch: Die nationalen Akteure wollten die Erwartungen der internationalen Gemeinschaft nicht mehr auf offensichtliche Weise enttäuschen – der Beginn einer Dynamik.

3. 1991-93: Serrano - die Grenzen des Wandels

Jorge Serrano Elias wurde im Januar 1991 Nachfolger von Präsident Vinicio Cerezo. Der Wahlkampf zuvor kann sicher als turbulent bezeichnet werden. Neun lokale Kandidaten wurden während der Kampagne umgebracht. Großer Favorit war zunächst der Putschpräsident General Ríos Montt gewesen, aber kurz vor der Wahl war ihm vom Obersten Gericht die Teilnahme eben dieses Putsches, 1982, wegen untersagt worden.¹⁰³

3.1. Die Friedenspolitik in der Wahrnehmung der Akteure¹⁰⁴

Die Regierung

Der als konservativ geltende Serrano war zuvor Mitglied der Nationalen Aussöhnungskommission gewesen und nahm die Welt anders als sein Vorgänger wahr. Amilcar Burgos, ein enger Mitarbeiter und damaliger Vertrauter:

„Es gab einen internationalen Konsens (dass Guatemala einen Friedensprozess brauche). Das ist wie eine Ungleichzeitigkeit zwischen Guatemala und der Welt, die Serrano wieder begleichen wollte. Und man konnte die Probleme, die am meisten unser Ansehen beschädigten, nämlich die Menschenrechte, im Kriege nicht lösen. Man musste den Krieg beenden. ...

¹⁰² Arévalo weist darauf hin, dass viele Offiziere, die sich gegen eine politische Lösung des Krieges aussprachen, gleichzeitig auch die Sorge entwickelt hätten, wegen Menschenrechtsverletzungen angeklagt zu werden. Arévalo de León, 1998: a.a.O. Anm. II/89. S. 95.

¹⁰³ Öttler, 2004a: a.a.O. Anm. I/30. S. 77f.

¹⁰⁴ Wenn ich hier von Zyklen spreche, dann dient das mehr dazu, die Prozesse in ihren Dynamiken klarer veranschaulichen zu können. Tatsächlich aber sind die Etappen auf diesen groben Ebenen miteinander schwerer zu trennen oder haben fließende Übergänge. Das gilt vor allem für Wahrnehmung und Verhalten der Regierung.

*Das Land brauchte neue Luft und internationale politische Unterstützung, in einem Umfang, den nur ein Demokratisierungsprozess schaffen konnte und einem Friedensprozess der Teil davon sei... (Wir dachten) die Welt würde in Guatemala vier bis 5 Milliarden Dollar investieren.*¹⁰⁵

Der Frieden sollte also Bedingungen für eine daraufhin schnellere Demokratisierung von Seiten der Regierung bieten sowie die nötigen Mittel für den politischen und ökonomischen Wandel. Oder auch Frieden als Katalysator für die Demokratie, dies scheint die Grundidee gewesen zu sein, nicht dagegen ein Frieden als Garant einer tieferen Demokratie. Diese Friedensneigung habe gleichzeitig auch *eine Art Meinung* aufgegriffen, die *in der Zivilgesellschaft gereift war*:

*„Es gab keine Woche, in der es nicht Sitzungen an irgendeinem Ort der Zivilgesellschaft gab, in der Meinungen über die Ziele des Friedensprozesses ausgetauscht wurden. ... Was (Serrano und ich) getan haben, das war uns dies zu eigen zu machen.“*¹⁰⁶

Nach Azpurú sah in der Regierung eine Gruppe mit und um Burgos die Friedensgespräche gar als die einzige reale Gelegenheit, mit der Demokratisierung im Lande voranzuschreiten.¹⁰⁷ Die Akteurs- und Machtkonstellation unter Serranos Vorgänger, Vinicio Cerezo, hätte diese Position noch unmöglich gemacht. Burgos sah in Serrano den nötigen Charakter, zum Risiko bereit:

*„Serrano ist ein Spieler, der darauf setzte, dass Millionen in das Land kämen und dieses damit voran komme, was ihm Prestige und Ehre bringen würde, das war die Wette. Außerdem hätte er gern den Friedensnobelpreis gewonnen. Er war immer ein Spieler, sogar (später) im Exil.“*¹⁰⁸

Nach mehreren Jahren unter Verteidigungsminister Gramajo hatte sich die Armee in den Fragen von *Frieden und politischer Entwicklung* aber mittlerweile sehr auf einen Kurs gefestigt. Schon zu Beginn probte Serrano also sein Glück und lehnte den designierten Verteidigungsminister mit dem Ziel ab, mit den auf diese Weise nötigen weitreichenden Umbesetzungen im Oberkommando die Armee zu schwächen und seine eigene Position sichtbar auf deren Kosten auszubauen.¹⁰⁹ Nach den Worten von Burgos war das Thema des Friedens nur ein Teil einer viel weiteren Demokratisierungsagenda. Am 08. April 1991 dann, nur wenige Monate nach Amtsantritt, veröffentlichte die Regierung *ihre Erklärung für einen Totalen Frieden*, der Startpunkt für eine Wiederaufnahme der Gespräche. Gleichzeitig wurde die Armee aufgefordert, Mitglieder für eine Friedenskommission der Regierung bereitzustellen. Die offizielle Position zum Frieden hatte sich überraschend gewandelt.

Mit der Erklärung zum Totalen Frieden hatte sich die Regierung deutlich von der bisherigen Position der Armee entfernt. Zwar wird unverändert die Abga-

¹⁰⁵ Interview mit Amilcar Burgos, 14.04.2005.

¹⁰⁶ Ebenda.

¹⁰⁷ Azpurú: a.a.O. Anm. III/43. S 108.

¹⁰⁸ Interview mit Amilcar Burgos, 14.04.2005.

¹⁰⁹ Ebenda. Ähnlich auch Ex-Verteidigungsminister Julio Balconi Turcios am 14.04.05.

be der Waffen als Ziel genannt, aber erstmals wird zugegeben, dass der Prozess der Demokratisierung noch deutliche Verbesserungen brauche und Frieden auch mehr soziale und ökonomische Gleichheit mit sich bringen sollte. Ein weiteres und alles entscheidendes Novum: Die Regierung bot direkte Gespräche an, stellte die URNG formell also auf ein gleiches Niveau.

Das Militär

Anders als in der Regierung hatte sich die Wahrnehmung des Militärs mit Serrano nur geringfügig geändert. Ihr mentales Schema wurde weiterhin von den Konzepten Sieg und Niederlage beherrscht. Die Armee sah sich selbst als Sieger im Kriege und war so nur wenig gewillt, mit den Verlierern zu reden, ihnen gar Mitspracherecht einzuräumen. General Edgar Leonel Godoy:

„In der Armee gab es damals ein Gefühl, dass es im Kriege einen Gewinner geben müsse, aber dann kamen die Politiker.“¹¹⁰

General Benjamin Godoy:

„Wir sahen 1991/92, dass die URNG den bewaffneten Kampf nicht aufgeben wollte, (sie) wollten (ihre) militärischen Strukturen stärken und international eine bessere Position gewinnen, weiterkämpfen. Militärisch konnten sie sich mit uns aber nicht mehr als Gleiche an den Tisch setzen.“¹¹¹

Auch der spätere Friedensunterhändler General Otto Pérez Molina sprach der URNG dieser Zeit Verhandlungswillen ab. Ihm sei damals schon klar gewesen, dass die Guerilla in jenem Moment versucht habe, mit den Verhandlungen die *Machtverhältnisse* im Lande zu ihren Gunsten zu *ändern*. Diese Einschätzung wird von der URNG tatsächlich auch bestätigt. Aber auf die Frage, was die Guerilla denn damit bezwecke, antwortet Pérez Molina nur mit der Logik des Krieges. Die Guerilla habe sich in dieser Zeit nur *reorganisieren* wollen, um den bewaffneten Kampf weiterführen zu können.¹¹² Auf der Grundlage dieser von militärischen Interessen geleiteten Wahrnehmungen kann es nicht überraschen, dass die Armee sich mit dem neuen Kurs nicht einverstanden erklärte. Der von Serrano selbst gewählte Verteidigungsminister wurde noch akzeptiert, aber als die Absichten der Funktionäre um Burgos intern bekannt wurden, da musste erstmals der Präsident eingreifen. Amílcar Burgos:

„(Die Offiziere) begannen von den Nachteilen zu sprechen, wenn die Regierung verhandeln würde, was man der Guerilla da auf einem silbernen Tablett servieren würde, das sei eine Gleichbehandlung von Seiten des Staates ... und die Anerkennung, die man ihnen 36 Jahre lang verweigert habe... Ich erzählte Jorge (Serrano) von dieser Opposition ... Und der rief die Herren von der Armee zu sich.“¹¹³

Als kurz darauf der Präsident auch Offiziere in der Friedenskommission haben wollte, da kam es gar zu einer ersten Probe von Kraft und Autorität. Burgos

¹¹⁰ Interview mit General Edgar Leonel Godoy, 19.05.2005.

¹¹¹ Interview mit Benjamin Godoy Burbano, 24.05.2005.

¹¹² Interview mit General Otto Pérez Molina, 30.05.2005.

¹¹³ Interview mit Amílcar Burgos, Berater mehrerer Präsidenten zum Thema Frieden, 14.04.2005.

erzählt von einem Zusammenstoß zwischen Serrano und seinem Verteidigungsminister Mendoza:

„(Serrano verlangte von Mendoza) *„bis 15 Uhr will ich einen Vorschlag (mit den Namen) von hohen Offizieren, die sich in die Friedensverhandlungen und der Kommission der Regierung integrieren werden‘ und der Minister wurde rot im Gesicht und sagte ihm ‚Herr Präsident, mit allem Respekt ... es ist ein Problem, die hohen Offiziere der guatemaltekischen Armee lächerlich zu machen, indem sie sich mit diesen kriminellen Terroristen an einen Tisch setzen‘. Und dann sagte Jorge (Serrano), ‚ich habe sie nicht nach ihrer Meinung gefragt, was ich sagte ist, dass Sie mir um 15 Uhr dies haben sollen‘, Jorge war auch rot im Gesicht.“*

Noch am selben Tag hielt Serrano in Abwesenheit des Ministers eine Sitzung mit Militärkommandanten ab und versuchte sie zu überzeugen. Burgos:

„*Und unglaublich, dass der Münster der noch wütend gegangen war, um 15 Uhr brachte er die besagte Liste.*“¹¹⁴

War dieser Moment entscheidend? Hat sich das damalige Oberkommando, die Armee an sich, damit der zivilen Autorität untergeordnet? Wir werden später sehen, dass sich diese Frage nicht einfach mit ja oder nein beantworten lässt. Aber sicher, formal ordnete sich das Militär in die neue Linie ein und die Regierung baute ihren Handlungsspielraum auf Kosten des Militärs aus.

Die URNG

Die URNG auf der anderen Seite hatte keine Kenntnis von diesem internen Zwist. Im Gegenteil, nach Jahrzehnten in denen der Feind aus ihrer Sicht vor allem in der Armee zu suchen war, fiel es ihr schwer, den plötzlichen Wandel zu erkennen. So ging sie zu Anfang irrtümlich davon aus, dass die Armee den Präsidenten zu den Gesprächen gezwungen hätten und nicht umgekehrt. Darum sei das *Misstrauen* der Initiative gegenüber auch so *groß* gewesen.¹¹⁵

Wenn aber die Dialog-Bereitschaft von einem militärischen Feind auszugehen scheint, der die vorherigen Prozesse von Demokratie und Frieden als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ansieht, dann entspricht die Antwort einer ähnlichen Logik. Miguel Angel Reyes von der politisch-diplomatischen Kommission der URNG bestätigt in gewisser Weise die Annahme von General Pérez Molina, es habe sich nur um eine Kriegslogik gehandelt. Der Dialog in dieser Zeit sei vor allem (!) *ein taktisches Element des Krieges* gewesen:

„*Man fragte sich, was gewinnt man auf einem bestimmten Gebiet, auf dem politisch-sozialen Felde, wenn man da etwas gewinnen kann, dann*

¹¹⁴ Interview mit Amilcar Burgos, 14.04.2005. Der Eindruck, den die Lagebeschreibung von Burgos hinterlässt, der wird auch von dem Autor Torres Rivas gestützt. Dieser geht davon aus, dass Serrano die COPAZ gegen den Willen des Militär durchgesetzt habe. Torres Rivas, 1998: a.a.O. Anm. II/7. S. 93. Jonas ist hingegen der Auffassung, die Armee habe die formellen Gespräche aufgenommen, weil sie ihr Ziel verfehlt hatte, die URNG als politische Kraft zu verhindern. Zwar klingt dies auf den ersten Blick wie ein Widerspruch, nichtsdestoweniger kann diese Einschätzung aber tatsächlich doch ein Grund dafür gewesen sein, die ungeliebte Anordnung Serranos doch zu befolgen. Jonas, 2000a: a.a.O. Anm. II/68. S. 85f.

¹¹⁵ Interview mit Rodrigo Asturias, URNG, 18.04.2005.

*eben verhandeln... Wenn man in Sachen Menschenrechten über die Verhandlungen erreichen kann, dass die Anhänger nicht mehr (gewaltsam) verfolgt werden und das im Namen der Menschenrechte von Genf, ... dann konnte das ein taktischer Punkt sein.*¹¹⁶

Nach Pablo Monsanto wollte sich die URNG bis Serrano über den Verhandlungsprozess vor allem militärisch stärken.¹¹⁷ Rodrigo Asturias betont darüber hinaus einen weiteren Aspekt, der vom Militär nicht wahrgenommen wurde. Die Gespräche in diesen Zeiten seien für die URNG eine *Etappe des Sondierens* gewesen. Man habe wissen wollen, wie weit man politisch kommen könne. Schließlich ging es *uns um eine Transformation der Gesellschaft*. Ob aber taktisches Element oder Sondieren, wie zuvor auch in Zeiten von Präsident Cerezo, an einen Frieden als absehbares Ziel dachte die Guerilla noch nicht. Ein Wandel der Position, so groß wie zwischen der alten und neuen Regierung, der ließ sich bei ihr nicht antreffen. Ihre Haltung und die weitreichenden politischen Transformationsziele blieben unverändert bestehen. Im Gegenteil:

*„(Wenn es uns bei den Gesprächen zu schnell ging) dann bremsten wir. ... In diesem Sinne muss man sehen, wie die politisch-militärische Lage der URNG war. Du kannst zu theoretisch dringenden Verhandlungen gehen, ... weil Du kurz vor der Niederlage stehst, (so fühlten wir uns aber nicht) deshalb haben wir niemals feste Termine akzeptiert.*¹¹⁸

Sich Zeit zu nehmen, dies hatte weitere Vorteile. Ausformulierte Positionen zu den mutmaßlichen Lösungen für die politische Krise in Guatemala hatte auch die URNG vor Beginn der Friedensgespräche kaum entwickelt. Dies brauchte seine Zeit, in Arbeit und der entsprechenden Reflektion. So verweist Asturias darauf, dass die Themenliste des Abkommens von Mexiko nach UNO-Vorbildern erstellt wurde. Wörtlich: *Die (Themenliste) kam von der UNO, nach der Vermittlung im Pendelsystem.*¹¹⁹ Ganz offenbar richtete sich die URNG überhaupt in ihrer inhaltlichen Positionsbestimmung nach internationalen Diskussionen aus. Ein weiterer Grund für den Wunsch, viel Zeit haben zu wollen, ist uns schon aus der Zeit des Treffens von Oslo bekannt. Rodrigo Asturias:

*„Das war unsere Obsession das niemals zu tun. Das hätte den Prozess verzerrt. Immer offen lassen und so lange wie möglich. Wir wollten damit eine Stimmung schaffen, um die ganze Gesellschaft zu erreichen.*¹²⁰

Die Serie der ersten Verhandlungen: Mexiko bis Queretaro

Im April 1991, nur vier Monate nach dem Wahlsieg von Jorge Serrano Elias, begannen dann die ersten direkten und offiziellen Verhandlungen zwischen Regierung und URNG. In Mexiko-Stadt, im Juni in Cuernavaca und im Juli in Queretaro trafen scheinbar unvereinbare Verhandlungskonzepte und Erwartungen aufeinander und dennoch, in Mexiko Stadt und in Querétaro einigte

¹¹⁶ Interview mit Migel Angel Reyes, URNG, 17.06.2005.

¹¹⁷ Pablo Monsanto zitiert in: Bonini: a.a.O. Anm. II/18. Seite 197.

¹¹⁸ Interview mit Rodrigo Asturias, URNG, 21.04.2005.

¹¹⁹ Interview mit Rodrigo Asturias, URNG, 18.04.2005. Asturias klärt aber nicht, in welcher Form dies von der UNO kam, als Idee, als schriftlicher Vorschlag, usw.

¹²⁰ Ebenda.

man sich auf erste Abkommen. Im Ablauf, den Inhalten und Ergebnissen der Verhandlungen hinterließ die Kluft zwischen den Kontrahenten aber ohne Zweifel ihre Spuren.

Im sogenannten Abkommen von Mexiko wird ein Verhandlungsablauf festgelegt, der als Ergebnis diplomatischer Bemühungen typisch ambivalente Elemente enthält. Einerseits wird mehrfach betont, dass die Verhandlungen in der *geringstmöglichen Zeit* und *beschleunigt* ablaufen sollen. Andererseits enthält es eine Themenliste, die vor der Unterschrift unter den endgültigen Friedensvertrag zwingend zu behandeln sei, ohne dass sich eine der Parteien zurückziehen könne. Beide Seiten konnten sich damit in Teilen des Textes wiederfinden.

Allgemeine Themenliste (Abkommen von Mexiko)
1. Demokratisierung und Menschenrechte
2. Stärkung der zivilen Macht und Funktion der Armee in einer Demokratie
3. Identität und Rechte der indigenen Völker
4. Verfassungsreformen und Wahlregime
5. Sozio-ökonomische Aspekte
6. Lage der Landwirtschaft
7. Wiederansiedlung der von dem Konflikt entwurzelten Bevölkerung
8. Bestimmungen für einen definitiven Waffenstillstand
9. Chronogramm: Umsetzung, Erfüllung und Überprüfung der Abkommen
10. Unterschrift des festen und dauerhaften Frieden und Demobilisierung

Kontrovers wurde diskutiert, ob der Rahmen der Verfassung eine Grenze für die Verhandlungsergebnisse darstellen solle und auch die Frage der Beteiligung der Zivilgesellschaft. Eigentlich war es ja geradezu ein Ziel der URNG, das Thema des Friedens so weit wie nur möglich in der Gesellschaft zu verankern. Reyes schreibt, dass aber auch innerhalb der URNG Zweifel bestanden hätten, wie groß deren Rolle sein sollte. Letztlich einigte man sich darauf, die Zivilgesellschaft über den Vermittler nur zu informieren.¹²¹ Die langfristig vielleicht entscheidende Bestimmung ist wohl darin zu sehen, dass – wenn auch nur als Beobachter – die UNO zu den Verhandlungen eingeladen wurden. Schon bislang war der internationale Rahmen ein spürbarer Faktor gewesen, ab jetzt war ein internationaler Akteur mit Gewicht den Gesprächen nah.

Die Vorschläge während der Sitzungen kamen in der Regel von der Seite der Guerilla. Wohl in der Hoffnung so die Probleme schneller ausräumen zu können, wartete die Regierung eher auf die Forderungen von der anderen Seite. Darüber hinaus aber hatten zumindest die beteiligten Offiziere und die Guerilla gemeinsame Interessen. Es ging ihnen um etwas, was in anderen Kontexten als Kennenlernen, in diesem Fall aber wohl als Informationsbeschaf-

¹²¹ Reyes: a.a.O. Anm. III/71. S. 60.

fung qualifiziert werden muss. General Benjamin Godoy und Rodrigo Asturias, einer der drei URNG-Kommandanten, betonen in getrennten Interviews, wie *in kurzer Zeit Wissen zum Gegner* angesammelt werden konnte. Dabei gab es aber auch positive Ansätze. Rodrigo Asturias sah zu seiner *Überraschung*, dass die zivilen Vertreter im Verhältnis zum Militär, eine Vorrangstellung anstrebten und die Armee selbst dazu sich im Grunde auch bereit erklärte.¹²²

„Bis 1990 waren wir in unserer Sicht zum Militär Gefangene unserer Analysen. Erst mit Serrano lernten wir die kennen... Wie sahen dabei (in den direkten Gesprächen) schnell die Spaltungen zum Frieden. García und Godoy waren Harte, Balconi und Enríquez eher Weiche... Als wir das Agrarproblem ansprachen, da reagierte die Regierung negativ, die Armee aber sagte, ‚wir haben damit keine Probleme‘.“¹²³

Ob die Regierung erwartete, dass der Prozess komplizierter als erwartet werden konnte? Vor dem nächsten Treffen ließ Serrano einen alternativen Weg ausleuchten. Rodrigo Asturias von der URNG:

„Er (Serrano) schickte mit Asencio Aguirre, einen Schulfreund. Der kam eines Tages und sagte in Cuernavaca: ‚Der Präsident schickt Dir folgende Botschaft. Er ist bereit Euch zu geben, was Ihr wollt, Geld, Sicherheit, alles was Ihr braucht, um zurückzukommen. Außerdem haben wir eine Studie gemacht, ihr hättet gute Chancen an der Urne.‘ Ich habe dann so getan, dass dies ein Witz sei, um das nicht als Beleidigung zu sehen.“¹²⁴

Pablo Monsanto (URNG) erzählt auch von einem Versuch:

„Wir hatten eine Sitzung mit Jorge Serrano (in Venezuela). Nie wurde von diesem Treffen etwas bekannt, denn Serrano kam dort mit einem Angebot, das wir ablehnten. Zunächst einmal bat er uns eine Menge Geld an und dass er uns ohne jede Auflage in das Parteienregister eintragen würde ... er ging sogar so weit uns zu sagen, dass wenn wir nicht genug Leute hätten für eine Partei, dann würde er uns helfen.“¹²⁵

Auf den Treffen selbst machte die zuvor noch gespannte aber dennoch beherrschte Stimmung einer emotionaleren Atmosphäre Platz. Asturias:

„Ich denke (heute), dass (wie die Regierung) auch die Verhandlungsvision der URNG nicht bereinigt war. Das war oftmals eine versteckte Konfrontation, jeden Raum für Angriffe ausnutzend. Aber das war wohl ein Ausdruck des politischen Moments.“¹²⁶

Nach der Themenagenda sollte über Demokratisierung und Menschenrechte gesprochen werden. Die URNG griff mit der allgemeinen Militarisierung und den Menschenrechtsverletzungen an und die Regierungsdelegation aus Mili-

¹²² Interview mit Rodrigo Asturias, URNG, 21.04.2005.

¹²³ Interview mit Rodrigo Asturias, URNG, 18.04.2005. Auch General Benjamín Godoy äußerte sich im Stile der Informationsbeschaffung. 24.05.2005.

¹²⁴ Interview mit Rodrigo Asturias, URNG, 18.04.2005.

¹²⁵ Pablo Monsanto im Interview mit Roberto Bonini (16.03.2006). Abgedruckt in: *Bonini*: a.a.O. Anm. II/18. Seite 246.

¹²⁶ Interview mit Rodrigo Asturias, URNG, 21.04.2005.

tärs und Zivilisten antwortete mit Gegenvorwürfen zum Terrorismus und der Zerstörung der Infrastruktur des Landes. Francisco Villagrán so wie auch andere Unterhändler von Seiten der URNG störten sich dabei vor allem an dem *legalistischen* Verhalten eines Mitglieds der Regierungskommission, der *immer mit Koffern in das Zimmer* kam, in denen angeblich alle Gesetze Guatemalas enthalten waren:

„(Zum Thema Menschenrechte) sagte Viteri, ‚die Regierung ist verfassungsmäßig, die Verfassung respektiert die Menschenrechte und darum respektiert die Regierung die Menschenrechte‘.“¹²⁷

Das Thema der Demokratie sei *bis zur Ermüdung* diskutiert worden. *Gab es schon eine Demokratie? War sie real?*¹²⁸ Nach vier Tagen immer noch ohne Ergebnis schlug die URNG vor, ein Rahmenabkommen zur Demokratisierung zu verhandeln. Einen Monat später wurde dann im Großen und Ganzen eine Liste von Eigenschaften, die die Demokratie in Guatemala haben sollte, als Abkommen von Querétaro unterzeichnet. Unter dem Eindruck dieses zwar relativ unverbindlichen aber doch auch schnell verhandelten Erfolgs debattierten die Unterzeichner dann noch etwas weiter, zum zweiten Teil des ersten Punktes der Agenda, dem Thema der Menschenrechte. Rodrigo Asturias:

„Wir präsentierten unsere Haltung zu den Menschenrechten und griffen die Repression an ... sprachen über die Massaker... Die kamen dann mit der These, sie (das Militär) hätten innerhalb der Verfassung gehandelt... da sei nicht viel zu diskutieren, denn die Menschenrechte seien garantiert‘ und wir riefen daraufhin den Bischof (Quezada Toruño), ‚so könnten die Verhandlungen eigentlich schon direkt abgesagt werden‘ ... Diese Runde war so eine Art Katharsis, die führte sonst zu nichts.“¹²⁹

3.2. Die Friedenspolitik in der Sackgasse

Das Militär

Aus Sicht der Streitkräfte muss sich die Lage schon beinahe paradox angefühlt haben, als deren Repräsentanten sich im Juli 1991 vom mexikanischen Querétaro aus auf den Heimweg machten. Noch immer fühlten sie sich als *Verteidiger der Verfassung*, siegreich im Kampf gegen Terroristen und Kommunisten, die es eigentlich nicht wert seien, mit ihnen an einem Tisch zu sitzen. Und doch saßen sie da. Der doch eigentlich als nahe stehend gewählte Präsident war zugunsten seines Demokratisierungsprogramms, für das er die internationale Gemeinschaft brauchte, ein Stückchen weggerückt, hatte die Armee in gewisser Weise zu den Gesprächen gezwungen. Und ausgerechnet das Thema, das vom Militär als ein simples Propagandainstrument der URNG

¹²⁷ Interview mit Francisco Villagrán, URNG, 22.04.2005. General Balconi, Teil der COPAZ, sah die Delegation zu groß und mit zu vielen Meinungen. *Manchmal war die Lage intern nicht zu bewältigen und wie konnten wir so mit denen diskutieren. Es gab da einen Anwalt unter uns, der kam mit Koffern voller Bücher und Rechtsdokumente, der war ein enger Berater vom Verhandlungsführer. Der Rest von uns wollte nicht immer so (legalistisch) sein.* Interview mit Julio Balconi Turcios, 22.04.2005.

¹²⁸ Reyes: a.a.O. Anm. III/71. S. 61. Ähnlich äußert sich General Julio Balconi, 22.04.05.

¹²⁹ Interview mit Rodrigo Asturias, URNG, 21.04.2005.

gesehen wurde, brachte sie aus dem Aus- und Inland unter Druck – die Lage der Menschenrechte. Mit den Gesprächen in El Salvador und dem Zusammenbruch der Sowjetunion schien das Umfeld sowieso eine politische Lösung zu bevorzugen. Zwar verteidigte die US-Regierung Guatemala vor dem Menschenrechtsausschuss in Genf, aber der US-Kongress hatte schon 1990 jede Militärhilfe untersagt. General Edgar Leonel Godoy sah die Armee in dieser Zeit dementsprechend *von allen Seiten angegriffen*.¹³⁰

Tatsächlich funktionierten seit Beginn der 90er immer mehr Menschenrechtsgruppen im Lande,¹³¹ die über ihre Arbeit wiederum die internationale Lobby effizienter gestaltete. Mit ihrer Hilfe wurde auch in der nationalen Öffentlichkeit das Thema der Straflosigkeit zunehmend diskutiert.¹³² Sogar die staatliche PDH griff ab 1992 die Menschenrechte als Konzept auf, auch wenn sie sich neben dem Schutz der individuellen Rechte auch für die sozio-ökonomischen und die Rechte der Mayas interessierte – gleichfalls Themen der URNG. Im Großen und Ganzen schien sich die Position der im Kriege befindlichen Armee deshalb aber nicht zu ändern. In einem Interview erklärte 1991 General José Domingo García Samayoa, kurz darauf zum Minister befördert, warum das Militär an den Verhandlungen in Mexiko teilgenommen habe:

*„Weil jetzt ist der Dialog Teil der Regierungspolitik... Wir erwarten die Demobilisierung der terroristischen Kriminellen. Also, wir verhandeln in keiner Weise Positionen der Armee. Das Konzept des Dialogs muss man als eine politische Instanz sehen, die es der Guerilla erlaubt, in die Legalität ... zurückzukehren. Während wir ihnen auf dem militärischen Felde ... verständlich zu machen suchen, dass sie auf einem irrtümlichen Wege sind. ... Es kann keine Demilitarisierung geben, wenn es eine von der Verfassung perfekt gestützte Armee gibt...“*¹³³

Hauptziel war also weiter die schnelle Entwaffnung der URNG. Auch die Repression gegen die vermutete politische Opposition im Innern ging weiter. Bombendrohungen und die Entführung einer Guerillera im Juli 1991 machten Schlagzeilen. Wie auch schon früher geschehen wurde die Frau als Teil einer psychologischen Kriegsführung offenbar zuerst gefoltert und dann gezwungen im staatlichen Fernsehen öffentlich der Guerilla abzuschwören.¹³⁴ Unter der rein kriegerisch anmutenden Oberfläche zeigten sich aber doch Risse. Das Militär war sich bewusst, dass *Frieden bedeutete, sich den neuen Umständen anzupassen*.¹³⁵ Intern begann ein Prozess der Reflektion über die Tragweite möglicher Kompromisse zu sondieren. General Balconi:

„Wie sahen schon die Erfahrungen aus (dem Friedensprozess in) El Salvador, wir beriefen interne Sitzungen ein, nach Rängen, zuerst die Generäle... bis zum Grad des Kapitäns geführt, um eine klarere Wahrnehmung

¹³⁰ Interview mit General Edgar Leonel Godoy, 02.06.2005.

¹³¹ Ropp: a.a.O. Anm. II/104. S. 188.

¹³² CEH, 1999a: a.a.O. Anm. II/6. Ziffer 715.

¹³³ General García Samayoa, zitiert nach: Schirmer, 2001: a.a.O. Anm. III/24, S. 405.

¹³⁴ Öttler, 2004a: a.a.O. Anm. I/30. S. 81.

¹³⁵ Interview mit General Edgar Leonel Godoy, 11.11.2005.

*davon zu haben, was die Armee zu dem Prozess denkt. ... Jedes Seminar dauerte etwa 3-4 Tage. Wir diskutierten die Möglichkeit eines zivilen Verteidigungsministers, der Reduzierung der Armee... Mit dieser Klarheit verhandelte die Friedenskommission aus Zivilisten und Militärs weiter. ... (Aber) die Position zur Wahrheitskommission, die haben wir intern (ohne Beteiligung der vielen Ränge) definiert.*¹³⁶

Mindestens zwei Positions- oder Diskussionspapiere wurden zwischen 1991 und 1993 innerhalb der Armee geschrieben. Schon 1991 legte die Armee fest, wo sie Verhandlungsspielraum sieht und wo nicht. Überhaupt keine Flexibilität wurde im Falle der von der URNG geforderten Wahrheitskommission gesehen. Die Gründe: (1) Die Armee-Angehörigen würden den Krieg als gewonnen betrachten, daher würde eine Wahrheitskommission vor dem Hintergrund derjenigen, die in El Salvador geplant sei, den Eindruck vermitteln, dass dieser Sieg abgegeben würde. Und (2) seien die Offiziere alle an der Front gewesen, zu *100 Prozent*. Entsprechend bestünde die Gefahr, dass die auch alle in den Bericht kämen.¹³⁷ General Benjamin Godoy:

*„Am Anfang, 1991/92... alles was uns damals nach Menschenrechtsfragen roch, das war Einmischung, eine Strategie der Guerilla oder der Gruppen, die sich dem Staat gegenüberstellten, deshalb, das Hauptgewicht, das die URNG in den Verhandlungen diesem Thema gaben, das bestätigte uns, dass sie das Thema wie immer manipulierten und dass sie dies weiter tun würden, bis sie sich von den militärischen Schlägen 1988/89 erholen würden, ... wir sagten, die benutzen nur das Menschenrechtsthema. Und dann (wenn sie sich erholt haben) würden sie militärisch wieder in die Offensive gehen und deshalb haben wir während der Sitzungen Offensiven gestartet.“*¹³⁸

Während einerseits die Armee insgeheim begann, den Friedensprozess politisch zu sehen, sahen sich andere Angehörige gezwungen, den Prozess mit Morddrohungen aufzuhalten. In einem Drohbrief der *wahren Söhne der Würde* an mutmaßliche Verräter im Lande, auch der Regierung, hieß es:

„Meine Herren, sie haben erlaubt, dass ihre Kollegen, die Verbrecher von der URNG einen Vorteil aus dem ziehen, was mit dem Blut und dem Schmerz der wahren Guatemalteken gewonnen wurde. .. Amílcar Burgos, wir kennen ihre pro-kommunistische Linie... wir sehen sie als Feind. Sie akzeptieren alles von der URNG und betrügen den Rest der ungläubigen Idioten der (Friedens-) Kommission ... Wir wissen, dass sie über ASIÉS die anti-militaristischsten Thesen unter dem Euphemismus fördern, die zivile Macht stärken zu wollen... Ihr Blut wird das erste sein, was in den Straßen Guatemalas vergossen wird, wenn die Sachen nicht sofort anders werden.... wenn sie den Kreislauf, in dem sie stecken, nicht verlassen, ... werden sie die einzig Verantwortlichen eines neuen Kreislaufs der Gewalt

¹³⁶ Interview mit General Julio *Balconi* Turcios, 15.11.2005.

¹³⁷ Ein Gesprächspartner, der nicht identifiziert werden wollte, überreichte dem Autor die Dokumente für eine knappe Minute zur Ansicht.

¹³⁸ Interview mit General Benjamín *Godoy*, 24.05.2005.

*sein und für den Abbruch des Prozesses der Demokratisierung. Seit wann haben die Terroristen von der URNG uns ihre Bedingungen aufzuerlegen, sie sind doch auf dem Felde geschlagen. ... Das Urteil gilt auch für den Kreis ihrer Liebsten.*¹³⁹

Die URNG

Je ungünstiger sich das Umfeld aus Sicht der Streitkräfte entwickelte, umso mehr arbeitete die Zeit für die URNG. Parallel zum Friedensprozess in Guatemala, in dem 1991 auch ein Beobachter der Vereinten Nationen präsent war, hatte die UNO ein neues Konzept für die Konstruktion des Friedens in Nachkriegsgesellschaften entwickelt. Das im Januar 1992 vorgestellte Konzept sollte die Friedensstrukturen solcher Gesellschaften stärken, damit sich das Geschehene nicht wiederholen könne.¹⁴⁰ Die URNG argumentierte in ihren Verhandlungen, dass die Ursachen des Krieges ausgeräumt werden müssten. Die militärisch deutlich schwächere Guerilla hatte damit einen Blickwinkel, der der Überzeugung der UNO sehr nahe kam, ein Umstand, der ihr durchaus bewusst war. Miguel Angel Reyes drückt das so aus:

*„Die internationale Gemeinschaft hatte eine viel breitere Vision von dem, was in dem Land gemacht werden sollte und die stimmte in erheblichem Maße mit uns überein und darum (so denke ich) richtete sich der Druck vor allem gegen die Regierung.“*¹⁴¹

Das Verhandlungsangebot der Regierung, in ihrem Dokument vom totalen Frieden ausgedrückt, war weit hinter dem UNO-Ansatz zurückgeblieben. Gleichzeitig erfuhr das Land mehr und mehr Aufmerksamkeit. Im Oktober 1992, mit der Wahl der indigenen Rigoberta Menchú zur Friedensnobelpreisträgerin, war Guatemala weltweit in der Presse¹⁴² – und damit eine Geschichte mit Massakern an der indigenen Bevölkerung und Militarisierung.

Eigentlich musste sich die URNG in ihrem politischen Kurs bestätigt fühlen. Tatsächlich erklärten Asturias und Villagrán, mit den Ergebnissen des Abkommens von Mexiko sehr zufrieden gewesen zu sein. Ihnen sei nicht nur die Themenagenda gelungen, sondern auch ein Unterpunkt, nach dem sich niemand einseitig zurückziehen könne, ohne dass alle vereinbarten Themen besprochen worden seien.¹⁴³ Die Guerilla sah den Einstieg in einen langen Prozess also gelungen, während die Regierung gleichzeitig noch immer auf ein schnelles Ende hoffte. Das internationale Umfeld und dieser Einstieg schienen anzuraten, den eingeschlagenen Kurs nicht abzuändern, sondern nur etwas zu perfektionieren. Dabei fällt auf, das Thema der Menschenrechte und der vergangenen Gewalt stand nicht nur bei den Verhandlungen ganz oben – quasi als Folge einer festgelegten Reihenfolge der Themen. Vielmehr wurde

¹³⁹ Der Drohbrief an Burgos und fünf andere Personen liegt dem Autor als Kopie vor.

¹⁴⁰ Pásara, Luis: La especificidad del proceso de paz en Guatemala y sus consecuencias, in: Revista *Debate* 51: A 5 años de la firma de la paz en Guatemala. Un balance crítico. FLACSO. Guatemala 2002. S. 106.

¹⁴¹ Interview mit Miguel Angel Reyes, URNG, 12.05.2005.

¹⁴² Öttler, 2004a: a.a.O. Anm. I/30. S. 80.

¹⁴³ Interview mit Francisco Villagrán, URNG, 13.04.2005.

auch an zwei anderen Fronten¹⁴⁴, auf dem internationalen Parkett und bei den sozialen Bewegungen, mit den Menschenrechten Politik gegen den Einfluss der Armee betrieben. Luz Méndez, zeitweise Mitglied der URNG-Verhandlungskommission:

„Ende der 70er hörten wir erstmals an der Universität den Diskurs der Menschenrechte. Wir studierten ihn damals nicht, benutzten ihn aber. Für die URNG war das anfangs kein besonderes Thema. Es war vor allem wichtig und nützlich als Instrument für internationale Anzeigen. Fundamental war für uns die Transformation der Armee, das heißt die enge Verbindung zwischen Demokratie und Demilitarisierung, ... dann (zweitens) die Transformation der ökonomischen Strukturen. Das dritte wichtige Thema war das der Maya. Die Menschenrechte sollten zu all dem beitragen, ... als wichtige Voraussetzung für andere Prozesse.“¹⁴⁵

Die Menschenrechte waren also nicht nur Selbstzweck, sondern galten als Rahmen für eine weitreichende Transformation des Staates. Darüber hinaus aber versuchte die URNG mit ihrer Hilfe, die Machtkonstellationen zu erreichen, die sie für einen Frieden zu den eigenen Bedingungen zu brauchen glaubte. Orlando Blanco, ein prominentes Mitglied der Menschenrechtsbewegung, zu den Verbindungen der Bewegung zur Guerilla:

„In den 80ern konzentrierte sich die Menschenrechtsarbeit darauf, die Verletzungen international anzuzeigen, dann ab etwa 1987 ... kommt die Organisation von Menschenrechtsorganisationen, um sich der Repression des Staates entgegenzustellen. Ende der 80er beginnt dann der Kampf gegen die (paramilitärische) PAC. ... Zu Beginn der 90er erscheint dann ganz langsam das Thema des Kampfes gegen die Straflosigkeit. ... Die Menschenrechtsbewegung (in dieser Zeit) stand in ihrer Mehrheit direkt oder indirekt mit verschiedenen Persönlichkeiten der URNG in Verbindung. Auf lange Sicht kann man allerdings sagen, was innerhalb des Rahmens der Menschenrechte als revolutionäre Aufgabe gesehen wurde, das war nicht mehr, als die Geltung der Menschenrechte zu fördern. Ein so repressiver Staat sah in der Arbeit der Menschenrechte etwas Subversives ... wie ein Resonanzbogen für die Arbeit der Guerilla.“¹⁴⁶

Nach zwei Monaten Bedenkpause gingen Menschenrechtsgespräche am 19. September ihre zweite Runde. Diesmal aber präsentierte die Guerilla einen schriftlichen Forderungskatalog. Sie verlangte künftigen Respekt der Menschenrechte, Demilitarisierung und Vergangenheitspolitik. Die Themen:

- | |
|--|
| 1. Entschädigung der Opfer. |
| 2. Zwangsverschleppung: ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. |

¹⁴⁴ Die URNG sprach von 4 Fronten ihren revolutionären Kampfes: dem Kampf mit Waffen, über soziale Bewegungen, international und über Verhandlungen. Siehe: *Pásara*, 2003: a.a.O. Anm. III/86. S. 8f

¹⁴⁵ Interview mit Luz Méndez, URNG, 20.04.2005. Auch URNG-Kommandant Asturias betont die Rolle der Menschenrechte als Basis-Thema überhaupt. Mit ihm sollte der *Aufstandsbekämpfungsstaat* in Guatemala direkt *angegriffen* werden. Interview mit Rodrigo Asturias, 21.04.05.

¹⁴⁶ Interview mit Orlando Blanco, Menschenrechtsbewegung, 12.07.2005.

3. Abschaffung der PAC, der Modelldörfer und der Militärkommissare.
4. Abschaffung der Zwangsrekrutierung.
5. Abschaffung des verborgenen Repressionsapparats.
6. Aufhebung des Dekrets 8-86.
7. Eine Mission schaffen, die die Einhaltung des Abkommens überprüft.
8. Justiz: Menschenrechtsverletzer sollen vor Zivilgerichte.
9. Einrichtung einer Wahrheitskommission .
10. Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechtsschützer.
11. Respekt internationalen humanitären Rechts. ¹⁴⁷

Nach diesem Plan wären nicht nur die Opfer entschädigt worden und eine Wahrheitskommission geschaffen. Vor allem hätte so eine hohe Zahl von Menschenrechtsverletzern ihre Amnestie verloren und vor Gericht angeklagt werden können. Teresa Bolaños schreibt in ihrem Buch über diese frühe Phase der Gespräche einen interessanten Kommentar, den ihr ein Kollege der Nationalen Aussöhnungskommission direkt nach der Präsentation der URNG gemacht habe. Dieser Vorschlag gehe so weit, dass er *keine Antwort* habe. Und außerdem scheine die *UNO Teil des Prozesses* werden zu wollen, das sei ein Dokument, das *sicher von außen geschrieben* worden sei.¹⁴⁸ Interessant ist dabei vor allem, dass die Anwesenden diesen Eindruck hätten haben können – die UNO hinter den Forderungen der URNG. Das gäbe der Guerilla und ihrem Ansinnen natürlich eine besondere Autorität.

Bis Ende des Jahres 1991 gelangen deutliche Fortschritte in dieser Liste. Blockiert blieben nur die Punkte, die (a) aus Sicht des Militär die Fortführung des Krieges schwieriger gemacht hätten (die sofortige Geltung der Überwachungskommission, die Abschaffung von PAC und Militärkommissaren)¹⁴⁹ und jener, der das Ansehen der Institution schädige – (b) die Wahrheitskommission. Auf die Forderung, frühere Amnestien zurückzunehmen, verzichtete die URNG. Dies sei überhaupt *nicht durchsetzbar* gewesen, erklärt Kommandant Asturias.¹⁵⁰ Rein theoretisch hätten die Offiziere jetzt keine Angst vor Prozessen mehr haben müssen. Dennoch geriet an dieser Stelle der Prozess dann doch ins Stocken.

Was war passiert? Nun, ein erster Teil der Antwort muss anerkennen, dass die Grenzen des Verhandlungsspielraums aus Sicht der Armee wohl eindeutig überschritten waren. Noch im Dezember 1991 war durchgesickert, was im Januar offiziell wurde. Die Friedensverträge in El Salvador sahen nicht nur die Reduzierung der Streitkräfte und neue Sicherheitsorgane unter Einbeziehung

¹⁴⁷ Diese Liste ist paraphrasiert aus einem Buch von Bolaños übernommen. *Bolaños de Zarco, Teresa: La culebra en la corbata. Guatemala 1996. S. 260.*

¹⁴⁸ Ebenda: S. 261.

¹⁴⁹ Asturias erinnert sich, dass die Armee Angst gehabt habe, dass die Guerilla ohne die PAC wieder in die Offensive gehen würde. Interview mit Rodrigo *Asturias*, 17.05.2005. Eine gewisse Sorge bestätigt auch General Benjamin *Godoy*. 24.05.2005.

¹⁵⁰ Interview mit Rodrigo *Asturias*, URNG, 17.05.2005.

der Guerilla vor. Vielmehr wurden auch Säuberungen der Streitkräfte auf den Weg gebracht und sogar eine Wahrheitskommission, die Schuldige von Menschenrechtsverletzungen namentlich nennen durfte¹⁵¹ - alles Bestimmungen, die Alpträume des guatemaltekischen Militär in El Salvador wahr werden ließen. Statt einer Feuerpause näher zu kommen, verhandelten die Parteien in Guatemala derweil Themen der Guerilla, die das Militär als Institution und die Zukunft ihrer Angehörigen in Gefahr brachte. Noch in heutigen Interviews spiegelt sich wieder, dass die Nerven vieler Armee-Angehörige damals sehr gespannt gewesen sein dürften. General Balconi:

„Die Ad Hoc Kommission (die das Verhalten der Armee in El Salvador überprüfte), die war für uns eine ganz schreckliche Sache, da sollten Zivilisten gegen Offiziere ermitteln und wir meinten, das sollten dann Nationale sein und nicht Ausländer und aufgrund welcher Information sollten die sagen, dass der bleibt und der andere geht. Uns schien, das war eine Kommission, die man in Guatemala manipulieren könnte, schließlich befürchteten wir, dass die Armee verschwinden könnte.“¹⁵²

General Otto Pérez Molina:

„Wir sahen, dass die URNG nicht wirklich an einem seriösen Prozess interessiert war, ... sahen ihre Positionen radikal, als gegen die Armee gerichtet, ... um diese in gewisser Weise zu zerstören... die wollten gar einen Putsch provozieren.“¹⁵³

Ein Besuch bei der Armee in El Salvador, im Dezember 1992, verstärkte nur die Ablehnung internationaler Überprüfung und von Wahrheitskommissionen. Eine deklassifizierte Analyse der US-Botschaft verdeutlicht die Ängste der Offiziere. Selbst wenn nämlich ein Bericht keine Namen nenne, könne die Verantwortung dennoch festgestellt werden, schließlich sei nachzuvollziehen, wer wann auf welchen Posten gewesen sei. Die URNG hingegen habe verborgene Strukturen. Und sogar wenn der Bericht von vornherein verschlossen würde, irgendwann würde er geöffnet werden und den Versöhnungsprozess behindern, so zitiert die Analyse das Befinden vieler Offiziere.¹⁵⁴

Regierung (und Akteurskonstellation)

Die Lage für die zivile Regierung und für die Verhandlungen an sich, war unter diesen Umständen sehr verzwickelt. Die zwei großen Fragen waren, (a) wie die URNG zu einem schnelleren Vorgehen bewegt werden könnte und (b) wie zu erreichen sei, dass die Kompromissbereitschaft der Regierung das Verhältnis zum Militär nicht zu sehr belaste. Die Antwort auf diese doppelte Herausforderung konnte nur mehrgleisig sein, denn die Regierung war gegenüber den faktischen Mächten des Landes, dem Privatsektor und dem Militär,

¹⁵¹ Öttler, 2004a: a.a.O. Anm. I/30. S. 80.

¹⁵² Interview mit General Julio *Balconi* Turcios, 14.04.2005.

¹⁵³ Interview mit Otto *Pérez* Molina, General und Mitglied der COPAZ (1996), 30.05.2005.

¹⁵⁴ *Grandin*, Greg (Hrsg.): Denegada en su totalidad. Documentos Estadounidenses. AVANCSO. Guatemala 2001. S. 271.

noch immer sehr schwach. Jede Politik – so der Serrano-Vertraute, Burgos – musste sich in kleinen Schritten politische Handlungsspielräume erarbeiten.¹⁵⁵

Im Rahmen des Friedensprozesses konnten vier miteinander verzahnte Angriffsflächen identifiziert werden, mit denen die politischen Ziele und gleichzeitig auch die Spielräume ins Visier genommen wurden. Die Regierung versuchte (1) den für sie so schädlichen Menschenrechtsdruck zu verringern und (2) der Guerilla auch auf andere Weise Protagonismus zu nehmen. Gleichzeitig galt es offenbar aber auch, (3) den Handlungsspielraum der Streitkräfte einzuengen und – zugunsten von Demokratie und Entwicklung – (4) die internationalen Beziehungen zu verbessern. Einige Beispiele:

Zu Beginn seiner Amtszeit hatte Serrano schon einmal in die Militär-Hierarchie eingegriffen und eine voraussichtlich genehmere Person als Verteidigungsminister ausgesucht. Aber General Mendoza stellte sich dem Friedensprozess in der vorgesehenen Form entgegen. Immer wieder kam es zu Diskussionen. Im Dezember 1991, am Vorabend der Friedensverträge in El Salvador löste Serrano ihn dann zugunsten von García Samayoa ab. Schon wieder ein Eingriff, der logischerweise Auswirkungen auf das innere Gefüge der Armee hatte.¹⁵⁶ Danach, so Burgos, habe die Regierung einfacher agieren können.¹⁵⁷

Das Thema Frieden hatte überhaupt eine relativ eigentümliche Akteurskonstellation zur Folge. Formell hatte sich das Militär zwar in Sachen Menschenrechte und Verhandlungsführung untergeordnet, aber – wie Burgos sagt – die Zeit war für Reformen mehrerer Themen der Demilitarisierung *noch nicht reif*.¹⁵⁸ Die PAC, die Militärkommissare, eine neue Funktion der Armee und die Rolle des Militär in der inneren Sicherheit – nicht nur der mögliche Widerstand der Armee, vor allem aber auch die Fortführung des Krieges machten Reformen hier sehr schwer vorstellbar. Faktisch engte all' das den zivilen Verantwortungsbereich der Regierung ein, denn die Krieg war noch immer Aufgabe allein der Armee. Krennerich sieht bis Mitte der 90er, also bis Ankunft der UNO-Überwachungskommission Ende 1994, die Kontrolle auf dem Lande sehr stark, der Rechtsstaat überhaupt sei sehr eingeschränkt gewesen.¹⁵⁹

Die Regierung Serrano, inmitten ihres Versuchs die alte Prädominanz des Militärs über die zivile Macht umzukehren, sah sich auch in Opposition zur zweiten Elite des Landes - der organisierten Unternehmerschaft. Dabei beurteilte

¹⁵⁵ Interview mit Amílcar Burgos, 20.07.2005.

¹⁵⁶ So einfach traute sich aber offenbar auch Serrano nicht, in die Hierarchie einzugreifen. General Morris De León Gil erzählt, wie ihn Serrano befragt hätte, ob die Armee einen erneuten Wechsel an der Spitze akzeptieren würde. Ja, sei die Antwort gewesen. Dann habe der Präsident sich nach möglichen Nachfolgern erkundigt. Interview vom 16.05.2005.

¹⁵⁷ Interview vom 14.04.2005. Erstaunlicherweise ist in dieser Frage die Perzeption der URNG eine ganz andere. Mehrere Interviewte sehen García Samayoa als Mitverantwortlichen für die kommenden Blockaden bei den Friedensgesprächen. Tatsächlich begann dieser zur Überraschung der Guerilla diese nach Amtsantritt im Diskurs hart anzugreifen. Ohne Frage hat sich der neue Minister der Regierung also augenscheinlich deutlicher untergeordnet als sein Vorgänger. Offen bleibt, ob seine Haltung mit Serrano abgesprochen war oder auf indirekten, verdeckten Widerstand hinweist.

¹⁵⁸ Interview mit Amílcar Burgos, 20.07.2005.

¹⁵⁹ Krennerich: a.a.O. Anm. II/17. S. 309.

die ihr Verhalten prinzipiell nicht so schlecht.¹⁶⁰ Schließlich hatte Serrano mit Grundzügen der Wirtschaftspolitik seines Vorgängers ein Ende gemacht. Während der Harten aus Militär und Unternehmerschaft, 1992 und 1993 Abkommen mit der URNG noch völlig ablehnten,¹⁶¹ waren die anderen mal gegen einen schnellen Frieden,¹⁶² dann für Verhandlungen, aber nur nach der Abgabe der Waffen und schließlich gegen die Verhandlungen.¹⁶³

Der Schlüssel für die Position und die schiere Möglichkeit in dieser Konstellation einen Friedenskurs aufzunehmen, der lag in dem günstigen internationalen Umfeld. Als erklärter Alliiertes zu diesen Akteuren sah sich Serrano nicht. Aber vor dem Hintergrund des allseits wahrgenommenen Friedenswillens dieses Umfeldes, gelang es Serrano vielfach, Frieden und Demokratie begünstigende Interaktionen mit dieser Gemeinschaft zu unternehmen. Derweil traf sich Serranos Friedenskommission, die COPAZ aus fünf Zivilisten und fünf Militärs,¹⁶⁴ zwar oftmals mit Vertretern des Privatsektors, aber zuhören sollte nur eine Seite. Amílcar Burgos:

„In dieser Periode (Serrano) und auch in der nächsten hatten wir mehr Sitzungen mit dem Privatsektor als der Guerilla selbst... und die sahen das mit Vorbehalten, denn wir berücksichtigten sie nicht bei der Formulierung der Politiken, sondern wir informierten sie nur über die Vorgänge.“¹⁶⁵

Um Spielräume für die Regierung ging es auch bei den Menschenrechten:

„Die internationale Inspektion war eine Alliierte der Kontrolle von Missbräuchen und all diese Sachen, die der Regierung Legitimität kosteten, uns Möglichkeiten zu Demokratisierung und Frieden beraubte.“¹⁶⁶

Gleichzeitig bemühte sich Serrano aber auch ganz persönlich, die Straflosigkeit zu bekämpfen und damit die Armee zum Respekt der Menschenrechte zu bewegen. Ohne sichtbaren Widerstand der Armee wurden mehrere ihrer Angehörigen wegen Mordes oder anderer Delikte vor Gericht gestellt und teils verurteilt. In einem Fall von sieben-fachem Mord half das Oberkommando bei der Aufklärung. Allerdings hatte gerade diese Gewalttat keinen Kriegshintergrund. Serranos Druck in diesem sonst eher mit der Guerilla identifizierten

¹⁶⁰ Dies bestätigt im Interview Carlos *Vielmann*, damals und heute wichtiger Repräsentant dieses Sektors. 15.04.2005.

¹⁶¹ *Jonas*, 2000a: a.a.O. Anm. II/68. S. 180.

¹⁶² CACIF-Vize Carlos *Vielmann* befürchtete, dass die URNG auf diese Weise zu viele Zugeständnisse aushandeln könnte. Siehe: *Öttler*, 2004a: a.a.O. Anm. I/30. S. 80.

¹⁶³ *Pásara*, 2003: a.a.O. Anm. III/86. S. 21f. In einer Erklärung vom 28.03.1993 und einem Brief an den Präsidenten aus dem Monat Mai stellte der Unternehmerverband CACIF die Verhandlungen mit der Guerilla in Frage und bat darum, zu der Haltung von Cerezo, also Gespräche erst nach vorheriger Entwaffnung, zurückzukehren. McCleary sieht gerade in der Tatsache, dass Serrano den Frieden nur für sich, also in seiner Regierung wollte, als einen Grund für die Distanz des Themas zur Gesellschaft. *McCleary*: a.a.O. Anm. II/74, S. 93f.

¹⁶⁴ Zivilisten: Manuel Conde Orellana, Ernesto Viteri Echeverría, Manolo Bendfeld Alejos, Amílcar Burgos Solis, José Luis Asensio. Militärs: General Edgar Godoy Gaitán, General José Domingo García Samayoa (der nächste Verteidigungsminister), General Mario René Enríquez Morales (darauf folgend Verteidigungsminister), Oberst Marco Antonio González Taracena (auf Enríquez folgender Minister), Oberst Julio Arnoldo Balconi Turcios (auf González Taracena folgender Minister).

¹⁶⁵ Interview mit Amílcar *Burgos*, 14.04.2005. Dies bestätigt auch Mario *Permeth*, 06.04.2005.

¹⁶⁶ Interview mit Amílcar *Burgos*, 20.07.2005.

Thema scheint toleriert aber letztlich doch nicht akzeptiert worden zu sein. In mehreren Fällen gelang es einmal verurteilten Soldaten aus dem Militärgefängnis zu fliehen. Serrano persönlich verhörte die vermutlich verwickelten Offiziere, einen von ihnen, Marco González Taracena, löste er gar von seinem Posten ab. Gut drei Jahre später, unter der Regierung De León Carpio wurde eben dieser als friedensfreundlich geltende Offizier dennoch Minister.¹⁶⁷

Internationale Beobachtung und nationale Strafverfolgung sollten das Verhalten zu ändern helfen. Auf dem internationalen Parkett aber probten Zivilisten und Regierung den Schulterchluss:

„(Serrano) gründete die präsidentiale Koordinationsinstanz für Menschenrechte (Copredek), um sich gegen alle Anschuldigungen gegen den Staat Guatemala zu verteidigen, das heißt sie leugnen zu können.“¹⁶⁸

Die Menschenrechtsberichte ab Ende des zweiten Regierungsjahres signalisieren, dass tatsächlich Anstrengungen unternommen wurden. Strukturelle Bedingungen würden jedoch weiter Ermittlungen und Strafverfahren verhindern.¹⁶⁹

Die Öffnung nach außen brachte aber nicht nur die gewünschten neuen Spielräume. So wichtig das Thema auch von der Regierung gesehen wurde, für sie war es doch nur ein Thema von mehreren. Die internationalen Akteure hingegen begann, den Frieden ins Zentrum der Kooperation zu stellen. Ricardo Stein, in der Regierung Arzú mit dem Thema vertraut, sieht diese Entwicklung in ganz Zentralamerika. Auch in El Salvador und Honduras sei die Entwicklungszusammenarbeit von denselben Kriterien geleitet worden:

„Das Interesse (der Regierung am Thema des Friedens) war so groß, dass in dieser Zeit die großen Investitionsfonds eingerichtet werden, der Friedensfonds, usw. ... Es wurde auch der erste Beauftragte für die Internationale Kooperation eingerichtet. ... (Aber dennoch) Mit einem enormen Nachteil, die Agenda war mehr internationale als national. ... Guatemala war zu dieser Zeit zu schwach, um eine Verhandlung über ihre eigenen Bedürfnisse führen zu können. ... Auch als dann De León Carpio (als nächster Präsident) folgt, die Fähigkeit Guatemalas sich gegenüber der internationalen Kooperation zu artikulieren, die war unglaublich schwach. ... Dazu kam, dass die staatlichen Institutionen begannen, untereinander (um die Kooperation) zu konkurrieren.“¹⁷⁰

Nach Monaten ohne direkte Friedensgespräche platzte im Mai 1992 in diese Atmosphäre der Gesamtvorschlag der URNG für einen verhandelten Frieden. Erstmals wird damit schriftlich verdeutlicht, wohin aus ihrer Sicht die Verhandlungen gehen sollten – zu einem Frieden, der die Ursachen des Krieges behandle. Geschrieben in einem verständnisvollen und kooperativen Ton, listet

¹⁶⁷ McCleary: a.a.O. Anm. II/74. S. 154ff.

¹⁶⁸ Interview mit Víctor Hugo Godoy, 08.07.2005. McCleary kommt in ihrer Publikation zum selben Schluss. McCleary: a.a.O. Anm. II/74. S. 156. Copredek aus dem spanischen: *Comisión Presidencial de Coordinación de Derechos Humanos*.

¹⁶⁹ McCleary: a.a.O. Anm. II/74. S. 159.

¹⁷⁰ Interview mit Ricardo Stein, 16.12.2005.

die URNG eine Kette von Perspektiven für die Demokratisierung des Staates auf, die Teil des Friedens sein sollte: darunter die Stärkung der zivilen Macht und die neue Funktion der Armee, Reformen zugunsten der Maya-Bevölkerung, sozio-ökonomische Politik und – sehr detailliert – Verfassungsreformen. Nach den Worten von Rodrigo Asturias habe die URNG damit den Eindruck vermeiden wollen, dass es ihr um eine Zerstörung der Armee ginge, ohne wirklich am Frieden interessiert zu sein.¹⁷¹ Die Regierung war aber weiterhin nicht daran interessiert, die politische Entwicklung des Landes an die Friedensabkommen zu binden. In ihrer Antwort besteht sie auf einen schnellen Frieden und lehnt vor allem Verhandlungen zu den Themen zivile Sicherheit und die Funktion des Militärs ab – ein weiterer Schulterschluss.

Angesichts dieser Blockaden – so Burgos – versuchte die Regierung die ausstehenden zwingenden Probleme des Friedensprozesses auch ohne die URNG anzugehen, zum Beispiel das Flüchtlingsabkommen zwischen der Regierung und den Flüchtlingsverbänden vom Oktober 1992:

„Aus Sicht der Regierung war dieses (Flüchtlingsabkommen) dazu da, um der nationalen und internationalen Gemeinschaft zu zeigen, die Sachen werden wieder geordnet.“¹⁷²

Aber nebenbei konnte so auch ein Signal an die URNG gesandt werden.

„Wir mussten der URNG und der internationalen Gemeinschaft zeigen, dass wir die Probleme wirklich lösen wollten. Aber das war bei der Guerilla nicht immer willkommen, weil ihnen das gleichzeitig Bedeutung nahm, obwohl das nicht unser Hauptmotiv (aber doch eines) war.“¹⁷³

In der Praxis zeigt gerade dieses Beispiel, auf welchem delikatem Terrain sich der gesamte Friedensprozess dieser Zeit bewegte. Ricardo Stein:

„Für die Regierung waren (die Flüchtlinge) klar zivile Bevölkerung. Aus der Sicht des Militärs war (das Thema der Wiedereingliederung der Flüchtlinge) eine taktische Bewegung der Guerilla, mit dem Ziel ein befreites Territorium im Norden des Landes zu organisieren, Massen der revolutionären Bewegung, eine fünfte Kolonne.“¹⁷⁴

Die Öffnung nach außen, hin zu einer zum Frieden geneigten internationalen Umwelt, konnte die engen Spielräume der Regierung zu Militär und Unternehmern nur vergrößern helfen. In derselben Logik regte Serrano Anfang 1993 die Gründung der sogenannten *Gruppe der Freunde* (des Friedensprozesses)¹⁷⁵ an. Die URNG sah diesen Schritt als Teil einer Offensive der Regierung an. Militärisch auf dem Felde und politisch über einen erneuten Vorschlag sollte die Guerilla zu einem schnelleren Frieden bewegt werden. Darin akzeptierte Serrano ein Menschenrechtsabkommen, das auch Elemente der

¹⁷¹ Interview mit Rodrigo Asturias, URNG, 17.05.2005.

¹⁷² Interview mit Ricardo Stein, Mitarbeiter der Regierung Arzú, 13.05.2005.

¹⁷³ Interview mit Amilcar Burgos, 20.07.2005.

¹⁷⁴ Interview mit Ricardo Stein, 13.05.2005.

¹⁷⁵ Die *Grupo de Amigos* bestand zu Anfang aus 5 Mitgliedern, ausländischen Staaten, die den Friedensprozess näher verfolgen sollten.

Demilitarisierung enthielt und bot auch erstmals an, die Einhaltung sofort, also noch vor Unterschrift unter den Frieden überprüfen zu lassen. Bedingung: Die Guerilla müsse sich im Gegenzug verpflichten, die Verhandlungen zu allen weiteren Themen auf 90 Tage zu beschränken. Danach müsse sie den Frieden unterzeichnen. Sogar eine Wahrheitskommission schien Serrano akzeptieren zu wollen. Einem deklassifizierten Dokument zufolge wäre die Kommission von der nationalen PDH eingerichtet worden, mit einem Bericht ohne Namen und auch ohne die Möglichkeit strafrechtlicher Konsequenzen – eine Version *light*. Aber die URNG blieb hart.¹⁷⁶

Offene Frage: ein Putsch

Die Offiziere Otto Pérez Molina, Edgar Leonel Godoy und auch der Zivilist Amilcar Burgos sahen im Verhalten der Guerilla die Absicht, einen Putsch zu provozieren. Verstehen kann man diesen Vorwurf schon. Tatsächlich gibt Francisco Villagrán von der URNG zu, dass man *einen Putsch in Kauf genommen* hätte,¹⁷⁷ aber mehr in dem Sinne, dass man gewisse Positionen auf keinen Fall verhandeln und an die möglichen Konsequenzen einfach nicht denken wollte. Überzeugt davon, militärisch ein technisches Unentschieden erreicht zu haben, getragen von der Isolierung des Militär und auf der Welle einer internationalen Diskussion, die substantielle Abkommen zu empfehlen schienen, konnte das anhaltend konfrontative Verhältnis der Kontrahenten zu nichts anderem führen. Einen Putsch als bewusstes Ziel strebte die Guerilla an sich also wohl nicht an, aber wenn er doch gekommen wäre, dann wäre auch dies für sie eben nur Teil des militärischen und politischen Krieges gewesen.

Die Regierungszeit Serrano zeichnet sich durch eine weitere Anpassung im Rahmen der Akteurskonstellation aus. Soziale Organisationen und Menschenrechtsgruppen bauten ihren Einfluss schrittweise aus. Wie erwähnt, stabilisierte sich damit der nationale Partner für die internationale Menschenrechtsarbeit. Interne Diskussionen der UNO, wie mit Nachkriegsgesellschaften umzugehen sei und ihr Interesse an Menschenrechten griffen erheblich in die Machtbalance ein, vor allem auch deshalb, weil die Regierung die internationale Gemeinschaft zum Teil auch für den Zweck suchte, ihren eigenen politischen Spielraum gegenüber der Armee ausbauen zu können. Die Guerilla profitierte von diesem Interesse. Das Thema der Menschenrechte spielte in dem Kontext eine augenscheinlich widersprüchliche Rolle. Einerseits gelang es damit, den Machtanspruch der Armee zurückzudrängen, andererseits zeigte gerade dieses Thema unter Serrano auch dem Frieden seine Grenzen auf. Der spätere Präsident Ramiro De León Carpio, zu diesem Zeitpunkt noch Chef des nationalen Menschenrechtsbüros, wies intern mehrfach auf die Zweigleisigkeit hin: Ana de Molina, zeitweise seine Finanzministerin, erzählt:

¹⁷⁶ *Grandin*: a.a.O. Anm III/154. S. 269f. Die URNG verlangte eine sofortige Überwachung des Menschenrechtsabkommens, ja, aber die UNO solle überwachen und die weiteren Verhandlungen sollten unter Teilnahme von Sektoren der Zivilgesellschaft alle substantiven Fragen ohne Druck klären. Genau so lief es tatsächlich später ab.

¹⁷⁷ Interview mit Francisco *Villagrán*, URNG, 22.04.2005.

„Ramiro (De León) erzählte mir, immer wenn er das Militär beinah von etwas überzeugt habe, was Repression angeht oder auch den Frieden, dann käme die Arbeit der Menschenrechtsbewegung dazwischen. ‚Die sind radikal und radikalisierten so einige Militärs, AVEMILGUA zum Beispiel, im Sinne von, ‚die anderen wollten nur die Armee zerstören, eben über Menschenrechte‘. Das schädige die Gruppe pro Frieden.“¹⁷⁸

Im Zuge der Verhandlungen begann die Armee aber gleichzeitig ihre primären von sekundären Interessen zu unterscheiden. Strafverfolgung und Wahrheitskommission nein, aber dafür begann sie – wenn auch noch widerwillig –, andere Menschenrechtsstandards zu akzeptieren.

Im Mai 1993 kam der schon zuvor befürchtete Putsch aber dann doch, von Serrano selbst organisiert. Die Friedenspolitik der Regierung hatte weniger damit zu tun, auch wenn Burgos zugibt, dass die Sackgasse in den Verhandlungen Serranos Spielraum eingeengt hätte.¹⁷⁹ Andere Politiken hatten anhaltende Proteste gegen die Regierung ausgelöst und der Kongress dieser Zeit – *korrupt* und *von persönlichen Interessen* geleitet¹⁸⁰ – machte dem Präsidenten das Regieren immer schwieriger.

4. 1993-95: De León - kleine Spielräume, große Schritte

In den Tagen nach dem Selbstputsch lebte Guatemala ein Fieber gesellschaftlicher Organisation und Artikulation zugunsten der Aufrechterhaltung der verfassungsrechtlichen Ordnung.¹⁸¹ Sehr schnell organisierte sich eine breite Abwehrfront sozialer Organisationen, die sich mit dem Privatsektor zur *Nationalen Konsensinstanz*¹⁸² zusammenschlossen. Die Drohung der USA, Deutschlands und anderer Länder, weitere Kredite zu blockieren oder den Handel einzuschränken, haben wohl in entscheidenden Momenten dazu beigetragen, den zum Teil noch unentschlossenen Privatsektor zum entschiedenen Handeln gegen den Putsch zu bewegen.¹⁸³ In den Jahren von Serrano war nicht nur die Regierung zunehmend von internationalen Geldgebern abhängig geworden, auch der Privatsektor hatte begonnen, sich wirtschaftlich nach außen zu orientieren. Das Militär wiederum war gespalten, zwischen einer vorsichtigen Linie zugunsten des Putsches, vor allem im Oberkommando, und einer aktiven dagegen. Während der knapp zwei Wochen anhaltenden Krise und ihrer Lösung stand die URNG abseits, ein Beweis, dass der *Demokratisierungsprozess* ein *Eigenleben* genommen hatte.¹⁸⁴

¹⁷⁸ Interview mit Ana de Molina, Finanzministerin in der Regierung De León, 29.04.2005.

¹⁷⁹ Interview mit Amílcar Burgos, 14.04.2005. Auch Ricardo Stein, in jener Zeit Regierungsfunktionär, sieht die Friedenspolitik nicht als Auslöser. 13.05.2005.

¹⁸⁰ McCleary: a.a.O. Anm. II/74. S. 336.

¹⁸¹ Azpurú spricht von demokratischer Reorganisation. Azpurú: a.a.O. Anm. III/43. S. 109. Für eine ausführliche Beschreibung der Vorgänge, siehe: McCleary: a.a.O. Anm. II/74.

¹⁸² Spanisch: *Instancia Nacional de Consenso*.

¹⁸³ Jonas, 2000^a: a.a.O. Anm. II/68, S. 94.

¹⁸⁴ Azpurú: a.a.O. Anm. III/43, S. 110.

Der vom Kongress neu gewählte Präsident, Ramiro de León Carpio, erfüllte gleich mehrere Bedingungen. Am Tage zuvor noch Menschenrechtsprokurator, war seine Wahl ein Signal des guten Willens an die internationale Gemeinschaft und die Regierungskritiker überhaupt. Gerade ihn als Präsidenten zu haben, gestützt von einer jetzt verfassungstreuen Armee, gab der zuvor noch von schweren Menschenrechtsvorwürfen gebeutelten Institution jetzt eine Atempause. Zudem stammte De León ursprünglich aus dem ultra-konservativen MLN, langjährige zivile Alliierte der Streitkräfte, und hatte auch gute Beziehungen zu vielen Unternehmern¹⁸⁵ - ein Präsident für jeden Geschmack. Mit einer Ausnahme, die URNG gab sich in Sondierungsgesprächen 1993/94 gar nicht glücklich. Sie sahen den Präsident absolut vom Militär abhängig.¹⁸⁶

4.1. Frieden: Wille und Wahrnehmung des inneren Kreises

Die Folgen des Putsches ließen sich allein mit seinem Amtsantritt und dem Austausch des Oberkommandos der Armee aber nicht beseitigen. Das Land schien noch unter Schock zu stehen, soziale Unruhen und der offensichtliche Legitimitätsbruch lasteten auf dem politischen System. An Friedensverhandlungen oder an die sowieso geschlagen geglaubte Guerilla wurde in diesem Moment kaum gedacht. Ana Ordoñez de Molina, in verschiedenen Regierungspositionen enge Mitarbeiterin des Präsidenten:

„Das war eine wirklich komplizierte Situation. Gewalt, soziale Unruhen, in dem Moment musste das Schiff erst stabilisiert werden, es durfte nicht sinken. ... Auf dem Spiel standen die Institutionalität, der Rechtsstaat überhaupt. ... (Und danach) hatte Ramiro (der Präsident) den Prozess des Aufbaus im Sinne, praktisch die Konstruktion eines neuen Staates“¹⁸⁷

De Molina betont, dass der Frieden schon zu Anfang als wichtig eingestuft wurde, aber zunächst habe die Notlage die Agenda bestimmt. Tatsächlich blockierte das Thema der Säuberung der Institutionen von korrupten Mitgliedern die Arbeit des Präsidenten ohne Partei über Monate hinweg. Ein Urteil des Verfassungsgerichts zwang De León letztlich zu einem Kompromiss.

„Ich persönlich habe den Frieden immer als Ergebnis der Gerechtigkeit gesehen. Man muss also ökonomische Gleichheit anstreben, kulturelle und sozio-ökonomische Rechte. Guatemala muss gegen die Armut kämpfen. ... Der Präsident sah das ganz ähnlich.“¹⁸⁸

Auch ohne aktiven Friedensprozess verfolgte die Regierung also Arbeitslinien, die den Aufbau eines funktionalen demokratischen Systems zum Ziel hatten. Ihr Entscheidungsspielraum für solche Maßnahmen ließ aber noch zu wünschen übrig. Von *relativer Macht* spricht de Molina in diesem Zusammenhang:

¹⁸⁵ Interview mit Arnoldo Ortiz Moscoso, zeitweise Innenminister der Regierung De León, 11.11.2005.

¹⁸⁶ Jorge Rosal und Rodrigo Asturias, abgedruckt in: Bonini: a.a.O. Anm. II/18, S. 37 und 42.

¹⁸⁷ Interviews mit Ana de Molina, 22.04 und 29.04.05. Carlos Viemann, damals Repräsentant der Unternehmervverbände, sah Ana de Molina neben dem Friedensbeauftragten Hector Rosada und General Otto Pérez Molina als das *Küchenkabinett*, also die engsten Mitarbeiter des Präsidenten. 15.04.05.

¹⁸⁸ Interview mit Ana de Molina, 22.04.2005.

„Wenn man dort drin ist (in der Regierung), dann weiß man, dass es reale Mächte gibt, die Armee und der ökonomische Sektor. Das ist alles Teil einer langen Geschichte und nur weil wir da sind, wird sich das nicht sofort ändern.“

Der Autor: *Das heißt, man überlegt man seine Spielräume, nimmt sich etwas zurück und konzentriert sich auf strategische Aktionen?* De Molina:

„Ganz genau. ... (Wir haben darauf reagiert) Am Anfang über eine Annäherung an den Militärssektor.“¹⁸⁹

4.2. Demilitarisierung – ein zunächst fruchtloser Versuch

Auch wenn der Präsident in seiner Amtszeit ein enges Verhältnis zu seinem militärischen Oberkommando pflegte, so versuchte er zu Anfang dennoch, erste Maßnahmen zur Demilitarisierung anzutreiben. Noch gut ein Jahr nach Amtsantritt rief er die Armee öffentlich dazu auf, eine kleine aber dafür besser ausgestattete Institution zu werden. Dabei war ein erstes Experiment zu diesem Zeitpunkt schon gescheitert – ein Innenministerium unter ziviler Kontrolle. Monate zuvor hatte De León Carpio den Anwalt Arnoldo Ortiz Moscoso mit dem Argument, das Ministerium brauche eine zivile Führung, zur Übernahme des Ministeramtes überredet. Er erwartete *Reformen* von mir, sagt Ortiz, und unausgesprochen nahm ich an, dass er mit meinem Plan der Demilitarisierung von Innenministerium und Polizei einverstanden war. Woher Ortiz wohl den Mut hernahm? *Wir wussten in der Zivilgesellschaft, dass über diese Themen bereits gesprochen worden war, wir wussten in welche Richtung das ging,* sagt Ortiz. *Das hat uns natürlich gestärkt.¹⁹⁰*

Die Polizei sei damals nämlich nicht etwa vom Militär kontrolliert, sondern gar vollkommen beherrscht gewesen. Drei Ziele habe er gehabt. Nach Jahrzehnten der Repression gegen soziale Organisationen wollte er unter anderem die Sicherheitsbehörde wieder an diese Organisationen annähern.

„(Vor allem aber wollte er), die Institution total der Kontrolle der Armee zu entziehen. ... Jeder Armeeeoffizier, der dem Ministerium zugeordnet war, der erfuhr vor dem Innenminister, was im Lande passierte, weil jede Kommunikation ... ging über ein Überwachungssystem. ... In den ersten 30 Tagen wurden deshalb alle Polizeioffiziere aus der Armee durch zivile ersetzt. ... (Das letzte Ziel bestand darin) die Polizei zu humanisieren. Denn es reicht nicht, dass ein Polizist von einem ehemaligen Militär geführt wird, der jetzt nach seinem Ausscheiden formal Zivilist ist. Die Denkstruktur eines Offiziers wird ihn den Rest seines Lebens begleiten. Mich hat sehr beeindruckt, die Arbeitspläne der Polizeiarbeit einzusehen. ... Darin wurden die Arbeiter, Streikende oder jeder soziale Sektor als Opposition oder als Feind gesehen.“¹⁹¹

¹⁸⁹ Interview mit Ana de Molina, 29.04.2005.

¹⁹⁰ Interview mit Arnoldo Ortiz Moscoso, 11.11.2005. Ein gutes Beispiel dafür, dass nicht nur die Demokratie den Frieden, sondern auch der Friedensprozess die Demokratisierung antreibt.

¹⁹¹ Interview mit Arnoldo Ortiz Moscoso, 11.11.2005.

Zwar hatte sich die Armee dem Reformwillen des Präsidenten formal untergeordnet, aber unter der Oberfläche war der Widerstand deutlich. Ortiz Moscoso spricht nicht nur von einem persönlich sehr schlechten Verhältnis zum Verteidigungsminister Enríquez, er sah auch seine Arbeit von der Armee *abgewürgt*:

*„In jener Zeit mussten die Offiziere und Gefängniswächter zum Beispiel selbst ihre Munition kaufen, aber ... das ging per Gesetz nur über die Armee. Ich musste den Kauf dann beantragen, aber nicht von einer Million Patronen, sondern von 2.000 bis 5.000, die dann nie ankamen. In den Haftanstalten hatte so jeder Wächter zwei bis drei Patronen. Ramiro wusste das, aber niemals wollte oder konnte er (etwas dagegen tun). ... Er wollte auch niemals akzeptieren, wo wir nicht auch nur den mindesten Erfolg hatten, die Kontrolle des militärischen Geheimdienstes (verringern zu müssen). ... Ich habe die Schwäche des Präsidenten immer bedauert, es gibt Gesten... er erschien auf einem beeindruckenden Foto mit einem Sturmgewehr (und in der Fußnote hieß es), der Präsident habe erklärt, dass der einzige Ort in dem er sich sicher und geschützt fühle, eine Kaserne sei.“*¹⁹²

4.3. Die Wahrnehmung der Eliten zum Frieden

Die Folgen des Putsches waren also noch nicht ganz beseitigt, als erste Transformationspolitiken starteten, von denen Teile aber nach Monaten schon sichtbar versandeten. Parallel dazu, wenn auch ohne großes Aufsehen, diskutierten die Akteure zur Zukunft des Friedensprozesses. Streitkräfte und Unternehmer waren sich grundsätzlich darin einig, dass die Regierung Serrano der Guerilla zu viel angeboten habe. Einer Wahrheitskommission zuzustimmen, dies sei ein wesentlicher Irrtum gewesen, so beschreibt eine Analyse der US-Botschaft die Stimmung der Armee in jenen Monaten.¹⁹³ Rosada fügt dem hinzu, dass die Streitkräfte den Präsidenten als so stark und legitimiert ansähen, dass große Zugeständnisse nicht erforderlich seien.¹⁹⁴ Carlos Vielman, damals leitender Unternehmer-Funktionär und zum Zeitpunkt des Interviews Innenminister der Regierung Berger (2004 – 2007), unterstreicht seine damalige Meinung noch heute. *Das einzige Abkommen*, welches der Friedensunterhändler Rosada hätten machen sollen, das sei eines zur *Entwaffnung und Eingliederung* der Guerilla gewesen.¹⁹⁵ Burgos sieht darin einen *doppelten Diskurs*. Der Privatsektor habe sich zwar für einen verhandelten Frieden ausgesprochen, aber eben einen, zu dem die URNG offensichtlich nicht bereit war und an dem sie – die Unternehmer – selbst auch nicht teilnehmen wollten.¹⁹⁶

¹⁹² Ebenda.

¹⁹³ *Grandin*: a.a.O. Anm. III/154. S. 269-271.

¹⁹⁴ *Rosada*: a.a.O. Anm. II/77. S. 56.

¹⁹⁵ Interview mit Carlos *Vielmann*, 15.04.2005.

¹⁹⁶ Interview mit Amílcar *Burgos*, 14.04.2005.

4.4. Friedensangebot und der neue Friedensprozess

Vor diesem Hintergrund kann es wohl nicht weiter verwundern. Im Gefühl militärischer und politischer Überlegenheit, interner Uneinigkeit¹⁹⁷ sowie der selbstsicheren Annahme eines Legimitätszuwachses und eigenen Spielraums der Regierung verlangte eben diese von der Guerilla – wie ehemals –, zuerst die Waffen niederzulegen, bevor dann substantiell verhandelt werden könnte.¹⁹⁸ Statt exklusiv zwischen Regierung und URNG, sollte ein Forum mit zivilen Organisationen des Landes, die Realität und die Ursachen des Konflikts diskutieren. Die URNG könne sich nach ihrer Integration an diesen Gesprächen beteiligen. Implizit wären die vorherigen Abkommen unter Serrano damit vom Tisch gewesen.

Mit anderen Worten, Rosada setzte mit seinem Plan darauf, mit Hilfe des Friedens mit der URNG, im Inland einen breiten Diskussions- und Demokratisierungsprozess anstoßen zu können, der nach dem Frieden beginnen sollte. Die URNG bestand aber darauf, die Probleme des Landes an ihrem Tisch, mit dem Tauschobjekt Frieden, verhandeln zu wollen. Einmal die Waffen abgegeben, so befürchtete sie, würden die Eliten keinen Grund mehr für Kompromisse haben. Auf das Regierungsangebot zum weiteren Vorgehen vom Oktober 1993 antwortete die URNG als direkt Angesprochene mit einem glatten Nein. Die Gespräche waren erneut in einer Sackgasse. War diese Ausgangsposition die ideale Vorstellung der gesamten Regierung, eine Option oder entsprach sie einfach den vorhandenen Spielräumen? Raquel Zelaya scheint letzteres anzudeuten, wenn sie sagt, *Ramiro bat die internationale Gemeinschaft, dass sie für weitergehende Schritte Druck auf ihn ausüben solle.*¹⁹⁹

Ohne augenscheinlich Druck ausgeübt zu haben, begünstigte die Lage eine Lösung *á la UNO*. Rosada berichtet, dass Botschafter und UNO-Funktionäre schon in seinen informellen Gesprächen, 1993, eine Vermittlung mit Hilfe der Vereinten Nationen ins Spiel gebracht hatten.²⁰⁰ Pásara führt zudem auf, dass im Dezember ein hoher UNO-Funktionär die URNG von den Vorteilen einer stärkeren Rolle der UNO überzeugt hätte.²⁰¹ Die letztendliche Lösung wahrte die Gesichter beider Parteien. Die URNG durfte weiterhin substantiell verhandeln und der nach Spielräumen suchenden Regierung musste jede Lösung besser erscheinen, als ein Stillstand unter den Bedingungen innenpolitischer Schwäche. Die zivilen Organisationen Guatemalas bekamen das Recht, den Verhandelnden offiziell inhaltliche Vorschläge und Meinungen zum Prozess zu übermitteln und die internationale Gemeinschaft wurde aktiver Teil des Prozesses – und zwar gleich auf doppelte Art und Weise: Die Vereinten Nationen wurden Vermittler und einer Gruppe von sechs Staaten wurde offiziell zuge-

¹⁹⁷ Im Interview mit Antonio *Arenales* Forno, Mitglied der COPAZ dieser Zeit, weist dieser auf schwere Meinungsunterschiede mit Beratern der Kommission hin. 08.07.2005.

¹⁹⁸ Eine spätere Publikation von *Rosada* erlaubt die Vermutung, dass die Form dieser substantiellen Verhandlungen durchaus den Vorstellungen zumindest von Rosada selbst entsprachen. Vergleiche: *Rosada*: a.a.O. Anm. II/77. S. 42ff.

¹⁹⁹ Raquel *Zelaya*, zitiert nach: Pásara, 2003: a.a.O. Anm. III/86. S. 23.

²⁰⁰ Ebenda, S. 61.

²⁰¹ *Pásara*, 2003: a.a.O. Anm. III/86. S. 24.

standen, den Prozess unterstützen zu sollen. Ein entsprechendes Rahmenabkommen wurde im Januar 1994 unterzeichnet.²⁰²

Wieder war ein Impuls von außen nötig geworden. Und jetzt lautete die Lösung, mehr Demokratie mit Hilfe des Friedensabkommens, und nicht mehr, Demokratisierung nach Erreichen des Friedens. Substanzielle Friedensverhandlungen waren ab diesem Zeitpunkt der Moderation einer selbst an Inhalten interessierten UNO unterworfen. Der Verdacht liegt also durchaus nah, dass dies die Absicht der Guerilla begünstigt haben könnte, am Verhandlungstisch Quantensprünge in der politischen Entwicklung des Landes zu erreichen.

4.5. Die zivile COPAZ – Strategie und Taktik

Nach den anfänglichen Schwierigkeiten waren die politischen Ziele der COPAZ jetzt nur noch über den Frieden zu erreichen. Antonio Arenales Forno, ziviles Mitglied der Friedenskommission der Regierung, nahm die neue Konstellation als eine einmalige Chance wahr:

„Die Agenda (von Oslo 1990) konnte der Ausgangspunkt für die Restrukturierung des Rechtsstaats und der Demokratie sein. Viele wollten einfach nur Frieden und dann Waffen weg und gut. Wir dagegen wollten eine nationale Agenda. Ja, einige warfen uns vor, dass wir mehr machen würden, als die Guerilla verlangte ... (aber) wir haben nicht mehr angeboten, sondern sind nur tiefer gegangen.“²⁰³

In seinen Augen sollte der Umbau des Staates bereits vorab über die Verträge im Detail schriftlich festgelegt werden. Auch Mario Permuth, Mitglied der Ausöhnungskommission unter der vorherigen Regierung, hält das Verhandlungsteam für eine besondere Leistung des Präsidenten. Die hätten sich nämlich sehr tiefe *Gedanken um die Zukunft des Landes* gemacht. Eine Friedenskommission, die an einer politischen Transformation interessiert war, die hatte es in ihrem politischen Umfeld aber besonders schwer. Für Arenales Forno fanden die folgenden Gespräche dementsprechend nicht zwischen der COPAZ und der Guerilla statt, sondern waren ein Verhandlungsgeflecht mit dem Militär, der nationalen Unternehmerschaft und letztlich eben auch der Guerilla.

„Indem wir in die Abkommen viel Inhalt unterbrachten war es umso nötiger, sie für alle akzeptabel zu machen. ... Die Verhandlungen mit der Armee und dem Privatsektor waren schwieriger als mit der Guerilla selbst, ... mit denen brauchten wir die drei-fache Zeit.“²⁰⁴

²⁰² Nach Víctor Hugo Godoy, lang-jähriger Staatsbediensteter in verschiedenen Funktionen, war vor allem das Militär gegen den URNG-Vorschlag, die USA in diese *Gruppe der Freunde* aufzunehmen. Sie wussten, *von da kommt die Macht*. Interview vom 13.12.2005.

²⁰³ Interview mit Antonio Arenales Forno, 16.06.2005. Dem Verhandlungsleiter, Héctor Rosada, wurde in mehreren Interviews ein besonderes Engagement in Fragen der sozio-ökonomischen Beziehungen nachgesagt. Der Präsident habe ihm aber letztlich untersagt, die Frage des Landesbesitzes zu erwähnen.

²⁰⁴ Interview mit Arenales Forno, 08.07.2005. Diese Linie wird auch von Amílcar Burgos, Mario Permuth und Héctor Rosada selbst bestätigt.

Rosada verrät in einem späteren Forum, dass es 1995 zum Beispiel 41 Sitzungen allein mit dem Privatsektor gegeben habe, aber nur 26 mit der Guerilla.²⁰⁵ Trotz der Schwäche einer Regierung ohne parlamentarische Mehrheit und abhängig von seiner militärischen Stütze, der zivilen COPAZ gelang es, die unübersichtlichen Verhandlungsbedingungen zu ihrem Vorteil zu nutzen. Der Autor fragte Arenales Forno, wie es möglich war, dass Unternehmer und Militärs die Linie akzeptierten:

„Ja, auf der Basis dessen, was für die befreundeten Länder akzeptabel war, (die) übten oftmals Druck aus und sagten, ‚meine Herren, es ist Zeit dies abzuschließen, das sind doch Punkte, auf die man sich einigen sollte‘, die (Unternehmer und Militärs) fühlten sich so isoliert, deshalb halfen die Präsenz der UNO in der Moderation und der Gruppe der Freunde sehr. ... Ich bin weiter davon überzeugt, dass sich die Dinge in Guatemala nur bewegen, wenn Druck von außen beginnt.“²⁰⁶

Neben der Hoffnung auf ein Schweigen der Waffen konnte die tatsächliche oder vermutete Position der internationalen Akteure als Mittel des Drucks und der Überzeugung nach innen eingesetzt werden. Die gleichzeitig scharfe öffentliche Rhetorik gegenüber dem Kriegsgegner nährte den Eindruck von der Härte der Regierung und stärkte deren Position gegenüber den Eliten.²⁰⁷ Am Verhandlungstisch mit der Guerilla herrschte hingegen ein gemäßigter Ton. Ebenso wichtig war die permanente Kommunikation mit den Eliten. Auf tatsächliche Diskussionen ließen sich Rosada & Co aber nicht ein:

„Ja, eigentlich haben wir uns mit den ökonomischen Eliten nie abgesprochen, das ist wahr. ... Täglich gab es Kommunikation mit dem Präsidenten. Und der lud einige Personen aus dem CACIF immer wieder zu Präsentationen ein. Damit sollten Konfrontationen vermieden werden und wenn die sich (dennoch) konfrontieren wollten, dann haben wir auch das zugelassen, unsere Linie aber nicht geändert. Die Treffen bestanden eigentlich nur aus dem gegenseitigen Informieren.“²⁰⁸

Seit der Zeit des Präsidenten Cerezo war bekannt, dass die Unternehmer nicht mit der URNG verhandeln wollten, aber – so ein Vertreter des Privatsektors – als wir dann soweit waren, da wollte uns die Regierung De León Carpio nicht am Verhandlungstisch sitzen haben.²⁰⁹

Während der Verhandlungen selbst war es eine Praxis, substantielle Übereinkünfte nicht immer aufzuschreiben, sondern sich vorab mündlich zu einigen.

²⁰⁵ Rosada zit. nach: Jonas, 2000a: a.a.O. Anm. II/68. S. 131 (Anm. 15). Während der Verhandlungen zu den Themen Menschenrechte und Wahrheitskommission, waren die Kontakte mit den Unternehmern weniger permanent, aber existent. Das bestätigt General Pérez Molina, 30.05.05.

²⁰⁶ Interview mit Arenales Forno, 08.07.2005.

²⁰⁷ Öttler, 2004a: a.a.O. Anm. I/30. S. 88. Rodrigo Asturias, URNG, deklariert die scharfen Töne der Regierung in der Presse als *Öffentlichkeitsarbeit*. Weil, da wurden Erklärungen abgegeben und wir bereiteten uns entsprechend vor, wir werden eine Feuerpause verlangen (hatte es in der Presse zum Beispiel geheißen); und als sie zum Verhandlungstisch ankamen, da warteten wir natürlich auf diese Forderung (aber stattdessen verhandelte die Regierungsdelegation sachlich weiter, ohne diese angeblichen Forderungen überhaupt anzusprechen). Interview, 24.05.2005.

²⁰⁸ Interview mit Mario Permuth, Friedenskommission (CNR), Regierung Cerezo, 06.04.2005.

²⁰⁹ Interview mit Humberto Preti, 22.02.2005.

„Wo dies am meisten Praxis war, das ist das sozio-ökonomische Abkommen. Weil es gab einige Themen, wie der Landbesitz, ... wo die Angst bestand – und ich denke die war vollkommen gerechtfertigt – dass die Oligarchie sich frontal den Verhandlungen entgegenstellen würde, um diese unmöglich zu machen.“²¹⁰

So formal unnachgiebig können die Positionen aber letztlich doch nicht geblieben sein, denn – so sagt Arenales Forno – *wir haben immer versucht, Harte und Weiche gleichzeitig zu erreichen, aber dies bis an die Grenze der Kompromissbereitschaft.*²¹¹ Möglichweise versuchte die Kommission, so wie Permuth es zumindest für den Fall des Menschenrechtsabkommens bestätigt, die Kompromisspielräume direkt mit zu berücksichtigen. Die Kommunikation mit dem Militär war sowieso viel enger. Bestand doch die Hälfte der sechs-köpfigen COPAZ aus Offizieren. Und die Vorschläge zu allen Themen, nicht nur jene, die das Militär direkter betrafen, gingen durch die Hände ihrer Arbeitsgruppe für „technische Hilfe“. Die fühlte sich im Prinzip mit ihren Anmerkungen und Kritiken zu den Verhandlungspositionen zumindest gehört und meist auch berücksichtigt.²¹² Ein Offizier, der die internen Vorgänge aus halber Distanz beobachteten konnte, fühlte sich aber dennoch von Rosada getäuscht:

„Héctor Rosada wurde ein Auftrag gegeben, wie weit er gehen konnte und bei seiner Rückkehr hatte er genau das Gegenteil gemacht. Ich dachte, dass er dabei anderen Interessen gedient hätte und nicht denen, die in diesem Moment die Regierung hatte.“²¹³

Die Strategie, allen Akteuren gegenüber als Balancefaktor, als quasi zweiter Vermittler gegenüber auftreten zu können, bedurfte aber weiterer Voraussetzungen. Zum Einen hatte die COPAZ erstmals das Verhandlungsmonopol. Nach anfänglichen internen Streitigkeiten hatte Präsident De León nicht konforme Mitglieder und Berater, Zivilisten und Militärs, ausgetauscht und die COPAZ damit intern konsolidiert.²¹⁴ Bei einer dieser Richtungskämpfe wurde kurz nach Abschluss des Rahmenabkommens im Februar 1994 zeitgleich mit dem als Gegner dieser Verhandlungen geltenden General Quilo²¹⁵ auch der reformerische Innenminister Ortiz Moscoso geopfert. Amílcar Burgos:

„Ja, das war sehr bedauerlich. ... Ortiz Moscoso versuchte ... der Polizei nicht nur ein neues Image zu geben, sondern eine Realität, dass eben das Militär dort nicht mehr eingriff. So ... wurde erreicht, dass Guatemala international nicht verurteilt wurde. ... Die Logik hinter (der Absetzung

²¹⁰ Interview mit Enrique Alvarez, URNG, 24.02.2005.

²¹¹ Interview mit Arenales Forno, Friedenskommission (COPAZ) unter Präsident De León, 08.07.2005.

²¹² General Morris de León Gil, Geheimdienstoffizier und Mitglied der Arbeitsgruppe, 23.05.05.

²¹³ Interview mit Kendal Meléndez, Ex Offizier, 18.01.2005.

²¹⁴ Interview mit Arenales Forno, 08.07.2005.

²¹⁵ Nach General Balconi kontrollierte Quilo in seiner Position den operativen Teil der Armee. Dass gerade er, der zweite Mann an Bord, sich gegen den offiziell deklarierten Friedenskurs äußerte, verunsicherte die Armee. Wir sahen, dass wenn wir zum Militär-Thema kommen würden, dann würde es (mit ihm) schwierig werden. Er wollte dazu in nichts nachgeben. 11.05.05.

von General Quilo und Ortiz zugleich) *ist eine Sache von Gewichten und Gegengewichten. Das Öffnen von Spielräumen ist ein Prozess.*²¹⁶

Ortiz, ein Symbol der Demilitarisierung, musste also gehen, um die Ablösung von Quilo abzufedern, einem scharfen Gegner des Friedensprozesses. Auf diese Weise sollte die Balance mit und innerhalb der Armee aufrechterhalten werden. Und zum Anderen hatten die beiden Eliten offenbar sehr unterschiedliche Interessen. Guerilla-Kommandant Asturias erzählt, dass die militärischen Repräsentanten der COPAZ sich nur in den Themen engagiert hätten, die sie selbst betrafen.²¹⁷ Der von McCleary betonte Elitenkonsens galt ganz klar nicht für die konkreten Positionen während der Verhandlungen. Ergebnisse der internen Kommunikation zwischen COPAZ und den Unternehmern, das wenn auch nur zögernde Akzeptieren oder Tolerieren von Regierungspositionen, hatten so mit dem Eindruck zu tun, selbst isoliert oder abhängig zu sein. Carlos Vielmann von der Unternehmenseite zeigt heute keinerlei Akzeptanz der damaligen Prozesse mehr:

„In der Zeit von Ramiro (gab es) eine Serie von unglaublichen Zugeständnissen, die einem nicht entsprachen, der in der Illegalität gelebt hatte. Der URNG wurde juristische Persönlichkeit zuerkannt. Wir glaubten, dass die COPAZ nicht zu substantziellen Übereinkünften kommen sollte, das einzige Abkommen, welches mit der URNG gemacht werden musste, war eines zur Entwaffnung und Wiedereingliederung in das legale Leben. Was De León mit dieser Gruppe ohne Verbindung zum liberalen System (URNG) diskutierte, das waren Details (die die Regierung nichts angehen, wie) zur Textilindustrie und vieles andere. (Die Themen waren oftmals nicht Kompetenz der Regierung, sondern) des Kongresses,“²¹⁸

4.6. Menschenrechte: Sorgen und Hoffnungen des Militärs²¹⁹

Als erstes substantzielles Abkommen nach dem Rahmenvertrag wird in dieser komplexen Konstellation das Menschenrechts-Thema besprochen. Nur zwei Jahre vorher waren unter Serrano daran noch die Verhandlungen gescheitert. Doch mit dem Selbstputsch wurden mehrere Gegner dieser Gespräche vorzeitig in den Ruhestand geschickt worden. Und nach einigen Monaten unter De León Carpio waren dem zwei weitere Generäle gefolgt. In Zeiten des Putsches zwar der Verfassung treu, hatten aber auch sie sich als Minderheit gegen den neuen Friedenskurs gestellt. Das Kräfteverhältnis in der Armeespitze war verschoben. Wofür stand die dominante Linie? Auf die Frage nach dem Wert der UNO-Mission zur Überwachung der Friedensverträge antwortet mir General Balconi wie folgt:

²¹⁶ Interview mit Amílcar Burgos, 20.07.2005.

²¹⁷ Interview mit Rodrigo Asturias, URNG, 17.05.2005.

²¹⁸ Carlos Vielmann (zum Zeitpunkt des Interviews, Innenminister unter Berger), 15.04.05.

²¹⁹ Auch wenn dies zuallererst die Interessen des Militär betraf, Arenales Forno erzählt, dass es dazu auch eine Position der Unternehmer gegeben habe. Interview vom 08.07.2005.

„Ich habe immer gesagt, die Präsenz von MINUGUA²²⁰ werde helfen, die vielen Attacken gegen die Armee aufzuklären. ... Sie half den Militärs zu verstehen, was internationales humanitäres Recht ist. Respekt vor den Menschenrechten, das war ein Thema welches in Guatemala unbekannt war und nicht praktiziert wurde. Alle Welt machte, wozu sie Lust hatte. ... Uns Militärs half (deren) Präsenz, indem die Missbräuche, von Angehörigen der Institution begangen, nicht mehr vorkamen, weil (zuvor) gab es eine gewisses Gefühl der Autonomie, ‚ich mache wozu ich Lust habe, weil niemand wird mir etwas dazu sagen‘, als sie dann merkten, dass es (ihr Verhalten) Folgen hat, da begannen sich die Sachen zu ändern.“²²¹

Wurde der UNO-Mission erlaubt, noch im Kriege die Erfüllung des Menschenrechtsabkommens zu überprüfen, damit die Streitkräfte zu ihrem eigenen Besten umerzogen werden konnten? Aber warum nur? In gewissen Kreisen war klar geworden, dass es eben gerade die Verletzung der Menschenrechte war, die das Militär mehr und mehr schwächte. General Benjamin Godoy zum Beispiel meint, dass es Morde, wie *die Fälle Bámaca oder Devine*, gewesen seien, die *das Militär zum Abschluss des Abkommens gezwungen hätten*.²²² General Balconi selbst wird noch klarer wenn er sagt, dass *jeder Zwischenfall in Sachen Menschenrechten die Guerilla stärker gemacht hätte und uns weicher*. Und die URNG habe während der gesamten Verhandlungen beinahe *jeden Zwischenfall ausgenutzt*.²²³ In Anbetracht der Tatsache, dass sich Balconi selber als politischer Nachfolger in der Reihe der vorausgehenden Minister Enríquez und González Taracena sieht, kann man ähnliche Analysen auch dort vermuten. Die könnte erklären, dass noch in der Zeit militärischer Übermacht, also zwischen Serrano und De León Carpio, mehrere Offiziere wegen Menschenrechtsverletzungen angeklagt und einige auch verurteilt wurden.²²⁴

Das bedeutete aber nicht, dass Balconi, COPAZ-Mitglied von Beginn an und Verteidigungsminister zum Zeitpunkt der Unterschrift unter den Frieden, die Vergangenheit zu Lasten der Armee oder ihrer Offiziere aufarbeiten wollte. Für ihn hatte die Arbeit einer Wahrheitskommission der Aussöhnung zu dienen, im Sinne von, die Verantwortlichkeit beider Seiten gleichgewichtig darzustellen. Die Möglichkeit, dass die Studien ungleichgewichtige Menschenrechtsverletzungen zeigen könnten, die kam ihm entweder nicht in den Sinn oder hatte in der schriftlichen Version vermieden zu werden. Noch einmal Balconi:

„(Im Allgemeinen hieß es hier), ‚wir werden nicht akzeptieren, dass Ausländer hierher kommen, um uns zu richten‘ - und wie werden die das tun? ‚Auf der Basis dessen, was unsere Gegner ihnen sagen werden‘. ... Eine unserer Ziele war, dass es keine Wahrheitskommission, wie die in El

²²⁰ MINUGUA steht für *Misión de Naciones Unidas en Guatemala* (Mission der Vereinten Nationen in Guatemala).

²²¹ Interview mit Julio Balconi, 22.02.2005. Diese Grundhaltung der Regierung wird von Hector Rosada bestätigt. Auch nach Rodrigo Asturias erkannte die Armee in dieser Zeit, dass die Kosten der Repression im Vergleich zum Nutzen zu hoch waren. 24.05.2005.

²²² Interview mit Benjamin Godoy, 24.05.2005.

²²³ Interview mit Julio Balconi, 22.04.2005.

²²⁴ Dazu später mehr. Siehe als nächstes, Kapitel VI.

Salvador geben würde, um die Einheit der Armee zu schützen, nicht aber, um Kriminelle zu schützen oder Leute die Delikte begangen haben könnten, sondern um zu vermeiden, dass diese ideologische Denkrichtung, die der Armee entgegengesetzt war, die Streitkräfte über die Wahrheitskommission in Stücke reißt. ... Diese Idee von der Kommission in El Salvador und den Säuberungen gegen Offiziere, die war schrecklich für uns (sagt Balconi im Gespräch zu diesem Thema sichtlich erregt).¹²²⁵

Und weiter:

„Die Kommission sollte nicht nur gegen die Armee ermitteln, sondern alle Grausamkeiten. ... Wenn dies geschehen würde, dann wären wir einverstanden. ... Das war die Übereinkunft, dass gegen alle Verantwortliche ermittelt würde, aber alle müssten dafür Information geben. Und wenn das nicht der Fall sei, dann dürfe die Kommission keine legalen Konsequenzen nach sich ziehen.“¹²²⁶

Wie seine Kollegen wollte Balconi die Armee und ihre Mitglieder schützen. Seine verbal geäußerte Bereitschaft, Menschenrechtsverletzer nach 1986 zur Rechenschaft zu ziehen, darf nicht aus dem grundsätzlichen Kontext gerissen werden: die Modernisierung und das unbeschadete Überleben der Armee. Menschenrechte schienen sich hier vom Feld der VP getrennt zu haben.

Die Haltung vieler anderer Offiziere war eher defensiv geprägt. In dem, was Balconi als eine Lösung einstufte, sahen sie die größten Risiken. Im Allgemeinen herrschte nämlich die Meinung vor, dass die Guerilla die Armee zerstören oder schädigen wolle und die UNO an ihrer Seite stand.

„Als die Möglichkeit auftauchte, dass die UNO (-Mission) noch vor dem Frieden nach Guatemala kommen könnte, da sagten viele von uns, ‚wie ist das möglich, die UNO ist voller Kommunisten, voller Linke, die werden kommen, unsere Armee bremsen und die URNG begünstigen‘.“¹²²⁷

Neben den existenziellen Sorgen hatten die Offiziere aber auch solche, die eher daraufhin orientiert waren, den Krieg technisch erfolgreich weiterführen zu können. Das galt vor allem für das Thema der PAC, der Patrouillen zur Zivilen Selbstverteidigung. General Balconi:

„Unsere Sorge war, dass die PAC aufgelöst und die (URNG) am Ende die Friedensverträge nicht unterschreiben würden, (oder auch) dass die Organisation von weiteren PAC verhindert würde, während die Patrouillen der URNG wachsen könnten.“¹²²⁸

Die künftige Haltung des Militärs zu Frieden und Menschenrechten schien aus damaliger Sicht von zumindest zwei Bedingungen abzuhängen, der Kontinuität des Reformkurses in der Armeeführung und der Erfüllung ihrer Annahme:

²²⁵ Interview mit Julio *Balconi*, 30.05.2005.

²²⁶ Interview mit Julio *Balconi*, 11.05.2005.

²²⁷ Interview mit Julio *Balconi*, 22.04.2005.

²²⁸ Interview mit Julio *Balconi*, 22.04.2005.

Die Öffnung hin zur internationalen Beobachtung werde die Armee letztlich aus den Schlagzeilen herausholen.

4.7. Das Menschenrechtsabkommen: die Verhandlungen

In der Praxis gingen die Menschenrechtsgespräche nach Ansicht von Rodrigo Asturias schnell voran. *Jetzt war Wille da*. Schließlich war das Abkommen aber auch bereits unter Serrano ausgearbeitet worden. Nur die Frage der Überwachung durch die UNO-Mission, der sofortigen Geltung oder – als Alternative – einer abschließenden Unterschrift unter die Gesamtheit der Verträge waren noch umstritten, nicht zu vergessen natürlich das Thema der Wahrheitskommission.²²⁹ Ihre Forderung, die Amnestie von 1986 als ungültig zu erklären, hatte die Guerilla nach heftigem Widerstand der Streitkräfte fallengelassen. Dies hätte eine Welle von Strafverfahren nach sich ziehen können. Aus der Sicht von 1994 waren damit Strafverfahren wegen Menschenrechtsverletzungen aus der blutigsten Zeit des Konflikts unmöglich geworden. Wie auch die Armee begann die URNG, ihre Verhandlungen mehr auf die Zukunft des Landes auszurichten. Zwangsverschleppungen und extralegale Hinrichtungen sollten im nationalen Strafrecht künftig unter Strafe gestellt werden. Mit dieser alternativen Position trafen wir auf keinen Widerstand, sagt Asturias.²³⁰ General Edgar Leonel Godoy hat das offensichtliche Zugeständnis der Guerilla anders in Erinnerung:

„In allen Abkommen haben wir immer eine gewisse Einseitigkeit gefunden, immer gab es etwas, um die Armee zu schädigen. ... Darum haben wir (in den Verhandlungen zum Menschenrechtsabkommen) die Zwangsverschleppungen logischerweise gelehnt (und dann erlaubt, dies für die Zukunft unter Strafe zu stellen).“²³¹

Das Menschenrechtsabkommen vom 29.03.1994 sah schließlich vor, sofort in Kraft zu treten und zum schnellstmöglichen Zeitpunkt eine UNO-Mission einzusetzen, die seine Einhaltung überprüft. Das Thema der Wahrheitskommission wurde dagegen ausgeklammert. Rodrigo Asturias, URNG:

„Die Regierung sagte uns, ‚wir brauchen zwei Monate um ... der Armee nach innen das Thema mehr zu erklären. Wir schlagen vor, dass die Unterschrift unter das Menschenrechtsabkommen nicht verzögert wird und in einer Erklärung (wird dann gesagt), dass in zwei Monaten das Thema wieder behandelt wird.‘“²³²

Auch eine - notwendigerweise - vertikal-autoritäre Armee konnte den neuen Kurs nicht so ohne weiteres halten. Wie auch unter Rosada auf der zivilen Seite scheint die Taktik gewesen zu sein, viel nach innen zu kommunizieren und damit Sorgen abzubauen, im Wesentlichen aber die eigene Linie beizubehal-

²²⁹ Interview mit Rodrigo Asturias, URNG, 17.05.2005.

²³⁰ Interview mit Rodrigo Asturias, URNG, 17.05.2005.

²³¹ Interview mit Edgar Leonel Godoy, 19.05.2005.

²³² Interview mit Rodrigo Asturias, URNG, 22.04.2005.

ten.²³³ Alle scheint die Armeespitze auf diese Weise nicht überzeugt zu haben. Wie auch andere spricht Edgar Leonel Godoy im *Wir*, wenn er die Verhandlungen mit folgenden Worten kommentiert:

*„Wir sagten dazu, ‚das Papier ist geduldig‘. Wir haben uns vor allem vorgeesehen, dass sich die Sache nicht gegen uns richten kann, so wie das mit der Wahrheitskommission geschehen ist.“*²³⁴

Während die Armee-Oberen den Forderungen der URNG unter der Prämisse entgegenkamen, dass weder der Krieg noch die Ehre und Unversehrtheit der Institution und seiner Mitglieder Schaden erleiden würde, brodelte gleichzeitig die Skepsis. Denn parallel zu den Verhandlungen ging auch der Menschenrechtsalltag weiter, die laufenden Prozesse und die *Zwischenfälle*. Nur Tage nach Unterzeichnung des Abkommens wurde zum Beispiel der Präsident des Verfassungsgerichts, González Dubón, von Unbekannten ermordet.²³⁵ Öttler berichtet gar von Putschgerüchten.²³⁶ Dennoch wird die Unterzeichnung des Abkommens allgemein als der Wendepunkt im Friedensprozess angesehen. Asturias betont, dass die URNG danach interne Versammlungen einberief, um ernsthaft über die Möglichkeit des Friedens zu diskutieren.²³⁷ Reyes weist zwar darauf hin, dass die Armee wenige Tage nach der Unterschrift ihre Operationen verstärkt hätte. Aber Asturias sieht darin keinen Widerstand gegen den ausgemachten Weg. Die Akteure hätten sich vor Ankunft von MINUGUA nur *positionieren* wollen.²³⁸

4.8. Die Wahrheitskommission: Positionen und Verhandlungen²³⁹

Die Wahrheitskommission – wie in keinem anderen Thema kristallisierten sich hier die extremen Unterschiede der politischen Konzepte aller beteiligten Akteure heraus. Die URNG hatte jahrelang mit den Menschenrechtsverletzungen ihrer Kriegsgegner Politik gemacht. Alles in allem waren es gerade diese Verletzungen gewesen, die die Streitkräfte immer wieder zu Zugeständnissen zwang. Jetzt kam die publizistische Hauptwaffe der URNG, das voraussichtliche Ausmaß der Taten, über die Wahrheitskommission direkt auf den Tisch. Aus politischer Sicht ging es dabei letztlich darum, ob und inwiefern die blutige Vergangenheit auch weiter ein Transformationsinstrument sein konnte oder quasi als Preis für den mit substanziellen Zugeständnissen winkenden Frieden geopfert werden sollte.

²³³ Interview mit Julio *Balconi* (Ex Verteidigungsminister), 11.05.05. Otto *Pérez Molina* fügt hinzu, dass es bis zum Ende des Prozesses regelmässige und ausführliche Treffen mit den Militärkommandanten gegeben habe, auf der ausführlich informiert wurde. Interview vom 30.05.05.

²³⁴ Interview mit General Edgar Leonel *Godoy*, 19.05.2005.

²³⁵ Der Mord ist bis heute ungeklärt. Sogar innerhalb der Regierung wurde er intuitiv unzufriedenen Kreisen des Militär zugeschrieben. Ana de Molina, damalige Finanzministerin: *Ja, das war wirklich ein Schock. Aber da mussten wir durch, wir haben einfach den (Friedens-) Kurs beibehalten.*

²³⁶ *Öttler*, 2004a: a.a.O. Anm. I/30. S. 87.

²³⁷ Interview mit Rodrigo *Asturias*, 21.04.2005. Andere Autoren teilen diese Meinung. Siehe: *Torres*, 2002: a.a.O. Anm. II/58. S. 144.

²³⁸ Interview mit Rodrigo *Asturias*, 21.04.2005.

²³⁹ Vergleiche den folgenden Text mit: *Jonas*, 2000a: a.a.O. Anm. II/68. S. 129. Anm. 10.

Diese rein politische Betrachtung des Themas ist aber nicht die einzige. Neben ihr existiert vermeintlich unabhängig und doch mit ihr verbunden die menschliche Betroffenheit sowie die Frage nach Gerechtigkeit und Wahrheit. Mehrere Interviewpartner aus dem Bereich von Menschenrechtsbewegung und URNG beklagten im Interview den Tod oder das Verschwinden unbewaffneter Verwandter oder Freunde. Wie kann man das nur unpolitisch sehen hieß es aber immer wieder. Luz Méndez, URNG, sieht durchaus, dass mit dem Thema de Menschenrechte letztlich auch die Armee transformiert werden sollte:

„Ich denke, die Menschenrechte waren ein wichtiges Instrument, um das Recht auf Leben zu verteidigen, auf Organisation und Mobilisierung ... es war uns nützlich, auch um internationale Anzeigen zu unternehmen. ... Es gab eine Notwendigkeit, sich an die Geschichte zu erinnern und Gerechtigkeit herzustellen. Die Rolle der Armee zu transformieren, das war ein ganz anderes Ziel ... Das sind zwei parallele Sachen. Den Menschen zu zeigen, was in Guatemala passiert war, das hatte einen eigenen Wert. Ich denke, das eine (Menschenrechte) war nicht Instrument für das andere (Transformation der Armee). ... Ich versuche mich an unsere Diskussion zu erinnern, doch, ja (sie haben Recht), es gab schon eine Verbindung der beiden Ziele, aber wir sahen den Wert der Erinnerung auch an sich. Ich persönlich fühlte mich mit der Diskussion enorm identifiziert, weil ich hatte die ganze Zeit die Zahl der toten Freunde im Kopf, die ich nicht nur im Rahmen des bewaffneten Konflikts verloren hatte, sondern auch als Folge der politischen Repression. Für mich war das vor allem eine Frage der Gerechtigkeit und ich denke, wir alle sahen das so.“²⁴⁰

Die URNG verlangt in den Verhandlungen deshalb eine Wahrheitskommission, die die Namen der Verantwortlichen nennt, die sogenannte Individualisierung, und die Möglichkeit strafrechtlicher Konsequenzen. Viele Offiziere der beinahe Sieger im Kriege hätten sich mit einer Unterschrift darunter, selbst vor Gericht gebracht. Die Kommission sollte zudem maximal 12 Monate funktionieren.²⁴¹ Statt nur die Wahrheit zu vertiefen hätte der Bericht also kurz nach der Reintegration der Guerilla in das politische Leben in die politische Debatte eingegriffen. Die Regierung brachte diese Position in eine Zwickmühle. Ana de Molina betont, dass es ihr und auch dem Präsidenten im Allgemeinen mehr darum ging, den Konflikt zu beenden und an der künftigen Transformation Guatemalas zu arbeiten. Das Problem sei doch viel komplizierter:

„(Wir im Büro des Menschenrechtsprokurators, PDH, hatten schon ein Jahr vorher von der Möglichkeit einer Wahrheitskommission gesprochen), aber im Sinne der Aussöhnung und des Verzeihens. ... Ich glaube, das (ermitteln gegen und bestrafen von Tätern) sollte nicht so gemacht werden. Das mit den Kriegsverbrechen sollte nicht nach Schema behandelt werden. ... Es gab eine Interessenkonstellation verschiedener Sektoren, in der die Armee nützlich war, ... die führte nur aus. ... Wie können sie nach Schema vorgehen, wenn das System zu Gewalt und Menschenrechtsverletzungen

²⁴⁰ Interview mit Luz Méndez, 20.04.05. Ähnlich, Jorge Rosal, 06.04.05, beide URNG und Ex COPAZ.

²⁴¹ Rosada: a.a.O. Anm. II/77. S. 91.

*beigetragen hat, durch seine Ungleichheit und seine Konzentration des Reichtums.*¹²⁴²

Demokratisierer in der COPAZ und die Modernisierer in der Armee lagen da auf einer Wellenlänge. Héctor Rosada, der zivile Verhandlungsführer der Copaz, sah das Ansinnen der Guerilla noch Jahre später sehr kritisch. Die Absicht der URNG sei gewesen, die Kommission in einen *Mechanismus der Rache und Säuberung der Armee* zu verwandeln, wie in El Salvador.²⁴³ Die sogenannten Harten aus Militär, Politik und Unternehmerschaft waren hingegen gegen jede Art von Wahrheitskommission. In diesem Sinne war Rosadas Ausgangsposition durchaus geeignet, auch diese Gruppen im gemeinsamen Boot zu halten. Die interne Debatte sah drei Grundlinien vor:

- (1) Keinen Mechanismus schaffen, der polarisiert oder die Gesellschaft destabilisiert, indem er Aussöhnung, Demokratisierung und Frieden gefährdet.
- (2) Eine Kommission zur historischen Aufklärung soll akzeptiert werden, deren Ergebnis erst 25 Jahre nach dem Frieden bekannt gegeben wird - um die Aussöhnung nicht zu gefährden.
- (3) Und das Abkommen solle sicherstellen, dass der Bericht keine individuelle Verantwortung feststellt, noch juristische Folgen hat.²⁴⁴

Zwei Wochen dauerten die Verhandlungen an. Nach den Worten von Rosal scheint die URNG lange im Glauben gelassen worden zu sein, dass die Regierung keiner Kommission zustimmen würde. Letztlich gab die URNG auch auf internationalen Druck der Gruppe der Freunde nach.²⁴⁵ Sogar der Name der Kommission war zum Problem geworden. Jorge Rosal von der URNG:

„(Der UNO-Vermittler) Jean Arnault sprach mit mir um 3 Uhr morgens in Oslo. Er sagte mir, das Militär sei bereit, nicht mehr weiterzuverhandeln und den Friedensprozess zu unterbrechen. ... Und ich sagte ihm, dass es aus unserer Sicht, von uns Revolutionären... unmöglich sei weiterzuverhandeln, wenn man nicht in etwas übereinkäme, was den Opfern Hoffnung mache. Und Jean Arnault, ‚ihr wollt, dass das Abkommen Wahrheitsabkommen heißt, so wie in Chile, Argentinien und El Salvador‘ ... und ich ... , was wir machen sollten, das ist einen Euphemismus suchen, einen Namen, den das Militär leichter verdauen kann, damit sie sich nicht bedroht fühlen würden. ... Alle sollen wissen, was passierte. Das Volk von Guatemala ist fragmentiert und nur die Opfer wissen (Bescheid), die Menschen in der Stadt dagegen, die haben nichts bemerkt‘, und so entstand der Name (Kommission zur historischen Aufklärung). Das Abkommen schloss nicht aus, später Gerechtigkeit zu suchen. Ich selber habe das vor.“¹²⁴⁶

Die URNG verzichtete darauf, individuelle Verantwortung oder juristische Konsequenzen zu verlangen und Ziel der Arbeit um die Geschichte sei die Aussöh-

²⁴² Interviews mit Ana *de Molina*, URNG, 21.04 und 22.04.2005.

²⁴³ *Rosada*: a.a.O. Anm. II/77. S. 93.

²⁴⁴ Ebenda. S. 91.

²⁴⁵ Siehe: *Jonas*, 2000a: a.a.O. Anm. II/68. S. 129. Anm. 10.

²⁴⁶ Interview mit Jorge *Rosal*, URNG, 06.04.2005.

nung. Verantwortung könne nur institutionell signalisiert werden, eigentlich ein Widerspruch zu der Argumentation vieler Militärs, es habe nur persönliche, aber keine systematischen Exzesse gegeben.²⁴⁷ Zudem sollte der CEH eine internationale Persönlichkeit, von der UNO vorgeschlagen, vorstehen und das Ergebnis schnell veröffentlicht werden – einige Zugeständnisse an die URNG. Noch vor Aufnahme der Arbeit der CEH bekräftigte Rosada für die damalige Verhandlungskommission der Regierung, die Worte von der Aussöhnung und der Objektivität bedeuteten für ihn, dass – unabhängig von den Ergebnissen – der Bericht nicht polarisieren dürfe. Die Informationen zur Gewalt sollten zudem *symmetrisch* sein, mit gleicher Verantwortung für Armee und Guerilla.²⁴⁸

4.9. Reaktionen auf die Kommission für Historische Aufklärung²⁴⁹

So unterschiedlich können die Reaktionen sein. Rosal wertete den Kompromiss als politischen Triumph:

*„(Vorher) wollte die Armee nicht einmal akzeptieren, dass sie Fundamente der Menschenrechte verletzt hatte, noch immer ist es ein Argument der Harten, zu sagen, sie hätten ihre Pflicht erfüllt, das Vaterland vor der kommunistischen Bedrohung zu verteidigen und hätten ihr Leben dafür aufs Spiel gesetzt... . (Andere von uns) sahen in dem Abkommen, Verrat am Volk und der Revolution.“*²⁵⁰

Auch URNG-Kommandant Rodrigo Asturias verteidigt sich. Man habe nachgeben müssen, sonst hätte es keinen Frieden gegeben.²⁵¹ Bei Mitstreitern ist aber gerade er dafür bekannt, einer Wahrheitskommission in Guatemala kritisch gegenübergestanden zu haben, vor allem dann, wenn diese auch noch Namen nennen wollte.²⁵² Dennoch, das Ja zu der *zahnlos* gesehenen CEH hatte einen hohen Preis für die Guerilla-Führung. Praktisch die gesamte Menschenrechtsbewegung, die *Sympathisanten*, die *Semi-Verbündeten*, die *Neutralen* und auch mehrere prominente politische Vertreter der URNG begannen mit dieser Entscheidung, sich von der Führung zu distanzieren.²⁵³ Das Thema der Wahrheitskommission war derart heikel, dass Guerilla und Militär die Diskussionen als Chefsache erklärt hatten. Transparenz und Teilnahme der Untergebenen sahen offenbar beide als kontraproduktiv an. Dies macht zwar flexibel, kann aber auch gegenteilige Konsequenzen haben, weil sich die Mitstreiter dann noch weniger mit dem Ergebnis identifizieren.

Nicht nur für die Guerilla, auch für die Armee scheint das Abkommen an die Grenze des Akzeptablen gegangen zu sein. Nach außen hin reagierten die

²⁴⁷ Mit dieser Regelung mussten individuelle Exzesse automatisch auf die gesamte Armee zurückfallen. Letztendlich sorgte die Armee damit selbst dafür, dass jede Anklage auf die sie als Ganzes zurückfiel.

²⁴⁸ Aus einem Interview mit *Wilson*, vom 23.07.1996. *Wilson*, 1998: a.a.O. Anm. III/23. S. 55.

²⁴⁹ Nach *Jonas* (2000a: a.a.O. Anm. II/68, S. 117f) habe die UN den Prozess nun ernster genommen.

²⁵⁰ Interview mit Jorge *Rosal*, 06.04.2005.

²⁵¹ Interview mit Rodrigo *Asturias*, 31.05.2005.

²⁵² Interview mit einem URNG-Funktionär, der es vorzieht anonym zu bleiben. 03.07.2007.

²⁵³ Miguel Angel *Reyes*, Mitglied der politisch-diplomatischen Kommission der URNG gibt das so zu. Interview vom 17.06.2005. Auch *Jonas*, 2000a: a.a.O. Anm. II/68. S. 129 (Anm. 10).

Offiziere zufrieden.²⁵⁴ Verteidigungsminister Enríquez und General Ventura erklärten öffentlich, die Armee brauche sich keinen Grund zur Sorge machen, Untersuchungen würden eher generell bleiben.²⁵⁵ Das Verhandlungsmitglied Arenales Forno gibt Jahre später aber zu, dass das Ergebnis auch die Armee *provozierte und verhärtete und es schwieriger machte, weiterzukommen.*²⁵⁶

„In der Armee gab es (zur CEH) immer eine gewisse Angst. Es ist unvermeidlich, dass sie empfinden, für irgendeinen Fall verfolgt zu werden. Der Fall Bámaca war einer, da hat man nie herausgefunden, egal wie viel Information im Umlauf ist, in Guatemala ist es absolut unmöglich, Beweise nachzuarbeiten, wir sind nicht wie die Deutschen, die alles aufbewahren. Die Nazis wurden mit den eigenen aufbewahrten Dokumenten verurteilt. Die guatemaltekischen Militärs haben diese Lektion gelernt. (Die Archive), das ist etwas, was nicht mehr existiert.“²⁵⁷

Auch Edgar Leonel Godoy berichtet davon, wie die Armee-Führung versucht habe, *die Leute zu beruhigen*, (indem sie sagte) *individuelle Verantwortung werde es nicht geben*. Aber ein gewisses *Unwohlsein* sei geblieben.²⁵⁸ Den Offizieren wurde offenbar gesagt, dass *40 Jahre* vergehen würden, *bis* die Sachen *aufgedeckt* würden.²⁵⁹ Die eigentliche Reaktion aber fand im Verborgenen statt und verriet die Unsicherheit der Armeespitze. Ein Offizier, anonym:

„Es wurde die Entscheidung gefällt, vom Minister (Enríquez), dass alle Büros der Armee untersucht werden sollen und alle Papiere und Dokumente verbrannt, die die Institution und seine Mitglieder in irgendeiner Weise kompromittieren könnten. ... Der Befehl wurde ausgeführt. ... Nur wenige Sachen blieben, alles andere verbrannt.“²⁶⁰

Der Autor fragt:

„Könnte es nicht sein, dass auch einige Sachen verschwanden, um irgendwann einmal andere erpressen zu können?“

Dazu noch einmal derselbe Offizier:

„Nein, Probleme dieser Natur gibt es innerhalb der Armee nicht. Zum Beispiel, im Falle der Untreue einer Ehefrau mit einem anderen, das wird mit dem Tode geregelt.“²⁶¹

²⁵⁴ Dies äussert das COPAZ-Mitglied Antonio Arenales Forno 1996 im Interview mit Wilson, 1998: a.a.O. Anm. III/23. S. 59.

²⁵⁵ Zitiert nach Forsberg: a.a.O. Anm. I/30. S. 88.

²⁵⁶ Interview mit Antonio Arenales Forno, 08.07.05.

²⁵⁷ Interview mit Antonio Arenales Forno, 08.07.2005.

²⁵⁸ Interview mit General Edgar Leonel Godoy, 19.05.2005.

²⁵⁹ Im Jahr 2000 hätten ihm dies mehrere Offiziere in seiner Funktion als Chef der präsidentialen Menschenrechtskommission so gesagt. Interview mit Víctor Hugo Godoy, 08.07.2005.

²⁶⁰ Interview eines Offiziers, der mit Namen nicht genannt werden will. 24.11.2005.

²⁶¹ Damit stützt der Offizier zwei Artikel, die die Zeitung elPeródico im Jahre 1999 veröffentlicht hatte. Unter Berufung auf Quellen des US-Geheimdienstes CIA vom 24.11.94 sei der Befehl an alle Militärkommandeure ausgegangen. Minister Enríquez wollte sich der Zeitung gegenüber aber nicht äußern. Aus der Tageszeitung elPeródico, 09.08.1999, S. 2f und 11.08.99, S. 3.

Die Zeitung Siglo XXI berichtet unter Berufung auf das National Security Archive von einem anderen Zwischenfall. Danach habe General Pineda einer Gruppe von Historikern der eigenen Armee den Zugang zu Archiven verweigert. Man vermute, dass jetzt weiteres Material zerstört werde.²⁶² Nach dieser Phase, so der Offizier, sei man außerhalb der Armee auf *die Suche nach Archiven* gegangen:

*„Das einzige was ich mit Gewissheit weiß, es wurde in Büros des Staates gesucht und einer NGO, die in Menschenrechten arbeitete... der Linken. ... Nach dieser Zeit blieb dann nur noch die Angst.“*²⁶³

4.10. Das Jahr 1995 – die Transition und ihre Grenzen

An das erste Halbjahr 1994, mit seinen beiden bahnbrechenden Abkommen, schloss sich eine Periode an, in der sich schwer erkämpfte Fortschritte mit einer Mischung aus Zögern und passivem Widerstand ablösten. Die augenscheinliche Grundlinie zugunsten eines verhandelten Friedens blieb unverrückt und der offene Widerstand immer schwächer. Doch direkt nach dem Abkommen zur Wahrheitskommission schien die interne Reaktion die URNG zu immobilisieren. Als dann auch noch vereinbarte Bestimmungen des Menschenrechtsabkommens nicht sofort umgesetzt und die sehnlichst erwartete UNO-Mission – wenn auch aus Gründen der UNO selbst – nicht installiert wurde, da weigerte sich die Guerilla im August zu den Verhandlungen zurückzukehren. Aber auch das Militär hatte allen Grund sich gespannt zu fühlen. Noch kaum vom Thema der möglichen Strafverfolgung erholt, immer noch im Prozess, verräterische Dokumente zum eigenen Schutz zu lokalisieren und zu zerstören, nahm der Menschenrechtsdruck zu, statt wie gehofft ab.

Schon im Februar 1994 war das Urteil gegen den materiellen Täter im Fall Mack vom Obersten Gerichtshof bestätigt worden. Das Menschenrechtsabkommen Ende März kaum unterschrieben, begann das Oberkommando wie vereinbart zu versuchen, den widerstrebenden Armee-Angehörigen, die Idee einer Wahrheitskommission näher zu bringen. Zeitgleich drangen aber Bilder einer Exhumierung aus diesen Tagen an die Öffentlichkeit, die von als Gegner geltenden Gruppen unternommen wurde. Knochenreste eines Massakers, von Angehörigen der Streitkräfte begangen, waren weltweit zu sehen. Im Juli, das Wahrheitsabkommen war gerade unterschrieben worden, begann dann eine weitere große Exhumierung, die in Dos Erres.

Dennoch ging der Friedensprozess weiter, als ob kaum jemand mehr nein sagen wollte oder konnte, aber die aus seiner Sicht schwachen Stellen und Risiken zu minimieren versuchte. Nicht nur die Zerstörung von Dokumenten steht als Beispiel. Als die UNO die geplanten Details zum Umfang der Mission bekannt gab, da reagierten Regierung und Militär sensibel und wiesen den

²⁶² Aus der Tageszeitung *Siglo XXI*, 02.06.00, Seite 3. Pineda war von Seiten der Armee Mitglied der Friedenskommission COPAZ.

²⁶³ Interview mit einem Offizier, der mit Namen nicht genannt werden will (174/2005).

geplanten Umfang zurück. Ihrer Meinung nach sollte MINUGUA nicht die Macht haben, bei Missbräuchen der Menschenrechte zu ermitteln (!).²⁶⁴

Als sich MINUGUA dann letztendlich installierte und durch seine umfassende Präsenz, die Gewalt auf dem Lande sich zu reduzieren begann, da könnte man aus heutiger Sicht eine Friedensdynamik entstehen zu sehen glauben, der sich kaum einer mehr entziehen konnte. Aber der vielfach verschachtelte Prozess aus Demilitarisierung, Demokratisierung und Frieden schien um die Jahreswende 1994/95 doch zu erlahmen. War es der Druck der UNO, der aus der Sackgasse hinausführte? Roberto Bonini hat mit seinem Buch über die Moderation von San Egidio Licht in einen neuen, lange geheimen und bislang weitgehend verborgenen Aspekt des Friedensprozesses gebracht.²⁶⁵

San Egidio: die inoffizielle Seite der Friedensverhandlungen:

In diese Zeit der Unsicherheit hinein bekam der Prozess unter De León Carpio noch einmal einen letzten Lebenshauch. Noch vor dem Abschluss des Maya-Abkommens und bereits mitten im Gewirr um die sozio-ökonomischen Fragen übernahm die christliche Gemeinschaft San Egidio die Initiative und schlug Präsident De León Carpio und den URNG-Kommandanten ein geheimes Treffen vor. Nicht einmal das eigentlich allseits informierte Militär bekam Wind davon, als sich am 04. März 1995 in einem alten Kloster in Rom, De León Carpio mit der URNG-Führung zusammensetzte. Leibwächter aus dem präsidentialen Oberkommando der Armee (EMP) standen ahnungslos vor der Tür als der Präsident drinnen – *sichtlich nervös* – das Gespräch suchte.²⁶⁶ Bonini notierte nach der Sitzung, dass der Präsident sich zu den Friedensgesprächen bekannte, aber die Machtverhältnisse im Lande würden ihm nicht erlauben, in den Verhandlungen über gewisse Grenzen hinauszugehen:

„Sie sollten meine Präsidentschaft ausnutzen (sagte er der URNG), Sie wissen, dass ich zum Verhandeln bereit bin. Es ist nicht klar, ob der nächste Präsident dieselbe Bereitschaft haben wird. ... Sie wissen, das eigentliche Problem sind einige Sektoren des CACIF, sogar mehr als die der Armee. ... Ich habe Grenzen und in einigen Punkten der Verhandlungen kann ich einfach nicht weitergehen, sonst laufe ich Gefahr, umgebracht zu werden.“²⁶⁷

Die URNG hingegen betonte ihren Willen zu substanziellen Verhandlungen ohne Zeitdruck. Daraufhin bot der Präsident für den Fall von Engpässen in den Verhandlungen einen Kanal direkter Kommunikation an:

„Auf diese Weise kann ich Sie wissen lassen, bis hierher kann ich gehen, das kann ich anbieten, da lohnt es sich nicht, mehr zu verlangen.“²⁶⁸

²⁶⁴ Jonas, 2000^a: a.a.O. Anm. II/68. S. 98f.

²⁶⁵ Als Mitglied der christlichen Gemeinschaft war Bonini für die Mehrzahl der hier beschriebenen Kontakte zuständig. Seine Beobachtungen geben viel von der damaligen Stimmung wieder. Es gab fünf geheime Treffen zwischen Regierung und URNG. Siehe: *Bonini*: a.a.O. Anm. II/18.

²⁶⁶ *Bonini*: a.a.O. Anm. II/18. Seite 52.

²⁶⁷ De León Carpio in *Bonini's* Notizen, nach der Sitzung zitiert: Ebenda: S. 53f.

²⁶⁸ Ebenda. Seite 53f.

Vermutlich wollte De León Carpio seine Schwäche ausnutzen, um die URNG zu – seiner Ansicht nach – realistischeren Kompromissen zu bewegen. Auf der anderen Seite die URNG: Schon zu Beginn der Regierungszeit von De León Carpio hatte sie den Kontakt zur katholischen Kirche in Rom gesucht. Um ihr politisch-diplomatisches Gewicht besorgt, war es zu mehreren Treffen mit Bonini und anderen Angehörigen von San Egidio gekommen. Mit dem Ja der URNG zu dem Treffen in Rom wollten diese - nach Auffassung von Bonini – nicht nur De León persönlich kennenlernen, sondern eben auch den Kontakt zur katholischen Kirche vertiefen. Das Auftreten von De León hatte aber dennoch beeindruckt. Noch während der Sitzung gab einer der Kommandanten, Pablo Monsanto, bekannt, dass die URNG plane, sich an den kommenden Wahlen zu beteiligen, nur wie, das wisse man noch nicht.²⁶⁹

Anders als womöglich vom Präsidenten geplant, die URNG sah zwar seinen Willen und seine Schwäche, aber letztendlich konnte sie nicht glauben, dass nicht doch alles mit der Armee-Spitze abgesprochen worden sei. In den Verhandlungen selbst wusste die Guerilla aber ab diesem Zeitpunkt wesentlich besser, wann sie wie weit gehen konnte, ein unschätzbare Vorteil, um die Gespräche am Laufen halten zu können.²⁷⁰

Ein Vierteljahr später bot sich San Egidio eine andere Chance. Durch einen Zufall befanden sich Vertreter beider Seiten in Paris. Und wieder organisierte San Egidio ein geheimes Treffen:

„Das Büro (in dem das Treffen geplant war) war gut für konspirative Treffen geeignet. Es hatte eine Schiebetür, die hinter einer mobilen Tafel versteckt, wie ein Teil der Wand des Büros wirkte. Stunden vor der Ankunft als De León, als Monsanto, Asturias und Rosal (dort aßen), kamen Mitglieder des französischen Geheimdienstes um den Ort zu inspizieren. Sie merkten nicht, dass hinter der Wand sich Gäste versteckten.“²⁷¹

Ein legales Problem wäre es sicher nicht gewesen, wären die Gäste von den Offizieren entdeckt worden, aber der geheime Charakter des Treffens hätte nicht aufrechterhalten werden können. Bonini erwähnt diese und andere bemerkenswerte Anekdoten, weil sie nicht nur die Schwäche des Präsidenten offensichtlich machten, sondern eben auch seinen Willen, einen vom Militär nicht kontrollierten Kontakt zur Guerilla zu haben. Aber vielleicht – so schränkt Bonini ein – wollte der Präsident auch nur diesen Eindruck erwecken.

Unterdessen war auf der nationalen politischen Bühne wieder ein Skandal geplatzt. Inmitten der Verhandlungen zum Maya-Abkommen war in der US-Presse zu lesen, dass ein guatemaltekischer Offizier, der der CIA zuarbeitete, in dem Mord an einem US-Staatsbürger in Guatemala verwickelt war. Dies brachte zwar vor allem die US-Regierung in Bedrängnis, aber ganz offenbar auch Guatemala erneut in die Weltpresse. Jonas vertritt die These, dass dieser Skandal die Verhandlungsdelegation der Regierung in einem kritischen Moment davon überzeugt habe, dem Maya-Abkommen letztlich auch zuzu-

²⁶⁹ Ebenda: Seite 54f, 58.

²⁷⁰ So äußerte sich Pablo *Monsanto*, URNG, Jahre später Bonini gegenüber: Ebenda: S. 71.

²⁷¹ Ebenda: Seite 76.

stimmen. Eine Blockade, genau zu diesem Zeitpunkt, hätte die Regierung ganz offenbar unter schweren Druck gebracht.²⁷² Dabei waren sich nicht alle Unterzeichner seiner langfristigen Bedeutung bewusst. General Carlos Pineda, Mitglied der COPAZ und Unterzeichner des Abkommens:

*„Das Volk der Maya, das existiert nicht, die Mayas verschwanden, ... bevor die Spanier kamen. Aber ich habe das Abkommen (trotzdem) unterschrieben, ich habe das in dem Bewusstsein gemacht, dass das nur Papier war (keine Bedeutung hat).“*²⁷³

Mit der Installation von MINUGUA musste sich das Militär in seinem Verhalten auch erstmals rechtfertigen. Durch die pure Präsenz von 400 Beobachtern, im Lande verteilt, verlor der Konflikt an Intensität und der Friedensprozess gewann an Entscheidungskraft.²⁷⁴ Nichtsdestoweniger ging auch dies nicht ohne Probleme von sich, bedeutete deren Präsenz doch praktisch einen Paradigmenwechsel für das Konfliktverhalten der Parteien. Nach den Worten von General Benjamin Godoy fühlte sich die *Armee* doch als *Sieger* und das beinahe *ohne Unterstützung* von außen und jetzt kam die internationale *Linke*, um uns zu beobachten.²⁷⁵ Vor allem in der Anfangsphase kam es zu mehreren Übergriffen gegen die Mission – Büros wurden beschossen, bedroht oder Personal entführt. Der Militärführung gelang es mit der Zeit, diese Probleme unter Kontrolle zu bekommen, aber bei der Suche nach den Verantwortlichen half sie nicht. Verhaftet wurde niemand.

Gerade für den Fall MINUGUA kann nach einer Forschung von Jonas, von Anfang an passive Resistenz von Institutionen des Staates festgestellt werden. Immer wieder wurde versucht, ihre Funktionen zu begrenzen, Empfehlungen zu ignorieren oder ihre Kooperation zu vermeiden.²⁷⁶

Und noch einmal sind wir in Paris, während der Tage, an denen das zweite geheime Treffen, Bewegung in die Verhandlungen zum sozio-ökonomischen Abkommen bringen sollte. In diesem Juni 1995 trafen sich nämlich Vertreter von Staaten und Finanzorganisationen mit denen von Guatemala. 500 Millionen USD wurden in jenem Moment in Aussicht gestellt, sobald der Friedensprozess erfolgreich abgeschlossen sei. Danach wurde auch die Kritik des Unternehmerverbandes CACIF leiser. Nur noch wenige Friedensgegner gingen lautstark an die Öffentlichkeit. Eine kleinere Unternehmergruppe versuchte vor dem Verfassungsgericht gegen die COPAZ, die Friedenskommission der Regierung, vorzugehen und auch der Kongress, über dessen Kopf hinweg die Verhandlungsparteien die Zukunft des Landes diskutierten, sah die URNG noch immer als kriminell an. Wie stand Guatemala in dieser Zeit zur „Transformation über den Frieden“? Teile der Regierung und die URNG waren sicher dafür, aber den ökonomischen und Teilen der militärischen Eliten, dem Kon-

²⁷² Jonas, 2000a: a.a.O. Anm. II/68. S. 130f (Anm. 13).

²⁷³ Interview mit General Carlos Pineda, 15.04.2005 (Auf spanisch: *papel aguanta con todo*).

²⁷⁴ Ebenda: S. 105f.

²⁷⁵ Interview mit General Benjamin Godoy, 24.05.2005.

²⁷⁶ Jonas, 2000a: a.a.O. Anm. II/68. S. 107.

gress und dem Staatsapparat waren kein Enthusiasmus, eher tiefe Skepsis anzumerken.

Auch ohne ernst zu nehmende offene Gegner, der Frieden gelang in den verbleibenden Monaten des Jahres 1995 nicht mehr. Bonini schreibt, schon im Juli sei ihm nach Gesprächen mit Rodrigo Asturias (URNG) klar gewesen, die URNG werde sich auf diese Regierung nicht mehr einlassen. Die Guerilla denke schon, wer der nächste Präsident sein werde und außerdem wolle man die Abkommen nicht über einen schwachen Präsidenten delegitimieren. Zudem fehlte der URNG aber auch das entsprechende Vertrauen zu den Verhandlungsführern der Regierung, Rosada und Arenales Forno. General Balconi verweist auf die Stimmung zwischen beiden Seiten:

„Thr sitzt hier (hätten Rosada und Arenales Forno zur URNG gesagt), aber gebt zu, dass Ihr Kriminelle gewesen seid, dass ihr Guatemala geschadet habt, Leute ermordet, das sagten sie ganz offen. In dieser Zeit hatten die von der URNG schon Vertrauen zu mir und sagten, ‚mit denen werden wir nichts mehr unterschreiben‘ (und als wir dann zum sozio-ökonomischen Thema kamen und) alle Probleme ausgeräumt waren, da kam die URNG am nächsten Tag mit 10 weiteren Forderungen. Aber die URNG machte das, weil sie nichts unterschreiben wollte.“²⁷⁷

Der Verhandlungsführer der nächsten Regierung, Gustavo Porras:

„In der zweiten Sitzung sprach ich an, was beide (URNG und die vorherige COPAZ) zum sozio-ökonomischen Thema niedergeschrieben hatten. Da sagte mir Rolando (Morán: Kommandant der EGP, der größten der 4 Fraktionen), ‚das steht da so, damit wir mit der Regierung De León eben nicht unterschreiben, das ist ein Ausdruck von politischem Misstrauen, aber ist in keiner Weise unsere Position.“²⁷⁸

Das Abkommen zur Wahrheitskommission in der Regierungszeit De León Carpio ist ein erster Schritt daraufhin, was später die Vergangenheitspolitik Guatemala darstellt. Das Verhandlungsergebnis ist aber nicht nur ein Kompromiss zwischen zwei Kriegsparteien, sondern hat vielmehr damit zu tun, dass die UNO – mehr als zuvor – Einfluss auf den politischen vor allem den Friedensprozess nahm. Ihre bloße Präsenz als Leitbild und Vermittler der Friedensgespräche verwandelte sie in einen Resonanzbogen für die Suche nach politischen Spielräumen von Regierung und URNG. Es war auch ihre Präsenz, die letztlich den entscheidenden Schritt weg von der Repression nach sich zog. Für Miguel Angel Reyes von der URNG war die UNO nicht nur Vermittler:

„Im Menschenrechtsabkommen stellte uns die UNO internationale Experten, die uns beraten sollten. Deren Präsenz war hier aber nicht so deutlich, wie danach in anderen Abkommen (Maya-Abkommen). Die offizielle

²⁷⁷ General Julio Balconi, Mitglied der COPAZ, im Interview, 11.05.2005.

²⁷⁸ Interview mit Gustavo Porras, 15.06.2005. Aber auch Carpio selbst scheint der Meinung gewesen zu sein, dass unter ihm der Friede nicht zu unterzeichnen sei. Ana de Molina erklärt, Carpio habe immer gesagt, *so weit wie möglich verhandeln, mehr nicht*. Er habe gewusst, dass er als Präsident nicht ausreichend legitim sei. Interview vom 21.04. und 29.04.2005.

*Form (der Ausübung von Einfluss) bestand darin, dass die UNO die URNG zu einem Vortrag einlud und (davon getrennt) die Regierung auch.*²⁷⁹

Der Autor, Dirk Bornschein, fragt, ob es keine anderen Formen gab?

*„(Mir sind vor allem zwei Formen aufgefallen) Die Sachen begannen plötzlich einfach und schnell abzulaufen, es wurden Gelder ... bereitgestellt. Und ... mir fiel mir auf, ... wenn die andere Seite sich ganz plötzlich zu bewegen begann, offensichtlich Druck von außen.*²⁸⁰

Eine solche Interaktion mit der UNO setzte aber voraus, dass nationale Akteure daran interessiert waren - in diesem Fall die Regierung De León Carpio und die COPAZ unter Leitung von Héctor Rosada. Die progressive Militärführung war zwar ein enger Alliiertes der zivilen Regierung, aber doch gleichzeitig auch Ziel und Betroffener politischer Befreiungsversuche der Zivilisten.

Sorgen muss zu diesem Zeitpunkt aber dennoch die Tatsache bereiten, dass die ökonomischen Eliten den Prozess eher notgedrungen tolerierten. Einigen der Unterschreibenden mangelte es unter den gegebenen Umständen zudem an der nötigen Überzeugung. Nicht nur die Generäle Edgar Leonel Godoy und Carlos Pineda machten deutlich, wie wenig ernst sie den Inhalt der Abkommen teils nahmen. Auch ein Kommentar von Humberto Preti, lang-jähriger Funktionär in Unternehmerverbänden, geht in dieselbe Richtung.

*„Einmal war ich in einer Sitzung mit Héctor Rosada und Antonio Arenales ... und als wir die Vorschläge der URNG zum sozio-ökonomischen Abkommen sahen. Wir sagten ihnen, dass die nichts taugten und daraufhin sagt Arenales, ‚unterschreibt einfach, das wird sowieso nicht erfüllt‘. (Preti nahm diese Worte ernst)*²⁸¹

Dabei spielt es letztlich keine Rolle, ob Arenales Forno mit seinem Kommentar wirklich die Inhalte bloßstellte oder nur mit diplomatischem Geschick Widerständen ausweichen wollte. Was zählt ist das partielle Ergebnis: Skeptiker hören auf, sich aktiv zu wehren und in bestimmten Kreisen verlieren die Kompromisse an Wert – eine Stimmung, die keine Folgen nach sich ziehen muss, aber unter bestimmten Umständen doch kann.

Die Etappe Ramiro de León Carpio, vor allem die Verhandlungen zur Wahrheitskommission, weisen noch einmal auf den Einfluss des internationalen Umfelds hin, insbesondere der UNO. Nichtsdestoweniger stockte Anfang 1995 der Prozess, trotz heftigen Drucks der Vereinten Nationen. Durch seine vertrauensbildenden Maßnahmen trug San Egidio dazu bei, einen Prozess aufrechtzuerhalten, der unter De León letztlich doch noch keine Chance hatte. Die zivile Macht war aus Sicht der URNG noch zu schwach und so sehr De León und seine Verhandlungsführer ihre politische Schwäche auch in Verhandlungsstärke verwandeln wollten, letztlich bestätigten sie damit nur das Vorurteil der Guerilla, dass in diesem Staat vor allem die Eliten das Sagen haben. Mit anderen Worten, Fortschritte in der Demilitarisierung waren für die

²⁷⁹ Interview mit Miguel Angel Reyes, URNG, 12.05.2005.

²⁸⁰ Interview mit Miguel Angel Reyes, 17.06.2005.

²⁸¹ Interview mit Humberto Preti, Unternehmer-Sektor, 21.02.2005.

URNG eine Voraussetzung, um das für sie nötige Vertrauen in den Prozess setzen zu können. Umgekehrt diente die reine Existenz dieses von außen geförderten Prozesses den zivilen Gruppen als Hebel, um ihren Spielraum zugunsten der Demokratisierung zu erweitern.

5. 1996: die Verhandlungsdynamik auf der Zielgeraden

5.1. Der Frieden neu entdeckt

Im Wahlprozess 1995/96 fielen dann endgültig die Würfel. Als Sieger ging Alvaro Arzú aus dem Urnengang hervor. Der Vorsprung auf Alfonso Portillo, Kandidat der Partei des Putschgenerals Ríos Montt, FRG, war so knapp, dass bis heute der Verdacht nicht ausgeräumt werden konnte, ein Stromausfall während der Auszählung sei Absicht gewesen. Dennoch wird diese Wahl gemeinhin als Rückkehr zur Verfassungsmäßigkeit angesehen. Auch das Spektrum der Parteien, die sich zur Wahl gestellt hatten, war breiter geworden.²⁸²

Die Rahmenumstände für einen verhandelten Frieden blieben auf den ersten Blick in etwa gleich. Unvermindert stützte die UNO das Konzept substanzieller Verhandlungen und inhaltlich eine Demokratisierung und Demilitarisierung der Gesellschaft an sich. Die Transformationsansprüche der URNG und damit auch sie selbst als Verhandlungspartner hatten so alles in allem eine konstante Rückendeckung.²⁸³ Im Detail verschoben sich die Gewichte aber doch. Die von Interessen geleitete Allianz zwischen URNG und den Maya, schon seit 1994 existent, wurde seit 1996 zunehmend aktiv. Und die neue Regierung hatte, ganz anders als ihre Vorgängerin, eine parlamentarische Mehrheit und stützte sich auch nicht – wie zuvor – auf die Armee. Nach Jahren der Unzufriedenheit großer Teile der Unternehmer hatte jetzt einer von ihnen die Wahlen gewonnen, einer der dem verhandelten Frieden skeptisch gegenüberzustehen schien. Victor Hugo Godoy erinnert sich:

*„1994 hatten wir (die Nationale Aussöhnungskommission) ein Treffen mit den Parteien organisiert. um zu sehen, wie die sich den Frieden vorstellen. Von Seiten der PAN kam (der spätere Vize-Präsident von Alvaro Arzú) Flores Asturias, um zu sagen, der Frieden werde über Entwicklung erreicht und nicht indem mit Aufständischen verhandelt werde. Das heißt, der verhandelte Frieden war nicht in seiner Agenda.“*²⁸⁴

Zur Überraschung vieler war es aber dann doch der Unternehmer Arzú, mit dem der entscheidende Wandel in Sachen Frieden begann. Er war es, der das Thema in den Mittelpunkt seiner Politik stellte. Implizit erlitt die Protagonistenrolle der URNG damit einen ersten kleinen Dämpfer. Die Rahmenumstände und der Einfluss der UNO reichen aber bei weitem nicht aus, die neue Ver-

²⁸² Siehe Torres, 1998: a.a.O. Anm. II/7. S. 88.

²⁸³ Das COPAZ-Mitglied, Raquel Zelaya, erklärte in einem Interview, dass die Guerilla sich politisch wichtig glaubte, *aber wir wussten, dass dies nicht so war*. Aber tatsächlich hätte die URNG *diplomatisch triumphiert*. Zitiert nach, Pásara, 2003: a.a.O. Anm. III/86. S. 32.

²⁸⁴ Interview mit Víctor Hugo Godoy, Ex-COPREDEH, 09.09.2005.

handlungsdynamik erklären zu können. Am Anfang des neuen Zyklus stand wieder eine Initiative von San Egidio.

Die christliche Gemeinschaft, schon zu Zeiten von De León Carpio aktiv, war während der Kampagne zu dem Schluss gekommen, dass der Frieden nur mit Arzú eine Chance haben werde. Der FRG würde den Prozess sicher stoppen, so meinte man.²⁸⁵ Noch vor der Wahl baten sie den Kandidaten Arzú und die Kommandanten der URNG darum zu einem geheimen Treffen in San Salvador. 5 Tage vor dem ersten Wahlgang lernte man sich kennen und tastete Positionen ab – ein voller Erfolg. Raquel Zelaya, kurz darauf Mitglied der Friedenskommission der Regierung, COPAZ:

„Er (Arzú) riskierte (damit) seine Kandidatur. Weil, wenn das vor der Wahl bekannt geworden wäre, dann hätten ihm viele ihre finanzielle Hilfe zurückgezogen, auch Stimmen. ... Dieses persönliche Treffen, als ein wagemutiger Akt, ist meines Erachtens nicht ausreichend gewürdigt worden, denn aus der Stimmung, die in diesem langen Gespräch herrschte, von dem man nie wusste, was genau gesprochen wurde, entstand die Idee eines besonderen Engagements beider Seiten.“²⁸⁶

Kurz danach ließ Guerilla-Kommandant Rolando Morán, Alvaro Arzú ausrichten, er habe ihn total falsch eingeschätzt, wenn sich das neue Vertrauen bestätige, dann würde der Frieden innerhalb von 6 Monaten unterschrieben. Das – so Arzú – war *Musik in meinen Ohren*.²⁸⁷ In den Treffen wurde offenbar erstmals ein Vertrauensverhältnis erreicht, das sich nach dem Wahlsieg in einer neuen Verhandlungsdynamik niederschlug, einer weitaus schnelleren. Erst mit San Salvador – so Gustavo Porras – habe Arzú begonnen, sich deutlich für den Frieden zu interessieren, vorher habe er ihn einfach nicht wichtig genommen. Danach wurde er Stück für Stück gar zur *absolut obersten Priorität*.²⁸⁸ Ricardo Stein, Regierungsfunktionär unter Arzú, erklärt die Idee zum Frieden in dieser Zeit:

„(Die Idee war) Mit der Unterschrift unter die Friedensverträge könnten zusätzliche Auslandsinvestitionen erreicht werden. Damit ging es aber nicht eigentlich nur um ökonomisches, ... oder um die Investitionen, sondern (es ging darum), dass die Friedensdynamik eine insgesamt günstige und positive Stimmung im Lande schaffen würde. ... So dass auf allen Ebenen vorangeschritten werden könnte, im Politischen, im Sozialen und im Ökonomischen.“²⁸⁹

So wie unter De León Carpio geht es auch hier um Demokratisierung. Aber nach den Worten von Stein zu gehen, verstand Arzú den Frieden zusätzlich als einen psychologischen Ausgangspunkt für sozial-politische und ökonomi-

²⁸⁵ *Bonini*: a.a.O. Anm. II/18, Seite 103f. Deren Einschätzung wird auch von der an derselben Stelle zitierten Susan *Jonas* geteilt.

²⁸⁶ Interview mit Raquel *Zelaya*, SEPAZ-Chefin der Regierung Arzú, 20.05.2005.

²⁸⁷ *Bonini*: a.a.O. Anm. II/18. S. 124f (*Porras* im Interview). *Arzú* im Interview auf Seite 278.

²⁸⁸ *Bonini*: a.a.O. Anm. II/18. Seite 107f, 236.

²⁸⁹ Interview mit Ricardo *Stein*, Funktionär in der Regierung Arzú, 18.05.2005.

sche Prozesse, nicht nur als politischen Transformationsmoment. Darum, so Porras, sollte der Frieden so schnell wie möglich erreicht werden:

*„Die Frist die wir uns setzten, die bestand aus einem Jahr ... Wir wollten machbare und realistische Abkommen, die dem Lande zum Vorteil sind, ohne rein rhetorische Maßnahmen zu beinhalten.“*²⁹⁰

Der Autor fragt, ob das nicht gegen langfristige Abkommen, wie das zu den indigenen Völkern aus dem Jahr 1995 gerichtet war. Porras:

*„Nein, wir haben (einfach) nicht mehr nach hinten geschaut, ob die Indígenas dies oder die Menschenrechte jenes.“*²⁹¹

Die URNG, in der Verzögerungstaktik geübt, unterwarf sich jetzt auch dem definierten Rhythmus. Das hat insoweit eine eigene Logik, als mit dem neuen Vertrauen jetzt andere Fragen und Probleme wichtig wurden. Bei den vorausgegangenen Wahlen hatte eine der URNG nahe Partei, der FDNG, 8 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können. Vor diesem Hintergrund scheint es der URNG jetzt auch darum gegangen zu sein, mit schnellen Verhandlungen, Zeit für ihre eigene politische Zukunft zu gewinnen – für ihre eigene Partei.²⁹²

5.2. Das zivil-militärische Verhältnis

Die Regierung war aber nicht nur stärker geworden, auch ihr Verhältnis zum vormals übermächtigen Militär schien sich drastisch geändert zu haben. Während De León Carpio sich zuvor noch auf die Progressiven in der Militärspitze stützte, griff Arzú sofort hart durch. 275 Offiziere, darunter viele Generäle und Mitarbeiter des militärischen Geheimdienstes sowie 118 Polizisten wurden noch im Januar entlassen.²⁹³ Zwei Kriterien scheinen bei der Auswahl der Betroffenen eine besondere Rolle gespielt zu haben, die Haltung zum geplanten Friedensprozess sowie die Verwicklung in Korruption und andere Straftaten.²⁹⁴ Im Oberkommando saßen jetzt nur noch Repräsentanten der Linie *Pro Frieden*. Als Minister fungierte Julio Balconi, seit Beginn des direkten Gesprächs Mitglied der Friedenskommission der Regierung. Stein und Porras bemerken, dass sich die Armee nicht nur besser als alle anderen auf die Verhandlungen vorbereitete, sondern sich auch zunehmend in dem Prozess engagierte.²⁹⁵ Gustavo Porras:

„(Während der Verhandlungen gab es intern zum Militär) keine Widersprüche, Momente in denen sie zögerten oder eine andere Sichtweise hatten. Ich befand mich mit einer Arbeitsgruppe des Oberkommandos, die schon

²⁹⁰ Interview mit Gustavo Porras, 15.06.2005. An der Seite von Gustavo Porras waren auch Raquel Zelaya und Richard Aitkenhead zivile Mitglieder der Regierungskommission. Der Armee wurde im Prinzip nur noch ein Mitglied zugestanden, Otto Pérez Molina. Nur zu den Verhandlungen zum Militärthema wurde ein zweiter Offizier berufen, Morris De León Gil.

²⁹¹ Interview mit Gustavo Porras, 15.06.2005.

²⁹² So Zelaya, Mitglied der COPAZ, zitiert nach: Pásara, 2003: a.a.O. Anm. III/86. S. 29.

²⁹³ Reyes: a.a.O. Anm. III/71. S. 73f.

²⁹⁴ Auf dieses zweite Kriterium verweist Rosada nach Reyes: a.a.O. Anm. III/71. S. 74.

²⁹⁵ Interviews mit Ricardo Stein, 18.05.2005 und Gustavo Porras, 15.06.2005.

*seit Jahren die Vorlagen zu den Themen vorbereitete und in perfekter Harmonie arbeitete.*²⁹⁶

Dies klingt fast wie effektive Unterordnung, aber solch' absolute Attribute sind in Guatemala kaum zu gebrauchen. Bei der Charakterisierung des zivil-militärischen Verhältnisses darf nicht vergessen werden, dass sich im Laufe der Jahre innerhalb der Streitkräfte eine eigene Fraktion herausgebildet hatte, die sogenannte *Linie Pro Frieden*. Die weitreichende personelle Umbesetzung zu Beginn der Regierung half in diesem Sinne, die Linie an der Spitze zu etablieren. Obwohl die pensionierten Offiziere noch immer Einfluss auf die neuen hatten, letztlich konnten sie sich nicht mehr durchsetzen. Porras:

*„Ich erinnere mich nicht, dass in ... Sitzungen mit AVEMILGUA²⁹⁷ (Gegner der Verhandlungen) irgendein grundlegendes Argument gegen den Friedensprozess vorgebracht wurde, aber die hatten einen Diskurs, in dem sie sehr die aktuelle Militärspitze in Zweifel zogen und ich dachte bei mir, ‚erstaunlich, wie die alte Hierarchie beibehalten wird‘, die waren wie Tutoren die schlecht von ihren Kindern sprachen.*²⁹⁸

Mehr noch als im Falle Serrano, führte Arzú als Präsident das *Oberkommando* auch praktisch *aus*. Offenen Widerspruch gab es nicht mehr.²⁹⁹ Eine nähere Idee von dem zivil-militärischen Verhältnis bieten die Kommentare von zwei hohen Offizieren. General Edgar Leonel Godoy verweist darauf, dass nach Präsident Cerezo alle Verteidigungsminister begonnen hätten, nur ihren Posten bewahren zu wollen:

*„Es gab keinen (Minister), der sich (politischen Entscheidungen der Zivilisten) widersetzte, die uns sehr betrafen. Was alle Präsidenten machten, das war mehr oder weniger ein Gleichgewicht suchen, damit das Militär sich nicht aufregt.“*³⁰⁰

Das erwähnte Gleichgewicht änderte sich mit der Zeit offensichtlich, aber noch unter Arzú, so General Pérez Molina, behielt die Armee eine Art *Veto-Recht* in der Militärpolitik.³⁰¹ Mit anderen Worten hatte sich das Militär durch einseitige Beförderungen und seine interne Diskussion derart entwickelt, dass seine noch immer mangelnde (aber doch schon fortgeschrittene) Unterordnung in der Praxis zu beinahe keinen offenen Widersprüchen führte. Bruchstellen gab es aber schon und zwar vor allem innerhalb der Streitkräfte. General Benjamin Godoy zum Beispiel lässt im Jahre 2005 durchblicken, dass es ihm gar nicht gefallen habe, als die Armee unter Arzú die Kontrolle über den Friedensprozess verlor.³⁰² Ein kurzer Kommentar von Morris de León Gil, alles andere als ein Mitglied der dominanten Friedensfraktion, zeigt auf, wie

²⁹⁶ Siehe: Jonas, 2000a: a.a.O. Anm. II/68. S. 300. Nach Gustavo Porras spielten auch die Verwicklungen in Menschenrechtsverletzungen eine Rolle. Interview vom 15.06.2005.

²⁹⁷ AVEMILGUA, Asociación de los Veteranos Militares de Guatemala, deutsch: Vereinigung der Militär-Veteranen aus Guatemala.

²⁹⁸ Interview mit Gustavo Porras, Regierung Arzú (Präsidialamt) 15.06.2005.

²⁹⁹ Interview mit Ricardo Stein, Regierung Arzú, 18.05.2005.

³⁰⁰ Interview mit General Edgar Leonel Godoy, 11.11.2005.

³⁰¹ General Pérez Molina zitiert nach Pásara, 2003: a.a.O. Anm. III/86. S. 35.

³⁰² Interview mit General Benjamin Godoy, 12.05.2005.

schwach insgesamt die Idee von der Unterordnung unter die zivile Macht oftmals noch entwickelt war:

„Die Armee hätte nicht zu allem ja sagen sollen, sondern den Befehl des Präsidenten akzeptieren und ihm dann vorschlagen sollen, welches die beste Form ist, den Befehl auszuführen, und nicht nur weich und dienstbeflissen sein und die Anordnungen ausführen.“³⁰³

Die wesentliche interne Konfliktlinie habe nach Ricardo Stein aber darin bestanden, wie das Militär sich zu den Exzessen des Krieges stellen sollte.³⁰⁴ Aller Angst vor möglichen Prozessen zum Trotz, machte sich aber in der letzten Etappe der Friedensverhandlungen kaum öffentlicher Widerstand bemerkbar – und wenn, dann nur anonym. Am bekanntesten waren die gelegentlichen Kommuniqués der Offiziersgruppe PREGUA. Darin bezichtigte sie andere Offiziere, Menschenrechtsverletzer zu sein und äußerte sich auch gegen die geplanten Reformen zur Rolle der Armee.³⁰⁵ Eine andere Reaktion kann im engeren Sinne wohl nicht als Kritik, aber doch als Akt des Protests gesehen werden. Nach der Ablösung der Offiziere und Polizisten breitete sich im Lande eine Welle der Kriminalität aus³⁰⁶ – eine mit letztlich schweren Folgen. Dazu mehr in Kapitel VI.

5.3. Der 1. Höhepunkt: sozio-ökonomische Fragen

Auch ohne sofortige neue Abkommen, der Anfangsimpuls der geheimen Treffen zwischen Arzú und den Kommandanten und die ersten Entscheidungen des Präsidenten in Sachen Armee und Demilitarisierung der Polizei machten den Weg für eine vormals kaum vorstellbare Dynamik frei. Noch unter De León Carpio hatte der gesamte Verhandlungsprozess parallel zum Krieg stattgefunden, das hieß Attentate, Offensiven und Gegenoffensiven wurden oftmals genau dann unternommen, wenn am Verhandlungstisch über Frieden und die Zukunft gesprochen wurde. Nach vielen Kontakten und guten Willen von Seiten der Regierung³⁰⁷ antwortete die URNG im März 1996 mit einem ungewöhnlichen Schritt. Sie erklärte einseitig eine unbegrenzte Feuerpause. Fortan wurden bewaffnete Zusammenstöße durch auch lokale Kontakte zwischen beiden Seiten vermieden.

Einer Meinung war man deshalb aber nicht. Zur UNO hatte die Regierung jahrelang ein ambivalentes Verhältnis gehabt. Den Zivilisten auf ihrer Suche nach internen Spielräumen nützlich, sah man sie auch als ein Element, welches die intensiven substanziellen Verhandlungen und damit die Transformationswünsche der Guerilla gestützt hatte. Jetzt aber hatte sich der Handlungsrahmen

³⁰³ Interview mit General Morris *De León* Gil, Ex COPAZ, Regierung Arzú, 16.05.2005.

³⁰⁴ Interview mit Ricardo *Stein*, 18.05.2005.

³⁰⁵ Nachrichtenagentur *INFORPRESS*, 25.01.1996 und 15.08.1996. Anfangs lösten die Schreiben den Verdacht aus, eine Welle der internen Säuberung stünde bevor. Möglicherweise war aber eher das Gegenteil gewollt, nämlich den Offizieren zu zeigen, dass alle betroffen sind – ein Fall der Instrumentalisierung des Themas der Menschenrechte ohne wirkliche Absichten der Aufklärung.

³⁰⁶ *Reyes*: a.a.O. Anm. III/71, S. 73.

³⁰⁷ Diese Regierung verzichtete erstmals darauf, die URNG in der Öffentlichkeit anzugreifen.

aus Sicht der Regierung geändert. Das Militär augenscheinlich diszipliniert und die mit der Guerilla geteilte Absicht, die Verhandlungen zu einem schnellen Abschluss zu bringen, schienen die UNO obsolet zu machen. So nahm dies zumindest offenbar die Regierung wahr, denn Verhandlungsführer Porras schlug der Guerilla zu Anfang vor, die UNO als Vermittler von der Religionsgemeinschaft abzulösen, die schon so oft Geheimgespräche vermittelt hatte – zwischen De León Carpio und den Kommandanten sowie auch Arzú und den Kommandanten. Doch nein, der URNG schien das nicht im eigenen Interesse zu liegen. Und so blieb alles beim Alten.³⁰⁸

Der jetzt guten Stimmung bei den Gesprächen tat dies keinen Abbruch. Alle Teilnehmer betonen, dass die Dynamik nicht mehr Verhandlungen entsprach. Zelaya spricht gar *von einer Gruppe von Guatemalteken, die (gemeinsam) über die Zukunft nachdenken*.³⁰⁹ Und Porras:

*„Das waren keine Verhandlungen (nach dem Schema) ich gebe hier nach und sie dort... Das wäre absurd gewesen. Die Abkommen sollten einen konsistenten Inhalt haben, gut für die Bevölkerung, realistisch in dem Rahmen, den uns das existente System auferlegte. Das war ein Dialog zwischen Patrioten, kreativ, bereichernd, sicher anstrengend, zwischen Personen, die in ihren Zielen nicht anderer Meinung waren.“*³¹⁰

Im Mai 1996 führte der Dialog dann zur Unterschrift unter den nächsten Meilenstein des Prozesses – das Abkommen über sozio-ökonomische Aspekte und die Lage der Landwirtschaft. (Dort) *spiegelte sich das neue Kräfteverhältnis der Regierung Arzú wieder: mehr direkte Teilnahme des CACIF (Unternehmer) und ein niedriges Profil der Armee, die zunehmend diskreditiert und wegen Korruption signalisiert wird*.³¹¹ Inhaltlich sah es mehr Ausgaben in Gesundheit, Erziehung und Wohnungsbau vor und eine modernere Landwirtschaft. Die von vielen ersehnte breite Agrarreform fand nicht statt. Die URNG ließ ihre jahrzehntelang formulierte Forderung nach einer Landverteilung fallen, nicht einmal die soziale Funktion des Privatbesitzes sollte in der Verfassung anerkannt werden.

Der CACIF feierte das Abkommen, weil es keine Land- oder Agrarreform geben werde. Erstmals hatte die URNG wesentliche Zugeständnisse gemacht, ein teurer Kompromiss, denn noch vor Abschluss opferte die URNG ihre innere Einheit zugunsten des Versprechens auf den Frieden. Die Kommandanten lösten die politisch-diplomatische Kommission auf, die in dieser Frage hart geblieben war.³¹²

5.4. Die privaten Treffen: Guerilla und Militär

Die darauf folgenden Verhandlungen zum *Abkommen über die Stärkung der zivilen Macht und die Funktion der Armee in einer demokratischen Gesell-*

³⁰⁸ Siehe Jonas, 2000a: a.a.O. Anm. II/68. S. 109. Auch Pásara, 2003: a.a.O. Anm. III/86. S. 31. Viele Details zur internen Diskussion in dieser Frage, in: Bonini: a.a.O. Anm. II/18. S. 142f.

³⁰⁹ Interview mit Raquel Zelaya, Ex COPAZ und SEPAZ-Chefin in der Regierung Arzú, 20.05.2005.

³¹⁰ Interview mit Gustavo Porras, Ex COPAZ und Präsidialamt in der Regierung Arzú, 15.06.2005.

³¹¹ Jonas, 2000a: a.a.O. Anm. II/68. S. 110.

³¹² Jonas, 2000a: a.a.O. Anm. II/68. S. 155ff.

schaft wurden allseits mit Skepsis und Sorgen erwartet. General Balconi machte sich dagegen keine Sorgen:

*„URNG und wir wussten, dass es da keine Probleme mehr geben würde, alle Welt wartete ab, was (beim Militärthema) geschehen würde, (aber) alles war schon unter uns gelaufen, die Leute wussten nichts davon.“*¹⁸¹³

Noch vor dem neuen Präsidenten Arzú hatte auch die Armee für sich Geheimgespräche mit den Kommandanten begonnen. Julio Balconi:

*„Wir waren immer sehr diskret. Wenn diese Sitzungen öffentlich bekannt geworden wären, dann hätte irgendeine radikale Gruppe des (Unternehmerverbandes) CACIF unseren Kopf gefordert und die URNG hätte Schwierigkeiten mit ihrer Basis gehabt.“*¹⁸¹⁴

Ist diese Häufung von geheimen Treffen nicht erstaunlich. Zeigt dies nicht, wie trotz der Friedenseuphorie auf der Oberfläche doch andererseits die Wahrnehmung von deren Fragilität existierte, dass die Fortschritte von großen Teilen der Macht in der Gesellschaft nicht gutgeheißen würden? Vielleicht ging es aber auch nur darum, selbst Einflüsse gegen die Absichten der anderen nationalen Akteure ausüben zu können. Auffällig ist jedenfalls, dass offenbar nur der Unternehmerverband in keinem einzigen dieser Gespräche einbezogen war (!!!). Für General Balconi standen diese Treffen in einer Tradition, die schon unter Serrano begonnen hätte:

*„Das sage ich jetzt zum ersten Mal: Die erste COPAZ (von Serrano) mit Mario Enríquez (später erster Verteidigungsminister unter De León), González Taracena (dessen Nachfolger unter De León) und mir (Nachfolger und erster Minister unter Arzú), wir bemerkten, dass wir mit unseren zivilen Kollegen keine Militärthemen besprechen konnten, die waren sehr radikal... (die sagten) ‚wir hören uns an, was die (von der Guerilla) sagen, aber dann halten wir dagegen und am Ende wird es unsere Position sein, die akzeptiert wird‘. ... Wir Militärs in der COPAZ sagten uns dann, ‚wir werden unsere Anwesenheit in der Delegation ausnutzen, um direkte Kontakte mit der URNG aufzunehmen und versuchen, in einigen Punkten zu Übereinstimmungen zu kommen.‘ Unsere Verhandlungen (im Sinne von Annäherung) fanden mehr außerhalb der offiziellen Gespräche statt, lange bevor das Militärthema offiziell besprochen wurde. ... Nur wir drei sahen das so, unsere Chefs (Minister, Präsident...) waren nicht informiert. ... Diese Idee blieb am Ende in meiner Verantwortung.“*¹⁸¹⁵

Im Oktober 1995 begannen, wurden mehrere private Treffen der militärischen Kontrahenten organisiert, unter anderem auch eines in Kuba, das letzte nur kurz vor Beginn der offiziellen Verhandlungen zum Thema, in Madrid. Rodrigo Asturias von der URNG und General Balconi sahen den Sinn dieser Treffen darin, sich kennenzulernen, Misstrauen abzubauen, aber auch das Terrain und

¹⁸¹³ Interview mit Julio Balconi, 22.04.2005.

¹⁸¹⁴ Interview mit Julio Balconi, 22.04.2005.

¹⁸¹⁵ Interview mit Julio Balconi, 30.05.2005.

Position der jeweils anderen Seite zu sondieren.³¹⁶ Vor allem aber ging es auch darum, die friedensfreundliche Militärführung in ihrem Bemühen zu unterstützen, nach innen Widerstand gegen den Friedensprozess abzubauen. Von besonderer Wichtigkeit war in diesem Zusammenhang das Treffen auf der Insel Roatán in Honduras. Julio Balconi:

„(Auf dieser Sitzung trafen sich 20 Kommandanten der Armee mit den vier Kommandanten der URNG.) Ich sagte der URNG, ‚Es werden Ihnen sicher harte Fragen gestellt werden und solche, um etwas weiter zu kommen.‘ Zum Glück war die Haltung der Mitglieder der URNG, die harten Fragen zu akzeptieren und zu beantworten ... und sich nicht aufzuregen, sonst wäre das kontraproduktiv geworden. Die Offiziere, die Fragen und Zweifel hatten, die umrundeten dann jeden einzelnen der Kommandanten (der URNG), es gab einen interessanten Diskussionsprozess ... Ich hielt mich in dem gesamten Prozess zurück.‘³¹⁷

Der Autor fragt nach, welchen Erfolg die Sitzung gehabt hat:

„Als wir zurück nach Guatemala kamen, da war der Kommentar von allen, wie interessant der Prozess gewesen sei und ‚mal sehen, ob das alles so wahr ist?‘ Aber die Meinungen waren schon ein wenig anders geworden. Damit haben wir unseren Versuch abgeschlossen, unsere Offiziere nach innen zu überzeugen. Die Gegner des Prozesses dagegen, etwa 3 von 20, die sahen sich bestärkt, dass der Prozess mit der Armee abrechnen würde und dass wir (in der COPAZ) alle Verräter seien.‘³¹⁸

Das offizielle Treffen war schon beendet, als sich vor dem Abflug das Oberkommando aber noch einmal mit den Kommandanten der URNG zusammensetzte. *Da sprachen wir dann über Fragen der Reduzierung der Armee und einen zivilen Minister, sagt Asturias:*

„Ich hatte danach den Eindruck, dass die Armee einer Verfassungsreform zustimmen würde ... und dass sie selbst der Meinung waren, dass Institutionen, wie der EMP (präsidiales Oberkommando) und die PMA (Militärpolizei) aufgelöst werden sollten. Ihnen (der Armee) waren die politischen Kosten bewusst, die die Repression (für sie) gehabt hatte.‘³¹⁹

5.5. Der 2. Höhepunkt: die verordnete Demilitarisierung

Balconis optimistische Kommentare zu den Vorgesprächen bedeuten aber nicht, dass beide Seiten sich inoffiziell schon im Detail abgesprochen hätten. Da waren noch Spielräume für Gespräche über die Konfliktparteien Militär und Guerilla hinaus. Denn bei den offiziellen Verhandlungen saßen auch Repräsentanten des zivilen Präsidenten, die UNO als Vermittler und General Otto Pérez

³¹⁶ Interviews mit Julio Balconi, 11.05.2005 und Rodrigo Asturias (URNG), 25.05. und 31.05.2005.

³¹⁷ Interview mit Julio Balconi, 11.05.2005.

³¹⁸ Interview mit Julio Balconi, 11.05.2005. Unter den erklärten Gegnern war auch der spätere General Arévalo Lacs, Verteidigungs- und Innenminister von Präsident Portillo (2000 – 2003). Auch andere Offiziere bestätigen die konstante Überzeugungsarbeit der Führung Armee nach innen

³¹⁹ Interview mit Rodrigo Asturias, 24.05.2005.

Molina. Dieser prinzipiell einzige Vertreter der Armee hatte bei seinen mit dem Oberkommando besprochenen Positionen auch immer daran zu denken, wie weit er gehen konnte, ohne die Unruhe im Innern auslösen. Dieses Kalkül lag offenbar auch dem Denken des Präsidenten zugrunde. Gustavo Porras aus dem Präsidentsamt:

*„Wir versuchten die radikalen Offiziere wenn schon nicht einzubeziehen, so doch zumindest zu erreichen, dass sie blieben“.*³²⁰

General Otto Pérez Molina zu seiner Lage:

*„Ich hatte der Komplexität gerecht zu werden, da war nicht nur die Position der Institution (formuliert vom Oberkommando), sondern auch die feinen Unterschiede innerhalb derselben Institution, ... nachdem ich mich auf der einen Seite für eine Position gestritten hatte, musste ich die dann auch noch bei uns verteidigen ... und mit einigen Sektoren der Armee streiten. (Schwierige Themen waren) die Demobilisierung der Militärkommissare (aus dem Jahr 1995), die PAC, dass der Verteidigungsminister ein Zivilist sein kann, und die Auflösung des EMP, gerade das war schwierig zu erklären.“*³²¹

Am meisten Diskussion gab es zum EMP, der militärischen Garde, die dem Präsidenten zugeordnet war. Zelaya, Porras, Arzú und auch Rodrigo Asturias stimmen darin überein, dass die Armee bereit gewesen sei, den EMP aufzulösen. Gustavo Porras erinnert sich gar, dass die Auflösung des EMP vor allem eine Forderung der Armee war. Verkehrte Welt, die URNG sei es gewesen, die sich gegen deren Auflösung gewehrt habe, der Armee-Vertreter bei den Verhandlungen dagegen, Pérez Molina, der wollte sie auflösen.³²² Alvaro Arzú:

*„Als ich Porras nach dem Grund für diese Position fragte, da sagte der mir, dass Morán ihm erzählt habe, ... der EMP sei die einzige alternative und glaubhafte Informationsquelle die ein Präsident über das hat, was innerhalb der Armee geschehe... Und tatsächlich, so war das. ... Ohne die Information (des EMP) hätte ich (über viele Fragen) niemals Bescheid gewusst. Darum, wer am meisten darauf bestand, den EMP aufzulösen, das war der Repräsentant der Armee.“*³²³

Schon der Verteidigungsminister des Präsidenten Cerezo, Gramajo, habe immer wieder darauf hingewiesen, wie negativ das EMP für die Armee gewesen sei, eine Macht parallel zur Armee. Porras erzählt von einem Zwischenfall, der ihn stark beeindruckt habe.

„Als ich im Zusammenhang ... mit der Entführung Novella (zur Kabinettsitzung) kam, da ging neben mir (EMP-Chef) General Espinosa und an der Tür stand (Minister) Balconi und der war so sauer, dass er sogar in meiner Anwesenheit zu Espinosa sagte, ‚General, sie hätten mich vorher informieren sollen‘. Und Espinosa darauf, ‚tut mir leid Herr General, aber mein

³²⁰ Interview mit Gustavo Porras, 15.06.2005.

³²¹ Interview mit General Otto Pérez Molina, 30.05.2005.

³²² Ex-Präsident Arzú (2006) im Interview mit Bonini. Bonini: a.a.O. Anm. II/18, S. 230f.

³²³ Ebenda: Seite 231.

*Chef ist der Präsident der Republik'. ... Da gab es zwei Befehlsgewalten (und das konnte die Armee nicht akzeptieren).*¹⁸²⁴

Porras leitet unter anderem daraus seine Meinung ab, dass die Armee die Dualität der Befehlsgewalten durch eine Auflösung des EMP verhindern wollte. Verhandlungsmitglied General Otto Pérez Molina präsentiert seine Position und sein Handeln zum Thema aber vollkommen anders:

*„Wir dachten, dass dies (EMP) ein nützliches Instrument war, für die Armee, aber auch das Land selbst, klar war es sehr stigmatisiert und wegen vieler Probleme verrufen, aber wir glaubten, dass wir mit einer Modernisierung, wäre das gelungen, dem Land geholfen hätten ... Am Verhandlungstisch gelang es mir, die Guerilla vom Sinn des EMP zu überzeugen ... ihm die Geheimdienstabteilung zu nehmen ... Am Ende des Tages akzeptierten sie, dass der EMP bleiben könne ... In der Nacht dann nähert sich der UNO-Vermittler Jean Arnault (und sagte) ‚der EMP ist sehr symptomatisch, wenn wir es nicht auflösen, dann wird das Abkommen nur sehr wenige Inhalte haben...‘ Am Morgen kommt Porras zu mir, er habe folgende Anweisung bekommen, dass die ‚Auflösung akzeptiert wird und anstelle dessen eine neue Organisation käme‘.*¹⁸²⁵

Viel mehr als die Guerilla selbst hätte nach dieser Version der Eingriff der UNO die Auflösung des EMP begünstigt. Nach Beginn der Umsetzung der Friedensverträge hat Präsident Arzú diese Auflösung aber – in der Praxis – bis auf die letzten Tag seiner Amtszeit verschoben. Der Nachfolger, der solle dann sehen. Pérez kommentiert das mit den Worten, *welch geringe Konsistenz das gehabt habe und wie wichtig die internationale Rolle darin war.*

Wenn die COPAZ-Mitglieder von der Position der Armee sprechen, dann konnte also eigentlich nur die theoretische Position des Oberkommandos unter Leitung von Minister Balconi gemeint sein, die sich in der unklaren Verhandlungsdynamik aber stark transformieren konnte. Für ein weiteres Beispiel zur Vielparteienkonstellation während des Prozesses möchte ich noch einmal von Porras ausgehen. Als Verhandlungsleiter vornehmlich mit der Gruppe *Pro Frieden* in Kontakt, sah er die Position der Armee zu den eigenen Aufgaben sehr reformbereit:

*„Ganz anders als viele denken, dass nämlich das Militär viel Widerstand gezeigt hätte, seine traditionellen Aufgaben aufzugeben, geschah – so glaube ich – genau das Gegenteil. Die Armee hatte ein konkretes Interesse, sich von der (Aufgabe der) inneren Sicherheit zu trennen.*¹⁸²⁶

Wenn dem wirklich so gewesen wäre, dann hätte dies gut mit dem Wunsch der Guerilla zusammengepasst, die Aufgaben der Armee auf nichts Weiteres als die Landesverteidigung zu reduzieren. Aber das schien für Präsident Arzú inakzeptabel. Gustavo Porras:

³²⁴ Interview mit Gustavo Porras, 15.06.2005. Minuten später gibt Porras aber zu, dass diese doppelte Befehlsgewalt wohl erst ab Arzú entstanden sei. Was das wohl dann für die Klage von Gramajo heißt, der EMP sei nicht zu kontrollieren?

³²⁵ Interview mit Otto Pérez Molina, 30.05.2005.

³²⁶ Interview mit Gustavo Porras, 15.06.2005.

„Die URNG schlug beinahe vor, die Armee solle bleiben, aber in den Kasernen eingesperrt, daraufhin sagte der Präsident zu mir... ‚sag denen von der URNG, wenn sie die Auflösung der Armee diskutieren wollen, dann diskutieren wir das eben, ich wäre nicht ganz abgeneigt, sprechen wir klar darüber und lösen die Armee auf. Aber was für mich inakzeptabel ist, das ist eine Armee, die keine Funktion mehr hat. Es wäre ein Verbrechen in Guatemala, 800 Millionen Quetzals (rund 100 Mio. USD jährlich) für eine Armee zu bezahlen, die sich damit die Zeit vertreibt, in der Kaserne Fußball zu spielen.‘³²⁷

Diskutiert wurde auch die Auflösung der berüchtigten Elitetruppe der Kaibiles. Aber jede Armee habe eine eigene Elite, unter welchem Namen auch immer, habe Porras damals gesagt:

„Das Argument mit dem meisten Gewicht für die URNG, das war als ich ihnen sagte, ‚damit schafft Ihr eine sehr schwierige Situation, weil die (Armee) kann ihrerseits verlangen, dass Ihr alle Einheiten, die Entführungen begangen hätten, Kriegssteuer eingetrieben, von den Vorteilen der Amnestie oder des Friedens ausnimmt. ... Wenn wir anfangen den Grad der Verantwortung zwischen den einen und den anderen abzuwägen, wo hören wir dann auf?‘³²⁸

Das komplexe Interessen- und Machtgefüge in einer sich schnell ändernden Umwelt schien die Akteure zu taktischen Maßnahmen zu zwingen. General Morris De León Gil, ein als *super-hart* geltender Offizier, wurde nur für dieses Abkommen in die Verhandlungskommission berufen. Für Porras beweist das, wie nervös das Oberkommando in diesem Thema war. Als General De León am Verhandlungstisch eintraf, da schien aus seiner Sicht *schon alles gekocht* gewesen zu sein. Das habe man auch am Verhalten der zivilen Verhandlungspartner erkennen können. Meine Anwesenheit, so De León, sollte nur die unzufriedenen Teile der Armee beruhigen.³²⁹ Auf die Frage, was denn seine Hauptkritik an dem Ausgemachten sei, da antwortet er in einer Mischung aus Defensive und Frustration, er sei um die Aufrechterhaltung der Stärke der Armee besorgt gewesen:

„Die Reduzierung (der Truppenstärke der Armee) hätte auf längere Frist erfolgen müssen und warum es nicht sagen, die Ernennung von weniger politisierten Autoritäten.“

Gemeint sind hier offenbar Minister Balconi und sein Repräsentant bei den Verhandlungen Pérez Molina. Balconi Optimismus und aller Überzeugungsarbeit zum Trotz, scheint es der Armee in ihrer Gesamtheit schwer gefallen zu sein, dem Friedenstempo auch in Fragen der Militärpolitik zu folgen. Einige Offiziere erkennen zwar an, dass in diesem letzten Jahr der Friedensverhandlungen mit Präsident Arzú viel informiert worden sei, aber – die als nötig empfundenen – Diskussionen gab es wohl nicht.³³⁰ General Pérez Molina:

³²⁷ Interview mit Gustavo Porras, 15.06.2005.

³²⁸ Interview mit Gustavo Porras, 15.06.2005.

³²⁹ Interview mit General Morris De León Gil, 16.05.2005.

³³⁰ Interview mit General Benjamin Godoy, 24.05.2005.

„Wir (zivile und militärische COPAZ) waren bereit, die Armee mit Funktionen für eine moderne und demokratische Gesellschaft auszustatten, es wurden Sachen akzeptiert gegen das Denken intern in der Armee, man (die Führung) dachte wohl an die Zukunft und an das Land selbst.“³³¹

Wie instabil die psychologische Lage vieler Kreise am Rande aussah, während der Friedensexpress an ihnen vorbeirauschte, das zeigt ein – im historischen Vergleich – vergleichsweise kleiner Zwischenfall: die *Affäre Novella*. Nach Jahren voller Massaker, Zwangsverschleppungen, Folter und extralegalen Hinrichtungen, Attentaten und Sabotagen, allesamt Akte, die den Prozess nicht aufgehoben hatten, und noch während die Gespräche zum zivil-militärischen Abkommen liefen, wurde die 86 Jahre alte Dame Olga de Novella entführt und ihre Freilassung von der Regierung verhandelt. Aber diesmal schien URNG-Kommandant Asturias in seiner Funktion als Chef der ORPA, einer der vier Gruppen, verwickelt zu sein und zudem war doch der Frieden bereits zum Greifen nah. Die Regierung versuchte das Problem geheim zu halten, aber einmal in der Öffentlichkeit riss der Skandal die Friedenseuphorie in eine Krise, aus der sie sich bis zur letztendlichen Unterschrift nicht mehr befreien konnte. Das verhandelte Abkommen wurde noch abgeschlossen, aber kurz darauf suspendierte die Regierung die bereits im Gange befindliche Demobilisierung der paramilitärischen PAC. Von der UNO unterstützt, wurden die gesamten Verhandlungen für mehrere Wochen offiziell eingefroren.³³² Der Zwischenfall zeigt meiner Ansicht nach auch, wie dünnhäutig und oberflächlich die Unterstützung des Prozesses nicht nur durch die Unternehmerschicht letztlich noch war. Auch wenn es gelang, die scheinbare Sackgasse wieder zu überwinden, negative Konsequenzen hatte die Affäre dennoch. Die Position der URNG als Akteur im politischen Spiel erlitt einen erheblichen Dämpfer. Mehr noch, in der Regierung kam man gar überein, die URNG für die Zeit nach dem Frieden nicht stützen zu wollen,³³³ eine Entscheidung mit Folgen für die Konsistenz des Kurses.

Mit dem Abkommen zur Stärkung der Zivilen Macht und Funktion der Armee in einer demokratischen Gesellschaft vom September 1996, war das letzte und für viele entscheidende substanzielle Abkommen unterschrieben worden. *Das eigentliche Ende des Krieges*, schreibt Jonas.³³⁴ Nach Jahrzehnten, in denen das Militär über die innere Sicherheit, paramilitärische Einheiten und ein enges Netz von Geheimdienstapparaten den Staat kontrolliert hatte, wurde der sogenannte Aufstandsbekämpfungsstaat jetzt niederzureißen versucht. Die Funktion der Armee sollte nach einer Verfassungsreform praktisch auf die Verteidigung der Grenzen reduziert werden. Die PAC, spezielle Einsatzkräfte wie der EMP und die Ambulante Militärpolizei waren aufzulösen und der militärische Geheimdienst sollte sich nur noch um rein Militärisches kümmern. Als ein Kernstück des Abkommens hatte ein ziviles Sekretariat, die SAE, künftig die Information für die Regierung aufzubereiten, die ihr der militärische

³³¹ Interview mit General Otto Pérez Molina, 30.05.2005.

³³² Siehe Jonas, 2000^a: a.a.O. Anm. II/68. S. 112f.

³³³ Interview mit Gustavo Porras, 04.04.2007.

³³⁴ Jonas, 2000^a: a.a.O. Anm. II/68. S. 161f.

Geheimdienst lieferten und ein neu zu gründender ziviler, die sogenannte DICA. Im Hauptteil der Arbeit, dem Kapitel VI, wird uns die Umsetzung dieser so wichtigen Reform permanent begleiten. Darüber hinaus hatten laut Vertrag der Haushalt und die Truppenstärke der Armee um ein Drittel reduziert zu werden. Ein zweites Kernstück der Übereinkunft ist die Schaffung einer neuen zivilen Polizei, der PNC. Mit ihr und über ein effizienteres Justizsystem hatte die chronische Straflosigkeit im Lande bekämpft zu werden.

So weit das Abkommen auch zu gehen scheint, es enthält nichts, was in besonderer Weise die Würde der Institution verletzen könnte, keine Säuberungen wegen vermutlicher Menschenrechtsverletzungen und auch kein klares Verbot für ehemalige Militärs, als Mitarbeiter in den zivilen Geheimdienst oder in der Polizei aufgenommen zu werden.

Miguel Angel Reyes, aus seiner URNG-Sicht mit dem sozio-ökonomischen Abkommen noch unglücklich, hält das zur Demilitarisierung für *sehr gut*.³³⁵ Ich frage General Balconi daraufhin, ob denn die Guerilla bei diesem Abkommen nicht zu wenig nachgegeben habe. Daraufhin reagiert Balconi empfindlich:

„Die Armee hat auch nicht viel nachgegeben. ... Ursprünglich wollte die URNG 1992 die Armee um 50 Prozent reduzieren, der IPM (dem Militär eigene Sozialversicherung), die Kaibiles und noch viel mehr abschaffen. ... Unter einem zivilen Minister sollte ein ziviler akademischer Rat die Militär-erziehung beaufsichtigen, mindestens 10 Punkte insgesamt. Klar, als der Frieden unterzeichnet wurde, da ist die Armee um 33 % reduziert worden, aber auf der Basis des Stellenplans. Der Autor sagt: Waren dabei viele Stellen nicht vakant? Balconi bestätigt dies: Sicher ..., was wir gemacht haben das war die (nicht besetzten) Stellen zu streichen.³³⁶ Und tatsächlich wurde der Haushalt im Verhältnis zum BIP um ein Drittel gekürzt, aber weil der immer steigt, wurde auch das nicht so hart. Und von allen Einheiten, die sie auflösen wollten, wurde nur die PMA aufgelöst und die hatten wir schon vorher überlegt aufzulösen, weil die war eine irreguläre Einheit, die der Armee viele Probleme schuf. Auch der neue reduzierte Sonderrechtsbereich für das Militär war in unserem Interesse ... damit die nicht militärischen Delikte von gewöhnlichen Gerichten behandelt werden können.³³⁷

Balconi macht den Eindruck, das Ende des Aufstandsbekämpfungsstaats selbst gewollt zu haben, darum fallen entsprechende Bedingungen bei ihm nicht unter die Kategorie der Kompromisse. Andere Armee-Teile waren aber gerade in dieser Frage nicht derselben Meinung. Öffentlichen Widerstand habe es trotzdem nicht gegeben, fügt er hinzu, nur in *privaten Kreisen* vielleicht. Allerdings gibt Balconi dann doch zu, vor allem auch in seiner Zeit als Minister überwacht, abgehört und auch bedroht worden zu sein. Das sei wohl im Auftrag derjenigen *Kollegen* geschehen, die den Friedensprozess nicht ver-

³³⁵ Interview mit Miguel Angel Reyes, URNG, 17.06.2005.

³³⁶ Die Information, dass nach Friedensschluss mehr Stellen gestrichen, als Soldaten entlassen wurden, die bestätigt auch General de León. Interview mit Morris De León Gil, 31.05.2005.

³³⁷ Interview mit Julio Balconi, Ex Verteidigungsminister, 22.04.2005.

standen.³³⁸ Darüber hinaus zirkulierten auch verschiedene Morddrohungen und Kommuniqués gegen den gesamten Prozess.³³⁹

Nach der schweren Krise (rund um die Entführung) inmitten großer Fortschritte wandelten sich die Kräfteverhältnisse. Mehrere ausländische Regierungen wurden aktiv, um die Blockade zu lösen und den Abschluss der operativen Abkommen zu garantieren. Es waren Mexiko und verschiedene europäische Länder, die Repräsentanten der Sektoren einluden und – so Jonas – erreichten, dass die Guatemalteken wieder an den Prozess zu glauben begannen. Die URNG musste hingegen gleich mehrere taktische, wenn auch *nicht substantielle Zugeständnisse* (wie Jonas betont) machen. Anfang Dezember wurde der Waffenstillstand unterschrieben, kurz darauf das Abkommen zu den nötigen Verfassungsreformen, bis dann die letzte große Krise losbrach, die zur Wiedereingliederung der URNG oder besser gesagt, zur Amnestie der Kontrahenten.³⁴⁰

5.6. Exkurs: Erfahrungen mit Interviews als Spiegel der Realität

Die Verwirrung um das Thema des EMP (Kap. 5.5.) ist für die Zwecke meiner Arbeit in mehrfacher Hinsicht symptomatisch. Zunächst einmal sind mutmaßliche Widersprüche oftmals nur scheinbare. Die Interviewpartner beleuchten mitunter nur unterschiedliche Aspekte der komplexen Lage.

Das Beispiel EMP lässt sich aber noch mit einigen weiteren Erkenntnissen exemplarisch beleuchten. Nicht wenige Interviewpartner in Guatemala antworten in umstrittenen Themen sowie vor dem Hintergrund aktueller Diskussionen und Glaubenssätze mit der Absicht, eine bestehende Meinung zu korrigieren oder eine politisch nützliche zu bestätigen. Manche denken noch, politische Karrieren vor sich zu haben oder Rücksicht auf andere nehmen zu müssen. Mitunter stehen sie aber auch unter politischen Begründungs-, Rechtfertigungs- oder Erwartungsdruck. Von der URNG erwartete man zum Beispiel den Versuch, den EMP als Symbol für viele Menschenrechtsverletzungen aufzulösen zu wollen. Die Offiziere der Fraktion Pro Frieden wiederum stehen gerade auch heute noch immer unter dem Rechtfertigungsdruck, sie hätten alles zur Verteidigung der Institutionalität der Armee getan. Meiner persönlichen und letztendlich nicht zu beweisenden Ansicht nach scheint das Oberkommando der EMP sicher als Belastung verstanden zu haben. Aber der institutionelle Stolz, der Widerstand der Opposition zum Friedenskurs und auch technische Argumente waren wichtig genug, um diese Grunderkenntnis umzukehren. Und dies umso mehr, weil die Regierung gar kein Interesse an einer Auflösung zu haben schien. Die Verhandlungen in Guatemala kannten nicht nur zwei Parteien, zumindest die UNO muss nach mittlerweile zahlreichen Beispielen als moralischer und faktischer Machtfaktor anerkannt werden.

³³⁸ Balconi: a.a.O. Anm. I/23. S 136f.

³³⁹ Einige Beispiele anonymer Aktionen, siehe *INFORPRESS*, 15.08.1996, Seite 1f.

³⁴⁰ Jonas, 2000^a: a.a.O. Anm. II/68. S. 113f.

In solchen Momenten dient es oft als Warnung, wenn ansonsten ausführliche Interviews in einzelnen Punkten, knappe oder formale Antworten ohne Details mit sich bringen. Dann helfen nur der Vergleich und der Versuch, aus der allgemeinen Interessenslage eine Logik im Geschehen zu erkennen. Der angenommenen Wahrheit nähert man sich so durchaus an, aber ohne Garantie. Mehr noch als in der Frage des EMP gilt das Gesagte für das Abkommen zur Wiedereingliederung der URNG, von dem jetzt die Rede sein wird.

5.7. Der 3. Höhepunkt: die Frage der Amnestie

Das Abkommen zur Wiedereingliederung sollte die nötigen rechtlichen Voraussetzungen für die sichere Rückkehr der Aufständischen selbst schaffen, aber auch den Weg dafür bereiten, dass die URNG als Partei am Parteienwettbewerb teilnehmen könnte. Über die Jahre hatten Regierung und Militär immer wieder betont, wie wichtig ein solches Abkommen sei, aber verhandelt wurde dazu offenbar nicht.³⁴¹ Das Interessengeflecht der Akteure wurde im Laufe der Zeit immer komplexer. Die Position der Regierung musste nach Angaben von Gustavo Porras drei Komponenten gleichzeitig berücksichtigen:

„Arzú (und wir von der COPAZ) wollte das Land aussöhnen, indem es sozio-ökonomisch entwickelt würde... Aber es gab ein Problem ... Für diese Notwendigkeit einer ökonomischen Entwicklung brauchten wir aber einen guten Ruf nach außen (zu den internationalen Akteuren) und dafür (wiederum) brauchten wir innen und beim Thema der Menschenrechte (Ruhe).“³⁴²

Dies ist ein entscheidender Hinweis. Obwohl also die Regierung die Idee hatte, das Volk nach dem Kriege über ökonomisches Wachstum auszusöhnen, fühlte sie sich zu Zugeständnissen an die Menschenrechtsbewegung gezwungen. Aber der Zweck dieser Kompromisse bestand darin, über diesen Umweg letztlich positive Signale an die internationale Gemeinschaft zu schicken. Gleichzeitig durften diese Kompromisse aber nicht die innenpolitische Kräftebalance mit der Unternehmerschaft stören und mit sowie zwischen den verschiedenen Militärssektoren. Gustavo Porras, damals im Präsidentsamt, präzisiert: Arzú selbst sei sich zwar der immensen Kosten und *Folgen der Gewalt bewusst* gewesen, habe den Nutzen von Wahrheit und Gerechtigkeit aber eher skeptisch gesehen, denn dies seien Forderungen gewesen, die *nicht notwendigerweise die betroffene Bevölkerung selbst verlange*.

„An eine Generalamnestie haben wir nie gedacht, ... weil das war absolut unmöglich, aber (sicher) wenn es eine Möglichkeit gegeben hätte, dann hätte man wohl auch daran gedacht.“³⁴³

Ein sehr interessanter Kommentar von Porras. Wie stark muss sich die außenpolitische Verpflichtung angefühlt haben, wenn sich nicht einmal nachzuden-

³⁴¹ Nach Interview mit General Julio *Balconi*, 11.05.2005.

³⁴² Interview mit Gustavo *Porras*, Verhandlungsführer der COPAZ, 05.09.2005.

³⁴³ Interview mit Gustavo *Porras*, 05.09.2005.

ken lohnte? Und wie wenig scheint die Regierung im Innern davon überzeugt gewesen zu sein, dass Gerechtigkeit möglich und sinnvoll ist. Auf Seiten des Militärs war die Vision zu Geschichte und der Rolle der Menschenrechtsverletzungen intern gar das Hauptproblem zwischen den Strömungen. Bereits in einem vorherigen Kapitel (III. 4.6.) war das Interesse einiger aus der Friedensfraktion deutlich geworden, die Exzesse und die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen zu bestrafen. Damit sollte die Armee auch aus den negativen Schlagzeilen ferngehalten werden, die diese letztlich mehr und mehr schwächten. In einem weiteren Interview mit dem ehemaligen Verteidigungsminister Balconi macht dieser klar, dass er damit aber vor allem die *Armee als Institution verteidigen* wollte, nicht aber die Individuen. Die Institution sollte nicht für individuelle Taten geradestehen.

*„Ich erinnere mich im Fall Devine an einen hohen Offizier, der auch die institutionelle Position übernommen hatte. Das war schwierig..., denn er kämpfte gegen ein verfaultes System. Das heißt, ... das (die Verdächtigen) sind Personen, die zur Institution dazugehören, aber sie dennoch vor Gericht müssen, um die Institution von Fällen zu befreien, mit denen sie nichts zu tun hat. Aber dann wurde begonnen, die Informationen zu verdecken und so begann der Angriff gegen die Institution.“*¹³⁴⁴

Ricardo Stein, Funktionär unter Arzú, erweitert diese Perspektive:

*„Die Hauptkonfliktachse, die die Offiziersgruppe Pro Frieden mit allen anderen innerhalb der Armee hatte, das war deren Anerkennung, dass die Armee in einzelnen Fällen Exzesse unternommen hätte und dass dies individuell zu verantworten sei. ... Es gab eine Gruppe von Institutionalisten, die sagte, die einzige Form die Institutionalität der Armee aufrechtzuerhalten, das sei, gegen jene Mitglieder vorzugehen, die ... das Ansehen der Armee ... und die Vision beschmutzten, dass die Armee nur ein Verfassungsmandat erfüllt habe, (das Land) gegen jede Bedrohung zu verteidigen. ... Eine andere Gruppe, AVEMILGUA, hielt aufrecht, dass die Verteidigung des Vaterlandes zu extremen Situationen geführt habe und das wir noch immer im Kriege sind und Offiziere anzuklagen, ... das hieße gegen die Integrität der Armee zu verstoßen.“*¹³⁴⁵

Julio Balconi, damals Verteidigungsminister:

*„Je näher der Frieden rückte, desto mehr Unzufriedenheit kam in ... vielen Militärs auf. Der Zweifel, dass wenn der Frieden unterzeichnet würde, dann würden Ermittlungen beginnen, ‚ob gegen mich ermittelt wird und ich dann im Gefängnis lande?‘ Öffentlich zeigte sich das nicht, niemand sagte das. Also entstanden Gruppen die uns Militärs der COPAZ anonym Verrat vorwarfen.“*¹³⁴⁶

³⁴⁴ Interview mit Julio Balconi, 28.02.2005.

³⁴⁵ Interview mit Ricardo Stein, 18.05.2005.

³⁴⁶ Interview mit Julio Balconi, 30.05.2005. Die Rolle der Angst wird auch von einem Offizier bestätigt, der nicht mit Namen genannt werden will. Nach der Zeit unter Präsident De León Carpio, in der die Beweise für Menschenrechtsverletzungen vernichtet worden seien, sei vor allem die Angst geblieben. Interview vom 24.11.2005.

Die Bereitschaft, in Menschenrechtsfällen strafrechtliche Verfahren zuzulassen, war also aus Sicht der progressiven Offiziere dem Zweck unterworfen, damit die Institutionalität der Armee zu verteidigen. Aber was, wenn Ausmaß und Art der Anschuldigung die Ehre der Armee und damit die Institutionalität an sich angriffen? Und wie hätten Klagen aussehen müssen, damit die Armee sich und ihre Ehre nicht angegriffen gefühlt hätten? War das unrealistisch und die Konfrontation um die Vergangenheit letztlich nicht unvermeidbar?

Der Lage der Guerilla schien zunächst vergleichsweise klar. Jahrelang hatte sie auf Vorfälle und Exzesse hingewiesen und in diesem Zuge eine internationale Anerkennung erreicht, die Regierung und Militär immer wieder zu Kompromissen zwang. Eine Generalamnestie hatte sie ebenso immer abgelehnt, weshalb sie nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern vor allem auch bei der ihr nahen Menschenrechtsbewegung und den Opfern im Wort stand. Aber irgendeine Form der Amnestie musste es ja schließlich geben, wie sonst würde die Guerilla wieder zurückkehren können. URNG-Kommandant Rodrigo Asturias:

„Das Problem war etwas zu finden (was keine Amnestie war), denn wir hatten Amnestie doch immer abgelehnt, (wir brauchten etwas) was also nicht so hieß.“³⁴⁷

Die Lösung schien die juristische Formel der „Auslöschung strafrechtlicher Verantwortung“. Die Führungen aller vier URNG-Gruppen beschlossen daraufhin, dass nur die URNG Nutznießer sein dürfe, die Taten des Militärs dürften nicht straffrei bleiben.³⁴⁸ Wenige Tage nach dieser internen Übereinkunft platzte aber der Skandal um die Entführung Novella und die Verhandlungsposition der URNG litt entsprechend.³⁴⁹

Am 12. Dezember 1996, nur zwei Wochen vor der letztendlichen Unterschrift unter die Friedensverträge und in einer Stimmung enormen Zeitdrucks, wurde das Abkommen zur Wiedereingliederung fertiggestellt. Detailreich wird darin der Prozess definiert, wie die URNG demobilisiert und dann mit allen Rechten in die Gesellschaft wiedereingegliedert werden sollte. Darüber hinaus behandelt das Abkommen drei wesentliche Bereiche der VP: Wahrheit, Wiedergutmachung und indirekt auch Fragen der justiziellen Gerechtigkeit. Zwar war die Wahrheitskommission bereits im Jahre 1994 ausgehandelt worden, aber noch einmal wird dessen Einsetzung bekräftigt.³⁵⁰ Niedergeschrieben wurden auch Bestimmungen zur Reparation für die Opfer des Konflikts. Das Abkommen sucht ein Gleichgewicht zwischen der *nationalen Wiederaussöhnung...*, ohne

³⁴⁷ Interview mit Rodrigo Asturias, URNG, 31.05.2005.

³⁴⁸ Interview mit Enrique Alvarez, URNG, 22.01.2007.

³⁴⁹ Nach Enrique Alvarez (22.01.07) hätten die Führung später die interne Position missachtet.

³⁵⁰ Von Seiten der URNG nahm an diesen Gesprächen u. a. der Chef einer der vier Fraktionen, Carlos González (PGT), teil. Im Interview bemerkt González, dass man die Existenz der Kommission, CEH bekräftigen wollte, weil das Abkommen von der vorherigen Regierung unterzeichnet worden, wohl eine sehr weise Massnahme (Carlos González ist noch immer mehr unter diesem seinem Pseudonym bekannt, sein ziviler Name lautet Ricardo Rosales). Tatsächlich macht Gustavo Porras, COPAZ, an anderer Stelle nämlich den Eindruck, kein starker Befürworter der CEH zu sein. Interview mit Carlos González, 22.01.07. Interview mit Gustavo Porras, 05.09.05.

die Notwendigkeit zu ignorieren, die Strafflosigkeit zu bekämpfen. Die Rechte der Opfer, so hieß es, sollten garantiert sein.³⁵¹

Was hieß das konkret? Der URNG wurde über einen legalen Mechanismus die *Auslöschung der strafrechtlichen Verantwortung für politische Delikte* garantiert. Die Bombe, so wie Jonas schreibt, explodierte aber wegen der Bestimmung, dass auch *damit verbundene gewöhnliche Delikte* der Sicherheitskräfte des Staates straflos bleiben würden, wenn nicht bewiesen werden könnte, dass die Tat einen anderen Grund als die Aufstandsbekämpfung gehabt hätte. Die Beweislast lag nämlich bei den Opfern.

Was war geschehen? Genau kann der Vorgang nicht geklärt werden. Trotz aller Bedeutung liegen zum Verhandlungsablauf nämlich nur wenige Informationen vor, und diese wenigen sind anscheinend oder scheinbar widersprüchlich. Fest scheint zu stehen, dass das Militär – entgegen aller Annahmen – sich in diesen Gesprächen sehr am Rande aufgehalten hatte. Ein oder zwei Anwälte der Streitkräfte hätten das Geschehen verfolgt, mehr nicht. Das bestätigt auch Rodrigo Asturias.³⁵² Nach Informationen von Pásara habe die UNO eine weitergehende Amnestie mit dem Hinweis verhindern wollen, dass sie als Vermittler zumindest für die internationalen Normen einstehen müssten, und die schlossen eine Amnestie für verschiedene Menschenrechtsverletzungen aus.³⁵³ Und als die UNO sich nach heftigen Diskussionen mit der Guerilla geeinigt hätte – so Pásara –, da habe das Militär nur um dieselben Regeln gebeten.³⁵⁴ Dies klingt, als ob die Guerilla vielleicht gar für eine Generalamnestie, eingetreten wäre.³⁵⁵ Mir scheint dies in Anbetracht der allgemeinen Interessenlage der Akteure, überinterpretiert zu sein.³⁵⁶ Wie dem auch wirklich gewesen sei, dieses Abkommen und das kurz darauf vom Kongress in aller Eile verabschiedete Gesetz zur Nationalen Versöhnung wurden die Basis für die Frage der justiziellen Verantwortung in Fällen von Menschenrechtsverletzungen. Doch dazu in Kürze mehr im Detail.

³⁵¹ Siehe Jonas, 2000a: a.a.O. Anm. II/68. S. 175f.

³⁵² Interview mit Rodrigo Asturias, URNG, 31.05.05. Er begleitete diese Gespräche aber nur aus der Ferne. Der Affaire Novella wegen hatte er sich vom Verhandlungstisch zurückziehen müssen.

³⁵³ Pásara, 2003: a.a.O. Anm. III/86. S. 35f.

³⁵⁴ Dies wird auch von Asturias (31.05.2005) bestätigt.

³⁵⁵ Tatsächlich spricht Asturias im Gespräch davon, dass ihm sogar der URNG nahestehende Anwälte eine Generalamnestie empfohlen hätte, dies sei die beste Lösung. Aber, so Asturias, die URNG habe nie für eine Generalamnestie gestanden. Interview vom 31.05.2005.

³⁵⁶ Carlos González, Verhandlungsteilnehmer von Seiten der URNG, sieht das gesamte Abkommen dagegen nur an die URNG gerichtet. Das Militär könne in einem Abkommen, worin es sich um die Wiedereingliederung der URNG handelt, gar nicht inbegriffen sein. Interview, 22.01.07. Aus seiner Sicht ist das Wiederaussöhnungsgesetz das Problem. Die Abgeordneten des Kongresses hätten das Militär dort sehr begünstigt, sagt González. Nur, wie ist dann der Abschnitt zu den *damit verbundenen gewöhnlichen Delikten* gemeint? Liegt da nicht ein Widerspruch?

6. Der lange Weg zur Vergangenheitspolitik: vorläufiges Fazit

Die spezifische Ausprägung der Vergangenheitspolitik in Guatemala ist neben den schon bekannten Bestimmungsfaktoren auch Folge einer Demokratie- und Friedensdynamik, die sich im Schnittpunkt mit zwei weiteren Faktoren entwickelte, (a) einer Akteurskonstellation, in der nationale Akteure die internationalen als Hebel ihrer Interessen benutzen, damit aber gleichzeitig auch deren Agenda Bedeutung schenken und (b) der Wahrnehmung der Lage der Menschenrechte sowie ihrer entsprechenden Politik. Die massiven Menschenrechtsverletzungen haben in Guatemala als Druckpotential auf die vermeintlichen Haupttäter gewirkt und an mehreren Stellen dazu beigetragen, dass der Demokratie- und Friedensprozess zeitweise ins Stocken geriet, nur um dann aber umso größere Qualitätssprünge zu vollziehen. Ohne Zweifel hat das Thema der vergangenen Gewalt die substanzielle Reichweite der verhandelten Verträge vertieft und damit in dieser Form erst möglich gemacht.

Aus der Sicht von 1996 lösen allerdings gleich mehrere Abkommen der Friedensverträge in verschiedenen Sektoren Skepsis aus. Hinter den Formelkompromissen zur Wahrheitskommission und der eventuellen strafrechtlichen Verantwortung verbargen sich aber mehr als Skepsis, vielmehr existenzielle Ängste und Fragen des Selbstverständnisses, die in der Phase der Umsetzung vorhersehbar für erhebliche Spannung sorgen konnten.

Den – wenn auch so nicht beabsichtigten – Grundstein für den Weg zu Frieden und VP legten die Jahre 1982 bis 1984. Das damalige Oberkommando der Armee hatte seinen Schritt hin zur Demokratie mit der Hoffnung verbunden, auf diese Weise letztlich ungehindert den Krieg weiterzuführen sowie militärisch und politisch als Sieger beenden zu können. Aber der einmal eingeschlagene Pfad der Demokratie erwies sich als unbeherrschbar. Neue Institutionen und neue Akteure entstanden und mit ihnen auch der Versuch, sich aus der Klammer der allzu sehr beschränkenden Macht des Militär zu befreien. Torres Rivas sieht infolgedessen eine direkte Verbindung zwischen dem Anwachsen der Demokratie und den Chancen auf den Frieden.³⁵⁷ Die Friedensgespräche wiederum lösten einen Reflektions- und Reaktionsprozess aus, in dem alle an den Verhandlungen beteiligten nationalen Akteure konstant neue Positionen einnahmen. Dieser konstante Wandel hat vor allem zwei Gründe: die Wahrnehmung immer wieder neuer Balancen von Macht und Einfluss und der Fortgang der Diskussion zu den Fragen der Zukunft des Landes, die sich mit dem Engagement von außen zunehmend an internationalen Maßstäben orientierte.

War die Armee sich zum Beispiel Anfang der 80er noch uneins, ob der Krieg auch politisch geführt werden sollte, evolutionierten danach die internen Risse. Unter Cerezo war die große Frage, ob es überhaupt einen Dialog geben sollte, auch wenn dieser nur die Abgabe der Waffen zum Ziel hatte. Unter Serrano wurde der Dialog zu diesem Zweck akzeptiert, aber nicht unbedingt das Verlangen der URNG nach substanziellen Verhandlungen. Nach wenigen

³⁵⁷ Torres Rivas, 2002: a.a.O. Anm. II/58. S. 142.

Monaten der Regierung De León Carpio dann nahm die Pro-Frieden-Fraktion der Armee das Heft in die Hand. Der interne Widerstand war nur noch verdeckt oder verwandelte sich in eine Mischung aus Skepsis und Durchhaltewillen bei den Einen sowie Abdriften in die Illegalität bei den Anderen.³⁵⁸

Der Prozess der Friedensverhandlungen seinerseits wirkte auch auf die Demokratie zurück. Die Parteienlandschaft wurde breiter. Zivile Akteure nahmen wahr, in welche Richtung sich der Dialog entwickelte und schritten auf der nationalen Ebene voran. In anderen Fällen – wie in Fragen der Militärpolitik – wurde bewusst versucht, Reformschritte parallel zu den Verhandlungen zu unternehmen, um diese Themen dem Verhandlungstisch zu entziehen.

In den ersten Jahren der Demokratie hatte sich die Armee in ihrem Kalkül in einem wichtigen Punkt geirrt. Allein der Anschein einer Demokratie befriedigte die internationale Gemeinschaft nicht. Auch Frieden und Menschenrechte waren verlangt. Je massiver die Verletzung dieser Rechte aber gesehen wurde, desto eher bot das Leid der Menschen auch die Gelegenheit, es als politische Waffe gegen das System zu nutzen. Insofern sollte das Thema tatsächlich den Einfluss der Armee schwächen, aber nicht nur das. Das Militär hingegen reduzierte das Phänomen eindimensional auf eine Logik des politischen Krieges.

Statt also bereits zu Anfang die international verbotenen Kriegspraktiken – wie Zwangsverschleppung, extralegale Hinrichtung und andere – zu unterbinden, machte auch hier die Armee einen Lernprozess durch, der sie spaltete und auf der Anklagebank beließ. Missbräuche wurden zunehmend verdeckt, aber dann auch weniger systematisch. Die Verletzungen wurden von der Menschenrechtsbewegung und der URNG international angeklagt und sorgten immer wieder für Druck der internationalen Akteure. Die Folge: Unter Cerezo und Serrano stockte das Thema der Menschenrechte die Verhandlungen mehrfach, aber nur um im Endeffekt dann doch zu einem Abkommen zu gelangen, dass der URNG als Ausgangspunkt für alle weiteren diente. Man könnte behaupten, dass die andauernde Verletzung der Menschenrechte den substanziellen Verhandlungen letztendlich zugute kam. Dabei sollte aber nicht vergessen werden, dass es das Gewicht der Exzesse war, welches das Thema so wichtig werden ließ. Ohne dem und ohne der Angst, zur Verantwortung gestellt zu werden, hätte es sich kaum in ein so schlagkräftiges Instrument verwandelt. Das Gewicht der Verletzungen wurde nämlich nur wahrgenommen, weil über Exhumationen und die Forderung nach Wahrheit ständig daran erinnert wurde.

Arévalo schreibt, *wer bewusst für ein Publikum spielt, der unterwirft sich der Billigung und dem Applaus. In eigener Schwäche gefangen*, wandten sich die nationalen Akteure für Frieden und Demokratie nämlich oftmals an die UNO, Staaten oder Staatengruppen, um über diese eigene Spielräume gewinnen zu können.³⁵⁹ Diese dritte und letzte Dynamik begann bereits unter Serrano,

³⁵⁸ Arévalo zählt als Methoden des Widerstandes auf: Putschversuche, Drohungen, Überwachungen, selektive Morde, Attentate, Entführungswellen. Damit solle der zivilen Regierung und den Offizieren, die für den verhandelten Frieden waren, die Grenze ihrer Macht aufgezeigt werden. Arévalo, 1998: a.a.O. Anm. II/89. S. 106.

³⁵⁹ Arévalo, 1998: a.a.O. Anm. II/89. S. 84.

wurde unter De León aber erheblich verstärkt. Im Falle De León wird behauptet, dass dieser die Staatengemeinschaft mehrfach zum Druck gegen ihn selbst aufgefordert habe, damit er so innere Widerstände gegen den verhandelten Frieden überwinden könne.³⁶⁰ Im Gegenzug schickte das Militär auf die Treffen mitunter Geheimdienstoffiziere mit. Die sollten nicht – wie von der Guerilla angenommen – die Regierungsposition leiten, sondern kontrollieren, ob die Lage wirklich so wie beschrieben war.³⁶¹ Beide zivile Regierungen tendierten dazu, äußeren Einfluss zuzulassen oder über die internationalen Akteure eigene Positionen zu verstärken, sie gar zur Hilfe aufzurufen. Dazu mussten sie aber intern eng mit der Armee zusammenrücken: Menschenrechtsverletzungen wurden nach außen geleugnet, dienten dann aber dazu, das Militär zur Änderung seines Verhaltens aufzufordern.³⁶² Gleichzeitig hatte dieses Engagement aber auch Schattenseiten. So sehr es funktional war, um dem Einfluss der Armee zu entgehen, so sehr tendierte es aber auch dazu, die neuen Spielräume gleich wieder zu binden – eben an den Standard internationalen Handelns.

Vor allem die URNG profitierte von der internationalen Gemeinschaft, nicht nur, weil diese die Menschenrechtsvorwürfe, in Druck und Unwillen verwandelt, an Regierung und Militär weiterleitete. Darüber hinaus waren die UNO und andere davon überzeugt, dass Guatemala einer tiefen Transformation bedurfte. URNG-Vorschläge, die dem Denken der UNO nahekamen, konnten so aus inhaltlichen Gründen rein faktisch mit erheblicher Sympathie rechnen. Erst im letzten Verhandlungsjahr 1996 änderte sich diese Konstellation. Die zivile Regierung Arzú war deutlich stärker als alle vorherigen und brauchte die internationale Gemeinschaft nicht mehr aus denselben Gründen. Unterstützung, Anerkennung und finanzielle Hilfen waren noch willkommen, aber Hilfe nach innen war unnötig geworden. Die politische Bedeutung der URNG hingegen musste meines Erachtens nach schon darunter leiden, dass sie nicht mehr auf nationale Widerstände verweisen konnte. Mit der Entführung von Frau Novella wurde diese Schwäche dann aber bewusst und auch wahrgenommen. Konsequenz: Die UNO übernahm in mindestens zwei Fällen eine Rolle, die von der Logik her eigentlich der URNG zugehört war: beide Male im Kampf gegen die Straflosigkeit (über die Themen Abschaffung des EMP und Amnestie).

In einer ersten Hypothese hatte ich unterschiedliche Machtverhältnisse in den Phasen „Definition und Umsetzung der Friedensverträge“ als Grund für die Widersprüche in der VP gesehen. Aber nur an eine Hälfte der Antwort haben wir uns hier angenähert, den Machtverhältnissen vor dem Frieden. Im zweiten Teil der Arbeit folgt dann die andere Hälfte der Antwort.

Für die Zwecke meiner Studie ist an dieser Stelle bereits eine Frage von Interesse, die erst im kommenden Kapitel explizit behandelt werden wird: das Verhältnis zwischen den Verhandlungen zu den Fragen der Vergangenheits-

³⁶⁰ *Pásara*, 2003: a.a.O. Anm. III/86. S. 237.

³⁶¹ *Arévalo*, 1998: a.a.O. Anm. II/89. S. 88.

³⁶² *Arévalo*, 1998: a.a.O. Anm. II/89. S. 86f.

politik (Wahrheitskommission, Amnestie und Wiedergutmachung) und der Militärpolitik. In meinen Interviews konnte ich keinen direkten Zusammenhang zwischen beiden Politikfeldern feststellen, in dem Sinne, dass eines gegen die Wirkung des anderen arbeiten sollte. Die in beiden Themen mitentscheidenden Verhandlungsteilnehmer von Seiten des Militärs entstammten derselben Denkrichtung. Eben darin liegt dann doch eine Verbindung. Die Militärspitze, die zur Wahrheitskommission und zu eingeschränkter individueller Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen bereit war, die akzeptierte auch eine neue und deutlich reduzierte Funktion ihrer Institution in der zivilen Gesellschaft.

Dabei schien diese Militärführung aber doch nur sehr bedingt für eine aktive VP offen. Die Reichweite der Wahrheit und der strafrechtlichen Verantwortung waren in jedem Fall einer Grenze unterworfen. Sie durften nicht gegen die Würde und damit die so verstandene Integrität der Streitkräfte verstoßen. Erinnern wir uns. Die Wahrheit hatte in den Augen der zivilen und militärischen Verhandlungsteilnehmer der Regierung ausgeglichen zu sein. Und die Strafverfolgung sollte für Taten gelten, die nach 1986, als die blutigste Zeit schon vorbei war, das Ansehen der Armee beschmutzten. In diesem Sinne löst sich dann auch ein scheinbarer Widerspruch auf. Waren es nämlich von Seiten des Militärs die Verfechter der individuellen Verantwortung gewesen, die noch 1994, beim Abkommen zur Wahrheitskommission, durchsetzten, dass keine Namen genannt werden durften. Eine solche Maßnahme hätte nicht nur die Würde und Integrität der Streitkräfte attackiert, sondern auch eine sehr große Zahl von Angehörigen der Institution für solche Taten bloßgestellt, die vor dem Amnestiegesetz von 1986 begangen worden waren.³⁶³

Damit stimmte dieser Kreis mit dem Denken der engen Mitarbeiter der Präsidenten De León Carpio und Arzú überein. Ana de Molina, Héctor Rosada, Raquel Zelaya und Gustavo Porras müssen für ihre Zeit ohne Zweifel als Funktionäre gesehen werden, die dem Wandel am offensten gegenüberstanden. Allen war aber die Sorge gemein, Wahrheit und Justiz könnten den fragilen demokratischen Aufbau behindern.

Bleibt noch die Gruppe derjenigen interviewten Offiziere, die dem Kurs von General Balconi skeptisch bis feindlich gegenüberstand. Tatsächlich sprachen sie sich im Interview nicht nur mehrheitlich gegen die ihrer Ansicht nach übertriebene Demilitarisierung aus, sondern auch gegen jede Art von individueller Verantwortung. Diese klare Unterscheidung der beiden Denkweisen lässt aber einige Fragen offen. Waren sie auch 1996 dieser Meinung? Oder entspricht dieser Diskurs dem aktuellen Wissen um die Geschehnisse, wie sie sich in den vergangenen Jahren entwickelten? Und wenn es diese enge Verbindung im Denken zu militärischen und vergangenheitspolitischen Fragen wirklich gab, wo kam diese her? Sind oder waren sie gegen Wahrheit und die individuelle Verantwortung, weil sie selbst in groben Menschenrechtsverletzungen verwickelt waren? Traten sie deshalb gegen neue reduzierte Funktionen ein, um

³⁶³ Aber wie kann man auf der einen Seite das Konzept individueller Verantwortung vertreten und dann die Namen nicht nennen wollen?

sich selbst zu schützen? Oder entsprach es nicht eher einem militarisierten Denkschema, sowohl gegen Wahrheit und individuelle Verantwortung bei Taten zu sein, die angeblich zur Verteidigung des Staates dienten, als auch gegen eine schlanke Armee aufzutreten, die den Staat vor angeblichen Drohungen gar nicht mehr zu schützen in der Lage sein würde? Später werden wir uns auch mit diesen Fragen mehr auseinandersetzen.

Die großen Forschungsfragen dieser Arbeit lassen sich nicht statisch beantworten. Die bisherige Frage zum Warum der spezifischen Vergangenheitspolitik Guatemalas kann somit nicht allein mit einem Blick in die Zeit geklärt werden, in der sich die VP tatsächlich definierte. Unsere Interpretationsmöglichkeiten würden so begrenzt. Schließlich hatte ich in dieser Hypothese auf die unterschiedlichen Machtverhältnisse in den Etappen vor und *nach* den Friedensverträgen abgestellt und so den Zeithorizont geöffnet.

Das Gesagte gilt entsprechend auch für die Frage nach den Zusammenhängen von VP und Demokratisierung. Um die geht es im nächsten Teil der Arbeit, wenn vergangenheitspolitische Ansätze und Maßnahmen im Rahmen des Politikzyklus in Beziehung zu solchen der Justiz-, Militär- und Sicherheitspolitik gesehen werden. Weil der Politikzyklus hier den Sinn hat, Einflüsse auf die Demokratisierung zu erkennen, muss zunächst einmal ein Maßstab erstellt werden, von dem ausgegangen die Veränderungen auf die Teilregime qualitativ greifbarer werden. Aber was, wenn die Vorarbeiten nicht ausreichen und eine Definition des Zustandes nicht präzise zu erreichen ist? Dann hilft ein Rückgriff auf die Vorgeschichte. Sie gibt Ausschnitte auf Zustände und Wandel frei. Das heißt, ein über die Zeit relativ erfasster Wandel gibt uns die Möglichkeit, einen dem Vergleich dienenden Ausgangsrahmen zu entwickeln. In diesem Sinne wird sich im kommenden Kapitel dem Zustand der Demokratie Guatemalas, als Ausgangsmoment für das Erfassen des Wandels, stufenweise angenähert – mit einem Blick auf lange Prozesse und Dynamiken.

IV. Demokratie in Guatemala: Ausgangspunkt (95/96)

1996 – der Ausgangsmoment für den Versuch, die Wirkungen der VP auf die Demokratie festzustellen, ist ein Jahr des Umbruchs. In der Periode zwischen dem zweiten Wahlgang zur Präsidentenwahl im Januar und Ende Dezember, der Unterschrift unter die Friedensverträge, findet die Transition gerade erst einmal ihren Abschluss. Und doch oder gerade deshalb trägt die neue Demokratie von Beginn an Altlasten mit sich, die ihre Funktionsfähigkeit beeinträchtigen. Die Defekte sind vor allem Erbe einer langen Geschichte, durch welche Kultur und Auswüchse des politischen Systems ineinander verwoben wurden. Deren Inhalte ranken sich um die Begriffe Rassismus und Ausgrenzung, Militärstaat und Gewalt sowie systematische Menschenrechtsverletzungen und die allgemeine Straflosigkeit vor einer nicht funktionierenden Justiz. Schauen wir uns diese Themen einmal in lockerer Reihenfolge an, bevor wir sie in die Begriffswelt der Merkelschen Theorie von der Defekten Demokratie fassen und ihre Einschränkungen und Defekte qualifizieren.

1. Rassismus und Ausgrenzung

Schon lange bevor der militärische Aufstandsbekämpfungsstaat begann, Einfluss auf die politischen Traditionen des Landes auszuüben und auch lange bevor der kontrollierte und geleitete Abbau dieser autoritären Vergangenheit, Spuren in der Gegenwart zu hinterlassen begann, war Guatemala ein Land, dessen sozio-ökonomische und politische Machtbasis auf der Diskriminierung beruhte. Die Geschichte hinterließ Folgen in allen Teilbereichen der Demokratie. Aber vor allem spiegelt sie sich auf allen Ebenen in den illiberalen Zügen des Landes wider. Auch wenn das Militär mit dem verfassungsgebenden Prozess Mitte der 80er den Stein für die Demokratisierung selbst ins Rollen gebracht hatte, so sind es doch auch sie, die zuvor faktisch auch den sozio-ökonomischen Status Quo verteidigt hatten und mit ihm die dominante Rolle des Unternehmensektors im Lande.

Die bürgerlichen Freiheits- und Abwehrrechte litten Mitte der 90er unter einer kontrastierenden Gleichzeitigkeit von Theorie und Praxis: von vererbten historischen Defekten und gleichzeitig verfassungsrechtlichen Garantien der demokratischen Transition. An dieser Verfassung liegt das Problem sicher nicht. Die Grundrechte werden formal garantiert, aber die Hinweise auf Diskriminierung sind in der Praxis so eindeutig, dass hier nur einige Daten genügen sollen.

Von Beginn an fällt dabei auf, wie eng die Strukturen von Ungerechtigkeit und rassischer Diskriminierung verzahnt sind. Nach einer Studie des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen in Guatemala, UNDP, waren 1989 62 Prozent der Bevölkerung arm und 20 % extrem arm, die meisten Indigene.¹ Mit

¹ PNUD (Programa de Naciones Unidas para el Desarrollo): Diversidad étnico cultural y desarrollo. La ciudadanía en un Estado Plural: Informe Nacional de Desarrollo Humano. Guatemala 2005, S. 323.

etwas anderen Kriterien beziffert die Weltbank 1995 75 % der Bevölkerung als arm, bei den Indigenen auf dem Lande sogar 90 %.² Nach derselben Studie fielen 58 % der Guatemalteken in die Kategorie extrem arm, bei den Indigenen steigt diese Zahl sogar auf 81 %. Die Armut überstieg damit teils sogar diejenige in Nicaragua, einem Lande mit einem viel geringeren Pro Kopf-Einkommen und weit mehr vom Kriege geschädigt.³ Anfang der 90er begann man, mit neuen Sozialfonds diese Armut etwas zu lindern, aber noch 1995 standen umgerechnet nur 37 Millionen Euro für eine Bevölkerung von 10 Millionen Menschen zur Verfügung.⁴

Derartige Armut kommt entsprechend einher mit Unterernährung. 1987 waren 57,9 % der Kinder unter 5 Jahren chronisch unterernährt. Auch hier zeigt sich der schon gewohnte Unterschied zwischen der indigenen und der Ladino-Bevölkerung. Während die als *Nicht-Indigenen* bezeichneten in 48,2 Prozent der Fälle betroffen waren, stieg die Prozentzahl bei den indigenen Kindern auf dramatische 71,7 an. 1995 zeigte sich dann eine positive Tendenz, wenn auch noch immer vollkommen unzureichend. In jenem Jahr fiel die Zahl der chronisch unterernährten Kinder von zuvor 57,9 auf dann 49,7 Prozent. Mit 36,7 war die Ziffer bei den Ladinos viel stärker als bei den Indigenen gesunken (67,8 %).⁵ Das Gesundheitssystem nahm sich dieser Mängel nicht an. Die Weltbank berichtet, dass das Budget für die beiden größten Hospitale der Hauptstadt größer war, als das aller anderen öffentlichen Gesundheitseinrichtungen für die Millionen von Menschen im Rest der Republik.⁶ Mit der geringsten Steuerquote in ganz Lateinamerika⁷ fehlte es beim Lebensnotwendigen nicht nur an Interesse, sondern eben auch an Geld.

Auch in der Erziehung, ein so fundamentaler Faktor für die Herausbildung der Staatsbürgerkultur, zeigt sich der traditionell diskriminierende Charakter des politischen Systems in Guatemala. Der Staat – so Poitevin – verhielt sich mehr als Besitzer einer Finca, der Erziehung als im Grunde für gefährlich hielt.⁸ Später begann er die Erziehung den städtischen Mittelklassen zu öffnen, aber nicht dem ländlichen Raum. Im Jahre 1990 dann wurden in Guatemala 1,4 % des BIP für Erziehung ausgegeben, nur halb so viel wie in den ebenfalls indigenen Ländern Peru und Ecuador.⁹ Die Alphabetisierungsraten spiegeln die Tendenz gut wieder. 1989 waren 35,6 % der Indigenen alphabetisiert, wäh-

² World Bank, Guatemala: An assessment of Poverty. 17.4.1995. Ziffer 1-4, zitiert nach: Spence, Jack (u. a.): Promise and Reality. Implementation of the Guatemalan Peace Accords. Hemisphere Initiatives, Cambridge 1998. Seite 51.

³ Aus: Spence: a.a.O. Anm. IV/2. S. 51.

⁴ PNUD: Desarrollo Humano, mujeres y salud: Informe Nacional de Desarrollo Humano 2002. Guatemala 2003. Tabelle 21, S. 366.

⁵ PNUD: La Fuerza Incluyente del Desarrollo Humano: Informe Nacional de Desarrollo Humano 2000. Guatemala 2001. Tabelle A 46, S. 292.

⁶ World Bank: Seite 32 und 34, zitiert nach: Spence: a.a.O. Anm. IV/2. S.51.

⁷ Nach der Kalkulation von Sieder hatte Guatemala 1996 nur eine Steuerquote von 7,7 %. Das neoliberale Chile – so schreibt sie – habe gleichzeitig eine Quote von 18,3 % gehabt. Sieder, Rachel / Megan Thomas / Vickers, George / Spence, Jack,: ¿Quién Gobierna? Guatemala. Cinco años después de los Acuerdos de Paz. Hemisphere Initiatives. Cambridge, Massachusetts. Februar 2002. S. 49. Die UNDP hingegen (spanisch: PNUD) geht für 1995 von 8,9 % aus. PNUD, 2005: a.a.O. Anm. IV/1. S. 339.

⁸ René Poitevin, zitiert in: Pásara, 2003: a.a.O. Anm. III/86. S. 100.

⁹ Pásara, 2003: a.a.O. Anm. III/86. S. 100.

rend die Nicht-Indigenen auf 73,8 % kamen. Für 1994 legten beide Sektoren unwesentlich zu, die Indigenen auf 38,4 %, die Nicht-Indigenen auf 74,8 %.¹⁰

Trotz der vorausgegangenen Daten deutete sich bei den Indigenen in Form der Maya-Bewegung ein Wandel an. 1992, die Entdeckung Amerikas jährte sich zum 500. Mal, als der guatemaltekischen Indigenen, Rigoberta Menchú, der Friedensnobelpreis verliehen wurde. Schon ein Jahr zuvor hatte die URNG das Thema in ihre Friedensagenda aufgenommen. Seither war die indigene Bewegung in aller Munde und von den Zeiten, Formen und Themen des Friedensprozesses markiert. Und der steuerte 1995 auf einen Höhepunkt zu. Während sich an der sozio-ökonomischen und auch ethnischen Diskriminierung zunächst nicht viel änderte, begann mit dem indigenen Abkommen für die Bewegung als solche der *goldene Frühling*.¹¹

Auf der Ebene des Wahlregimes und der politischen Teilhaberechte sieht die Bilanz Guatemalas zwischen 1984 und 1996 gar nicht so schlecht aus. Im Rahmen der demokratischen Öffnung des Militärregimes 1984 waren die Parteienverbote aufgehoben worden. Zu den Wahlen nur ein Jahr später trat dann tatsächlich eine zuvor verbotene Partei, die des demokratischen Sozialismus (PSD),¹² an. Zudem erwies sich die Wahlaufsichtsbehörde, TSE,¹³ von Beginn an als weitgehend effektiv und professionell. Sogar an das Prinzip der Chancengleichheit war gedacht worden. Alle Parteien mit mehr als vier Prozent Stimmenanteil hatten Recht auf eine gewisse Wahlkampfkostenerstattung. Nach regelmäßigen als frei und fair eingestuften Wahlen ging zu unserem Ausgangsmoment 1995/96 der Unternehmer Alvaro Arzú als Gewinner hervor. Insgesamt hatten sich 25 Parteien an den Parlamentswahlen beteiligt.¹⁴ In der Verfassung waren alle wichtigen politischen Freiheiten garantiert, die Meinungs- und Pressefreiheit, Wahlrecht aller Bürger sowie Versammlungs- und Demonstrationenfreiheiten.

Ist damit der Zugang zu den Herrschaftspositionen – so wie dies Merkel im Kern für das Wahlregime verlangt – über den offenen Wettbewerb der Parteien erfolgt? Und sind die Sektoren der Bevölkerung und ihre Interessen angemessen repräsentiert? Krennerich sagt zu all' dem nein.¹⁵ Schiere Funktionsregeln gepaart mit der Existenz institutioneller Akteure garantieren das Funktionieren allein eben noch nicht. Erinnern wir uns noch einmal:

Die Akteure des Konflikts in Guatemala hatten sich mit ihrem Kampf für oder gegen den politischen und ökonomischen Status Quo rund um den ideologischen Rahmen des Kalten Krieges positioniert. Gekämpft wurde dabei nicht nur mit Waffen. In den Sinneskonstruktionen der Kontrahenten ging es auf der einen Seite – neutral gesagt – um die Verteidigung der Verfassung, Freiheit und Kapitalismus oder eben um eine Revolution für Gleichheit und Sozia-

¹⁰ PNUD, 2003b: a.a.O. Anm. IV/4. S. 274.

¹¹ Bastos, Santiago / Camus, Manuela: Movimiento Maya. Una mirada en perspectiva. Diálogo. No. 31. Febrero 2004. Flacso. Guatemala. S. 2f.

¹² Spanisch: *Partido del Socialismo Democrático*.

¹³ Oberstes Wahlgericht, auf spanisch: *Tribunal Supremo Electoral*.

¹⁴ Krennerich: a.a.O. Anm. II/17. S. 79f, 84.

¹⁵ Ebenda: Letztlich hält er die Wahlen dennoch für zunehmend kompetitiv und sauber.

lismus auf der anderen. Das hatte Folgen. Denn spätestens mit dem zweiten Krieg, der sich zumeist im indigenen *Occidente* abspielte, wurde die Mehrheit der Bevölkerung in das Geschehen verwickelt, sei es organisatorisch oder propagandistisch. Beinahe eine ganze Generation von politischen Führern, die der traditionellen sozialen wie auch ethnischen Ausgrenzung kritisch gegenüberstand, war ja eliminiert worden. Und nach der großen Mobilisierung durch die Guerilla um 1980 herum war es dann das Militär, welches einen Großteil der Bevölkerung in militarisierten Strukturen organisierte. Ihrer kritischen Führer beraubt, wurden die Menschen über Jahrzehnte antikommunistisch sozialisiert, dabei auch gegen das Thema der Menschenrechte und alles Soziale. Psychologen sprechen heute von einer Kultur der Angst, gegen politische Partizipation und jeden Wandel gerichtet. Offener Wettbewerb des organisierten Ausdrucks politischer Parteien kann also auch kulturell erstickt werden.

Die ersten Wahlen der 80er Jahre waren Teil der politischen Kriegsführung des herrschenden Militärs gewesen, auf der Suche nach Legitimität und freier Hand für weitere kriegerische Aktionen. So kann es nicht wundern, dass die aufständische URNG denn auch zum Boykott der Wahlen aufrief und sich in jener Logik selbst aus dem Parteiensystem ausschloss. Überdies überschattete die militärische Repression die Kandidatur verschiedener Parteien sowieso. An eine Kandidatur der URNG parallel zum Krieg war entsprechend nicht zu denken, obwohl rechtlich niemand ausgeschlossen war, keine Bevölkerungsgruppe und keine Partei. Das Parteiensystem mit seiner begrenzten Macht blieb schwach, institutionell wie auch programmatisch und musste sich zudem über Jahre mit der eigentlichen Macht im Staate arrangieren, dem Militär.¹⁶ Brisante Themen wie die Agrarpolitik, sozio-ökonomische Fragen überhaupt, ethnische Probleme sowie Menschenrechte und Frieden, wurden praktisch nicht angesprochen.¹⁷

Die Parteien zeigten sich aber nicht nur insofern dysfunktional, als sie Inhalte und Interessen – entgegen ihrer eigentlichen Aufgabe – nicht sichtbar, insofern also unsichtbar machten. Darüber hinaus spiegelten sie die Zusammensetzung der Bevölkerung nicht wider. Zum Zeitpunkt der Wahlen Mitte der 80er Jahre war eine sechs-stellige Zahl von Guatemalteken intern deplatziert, auf der Flucht oder gar im Exil – die meisten von ihnen Angehörige der indigenen Bevölkerung. Wählen zu gehen, wird ihnen nicht möglich gewesen sein. Überhaupt hatten sich zu Anfang nur die Hälfte von ihnen in die Wahlregister eintragen lassen. Und noch 1994 waren in den Parteien selbst nur wenige Indigene repräsentiert.¹⁸ Als weiterer Beleg dient auch die Tendenz bei den Wahlenthaltungen. Zwar ließen sich ab Mitte der 80er mehr Bürger in die Liste der Wähler aufnehmen, aber gleichzeitig gaben bei der Abstimmung selbst immer weniger ihr Votum ab. Enthielten sich 1985 noch 30,7 Prozent,

¹⁶ Viele, wenn auch nicht alle Parteien, waren dem Militär auch näher. Ich wage einmal die Behauptung, dass viele andere Politiker in der Folge von der Erfahrung geprägt waren, in ständiger Balance mit dem Militär, etwas Neues aufgebaut zu haben, dessen Funktionalität eben nur gemeinsam mit dem Militär garantiert war.

¹⁷ *Krennerich*: a.a.O. Anm. II/17. S. 82, 328.

¹⁸ *Krennerich*: a.a.O. Anm. II/17. S81, 84f.

stieg diese Zahl über 1990 auf 1995 von 43,6 auf schließlich 53,3 %.¹⁹ Die Zahl der Parlamentarier eines Landes, in der je nach Schätzung mehr oder weniger jeder zweite Indigener ist,²⁰ blieb bedeutungslos. Von 116 Abgeordneten waren 1990 nur sechs indigener Herkunft. Das entspricht gerade einmal einem Anteil von 5,2 Prozent.²¹

Auch der Organisationsgrad und die Rahmenbedingungen der Zivilgesellschaft sind wichtige Kriterien der politischen Teilhabe. Unternehmerverbände sind im Land gut organisiert, aber Gewerkschaften und soziale Organisationen wurden bis hinein in die 90er Jahre – also parallel zur Demokratisierung – über Drohungen, illegale Hinrichtungen oder Zwangsverschleppungen, verfolgt und bekämpft. Die Gewerkschaften haben sich davon nicht erholt. Noch Mitte der 90er waren nur 3 % der Arbeiter organisiert.²²

Dennoch kann nicht bestritten werden, dass sich die Lage 1996 insgesamt verbessert hätte. Indem sich die zivilen Regierungen immer mehr Spielräume erkämpften, wurde über Wahlen zunehmend auch politische Macht übertragen.²³ 1995 rief die URNG nicht mehr zum Wahlboykott auf und schickte mit dem FDNG gar einen Stellvertreter ins parlamentarische Rennen.²⁴ Die Presse war weitgehend frei und bedingt kritisch, aber dennoch litt die Demokratie im Lande kaum verändert unter exklusiven Zügen: thematisch-ideologischen, sozialen, Gender-spezifischen und ethnischen. Die gewachsene Sozialisierung der Bewohner des Landes konnte sich von einer auf die andere Wahlperiode nicht ändern. Indem die systematische politische Verfolgung aufhörte, ist sicher ein erster Schritt vollzogen. Ähnliches gilt für die ethnische Ausgrenzung. Hier stieg der Anteil der Indigenen an den Kongressabgeordneten zwar, aber von zuvor 5,2 Prozent auf, 1995, nur 7,5.²⁵

Relativ gering ist auch der interne Organisationsgrad der indigenen Maya-Bevölkerung. Die etwa 300 existenten Maya-Organisationen in dieser Zeit hatten zu 70 % der indigenen Dörfer keine Verbindung.²⁶ In den 95er Wahlen nahm das Gefälle zudem sichtbar einen Stadt-Land Aspekt an. Wahlsieger Alvaro Arzú hatte nämlich praktisch nur in der Hauptstadt die meisten Stimmen auf sich vereinigen können. Der Verlierer, Alfonso Portillo, dominierte im gesamten Rest des Landes.

¹⁹ Tageszeitung *Siglo XXI*, 04.05.2003, S. 2f, aus Zahlen des Obersten Wahlgerichts, TSE.

²⁰ Eine Methode, um deren Anteil zu bestimmen, ist die subjektive Selbstidentifizierung. Überraschenderweise stieg die aber zwischen 1990 und 1997 deutlich an, von 39 auf 44 %. In einer nationalen Studien wird ihr Anteil mit 48,6 % angegeben (Aus: *Pásara*: a.a.O. Anm. III/86. S. 106) Indigene Organisationen sprechen hingegen davon, die Mehrheit der Bevölkerung zu vertreten.

²¹ Aus: *Prensa Libre*: 12.02.2006, S. 4f.

²² Siehe: *Pásara*: a.a.O. Anm. III/86. S. 116.

²³ *Krennerich*: a.a.O. Anm. II/17. S. 316f.

²⁴ Spanisch: *Frente Democrático Nueva Guatemala*.

²⁵ Aus: *Prensa Libre*: 12.02.2006, S. 4f. Die Zahl der Frauen unter den Abgeordneten war mit 13,8 nur wenig höher. Aus: www.freedomhouse.org, Jahrgang 2006, S. 3f.

²⁶ *Spence*: a.a.O. Anm. IV/2. S. 40.

2. Der Abbau des Militärstaats

Auf keinem anderen Gebiet hat sich zwischen den Zeiten der Militärdiktatur bis zu Beginn der Regierung Arzú (1996) so viel und so Wesentliches getan, wie in der Frage der zivil-militärischen Beziehungen. Denn um die geht es meistens, wenn danach gefragt wird, ob die zentralen politischen Entscheidungen auch tatsächlich von den zivilen öffentlichen Vertretern gefällt werden.²⁷ Weil das Thema indirekt schon mehrfach angesprochen wurde und uns auch weiter vorne noch ausführlich beschäftigen wird, soll es uns hier nur in größeren Zügen interessieren.

In der ersten Hälfte der 80er Jahre hatte bekanntlich ein fein strukturiertes System, Macht und die große Mehrheit der Bevölkerung unter die Kontrolle des Militärs gebracht. Laut MINUGUA erreichte die Militarisierung alle Bereiche des Staates.²⁸ Dies ging weit über das hinaus, was Merkel in seiner Kategorie der defekten Demokratie, Enklave nennt. Mit dem verfassungsgebenden Prozess 1984 begann dann eine Entwicklung, im Laufe derer wieder Zivilisten in die politischen Ämter aufstiegen. Macht und Kontrolle hielt das Militär über einen weit ausgelegten Sicherheitsbegriff aber aufrecht. Aus anderen Bereichen des Staates, für den Sieg im Kriege uninteressant oder hinderlich, zogen sie sich langsam zurück. Noch immer war die Polizei ihnen untergeordnet, hunderttausende von Paramilitärs und sogenannten Militärkommissaren waren in das System des militärischen Geheimdienstes eingebunden. Bereits die erste Regierung Cerezo versuchte dann – wenn auch erfolglos²⁹ – im Jahre 1989 die Polizei aus der militärischen Umklammerung zu lösen.

Der darauf folgende Präsident Serrano war der erste, der das Militär in seine Schranken weisen wollte. In einigen Fragen begannen die Verteidigungsminister zwar, sich Serrano formal zu unterwerfen. Beim Selbst-Putsch von Serrano gehörten sie aber wieder an prominenter Stelle zu aktiven Verteidigern oder Gegnern der verfassungsmäßigen Ordnung. In Anlehnung an Smith/Welch nennt Merkel dieses Verhältnis eine subjektive Kontrolle.³⁰ Denn in solchen Fällen seien es die Zivilisten, die das Militär erneut in die Innenpolitik hineinziehen. Auf dem Lande war die Idee einer Kontrolle des Militärs derweil noch illusorisch. Serranos Nachfolger De León paktierte wieder mit der Armee, wenn auch mit einem Reform-orientierten Flügel. Der Wandel nahm seinen Lauf, obwohl der Versuch die Polizei dem militärischen Einfluss zu entziehen, letztlich erneut erfolglos blieb.³¹ Auf der Suche nach politischen Spielräumen gab der Präsident dort nach. In einem anderen Reformvorhaben regte er an,

²⁷ *Merkel* erwähnt als weitere Gefahren die Macht von Unternehmergruppen und der Mafia. Auf beides muss man Falle Guatemalas eingehen. *Merkel*, 2003: a.a.O. Anm. I/40. S. 55f.

²⁸ *MINUGUA*: Informe Final. Asesoría de Fortalecimiento del Poder Civil. Guatemala 2004.Z. 8.

²⁹ *Glebbeek*, Marie-Louise: In the crossfire of democracy. Police reform and Police Practice in Post War Guatemala. Amsterdam 2003. Seite 106-109.

³⁰ *Merkel*, 2003: a.a.O. Anm. I/39. S. 250f.

³¹ Nach *Glebbeek* waren bis 1995 beinahe alle Innenminister aktive oder ehemalige Offiziere des Militär. *Glebbeek*: a.a.O. Anm. IV/29. S. 51.

parallel zum militärischen auch einen zivilen Geheimdienst aufzustellen und so das militärische Monopol zu brechen. Formell gelang es zwar, die Reform durchzusetzen, nur war sie auf dem Wege wieder vom Militär kooptiert worden. Dennoch kam De León voran. Von Teilen der Militärs akzeptiert, gab der Präsident die Auflösung der Figur des Militärkommissars bekannt.

Angesichts der Welle krimineller Gewalt im Jahr 1995 ist auch ein Blick auf den Haushalt von Militär und Polizei interessant. In diesem vorletzten Kriegsjahr gab das Militär umgerechnet rund 84 Millionen Euro³² für ihre Form von Sicherheit aus, die Polizei hingegen verfügte nur über 4,3 Millionen, also ein Verhältnis von 20 zu eins. Die Demilitarisierung unterlag einer in sich verflochtenen Friedens- und Demokratisierungsdynamik, im gegenseitigen Einvernehmen beziehungsweise in einem Prozess ständig neuer Macht- und Interessenverteilungen zwischen zivilen und mehreren militärischen Gruppen. Zumindest aber Veto-Macht blieb die Armee bis zum Schluss.³³

3. Der Umgang mit der Gewalt

Auch der Umgang mit der Gewalt im Lande basiert auf einer langen Tradition. Konflikte sind dort nämlich über die Jahrhunderte vorwiegend repressiv gelöst worden. Rechts- oder demokratische Traditionen – das wurde bereits erwähnt – sind nur spärlich vorhanden. Das zeigte sich auch bei der Art und Weise des Übergangs zur Demokratie. Schließlich war es die Generation derjenigen Eliten, militärischer aber auch ökonomischer Natur, unter deren Einfluss Gewalt und Intoleranz die extremsten Formen annahm, die sich parallel zum Krieg teils freiwillig oder unfreiwillig in eine Demokratisierungs- und Friedensdynamik begab. Am Anfang standen oft gut gewillte Menschen, die etwas Neues wollten, ohne die Vergangenheit grundsätzlich in Frage zu stellen. In einem ständigen Balanceakt mit den faktischen Mächten des Landes eroberten sich diese zivilen Politiker und Funktionäre mit Hilfe von Frieden und Demokratie immer neue Spielräume. Der Kampf gegen die Straflosigkeit musste sich dem unterordnen, mal als hilfreiches Instrument, mal als Gefahr für das Eigentliche. Entsprechend widersprüchlich behandelten die Akteure das Thema der Menschenrechte. Das Besondere im Falle Guatemalas liegt also darin, wer den Übergang herbeiführte, auf welche Weise und – vor allem – dass Krieg und Demokratisierung als zwei Prozesse parallel stattfanden.

3.1. Justiz und Menschenrechte

Hatte das Militär seinen Krieg in den Zeiten der Alleinherrschaft unbeobachtet geführt, versuchte es in den Zeiten des Übergangs nun, sich nach zwei Seiten hin abzusichern. (a) Jetzt wurde der Blick der internationalen Meinung mit

³² *MINUGUA*, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28. Ziffer 43. Dabei gehe ich von einem durchschnittlichen Umtauschverhältnis von 1 (Euro) zu 10 (Quetzales) aus.

³³ *Walker*: a.a.O. Anm. II/18. S. 15.

einkalkuliert. General Gramajo, dem starken Mann der Regierung Cerezo, führte den Krieg in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zunehmend verdeckt. Vom Militär geleitet, kämpften parallele Strukturen – oftmals in zivil gekleidet – gegen den sogenannten inneren Feind. Komplizierter und folgenreicher ist die zweite Form:

(b) Logischerweise machte die Parallelität aufkommender ziviler mit militärischer Macht eine Anpassung nach innen erforderlich, eine zu und mit den neuen demokratischen Institutionen, deren Aufgaben theoretisch der Kriegsführung – so wie sie in Guatemala unternommen wurde – entgegenstanden. Offensichtlich verstieß der bewaffnete Konflikt doch gegen die neuen demokratischen Regeln und Prinzipien, die theoretisch unter Kontrolle eben desselben Militärs eingeführt worden waren. Zwangsverschleppungen vermeintlicher Gegner, Folter, die politische sowie soziale Kontrolle der sozialen Organisationen und der Menschen überhaupt, die gingen jedoch weiter. Das Dilemma fand aus Sicht des Militär eine doppelte Lösung, die in gewisser Weise noch funktionierte, als die UNO-Friedensmission, MINUGUA, Ende 1994 ihre Arbeit aufnahm. Gegen Eingriffe in das Leben der Bürger, in denen Staatsorgane verwickelt waren, wurde in der Regel weder ermittelt noch die Justiz eingeschaltet. Und für den Fall, dass die zivilen Behörden aktiv werden wollten, existierte eine ganze Palette von präventiven oder post-operativen Maßnahmen, mit dem Ziel, die Straflosigkeit – also die eigene Handlungsfreiheit im Kriege – aufrechtzuerhalten.³⁴ Paradoxerweise schien parallel dazu die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts, CC, in dieser Zeit gewährleistet gewesen zu sein. Als das Gericht 1987 seine Arbeit aufnahm, habe es großen Respekt genossen, meint Ibarra. Fälle mit offensichtlicher politischer Bedeutung hätte es aber nicht zu entscheiden gehabt.³⁵

In der Praxis sollte man sich das Spiel von Krieg und Justizpraxis aber nicht als eine komplett neue, gelenkte und vorab geplante Politik vorstellen. Schon seit 1960 war in politischen Fällen bei Folter und Zwangsverschleppung nicht mehr ermittelt worden, dann wurden auch die Gerichte nicht mehr aktiv.³⁶ 58 Richter, unbequeme Anwälte und Dozenten sind 1980/81 ermordet worden.³⁷ Kurz darauf wurden Sondergerichte mit maskierten Richtern gegründet. 112 Verhaftete, von ihnen freigelassen, sind anschließend auf der Straße von Sicherheitskräften des Staates umgebracht worden.³⁸ Die vom Militär nun eingeleitete demokratische Öffnung sollte die Justiz wieder funktionsfähig machen, obwohl dasselbe Militär diese – Jahre zuvor – noch komplett ausgeschaltet hatte.

Der kontrollierte Wandel beließ das System aber in seinen autoritären Strukturen. Die Rechtsauffassung blieb positivistisch, das heißt, Moral und Ideologie

³⁴ Beispiele dazu im Abschnitt "5" dieses Kapitels.

³⁵ Interview mit *Ibarra*, 29.09.2005. CC steht für die Übersetzung, Corte de Constitucionalidad.

³⁶ *CEH*, 1999c: a.a.O. Anm. I/7. Ziffer 2669f, 2673 und 2684.

³⁷ *Fundación Myrna Mack*: Informe de Situación sobre la Fiscalía Especial de Delitos contra Operadores de Justicia: La persecución penal frente al fenómeno de la violencia en el sistema de violencia. September 2005. S. 3.

³⁸ *Schirmer*, 2001: a.a.O. Anm. III/24. S. 238.

sind vom Gesetz getrennt, eine Auffassung die eher dazu geeignet ist, mit repressiver Politik kombiniert zu werden. So war es möglich, dass der Putschgeneral Ríos Montt die Kriegsmethoden vom Gesetz gestützt sehen konnte:

„Wir forderten die Aufständischen dazu auf, die Waffen niederzulegen. Wir hatten Zusammenstöße, es gab einen Krieg... Danach legalisierten wir das Konzept des speziellen Sonderrechtsbereichs (fuero especial), weil die Gewalt erlaubte uns nicht, Justiz auszuüben. So brachten wir die Mörder und Kriminellen zusammen, verurteilten und töteten sie, aber in Einklang mit dem Gesetz.“³⁹

Mit Mördern und Kriminellen meint Ríos Montt zweifellos die Aufständischen und die sie mutmaßlich stützende Zivilbevölkerung. Das sogenannte inquisitive System machte aus dem Richter in dieser Zeit auch einen Staatsanwalt und statt einer transparenten mündlichen Verhandlung wurden Urteile auf der Basis schriftlicher Aussagen gefällt. Impulse zur Erneuerung kamen im Wesentlichen von außen. Ein erster Versuch konzentrierte sich zunächst auf die Modernisierung der Justizverwaltung. Technik sollte die Prozesse effizienter gestalten. Das Militär griff in diesen Prozess offenbar nicht ein. Offiziell unabhängig war das System nach innen nämlich hierarchisch strukturiert. So hätte in dieser Zeit, Ende der 80er, in der Regel ein Anruf beim Obersten Gerichtshof, gereicht, um unbequeme Verfahren zu beeinflussen. Zudem waren die Gerichte personell oder ideologisch mit dem herrschenden System verquickt.

Dieses einfache System der Kontrolle der Justiz im Kriege wich bei Fortschreiten der Dynamik aus Demokratie und Frieden einem komplexen Beziehungsgeflecht. Selektive Gewalt und dann auch die Unterwanderung der Justiz wurden wichtiger, um den Krieg und später auch die als legitim eingestuften Interessen der Streitkräfte oder einzelner Fraktionen aufrechterhalten zu können. Ramírez sieht die Risse im Militär selbst, vor allem in ihrem Konzept der Aufstandsbekämpfung, als Ausgangspunkt.⁴⁰ Einige Richter und Anwälte scheinen während der ersten demokratischen Regierung unter Präsident Cerezo dann zu unabhängig geworden zu sein, denn gegen Ende der 80er gab es wieder Drohungen und Morde, einzelne Gerichte wurden gar zeitweise geschlossen.⁴¹

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre waren Krieg und der demokratische Anschein insgesamt also noch gut zusammengegangen, das heißt, militärische Aktionen konnten intern ungehindert – quasi sorgenfrei straflos – unternommen werden. Die scheinbar reibungslose Gleichzeitigkeit von Krieg und formaler Demokratie beruhte also auf der Inoperationalität der Justiz. Der illiberale Defekt war im damaligen Sinne systemkonform. Andauernde Menschenrechtsverletzungen und eine inoperative, vielfach von außen gestörte, Justiz waren sozusagen der Preis, den die demokratische Transition für ihre Existenz im Kriege zahlen musste. Mit anderen Worten passte sich die Kriegsführung nach innen insofern der Demokratisierung an, als wichtige Verfahren, Institutionen und Gewalten direkt und indirekt gleich wieder ausgehebelt wurden.

³⁹ Aus einem Fernsehinterview, abgedruckt in: Schirmer, 2001: a.a.O. Anm. III/24. S. 213ff.

⁴⁰ Luis Ramírez, Instituto de Estudios Comparados en Ciencias Penales/ICCPG, 05.10.05.

⁴¹ Schirmer, 2001: a.a.O. Anm. III/24. S. 243ff.

Anfang der 90er erhielt die Justiz-Reform einen neuen Impuls – diesmal mehr von oben, von der CSJ-Führung, als von außen. Eine breite Bewegung innerhalb der Justiz hatte es nicht gegeben. Parallel zu den Bemühungen um die Modernisierung der Justiz wurde 1992 eine neue Strafprozessverfahrensordnung durchgesetzt. Auch hier hatte sich das Militär nicht engagiert. Lediglich wurde darauf geachtet, dass Angehörige der Streitkräfte auch weiter nur vor Militärgerichten verurteilt werden könnten. Gleichzeitig begannen System und Gesellschaft zaghaft, die Straflosigkeit in Frage zu stellen. Zivile Akteure und Institutionen schienen sich dem Griff der militärischen Kontrolle immer mehr entziehen zu wollen, um eigene Spielräume zu erobern. Bereits 1991 führte man auf Bitten lokaler, teils der URNG nahestehender Menschenrechtsorganisationen die erste Exhumierung im Lande durch. Mehrere Exhumierungsteams konstituierten sich, die die Gewalt mit Hilfe ihrer Arbeit aus der Anonymität ins Licht brachten.⁴² Auch in der Justiz regten sich Kräfte, die sich ihrer Funktion bewusst werden wollten. Einige Prozesse gegen Menschenrechtsverletzungen wurden aufgerollt und kamen denn doch kaum voran. Symptomatisch war dabei, dass nicht etwa die großen Massaker des Krieges vor Gericht kamen, sondern in erster Linie anstehende Fälle selektive Morde an prominenten nicht indigenen Bürgern aus der Zeit der demokratischen Transition.

Das Militär reagierte auf diese ersten Gehversuche der Institutionen zunächst unverändert militärisch. Im Kriege gingen Zwangsverschleppungen und politische Morde weiter. Gleichzeitig begann man aber den offensichtlichen funktionalen Widerspruch von Krieg und Demokratisierung mit subtileren Methoden der Beeinflussung anzupassen. Repressive Aktionen wurden vom militärischen Geheimdienst nicht nur vor- sondern auch nachbereitet und das Justizsystem zunehmend unterwandert. Carmen Aida Ibarra aus der Zivilgesellschaft:

„Es gibt kein Datum (für den Anfang dieser Praxis). Das beginnt 1984 bis 1986 (mit der Demokratisierung). Die Praxis der parallelen Ermittlungen, die beginnt in dem Moment, in dem Militärs vor Gericht auftauchen. In den Jahren nach 1986 waren sie noch nicht so sehr besorgt. Ab dem Fall Mack dann, wo es gelang, Institutionen auf die Probe zu stellen, da werden (verstärkt) gewisse Strukturen innerhalb und an der Seite von Institutionen aufgebaut, wie Polizei und Justiz. Den ersten Beweis dafür haben wir 1991 im Rahmen des Falles Mack entdeckt.“⁴³

Personen und demokratische Institutionen, die den Krieg mit dem Ruf nach Verantwortung einzudämmen versuchten, die wurden zu neutralisieren versucht. Ganz anders als in den Jahren des Anti-Aufstandsstaats blieben Morde an Justizpersonal aber eher die Ausnahme. MINUGUA schreibt, dass die Justizorgane systematisch eingeschüchtert wurden.⁴⁴ Ein CSJ-Präsident wurde wegen der Verfahren gegen Militärpersonal vor den Verteidigungsminister zitiert. Wenn das so weiterginge, dann würde man *Schritte eines großen*

⁴² Siehe: *Kernjak*, Franc: Tote suchen – Leben finden. Exhumierungen in Guatemala. Historische Aufarbeitung und psycho-soziale Arbeit. Innsbruck 2006. S. 24.

⁴³ Interview mit Carmen Aida Ibarra, Stiftung Myrna Mack, 19.04.2007.

⁴⁴ MINUGUA: 3. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala, November 1995. Dokument A/50/482. Ziffer 93, 97, 106.

Tieres hören, sagte der Minister – eine unverhohlene Drohung.⁴⁵ Und als sich ein Generalstaatsanwalt öffentlich über den Druck beklagte, dem er ausgesetzt sei, begannen Unbekannte auch ihn zu verfolgen und einzuschüchtern.⁴⁶

Der Druck der Gewalt, der die Guerilla in den Augen der Einen politisch weich kämpfen sollte, in denen der Anderen militärisch auslöschen, der schwächt in den Verhandlungen aber auch das Militär selbst. Die Äußerungen von General Balconi weisen darauf hin, dass sich ein Sektor der Armee über diesen politischen Mechanismus der Menschenrechtsverletzungen im Klaren war. Mit den beiden Abkommen des Jahres 1994 – vielfach als erster Durchbruch für den Friedensprozess gedeutet – verband zumindest dieser Sektor der Armee infolgedessen ganz eigene Erwartungen: (a) Die UNO-Friedensmission – im Menschenrechtsabkommen vorgesehen – würde durch ihre reine Präsenz den Hang zur Gewalt im Lande beenden und die Armee aus den Schlagzeilen bringen und (b) das Abkommen zur Wahrheitskommission als solche werde keinen Angehörigen der Armee vor Gericht bringen. Dass die Angst der Bewaffneten davor dennoch groß war, dafür habe ich schon Indizien aufgeführt. Kurz darauf begann die katholische Kirche denn auch noch mit einem eigenen Projekt, dem REMHI.⁴⁷ Es sollte noch vor der offiziellen CEH an der Konstruktion der Wahrheit arbeiten – und eben sogar Namen nennen. Ein klarer Verstoß sogar gegen die Interessen auch der moderaten Militärs.

1994 spitzte sich der Kontext für das Justiz-System also zu. In dieser Zeit, als die Militärspitze mit den Friedensverträgen zu den Themen Menschenrechte und Wahrheitskommission nach innen ein Signal gegen weitere Menschenrechtsverletzungen sandte, erreichte Helen Mack, dass der Prozess gegen die Hintermänner des Mordes an ihrer Schwester – allesamt Offiziere – offen blieb. Die neuen Sorgen und Ängste wurden damit in dem präzisen Moment bestätigt, in dem die Justizreform der Anklagebehörde, MP, neue Macht verlieh – einer Institution, die ehemals schon enge Beziehungen zum Militär gepflegt hatte. Die Zahl der Menschenrechtsfälle vor Gericht stieg gleichzeitig etwas an. Nach Auffassung von MINUGUA stellte die Regierung dann aber nicht die nötigen Mittel zur Verfügung, damit die Behörde auch funktionieren kann.⁴⁸ Umgerechnet rund 9 Millionen Euro bekam das neue MP in seinem ersten Jahr, einem Rekordjahr der Kriminalität.

„Nur 47 Staatsanwälte gab es damals, heute gibt es 700 bis 800. Das MP explodierte praktisch. Dazu das politische Interesse, einen bestimmten Generalstaatsanwalt zu ernennen und der Mangel an Vision.“⁴⁹

⁴⁵ *Fundación Myrna Mack*: Hechos de violencia que afectan la independencia judicial y la administración de justicia en Guatemala. Amenazas, intimidaciones y atentados contra jueces, fiscales y abogados. Guatemala 1999. S. 10.

⁴⁶ *MINUGUA*: 4. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala, März 1996. Dokument A/50/878. Ziffer 54.

⁴⁷ *REMHI* steht für Recuperación de la Memoria Histórica (Deutsch: Wiederherstellung des historischen Gedächtnisses).

⁴⁸ *Minugua*, 1995b: a.a.O. Anm. IV/44. Ziffer 158.

⁴⁹ Interview mit Luis *Ramírez*, Zivilgesellschaft, 05.10.05.

1995 gerät das Militär national und international in die Schlagzeilen, als die Verbindungen von mutmaßlichen Menschenrechtsverletzern zum US-Geheimdienst CIA bekannt wurden. Im Oktober dann der nächste Schlag gegen den Friedensprozess, aber auch gegen die Pläne der Reformer. 11 Rückkehrer sterben, darunter auch Frauen und Kinder, als eine Militärpatrouille sich provoziert fühlte und Feuer auf Teilnehmer einer Versammlung eröffnete. Mit dem Rücktritt des Verteidigungsministers Enríquez wurde diesmal aber versucht, den Druck politisch etwas zu entschärfen, juristische Konsequenzen dagegen behindert. MINUGUA schreibt in jenem Jahr, dass die Armee ihre Offiziere generell schütze, in Fällen von Menschenrechtsverletzungen, Korruption oder auch gewöhnlicher Kriminalität.⁵⁰ Dennoch schien ein Teil des von Balconi beschriebenen Kalküls aufzugehen. Ab der zweiten Jahreshälfte 1995 gingen die Menschenrechtsverletzungen von staatlichen Sicherheitskräften spürbar zurück. Die Justiz hingegen, mit dem Kampf gegen die Straflosigkeit beauftragt, blieb ambivalent.

Seit Beginn der Transition, Mitte der 80er Jahre, schützte der Staat seine Bürger praktisch nicht vor Eingriffen in seine Freiheitsrechte, weil die Justizverwaltung unterentwickelt, schwach und territorial beschränkt blieb. Im Gegenteil war dieser Staat selbst derjenige, der die Menschenrechte am meisten verletzte.⁵¹ Eben diese Gewalt wurde von der Justiz praktisch nicht verhandelt. Im Laufe der Transition nahm zwar der Umfang der Menschenrechtsverletzungen ab, die Justizorgane – vom Militär in ihrer institutionellen Entwicklung weitgehend unbehelligt – blieben aber ineffizient.

3.2. Kriminalität und Justiz

Das Problem der Eingriffe in die individuellen Freiheitsrechte bekam in diesem Moment des Übergangs aber noch ein weiteres Gesicht. Es ging nicht mehr nur noch um die aktive Verletzung der Menschenrechte, sondern auch um die der Schutzpflichten. Seit Ende der 80er war nämlich auch die Kriminalität im Aufschwung begriffen, die gewöhnliche, vor allem aber auch die organisierte. Mario René Cifuentes, lange Jahre in der Leitung von Polizei oder Innenministerium tätig, sieht diese Tendenz in engem Zusammenhang mit den Erscheinungen des Aufstandsbekämpfungsstaats.⁵² Seiner Meinung nach konnte sich der beginnende Drogenhandel in den 70ern nämlich von Anfang an auf einzelne Gruppen der Todesschwadronen stützen, die eng mit Sektoren oder hohen Offizieren aus dem Militär zusammenarbeiteten. Einflussnetzwerke vor Polizei und vor allem der Justiz seien in dieser frühen Zeit aber nicht nötig gesehen.

Schon als die Polizei ein Schattendasein unter Kontrolle militärischer Strukturen führte, war die Kriminalität relativ hoch. 1992 wurden nach Angaben der

⁵⁰ *Minugua*, 1995b: a.a.O. Anm. IV/44. Ziffer 110.

⁵¹ *Glebbeeck* schreibt in einer Monographie zur Polizeireform in Guatemala, dass die PN in den 80ern systematisch folterte sowie – im Auftrag des Militär - Zwangverschleppungen unternahm und Menschen extralegal hinrichtete. *Glebbeeck*: a.a.O. Anm. IV/29, S. 66f.

⁵² Interview mit Mario René *Cifuentes*, 18.04.2007.

Nationalen Polizei (PN) 2.700 Morde registriert⁵³ – eine vielleicht durch den Krieg bedingte Zahl. Aber gleichzeitig wurden schon 4.455 Autos gestohlen.⁵⁴ Und nur 3 Jahre später, während die blutigen kriegerischen Zusammenstöße deutlich zurückgingen, wurden 3.657 Morde gezählt und das Delikt der Autodiebstähle erreichte mit 8.147 Fällen ein absolutes Rekordniveau. Die größte Aufmerksamkeit kam in der Öffentlichkeit der Welle der Entführungen zuteil. 253 Personen, darunter viele Angehörige der Oberschicht, sind 1995 entführt worden.⁵⁵ Die Unversehrtheit seiner Bürger vor kriminellen Eingriffen scheint mit dem Sicherheitsbegriff der Armee nicht garantiert worden zu sein.

Der Staat reagierte hilflos. In den MINUGUA-Berichten erscheinen von Mal zu Mal Hinweise auf die gleichen Mängel. Kriminalermittlungen seien in hohem Maße ineffizient, so gäbe es nur bei einem von 20 Morden ein Ergebnis. Die Polizei habe nicht genug Mitglieder, in Teilen des Landes sei sie erst gar nicht präsent.⁵⁶ Letztlich hinge sie zu sehr vom Militär ab, sei korrupt, schlecht ausgebildet und ausgerüstet. In dem Versuch, die Ineffizienz in Zahlen zu übersetzen, schreibt MINUGUA, dass die PN jener Zeit nur 5 Prozent der Morde aufkläre.⁵⁷ Beklagt wird zudem die Schwäche und Langsamkeit der Justiz.

Die staatlichen Institutionen oder auch nur seine Mitglieder griffen beim Kampf gegen die neue Bedrohung auf Techniken zurück, die sie im Kriege *erfolgreich* eingeübt hatten und dort – nicht zu vergessen – zumindest bis 1995 noch immer umfassend anwandten. MINUGUA bemängelt, dass Verhöre oft mit Foltermethoden geführt würden und die Praxis illegaler Hinrichtungen, auch ohne politischen Hintergrund. Lynchjustiz gegen vermeintliche Kriminelle würde so begünstigt. In der Zeit nach Beginn der Transition Mitte der 80er Jahre hatte das System aus Sicherheit und Justiz zudem gelernt, dass nach politischen Morden die Spuren zu verdecken waren. Wenn der Verdacht bestand, dass Staatsbeamte in dem Delikt verwickelt waren, dann wurde seitdem erst gar nicht mehr ermittelt. Eventuelle Beweise verschwanden, ohne dass Verantwortliche sanktioniert wurden und um in solchen Fällen Zeugen zu vermeiden, wurden die bedroht, eingeschüchtert oder gar falsche Zeugen organisiert. So kann es nicht verwundern, dass MINUGUA auch von Richtern berichtete, die bestimmte Fälle erst gar nicht haben wollten. Verborgene Gruppen agierten sowohl bei politischen als auch in Fällen sozialer Säuberung straflos.⁵⁸ Kriminalität kann so nicht effizient beantwortet werden.

Für die Leistungsfähigkeit der Justiz findet MINUGUA 1995, je nach Delikttyp, unterschiedliche Worte. Das Spektrum reicht von Rechtsverweigerung (bei Menschenrechtsfällen) bis schwach und ineffizient (bei gewöhnlicher Krimina-

⁵³ Zahlen der Nationalen Polizei, veröffentlicht in: *PNUD* (Programa de Naciones Unidas para el Desarrollo): *Los Contrastes del Desarrollo Humano: Informe Nacional de Desarrollo Humano 1998*. Guatemala 1998. S. 148.

⁵⁴ Ebenda.

⁵⁵ Tageszeitung *El Periódico*, 05.01.2000. S. 2.

⁵⁶ *Spence* veröffentlicht Schätzungen, nach denen die PN in 60 % der Gemeinden keine oder nur ganz wenige Polizisten vor Ort gehabt hätte. *Spence*: a.a.O. Anm. IV/2. S. 32.

⁵⁷ *MINUGUA*, 1995b: a.a.O. Anm. IV/44. Ziffer 103.

⁵⁸ *MINUGUA*, 1995b: a.a.O. Anm. IV/44. Ziffer 87, 90, 94, 101-107. Und *MINUGUA*, 1996a: a.a.O. Anm. IV/46. Ziffer 35, 40, 57ff und 83.

lität). Ganz offensichtlich war der Rechtsstaat also unfähig, seine Bürger vor Eingriffen zu schützen. Aber für diese Diagnose gibt es noch einen zusätzlichen Grund. Vor allem die Bürger auf dem Lande, in ihrer Mehrheit Indigene, hatten kaum Zugang zur Justiz. So wie Polizei fehlten in vielen Regionen auch Gerichte. Die Ermittlungs- und Anklagebehörde MP war gar nur auf 10 % des Territoriums präsent.⁵⁹ Selbst wenn Gerichte vorhanden waren, Millionen Guatemalteken sprechen nur ihre indigene Sprache oder spanisch zumindest nicht in dem Maße, wie es eine Verhandlung verlangt. Übersetzung war vor Gericht meist aber nicht vorgesehen,⁶⁰ was nicht selten zu absurden Szenen und Urteilen führte. Damit waren nach den individuellen Schutzrechten auch die Justizrechte von Zugang zur Justiz und Gleichheit vor dem Gesetz derart schwer verletzt, dass viele damals nicht von Demokratie sprechen konnten.

Der eigentliche Wandel ist aber im Schnittpunkt zwischen Menschenrechten und Kriminalität zu sehen. Einerseits verbesserte sich die Lage der Menschenrechte vor allem insofern, als die Kriegshandlungen bereits nach wenigen Monaten im Jahr eingestellt wurden. Der Armee-Diskurs gegen Menschenrechte und seine Verteidiger aus den sozialen Organisationen stoppte. Während die systematische Verfolgung abnahm, wurde aber gleichzeitig nur sehr wenig getan, um vergangene Verletzungen zu ahnden. Jetzt verschob sich das Problem. Fortan geriet die Justiz als die Gewalt ins Blickfeld, die die Menschenrechtsverletzungen sanktionieren musste. Immer öfter wurden Prozesse irregulär geführt. Die Richter – so meint MINUGUA – begünstigten die Sicherheitskräfte. Die Regierung selbst schien insgeheim in diese Richtung zu arbeiten.⁶¹ Dabei wurden in diesem Jahr kurz vor Abschluss der Friedensverträge auch hier Reformen unternommen. Man arbeitete an der Ausbildung der Strafrichter, die Kandidaten für die Evaluierung der Richterkurse wurden zu evaluieren begonnen und die öffentliche Strafverteidigung bekam mehr Geld.⁶²

Die Justiz konnte ihrer neuen Rolle trotzdem noch nicht gerecht werden. Sie wurde von der Gleichzeitigkeit mehrerer Belastungen praktisch gelähmt. Vor dem (a) Hintergrund schwacher Strukturen sowie noch nicht konsolidierter neuer Funktionsregeln und (b) ohne Vertrauen von Seiten der Bevölkerung⁶³ wurde sie (c) ohne ausreichendes Interesse der Exekutive⁶⁴ und (d) nach der sprunghaft gestiegenen Kriminalität gezwungen, (e) diejenigen Strukturen und potentiellen Interessen der faktischen Mächte des im Abbau befindlichen Aufstandsbekämpfungsstaat anzugreifen, mit der sie (f) historisch nicht nur partiell Überzeugungssysteme und Verflechtungen personeller Art teilten, sondern die (g) zudem schon seit Jahren in ihrem Innern geübt waren, für

⁵⁹ Die Zahl nennt Hugo *Maúl* Figueroa im Gespräch (29.05.2005).

⁶⁰ *Sieder*, 2002: a.a.O. Anm. IV/7. S. 39.

⁶¹ *MINUGUA*: 5. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala 1996. Dokument A/50/1006. September 1996. Z. 55-63. 75f, 89ff. *MINUGUA*: 6. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala 1997. A/51/790. Z. 10, 16, 19, 21, 57.

⁶² *MINUGUA*, 1997: a.a.O. Anm. IV/61. Ziffer 26, 28f.

⁶³ *MINUGUA*, 1997: a.a.O. Anm. IV/61. Ziffer 10.

⁶⁴ *MINUGUA* nennt als Indiz das Schicksal der öffentlichen Strafverteidigung. Im folgenden Kapitel wird die Behauptung breiter behandelt. *MINUGUA*, 1996a: a.a.O. Anm. IV/61. Z. 160.

Straflosigkeit zu sorgen. (h) Einflussversuche wie Einschüchterungen und Korruption gingen infolgedessen weiter.⁶⁵

4. Ein Maßstab: der frühe Umgang mit der vergangenen Gewalt

Viele der zuvor aufgeführten Einschätzungen sind Schlüsse, die der Autor vornehmlich aus einer Durchsicht der ersten fünf Berichte der UNO-Friedensmission, MINUGUA, aus den Jahren 1995/96 zieht. Sind sie vielleicht zu absolut formuliert? In jedem Fall aber kränken sie daran, dass immer wieder von *dem Militär* gesprochen wird, höchstens einmal von zwei verschiedenen Gruppen, dabei gehen die Tentakel des Systems und damit seine Dimension verloren. Es fällt schwer, das System zu qualifizieren. Auch die Lage der Justiz droht, nur eindimensional gesehen zu werden, die der Regierung kommt kaum vor. All' dies sind aber wichtige Faktoren. Und im Sinne dieser Arbeit noch viel wichtiger: Ebenso wenig ist bislang beantwortet, inwiefern und in welchem Umfang die Justizreform so wie die Demokratisierung auch auf anderen Feldern von dem Versuch beeinflusst wurden, für die Akte des bewaffneten Konflikts straffrei auszugehen. Diese Frage ist es, die uns fortan interessiert. An dieser Stelle möchte ich mit einem Blick auf zwei konkrete Prozesse einen ersten Eindruck gewinnen – mit den Mord-Fällen Mack und Carpio Nicolle.

4.1. Der Fall Mack

Myrna Mack war Anthropologin. Inmitten des doppelköpfigen Prozesses aus Krieg und Demokratisierung hatte sie ein Thema erforscht, dass in der Öffentlichkeit damals noch weitgehend unbekannt war, das Ausmaß der Flüchtlingstragödie des sogenannten bewaffneten internen Konflikts. Im September 1990 wurde sie auf offener Straße ermordet, mit einer Vielzahl von Messerstichen – eine Tat gewöhnlicher Kriminalität? Ein Urteil des interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte, CIDH,⁶⁶ 13 Jahre später, hat Geschehnisse und Versäumnisse im Anschluss an die Tat nachgezeichnet:

Zuerst kommt die Stunde der Polizei. Die Mordkommission präsentierte sich am Tatort, schützte ihn aber nicht. Dem Opfer wurden keine Fingerabdrücke entnommen, denn es habe an dem Tag geregnet, so hieß es. In den Chroniken des Wetterdienstes ist aber von Regen keine Rede. Spuren wurden weder aus dem Auto noch wurden Blutproben entnommen. Im Gegenteil säuberten sie die Fingernägel der Toten und warfen die Proben als *zu klein* weg. Fotos von den Verletzungen des Opfers wurden nur unvollständig genommen und ihre Kleidung überhaupt nicht untersucht.⁶⁷ In ihrem ersten Bericht vom Tage

⁶⁵ MINUGUA, 1996a: a.a.O. Anm. IV/61. Ziffer 158. *Minugua*, 1997: a.a.O. Anm. IV/61.

⁶⁶ Spanisch: *Corte Interamericana de Derechos Humanos* (CIDH): Caso Myrna Mack Chang versus Guatemala. Urteil vom 25.11.2003. Guatemala hat sich Ende der 80er formell dem System angegliedert. Es besteht aus einer Kommission, die die Fälle sichtet, eventuell an das Gericht weiterleitet und gütliche Einigungen verhandelt. Erst mit Arzú wurde begonnen, Urteile zumindest zu akzeptieren.

⁶⁷ CIDH: a.a.O. Anm. IV/66. Ziffer 134.86.

wurde Raub als Motiv der Tat festgelegt. Interessant aber, der Polizeichef dieser Zeit, Julio Caballeros, ein Oberst der Armee, präsentierte sich am Tatort und befahl kurz darauf einem seiner Mitarbeiter den Fall gründlich zu untersuchen, die Ergebnisse aber geheim zu halten und nur ihm zu überreichen. Nur wenige Tage später überreichte José Mérida seinen Bericht. Seiner Ansicht nach war das Motiv politisch und der Verdächtige, Noel de Jesús Beteta, ein Mitarbeiter des *Archivo*, einer Abteilung des militärischen Geheimdienstes innerhalb des EMP.⁶⁸ Der Polizeichef aber gab dem Staatsanwalt einen neuen Bericht weiter, der auf seinen Befehl hin neu geschrieben wurde. Hier war wieder Raub das Motiv. Seinem Inspektor empfahl er derweil Verschwiegenheit, denn sonst sei sein Leben in Gefahr.⁶⁹ Monate später, der Polizeichef war in der Zwischenzeit ausgetauscht worden, wurde das Original dann doch weitergegeben und die Dinge begannen ihren Lauf zu nehmen.

Dieser erste Strafprozess gegen den vermeintlichen Täter wurde vor einem zivilen Gericht geführt, obwohl nach damaligem Recht Angehörige des Militärs vor Militärgerichten gestellt werden sollten. Da wird wohl auch eine Rolle gespielt haben, dass das Militär den Verdächtigen fälschlicherweise – so die CIDH – als Ehemaligen einstufte. Beteta sei schon vorher aus seinem Dienst ausgeschieden, so hieß es. Mehrfach bat die Vorsitzende Richterin um weitere Information. Carmen Aida Ibarra, Mitarbeiterin der Stiftung Myrna Mack:

„Das Staatsgeheimnis war von Anfang an ein Problem für uns, seit den Zeiten von Beteta. Man bat das Verteidigungsministerium oder den EMP um Information, aber die weigerten sich ..., das sei Staatsgeheimnis. Also baten wir den Richter (die Dokumente beim Militär anzufordern), aber der tat das nicht, weil er Angst hatte. ... Die Richterin ... (die Beteta verurteilte) die ging dann doch zum Verteidigungsministerium, aber man ließ sie nicht rein.“⁷⁰

Einem richterlichen Beschluss durfte sich das Ministerium nicht verweigern, denn das von der Verfassung garantierte Staatsgeheimnis hat letztlich der Richter auszulegen. Interessant ist an der Haltung der Armee, dass sie sich nicht voll hinter den Täter stellte, aber doch sich selbst zu schützen versucht, indem sie leugnete, dass der Verdächtige ihr angehörte. Der EMP fälschte die Personalakte von Beteta. Auch der (militärische) Polizeichef dieser Zeit hatte sich ja vor allem gegen das politische Motiv gewandt, also die Verbindung der Tat zur Armee.

Andere Reaktionen waren weniger differenziert. Über Monate verfolgt und bedroht, wurde der beauftragte Inspektor kurz nachdem er die Echtheit seines ersten Berichts unterstrichen hatte, nahe des Präsidentenpalastes von Scharfschützen mit vier Schüssen ins Gesicht umgebracht. Nahebei schaute

⁶⁸ CIDH: a.a.O. Anm. IV/66. Ziffer 134.87f. EMP steht für *Estado Mayor Presidencial*. Deutsch: Präsidiales Oberkommando, eine Militäreinheit, deren offizielle Aufgabe der Schutz des Präsidenten war.

⁶⁹ Aussage von Rember Larios Escobar, ehemals Chef der Abteilung für Kriminalermittlungen, abgedruckt in: CIDH: a.a.O. Anm. IV/66. Zeugenaussage „e“.

⁷⁰ Interview mit Carmen Aída Ibarra, Mitarbeiterin der Stiftung Myrna Mack, auf spanisch, Fundación Myrna Mack (FMM). 23.09.2005.

eine Gruppe von Polizisten regungslos der Tat zu. Sein Vorgesetzter und zwei Zeugen im Falle Mack gingen angesichts der Gefahrenlage ins Exil.⁷¹

Das Urteil gegen Beteta vom Februar 1993 war das erste gegen einen Angehörigen der Armee. Aber dabei schien es denn auch zu bleiben, denn weitere Aktionen gegen mögliche Hintermänner waren nicht vorgesehen. Dass dieses Urteil überhaupt so möglich war, das führt Ibarra auf Risse im Militär und gleichzeitig neue Spielräume der demokratischen Transition zurück. *Es gab erhebliche Spannungen innerhalb des Militärs. Eine Gruppe wollte das Image der Armee nach außen verbessern. Beteta wurde (deshalb) zum Teil allein gelassen, obwohl sie ihm (bedingt) doch halfen.*⁷²

„Der Fall war Teil einer nationalen Dynamik, die den Wandel befürwortete. Die Medien deckten plötzlich den politischen Kontext ab ... Als Helen (Mack)⁷³ mit dem Prozess begann, da verhandelte das Justizsystem nur kleinere Fälle, keine zur Korruption und keine zu Menschenrechten. ... Das Personal war veraltet und an Unterordnung gewöhnt, damit man sie nicht umbringt... In dieser Lage begann das Justizsystem, die Abhängigkeit von der Regierung zu verlassen.“⁷⁴

Bereits Ende der 80er war ein Verfahren formalisiert worden, wie die Richter des Obersten Gerichts, CSJ,⁷⁵ und der Appellationsgerichte ausgewählt werden konnten. Danach wurden Verfassungsgericht und das staatliche Menschenrechtsbüro, PDH, geschaffen. Die CSJ war es dann, die eine Reihe von Reformen antrieb, von denen letztlich allerdings nur die neue Strafprozessverfahrensordnung gelang. 1992 geschaffen, trat diese erst zwei Jahre später in Kraft. Der erste Teil des Prozesses Mack wurde dementsprechend noch in einem System geführt, in dem der Richter auch Ankläger war und mündliche, also transparentere Verhandlungen nicht vorgesehen waren. Der Richter entschied allein auf der Basis ihm vorliegender Akten. Erst 1994 wurde das *Ministerio Público*, MP, als unabhängige Anklagebehörde geschaffen.

Im Fall Mack wollte sich die Familie aber nicht mit der Verurteilung des Täters zufriedengeben. Sie wollte auch die Auftraggeber vor Gericht, Auftakt für einen noch viel längeren Rechtsstreit, der erst nach weiteren 10 Jahren zu einem Ende kam. Den Anfang machte im Mai 1993, nur zwei Monate nach dem Urteil gegen Beteta, die Anklagebehörde MP. Erfolglos beantragte es, den Prozess auch gegen die Hintermänner offenzulassen. Der Nebenklägerin Helen Mack dagegen war mehr Erfolg beschieden. Im Februar 1994 bekam sie vom Obersten Gericht recht. Aber erst mit der ebenfalls positiven Entscheidung des Verfassungsgerichts, CC, hatte sie ihr Ziel erreicht. Mehr als 18 Monate und mehrere Einsprüche der Angeklagten waren vergangen. Unverständlich aber, dass die Richter weitere drei Monate brauchten, um ihr Urteil auch zu unterschreiben, also rechtsgültig zu machen. Die Anklagebehörde

⁷¹ CIDH: a.a.O. Anm. IV/66. Ziffer 188ff, 134/95ff und die Aussage „e“ von Rember Tobár.

⁷² Interview mit Carmen Aída Ibarra, 09.09.2005.

⁷³ Helen Mack, die Schwester der Ermordeten und spätere Gründerin der Stiftung Myrna Mack.

⁷⁴ Interview mit Carmen Aída Ibarra, 09.09.2005.

⁷⁵ CSJ steht für *Corte Suprema de Justicia*.

berief sich auf diese Verzögerung, als sie kritisiert wurde, noch immer keinen Staatsanwalt zum politisch hochbrisanten Fall um die intellektuellen Täter ernannt zu haben. Aber noch im Oktober 1995, also noch einmal acht Monate nachdem die Unterschrift dann letztlich erfolgte, stellt MINUGUA fest, es sei noch immer kein Staatsanwalt designiert.⁷⁶

4.2. Fall Carpio Nicolle

Auch dieser Fall kann ein wenig mehr Licht auf den Zustand der damaligen Demokratie werfen, auf die Stärke und Effizienz ihrer Gewalten – Justiz und in diesem Fall auch die Regierung – und die Rolle des Militär.

Das erste Urteil gegen einen Angehörigen der Armee war im Fall Mack bereits gesprochen, als im Juli 1993 Jorge Carpio Nicolle, Präsidentschaftskandidat, Parteigründer und Direktor einer einflussreichen Zeitung, zusammen mit drei Begleitern von etwa 30 Maskierten aufgelauert und erschossen wurde. Ein *Magnicidio* so wie es in Guatemala heißt, ein Attentat von allerhöchster politischer Bedeutung. Aber diesmal war nicht zuerst die Polizei am Tatort. Unmittelbar nach der Tat erschienen dort auch Angehörige der Armee, durchforsteten das Gelände, ohne aber je über die Ergebnisse zu informieren.⁷⁷ Gegen die Regeln war bei alledem kein Richter anwesend. Wesentliche Beweise wie Waffen, Projektile und Fotos verschwanden, sogar der Polizeibericht wurde später nicht mehr aufgefunden. 10 der mutmaßlichen materiellen Täter, Mitglieder der paramilitärischen PAC, wurden verhaftet und auf Kautions wieder freigelassen. Kurz darauf begannen die Drohungen, gegen den Staatsanwalt und eine Verwandte des Ermordeten, Karen Fischer. Ganz offenbar bewegten sich hinter dem Fall Interessen, die weitaus mächtiger als die verdächtigen PAC waren. Ein vorheriger Staatsanwalt aus der Zeit, als viele Beweise verschwanden, verwandelte sich kurz darauf in Verteidiger der Angeklagten. Von PAC und Soldaten der Armee geschützt, trat er am Rande der Ermittlungen auf. MINUGUA hat keinen Zweifel, dass die Armee als solche der Verteidigung der Beschuldigten PAC zur Seite steht und damit die Unabhängigkeit des gesamten Prozesses in Frage stellt.⁷⁸

Für unsere Zwecke kommt es nicht darauf an, wer die eigentlichen Schuldigen waren. Ob sie tatsächlich vom Militär mit der Tat beauftragt waren, dies zu lösen ist nicht Aufgabe dieser Arbeit. Aber dennoch fällt auf, wie sehr nicht nur der Richter, sondern auch die Regierung versuchte, das Militär freizusprechen. Der Richter nannte der Verbrechen eines gewöhnlicher Kriminalität und – noch während die Ermittlungen liefen – schloss sich Staatspräsident Ramiro de León Carpio ihm an. Öffentlich nahm er das Militär in Schutz.⁷⁹ Karen Fischer:

⁷⁶ MINUGUA: 1. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala März 1995. Dokument A/49/856. Ziffer 68f.

⁷⁷ Ebenda: Ziffer 70.

⁷⁸ Ebenda: Ziffer 71-73.

⁷⁹ MINUGUA, 1995b: Suplemento, a.a.O. Anm. IV/44. Ziffer 64.

„Es gab viel Aufregung in Guatemala. In diesen Fällen standen viele Interessen auf dem Spiel, als intellektuelle Täter sah ich den früheren Verteidigungsminister José García Samayoa und den Chef des militärischen Oberkommandos, EMDN, José Luis Quilo (und andere namentlich genannte Militärs). ... Da war es leichter zu sagen, ‚der hat ihn umgebracht, da ist die Waffe‘ und den Typen ins Gefängnis zu stecken. Aber wir hatten halt schon den ersten (danach verschwundenen) Bericht und der sprach von 28-29 (Tätern der PAC). Sag mir, mit welchem Kriterium haben die wohl die Zahl der Verdächtigen von 30 auf 10 verringert? ... Und von denen lassen sie nur einen (der verurteilt werden soll, mit der angeblichen Tatwaffe als Beweis).“⁸⁰

Und wie wollte die Regierung das belegen? Um die Nebenklägerin, Karen Fischer, ihres Zeichens Anwältin und Jahre später zeitweise Staatsanwältin in der Anklagebehörde, von der offiziellen Hypothese zu überzeugen, griff sogar der Staatspräsident selbst ein. Ramiro De León Carpio mit Karen Fischer im Hause seiner Mutter:

„Es gab vier ballistische Berichte zur Waffe, die Jorge getötet hatte, einen der Regierung in Guatemala, einen aus Mexiko, einen aus Spanien und einen anderen des FBI (USA). Und alle verschwinden, nur der aus Guatemala nicht. ... Und weil die Daten niemals übereinstimmen konnten, da kommt (Staatspräsident) Ramiro (mit seinem Innenminister) in das Haus der Mutter von Ramiro, ... holt eine Waffe heraus und sagt der Witwe und mir, das ist die Waffe, mit der Jorge getötet wurde... ‚das ist die Kugel und das der ballistische Bericht‘. Stell Dir vor, alle Fotografien des Kadavers waren ja auch verschwunden, sowie die der Autopsie, aber mir war es gelungen, die rechtzeitig zu besorgen. Und ich sagte ihm, ‚tut mir leid Ramiro, aber das ist nicht die Kugel‘.“⁸¹

Karen Fischer hatte anhand der Fotos selbst Untersuchungen in den USA vornehmen lassen.

4.3. Der Umgang mit der gewaltsamen Vergangenheit

Beide beispielhaft aufgeführten Fälle hinterlassen in unterschiedlichen Abstufungen einen ähnlichen Eindruck. Erst Jahre nach der formalen Gründung der Demokratie schickten sich Polizei und Justiz an, mit ihrer eigenen Funktionslogik in Konkurrenz zur militärischen Herrschaft zu treten. Es wird begonnen, Beweise zu sammeln und Verfahren aufzunehmen, auch wenn die personelle und kulturelle Verquickung sowie das noch allzu aktuelle Drohpotential des Militär in der Regel verhinderten, dass die zivilen Regeln in die Domäne der militärischen Interessen vordringen. Im Kern bestand diese Domäne aus dem Schutz der eigenen Institution, seinem unbeschädigten Ansehen und seiner Handlungsfreiheit nach innen und außen.

⁸⁰ Interview mit Karen Fischer, 04.10.2005.

⁸¹ Interview mit Karen Fischer, Verwandte des Ermordeten und Anwältin. 04.10.2005.

Die oberste Justizverwaltung bemühte sich ganz offensichtlich, die Verfahrensregeln einzuhalten. Aber in der Praxis sorgten Richter aus ideologischen Gründen, Korruption oder anderer Einflussnahme des Militärs, für Störungen und verzögerte Verfahren. Oftmals schien es gar nicht nötig, die Justizautoritäten zu beeinflussen. Viel einfacher konnten Prozesse gestoppt werden, in dem wesentlichen Fundamente jedes Prozesses untergraben wurden – Ermittlungen und Beweise. Selbst wenn die Richter und Staatsanwälte aber ihre Arbeit zu machen versuchten, beide bewiesen mit kleinen aber entscheidenden Mängeln, dass sie sich weiter nicht der Logik eines Krieges entziehen konnten, in dem das Militär zu begünstigen oder als faktische Macht zu berücksichtigen war. Eine ganz eigene Mischung aus militärischem Einfluss, ideologisch-kultureller Übereinstimmung wegen historischer Vorerfahrungen, Korruption, Unfähigkeit und Einschüchterung galt ohne Zweifel vor allem auch für die Polizei.

Vor dem Hintergrund der Interviews zu den Friedensgesprächen, einigen wenigen zu Menschenrechtsfällen vor 1996 und eben der MINUGUA-Information zu den Jahren 1994/95 ergibt sich bislang ein gemischtes Bild. Schlüssel der Interpretation waren nicht nur der Rahmen und die Methoden des Konflikts selbst, sondern auch die ständig neuen Anpassungen innerhalb der Armee und deren Rückwirkungen auf die Gesellschaft. Progressive und Harte schienen sich vor allem in ihrer Haltung zum verhandelten Frieden zu entzweien. Die *Tauben* waren sich bewusst, dass die fortlaufenden Menschenrechtsverletzungen der Position der Armee selbst nur schadete. Vielleicht lehnte sie diese für die Zeit der 90er ja auch ab, aber auf keinen Fall schien die Einheit der Institution riskiert zu werden sollen. Von wem aus im Militär die Methoden auch immer kommen, ohne Kritik daran muss die Armee insgesamt für die Geschehnisse als verantwortlich gesehen werden. Das Bild der Einheit nach außen zieht – mindestens – eine selbst verschuldete Tendenz zur Verallgemeinerung nach sich, weil Mitwissertum leicht zur Komplizenschaft wird.

Die dem Militär eigene Justiz – bis Mitte 1996 konnte gegen Soldaten und Offiziere nur hier verhandelt werden – ist der UNO-Beobachterkommission vor allem durch Verzögerungen, nicht aber durch Urteile gegen Menschenrechtsverletzungen aufgefallen. Ein Beispiel: In einem in keiner Weise politischen Fall verletzte im August 1995 ein Offizier eine Frau derart schwer, dass ihr eine Niere entfernt werden musste.⁸² Der zivile Friedensrichter sprach denn auch von schweren Verletzungen, der zuständige Militärrichter machte daraus leichte. Verantwortliche der Militärzone bestellten die Familie in die Kaserne und boten eine kleine Entschädigung an. Nach Drohungen einzelner Soldaten und der Geldnot der Familie wegen – woher hätte sie sonst die medizinische Rechnung bezahlen sollen – wurde das Angebot angenommen. Das Urteil für den Täter: zwei Monate Hausarrest wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe, Trunkenheit und *schlechtem Gebrauch der Waffe*.

Gegen Vorwürfe wegen Verletzungen der Menschenrechte wehrte sich die Institution auch dann, wenn die Verantwortung nicht zu bestreiten war. Neben den Fällen Mack und Carpio Nicolle zeigt sich das auch im Fall Xamán,

⁸² Siehe: *MINUGUA*, 1996a: a.a.O. Anm. IV/46. Ziffer 63.

dem Massaker an 11 Rückkehrern. Nur die Geschwindigkeit mit der MINUGUA am Tatort war, scheint verhindert zu haben, dass das Militär den Tatort für die zu erwartenden Ermittlungen präparierte. Dann gaben die Vorgesetzten den Soldaten offenbar den Befehl, eine gemeinsame Version zu vertreten, ohne Unterschied darauf, wer geschossen habe oder nicht. Zudem wurden alle gemeinsam von einem Anwaltsteam der Armee verteidigt, ein Umstand, der zu Lasten der weniger Verantwortlichen ging. Kritisiert wird auch die Verspätung, mit der die Waffen der Täter an die Staatsanwaltschaft übergeben wurden und dass unabhängigem Personal kein Zutritt zur Klinik genehmigt wurde, um die Verletzungen begutachten zu können, die nach Aussagen der Armee angeblich auch die Soldaten davongetragen hätten.⁸³ All' dies zog schwere Eingriffe in die Glaubwürdigkeit des Prozesses nach sich. Mangelnder Respekt vor der Justiz, schwache Kooperation bis zur Verweigerung derselben lässt sich daraus ablesen.

Wie in den Fällen Mack und Carpio Nicolle ist auch zu Xamán und Bámaca⁸⁴ die Praxis bekannt, gezielt Staatsanwälte zu bedrohen.⁸⁵ Es liegen keine Informationen vor, nach denen die Militärspitze derartige Praktiken jemals zu unterbinden versucht oder bestraft hätte. Vielmehr widersetzte sich auch das Oberkommando mehrfach der Justiz, um eigene Interessen zu schützen.⁸⁶ Wie sehr Menschenrechtsverletzungen noch als notwendige Verluste im Kriege behandelt zu werden schienen oder vielleicht gar weiter von oben befohlen wurden, dafür bietet auch die Beförderung von Oberst Alpiéz ein Beispiel, ein Verdächtiger in gleich zwei paradigmatischen Fällen, Bámaca und Devine.

Der alleinige Blick auf die justizielle Aufarbeitung der Menschenrechte kann aber auch in die Irre führen. VP und der politische Wandel in Richtung zur Demokratie sind viel breiter und können so nicht ausreichend nachvollzogen werden. Das zeigt sich auch, wenn wir sehen, welchen Veränderungen das Menschenrechtsbüro des Präsidenten, COPREDEH,⁸⁷ zwischen den Regierungen Serrano und De León Carpio ausgesetzt war:

4.4. Die COPREDEH

Als Präsidialkommission für Menschenrechte wurde die COPREDEH bereits 1991 gegründet. Auf der eigenen Internet-Seite wird hervorgehoben, dass man damit einer Empfehlung von Christian Tomuschat entsprochen habe, einem unabhängigen UNO-Experten aus Deutschland. Aber wichtiger wohl ist

⁸³ Ebenda: Ziffer 41.

⁸⁴ Efraín Bámaca, Mitglied der URNG wurde im Jahr 1992 nach einem militärischen Zusammenstoß lebend gefangengenommen, als Trophäe herumgezeigt und anschließend umgebracht. Information entnommen aus: *MINUGUA*, 1995a: a.a.O. Anm. IV/76. Ziffer 66.

⁸⁵ Zum Fall Bámaca siehe: *MINUGUA*, 1995b: a.a.O. Anm. IV/44. Ziffer 62. Und zum Fall Xamán: *MINUGUA*, 1996a: a.a.O. Anm. IV/46. Ziffer 41.

⁸⁶ Auch im Fall Bámaca verweigert ein Oberst vor Ort eine Verfügung des Obersten Gerichts, eine Exhumierung zu erlauben. Anschließend verteidigte Armee-Chef Enríquez den Oberst. Insgesamt blieben alle juristischen Versuche, eine Exhumierung an dem Ort zu unternehmen, an dem angeblich die Leiche von Bámaca lag, erfolglos.

⁸⁷ COPREDEH steht für *Comisión Presidencial Coordinadora de la Política del Ejecutivo en Materia de Derechos Humanos*, auf deutsch kurz: *Präsidialkommission für Menschenrechte*.

der historische Kontext. War doch 1991 eine Zeit, in der beide Konfliktparteien am Verhandlungstisch mehr an ihr internationales Ansehen und politische Vorteile im Kriege dachten, als an den verhandelten Frieden. So sah die Kommission dann auch aus, die fortan die Regierungspolitiken zum Thema der Menschenrechte koordinieren sollte. Neben dem Vertreter des Präsidenten als Chef der Kommission saßen auch Vertreter des Innen-, Verteidigungs- und Außenministeriums, der Chef der Anklagebehörde (MP) und der Koordinator der Friedenskommission (COPAZ). Die Hauptverletzer der Menschenrechte koordinierten also gemeinsam mit denen, die in Fällen von Menschenrechtsverletzungen in der Regel weder ermittelten noch klagten und jenen die sich über die Gespräche Vorteile im auch politischen Kriege versprachen.

Die Aufgabe der zu Beginn 20 Mitarbeiter bestand dementsprechend oftmals darin, Berichte zu schreiben, die internationalen Organisationen überreicht werden sollten. Die soziale Frage, die Lage der Menschenrechte, für all' dies arbeiteten Zivile und auch Mitarbeiter der Armee, Informationen aus den Ministerien auf. Cruz Munguía, ein ehemaliger Mitarbeiter der COPREDEH:

„Die Berichte aus dem Verteidigungsministerium taugten oft nichts, sie waren nicht aktuell oder wurden erst gar nicht gesendet. Das war oft peinlich und stellte den Präsidenten bloß.“⁸⁸

Man darf vermuten, dass in diesen ersten Jahren die Aufgabe der Kommission vor allem darin bestand, politische Angriffe gegen Regierung und Militär aufzufangen, COPREDEH war also Teil des politischen Instrumentariums im Kriege. Mit der Ankunft von MINUGUA erweiterte sich das Aufgabenfeld aber dann doch. Die UNO-Mission sollte begleitet werden. Nur, so Cruz Munguía, dafür mussten wir Büros im Innern des Landes aufmachen:

„Regierung und Kongress stellten uns dafür aber kein Geld bereit. Die Europäer sprangen dann ein und finanzierten uns Büros und Gehälter.“ (Über diese Büros bekam das Personal dann einen Einblick in das Phänomen des Krieges.) ... „Wir unterstützten die Aktionen von MINUGUA, um die parallelen Mächte zu schwächen. Ich spreche von parallel, denn die hörten auf die Armee und nicht auf den Präsidenten. Ich hatte vorher keine Ahnung, wie viele das waren. (Zudem) merkten wir, dass die Information von MINUGUA stimmte, die von der Armee nicht.“⁸⁹

Versuchte das Militär ab De León Carpio, aus eigenen Interessen Räume innerhalb der Institution aufrechtzuerhalten?

„Nein, die Armee verstand. Der Wandel kam, viele Militärs gingen (im Laufe der Regierung De León) freiwillig (von der COPREDEH) wieder in ihre angestammten Posten (ins Militär) zurück. ... So konnte der Präsident zunehmend Menschenrechtsspezialisten einstellen. ... Die Arbeit gewann an Qualität. ... Trotzdem, bevor die Berichte verschickt wurden, da gab es

⁸⁸ Interview mit Cruz Munguía, 20.07.2005.

⁸⁹ Interview mit Cruz Munguía, 20.07.2005.

(meistens) *ein Gezerre, „nein, diese Information könnt ihr nicht schicken“, aber der Präsident setzte sich zunehmend durch.*⁹⁰

5. Demokratie: Defekte und Einschränkungen

Das Guatemala gegen Ende der Regierung De León zeichnet sich durch ein politisches System aus, dessen Transition zur Demokratie noch nicht vollendet war. Ausmaß und Intensität der demokratischen Defekte lassen ihre autoritären Wurzeln lebendig erscheinen. Gemessen an demokratischen Maßstäben charakterisiert sich das System im Wesentlichen durch seinen Enklavencharakter, also der mangelnden Herrschaftsgewalt der zivilen Regierung, und – davon teils abgeleitet – starken illiberalen und exklusiven Zügen.

Statt effektiver Herrschaftsgewalt von Seiten der zivilen Regierung herrschte in diesen Jahren eher eine Mischung aus Koexistenz, teils freiwilligem Rückzug der Armee und teils wachsender Konkurrenz zwischen ziviler und militärischer Macht. In diesem Sinne kann man nicht einmal davon sprechen, die zivile Regierung habe auch nur subjektive Kontrolle über das Militär ausgeübt. Die Armee führte weiter einen Krieg, den die zivile Macht nur in engster Abstimmung mit dem militärischen Oberkommando zu beenden versuchte. Kontrolle übte eher die Armee aus: über die paramilitärischen Einheiten in weiten Teilen des Landes und in der Hauptstadt über Einflussquoten im Finanzamt, im Zoll und auch in der Justiz. Ein umfassendes Militärrecht entzog die Armee nämlich über weite Teile der zivilen Justiz. Aber auch in den Fällen, in denen ihre Mitglieder vor zivilen Gerichten zu erscheinen hatten, waren verborgene oder auch offene Obstruktionen die Regel.

In Übereinstimmung mit der Verfassung stand der gesamte Sicherheitssektor hingegen ganz offen unter militärischer Kontrolle. Versuche, die Polizei der militärischen Sphäre zu entziehen, scheiterten. Dabei war die sogenannte PN ohnehin institutionell schwach. Ein 20 Mal geringerer Haushalt als der des Militärs spricht Bände. Ohne zivile Ermittlungskapazität war die Lage der Sicherheit damit auf den einzig funktionierenden Geheimdienst angewiesen – den militärischen. Dennoch zeigte sich die Armee-Führung im Zuge der Friedensverhandlungen bereit, sich nach Ende des Krieges aus einigen Positionen zurückzuziehen, ohne aber ihr Selbstbild und ihre physische Integrität gefährden lassen zu wollen.

Eine solch' überdimensionierte Rolle der Armee bedeutet aber auch, dass der Staat nach einer ganz anderen Logik funktioniert, also keinesfalls dem demokratischen Ideal einer horizontalen Kontrolle der drei Gewalten untereinander. Ist die Armee in diesem Ideal als eigenständiger Machtfaktor gar nicht vorgesehen, fällt die Justiz in der Kontrollkette als Gegengewicht komplett aus. Dabei stellten sich weder Militär noch Regierung den vorsichtigen Reformver-

⁹⁰ Interview mit *Cruz Munguía*, 20.07.2005.

suchen der Justiz entgegen, eher schon einzelnen Prozessen, vor allem wenn diese sich gegen das Militär richteten.

Aus dem sehr schweren System-Defekt im Bereich der effektiven Regierungsgewalt leitet sich zudem ein ebensolcher Defekt bei den bürgerlichen Freiheitsrechten ab. Nur die schriftlich fixierten Bestimmungen zu den individuellen Schutzrechten entsprachen den Regeln einer konsolidierten Demokratie. In der Praxis jedoch griffen staatliche und private Akteure ganz erheblich in diese Rechte ein, ohne dass die Justiz für einen Ausgleich sorgen konnte.

Sozio-ökonomische Daten belegen krasse Disparitäten zwischen den Bevölkerungsschichten, vor allem aber die Ausgrenzung der indigenen Maya. Im Bereich der physischen Menschenrechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit verstieß an erster Stelle der Staat selbst gegen die Rechte seiner Bürger. Gleichzeitig erwies er sich aber auch als unfähig, seiner Pflicht nachzukommen, die Menschen vor anderen kriminelle Übergriffen zu schützen, wie zum Beispiel Autodiebstählen oder Entführungen. Laut offizieller Statistik starben 1995 über 3.600 Menschen einen gewaltsamen Tod. Schwer verletzt wurden in dieser Phase auch die Justizrechte. Das Justizsystem als solches zeigte sich in hohem Maße ineffizient. In der Praxis hatte das vor allem für jene Schichten Folgen, um deren Interessen im Kriege gefochten wurde: der Rechte der Arbeiter und Bauern und – mehr noch – der Maya-Bevölkerung. Als vorwiegend ländliche Bevölkerung war die große Mehrheit der Mayas vom Zugang zum Justizsystem praktisch ausgeschlossen, weil sich Gerichte vor allem in städtischen Ballungszentren befanden. Aber auch im Falle eines Zugangs, den Gerichten mangelte es generell an Übersetzern und Berichte von rassistisch begründeter Einseitigkeit der Richter sind keine Ausnahme. Für die Fälle von Übergriffen des Staates spricht die UNO-Mission gar von einer Rechtsverweigerung von Seiten der Justiz.

Die Tendenz zur Ausgrenzung, nicht nur, aber vor allem der indigenen Bevölkerung des Landes, setzte sich 1995 auch im Wahlregime und bei den politischen Teilhaberechten fort. Zwar garantiert die Verfassung die Assoziations- sowie die Meinungs- und Pressefreiheit, aber der jahrzehntelang andauernde Krieg hatte faktisch Interessen aus der nationalen Öffentlichkeit entfernt, die den beiden Eliten aus Militär und Unternehmerschaft nicht genehm waren. Interessenvertretungen wie Parteien oder Gewerkschaften waren nicht verboten, aber nach langer Repression entweder verdrängt oder sehr reduziert worden. Dennoch durfte bei den 95er Wahlen erstmals wieder eine linke Partei antreten und nach den Wahlen, die auch dank einer funktionierenden Wahlbehörde relativ frei und fair verliefen, sechs Abgeordnete in den Kongress entsenden. Auffällig ist jedoch, dass die Indigenen zwar etwa die Hälfte der Bevölkerung stellen, aber in jenem Jahr nur 7,5 Prozent der Abgeordneten. Gerade im Hinblick auf die passive und aktive Beteiligung der Indigenen muss wohl weiterhin von einem Systemdefekt in den beiden politischen Teilregimen gesprochen werden, auch wenn Fortschritte unverkennbar sind.

V. Die Sektoren: Weltbilder, Werte, Wahrnehmungen

Jede Forschung hat ihre eigene Herangehensweise. Im hiesigen Fall ging und geht es bekanntlich darum, das Entstehen der VP in ihrer letztlich definierten Form zu erklären **und** Interaktionen mit der Demokratisierung zu sehen. Ich erhoffe mir von der Integration beider Etappen wichtige Querverweise. 150 Seiten ist es her, als ich zu diesem Zweck die Methode des Policy Circle vorstellte und kurz darauf begann, wichtige Aspekte in meinem Kapitel *Vergangenheitspolitik: der lange Weg zur Definition* mit einzubeziehen. Ich wollte (a) tatsächliches Handeln über die subjektive Wahrnehmung der Akteure nachvollziehbar machen, (b) dieses – wenn möglich – in einen mehrstufigen Entscheidungsprozess aufgliedern und (c) Denken und Handeln der Akteure in Interaktion zu dem anderer sehen. Nun scheint mir das Entstehen der VP im Rahmen politischer Dynamiken rund um Demokratie, Frieden und Menschenrechte geklärt und soeben wurde auch der Stand der Demokratie zu umschreiben versucht. Damit sind wir nun an dem fiktiven Ausgangspunkt des Zyklus angelangt, der uns hier beschäftigen wird – der Akteurskonstellation des Jahres 1996 im Spiegel ihrer unterschiedlichen Weltbilder, Werte und Wahrnehmungen.

So ganz unbeschrieben ist dieses Blatt aber nicht mehr. Schon zuvor kamen immer wieder Aspekte zum Vorschein, die die Wahrnehmung wichtiger Akteure zu Krieg und Frieden, zu Menschenrechten und vergangenheitspolitischer Verantwortung nachzeichnen. Das vorliegende Kapitel soll nun in Tiefe und Breite weiter gehen. Notwendigerweise wird es Korrekturen an den bisherigen Erkenntnissen mit sich bringen. Diese sicher analytisch reichhaltige Herangehensweise zieht aber methodische Probleme nach sich, die über die zuvor genannte Problematik der Nutzung von Interviews hinausgehen.

(1) Wenn ich die grob unter dem Begriff Politikwahrnehmung einzuordnenden Informationen im sektorialen Vergleich zusammen darstelle, also getrennt von den anderen Phasen des Zirkels, dann werden sie aus dem eigentlichen Sinnzusammenhang gerissen. Sicher ist dies hier nur bedingt problematisch, denn ohnehin decken die gesammelten Informationen die unterschiedlichen Phasen des Politik-Zyklus nur unzureichend ab. Dennoch gilt es, darauf zu reagieren. Ich werde insofern im Folgenden nur allgemeine Aspekte der Problemwahrnehmung erörtern. Spezifische Sichtweisen zu verschiedenen Aspekten der Vergangenheits-, Militär-, Sicherheits- oder Justizpolitik will ich in den Kapiteln behandeln, in denen die Politikfelder auch tatsächlich in ihrem Entstehen besprochen werden. Damit sind wir auch zugleich bei einem zweiten grundsätzlichen Problem angelangt, das wir bereits zuvor angesprochen hatten – Interviews als Quelle wissenschaftlicher Erkenntnissuche. Was in Kapitel I/4 zu den Interviews gesagt wurde, das gilt in ähnlicher, aber doch abgeänderter, Form für die subjektiven Wahrnehmungen zu Werten und Weltbildern:

(2) Wie können Gespräche aus den Jahren 2003 bis 2007 dazu dienen, die Wahrnehmung der Probleme vorheriger Jahre widerzuspiegeln? Absichtlich oder unbewusst, die Wahrnehmung von Realitäten ist von der jeweiligen Zeit

abhängig. Eine Alternative könnte es also sein, die Problemwahrnehmung als zu subjektiv erst ans Ende des Zyklus zu stellen, als quasi einordnenden Hintergrund. Aber letztlich entgeht man dem Problem in keinem der beiden Optionen. Aus Vorsicht nachgeschoben würde nur denjenigen Perzeptionen Authentizität zugeschrieben, die in der mitunter trügerischen Logik der zuvor erkennbaren Vorgänge stehen. Und wer sagt, dass 1996 geäußerten Gedanken keine Interessen zugrunde liegen. Möglicherweise sind die Diskurse der jeweiligen Gegenwart sogar noch eher kontaminiert, als die Jahre später. Eine Methode, die den Faktor Subjektivität zulässt, die entgeht dessen Nachteilen in keinem Fall. Mir geht es hingegen um die vielen Vorteile dieser Methode.

Vielleicht hilft es aber auch, die Perzeptionen in verschiedene Typen zu unterteilen. Die Art wie die Menschen sich in ihrer historischen Umwelt sehen, ist weniger abruptem Wandel unterworfen, als Wahrnehmungen, die immer wieder neuen und aktuellen politischen Fragen unterworfen sind. Ein Beispiel dafür ist sicher das Verhältnis vieler zum verhandelten Frieden. Gespräche aus dem Jahre 2005 können das Thema in der etwas sichereren historischen Rückschau betrachten, aber für 1996 muss dieselbe Meinung nicht gegolten haben, selbst wenn explizit danach gefragt wurde. Laufende Prozesse verursachen Sorgen und Hoffnungen, die sich mit dem Wissen um das Geschehene oftmals in einer Richtung verfestigen. Damit gilt es sensibel umzugehen.

1. Militär, Unternehmer und die politische Klasse¹

Die Menschen sehen die Welt nicht mit gleichen Augen. Aber wenn sie Gruppen angehören, dann bildet sich doch oftmals eine gemeinsame Perspektive. Dies gilt auch für die 12 interviewten Offiziere der Streitkräfte, mit denen wir unseren Überblick beginnen. Der Komplexität von Personen oder der internen Meinungsstruktur der Armee werde ich mit dieser Zahl sicher nicht gerecht, vor allem weil ich mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede herausarbeite. Aber dennoch vermitteln die folgenden Kommentare ein Bild des Panoramas.

Die Offiziere begreifen den blutigen Konflikt allesamt als Teil der Dynamik des Kalten Krieges, in dem ihnen die pflichtgemäße Rolle zufiel, sich gegen den Aufstand zu verteidigen. Darüber hinaus sind aber auch potentiell wichtige Nuancen zu erkennen – in Sachen Ursachen des Konflikts, Selbstverständnis, Stolz und der Frage, was da eigentlich verteidigt wurde.

Die Generäle im Ruhestand Edgar Leonel Godoy und vor allem Carlos Pineda betonen sehr stark die Aggression des internationalen Kommunismus. Für Carlos Pineda scheint die Geschichte Guatemalas überhaupt von dem Kampf gegen den *verderblichen* Kommunismus durchzogen. Hier nur ein kurzer Ausschnitt aus seiner Sicht der Geschichte des Kommunismus in Guatemala.

¹ Wenn hier von der politischen Klasse die Rede ist, dann sind damit Politiker der Parteien gemeint, die den dominierenden Mächten des Landes nachstehen. Die Regierungen hingegen beinhalteten in der Transition oftmals Kreise, die diese Macht nicht repräsentieren. Sie werden gesondert behandelt.

„Nur wenige Jahre nach dem Manifest, 1851, hieß es schon in einem Artikel, schützt Euch vor den schrecklichen und lächerlichen Ideen des Kommunismus, die in dieses Land gekommen sind. Seit dieser Zeit hat der hier in Guatemala keinen Erfolg.“²

Die Armut im Lande erkennt er durchaus an:

(Wir müssen uns anhören, dass) „es hier extreme Armut gegeben habe, Repression von Seiten der Armee und mangelnde politischen Räume ... und dass die (Guerilla) deshalb zu den Waffen gegriffen hätte, aber ... das passierte hier in Lateinamerika überall zur gleichen Zeit.“³

Bei Pineda dominiert nur eine Ursache das Panorama. Bei Oberstleutnant Mario Ruiz kommt ein weiteres sehr weit verbreitetes Gefühl hinzu:

„Ja, es gab Ungerechtigkeiten. Die rechtfertigen aber keinen Aufstand. Der Krieg war uns aufgezwungen, die Finca-Besitzer und der Kalte Krieg haben uns da reingezogen. Danach wurden wir dann von allen fallengelassen und sind jetzt die Schuldigen. Dabei haben wir nur unsere Pflicht getan.“⁴

General Balconi, Verteidigungsminister des Jahres 1996 und damals Repräsentant der Offiziersgruppe für den verhandelten Frieden, ist noch vorsichtiger. Seiner Ansicht nach kämpften die Aufständischen *gewaltsam für etwas anderes als die Demokratie*. Die Armee habe sich dagegen wehren müssen und sei so *gezwungen* gewesen, für den *Status Quo* zu kämpfen.⁵ Während also Balconi, Ruiz und andere eher die Erfüllung der Pflicht in einer sich ihrer Kontrolle entziehenden Dynamik herausstellen, betonen vor allem ältere Offiziere die Errungenschaften des Kampfes der Armee. So präsentiert General Argueta Villalta die Armee als *Verteidiger* der Demokratie⁶, obwohl diese formal erst 1985 mit der neuen Verfassung wiederhergestellt wurde, also nach den massiven Menschenrechtsverletzungen. Oberst Ardón sieht ihr Verhalten gar im Lichte des Heiligen Thomas von Aquín, als *gerechten Krieg*, in dem die Armee sich *über militärische Gewalt legitim verteidigt habe*.⁷

„Das war eine Erfahrung von Männern und Frauen, alle Guatemalteken, die in Erfüllung ihres verfassungsmäßigen Mandats ein System verteidigt haben, das noch immer existiert, in seiner Struktur und Idealen, Regierungsform, Traditionen und Werte der Gesellschaft, immer wurde für die Mehrheit und die am meisten Bedürftigen gearbeitet.“⁸

Der Armee werden in seinem Weltbild auch politische Aufgaben zuteil:

² Interview mit General Carlos Pineda, 15.04.2005.

³ Ebenda.

⁴ Interview mit (dem damaligen) Oberstleutnant Mario Ruiz, 15.05.2003. Ebenso ein Offizier, der nicht namentlich genannt werden will, Interview 24/2005.

⁵ Interview mit General Julio Balconi, 22.02.2005.

⁶ Interview mit General Argueta Villalta, 13.01.2005.

⁷ Zitiert aus dem Konferenzpapier von Oberst Mario Antonio Ardón Aguilar (damals aktiver Soldat) für eine Veranstaltung des Arbeitskreises *Intersektorialer Dialog, Kultur des Friedens und Wiederausöhnung*, 20.05.03.

⁸ Ebenda.

„Krieg und Frieden sind zyklisch... Wenn die Guerilla wieder zu den Waffen greift, dann werden wir militärisch antworten. Wenn die URNG politisch arbeitet, dann wird die Antwort politisch sein.“⁹

Für Ardón sind die Aufgaben der Armee also offenbar relativ breit angelegt. Je breiter aber die Aufgaben, desto größer die potentielle Gefahr, dass die zivile und die militärische Macht sich ihren Vorrang streitig machen könnten. Dabei ist das Prinzip des zivilen Vorrangs inzwischen allseits akzeptiert. Nur seine Konsequenzen scheinen nicht immer ganz klar. Das wurde schon bei einem Kommentar von Morris de León Gil deutlich, jetzt auch General Carlos Pineda:

„Am Anfang gab es da schon Probleme, (wegen der Umsturzversuche) unter (Präsident) Vinicio (Cerezo), aber eigentlich ging es da doch nur um Beziehungen zwischen Gruppen von Militärs, die (Putschisten) wollten nur, dass der Präsident militärischer handeln sollte.“¹⁰

Ein wichtiger Faktor für das Selbstverständnis der Streitkräfte ist darin zu sehen, dass – bis auf Balconi – alle Offiziere im Gespräch den Sieg in der militärischen Konfrontation herausstellen¹¹. Während also die Eigenverantwortung zum Geschehenen im Allgemeinen hinter der der Ideologien und ausländischen Mächte zurücksteht, wird diese beim Gefühl des Sieges also plötzlich betont. *Wir und meine Kollegen sind stolz darauf, den Krieg gewonnen zu haben*, sagt Ruiz. Aber dieser Stolz hat seinen Preis. Denn *der Gewinner, der stellt die Bedingungen, nicht der Verlierer*, so General Edgar Leonel Godoy¹². Ähnlich drückt sich auch Oberst Barquero aus, wenn er sagt, *wir wollen (als Sieger) den Platz (in der Gesellschaft) den wir verdienen.*¹³ Die Hälfte der interviewten Offiziere verwies in diesem Zusammenhang ungefragt auf den Ehrenkodex und die ethischen Richtlinien, die im Offizierskorps gelten würden. Wir lernen hart zu arbeiten, meinen Ruiz und Barquero, auf unserer Seite gebe es keine Kriminellen. Ardón hingegen gibt durchaus Missbräuche von Seiten einiger Offiziere zu, beschreibt die Institution darüber hinaus aber mit poetischen Worten. Aus Anlass einer Veranstaltung zur Wiederaussöhnung in Guatemala sagte er Repräsentanten der oppositionellen sozialen Organisationen, wie das Militär sich in Anbetracht des vergangenen Krieges selbst sieht:

„Ich glaube, dass wir hart gearbeitet haben, das jeder sein bestes gegeben hat, sich mit Leib und Seele der Aufgabe (dem Sieg) verschrieben hat, bis zum Opfer seiner selbst. Ich denke, dass die Institution (das Militär) gesund und gut ist. Sie ist ein Baum der Früchte bietet, eben darum wird er mit Steinen beworfen, weil viele seine Frucht kosten wollen.“¹⁴

⁹ Interview mit Oberst Ardón, 17.07.2003.

¹⁰ Interview mit General im Ruhestand Carlos Pineda,

¹¹ Balconi: *Ich denke, dass niemand den Krieg gewonnen hat. Wir wussten, dass 10 oder 300 Rebellen den Krieg hätten fortführen können. Die hatten immer noch den Willen zur Konfrontation. Ein General sagte eines Tages, ‚meine Herren, wir haben den Krieg gewonnen‘ und ein anderer antwortete, ‚wenn wir den Krieg gewonnen haben, warum sterben dann immer noch Soldaten und Offiziere? Der General konnte dies nicht beantworten (22.02.05). Sehr ähnlich, anonym, ein anderer Offizier (23/2003).*

¹² Interview mit General im Ruhestand Edgar Leonel Godoy, 02.06.2005.

¹³ Interview mit Oberst Anibal Barquero (damals noch aktiver Soldat), 09.07.03 und 30.07.03.

¹⁴ Konferenzpapier von Oberst Ardón, a.a.O. Anm. V/8.

Ihre *Pflichten siegreich erfüllt*, das scheint eher ein Anlass, nicht nur sich selbst, sondern auch von anderen gefeiert zu werden. Darum muss es aus Sicht der Armee besonders schmerzhaft und unverständlich gewesen sein, als sie vermeintlicher Menschenrechtsverletzungen wegen, andauernd unter Beschuss geriet. Wie erklärt sie dieses Phänomen und wie stehen sie zu der Forderung, Verantwortung für erlittenes Unrecht übernehmen zu müssen?

Aus Sicht der Streitkräfte stehen die Antworten auf beide Fragen in direkter Verbindung. Mehrere Interviewte erklärten ungefragt, dass sie im Konflikt verletzt wurden oder mehrere Kameraden hätten sterben sehen. Alle in diesem Konflikt – Guerilla und Armee – hätten gleichermaßen Unrecht begangen. Die meisten geben gar zu, dass es *Exzesse* gegeben habe – *aber von beiden Seiten*. Es sei darum wenig hilfreich, die Zahl der Toten auf der einen oder anderen Seite herauszustellen. General Godoy:

„Die Sache wer mehr Schaden angerichtet, umgebracht hat, in einem Krieg von mehr als 30 Jahren. Der Krieg ist kein Fußballspiel in dem gewinnt, wer mehr Tore geschossen hat oder wer mehr getötet hat.“¹⁵

Die Bereitschaft, Exzesse zuzugeben, geht bei Godoy also nicht mit der Anerkennung von Verantwortung einher. Oberst Barquero, Offizier bei den Einheiten für zivile Angelegenheiten, die 1995 das Massaker in Xamán verübten, interpretiert auch Massaker als physische Verteidigung vor dem Angreifer:

„In Panzos, 1976 (dem Ort eines der ersten ganz großen Massaker der Armee), wurden die Soldaten mit Macheten angegriffen und dann, als viele schon keine Hände mehr hatten, da wurde geschossen, dabei starben dann natürlich viele. Die Armee hat nicht angegriffen, die hat sich verteidigen müssen... Ich will keinen weiteren Fall Xamán, diese armen Leute müssen wegen eines Vergehens (Spanisch: falta) den Rest ihres Lebens im Gefängnis verbringen.“¹⁶

Der Gedanke der Verhältnismäßigkeit der Aktionen spielte bei den Offizieren keine Rolle. Oberst Ardón gibt indirekt schon zu, dass ihn der Vorwurf, als Angehöriger der Armee per se Menschenrechtsverletzer zu sein, durchaus belastete. Er sei *„immer dabei, sich (seelisch) zu reinigen“*, nur um dann sogleich resigniert hinzuzufügen, dass ihm der Vorwurf *mittlerweile gleich* sei, *man gewöhnt sich beinah dran*.¹⁷ Offenbar waren es gerade die permanenten Vorwürfe, die Ardón zur Suche nach einer Rechtfertigung trieben – dem Konzept des gerechten Krieges. Einen Schritt weiter scheint General Argueta zu gehen:

„Ich denke, wir können nicht von der Vergangenheit leben, aber wenn einige Gruppen sie immer wieder aufwerfen, dann hat die andere Gruppe, die Betroffene, das Recht, sich zu verteidigen.“¹⁸

¹⁵ Interview mit General Edgar Leonel Godoy, 10.03.2005.

¹⁶ Interview mit Oberst Barquero, 09.07.2003. In Xamán starben 11 Menschen, allesamt Rückkehrer aus dem Exil. Die angeblichen Verletzungen der Soldaten konnten nicht ausreichend belegt werden.

¹⁷ Interview mit Oberst Ardón, 17.07.2003.

¹⁸ Interview mit General Argueta Villalta (13.01.05), führendes Mitglied von AVEMILGUA. Menschenrechtsgruppen verdächtigen die Veteranen gewaltsamer Versuche, sich gegen die VP zu wehren.

Betroffenheit machte sich bei den Gesprächspartnern nicht breit, aber doch ein Zwang zur Rechtfertigung. Im Jahre 2003 bat ich Oberst Barquero um ein Interview, nachdem ich ihn in Anschluss an eine Sitzung in den nächsten Raum gehen sah – einer Gedenkveranstaltung für die Opfer der Folter des Konflikts. Wie fühlten Sie sich inmitten der Angehörigen der Menschenrechtsbewegung, fragte ich ihn anschließend. Seine Antwort spiegelt eine Haltung wieder, die meines Erachtens letztlich auch für 1996 gegolten haben dürfte.

„Ich wollte mal meine Gegner hören. Die sind halt gegen das System und sie haben viel geschafft. ... Ich sage nicht, wie gut, dass da jemand getötet wurde. Aber die sagen, ihre Rechte seien verletzt worden, dabei hätten sie nichts gemacht. ... Aber alle drei (Vortragenden) waren in subversive Aktivitäten verstrickt... Die hatten nicht mal um Erlaubnis gebeten, streiken zu dürfen. Denn Streiks sind legal, wenn man sie anmeldet. Bei einem Mädchen fand man die Flugblätter (gegen das System) im Schulranzen, statt des Aufgabenhefts. ... Die wussten, worin sie verwickelt waren.“¹⁹

Das Zauberwort, mit dem schon 1996 angedacht war, das Problem der gewaltsamen Vergangenheit zu bearbeiten, das heißt Aussöhnung – oder in diesem Fall doch besser Versöhnung übersetzt. Ein Prozess von Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung – so wie in großen Teilen der Literatur vorgeschlagen – wird 2003 zumindest darunter nicht verstanden. Der damalige Verteidigungsminister Balconi, der sich im Gespräch dafür ausgesprochen hatte, bestimmte Exzesse unter Strafe zu stellen, solange nicht die Armee an sich angegriffen würde, der versteht darunter lokale Initiativen, in denen sich materielle Täter und Opfer auseinandersetzen.²⁰ Oberst Ardón hingegen:²¹

„Die Versöhnung ist zwischen den Teilen, die sich im Kampf befanden. Das ist keine Sache von Tätern oder Opfern, auch nicht die Anerkennung von Irrtümern, Verantwortlichkeiten oder Reue... sondern die Versöhnung der Konflikteilnehmer.“

Die Rolle des Opfers an sich und damit auch das Kriterium der Menschenrechtsverletzungen sind in dieser Perspektive nicht vorhanden. Ob mit oder ohne Irrtümer, mit oder ohne Reue, zwischen Tätern und Opfern oder auch nur den Konflikteilnehmern, Versöhnung bedeutet hier zumeist Vergessen. *Wenn wir uns versöhnen, dann können wir hinter uns lassen, was uns so zurückwirft. Der Hass ist immer noch in uns. Und deshalb müssen wir vergeben, das bedeutet totales Vergessen,* sagt Barquero. Ebenso Ardón, gewohnt poetisch: *Wenn unsere Gedanken und Gefühle voller Rache sind, dann tragen sie die Vergiftung in sich, seine Frucht wird die Selbstzerstörung sein.* Ohne Versöhnung gäbe es keinen Frieden und die Zukunft könne nicht bewältigt werden, heißt es immer wieder. Mehrere Offiziere loben vereinzelt vorgekommene Momente, bei denen sich auf diese Weise, Repräsentanten von Armee und Guerilla in evangelischen Gottesdiensten gegenseitig vergeben hätten.

¹⁹ Interview mit Oberst *Barquero*, 09.07.2003.

²⁰ Interview mit General *Balconi*, 22.02.2005.

²¹ Konferenzpapier von Oberst *Ardón*, a.a.O. Anm. V/8.

Spiegeln diese Worte die Gefühlswelt des Jahres 1996 wieder, dem entscheidenden Jahr der Friedensverhandlungen, an dessen Ende das Aussöhnungsgesetz abgeschlossen wurde? Nun, die Gefühlswelt nur zum Teil, die Position der Mehrheit aber schon. Um diese Differenzierung zu verstehen, müssen wir uns an das Kapitel zu den Friedensverhandlungen erinnern. Hatte das Militär die Menschenrechtsbewegung doch – zum Teil zu Recht – als legalen Arm der Guerilla angesehen. Sorgen um die eigene Zukunft waren um 1996 sicher latent, aber angesichts der als eng wahrgenommenen Verbindung zwischen beiden Sektoren nahm die Armeespitze offenbar an, dass bei Abschluss des Friedens mit der URNG auch die permanente Anklage gegen die Armee aufhören würde. Das Vergessen der Menschenrechtsverletzungen war zu dieser Zeit insofern eher eine unsichere Annahme und keine vehemente Protesthaltung.

Von allen in den Interviews befragten Themen sind sich die Offiziere nur in einem Punkt absolut einig. Ein Angriff auf die Institution ist für alle unvorstellbar. Einer der befragten Generäle deutete sogar an, seinen Korpsgeist über die Gesetze zu stellen:

„Ja, manchmal weiß man schon von Sachen, über die man dann einfach hinweggeht, die Augen zumacht. Das Militär hat seinen Platz in der Gesellschaft, das verbindet auch. Ich will ja kein Verräter sein.“²²

Trotz aller Differenzierung, eine konsequente Aufarbeitung der Vergangenheit lehnen die Offiziere durchweg ab. Weniger übereinstimmend werden dagegen Fragen der Zukunft gesehen, zum Beispiel der breite Komplex aus Menschenrechten und Sicherheit.²³ Dabei basiert auch diese Wahrnehmung auf der Vergangenheit. Die beiden Offiziere, die der Gewalt der Vergangenheit relativ am kritischsten gegenüberstanden, weichen in dieser Frage deutlich von den anderen ab. Für sie sollte die öffentliche Sicherheit nichts mit dem Militär zu tun haben.²⁴ Bei anderen dagegen glaube ich Züge eines autoritären Staatsverständnisses erkennen zu können, dem das Individuum und seine Freiheiten deutlich untergeordnet sind. Oberst Barquero zum Beispiel sieht bei sich und seinen Militärkollegen Werte von Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit vorwiegen, während er jugendlichen Teilnehmern einer politischen Demonstration per se vorwirft, für Drogen, Alkohol und Prostitution zu sein.²⁵ General Godoy wirft der Menschenrechtsbewegung an sich vor, gegen jene zu sein, die staatliche Autorität jedweder Art durchsetzen wollen:

„In den entwickelten Ländern ... haben die Leute gelernt, Gesetzen zu gehorchen und die Autorität zu respektieren. Das beginnt hier schon in der Familie, wo keine Autorität herrscht, keine Normen, dieser mangelnde Respekt. ... Das ganze System bricht zusammen. Hier sind die Anschuldigungen der Menschenrechtsgruppen gegen die Autorität so weit gegan-

²² Interview 100/2005, mit einem Offizier.

²³ Explizit suche ich nur bei sechs Offizieren nach ihren entsprechenden Grundhaltungen. Hier sind genauere Untersuchungen vonnöten.

²⁴ Interview mit General *Balconi*, 22.02.2005 und Interview 37.

²⁵ Interview mit Oberst *Barquero*, 09.07.2003.

gen, dass die Menschen sie als einseitig wahrnehmen, sie würden ‚die Rechte der Kriminellen verteidigen‘... Zum Beispiel, die Polizei greift einen Kriminellen auf, dem haben sie wirklich Schaden anrichtet, wirklich beleidigt, schlecht behandelt, aber das Opfer wird vergessen. Die sehen immer nur, ob dem Täter etwas (von den Staatsorganen) getan wird.“ Die Bewegung lasse die Autorität nicht handeln.²⁶

Ein symptomatisches Beispiel. Während hier die einen die Rechte des Bürgers, sei er kriminell oder auch nicht, vor dem gewalttätigen Staat schützen, rechtfertigt der General die Eingriffe des Staates damit, dass das Opfer und wohl auch die Ordnung geschützt werden müssten. Ob der Betroffene wirklich schuldig war? Der Verdacht reicht ihm letztlich. General Pineda spiegelt eine unter Offizieren oftmals auftretende Meinung wieder. Seiner Meinung nach sollte die Armee auch im Kampf gegen die kriminelle Unsicherheit eingesetzt werden. Dazu seien sie schließlich ausgebildet und *nur sie hätten das Zeug dazu.*²⁷ Auch General Argueta überträgt seine historische Erfahrung der Methoden des siegreichen Konflikts auf die Gegenwart. Die paramilitärischen PAC, im Kriege gegen die URNG organisiert, sollten auch heute für Sicherheit auf dem Lande sorgen. *Kriminalität habe es nämlich damals nicht gegeben.*²⁸

In den Interviews 2003 bis 2005 äußern sich viele Offiziere vehement gegen die Korruption in den eigenen Reihen. Ohne Zweifel wäre dies 1996 in diesem Maße kaum der Fall gewesen. Aber als Thema scheint es doch schon vorher einen Riss durch die Einheit der Armee gezogen zu haben. Ein Offizier erinnert sich beinahe traumatisiert an Ereignisse Anfang der 90er:

„Insgesamt war die Korruption vorher (vor Portillo) nicht so verbreitet. Dennoch erreichte sie einen Punkt an dem zum Beispiel Soldaten vor Hunger starben. Ich kann da eine Anekdote erzählen, von Cuarto Pueblo.“²⁹

Der Autor: *Das Dorf kennt man doch auch von anderen Themen (ein Massaker gegen Zivilisten, das ich aber nicht direkt anspreche)?* Der Offizier:

„Klar, aber da starben nicht nur Soldaten im Kampf, sondern auch vor Hunger. Darum sagte man zu denen ‚die Äthiopier‘, als Analogie zwischen den Soldaten und den Äthiopiern in Afrika, die vor Hunger sterben. Das war in Jahr 1992. Was eigentlich in Verpflegung ausgegeben werden musste, das blieb beim Kommandanten und dem Offizier für Logistik. Da wurden Operationen unternommen, nur um Lebensmittel zu stehlen.“

Ginge es allein nach den Wahrnehmungen zum Kriege, seiner Gewalt und dem Umgang mit ihr, dann herrschte 1996 insgeheim ein relativer Gleichklang zwischen den Mächten des Landes. Die Unternehmer und auch die große Mehrheit der politischen Klasse standen dem Militär zur Seite. Hatten sich doch bei den Wahlen zwei Parteien den überwiegenden Anteil der Stimmen

²⁶ Interview mit General Edgar Leonel *Godoy*, 02.06.2005.

²⁷ Interview mit General *Pineda*, 13.05.2003.

²⁸ Interview mit General *Argueta*, 13.01.2005.

²⁹ Interview mit einem Offizier, der anonym bleiben möchte. Nr. 174, November 2005.

gesichert, die mehr in der politischen Praxis als in der historischen Wahrnehmung Unterschiede erkennen ließen.³⁰

Auch in diesen Kreisen ging man in der Regel davon aus, dass die Armee nur ihre Pflicht getan habe, im Rahmen der Dynamik des Kalten Krieges oder indem sie gar *Territorium* und *Verfassung* oder den *Rechtsstaat* verteidigt hätte.³¹ Carlos Torrebiarte – in den 80ern ein wichtiger Unternehmerfunktionär – lässt sich mehr Zeit, um seine Vision von der Geschichte zu präsentieren. Für ihn beginnt die Geschichte des Krieges nicht erst 1954, mit der Konterrevolution, sondern 10 Jahre früher:

„Diese Revolution war eine bürgerliche und keine populäre, erst danach ging sie darnieder, bis sie gar extremistische Züge annahm. Das einzige, was dies mit sich brachte, das waren Probleme, der Mord an Oberst Arana und dann eine Welle der Gewalt (von Seiten den Anhänger der reformerischen/linken Regierung), von der heute versucht wird, nicht darüber zu reden... Wir müssen hier lernen, die Regierungen danach zu beurteilen, ob sie tatsächlich die Ökonomie verbessern..., nicht nach ihren guten Absichten... Die Konterrevolution musste sein.“³²

Es musste sein, in dieser generellen Botschaft lehnt sich Torrebiarte an die Vision des Militärs an, dennoch ist seine Sichtweise von ökonomischen Argumenten durchzogen. Mitunter scheint, als ob alles Schlechte jener Zeit als von außen kommend wahrgenommen wird: die Kommunismus-Gefahr, die Reaktion der USA und die *Waffenhilfe* für die Guerilla aus Westeuropa und Kuba. Die 70er Jahre, von der CEH ihrer wachsenden Armut wegen als Katalysator des Konflikts beurteilt, werden von dem Unternehmer ganz anders gesehen:

„Zentralamerika hatte in dieser Zeit ein erhebliches Wachstum, obwohl die Guerilla schon existierte. Und von 1982 an begann dann die Transition im Lande. Die 80er waren (ökonomisch) eine verlorene Zeit, die auch in den 90ern nicht mehr aufgeholt werden konnte.“³³

Die Menschenrechtsverletzungen jener Jahre kommen in dieser Vision nicht vor, nur das Wachstum und die anschließende politische Transition, begonnen in der Zeit der schlimmsten Menschenrechtsverletzungen. Nicht alle Unternehmer würden diese Vision so unterstützen. Preti zum Beispiel erkennt durchaus an, dass der Mangel an politischen Spielräumen ab 1962 eine der Ursachen für den Aufstand darstellt. Aber auch jüngere Funktionäre setzen den Startpunkt ihrer Geschichte ebenso schon vor der Konterrevolution von 1954 an.³⁴ Gewonnen wurde der Konflikt, der aus dieser Perspektive betrachtet sogar 52 Jahre andauerte, letztlich vom Militär. Und eben deshalb – so denken noch

³⁰ Während die PAN als unternehmernah galt, wird die FRG mit Repräsentanten der Aufstandsbekämpfung des Militärs in Verbindung gebracht. Zu diesen Themen äusserten sich 6 Unternehmer (-vertreter) und 8 Kongreßabgeordnete aus dem genannten politischen Umfeld.

³¹ S. Interviews mit Carlos *Vielmann* (Unternehmer und Ex Funktionär) und César Leonel *Soto Arango* (seit 1990 für verschiedene Parteien andauernd im Kongress), 15.04 und 07.07.05.

³² Interview mit Carlos *Torrebiarte*, Präsident der Industriekammer 1980 bis 1983, 14.02.2005.

³³ Ebenda.

³⁴ Enrique *Lacs*, 22.03.2005.

heute viele Vertreter der organisierten Unternehmerschaft³⁵ – hätte man eigentlich nicht mit der Guerilla verhandeln sollen. Warum haben sich viele Skeptiker aber dann doch angepasst? Roberto Alfaro, im Staatsdienst seit der Zeit der Regierung von General Lucas García:

*„Vor der Unterschrift unter den Frieden gab es zu viele Angebote. Die Idee, die wir Guatemalteken und Funktionäre damals hatten, das war, dass es ganze Ströme von Mitteln (Geld von außen) geben werde.“*³⁶

Geld für die Staatskasse, Kredite und – vor allem in Unternehmerkreisen ein Argument – eine Wirtschaftsunion mit den USA, das war es, was viele Skeptiker interessierte, als sie der Dynamik der Friedensverhandlungen entgegensaßen.³⁷ Dahinter steckt die Aussicht auf finanzielle Einnahmen. Die Gewalt der Vergangenheit verblasst im Vergleich – in Quantität und Qualität. Direkt auf die Gewalt angesprochen meinte Torrebiarte:³⁸

„Ich sage nicht, dass es keine Missbräuche gab... Aber der Konflikt war einfach nicht sehr intensiv.“

Alle Befragten waren sich darin einig, dass jede Frage nach Verantwortung, Militär und Guerilla gleich betreffen sollte, also nicht eine Gruppe mehr verfolgt werden sollte, als die andere. Exzesse habe es schließlich auf beiden Seiten gegeben. Carlos Preti:

*„(Friedensnobelpreisträgerin) Rigoberta Menchú will in Spanien General Lucas (wegen Massakern und anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit) anklagen, aber der Mord an meinem Freund Carlos, der soll verziehen werden (Der Ton zeigt mangelndes Verständnis dafür).“*³⁹

Die Worte von Preti waren voller tief empfundener Ungerechtigkeit. In dieser Stimmung scheint es beinah sinnlos, die Schwere der Menschenrechtsverletzungen abzuwägen. Der Kongress-Abgeordnete Roberto Alfaro sagt dazu:

*„Es gab Missbrauch von beiden Seiten ... wieso sagen wir, die eine Seite war schlechter als die andere. Dieb ist, wer einen Cent klaut oder eine Million. Die Menge spielt da keine Rolle. (Zu Exhumierungen:) Ich sehe keinen Sinn darin zu bestimmen, dass ein Knochen zu einer bestimmten Person gehört. Wenn jemand 20 bis 30 Jahre verschwunden ist, dann wird er wohl tot sein...“*⁴⁰

³⁵ Carlos *Vielmann* wurde bereits zuvor zitiert. Aber auch Carlos *Torrebiarte* und ein Vertreter der jüngeren Generation, Enrique *Lacs*, sind derselben Meinung. Interviews vom 15.04.05, 14.02.05 und 22.03.05.

³⁶ Roberto *Alfaro*, Abgeordneter des PAN während der Regierung Berger, war schon unter General Lucas García Staatsfunktionär. Interview vom 28.02.05. Auch Anabella *De León* und César Leonel *Soto Arango*, damals im Kongreß, stützen diese Auffassung. 29.06.05 und 07.07.05.

³⁷ Mit den Zitaten von Friedensskeptikern soll nicht unbedingt die Meinung der Regierung Arzú widergespiegelt werden. Eine Antwort auf die Frage nach dem Friedenswillen oder der Einstellung zur Vergangenheit ist auch heute noch starkem Rechtfertigungsdruck unterworfen. Zur Regierung kommen wir im folgenden Kapitel V, wenn es auch um konkrete Politik geht.

³⁸ Interview mit Carlos *Torrebiarte*, 14.02.2005.

³⁹ Interview mit Carlos *Preti*, 22.02.2005.

⁴⁰ Interview mit Roberto *Alfaro*, 28.02.2005.

Die Emotionalität mit der viele antworten, lässt vermuten, dass die Forderung nach Gleichheit nicht selten nur öffentliche Rückzugspositionen sind. Auf der einen Seite des Spektrums, Arabella Castro: *Mir erschien es wichtig und nötig, an Wahrheit und Geschichte zu arbeiten.*⁴¹ Auch die beiden Funktionäre des Privatsektors, Preti und Torrebiarte zeigen sich nicht abgeneigt, nach der Wahrheit zu suchen, wenn auch nur unter bestimmten Bedingungen:

*„Die Wahrheit kann einer echten Aussöhnung dienen, insoweit sie nicht einseitig und verzerrt ist und die Konfliktparteien gleich behandelt werden. Das war eine der Sachen, die im Privatsektor (in jenen Jahren) dazu besprochen wurden. (Ebenso) ok, Amnestie für alle Guerilleros, aber dann auch für alle Militärs und allen (den Unternehmern nahen Paramilitärs) von der Weißen Hand. (Letztlich) wurde die Politik zur Vergangenheit nur aufgenommen, weil die internationalen Akteure das so wollten.“*⁴²

Auch Carlos Torrebiarte könnte sich im Prinzip vorstellen, die Vergangenheit und sogar Fragen der Verantwortung zu thematisieren:

*„Ok, machen wir das irgendwie, dass alle Welt anerkennt, dass es Opfer auf beiden Seiten gab, aber das soll nicht als politische Plattform oder Instrumentalisierung benutzt werden, um die Bevölkerung nicht noch weiter zu verwirren. ... Und auch die Prozesse ... die sind nicht die wesentliche Aufgabe der Regierung. Für mich... in Anbetracht der Globalisierung, müssen wir unser Land verbessern, Erziehung, Gesundheit und Jobmöglichkeiten. (Für das andere) sind die Gerichte.“*⁴³

Beide hatten offenbar bereits eine Wahrheit. Jede weitere hatte aus ihrer Sicht der ökonomischen Entwicklung zu dienen und die Vergangenheit nicht grundsätzlich zu hinterfragen. Drei weitere Gesprächspartner ließen hinter der Forderung nach Gleichbehandlung ganz andere Positionen erkennen. Für eine Grundbesitzerin ging es offenbar um einen Kampf von Gut und Böse:

*„Die Guerilla war schrecklich, die kam eines Tages zur Finca und hat vor allen Leuten einen Mann erschossen, der für sie arbeitete aber sich dann zurückziehen wollte. ... (Die Militärs) ja sicher, die haben mehr Leute umgebracht, aber die mussten das Unkraut doch mit einem Mal ausreißen. ... Die Indios haben verführen lassen, ... die sind einfach dumm.“*⁴⁴

Mit einer Mischung aus Triumphgefühlen, Stolz und Verbitterung reagieren zwei Politiker der Partei des Generals Ríos Montt (FRG), Symbolfigur für die Zeit der Massaker. Lucrecia de Palomo:

„Ein Krieg ist ein Krieg, da können sie niemanden verurteilen. In einem Krieg funktioniert das Gehirn nicht normal, darum müssen wir den vergessen und ein neues Land konstruieren. ... Wir können nicht ewig in der Vergangenheit leben. (Dann sehr emotionell) Die anderen waren Guerille-

⁴¹ Interview mit Arabella Castro, Abgeordnete und Regierungsmitglied 1996 – 1999, 04.03.05.

⁴² Interview mit Humberto Preti, 22.02.2005.

⁴³ Interview mit Carlos Torrebiarte, 14.02.2005.

⁴⁴ Aus einem informellen Gespräch, 16.07.2003. Name und Wohnort der Frau liegen vor.

*ros und haben Soldaten umgebracht und außerdem (noch erregter), wenn sie wissen, dass der Löwe Hunger hat, dann gehen sie nicht dahin wo der Löwe ist, denn der wird sie nur auffressen. ... Unser Militär ist toll. Das sind die besten der Welt.*⁴⁵

Versöhnung könne es darum *erst dann* geben, so Edin Barrientos, wenn nicht nur die andere Seite entschädigt werde, sondern auch *unsere Opfer* und die (paramilitärischen) PAC.⁴⁶ So ganz gleich sind die Positionen zwischen Militärs und dem Unternehmensektor offensichtlich nicht, schließen die Unternehmervertreter Prozesse zum Beispiel nicht vollkommen aus. Aber dafür sind sie auch nicht. Nur eine Reflektion oder eine Korrektur an ihrem Geschichtsbild, die lehnen beide in gleicher Weise ab.

Die historischen Erfahrungen haben auch hier Konsequenzen für aktuelle Themen. *Die Dörfer sehen die Armee als Freunde, da werden sie zu Männern gemacht.*⁴⁷ Mit diesen Worten fordert Alfaro, dass die Armee auch weiter eine erzieherische Rolle für die Nation spielen sollte. Und für die Sicherheit? Nun, nach Jahren der Unsicherheit verweisen heute alle hier Interviewten unisono daraufhin, dass das Militär gebraucht wird, um die Kriminalität zu bekämpfen. Es sei effizienter, wisse Befehle umzusetzen, werde ethischen Ansprüche gerecht und sei nicht so korrupt. Aber in der Frage nach der zivilen Sicherheit geht es eigentlich nicht darum, ob die Polizei mit dem Militär zusammenarbeiten sollte, sondern nach welchen Prinzipien sie generell arbeitet. Und hier zeigt sich, dass für 12 der 14 interviewten Unternehmer und Parlamentarier der Mehrheitsfraktionen die Probleme des Justizsystems ein Grund sind, das Rad wieder etwas zurückzudrehen, zumindest ein wenig. Torrebiarte erinnert daran, dass die PAC schon im Kriege funktioniert hätten, warum heute eben nicht auch⁴⁸. Bei seinen Kollegen wird er dafür als etwas extrem gesehen, aber bei der Verurteilung der Menschenrechtsbewegung sind sich doch beinahe alle einig. Ihr Ansatz, auch in Zeiten steigender Kriminalität das Individuum vor Übergriffen des Staates zu schützen, sei mit verantwortlich für das Versagen von Justiz und Polizei. Statt der Bewegung wird oftmals aber auch das Konzept der Menschenrechte an sich als Grund verurteilt. Roberto Alfaro:

*„Über Nacht wurde das Konzept der Menschenrechte hier gewaltsam eingeführt..., aber der gewöhnliche Bürger hat den Eindruck, dass damit nur Kriminelle geschützt werden. ... Wenn zum Beispiel der Kriminelle sich auf seine Menschenrechte beruft, kann er die Verurteilung verhindern... Mit den Friedensverträgen wurde uns ein System nahe gebracht, das uns fern lag, ... wir sind nicht daran gewöhnt. Statt die Justiz zu stärken wurde sie zur Seite geschafft und die Menschenrechte gestärkt, ein Bein blieb länger als das andere und so kostet es zu laufen.“*⁴⁹

⁴⁵ Interview mit Lucrecia *de Palomo*, Abgeordnete des FRG (2004 – 2007), 07.03.2005. Andere FRG-Politiker drückten sich politisch korrekt aus, machten aber ständig klar, dass das Militär für das Gute kämpfte. So zum Beispiel César Leonel *Soto Arango*, 07.07.2005.

⁴⁶ Interview mit Edin *Barrientos*, FRG, Landwirtschaftsminister 2000 – 2003, 16.03.2005.

⁴⁷ Interview mit Roberto *Alfaro*, Abgeordneter, 28.02.2005.

⁴⁸ Interview mit Carlos *Torrebiarte*, Unternehmer-Sektor, 14.02.2005.

⁴⁹ Interview mit Roberto *Alfaro*, 28.02.2005.

Wird hier von garantierten Rechten gesprochen, einem Basisgrundsatz jedes Rechtsstaats, wenn die Menschenrechte kritisiert werden? Gustavo Porras, Chef des Präsidentsamtes unter Arzú, erklärt den Hintergrund dieser Aussage:⁵⁰

„Das ist etwas, worüber man nur sehr schwer offen reden kann... In dieser Welt, in der einige Länder entwickelt sind und andere nicht, da werden regelmäßig die neuesten legalen Finessen exportiert und so haben wir in Sachen Menschenrechte eine gut entwickelte Gesetzgebung, aber vollkommen funktionsunfähig. Weil, die Qualität der Beweise, die das System braucht, um verurteilen zu können, die kann es nicht produzieren. Es gibt keine Staatsanwaltschaften mit dieser Fähigkeit, die Polizei selbst unterbricht die Beweiskette oftmals durch eigene Unfähigkeit.“

Porras meint, dass sich entwickelnde Länder nicht denselben Rechtsstaat, also nicht dieselbe Demokratie leisten können, wie zum Beispiel die Europäer. Ich frage Preti, warum dies denn in anderen Ländern funktioniert?

„Ich denke jede öffentliche Sicherheit kann zivil sein... Ich habe zum Beispiel an einer Sitzung in der Schweiz teilgenommen ... da sieht man keine Polizei und keine Armee, aber jeder Bürger ist offenbar trainiert, sei in militärischen Angelegenheiten oder in polizeilichen ... aber klar, dieses Niveau der Ausbildung ist für Guatemala kaum drin.“⁵¹

Kam diese Form der Kritik an den Menschenrechten auch 1996 schon vor? In diesen Details sicher nicht, denn beide Themen, das der Sicherheit und das der Gewalt der Vergangenheit, haben aktuelle Bezüge, die die Antworten beeinflussen. So wie die befragten Offiziere bewegen sich auch die Geschichtsvisionen von Unternehmern und Mehrheitsfraktionen des Kongresses 2003/05 und damit sicher auch 1996 im Links-Recht-Schema. Heute wie damals spürt man eine – wenn auch bei den Jüngeren differenziertere – Zugehörigkeit zur eigenen Seite, zur eigenen Vision zur Geschichte. Das Thema der Menschenrechte wurde ohne innere Überzeugung geduldet. Auch der Druck von außen änderte nichts an der Annahme, dass Wahrheit und Justiz keine Schuldzuweisungen nach sich ziehen durften. Vergangenheit hatte direkt zu Harmonie und Aufschwung zu führen. So wie heute werden auch damals starke Emotionen unter der Oberfläche der internationalen Kontrolle geruht haben - Folge der langjährigen Konfrontation, eigenem Leiden und Stolz auf den Sieg.

Auch im Verständnis, wie öffentliche Sicherheit zu garantieren sei, werden sicher Grundeinstellungen vorgeherrscht haben, die auf Erfahrungen im Kriege beruhten. Ohne das von Alfaro angesprochene Problem der zwei ungleichen Beine leugnen zu wollen, ein gewisser Hang zu autoritären Gesellschaftsvorstellungen war sicher existent. Wie der sich in einem Kontext von Frieden und Modernisierung konkret auswirkt, das bringen dann erst die Jahre mit sich.

Ein klares Bild politischer Allianzen zeichnet sich hier ab, eines wie es für kriegerische Konflikte typisch ist. Um 1996 wurden die Menschenrechtsbewegung, die der Maya und die URNG von den traditionellen Mächten des Landes meist

⁵⁰ Interview mit Gustavo Porras, 12.09.2005.

⁵¹ Interview mit Humberto Preti, 22.02.2005.

noch als Gegner eingestuft, mitunter gar als Gefahr.⁵² Und was noch wichtiger ist, sie galten als unterschiedliche Ausprägungen desselben, eben der Guerilla - und nah bei all dem, die schützende Hand der internationalen Akteure. Schon vor ihrer Ankunft war die Mission der UNO mit Sorge gesehen worden. Denn auch wenn ihr erster Direktor, Jean Arnault, um Neutralität bemüht war, die Mission nahm in einem Land ihre Arbeit auf, in dem Beobachtung als Behinderung wahrgenommen wurde. Viele Gesprächspartner machten ihr Unwohlsein an Äußerlichkeiten fest. Kritiken an den langen Haaren vieler Mitarbeiter von MINUGUA, ihren Festen und großen Autos sind üblich.

2. Guerilla, Menschenrechte und die Maya⁵³

Der engen Allianz gegen einen gemeinsamen Gegner, die Militär, Unternehmer und die politische Klasse zu Beginn der Regierung Arzú noch empfanden, entsprach – wenn auch eingeschränkt – ein ähnliches Bild auf der anderen Seite. Auch hier wird der Konflikt als Teil des Kalten Krieges gesehen, aber generell mit dem Kampf gegen Ungerechtigkeit und ein System, das keine politischen Spielräume zuließ, gerechtfertigt.

Näher betrachtet ergeben sich aber auch hier wegweisende Detailverschiebungen. Francisco López, von den FAR, einer der vier Fraktionen der URNG:

„Für mich ging es im Kriege um Demokratie, Gleichheit und Freiheit. Ein guter Sozialist – und ich meine damit einen Sozialismus proletarisch kommunistischer Ausprägung – weiß, dass man das ohne eine Entwicklung der produktiven Kräfte nicht erreicht... wenn die Diktatur des Proletariats (nicht durch den) ökonomischen Faktor (ergänzt wird).“⁵⁴

Eine Demokratie westlicher Prägung kann López hier nicht gemeint haben. Insofern wird nachvollziehbar, dass die Konfliktdynamik an irgendeinem Punkt der Geschichte ideologische Aspekte angenommen hat. Andere Interviewte aus den Reihen der URNG lassen im Vergleich erkennen, dass die politischen Vorstellungen der vier Guerilla-Gruppen allerdings sehr unterschiedlich waren und teils auch in sozialdemokratische Begrifflichkeiten zu fassen sind.⁵⁵ Während die Vertreter der Maya in ihrer Version des Krieges viel stärker den Aspekt des Rassismus betonen, fügt Ruth Del Valle einen für die Arbeit der Menschenrechtsbewegung typischen Aspekt hinzu – den historischen Autoritarismus des Landes und den Eindruck einer Übermacht der Ordnung von oben:

⁵² Zahlreiche Interviewte bestehen darauf, dass es die Maya im Grunde gar nicht mehr gebe. Dies sei eine *Erfindung aus dem Ausland*, meinen zum Beispiel Carlos Torrebiarte und Carlos Pineda, 14.02 und 15.04.2005.

⁵³ Zehn Personen aus diesen Spektren beantworteten die Interviews *Typ Standard*. Fünf weitere gaben Auskunft zu Teilaspekten.

⁵⁴ Interview mit Francisco López, 11.01.2005,

⁵⁵ Über jeden Verdacht der Rechtfertigung der Guerilla erhaben, weist ein Vertreter des Unternehmersektors darauf hin, dass in seiner Kindheit alles Soziale oder auch nur Forderungen nach mehr Erziehung für das Volk als kommunistisch galten. Enrique Lacs, 22.03.05.

„Wenn einer den Alten oder den härtesten Unternehmern zuhört, da wird gesagt, die Leute brauchen ihre Schläge, sonst bewegen sie sich nicht, die brauchen eine harte Hand, die Kinder brauchen Schläge, nur so könnten sie korrigiert werden... Und alle reden davon, dass es früher keine Kriminalität gegeben habe. Klar, den Leuten wurde die Hand abgehackt wenn man sie erwischte, wie sie vielleicht aus Hunger einen Apfel klauten. Ich denke, die enge und repressive Form das Leben zu sehen, die hat dazu beigetragen, (den Konflikt) zu polarisieren.“⁵⁶

Als verloren sah die URNG den bewaffneten Konflikt damals nicht, aber militärisch war der angestrebte Wandel nicht mehr zu erreichen. So fiel dann den *Friedensverträgen* die Rolle zu, quasi per Dekret *den Wandel zu erreichen, den der Staat brauchte*.⁵⁷ Den Menschenrechten kam dabei eine zwei-schneidige Rolle zu. Enrique Alvarez bestätigt dies, wenn er sagt, die URNG habe das Thema instrumentalisiert, um *dem politischen Feind* (zugunsten der geplanten Verträge) zu *schaden* und zugleich eine *breite politische Plattform mit der legalen Zivilgesellschaft* zu suchen.⁵⁸ Für sie kam es darauf an, die schier unmögliche Balance zwischen dem in den Verhandlungen Erreichbaren und den Erwartungen des potentiellen Alliierten, der Menschenrechtsbewegung, zu finden. URNG-Kommandant Asturias ließ schon zuvor durchblicken, die Kräftebalance sei Leitmotiv für seine Entscheidungen gewesen. Tatsächlich hat das Menschenrechts-Thema auch nicht bei jedem URNG-Kader die gleiche Reichweite. Ich fragte Francisco López, was mit den Tätern geschehen solle:

„Die Verantwortlichen für massive Menschenrechtsverletzungen, die müssen vor Gericht... Aber Menschenrechtsverletzungen gibt es überall ... Solange die Menschen kein Haus haben, keine Kleidung und sich nicht ernähren können, solange (wird es Verletzungen geben).“⁵⁹

Ich interpretiere: *Das klingt, als ob es wichtigere Themen gibt.* López:

Ich denke ja. Wir sterben alle irgendwann und mit dem Tod des Kriminellen endet die Krankheit. Es ist wichtiger, in sozialen Themen zu arbeiten.

Luz Méndez von der URNG hingegen, drückt ein Gefühl von *Ohnmacht* und den *Wunsch nach Gerechtigkeit* aus, als sie sich im Gespräch an die *vielen toten unbewaffneten* Freunde erinnerte. In dieselbe Richtung verweist ein Kommentar von Iduvina Hernández:

„Für mich war die Ohnmacht ein prägendes Erlebnis. Die Menschen, die um mich herum starben, die waren teils bewaffnet, hatten aber keine Chance, sich zu wehren. 90 Prozent davon waren unbewaffnet, litten unter Folter und dann Hinrichtung. Die hatten sich mit nichts einem bewaffneten Apparat entgegengestellt, der den Willen zur Zerstörung hatte. (So) kämpfe ich heute (mit meinem Thema) gegen die Ungerechtigkeit.“⁶⁰

⁵⁶ Interview mit Ruth *Del Valle*, Menschenrechtsbewegung, 14.02.2005.

⁵⁷ Interview mit Orlando *Blanco*, Menschenrechtsbewegung, 12.07.2005.

⁵⁸ Interview mit Enrique *Álvarez*, Ex-URNG, 01.03.2005.

⁵⁹ Interview mit Francisco *López*, lange Zeit für die URNG *an der Front*. 11.01.2005.

⁶⁰ Interview mit Iduvina *Hernández*, ehemals URNG, 21.11.2005.

Hängen die Wahrnehmungen zum Thema Menschenrechte davon ab, ob die Betroffenen politische Kader oder bewaffnet waren, beziehungsweise zusehen mussten, wie mit selektiven Morden die meist Unbewaffneten der sozialen Bewegungen ausgeschaltet wurden? Vielleicht. In jedem Fall betrachteten die Überlebenden dieser Bewegung die Menschenrechtsverletzungen jener Zeit als Teil einer systematischen Politik des Militärs, also des Staates an sich. Wohl auch deshalb vertrat niemand die Idee einer Amnestie für Angehörige des Militärs und hatte beim Thema der Justiz auch nur diese Seite im Visier.⁶¹ Ruth Del Valle wollte gar intellektuelle und materielle Täter vor Gericht sehen.

Die Antworten der Menschenrechtsaktivisten klingen in der Regel zwar betroffener, verbinden mit ihrer Arbeit aber ebenso vielfältige Absichten. Del Valle ist mir ihrer Selbstanalyse ein gutes Beispiel, wie diese Motive in einer Person eine Einheit bilden können. Wahrheit, Wiedergutmachung und Gerechtigkeit sollen den Opfern als solchen helfen und sie für die Gesellschaft stärken, beschwört sie beinah. Die Urteile dienten der Gerechtigkeit, würden aber gleichzeitig auch mit der autoritären Vergangenheit abrechnen und hoffentlich zur Reflektion über Vergangenheit und Zukunft anregen.

„Mein Traum war damals, dass ... die Armee verschwinden würde, ihre Namen und Monumente, als ob dieser Teil der Geschichte ausgelöscht werden könnte und wir die Sachen ganz anders machen könnten.“⁶²

Auch bei Helen Mack und Frank La Rue, international bekannte Vertreter der Menschenrechtsszene, vereinen sich das Entsetzen zum Geschehenen mit dem Wunsch nach Gerechtigkeit und tiefgreifender Transformation.

*„Ich dachte damals, dass die Gerechtigkeit **der** (von La Rue betont) wesentliche Wert der Demokratie sei. ... Das Gesetz ist ein Instrument des Kampfes ... und die Menschenrechte funktionieren nur, wenn die Menschen sie einfordern.“⁶³*

Die Unterschiede innerhalb der drei hier beschriebenen Sektoren lagen also weniger in der Frage, ob mit der Suche nach Gerechtigkeit gesellschaftliche Transformation ausgelöst werden sollte, sondern eher welche und wie. Gesellschaftliche Transformation, das bedeutet in den Augen von Maya- und Menschenrechtsbewegung, ein Wandel der Kultur. Nur dass beide Seiten unterschiedliche Schwerpunkte betonten, die einen den Rassismus, die anderen den Militarismus. Dabei sei beides auch deshalb so schwer, weil die Menschen so aufgezogen worden seien. Beinah die gesamte Gesellschaft habe den Militarismus als ordnende Kraft erlebt, erkennt Jorge Morales an.⁶⁴

⁶¹ Schon vor der Wahrheitskommission 1999 fiel dabei das Wort vom Völkermord.

⁶² Interview mit Ruth *Del Valle*, 14.02.2005.

⁶³ Interview mit Frank *La Rue*, 26.11.2005. Interview mit Helen *Mack*,

⁶⁴ Interview mit Jorge *Morales*, Ex-URNG, heute der Maya-Bewegung zugehörig, 28.02.2005.

3. Andere Sektoren

Die Akteurskonstellation im letzten Jahr des Konflikts war aber doch nicht so ganz nur bipolar geprägt. Von MINUGUA und den anderen internationalen Akteuren abgesehen, sind aus Links und Rechts Reform-orientierte Kräfte in den Regierungen De León Carpio und Arzú zu erkennen, die von innen her Wege aus der Konfrontation suchten. Die Einstellungen und Aktionen dieser politischen Handlungsträger wurden und werden in anderen Teilen der Studie aufzuspüren versucht. Im globalen Überblick der organisierten Kräfte hier will ich sie nicht erwähnen, auch deshalb, weil sie diese Gruppen nicht dauerhaft definiert waren, sondern – wie das Beispiel De León zeigt – nur in einem spezifischen historischen Moment eine andere Mächtelogik ausspielen konnten.

Eine Wahrnehmung der Geschichte und seiner Kosten als nötig und weitgehend gerechtfertigt oder doch eher tragisch und Anlass zur tiefgreifenden Transformation, dies hängt meist davon ab, wo man selber stand – wie diese Geschichte also gelebt wurde: sicher, siegreich und gerechtfertigt oder mit Schrecken und dem Gefühl der Repression in den Knochen. Letztlich präfiguriert eben diese Position oftmals auch die Haltung zum Frieden in Guatemala, der Gewalt der Vergangenheit und der Transformation an sich. Dies ließ sich nicht nur bei den beiden zuvor genannten Akteursallianzen erkennen, sondern gilt auch bei den jetzt folgenden Sektoren, den Kirchen, die Medien und der Justiz.⁶⁵ Bischof Armando Guerra mit einem Überblick zu den Kirchen:

„Die katholische Kirche und die Protestanten, das heißt die Lutheraner, die Methodisten... das ist ein historischer Sektor der Kirchen hier. Der evangelische Sektor hingegen, das sind all' die Kirchen und Sekten hier, die seit den 50er Jahren hier angekommen sind. Die sind extrem konservativ, die weigerten sich, am Dialog teilzunehmen. Für die ist es eine Sünde an der Politik teilzunehmen. ... Diese Kirchen sind in Guatemala die Mehrheit.“⁶⁶

Die Schätzungen über den Einfluss des evangelisch-protestantischen Sektors insgesamt sind unterschiedlich. Auf etwa 50 Prozent der Menschen dürften ihre Angehörigen kommen. Dabei muss man auch davon ausgehen, dass der Einfluss der Pfingstkirchen auf Denken und Handeln ihre Gemeinden im Schnitt deutlich höher sein wird, als der der traditionellen Kirchen.

Die Kommentare von Edmundo Madrid und Jorge H. López⁶⁷, beide leitende Figuren aus der Bewegung der Pfingstkirchen, bestätigen den Eindruck von Guerra. Madrid macht keinen Hehl aus seiner Haltung:

„(Die Armee hat im Krieg das Land) gegen den Kommunismus verteidigt. Die Chefs der Guerilla waren Europäer, mit Waffen aus Europa, denn dort wurde Geld gesammelt, um den Krieg zu finanzieren... Die Armee gewann auf dem Schlachtfeld. ... Über die Friedensverhandlungen gelang es den

⁶⁵ Auch hier: nur 12 Gesprächspartner dieser Sektoren geben nur ein erstes Bild ab.

⁶⁶ Interview mit Bischof Armando Guerra (Iglesia Episcopal), 15.02.2005.

⁶⁷ Interview mit Edmundo Madrid (Leitende Figur von „Lluvias de Gracia“) und Jorge H. López (Leitende Figur der „Fraternidad Cristiana“), zwei große Pfingstkirchen, 04.03.05 und 25.02.05.

Kommunisten aber doch noch, das zu gewinnen, was ihnen auf dem Felde nicht gelungen war... Die Chefs der Guerilla wurden Abgeordnete im Kongress. Die die so viele Leute getötet hatten, die wurden Abgeordnete."

Zwar stammt diese Bemerkung aus dem Jahr 2005, aber alle Umstände weisen darauf hin, dass Madrid die Verhandlungen schon Mitte der 90er als Werk der Kommunisten verstanden haben wird. Und in Sachen Menschenrechtsverletzungen nimmt er hier nur die der Guerilla wahr. Nach dem Wert der Wahrheit für das Leben der Menschen befragt, reagiert Madrid zwei Minuten später aber defensiv rechtfertigend:

„Das bringt nichts. Es gibt einen Spruch in Guatemala, der sagt ‚entdecktes Problem, niemals beendet‘ (spanisch: cuento averiguado, nunca terminado), meiner Ansicht nach muss die Bevölkerung die Vergangenheit zu vergessen versuchen und in Frieden leben. Ich weiß, dass von beiden Seiten Massaker begangen wurden, die Armee beging dabei mehr, weil sie stärker war, wer jetzt noch Probleme ausgraben will, das einzige was er erreicht, das sind Probleme.“⁶⁸

Der Vergleich beider Passagen spricht dafür, dass Madrid seine Position zur Aufklärung der Geschichte wohl erst nach dem unbequemen Bericht der Wahrheitskommission, 1999, derart ausformuliert haben dürfte. Einen Grund zu Wandel und Transformation über eine Aufarbeitung der Vergangenheit ist in seiner Sicht ebenso wenig zu erkennen, wie für ein neues Verhältnis zwischen Staat und Bürger. Angesprochen auf das Büro des Hochkommissariats für Menschenrechte in Guatemala, antwortet Madrid:

„Diese Menschenrechte sind Menschenrechte der Kriminellen und nicht der ehrlichen Leute. Und die Menschenrechte verteidigen Mörder und nicht die ehrlichen Leute. Ich sehe die internationale Menschenrechtsbewegung nicht mit Sympathie, weil sie immer nur Kriminelle verteidigt. Noch etwas, wegen des europäischen und nordamerikanischen Einflusses steht in der Verfassung, dass Jugendliche nicht voll straffähig sind und jetzt sind wir einer Bande von Mördern ausgesetzt, die 14 (bis) 17 Jahre alt sind (Im Land agieren viele gewalttätige Jugendbanden).“

Eine ähnliche Tendenz lässt sich auch bei López erkennen. In knappen und – meist – von politischer Vorsicht geprägten Antworten, hinterlässt er den Eindruck, dass die Armee als Verteidiger zu sehen ist. Die Verantwortung für die Menschenrechtsverletzungen sei gleich und die Bewegung in ihren Versuchen, die Vergangenheit aufzuklären, einseitig. Er sieht die Lösung im Evangelium, dort werde gegenseitiges Verzeihen gepredigt, aber stattdessen wolle die Bewegung nur *Rache, sich einfach abreagieren*. Im Kriege *Finanzier* der Gewalt von Seiten *der Guerilla*, würden die Europäer jetzt die Kriminellen unterstützen und damit die Bevölkerung opfern. Offenbar richtet sich diese Klage gegen die Hilfen für die Menschenrechtsbewegung, vor allem aber gegen Versuche, den Justiz-Sektor nicht nur zu modernisieren, sondern auch nach

⁶⁸ Interview mit Edmundo *Madrid*, 04.03.2005. Die Stimmung ist für diesen Moment des Interviews durchaus feindlich zu nennen. Wie die Armee in den Jahren des Konflikts, wirft Madrid zudem der katholischen Kirche vor, an der Seite der Guerilla gestanden zu haben.

rechtstaatlichen Standards westlichen Zuschnitts auszurichten. Eben dies mache die Justiz hilflos, so heißt es. Das Sicherheitssystem in Guatemala solle stattdessen von hierarchischen Strukturen geprägt sein:

*„Das Volk ist daran gewöhnt, dass Sicherheit von Offizieren gewährleistet werde, sei es von Polizei oder Militär. Die Leute müssen wissen, wer die Autorität hat.“*⁶⁹

López und Madrid, zwei Personen, die – unverfälscht von moralischem Druck der Gegner – sich in ihrer Weltsicht auf einer Seite befinden. Wäre es unfair von Identifizierung zu reden? Der Bischof der Iglesia Episcopal, Guerra, sieht die Epoche des Konflikts hingegen als *Zeit des Terrors, der Unsicherheit und Repression*, in der *alle Sektoren der Gesellschaft* mehr oder weniger *litten*. Wie auch zwei weitere Gesprächspartner aus der katholischen Kirche⁷⁰ sieht er die Gründe für den Aufstand in der Ungerechtigkeit und den mangelnden politischen Möglichkeiten, friedlich dagegen anzugehen. *Verstehen* kann er den Aufstand entsprechend schon. Distanz zur URNG ist allen dreien jedoch gemeinsam. Versöhnung gilt hier durchaus als eine mögliche Lösung, aber nicht etwa verstanden als sofortiges Vergessen. *Irgendein Niveau der Justiz muss es schon geben*⁷¹, die Menschen müssten die *Wahrheit wissen, ohne dem könne man sich auch nicht aussöhnen* und auch *die Ungerechtigkeit* gelte es, zu bekämpfen.⁷² Armando Guerra:

„Einfach so zu verzeihen, das ist nicht möglich. Das Problem des Krieges lässt sich nicht auf einzelne Personen reduzieren, da ist eine soziale Sünde, die alle begangen haben, die bewusste oder unbewusste Diskriminierung von Personen, der mangelnde Mut, nein zu sagen als es nötig war, das macht uns alle verantwortlich und alle sollten wir bereuen.“

Eine so klare Trennlinie in der historischen Weltsicht, wie sie zwischen den hier präsentierten Vertretern der Kirchen verläuft, die ist bei den Gesprächspartnern aus Medien und Justiz so nicht vorhanden. Verstehen können sie den Aufstand alle, aber danach hören derart breite Gemeinsamkeiten denn doch auf. Mehrere lassen erkennen, dass sie die Friedensverhandlungen als Frage von politischem Sieg der Guerilla erkannten. Die Transformationswünsche blieben so einem bipolaren Kriegsdenken unterworfen, was letztlich auch die verhandlungsbereite militärische Führung untergraben konnte. Gegner des verhandelten Friedens waren sie 1996 im Allgemeinen aber sicher nicht.

In der Frage des Umgangs mit der Gewalt der Vergangenheit scheinen die klassischen Gründe die Position zu bestimmen: zum Grad der Betroffenheit, der Identifizierung mit einem Kriegsgegner und dem wahrgenommenen Umfang des Konflikts. Während einer vergessen will,⁷³ will der andere über

⁶⁹ Interview mit Jorge H. López, 25.02.2005.

⁷⁰ Interviews mit Padre Hugo Estrada und Gonzalo De Villa (*Obispo Auxiliar*), 01.03.2005 und 11.03.2005. Das sehr eloquente Interview mit *De Villa* steht mir aus technischen Gründen leider nicht zur Verfügung. Es lehnte sich aber inhaltlich im Wesentlichen an seinen Glaubensbruders *Estrada* an.

⁷¹ Interview mit Armando Guerra, 15.02.2005.

⁷² Interview mit Hugo Estrada, 01.03.2005.

⁷³ Interview mit Eduardo Mendoza, TV 7, 22.03.2005.

Wahrheit die Menschen bewusst machen.⁷⁴ Wieder andere wollen begrenzte⁷⁵ oder umfassende Justiz⁷⁶ für die Verantwortlichen. Einen lehrreichen Einblick in die Denk- und Gefühlswelt eines Menschen, der sich keinem Kontrahenten nah fühlte, aber – wie die allermeisten Guatemalteken – im Machtbereich des Militär lebte, bot das Gespräch mit Mario Antonio Sandoval.⁷⁷

Als Reporter war er sich in jüngeren Jahren den extralegalen Hinrichtungen und der mangelnden Pressefreiheit ständig bewusst. Aber – so Sandoval – irgendwann lernte ich *das Militär differenziert* zu sehen. Zwei Gründe hatte er:

„Die Meinungsführer von heute sind entweder selbst im System der Repression verwickelt gewesen oder haben lange und so viel Kontakt mit dem Militär gehabt, dass sie zu unterschieden lernten. Während der Friedensverhandlungen ab der Zeit (des Präsidenten) Serrano und dann De Leon Carpio sah man die Risse im Militär. Ich zum Beispiel sah eine Gruppe von Offizieren zugunsten des Friedens arbeiten. Das brachte mich Ihnen näher. Ich denke, so verliert man sein Feindbild.“

Und der andere Grund?

„Eine positive Seite, die die Armee hatte, das war ihre Effizienz. Ich kenne da einen Fall, in dem die Bewohner eines kleinen Dorfes eine kleine Brücke wollten. Das Komitee des Dorfes sagte mir, sie wollten um Hilfe bitte. ‚Und wen?‘ ‚Die Armee‘, hieß es. ‚Warum nicht das Verkehrsministerium?‘ ‚Ach, die werden gar nichts tun‘, sagte man mir. Die sprachen mit dem Chef der Militärzone ... und in kurzer Zeit war die Brücke gebaut. Das ist der Grund, warum in einigen Bereichen der Unterschichten der Landbevölkerung die Armee derart populär war. Für viele war das auch ein Ort, an dem sie sich bilden konnten.“⁷⁸

Zur Aufarbeitung der Vergangenheit war und ist Sandoval innerlich sehr gespalten. *Ja, aber es sollte keine Hauptsache sein*, man dürfe halt *nicht vergessen*, heißt es. Ob Gerechtigkeit vor den Gerichten, Wahrheit oder Exhumierungen, jeder Betroffene sollte selbst entscheiden, ob er dies wolle. Er kenne Angehörige, die heute nicht wissen wollten, wer zum Beispiel ihre Tochter umgebracht hat. Das seien alte Wunden.

Die Sehnsucht, die Vergangenheit hinter sich lassen zu können und eigenen Frieden zu finden, das gemeinsame Erleben, an einem Strang ziehen, solche Faktoren bremsen die Entrüstung ungemein. Menschen im Gefühl der Ohnmacht hingegen, solche massiv und wiederholt unter Gewalt litten und erlebten, wie eng Menschenrechte mit der Transformation verbunden sind, die sehen die Welt mit anderen Augen. Aber niemand, weder die Täter noch die innerlich Entschiedenen oder Unentschiedenen, scheint das eigene Erleben

⁷⁴ Interview mit Carlos Ajanel von der Tageszeitung *Siglo XXI*, 03.03.2005.

⁷⁵ Interview mit Sylvia Gereda, Tageszeitung *El Periodico*, 13.01.2005,

⁷⁶ Interview mit Jose Elias Tarano, Tageszeitung *Nuestro Diario*, 28.02.2005.

⁷⁷ Interview mit Mario Antonio Sandoval, Tageszeitung *Prensa Libre* und Direktor eines Fernsehkanals, 03.03.2005.

⁷⁸ Interview mit Mario Antonio Sandoval, 03.03.2005.

mit einer Distanz sehen zu können, wie sie nur die Geschichte mit sich bringt. So ist der Konflikt um die Geschichte unausweichlich.

4. Fazit: Konstellationen von Macht und Geschichtsbildern

1996 – mit dem Beginn der Regierung Arzú verschiebt sich die Konstellation der Mächte langsam. Das Militär als zuvor erste Macht im Staate, beginnt sich langsam, ab Mai 1996 deutlicher, zurückzuziehen. An seiner statt trat die Unternehmerschaft immer aktiver auf.⁷⁹ Als alte Allianz teilen sie jedoch eine Geschichtsvision, in der beide die Menschenrechtsverletzungen im Kriege als relativ gering ansehen und mit der notwendigen Verteidigung des Status Quo rechtfertigen. Der Frieden als Teil einer internationalen Dynamik, schien sich zumindest finanziell zu lohnen. Auf nationaler Ebene kann sich dieser Koalition kaum etwas entgegenstellen, aber der Guerilla, noch immer nicht komplett besiegt und nach den Menschenrechtsverletzungen der Armee mit international hohem moralischen Gewicht,⁸⁰ gelang eine eigene Koalition. Nach Orlando Blanco habe die Menschenrechtsbewegung 1996 zwei Strömungen gehabt, eine *mit engeren Beziehungen zur URNG* und die *Allianz gegen die Straflosigkeit, ACI, bei denen Ehemalige aber mit der URNG zerstrittene* und auch einige *unabhängige* Personen vertreten waren.⁸¹

„Aber viele aus der Menschenrechtsbewegung, ich würde sagen die Mehrheit (der führenden Persönlichkeiten), hatten (1996) eine direkte oder indirekte Verbindung zu Personen der URNG.“

Diese Beobachtung wird auch von Carlos Barreda gestützt, der während der Friedensverhandlungen gesehen zu haben glaubte, welch' großen Einfluss die Guerilla in der angeblich neutralen ASC hatte, der Vereinigung der Zivilgesellschaft.⁸² Andere Gruppen in der ASC standen der URNG kritisch gegenüber. Eine ähnliche Konstellation dürfte auch bei COPMAGUA existiert haben, der Koordinationsinstanz der Maya-Organisationen. Die Guerilla bildete mit der Menschenrechts- und der Maya-Bewegung also keine Einheit, aber es existierte deutlicher Einfluss und funktionell war deren Arbeit allemal für die URNG. Das ist es, was eine Allianz ausmacht.

Während der Verhandlungen argumentierte die Guerilla mit den Transformationsthemen Menschenrechte und dem Schicksal der Maya-Völker, international sehr geförderte Problemfelder. Seit 1994 dann – den Konflikt in Chiapas vor Augen – war Guatemala für die internationalen Akteure noch einmal wichtiger geworden. Angesichts dieser Konstellation, passten sich die Streitkräfte zwar der neuen Lage an, die große Mehrheit der Offiziere sah die internatio-

⁷⁹ Jonas, 2000a: a.a.O. Anm. II/68. S. 110.

⁸⁰ Ebenda, Seite 121ff.

⁸¹ Interview mit Orlando Blanco, Menschenrechtsbewegung und Ex-URNG, 12.07.2005.

⁸² Interview mit Carlos Barreda, 21.02.2005. Unabhängige und Dissidenten der URNG wehren sich mitunter heftig gegen den Vorwurf einiger, Menschenrechte und URNG seien dasselbe. Dies behauptete ich mit meinen Worten ausdrücklich nicht.

nalen Akteure aber eher auf Seiten ihres Kriegsgegners. Dabei nutzt die URNG auch eine intern günstige Konjunktur. Unter dem Einfluss der internationalen Akteure waren nämlich schon 1991 Gruppen an der Regierung beteiligt worden, die ihre eigenen Transformationswünsche hegten und trotz ihrer Schwäche, mit UNO und der internationalen Gemeinschaft als Hebel, die Friedensverhandlungen ausnutzten, um maximale Zugeständnisse von den traditionellen Mächten des Landes zu erzielen – dem Militär und den Unternehmern. Von anhaltenden Skandalen um Menschenrechtsverletzungen getrieben, hatte sich an der Spitze der Armee außerdem gleichzeitig eine Offiziersgruppe herausgebildet, die nach Jahren der Verhandlungen zur Frieden und Transformation der Dynamik beitrug.

Armee, Unternehmer und die ihnen angegliederte politische Klasse waren auf der einen Seite. Guerilla, Menschenrechtsbewegung und Mayas waren auf der anderen – dazwischen als Hebel und Scharnier, eine Gruppe von Modernisierern in Schlüsselpositionen, die Medien und die internationale Gemeinschaft. Natürlich ist dies ein stark vereinfachtes Bild, sind doch die internationalen Interessen sehr unterschiedlich. Nichtsdestoweniger besteht darin die Konstellation der Akteure zum Friedensprozess und ihren Inhalten.

Einmal von den Regierungen abgesehen, in Militär, Privatsektor und einem erheblichen Teil der Bevölkerung schien der wahrgenommene militärische Sieg den Status Quo und seine Werte eher zu bestätigen. Für José Daniel Giupponi von der UNO-Mission ist der Kongress und die Gesellschaft überhaupt in den Köpfen militarisiert, auch wenn die Institutionen teils abgebaut wurden.⁸³ Der Armee war es aus ihrer Sicht gelungen, mit ihren Methoden, Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten. Abseits der Friedensdynamik überlebten insofern autoritäre illiberale Gesellschaftsvorstellungen, die der rechtsstaatlichen Rolle der Justiz und damit den bürgerlichen Freiheitsrechten sowie der effektiven Regierungsgewalt – Kernbereichen der Demokratie – entgegenstanden. Warum die Vergangenheit aufarbeiten, wenn nur wenig passiert war und dies in historischer Perspektive auch noch gerechtfertigt zu sein schien? Warum über den Frieden transformieren, wenn doch eigentlich nur der politische Gegner dahinterzustehen schien, der zudem eigentlich besiegt worden war? Dies sind typische Denkmuster aus den Kreisen der traditionellen Eliten. 1996 – in der Dynamik dieses Jahres werden solche Vorstellungen aktiv kaum vertreten. Aber existent waren sie zu dieser Zeit. Den unterzeichneten Friedensverträgen wohnten insofern ein kultureller Wandel inne, der nicht einmal von allen Unterzeichnern so erschlossen wurde und noch weniger einem Gefühl der Mehrheit der Bevölkerung entsprach. Die Praxis musste jetzt darüber entscheiden, ob diesem Wandel eine Chance gegeben würde.

⁸³ Interview mit José Daniel *Giupponi*, Offizier aus Uruguay und bei MINUGUA verantwortlich für das Militär-Thema. 09.09.2004.

VI. Vergangenheitspolitik im Prozess der Demokratisierung

Damit sind wir nun bei der zentralen Forschungsfrage angelangt. In welchem Verhältnis stand die VP zu anderen wichtigen Politiken, vor allem der Militär-, der Sicherheits- und Justizpolitik. Und welche Folgen hatten die Aktionen, Reaktionen und Interaktionen in diesem Komplex für die Demokratisierung?

Nach dem Vorbild des Policy Circle müssten jetzt die Regierungsaktivitäten zum Politikfeld VP den roten Faden der politischen Dynamik bilden. Aber erinnern wir uns, in Guatemala betreibt nicht nur die Regierung eine solche Politik. Neben ihr erscheinen soziale Organisationen als handelnde Akteure. Und schließlich müsste eigentlich auch die Justiz, ihre Unabhängigkeit vorausgesetzt, gesondert behandelt werden. Wer hier agiert oder auch nur reagiert, dies lässt sich meines Erachtens nur darstellen, wenn der Politik-Zirkel immer wieder mal angehalten wird, um einzelne Teile genauer beleuchten zu können. Es muss zuerst das Material präsentiert werden, welches dann – einmal analysiert – in stringenteren Zusammenhängen dargestellt werden kann. Im Folgenden werden darum mehrere Mosaiksteine des bereits gedachten Zirkels in lockerer Verbindung zueinander präsentiert.

Für die Jahre 1996 bis 1999 möchte ich die Dynamik in vier Etappen unterscheiden. Manchmal werden dabei Zusammenhänge erkennbar werden, in anderen Fällen scheinen die Politikfelder parallel unabhängige Wege zu gehen. Die allererste Etappe spielt sich in einem ganz klar zu unterscheidenden Zeitraum ab, dem Jahr 1996, das letzte Jahr der Friedensverhandlungen und gleichzeitig das erste der Regierung Arzú.

1. 1996: Faktor Vergangenheit im Brennglas des Friedens

Nach dem Kapitel zu den Friedensverhandlungen sind wir nun zum zweiten Mal in das Jahr 1996 vorgedrungen.¹ Diesmal aber geht es um die Dynamik innerhalb des politischen Systems, parallel zu den Verhandlungen. Als Kandidat der als Unternehmer-nah geltenden Partei PAN hatte Arzú vor allem die Modernisierung und Entwicklung des Landes in den Mittelpunkt seines Wahlkampfes gestellt. Der Frieden war ihm eher nebensächlich, die Gewalt des Krieges wurde von den großen Parteien gar nicht angesprochen.² Sein Sieg gegen den FRG, eine Partei, die politische Protagonisten der Zeit vor der Transition repräsentierte, fiel nur sehr knapp aus und basierte hauptsächlich auf einer deutlichen Mehrheit in der Hauptstadt. Noch vor dem zweiten und entscheidenden Wahlgang aber – das wurde bereits zuvor beschrieben – wandelte sich das Panorama insgeheim. Fernab des Wahlkampfgetöses hatte jetzt der Frieden Priorität. Es ist wohl dieser Entscheidung zu verdanken, dass in die neue Regierung auch Personen aufgenommen wurden, die Jahre zuvor

¹ Vergleiche Kapitel II/5. Der innenpolitische Aspekt des Jahres 1996 wurde aus Behandlung der Friedensverträge in Kapitel III abgetrennt, weil er in einer eigenen Logik steht.

² Interview mit Francisco *Beltranena*, 1995 im PAN-Wahlkampf aktiv. 02.12.2005.

noch der Guerilla nah gewesen waren. Victor Gálvez vom Forschungsinstitut FLACSO sieht diese Linke in der rechten Regierung als *funktional*. Sie garantierte während der Verhandlungen mehr Glaubwürdigkeit vor der Guerilla und den internationalen Geldgebern.³

1.1. Die Haltung der neuen Regierung zur Vergangenheit

Woran mag es gelegen haben, dass diese Linke gemeinsam mit der konservativen Mehrheit der Regierung das Thema der vergangenen Gewalt so skeptisch betrachtete? Die Basis dafür ist zunächst einmal die Geschichtsvision. Auf der Suche nach Grundüberzeugungen der Regierung Arzú, die deren Haltung zur vergangenen Gewalt erhellen, fragte ich Gustavo Porras nach den ihn prägenden Erfahrungen. In mehreren Interviews erlaubt Porras, ehemals selbst Mitglied der URNG und der Mann über dessen Schreibtisch im Präsidialamt viele wesentliche Regierungsgeschäfte gingen, einen Einblick in seine Gedankenwelt. Mir scheint, sein Denken zur VP basiert im Wesentlichen auf dem Versuch, eine Erklärung für das Gelebte zu finden.⁴

„Schon während der Offensive der Armee, 1981, da merkte ich es. Was da passierte, das war wie eine Tragödie im Sinne der Griechen. Es waren Kräfte freigesetzt worden, ... die beinahe automatisch zu einem tragischen Ende führten. Ich habe das mit meinen Kameraden (damals) während der Nächte analysiert. Was da vonstatten ging, das war eine fatale Reaktion auf unsere Aktionen. ... Die Strategie des EGP war ein Irrtum... Die Armee hatte keinen anderen Weg, die Guerilla zu schlagen. (Wir) hatten kleine Einheiten, die aus der Dunkelheit angriffen, ... da beginnt man (als Armee) ins Leere zu schlagen.“⁵

Porras sieht die eigene Verantwortung in der Unausweichlichkeit. Eventuelle Gefühle von Betroffenheit werden vom dominierenden Wissen um die Komplexität zugedeckt. Wie viele Kabinettsmitglieder erkennt er den Vorwurf, die Armee hätte einen schmutzigen Krieg geführt, nicht an:

„Clausewitz (ein Militärstrategie aus dem historischen Preußen) hat einmal gesagt, der General der am Blut sparen will, der wird es mehr vergießen. ... Es ist absurd von schmutzigen Kriegen zu sprechen, das klingt, als ob es saubere Kriege gäbe.“⁶

In einem anderen Gespräch dreht Porras die Richtung. *Weil es keine sauberen Kriege gibt, kann es auch keine schmutzigen geben*, heißt es dann. Mit dieser Geschichtsvision im Hinterkopf tritt Porras dann in eine Regierung ein, die das erklärte Ziel hat, den Frieden *innerhalb eines Jahres* zu erreichen und den Staat zudem *realistisch*, also unter Beachtung der *realen Machtverhältnisse*,

³ Interview mit Victor Gálvez, 14.12.2005. Ähnlich der Soziologe Edelberto Torres Rivas, 15.02.05, und Helen Mack, Stiftung Myrna Mack, 13.09.05.

⁴ Gustavo Porras: 15.06, 05.09, 12.09.05 und 04.04.07. Zu Grundüberzeugungen, s. Kap. III/5.7.

⁵ Interview mit Gustavo Porras, 04.04.2007.

⁶ Interview mit Gustavo Porras, 04.04.07. Auch Arabella Castro (04.03.05) und Raquel Zelaya, Ex COPAZ (17.06.05), lehnen in diesem Sinne die historische Verurteilung des *schmutzigen Kriegen* ab.

zu transformieren. Die vielfachen Staatsaufgaben scheinen dann als zweites Schlüsselerlebnis sein Denken zum Umgang mit der Gewalt geformt zu haben:

„Arzú war niemals für oder gegen die Militärs, aber wenn sie an der Spitze des Staates sind, dann erscheint etwas, was sie niemals vorher erlebt haben, eine Beziehung mit einem fundamentalen Bestandteil des Staates, auf den man nicht verzichten kann. Die Armee ist keine kleine Sache. ... Wenn sie die Logik des Staates in sich aufgenommen haben, dann sehen sie die Sache anders. Was sie dann am meisten interessiert, das ist, eine gute Beziehung bewahren und (für die Probleme) den harmonischsten Ausweg finden, der möglich ist. Sie können nicht einfach die Armee an die Wand drücken (und dann) selber steckenbleiben.“⁷

So weigerte sich Arzú beispielsweise in den ersten Tagen seiner Amtszeit, in den Präsidentenpalast zu ziehen. Damit habe er Kontrolle durch den EMP vermeiden wollen, der Militäreinheit, die dem Präsidenten zugeordnet war.⁸ Um Regierbarkeit bemüht, erschien das Militär aber dann doch als Stütze, nicht nur, aber vor allem im Kampf gegen die steigende Kriminalität. *Uns ängstigte an der Vergangenheit all' das*, sagt Porras in diesem Kontext, *was uns hindern würde, in die Zukunft zu gelangen.*⁹

Geschichtsvision und Staatsraison, die beiden Faktoren engten den Spielraum der VP erheblich ein. Diese lange Herleitung aus den Porras-Interviews gibt ausreichende Elemente. Vergangenheitspolitische Maßnahmen scheinen in der Regierung Arzú schon ganz zu Anfang auf ein Unwohlsein gestoßen zu sein, allein die Idee stand dem Weltbild der Eliten aus Unternehmern und Militärs entgegen. Die tatsächliche Haltung zur VP wurden dann aber einem Kalkül unterworfen, in dem Rücksichtnahmen dominierten: auf das Militär, die Gruppe der befreundeten Nationen und ihretwegen auch auf die Menschenrechtsbewegung. Es galt, die vergangenheitspolitische Lösung zu finden, die (a) das Abkommen zur Wahrheitskommission respektierte und sowohl (b) das Militär und damit die Stabilität des Staates zu befriedigen wusste, (c) als auch gleichzeitig die Menschenrechtsbewegung – wurde doch deren Zustimmung als nötig gesehen, um (d) die internationalen Akteure zur engen Kooperation mit Guatemala zu bewegen.¹⁰ Ob es eine solche Politik geben konnte?

1.2. Die COPREDEH und die Durchführung der Politik

Wie sah die Vergangenheitspolitik in der Praxis aus, die den Interessen einer konkreten Akteurskonstellation entsprach?

Erst einmal wurde sie überwiegend vertagt. Eine nachvollziehbare Entscheidung, denn die Friedensverhandlungen dauerten noch bis Ende 1996 an. Die Installation der bereits vereinbarten Wahrheitskommission und die noch zu verhandelnden Fragen von Wiedergutmachung und der Form der rechtlichen

⁷ Interview mit Gustavo Porras, Ex Präsidentsamt und Friedenskommission, 05.09.2005.

⁸ So schreibt Sieder, 2002: a.a.O. Anm. IV/7. S. 13.

⁹ Interview mit Gustavo Porras, 12.09.2005.

¹⁰ Ganz am Rande bemerkt: Bei Porras scheinen sich Kalkül und politische Ziele eng der Geschichtsvision anzupassen.

Aufarbeitung – irgendwo zwischen Amnestie und Justiz – waren natürlich an die letztendliche Unterschrift gebunden. Die Regierung begrenzte sich also zunächst darauf, ein weiteres in die Zukunft weisendes Signal des Wandels abzugeben. Auf ihr Bitten wurde im Kongress die interamerikanische Konvention gegen Zwangsverschleppung verabschiedet. Nur das Militär hatte sich im Vorfeld dagegen ausgesprochen, ein solches Dekret schon vor der Unterzeichnung des Friedens in Kraft treten zu lassen.¹¹ Tatsächlich wurde das Abkommen mit der Entscheidung im Kongress zwar demonstrativ ratifiziert, trat aber letztlich nicht einmal nach dem Frieden in Kraft, weil das Dekret danach einfach nicht im Amtsblatt veröffentlicht und hinterlegt wurde. Darauf wies die UNO-Mission – Jahre später – gegen Ende der Regierung Arzú hin.¹²

Vergangenheitspolitische Maßnahmen haben darüber hinaus aber auch in der präsidentialen Menschenrechtskommission, COPREDEH, eine Rolle gespielt. Zwei Absichten scheinen damit verbunden gewesen zu sein: (a) den internationalen Akteuren zu zeigen, dass sich das Land wandelt und (b) diesen Prozess des Wandels nach innen möglichst wenig konfliktiv zu begleiten. *Mir war klar*, sagt Altolaquirre, die damalige Beauftragte, dass der *Prozess in Guatemala progressiv sein musste* und dass der Wandel *nicht zu schnell und von einem Tag auf den anderen* kommen könne. Schließlich war die Kommission zuvor vom Militär kontrolliert.

*„Was wir (unter diesen Umständen) versuchten, das war aufzuzeigen, was das internationale Menschenrechtsthema überhaupt war. Wir druckten ... verpflichtende Abkommen, die Guatemala eingegangen war und verteilten sie am Obersten Gerichtshof und in der Generalstaatsanwaltschaft, das heißt, wir begannen einen Prozess der Bewusstseinsbildung.“*¹³

Die präsidentiale Menschenrechtskommission schrieb wie zuvor Berichte für internationale Organisationen und engagierte sich in der Bewusstseinsbildung zugunsten von Frieden und Menschenrechten. Mit der Gründung der *Ombudsstelle für Indigene-Frauen* setzte Altolaquirre neue Akzente für die Emanzipation indigener Völker.¹⁴ Zudem begleiteten sie und ihr Team Menschenrechtsfälle, die aufgrund der mutmaßlichen Rechtsverweigerung im Lande vor dem interamerikanischen Rechtssystem aufgetaucht waren. Und das alles mit einem Budget von jährlich nur drei Millionen Quetzales, umgerechnet 300.000 Euro.¹⁵ Schnell wird klar, die COPREDEH fügte sich mit ihrer Arbeit im Prinzip in den zuvor beschriebenen Rahmen ein.

Einige Initiativen gingen an die Grenze des Möglichen. Innerhalb der Regierung setzte sich die COPREDEH für eine schnelle Entwaffnung der paramilitärischen PAC ein – eben noch vor dem Abschluss der Friedensverhandlungen. Und als eine Entführung von Seiten der URNG den Friedensprozess und damit

¹¹ Dekret 18-96 vom 28.3.1996. Die schriftliche Empfehlung der Streitkräfte liegt mir vor.

¹² *MINUGUA*: La Desaparición Forzada. Suplemento al 10. Informe sobre Derechos Humanos de MINUGUA. Guatemala, Januar 2000. Dokument A/54/688. Ziffer 25.

¹³ Interview mit Marta *Altolaquirre*, COPREDEH-Chefin der Regierung Arzú, 12.09.2005.

¹⁴ Ombudsstelle für Indigene Frauen im spanischen Original: *Defensoría de la Mujer Maya*.

¹⁵ Die Finanznot der Kommission war so dramatisch, dass – so Altolaquirre – Mitarbeiter mitunter Geld spendeten, z. B. im Fall mehrerer Frauen, die ihren gewalttätigen Ehemännern entkommen wollten.

auch die Auflösung der PAC zu stoppen schien, versuchte Altolaguirre per Brief den Verteidigungsminister vom Gegenteil zu überzeugen. Und dann bekamen zwei Mitarbeiter – die ersten überhaupt – den Auftrag, nach dem Schicksal Verschwundener zu forschen. In mehr als 3 Jahren gelang es ihnen den Verbleib von etwa 200 der Zehntausenden von Verschwundenen zu klären, die meisten waren tot. Zum Thema der Wiedergutmachung wurde versucht, Probleme vor auszudenken. Cruz Munguía, ein ehemaliger Mitarbeiter:

*„Wir mussten überlegen, wie wir den laufenden und kommenden **Exhumierungen** Raum geben konnten, **ohne** dass die **sofort Forderungen nach Prozessen** (vom Autor betont) nach sich ziehen würde..., weil wenn Du den Frieden unterzeichnest und schon morgen wird eine Anklage gegen einen Militär präsentiert, dann schafft man Spannung.“¹⁶*

Das klingt dann doch so, als ob sich Altolaguirre an den von Porras beschriebenen Rahmen gehalten habe. Nach eigenen Angaben versuchte sie dennoch vor dem interamerikanischen Rechtssystem, den Staat jetzt mit vernünftigen und konstruktiven Argumenten zu verteidigen. Tatsächlich gelang ihr in einem Verfahren die erste gütliche Einigung, noch bevor der Fall vor Gericht verhandelt wurde,¹⁷ ein Präzedenzfall für die kommenden Regierungen. An den Aktivitäten wird klar, wie eng der Spielraum der COPREDEH noch immer war, aber nicht nur dort. Ein Zwischenfall nach Abschluss der Friedensverträge entwirft dann doch ein bezeichnendes Licht. Die Unterzeichnung scheint an der Richtung der VP nämlich erst einmal wenig geändert zu haben.

Nach Angaben der UNO-Mission, MINUGUA, war bereits im Jahre 1992 nach einem Gefecht der Guerilla-Kommandant Efraín Bámaca gefangen genommen worden. Verschiedene Militär-Einheiten hätten ihn anschließend mit dem Ziel gefoltert, Information über die Aufständischen zu erlangen. Später dann habe man ihn umgebracht. Das Militär selbst leugnet diese Vision. In den Jahren 1995 und 1996 versuchten zivile Organisationen und Justiz über Monate, seinen Körper am vermuteten Ort zu bergen, um ihn exhumieren zu können. Armee-Anwälte und hohe Regierungsbeamte verhinderten dies aber mehrfach in letzter Sekunde. Dieser voraussichtlich peinliche Fall wurde so denn auch vor dem Interamerikanischen Menschenrechtssystem, CIDH, besprochen. Altolaguirre erzählt, sie habe sich innerhalb der Regierung dafür ausgesprochen, die institutionelle Verantwortung anzuerkennen, aber der *Präsident bat mich*, zu einer vorbereitenden Sitzung mit Justiz und Armee:

„Nach einiger Zeit kamen sie dann zusammen in den Salon, der (Justiz-) Prokurator, eingerahmt vom Verteidigungsminister und dem Chef des Generalstabs. Die hatten ihre Haltung mir gegenüber schon zuvor abgesprochen. ... Auch mehrere Geheimdienstoffiziere saßen mir gegenüber. ... ‚Warum sollen wir die institutionelle Verantwortung anerkennen, wenn da die Leiche begraben liegt‘, hieß es dann. Und ich, ‚aber wenn das die Leiche ist, warum erlauben sie dann die Exhumierung nicht‘. ‚Ich weiß, dass ihr an seiner statt eine andere Person erschossen und dort beerdigt

¹⁶ Interview mit Cruz Munguía, Ex COPREDEH, 20.07.2005.

¹⁷ Die CIDH (spanisch: *Comisión/Corte Interamericana de Derechos Humanos*) besteht aus einem Gerichtshof und einer vorausarbeitenden Kommission.

*habt.' In diesem Rahmen machte mir Minister Barrios den Kommentar, dass man mich als Feind der Armee betrachte.*¹⁸

Auch wenn vor den internationalen Gremien für ihre Arbeit anerkannt, vor der oppositionell orientierten Zivilgesellschaft fand die Arbeit der COPREDEH keine Zustimmung. Tatsächlich standen deren Anliegen ja auch nicht im Zentrum der Politik der Kommission. Sogar im staatlichen, wenn auch regierungsunabhängigen Menschenrechtsbüro, PDH, wurde die Präsidialkommission jener Zeit weiter als vom Militär kontrolliert gesehen.¹⁹ In der Regierung und zum Militär blieb die Kommission ebenso isoliert. Ob aufgrund ihrer Haltung zum Militär oder ihrer leichten Öffnung zum Umgang mit der Vergangenheit wegen, die COPREDEH unter Altolaquirre war die bislang einzige, die keinen Zutritt zu den Kabinettsitzungen hatte. Ihr Budget blieb extrem gering und nachdem sie in einer Zeremonie zur Abgabe der Waffen die anwesenden Paramilitärs als Menschenrechtsverletzer einstufte, da begann kurz darauf eine Serie von Einschüchterungen. Meist kamen derartige Anrufe für sie, *oftmals obszöne*, über ihre exklusive Telefonlinie, von der nur *enge Mitarbeiter* und wohl der *militärische Geheimdienst* wussten, erzählt Altolaquirre. Mit ihrer Kritik an der historischen Rolle von PAC und Militär war sie augenscheinlich über die von Porras genannte Linie hinausgegangen. In einem internen Brief, nur sechs Monate nach ihrer Berufung, heißt es bereits:

*„Der mangelnde Wille der Funktionäre (zur Arbeit der COPREDEH) beizutragen ist offensichtlich... Auch mit der Generalstaatsanwaltschaft existiert die nötige Beziehung nicht... Die Haltung des Verteidigungsministeriums auf die Bitte um Information ist konstanter Widerstand... Die COPREDEH arbeitet insofern gegen die institutionelle Linie.“*²⁰

Die institutionelle Linie, das heißt hier also, keine Thematisierung der Vergangenheit, die das Militär diskreditieren könnte. Jene, die davon abweichen, die können keine Hilfe erwarten, auch nicht im Falle von Bedrohungen.

1.3. Die (Un-) Sicherheitsfalle (1996)

Das vom eigenen Erleben dominierte Geschichtsbild der Regierenden prägte deren Umgang mit der Vergangenheit. Aber – wie bereits Gustavo Porras indirekt klar machte – das Politikfeld der Sicherheitspolitik spielte auch eine nicht unwichtige Rolle.

In dem Maße, wie die Ineffizienz des zivilen Systems der Sicherheit nämlich immer wieder das Eingreifen des Militärs nach sich zog, was dann wiederum den Ausbau von Polizei und zivilem Geheimdienst bremste, entwickelte sie Langzeitwirkungen, die der VP permanent entgegenstanden. Dies ist eine Perspektive, also die Konsequenzen der Sicherheitspolitik für den staatlichen Umgang mit der Vergangenheit (VP), mit der ich mich dem Verhältnis von

¹⁸ Interview mit Marta *Altolaquirre*, 21.07.2005.

¹⁹ Interview mit Ricardo *Alvarado*, Ex PDH und zeitweise COPREDEH-Chef in der Regierung Portillo (15.07.05). PDH steht für das Spanische *Procuraduría de Derechos Humanos*.

²⁰ Aus einem Brief der COPREDEH, der hier nicht weiter spezifiziert wird, um den Empfänger nicht nennen zu müssen. Das Schreiben liegt dem Autor als Kopie vor.

Sicherheit und Vergangenheit annähern will. Dabei reicht die Information nicht aus, dass die Unsicherheit ein prioritäres Problem darstellte und das Militär darum nicht provoziert werden sollte. Man muss tiefer gehen und die Dynamiken ausbreiten. Mindestens ebenso bedeutend ist andererseits die umgekehrt formulierte Perspektive, geht es doch in dieser Studie zur VP in seinen Folgen für den *Prozess der Demokratisierung*. Welche Auswirkungen hatte also der Umgang mit der Vergangenheit für Sicherheit und Sicherheitspolitik? Vier Annahmen spielen hier eine Rolle, die von Gegnern der VP immer wieder formuliert werden: Die Drohung mit der justiziellen Aufarbeitung habe (a) die parallelen Mächte und ihre Strukturen der Straflosigkeit gestärkt, (b) deren Bekämpfung erschwert sowie (c) die Kriminalität deutlich erhöht.²¹ Und letztlich klingt auch die Vermutung logisch, (d) das Militär habe der VP wegen, die Kontrolle über die innere Sicherheit nicht aufgeben wollen.

Beantworten kann ich diese Fragen allein in diesem Abschnitt nicht, aber fortan sollen – soweit vorhanden – Elemente gesammelt werden, die Auskunft darüber geben, warum das Militär in der öffentlichen Sicherheit aktiv blieb und welche Dynamiken und Strukturen die Straflosigkeit stärken. Daraus lässt sich dann leichter die Rolle der VP ableiten. Zunächst also wollen wir unseren Blick in die Geschichte, aus Kapitel IV, um einige Aspekte erweitern.

Die vorherrschende Idee von der Sicherheit ist aus den Denkschemata des Aufstandsbekämpfungsstaates abzuleiten. Repression, ob präventiv oder nachträglich, garantiere Sicherheit. Im Rahmen dessen beteiligte sich noch in den 80ern die Polizei (PN) systematisch an Folterungen, unternahm Zwangverschleppungen und extralegalen Hinrichtungen. Autonom handelte sie dabei nicht. Einem Instrument gleich, war sie in ein System eingebunden, das meist vom militärischen Geheimdienst geleitet wurde.²²

Seit der ersten demokratischen Regierung unter Präsident Cerezo wird das System öffentlicher Sicherheit zu reformieren versucht, aber nach jedem Versuch folgte eine Reaktion.²³ Ein ähnlich vorsichtiges Auf und Ab gab es bei der Polizei. Prioritär war für die Akteure die Frage, wer sie kontrollierte. Um Demokratie ging es dabei weniger. Entsprechend wurde die Polizei mal mehr und mal weniger in den Rahmen der Aufstandsbekämpfung eingegliedert und war mehr oder weniger unter Kontrolle der Armee. Nach Glebbeek blieb somit

²¹ In Guatemala sprechen die Einen von (a) parallelen Mächten (*poderes paralelos*) und ihren (b) Strukturen der Straflosigkeit, die Anderen sprechen von (a) verdeckten oder verborgenen Mächten (*poderes ocultos*) und von (b) verdeckten Gruppen. Der jeweils erste Begriff bezieht sich auf Individuen mit Macht, die sich in informellen oder amorphen Netzwerken zusammenfinden und sich mit Hilfe ihrer Verbindungen im öffentlichen Sektor illegal zu bereichern. Ihre Macht geht so weit, dass sie auch Staatsbeamte, die ihre Interessen bedrohen, angreifen können. Die Stiftung Myrna Mack bezeichnet damit illegale Kräfte, die seit Jahrzehnten existieren und – mal mehr mal weniger – reale Macht in paralleler Form, im Schatten der formellen Macht des Staates ausüben. In der Regel handelt es sich dabei um ehemalige Funktionäre des Staates oder Unternehmer. Bei der zweite Begriffsgruppe handelt es sich um diejenigen bewaffneten Strukturen, die für ihre Auftraggeber die schmutzige Arbeit leisten. Ihre Mitglieder sind oftmals ehemalige oder aktive Polizisten und Militärs. Aus: *Peacock, Susan C / Beltrán, Adriana: Poderes ocultos en la Guatemala post conflicto*. WOLA. Guatemala o.J. S. 5-7.

²² *Glebbeek*: a.a.O. Anm. IV/29. S. 79.

²³ Erste Informationen dazu, siehe in Kapitel III. Siehe auch: *De León Escribano, Carmen Rosa: Guatemala*, in: IEPADES: Inteligencia Policial. Cuadernos de IEPADES, No. 1. Guatemala, August 2000. SAE kommt aus dem Spanischen: *Secretaría de Análisis Estratégico*.

ihr militärischer Charakter bestehen, ebenso aber auch ihre Ineffizienz gegen die wachsende Kriminalität. Immer wieder habe man versucht, über soziale Säuberungen gegen Straßenkinder und Kriminelle mit den Methoden des Krieges dem gewöhnlichen Verbrechen Herr zu werden. Das Militär habe seit 1986 zudem jeden Versuch einer zivilen PN blockiert, *manchmal subtil und in anderen Fällen direkt*. 1995 gab es dann 13.000 Polizisten, *repressiv* und so gering bezahlt, dass Korruption zu ihrem alltäglichen Überleben beitrug. *Kaum jemand*, sagt Glebbeek nach eigener Beobachtung, habe damals *ein gewisses Maß an Korruption als verwerflich* gesehen.²⁴ Damit also sind wir nun zum dritten Mal an der Jahreswende 1995/96 angelangt. Welche Faktoren haben den Verlauf der Politik zur öffentlichen Sicherheit in Guatemala beeinflusst? Rodolfo Mendoza, Innenminister der Regierung, sah die Lage der Sicherheit als prekär an:

*„Der militärische Geheimdienst war zum Problem für das Land geworden, es gab sogar Verbindungen zum organisierten Verbrechen... Ein Apparat ziviler Sicherheit war praktisch inexistent (und die Polizei viel zu klein und korrupt)... Wer das Land wirklich kontrollierte, das war die Armee, über ihre Präsenz im Lande und über die PAC. Dieser Apparat musste abgebaut werden. ... Wir wollten keine weitere zivile Regierung unter militärischer Kontrolle sein. Wir wollten regieren, tatsächlich.“*²⁵

Da hat Mendoza ihn schon ausgesprochen, den Willen um eigene *Kontrolle*. Darum – so sagt er – tauschten wir zu Anfang viele Offiziere aus und begannen kurz nach der Feuerpause der URNG, mit dem Abbau der PAC. Noch während der Kampagne hatte Arzú als Bewerber versprochen, die erdrückende Welle vor allem der Entführungen innerhalb von 180 Tagen zu bekämpfen²⁶ und sich damit selbst unter Druck gesetzt. Die Kultur der Repression abzuschaffen – oder wie Giupponi sagte, *die Militarisierung in den Köpfen*²⁷ der Menschen – war kein Thema. Schon während der Kampagne habe er mehrere Studien zur Sicherheitsreform durchgesehen, sagt Mendoza und sich schließlich für die Guardia Civil aus Spanien als Kooperationspartner entschieden:

*„Am meisten gefiel mir an ihr, dass sie eine Doktrin hatte ... viel hierarchischer als die anderen, vermutlich ihrer militärischen Vergangenheit wegen. Die Nationale Polizei in Spanien war im Vergleich viel lockerer. In Anbetracht der Situation im Lande sagte ich mir, das kann hier nicht funktionieren. Der (kulturelle) Sprung wäre viel zu groß.“*²⁸

Tatsächlich, wie unser Überblick in Kapitel V zeigt, eine Abkehr von autoritär-repressiven Sicherheitskonzepten hätte Mendoza auch in Kontrast zu den allgemeinen und sicherheitspolitischen Werten und Weltbildern der Eliten gebracht. Zumal diese erlebt hatten, wie jenes Grundkonzept die von ihnen empfundenen Probleme zu lösen in der Lage waren. Handlungsbedarf für eine

²⁴ Glebbeek: a.a.O. Anm. IV/29. S. 107-111, 172. Als Teil eines Projekts der internationalen Entwicklungszusammenarbeit arbeitete Glebbeek über mehrere Jahre inmitten der Polizei.

²⁵ Interview mit Rodolfo Mendoza, Innenminister der Regierung Arzú, 14.11.2005.

²⁶ Siehe Glebbeek: a.a.O. Anm. IV/29. S. 120.

²⁷ Interview mit José Daniel Giupponi, MINUGUA-Beauftragter zur Militärreform, 09.09.04.

²⁸ Interview mit Rodolfo Mendoza, 14.11.2005.

tiefgreifende Neuorientierung in der Sicherheitspolitik bestand aus ihrer Sicht nicht. Uneinig waren sich Militär und Privatsektor nur darin, wer die Kontrolle über das so wichtige Instrument haben sollte. Im Dezember 1995, vor der Wahl von Arzú, traf sich Mendoza mit dem spanischen Botschafter:

*„Bereits einen Tag nach dem Wahlsieg im Januar ruft mich dann der Botschafter an, wir treffen uns noch einmal und er sagt, das Programm ist bewilligt.“*²⁹

Mit dem Bewusstsein, sich *dringend beeilen zu müssen*, entließ Mendoza wenige Tage später dutzende mutmaßlich Korrupte aus der Polizeispitze und die erste Delegation der spanischen Polizei trifft ein – also noch im Februar 1996. Kurz darauf wird begonnen, die Polizeiakademie auf die Beine zu stellen. Der Prozess der Sicherheitsreform schuf Fakten, noch bevor das Thema bei den Friedensgesprächen behandelt wurde.³⁰

*„Aber noch im März, das Militär war gerade in den Kasernen zurück, die Auflösung der PAC war angekündigt worden (die Militärkommissare als eigentlicher Pol des alten Sicherheitssystems waren schon Monate vorher aufgelöst wurden) da merkten wir plötzlich, dass wir etwas nicht berücksichtigt hatten, das Land blieb ohne jede Sicherheit, von heute auf morgen war das Land total ungeschützt.“*³¹

Darum habe die Regierung mit dem Dekret 90-96 die Kooperation von Polizei und Militär erlaubt, fügt Mendoza hinzu. In der Praxis hieß das in dieser Zeit, dass oftmals nur ein Polizist eine angeblich gemischte Patrouille begleitete, die aus 10 Soldaten bestand. Später verbesserte sich das Verhältnis auf 1 zu 2.³² Die Kriminalitätsrate blieb aber in der Nähe des Rekordniveaus. Statt – wie versprochen – zu fallen, stieg die Zahl der Entführungen sogar noch einmal dramatisch an. Den Präsidenten wird dabei besonders getroffen haben, dass es seine natürliche Klientel war, der Unternehmensektor, der in erster Linie darunter litt. Das Geschehen in Guatemala gleicht damit dem in vielen Post-Konflikt-Gesellschaften. Staat und soziale Beziehungen werden in einem Moment neu strukturiert, in dem Mitglieder des Aufstandsbekämpfungssapparats ihre Beschäftigung verlieren, und dies mit Waffen und dem Wissen um Organisation.³³ Das schließt nicht aus, was Glebbeek von einem Offizier erfahren haben will. Einige Offiziere sorgten für Kriminalität *um die Menschen davon zu überzeugen, dass wir wichtig sind.*³⁴

Justizielle (strafrechtliche) Aufarbeitung der Vergangenheit sollte mit dieser Gewalt also wohl nicht behindert werden. Für die Chancen der VP scheint mir aber folgenreich, dass die Bevölkerung aufgrund der neuen Form der Gewalt Sofortaktionen forderte, ohne Ansehen ihrer Legalität. Denn, so der PNUD, diese *Rechtlosigkeit wird so zum Recht und untergräbt damit das Rechtsbe-*

²⁹ Interview mit Rodolfo Mendoza, 14.11.2005.

³⁰ Zur Erinnerung: Innenminister Mendoza war bei den Verhandlungen nicht vertreten.

³¹ Interview mit Rodolfo Mendoza, 14.11.2005.

³² Glebbeek: a.a.O. Anm. IV/29. S. 244.

³³ UNDP (spanisch: PNUD), 1998: a.a.O. Anm. IV/53. S. 156.

³⁴ Glebbeek: a.a.O. Anm. IV/29. S. 139.

*wusstsein.*³⁵ Mit anderen Worten stärkte die neue Gewalt die kulturelle Tendenz der Menschen, Sicherheit mit den gewohnten repressiven Maßnahmen zu erreichen, auch wenn diese – ebenso traditionell – vom Gesetz nicht abgedeckt waren. In einem Konflikt, in dem die Guerilla und ihre Basis zumeist als gewöhnliche Kriminelle tituliert wurden, schränkt dies automatisch auch die Empfänglichkeit für justizielle Aufarbeitung ein. In dieser Lage der Unsicherheit gab Arzú nach nur wenigen Monaten im Amt intern bekannt, die Entführungen mit Hilfe von Einheiten des EMP bekämpfen zu wollen. Porras:

*„Heute kann man das ja sagen (aber früher glaubten wir, dies verbergen zu müssen). Ich erinnere mich, wir hatten schon das sozio-ökonomische Abkommen unterschrieben. In einer Sitzung des politischen Kabinetts sagte Arzú, im Thema des Friedens läuft alles wunderbar, uns werden die Türen zur Welt geöffnet usw. Aber die Entführer machen uns das wieder zunichte. Es war aufgrund dieser Betrachtung, dass er entschied, den EMP einzubeziehen... 32 Entführerbanden wurden gefasst. Das wurde meines Wissens vom Geheimdienst des EMP vorbereitet.“*³⁶

Porras hinterlässt mit seinen Worten den Eindruck, als ob die neue Marschroute in einem spezifischen Moment vollzogen wurde, aber schon zuvor hatten einige Signale einen neuen Kurs angekündigt, der den noch laufenden Friedensverhandlungen entgegenlief. Nach nur zwei Monaten in der Regierung zog sich der SAE-Chef José Miguel Argueta nämlich aus seinem Amt zurück, weil der Einfluss des militärischen EMP auf die Geheimdienstarbeit der zivilen SAE angeblich immer weiter stieg.³⁷ Dazu der damalige Innenminister:

*„Während der Krise der vielen Entführungen zu Anfang hatten wir eine SAE, die nichts taugte (um die Krise zu bekämpfen). Ich wurde dann vom Präsidenten als neuer Chef ernannt und soll die Kontrolle übernehmen. Aber da wird EMP-Chef Espinosa wohl (aufgrund Mendozas starker Position im Kabinett) nervös geworden sein, ich würde die SAE zivil gestalten und wird dagegen mobilisiert haben, so denke ich. Denn eines Tages ruft der Präsident mich an und sagt, ich werde einen anderen Zivilisten zum Chef ernennen, Oscar Montoya. Als der zu viele Militärs aus der SAE raus haben will, da wird auch er entfernt.“*³⁸

Monate später übernahm dann mit Howard Yang ein Freund des Präsidenten das Amt, unter dem die SAE eine enge *Bruderschaft* mit dem EMP einging. Statt als Institution strategische Analysen zu erstellen, wie eigentlich vorgesehen, wurde sie in die akute Notlage, in den unmittelbaren Kampf gegen die Welle der Entführungen hineingezogen.³⁹ Als Ausdruck der alten Mentalität der Aufstandsbekämpfung hortete sie auch Daten zu Bürgern des Landes, die vom Militär überwacht wurden. Edgar Gutierrez, SAE-Chef der nachfolgenden Regierung:

³⁵ PNUD, 1998: a.a.O. Anm. IV/53. S. 156.

³⁶ Interview mit Gustavo Porras, 04.04.2007.

³⁷ De León, 2000: a.a.O. Anm. VI/23. S. 14.

³⁸ Interview mit Eduardo Mendoza, 14.11.2005.

³⁹ Interview mit Iduvina Hernández (09.11.2005), Ex URNG. Sie arbeitet zum Thema Sicherheit.

„Diese SAE (von Yang) war ein Deckmantel für den EMP. Das stellte ich fest als ich in der SAE 2000 eine große Datenbasis von Bürgern fand, die vom Militär überwacht wurden, nicht allein aus politischen Gründen.“⁴⁰

Mit dem Anti-Entführungskommando und dem Dekret 90-96, das die Zusammenarbeit zwischen Militär und Polizei auch in Sachen Geheimdienst wieder erlaubt, waren die Streitkräfte praktisch in einer Verantwortung, die sie gleichzeitig am Verhandlungstisch noch freiwillig abzulegen schienen. Entsprach das ihrer Absicht? Aber *nein*, sagt Porras. Oberkommando und Verteidigungsminister Balconi hätten tatsächlich die Konsequenzen aus der Vergangenheit ziehen wollen.⁴¹ Eine *automatische Verantwortung* für die innere Sicherheit war nicht mehr gewünscht. Demnach wären die wahrgenommene Notlage und die Effizienz des EMP-Chefs Espinosa für die Rückkehr des Militärs verantwortlich gewesen. Aber das hatte Konsequenzen:

(a) Auch wenn so nicht gewollt, eine Entscheidung für den Aufbau angeblich vorübergehender Strukturen bremste den Aufbau langfristiger. Nach Schirmer sei das Anti-Entführungskommando der Polizei zur gleichen Zeit nur mit einem Telefon und einem kaputten Auto ausgestattet gewesen.⁴² Das Militär behielt also zunächst seine herausragende Stellung, sowohl in Sachen Geheimdienst als auch bei Ermittlungen jedweder Art.

(b) Und: *Wegen der Entführungen hielt Arzú also gerade die Strukturen aufrecht*, so Ibarra, die für den Mord an Myrna Mack und viele andere außergerichtliche Hinrichtungen des Krieges *verantwortlich waren*.⁴³ Der EMP, vormals in schweren Menschenrechtsverletzungen aktiv, unterstützte die Regierung nämlich gerade in Fällen besonderer Bedeutung. Dieselbe Einheit, die federführend einen kriminellen Ring zu zerschlagen half, der systematisch Zolleinnahmen unterschlagen und geschmuggelt hatte – ein Fall erster Priorität für die Regierung –, die bearbeitete auch den Entführungsfall Novella.⁴⁴ Sie erarbeitete Information und war für die Operation verantwortlich, bei der auch ein gefangener Guerillero spurlos verschwand. MINUGUA wirft der Regierung in diesem Fall „Mincho“ vor, nicht dazu beigetragen zu haben, die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zu stützen. Man leugnete gar, vom Verschwinden Mincho's gewusst zu haben.⁴⁵ Die enge sicherheitspolitische Kooperation war also prädestiniert, Regierung und Armee zusammenschweißen – in Sachen aktueller und vielleicht auch ehemaliger Menschenrechtsverletzungen.

Zwei der Annahmen über das Verhältnis von Sicherheits- und Vergangenheitspolitik scheinen zum jetzigen Zeitpunkt unwahrscheinlich. Schutz vor strafrechtlicher Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen im Kriege war wohl weder eine Ursache für die Welle der Kriminalität noch vorrangig für das Engagement in der inneren Sicherheit.

⁴⁰ Interview (per E-Mail) mit Edgar *Gutierrez*, 05.04.2007. Nach Zeitungsberichten waren es 650.000.

⁴¹ Interviews mit *Porras*, 15.06. und 12.09.2005. Mehrere Gesprächspartner bestätigen dies sogar noch für Balconis Nachfolger, *Barrios Celada*.

⁴² *Schirmer*: a.a.O. Anm. III/24. S. 437.

⁴³ Interview mit Carmen Aida *Ibarra* von der Stiftung Myrna Mack, 23.09.2005.

⁴⁴ Interview mit Gustavo *Porras*, 04.04.2007. Als *Fall Moreno* wurde der Skandal bekannt.

⁴⁵ *MINUGUA*: 7. Informe de Verificación de los Derechos Humanos. A/52/220. Guatemala 1997. Z. 31.

1.4. Die Opposition und die Rolle der Vergangenheit

Lassen Sie mich die Dynamik um VP und Demokratie um einen weiteren Faktor erweitern. Geleitet von ihrem Geschichtsbild und einem Interessengemeinge, das den Frieden als Basis für die sozio-ökonomische Entwicklung und politische Transformation wahrnahm und die Unsicherheit als deren größte Bedrohung, trat die Regierung in Sachen VP auf die Bremse. Nur die regierungsunabhängige PDH oder auch die COPREDEH wichen mehr oder weniger von dieser Linie ab. Aber die parlamentarische und außerparlamentarische Opposition, weitere Akteure, die hatten eigene Vorstellungen. Helen Mack:

„Seit dem Abkommen zur Wahrheitskommission (laut dem der Bericht keine individuelle Verantwortung feststellen darf) wurde allgemein angenommen, dass jetzt auch die Amnestie kommen werde. Das war in der Praxis damals die Tendenz in ganz Lateinamerika. Und auch Beteta (der verurteilte materielle Mörder von Myrna), beginnt zu sagen, dass er raus wolle, eine Amnestie wolle. Ab da begann meine Geschichte zum Thema der Amnestie... Die Strafflosigkeit hatte auf mich psychologisch und emotionell einen tiefen Eindruck hinterlassen... Die Anstrengung (Beteta zu verurteilen) war titanisch gewesen, so sagte ich mir: ‚Ich werde die Amnestie bis zu den letzten Konsequenzen bekämpfen.‘“⁴⁶

Im Juni 1996 gründeten die Stiftung Mack und sieben weitere Organisationen die sogenannte Allianz gegen die Strafflosigkeit, ACI.⁴⁷ Zwei Monate später legte sie Regierung und URNG einen Vorschlag für die Wiedereingliederung der Guerilla vor, der sich am Konzept der Verbrechen gegen die Menschlichkeit orientierte. Dann begann die Lobby-Arbeit. *Drei bis vier Mal fuhren wir danach zu den Guerilla-Kommandanten nach Mexiko,* erzählt Helen Mack.⁴⁸

Eine andere Strömung reagierte weniger. Sie verfolgte langfristige Ziele, die sich in frühere Ideen einer Vergangenheitsarbeit einpassten, mit der alte Akteure geschädigt und so die Demokratie gewonnen würde. Orlando Blanco:

„(Wir wollten das Land demokratisieren) indem wir die Armee und die Regierung abzunutzen versuchten und das als Teil einer viel weiteren Strategie die darin bestand, dem Frieden den Weg zu bereiten und auf das Kräfteverhältnis im Rahmen der Verhandlungen einzuwirken.“⁴⁹

Ohne das große Bedürfnis nach Gerechtigkeit zu ignorieren, das viele in den Organisationen bewegte, so musste diese breite Gesamtausrichtung dennoch Folgen für die Form haben, in der die vergangene Gewalt angesprochen und von den Adressaten verstanden wurde. Während die Regierung die Armee als für die Transformation unabdingbar einstufte, sahen viele soziale Organisationen den Wirkungszusammenhang genau anders herum. Demokratisierung bedeute, die Gesellschaft weiter zu demilitarisieren. Das Hauptgegenargument von Porras, die Lage der Kriminalität, konnte bei der Opposition kaum wirken. Hatten sie doch in ihrem eigenen Leben gerade die Armee als Hauptquelle der

⁴⁶ Interview mit Helen Mack, Stiftung Myrna Mack, 05.07.2005.

⁴⁷ ACI steht für das spanische Original, *Alianza contra la Impunidad*.

⁴⁸ Interview mit Helen Mack, 05.07.2005.

⁴⁹ Interview mit Orlando Blanco, Ex URNG, Menschenrechtsbewegung, 12.07.2005.

eigenen Unsicherheit kennengelernt. Auch die Bedeutung des Friedens sahen sie unterschiedlich. Für die Einen ging es hier darum, in einen quasi evolutionären Prozess einzusteigen, über den der Staat auf der Basis des Friedens mit Hilfe der zivilgesellschaftlichen Organisationen reformiert werden konnte. Andere verstanden den Frieden an sich als eine friedliche Transformation, deren Gültigkeit anschließend eingefordert werden musste. Noch einmal Blanco:

*„Die Friedensverträge wollten über die Reform des Staates den eigentlichen Wandel suchen ... (Unsere Haltung liegt in der Natur der Menschenrechte). Ihre Sicht ist eine fundamental politische. Denn in der Orthodoxie der Menschenrechte ist der Staat der einzige Verletzer. Uns kommt dann die Rolle zu, die Einhaltung einzufordern und nicht etwa den Staat zu stärken. Den Staat als solchen kann man sonst niemals konfrontieren.“*⁵⁰

Kurz vor dem Frieden begleiteten die Organisationen die Verhandlungen mit eigenen Ideen und Kommentaren, versuchten die Arbeit der UNO-Mission zu ergänzen und hielten den Druck auf die militarisierte Gesellschaft mit ihrem Forderungen nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung aufrecht. Die drei Elemente galten als Kernstücke eines Aussöhnungsprozesses.⁵¹ Man nahm an, die Gewalt der Vergangenheit in einer Gesellschaft zum Thema zu machen, in der *darüber* eigentlich eher *geschwiegen* wurde,⁵² werde die Gesellschaft demilitarisieren und damit auch demokratisieren. Politische Aktionen auf diesem Felde hingen aber von der Konjunktur ab, von Gelegenheiten, die sich auf dem politischen Parkett ergaben. Unterschiede zwischen Regierung und Opposition gab es viele, aber nirgendwo sind die Positionen weiter voneinander entfernt, als in der Rolle der Geschichte und dem Umgang mit ihr.

Macht es einen Unterschied, ob die Erinnerung und das Verlangen nach konkreter Gerechtigkeit von einer Oper-Bewegung mit breiter Basis hochgehalten werden oder von einer Menschenrechtsbewegung, die offensichtlich aus dem Trauma die Konsequenz einer breiten Transformation ziehen wollen? Die Täter-nahen Kreise werden deren Anliegen schließlich in keinem Fall anerkennen und legitim sind die Ziele in beiden Fällen. Dennoch besteht bei einer politischen Bewegung die Gefahr, dass das ethisch-moralische Anliegen in einem Spannungsverhältnis zu den politischen Zielen gerät.

Parallel zu den Exhumierungen arbeitete die Verschwundenenorganisation GAM am Thema der Wiedergutmachung. Anfang 1996, die Friedensverhandlungen wurden gerade wieder aufgenommen, präsentierten mehrere Gruppen ihren Verbündeten im Kongress, den Abgeordneten des FDNG, einen ersten Gesetzesvorschlag zum Thema. Beim FDNG traf dieser aber auf eine eigene Problemwahrnehmung, in der drei Faktoren besonders hervorrangen: (a) ihre neue Rolle als parlamentarische Opposition, (b) inhaltliche Prioritäten und (c) ihr Wille, gleichzeitig eine Allianz mit der außerparlamentarischen Opposition aufrechtzuerhalten.

⁵⁰ Interview mit Orlando Blanco, 12.07.2005.

⁵¹ Auch Carmen Aída Ibarra von der Stiftung Myrna Mack, die von vielen linken Menschenrechtsgruppen lange Zeit als bürgerlich stigmatisiert wurde, betont die herausragende Rolle dieser vergangenheitsorientierten Elemente für ihr Denken jener Jahre. Interview vom 19.04.07.

⁵² Interview mit Claudia Samayoa, Menschenrechtsbewegung, 17.05.2007.

(a) Mit der *Demokratischen Front Neues Guatemala*, FDNG, war bei den Parlamentswahlen Ende 1995 erstmals eine von der Guerilla unterstützte Partei in den Kongress gewählt worden.⁵³ Nach Angaben von Antonio Mobil, anfangs Fraktionsvorsitzender, wurden die Kandidaten von verschiedenen Fraktionen der Guerilla nominiert. In der politischen Praxis blieb die Beziehung aber dann doch auf kleiner Flamme. Kommunikation habe es zwischen Kommandanten und Abgeordneten kaum gegeben, nur aufgrund *heftigen Drängens* sei es gelungen, sich im ersten Jahr drei Mal mit der URNG-Spitze zu treffen.⁵⁴ Verständlich, denn noch war der Frieden nicht geschlossen. Jeder Kontakt der legalen mit der illegalen Opposition barg erhebliche Sicherheitsrisiken. Im Kongress selbst fühlten sich die sechs 1996 noch als Feind wahrgenommen, in jedem Fall aber ausgegrenzt⁵⁵ und damit der Möglichkeit beraubt, Einfluss ausüben zu können. Bei den Attacken auf die Regierung wollte man somit nicht übertreiben. Lediglich mit der kleinen christdemokratischen Partei, DC, gelang schnell ein besseres Verhältnis. Sich in die faktischen Mechanismen der Machtausübung in einem demokratisch gewählten Parlament einzugliedern, dies bedurfte halt neuer Strategien. Der FDNG schien insofern taktisch hin und her gerissen, zwischen den polarisierenden Forderungen vom Typ einer außerparlamentarischen Opposition und denen, die Kompromisse mit der scheinbar antagonistischen Übermacht sucht. Als eigentliche Stütze ihrer Interessen sahen die Abgeordneten in erster Linie die *internationalen Akteure*.

(b) Dabei schien politischer Einfluss im Kongress dringend nötig. Denn noch vor Unterschrift unter die Verträge kamen Befürchtungen auf, dass die Regierung diese gar nicht umzusetzen gedachte. Móbil erzählt:

„(Z.B.) *als wir über das indigene Abkommen diskutierten* (welches von der vorherigen Regierung ausgehandelt war) *sahen wir die Regierungspartei in absoluter Opposition dazu... Die Rechte war nicht bereit, an eine Ausöhnung zu denken und in Arbeitsplätze zu investieren oder ländliche Gebiete humaner zu gestalten.*“⁵⁶

So waren es denn diese Friedensverträge, vor allem das sozio-ökonomische und das indigene Thema, die vorrangig die Agenda der Partei bestimmten.

(c) Mit dem Ziel, andere Parteien für eigene Vorschläge einzunehmen, musste der FDNG sich denen annähern. Zugleich galt es, enge Verbindungen zur außerparlamentarischen Opposition aufrechtzuerhalten – mitunter sicher ein schwieriger Spagat. Zugunsten dieser Beziehung ging man auch Kompromisse ein, zum Beispiel bei der Initiative 1465, der zur Wiedergutmachung, die über Teile der Menschenrechtsbewegung in die Hände der Partei gelangten. Amílcar Méndez, in jenen Jahren FDNG-Abgeordneter, erinnert sich:⁵⁷

⁵³ Aus dem spanischem: *Frente Democrático Nueva Guatemala*.

⁵⁴ Interview mit Antonio Móbil, 22.06.2005.

⁵⁵ Ana María Villegas de Fortín, DC, fühlte sich nach eigenen Angaben umgekehrt auch abqualifiziert. *Denn als sie in den Kongress kamen, da waren alle Rechte für sie, nur sie waren Linke. Ich persönlich hatte mich aber nie als Rechte gefühlt.* Interview vom 01.07.2005.

⁵⁶ Interview mit Antonio Móbil, FDNG-Abgeordneter in dieser Zeit, 22.06.2005.

⁵⁷ Interview mit Amílcar Méndez, FDNG-Abgeordneter dieser Zeit, 27.06.2005.

„Das war einfach nicht der Moment für diese Initiative, da mussten erst noch einige andere Etappen hinter sich gebracht werden.“

Trotzdem wurde die Initiative eingereicht. Antonio Móbil:

*„Das war ein Experiment. Wir wollten den demokratischen Sektoren (der eigenen Couleur) damit sagen, dazu geht hier nichts. Wir kämpften und wussten, das wird nicht funktionieren.“*⁵⁸

Mit dem Argument, das koste zu viel, wird die Initiative von der großen Mehrheit im Kongress tatsächlich abgelehnt. Die Menschenrechtsbewegung, Urheber der Initiative, zog Konsequenzen aus diesem Fehlschlag. Blanco:

*„Wir merkten schnell, dass nicht nur mangelnder Wille ein Problem für die Wiedergutmachung war, sondern auch der Finanzbedarf. Wir arbeiteten damals nach dem Prinzip Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Der politische Moment (die katholische Wahrheitskommission arbeitete bereits und die offizielle sollte nach der Unterschrift eingesetzt werden) lag in der Wahrheit.“*⁵⁹

Jahrelang hatten die sozialen Organisationen die Schwächen des Systems angezeigt und damit zum Teil auch Erfolg gehabt. Beklagt wurden Menschenrechtsverletzungen und die Militarisierung des Staates. Das System, offensichtlich überholt und demaskiert, war am Ende weich geworden. Demilitarisierung, Frieden und Demokratie schienen begünstigt. Parallel zur Arbeit an der Wahrheit sollte nun nach demselben Prinzip vorgegangen werden. *Paradigmatische Fälle* der Menschenrechtsverletzungen des Konflikts sollten *eine so starke Reaktion auslösen, dass auch die Justiz reformiert* werden könnte.⁶⁰

1.5. Die Lage der Justiz (1996)⁶¹

Ein Blick auf das Verhältnis von Justiz und VP im Jahr 1996 fördert zunächst Offensichtliches zutage: Ja, die Praxis der Justiz blockiert die justizielle Aufarbeitung. Dabei war die Zahl dieser Fälle seit 1995 erst auf etwa ein halbes Dutzend gestiegen.⁶² Interessanter scheint daher die Frage, ob die Versuche justizieller Aufarbeitung die Justiz-Reform begünstigten? Oder war es genau umgekehrt, wie Porras, Zelaya und viele andere Kritiker der Prozess-Praxis behaupten? Um diese Frage nicht nur mit ja oder nein, sondern auch qualitativ beantworten zu können, soll diese Annahme in den Kapiteln zum Thema in drei Problembereiche aufgegliedert beobachtet werden. Inwieweit haben die paradigmatischen Fälle die Unabhängigkeit der Justiz beeinträchtigt? Inwiefern hat die justizielle Wiederaufarbeitung das Justiz-System überfordert? Und

⁵⁸ Interview mit Antonio Móbil, 28.06.2005.

⁵⁹ Interview mit Orlando Blanco, 08.09.2005.

⁶⁰ Interview mit Orlando Blanco, 08.09.2005.

⁶¹ Vorherige Information zur Problematik, siehe Kapitel IV 1.2. (Justiz und Menschenrechte) und 1.3. (Kriminalität und Justiz).

⁶² Die Fälle Bámaca, Devine, González Dubón und Mack. Hier ging es um extralegale Hinrichtungen – allesamt nicht Indigener –, bei denen Offiziere als Hintermänner vermutet wurden. Im Fall Noriega stand ein Militärkommissar vor Gericht. Der Fall Xamán bezog sich auf ein Massaker, das aber erst 1995 begangen wurde und nicht Teil der angenommenen Strategie von Seiten des Staates war.

inwieweit hat die VP der sozialen Organisationen den Willen der Regierung beeinflusst, die Justiz-Reform zu stützen? Jede dieser Fragen könnte für sich Objekt eigener Studien sein. Ich will mich daher damit begnügen, bei der Beobachtung der Justiz-Reform, erste Schlüsse aus Interviews und schon vorhandenen allgemeinen Studien zu ziehen.

Das Kapitel zum Stand der Demokratie Guatemalas um die Jahreswende 95-96 hat uns bereits eine Idee vermittelt. Die Probleme der Justizreform damals sind nicht darauf zurückzuführen, dass das Militär sie behindert hätte. Kontrollieren konnte sie den Output des Systems nämlich ohnehin: über ihr quasi Monopol in Geheimdienst und Polizeiermittlungen – sprich, über die Beschaffung der nötigen Beweise, die jede Justiz zu ihrem Funktionieren bedarf – und über Einflussnahmen auf die alltägliche Arbeit der Justiz. Anfangs dürften dazu Anrufe oder andere Formen der direkten Kommunikation mit der CSJ-Führung ausgereicht haben, denn die zentralisierte Struktur der Justiz gab den Obersten Richtern einen freien Zugriff auf die ihnen untergebenen Richter. Ein Experte der Zivilgesellschaft zum Thema der Justiz-Reform sagt denn auch, *das Justizsystem war nie unabhängig*,⁶³ weder zu Militär oder Regierung, noch nach innen. Ein Oberster Richter wurde später dafür bekannt, dass er Richtern schriftlich Urteile und deren Begründungen zukommen ließ.⁶⁴

Schon zu Beginn der Demokratisierung sind aber auch parallele Einflußstrukturen anzunehmen, waren doch viele Richter im Kriege der Repression wohl gesonnen. Ausgeprägtere Strukturen, die sich den sogenannten verborgenen oder parallelen Mächten unterwarfen, scheinen sich aber erst ab Beginn der 90er in der Justiz eingemischt zu haben, als Prozesse gegen Angehörige der Armee möglich wurden – sei es wegen Drogenhandel, Schmuggel und eben wegen der Menschenrechtsverletzungen. Gerade eben dieser Typ könnte bei der Dynamik eine besondere Bedeutung gehabt haben. Denn nur in diesem Thema war und ist der Korpsgeist der Streitkräfte uneingeschränkt, unabhängig von Personen und Gruppen an der Spitze oder innerhalb der Institution.

1996 unterschied sich die Lage der Justiz zunächst nur unwesentlich von der in den Vorjahren. Mitte des Jahres kritisiert MINUGUA in seinem 5. Menschenrechts-Bericht den unzureichenden Zugang der vor allem indigenen Bevölkerung zur Justiz und die mangelnde Unabhängigkeit des Systems, beziehungsweise der Richter. Ohne einen Delikttyp besonders hervorzuheben, wird kritisiert, Oberste Richter seien oftmals schlecht ausgebildet und verdanken ihre Ernennung nicht professionellen Kriterien.⁶⁵ Das UNDP nennt darüber hinaus die geringen Löhne und eine unzureichende Ausstattung mit der Folge einer langen Verfahrensdauer.⁶⁶ Alles in allem schien das System weniger reformiert, mehr noch als transformiert, vor allem aufgebaut werden zu müssen.

Über die Anklagebehörde, das sogenannte Ministerio Público (MP), übernahm die Regierung Arzú relativ schnell eine gewisse Kontrolle. Zunächst versuchte

⁶³ Interview mit Luis *Ramírez*, Zivilgesellschaft, Experte für Themen der Justiz-Reform, 05.10.2005.

⁶⁴ Interview mit Yolanda *Pérez*, ehemalige Richterin, 28.03.2007. Der angesprochene Oberste Richter ist noch heute als Richter am Appellationsgericht einflussreich.

⁶⁵ MINUGUA, 1997a: a.a.O. Anm. IV/61. Ziffer 143-145.

⁶⁶ PNUD (englisch: UNDP), 1998: a.a.O. Anm. IV/53. S.161.

Arzú über Wochen, letztlich mit Erfolg, den MP-Chef Ramsés Cuestas aus dem Amt zu entfernen. Dennoch schien sie dazu bereit, die Ämter nicht über alle Maßen zu politisieren. Pérez Aguilera, Nachfolger im MP, galt gemeinhin als unabhängig und ohne politische Kompromisse. Auch das Budget der Anklagebehörde stieg, von umgerechnet 9 auf 13 Millionen Euro. Im 6. Menschenrechtsbericht spricht MINUGUA Anfang 1997 dann sogar von ersten vorsichtigen aber positiven Signalen im Justiz-Sektor. Die Zahl der Gerichte sei grösser geworden und die Rechtsschule, EEJ, biete neue Kurse und damit eine professionellere Ausbildung für die neuen Richter an.⁶⁷

Gleichzeitig wurde der militärische Sonderrechtsbereich praktisch abgeschafft. Zahlreiche Fälle waren ab sofort Problem ziviler Richter. Was war geschehen?

1.6. Der Sonderrechtsbereich des Militärs

Wie so viele andere Bestimmungen zum Umgang mit der Vergangenheit verdankt das Dekret 41/96, mit dem der Kongress am 12. Juni 1996 den militärischen Sonderrechtsbereich drastisch einschränkte, wohl einem Kompromiss, der einem Missverständnis nahe kommt. Die beiden treibenden Kräfte wurden nämlich von ihrer jeweils eigenen Logik motiviert.

Eine der beiden ist Helen Mack, Schwester von Myrna, die im Jahre 1990 in aller Öffentlichkeit von einem Angehörigen des EMP ermordet worden war:⁶⁸

„Die erste Reaktion von einem (im Falle des Todes eines Angehörigen) ist Gerechtigkeit..., man weiß in diesem Moment aber nicht genau, welche Klasse von Gerechtigkeit... In den 70ern und 80ern, da wusste man, dass es keinen Sinn hatte, vor Gericht zu gehen, aber Anfang der 90er ... (5 Jahre nach Beginn der Demokratisierung) und ich mit der Naivität, mit der ich daherkam, ich wollte einfach Gerechtigkeit.“⁶⁹

Aller widrigen Umstände zum Trotz, Helen Mack gelang es, den materiellen Täter verurteilt zu sehen. Und sehr schnell entschied sie sich dafür, jetzt die Hintermänner vor Gericht zu bringen. Nach der ersten Erfahrung sah die Lage aber alles andere als einfach aus. Carmen Aída Ibarra, Stiftung Mack:

„Wir hatten Probleme mit dem Personal der Justiz gehabt. Einige hatten versucht, den Prozess zu blockieren. Und wir wussten, aus kulturellen oder ideologischen Gründen könnten einige beim nächsten Mal wieder auf Seiten der Angeklagten sein. Außerdem war noch nie ein höherer Offizier angeklagt worden... und das hieß für uns die Interessen der militärischen Strukturen anzugreifen, jener die legal oder illegal Geheimdienstarbeit betrieben.“⁷⁰

Theoretisch war es gelungen, den Prozess gegen die Hintermänner offen zu lassen, aber diesmal musste man Offiziere und mit ihnen die Struktur des Militär ausgerechnet vor einem Militärgericht verklagen. Zwei Jahre waren derweil

⁶⁷ MINUGUA, 1997a: a.a.O. Anm. IV/61. Ziffer 28.

⁶⁸ Siehe Kapitel IV. 5.1.

⁶⁹ Interview mit Helen Mack, 13.09.2005.

⁷⁰ Interview mit Carmen Aida Ibarra, Stiftung Mack (FMM), 21.09.2005.

in Verfahrensfragen vergangen, als Ibarra die Chance sah, eine geplante Reform an der Strafprozessverfahrensordnung auszunutzen, um den Sonderrechtsbereich des Militärs einschränken zu können.

*„Wir hatten Erfolg. Sogar der Verteidigungsminister, Balconi, war dafür. Er bat uns nur, sein eigenes Projekt präsentieren zu können... Der Kongress fusionierte dann beide Vorschläge.“*⁷¹

Balconi bewegten andere Motive. Er wollte die Armee vor dem Prozess des Niedergangs bewahren und noch vor Beginn der Friedensverhandlungen zum Thema *Stärkung der zivilen Macht und Funktion der Armee in einer demokratischen Gesellschaft* die nötige Anpassung an den Frieden vollziehen:

*„Wir sahen das so, dass ein großer Teil der Abnutzung der Armee damit zu tun hatte, dass die Fälle meist gewöhnlicher Kriminalität vor Militärgerichte kamen. Von außen sah das so aus, als ob wir keine Strafen wollten (Den Eindruck wollte er vermeiden).“*⁷²

In den der Initiative beigelegten Motiven heißt es denn auch, dass mit der Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit für Delikte gewöhnlicher Kriminalität, die *Gleichheit vor dem Gesetz* und die *Glaubwürdigkeit der juristischen Institutionen konsolidiert* werden sollte. Eben dieses Gefühl drückten mehrere Redner auch in der Debatte aus. Der Tag an dem das Militär sich der zivilen Gerichtsbarkeit unterstellen werde, wird gar als historisch bezeichnet.⁷³ Die Sorge, dass zivile Gerichte das Militär häufiger aburteilen würden, die klang bei den Rednern nicht durch. Schließlich sei aus Anlass der Rückkehr der URNG ehemals eine Amnestie zu erwarten.⁷⁴

Was für die einen die Möglichkeit, Menschenrechtsverletzungen vor Gericht zu bringen, das war für die anderen der Moment, in dem das Militär sich der neuen Rolle in der Nachkriegszeit anzupassen begann. Dabei musste die Armee im Prinzip keine Angst davor haben, seiner Aktionen im Kriege wegen, abgeurteilt zu werden. Regierung und Militär waren diesbezüglich weitgehend einer Meinung. Beide brauchten sich schließlich gegenseitig.

1.7. Das Wiederaussöhnungsgesetz

Nach einem Jahr hektischer Friedensverhandlungen stand im Dezember 1996 die feierliche Unterschrift unter die Abkommen endlich bevor und damit ganz plötzlich auch die Frage von Rückkehr und Integration der Guerilla. Der Moment war gekommen, die Überzeugungen zum Umgang mit der Vergangenheit in einem Gesetz niederzulegen. Das müssen wir uns im Detail anschauen, denn zu viele Annahmen verfälschen vor allem die internationale Diskussion.

Die Vorarbeit der Allianz gegen die Straflosigkeit, ACI, vom August desselben Jahres wurde augenscheinlich einfach ignoriert. Am 12. Dezember machten

⁷¹ Interview mit Carmen Aída Ibarra, Stiftung Myrna Mack, 09.09.2005.

⁷² Interview mit Julio Balconi, damaliger Verteidigungsminister, 15.11.2005.

⁷³ *Diario de Sesiones* del Congreso de la República de Guatemala. 1996/97. 12.06.96. S. 107ff.

⁷⁴ Abgeordneter Villatoro Herrera, in: *Diario de Sesiones* del Congreso de la República de Guatemala. 1996/97. 12.06.1996. S. 117.

Regierung und URNG diese Frage am Verhandlungstisch im Prinzip unter sich aus, ohne Beratung oder sonstige Einflussnahme von Seiten anderer.⁷⁵ Auf Bitten der Regierung hatte dann der Kongress die Aufgabe, nach noch heute kaum bekannten Kriterien ein Gesetz auszuarbeiten, das der Einigung entsprechen sollte. Von der Eile getrieben – schließlich hatte die Regierung im Januar sich die Aufgabe gesetzt, den Frieden noch 1996 zu erreichen – erarbeitete der Kongress die Initiative in nur vier Tagen. Einmal ausgeteilt, hatten die Parlamentarier am 16. Dezember dann nur wenige Minuten Zeit, bevor die Debatte zu dem Gesetz begann, das über den gesamten Umgang mit der Gewalt im Kriege bestimmen sollte. Zeit für Diskussionen zum Gesetz und damit zum Umgang mit der Vergangenheit gab es kaum. Der Partei FDNG gelang es nicht einmal, seine Zweifel beim Vertragspartner URNG anzumelden.⁷⁶

Auf den ersten Blick enthielt der Entwurf sowohl restriktive Elemente, als auch solche, die strafrechtliche Verantwortung für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen möglich zu machen schienen. Im Zentrum der Initiative stand die Idee der *Wiederaussöhnung*, noch heute für viele aus der politischen Klasse ein Symbolbegriff, mit dem für einen gesellschaftlichen Neuanfang in Frieden und ohne Hass geworben wird.⁷⁷ Weder Wahrheit noch Wiedergutmachung oder justizielle Wiederaufarbeitung dürfen dieser Ansicht zufolge den Eindruck erwecken, als ob eine Seite mehr Verantwortung als die andere habe. Auf niemanden solle mit dem Finger gezeigt werden.

Das unbeliebte Wort von der Amnestie wird in dem Entwurf nicht ein einziges Mal genannt, vielmehr durchzieht die juristische Konstruktion von der *totalen Auslöschung strafrechtlicher Verantwortung* den Text. Eben diese könne in Fällen *politischer Delikte* und *damit zusammenhängender gewöhnlicher* zugestanden werden.⁷⁸ Damit hätten die Menschenrechtsverletzungen des Krieges nicht mehr vor Gericht erscheinen können, wenn nicht der Artikel 8 theoretisch enge Grenzen dieser Form der Amnestie gezogen hätte. Delikte ohne Verjährungsfrist aus internationalen Verträgen, die von Guatemala *gebilligt oder ratifiziert* sind, wären damit weiter strafbar. War justizielle Aufarbeitung doch in weiterem Umfang erwünscht?

Ein zweiter Blick erklärt dann doch, warum die zivilen Organisationen noch am selben Tag der ersten Lesung davon sprechen, dass hier eigentlich nur eine Generalamnestie gewünscht sei.⁷⁹ Denn die Beweislast wurde dem Opfer aufgelegt. 10 Tage habe er oder sie Zeit, um vor Gericht Belege dafür zu präsentieren, dass das Delikt eben nicht mit der bewaffneten internen Auseinandersetzung zusammenhängt. In einem System, in dem Beweise in der Regel vom Militär ermittelt werden, welches seinerseits in Prozessen keinerlei Beweismaterial beisteuert und mit einer chronisch überforderten Justiz, die gerade erst im Aufbau begriffen ist, schien diese Regelung den sozialen Organisationen

⁷⁵ Siehe Kapitel II. 5.7 zum Abkommen zur Wiedereingliederung der URNG.

⁷⁶ Interview mit Antonio *Móbil*, Abgeordneter der linken FDNG in dieser Zeit (22.06.2005).

⁷⁷ Dahinter steckt das Bedürfnis, ohne Detail- und Selbstkritik sowie Konsequenzen für Ansehen und Person weiterleben zu können.

⁷⁸ *Diario de Sesiones* del Congreso de la República de Guatemala. 1996/97. Sesión extraordinaria, no. 18, 16.12.1996. S. 15ff.

⁷⁹ Noch heute wird diese Meinung vertreten. So Miguel Angel *Albizures*, Zivilgesellschaft, 13.07.05.

ein zu kleines Nadelöhr. Zumal auch die Ausnahmen von der *totalen Auslöschung der strafrechtlichen Verantwortung* nicht ausdrücklich genannt wurden. Massaker an Bewaffneten oder unbewaffneten Zivilisten – so interpretieren das einige Menschenrechtsgruppen – blieben demnach straflos.⁸⁰

Die Stimmung im Kongress, so Anabella de León, begünstigte derweil eine Generalamnestie.⁸¹ In einer sehr blassen Debatte kamen weder die Reichweite des Problems der Vergangenheit zur Sprache, noch die Folgen des Entwurfs für Gesellschaft und Demokratie. Die Regierungsfraktion hingegen, die machte ihre politischen Prioritäten deutlich. Anabella de León in ihrer Rede:

*„Wir können jetzt keine der beiden Seiten vor Gericht stellen, weil wir in eine andere Periode übergehen... Frieden kann es nur geben, wenn alle Guatemalteken daran denken, dass wir vergessen müssen was passiert ist, verzeihen und den akzeptieren, der anders denkt. Denn wenn nicht, dann treten wir in eine andere Periode des Krieges ein.“*⁸²

Der Abgeordnete Pablo Duarte sprach im Namen seiner Partei, des FRG. Statt den Frieden als vorrangig zu betonen, wie De León, verlegt er sich darauf, mit Hinweis auf die USA die Frage der Verantwortung zu relativieren. Seine nachfolgenden Worte bringen ihm in Kommentaren den Vorwurf des Zynismus ein:

*„Wir müssen aufhören, uns darauf zu berufen, wie viel (Liter) Blut auf jeder Seite geflossen sind, im Sinne von, wer mehr Recht hat, von Menschenrechtsverletzungen zu sprechen. Bis heute gab es kein legales Verbot... Angehörige des Militär oder der Guerilla vor Gericht zu bringen... Warum wehren wir uns gegen eine Amnestie, wenn wir sowieso nicht juristisch vorgehen. Wir reden von drei Fällen in 36 Jahren“*⁸³

So weit die Kommentare. Aber inwiefern passt sich dieser erste Entwurf in die detailliert beschriebene Haltung von Porras ein? Nun, sicher war der Entwurf theoretisch keine Generalamnestie. Die Möglichkeit, politische von gewöhnlichen Delikten zu trennen, die wurde zugestanden und nach dem Konzept der Verbrechen gegen die Menschlichkeit war es ebenso theoretisch möglich, eine Vielzahl von Delikten vor Gericht zu bringen. Die Regierung wollte die Chance ermöglichen, aber zugleich auch verhindern, dass die Möglichkeit zu häufig benutzt würde oder gar die Armee auf die Anklagebank geraten könnte. Dies sei aus Gründen der *Staatsraison* unmöglich gewesen. *Darum die Erschwerenis, dass der Betroffene die Initiative ergreifen musste.*⁸⁴

⁸⁰ Carmen Bejarano / C. Almquist Buvollen / E. Peláez / C. Ramírez / A. Reyes: Ley de Reconciliación: Un análisis desde la perspectiva de DDHH. Guatemala 2000. S. 57.

⁸¹ Interview mit Anabella de León, damals Abgeordnete der Regierungspartei PAN, 29.06.05.

⁸² *Diario de Sesiones* del Congreso de la República de Guatemala. 1996/97. Sesión extraordinaria, no. 18, 16.12.1996. S. 28ff. Mehrere damals als progressiv geltende Abgeordnete äußern sich heute dem Militär gegenüber verständnisvoll. Ana María Villegas de Fortín merkt an, dass Soldaten und Offiziere in den allermeisten Fällen nur auf Befehl eines Vorgesetzten gehandelt hätten (01.07.2005) und Arabella Castro sagt, der justiziellen Aufarbeitung per se sehr skeptisch gegenüberzustehen (04.03.2005).

⁸³ *Diario de Sesiones* del Congreso de la República de Guatemala. 1996/97. Sesión extraordinaria, no. 18, 16.12.1996. S. 22ff. Der Redner spricht von *Gallonen*, einem US-amerikanischen Maß anstelle von Litern. Duarte ist bei den Kongresswahlen 2007 wiedergewählt worden.

⁸⁴ Interview mit Gustavo Porras, 04.04.2007.

In einer weiteren Hinsicht gelang der Initiative das Kunststück, die sozialen Organisationen zu befriedigen und doch Verfahren unwahrscheinlicher zu machen. Keine Regelung zielt nämlich darauf ab, Zeugen oder Verantwortliche von Menschenrechtsverletzungen zu Aussagen zu bewegen.⁸⁵ Die Einschränkungen aus Beweislast und der 10-Tages-Frist, die haben daher mit voller Absicht die Hürden für die justizielle Wiederaufarbeitung wieder hochgestellt – vielleicht zu hoch, denn Helen Mack, Ruth del Valle und die ganze ACI versuchten das Ruder noch einmal herumzureißen. In Gesprächen mit Abgeordneten und Repräsentanten von außen wurde an die Interessen der Regierenden appelliert. Denn – so hieß es – die Gefahr bestünde, dass sogar die Entführung Novella von Seiten der Guerilla und die Gruppe um den wegen Unterschlagung verhafteten Alfredo Moreno straflos ausgehen könnten.⁸⁶

Vielleicht sprach Porras deshalb davon, dass die Regierung zugunsten der Beziehung zu den Gebern, auch ein besseres Verhältnis zur Menschenrechtsbewegung brauchte. Denn tatsächlich, zur 3. Lesung rang sie sich zu einigen Änderungen durch. Besonders wichtig der Art. 8: Dort werden mit Völkermord, Zwangsverschleppung und Folter jetzt die Ausnahmen von der Auslöschung strafrechtlicher Verantwortung genau aufgeführt. Wenig beachtet wird hingegen das Detail, dass der neue Artikel zugleich die anderen Delikte, die nicht amnestiert werden können, nur noch auf die ratifizierten Verträge bezieht, nicht mehr auch auf die gebilligten – also gleichzeitig mit der Präzisierung auch eine Einschränkung. Von der zuvor aufgezeigten Linie weicht diese Version insgesamt aber nicht ab.⁸⁷

Als antagonistische Kontraste wirken im Vergleich die Änderungsvorschläge des FDNG. Sie hätten zur Folge haben können, dass mit materiellen und intellektuellen Täter, vor allem der Armee, eine ganze Zeit abgeurteilt worden wäre. Sie verlangte, dass Täter mit Namen genannt und die erwähnten Ausnahmen von der Straffreiheit auf sexuelle Gewalt und illegale Verhaftung ausgedehnt werden müsste. Auch die Beweislast hatte wieder umgekehrt zu werden. Es sei Aufgabe des Staates nachzuweisen, dass ein Delikt einen politischen Hintergrund habe. Schon in Art. 1 zeigt sich die Absicht, eine neue historische Perspektive einzuführen, weil nicht nur Aussöhnung, sondern mit der Wiederherstellung des sozialen Gefüges die Opferperspektive gefördert wird.

Gegen die immense Mehrheit der traditionellen Parteien hatte der noch abseits stehende FDNG keine Chance. Zwei Tage nach der ersten Lesung wird das Dekret 145-96 als Gesetz zur Wiederaussöhnung verabschiedet.

1.8. Fazit: Die Vergangenheitspolitik ist definiert

Mit dem Gesetz zur Wiederaussöhnung hatte die Regierung Arzú einen eigenen Schlusstrich unter die langjährigen Auseinandersetzungen zum Umgang

⁸⁵ Im Interview halt Catalina *Soberanis* (Ex SEPAZ, Portillo) gerade dies *für keinen Zufall*. 01.07.05.

⁸⁶ Nur mit der FRG, der Partei in der sich viele Offiziere aus der Zeit der Aufstandsbekämpfung versammelt hatten, gab es laut Helen *Mack* keine Kontakte (13.09.2005).

⁸⁷ *Diario de Sesiones* del Congreso de la República de Guatemala. 1996/97. Sesión extraordinaria, no. 20, 18.12.1996.

mit der Vergangenheit zu ziehen versucht. Die Prinzipien von Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung wurden als solche akzeptiert, aber im Detail so transformiert, dass sie den Gefahren ausweichen sollten, die Porras zuvor formuliert hatte – Schuldzuweisungen, Unzufriedenheit des Militärs, etc.

Der Regierung versuchte mit dem Gesetz das Kunststück zu schaffen, die justizielle Aufarbeitung in Übereinstimmung mit mehreren UNO-Konventionen zuzulassen, ohne dass sich in der Praxis breitere Militärkreise Sorgen zu machen brauchten. Darum koexistierten die scheinbar großzügigen Ausnahmen von der Auslöschung der strafrechtlichen Verantwortung mit den immensen Restriktionen – kein Zufall. Nur die, aus Sicht der Regierenden, wenigen Exzesse, einige paradigmatische Mordfälle aus der Zeit der demokratischen Transition als auch die Menschenrechtsverletzungen, die von Gruppen begangen wurden, die am Konflikt im Grunde nicht beteiligt waren, sollten abgeurteilt werden können, ohne gleichzeitig die Armee als Institution zu provozieren.

Nach der Abschaffung des Sonderrechtsbereichs konnte jetzt aber auch die Pflicht, darüber zu entscheiden, wer straflos bleibt und wer vor Gericht muss, das System erheblich belasten. In der Regel wird jedoch eines vergessen: So ineffizient wie Justiz und Ermittlungsorgane zu dieser Zeit schon waren, fiel der Menschenrechtsbewegung automatisch die Rolle zu, diese zu kompensieren. Und in Anbetracht nicht nur ihrer politischen Interessen, sondern auch der Vielzahl möglicher Fälle, war zu erwarten, dass diese sich auf wenige beschränken musste – die voraussichtlich paradigmatischen.

Zum nächsten Instrument der Vergangenheitspolitik, der Wahrheit: Die Kommission für Historische Aufklärung wird auf der 1994 vereinbarten Basis akzeptiert, dass ihre Arbeitsergebnisse eine *Kultur der Gemeinsamkeit* zu konstruieren und *jede Form der Rache* zu beseitigen helfe, die dem Frieden entgegenstehe. Der Artikel 10 des Aussöhnungsgesetzes gibt der Kommission ausdrücklich den Auftrag, die nötigen Mittel zu entwerfen, die eben diesen Zielen dienen sollen. Nach historischer Wahrheit wird da gefragt, aber eine, die sich den unmittelbaren politischen Zielen der Regierung nicht entgegenstellt, sie vielmehr gar stützt. Für Gustavo Porras, so wie wohl für seine Kabinettskollegen auch, war dies aber kein Aufruf zur Fälschung. Vielmehr entsprach dies ihrer Geschichtsversion.

Eine Form der Wiedergutmachung wird in Artikel 9 definiert. Darin heißt es, *der Staat, in seiner humanitären Pflicht, wird den Opfern ... beistehen*. Dazu sollten *zivile und sozio-ökonomische Programme* für jene unternommen werden, die es aus *ökonomischen und sozialen Gründen am meisten brauchen*. Diese Definition erweckte bei den sozialen Organisationen wohl den Eindruck, als ob die Programme mit wenig Geld ausgestattet werden könnten. Schließlich war im Menschenrechtsabkommen von 1994 noch von *beistehen und/oder wiedergutmachen* gesprochen worden. In jedem Fall aber scheinen psycho-soziale Maßnahmen, moralische oder solche individuellen Charakters, die einen quantifizierbaren Schaden wieder ersetzen, nicht vorgesehen. Die FDNG fordert während der Sitzung zum Aussöhnungsgesetz darum ein eigenes Dekret, nicht etwa um den Opfern beizustehen, sondern um den Schaden

aller Opfer und ihrer Angehörigen wiedergutzumachen. Der Vorschlag hatte damit nicht nur eine ganz andere finanzielle Dimension, unausgesprochen war ihm zugleich eine historische Wertung rund um Opfer und Täter zu Eigen. Ohne Debatte wurde auch dies nach wenigen Momenten per Abstimmung zurückgewiesen.

Mit dem Gesetz zur Wiederaussöhnung verlässt der Umgang der Regierung mit der Vergangenheit erstmals die Sphäre des Potentiellen. Die unterschiedlichen Perzeptionen zur Vergangenheit haben als Kampf um die Geschichte aber schon zuvor begonnen, die Wirkung künftiger Vergangenheitspolitik auf das politische System und dessen Rückwirkungen zu präfigurieren. Dabei fallen schon zu diesem Zeitpunkt sechs vernetzte Grunderkenntnisse ins Gewicht. (1) Die Mächtekonstellation mit den internationalen Akteuren als Resonanzbogen der Menschenrechtsbewegung macht den Umgang mit der Vergangenheit zum Thema, obwohl die Eliten und ein Großteil der politischen Klasse dem entgegenstehen. Dementsprechend ist die verabschiedete VP als Aufarbeitung ohne kritische Revision der Geschichte vorgesehen. Die Bestimmungen des Gesetzes verbreiten mit voller Absicht mehr Schein als Sein. (2) Die VP, wichtiges Politikfeld der Menschenrechtsbewegung, ist den Prioritäten anderer Akteure weit untergeordnet. Auf Seiten der URNG und Teilen der linken parlamentarischen Opposition hat der Frieden Priorität, für die Regierung ist es die Lage der Sicherheit. (3) Gerade hier hatte der Krieg eine Gewaltbereitschaft hinterlassen, die ein rudimentärer und schwacher Staat zu bekämpfen nicht in der Lage war und zudem eine autoritär-repressive Vision der Sicherheit bestätigt, die auch von Zivilisten nicht bezweifelt wurde. (4) Vor diesem Hintergrund zog akuter Druck der Gewalt das Militär in die öffentliche Sicherheit und zwang die Regierung auch in Fällen vergangener und aktueller Menschenrechtsverletzungen an die Seite auch derjenigen Strukturen des Militärs, die schon im Kriege für verdeckte Operationen verantwortlich waren. (5) Akteurskonstellationen, vor allem die der schwächeren Linken, werden von der potentiellen VP mitstrukturiert, aber (6) darüber hinaus sind eher umgekehrte Effekte erkennbar – Konsequenzen der Sicherheitspolitik für Ausgestaltung und Wirkung der VP.

Mit dem Abschluss der Friedensverträge endet unsere erste Etappe. Die VP kann jetzt auch auf staatlicher Seite ihren rein potentiellen Charakter verlieren. Von Arzú, über Portillo soll im Kommenden bis in die Regierung Berger hinein versucht werden, das Wirken der Mechanismen in ihrem politischen Umfeld zu analysieren.

2. 1997-1999: Die Regierung Arzú nach dem Frieden

Es ist der 29. Dezember 1996, nach sechs Jahren Verhandlungen, an dem nun endlich eine neue Ära beginnt. Die Machtkonstellation während der Verhandlungen hatte mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft jene Akteure und deren Vorstellungen gestärkt, die eine tiefgreifende Transformation der Gesellschaft befürworteten. In höherem Maße als es die Weltsicht der Eliten tat, versprachen die Verträge eine Zukunft, in der die Menschen etwas gleicher und ohne die harte Hand der Vergangenheit leben würden, das Militär also aus Schlüsselpositionen der Gesellschaft zurückgezogen und effizienter der zivilen Macht untergeordnet sein würde. Mehr noch als Konstellation und Gewicht der Akteure änderte sich in dieser Etappe gleichzeitig aber auch die Substanz ihrer Beziehungen. Die Bühne des politischen Handelns verlagerte sich nämlich von der Diplomatie auf die Innenpolitik. Hatte der Staat während der Verhandlungen im Präsidenten und den Repräsentanten der Friedenskommission, COPAZ, einige personifizierte Gesichter, transformierte er sich jetzt in ein zunehmend amorphes und schwer zu kontrollierendes Gebilde aus Institutionen und Gruppen, die die Kompromisse in ihre Einzelteile zerlegen und jeden für sich betrachten. Logischerweise verkürzt sich damit auch der Einfluss der UNO. In einem solchen Moment ist der Zustand der nationalen, den Frieden stützenden, Akteure umso wichtiger. Aber auch hier kündigte sich eine neue Komposition an. Die VP profitierte davon nicht – ganz im Gegenteil.

Am Verhandlungstisch wurde 1996 noch über die neue zivil geprägte Zukunft reflektiert, als die Unternehmer, wichtige Stütze der Regierung, angesichts der Entführungswelle begannen, sich schon von dem Inhalt der Gespräche zu distanzieren. Aus Angst vor einem Sicherheitsvakuum forderten sie, dass weiter das Militär die Kontrolle über die innere Sicherheit behalten sollte. Die URNG auf der anderen Seite hatte gleich mehrere Schwierigkeiten. Garant für die Friedensverträge zu sein, erforderte praktischen Einfluss in der politischen Sphäre der Gesellschaft. Eine komplexe Aufgabe, denn neben ihrer ohnehin schon absorbierenden Garanten-Rolle, versuchte sie sich nun in eine legale politische Kraft zu verwandeln – ebenso aufreibend. Hinzu kam das Problem, dass sie zugunsten ihrer Allianz nicht nur ihren Einfluss in Maya- und Menschenrechtsbewegung ausbauen zu müssen schien,⁸⁸ sondern dabei gleichzeitig an die Abkommen mit der Regierung denken musste. An dieser Stelle wurde es problematisch. Denn die Visionen zu dem, wie mit der Gewalt der Vergangenheit umzugehen sei, einem Kernbereich der Arbeit der Bewegung, waren letztlich sehr unterschiedlich. Den Kommandanten schien klar, dass das Thema sehr zweischneidig war, sie wussten um die Stimmung in Militär und Regierung. Trotz der weitgehenden Sprachlosigkeit in den Gesprächen zum Thema, wage ich zu behaupten, dass sie vor allem die Anstrengungen zur justiziellen Aufarbeitung mit der Sorge sahen, sie könnten Rückwirkungen auf den Frieden insgesamt haben. Ob der thematischen Risse oder der Versuche wegen, ihren Einfluss auszudehnen, nach Abschluss der Friedensverträge

⁸⁸ Miguel Angel *Albizures* bestätigt, dass die URNG nach ihrer Rückkehr ihren Einfluss in der Menschenrechtsbewegung auszudehnen versuchte. Interview vom 13.07.2005.

nahm der Einfluss der Guerilla auf die Menschenrechtsbewegung ab.⁸⁹ Die sozialen Organisationen insgesamt zersplitterten sich zunehmend.⁹⁰ Unter dem Dach der Koordinierungsinstanz COPMAGUA gelang der Ex-Guerilla ihren Einfluss auf die Maya-Bewegung hingegen aufrechtzuerhalten, aber auch hier zeichnete sich ab, dass die Gemeinsamkeiten brüchiger geworden waren. Nicht wenige (Maya-) Aktivisten zeigten nämlich nur für ihr Thema Interesse. Auf die Friedensverträge angesprochen, sagt zum Beispiel Demetrio Cojtí:

„Ich spreche nur vom Indigenen-Abkommen, denn man spricht von dem, was einen interessiert, alles andere ist zweitrangig, nicht wahr. Wenn meine Sache vorangeht, dann ist alles gut. Das ist wie auf einem Foto, wenn ich gut getroffen bin, dann ist das Foto gut, wenn ich schlecht getroffen bin, dann ist das Foto eben auch schlecht. So war das (bei uns) mit dem Frieden.“⁹¹

Offensichtlich war die URNG überfordert. Immer mehr verwandelte sich daher MINUGUA zur wesentlichen Stütze der Abkommen. Ihre Präsenz garantierte die politische Partizipation der Linken, Spielräume für die Menschenrechtsbewegung und Frieden zumindest als Agenda der Debatte.⁹² Ganz anders als noch während der Verhandlungen, als die UNO sich gegen eine Generalamnestie aussprach, zeigte sie danach an einer Bewältigung der gewaltsamen Vergangenheit aber kein ausdrückliches Interesse. Tom Königs, letzter Repräsentant der Mission:

„Vergangenheitsbewältigung, das betrifft nur Guatemala und da vor allem die Opfer. Die internationale Gemeinschaft hatte kein wirkliches Interesse am Prozess der Wahrheitsfindung. Denen ging es nur um einen dauerhaften Frieden. Aber, ich denke, gerade in diesem Bereich ist der wirkliche Einfluss (von außen) auch unglaublich gering. Was haben die USA (nach dem 2. Weltkrieg) nicht versucht, diesbezüglich auf Deutschland einzuwirken, aber letztlich kam der Wandel aus dem Land selbst.“⁹³

Auf der Suche nach Interaktionen wird nun ab sofort die Dynamik zu rekonstruieren sein, in der sich der Faktor VP mit dem Frieden, der Sicherheits-, Militär- und Justizpolitik befunden hat; immer von den Leitfragen ergänzt, mit denen die generelle Problematik der Politikbereiche geklärt werden soll.

Grob gesehen unterscheide ich die übrige Regierungszeit von Arzú in drei sich überlappende Phasen. Sie werden hier so aufgegliedert, dass an deren Beginn das Thema erscheint, welches die Dynamik stärker beeinflusst. Dabei muss ich noch einmal daran erinnern, dass in der jetzigen Etappe, der Suche nach Zusammenhängen sowie ihrer Einordnung, natürlich kein ausformulierter Politikzyklus dargestellt werden kann.

⁸⁹ Su unter anderem auch Orlando Blanco (Menschenrechtsbewegung) im Interview vom 12.07.2005.

⁹⁰ Fernando López (Zivilgesellschaft) schreibt dies den Einflussversuchen der URNG zu, 07.09.05.

⁹¹ Interview mit Demetrio Cojtí, 21.01.05, ähnlich Genaro Serech, 13.01.05 (beide Maya-Bewegung).

⁹² Franco, Leonardo / Kotler, Jared: Combining Institution Building and Human Rights Verification in Guatemala: The challenge of buying in without selling out, in: Alice H. Henkin (Hrsg.): Honoring Human Rights: From Peace to Justice. The Aspen Institute. Washington 1998.

⁹³ Tom Königs, zum Zeitpunkt des Gesprächs Leiter von MINUGUA, 08.12.04. Ricardo Stein, Regierungsfunktionär unter Arzú, bestätigt deren generell passive Haltung zum Thema. 16.12.2005.

Der Beginn des Weges der VP 1997 liegt im Schicksal des Friedens eingebettet. Mit der Unterschrift unter die Verträge war nämlich ein qualitativer Wandel in den Beziehungen der Akteure verbunden. Schneller als erwartet, ordnete sich die Umsetzung der Friedensagenda aber in den nationalen Problemstau und die Realität einer Gesellschaft ein, die zwischen Beharren und dem Wunsch nach reformerischen Quantensprüngen hin und her gerissen war.⁹⁴

2.1. Friedensschwung und Vergangenheitspolitik (1997)

In dieser ersten Etappe trieb der Optimismus des Friedens die politische Praxis noch für eine Zeit voran. Noch im Januar wurde der Regierung auf der Sitzung der internationalen Beratungsgruppe in Brüssel 1,9 Milliarden USD Aufbauhilfe für den Fall versprochen, dass Guatemala – wie geplant – seine Steuerquote bis zum Jahr 2000 von acht auf 12 Prozent erhöhen würde. Der Frieden kostete Geld. Die geplanten Reformen in der Justiz, der Polizei und vor allem die beabsichtigten Sozialausgaben brauchten aber ein Investitionsvolumen, das die Regierung – vorerst, wie es hieß – nicht aufbringen konnte. Also sollten die Geber einspringen, bis nach und nach die Regierung mit neuen Einnahmen ihre Friedenspolitik selbst finanzieren konnte. Schon kurz danach aber begann der Finanzierungsplan zu bröckeln, weil sich Politiker aus dem Regierungssektor plötzlich nicht mehr in der Lage zu sehen glaubten, die Steuereinnahmen entsprechend zu erhöhen. Vielleicht nur sekundär, aber doch nicht minder interessant war die Tatsache, dass aber auch technische Probleme der Geber den sogenannten Mittelabfluss behinderten. Die Beispiele von Ricardo Stein, einem damit befassten Mitarbeiter der Regierung Arzú, lassen nur erahnen, wie sehr dies in den Prozess um den Frieden eingriff:

„Das Problem der Finanzierung ist eines beider Seiten, nicht nur unsere Unfähigkeit, die Gelder der Geber auch auszugeben, sondern auch die der Kooperation, das Geld dann zu geben, wenn sie sagt, dass sie es will. ... Die USA boten uns zum Beispiel 1,3 Millionen USD für das (dringend zu gründende) Sekretariat für den Frieden an. Die Vereinbarung wurde am 13. Januar 1997 unterschrieben, aber erst 18 Monate später ausgezahlt. Die Europäische Union bat uns 12 Millionen an, die erst 5 Jahre später (unter der nächsten Regierung) gezahlt wurden.“⁹⁵

Trotz dieser Probleme, in den ersten Monaten 1997 wurden die Angehörigen der URNG demobilisiert und neben dem Friedenssekretariat, SEPAZ,⁹⁶ auch andere Kommissionen und Institutionen des Friedens gegründet. Der Prozess kam voran. Bereits im Mai präsentierte die Regierung dem Kongress dann einen Vorschlag für das geplante Referendum zu den Verfassungsänderungen, die laut Friedensverträge vorzunehmen waren. Aber kaum eingereicht, begann das so entscheidende Reformwerk in einer extensiven Debatte zu versinken. Der Maya-Bewegung zum Beispiel, in COPMAGUA organisiert, gingen die für Guatemala bahnbrechenden und von den Eliten ohnehin skeptisch bis

⁹⁴ Eine breite Präsentation der Probleme bietet Jonas, 2000a: a.a.O. Anm. II/68. S. 265-399.

⁹⁵ Interview mit Ricardo Stein, 16.12.2005.

⁹⁶ Die spanische Abkürzung SEPAZ steht für *Secretaría de la Paz*.

ablehnend beäugten Kompromisse nicht weit genug. Sie begann, dem Reformpaket darüber hinausgehende Forderungen anhängen zu wollen. Jeder Sektor versuchte eigene Wünsche unterzubringen, auch die stärkste Oppositionspartei, FRG, des Generals Ríos Montt. Dabei stand die Partei dem verhandelten Frieden eigentlich negativ gegenüber, eine Haltung, die aufgrund des großen internationalen Engagements öffentlich aber nicht zu äußern gewagt wurde. Im Interview bekräftigt Lucrecia de Palomo diese Haltung:

„Für uns hatten die Verträge keinerlei Bedeutung, nicht einmal das Ende des Krieges hatte Bedeutung... wir hatten alle den Eindruck, das etwas unterzeichnet wurde, was gegen unser Denken stand.“⁹⁷

Nicht wenige Militärs sahen den Moment der Unterschrift als *Niederlage*,⁹⁸ viele andere empfanden stolz, jetzt ihre Pflicht erfüllt zu haben. An mehreren Stellen des Textes wurde zuvor schon offensichtlich, dass die Offiziere mehrheitlich zumindest Skepsis bewahrten. Die wurde aber wiederum von der Haltung beschwichtigt, vieles sei doch mehr aus Rücksicht auf die Geber unterschrieben worden.⁹⁹ Für den Moment der Unterschrift muss jedoch klar festgehalten werden, von ihrem Oberkommando geleitet, lehnte diese Mehrheit das Vertragswerk nicht ab.

Die Wähler selbst interessierten sich für eine demokratische Transformation per Unterschrift unter die Friedensverträge kaum. Sie bewegte in erster Linie die unmittelbare Kriminalität im Lande und in zweiter Linie ihre prekäre soziale Lage.¹⁰⁰ Und die Öffentlichkeit, die mediale Plattform der Politik? Hier hatte sich kurz nach dem 29.12.96 die Stimmung zwischen Presse und Regierung radikal verschlechtert. Statt des Friedensprozesses war jetzt die seit Jahren anhaltende Unsicherheit das prioritäre Thema. Die Presse warf Präsident Arzú Wortbruch vor, hatte dieser doch bei seiner Wahl angekündigt, schnell mit den Entführungen aufräumen zu wollen – ein Vorwurf, der dann in unverhältnismäßige Attacken beider Seiten ausartete. In dieser Stimmung hätte durchaus der Eindruck entstehen können, dass die Zukunft der Regierung zuallererst einen effizienten Kampf gegen die Kriminalität braucht.

2.1.1. Die Un-Sicherheitsfalle lässt nicht los (1997)

Dabei schienen die Weichenstellungen des Krisenjahres 1996 im Laufe von 1997, Erfolge nach sich zu ziehen. Das schnell gezimmerte Netzwerk von Geheimdienstorganen unter Kontrolle des militärischen EMP hob eine Entführerbande nach der anderen aus. Statt wie zuvor 420 wurden jetzt nur noch 170 Entführungen gemeldet – eine aber immer noch relativ hohe Zahl.¹⁰¹ Die Teilerfolge konnten auch nicht über das weitere Risiko hinwegtäuschen. Noch immer operierten im Land rund 600 kriminelle Banden mit schätzungsweise

⁹⁷ Interview mit Lucrecia de Palomo, FRG-Abgeordnete 2000-03. 07.03.2005.

⁹⁸ Z.B. Oberst Aníbal Barquero, aktiver Offizier in „Zivile Angelegenheiten“, Interview vom 09.07.03.

⁹⁹ Es hieß, die Mayas könnten die Einheit des Landes gefährden und die geplante Verfassungsreform der Armee die legale Stütze nehmen, sich in die Geschicke des Landes einmischen zu können.

¹⁰⁰ Siehe z. Beispiel: *Hernández Pico*, Juan: Terminar la guerra, traicionar la paz. Guatemala en las dos presidencias de la paz: Arzú y Portillo (1996 – 2004). Guatemala. FLACSO 2005. S. 55f.

¹⁰¹ Die Tageszeitung *El Periódico* veröffentlichte im Jahr 2000 noch weitere Zahlen. Wurden 1996 insgesamt 37 Banden ausgehoben, waren dies 1997 immerhin noch 19. *El Periódico*, 05.01.00, S. 2.

20.000 Mitgliedern.¹⁰² Der Kampf gegen die organisierte Kriminalität traf diese aber noch an anderer Stelle. Nach dem bereits erfolgreichen 1996 stieg die Menge beschlagnahmten Kokains im Folgejahr leicht auf 5448 kg an.¹⁰³ Nur die allgemeine Gewaltbereitschaft, ohnehin nicht im Visier der Geheimdienste, die konnte auf diese Weise eben nicht reduziert werden. Im Gegenteil erhöhte sich die Zahl der Morde 1997 um 10 % auf nie da gewesene 3998.¹⁰⁴

Aus Sicht der Regierung hatte ihr Erfolg die Entscheidung gerechtfertigt, in der Notlage das Militär mit allen Ressourcen der inneren Sicherheit in einem Verbund zu organisieren und – wie es hieß – den Aufbau der zivilen Sicherheitsorgane nicht zu Lasten der Effizienz zu vollziehen. Nun war 1997 der Frieden gekommen – und mit ihm auch die erhoffte Transformation?

Demokratische Polizeiarbeit zeichnet sich nach Glebbeek durch vier Kriterien aus: Sie muss (1) selbst die Gesetze einhalten sowie Menschen- und Bürgerrechte befolgen und (2) ihre Strukturen und Einsatzmethoden demilitarisieren, um autoritäres und gewaltsames Polizeiverhalten zu eliminieren. Sie hat (3) zudem transparent zu sein, irreguläre Polizeipraktiken zu vermeiden und muss für ihr Handeln strafrechtlich verantwortlich zu machen sein. Und schließlich geht es ihr (4) darum, die Beziehungen zu den Bürgern zu verbessern, damit Sicherheit nicht über Kontrolle und Repression, sondern – im Falle von Straftaten – über polizeiliche Ermittlungen und legale Prozesse aufrechterhalten werden kann.¹⁰⁵ Hier muss der Bürger kooperieren. In Anbetracht dieser beiden Extreme, dem kontrollierten, mit repressiven Maßnahmen abgeschreckten Bürger oder dem in einem Umfeld aus Recht und Gesetz agierenden und kooperierenden, kann es nicht verwundern, dass Glebbeek die Polizei als Schlüssel für die demokratische Konsolidierung sieht.¹⁰⁶

Die Praxis blieb aber auch 1997 ein Reformprozess aus zwei Güssen. Nach dem Friedensvertrag war vorgesehen, die Zahl der Polizisten bis zum Jahr 2000 auf insgesamt 20.000 anzuheben. Und über das quantitative Ziel hinaus war tatsächlich – im Sinne demokratischer Polizeiarbeit – geplant, die Kapazitäten der zivilen Sicherheitsorgane in Sachen Ermittlung und Informationsbeschaffung zu stärken. Höhere Anteile weiblicher und indigener Bevölkerung sollten die Polizei erneuern und den Menschen näher bringen.

Im Balanceakt zwischen kurzfristigen Notmaßnahmen und Akten langfristiger Transformation neigte sich aber schon im Polizeigesetz, nur sechs Wochen nach Friedensschluss verabschiedet, das Gewicht zu Ungunsten der Transformation. Zugunsten einer schnellen territorialen Ausdehnung wurde den alten Mitgliedern der schwachen und als korrupt und brutal verrufenen alten Nationalpolizei, PN, prinzipiell der Zugang in die neue zivile Nationalpolizei, PNC, erlaubt.¹⁰⁷ Evaluierungen wegen möglicher früherer Menschenrechtsverletzun-

¹⁰² Aus einer Studie des Forschungsinstituts FLACSO, zitiert in: *Glebbeek*: a.a.O. Anm. IV/29. S. 138.

¹⁰³ Zahlen von Nationaler Polizei und US-Botschaft, zitiert nach: *Inforpress*: 14.02.2003. S. 5.

¹⁰⁴ *MINUGUA*, 2004a: a.a.O. Anm. IV/32. S. 27.

¹⁰⁵ *Glebbeek*: a.a.O. IV/29. S. 45.

¹⁰⁶ *Glebbeek*: a.a.O. IV/29. S. 75.

¹⁰⁷ 90 % der alten PN wurden als Basis in die neue PNC aufgenommen. *Jonas*, 2000a: a.a.O. Anm. II/68. S. 290.

gen waren dementsprechend nicht vorgesehen. Statt sechs mussten sie die neue Polizeiakademie auch nur drei Monate lang durchlaufen. Aber wo ist die Grenzlinie für eine Reform, die kurz- und langfristige Maßnahmen aufeinander abgestimmt kombiniert? Ich sehe sie in der internen Struktur der Institution, der Bedeutung und dem Inhalt der Ausbildung sowie den Karrieremöglichkeiten der neuen unbelasteten Generation.

Aber auch hier Fehlanzeige: Schon im ersten Bericht zur Umsetzung der Friedensverträge kritisiert MINUGUA, dass sich das PNC-Gesetz von den Vorgaben des Abkommens unterscheide. In dem Gesetz spiele die Polizeiakademie kaum eine Rolle mehr, wichtige Aspekte der Ausbildung seien nicht vorgesehen.¹⁰⁸ Statt einer demokratischen Polizei wird in dem Gesetz das Selbstverständnis einer *bewaffneten Institution hierarchischer Natur* entworfen, die *mit strikter Disziplin geführt* wird. Glebbeek kommentiert, dass die neue Institution mit ihren betont zentralistischen Strukturen beinahe der Militärpolizei ähnele.¹⁰⁹ Soziale Organisationen kritisieren auch die Regeln zu Auswahl und Rekrutierung des Nachwuchses und die Tatsache, dass die Neuen den Mitgliedern der alten PN untergeordnet wurden¹¹⁰ und damit von deren Kultur dominiert werden könnten.

Die Ära des Friedens war erst einige Wochen alt, als ein Aufstand der ambulanten Militärpolizei, PMA, die Unzufriedenheit der Truppe verdeutlichte. Als Konsequenz wurden in den ersten sogenannten Recycling-Kurs neben den alten Polizisten und 40 Ex Militärs auch noch 180 Ex-PMA aufgenommen.¹¹¹ Das Resultat der Reformbemühungen: Mit einem deutlich erhöhten Haushalt dehnte sich die neue Institution quantitativ aus, vor allem in ihrer Personalstärke.¹¹² Tatsächlich wird darüber hinaus, Mitte des Jahres, auch der Versuch unternommen, zivile Ermittlungskapazitäten aufzubauen. Die Kriminalpolizei, SIC, wird gegründet und auch der polizeiliche Informationsdienst, SIP, damit beauftragt, die ohnehin von der Polizei gesammelte Information zu systematisieren.¹¹³ Dennoch, seit Mitte der 90er Jahre sind erst die PN und dann auch die PNC Hauptmenschrechtsverletzer in den Berichten der UNO-Mission. 1997 beklagt die UNO gar Anzeichen sozialer Säuberungen.¹¹⁴ Das sind in der Regel Morde von Seiten der Sicherheitskräfte gegen mutmaßliche Kriminelle oder Außenseiter der Gesellschaft. Trotz oder gerade wegen der Konzentration auf schnelle Effizienz, der Wandel hin zu einem neuen Polizeimodell bedeutete also auch viel Kontinuität. In Anlehnung an die Meinung der sozialen Organisationen der politischen Opposition in Guatemala wirft WOLA dem Prozess gar vor, unter Kontrolle der Armee abzulaufen. Die Gründe: (a) Ein Großteil der 40 Militärs in der PNC würde Offiziersposten übernommen haben, (b) die gemischten Patrouillen seien in der Regel von Soldaten dominiert und

¹⁰⁸ MINUGUA: 1. Informe del Secretario General. A/51/936 (15.01. – 15.04.1997). Ziffer 43.

¹⁰⁹ Siehe: Glebbeek: a.a.O. Anm. IV/29. S. 153.

¹¹⁰ Glebbeek: a.a.O. Anm. IV/29. S. 113.

¹¹¹ Wenig später verlangten Kriegsversehrte und Mitglieder der paramilitärischen PAC auch noch den ihrer Meinung nach verdienten Lohn für den erkämpften Sieg.

¹¹² Aus: Glebbeek: a.a.O. Anm. IV/29. S. 156.

¹¹³ SIC steht für *Servicio de Investigación Criminal*, SIP für *Servicio de Información Policial*.

¹¹⁴ MINUGUA, 1997b: a.a.O. Anm. VI/45, Ziffer 18.

(c) in Abwesenheit von Polizeiermittlungen käme die Information notwendigerweise vom einzigen Geheimdienst des Landes, dem militärischen.¹¹⁵ Man kann also wohl behaupten, dass die erneute Einstellung alter Polizeikräfte nicht nur der wahrgenommenen Notlage gehorcht, sondern auch mit einem anhaltend militärisch geprägten Sicherheitsverständnis einhergeht.

Noch einmal jetzt die Frage, aus welchen Gründen das Militär parallel zu den Friedensverträgen seine dominante Stellung in der inneren Sicherheit behielt. Die Antwort darauf wird jetzt komplexer. Ausgehend von der wahrgenommenen Zwangslage einer überbordenden Kriminalität im Nachkriegs-Guatemala war es der engere Zirkel rund um Präsident Arzú, der diese Entscheidung fällte.¹¹⁶ Dem zivilen Vorrang schien so Genüge getan, zumal die Polizei noch im Aufbau begriffen war. Überdies aber begünstigte das kulturell geprägte Bild einer Polizei als letztlich militärisch strukturierter Institution die Idee einer Zusammenarbeit mit der Armee. Einen konzeptionellen Widerspruch konnte die politische Führung darum nicht sehen. Die Militärführung auf der anderen Seite hatte ihr Interesse an der Polizeiarbeit zwar verloren, das geht aus Äußerungen der Verteidigungsminister Balconi und dann auch Barrios Celada hervor,¹¹⁷ sie sah sich zum Teil aber weiterhin als alleinige Kompetenz auf dem Gebiet der Sicherheit¹¹⁸ und verteidigte ihr Terrain im Bereich des Geheimdienstes. Vor allem aber, das bestätigt Jahre später Ex-Minister Balconi, wusste sie, *für sich zu nutzen, dass sie die Probleme der Regierung zu lösen hatte*.¹¹⁹ Die Frage ist nur, worauf sich dieser Kommentar bezieht, auf irgendein spezifisches Problem, den Umgang mit Prozessen vielleicht, oder die allgemeine Rücksichtnahme auf Militärinteressen? Wir sehen später mehr dazu.

Festhalten können wir bislang: Zu Beginn der Umsetzung der Friedensverträge, 1997, bestätigte und verfestigte eine Sicherheitspolitik, die der VP Möglichkeiten und Grenzen aufzeigte. Dieser Rahmen besteht vor allem (a) aus der wahrgenommenen Notlage im Bereich der Kriminalität, (b) der allseits geteilten Auffassung zugunsten autoritärer Sicherheitsvorstellungen, die (c) die personelle Kontinuität begünstigte und (d) der engen Verflechtung ziviler und militärischer Macht in der alltäglichen Kooperation.

2.1.2. Militärpolitik: zwischen Reform und Kontinuität

In der Sicherheitspolitik hatte sich 1997 ein Weg konsolidiert, der tiefgreifende Konsequenzen für den Umgang der Menschen mit der Vergangenheit haben musste. Aber auch die Militärpolitik könnte Zusammenhänge aufweisen, sei es als *Impact* der VP im Sinne des Politikzyklus, also als direkte Einwirkung oder Reaktion, oder als *Outcome*, als systemische Reaktion auf die VP, die wiederum auf die Militärpolitik zurückfällt.

¹¹⁵ Zitiert nach: Jonas, 2000a: a.a.O. Anm. II/68. S. 290.

¹¹⁶ Interview mit Michel Andrade, Ex-MINUGUA, 07.12.04.

¹¹⁷ In Gesprächen mit und aufgeführt bei Glebbeek: a.a.O. Anm. IV/29. S. 118.

¹¹⁸ General Edgar Leonel Godoy (11.11.05) meint, dass der Rückzug der Armee aus der inneren Sicherheit nur der internationalen Geber wegen in den Verträgen vereinbart worden sei. *Die zivile Kontrolle, das ist eine dumme Sache, die verstehen doch nichts davon*. Dieser Kommentar spiegelte sicher nicht die Meinung des damaligen Oberkommandos, aber doch eines erheblichen Teils der Armee wieder.

¹¹⁹ Zitiert nach Pásara: a.a.O. Anm. III/86. S. 336.

Es dürfte bereits klar geworden sein, wie sehr das Selbstverständnis der Offiziere jener Zeit vom bestätigenden Stolz auf das Geleistete dominiert und jeder Schatten auf das historische Eigenbild brüsk zurückgewiesen wurde. Insofern waren die Sorgen, im Zuge des Friedens an Macht zu verlieren und eventuell rechtlich verfolgt zu werden, zwar präsent, aber zugleich doch wieder weitgehend verdrängt. Dieser Hintergrund findet sogar in der Begrifflichkeit der Reformdiskussion seinen Niederschlag. Im Gefühl, des verdienten Sieges nachträglich beraubt werden zu sollen, fiel der Einstieg in die Diskussion schwer. Wie viele andere wehrte sich General Edgar Leonel Godoy empfindsam sogar gegen den Begriff der Rekonversion der Armee:

„Einmal sagte ich während der Friedensverhandlungen einem der Unterhändler, ‚sagen Sie mal, was meinen Sie eigentlich mit Rekonversion‘. ... Im Wörterbuch steht, dass da eine Sache in eine andere verwandelt wird, deshalb auch die Reform der Verfassung, ... dort sollte uns der Artikel gestrichen werden, der unsere Rolle im Staate festschreibt. Die Armee sollte nur noch ... die Grenzen des Landes verteidigen. (Zugleich verständnislos und verärgert sagt er:) Die wollten die Armee langsam in eine unnütze Institution verwandeln, damit sie dann aufgelöst wird ... dabei sind wir die Reserve des Staates. ... Wir innerhalb der Armee reden also nur von Anpassung (an die neuen Umstände).“¹²⁰

Sowohl Godoy als auch Balconi betonten, dass die Armee kleiner werden musste und nach dem Frieden neue strategische Ziele zu definieren hatte, um nicht aus dem Tritt zu geraten. Sie hatte aber selbst zu definieren, *welche die künftigen Bedrohungen sein können und die neuen Herausforderungen an die Sicherheit.*¹²¹ Einmischung von außen, von der UNO-Mission oder etwa der Zivilgesellschaft, lehnte Godoy strikt ab. Der Haushalt oder die eigene Doktrin, das seien ihre *internen Angelegenheiten*. Die Regierung scheint diesen Drang nach Unabhängigkeit nicht gebremst zu haben. Tatsächlich gibt Porras zu, dass die *Militärreform nach dem Frieden für uns kein Thema* war. Das sei doch alles in den Verträgen ausgemacht und die *Führung hätte sich verpflichtet*, dies auch umzusetzen.¹²² Ein Kommentar von Godoy lässt vermuten, dass die Regierung die autonomen Bestrebungen der Armee sogar gestützt hat:

„Die Reform begann schon direkt nach der Unterschrift unter das Abkommen (zur Funktion der Armee, nicht erst mit Friedensschluss). Präsident Arzú wollte das so, damit die Umstellung kein so großer Schlag würde und Schritt für Schritt unter eigener Kontrolle vonstatten gehe.“¹²³

Die Reduzierung des Militärhaushalts und der Personalstärke um je ein Drittel, die Neustationierung und Neuausrichtung der Funktion, dies alles in dem Abkommen niedergeschrieben, darüber sollte die Armee in der Praxis selber bestimmen? Bei Innenminister Mendoza, ein enger Vertrauter des Präsidenten, klingt dies aber doch etwas anders:

¹²⁰ Interview mit Edgar Leonel Godoy, 11.11.2005.

¹²¹ Interview mit Edgar Leonel Godoy, 11.11.2005.

¹²² Interview mit Gustavo Porras, Präsidialamt, 04.04.2007.

¹²³ Interview mit Edgar Leonel Godoy, 11.11.2005. Balconi bestätigt, *wir mussten transformieren, bevor andere dies für uns tun ... damit es für uns nicht traumatisch wird.* 15.11.05.

„(Zur Frage, ob auch die Zahl der Offiziere reduziert werden sollte oder nur die Truppe:) *Ich hatte da eine Befürchtung, wenn man den Offizieren einen glorreichen Abgang ermöglichen würde, dann könnten am Ende die besten gehen und die schlimmsten bleiben. So haben Gustavo Porras und ich gedacht. Aber gleichzeitig muss man anerkennen, aus Sicht des Präsidenten, wenn er die Reduzierung mit Offizieren erzwingt, dann könnte es Probleme geben (mit der Armee) ... Das ist Realpolitik.*“¹²⁴

Damit scheint die Kriminalität sogar auch die Reformbereitschaft der Regierung zu Fragen der Militärpolitik beeinflusst zu haben. Die zivil-militärischen Beziehungen jener Zeit waren von einem Willen um formalen Vorrang genau dort bestimmt, wo die wesentlichen Interessen der Regierung lagen. Darüber hinaus wurde die Autonomie der Armee gestützt, um sich einen wichtigen Helfer zu sichern, ohne ihn politisch zu konfrontieren. Man könnte wohl auch von einer gehüteten Machtbalance unter formaler Führung der Zivilisten sprechen. Effektive Unterordnung kam der Regierung dabei nicht in den Sinn, sei es, weil dies (wie im Falle der Amnestie) kaum durchzusetzen war und auch, weil der Sinn dieses Konzepts – kulturell bedingt – nicht ausdrücklich nachvollzogen werden konnte.

Gerade die Frage, ob die gesamten Streitkräfte, also auch die Offiziere, in ihrer Zahl reduziert werden sollte, ist für uns noch aus einem anderen Grund interessant – nämlich warum die Armee zu dieser Idee Nein sagt. Dazu General Godoy:

„*Darüber (zur Reduzierung) wurde intern viel diskutiert. Wir hörten sogar, dass die Länder, die den Friedensprozess unterstützt hatten, den Offizieren, die gingen, viel Geld geben wollten. Aber was uns nicht gefiel, das war, dass sie dabei von einer Säuberung der Armee sprachen. Denn wir innerhalb der Armee, so wie alle Armeen, betreiben einen ständigen Säuberungsprozess.*“¹²⁵

Diese Entscheidung hatte Folgen, weil die nach der Reduzierung relativ höhere Zahl an Offizieren Haushaltsmittel band und so dauerhaften Druck ausübte. Hohe Personalkosten bei geringer Investitionsquote schufen ein Gefühl von Stillstand. In jedem Fall können wir es nach dem Kommentar dieses hohen Offiziers als nachgewiesen betrachten, dass die VP den Fortgang der Reformen in der Militärpolitik zwar nicht dominierte, aber doch belastete. Repräsentanten der progressiven Flügel der Regierungen Arzú und Portillo kommen unabhängig voneinander zu demselben Ergebnis. Edgar Gutierrez, ehemals Chef der Wahrheitskommission REMHI und Minister der Regierung Portillo:

„*Die Armee weigerte sich, Machtquoten aufzugeben, weil sie nicht nur befürchtete, dies würde ihr als Schwäche ausgelegt, sondern auch, weil Menschenrechtsprozesse im Anmarsch sein könnten*“¹²⁶

¹²⁴ Interview mit Rodolfo *Mendoza*, Innenminister in der Regierung Arzú, 14.11.2005.

¹²⁵ Interview mit Edgar Leonel *Godoy*, 11.11.05. *Balconi* hingegen nennt mir nur die öffentliche vertretene Begründung, das Militär habe zu wenige Offiziere in seinen Reihen gehabt. 15.11.05.

¹²⁶ Interview mit Edgar *Gutierrez*, 17.04.2007.

Die VP spielte in der Formulierung der Militärpolitik also wohl doch eine Rolle, wenn auch keine primäre. Der damalige Minister betont andere Motive, wenn er zum Beispiel von der Neustationierung des Personals zum Schutze der Grenzen spricht. Die sei kurz nach dem Frieden seine Hauptsorge gewesen:

„Das bedeutete Offiziere ohne Posten zu lassen. Und klar die Jugend, die darauf wartete, dass es Stellen gebe, damit sie aufsteigen könnten, für sie wäre es schwerer gewesen... (Wir sahen) Das konnte ernste Probleme innerhalb der Armee mit sich bringen.“¹²⁷

Wir entschieden uns darum dafür, sagt Balconi, statt der ursprünglich geplanten 8 Kommandos erst einmal nur vier zu schließen. Man musste *langsam vorgehen*. Der institutionelle Bestand der Armee, die Suche nach interner und externer Machtbalance (zwischen Regierung und Armee) und die Verteidigung der eigenen Geschichtsvision, diese Motive machten den Reformprozess in Sachen Militär schon anfangs sehr schwierig. Balconi, von Beginn bei den Verhandlungen präsent, war es aber nicht beschieden, den zähen Weg der Transformation zu Ende zu bringen. Die interne Diskussion lief gerade erst an, als mit ihm das gesamte Oberkommando ausgetauscht wurde. Beobachter jener Zeit befürchteten sofort negative Konsequenzen für die Transformation.

2.1.3. Die Justiz unter Krisendruck

Ähnlich wie der Sicherheitssektor stand auch das Justizsystem Anfang 1997 vor einem schweren Dilemma. Einerseits hatten die Friedensverträge einen Weg vorgeben wollen, dessen Komplexität in seiner Breite noch lange nicht erfasst werden konnte. Gleichzeitig aber sah sich das Justizsystem, OJ (Organismo Judicial), einer schon in dieser Phase akkumulierten Frustration gegenüber, dass es sich – wie die Polizei – nämlich nicht zu eignen schien, die Unsicherheit zu stoppen. Als von der Militärdiktatur und der kontrollierten Demokratisierung geprägte Institutionen, waren beide im Moment des Ab-, Um- und Aufbaus bereits von der Realität überrannt. Das hatte in der Praxis Konsequenzen für die Reform.

Eigentlich hatten die Unterhändler in dem Abkommen mit dem endlosen Titel, *Stärkung der zivilen Macht und Funktion der Armee in einer demokratischen Gesellschaft*, eine breite Vision bewiesen. Sie schienen eine unabhängige und moderne Justiz zum Ziel zu haben, ohne die besonderen Probleme Guatemalas auszublenden – die Korruption und die Fähigkeit illegaler Sicherheitskräfte, Einfluss zu nehmen. Das Ziel war definiert, nun sollte sich eine Kommission zur Stärkung des Justizsektors um das Wie kümmern – ein lang angelegter Prozess, der aber keine Antworten für die aktuelle Notlage beinhaltete. Der Autor Luis Ramírez fasst die Vorschläge des Abkommens zusammen:¹²⁸

1. Die Justizkarriere soll die Unabhängigkeit der Richter gewährleisten.
2. Eine Verfassungsreform soll die Unabhängigkeit der Justiz garantieren, das indigene Recht anerkennen, Zugang zur Justiz in verschiedenen Sprachen und alternative Konfliktlösungen erlauben.

¹²⁷ Interview mit Julio Balconi, 15.11.2005.

¹²⁸ Ramírez García, Luis: Reforma Judicial en Guatemala. IECCP. Unveröffentlichtes Manuskript. O.J.

3. Eine öffentliche Strafverteidigung sei einzurichten.
4. Reformen zum Strafrecht sollten Korruption, Drohungen und Einschüchterungen von Justizpersonal besonders berücksichtigen.
5. OJ, Staatsanwaltschaft und öffentliche Strafverteidigung sollten über ausreichende Mittel verfügen.
6. Man brauche einen Plan zum Schutz von Richtern und Staatsanwälten.
7. Und eine Kommission zur Stärkung der Justiz sei einzurichten.

Der Druck der Unsicherheit ließ auch der Justiz keine Zeit: Nur Tage nach der Unterzeichnung des Friedens, mit dem sogenannten Botrán-Mord, forderte der Privatsektor bereits Sofort-Maßnahmen. Ob die Reform aber dynamisch oder träge eingeschätzt wird, dies hängt von den Erwartungen ab. Ramírez betont den Schwung, den der Frieden in die Diskussion gebracht habe.¹²⁹ Aber gemessen an den Bedürfnissen der Notlage könnte man sie gleichzeitig auch träge nennen. Die Reform war nämlich an Kommissionen und Gesetze gebunden, deren Diskussion noch lange andauern sollte. Der Haushalt der Anklagebehörde wuchs 1997 um 35 %, der der Justiz hingegen nur um rund 5 %.¹³⁰ In erster Linie wurde das Geld in höhere Gehälter und den langfristigen Ausbau der Gerichte investiert, ihrer Zahl und Ausstattung. Als Meilenstein gelang im Dezember, die Einrichtung einer Institution, die Rechte der Angeklagten schützen sollte – die öffentliche Strafverteidigung.

Langfristige Transformationen können keine schnellen Ergebnisse erwarten, aber die Reform fand nicht einmal ungeteilte Zustimmung. Die Interviewpartner sind sich darin einig, dass ein Großteil der (Obersten) Richter und Staatsanwälte die Reform zumindest nicht in ihrer ganzen Tragweite nachvollziehen konnte, nicht wenige legten ihr gar Steine in den Weg.¹³¹ Pásara schreibt, dass 1997 mehr als die Hälfte der ausübenden Richter 10 Jahre und mehr im Amt gewesen seien.¹³² Damit will er wohl darauf hinweisen, dass diese bereits in Zeiten der Militärdiktatur Recht gesprochen hätten. Die durchweg konservativen Obersten Richter hätten das *Konzept der Menschenrechte*, so wichtig für die moderne Justiz, zudem lange Zeit *als Links angesehen*,¹³³ wohl eine Folge der Zeit der Friedensverhandlungen, während derer die Guerilla dank ihrer Argumente zur Lage der MR in Guatemala große Fortschritte machte. Ich frage Ortiz Moscoso: *Bedeutet dies, dass die große Mehrheit der Angestellten und Funktionäre des Justiz-Sektors noch keine kritische Distanz zu ihrer Vergangenheit hatten?*

„In gewisser Weise. Es gab niemals eine Reflektion der Anwälte im Allgemeinen und des Justizsystems im Besonderen zur Frage der eigenen Verantwortung in der Militärdiktatur. Denn dort schützten sie das Militär und

¹²⁹ Interview mit Luis Ramírez, Zivilgesellschaft zum Justiz-Thema, 05.10.2005.

¹³⁰ PNUD, 2003: a.a.O. Anm. IV/4. S. 348ff.

¹³¹ Z.B. Arnoldo Ortiz Moscoso (05.10.05) damals Präsident der Kommission zur Stärkung der Justiz. Auch andere waren dagegen, sagt Luis Ramírez. Immerhin sollten die Eliten ihren traditionellen Einfluss in einer Zeit abgeben, in der die Transformation für sie unkalkulierbare Risiken brachte. 05.10.05.

¹³² Pásara, 2002: a.a.O. Anm. III/140. S. 101-125.

¹³³ Interview mit Carmen Aida Ibarra, Stiftung Myrna Mack, 29.09.2005.

*die Interessen der ökonomischen Elite. Wir beschäftigten uns damit, dem System Legalität zu geben und schufen Gesetze, die den Privatbesitz extrem in jetzt unvorstellbarem Maße schützten. Heute kann man zumindest darüber debattieren (aber anerkannt haben sie ihre Verantwortung noch immer nicht, so Ortiz).*¹³⁴

Insofern, fügt Ortiz hinzu, waren die Justizverantwortlichen in dieser Phase auch nicht für Kritik der UNO-Mission oder der sozialen Organisationen offen. Aber nicht nur Anwälte und OJ zeigten sich direkt nach dem Frieden kulturell noch von historischen Konfrontationen beeinflusst. Die sozialen Organisationen auf der anderen Seite schienen ebenso sehr betroffen. Nach Ortiz sei ihre Kritik maßlos und so nicht hilfreich gewesen.¹³⁵ Luis Ramírez, selbst diesen Organisationen nahe, gibt zu, dass die *Justizreform nicht Teil des Diskurses der Menschenrechtsbewegung* war.¹³⁶ Wie auch: Als Helfer der Armee im Kriege konnte sie kurz nach Kriegsende weder unparteiisch sein, noch als solche gesehen werden. Damit aber gaben die sozialen Organisationen mehrere Möglichkeiten aus der Hand, die Chancen der von ihnen angestrebten justiziellen Aufarbeitung frühzeitig zu untermauern. Als die Diskussion um den Zeugenschutz geführt wurde, waren die Gruppen durchaus *einverstanden*, sagt William Ramírez, aber weder engagierten sie sich, noch debattierten sie intensiv. Monate später bei der Debatte um die Kronzeugenregelung dann dasselbe Bild. Das Thema wurde nicht bearbeitet – aus zwei Gründen:

*„In Guatemala ist ein Verbrecher ein Verbrecher, so sieht das auch die Menschenrechtsbewegung. (Außerdem) wegen des Konflikts, den Guatemala erlebte, hat die Mehrheit der Bewegung kein Vertrauen in Schutzmechanismen, die der Staat anbieten könnte. ... Man sagte, das wird nicht funktionieren, das ist die Regierung, die werden viele Spione haben, wie soll mich derjenige beschützen, der meine Rechte verletzt“.*¹³⁷

Nur, mit derselben Logik könnte man ebenso sagen, wie soll ein Staat Verantwortung einklagen, wenn er selbst verwickelt ist. Und welchen Sinn hat VP, wenn man sie einfordert, aber doch zu wissen glaubt, dass sie keine Erfolge haben wird, noch die dafür nötigen Reformen begünstigt? Die Menschenrechtsbewegung als beinahe einzig an der VP Interessierter, erschwerte sich die rechtsstaatliche Aufarbeitung der VP auch selbst. Bleibt nur noch die hier entscheidende Frage nach dem Verhalten der Regierung zur Justizreform und seinen Motiven. Gustavo Porras:

*„Die Justiz war unabhängig. Wir konnten den Präsidenten des Obersten Gerichts nicht mal eben anrufen. **Für uns war die Justiz-Reform kein besonderes Thema** (Vom Autor herausgehoben).*¹³⁸

¹³⁴ Arnaldo Ortiz Moscoso, 05.10.2005. Früh erkannt wurde auch ein zweites Problem – die Korruption. Die Tageszeitung El Periódico veröffentlichte im September 1997 einen Artikel, nach dem in nur acht Monaten gegen jeden dritte Richter eine oder mehrere Anzeige erhoben wurden. Auch gegen mehr als 1.000 andere Funktionäre des OJ lägen Anzeigen vor. *El Periódico*, 04.09.1997. Seite 2.

¹³⁵ Arnaldo Ortiz Moscoso, 05.10.2005.

¹³⁶ Interview mit Luis Ramírez, 05.10.2005.

¹³⁷ Ebenda.

¹³⁸ Interview mit Gustavo Porras, 12.09.2005.

Welch eine Parallele: Auch in der Militärpolitik hatte die Regierung sich nicht eingemischt. Dabei gab es in diesem Fall aber ein Interessengemenge aus Rücksichtnahme und mangelnder Überzeugung, dies tun zu müssen. In der Justizpolitik liegt mir für eine solche Mischung keine Information vor. Zwar begann nach Angaben von MINUGUA die politische Unabhängigkeit der Justiz in jenen Jahren zu leiden. Aber die Regierung war dafür nicht unbedingt verantwortlich zu machen. MINUGUA attestiert ihr sogar, sie würde ihrer *Pflicht weitgehend nachkommen, die Unabhängigkeit zu garantieren*.¹³⁹ In den institutionellen Ausbau des Systems mischte sich auch die Armee nicht nennenswert ein. Viel größere Gefahren gingen hingegen von Drohungen, Attentaten und Einschüchterungen aus, unter denen Richter und Staatsanwälte nach Abschluss der Friedensverträge ganz plötzlich vermehrt litten. Die Stiftung Mack spricht für 1997 von 53 Fällen.¹⁴⁰ Den mangelnden System-internen Respekt vor der Unabhängigkeit habe ich bereits dokumentiert. Dennoch, gerade unter den Bedingungen der Welle der Gewalt, ist es kein gutes Zeichen, wenn die Regierung kein explizites Interesse an der Justiz-Reform zeigt.

2.1.4. Vergangenheitspolitik zwischen Hoffnung und Sorge

Friedensschwung, so hatte ich die Monate nach der Unterzeichnung der Verträge qualifiziert. Tatsächlich schien der Frieden in seiner Anfangszeit, als es insbesondere um technische Bestimmungen zur Entwaffnung und Reintegration der jetzt Ex-Guerilla ging, sehr gut voranzukommen. Die öffentliche Missstimmung mit der Regierung und andere Signale tun dieser Tendenz keinen Abbruch. Es sind diese Monate des Jahres, vor allem das 1. Halbjahr, in denen die UNO-Mission ausdrücklich eine erhebliche Verringerung der Menschenrechtsverletzungen von Seiten des Staates lobt,¹⁴¹ ein deutliches Zeichen für die sich entspannende Lage.

Wie angesichts der Dynamiken eigentlich nicht anders zu erwarten, blieb die gewaltsame Vergangenheit von der Regierung zunächst beinahe unerwähnt. Nur die Wiedergutmachung für die Opfer des Konflikts fand eine gewisse Beachtung, sagt María Ramírez, damals in FONAPAZ damit beschäftigt.¹⁴² Dieser Nationale Friedensfonds sah das Thema trotz Desinteresses der Regierungspartei vor. Die Regierung hatte jedoch *Angst vor dem Thema*, wegen seiner potentiellen Kosten, erklärt Ramírez. *Wenn einer begünstigt würde, dann kämen plötzlich tausende*, so habe man befürchtet. *Außerdem waren die meisten Betroffenen nicht gerade Wähler dieser Regierung*. Ein Wechsel an der Spitze der Institution habe dann aber mit den Programmen, die mit dem Frieden zu tun hatten, auch das Thema der Wiedergutmachung gestoppt.¹⁴³

¹³⁹ MINUGUA, 1997b: a.a.O. Anm. VI/45. Ziffer 45. Helen Mack und Ibarra stimmen darin überein, dass die Politisierung der Justiz unter Arzú noch weit fortgeschritten war. 13.09 und 29.09.2005.

¹⁴⁰ Zitiert nach: INECIP (Instituto de Estudios Comparados en Ciencias Penales y Sociales): *Violaciones a la Independencia Judicial en Centroamérica*. Informe ante la Comisión Interamericana de Derechos Humanos. 2004. S. 9f.

¹⁴¹ MINUGUA, 1997b: a.a.O. Anm. VI/45. Ziffer 80 f.

¹⁴² Interview mit María Ramírez, lange in staatlichen Institutionen mit dem Thema befasst. 02.07.03.

¹⁴³ Verteidigungsminister Balconi sagt, er habe ein Projekt zur lokalen Versöhnung gestartet. Täter und Opfer sollten näher gebracht werden, aber *nur sehr wenige Täter waren bereit, mitzumachen*. *Viele angebliche Opfer waren zuvor auch Täter*. Interview vom 22.02.2005.

Auf Seiten der sozialen Organisationen hingen vergangenheitspolitische Vorstöße davon ab, ob Gelegenheiten und eine nötige politische Basis ausgemacht werden konnten. Generell war die soziale Basis dafür aber gering. Der Soziologe Edelberto Torres Rivas:

„Es gab keine Front gegen den Krieg, nicht einmal gegen die Menschenrechtsverletzungen und auch keine massive Antwort von Seiten der Gesellschaft.“¹⁴⁴

Und jene, die die Vergangenheit nicht ruhen lassen wollten, die kamen meist aus dem Umfeld der Guerilla. Fernando López, Menschenrechtsbewegung:

„Ehrlich gesagt, am meisten Kraft und Ausdauer, um die Fälle des Konfliktes zu verfolgen, hatten diejenigen, die während des Konflikts am besten organisiert waren, das heißt, wo es irreguläre lokale Kräfte gab und lokale Komitees im Untergrund, all diese waren Basis der Guerilla, aber nicht unbedingt bewaffnet.“¹⁴⁵

Dieses von den Organisationen meist verschwiegene Detail ist dem Militär nur zu bekannt. Die Suche nach Gerechtigkeit – darin fühlen sie sich aus diesem Grunde bestätigt – ist für sie darum nichts anderes als die *Rache der Besiegten*. Dabei gibt es für diesen Umstand aber auch ganz andere Gründe. Mynor Melgar, jahrelang Anwalt der Menschenrechtsbewegung, nennt zwei davon:

„Die Betroffenen haben kein Vertrauen zur Regierung. Aber einem Vertreter einer Menschenrechtsgruppe (der selbst oft der Linken nah steht) wagen sie sich zu öffnen. Und je besser die Menschen außerdem organisiert sind, desto eher halten sie dem Druck des Themas auch stand.“¹⁴⁶

Auch ohne massive Antwort, die Chancen auf eine offensive VP schienen sich verbessert zu haben. Dieser Eindruck entsteht zumindest, wenn man die gewachsenen Empfindsamkeiten der Militärs betrachtet. Quer durch die Sektoren entstanden nämlich – je nach Perspektive – Befürchtungen vor oder Hoffnungen auf einen wahren Erdrutsch in dieser Frage. Ein Offizier:

„Mit dem Frieden verband ich (1997) die Hoffnung, dass wenigstens der Krieg aufhören würde. Aber ich war besorgt, dass ich einige Waffenbrüder nicht wiedersehen würde, die eventuell ins Gefängnis müssten. Aber das war deren Sache, hatte also nichts mit der Armee an sich zu tun.“¹⁴⁷

Balconis Versuch, institutionelle von individueller Verantwortung zu trennen, schien – zumindest bei einigen – gefruchtet zu haben. Dieser Offizier glaubte andererseits offenbar nicht, was ihm und seinen Kollegen angeblich zu vermitteln versucht wurde. Wenn es denn überhaupt zu Prozessen käme, dann vielleicht nach Ablauf von 40 Jahren, so hatte man Soldaten und Offizieren zum Abschluss des Gesetzes zur Wiederaussöhnung erzählt.¹⁴⁸

¹⁴⁴ Interview mit Edelberto Torres Rivas, Soziologe, 15.12.2005.

¹⁴⁵ Interview mit Fernando López, Anwalt in der Menschenrechtsbewegung, 07.09.2005.

¹⁴⁶ Interview mit Mynor Melgar, zeitweise Anwalt der Menschenrechtsbewegung, 10.10.2005.

¹⁴⁷ Interview mit einem Offizier, der nicht mit Namen genannt werden will. Nr. 24/2005.

¹⁴⁸ Víctor Hugo Godoy, COPREDEH-Chef unter Portillo, hat dies nach eigenen Angaben von mehreren Offizieren gehört. Interview vom 08.07.2005.

Auch Rudy Monterroso von der Menschenrechtsbewegung und die Abgeordnete der Christdemokraten, Villegas, sahen Menschenrechtsprozesse nahen:

*„Wir dachten, das würde sofort beginnen. Wir in der Partei sagten, ‚das wird explodieren, in Kürze wird es Prozesse geben‘, aber wir warteten und nichts geschah.“*¹⁴⁹

Während der neue Sonderrechtsbereich des Militärs und das anschließende Aussöhnungsgesetz – aus Sicht von Regierung und Oberkommando – die Grundlagen für eine neue verantwortungsbewusste Demokratie boten, ohne die offizielle Seite zu verurteilen oder durch zahlreiche Prozesse aus dem Gleichgewicht zu bringen, sprossen gleichzeitig am Rande wilde Annahmen. Der Nährboden für Unberechenbarkeiten war bereitet.

Die sozialen Organisationen machten derweil öffentlich mit ihrem Engagement von sich reden, die justizielle Aufarbeitung als Möglichkeit offen zu halten. Sie kämpften gegen eine de facto Amnestie. Helen Mack zum Beispiel fand sich mit dem etwas restriktiven Gesetz zur Wiederaussöhnung ab, bat aber die UNO-Mission darum, die Richter zum Umgang mit diesem Gesetz auszubilden.¹⁵⁰ Mit Erfolg, denn die Richter wandten das Dekret mehrere Jahre lang gut an, sagt William Ramírez.¹⁵¹ Andere Gruppen der Allianz gegen die Straflosigkeit hingegen wollten das Gesetz nicht akzeptieren. Noch im Januar klagten sie vor dem Verfassungsgericht – und verloren.

Aus Sicht der Regierung muss sich die VP jener Zeit jedoch im angestrebten restriktiven Rahmen gehalten haben. Denn den Prozessen wegen Menschenrechtsverletzungen des Krieges war 1997 grundsätzlich kein anderes Schicksal beschieden, als in den vergangenen Jahren des vornehmlich politischen Krieges. Zwar nahm die Zahl der Exhumierungen mit der Dynamik des Friedensprozesses zu,¹⁵² aber dennoch blieben Massaker-Fälle vor Gericht die absolute Ausnahme. Im Jahr 2000 veröffentlichte MINUGUA Daten. Von 77 bis dahin absolvierten Exhumierungen war es nur in zweien zu einem Verfahren gekommen.¹⁵³ Dabei hatte man in 20 Fällen die Täter schon vorab identifiziert können. Ein Blick in die MINUGUA-Berichte hinterlässt den Eindruck, dass eher die Zahl der Verfahren zu selektiven Morden leicht angestiegen war.

Zu den Gründen für diese Stagnation müssen auch das Verhalten und die äußeren und inneren Zwänge der Justiz gezählt werden. Fredy Peccerelli von der Stiftung für Forensische Anthropologie, FAFG, sieht in einigen Exhumierungsfällen die Persönlichkeit des Staatsanwalts als entscheidend an. Wie auch die UNO weist er darauf hin, dass manche Exhumierungen erst sieben Jahre nach dem entsprechenden Antrag genehmigt worden seien.¹⁵⁴ Eigentlich müssten danach aber Ermittlungen aufgenommen werden, denn die Opfer wurden

¹⁴⁹ Interview mit Ana María Villegas de Fortín, DC-Abgeordnete (1996-99), 01.07.2005.

¹⁵⁰ Interview mit Helen Mack, Stiftung Myrna Mack, 06.07.2005.

¹⁵¹ Interview mit Willam Ramírez, Zivilgesellschaft, 28.09.2005.

¹⁵² Wurden von 1992-95, also in vier Jahren nur 13 Exhumierungen bstatgegeben, waren es 1996 allein 12. Im ersten Jahr des Friedens, 1997, stieg die Zahl sogar auf 20. S. MINUGUA, 2000d: Informe de Verificación. Procedimientos de Exhumación en Guatemala (1997-2000). Guatemala. Tab. 2.

¹⁵³ *Ebenda*: Ziffer 47f.

¹⁵⁴ Interview mit Fredy Peccerelli, 19.07.2005. MINUGUA, 2000d: a.a.O. Anm. VI/152. Ziffer 44. FAFG steht auf Spanisch für *Fundación de Antropología Forense*.

offensichtlich umgebracht. Selbst wenn die Exhumierungen ohne Probleme vorstatten gingen, präzise an dieser Stelle, nach der Exhumierung, stoppt der Prozess aber immer und immer wieder. MINUGUA suggeriert deshalb, dass hier eventuell eine Anordnung von oben vorliege, denn ohne Ermittlungen gibt es auch keine Anklage.¹⁵⁵ Mynor Melgar, selbst über Jahre Anwalt der Menschenrechtsbewegung, kennt die Anklagebehörde, MP, von innen:

„Man muss da einfach den Kontext sehen. Mit der Justizreform von 1994 wird dem MP eine wichtige Rolle zugesprochen. Man sagt einfach, bum, sie sind ab jetzt dafür zuständig... (sie war aber) eine mit Machtapparaten hoch infiltrierte Organisation. Im Kontext des Krieges braucht man Leute die Information beschaffen und eine Säuberung gab es nicht... Das MP war und ist infiltriert, hat kein Geld und muss sich um Aufgaben kümmern, die über seine Fähigkeiten hinausgehen.“¹⁵⁶

Eine überforderte und ehemals von faktischen Mächten, vor allem der Armee, infiltrierte Behörde, da muss nach Ansicht von Melgar kein Befehl von oben vorliegen, um das Verfahren immerfort an derselben Stelle zu stoppen. Ohne Begleitung durch NGO's kommen die Verfahren nicht einmal erst zustande. Damit ist der Option für eine justizielle Wiederaufarbeitung schon an dieser Stelle Druck genommen.¹⁵⁷

Die Verfahren, denen der Gang vor Gericht gelungen war, machten laut UNO-Mission aber auch keine Fortschritte. Das Justiz-System zeige sich *nach wie vor unfähig*.¹⁵⁸ Einzige Ausnahme: der Fall Mack. Trotzdem, auch wenn es der Schwester des Opfers, Helen, 1996 mit der Neuregelung des militärischen Sonderrechtsbereichs gelungen war, die Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit abzuschaffen, konnte der Vorzeigefall noch immer nicht aufgenommen werden. Der erste vom Obersten Gerichtshof eingesetzte zivile Richter, so sagt Ibarra (Stiftung Mack), war leider dem Militär sehr nah¹⁵⁹ und so vergingen die Jahre 1996 und 1997. Neue oder alte Strafprozessverfahrensordnung und Amnestie für die Angeklagten oder nicht, das waren die Fragen, die das Justizsystem über alle Instanzen hinweg zu entscheiden hatte. In diesem und in anderen Fällen und gleichfalls durch alle Instanzen, die exzessive Nutzung von Einsprüchen lähmte zahlreiche Menschenrechtsprozesse.

Die Gründe, warum die Fälle nicht vorankommen, sind sehr unterschiedlich. Insgesamt 15 Einsprüche machten den Beginn der Debatte im Massaker-Fall Xamán¹⁶⁰ erst drei Jahre später möglich. Die Armee, nachdem sie nach der Tat 1995 die Spuren hatte verwischen wollen und Überflüge von Militär-Hub-

¹⁵⁵ MINUGUA: Informe de Verificación: La verificación del debido proceso en los casos de masacres cometidas durante el enfrentamiento armado interno. November 2004. Verónica Puente, im Moment des Interviews Angestellte von MINUGUA, spricht den Verdacht deutlich aus. 16.09.2004.

¹⁵⁶ Interview mit Mynor Melgar, 10.10.2005.

¹⁵⁷ Auf die Diskussion, aus welchen Gründen es keinen Druck gab, möchte ich mich hier nicht im Detail einlassen. Aber sicherlich spielten der mangelnde Organisationsgrad der Opfer eine Rolle, ihre spätere Vermischung mit dem Täterbewusstsein, die Armut, der politische Aufbruch der Mayas, die andere Prioritäten haben und die Ausgrenzung dieser Menschen an sich.

¹⁵⁸ MINUGUA: 8. Informe sobre Derechos Humanos. A/52/757. Guatemala 1998. Ziffer 74.

¹⁵⁹ Interview mit Carmen Aida Ibarra, 23.09.2005.

¹⁶⁰ Siehe Kapitel VI/2.3.4.

schraubern die Überlebenden einschüchterten, ließ über ihre Anwälte auch offensichtlich chancenlose Einsprüche einlegen – nur um das Verfahren zu verzögern. Im November 1997 zum Beispiel überreichte die Verteidigung zum wiederholten Male einen Einspruch mit der Begründung, ein Teil der Akte sei verschwunden. Dabei war diese Frage schon gelöst worden. Und wieder war der Beginn der Debatte verschoben. Interessant ist aber, dass die UNO-Mission generell die *Praxis der ausgedehnten Nutzung der Einsprüche* kritisiert, um Prozesse zu verzögern und erst später hinzufügt, dass dies *auch* (also nicht nur) *Fälle schwerer Menschenrechtsverletzungen betrifft*.¹⁶¹

Im Februar nahm MINUGUA eine Anzeige der Stiftung Menchú an, nach der die drei Anwälte der Armee einige Überlebende des Massakers mit Landversprechungen hätte überreden wollen, als ihre Zeugen aufzutreten. Monate später wurden Berichte von zahlreichen weiteren Drohungen bekannt. Mithin seinen Leibwächtern habe einer der drei Armeeanwälte die Anwältin der Stiftung verfolgt und zu einem anderen Zeitpunkt habe ein Unbekannter der Tochter der Anwältin die erfundene Nachricht überbracht, ihre Mutter sei verstorben.¹⁶² Bei vielen nicht identifizierten Drohungen gegen Anwälte und Richter – so fügt MINUGUA hinzu – könne die Verantwortung ebenso außerhalb der staatlichen Institutionen liegen.¹⁶³ Es sei aber eine offizielle Politik der Armee, sagt MINUGUA, jede Verantwortung von sich zu weisen und bei Aufklärung und Sanktion nicht zu helfen.¹⁶⁴ Nach dem Jahr des Friedens, in dem die Militärführung sich kooperativ gezeigt hatte, hatte sich ihre Position also verhärtet. Wie wir am Verhalten der Anwälte im Fall Xamán sehen, inoffiziell duldet die Armee-Führung auch illegale Aktionen, die in der Absicht unternommen wurden, ihre Interessen und die ihrer Mitglieder zu schützen. Damit machte sie sich gleichzeitig zum Komplizen und leistete dem Eindruck Vorschub, die Aktionen gingen von der Armee als solcher aus. Im 7. Menschenrechts-Bericht heißt es diplomatisch:

*„In einigen Fällen seien Aktionen oder Unterlassungen festgestellt worden, die die Unabhängigkeit und Neutralität der Gerichte betreffen und die Ermittlungen behindern können.“*¹⁶⁵

Noch während das Debakel der Menschenrechtsprozesse anhielt, reagierten einige Gruppen der Zivilgesellschaft, allen voran die Stiftung Mack. Die Probleme mit dem Fall voranzukommen, zog die Frage nach sich, was denn genau die Ursachen sind. *Wir begannen*, sagt Helen Mack, die *Mechanismen der Straflosigkeit zu untersuchen*.¹⁶⁶ Die erste Studie dazu wurde dann ein Jahr später, 1998, veröffentlicht.

¹⁶¹ MINUGUA, 1998: a.a.O. Anm. VI/158. Ziffer 75f. Im 7. Bericht heißt es, die Langsamkeit der Verfahren sei *nicht exklusiv* nur in Prozessen um Menschenrechtsverletzungen anzutreffen. Siehe: MINUGUA, 1997b: a.a.O., Anm. VI/45. Ziffer 58.

¹⁶² MINUGUA, 1998: a.a.O. Anm. VI/158. Ziffer 106 und 108.

¹⁶³ MINUGUA, 1997b: a.a.O., Anm. VI/45. Ziffer 19.

¹⁶⁴ Hernández fällt auf, dass Minister Balconi 1996 noch vielfach kooperierte, nach Frieden und Gesetz zur Wiederaussöhnung hingegen nicht mehr. Hernández: a.a.O. Anm. VI/100.

¹⁶⁵ MINUGUA, 1998: a.a.O. Anm. VI/158. Ziffer 67.

¹⁶⁶ Interview mit Helen Mack, 06.07.05. Ebenso Carmen Aída Ibarra, 23.09.05 (beide Stiftung Mack).

2.2. Frieden und VP: die Zeit der Zuspitzung (1998)

In der Phase unmittelbar nach Abschluss des Friedens waren vergangenheitsorientierte Maßnahmen jeder Art einem Prioritätengeflecht unterworfen, in dem Werte und Weltsicht der dominierenden Akteure der VP entgegenstanden, aber auch die Mentalität und die Schwäche sich mühsam demokratisierender Institutionen. Angesichts der labilen Stimmung innerhalb der Armee sahen die Machthaber die VP als Störfaktor für Frieden und Sicherheit.

Die Grenzlinien dieser ersten Etappe, in der ich auf der Suche nach Interaktionen war, überschneiden sich aber mit der jetzt folgenden Etappe. Beinahe zu Anfang wurden nämlich auch schon Grundlagen für jene Dynamiken gelegt, die 1998 die Konfrontation zwischen der konservativen Allianz einerseits und der katholischen Kirche sowie sozialen Organisationen andererseits zuspitzen. Die Rede ist von den zwei Wahrheitskommissionen, deren Arbeit die Öffentlichkeit anfangs nur sehr zaghaft aufhorchen ließ.

2.2.1. Menschenrechte und Vergangenheitspolitik

Bereits 1995, kurz nachdem sich Regierung und URNG am Verhandlungstisch auf die offizielle Wahrheitskommission, CEH, geeinigt hatten, unternahm die Kirche eine erste Initiative. Mit dem Projekt zur *Aneignung der historischen Erinnerung*, REMHI,¹⁶⁷ sollte die Wahrheit über den Konflikt ans Tageslicht gebracht werden. Der CEH stand nur ein Jahr zur Verfügung und sie hatte weder die Erlaubnis, Verantwortung individuell festzustellen, noch juristische Konsequenzen zu ziehen. Diese Schwächen wollte REMHI lindern und erste Daten für die CEH erstellen. Mit der Zeit entwickelte es jedoch eine eigene Vision. Edgar Gutierrez, verantwortlich für Design und Umsetzung des Projekts:

„Ich ging davon aus, dass die Friedensverträge keine tiefgreifende Demokratisierung auslösen würde... Das zentrale Problem schien uns in der Zerstörung des sozialen Gefüges zu liegen. Dem von oben konstruierten und eigentlich von internationalen Kommissionen verhandelten Frieden, sollte ein Frieden von unten hinzugefügt werden, einer aus dem Inneren der Menschen, sein Selbstverständnis, seine innere menschliche Würde. ... Wir wollten den Betroffenen auf lokaler Ebene (mit historischen, ideologischen und religiösen Instrumenten) Räume für die Versöhnung öffnen. Ich hatte oft gesehen, wie aufgrund der Streitereien der Menschen, von Misstrauen und Missbräuchen auch die Wirtschaft nicht funktionierte.“¹⁶⁸

Offenbar sollte das Projekt eine Katharsis erreichen, nach der die Menschen wieder aufeinander zugehen könnten. Ob es für die Verantwortlichen ein Problem war, als sie herausfanden, was auch später die CEH sagen würde, dass nämlich der Staat bei weitem Hauptverantwortlicher für die Menschenrechtsverletzungen sei?¹⁶⁹ Man hätte argumentieren können, dass dieses ungleichgewichtige Verhältnis zu Schuldzuweisungen Anlass geben und infolgedessen

¹⁶⁷ REMHI steht für *Recuperación de la Memoria Histórica*.

¹⁶⁸ Interview mit Edgar Gutierrez, 07.09.2005.

¹⁶⁹ Nach Öttler kam REMHI 1998 zu dem Ergebnis, dass die staatlichen Kräfte für 89,65 Prozent der untersuchten Menschenrechtsverletzungen verantwortlich waren, die Guerilla für 4,81. Die Zahlen der CEH von 1999 sind ähnlich. Hier ist das Verhältnis 93 zu 3. Öttler, 2004a: a.a.O. Anm. I/30. S. 178.

die gewollte Annäherung erschweren könnte. Vielleicht sorgte sich REMHI, zu wenig Informationen von den paramilitärischen PAC erhalten zu haben, schließlich gab es unter denen einen sehr hohen Anteil an Gläubigen aus dem evangelischen Sektor. Fakt scheint jedoch, REMHI suchte angestrengt Opfer auf der Seite der Paramilitärs. Fredy Peccerelli vom Exhumierungsteam, FAFG:

„Anfangs kam die Kirche auf uns zu und bat uns, speziell einige Fälle mit der Absicht zu untersuchen, der Guerilla Grausamkeiten nachsagen zu können. Die wollten beweisen, dass die auch keine sauberen Hände hat. Klar, in diesem politischen Kontext kann ich deren Ansinnen durchaus verstehen (aber wir konnten das nicht tun, das hätte verfälscht).“¹⁷⁰

Wie in den Friedensverträgen vereinbart, wurde alsbald, im Februar 1997, noch während der Friedensfrühling blühte, die Kommission zur Historischen Aufklärung, CEH, eingesetzt. Als Kommissionspräsident fungierte der deutsche Professor Christian Tomuschat.¹⁷¹ In ihn setzte Gustavo Porras, der Mann der dem Präsidenten so nah war, große Hoffnungen, auch wenn die Regierung an sich die CEH wohl mehr als zu erfüllende Bürde, denn Gelegenheit sah. An den 10 Millionen US-Dollar, die die Kommission kostete, beteiligte sich die Regierung zum Beispiel nur mit einer Million.¹⁷² Porras kannte Tomuschat und hatte eine klare Vorstellung von der Wahrheit und ihrem Ziel:

„Ich hatte die Idee, dass – so wie das Abkommen sagt – die institutionellen Verantwortlichkeiten aufzuklären seien, aber auch die Grundkonzepte, auf deren Basis Militär und URNG arbeiteten, der eine mit der nationalen Sicherheit, der andere als revolutionäre Vorhut, die für sich einen Krieg erklärt. Das waren für mich die beiden Sachen, die zu analysieren waren und auch der Geist des Abkommens... Seine Aufgabe war, die großen Lektionen aufzuzeigen, das war es, was ich versuchte... (Porras beginnt eine neue Idee). Ich sagte, ‚schauen Sie, Herr Professor, hier sind viele Sachen passiert und ich bin sicher, dass keiner gesiegt hat. Aber der Krieg ist ein Phänomen und wenn es von der Kette gelassen wird, es gleitet jedem aus den Händen und führt zum Punkt...‘ (Porras verstummt).“¹⁷³

Porras ordnete die Aufgabe der Kommission in seine Vision der Geschichte und in sein Verständnis des Abkommens ein. Doch schon bald dürfte der Regierung bewusst geworden sein, dass die Kommission in eine andere Richtung arbeitete. In einem Brief vom 09.09.97 bat die Kommission zum Beispiel um die Kampagnenpläne der Armee und kritisierte gleichzeitig, dass General Espinosa – ein enger Mitarbeiter des Präsidenten – diese nicht ohne Bedingungen herausgeben wolle. Die nationale Sicherheit müsse berücksichtigt werden, hatte es geheißen. Überhaupt ließ die Auswahl der geforderten Dokumente das Ziel erkennen, die physische Gewalt nicht nur zu erklären, sondern zuvor auch erst einmal zuzuordnen.¹⁷⁴

¹⁷⁰ Interview mit Fredy Peccerelli, FAFG, 19.07.2005.

¹⁷¹ Ihm zur Seite, die Kommissionsmitglieder Alfredo Balsells Tojo und Otilia Lux aus Guatemala.

¹⁷² *Pásara*, 2003: a.a.O. Anm. III/86. S. 154.

¹⁷³ Interview mit Gustavo Porras, 05.09.2005.

¹⁷⁴ Eine Auswahl des Briefverkehrs zwischen Regierung und CEH, abgedruckt in: *CEH*, 1999f: Guatemala – Memoria del Silencio. Bd. XII. Anhang III. Guatemala.

Interessant ist, dass vermutlich nicht einmal hohe Regierungsfunktionäre eine präzise Idee davon hatten, wie die Armee zur CEH dachte oder handelte. Porras nahm allerdings die Sorge des neuen Verteidigungsministers Barrios Celada wahr, die Kommission würde die Zeit vor 1954 nicht untersuchen,¹⁷⁵ sehen Militär und Unternehmer in dieser Zeit der linken Regierung doch die Ursachen für ihr späteres Handeln. Und auch Ricardo Stein als ehemaliger Mitarbeiter der Regierung Arzú kommentiert, dass man eigentlich *nie wusste, was in der Armee vorging, die Offiziere äußerten sich damals kaum*. Aber im Fall der CEH sei zumindest klar gewesen, dass sie *vollkommen dagegen* eingestellt waren. Die Fakten verraten etwas mehr. Regierung und Militär schienen jeder auf seine Weise präventiv kompromittierende Information unterdrücken und ausgleichen zu wollen. Verónica Puente, in jener Zeit in der CEH:

„Niemals weigerte man sich, mit uns zusammenzuarbeiten oder erklärte nicht einverstanden zu sein. Das waren eine Frage der Haltung des Militärs und dieses Spiel, das wir die ganze Zeit spielen mussten. (Vor Ort) in den Militärzonen gaben sie uns die erbetenen Dokumente offensichtlich nicht, aber die sagten mir, „das hat die Zentrale“, ... also gehe ich dorthin und da sagt man mir dann, „dies finden Sie in der Region“. Das war das Spiel und es dauerte während der gesamten Zeit.“¹⁷⁶

Der Autor fragt, wie sich im Vergleich die URNG verhalten habe:

„Innerhalb der URNG gab es verschiedene Linien. Die (drei Guerilla-Fraktionen) agierten nicht gleich. Im Fall des Massakers von Aguacate, von Mitgliedern der ORPA unternommen, überreichte diese alle Information. (In anderen Fällen waren diese auch mangelhaft.)“

Im Briefwechsel mit der CEH so wie heute im Interview argumentiert Porras, dass Dokumente, die nicht mehr existieren, auch nicht überreicht werden können.¹⁷⁷ Tatsächlich scheint eine solche Aktenvernichtung stattgefunden zu haben, das wurde bereits zuvor erwähnt. Aber komplett war sie nicht. Jahre später werden im Archiv der Polizei zum Beispiel Akten (aus der Zeit von Innenminister Mendoza) mit zwei unterschiedlichen Markierungen gefunden – bei den einen hieß es, dass darüber die CEH zu informieren sei, bei den anderen wird das ausdrücklich untersagt.¹⁷⁸ Ein Interview mit einem Offizier hinterlässt den Eindruck, dass zumindest das Militär bereits zuvor zu überlegen begonnen hatte, wie mit dem Problem umzugehen war.

„Die Armee nahm 1995 eine Verteidigungshaltung ein, indem sie der Guerilla die Beweismittel zu entziehen versuchte (Durchsuchungen und Aktenvernichtung). Wir wussten, die Guerilla würde begleitet von NGO's (der Menschenrechtbewegung) eine (politische) Offensive gegen uns starten... Man entschied, eigene Information gegen die Guerilla zu sammeln, (mit) einer Kommission nicht gegen die Armee (wie die CEH) sondern gegen die URNG. Das Problem war nur, dass sich unter der verbrannten Information

¹⁷⁵ Interview mit Gustavo Porras, 04.04.2007.

¹⁷⁶ Interview mit Verónica Puente, 16.09.2004.

¹⁷⁷ Interview mit Gustavo Porras, 04.04.2007.

¹⁷⁸ Interview mit Víctor Hugo Godoy, 13.12.2005.

viele Beweise gegen die Guerilla befanden. So reichte es nicht, Akten zu sichten, wir mussten auch (an möglichen Tatorten) Information suchen... Das war wie ein Prozess der Kompensation der Schuld. ... Oft trafen wir auf Dörfer wo es hieß, „die letzten die wir hier sehen wollen, seid ihr.“¹⁷⁹

Und wie groß war diese Kommission, frage ich?

„Nach der Informationssuche draußen blieben 25 Leute, die die Analysen anstellten, es gab vier Personen deren Funktion darin bestand, dem Ganzen Form zu geben.“

Die CEH wurde von der Armee also von vornherein – und nicht erst mit der Veröffentlichung der unangenehmen Ergebnisse – als der Guerilla nah angesehen, deren voraussichtlichen Bericht es auszugleichen galt. Diese Zeit entspricht dem, was Schirmer den Beginn einer Identitätskrise für das Militär nennt, die mit Fortschreiten der Arbeit immer grösser geworden sei.¹⁸⁰ Nach Fertigstellen des Armee-Berichts weigerte sich die CEH auch noch, die Angaben von deren Seite einfach so in den eigenen Bericht aufzunehmen. Er sei als *nicht* ausreichend *glaubwürdig* angesehen worden, habe es – so der Offizier – geheißen. Ein *kleinerer Teil der Information* sei dann *über* die Organisation der Veteranen (*AVEMILGUA*) *kanalisiert*, also veröffentlicht worden.¹⁸¹

Nach Friedensenthusiasmus klingen diese verdeckt geführten Auseinandersetzungen auf keinen Fall. Aus Sicht des Militärs und bedingt wohl auch von Seiten der Regierung, hielt der politische Krieg weiter an. Nur dass es nach Aufstandsbekämpfung und Friedensprozess diesmal um die Nachbereitung ging, um Geschichtsvisionen und individuelle Sicherheit der Akteure des Konflikts. Eine ausreichende Idee von der tatsächlichen Stimmung hierzu liegt damit aber noch nicht vor, schauen wir uns darum ein weiteres Beispiel an, das Dekret der Nationalen Würde.

Zurück in die Geschichte: Im Jahre 1954 hatte sich – anders als die Armee – eine Gruppe von Kadetten einer Invasion von ausländischen Söldnern aus dem benachbarten Honduras entgegengestellt. Nach dem Sieg entwaffnet, konnten sie aber den eigentlichen Sinn der Invasion nicht verhindern, den Sturz der sozialistischen Regierung. 43 Jahre waren mittlerweile vergangen, als 1997 die Kadetten mit ihrem Wunsch nach Anerkennung den richtigen Moment trafen. Zuerst näherten sie sich mit einem Gesetzesvorschlag an die linke FDNG an. *Die Kadetten hatten Recht, sich gegen die Invasion* (der vom CIA unterstützten Söldner) *zu wehren und wenige Monate nach dem Frieden waren wir noch alle in Flitterwochenstimmung*, sagt Amílcar Méndez, damals Abgeordneter der linken FDNG, zu der Frage nach seiner damaligen Reaktion.¹⁸² Und Antonio Móbil:

„Vielleicht hat die Armee die Konjunktur für eine Annäherung an uns genutzt. Die Kadetten haben immerhin die Invasoren besiegt. Die Armee wusch sich damit wohl ihr Gewissen rein. Wir sahen die Initiative als die

¹⁷⁹ Interview mit einem Offizier, der nicht genannt werden will. Nr. 174/2005. Vgl. Kap. II.4.9.

¹⁸⁰ Siehe, *Schirmer*, 2001: a.a.O. Anm. III/24. S. 2f.

¹⁸¹ Ebenda.

¹⁸² Interview mit Amílcar Méndez, FDNG-Abgeordneter von 1996-99, 27.06.2005.

eines demokratischen Sektors der Armee (und wollten so Brücken schlagen, denn viele Kadetten jener Zeit waren Mitglieder rechter Parteien).¹⁸³

Der FDNG ging zur Regierungspartei, die sprach mit der Regierung und diese wiederum konsultierte die Meinung der Armee. Nach nicht einmal einem Monat verabschiedete der Kongress mit großer Mehrheit ein Dekret zur Vergangenheit, in dem sich beide Seiten wiederfinden konnten. Es war für lange Zeit das einzige. Dieses Beispiel weist darauf hin, auch wenn die Suche nach der Wahrheit erhebliches Konfliktpotential in sich barg, waren dennoch die Türen zueinander noch nicht geschlossen.

Die Toleranzschwelle der Regierung zu einer Wahrheit, die aus ihrer Sicht nur provozierte, nahm mit den Monaten aber ab und wurde emotionaler. Im Januar des folgenden Jahres beschwerte sich Tomuschat öffentlich und drastisch darüber, dass die Armee der CEH nur wenige Dokumente aushändige, weil alle anderen angeblich dem Staatsgeheimnis unterliegen würden.¹⁸⁴ Damit tat er, was das Militär eigentlich verhindern wollte, sie nämlich auf die Anklagebank zu setzen. Kurz darauf sprach das interamerikanische Menschenrechtssystem, CIDH, auch noch in zwei Fällen Urteile gegen Guatemala aus. Das Thema war nicht zu beenden. Sowieso musste es der Regierung erscheinen, als ob es von Tag zu Tag schwieriger sei, zu regieren. Mit dem Friedensprozess und der ihn stützenden internationalen Geber war die Regierung in der Pflicht. Das Anheben der Steuerquote galt als wegweisend, als Reaktion darauf ertete sie aber nur gewaltsame Proteste. Und als die Regierung alles zurücknahm, war dann das Verhältnis zur Gruppe der Freunde getroffen.

Ein Brief von Porras an die CEH vom 07.04 zeigt, wie undiplomatisch offen gereizt die Stimmung in Sachen Vergangenheit bereits geworden war. Er erklärt der Kommission, wie es zu den Exzessen gekommen war und besteht dann darauf, dass der Bericht sich an den Geist des Abkommens halte, die *Notwendigkeit einer Kultur der Eintracht und des gegenseitigem Respekts zu fördern, die jede Form der Revanche und der Rache vermeide*.¹⁸⁵

Und dann, am 24.04.1998, überreicht Bischof Gerardi, Initiator des Projekts zur Aneignung der Historischen Erinnerung, REMHI, der Öffentlichkeit auch noch einen Bericht, der dem Kriegsgeschehen ein Gesicht der Grausamkeit gab. Namen einiger Verantwortlicher und vieler Opfer werden genannt, Strategien und Methoden des Krieges enthüllt. Jetzt schien die Armee endgültig auf der Anklagebank, nicht nur von außen, sondern in Guatemala selbst, dessen System sie doch – aus eigener Sicht – stolz waren, verteidigt zu haben. Zwei Tage später war Gerardi tot. Unbekannte hatten ihm mit einem Stein das Gesicht zerschlagen.

Das Land stand nun unter Schock. Dabei hat es den Anschein, als ob die meisten instinktiv zu wissen glaubten, wer und warum den Mord zu verant-

¹⁸³ Interview mit Antonio *Móbil*, ebenfalls ehemaliger FDNG-Abgeordneter, 28.06.2005.

¹⁸⁴ Zitiert nach Informationsdienst *Inforpress*. 23.01.98, Nr. 1256. S. 8f.

¹⁸⁵ Brief vom 07.04.98, veröffentlicht in: *CEH*, 1999f: a.a.O. Anm. VI/174. S. 170-174. Die von Porras zitierte Formulierung ist Teil der Einleitung. Wie so oft, lassen sich auch diesem Abkommen viele Interpretationen entnehmen.

worten hat: Gruppen aus dem Militär hätten eine Botschaft schicken wollen, gegen das weitere Wühlen in der Vergangenheit. So war die Stimmung.

Der Fall um den Mord an Bischof Gerardi ist für unsere Arbeit so symptomatisch wie undurchsichtig. Er zeigt, (a) welche Sprengkraft und welches Instrumentalisierungspotential vergangenheitspolitische Maßnahmen in sich bergen, (b) in welchem hohem Grade die vormals auf zivile Kontrolle bedachte Regierung sich jetzt an ihre militärischen Alliierten gebunden fühlte und (c) die zunehmende Einflussnahme auf die Justiz-Organen eben auch, um justizielle Aufarbeitung zu unterbinden.

Laut MINUGUA weist der Mord an Juan Gerardi und das folgende strafrechtliche Verfahren, Charakteristika auf, die typisch für viele andere vor ihm sind, wenn das Opfer Menschenrechte oder unterprivilegierte Sektoren der Bevölkerung zu verteidigen suchte.¹⁸⁶ Zusammengefasst ist diesen Fällen gemein, dass potentielle politische Motive mit Hilfe von Gerüchten, Rufmord, Todesumständen und Methoden sowie von außen zugespielten Beweisen vorschnell zurückgewiesen und ebenso schnell mutmaßliche Täter verhaftet werden, die keinerlei politischen Bezug haben und von zweifelhaften Zeugen belastet werden. In die Ermittlungen wird in solchen Fällen massiv von außen eingegriffen und nicht selten werden nicht einmal die minimalen Anforderungen der Sicherung von Tatort und Beweisen erfüllt. Beweise und Berichte verschwinden selektiv. All diese und andere Parallelen treffen auf diesen Fall auch zu.¹⁸⁷

Während es der UNO-Mission darauf ankam, innerhalb ihres Auftrags offiziell Menschenrechtsverletzungen zu überprüfen und inoffiziell einen Beitrag zur Bewusstseinsbildung und Demilitarisierung zu leisten, hatte die Regierung vor allem eines im Sinn – sich selbst und ihr Überleben. Denn Zeugen gaben an, nahe des Tatorts ein Fahrzeug des EMP gesehen zu haben, seit jeher für solche Morde bekannt. Jetzt aber war es eine der wichtigsten Stützen der Regierung. Für Porras war die Sache klar, die Tat sollte die Regierung treffen.¹⁸⁸ Edgar Gutierrez erzählt von einer Sitzung kurz nach dem Mord, in der Ronald Ochaeta, der Chef der UNO-Mission, Arnault und Porras zugegen waren:

„Wir erzählten, wir hätten eine Anzeige, nach der Byron Lima, Mitglied des EMP von Arzú in der Hinrichtung von Gerardi verwickelt sei. Die Antwort von Porras war, ‚wir werden nicht gegen Lima ermitteln, die Sache ist, dass die Cofradía (eine gegnerische Gruppe von Militärs, den regierungstreuen) EMP auseinandernehmen will, damit der Präsident ohne Macht dasteht‘ (Der Autor: Dies hätte den Friedensprozess zusätzlich gefährdet und die Wahlchancen der Opposition noch mehr erhöht). An diesem Nachmittag brachen wir die Kommunikation mit der Regierung ab.“¹⁸⁹

Unter starkem innenpolitischen Druck wollte Porras also nicht die Möglichkeit akzeptieren, dass Regierungs-nahe Militärs verantwortlich sein könnten. Die

¹⁸⁶ MINUGUA: Suplemento al 10. Informe sobre Derechos Humanos. La verificación del caso Gerardi. Guatemala 1999. Ziffer 6.

¹⁸⁷ *Ebenda*. Ziffer 3 – 20.

¹⁸⁸ Interview mit Gustavo Porras, 12.09.2005.

¹⁸⁹ Edgar Gutierrez, im Rahmen der Ermittlungen anfangs in Kontakt mit der Regierung, 28.03.07. Im Interview wiederholt Porras seinen Verdacht einer großen Konspiration. 12.09.05.

Verschwörungsthese von Porras klingt zwar durchaus logisch, aber auch die gegenteilige kann nicht ausgeschlossen werden, dass nämlich der EMP einen Mord begeht, weil er wusste, die Regierung würde ihn stützen. Zumal dem EMP neben seiner Arbeit für den Präsidenten per se Aktivitäten nachgewiesen werden konnten, Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen aufrechtzuerhalten. Wie dem auch immer wirklich war, die gemeinsame Zeit in der Regierung scheint die zivilen Mitglieder geprägt zu haben. Porras zum Beispiel, ehemals Mitglied der Guerilla, begann seine Meinung weiter zu differenzieren – zum Konflikt und zum Militär. Er lernte die menschliche Sicht seines ehemaligen Feindes kennen und deren Logik zu Krieg und Frieden:

„Mehrere Ehefrauen von Militärs schrieben einmal ein Buch darüber, was der Krieg für die Familien bedeutete,... wie viele zerstört wurden... Der Krieg war kein Spaziergang und die Privilegien gab es nur in einer kleinen Gruppe. ... In den Zusammenstößen starben sie wie die Fliegen. ... Die Offiziere, die ich kennenlernte, z.B. die des Oberkommandos von Arzú, die waren beispielhaft, Sportler, gute Familienväter, also sagte ich mir, ‚sind das die Bösen oder das, was man so sagt ist denen fremd.‘ Ja, das ist denen fremd ... Mir sagte einmal ein Kapitän..., wir wussten, das war ein politischer Krieg, aber das Problem ist gelöst, der Krieg ist vorbei und jetzt sind wir gemeinsam mit den Aufständischen in der Politik... Mir hat es Zeit gekostet, die Mentalität einer professionellen Armee zu verstehen.“¹⁹⁰

Der Mord war kaum geschehen, da bemühte sich die Regierung das Heft in der Anklagebehörde, MP, in die Hand zu nehmen. MP-Chef Pérez Aguilera wird von Adolfo González abgelöst. Pérez hatte die Institution angeblich nicht im Griff. Aber es ist auch ein anderes Motiv möglich. Denn Pérez galt als der einzige MP-Chef, der in diesen Jahren sein Amt antrat, ohne vorher Vergünstigungen für die Regierung oder andere Sektoren versprochen zu haben. Sollte also die Justiz beeinflusst werden? Und eine mögliche Einflussnahme auf die Justiz? Angehörige von NGO's sprechen die Regierung von jedem Verdacht frei, von außen auf Prozesse Einfluss genommen zu haben, aber ein Mann, der es wissen musste, der berichtet beiläufig das Gegenteil. Gerardo Hurtado Flores, in jener Zeit Richter am Obersten Gerichtshof, CSJ:

„In den paradigmatischen Fällen, Gerardi, Xamán oder Mack, da wollte der Präsident (Arzú) Freisprüche für die angeklagten Militärs.“¹⁹¹

Ich frage nach, *übte die Regierung Druck aus?* Flores:

„Sie wollten den Freispruch der Angeklagten, eben weil es Militärs waren. (Der Autor: Ist das normal?) Ja, da ist normal. Auch in dem Fall Sas Rompiche, da wollten sie Freispruch. Da gab es Druck von Seiten des EMP. Schauen Sie, im Allgemeinen gibt es in all den Fällen irgendeine Art von Druck, in denen öffentliche Angestellte oder Militärs verwickelt sind.“¹⁹²

Für den Fall Gerardi interessierten sich sogar die internationalen Geldgeber. Die wussten, sagt Ricardo Stein, dass solche Fälle vorkommen können, also

¹⁹⁰ Interview mit Gustavo Porras, 15.06.2005 und 12.09.2005.

¹⁹¹ Gerardo Hurtado Flores, 24.02.2005. Zum Zeitpunkt des Interviews in der Anklagebehörde, MP.

¹⁹² Ebenda.

sei es ihnen vor allem wichtig gewesen, dass die Ermittlungen nichts vertuschen würden.¹⁹³ Monate später und nach pausenlosen Klagen, der Staatsanwalt würde die Ermittlungen einseitig führen, um die Verwicklung von Militärs zu verdecken, tritt dieser dann zurück. Der nächste Staatsanwalt und der nächste Richter haben zwar mehrere Angehörige der Armee im Visier, gehen aber wegen massiver Drohungen später ins Exil. Richter Monroy berichtet, von Howard Yang, Chef des dem EMP nahen zivilen Geheimdienstes, SAE, und persönlicher Freund des Präsidenten, per Telefon unter Druck gesetzt worden zu sein.¹⁹⁴ Schließlich beweist auch noch eine Zahl, mit welcher Rücksichtslosigkeit wichtige Gruppen vorgingen, um ihre Interessen zu sichern. Bis zum Jahr 2001 wurden 9 Zeugen oder potentielle Zeugen im Fall Gerardi ermordet, darunter 6 Obdachlose, die in der Zeit des Mordes vor dem Hause des Bischofs zu schlafen pflegten.¹⁹⁵ Und damit war die Mordserie noch nicht einmal beendet. Für einen Mord mit rein kriminellen Hintergründen, wie dies hartnäckig der erste eingesetzte Staatsanwalt vertreten hatte, spricht dies nicht. Nicht einmal die Porrás-These war in Angriff genommen worden.

Wie schon zuvor, zwar griffen illegale Einflusststrukturen in Menschenrechtsfällen erheblich in Ermittlungen und Verfahren ein. Hingegen liegen keine Hinweise vor, dass auch die Justiz-Reform an sich aus diesen Gründen behindert werden sollte. Die nahm unterdessen ihren schwerfälligen Gang. Der Zugang der Menschen zur Justiz wurde mit weiteren Gerichten ausgebaut und das Funktionieren der Justizverwaltung ins Blickfeld gerückt, über eine bessere Koordination der Justizorgane und die Einführung eines zentralen Datenregisters. Eine andere Reform sollte es dem Bürger leichter machen, Anzeigen aufzugeben. Vor allem aber wurde in der Erwartung weiter diskutiert, dass die geplante Verfassungsreform die Justiz auf eine neue Grundlage stellen würde.

2.2.2. Militär und Vergangenheit: die Affäre Noack

Auch in der Affäre Noack treffen VP und Militärpolitik sichtbar aufeinander: Generell war die Regierung nach Abschluss des Friedens zur Militärreform inaktiv geblieben. Dann aber unterwarf sich dessen Fortgang nun einem neuen, für die Regierung prioritären Thema, der Erfahrung mit dem Nutzen des EMP. Sein erster Chef, der Luftwaffengeneral Espinosa war denn auch der Hauptgewinner, als Mitte 1997 der Friedensgeneral Balconi von seinem Amt als Verteidigungsminister abgelöst wurde. Espinosa stieg zum Generalstabschef auf – zum Mann des Präsidenten als starken Mann neben dem neuen Minister Barrios. Er war es, der in seinem neuen Posten die Aufgabe hatte, die interne Reformdiskussion voranzutreiben, obgleich die Tatsache, dass sich das seit jeher dominante Heer, dem Chef der doch sehr kleinen Luftwaffe unterwerfen musste, die interne Verständigung wohl eher verlangsamte.¹⁹⁶ Als Luftwaffengeneral war Espinosa im Kriege nicht durch Menschenrechtsverletzungen aufgefallen, aber auch dem langen Friedensprozess war er fern geblieben.

¹⁹³ Interview mit Ricardo *Stein*, 16.12.2005.

¹⁹⁴ Siehe: *MINUGUA*, 2000b: a.a.O. Anm. VI/186. Ziffer 22, 26f, 33.

¹⁹⁵ *Sieder*, 2002: a.a.O. Anm. IV/7. Seite 43.

¹⁹⁶ Neben anderen vertritt auch Iduvina *Hernández* diese Meinung. Interview vom 09.11.2005.

Die Bedeutung, die der EMP für die Regierung erlangt hatte, zeigt sich nicht nur an den Äußerungen von Porras. Auch Ricardo Stein betont, es sei ein Fehler gewesen, in den Friedensverträgen seine Auflösung verordnet zu haben.

„Ganz schnell merkten wir, dass das Thema des EMP eine Schlüsselrolle für das Funktionieren des Präsidialamtes spielt. Arzú hat ihn nicht deshalb aufgelöst, weil er nicht wollte, sondern weil ihm seine Bedeutung in diesem Moment klar war. Es dreht sich darum, wie man eine Serie von Funktionen aufrechterhält, die im EMP drin sind, und die fundamental für das Funktionieren des Präsidialamtes sind. Er hält ihn die ganzen 4 Jahre. Die Reprogrammierung (des Termins der Auflösung des EMP) hatte enorme politische Kosten, das konnte man sehen, aber man konnte ihn nicht auflösen, solange ihn keine andere Institution ersetzen konnte.“¹⁹⁷

Diskutiert wurde in der Armee aber nicht nur ihre Zukunft als Institution. Spätestens 1998 scheint sich – in unterschiedlicher Form – auch die Vergangenheit in den Vordergrund geschoben zu haben, ein Diskussionsthema zu dessen Ablauf noch immer wenig bekannt ist. General Edgar Leonel Godoy:¹⁹⁸

„Als wir sahen, dass die CEH sich nicht an die Abmachung hielt neutral zu bleiben, da begann innerhalb der Armee eine Verteidigungshaltung zu entstehen. Die wollten nur uns (!) verurteilen, dabei haben wir (die ganze Zeit) gehorcht (sagt Godoy empört). Und die Sache mit den Menschenrechtsverletzungen, bis heute wird das gegen uns instrumentalisiert.“

Ob die angesprochene Reaktion institutionell oder individuell gewesen ist, also jede Person oder Gruppe für sich, ist damit nicht gesagt. Die *gesamte Diskussion* sei *von einer Atmosphäre der Furcht beherrscht* gewesen, sagt ein Offizier.¹⁹⁹ Dabei hatte sich die *orthodoxe Position der Armee* schon vorher gegen den Kurs des Oberkommandos von Minister Balconi gestellt. *Allein die Möglichkeit einer anklagenden Wahrheit* oder gar *Prozesse* anzustrengen, sei als *Schwäche des Staates* angesehen worden. So dachten die in AVEMILGUA organisierten Veteranen. Sie hatten im Gegenzug zum Frieden eine Generalamnestie verlangt. Verunsicherung oder trotziger Widerstand waren aber nicht die einzigen Meinungen. Im Umfeld der Armee-Kommission, die auf der Suche nach den Verbrechen des Gegners war, hatte sich nämlich eine weitere Meinung herausgebildet. Ein Offizier, der anonym bleiben möchte:

„Mit der Zeit begannen wir zu diskutieren, mit (General) Pérez Molina. ... Wir benutzten den Begriff, ‚es müssen Köpfe rollen, für das was sie getan hatten‘, das heißt, einige Leute müssten raus aus der Armee, ... in den Ruhestand geschickt werden.“²⁰⁰

Die Friedensverhandlungen und die intensive Beschäftigung mit der vergangenen Gewalt hatten damals in einer kleinen Gruppe der Armee interne Reformdiskussionen ausgelöst. Drei Monate nach dem Mord an Bischof Gerardi, also

¹⁹⁷ Interview mit Ricardo Stein, 16.12.05. Gleichzeitig versäumte es Arzú aber selbst, eine zivile Alternative zu entwickeln. Auch die nächste Regierung wollte diesen Schritt nicht vollziehen.

¹⁹⁸ Interview mit Edgar Leonel Godoy, 11.11.2005.

¹⁹⁹ Interview mit Mauricio López Bonilla, ebenfalls Offizier. 21.11.2005.

²⁰⁰ Interview mit einem Offizier, der nicht mit Namen genannt werden will. Nr. 174/2005.

während der Flügelkämpfen der Armee und dem Versuch, das Geschehene zu minimalisieren geht Oberst Noack an die Öffentlichkeit. Er fordert das Militär auf, *sich selbst zu entkleiden, Verantwortung zuzugeben* und sich *auf Prozesse einzustellen*. Aber das Oberkommando sah das anders: 30 Tage Arrest für Noack.²⁰¹ Nur eine Stimme aus dem Umfeld der Armee vermittelt öffentlich. Noack habe *nur gesagt, was sowieso kommen werde*, sagt López Bonilla. Kurz darauf ging der Minister an die Öffentlichkeit, gab Irrtümer zu und beendete so die Diskussion. López Bonilla sagt heute dazu: Das internationale Umfeld schien damals für Selbstkritik zu sprechen. *Aber die Diskussion ist jetzt nicht mehr aktuell.*²⁰² General Godoy Samayoa lehnt Noacks damalige Position ab:

„Es gab damals nur eine kleine Gruppe mit Noack, Bustamante, Spiegeler... und General Otto Pérez. Die wollten nichts Gutes für die Armee tun, das war rein persönliches Interesse. Das hatte auch nichts mit Säuberungen zu tun (die wollten für sich nur den Weg für höhere Posten freimachen). Aber vielleicht wollten sie ja mit der Macht wirklich etwas tun?“²⁰³

Die Parallele zur Friedensgruppe fällt sofort auf. Vom Präsidenten und der international beeinflussten Dynamik begünstigt, hatte sich eine Gruppe progressiver Offiziere mit dem Thema Frieden befasst und die Armee hinter sich hergezogen. Auch hier, beim Umgang mit der Vergangenheit, gingen die Ideen von einer kleinen Gruppe aus. Aber das scheinbar günstige internationale Umfeld wollte keinen Einfluss nehmen und hätte wohl auch keine adäquate innenpolitische Konstellation vorgefunden. Entscheidend aber, der Präsident beförderte Espinosa zum neuen Minister, nicht Pérez Molina.

Der Fall Noack ist ein weiterer Hinweis dafür, dass die Existenz der VP ein effizientes Instrument im Machtkampf der Offiziersgruppen geworden war und damit das Militär nicht nur einte – wie so viele zu Recht behaupten – sondern in anderen Momenten der gezielten Disqualifizierung diene.

2.2.3. Die (Un-) Sicherheitsfalle (1998)

Die Sicherheitspolitik lief 1998 in derselben Dynamik ab, die schon zwei Jahre zuvor eingeleitet worden war. Eine direkte Reaktion auf die vergangenheitspolitischen Bemühungen der Zivilgesellschaft kann nicht identifiziert werden. So schwoll die Zahl der graduierten Polizisten mit Hilfe der kurzen Recycling-Kurse schnell an. Auch die 1997 geschaffene Kriminalpolizei SIC profitierte davon. Glebbeek weist jedoch darauf hin, dass der Haushalt der PNC 1998 gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich angehoben worden sei,²⁰⁴ auf umgerechnet 62,6 Millionen Euro.²⁰⁵ Der Militärhaushalt belief sich im Vergleichszeitraum auf rund 90 Millionen Euro.²⁰⁶

²⁰¹ Tageszeitung *El Periódico*, 18.07.1998. S. 3.

²⁰² Ebenda und Interview mit López Bonilla vom 21.11.2005.

²⁰³ Interview mit Edgar Leonel Godoy Samayoa, 11.11.05. Der ehemalige Verteidigungsminister *Balconi* präsentiert im Interview nur die offizielle Position. Noack sei allein gewesen. 15.11.05.

²⁰⁴ Ihre absoluten Zahlen präsentiere ich hier nicht, weil sie deutlich niedriger als die von MINUGUA sind, von denen mir der Haushalt aber erst ab 1998 vorliegt. *Glebbeek*: a.a.O. Anm. IV/29. S. 156.

²⁰⁵ *MINUGUA*: PNC. Tres aspectos estratégicos. Formación, capacidad de investigación y presupuesto. Guatemala 2003. S. 3. Tatsächlich ausgegeben wurden dann umgerechnet 54 Millionen Euro, nur gut das doppelte der 29 Millionen, die die alte unbrauchbare PN 1995 hatte.

²⁰⁶ *Minugua*, 2004^a: a.a.O. Anm. IV/28. Ziffer 133.

Tatsächlich waren die Erfolge in der Verbrechensbekämpfung dazu angetan, sich in dem Kurs bestätigt fühlen zu können. Das Militär, so betont auch Mendoza, habe sich in die neue Politik eingefügt und sich dabei sehr kooperativ und effizient gezeigt. Unter maßgeblicher Beteiligung des Anti-Entführungskommandos des Generalstabs und des sehr breit gespannten Geheimdienstnetzes wurden 1998 weitere 16 Entführerbanden zerschlagen. Die Zahl der Entführungen fiel damit noch einmal um knapp die Hälfte auf nur noch 93.²⁰⁷ In den beiden Vorjahren waren es 420 und dann immerhin noch 170 gewesen. Im Bereich des Drogenhandels gelang es, die Rekordmenge von 9,2 Tonnen Kokain zu beschlagnahmen²⁰⁸ und erstmals seit langem fiel auch die Zahl der Morde wieder,²⁰⁹ von 4.000 auf 3.300 – eine beeindruckende Tendenz. Entsprechend nutzte Mendoza Militärpersonal, wo es gebraucht zu werden schien. Als zum Beispiel die Sicherheit des Strafvollzugs als Problem wahrgenommen wurde, erhielt er die Hilfe der Armee, um die Gefängnisse zu bewachen.²¹⁰ Nach seinen eigenen Worten, 2005, war dem Innenminister aber klar, dass nach dem schnellen Aufbau mehr kommen musste:

„1998 begann ich eine strategische Planung. Wir wussten, das Gefängnis-system musste noch reformiert werden, hatten aber nicht die Kapazität, alles gleichzeitig anzugehen. Auch finanziell nicht. Der Plan war auf 15 Jahre angedacht, also stellten wir Prioritäten auf. Dabei sahen wir auch unsere Schwächen. Die Ausbildung war bisher nur oberflächlich. Aber wir hatten die Polizei ja schnell im Lande verteilen müssen.“²¹¹

Auf den in den Friedensverträgen angelegten Beratungsausschuss für Sicherheit, CAS,²¹² verzichtete man derweil. Ihm war die Rolle zugewiesen worden, bei der Erstellung eines integralen Sicherheitskonzepts zu helfen, in dem die äußere, die innere und die Bürgersicherheit im Konsens mit der Gesellschaft aufeinander abgestimmt werden sollten.²¹³ Das Problem: Damit sollten Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft Mitglieder des Rates sein. Die oftmals linken Organisationen waren aber gegen jede Beteiligung des Militärs an der öffentlichen Sicherheit. Ricardo Stein, damals Regierungsfunktionär:

„Man merkt doch, wo die Zivilgesellschaft steht, in Sachen Verständnis des Sicherheitsproblems. Und dann sagt man sich, vielleicht ist jetzt noch nicht der Moment, diesen Rat zu schaffen.“²¹⁴

Stein wird nicht konkreter, aber in der Regel werfen Regierungsfunktionäre zusätzlich der Linken vor, nicht die Sicherheitsorgane, sondern nur den Schutz des Individuums vor diesen stärken zu wollen. Demetrio Cojtí, selbst lange Mitglied zivilgesellschaftlicher Gruppen, kommentiert selbstkritisch einen weiteren Aspekt, der vor allem für die Zeit von Arzú gegolten haben dürfte:

²⁰⁷ Tageszeitung *El Periódico*, 05.01.2000. S. 2.

²⁰⁸ Zahlen von PNC und US-Botschaft, veröffentlicht in: Informationsdienst *Inforpress*: 14.02.03. S. 5.

²⁰⁹ *MINUGUA*, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28. Ziffer 110.

²¹⁰ *MINUGUA*: 11. Informe sobre Derechos Humanos. A/55/174. Guatemala 2000. Ziffer 11.

²¹¹ Interview mit Rodolfo *Mendoza*, 14.11.2005.

²¹² Die spanische Übersetzung lautet: *Consejo Asesor de Seguridad* (CAS).

²¹³ *MINUGUA*, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28. Ziffer 96-98.

²¹⁴ Interview mit Ricardo *Stein*, 16.12.2005.

„(Bei den Beratungen zum indigenen Thema machte er folgende Erfahrungen:) *Die Regierenden wussten nicht was es heißt, sich beraten zu lassen und wir, die Regierten wussten nicht was es heißt, um Rat befragt zu werden. Ich sehe das heute klarer, wir wollten (damals) das Ministerium leiten, als ob wir die Minister wären. Das schreckte ab.*²¹⁵

Vielleicht war die Regierung also auch besorgt, sich in – aus ihrer Sicht – unfruchtbaren Konfrontationen aufreiben zu müssen.

2.3. Frieden und VP: Rückschritte und trügerische Hoffnungen -1999

Mit dem Jahreswechsel 1998/99 verdichtet sich die Dynamik zusehends und die VP beginnt sichtbar zu werden. Die potentiell langen Schatten der CEH vor Augen, und noch unter dem Eindruck der Wahrheitskommission der Kirche sowie des Mordes an seinem Initiator Bischof Gerardi, bezog Arzú öffentlich zur Vergangenheit Position. Am zweiten Jahrestag der Unterschrift unter die Friedensverträge, dem 29.12.1998, bittet er die Guatemalteken für die im bewaffneten Konflikt begangenen Exzesse um Verzeihung und ruft für dieses Ziel zu einer nationalen Bewegung auf. Was wollte er mit seiner Botschaft erreichen, die keinen der Kontrahenten besonders heraushob? Knapp acht Jahre später erinnert sich Gustavo Porras an diesen Moment leider nicht mehr:

*„Die Tatsache selber, dass ich das nicht mehr präsent habe, reflektiert, wie wenig Eindruck das auf uns machte. In meiner Position ging offensichtlich alles über meinen Tisch... Der Präsident hatte in diesen Jahren das enorme Leiden der Menschen begriffen. Aber es gab in uns ein vehementes Gefühl, die Sache hinter uns zu lassen... das bedeutete nicht, die großen Lektionen zu vergessen.*²¹⁶

Können große Lektionen ohne eine ebenso tiefgreifende Reflektion gelernt werden? Arzú ging es in jenem Moment ohne Zweifel darum, einen Rahmen zu bereiten, in dem sich die Wahrheit der CEH entweder einfügen oder ihm unterordnen sollte. Am 25. Februar 1999 ist es dann so weit. Die Kommission für Historische Aufklärung übergibt ihren Bericht:

2.3.1. CEH, Frieden und Vergangenheitspolitik

Die Präsentation des Abschlussberichts der Kommission wird als ein Akt beschrieben, der die Anwesenden durchschüttelte und in der Mehrheit lang gestauten Gefühlen zum Ausbruch verhalf.²¹⁷ Der Präsident blieb eher regungslos, während Kommissionspräsident Tomuschat den Saal damit aufrüttelte, die Grausamkeit des Krieges in überraschend drastische Worte zu fassen, Verantwortung zu verteilen und das Geschehen historisch zu erklären.²¹⁸ In und um das Nationaltheater waren 10.000 Menschen versammelt, als Tomuschat gegen Ende seiner Rede daran erinnerte, dass die historische Wahrheit die

²¹⁵ Interview mit Demetrio *Cojtí*, Maya-Bewegung, 21.01.2005.

²¹⁶ Interview mit Gustavo *Porras*, 05.09.2005.

²¹⁷ Genauere Informationen zu Ablauf, Inhalt und Stimmung während des Aktes sind in zwei Monographien abgedruckt: *Öttler*, 2004a: a.a.O. Anm. I/30. S. 224ff; *Hernández*: a.a.O. Anm. VI/100. S. 151ff.

²¹⁸ Im Kapitel II sind wesentliche Erkenntnisse der CEH abgedruckt.

Justiz nicht ersetze. Zwischenrufe aus dem Publikum forderten Prozesse und erinnerten sicher so manchen anwesenden Offizier daran, wie schnell sich die das Rad der Geschichte drehen kann. Dazu kommt, dass damals der ehemalige chilenische Militärdiktator Pinochet weiter unter Hausarrest stand. Niemals zuvor war in Guatemala das Geschehen im Kriege mit solcher Autorität ausgesprochen und von den Medien so massiv verbreitet worden.²¹⁹

Der Bericht formuliert aber auch zahlreiche Empfehlungen, mit deren Hilfe das *Nunca Más*, also das *Niemals Wieder* erreicht werden sollte – eine Liste von Maßnahmen, die nicht nur detailliert eine umfangreiche Wiedergutmachung umfasst, sondern auch weitgehende Reformen in Justiz, Militär, Sicherheit und Erziehung. Ihre Erfüllung vorausgesetzt, hätten sie ähnlich wie das Konzept der Friedensverträge, die Transformation der Gesellschaft in beinahe revolutionärer Weise vorangetrieben. Gerade diese strukturellen Vorschläge sollten wohl den Friedensprozess betonen, indem sie noch darüber hinausgingen. Eine neu zu schaffende Stiftung für Frieden und Eintracht sollte darüber wachen, ob und wie die Empfehlungen umgesetzt würden. Was hätte das für die Regierung bedeutet? Ein erheblicher Anteil der Regierungsgeschäfte hätte sich fortan damit beschäftigen müssen, die Mehrheiten zu schaffen, die die geforderten Maßnahmen auch umsetzen könnte – ein zumindest sehr gefährliches und in Anbetracht der Probleme der Friedensverträge auch unrealistisches Ansinnen.

Am Tag nach der Präsentation veröffentlichten die Zeitungen die ersten Reaktionen aus Politik, Militär, Wirtschaft und dem Spektrum rund um Mayas und der Linken. Sie zeigen, wie wenig die Menschen bereit waren, ihre selbst gelebte Wahrheit durch die einer aufwendigen Studie ersetzen zu lassen. Von einer Katharsis war bei den Interviewten jedenfalls keine Spur zu erkennen.

Von insgesamt 10 damals überwiegend aktiven Offizieren liegen hier Einschätzungen zum Bericht der CEH vor – zwei Kommentare aus den Tagen der Präsentation und acht aus den Jahren 2003 und 2005. Aber unabhängig davon, wann die CEH beurteilt wurde, im Wesentlichen decken sich die Meinungen. Ohne Ausnahme halten sie den CEH-Bericht für einseitig und für ein Werk der Linken. Einige präzisieren, nicht nur das Personal sondern auch die Kommissare, allen voran der Deutsche, Tomuschat, und die Geldgeber aus dem Ausland seien Linke, das soll heißen, der Guerilla nah gewesen.²²⁰ Auf ihre ganz anderen Geschichtsvisionen wurde schon hingewiesen.²²¹ Die eigentlichen Gründe für dieses Denken sind aber vielfältig und basieren vor allem auf der Logik einer Kriegspartei, die ihr Tun mit einem höheren Sinn rechtfertigt und den Blick in die Vergangenheit immer nur als Waffe in einem politischen Krieg gegen sich selbst kennengelernt hatte. Dabei war diese Waffe so effizient, dass sie in erheblichem Maße den substanziellen Friedensprozess begünstigt

²¹⁹ In diesem Kontext ist auch die Rede von Kommissionsmitglied Otilia *Lux* interessant, die die indigenen Völker repräsentierte. Sie bat um Verzeihung, dass ein unschuldiges Volk sich in eine Auseinandersetzung hatte verwickeln lassen, die nicht die seine war. Entgegen der Analyse des Berichts selbst, reduziert sie den Konflikt damit auf Nicht-Indigenen, in der die Indigenen eben nur Opfer waren. *Öttler*, 2004a: a.a.O. Anm. I/30. S. 226.

²²⁰ Zum Beispiel Edgar Leonel *Godoy* (10.03.05) und Carlos *Pineda* (15.04.05).

²²¹ Siehe Kapitel V.1.

haben dürfte, der die Armee dann zunächst in Isolation und Rückzug zwang. Auf der Basis seiner individuellen Wahrheit betont der folgende Offiziere, was der Bericht eigentlich hätte sagen sollen:

*„Die CEH hat ihre Kompetenz überschritten, als sie von Völkermord gesprochen hat. Statt Vorwürfe, hätte sie zeigen sollen, wie die Bevölkerung gelitten hat, alle Seiten. Als das EGP seine irregulären Truppen schuf, da reagierten wir mit den PAC. All das schuf eine ideologische Konfrontation im Innern des Landes.“*²²²

Nachgefragt verweisen einige darauf, dass die CEH die Ergebnisse der eigenen Kommission (die zum Teil auf einer Analyse der Publikationen der damals vom Militär kontrollierten Medien beruhte) nicht integriert hätte. Oberst Barquero nennt speziell *all die Brücken und Strommäste* und viele andere materielle Schäden, die die Guerilla verursacht hätte.²²³ Eine differenzierte Kritik übt General Balconi. Als Minister habe er einmal verschiedene Angehörige von getöteten Militärkommissaren in die Büros der katholischen Kommission, REMHI, geschickt, um auszusagen. Man habe sich aber geweigert, sie anzuhören. Für General Pineda hat sich die linke Natur der CEH schon allein deshalb erwiesen, weil die Zeit vor 1954 nicht berücksichtigt worden sei. Das ist aber nur sehr bedingt richtig und so ist diese Antwort nur ein weiteres Indiz für das, was auch andere Interviews nahelegten. Wenn überhaupt, dann haben die Offiziere nämlich nur die kurze Zusammenfassung überflogen,²²⁴ in der mehr auf die Empfehlungen sowie quantitative und qualitative Ausmaße der Grausamkeit abgestellt wird, denn auf die historischen Zusammenhänge. Anders gesagt, in der Regel ist der Inhalt des 10-bändigen Berichts aus tausenden von Seiten bei seinen Kritikern womöglich beinahe völlig unbekannt.

Hingegen akzeptieren die Interviewten, dass die Seite des Militärs für mehr Tote verantwortlich sein wird, als die Guerilla. Das extreme Ungleichgewicht, vor allem aber die voraussichtliche Gesamtzahl der Opfer, wird allerdings empört zurückgewiesen. Und die verborgenen Friedhöfe?

*„Das könnten die 4.000 toten Guerilleros sein oder die Toten der von der Guerilla begangenen Massaker.“*²²⁵

General Godoy erklärte sich 2005 die Zahl der Toten *angeblicher* Massaker anders:

„Woher wissen die forensischen Anthropologen eigentlich immer, wo die geheimen Friedhöfe sind (das könnten die Opfer der Guerilla sein). Und noch etwas, wenn in einem Massengrab angeblich 75 Opfer gefunden werden und einer sieht das Foto, dann sieht man 75 Knochenreste, aber ich habe noch keine 75 Schädel oder 75 Brustkörbe gesehen. Die nehmen also ein Stück Knochen, legen den in eine Kiste und sagen dann dem Bau-

²²² Interview mit Oberst Mario Mérida, abgedruckt in *El Periódico*, 05.04.99. S. 4.

²²³ Interview mit Oberst Aníbal Barquero, 09.07.03.

²²⁴ Alle direkt dazu befragten äußern sich so: Mario Ruiz (05.07.03), Aníbal Barquero (09.07.03) und Edgar Leonel Godoy (02.06.05).

²²⁵ Interview mit Oberst Mario Mérida, abgedruckt in *El Periódico*, 05.04.99. S. 4.

*ern, ‚das ist Dein Sohn‘. Dann legen sie da ein Stück Hemd da rein ... und am Ende ziehen sie mit 75 Särgen herum.*²²⁶

Im Zusammenhang mit der CEH verbirgt sich die wahrgenommene Eigenverantwortung beinahe vollkommen hinter der aller anderen Akteure.

Die Erkenntnisse der CEH schmerzen nicht nur, sie wurden in der Zeit nach der Präsentation gar als Bedrohung gesehen. Ein Offizier meint, die meisten seien sich bewusst, dass hinter der Wahrheit die Absicht stünde, Prozesse führen zu können.²²⁷ Die Autorin Schirmer berichtet von einer Sitzung mit den Kommandanten der Militärzonen. Gustavo Porras und Außenminister Stein hätten die Anwesenden darin zu beruhigen versucht, der Bericht sei ein *letzter bitteren Tropfen, den die Armee zu schlucken habe*. Sie würden den Empfehlungen nicht folgen, weil die CEH von Völkermord gesprochen und weitere Säuberungen des Armee-Personals gefordert habe.²²⁸ Um Unruhen unter den Offizieren zu vermeiden, versprachen sie Wohnungen und bessere Pakete für den Rückzug der Offiziere. Als aber mehrere Offiziere fragten, ob die Armee sie in Prozessen stützen würde, schließlich habe man nur Befehlen Folge geleistet, da wurde ihnen gesagt, sie seien freiwillig in der Armee und wüssten die Konsequenzen, wenn man gegen das Gesetz verstoße. In privaten Gesprächen, so schreibt Schirmer, hätten es mittlere Offiziere kategorisch abgelehnt, als Sündenböcke herzuhalten. Einer von ihnen:

*„Ich kann sagen, dass dieser General (während des Feldzugs) in jenem Ort war, dieser Oberst in einem anderen und ich werde das öffentlich tun, wenn ich meine eigene Haut schützen muss.“*²²⁹

Insofern kann es nicht verwundern, dass das Wort vom *politischen Krieg* seit der CEH wieder in aller Munde war.²³⁰ Wird damit aber nicht auch implizit der Frieden diskreditiert. In mehreren Interviews fiel mir auf, dass sich Offiziere mit den Friedensverträgen, solange nicht wörtlich umgesetzt, weitgehend abgefunden zu haben schienen, aber auf die CEH angesprochen, ihre Ansichten zur Linken und auch dem Friedensprozess plötzlich schärfer formulierten.²³¹ Auch mehrere zivile Unterstützer der Armee betonten, dass sie mit dem anfangs schon mit Skepsis gesehenen Prozess auch Hoffnungen verbanden. Für 2003 und 2005 aber äußern sie sich sicher, der Frieden sei das Werk, über welches die Linke an die Macht kommen wollte.²³² Und was hat sie wohl in der Zwischenzeit aus ihrer Sicht so aufgebracht? Mir scheint das Thema der Wahrheitskommission durchaus eine wichtige Rolle dabei zu spielen.

Ebenso wenig wie die Geschichtsvision der Militärs erfuhr auch die der Unternehmer durch den Bericht der CEH einen wesentlichen Wandel.²³³ Der Unter-

²²⁶ Interview mit General Edgar Leonel *Godoy*, 10.03.05.

²²⁷ Interview mit einem Offizier, der nicht mit Namen genannt werden will. Interview 37/2005.

²²⁸ *Schirmer*, 2001: a.a.O. Anm. III/24. S. 3f.

²²⁹ Zitiert nach *Schirmer*, 2001: a.a.O. Anm. III/24. S. 4.

²³⁰ Interviews mit den Offizieren Julio *Balconi* (22.02.05), Mario *Ruiz* (15.05.03), Edgar Leonel *Godoy* (02.06.05) und Aníbal *Barquero* (30.07.03).

²³¹ Zum Beispiel Edgar Leonel *Godoy* Samayoa (02.06.05), Mario *Ruiz* (10.06.03) und Carlos *Pineda* (15.04.05).

²³² Z. B. der Abgeordnete der Unternehmer-orientierten Partei PAN, Roberto *Alfaro*, 28.02.2005.

²³³ Zu deren Geschichtsbildern und Meinungen zum Umgang mit der Vergangenheit: Kap. V/1.

nehmer Humberto Preti zum Beispiel, 2005 von mir interviewt, bestand schon einen Tag nach der Überreichung des Berichts auf denselben Eckpfeilern seines Denkens: die CEH öffne nur alte Wunden, der Privatsektor habe keine Verantwortung, im Gegenteil böte er Arbeitsplätze und trage so zur Aussöhnung bei.²³⁴ Bemerkenswert ist die Strenge, mit der er Gleichheit einfordert:

„Auch das (von der URNG begangene) Massaker von El Aguacate ist eine Art von Völkermord, aber dieses Thema wird nicht angerührt, weil es politisch nicht angesagt ist, angesagt ist nur die andere Richtung.“²³⁵

Seiner Ansicht nach hat es insgesamt so viele Tote gar nicht gegeben und auch das Militär sei nicht dermaßen verantwortlich. Anders als seine Kollegen, trieb ihn das an, sogar die Anhänge der Berichte zu durchforsten:

„Ein Beispiel, ich nenne ihnen einen Namen, sagen wir, der Tote heißt José Roberto González Pérez. In einer Zeile erscheint der als José Pérez, dann als Roberto González, später als José González... so ist REMHI (deren Daten in die CEH einfließen). Ich habe REMHI mit der Lupe analysiert und dieselben Leute erscheinen bis zu 12 Mal... Aber allein in meiner Familie hat die URNG vier Leute entführt und keiner erscheint im REMHI.“²³⁶

Für die Angehörigen der sozialen Organisationen waren die deutlichen Worte des Berichts eine positive Überraschung. Zahlreiche Repräsentanten verkündeten sofort, dass der Bericht den Weg für Massaker-Prozesse gegen das Militär freigemacht habe.²³⁷ Zwischen REMHI und der CEH hatte sich die unterdrückte Sorge vieler Offiziere vor Prozessen damit in eine konkrete Gefahr verwandelt. Nichtsdestoweniger hatten auch die sozialen Bewegungen schon frühzeitig eine eigene Meinung zur Wahrheit gebildet, die sie nicht bereit waren, aufzugeben. Angehörige der Maya-Bewegung meinten schon vorab, dass gegen die Indigenen Völkermord verübt worden sei. Z.B. Jorge Morales:

„Der ganze Prozess bedeutete für die Zivilgesellschaft und für uns indigene Völkern eine enorme Anstrengung. Erstens mussten wir die Menschen davon überzeugen, ihr Schweigen zu brechen, dann mussten wir die CEH dazu bringen zu akzeptieren, was die Leute sagen. ... Wir dokumentierten mehrere Aktionen des Völkermords und versuchten darauf einzuwirken, dass die CEH diesen akzeptierte. Ich erinnere mich an mehrere Gespräche mit Tomuschat, mit Otilia (Lux) und Balsells, wo die nein zum Völkermord sagten, weil das werde provozieren und nicht zur Aussöhnung beitragen. Tomuschat war dazu sehr verschlossen. ... Später hörte ich, hohe Repräsentanten aus Regierung, Armee und URNG hätten mit ihm gesprochen, damit das Thema des Völkermords nicht in den Bericht kommt. Darum liest man da, dass Akte (!) des Völkermords begangen wurden und nicht Völkermord. Das wurde wohl mit diesen Leuten verhandelt.“²³⁸

²³⁴ Interview mit Humberto Preti, abgedruckt in der Tageszeitung *el Periódico*, 26.02.99. S. 2.

²³⁵ Interview mit Humberto Preti, 22.02.2005.

²³⁶ Interview mit Humberto Preti, 22.02.2005.

²³⁷ Entsprechende Angaben von Helen Mack und anderen, in *El Periódico*, 26.02.99. S. 2, 6.

²³⁸ Jorge Morales (19.01.05), Maya-Bewegung, zurzeit des Interviews Berater von Rosalina Tuyuc.

Im Prinzip zeigen sich die Angehörigen der Maya-Bewegung mit dem Bericht zufrieden.²³⁹ Aber sie schätzen die Zahl der Toten nicht auf 200.000, wie die Kommission annimmt und auch nicht 30.000 bis 40.000, die im Allgemeinen von konservativen Politikern, Militärs oder Unternehmern genannte Zahl. Sie gehen von 300.000 bis zu einer halben Million Toten aus.²⁴⁰ Einfach war die Arbeit der CEH ohnehin nicht. Aber gleichzeitig hatte sie sich mit ihrer Suche nach Unabhängigkeit und Objektivität in einem hochvirulenten politisierten Feld bewegen müssen, in dem jedes Stück Wahrheit notwendigerweise in den Prozess um politische Macht und Transformation eingriff.

Gustavo Porras als Mitglied der Regierung bestätigt den Verdacht, dass der Bericht Militärs und andere Konservative empört und ihnen politisch Auftrieb gegeben hätte.²⁴¹ Für die Regierung selbst sei er aber kein größeres Problem gewesen, in dem Sinne, *dass er massiv verbreitet oder in der Gesellschaft irgendwie provozieren würde.*²⁴² *Absolut unflexibel* habe man nur auf die Qualifikation reagiert, dass es in Guatemala einen Völkermord gegeben habe:

*„Das lehne ich bis heute ab. Das haben wir nicht getan, weil wir das Ausmaß des Geschehenen verniedlichen wollten, auch nicht, um beim Militär gut dazustehen, sondern wegen des Risikos (dass gesagt wird), wenn ein Volk an den Grenzen eines anderen Staats wohnt und der versucht es auszulöschen, dann hat dieses Volk das Recht auf einen eigenen Staat. Wir hatten genug Grund anzunehmen, dass hinter all dem Aufschwung für die indigenen Völker das Risiko stand, den Staat Guatemala zu teilen...“*²⁴³

Die Regierung wusste, dass sie allein es in der Hand hatte, ob der Bericht zum Problem werden könnte. So versprach sie zunächst, das Werk zu studieren. Drei Wochen später kam dann die Antwort – allerdings nur in Form einer Zeitungsannonce. Darin bat sie noch einmal kurz für die Verbrechen um Verzeihung, degradiert die Geschichtsvision der CEH aber dann zu einem ersten Versuch und lehnt die Empfehlungen weitestgehend ab.²⁴⁴ Der Bericht sollte ins Leere laufen.

Drei Monate vor der Volksabstimmung zu den Friedensverträgen, die ohnehin immer umstrittener geworden waren, und beinah schon am Ende der eigenen Regierungszeit, verstieß das Transformationskonzept der Kommission nicht nur gegen beinah alle auf Realismus bedachten Überzeugungen von Präsident Arzú und seinem Kabinett, vor allem richtete es sein Augenmerk auf eine Vergangenheit, die man doch hinter sich lassen wollte. Aber auf die Gegner der justiziellen Aufarbeitung muss der Bericht alarmierend gewirkt haben. Jetzt waren Massaker-Prozesse denkbarer geworden und – noch im März – sagten erstmals zwei Soldaten im Prozess um das Massaker von Dos Erres

²³⁹ Z.B. Romeo *Tiu*, Maya, Interview vom 02.03.2005.

²⁴⁰ Romeo *Tiu* (02.03.05), Carlos *Tarano* (28.02.05) und Genaro *Serech* (20.01.05) – alle Indigene.

²⁴¹ Die Ex Regierungsfunktionäre *Porras* und *Stein* stimmen darin mit Juan Luis *Font*, Direktor des Periódico, überein. Stein und Porras zitiert in: *Pásara*, 2003: a.a.O. Anm. III/86. S. 157.

²⁴² Interview mit Gustavo *Porras*, Regierung Arzú, 12.09.2005.

²⁴³ Interview mit Gustavo *Porras*, 12.09.2005.

²⁴⁴ *Cruz Munguía* (Ex COPREDEH) schreibt Porras und Zelaya zu, Autoren der Antwort zu sein. Interview vom 20.07.05. Im Gespräch erwähnt *Porras* übrigens, dass auch er den Bericht der CEH nie gelesen habe, nur die kurze Zusammenfassung. Interview vom 04.04.2007.

gegen ihre vorgesetzten Offiziere aus. Ein Punkt hebt sich von der stichwortartigen Antwort der Regierung ab, die Nummer 10. Nachdem die Regierung die von der CEH geforderte Säuberung der Armee als bereits erledigt abtut, gibt sie zu bedenken:

„Jeder Vorschlag einer weiteren Säuberung (der Armee), die sich von der des Menschenrechtsabkommens unterscheidet, widerspricht der Basis der Kompromisse, unter denen der Frieden unterzeichnet wurde.“²⁴⁵

Damit deutet die Regierung an, dass unter diesen Umständen der Frieden nicht durchsetzbar, also nicht einmal unterzeichnet worden wäre.

Wochen nach dem aufsehenerregenden Bericht der Wahrheitskommission, also beinahe erst zweieinhalb Jahre nach Abschluss des Friedens, ließ die Regierung erste größere Aktionen im Bereich der VP erkennen. Die Chefin des Friedenssekretariats, Raquel Zelaya, ging an die Öffentlichkeit und kündigte ein Wiedergutmachungsprogramm an, das sich – *aus Kostengründen* – allerdings nur an die am meisten geschädigten Regionen richten könne. Darin werden kollektive Maßnahmen der Entschädigung vorgeschlagen, die *nach dem Willen der Dörfer* definiert werden sollten. Angesichts der herrschenden Armut hieß das in vielen Fällen Entwicklung. Neben Monumenten zum Gedenken oder Exhumierungen würden die Menschen zum Beispiel auch den Bau von Häusern, Dächern, Straßen und Elektrizität fordern. Auch gemeinsame Workshops zwischen Tätern und Opfern waren vorgesehen.²⁴⁶ Beide wären von den Aktionen so teils gleichzeitig begünstigt worden, sagt Maria Ramírez, im Staatsdienst mit dem Thema befasst. Aber das sei auch gut so, weil man Täter und Opfer auf dem Lande so einfach nicht unterscheiden könne.²⁴⁷

Anders als die Vorschläge der CEH, hält sich das Programm denn auch an den Rahmen, den die Regierung im Aussöhnungsgesetz kurz vor Friedensschluss aufgestellt hatte. Es vermied historische Schuldzuweisungen, versuchte die Menschen schneller zusammenzubringen und verringerte offenbar auch einen möglichen Druck auf justizielle Aufarbeitung. Nach Claudia Samayoa, Mitglied der Menschenrechtsbewegung, hatten die Menschen nach einer solchen Wiedergutmachung ein Papier zu unterzeichnen, indem sie auf alle weiteren Ansprüche an den Staat verzichteten, seien es Prozesse oder weitere Entschädigungen.²⁴⁸ Vor allem aber kostete das Programm wenig Geld. Für den ausgeschauten Teil der geschätzten 200.000 Opfer des Konflikts sah die Regierung umgerechnet nur rund eine Million Euro (!) vor. In Gesprächen mit den internationalen Geldgebern wolle man um mehr Mittel werben, hieß es.

Historische Wahrheiten können über Erziehungsinhalte wesentlich auf den Bewusstseinswandel einer Bevölkerung einwirken. Zu solchen Reformen kam es im Guatemala von Präsident Arzú aber ebenso wenig. Geschichte wurde in öffentlichen Schulen generell nur sehr rudimentär erwähnt, in der Form von

²⁴⁵ Abgedruckt in der Tageszeitung *el Periódico*, 16.03.99. S. 2.

²⁴⁶ Tageszeitung *el Periódico*, 03.05.99. S. 6.

²⁴⁷ Interview mit María Ramírez (02.07.03). Die Regierungsmitglieder Porras (05.09.05) und Castro (04.03.05) äußerten sich mit dem Programm zufrieden.

²⁴⁸ Interview mit Claudia Samayoa, 30.09.05. Nach ihren Angaben war CONAVIGUA, die Organisation der Witwen von Rosalina Tuyuc, Hauptnutznießer der Maßnahmen.

Jahreszahlen zu großen Ereignissen oder Persönlichkeiten. Die Zeit des Konflikts sprach man beinahe gar nicht an. Gleich drei Hindernisse standen einer solchen Reform entgegen: (a) auf eine Geschichtsvision hätte man sich gar nicht einigen können. Auch aus der Sicht der damaligen Erziehungsministerin Arabella Castro ist die CEH einseitig zugunsten der Linken ausgerichtet. Auf die CEH angesprochen, antwortet sie erst einmal mit einer Kritik am Konzept der Menschenrechte. Wie viele andere Politiker betont auch sie, dass zunächst einmal die Institutionen zu stärken seien.

*„Der Respekt für die Menschenrechte ist aber eher ein Faktor, der die Institutionen schwächt. Wirklich, Guatemala braucht seine eigene Evolution... Mir ist klar, dass das Land einen schrecklichen Krieg erlebt hat, ... aber dies war von beiden Seiten und die CEH war mehr auf einer Seite.“*²⁴⁹

Dabei habe sie einen Versuch unternommen, aber jeder der Akteure habe sie dafür kritisiert:

*„Ich nahm Teile des Berichts der Kommission und integrierte diese in mehrere Lehrbücher. Ich musste erheblichen Widerstand der Armee erdulden, die nicht wollte, dass die Texte verteilt würden. Mit Unterstützung von Präsident Arzú wurden sie aber verteilt. ... Wir hatten die Autorenrechte eines sieben-bändigen Geschichtswerks der Vereinigung der Freunde des Landes gekauft. Die Guerilla sagte mir, diese Geschichte sei immer noch sehr konservativ nahe der Position der Armee. Und das Militär sagte uns, das Buch sei gegen die Armee gerichtet.“*²⁵⁰

Werner Ramírez, Berater des Erziehungsministeriums, beobachtete während der Diskussionen um die Erziehungsreform, dass auch die indigenen Organisationen eine eigene Vorstellung hatten:

*„Die wollten eine Geschichte von Ungleichheit und Diskriminierung und nicht nur eine des Krieges. Der ging bei denen etwas unter. Das hatte aber einen Vorteil. So schafften sie es, die Diskussion aus der politischen Konfrontation herauszuführen. Die Version der Guerilla war an den Menschenrechtsverletzungen orientiert. Dagegen stand der Version ... der Militärs. Die meinen, sie hätten da einen Preis zu bezahlen, der ihnen nicht zusteht. Ja, es habe Massaker gegeben, aber das sei normal im Kriege. Und die Exzesse, die seien von einigen Offizieren begangen worden, also keine institutionelle Politik. Die Geschichte wurde zu einem Mobilisierungsfaktor für die Gegenwart. Keiner wollte Positionen in der Gesellschaft verlieren. Unter diesen Umständen kam die Chance der Mayas.“*²⁵¹

(b) Ramírez sah in der Regierung *Desinteresse*. *Nach den Berichten von CEH und REMHI haben Akteure von außen versucht, diese in Inhalte zu verwandeln, aber ohne Erfolg. In den Kommissionen zur Erziehungsreform wurde das Thema nicht einmal auf die Agenda gesetzt.*²⁵² Damit sind die Probleme, die

²⁴⁹ Interview mit Arabella Castro, 04.03.05.

²⁵⁰ Interview mit Arabella Castro, Erziehungsministerin in der Regierung Arzú, 05.03.2005.

²⁵¹ Interview mit Werner Ramírez, Berater des Erziehungsministeriums, 27.05.2004.

²⁵² Interview mit Werner Ramírez, 27.05.2004. Auch im weiteren Sinne beklagt MINUGUA Desinteresse an der politischen Bildung der Schüler. Bis 1999 habe die Regierung umgerechnet nur gut eine halbe Million Euro für Staatsbürgerkunde ausgegeben. Der interkulturelle Charakter Guatemalas würde in den

einer Vermittlung von Inhalten zum Krieg entgegenstehen, aber noch nicht alle aufgezählt. Denn im Anschluss an die Friedensverträge galt es eben auch, (c) ein neues Erziehungssystem aufzubauen. Diskutiert wurde in der ersten Zeit darum eher über das Wie der Transformation, als über Inhalte.

Der viel beachtete Bericht der Kommission für Historische Aufklärung scheint im ersten Moment in Regierung und Akteuren für wenig Wandel gesorgt zu haben. Unbeweglich hielten diese an ihren Geschichtsvisionen fest und studierten den Bericht nicht einmal. Das änderte sich auch nicht, als im Vorfeld und direkt nach der Volksbefragung zu den Friedensverträgen, die zahlreiche Veröffentlichungen der Presse, ein Massakerprozess und das *Dossier de la Muerte*²⁵³ den Ängsten vor der Justiz konkrete Nahrung gaben. Die VP der Regierung vor und nach der Präsentation zielte eher darauf ab, dem Konflikt um die Geschichte an Brisanz zu nehmen und tiefere Reflektion zu vermeiden. Sie sollte der CEH entgegensteuern. Hingegen deutet einiges darauf hin, dass der Bericht, drei Monate vor der Volksabstimmung zu den Friedensverträgen veröffentlicht, die Konservativen des Landes aufgebracht und damit auch deren Stimmung zum Frieden beeinträchtigt haben könnte – die Frage ist nur, wie sehr? Hat die CEH den Frieden in den Keller gezogen?

2.3.2. Das Schicksal der Friedensverträge

Die vielen Texte zu einer der Fragen, die in Guatemala am meisten diskutiert wurden, geben eigentlich keinen Anlass zu dieser Vermutung.²⁵⁴ Und doch sehe ich einen gewissen Zusammenhang. Stellen wir die Frage also doch erst einmal ganz allgemein. Wie war es möglich, dass ein bis zuletzt von den zentralen politischen Akteuren öffentlich unterstützter Frieden in der entscheidenden Volksbefragung zu den dafür nötigen Verfassungsänderungen durchfallen konnte? Die Antworten darauf sind verwirrend vielfältig. Man kann Details aufzählen, wie die Entführung Novella und die darauffolgende Schwächung der URNG oder den tropischen Sturm Mitch, der mit seinen Schäden die Volksbefragung verzögerte. Aber hier kommt es eher darauf an, negative Kräfte systematisiert darzustellen. Auf einige wichtige will ich hier eingehen.

Zunächst einmal müssen wir uns vergegenwärtigen, wie der Frieden zustande gekommen ist. Auf der Ebene der Akteure ist er als Folge einer Dynamik zu sehen, in die die traditionellen Eliten des Landes aus Privatsektor und Militär nur schrittweise und über ständig neue Grenzen ihrer Kompromissbereitschaft in den Prozess hineingezogen werden konnten. Deren Unterstützung blieb begrenzt und an Ausnahmen geknüpft. Einen starken Anker hatte die Akteurskonstellation in der UNO und einigen interessierten Staaten. Die zunächst schwache Regierung nutzte sie als Hebel, um sich nach innen zu stärken. Die URNG hatte in dieser Zeit eine relativ gute Position – auch dank der Glaubwürdigkeit, die sie international genoss. (1) Genau diese Konstellation der Vertragspartner des Friedens wurde im Laufe der Zeit aber immer schwächer.

Lehrbüchern kaum erwähnt. *MINUGUA*: Informe de Verificación. La Educación. Una Condición para la Paz. Guatemala. April 2002. Ziffer 49.

²⁵³ Siehe Kapitel 2.3.4.

²⁵⁴ Vgl. z.B.: Jonas, 2000a: a.a.O. Anm. II/68; Pásara, 2003: a.a.O. Anm. III/68; Sieder, 2002: a.a.O. Anm. IV/7.

Sie distanzierten sich untereinander und zu ihren Verbündeten. Die Regierung entfernte nicht nur das dem Frieden wohl meinende Oberkommando aus der Armee, auch ihr Verhältnis zu Sektoren der Unternehmerschaft und vor allem der Presse ging darnieder. MINUGUA, als kritischer Verbündeter in der Frage des Friedens, wurde dieser Kritik wegen zu schwächen versucht.

(2) Wegen dieser und anderer taktischer Fehler ist ein weiterer wichtiger Faktor ohne Zweifel in der Persönlichkeit des Mannes zu sehen, dem der Frieden mit zu verdanken ist – Präsident Alvaro Arzú. Er war es auch, der nach einer Entführung von Seiten der URNG den Entschluss fasste, diese nicht mehr als gleichwertigen Nutznießer des Prozesses zu behandeln. Arzú monopolisierte den Frieden zudem, augenscheinlich zugunsten seiner eigenen Partei. Aber damit verknüpfte er seine politischen Probleme, die Unsicherheit und die Lage der Wirtschaft, unweigerlich mit der Zustimmung der Menschen zum Frieden. Doch zurück zu den Akteurskonstellationen. Auf der anderen Seite zerfiel nämlich auch die Koalition zwischen Guerilla und Menschenrechtsbewegung, ein Prozess, bei dem die unterschiedlichen Ansichten zum Umgang mit der Vergangenheit eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben dürfte. Das Verhältnis zwischen Menschenrechtsbewegung und Regierung war aus vielen Gründen problematisch, aber die VP ist sicher einer von denen. Die Friedensbefürworter verloren insofern alle an Bindekraft.

(3) Die Kultur des Landes stand dem Projekt einer tiefgreifenden Transformation über den Friedensprozess an mehreren Stellen entgegen. In der Form andauernden Rassismus spielte sie im Ergebnis der Volksbefragung eine Rolle, stimmten doch die indigenen Bewohner des Landes eher für das Ja, die Ladinós eher dagegen. Dahinter stand nicht selten die Angst davor, dass mit dem Frieden plötzlich die Indigenen das Sagen haben könnten. Seit Generationen nahmen die Menschen zudem eine Tendenz auf, Probleme mit repressiven militärischen Mitteln lösen zu wollen. Der Kontrast zu dem (4) sehr ambitionierten Charakter der Verträge, führte bei vielen Reformschritten offensichtlich zu Reibungen mit Sektoren und potentiellen Wählern.

(5) Mehrere vorhersehbare und unvorhersehbare Ereignisse mit Langzeitwirkungen, die den Frieden belasteten, hatten hingegen mit der VP zu tun. Das Projekt REMHI mit dem anschließenden Mord an Bischof Gerardi dürfte das Ansehen der Regierung nachhaltig beschädigt haben. Aber, wie ich schon weiter oben behauptete, hat diese Phase zwischen einer und der anderen Wahrheitskommission das Militär an sich empört und gegen den Frieden eingenommen. Auf diese These angesprochen, antwortet Porras, dass nicht das Militär gegen das Ja bei der Volksbefragung arbeitete, sondern eine Gruppe sehr konservativer Unternehmer den Umschwung mit ihrer Kampagne ausgelöst hätten.²⁵⁵ Das ist sicher richtig. Aber mehrere Elemente sprechen auch für eine diskrete Rolle von Armee und Ex-Militärs. Michel Andrade erwähnt zum Beispiel, dass General Ventura als Verbindungsmann zu MINUGUA alles getan habe, um die Überwachung zu torpedieren.²⁵⁶ Und ein interviewter Abgeordneter war Zeuge eines Anrufs, bei dem Verteidigungsminister Barrios

²⁵⁵ Interview mit Gustavo Porras, 04.04.2007.

²⁵⁶ Interview mit Michel Andrade, MINUGUA, 07.12.2004. Ähnlich, Ricardo Stein, 18.05.05.

die Kongressführung davon überzeugen wollte, dem Reformpaket zu den Friedensverträgen nicht zuzustimmen.²⁵⁷ In der Literatur wird zudem die Information gehandelt, dass gerade der militärische Geheimdienst, potentiell von der justiziellen Aufarbeitung am meisten betroffen, in der Kampagne für das Nein geholfen habe – mit Geld und Infrastruktur.²⁵⁸

Damit ist die Serie der Friedenshindernisse noch lange nicht abgeschlossen. Mehrere Interviewbeiträge sprechen zum Beispiel von der ablehnenden Haltung vieler Abgeordneter und der Stimmung an der Basis der Regierungspartei.²⁵⁹ Im Mai 1999 war zudem die nächste Parlaments- und Präsidentenwahl vom kommenden November schon zu erahnen und man könnte wohlmeinend denken, dass die Parteien darum kein Geld mehr in eine Kampagne stecken wollten, die sie mehrere Wochen vorher noch zu gewinnen schienen. Fakt ist, dass den Wählern ein Paket von Verfassungsänderungen vorgelegt wurde, die zum großen Teil nichts mit den Friedensabkommen zu tun hatten. Wenige Wochen vor der langweilig zu scheinenden Abstimmung machten die Gegner plötzlich eine sehr teure Kampagne der Angst. Das Ergebnis umgerechnet auf die Gesamtzahl der Wahlberechtigten: 7,5 Prozent der Wahlberechtigten nahmen die Reformen an, 9,4 Prozent lehnten sie ab – die Mehrheit derer die abgestimmt hatten.²⁶⁰

Für die angenommene Verbindung zwischen dem Vormarsch der VP und dem Nein zum Frieden liegen Hinweise vor. Aber angesichts dieser schnellen Übersicht dürfte klar sein, die VP hat das Schicksal des Friedens in dieser Phase nur als einer unter vielen Faktoren belastet. Allerdings spielt die Kampagne ganz kurz vor Schluss eine wesentliche Rolle. Die Aktionen des Militärs im Vorfeld des Urnengangs haben sicherlich auf beides reagiert, auf die mit der CEH und REMHI verbundenen Stimmung sowie auf den drohenden Verlust ihrer traditionellen Rolle. Das Verhältnis beider Motive ist aber nur schwer zu enträtseln. Denn selbstkritische Gespräche zu diesen Vorgängen sind noch immer die Ausnahme.

2.3.3. Vergangenheitspolitik: von trügerischen Hoffnungen

So sehr der Bericht der CEH Anfang des Jahres bei den einen Empörung auslöste, so sehr schuf er auch Hoffnungen und Erwartungen bei den anderen. Repräsentanten von Menschenrechtsorganisationen spüren nach REMHI und vor allem der CEH einen positiven Wandel. Die Guatemalteken begannen über die Geschichte zu reden, vor allem über das, was ihnen passiert war.²⁶¹ Das wieder aufflammende Selbstwertgefühl der Opfer verschob langsam auch das Kräfteverhältnis zwischen denen auf dem Lande, die als Täter gesehen wur-

²⁵⁷ Die Namen des mithörenden Abgeordneten und des direkten Ansprechpartners aus dem Kongress sind dem Autor bekannt, dürfen aber nicht genannt werden. Interview 105/2005.

²⁵⁸ *Jonas*, 2000a: a.a.O. Anm. II/68. S. 380.

²⁵⁹ Interview mit Anabella *de León* (29.06.05), Antonio *Móbil* (22.06.05). Catalina *Soberanis* erzählt von einigen ehemaligen Schülern, damals Aktivisten der Regierungspartei: *Die sagten mir, es gäbe zwar (öffentlich) eine Propaganda zugunsten der Friedensverträge, aber intern habe man ihnen gesagt, sie sollten mit nein stimmen, die Verträge habe man nur wegen der internationalen Geber unterschrieben, die Partei sei damit eigentlich nicht einverstanden.* Interview vom 01.07.05.

²⁶⁰ Diese Rechnung stammt aus dem Buch von *Öttler*, 2004a: a.a.O. Anm. I/30. Seite 251.

²⁶¹ Interview mit Claudia *Samayoa*, Menschenrechtsbewegung, 06.10.2005.

den, den PAC, und eben den Opfern.²⁶² Die PAC waren jetzt gebrandmarkt. In dieser Zeit werden auch mehr und mehr Anträge auf Exhumierungen gestellt und dann auch durchgeführt.²⁶³ Derweil sahen der linke FDNG im Parlament und Menschenrechtsorganisationen die CEH als eine Chance, die es auszunutzen galt, um das Aussöhnungskonzept, in der Version von Wahrheit, Justiz und Wiedergutmachung voranzutreiben. *Außerdem war das (Jahr 1999) ein Wahljahr und das gab uns die Möglichkeit, mit der Regierung (Gegenleistungen für Unterstützung) zu verhandeln*, sagt Orlando Blanco.²⁶⁴

Noch vor der Präsentation des Berichts begann dieser, sich in der Arbeit von FDNG und Menschenrechtsbewegung niederzuschlagen. Januar 1999: Eine zweite Initiative zur Wiedergutmachung der Opfer des Konflikts wird im Parlament eingereicht (Nr. 2083). Ohne ausdrücklich den Staat anzuklagen, will sie die individuelle und kollektive Entschädigung für die Opfer aus dem Kreis der unbewaffneten Zivilbevölkerung erreichen. Damit wären unter Umständen auch Angehörige von PAC in den Genuss der Leistungen gekommen. Sie kam aber ebenso wenig voran, wie die aus dem Jahr 1996. Im Mai folgt dann die erste einer langen Reihe von Initiativen zum Tag der Würde des Opfers. *Wir wollten, dass die neuen Generationen wissen, was passiert ist, und seit der CEH hatte das Thema Konjunktur*, darum ein spezieller Feiertag zum Gedenken an den Konflikt, sagt Amílcar Méndez. Monate später folgte ein Vorschlag der Stiftung Mack zum Tag des Opfers und eine zweite Initiative, Nr. 2179, im Parlament – wieder ohne Diskussion und Reaktion der großen Parteien.

Als die Regierung keine Anstalten machte, die empfohlene Stiftung für Frieden und Eintracht zu schaffen, wurde der Menschenrechtsprokurator aktiv. Die auf seine Initiative hin gegründete multiinstitutionelle Instanz für Frieden und Eintracht, versammelte Organisationen der Zivilgesellschaft, die anstelle der Stiftung oder Kommission, Lobby für die Ziele und Empfehlungen der CEH machen wollten.²⁶⁵

*„Zu den ersten Sitzungen kamen alle, 80 Organisationen, einmal sogar 110. Das war im Mai 1999. Wir nahmen die Empfehlungen und machten einen systematischen Plan, wie die erfüllt werden sollten. Diese Phase des Enthusiasmus ging bis zum August, da waren wir dann noch 80 Organisationen.“*²⁶⁶

Vier Prioritäten definierte die Multi: die Verbreitung des Berichts, die Wiedergutmachung, die Friedenskommission und die Suche nach Verschwundenen.

„Bei den Verschwundenen, da wussten wir nicht, wie wir das machen sollten. Letztlich einigten wir uns darauf, eine Kindersuchkommission anzustreben... Das wichtigste für mich war die Kommission für Frieden und Eintracht, denn die hätte den gesamten Prozess beschleunigen können.“

²⁶² Interview mit Ruth *Del Valle*, Psychologin, 14.02.2005.

²⁶³ *MINUGUA*, 2000d: a.a.O. Anm. VI/12. Ziffer 45.

²⁶⁴ Interview mit Orlando *Blanco*, Menschenrechtsbewegung, 12.07.2005.

²⁶⁵ Siehe auch *Öttler*, 2004a: a.a.O. Anm. I/30. S. 246f. Auf spanisch: *Instancia Multiinstitucional por la Paz y la Concordia*, künftig *Multi* genannt.

²⁶⁶ Interview mit Orlando *Blanco*, 08.09.2005.

*An die Säuberung der Armee dachten wir auch, aber die hätte man über die Kommission erreichen können.*²⁶⁷

Zunächst näherte sich die Multi möglichen Verbündeten an. Im Parlament selbst schienen die Sondierungsgespräche aber nichts Gutes zu verheißen. Ana María Villegas de Fortín, als Abgeordnete der Christdemokraten war sie den nur sechs Parlamentariern der FDNG damals noch am nächsten:

*„Wir haben denen von der FDNG damals gesagt. Der Kongress könnte solche Sachen machen, aber es dürfe nicht nur eine Seite begünstigt oder geschädigt werden. Die verteidigten nur ihre Opfer, dabei gibt es auch Opfer auf der anderen Seite. Ich habe immer gesagt, dass die Indigenen insgesamt die Opfer sind (egal ob sie bei den PAC, der Basis der Guerilla oder unbeteiligt waren). Wären das breitere Vorschläge gewesen, dann wäre das durchgekommen, aber die bestanden direkt oder indirekt immer darauf, eine Seite zu beschuldigen.*²⁶⁸

Dennoch werden zwei Gesetzesvorschläge ausgearbeitet, zur Kommission für Frieden und Eintracht und zur Wiedergutmachung. Über die linke FDNG gelang es dann, eine erste Initiative zur Kommission vor dem Kongress zu präsentieren. Als diese ohne Erfolg bleibt, folgt ihr im November zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang zur neuen Präsidentschaft eine zweite (2212). Tatsächlich kommt die Initiative über die erste Lesung hinaus. Aber dann waren plötzlich nicht genug Abgeordnete im Saal, um das Dekret zu verabschieden. Angesichts der nahen Wahl, sagt der damalige Abgeordnete Méndez heute, hätten sie nur den Anschein erwecken wollen, dafür zu sein.²⁶⁹

Die Chance, die die CEH kurzfristig zu bieten schien, erwies sich in den letzten Monaten der Regierung Arzú als trügerische Fehleinschätzung. Die hat aber auch noch andere Gründe. Die Kongressmehrheit traute sich nämlich in der Regel nicht, die Initiativen offen abzulehnen. Das war dem FDNG klar. Als Unterzeichner der Friedensverträge an Millionenhilfen interessiert, musste der politische Schein gewahrt werden. Anabella de León, damals in der Regierungspartei, PAN, erklärt den Mechanismus am Beispiel der Friedensverträge:

*„Die Sache ist die, häufig hieß es, ‚schaut mal Leute, wir müssen irgendetwas davon erfüllen, weil sonst werden die sagen, die Regierung, die den Frieden unterzeichnet hat, die ist eigentlich dagegen‘, so wurden manche Gesetze gezwungenermaßen verabschiedet.*²⁷⁰

Ähnlich wie während der Friedensverhandlungen saßen die internationalen Akteure unsichtbar mit am Tisch. Eben darum gewann die Idee der CEH als Triebfeder der Transformation für die einen an Kraft und aus demselben Grund wagten die anderen nicht offen dagegen zusteuern.

²⁶⁷ Interview mit Orlando Blanco, 08.09.2005.

²⁶⁸ Interview mit Ana María Villegas de Fortín, DC-Abgeordnete, 01.07.2005.

²⁶⁹ Interview mit Amílcar Méndez, 27.06.2005.

²⁷⁰ Interview mit Anabella de León, 29.06.2005.

2.3.4. Justiz und der Einfluss der Vergangenheitspolitik

Im Bereich des Justiz-Systems häufen sich gegen Ende der Regierung Arzú die Indizien, nach denen die justizielle Aufarbeitung zunehmend belastende Wirkungen nach sich zogen.

Die Justiz ist eine unabhängige Gewalt und war für uns keine Priorität, so hatte Porras gesagt. Die Passivität der Regierung, als die Justiz unter Druck geriet, ist damit aber nicht ausreichend erklärt. Wenn ihre Interessen es nämlich geboten, dann wurde man nämlich durchaus aktiv. So vermittelte sie den Justizbehörden ihre Ablehnung von Prozessen gegen Angehörige des Militärs und als ein Prozess gegen Alfredo Moreno die Regierbarkeit zu verbessern versprach, schuf sie eigens eine Kronzeugenregelung für den Hauptbelastungszeugen. Die Einsetzung eines neuen Generalstaatsanwalts, der im Fall Gerardi einige Ermittlungslinien mit aller Kraft stützte, andere aber auszutrocknen versuchte, nähren auch den Verdacht politischer Einflussnahme in diesem für die Regierung lebenswichtigen Fall. Letztlich greift aber auch Passivität in die Gewaltenkontrolle ein, wenn die Regierung zum Beispiel bei Drohungen gegen das Justizsystem inaktiv bleibt.²⁷¹ Die Gründe für diese Passivität liegen auf der Hand. Auf die Armee angewiesen, sah die Regierung offenbar keinen Grund, gegen ihre ohnehin bestehende Überzeugung zu Fragen der Vergangenheit zu verstoßen und die Armee daran zu hindern, eines ihrer wesentlichen Interessen zu verteidigen – den Schutz ihrer eigenen Sicherheit. Aber damit gab sie den offenen und verdeckten Eingriffen in die Justiz eben auch ihren Segen.

Unterschieden sich Justiz-Praxis und Justiz-Reform nach den Wahrheitskommissionen REMHI und der CEH, von denen der Vorjahre? Zunächst einmal drohte den Versuchen justizieller Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen weiter der Erstickungstod. Kultur, Ideologie, vererbte Schwächen des Justizsystems und massive Einflussversuche an strategischen Stellen eines Verfahrens hatten sich von einem Jahr auf das andere noch nicht gewandelt, aber doch verdichtet. Sehen wir uns als Beispiel das Schicksal mehrerer Menschenrechtsfälle dieser Jahre an:

Im Fall des Militärkommissars Noriega war 1997 ein erstes Urteil gefällt worden. 156 Delikte hatte man ihm vorgeworfen, darunter zahlreiche Morde. Aber der vorsitzende Richter verstieß gegen interne Regeln des Verfahrens, verwarf die Aussagen der 37 indigenen Zeugen, wenn sie ihr exaktes Alter nicht wussten oder weil sie mit Opfern zusammenlebten und darum seiner Meinung nach befangen seien. Ungehindert konnte der Anwalt der Verteidigung die Zeugen lächerlich machen. Das Urteil lautete Urteil auf Freispruch, obwohl die Zeugen der Verteidigung, allesamt keine Indigenen, die eigentliche Klage nicht entkräfteten.²⁷² In einem zweiten Prozess, kurz nach der Präsentation der CEH, der aufgrund technischer Mängel des ersten wiederholt wurde, änderte sich an diesem Niveau nichts. Amnesty International kritisiert Morddrohungen und Einschüchterungen gegen Anwälte und Zeugen, offenen

²⁷¹ MINUGUA, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28. S. 40ff.

²⁷² MINUGUA, 1997b: a.a.O. Anm. VI/45. Ziffer 64-67.

Rassismus sowie die Einseitigkeit des Richters. Die jetzt - nur noch - 30 Zeugen hätten *gelogen*, um Noriega zu schaden, *einer ehrenwerten und arbeitsamen Person*, so der Richter. Dabei hatten sie präzise angeben können, wo die Leichen der Morde vergraben waren.²⁷³ So lautete das Urteil wieder auf Freispruch. Ende 1999 wurde Noriega aber dann doch verurteilt.

Steinig war auch der Weg für die Überlebenden der Massaker von Río Negro. Eine Patrouille aus 300 PAC und Soldaten der Armee war daran beteiligt gewesen. Fünf Jahre nach den Exhumierungen, vielen Einsprüchen und Kompetenzstreitigkeiten wurden drei PAC, also drei von 300, zum Tode verurteilt, aber nicht des Massakers, sondern des Mordes an drei Frauen wegen, die unter den Opfern identifiziert werden konnten.²⁷⁴ Veronica Puente, MINUGUA:

*„Dieses Urteil war vor allem deshalb möglich, weil das Massaker von PAC begangen wurde. Zum Vergleich, das Massaker von Dos Erres wurde von Kaibiles (Soldaten) begangen. Die wurden dann von Anwälten verteidigt, die von der Armee bezahlt wurden, die von Río Negro hatten nur Anwälte der öffentlichen Strafverteidigung. Außerdem, der Haftbefehl gegen den Offizier, der für die PAC verantwortlich war, der wurde in den vergangenen anderthalb Jahren nicht ausgeführt. Und Noriega, der hatte Anwälte, die von ihm bezahlt waren und die Aktionen, für die er verurteilt wurde, die waren nicht Teil der von der Armee gelenkten Kampffaktionen.“*²⁷⁵

Kein Prozess um vergangene Menschenrechtsverletzungen scheint verfahrenstechnisch einwandfrei und ohne Drohungen abgelaufen zu sein, aber Puente sieht in der Praxis eine klare Unterscheidung zu solchen Verfahren, die sich gegen Angehörige der Armee richteten. Um eben die ging es aber bei den anderen Massaker-Fällen Dos Erres und Xamán sowie den selektiven Morden an Bischof Gerardi und Myrna Mack, alles in allem nicht einmal ein dutzend Verfahren. Ein dutzend von 185.000 Ermittlungsverfahren, die 1999 bei der Anklagebehörde, MP, aufliefen.²⁷⁶

Die Fälle um Menschenrechtsverletzungen, in denen Armee-Angehörige verwickelt waren, litten nach dem Mord an Gerardi an prinzipiell denselben Phänomenen wie Jahre zuvor auch. Nachdem die UNO-Mission vorher von einer *allgemeinen Haltung* des Militärs gesprochen hatte, bei Ermittlungen nicht zu kooperieren und sogar zu behindern, ist jetzt aber von einem *systematischen Mangel* die Rede.²⁷⁷ Im Fall Xamán werden aktive Angehörige der Armee dabei beobachtet, wie sie in zivil an Demonstrationen gegen den Prozess teilnehmen.²⁷⁸ Ganz offensichtlich versucht der EMP nach wie vor die Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und Justizorganen über Gerüchte und gezielte Fehlinformation zu beeinflussen.²⁷⁹ MINUGUA schreibt:²⁸⁰

²⁷³ *Amnesty International*: El Legado Mortal de Guatemala: el pasado impune y las nuevas violaciones de derechos humanos. AI-Index: AMR/34/2002. 28.02.2002.

²⁷⁴ MINUGUA: 9. Informe sobre Derechos Humanos. A/53/421. Guatemala 1998. Ziffer 44.

²⁷⁵ Interview mit Verónica Puente, Ex MINUGUA, 16.09.2004.

²⁷⁶ Sieder, 2002: a.a.O. Anm. IV/7. S. 40.

²⁷⁷ MINUGUA: 10. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala 2000a. Dokument A/54/688. Ziffer 71.

²⁷⁸ *Ebenda*: Ziffer 64.

²⁷⁹ *Ebenda*: Ziffer 71 und MINUGUA, 2000b: a.a.O. Anm. VI/186. Ziffer 50.

„Die parallelen Ermittlungen (von SAE und EMP) wurden mit dem übergeordneten Interesse des Staates gerechtfertigt, Fälle besonderer Schwere aufzuklären. Nach einer Analyse der offiziellen Ermittlungen im Jahr nach dem Mord an Bischof Gerardi stellt die Mission jedoch fest, dass diese parallelen Ermittlungen dazu beigetragen haben, die Arbeit des MP (Anklagebehörde) einseitig zu gestalten, abzulenken und zu verwirren, mit der Folge das Verbrechen straflos zu halten.“

Ob aus alter Verbundenheit, Korpsgeist oder in enger Übereinstimmung, im Fall Gerardi leugnet der Verteidigungsminister, dass der EMP nach der Tat am Tatort präsent war, ein Faktum, das später bewiesen wurde.²⁸¹ Die Anklagebehörde MP, bekannt für ihre enge Beziehung vom Militär, scheint ihre ohnehin hindernde Haltung mit dem neuen Generalstaatsanwalt noch einmal verschärft zu haben. Der mit dem Fall Xamán beauftragte Staatsanwalt, Ramiro Contreras, hatte sich schon früh beschwert, dass man ihm nach der Übernahme dieses spektakulären Falles sogar sein Dienstfahrzeug entzogen habe. Kurz nach Amtsantritt eines neuen Chefs zog es Contreras wegen mangelnder Unterstützung und ständiger Drohungen gar vor, ins Exil zu gehen.²⁸² Ein Zwischenfall am Rande des Prozesses um den Mord an Myrna Mack präsentiert Indizien, nach denen der Widerstand gegen die justizielle Wiederaufarbeitung innerhalb der Justiz netzwerkartige Ausmaße anzunehmen schien. So erhält die Presse 2 Monate nach der Präsentation des CEH-Berichts Information, nach der die Familie Mack, Nebenkläger und Antriebmotor des Prozesses gegen mehrere hohe Offiziere, im Drogenhandel verwickelt sei. Tatsächlich war auf der Finca der Familie ein Kleinflugzeug gelandet und – wie in solchen Fällen üblich – dann angezündet worden. Statt zur Polizei ging Helen Mack nur einen Tag später in die US-Botschaft und zur US-Drogenpolizei. Die nationalen Ermittlungen erbrachten kein Ergebnis und so schien der Fall erledigt. Aber ein Staatsanwalt bestand auch ohne Hinweise darauf, den Verwalter der Finca zu verhaften. Beweise zugunsten der Familie hatte er in seinem Bericht unterschlagen. Und als der zuständige Richter sich ohne Indizien weigerte, den Haftbefehl auszustellen, startet der Oberste Gerichtshof ein Supervisionsverfahren gegen ihn.²⁸³ Hatte er gegen die Linie von oben verstoßen?

Einen Monat später, im Mai, - das Nein bei der Volksbefragung hatte gerade für ein Hochgefühl bei den Konservativen gesorgt – brachte ein Dokument das Militär als solches auf die Anklagebank zurück. Das *National Security Archive* aus den USA veröffentlichte eine Liste, die anscheinend vom Militär selbst verfasst worden war. Darauf sind 183 Oppositionelle aufgezählt und, in Codebegriffen, ihr Schicksal notiert. Die Liste bringt nach den Massakern ein weiteres Kennzeichen des Krieges in Guatemala aufs Tableau, die vielen Verschwundenen und selektiven Morde an meist Unbewaffneten. Ein Angehöriger der Streitkräfte soll sie für 2.000 US-Dollar verkauft haben.²⁸⁴ Nach kurzem Zögern erklärt die Militärspitze das Dokument für falsch, verfängt sich dabei

²⁸⁰ MINUGUA, 2000a: a.a.O. Anm. VI/277. Ziffer 91.

²⁸¹ MINUGUA, 2000a: a.a.O. Anm. VI/277. Ziffer 71.

²⁸² MINUGUA: Supl. al 9. Informe de Derechos Humanos. A/53/853. Guatemala 1999. Z. 148.

²⁸³ MINUGUA, 2000a: a.a.O. Anm. VI/277. Ziffer 210-213.

²⁸⁴ Tageszeitung *el Periódico*, 20.05.1999, S. 2 und 21.05.99, S. 4

aber in einen regierungsinternen Widerspruch.²⁸⁵ Von den Medien nur am Rande beachtet, hatte Marta Altolaguirre von der COPREDEH die Liste gleichzeitig als vermutlich authentisch bezeichnet.

„Arzú und (Generalstabschef) Espinosa reagierten darauf absolut wütend. Sie hatte sich nicht an die gemeinsame Linie gehalten.“²⁸⁶

Die Menschenrechtsbewegung forderte daraufhin Ermittlungen. Eine verfahrenstechnische Maßnahme des MP-Chefs González Rodas, scheinbar bürokratischer Natur, machte dem potentiellen Problem jedoch schnell ein Ende. Statt für alle Fälle nur einen Staatsanwalt zu bestellen, verteilte González sie unter 35 verschiedenen, jeder ohnehin mit einer Vielzahl von Ermittlungsverfahren belastet.²⁸⁷ Das Beispiel zeigt, wie die nur zu bekannte Ineffizienz des Justizsystems auch planmäßig genutzt wurde, um Urteile zu vermeiden.

Der Eindruck, dass sich die Justizpraxis ab REMHI und der CEH schwieriger gestaltete, wird auch von den Statistiken der UNO-Mission bestätigt. Schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1997 hat sich demnach die positive Tendenz bei der Verletzung der Menschenrechte umgekehrt. Aber ab 1999 *habe sich die Zahl der Verletzungen noch einmal beträchtlich erhöht*. Die Mission bringt diese Verschärfung selbst mit dem Bericht der CEH in Verbindung, auch wenn die Akte vor allem Verfahren um Menschenrechtsverletzungen von Seiten des Militärs betreffen und nicht die Vergabe des Berichts.²⁸⁸ Wenn MINUGUA hier von Menschenrechten spricht, dann meint es in zwei von drei Fällen die Pflicht des Staates vorzubeugen, zu ermitteln und zu sanktionieren – also die Arbeit der Justiz. Noch aussagekräftiger ist eine Statistik der Stiftung Myrna Mack, FMM. Sie zählt Drohungen, Einschüchterungen und Attentate gegen Personal der Justiz und vergleicht diese in Perioden von jeweils vier Monaten. Direkt nach dem Aussöhnungsgesetz registriert sie mit 23 solcher Akte einen ersten Höhepunkt, nach dem Mord an Bischof Gerardi einen zweiten (mit noch einmal 23 und in der Zeit der Präsentation der CEH steigt die Zahl der Drohungen, Einschüchterungen und Attentate auf Justizpersonal auf 37 an. Im Jahresvergleich ist vor allem der Anstieg von 1998 und 1999 alarmierend.²⁸⁹

Im selben Jahr, so bemerkt William Ramírez, hätte die Justiz auch begonnen, ihre *positive Interpretation* des Aussöhnungsgesetzes aufzuweichen.²⁹⁰ Offenbar wurden die Regeln, um Amnestie – oder Auslöschung strafrechtlicher Verantwortung, wie es in Guatemala heißt – zu gewähren, nicht mehr so eng ausgelegt. Bei den Menschenrechtsverletzungen fällt auf, dass die Aktivisten aus der Menschenrechtsbewegung weniger betroffen waren. Die Menschen-

²⁸⁵ Öffentlich werden solche Taten von der Armee bestritten. Aber vielleicht gibt die folgende Aussage eine Idee. Zur Liste befragt, erklärt sie der Staats- und Militärchef jener Zeit, Mejía Vítores, für falsch. Und wer ist für die Zwangsverschleppungen verantwortlich? Antwort: *„Wer sucht der findet. Wen ich ein Krimineller bin, dann muss ich damit rechnen, dass mich irgendjemand umbringt. Wenn ich das Gesetz verletze, dann kann ich bestraft werden.“* Abgedruckt in: *el Periódico*, 21.05.99. S. 3.

²⁸⁶ Interview mit einem Regierungsfunktionär, der anonym bleiben will. Nr. 141/05. Altolaguirre hatte nicht mehr gesagt, als der *Sprecher des US-Präsidenten*. *El Periódico*, 22.05.1999. S. 4.

²⁸⁷ MINUGUA, 2000a: a.a.O. Anm. VI/277. Ziffer 67.

²⁸⁸ MINUGUA, 2000a: a.a.O. Anm. VI/277. Ziffer 79 und 87.

²⁸⁹ Die FMM registriert 53 Fälle für 1997, 49 im Jahre 1998 und 88 im Jahre 1999. Abgedruckt in, Instituto de Estudios Comparados en Ciencias Penales y Sociales, INECIP: a.a.O. Anm. VI/140.

²⁹⁰ Interview mit William Ramírez, Zivilgesellschaft, Buch-Autor zum Gesetz, 13.07.2005.

rechtsaktivistin Samayoa registriert für das erste Jahr des neuen Friedens, 1997, nur eine einzige Attacke dieser Art.²⁹¹ Vermutlich hing dies auch mit einer Entscheidung des Oberkommandos zusammen, die Linke zwar weiter zu kontrollieren, dabei aber gewaltsame Attacken zu vermeiden.²⁹² Für 1999 wurden denn doch aber schon 12 Attacken auf sie gezählt.

Die Phase nach dem Bericht der Wahrheitskommissionen kann insofern mit gutem Gewissen als die eines Kampfes um die Geschichte bezeichnet werden, um seine Interpretationen, daraus resultierende Verantwortung und die künftige Macht. Regierung, Kongressmehrheit und die MP-Spitze bemühten sich jeder auf seinem Gebiet, das Feuer der Vergangenheit auszutreten. Über die Strafverfahren wurde aber auch das Justizsystem in diesen Kampf mit einbezogen. Wenn Richter über Verfahren zu entscheiden oder gar zu urteilen hatten, dann bewegten sie sich in einem schwierigen Spannungsfeld. Einerseits erwarteten die Presse und die sozialen Organisationen, Strafen für die Angeklagten. Beinahe die Totalität der politischen Klasse lehnte diese aber ab und wer sich doch dazu durchrang auch nur den Weg freizumachen, der musste mit Drohungen rechnen, ohne dass sich Justizverwaltung oder Regierung für die Sicherheit des Richters einsetzen würde. Letztlich ging es aber auch um die Frage der Glaubwürdigkeit von Personen und dem Justizsystem an sich. Yolanda Pérez Ruiz, selbst lange Jahre Richterin an Appellationsgerichten und dann Präsidentin der Anwaltskammer, mit einer pessimistischen Meinung:

„Anfangs versuchte die Justiz, alles (von der Kriegsgewalt) zu verdecken. Dann wollte man zumindest den Eindruck erwecken, als ob man etwas täte, eben des internationalen Drucks wegen. Es wurde ermittelt, aber eben schlecht. Die Fehler wurden zumeist absichtlich begangen. Aber sicher gab es für Ermittlungen gegen Offiziere auch keine technischen Voraussetzungen, weder bei der Polizei noch beim MP (Anklagebehörde). Also, schlechte Urteile, mal absichtlich, mal aus Unfähigkeit, die werden in der zweiten Instanz dann wieder aufgehoben. Bei Massakern haben Richter gar von fahrlässiger Tötung gesprochen. ... Der Fall Noriega und einige andere, die wurden dann doch mit Urteilen abgeschlossen, weil man vor der internationalen Kooperation Sündenböcke brauchte.“²⁹³

Recht wird letztlich von Menschen gesprochen. Nach mehreren Jahren relativer Unabhängigkeit der Justizorgane kündigte sich auch hier Ende 1999 ein Wandel an. Noch während der Wahlprozess um die Richter des Obersten Gerichtshofs, CSJ, anhält, werden schon Vorwürfe laut, die Kandidaten müssten sich als Bedingung für ihre Wahl zu politischen Zugeständnissen bereit erklären.²⁹⁴ Welche Zugeständnisse damit gemeint sind, das wird nicht klar. Die Interessen der wichtigen Akteure aus Politik, Wirtschaft und Militär sind sicher weit gefächert, aber die Haltung des Militärs zu strafrechtlichen Verfahren gegen sie, war sicher unter den ersten.

²⁹¹ Samayoa, Claudia: El rostro del terror. Análisis de los Ataques en contra de los Defensores de los Derechos Humanos del 2000 al 2003. Guatemala 2004. S. 22.

²⁹² Tageszeitung *El Periódico*, 03.11.97. S. 2.

²⁹³ Interview mit Yolanda Pérez Ruiz, 24.02.2005.

²⁹⁴ Siehe: Informationsdienst *Inforpress* 17.09.99, Nr. 1337, S. 3f und 22.10.99, Nr. 1342, S. 13f.

Die Reform des Justizwesens gehorchte derweil einer anderen Logik. Zwar hatte die Niederlage bei der Volksbefragung auch hier wichtige Verfassungsreformen unmöglich gemacht, aber – so Luis Ramírez – der Wandel hatte eine Eigendynamik, die so schnell nicht gestoppt werden konnte.²⁹⁵ Im September 1999 präsentierte der UN-Sonderberichterstatter Cumuraswamy seine Analyse der Lage des Justizsystems, OJ, in Guatemala.²⁹⁶ Danach war die Justiz dieser Zeit inkompetent, korrupt, ineffizient und straflos. Cumuraswamy kritisierte den Mangel an Geld und Personal. Dabei ging der quantitative Ausbau des Systems durchaus weiter voran. Es fällt aber schon auf, dass für OJ und MP gerade für 1999 nur wenig mehr Mittel zur Verfügung gestellt wurden, als im Vorjahr.²⁹⁷ Der Bericht kam gerade noch zur richtigen Zeit, um nach mehrmonatiger Debatte, eine wichtige Reform zu unterstützen – das Gesetz zur Justizkarriere. Das Dekret regelt die Ausbildung der Richter und schafft Normen, nach denen sich deren Karriere ausrichten soll.²⁹⁸ Das neue Gesetz war noch nicht in Kraft, als Entscheidungen der Justizverwaltung aufzeigten, wie wichtig es war. Kurz nach der Verabschiedung des Dekrets hatte die CSJ nämlich neue Richter ausgewählt. Und nicht ein einziger der 52 zuvor die Rechtsschule EEJ besucht. Deren Schüler gingen entsprechend alle leer aus.²⁹⁹ Ich frage Carmen Aida Ibarra, FMM, warum so etwas geschieht:

*„Die Obersten Richter wollen in der Regel bequeme Richter, solche, die ihnen nicht widersprechen. Das hat eigentlich keinen politischen Hintergrund, aber sicher politische Konsequenzen.“*³⁰⁰

Wichtige Impulse für die Reform, darin sind sich viele Interviewpartner einig, gingen von internationalen Entwicklungsagenturen, aber auch von sozialen Gruppen aus, also auch einigen von jenen, deren Versuche einer justiziellen Wiederaufarbeitung auf Probleme gestoßen waren. Für sie waren ihre Erfahrungen offenbar zum Anlass geworden, am Aufbau der Justiz mitwirken zu wollen.³⁰¹ Mehrere unter ihnen sind 1999 Mitbegründer der *Bewegung Pro Justiz*,³⁰² einer Koordinierungsinstanz, die sich mit dem Ziel organisierte, das Justizwesen zu beobachten und als Lobby und *Think Tank* Beiträge zu seiner Reform zu leisten. Auf der Seite der Bremser werden Anwälte, die Unternehmer und auch das Militär gesehen. Sie waren offenbar darum besorgt, dass eine unabhängige Justiz ihre Interessen nicht ausreichend wahren würde.³⁰³

2.3.5. Die (Un-) Sicherheitsfälle

Anders als die Justiz, schien die Sicherheitspolitik im Jahr 1999 von den Vorgängen um REMHI und CEH weiterhin unberührt. Ihre Dynamik ging in erster

²⁹⁵ Interview mit Luis Ramírez, Justiz-Experte der Zivilgesellschaft, 05.10.2005.

²⁹⁶ Nach einer Zusammenfassung des Informationsdienstes *Inforpress*, 03.09.99, Nr. 1335. S 1f.

²⁹⁷ Nach Informationen der UNDP stieg der Haushalt des OJ zwischen 1997 und 1999 von umgerechnet 29 über 36,4 auf 39,9 Millionen Euro, der der Anklagebehörde von 14,9 über 19,2 auf 20 Mio. *UNDP/PNUD*, 2002: a.a.O. Anm. IV/4. S. 348ff.

²⁹⁸ *Sieder*, 2002: a.a.O. Anm. IV/7. S. 40.

²⁹⁹ Informationsdienst *Inforpress*, 26.11.99. Nr. 1347. S. 13.

³⁰⁰ Interview mit Carmen Aida Ibarra, 23.09.2005.

³⁰¹ Zum Beispiel: Interview mit Luis Ramírez, 05.10.2005.

³⁰² *MINUGUA*, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28. Ziffer 16.

³⁰³ Zum Beispiel: Interview mit Luis Ramírez, 05.10.2005.

Linie auf frühere strategische Entscheidungen zurück. Angesichts der Welle der Kriminalität hatte die Regierung 1996/97 vorhandene Kräfte zu bündeln versucht, um einen Ausweg aus der Notlage zu finden. Die Ausbildungszeiten der Polizei wurden gekürzt und das Personal der alten PN mit in die neue PNC aufgenommen. Ihre Zahl stieg so bis Ende '99 schnell auf über 15.000 an, rund zwei Drittel stammten aus der alten PN.³⁰⁴ Vernachlässigt hatten die Verantwortlichen die Komposition der Truppe. Obwohl die Indigenen die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, erreichten sie bis 2001 nur einen Anteil von 14 Prozent. Das PNC-Management, so Glebbeek, habe an ihnen kein Interesse gehabt. Der Frauen-Anteil blieb bei 10 Prozent des Personals.³⁰⁵ Die Ausdehnung der PNC spiegelt sich auch im Haushalt nieder. Mit umgerechnet rund 90 Millionen Euro³⁰⁶ war sein bewilligtes Budget, 1999, im Vergleich zum Vorjahr um 25 Prozent gestiegen und lag damit erstmals über dem der Armee.³⁰⁷

Mindestens ebenso wichtig war ein zweiter Bereich zusammenhängender Entscheidungen. Zwischen dem militärischen EMP und der theoretisch zivilen SAE war ein verflochtener Komplex entstanden, der die organisierte Kriminalität in einer Mixtur aus Geheimdienstarbeit und Kommandoaktionen bekämpfen sollte. Wichtige Schlüsselpositionen wurden mit Vertrauenspersonen besetzt, die die informelle Struktur erweiterten.³⁰⁸ Um aber dem Eindruck zu entgehen, dass sie damit gegen die Friedensverträge verstoße, versuchte die Regierung diese Struktur verdeckt zu halten. Die Presse taufte sie *Oficinita*. Trotz aller Dementi verwandelte sich das offene Gerücht bald in zunehmende Gewissheit und trug so zum Ansehensverlust der Regierung bei.

Auch im dritten Jahr nach 1996 schienen die Statistiken diese Entscheidung aber zu rechtfertigen. 1999 gelang es, noch einmal 13 Entführerbanden und 60 ihrer Mitglieder zu verhaften. In vier Jahren war die Zahl der Entführungen damit von 420 auf 13 gefallen,³⁰⁹ die Morde gingen auf 2.655 zurück, im Vergleich zu 3.310 noch im Vorjahr.³¹⁰ Und auch die Rekordbeschlagnahme von Kokain aus dem Jahre 1998 wurde erneut übertroffen.³¹¹ Als Nebeneffekt hielt man so aber Strukturen der Aufstandsbekämpfung in Zeiten der demokratischen Konsolidierung aufrecht, die parallel zu ihrer neuen Aufgabe durchaus auch eigene Interessen verfolgten, zum Beispiel die Aufrechterhaltung der Straflosigkeit in Fällen von Menschenrechtsverletzungen.³¹² Mehrfach duldet und billigte die Regierung dieses Verhalten. Als Nebeneffekt hatte dies aber auch Konsequenzen über den Bereich der Menschenrechte hinaus. Die Struk-

³⁰⁴ Aus: Tageszeitung *El Periódico*, 05.01.00, S. 2f.

³⁰⁵ *Glebbeek*: a.a.O. Anm. IV/29. S. 161f.

³⁰⁶ Ich gehe hier von einem Umtauschkurs von einem Euro zu 10 Quetzales aus. Der Quetzal hielt in diesen Jahren sein Verhältnis zum USD, zum Euro gab es also starke Schwankungen.

³⁰⁷ Die Armee gab jedoch mehr als veranschlagt aus, die PNC weniger. Militär-Zahlen laut *MINUGUA*, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28. Z. 43. PNC-Zahlen nach, *MINUGUA*, 2003: a.a.O. Anm. VI/205. S. 3.

³⁰⁸ *MINUGUA* bestätigt, dass der militärische Geheimdienst schon zu Zeiten von Arzú auch für die Drogenfahndung eingesetzt wurde. *MINUGUA*, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28. Ziffer 26.

³⁰⁹ Tageszeitung *El Periódico*, 05.01.2000. S. 2.

³¹⁰ *MINUGUA*, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28. Ziffer 110.

³¹¹ Daten der PNC und der US-Botschaft nach, *Inforpress*: 14.02.2003. S. 5.

³¹² Darauf verweisen unter anderen Carmen Aida *Ibarra* (Interview vom 19.04.07) und Edgar *Gutierrez* (*El Periódico*, 10.10.99, S. 2).

turen begannen, auch kriminelle Taten zu schützen, wenn die denn ihren Interessen dienten.

Schon in den Zeiten des Konflikts hatte ein Typ von Verbrechen existiert, für den Amnesty International den sogenannten *Korporativen Mafia-Staat* verantwortlich sieht. Das sind Delikte, in denen Mitglieder der alten Oligarchie oder einige neue Unternehmer, Allianzen mit Politik oder Sicherheitskräften aus Polizei und Militär eingehen, um illegale Einnahmen zu erzielen. In dem Bericht *Tödliches Erbe* schreibt die Organisation, dass dieser Typ Verbrechen nach dem Frieden häufiger geworden sei. Fünf Fälle führt AI beispielhaft aus. Besondere Bedeutung hat hier der des 1999 ermordeten Unternehmers Edgar Ordoñez Porta.³¹³ Dieser wollte mit seinem Bruder Hugo, Rohöl in einer noch zu bauenden Anlage weiterverarbeiten, die nicht nur die Geschäftsinteressen einer Firma in Hand von Militärs gestört, sondern auch den Wert naheliegender Grundstücke von Angehörigen der Armee reduziert hätte. Hugo Ordoñez fand Zeugen, die sich die Autonummer eines verdächtigen Fahrzeugs in der Nähe notiert hatten. Wie sich herausstellte, wurde es von Angehörigen des militärischen Geheimdienstes benutzt. Zuvor hatten Kontaktpersonen aus dem Militär Hugo Ordoñez Hilfe bei der Suche nach den Mördern angeboten, baten ihn aber im Gegenzug, in der eigenen Zeitung die Kritik an der Regierung Arzú zurückzunehmen. Ihre Ermittlungen brachten dann aber immerzu Elemente für Hypothesen, die von der sehr wahrscheinlichen Verwicklung von Militärkreisen ablenkten. Zugleich redeten sie mit den Zeugen des Bruders, die daraufhin ihre Aussage änderten. Die verdeckte aber von der Regierung eingesetzte Struktur in der Tradition der vom Geheimdienst geleiteten Aufstandsbekämpfung, war jetzt also gleichzeitig damit befasst, organisiertes Verbrechen zu bekämpfen, eigene illegale Interessen zu verfolgen, die Delikte nachträglich zu decken und sogar die Regierung Arzú zu verteidigen.

Der Einfluss militärischer Kreise nahm im Drogengeschäft hingegen ab, denn auch wenn der militärische Geheimdienst weiter zu diesem Thema ermittelte, die Verantwortung wurde mehr und mehr von der Polizei übernommen – den Agenten, die noch im Kriege selbst für Entführungen und illegale Hinrichtungen verantwortlich waren. Die Sicherheitskräfte, die das Delikt bekämpfen sollen, die sind nämlich am meisten gefährdet, da hineingezogen zu werden, sagt Edgar Gutierrez.³¹⁴ Zunächst waren es nur einzelne Polizisten, die sich an sozialen Säuberungen beteiligten und daneben auch Drogentransporte sicherten.³¹⁵ Mit der Zeit, so Mario René Cifuentes, ein ehemaliger Funktionär aus Polizei und Innenministerium, gingen sie dazu über, kleine Händler zu bestehen. Die Mehrheit verhielt sich noch abwartend, bis ab 1999 immer mehr Polizisten dazu übergingen, sich an dem Geschäft zu beteiligen. Statt der üblichen kleinen Korruption konnte man *ungestraft in einer Nacht eine halbe Million*

³¹³ Amnesty International, 2002: a.a.O. Anm. VI/273. Kapitel V. Die MINUGUA-Berichte bekräftigen die von AI präsentierte Beschreibung des Falls.

³¹⁴ Interview mit Edgar Gutierrez (17.04.07), mit beinahe denselben Worten bestätigt von Mario René Cifuentes, lange Funktionär im Dienste von Polizei oder Innenministerium (18.04.07).

³¹⁵ 1998 erfuhr MINUGUA von sieben Fällen außergerichtliche Hinrichtungen durch Polizisten, 1999 dann 20. MINUGUA: 14. Informe sobre Derechos Humanos. Guatemala 2003. Z. 25.

(umgerechnet 50.000 Euro) verdienen.³¹⁶ *Das war ein langsamer Prozess. Wie war die Beschleunigung des Niedergangs in dieser Zeit zu erklären?*

„Es gibt zwei sichtbare Gründe. Bis Anfang 1999 wurde die Polizei noch sehr stark von der spanischen Polizei (als enger Kooperationspartner) kontrolliert danach nicht mehr. Da konnten sie nicht viel machen. Der zweite Grund ist, der Haushalt wurde immer grösser, mehr Autos, mehr Infrastruktur..., es war für die Drogenhändler besser sie zu Freunden, statt zu Feinden zu haben. Als sie machtvoller werden, da wird versucht, sie einzukaufen. ... Überall auf der Welt gibt es Polizisten, die wenig verdienen, aber die behalten ihre Prinzipien. Ein, zwei gibt es immer, aber in Guatemala sind viele (Polizisten) korrupt.“³¹⁷

Die Missbrauchsvorwürfe bezogen sich aber nicht nur auf die Verwicklung in den Drogenhandel. Laut Statistik gingen 1998 immerhin 770 unterschiedliche Beschwerden gegen Polizisten ein. Ein Jahr später waren es dann 1517.³¹⁸ Wie generell üblich die Korruption in diesen Zeit schon oder immer noch war, dies zeigt ein Beispiel eines Interviewpartners aus dem Gefängnisalltag:

„Da gab es einmal einen Gefängniswärter, der wollte ehrlich sein und verlangte von den Besuchern nur die Papiere, obwohl alle ihm 20 Quetzales (umgerechnet 2 Euro) geben wollten. Das war so üblich. Der bekam dann Morddrohungen, weil er das ganze System der Korruption gefährdete. Minister Mendoza hat sich um solche Probleme nicht gekümmert.“³¹⁹

Anfang 1999 waren solche Berichte noch frisch. Dennoch fällt die Kritik von MINUGUA auf. Neben der mangelnden Ausstattung werden übertriebene Strafen nach innen angesprochen, eine kaum reformierte Drogenpolizei, Nachlässigkeiten bei der Auswahl der Rekruten, die unzureichende Ausbildung und die Anwendung exzessiver Gewalt.³²⁰ In ihrem zehnten Bericht zur Lage der Menschenrechte in Guatemala hält MINUGUA dann schon fest, dass vor allem die Kriminalpolizei immer häufiger zur Technik der Folter greife, um bei ihren Ermittlungen voranzukommen.³²¹ Die Kritik daran, das Modell der Polizei qualitativ nur unzureichend erneuert zu haben, zieht sich wie ein roter Faden eigentlich durch alle Berichte.

1999 ist insofern ein Jahr des Erfolgs und sich leise anbahnender Krisen zugleich. Nach mehrmonatiger Vorbereitung legte der Minister dem Kongress nun gleich mehrere Gesetze zur Sicherheitsreform vor. Nach drei Jahren Konzentration auf die wahrgenommene Notlage, schien ihm offenbar jetzt der Moment für strategische Entscheidungen gekommen. Eine der Vorlagen wollte mit der sogenannten DICA endlich einen zivilen Geheimdienst schaffen.³²² Sie

³¹⁶ Ein anderer leitender Angestellter des Innenministeriums beklagt, dass Minister Mendoza der allgemeinen Korruption zuvor keine Aufmerksamkeit geschenkt habe. Interview 170/2005.

³¹⁷ Interview mit Mario René Cifuentes, 18.04.07.

³¹⁸ Statistik der IMASP, abgedruckt in: *El Periódico*, 13.07.02. S. 4.

³¹⁹ Interview mit einem hohen Funktionär, der anonym bleiben möchte. Nr. 170/2005.

³²⁰ MINUGUA, 1999: a.a.O. Anm. VI/282. Ziffer 3ff.

³²¹ MINUGUA, 2000a: a.a.O. Anm. VI/277. Ziffer 10f.

³²² Die Friedensverträge hatten vorgesehen, dass ein ziviles Sekretariat (SAE) die Geheimdienstinformationen aus Militär und Polizei analysieren sollte (s. Kap. III/5.5, S. 148). Aber, wie erwähnt, die SAE hatte andere Aufgaben übernommen und war nicht wirklich zivil und nicht zuletzt auf Einwirken der

sollte nicht nur Analysen anstellen, wie theoretisch die SAE, sondern unter der zivilen Aufsicht des Innenministeriums auch für verdeckte Operationen autorisiert sein – eine echte Konkurrenz zum Geheimdienstmonopol der Armee. Doch im Kongress wurde weder über das Projekt debattiert und noch weniger abgestimmt. Wie alle anderen Sicherheitsgesetze im letzten Jahr der Regierung scheiterte auch dieses. Warum? Dazu Minister Mendoza:

*„Auf mich persönlich hat die Armee wegen der DICA I keinen Druck ausgeübt, im Sinne von, ‚das solltest Du lassen‘. ... Aber es gab ganz klar einen passiven Widerstand, damit das nicht klappt. ... Der zivile Geheimdienst war einer, der auch die Militärs ausspionieren konnte und das gefiel denen nicht. ... Da gab es viel Angst. Die Ehemaligen waren total dagegen und die Aktiven eifersüchtig.“*³²³

Präsident Arzú stoppte das Projekt nach Druck des Militärs.³²⁴ Jorge Herrera, damals unter Mendoza im Projekt aktiv und heute ein ziviler Berater von General Pérez Molina im Kongress, nennt lanciert zwei weitere Gründe:

*„Es gab einen schwierigen Moment, als der Präsident darauf abzielte, die Geheimdienstorgane unter sich in einen Wettbewerb zu versetzen. Wir sagten ‚Rodolfo (Mendoza), wir stehen erst am Anfang wir können nicht mit dem militärischen Geheimdienst in Konkurrenz treten. Das wird unserem Projekt nur schaden‘. ... Das Projekt mischte sich außerdem in die Konjunktur ein. Zum Beispiel, viele der Ausschreibungen der Regierung in dieser Zeit gingen über das Ministerium. Und viele interessierte Unternehmen waren dem Präsidenten sehr nah. Das führte dazu, dass das Projekt (DICA I) in Sachen Ermittlungen den Interessen dieser Unternehmer entgegenstand.“*³²⁵

Das Gefühl eigener Schwäche und klientelistische Gewohnheiten, irgendwo dort beginnt die Reihe der Gründe für das Scheitern. Mendoza beklagt auch die geringe Bindekraft der Partei im Jahr vor den Wahlen. Dies hätte weitere Projekte gestoppt. Aber weil dies im Grunde vorher absehbar war, kann man nicht umhin, die späte Option für strategische Lösungen als unentschieden zu kritisieren. Den Machern der Sicherheitspolitik scheinen die Nebenwirkungen der Politik in ihrer Brisanz nicht klar gewesen zu sein. Allerdings, eigentlich hatte der PAN angenommen, noch einmal vier Jahre anhängen zu können.

Armee war noch immer kein ziviles Geheimdienstorgan geschaffen worden. 1997 war es Mendoza zumindest gelungen, das Sekretariat für strategische Angelegenheiten (SAE) auf eine neue Gesetzesgrundlage zu stellen. Sie sieht für die SAE zumindest die Möglichkeit vor, zivil zu sein. Kritisiert wird, dass sie demnach eher dazu neigt, Partei- und Regierungsinteressen zu erfüllen. Danach bemühte sich der Minister erfolglos um ein Gesetz, das Geheimdienstarbeit, Staatsgeheimnis und Informationszugang regelt. Der Begleitkommission für die Friedensverträge ging der Vorschlag nicht weit genug. Aus: *De León Escribano*: a.a.O. Anm. VI/23. S. 16f.

³²³ Interview mit Rodolfo Mendoza, 14.11.2005.

³²⁴ Das scheidet auch *De León Escribano*: a.a.O. Anm. VI/23. S. 17.

³²⁵ Interview mit Jorge Herrera, 16.11.2005.

2.3.6. Die Militärpolitik: eine Bilanz

Auch die Militärreform blieb unter den gegebenen Umständen bis zum Ende der Regierung nicht von Widersprüchen verschont. So kritisiert MINUGUA die vergleichsweise sehr geringen Fortschritte.³²⁶

Sicher wurde der Haushalt – wie vereinbart – um jährlich 11 Prozent bis auf 0,66 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 1999 abgebaut.³²⁷ Aber so manche Service-Leistung ließ das Militär sich schon damals extra bezahlen. Zusätzliche Einnahmen kamen auch aus anderen Posten des Gesamthaushalts.³²⁸ Dabei blockierte ein ungewöhnlicher hoher Anteil von 80 Prozent Personalkosten die Manövrierfähigkeit der Institution – Folge einer Reduzierung der Armee, die nicht die besser verdienenden Offiziere betraf.³²⁹ Ihre politische Macht erlitt tatsächlich Einbußen. Migration und Zoll wurden künftig nicht mehr vom Militär kontrolliert, ebenso wenig das damals staatliche Telefonunternehmen. Auch die Privilegien waren nicht verschont worden, verlor die Armee doch zum Beispiel ihr Monopol über den Whisky-Import und eine exklusive Ladenkette.³³⁰ Eine eigentliche Transformation ist mit diesen Schritten aber noch nicht verbunden. Die hätte einer Abkehr von den Mechanismen des Aufstandsbekämpfungsstaates bedurft.

Mit der neuen Doktrin, gegen Ende 1999 vorgestellt, wird das Konzept der Nationalen Sicherheit zugunsten der demokratischen Sicherheit verlassen, aber – wie der Chef der Arbeitsgruppe zur Doktrin, General Edgar Leonel Godoy, im Interview verdeutlicht – die Armee durfte nicht nutzlos werden. Eine Beschränkung der Funktionen auf die Verteidigung der Souveränität hätte keinen Sinn.³³¹ Spätestens mit der gescheiterten Volksabstimmung zu den Friedensverträgen konnten sich die Befürworter militärischer Funktionen in der inneren Sicherheit auch wieder bestätigt fühlen. Diese Grundhaltung zeigt sich alsbald auch in der Praxis. Die Armee war nicht bereit, ihre Kontrolle auf dem Lande aufzugeben, einen Kernbereich der Demilitarisierung. Die Einheiten für zivile Angelegenheiten verteilten Schulbücher, Essen und Düngemittel, vor allem aber erstellten sie auch weiter den sogenannten IPAC, den periodischen Bericht für zivile Angelegenheiten.³³² Darin kontrollierten und analysierten sie unter anderem Kirchen, Medien, Flüchtlinge und die sozialen und politischen Aktivitäten von Amtsträgern und Parteien überhaupt. Die zivilen Aufgaben wurden gar noch ausgebaut. Der militärische Geheimdienst war im Kampf gegen das organisierte Verbrechen aktiv und schützte Gefängnisse. 1998 wurde gar eine eigene Einheit geschaffen, die sich fortan um den Schutz

³²⁶ Vgl. VI/2.1.2.

³²⁷ Genau genommen wurden 1999 nur 0,68 % erreicht, ein aber doch nur sehr geringer Unterschied. MINUGUA, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28. Ziffer 59.

³²⁸ Interview mit Iduvina Hernández, 09.11.2005. So wurden zum Beispiel Fahrzeuge und Ausstattungen des EMP aus dem Friedensfonds, FONAPAZ, finanziert. Aus: Informationsdienst *Inforpress*: Nr. 1380. 11.08.00. S. 12.

³²⁹ MINUGUA, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28. Ziffer 65.

³³⁰ Siehe: Tageszeitung *El Periódico*, 12.04.99, S. 2f und ein Kommentar von Edgar Gutiérrez, abgedruckt in: *El Periódico*, 06.06.99, S. 4.

³³¹ Interview mit Edgar Leonel Godoy, 11.11.2005.

³³² IPAC steht für *Periodischer Bericht für Zivile Angelegenheiten* (Informe Periódico de Asuntos Civiles). MINUGUA, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28. Z. 65.

von Wäldern und archäologischen Stätten kümmern sollte.³³³ Die Zahl der Einheiten ist infolgedessen auch nicht so abgebaut worden, wie es die Reduzierung des Personals vermuten ließ und statt sich an den Grenzen zu orientieren, blieben die Stützpunkte auf das Binnenland orientiert. Entgegen seiner Ankündigung schuf Präsident Arzú den EMP am Ende seiner Dienstzeit ebenso wenig ab.

Warum nahm die vermeintliche Reform diesen Weg und spielte die VP in irgendeiner Form eine Rolle dabei?

Nach den ersten Erfolgen in der Demilitarisierung, der Auflösung der Figur der Militärkommissare und der PAC, war das ohnehin orientierungslose Militär, in dasselbe Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis geraten, wie auch die Regierung. Einerseits galt es, die Friedensverträge zu erfüllen. Ihrer friedensfreundlichen Führung beraubt und von internen Spannungen geplagt, ließ die Regierung sie allerdings bei der Aufgabe allein, sich selbst zu beschränken. Andererseits brauchte die Regierung weiter den militärischen Geheimdienst und Beistand in der öffentlichen Sicherheit, wodurch das Selbstbild einer umfassenden Mission der Armee für die Sicherung des Staates nur noch bestätigt wurde. Allein dies könnte eine gewisse Reformmüdigkeit ausgelöst haben. Aber auch die in vielen noch unbefleckte Vision zur eigenen Geschichte stand einer Konversion *in etwas anderes*, wie General Godoy sagt, entgegen. Lehren aus der Geschichte hängen eben davon ab, wie man zu und in dieser Geschichte steht. Im Interview frage ich Godoy, dem Verantwortlichen für die Ausarbeitung, nach seinem Entwurf der neuen Doktrin:

„Wir gaben unseren Entwurf einem Soziologen und einer Kommission der Regierung unter Vorsitz von Gustavo Porras. ... Deren Kommentare bezogen sich auf reine Formsachen, zum Beispiel die kurze historische Zusammenfassung, die wir gemacht hatten. Da wurde erwähnt, dass wir die Guerilla besiegt hätten. ... Wir hatten das so gemacht, dass es niemanden provozieren könnte. (Es ging darum zu zeigen) warum die Armee bis dahin gekommen war... Trotz der Kritik haben wir das aber so gelassen.“³³⁴

Rechtfertigung statt Übernahme der Verantwortung: Der Eindruck eines politischen Krieges, Folge von Geschichtsvisionen, die sich der eigenen Gewissheit entgegenstellen und der wachsenden Sorge vor Strafverfahren, haben die ehemals bestehende Reformträgheit und das Besitzstandsdenken in der Zeit von Arzú wohl nur noch verstärkt. Im Rahmen einer Analyse des Militärhaushaltes nach Abschluss des Friedens erweitert die Autorin, De León Escribano, die Motivlage. Die Armee habe den Friedenskompromiss als Aggression gegen sie gesehen. Man würde Macht und Privilegien verlieren, obgleich man doch gesiegt habe. Ohne neue Vision zur Zukunft des Militärs habe man sich daher am Zustand in der Vergangenheit festgeklammert.³³⁵ Umgekehrt wurde das

³³³ MINUGUA, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28. Ziffer 36. Im April 99 kamen die Ministerien für Verteidigung und Landwirtschaft darin überein, dass die Armee 5 Jahre lang 3.000 Soldaten für diese Zwecke abstellen soll. *Inforpress*, 30.04.99. Nr. 1317. S. 4.

³³⁴ Interview mit Edgar Leonel Godoy Samayoa, 11.11.2005.

³³⁵ De León Escribano, Carmen Rosa / Sagone, Miguel Angel: Presupuesto de Defensa en Guatemala. Auditoría Social. IEPADES. Guatemala, August 2004. S. 84.

Thema der Vergangenheit in unterschiedlichen Momenten sowohl im Kampf der tief zerstrittenen Sektoren der Armee eingesetzt, als auch um Brücken zwischen ihnen zu schlagen.³³⁶

2.3.7. Die Machtfrage – und die Ex-PAC

In diesem Kapitel habe ich mich bisher darauf konzentriert, die Politikbereiche Justiz-, Sicherheits- und Militärpolitik auf der Suche nach Zusammenhängen mit der VP zu beleuchten. Direkte Interaktionen im Sinne des Politikfeld-Zyklus, also die Aufeinanderfolge von Politikdurchführung und seinem Impact, sind wie erwartet nur in Einzelfällen nachzuweisen. Darum auch habe ich die Politikfelder breiter dargestellt. Das erlaubte nicht nur, Dynamiken zu verfolgen, die die VP betreffen, sondern auch das Ausmaß des gegenseitigen Einflusses auf qualitative Weise abzuwägen. Viele Fäden werden so entwickelt und direkte *impacts* immer seltener. Im Schlusskapitel wird dazu noch vieles zu sagen sein. Aber nicht nur andere Politikfelder wirken in dem Geflecht des Policy Circle, auch unterlassenes Handeln und Gelegenheiten können den Lauf der VP beeinflussen. Üblicherweise spielen da die Wahlen eine Rolle und, mit oder ohne Verbindung zu ihnen, das Schicksal der paramilitärischen PAC. Unserer Methode gemäß sind beide als *Interventionen* zu sehen.

Die Regierung Arzú hatte in ihrer Zeit in soziale Ausgaben investiert und den Straßenbau vorangetrieben, wie keine vor ihr. Trotz aller Kritik sah die erste Umfrage sie denn auch als Favorit gegen den FRG des Generals Ríos Montt. Und doch verlor der designierte Nachfolger Oscar Berger am Ende. Nicht einmal ein Drittel der Wähler gaben ihm in der Stichwahl ihre Stimme. Der Mann des Generals, Alfonso Portillo,³³⁷ als Sympathisant der Guerilla ehemals in Mexiko exiliert, siegte haushoch mit 68,2 Prozent. Im Kongress bedeuteten knapp 50 Prozent der Stimmen eine souveräne Mehrheit der neuen Regierungspartei. Von insgesamt 113 Sitzen konnte sie 63 auf sich vereinigen.³³⁸ Protagonisten des Krieges waren damit am Hebel der Macht zurück.

Ganz offenbar hatte der Staat Entwicklung am Empfinden der Mehrheit vorbei betrieben. Inflation und Kaufkraftverlust, eine Finanzkrise bei der tausende von Sparern ihre Einlagen verloren, gingen Hand in Hand mit dem Gefühl anhaltender Unsicherheit.³³⁹ Der Frieden als Verdienst des Präsidenten war kein Thema für die Wähler.³⁴⁰ Als die Umfragewerte zurückgingen, versuchte man die gewaltsame Vergangenheit mehrerer FRG-Mitglieder aus den Reihen des Militärs anzusprechen, Kandidat Portillo hatte zudem in Mexiko einen Doppelmord verübt – in Notwehr, wie er sagte. Aber das spielte für die Wähler keine Rolle.³⁴¹ Portillo ging gar gestärkt aus dieser Kampagne hervor. Im

³³⁶ Nach Meinung von Edgar *Gutiérrez* habe Espinosa, angeklagte Offiziere vor Gericht stützen lassen und so die Wogen des Zwists zwischen den Sektoren etwas geglättet. *El Periódico*, 18.07.99. S. 4. Zuvor noch hatten anonyme Vorwürfe versucht, den Gegner in den eigenen Reihen zu schwächen, ein Ansinnen, das aber letztlich eher die Armee an sich schädigte.

³³⁷ Ríos Montt war die Kandidatur wegen des Putsches 1982 vom Verfassungsgericht untersagt.

³³⁸ *Hernández Pico*: a.a.O. Anm. VI/100. S. 240f; *Gálvez Borrell*, Victor: Guatemala: Una democracia sinuosa, in: Nueva Sociedad: Inseguridad, Violencia y Miedo en América Latina. 167. 5-6/00. S. 26ff.

³³⁹ *Gálvez*: a.a.O. Anm. VI/338. S. 29-31.

³⁴⁰ Interview mit Francisco *Beltranena*, Militär-nah und PAN-Mitglied in der Zeit von Arzú, 02.12.05.

³⁴¹ Ähnlich: *Beltranena* im Interview vom 02.12.2005 und *Gálvez*: a.a.O. Anm. VI/338. S. 33.

Gegenteil hatte der vorherige Umgang mit der Vergangenheit zwei Nebenwirkungen. Mit der 99er Wahl nahm offenbar auch deshalb der Anteil ehemaliger Offiziere im Kongress zu, weil diese in den Zeiten der Transition sowohl die Interessen des Militär als Institution als auch ihre eigenen vertreten wollten – darunter die Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen im Kriege.³⁴²

Und dann das Thema der PAC: 1995 hatten sie, damals noch organisiert, offenbar massiv für den FRG-Kandidaten gestimmt.³⁴³ Der Teil der Armee, der Arzú gesonnen war, hatte kaum Verbindung zu deren Strukturen. Kurz darauf sang- und klanglos – also ohne die erwarteten Ehren – aufgelöst, erteilte der neue Präsident Arzú ihrem Wunsch Entschädigung schon ein Jahr später eine klare Absage.³⁴⁴ Nach Demonstrationen im Petén wurde gar die Armee gegen sie mobilisiert. Edgar Gutierrez sagt, dass es bei den Friedensverhandlungen eine *ungeschriebene Übereinkunft gegeben habe, die PAC zu ignorieren, nach Hause zu schicken und über Projekte zu betreuen:*

*„(Trotz des erfolglosen Protests) Der Stachel saß. Einige Militärs sagten offen, ohne die PAC hätten sie den Krieg niemals gewonnen.“*³⁴⁵

Da war sie also, die angesprochene Gelegenheit, die potentiell auf den Prozess der VP wirken konnte. 1998 dann drangen Berichte an die Öffentlichkeit, den FRG versuche, Teile der PAC in gewisser Weise zu reaktivieren, um sie als treue politische Verbündete zu gewinnen.³⁴⁶ Francisco Beltranena, in dieser Zeit ein dem Militär nahes Mitglied der Regierungspartei PAN, meint dazu:

*„Die Falken unter den Ex-Offizieren begannen, in der politischen Kampagne von Portillo aktiv zu werden. Wie? Zum Beispiel in Huehuetenango landeten sie mit Hubschraubern (in Dörfern ehemaliger PAC), die sie bemalten, als ob es Hubschrauber der Armee wären. Die Generäle im Ruhestand kamen im Kampfanzug. Und die PAC stellten sich in Kampfformation auf, man erinnerte sie an ihren militärischen Geist.“*³⁴⁷

Solche Aktionen waren jedoch begrenzt. Insgesamt basiert der Wahlsieg des FRG mehr auf der tatsächlichen und geschürten Unzufriedenheit der ländlichen Bevölkerung, als auf einer Instrumentalisierung alter militärischer Strukturen zugunsten der Partei des Generals. Hingegen erwies es sich als sehr funktional, die PAC als Verlierer des Friedens anzusprechen. Fühlten diese sich doch zu Unrecht als Täter gebrandmarkt. Soziale Organisationen, Kirche und Projekte internationaler Geber gingen zumeist an ihnen vorbei, damit versäumte man aber auch, ihre generell eher lokalen Kriegserfahrungen in einen nationalen Kontext zu stellen und das Geschehen verstehbar zu machen. Im Petén versprachen die lokalen Parteichefs des FRG den Menschen als Entschädigung für ihre Leistungen, Projekte, Geld und die Wiederherstel-

³⁴² Interview mit Sandino *Asturias*, 07.11.2005. Ebenso Gustavo *Porras*, 04.04.07. Beide Themen stechen auch bei den Zeitungs-Kommentaristen heraus, die zuvor der Armee angehörten.

³⁴³ *Sieder*. a.a.O. Anm. IV/7. S. 6.

³⁴⁴ Informationsdienst *Infopress*, Nr. 1181. 27.06.1996. S. 12.

³⁴⁵ Aus einem Interview von Carlos Saenz mit Edgar *Gutierrez* aus dem Jahr 2005. Gutierrez überreichte mir den Text während eines Interviews (07.12.2005) zur weiteren Nutzung.

³⁴⁶ Tageszeitung *El Periódico*, 06.10.98. S. 6f.

³⁴⁷ Interview mit Francisco *Beltranena*, 02.12.2005.

lung ihrer Ehre als PAC.³⁴⁸ Vor diesem Hintergrund hatte es für einige PAC durchaus Signalwirkung, sagt Beltranena, als in Colotenango hunderte von Dorfbewohnern, 12 wegen Mordes einsitzende PAC aus dem Gefängnis befreiten.³⁴⁹ Die Aktion soll von in zivil gekleideten Militärs begleitet worden sein.³⁵⁰

Das Thema der vergangenen Gewalt hat das Wahlergebnis letztlich weniger beeinflusst, zumindest nicht wie zu erwarten wäre, als Argument gegen eine Partei. Im Gegenteil scheinen erste Ansätze einer VP zugunsten der Opfer dazu beigetragen zu haben, unerwartet deren Gegner politisch zu stärken.

2.4. Eine Zwischenbilanz: VP im Politikgeflecht

Nur eine Zwischenbilanz kann ich hier ziehen. Und das nicht nur deshalb, weil der hier beschriebene Prozess noch mehrere Jahre umfassen wird oder weil die Aufarbeitung der Vergangenheit beinahe nie endet und die Bilanzen also immer nur einen Moment in Zeit und Raum darstellen. Dazu kommt ein weiterer Aspekt. Erinnerungspolitische Wirkungen auf die Menschen werden hier nicht berücksichtigt, meine Zwischenbilanz sagt darum recht wenig zum jeweiligen Stand und den Perspektiven der Aufarbeitung aus. Ich beobachte lediglich einen Ausschnitt des gesamten Politikgeflechts, den zwischen der VP und ausgesuchten anderen Politikfeldern, um Dynamiken sichtbar zu machen.

Vor diesem Hintergrund kann festgehalten werden, dass sich die VP der Regierung Arzú in erster Linie durch das Ziel ausgezeichnet hat, das Problem der vergangenen Gewalt zu entschärfen und ihr jede transformatorische Wirkung zu nehmen. Vergangenheitspolitik in diesem Sinne stand aus Sicht der Regierung dem Frieden entgegen, weil sie eine Allianz mit einer Armee behinderte, die sie so nötig im Gefühl der eigenen Schwäche zu brauchen glaubte, aber ebenso auch, weil sie ihrem eigenen Denken entgegenstand.

Als Politik (-feld) dem Frieden und dem Thema der Sicherheit untergeordnet, hatte die VP in der Gestalt der Wahrheitskommissionen und als potentielle Gefahr justizieller Aufarbeitung zumeist nur unbeabsichtigte Rückwirkungen. Die vorliegende Information lässt den Schluss zu, dass sie in ihrer Frühphase, also seit dem Jahr 1994, als der Krieg noch anhielt, und bis in die Zeit der Regierung Arzú hinein, die Reformen der Sicherheitspolitik, die Justizpraxis und den Frieden überhaupt belastete. Sicher ist es andererseits, dass gerade auch die Abwesenheit einer historischen Reflektion den Reformprozess in seiner inneren Logik und damit auch seinen Erfolgsaussichten bremste.

Nicht nur der Wille hat die VP in ihrer Entfaltung behindert, neben der Justiz gibt auch das Beispiel der Erziehungsreform zu bedenken. Eine Aufarbeitung der Vergangenheit braucht auch einen allgemeinen Aufbau von Staatsstrukturen benötigt, um effizient greifen zu können.

³⁴⁸ Aus einem Interview von Ricardo Saenz mit Edgar Gutierrez, a.a.O. Anm. VI/345.

³⁴⁹ Interview mit Francisco *Beltranena*, 02.12.2005.

³⁵⁰ Informationsdienst *Inforpress*, Nr. 1318, 08.05.1999. S. 4. Die 12 wurden verurteilt, weil sie Feuer auf benachbarte Demonstranten eröffneten, die die Auflösung der PAC forderten.

Chancen, Wirkungen der und Rückwirkungen auf die VP sind zurzeit der Regierung Arzú erheblich der Mähtekonstellatión unterworfen. Und hier ragt die Erkenntnis hervor, dass die Phase der Friedensverhandlungen einer anderen Logik und Konstellatión unterliegt, als die der Umsetzung. Unterschiedliche Wahrnehmungen über die Wirkung und die Rolle des Faktors Vergangenheit und Menschenrechte haben in dieser Zeit auch gerade deshalb die Allianz aus URNG und den sozialen Bewegungen aus Menschenrechts- und Maya-gruppen geschwächt. Die anhaltende Präsenz der internationalen Akteure hatte Teile der Opposition zu einer Politik verleitet, die der nationalen Konstellatión nicht mehr entsprach.

3. 2000-2003: Die Regierung Portillo

Die Politik zur Vergangenheit im Demokratisierungsgeflecht: Und weiter geht's auf der Suche den Nahtstellen, in denen sich die VP und die Themen Justiz, Militär- und Sicherheitspolitik (u.a.) berühren und Wirkung hinterlassen, sei es als direkter *Impact* oder indirekter systemischer *Outcome*. In der Ära Portillo sind direkte Interaktionen noch seltener zu beobachten, so dass es nun wichtiger wird, die allgemeinen Gründe auszuarbeiten, die die Politik antreiben, um so danach die Rolle der VP besser zu verorten. Dementsprechend wird jetzt darauf verzichtet, die Politikbereiche im Aufbau des Kapitels ansatzweise zu verzahnen. Vielmehr unterscheide ich die Regierungszeit in zwei Etappen, in denen die Politikbereiche in je drei Kapiteln nebeneinander gestellt werden. Beginnen wir zunächst mit der Machtkonstellation als Ausgangspunkt.

Bei Amtsantritt von Alfonso Portillo verwandelte sich die VP. Sowohl als konkretes Politikfeld, als auch als Idee übernahm sie eine andere und aktivere Rolle. Zuvor war die VP oft mehr eine Idee gewesen. Durch ihre bloße Möglichkeit löste sie Leidenschaften und damit Wirkungen aus. Auch generell markierte der Moment eine neue politische Phase. Die traditionellen Mächte wurden ebenso schwächer, wie über ihre Fragmentierung auch die Regierungsmacht. Erstmals seit der Revolution (44-54) wurden die im CACIF organisierten Unternehmer aus der Exekutive verdrängt. Ohnehin geschwächt, zerfällt Monate später die den Unternehmern nahe PAN, der Wahl-Verlierer, in zwei Teile. Und erstmals repräsentierte im Kongress eine Partei die Mehrheit, die dem Friedensprozess skeptisch bis ablehnend gegenüber gestanden hatte – der FRG. In den Vorjahren hatten sich mehrere Offiziere dem FRG angenähert, die Arzú wegen ihrer Opposition zum verhandelten Frieden aus dem Militär entfernt hatte. In den Medien wird die FRG ihrer Macht und ihrer Parteilichen wegen als *Blaue Walze* (*aplanadora azul*) bezeichnet. Dabei waren die Justiz und andere Institutionen noch immer von Personal besetzt, dem die neue Regierung Nähe zur alten nachsagte.³⁵¹

Auf der anderen Seite die linke Allianz, ANN, unter Leitung der erstmals offiziell vertretenen URNG: 12 % der Stimmen hatten sie in die dritte Kraft verwandelt. Des Wahlrechts wegen, blieben ihr nur neun Sitze – aber interessant genug, um beim FRG Träume von einer Zwei-Drittel-Mehrheit zu schüren. Denn auch wenn die beiden die Geschichte des Konflikts und Themen der Sicherheit in beinahe antagonistischer Manier betrachteten, so sehr einte sie aber ihre Perspektive gegen die Oligarchie.³⁵² Pablo Ceto, URNG:

*„Der FRG versuchte sich für uns zu öffnen, uns sogar eine gemeinsame Agenda vorzuschlagen. Sie erwarteten (von uns) ein gemeinsames Vorgehen gegen die Eliten und danach eine Art Allianz. Aber das war uns nicht möglich. Wir legten unsere Haltung von Punkt zu Punkt fest.“*³⁵³

³⁵¹ Interview mit Víctor Hugo Godoy, 09.09.2005.

³⁵² Diese Haltung von Ricardo Rosales, einem der vier Kommandanten der URNG, wird von jenen Ex-Guerilleros geteilt, die dem Thema der Menschenrechte eher fern sind. Interview vom 29.06.05.

³⁵³ Interview mit Pablo Ceto, Indigener und führendes Mitglied der URNG, 17.05.2005.

Hinter dem Achtungserfolg der URNG bei den Wahlen verbarg sich aber schon eine fortschreitende Erosion der linken Opposition, die zu schwach war, um die Erwartungen von Wählern und Alliierten zu erfüllen. Schon *mit der Niederlage bei der Volksbefragung*, sagt Jorge Morales, *haben viele von uns (Mayas) erkannt, dass wir mit der URNG nicht mehr weiterkommen*.³⁵⁴ Als sich die URNG vor den Wahlen mit der eher indigenen FDNG zerstritt, da wurde das Verhältnis noch schlechter. Monate danach zerbrach mit der Koordinierungsinstanz COPMAGUA die politische Allianz zwischen Linken und Mayas endgültig.³⁵⁵ Kurz darauf schrumpfte das linke Wahlbündnis, ANN, und dann zerstritten sich auch noch zwei Flügel der sie tragenden URNG – das vorläufige Ende eines selbsternannten Hoffnungsträgers.

3.1. Die VP wird Gelegenheit: die Gutierrez-Gruppe

Mit dem Amtsantritt von Portillo änderte sich zudem der Charakter der VP in der politischen Auseinandersetzung. Für viele war die Idee der VP jahrelang erfolglos ein Instrument politischer Transformation gewesen, die angenommene Resonanz war ausgeblieben. Ganz anders aber sieht die Konstellation mit dem FRG an der Macht aus. Zu Beginn standen die internationalen Akteure zwar noch fest zu dem Plan, Guatemala mit Hilfe der Friedensverträge zu transformieren, aber General Ríos Montt als Parteichef und Parlamentspräsident verschärfte bei ihnen die Sorge vor einer Rückkehr der Vergangenheit.³⁵⁶ Das mobilisierte die Geber und stärkte deren Interesse an der Menschenrechtsbewegung.³⁵⁷ Und der Präsident selbst, der hatte nicht einmal eine eigene Partei. Eben diese Konstellation – einer augenscheinlich allmächtigen aber international mit dem Krieg identifizierten Partei und einer darum besorgten internationalen Gemeinschaft – griff auf vielfache Art und Weise in das Spiel der Kräfte ein. Sie gab Portillo Raum, sich aus der empfundenen Umklammerung durch die Partei zu befreien und verhalf der VP zu einer aktiven Rolle im politischen Geschehen. Als Instrument trug sie dazu bei, die Allianz Portillo-FRG international zu stützen oder andere Allianzen auszuloten. Aber gleichzeitig ermöglichte sie umgekehrt ein Spiel mit der Angst, welches der VP vornehmlich destruktives Potential in der Transformation verlieh.

Portillo selbst war sich seiner Schwäche nur zu bewusst. Edgar Gutierrez:

*„Einmal sagte er mir, ‚wie gut das ich 1995 nicht gewonnen habe. Sicher glaube ich, dass man uns um den Sieg betrogen hat, aber niemals wollte ich mich dagegen beschweren, denn ich wusste um meine Schwäche (in seinem Verhältnis zum FRG)‘.*³⁵⁸

Portillo hatte sich daher für 1999 informell mit eigenen Verbündeten umgeben. Diese bestanden einerseits aus einer Gruppe von ehemaligen Militärs, die

³⁵⁴ Interview mit Jorge Morales, Maya, 28.02.2005

³⁵⁵ COPMAGUA steht für *Coordinación de Organizaciones del Pueblo Maya de Guatemala*.

³⁵⁶ Interview mit Tom Königs, letzter Repräsentant von MINUGUA, 08.12.2004.

³⁵⁷ Dies meinen übereinstimmend das damalige Regierungsmitglied Edgar Gutierrez (28.03.07) und Miguel Angel Albizures, Mitglied der Menschenrechtsbewegung (13.07.05).

³⁵⁸ Edgar Gutierrez (13.09.05), als Ex Koordinator von REMHI, in der Regierung Portillo.

heute in Verdacht stehen, zusammen mit Portillo einer Gruppe der organisierten Kriminalität angehört zu haben, der sogenannten *Grupo Salvavidas* und andererseits dem Bankier Alvarado MacDonald, der von der traditionellen Oligarchie des Landes mit Misstrauen gesehen wurde.³⁵⁹ Und, als weitere Antwort, versammelte der Präsident in der Regierung mehrere Persönlichkeiten mit *demokratischem Denken* um sich. Edgar Gutierrez berichtet von seinen Motiven, in die Regierung zu wechseln:

*„Ich sah Ende 1999 keine andere Möglichkeit, als (wegen seiner Rolle im Gerardi-Prozess) ins Exil zu gehen oder eben mit viel Risiko zu Portillo. (Ich dachte) wenn es mir gelänge, einige Leute in die Regierung zu holen, dann könnten wir Sachen machen ... weil nach meiner Einschätzung die Oligarchie (der Unternehmer) Haupthindernis für die Demokratisierung und den Frieden war. Die Armee war schon dabei, Macht zu verlieren.“*³⁶⁰

Víctor Hugo Godoy zum Beispiel, lang-jähriger Mitarbeiter im staatlichen Menschenrechtsbüro, PDH, wurden mehrere Posten vorgeschlagen:

*„Nur einen Tag fehlte zum Amtsantritt, da sagte ich (zu Portillo), ‚gib mir COPREDEH, aber ich brauche einige Sachen, ich brauche einen Direktor.‘ ‚An wen hast Du gedacht?‘ ‚An Ricardo Alvarado.‘ Nun, eigentlich war auch er ein Freund von Ricardo, ich kannte Pollo (Portillo) über Ricardo. ‚Außerdem vier Dinge: (1) Ich werde den Staat nicht verteidigen, (2) Copredek demilitarisieren, (3) werde mit der PDH koordinieren und (4) werde Empfehlungen der CEH antreiben.‘ ‚Abgemacht, sagte er.‘ Darauf ich: ‚Aber ich werde deine Unterstützung brauchen, denn die Sachen funktionieren nicht einfach so.‘ Marta Altolaquirre hatte schon begonnen, die institutionelle Verantwortung des Staates anzuerkennen. Aber ich dachte, dass man jetzt viel mehr machen sollte und dass man das auch kann.“*³⁶¹

Mehrere Persönlichkeiten aus dem Spektrum der Maya und der Linken, Otilia Lux, Ricardo Marroquín sowie Gutierrez und Godoy, sie formten mit einigen anderen Kollegen ein Kabinett mit wöchentlichen Treffen³⁶² – innerhalb des eigentlichen Kabinetts, in dem in der Regel nicht diskutiert wurde.³⁶³ Jede der Gruppen innerhalb des Gesamtkabinetts arbeitete in relativ *großer Freiheit*, es sei denn, aus irgendeinem Grund war die *Zustimmung des Kongresses nötig*.³⁶⁴ Wir waren die *Linke der Freunde des Präsidenten*, fügt Godoy hinzu, *die ideologischen Freunde, nicht die Geschäftsfreunde*.³⁶⁵ Gutierrez

³⁵⁹ Siehe: *Sieder*: a.a.O. Anm. IV/7. S. 8ff.

³⁶⁰ Interview mit Edgar *Gutierrez*, 07.09.2009.

³⁶¹ Interview mit Víctor Hugo *Godoy*, 09.09.2005.

³⁶² Mit der Zeit kamen und gingen noch andere. Z. B. Gabriel Aguilera, Ricardo Alvarado, Arturo Montenegro, Catalina Soberanis, Pedro Pablo Palma Lau und Miguel Angel Reyes. Andere Kabinettsmitglieder waren mitunter dem Präsidenten nah, aber nicht der Gruppe.

³⁶³ Im Interview erzählt Ricardo *Alvarado* von einer Ausnahme: In einem Fall, als Minister Arévalo Lacs intern die neue Verteidigungspolitik präsentierte, gab es intensive Diskussionen. Unter anderem sagte der Minister: *‚Wir Militärs gehen von dieser Politik aus, weil wir doch schon ausgesöhnt sind.‘* Daraufhin stand Otilia Lux auf und sagte, *‚Sie haben sich schon ausgesöhnt, wir können das noch nicht, vielleicht können sie uns sagen, mit wem wir das tun sollen.‘* Verzeihen könne man erst nach der vollen Wahrheit. 12.07.2005.

³⁶⁴ Interview mit Catalina *Soberanis*, 01.07.2005.

³⁶⁵ Interview mit Víctor Hugo *Godoy*, 09.09.2005.

wurde offiziell Chef des Sekretariats für Strategische Angelegenheiten, SAE, der ersten Institution des neu angedachten zivilen Geheimdienstes. In der Praxis aber verwandelte er sich in den Chef des Präsidentialamts, denn ihm war es wegen seiner Beziehung zum Präsidenten möglich, in *alle Gesetzesinitiativen* oder in *internationale Kontakte* einzugreifen.³⁶⁶ Zugleich verwandelte sich Gutierrez damit in die *Achse* der Gruppe.

*„Wir analysierten regelmäßig die Lage der Regierung, ihre Probleme ... und politische Angelegenheiten, gemeinsame Projekte, Mittel beantragen, ... mir fiel es zu, mit dem Präsidenten darüber zu reden.“*³⁶⁷

Dem parteilosen Präsidenten diene die Gruppe als – so wie Godoy sagt – demokratisches *Gesicht der Regierung zum einzig wirklichen Verbündeten, der internationalen Gemeinschaft.*³⁶⁸ Ähnlich Edgar Gutierrez:

*„Ich glaube, Portillo sah in der Existenz der Gruppe eine Art Schutz für seine internen Aktionen. ... Wenn dem General etwas von dem nicht gefiel, was wir taten, dann konnte er sagen, ‚sie sind für die internationale Gemeinschaft wichtig. Wenn die uns ablehnen, sind wir isoliert.‘“*³⁶⁹

Und in Anbetracht der Aktionen von General Ríos Montt im Kriege fiel in dieser Logik jetzt automatisch der Menschenrechts- und Vergangenheitspolitik die wichtige Rolle zu, die Regierung für diesen Verbündeten glaubwürdig zu machen und so abzustützen. So wie die VP die Machtkonstellation aufrechtzuerhalten half, wurde die VP durch diese Konstellation erst möglich.

Mit der von ihr formulierten Antrittsrede des Präsidenten gab die Gruppe – zumindest theoretisch – auch den Kurs der Regierung vor.³⁷⁰ Wie ein Paukenschlag wirken die Ankündigungen Portillos vom 14.01.00: Er wolle die Demokratie und den Rechtsstaat konsolidieren und den Frieden im Detail umsetzen. Portillo will für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum sorgen, gegen Privilegien und Monopole eintreten und die soziale Ungleichheit reduzieren. Schließlich schreibt er sich sogar den Kampf gegen Korruption und Straflosigkeit auf die Fahnen, zwei Probleme, die mit ihm eher größer als kleiner werden. Um die Glaubwürdigkeit seiner Pläne zu betonen, kündigt er an, den berüchtigten EMP, die militärische Leibgarde des Präsidenten, abzuschaffen und kurz darauf ernennt er einen Oberst zum neuen Verteidigungsminister – was alle Generäle zwingt, auf ihre Posten zu verzichten.³⁷¹

Anders als sein Vorgänger Arzú macht Portillo den Anschein, eine aktive VP betreiben zu wollen. Unter ihm sollte es eine Kommission für Frieden und Eintracht geben, mehr Geld für Wiedergutmachung der Opfer und seine Regierung werde bei der Suche der Verschwundenen helfen – nur um einige Punkte herauszugreifen. Damit schien Portillo bereit, anders als sein Vorgänger die Geschichte neu interpretieren zu wollen.

³⁶⁶ Interview mit Edgar Gutierrez, 13.09.2005.

³⁶⁷ Interview mit Edgar Gutierrez, 07.09.2005.

³⁶⁸ Interview mit Victor Hugo Godoy, COPREDEH-Chef 2000-2001, 13.12.2005.

³⁶⁹ Interview mit Edgar Gutierrez, 13.09.2005.

³⁷⁰ Interview mit Víctor Hugo Godoy, 09.09.2005.

³⁷¹ Sieder: a.a.O. Anm. IV/7. S. 5.

3.1.1. Überzeugungen zum Umgang mit der Vergangenheit

Während unter Arzú das Thema der Vergangenheit eher als Gefahr für die Transformation des Landes gesehen wurde, sah die Gutierrez-Gruppe den Bewusstseinswandel als Muss. Die Vergangenheit müsse als Ausgangspunkt für eine tiefgreifende Reflektion dienen. Entscheidender Mechanismus ist demnach die Wahrheit. Alle drei Interviewten teilen aber auch die Meinung, dass die Verantwortung der Unternehmerschaft ein bislang viel zu wenig beachtetes Phänomen sei. Víctor Hugo Godoy, COPREDEH:

„(Die CEH) hat die Grausamkeiten, die von der Armee begangen wurden, zu sehr betont. ... Ich bin seit 1967 Angestellter im Öffentlichen Dienst. In dieser Zeit war der Krieg ... im Osten des Landes. Es gab Massaker und Paramilitärs und eine Vielzahl von Situationen, ... die sich später im indigenen Westen wiederholten. ... Alles was in dieser Zeit politische Säuberung war, das Verschwinden-lassen von Personen, das ging nicht auf die Rechnung der Armee, sondern auf die von Unternehmern finanzierten Paramilitärs. Da sind sehr prominente Namen dabei. ... Ríos Montt hat diese (Paramilitärs des Privatsektors) verfolgt und verhaften lassen.“¹⁸⁷²

Die Zeilen belegen, für Godoy ist der Privatsektor wesentlicher Urheber des Konflikts und seiner brutalen Methoden. Leider habe die katholische Kirche mit in ihrem Projekt REMHI, auf das sich die CEH auch stützt, in dieser Region keine Daten gesammelt. Mit dieser Vergangenheit umzugehen, das hieß für die Gruppe, mehr Aufklärung, Erziehung und ein Prozess der Bewusstseinsbildung. Derweil könne auf lokaler Ebene über die Wiedergutmachung für alle Beteiligten, bereits ein Prozess der Aussöhnung begonnen werden. Godoy:

„Die Strukturen des bewaffneten Konflikts haben weiter Macht und das muss geändert werden, um die Macht intern zu demokratisieren. Auf dem Weg dorthin muss es auch ein Programm geben, nach dem der Staat verborgene Friedhöfe sucht und Exhumierungen unternimmt.“¹⁸⁷³

Entschädigung für alle, sagte Godoy und erklärte damit implizit Paramilitärs und überlebende Oppositionelle zugleich als Opfer. Sein Stellvertreter im Amt und Nachfolger, Ricardo Alvarado, wird deutlicher:

„In einem Krieg sind wir alle Opfer, hier gibt es keinen Gewinner, und wenn Du den Konflikt transformieren willst, dann kannst Du nicht zwischen Gut und Böse unterscheiden. Hier gab es einen Interessenkonflikt der uns dazu brachte, uns gegenseitig umzubringen und es gibt Opfer und Täter von beiden Seiten, ... so müssen auch alle entschädigt werden.“¹⁸⁷⁴

Statt mit Gerechtigkeit, der Achtung vor dem Gesetz oder dem Kulturwandel zu argumentieren – allesamt Argumente, die es leichter machen, individuelle Verantwortung herauszuheben – will Alvarado zugunsten der Transformation auf pauschale Verurteilungen verzichten. Dahinter steckt aber auch die An-

³⁷² Interview mit Víctor Hugo Godoy, erster Chef der COPREDEH unter Portillo, 08.07.2005.

³⁷³ Interview mit Víctor Hugo Godoy, 09.09.2005.

³⁷⁴ Interview mit Ricardo Alvarado, Direktor, dann zweiter COPREDEH-Chef unter Portillo, 15.07.05.

sicht, dass die Menschen Teil von Dynamiken sind, denen sie sich nicht einfach entziehen können:

*„Das war kein konventioneller Krieg, sondern ein Krieg zwischen einer verfassungsmäßigen Armee und Aufständischen, die keine Uniform tragen und mit Zivilisten verwechselt werden. Das ist schrecklich, darum greifen die regulären Truppen **jeden** an (von Alvarado betont) ... was wir jetzt brauchen, das ist eine Interpretation, warum der Krieg entstanden ist, weil es keine politischen Spielräume mehr gab, der Ungleichheit wegen und der Kalte Krieg.“³⁷⁵*

Die Wahrheit vernarbt mehr als Wiedergutmachung, sagt Alvarado. Das heißt, Prozesse und Urteile gegen Verantwortliche ja, aber danach habe eine Amnestie verliehen zu werden.³⁷⁶ Als Koordinator der Gruppe ist hierzu die Meinung von Gutierrez besonders wichtig. Auch für ihn ist die Wahrheit erste Quelle der Transformation:

„Ich dachte immer, dass die Wahrheit der Macht den Schleier entziehen und sie in ihrer Nacktheit zeigen würde, denn der Schleier ist die Bedingung der Macht und seiner Straflosigkeit.“³⁷⁷

Mit dem Begriff der Justiz verbindet Gutierrez eigentlich die Idee der sozialen Gerechtigkeit, denn das Justiz-System sei *lächerlich, formalistisch und dem Menschen fern*. Erst der Fall Mack habe ihm die Idee der strafrechtlichen Justiz näher gebracht. Aber die Probleme des Verfahrens hätten ihn darin bestärkt, die Justiz sei willkürlich, voller Missbräuche und so keine Lösung.³⁷⁸

In der Praxis wurden die guten Absichten der Präsidentenrede aber vom realen politischen Spielraum der Gruppe begrenzt. Neben der präsidentialen Menschenrechtskommission umfasste ihr Einfluss in erster Linie das Kulturministerium, das Sekretariat für den Frieden, das Sekretariat für Strategische Analysen und – vor allem – die Person Edgar Gutierrez, dem Präsidenten nah und wichtiger Handlungsträger der Regierung. Alle anderen – sagt Alvarado – standen uns gleichgültig bis feindlich gegenüber. Beinahe die komplette Regierung zählt er zu diesen anderen. Da sind viele persönliche Freunde des Präsidenten, Funktionsträger zweier Einflussgruppen außerhalb der Regierung und eben die Mandatsträger des FRG, die viele Schlüsselpositionen besetzten.³⁷⁹ Mario Torres, ein Portillo-Freund und Minister des für die VP so wichtigen Erziehungsministeriums, habe zum Beispiel der Arbeit der COPREDEH eher *gleichgültig* gegenübergestanden.³⁸⁰ Die zwei Söhne des Bankiers und Finanziers der Wahlkampagne, Alvarado MacDonald, vertraten in der Regierung ökonomische Interessen und kamen mit dem Thema wohl auch nicht in

³⁷⁵ Ebenda.

³⁷⁶ Dieser Meinung wegen – so empört sich Alvarado – *werde ich von den Söldnern der Menschenrechte (gemeint ist der links orientierte Teil der Menschenrechtsbewegung) als Parteigänger des Militär verleumd*. Ebenda. Offensichtlich, das Thema der VP ist derart emotionsgeladen, dass es Spaltungen provoziert.

³⁷⁷ Interview mit Edgar Gutierrez, 19.04.2007.

³⁷⁸ Ebenda. Das spanische Wort *Justicia* kann im Deutschen sowohl mit Justiz, als auch mit Gerechtigkeit übersetzt werden, wohl ein Grund für die Probleme des Konzepts.

³⁷⁹ Sieder beschreibt die Einflussgruppen der Regierung: a.a.O. Anm. IV/7. S. 5ff.

³⁸⁰ Vize-Minister hier war der Maya-Intellektuelle Demetrio Cojtí. Siehe Anmerkung VI/91.

Berührung. Anders hingegen die Minister, die mit dem Thema Sicherheit und Justiz zu tun hatten. Víctor Hugo Godoy von der COPREDEH:

*„Ich hatte viel Spielraum, um mich international, in Fällen (vor der CIDH) zu bewegen, aber (wie bei Kooperationen mit dem Sicherheitssektor überhaupt) wenn es darum ging, zu sehen, dass die Verteidiger der Menschenrechte nicht bedroht werden, dann ignorierte mich der Innenminister.“*³⁸¹

(Innenminister) *Barrientos* und (Verteidigungsminister) *Arévalo Lacs*, das waren große Diplomaten, in Opposition zu uns, aber umarmten uns, aber nicht der Vize-Präsident, der verhielt sich *offen feindlich*, ‚wofür will COPREDEH Geld‘, so hieß es, ‚wir können kein Geld ausgeben und Knochen ausgraben‘.³⁸² Vizepräsident Reyes hatte ganz offenbar vom FRG die Aufgabe zugewiesen bekommen, die Gruppe zu neutralisieren.³⁸³ Gutierrez, Godoy und Alvarado stimmen mit ihrer Mutmaßung überein, Reyes habe vermutlich die Hälfte seiner Zeit damit verbracht, die Arbeit der Gruppe zu behindern.³⁸⁴ Ihn halten sie auch dafür verantwortlich, dass es mit der FRG-Fraktion im Kongress zu keiner Einigung über die politische Linie gekommen sei. Reyes habe dem General wohl Angst eingejagt, dass *wir ihn* letztlich *vor Gericht bringen* wollten.³⁸⁵ Ohne VP wäre ein politisches Abkommen zwischen der Gutierrez-Gruppe und dem FRG wohl viel einfacher gewesen.

3.1.2. Vergangenheitspolitik: die Phase der schwierigen Koexistenz

Ein Jahr war seit der Überreichung des Berichts der offiziellen Wahrheitskommission, CEH, erst vergangen, als Portillo im Januar 2000 sein Amt übernahm. Das Thema der Gewalt des Konflikts war also noch frisch. Andererseits hatte die Regierung Arzú dem FRG schon gezeigt, dass es zu beherrschen war. Noch im selben Monat unternahm die Justiz einen spektakulären Schritt im Fall des Mordes an Bischof Gerardi. Mehrere Verdächtige, darunter auch aktive und ehemalige Armee-Angehörige, wurden verhaftet. Vermutlich weil damit die Sphäre des vorherigen Präsidenten Arzú und nicht die eigene ins Blickfeld geriet, löste dies innerhalb der Regierung keine sichtbare Reaktion aus. Im Gegenteil schien sich die Partei des Generals gar selbst in offenerem Umgang mit der Vergangenheit zu üben. Im Kongress mit einer bequemen Mehrheit ausgestattet, ließ der FRG zu, dass der Tag der Übergabe des Berichts der CEH über ein legislatives Übereinkommen zum *Tag der Würde der Opfer* erklärt wurde.³⁸⁶ Für Pablo Ceto, damals Abgeordneter der URNG, war das Zugeständnis aber nichts anderes als ein taktisches Signal. So wollten sie *guten Willen* von uns *erkaufen*. Schließlich habe der Beschluss keinerlei Verpflichtung des Staates nach sich gezogen, keine Zeremonien oder andere konkrete Aktivitäten der Erinnerung.³⁸⁷ Kurz darauf gelang es der COPREDEH zudem, den Kongress zur Ratifizierung der interamerikanischen Konvention

³⁸¹ Interview mit Víctor Hugo Godoy, Ex COPREDEH, 09.09.2005.

³⁸² Interview mit Ricardo Alvarado, Ex COPREDEH, 15.07.2005.

³⁸³ Interview mit Edgar Gutierrez, Ex SAE, 13.09.2005.

³⁸⁴ Unter anderem: Ricardo Alvarado, 12.07.2005.

³⁸⁵ Interview mit Víctor Hugo Godoy, 09.09.2005.

³⁸⁶ Legislatives Übereinkommen 15-00.

³⁸⁷ Interview mit Pablo Ceto, URNG-Abgeordneter (2000-03), 05.07.2005.

gegen Zwangsverschleppung zu bewegen – ein Gesetz allein im Sinne des künftigen Respekts vor Menschenrechten, denn der Konvention wurde ein kleiner Vorbehalt zugefügt, dass Staatsbürger des Landes nicht ausgeliefert werden dürften.³⁸⁸ Dies war Auftakt für eine Reihe von internationalen Verträgen, denen der Kongress vor allem in Momenten zustimmte, in denen interner Druck internationale Entlastung bedurfte. Auf der Anklagebank – und sei es auch nur im ethisch-moralischen Sinne – saß man damit nicht.

Auf der anderen Seite der Regierung agierte die kleine Gruppe um Edgar Gutierrez: Ein *festes Programm, nach dem zuerst dies und dann jenes zu tun sei, hatten wir nicht, sondern eher ein politisches Menu nach dem Motto ‚das ist jetzt die Chance hierfür‘*.³⁸⁹ Aber genau damit provozierten sie sehr schnell eine Reaktion innerhalb der Regierung, die zumindest zu Anfang noch eher einem Katz und Maus Spiel mit Vize-Präsident Reyes ähnelte. Edgar Gutierrez:

*„Wenn du keinen Zugang zum Präsidenten hast, dann wird dir alles gestohlen. Viele Male gewannen wir – so wie man im Fußball sagt – mit Toren, bei denen der Stürmer zu weit vorgerückt war und hofft, dass der Schiedsrichter das schluckt.“*³⁹⁰

Die COPREDEH verfolgte zunächst eine staatliche Politik des Respekts vor den Menschenrechten – daher auch die internationalen Verträge – und unternahm einen ersten Schritt in Richtung eines neuen historischen *Bewusstseins*.³⁹¹ Viel zu eigenmächtig befand dies der Vize-Präsident, denn – wie der Name schon sagt – war die COPREDEH nur eine Koordinierungsinstanz für die Menschenrechtspolitik des Präsidenten. Über die Inhalte hatten theoretisch das Außenministerium, das Innen- und Verteidigungsministerium und Vertreter der Justizverwaltung zu bestimmen. Erinnern wir uns, im Kriege war die COPREDEH dazu geschaffen worden, die Regierung besser gegen Menschenrechts-Vorwürfe von außen verteidigen zu können. *Wir aber wollten selbst entscheiden und die alle hätten als Kommission sicher angeordnet, die Vergangenheit ruhen zu lassen. Victor Hugo Godoy berief sie darum gar nicht erst ein.*³⁹²

Respekt vor den Menschenrechten, das wurde über entsprechende Kurse und Materialien in der staatlichen Bürokratie zu erreichen versucht. Man erstellte Studien zu sozial-ökonomischen Menschenrechtsverletzungen und versuchte – erfolglos – sich mit dem staatlichen, aber von der Regierung unabhängigen Ombudsmann für Menschenrechte, Arango, zu koordinieren. Schwerpunkt der COPREDEH war jedoch die internationale Arbeit – die Politik der Anerkennung der institutionellen Verantwortung des Staates für die massiven Verletzungen der Menschenrechte. Godoy wollte damit erreichen, dass die Menschen endlich *ihre Angst verlieren* und darüber zu *reden* beginnen, was ihnen im Kriege geschehen war.³⁹³ Edgar Gutierrez:

³⁸⁸ MINUGUA, 2000e: 11. Informe, a.a.O. Anm. VI/210, Ziffer 72.

³⁸⁹ Interview mit Edgar Gutierrez, 13.09.05.

³⁹⁰ Ebenda.

³⁹¹ Interview mit Edgar Gutierrez, 07.09.05.

³⁹² Interview mit Ricardo Alvarado, 12.07.2005.

³⁹³ Interview mit Víctor Hugo Godoy, 08.07.2005.

„Wir wussten, je länger die Gerichtsverfahren dauerten, desto schwieriger würden die Narben der Opfer verheilen... Wir wussten auch, dass wir den harten Kern der Strafflosigkeit damit nicht angreifen könnten. Mein Kalkül war, würden wir diesen symbolischen Schritt nicht schaffen, dann wäre das ein Signal, dass wir nichts anderes erreichen könnten. Wir haben uns damit auf die Probe gestellt.“³⁹⁴

Diese neue Linie griff implizit erstmals systematisch die Geschichtsvision der vermeintlichen Sieger an und setzte diese damit ethisch-moralisch auf die Anklagebank. In Erwartung heftigen Widerstandes aus den eigenen Reihen war die Aktion als Überraschungscoup geplant worden: Noch einmal Godoy:

„Die Menschenrechtspolitik wurde (in der Regierung) nicht zur Diskussion gestellt, um sie nicht zu behindern... Portillo empfahl uns, vorher nichts zu sagen... (Bis zum Tage der Präsentation vor den Vertretern der CIDH) wusste nicht einmal der Botschafter von unserer Linie...“³⁹⁵

Am 03. März 2000 kündigt Godoy an, die Verantwortung des Staates in 52 Fällen anerkennen zu wollen, die bis zu diesem Zeitpunkt vor dem interamerikanischen Menschenrechtssystem aufgelaufen waren.³⁹⁶ Und nicht nur das, wir erklärten, *„ab heute werden wir bei den Ermittlungen zu den Fällen helfen und nicht mehr behindern.“³⁹⁷* In Fällen, die national nicht geklärt werden konnten, bot der Staat an, sich *nicht mehr zu verteidigen*, wie noch zuvor. *Das hatten die von uns nicht erwartet, die wir mit dem FRG in einer Regierung standen.³⁹⁸* Godoy war sich der Brisanz seiner Position durchaus bewusst. Zurück in Guatemala bat er darum umgehend um einen Termin mit Verteidigungsminister Juan de Diós Estrada, um ihm die Position zu erklären:

„Als ich kam, da waren die Wartesäle im Ministerium total voll. Am Eingang des Gebäudes warteten schon Valencia Osorio und ein Kollege, die beide im Mordfall Mack vor Gericht standen, ... ‚sag mal, was heißt das mit der Anerkennung der Verantwortung‘, fragte einer, ‚es kann doch keine zwei Verfahren geben, die verhandeln gegen mich doch schon hier‘... . Im eigentlichen Wartesaal traf ich einen anderen Militär, ehemals Geheimdienstdirektor ... der fragte mich auch nach der institutionellen Verantwortung. Das war so, als ich dann beim Minister reinging, sagte ich ihm sofort, ‚da haben sie mir ja ein ganzes Empfangskomitee geschickt, das mich fragt, was ich Ihnen hier erklären will‘.“³⁹⁹

Anerkennung der institutionellen Verantwortung heiÙe nicht, über individuelle Schuld zu entscheiden, der Staat könne auch einfach dafür verantwortlich sein, kein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren unternommen zu haben, erklärt ihm Godoy. *Aber hat das so nicht doch Wirkung für die nationale Justiz, frage ich?*

³⁹⁴ Interview mit Edgar *Gutierrez*, 13.09.2005.

³⁹⁵ Interview mit Víctor Hugo *Godoy*, 09.09.2005.

³⁹⁶ MINUGUA, 2000e: a.a.O. Anm. VI/210. Ziffer 5. Die CIDH kann nur in solchen Fällen angerufen werden, in denen die nationale Rechtsweg erschöpft zu sein scheint.

³⁹⁷ Interview mit Ricardo *Alvarado*, 12.07.2005.

³⁹⁸ Ebenda.

³⁹⁹ Interview mit Víctor Hugo *Godoy*, 09.09.2005.

„Sicher, weil wir müssen die Justiz zum Funktionieren bringen. Aber das war die Erklärung, die ich ihm gab. Klar, da gibt es schon Sachen.“⁴⁰⁰

Seine Worte scheinen die Wogen der Aufregung aber nicht ganz geglättet zu haben. General Ríos Montt hielt die Anerkennung zwar für einen Fehler, weil sie angeblich unbezahlbare Wiedergutmachungsforderungen zur Folge haben könnte. Aber nicht der FRG reagierte darauf. Vielmehr versuchten seit diesem Moment die Ministerien, Außen, Innen- und Verteidigung, die COPREDEH zu einer gemeinsamen Sitzung der Kommission zu bewegen. Und als sich Godoy dazu nicht bereit erklärte, da schuf der Vizepräsident kurzerhand eine andere Kabinettsrunde, die für Sicherheit und Menschenrechte. Dort sollten dann fortan die Grundlinien der Menschenrechtspolitik besprochen werden.

„Aber das funktionierte ihm auch nicht. Es gab Momente, wenn der Bericht der interamerikanischen Kommission kam, dann sagte der Vizepräsident (Reyes) wieder, ‚das werde ich beantworten‘, dann kam ich zu ihm ins Sicherheitskabinett und sagte, ‚Paco, mach das nicht, Du hast keine Erfahrung darin. Am Ende machst Du eine schlechte Figur.‘ Schließlich arbeiteten doch wir daran, mussten den Text aber vorab zeigen.“⁴⁰¹

Die Signalwirkung, die sich Gutierrez von der Politik der Anerkennung erwartete, galt ohne Zweifel nicht nur nach innen, sie sollte auch nach außen wirken. Der Faktor Vergangenheit sollte neue Allianzen schmieden und so die Einflussphäre der Gruppe auszuweiten helfen. Auf Absprache beauftragte der Präsident seinen Erziehungsminister, Empfehlungen der CEH in konkrete Vorschläge zu fassen – wieder ein Schritt gegen die Richtung des FRG:

„Mein Kalkül war, der Minister würde Vize-Minister Cojtí (einen Maya) damit beauftragen. Und der könnte das nutzen, um die multi- und interkulturelle Erziehung voranzutreiben (Ich kommentiere: „Sie waren auf der Suche nach Alliierten!“) Ganz genau! Würde Demetrio sehen, dass ich ihn unterstütze, dann würde auch er mich unterstützen.“⁴⁰²

Mitte März unterbreitet Portillo dem Kongress dann einen ersten Vorschlag. Demnach sollte der Todestag von Bischof Gerardi, der 26.04, zum Tag der Würde und des Gedenkens erklärt und die CEH sowie die Friedensverträge an den Schulen gelehrt werden.⁴⁰³ Der Vize-Präsident kritisierte den Erziehungsminister später im Kabinett heftig für das, *was die Texte dann sagten, vor allem ihre Geschichtsvision.*⁴⁰⁴ Die SAE arbeitete zudem eine Initiative zum Tag der Würde aus. Alvarado, selbst in der COPREDEH mit Themen der VP beschäftigt, kann sich daran aber nicht einmal mehr erinnern:

„Das ist lächerlich. Einen Tag der nationalen Würde zu bestimmen, das bedarf eines sozialen Konsenses mit der Regierung. Und den kann es noch für lange Zeit nicht geben.“⁴⁰⁵

⁴⁰⁰ Ebenda.

⁴⁰¹ Ebenda.

⁴⁰² Interview mit Edgar Gutierrez, 13.09.2005.

⁴⁰³ Tageszeitung *El Periódico*, 15.03.2000. Seite 3.

⁴⁰⁴ Interview mit Víctor Hugo Godoy, 09.09.2005.

⁴⁰⁵ Interview mit Ricardo Alvarado, 12.07.2005.

Ähnlich Víctor Hugo Godoy:

„Aus meiner Sicht, dieser Tag der Opfer könnte vielleicht von jetzt an in 50 Jahren von Bedeutung sein, wenn die Geschichte studiert wird und dieser Tag als etwas erscheint, an das man erinnern sollte. (Im Sinne: heute ist das nur ein Thema des schönen Scheins).“⁴⁰⁶

Sehr wahrscheinlich also lag auch diesem zweiten Vorschlag zum Tag der Würde innerhalb nur weniger Wochen ein politisches Kalkül zugrunde. Als ehemaliger Mitarbeiter des ermordeten Bischofs galt Gutierrez bei der links orientierten Menschenrechtsbewegung mit seinem Eintritt in die Regierung nämlich als *Verräter*.⁴⁰⁷ Neben dem General Ríos Montt zu arbeiten, das wurde als unverzeihbar gesehen. Auch diese Initiative sollte wohl eine Brücke zu möglichen Alliierten seiner Gruppe außerhalb der Regierung schlagen.

Aber nicht nur die Gegner des verhandelten Friedens lehnten den Aufschwung der VP ab, auch die Friedenslobby, also jene, die den Inhalt der Friedensverträge als Grundlage der Transformation Guatemalas sahen, betrachteten den Umgang mit der Vergangenheit skeptisch. Im Mai präsentierte das Friedenssekretariat, SEPAZ, einen neuen Zeitplan für die Erfüllung der Abkommen. Die Wiedergutmachung wurde zwar erwähnt, *aber im Grunde – sagt Victor Gálvez – sahen wir (die Friedenslobby) die Themen zum Umgang mit der Vergangenheit als eine Gefahr für den Frieden. In der offiziellen Begleitgruppe zu den Friedensverträgen, CAAP, versuchten wir das Thema so klein wie möglich zu halten.* Die Logik dahinter: Eine Transformation über den Umgang mit der Vergangenheit sei angesichts der Mehrheiten im Land chancenlos. Im Gegenteil sei zu befürchten, dass so das Denken des Krieges wieder gestärkt würde, das den Frieden mit der Linken identifiziere, die es zu bekämpfen galt.⁴⁰⁸

Im August 2000 stand die Politik der Anerkennung einmal kurz davor, ausgebremst zu werden, weil der Präsident bis zuletzt zwischen den Fronten seiner eigenen Regierung hin- und hergerissen wurde. An jenem Tag sollte Portillo mit der interamerikanischen Kommission ein Abkommen unterzeichnen, *das erste dieser Art* auf dem Kontinent – aber die Repräsentanten der COPREDEH waren nicht nah bei ihm. Ricardo Alvarado von der COPREDEH:

„Außenminister Orellana bedrängte ihn, ‚unterzeichnen sie nicht, Herr Präsident, unterzeichnen sie nicht‘. Víctor Hugo Godoy bekam dann plötzlich einen Anruf des Präsidenten, der sagte, ‚komm nicht, ich werde den Akt suspendieren, uns stehen Millionen-Klagen ins Haus‘. Und Víctor Hugo überzeugte ihn, ‚ich gebe Dir mein Wort, dass das nicht passieren wird‘. ... Der Außenminister wollte dann nicht einmal in den Saal eintreten, um die angebliche Schweinerei, die wir im Begriff waren zu begehen, nicht gutzuheißen. ... Ich denke, was wir am Ende gemacht haben, das ist eine viel intelligentere Form, den Staat zu verteidigen.“⁴⁰⁹

⁴⁰⁶ Interview mit Víctor Hugo Godoy, 09.09.2005.

⁴⁰⁷ Interview mit Edgar Gutierrez, 13.09.2005. *Die Frauen-, die Bauern- und auch die Maya-Bewegung hätten sich im Vergleich wesentlicher offener und pragmatischer gezeigt, ohne derartige historische Vorbelastungen (!!!).*

⁴⁰⁸ Interview mit Víctor Gálvez, Chef des Forschungsinstituts FLACSO, 14.12.2005.

⁴⁰⁹ Interview mit Ricardo Alvarado, 12.07.2005.

Neben der Politik der Anerkennung nutzte die COPREDEH den Mechanismus der gütlichen Einigung jetzt systematisch. Auf diese Weise fanden Fälle, die der interamerikanischen Kommission zur Prüfung vorlagen, noch vor der Übergabe an den Gerichtshof eine Lösung. Ich frage Ricardo Alvarado, ob damit Urteile gegen Guatemala vermieden werden sollten?

„(Etwas aufgebracht:) *Nein! Wir wollten auf die Angehörigen der Opfer eingehen, ... weil früher oder später, wenn die Punkte nicht erfüllt würden, dann kommen die Fälle sowieso vor das Gericht (erregen dann also zum zweiten Mal Aufmerksamkeit).*“⁴¹⁰

Edgar Gutierrez, der Koordinator der Gruppe, zieht für die ersten Monate in der Regierung eine Bilanz:

„*Was soll ich dir sagen, es war offensichtlich, dass wir in der sozialen und der ökonomischen Agenda mit dem FRG übereinstimmten. Das streite ich gar nicht ab. Aber der FRG verlangte Unterordnung von uns und wir wollten Unabhängigkeit. (In dieser Zeit, bis Mitte 2000) war die Kommunikation mit mehreren Ministerien sehr gut, mit dem Finanz- und dem Wirtschaftsminister und dem Gesundheitsminister..., wir kooperierten, ... nur die überzeugtesten Mitglieder der FRG waren problematisch, ... aber dann begann die Presse, Machtmissbrauch und Korruption der Regierung zu veröffentlichen. Und Aristides Crespo sagte wohl, dass Edgar dahinter steckt, ‚der spielt der Presse Material zu, um uns zu schwächen‘... Derweil empfand Vize-Präsident Reyes, dass die Sache ihm aus den Händen glitt und er nicht mehr in allem auf dem Laufenden war. Er disziplinierte die Partei und die Beziehungen froren ein.*“⁴¹¹

Damit ging eine Zeit ihrem Ende zu, in der die Gruppen innerhalb der Regierung zumindest teilweise kooperierten und in Sachen VP koexistierten.

3.1.3. Vergangenheitspolitik: zwischen Schein und Sein

Der FRG mit Portillo an der Macht, das hatte die Gutierrez-Gruppe als Chance für erste Reformen auf dem langen Weg der politischen Transformation gesehen. Die vorsichtigen Schritte in der VP waren ein Teil der Reformpolitik, aber gleichzeitig offensichtlich auch dazu bestimmt, die eigene Glaubwürdigkeit aufrechtzuerhalten sowie Brücken zu potentiellen Gegnern und Verbündeten aus der Zivilgesellschaft zu schlagen. Edgar Gutierrez:

„*In der Zivilgesellschaft gab es ganz klar zwei verschiedene Agenden, die der Menschenrechte, die nur von Völkermord sprachen, da hieß es, ‚Ihr seid Verräter, weil Ihr mit Ríos Montt arbeitet‘ und der indigene Teil mit ökonomischen und kulturellen Forderungen. Wir machten damals Allianzen mit eben denen, Indigenen, Gewerkschaften und Frauen, die sind pragmatischer und sehen die historische Last nicht so sehr. (Der Autor: Eine Allianz mit diesen Menschenrechtsgruppen hätte wohl zu einer frontalen Konfrontation mit dem General geführt.) Ganz genau.*“⁴¹²

⁴¹⁰ Ebenda.

⁴¹¹ Interview mit Edgar Gutierrez, 13.09.2007.

⁴¹² Interview mit Edgar Gutierrez, 13.09.2005.

Die Mehrheit der Menschenrechtsbewegung nahm derweil nicht nur die Schattenseite der Konstellation wahr, die Präsenz von Vertretern des Aufstandsbe kämpfungsstaats. Trotz geringen Interesses der Öffentlichkeit sah sie sich selbst politisch aufgewertet und knüpfte ihre politischen Ziele weiter ehrgeizig bei der CEH an.⁴¹³ Dabei lehnten FRG und PAN die CEH und ihre Empfehlungen zur Transformation des Landes strikt ab. In dieser Konstellation aus beinahe diametral entgegengesetzten Kräften kam der Gutierrez-Gruppe eine zweiseitige Rolle zu. Zu schwach, um auf Dauer allein zu agieren, brauchte sie sowohl eine gewisse Kooperation dem FRG, als auch punktuell Beistand und Anerkennung von außen. In dem politischen Spagat lief sie aber Gefahr, von einer Seite mit der anderen gleichgesetzt zu werden. Claudia Samayoa:

„Wir (als Stiftung Rigoberta Menchú) sahen von Beginn an keine Möglichkeit der Zusammenarbeit. Indem Portillo die Generäle entließ und das Polizeigesetz änderte, erlaubte er nämlich den Einfluss von (Putschgeneral) Ortega Menaldo und machte den Weg für die kriminellen Strukturen des FRG frei. Die Stiftung Mack gab Portillo dagegen eine Chance. Aber schon nach den Protesten um die Transportpreise im April sah sich ein Großteil der Bewegung bereits in Opposition (zu Portillo).“⁴¹⁴

Ihre Haltung als Opposition zur Regierung lässt sich auch an dem Was und dem Wie ablesen – dem Ziel, sich mit Hilfe einer Kommission für Frieden und Eintracht einen Garanten für die schnelle Transformation zu verschaffen und dem Weg dorthin. Laut CEH bestand die Aufgabe der Kommission darin, über die Einhaltung seiner Empfehlungen zu wachen, die sich inhaltlich weitaus mehr als die Friedensverträge am Vorbild der *Transitional Justice* orientierten, einer Arbeit zur Vergangenheit mit dem Ziel einer demokratischen Transition. Die Rede ist von der Gesetzesinitiative 2212, der obersten Priorität der Arbeit der Multiinstitutionellen Instanz für Frieden und Eintracht, kurz *Multi* genannt. Noch unter Arzú hatte die *Multi* die Initiative zu der erwähnten Kommission ausgearbeitet und eingereicht (Vgl. Kap. VI/2.3.1.). Aus heutiger Sicht betrachtet, haben die Verhandlungen rund um die Kommission Züge eines verdeckten politischen Krieges.

Auf der einen Seite die Regierungspartei, FRG: Wenn im Kongress zugunsten eines offensiven Umgangs mit der Vergangenheit argumentiert wurde, dann reagierte die FRG mit Schweigen.⁴¹⁵ Leonel Soto Arango, ehemals in der FRG, macht im Nachhinein klar, er und seine Kollegen hätten solche Initiativen nur *aus Respekt vor der internationalen Kooperation* nicht sofort abgelehnt.⁴¹⁶ Hinter dem Begriff vom Respekt verbirgt sich vermutlich die Annahme, international isoliert zu werden, sollte man sowohl die Friedensverträge als auch die CEH offen ablehnen. Mit den Stimmen des FRG wurde die Initiative formal fortlaufend diskutiert, inhaltlich etwas entschärft, aber dann letztlich doch gestoppt. Am 08. Februar 2000 wird die unter Arzú verschobene Initiative auf

⁴¹³ So nahmen zum Jahrestag der Überreichung des Berichts der Wahrheitskommission, CEH, nur 2.000 Menschen an einer Gedenkdemonstration teil, zu der Gruppen der Zivilgesellschaft aufgerufen hatten. Siehe, Öttler, 2004a: a.a.O. Anm. I/30. S. 269.

⁴¹⁴ Interview mit Claudia Samayoa, in dieser Zeit Direktorin der Stiftung Menchú, 17.05.2007.

⁴¹⁵ Interview mit Otoniel Fernández, 05.07.2005.

⁴¹⁶ Interview mit Leonel Soto Arango, 07.07.2005.

ihren Antrag hin, zunächst einmal wiederbelebt. In einer offiziellen Stellungnahme im zuständigen Ausschuss des Kongresses werden formelle Mängel der Initiative kritisiert, als auch der Wunsch, die von der CEH festgestellten Ursachen und Konsequenzen des Krieges an den Schulen zu lehren. Es heißt:

*„Man soll nicht eine Version des Konflikts lehren, denn jede Seite hat seine Sicht, man hat sich auf eine offizielle Version zu einigen.“*⁴¹⁷

Am 30. Mai lehnt die Kommission die Initiative dann aus formellen Gründen ab, lobt aber gleichzeitig deren Ziele und bittet um neue Beratungen.⁴¹⁸ Den Akten ist zu entnehmen, dass sich die Initiative in der Schwebe hielt. Welcher Kontrast zu der drastischen Verweigerungshaltung, die Soto Arango tatsächlich in seiner damaligen Partei sah. Für den 11. August 2000 wurde noch einmal eine Verlängerung der Initiative um weitere zwei Monate beantragt. Im Abgeordnetenjargon heißt das, *in die Länge schieben* (spanisch: *dándole largas*) – mit anderen Worten, eine unerwünschte Initiative, die man nicht ablehnen kann, so end- wie aussichtslos zu verzögern.

Die im Bereich der Gutierrez-Gruppe anzusiedelnde SEPAZ hatte noch im Mai einen eigenen Vorschlag entwickelt, mit dem Hauptsorgen des FRG zerstreut werden sollten. Der UNO wird hier keine Rolle mehr zugesprochen und auch die Autonomie der Behörde ist nicht garantiert. Genau darin bestand aber die Hauptforderung der *Multi*. Sie wollte eine Koordinationsinstanz aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und der staatlichen aber regierungsunabhängigen PDH. Nur die Teilnahme der UNO garantierte aus ihrer Sicht die erwünschte Stärke. Sollte diese die Reformen in ihrer ursprünglichen Tragweite auch gegen die Regierung durchsetzen können. Ein Dokument der Multi vom 26. Juli 2000 zählt normale Aktivitäten politischer Lobby-Arbeit zugunsten dieses Ziels auf.⁴¹⁹ Die Mitschrift einer Sitzung vom 18. Juli macht jedoch klar, die Multi wusste, dass der Kongress kein Interesse an der Initiative hat. *Im Kongress werden wir so unterstützt, dass wir Krücken zum Laufen brauchen*, wird einer der Sitzungsteilnehmer zitiert.⁴²⁰ Und wie kann man die Kommission trotzdem noch erreichen? Im Stile vergangener Jahre will Orlando Blanco neben den Kontakten mit mutmaßlichen Alliierten im Land, die UNO einspannen: *MINUGUA muss energisch die Erfüllung der Friedensverträge einzufordern.*⁴²¹

⁴¹⁷ Aus einem schriftlichen FRG-Vorschlag für Änderungen an der Initiative, die innerhalb des zuständigen Ausschusses für Frieden und Minenbekämpfung diskutiert wurden. Das Dokument trägt kein Datum und liegt dem Autor als Kopie vor.

⁴¹⁸ Die solche Diskussion lässt sich der Akte 10/2000 entnehmen, die den Kongressakten zur Initiative 2212 beiliegen. Die Akte liegt dem Autor als Kopie vor.

⁴¹⁹ Zum ersten Jahrestag der Präsentation des CEH-Berichts, mobilisiert die Multi Anhänger zu einer Kundgebung und kontaktiert mögliche Alliierte. Es fällt auf, dass die internationalen Akteure offenbar als wichtigste Alliierte angesehen wurden, die parlamentarische Opposition im Lande hingegen kaum. Man begibt sich auf die Suche nach Projektgeldern, um den Bericht der CEH der Bevölkerung bekannt machen zu können – eine Aufgabe, die von der Regierung unterlassen wurde – und einigt sich intern auf eine Strategie zur Aufnahme der Verhandlungen mit dem Kongress und möglichen Verbündeten in der Regierung. Aus einem Dokument mit dem Titel: *Memoria de Acciones Importantes De La Instancia Multiinstitucional Por la Paz Y la Concordia*, ohne Datum. Eine Kopie liegt dem Autor vor.

⁴²⁰ Mitschrift *Ayuda Memoria, reunión de la Junta Coordinadora de la Instancia*, 18.07.00. Eine Kopie liegt dem Autor vor.

⁴²¹ Ebenda.

Etwa *im August*, als die allgemeine innenpolitische Lage im Lande sich zu verschärfen begann, *schwenkten wir* dann *um*.⁴²² Angesichts der aussichtslosen Lage um die angestrebte Kommission entschied die Multi, jetzt mehr die Wiedergutmachung für die Opfer des Konflikts zu priorisieren. In diese neue Linie passte nun die Arbeit einer neu gegründeten Kommission der Zivilgesellschaft, die im Kriege verschwundene Kinder suchen sollte.⁴²³ Mehrere Kinder waren nämlich über oder direkt von Offizieren adoptiert worden.

Aus dem Kongress war das Thema der gewaltsamen Vergangenheit damit vorerst einmal wieder verschwunden – ebenso wie aus der Öffentlichkeit. Aber dann, ein knappes Jahr später, tauchte die Vergangenheit wieder auf, als eine Opfer-Organisation die real existierende Macht in ihrem Kern angriff. Sie reichte gegen Parlamentspräsident General Ríos Montt, Klage wegen Völkermordes ein.

*„Am Tag darauf begann das Personal von CALDH, Institution, die dabei (die Opfer) berät, verfolgt, telefonisch bedroht und – wie von der Mission festgestellt – ihr Sitz in einschüchternder Weise bewacht zu werden.“*⁴²⁴

Die Verhandlungen zugunsten einer Kommission für Frieden und Eintracht gingen nichtsdestoweniger diskret weiter. In den Gesprächen mit Institutionen aus dem Kreis der Gutierrez-Gruppe gab sich die *Multi* jetzt mit einer kleinen Lösung zufrieden. Aber als Mitte 2001 alles ausgemacht schien, da scheiterte das Projekt letztendlich doch noch. Edgar Gutierrez:

*„In der letzten Etappe der Verhandlungen waren von uns aus Gabriel Aguilera (SEPAZ), auf der anderen Seite Orlando Blanco und seine Leute. Wir standen kurz vor der Unterschrift, da sagen sie dann doch nein.“*⁴²⁵

In den Medien sieht das Panorama anders aus. Dort liest man nur, dass der Präsident die Kommission per Regierungsverordnung 263-2001 schafft, weil die Initiative im Kongress keinen Erfolg hatte.⁴²⁶ In ihr sollten neben staatlichen Institutionen, wie der SEPAZ, der COPREDEH und der PDH auch Vertreter der Menschenrechts- und der Opferbewegung Platz finden. Aber einen Tag später wird die Verordnung aus allen Richtungen kritisiert. Alfredo Balsells erklärt, die Regierung wolle die CEH nur scheinbar erfüllen, um international gut auszusehen.⁴²⁷ War der Kompromiss zu klein, oder die Reaktionen zu negativ? Oder ließ der Ruf der Regierung keine differenzierte Sicht mehr zu?

3.2. Sicherheitspolitik: Konstellation, Kultur, Konzepte (2000/01)

Schauen wir uns parallel dazu noch einmal die Beweggründe und Dynamiken an, die die Sicherheitspolitik bewegten. Vergessen wir dabei nicht, welche Zusammenhänge zur VP wir in Kapitel 1.3 als Leitfragen ins Spiel gebracht hatten: Die Drohung mit der justiziellen Aufarbeitung habe (a) die Kriminalität

⁴²² Interview mit Rudy *Monterroso*, Kollege von Orlando Blanco, CONADEHGUA, 21.01.05.

⁴²³ Tageszeitung *El Periódico*, 21.07.2000, S. 6 und 08.08.2000, S. 8.

⁴²⁴ *MINUGUA*: 12. Informe de Derechos Humanos. A/56/273. Guatemala 2001. Ziffer 71.

⁴²⁵ Interview mit Edgar *Gutierrez*, 13.09.2005.

⁴²⁶ Tageszeitung *El Periódico*, 29.06.01. S. 3.

⁴²⁷ Tageszeitung *El Periódico*, 30.06.01. S. 4.

erhöht, (b) parallele Mächte und ihre Strukturen der Straflosigkeit gestärkt, (c) deren Bekämpfung erschwert und (d) das Militär habe der VP wegen, die Kontrolle über die innere Sicherheit nicht aufgeben wollen.

Mehr als dass die VP konkrete Folgen für das Schicksal der Sicherheitspolitik nach sich zog, scheint mir im Guatemala jener Zeit das Gegenteil zuzutreffen: ein mangelnder Umgang wichtiger Kreise und der Gesellschaft an sich mit der Vergangenheit, ohne Selbstkritik, voller Denkverbote seiner Gegenwart und Vergangenheit gegenüber. In der Krise um das Justiz- und Sicherheitssystem, die sich seit Portillo bis zum heutigen Tage allen sichtbar macht, zeigt sich das – wie es so schön heißt – nachhaltig. Eben diese Krise hat nämlich vor allem mit der Vergangenheit zu tun, der Tradition von Justiz und Sicherheit, ihrer politischen Kultur und der Schwäche des Staates – Faktoren, die gleichzeitig die VP vorstrukturieren und dann auch ihre Wirkung zu lähmen scheinen.⁴²⁸ Um aber eindimensionale Aussagen über Wirkungszusammenhänge zu vermeiden, wollen wir weiter nach internen Gründen suchen, die den Sicherheitssektor tiefer in die Krise trieben und die Frage stellen, was hat die verdeckten Strukturen gestärkt und damit sowohl die Sicherheitsorgane als auch staatliche Institutionen geschwächt?⁴²⁹

15 Jahre waren mittlerweile vergangen, nachdem das Militär seine vormals totale Kontrolle des Staates mit dem ersten freiwilligen Schritt hin zu einem Prozess der Demokratisierung aufzugeben begonnen hatte. Der Neuaufbau bedeutete, Institutionen zu schaffen und zivile Verantwortung da auszuüben, wo zuvor das Militär die Probleme zu lösen gewohnt war. Die Justiz- und die Sicherheitspolitik umfassen dabei Funktionen des Staates, die vom vormaligen Modell konzeptionell besonders betroffen waren. Im Jahre 2000 hatte nun ein Präsident das Vakuum zu füllen, der angesichts seiner Ferne zur schier übermächtig erscheinenden FRG erst einmal an seine eigene Stabilität, das heißt an eine Hausmacht denken musste. Portillo, sozio-ökonomisch durchaus mit der Partei vereinbar, ein guter Redner und talentierter Selbstdarsteller, war in diesen Zeiten des Umbruchs ein Mann, der den internationalen Gebern ganz offenbar genehmer als der Parteichef war, hatte er als oppositioneller Kommunist im Kriege doch lange im Exil gelebt. Mit anderen Worten, mit der Aufstandsbekämpfung hatte er am allerwenigsten zu tun gehabt, sehr wahrscheinlich eines der Argumente bei seiner Berufung durch den FRG.

Einmal im Amt, machte die kleine Gutierrez-Gruppe die Regierung nach außen glaubwürdig und manövrierfähig. Gleichzeitig war der internationale Rückhalt für die propagierte Politik eines demokratischen Neuanfangs geeignet, interne Machtansprüche zu stützen, was Portillo wiederum in die Lage versetzte, auch andere Regierungsposten mit Freunden oder Vertrauten zu besetzen. An die Spitze seines präsidialen Oberkommandos, EMP, einer Spezialeinheit des Militärs, setzte Portillo einen Mann, der im Verdacht stand, in organisierter Drogenkriminalität verwickelt zu sein. Mit Jacobo Salán Sánchez, jahrelang Chef der persönlichen Leibwache Portillos, trat aber zugleich ein Machtzirkel in die

⁴²⁸ Auch die Kräftekonstellation sollte nicht vergessen werden. Dazu mehr in Kap. VII/2.

⁴²⁹ Sozio-ökonomische Faktoren oder die Bedeutung des Drogenhandels werden als externe Faktoren unberücksichtigt bleiben.

Sphäre der Regierung ein, dessen Kopf außerhalb der Regierung stand – sein Name, Francisco Ortega Menaldo.⁴³⁰ Der Ex-General soll als Führungsfigur der sogenannten Grupo Salvavidas, einer bis 1996 verdeckt operierenden Struktur aus Zivilisten und Militärs, viele Jahre lang seine ursprünglich militärisch begründete Kontrolle über den Zoll ausgenutzt haben, um massiv zu schmuggeln und über die Fälschung von Dokumenten die Zoll-Einnahmen abzuschöpfen.⁴³¹ Von vornherein übten die USA darum Druck auf Portillo aus, sich von diesen Verbindungen zu lösen, aber – so sagt Edgar Gutierrez – mit Ortega und den Seinen hatte Portillo der Macht des Militärs und der FRG etwas entgegenzusetzen, er brauchte ihn *zur internen Balance*.⁴³²

3.2.1. Die Polizei im Rückschritt

Erinnern wir uns an die Lage der öffentlichen Sicherheit gegen Ende der vorigen Regierung: Minister Mendoza vier Jahre lang auf formelle und informelle Geheimdienststrukturen gesetzt, um die Kriminalität zu bekämpfen. So war es ihm gelungen, in beinahe allen Statistiken besser abzuschneiden. Aber gleichzeitig hatte seine Politik damit verdeckte Strukturen aus der Zeit des Krieges gefördert, die eben auch eigene Interessen verfolgten. In der unzureichend entwickelten Polizei wurde Korruption nicht gebremst und die PNC begann, in die Drogenkriminalität verwickelt zu werden. In diesem so hoch sensiblen Moment, der wichtiger Korrekturen bedurfte, findet nun der Machtwechsel statt. Aber anstatt die Probleme zu korrigieren, passiert das genaue Gegenteil.

Zum Innenminister beruft Präsident Portillo einen weiteren Freund, Guillermo Ruiz Wong. Und auch der hatte nach Amtsantritt nichts anderes im Sinn, als – wegen seiner empfundenen Schwäche – mit neuem Personal seines Vertrauens, Kontrolle zu gewinnen. Rodolfo Mendoza, sein Vorgänger im Amt:

„Nach unserer Niederlage teilte ich ihm detailliert mit, wo der Reform-Prozess gerade stand und welche die Schritte waren, die nach dem Plan jetzt zu unternehmen waren. Wir hatten zwei Wochen mit täglichen Sitzungen. Am Ende hatte ich viel Vertrauen gewonnen (der Prozess würde kontinuierlich weitergehen). Dann übernimmt der FRG die Regierung und das erste was sie tun, das ist, alles abzubauen, was wir aufgebaut hatten.“⁴³³

Edgar Gutierrez, Kabinettskollege des neuen Ministers Ruiz Wong, gibt durchaus zu, dass dieser Schritt die Institutionalität der PNC geschwächt, sie gar zu politisieren begonnen habe. Aber den Vorwurf, Ruiz Wong habe vorbelastetes Personal wieder eingestellt, das Mendoza Jahre zuvor noch entlassen hätte, den gibt er gleich wieder zurück:

„Der FRG sagte (damals), man habe ihnen ein vermintes Innenministerium hinterlassen. ... Aber auch Mendoza hatte keine demokratische Sicherheit institutionalisiert. Seine Führungskräfte waren ehemalige Offiziere des militärischen Geheimdienstes, Militärpolizei, ... die in der neuen PNC ange-

⁴³⁰ Salán Sánchez blieb nach Druck von außen nur kurze Zeit im Amt, als Berater Portillos – wird vermutet – kontrollierte er das EMP jedoch weiter.

⁴³¹ Siehe, *Sieder*: a.a.O. Anm. IV/7. S. 9f.

⁴³² Interview mit Edgar *Gutierrez*, SAE-Chef, dann Außenminister der Regierung Portillo, 13.09.2005.

⁴³³ Interview mit Eduardo *Mendoza*, Innenminister unter Präsident Arzú, 22.03.2005.

*nommen wurden, ohne sie nach alten Menschenrechtsverletzungen, Professionalität und Eigentum zu untersuchen. Das war das wahre Erbe des PAN, das dann mit Leuten gesäubert wurde, die genauso waren. Das hat uns dahin geführt, wo wir jetzt sind, in einen kriminellen Staat.*⁴³⁴

Klientelismus in der Personalwahl und das Andauern autoritärer Ideen von dem, was Sicherheit bedeutet und wie sie garantiert werden kann – in einer Zeit, in der Kontinuität und Wünsche nach radikalem Wandel konkurrierten, sind dies zwei Gründe für den Niedergang der öffentlichen Sicherheit.

Ohne stabile Institutionen scheint es in so einem Kontext nur natürlich, auf Freunde vertrauen zu wollen und dem Handeln der Anderen misstrauisch zu begegnen. Mit seiner Mehrheit im Kongress modifizierte der FRG das PNC-Gesetz daher in dem Sinne, dass leitende Positionen nicht nur von Offizieren besetzt werden konnten, die aus der Polizei kommen. So konnte die neue Riege von außen kommen. Und es wurde fast von Beginn an erlaubt, dass die Militärpolizei der PNC helfen könne.⁴³⁵ Trotz der wieder um sich greifenden Korruption in der neuen PNC, auch Ruiz Wong füllte sie weiter mit alten Polizisten auf, die nach drei-monatigen Schnellkursen die Akademie verließen.

Dasselbe Beharren auf Althergebrachtem zeichnete die Polizeireform in vielen Aspekten aus, die direkt mit dem Ideal einer demokratischen Sicherheit konkurrierten. Schon 1998 hatte das Weltentwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, PNUD, die *mangelhafte Rekrutierung der Polizei* kritisiert, *schlechte Arbeitsbedingungen* und die *extrem schlechte Ausrüstung*. Die Ermittlungskapazitäten werden als fragil charakterisiert.⁴³⁶ Für Februar 2000 scheint sich das nicht grundsätzlich geändert zu haben. In einer Bilanz der Arzú-Zeit erkennt die US-Organisation WOLA zwar an, dass die Polizei jetzt zahlreicher sei, aber eben auch korrupt und brutal, Auswahl und Ausbildung der Polizisten sehr defizient. Kritisch sei auch, dass die Offiziere bei Verstößen ihrer Untergebenen zu viel Spielraum hätten, wie darauf zu reagieren sei.⁴³⁷ Ein MINUGUA-Bericht von Juni 2000 geht auf die Polizei kaum ein, betont aber erneut die vorherige Kritik an der mangelhaften Rekrutierung und der Schwäche der Ermittlungsorgane,⁴³⁸ einem Herzstück demokratischer Polizeiarbeit. Wurden 1999 umgerechnet rund 5,5 Mio. Euro in die unter Kritik stehende Akademie der Polizei ausgegeben, waren es jetzt im Jahr 2000 sogar nur 3,1 Mio.⁴³⁹

Drei Jahre nach Kriegsende und nach unzureichender Ausbildung ist es nachvollziehbar, dass die Mentalität der Polizisten noch kaum demokratischen Idealen entsprach. Sicherheit war im Kriege repressiv gewesen und durch breite abschreckende Präsenz, ein engmaschiges Netz sozialer Kontrolle sowie durch effektive Geheimdienstorgane gekennzeichnet. Half dies nicht, dann wurden Verdächtige zur Abschreckung eben auch umgebracht und deren Leichen für

⁴³⁴ Interview mit Edgar *Gutierrez*, 28.03.2007.

⁴³⁵ Regierungsverordnung 8-2000 vom März 2000.

⁴³⁶ PNUD, 1998: a.a.O. Anm. IV/53. S. 160f

⁴³⁷ *Inforpress*. Nr. 1355, 11.02.00. S. 12f. WOLA steht für „Washington Office on Latin America“.

⁴³⁸ MINUGUA: 5. Informe del Secretario General de las Naciones Unidas sobre la Verificación de los Acuerdos de Paz en Guatemala. Guatemala 2000. Dokument A/55/175. Ziffer 68f.

⁴³⁹ MINUGUA, 2003: a.a.O. Anm. VI/205. S. 6.

die Bevölkerung sichtbar ausgelegt. In Friedenszeiten unter öffentlichem und internationalem Druck – so sagt Gutierrez – würde die Polizei jetzt oftmals lieber gar nichts tun, als zu den alten Praktiken zu greifen.⁴⁴⁰ Ist das ein Fortschritt? Die legale Alternative der Strafverfolgung, also über die Suche nach Beweisen, die vor Gericht verwertet werden könnten, die war noch nicht selbstverständliche Gepflogenheit geworden – und wurde ganz offenbar auch von der Politik nicht als Priorität gesehen.

Aber zurück zur Lage von Minister Ruiz Wong. Dessen empfundene Schwäche hatte auch damit zu tun, dass er als Mann des Präsidenten eine Art Dorn im Auge der Regierungspartei FRG war. Aus ihrer Sicht war es sie, die mit dem Gewinn des bewaffneten Konflikts zu wissen bewiesen hatte, wie man Sicherheit garantiert. Edgar Gutierrez meint gar, der FRG habe zu Anfang der Regierung bewusst die Unsicherheit angeheizt, um den Minister loszuwerden. In den Worten von Gutierrez:

„Der FRG wurde von seinen Wählern mit ... Sicherheit assoziiert. In der Vorstellung vieler, war die Zeit von General Ríos Montt als Regierungschef (der Autor: die Zeit der größten Anzahl von Massakern) eine Epoche der Befriedung und der Ordnung. Wenn man die Zeitungen der Epoche durchblättert, dann spürt man, dass die öffentliche Meinung diesen Eindruck aufnahm. Einmal an der Regierung empfand der FRG, dass es ihm entsprach, den gesamten Bereich der Sicherheit zu kontrollieren... Portillo hat diese Absicht sabotiert. Darum muss man verstehen, dass der FRG in keiner Weise an einem Erfolg seiner Leute interessiert war.“⁴⁴¹ „Ruiz Wong war machtlos, als sie die Meute auf ihn hetzten.“⁴⁴²

Als Partei, die einen harten Kern der Aufstandsbekämpfung repräsentierte, wäre sie wohl auch in der Lage gewesen, eine Welle der Kriminalität loszubrechen. Sollte dem tatsächlich so gewesen sein, dann dient uns das gleichzeitig als Hinweis dafür, dass eine formale Demokratie von den Akteuren benutzt werden kann, um sie mit Spielregeln aller Art auszufüllen.

Nur fünf Monate nach Amtsantritt trieb die ohnehin verschlechterte Lage der Sicherheit auf einen ersten Höhepunkt zu. Die Transportkosten sollten erhöht werden und die folgenden Massenproteste trafen die Polizei unvorbereitet. Die Reaktion: Der erste – unerfahrene – Polizeichef musste gehen und mit dem Dekret 40/2000 werden gemischte Patrouillen aus Polizei und Militär in größerem Umfang erlaubt. Während die UNO-Mission gebetsmühlenartig wiederholt, dass die Kriminalpolizei schlecht ausgestattet, ausgebildet und gewalttätig sei, wird weiter auf Präsenz und Abschreckung gesetzt. 10.000 Soldaten sollen jetzt zusammen mit der Politik in den Straßen präsent sein dürfen,⁴⁴³ gegen Gewalt und organisierte Kriminalität – eine Hilfe die nach Information von Michel Andrade *praktisch permanent* wird.⁴⁴⁴

⁴⁴⁰ Interview mit Edgar Gutierrez, 18.11.2005.

⁴⁴¹ Interview mit Edgar Gutierrez, 17.04.2007.

⁴⁴² Spanisch: *Le desataron la jauría*. Aus dem Interview mit Edgar Gutierrez, 28.03.2007.

⁴⁴³ Nach Informationsdienst *Inforpress*: 16.06.2000. Nr. 1372. S. 12f.

⁴⁴⁴ Interview mit Michel Andrade, MINUGUA, 25.10.2004.

Diese vermeintliche Lösung des Sicherheitsproblems entspricht der Mentalität und Kultur der Menschen, *die wollen das so*, sagt Andrade und verweist dabei auf eine Umfrage. Auf die Frage, *fühlen Sie sich sicherer, wenn die Armee patrouilliert*, antworten im Juni 2000, 58 Prozent der Befragten mit ja.⁴⁴⁵ Und außerdem entsprach diese Sicherheitspolitik zuallererst dem Denken der Zivilisten und nicht dem des Militärs. Unter den Offizieren herrschten zum Thema grob zwei Meinungen vor. Während die eine betont, in Sachen Sicherheit kompetenter als die Polizei zu sein, sieht die andere die zivilen Aufgaben als Risiko für den Bestand der Armee. Edgar Gutierrez:

„Einer Gruppe von Offizieren missfiel es, dass der Armee Polizeiaufgaben gegeben wurden, sie fühlten sich in ihren Funktionen degradiert. Außerdem war ihnen bewusst, dass Offiziere und Soldaten nicht vorbereitet waren, um solche Rollen auszufüllen. Ich erinnere mich, dass eines Tages der Chef des Sicherheitskabinetts erzählte, dass ein Jeep mit leichter Artillerie durch ein Dorf im Süden des Landes Patrouille fuhr, vorbei an einem Lebensmittelladen, der in exakt diesem Moment von einer Bande überfallen wurde. ‚Gott sei Dank‘, sagte er, ‚der (Offizier) war so sensibel, nicht das Feuer eröffnen zu lassen. Können sie sich das Massaker vorstellen, das so ausgelöst worden wäre?‘⁴⁴⁶

Die Verteidigungsminister der ersten beiden Jahre ließen sich zum Teil nur widerwillig in zivile Aufgaben dieses Typs hineinziehen. Andererseits, sagt Gutierrez, der als Regierungsmitglied einen tieferen Einblick in das Denken der Armee-Oberen gewann, ist ihnen die Unterstützung des Volkes sehr wichtig. Die Entscheidung, das Militär mit zivilen Aufgaben zu beauftragen, geht darum von Zivilisten der Regierung aus und entspricht – wie mehrere Interviewpartner übereinstimmend sagen – einer Mischung aus Handlungsdruck und der kulturellen Überzeugung von den Fähigkeiten der Armee.⁴⁴⁷ Die vielen Studien zu demokratischer Sicherheit hätten zwar einen alternativen Weg vorgegeben, aber die Regierung sei auch so zufrieden, sagt etwas resigniert De León Escribano. Schon in der Regierung von Präsident Arzú übernahmen militärische Einheiten mehrere Aufgaben, die in demokratischen Systemen als gemeinhin ziviler Natur gelten. Eine Studie aus dem Jahr 2001 demonstriert, wie sehr zivile Entscheidungen sich der Infrastruktur der Armee bedienten, um nationale Probleme zu lösen. Das Militär half bei der Bewachung der Gefängnisse, verteilte oder ließ Dünger verteilen und bewachte Wälder vor illegalem Holzschlag – nur um einige Punkte herauszugreifen.⁴⁴⁸

Noch einmal zurück zu Ruiz Wong: Drei Monate nach den Unruhen vom Mai 2000, also nach nicht einmal acht Monaten im Amt, gibt er seinen Ministersessel auf und mit Byron Barrientos kommt ein Mann des militärischen Geheimdienstes an die Spitze des zivilen Innenministeriums, dazu der mittlerweile

⁴⁴⁵ Aus einer Meinungsumfrage des Unternehmens *Opinión Meter*, abgedruckt in der Tageszeitung *El Periódico*, 24.06.00. S. 6.

⁴⁴⁶ Interview mit Edgar Gutierrez, 17.04.2007.

⁴⁴⁷ Diese Elemente werden in mehreren Interviews genannt: Edgar Gutierrez (18.11.05, 17.04. 2007), Idivina Hernández, SEDEM (09.11 und 21.11.05) und José Daniel Giupponi, MINUGUA (14.09.04) sowie in einer Studie, *De León Escribano*, 2000: a.a.O. Anm. VI/23. S. 17.

⁴⁴⁸ Informationsdienst *Inforpress*, 14.09.2001. Nr. 1432. 8ff.

dritte Polizeichef in 8 Monaten und wieder eine neue Riege von Offizieren. Noch zuvor hatten Äußerungen von Barrientos für Aufsehen gesorgt:

„Wir haben Kenntnis davon, dass an Destabilisierung interessierte Gruppen, Chaos und Anarchie provozieren wollen.“ Tage später: *„Der Innenminister und der Direktor der PNC haben uns informiert, dass die Leute, die das Land über Konfrontation destabilisieren wollen, zu jenen Gruppen gehören, die sagen, die Menschenrechte zu verteidigen.“*⁴⁴⁹

Barrientos machte aus seiner Abneigung gegen die Bewegung und ebenso auch dem Thema der Menschenrechte gegenüber keinen Hehl. Glebbeek schreibt, dass MINUGUA zu seiner Zeit mit offiziellen Vertretern an einer neuen Polizei-Doktrin gearbeitet habe. Aber die Passagen für das Primat des Gesetzes sind – ganz anders als in El Salvador – im guatemaltekischen Papier erst sehr spät genannt. Während der Respekt vor den Menschenrechten im Nachbarland im ersten Artikel genannt würde, erscheine der in Guatemala erst im Artikel 12.⁴⁵⁰ Die Haltung des Ministers scheint aber alles andere als ein Einzelfall gewesen zu sein. Javier Hernández, MINUGUA:

*In einem Fall hörte ich einmal einen der PNC-Direktoren sagen, dass einer der Faktoren, die die Moral der Polizei angreife, die ständige Menschenrechtsargumentation von MINUGUA sei. (Der Minister schwächte das dann wieder ab) Es herrschte ein doppelter Diskurs... Man wollte die Finanzierung der internationalen Kooperation, aber ohne tiefgreifende Transformation. ... Die Programme sollten bloß nicht die gegebenen Strukturen anrühren. So etwas passierte auch mit anderen Friedenthemen... Einmal sah ich eine Zahl, 90 Millionen USD wurden seit dem Friedensschluss für das Thema Sicherheit ausgegeben.*⁴⁵¹

Ob zufällig, ermutigt oder provoziert, mit Barrientos nimmt die Zahl der Übergriffe auf Menschenrechts-Aktivisten zu. Ebenso konsequent wie er Position gegen einen – wie er es wohl sieht – ideologischen Feind bezieht, will er die Polizei aus der unentschlossenen Lethargie herausholen. Sein Plan sieht zu Anfang vor, die soziale Kontrolle auf dem Lande wiederherzustellen. Zur besseren Koordination sollten regionale Sicherheitsräte geschaffen werden, mit Polizeichefs, Militärkommandanten und die Gouverneuren und die Armee sollte wieder in die innere Sicherheit zurückkehren.⁴⁵² Klingt das nicht so, als ob die Rezepte des Krieges wieder eingeführt werden sollte, frage ich Gutierrez:

*„Klar doch, das ist was Barrientos kannte und was ihm in der Armee im Kriege funktioniert hatte und ich bin sicher, er hätte in den Gemeinden eine gewisse Unterstützung gefunden, wenn er das Netzwerk aus Militärkommissaren und PAC wiedererrichtet hätte.“*⁴⁵³

Diese offensichtliche Rückkehr in alte Zeiten war denn doch zu viel. Barrientos musste diesen Vorschlag nach heftigen, gerade auch internationalen Protes-

⁴⁴⁹ Zitiert nach Hernández Pico: a.a.O. Anm. VI/100. S. 431.

⁴⁵⁰ Glebbeek: a.a.O. Anm. IV/29. S. 151.

⁴⁵¹ Interview mit Javier Hernández, MINUGUA, 25.10.2004.

⁴⁵² Informationsdienst Inforpress: 04.08.2000, Nr. 1379. S. 3.

⁴⁵³ Interview mit Edgar Gutierrez, 17.04.2007.

ten, die sich in den Medien des Landes niederschlugen, wieder zurückziehen. Das Verhältnis zur UNO-Mission, MINUGUA, blieb fortan beschädigt. Die konzeptionellen Vorstellungen zur Sicherheitspolitik waren ohnehin kaum vereinbar. Michel Andrade erzählt, dass während der Zeit von Minister Barrientos, das Innenministerium nur unbedeutende Funktionäre zu den gemeinsamen Sitzungen geschickt habe, und oftmals hätten sie die Berichte der Mission, die vorab geschickt wurden, um über geeignete Reaktionen diskutieren zu können, nicht einmal gelesen.⁴⁵⁴

Für 2001 erreichte der Minister noch einmal eine deutliche Erhöhung des Polizeihalts, von umgerechnet rund 88 auf gut 100 Millionen Euro.⁴⁵⁵ Auch die Akademie bekam wieder etwas mehr Geld, aber der Unwille, vertraute Konzepte nicht aufzugeben, wurde damit nicht aufgegeben. Die schon traditionellen Schwächen in Rekrutierung und Ausbildung blieben grundsätzlich bestehen, auch wenn eine neue Einheit – von der UNO-Mission und aus den USA finanziert – jetzt prüfte, ob die Angaben der Bewerber zu ihrer Person korrekt waren. Aber für die Rekrutierung wurde so wenig Werbung betrieben, dass die Zahl der Bewerber zurückging und dann doch die Anforderungen wieder gesenkt werden mussten.⁴⁵⁶ Wie wenig ernst die Ausbildung der Polizei genommen wurde, zeigt sich auch daran, dass der Polizeichef selbst bessere Positionen insgeheim zum Kauf freigab.⁴⁵⁷

Unter all' diesen Problemen litt die öffentliche Sicherheit. Letztendlich wollten weder die Polizei noch die politische Führung die Transformation ihrer Institutionen. Gleichzeitig aber durften und konnten sie ihre alten Konzepte nur sehr eingeschränkt anwenden. Die Kriminalitätsrate explodierte derweil. Nach dem leicht verbesserten Jahr 1999, dem letzten unter Präsident Arzú, stiegen Auto-diebstähle um rund 40 Prozent,⁴⁵⁸ die Beschlagnahme von Kokain fiel von knapp 10 Tonnen, 1999, auf nur noch 1,5 Tonnen⁴⁵⁹ und – statt wie versprochen zu fallen – stieg die Anzahl der Morde von 2655 auf 2907 an.⁴⁶⁰ Mehr Soldaten auf den Straßen hatten zwar die Lage der Sicherheit nicht zu verbessern geholfen, aber ihr Anblick schien die Nerven einer steigenden Zahl von Menschen doch zu beruhigen. Im Februar 2001, nur acht Monate nach der letzten Umfrage zum Thema, erklärten sich statt wie zuvor 58, jetzt bereits 80 Prozent der Menschen damit einverstanden, dass Polizei und Armee gemeinsam auf Patrouille gingen.⁴⁶¹ MINUGUA kritisiert 2001, dass jetzt illegale Strukturen aus dem ehemaligen Archiv des EMP wieder außergerichtliche Hin-

⁴⁵⁴ Interview mit Michel *Andrade*, MINUGUA, 25.10.2004.

⁴⁵⁵ *MINUGUA*, 2003: a.a.O. Anm. VI/205. S. 3.

⁴⁵⁶ *Sieder*: a.a.O. Anm. IV/7. S. 46. 2001/02 suspendierte die erwähnte Einheit, 2.000 Bewerber, weil sie ihre Unterlagen gefälscht hätten. Nach Auslaufen der Finanzierung wurde die Einheit personell so weit verkleinert, dass sie ihre Aufgabe nicht mehr bewältigen konnte. Aus, *Spence*, Jack: *La guerra y la paz en América Central: Una comparación de las transiciones hacia la democracia y la equidad social en Guatemala, El Salvador y Nicaragua*. Hemisphere Initiatives. Brookline, Massachusetts. November 2004. S. 83.

⁴⁵⁷ *Sieder*: a.a.O. Anm. IV/7. S. 46.

⁴⁵⁸ Tageszeitung *Siglo XXI*, 05.01.2004, S. 2.

⁴⁵⁹ Daten aus PNC und US-Botschaft, nach Informationsdienst *Inforpress*, 14.02.2003. S. 5.

⁴⁶⁰ Nach *MINUGUA*, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28. Ziffer 110.

⁴⁶¹ Ergebnisse einer Umfrage der Tageszeitung *Prensa Libre*, abgedruckt im Informationsdienst *Inforpress*, 16.02.2001, Nr. 1403. S. 2f.

richtungen unternahmen. Sogar Verhaftete würden mitunter mit Spuren von Schlägen tot aufgefunden. Begünstigt durch dessen gute Beziehungen in Polizei und öffentlichen Ämtern, könnten Ermittlungen umgangen werden, so heißt es.⁴⁶² Die Hinrichtungen würden auch von Polizeioffizieren gedeckt und Berichte nachträglich geändert, also manipuliert.⁴⁶³

3.2.2. Die zivile SAE: ein Keil im alten Sicherheitskonzept

Ausgangspunkt ist hier erneut die Akteurskonstellation. Edgar Gutierrez, der Mann, der mit seiner kleinen Gruppe wesentlich dazu beigetragen hatte, der Regierung eine vielköpfige Gestalt zu geben, trat sein neues Amt mit einem klaren Vorsatz an: das Sekretariat für Strategische Analysen – unter Arzú fester Bestandteil einer vom EMP geleiteten Geheimdienststruktur – zu demilitarisieren. Wenige Tage zuvor hatte sich der vormals starke Mann der SAE, Yang, schon auf den Wandel vorbereitet. Ungestört verließ er den Sitz der SAE mit Stapeln von Papieren, sehr wahrscheinlich auch Information zum Fall des Mordes an Bischof Gerardi.⁴⁶⁴ Gutierrez entlässt 86 von rund 180 Mitarbeitern, ein radikaler Schnitt, der einen Neuanfang symbolisieren sollte und zugleich die provisorische Sicherheitsstruktur der Vorgänger-Regierung unterbrach, die sich stark auf das organisierte Verbrechen konzentriert hatte – ein Schritt der kurzfristig den Druck zum Handeln noch erhöhte.⁴⁶⁵

„In drei Monaten holte ich alle Militärs raus, die es dort gegeben hatte und stellte massiv Leute aus allen Universitäten ein.“⁴⁶⁶

In der Geheimdienststruktur der Friedensverträge war dem Sekretariat die Aufgabe gegeben worden, das Material des militärischen und eines noch zu schaffenden zivilen Geheimdienstes zu analysieren. Nach dem Rauswurf der Militärs sahen EMP und militärischer Geheimdienst die zivile SAE aber eher als Bedrohung und Konkurrenz.⁴⁶⁷ Verteidigungsminister Arévalo Lacs, so sagt Edgar Gutierrez, fühlte sich gar von uns ausspioniert:

„Eines Tages kam der Minister in mein Büro und sagte, ‚Edgar, ich habe hier eine Information, die mir der militärische Geheimdienst gegeben hat. Die erzähle ich dir mal. Es wurde entdeckt, dass du in der (Hauptstraße) Reforma im neunten Stock (uns gegenüber) ein Büro hast, in dem deine Abhörgeräte funktionieren‘. Ich antwortete ihm: ‚Eduardo, ich kann dir antworten, dass das nicht wahr ist. Aber du wirst mir sicher nicht glauben. Was glaubst du, wo ich für so etwas Geld herbekommen kann?‘⁴⁶⁸

In Anbetracht solcher Bedrohungs-Perzeptionen kann es nicht überraschen, dass das Militär dem Sekretariat keine Information zur Verfügung stellte. Die SAE blieb im gültigen Sicherheitssystem ein Fremdkörper. Um dennoch eine

⁴⁶² Information von MINUGUA aus *Glebbeck*: a.a.O. Anm. IV/29. S. 288ff.

⁴⁶³ Information von MINUGUA aus der Tageszeitung *El Periódico*, 04.04.2001. S. 2.

⁴⁶⁴ Aus der Tageszeitung *El Periódico*: 17.01.2000, S. 6 und 25.01.2000, S. 4.

⁴⁶⁵ Aus der Tageszeitung *El Periódico*: 07.09.2003, Seite 16f.

⁴⁶⁶ Interview mit Edgar Gutierrez, 07.09.2005.

⁴⁶⁷ Interview mit Edgar Gutierrez, 18.11.2005.

⁴⁶⁸ Interview mit Edgar Gutierrez, 18.11.2005.

Funktion erfüllen zu können, half man sich damit aus, Daten über offene Gespräche zu sammeln. Gutierrez:

„Nach drei bis vier Monaten merkten wir dann, es war kein Problem Information zu bekommen, vielmehr sie zu verarbeiten. Ich verbrachte ganze Nächte mit Leuten, die mich aufsuchten und dann am nächsten Morgen hatte ich eine Menge Information für den Präsidenten.“⁴⁶⁹

Auf die Frage, ob es von Seiten des Militärs keinen Widerstand gegen die Arbeit des Sekretariats gegeben habe, antwortet Gutierrez, *keinen offenen*. Dennoch sei versucht worden, ihn auszuspionieren und das *Sekretariat zu boykottieren*.

„Über das Fernsehen wurden Reportagen der Menschenrechtsgruppen gesendet, die gegen uns gerichtet waren. ... Mich überraschte das, war das Fernsehen doch der Regierung nah. ... Aus anderer Quelle erfuhr ich dann, das Militärs, dem EMP nahe, also damit eigentlich auch dem Präsidenten, die Fernseh-Macher in diese Richtung beeinflusst hatten.“⁴⁷⁰

Parallel zur SAE wurde auch das sogenannte Sekretariat für Administrative Angelegenheiten und Sicherheit, SAAS, gegründet. Als zivile Institution war es dazu ausersehen, den militärischen EMP in seiner Aufgabe ablösen, den Präsidenten zu informieren, zu beraten und zu beschützen. Der EMP, so hatte Portillo eigentlich versprochen, sollte seiner blutigen Vergangenheit wegen aufgelöst werden. So reibungslos ging der Übergang aber denn doch nicht vonstatten. Denn Portillo wollte die SAE als ein Organ, das Konkurrenz zum EMP sein könnte. *Als wir diese Rolle aber nicht erfüllen konnten, so sagt Jiménez, gelingt es Salán, Portillo auf seine Seite zu ziehen – zum EMP.*⁴⁷¹

3.2.3. Der EMP und der Aufschwung der verdeckten Strukturen

Bekanntlich waren schon im Laufe der 90er Jahre, Teile der verdeckten Strukturen der Aufstandsbekämpfung mit kriminellen Banden verschmolzen und hatten auf diese Weise eine neue Form der organisierten Kriminalität geschaffen, deren Beziehungsgeflecht bis in Sphären des Staates hineinreichten.⁴⁷² Einige verdeckte Strukturen werden nun in der Zeit von Präsident Arzú in den Kampf gegen die organisierte Kriminalität einbezogen. Ob diese zu Anfang auch kriminelle Interessen hatte, dazu liegt uns keine Information vor, gegen Ende aber scheinen sich die Interessen tatsächlich auch bei diesen durchmischt zu haben. Mit der neuen Regierung war die innere Logik des vormals herrschenden Sicherheitssystems aber nun zerbrochen, nicht nur der abrupten Transformation der SAE wegen, hin zu einem zivilen Organ. Ohnehin hatte das Sekretariat für Strategische Analysen eben diese Analysen weiter dem EMP überlassen.⁴⁷³ In jedem Fall bedurfte die Sicherheitslage der Antworten. Und – wie auch in den Zeiten von Arzú – wollte der EMP die liefern, einer unter neuer Führung, einer unter dem Einfluss einer Gruppe, die ihrer Ver-

⁴⁶⁹ Interview mit Edgar Gutierrez, 18.11.2005.

⁴⁷⁰ Interview mit Edgar Gutierrez, 18.11.2005.

⁴⁷¹ Interview mit Francisco Jiménez, 21.11.2005. Ähnlich Edgar Gutierrez, 18.11.05.

⁴⁷² Sieder: a.a.O. Anm. IV/7. S. 12.

⁴⁷³ Interview mit Iduvina Hernández, SEDEM (Zivilgesellschaft), 21.11.2005.

gangenheit wegen selbst als kriminell gesehen wurde. Die Versuche des EMP, Kontrolle über die Sicherheitsorgane zu gewinnen, so wie dies unter Arzú gelungen war, hatten aber nur begrenzten Erfolg. Mehrere Gründe gibt es dafür:

Nun, die Fragmentierung der Macht in der Konstellation dieser Regierung setzte sich auch in der einzigen Institution durch, mit der sich viele zivile Gruppen zu eigenen Gunsten stützen wollten – der Armee oder der bewaffneten Institution, so wie viele Offiziere sagen. Portillo selbst strebte über Ortega Menaldo nach Machtquoten im Militär, ebenso der FRG, eine Gruppe um General Pérez Molina und auch General Espinosa, der als starker Mann der vorherigen Regierung mit gezielten Beförderungen Personen seines Vertrauens zu Generälen gemacht hatte. Die Entscheidung, wer Verteidigungsminister werden soll, die gibt zunächst den Weg vor. Und hier hatte Portillo bekanntlich einen Oberst ernannt und damit 20 alte Generäle⁴⁷⁴ – oftmals Espinosa nah – deplatziert. Edgar Gutierrez erzählt, dass er es war, der dem Präsidenten Juan de Diós Estrada als Minister nahelegte. *Ich sagte Portillo, ‚ich denke, das ist ein interessanter Mann‘.* Aber aus Sicht von Gutierrez enttäuschte die Wahl. *Von allen Verteidigungsministern war er der vertikalste. Er verstand die Militärreform einfach nicht.*⁴⁷⁵ Aber vor allem bot er offenbar keinen Widerstand, als Portillos Verbündeter, General Ortega Menaldo, von außen seine Verbindungsleute in der Armee platzierte. Edgar Gutierrez:

*(Estrada war eine Chance) Er war weder in Menschenrechtsverletzungen verwickelt, noch zuvor in Korruption. ... Er hatte die Gelegenheit, die Armee auf einen neuen Weg zu führen..., aber das tat er nicht. Er ließ sich vom Schatten Ortegas Menaldos und dem von Salán Sánchez (einem Verbündeten) abschrecken und fügte sich.*⁴⁷⁶

Die Generäle zu deplatzen, hatte die Armee und auch ihre Geheimdienststrukturen für ein paar Monate empfindlich geschwächt. Derweil ging das Gerangel um Einflussquoten weiter. Nach Zeitungsberichten hatte Salán in kurzer Zeit, bis Mai 2000, vom EMP aus, eine Geheimdienststruktur aufgebaut, die bis in die Justizorgane reichte. Dem Minister war angeblich eine Liste von sieben Personen überreicht worden, mit denen wichtige Positionen des militärischen Geheimdienstes besetzt und deren Information für das Netzwerk verfügbar gemacht werden sollten.⁴⁷⁷ Während der internen Machtkämpfe versuchte eine andere Gruppe, Salán zu schädigen, indem sie ihm Menschenrechtsverletzungen im Kriege vorwarfen.⁴⁷⁸ Schließlich und endlich griff Portillo ein, Salán Sánchez' Verbindungsleute im militärischen Geheimdienst mussten ihre Posten wieder aufgeben. Der erste Versuch, unter Portillo eine vom EMP geleitete Sicherheitsstruktur aufzubauen, war gescheitert.

Als ein Trumpf des Präsidenten in Sachen Sicherheit war das Netzwerk von Salán Sánchez ganz offenbar damit beschäftigt, Verbrechen so zu bekämpfen, wie er es im Kriege gelernt hatte, mit Methoden aus der Geheimdienstarbeit.

⁴⁷⁴ Die Zahl stammt aus einem Artikel der Tageszeitung *El Periódico*, 29.02.2000, Seite 4.

⁴⁷⁵ Interview mit Edgar Gutierrez, 18.11.2005.

⁴⁷⁶ Interview mit Edgar Gutierrez, 05.04.2007.

⁴⁷⁷ Aus einer Reportage der Tageszeitung *El Periódico*, 15.05.2000, S. 2f.

⁴⁷⁸ Tageszeitung *El Periódico*, 12.05.2000, S. 2f.

So begann der EMP tatsächlich gegen organisierte Kriminalität zu ermitteln und Offiziere der Polizei, die selbst immer mehr in Korruption und Drogenhandel verwickelt zu sein schienen, in Methoden der Geheimdienstarbeit auszubilden.⁴⁷⁹ Überhaupt dominierten diese Methoden ab sofort das öffentliche Klima. Mehrfach spielten Gruppen, die in den Einflusskämpfen verwickelt waren, Zeitungen internes Material zu. In mindestens einem Fall erfuhren die Kontrahenten, in Gegenspionage geübt, vorab davon. So wurde bereits einen Tag vor der Veröffentlichung eines Artikels mit Information gegen Salán Sánchez begonnen, die entsprechende Zeitung zu bedrohen.⁴⁸⁰

Mit Byron Barrientos im Amt des Innenministers unternimmt der Verbündete Portillos, General Ortega Menaldo, im September 2000 einen zweiten Anlauf, sich auszudehnen – diesmal in eine offizielle Struktur. Auf Initiative des Ministers schuf der Präsident per Regierungsverordnung die über Jahre vergeblich erwartete DICAÍ, die *Abteilung für Zivilen Geheimdienst und Analyse der Information*.⁴⁸¹ Kurz darauf wird öffentlich, es sei hauptsächlich die Gruppe um General Ortega Menaldo, die die angeblich zivile DICAÍ strukturiert.⁴⁸² Die Kritik der Menschenrechtsbewegung daran wird in den Zeitungen ausführlich abgedruckt. Das Dekret sei zu breit und ohne Kontrolle sei es ein Instrument nur in einer Hand, der des Innenministers.⁴⁸³ Frank La Rue mutmaßt gar, dass so nicht die organisierte Kriminalität bekämpft, sondern die Opposition politisch kontrolliert werden soll.⁴⁸⁴ Noch bevor das Verfassungsgericht über die Rechtmäßigkeit der DICAÍ urteilt, nimmt der Präsident sie wieder zurück. Gescheitert war die neue Struktur nach Ansicht von Iduvina Hernández damit aber nur sehr bedingt. Im Haushalt des Innenministeriums seien von da an nämlich Mittel für solche Aufgaben bereitgestellt worden.⁴⁸⁵

Wie eigentlich auch in den Zeiten von Arzú versuchte Portillo der organisierten Kriminalität mit Geheimdienststrukturen, statt mit Polizeiermittlung Herr zu werden.⁴⁸⁶ Beide verschließen angesichts der Leistungen des EMP die Augen vor alten oder neuen Menschenrechtsverletzungen. Und doch gibt es zu diesem Zeitpunkt schon zumindest vier wesentliche Unterschiede. Portillo kann sich nicht – wie Arzú – auf einen EMP und eine Armee als zwei Erscheinungen einer Institution stützen, die trotz aller Probleme in der Öffentlichkeit von einem gemeinsamen Korpsgeist zusammengehalten wird. Vielmehr schuf seine Regierung mit der Fragmentation der Macht Unsicherheiten, die die Offiziere in einen politisierten Kampf um ihre Zukunft hineinzogen.⁴⁸⁷ Der zweite

⁴⁷⁹ MINUGUA-Informationen, zitiert nach *Ugarte*: José Manuel: La reforma de la inteligencia en Guatemala. Buenos Aires. Febrero de 2004.

⁴⁸⁰ Aus: Informationsdienst Inforpress: 02.06.2000, Nr. 1370. S. 11.

⁴⁸¹ Tageszeitung *El Periódico*: 29.09.2000, S. 3. DICAÍ steht im Spanischen für *Departamento de Inteligencia Civil y Análisis de la Información*.

⁴⁸² Tageszeitung *El Periódico*: 09.10.2000, S. 2f.

⁴⁸³ Tageszeitung *El Periódico*: 29.09.2000, S. 3.

⁴⁸⁴ Tageszeitung *El Periódico*: 09.10.2000, S. 2f.

⁴⁸⁵ Interview mit Iduvina Hernández, 21.11.2005.

⁴⁸⁶ Diese Grundlinie bestätigt im Interview auch Michel Andrade, MINUGUA. 25.10.04.

⁴⁸⁷ Im Februar 2001 belegt eine Zeitungsnotiz die wiederholten Gewaltakte zwischen verfeindeten Gruppen aus dem Militär. Im vorliegenden Fall war offenbar ein Anschlag auf die Ehefrau des einflussreichen Politikers, General Pérez Molina, geplant. Aufgrund einer Verwechslung starb bei dem

Grund: Zudem hatte die Anwesenheit von General Ríos Montt an einflussreicher Stelle nicht nur die antagonistische Menschenrechtsbewegung gestärkt, sondern setzte die Regierung über den Elitendissens mit den Unternehmern auch permanent unter Militarismus-Verdacht. Der zwielichtige Ruf von Ortega Menaldo tat sein Übriges. Schnell ließ sich so außerdem nachweisen, dass Portillos Interesse am EMP durchaus ambivalenter Natur war. Schon im Jahr 2001 veröffentlichten die Zeitungen, dass das Studium der Tochter des Präsidenten im britischen Cambridge vom EMP, also von Staatsgeldern finanziert wurde.⁴⁸⁸ Gerade die internen Spaltungen sorgten dann dafür, dass jeder in der Armee jeden beobachtete. Und dabei fielen schon 2000/01 zahlreiche mutmaßliche Korruptionsfälle sowohl innerhalb⁴⁸⁹ als auch außerhalb des Militärs auf. In einer Studie zu den verdeckten Mächten unter Portillo kommt Sieder zu ähnlichen Ergebnissen: Ja, diese Mächte seien stärker geworden, aber dies habe auch damit zu tun, dass die Akteure per se fragmentiert seien und Konflikte jetzt in der Öffentlichkeit ausgetragen würden.⁴⁹⁰

An dieser zerstrittenen und korrupt erscheinenden Armee zerrieben sich die Versuche, eine effiziente Geheimdienststruktur schaffen zu können, um sich damit der organisierten Kriminalität entgegenzustellen. Derweil stieg die Kriminalität, von seinem hohen Niveau aus, auch im zweiten Jahr in Folge an. Die Zahl der Morde⁴⁹¹ und Autodiebstähle⁴⁹² nahm im Vergleich zum Vorjahr um noch einmal rund 10 Prozent zu. Und die Beschlagnahme von Kokain blieb zum zweiten Mal hintereinander auf sehr niedrigem Niveau.⁴⁹³ Angesichts dieser Entwicklungen griffen die Sicherheitskräfte nun vermehrt zu drastischen Methoden. Wurden im Jahr 2000 noch 16 außergerichtliche Hinrichtungen von mutmaßlichen Sicherheitskräften des Staates registriert, stieg deren Zahl ein Jahr darauf auf 40.⁴⁹⁴ In seinem 12. Menschenrechtsbericht vermutet MINUGUA, Mitte 2001, Akte der sozialen Säuberung gegen kleine Kriminelle und führende Personen des organisierten Verbrechens.

„(MINUGUA sieht) besorgniserregende Indizien für eine Beziehung zwischen einigen dieser Akte und der Existenz einer Gruppe, in der Personen des ehemaligen ‚Archivo‘ des EMP ... teilnehmen. Diese Gruppe wird in Verbindung zu Personen gesehen, die öffentliche Posten bekleiden und wegen der logistischen Unterstützung die sie erhalten, jenseits der Kontrolle der PNC stehen.“⁴⁹⁵

Anschlag eine andere Frau. Aus: Tageszeitung *El Periódico*, 22.02.01. Seite 3. Als der Ehemann der Ermordeten Nachforschungen anstellte, wurde er Monate später selbst umgebracht.

⁴⁸⁸ Aus der Tageszeitung *El Periódico*, 13.08.2001, S. 2f und 23.08.2001, S. 4.

⁴⁸⁹ Im Oktober 2000 werden Details des Finanzgebarens des Sohnes von FRG-Chef Ríos Montt als Finanz-Chef der Armee bekannt (*El Periódico*, 16.10.00, S. 2f). Im folgenden Februar gerät die Korruption im Militär-eigenen Rentenfond an die Öffentlichkeit (26.02.01, S. 2). Und im Mai 2001 zählt die Zeitung *El Periódico* Ermittlungen gegen 9 Generäle und 10 Oberste auf (21.05.2001, S. 2f).

⁴⁹⁰ Sieder: a.a.O. Anm. IV/7. S. 8ff.

⁴⁹¹ Jetzt starben 3210 Menschen gewaltsame Tode. MINUGUA, 2004: a.a.O. Anm. IV/28. Z. 110

⁴⁹² Tageszeitung *Siglo XXI*, 05.01.2004, S. 2.

⁴⁹³ Daten aus PNC und US-Botschaft, nach Informationsdienst *Inforpress*, 14.02.2003. S. 5.

⁴⁹⁴ MINUGUA, 2003b: a.a.O. Anm. VI/315. Ziffer 25.

⁴⁹⁵ MINUGUA, 2001: a.a.O. Anm. VI/424. Ziffer 58.

Kurz: Leitende Personen aus dem Sicherheitssektor beginnen, Todesschwadronen aus dem Umfeld des EMP mit illegalen Hinrichtungen gegen mutmaßliche Kriminelle zu beauftragen und sie dafür entsprechend auszurüsten.

Jahre später urteilt Francisco Jiménez (SAE), dass der Versuch von Ortega, einen zivilen Geheimdienst zu schaffen, nicht nur deshalb kaum zivil war, weil in ihm militärisches Personal und Denken dominierte, *vor allem unterscheidet niemand in Guatemala, nicht einmal die Zivilgesellschaft, zwischen Informationsbeschaffung über eine private Firma oder eine Institution, Hauptsache Information*. Die Dringlichkeit lasse nie Zeit für einen langfristigen Aufbau.⁴⁹⁶

3.2.4. Zwischenergebnis: zum Niedergang der Sicherheit

Wo stehen wir jetzt? Der Niedergang der Sicherheitslage Guatemalas ist – abstrakt betrachtet – auch integraler Bestandteil eines gesamtgesellschaftlichen Wandels unter kultureller Konkurrenz zwischen Alt und Neu, bei der die Akteure entlang ihrer eingeübten Handlungsmuster und ideologisch motivierten Problemwahrnehmungen handelten und so die Gesamtheit des Systems außer Kraft setzten. Während den alten Schemata bereits jegliche Logik abhanden gekommen war, war gleichzeitig das Konzept demokratischer Sicherheit noch nicht genug etabliert, um mit der Last des Erbes eines zeitweise totalitären Militärstaats umgehen zu können. Die Hauptakteure dieser Konkurrenz sind neben den Kräften des Wandels aber nicht in der Armee zu suchen, sondern in konservativen politischen Akteuren, die das zivil-militärische Verhältnis nur als eines des Vorrangs in der Kontrolle sehen. In diesem Prozess spielten fragmentierte Akteurskonstellationen eine Rolle als Katalysator.

Unter dieser Ebene lässt sich ein zunehmend breiterer Ursachenkomplex aus mehreren verflochtenen Ebenen unterscheiden:

1. Transformation des Polizeiwesens auf der Basis alten Personals.
2. Die Privatisierung der verdeckten Strukturen.
3. Schwächung des Militärs ohne sogleich neue Mentalität.
4. Die Gleichzeitigkeit von Alt und bedingt Neu.
5. Akteurskonstellation und kulturelle Reflexe.
6. Aspekte eines politischen Krieges in einer formalen Demokratie.

Die Transformation der Polizei musste in Guatemala mit einer wesentlichen Belastung fertig werden: Die große Mehrheit ihres Personals war mit der Mentalität aufgewachsen, einen Aufstand zu bekämpfen. Verdeckt operierende Strukturen hatten das wahrgenommene Problem der Sicherheit mit dem Prinzip abschreckender Gewalt zu lösen gewusst. Abgesehen von den immensen Menschenrechtsverletzungen hatte eine innere Logik die totale Macht nach innen ausbalanciert. Abweichler, z.B. Strukturen, die in die organisierte Gewalt abglitten, wurden – eine entschiedene Armee-Führung vorausgesetzt – mitunter aus dem Dienst entlassen. Wissen und Fähigkeiten der Ausgemusterten blieben aber auch außerhalb der Armee existent und reicherten mitunter

⁴⁹⁶ Interview mit Francisco Jiménez, 21.11.2005.

die Strukturen der organisierten Kriminalität an. Die Ermittlungsorgane stellte das sogleich vor kaum zu bewältigende Herausforderungen.

Die Phasen der Friedensverhandlungen und der Umsetzung der Verträge setzten mit ihrer Tendenz zur Demilitarisierung aber nicht nur weitere vielfach belastete Strukturen frei, ebenso schwächten sie natürlich auch die Allmacht des Militärs – ohne aber zugleich die Mentalität zur Sicherheit auf grundsätzlich neue Grundlagen stellen zu können. Vor dem Hintergrund dieser Kultur und des hohen kriminellen Gewaltpotentials in der Gesellschaft, startete nun 1997 das Experiment einer demokratischen Sicherheit. Teils vom Militär losgelöst, wurden jenseits der vorgesehenen Funktionslogik mehrerer Institutionen verdeckte Strukturen mit altem Personal und nach alten Vorbildern rekonstruiert. Erste Ansätze demokratischen Sicherheitsverständnisses gab es sicher, aber wurden angesichts der wahrgenommenen Notlage (und wohl auch mangels einer entsprechenden Vision) nicht ausreichend funktionell gestaltet. Das trifft vor allem auf die Einheit für Kriminalermittlungen SIC zu. Die unterentwickelten neuen Strukturen mit altem Personal lebten nun parallel zu überkommenen Strukturen, die selbst nicht effizient kontrolliert wurden.⁴⁹⁷ Eben diese Gleichzeitigkeit tradierter und inoperativ erscheinender demokratischer Sicherheitsideale bremste die Transformation des Polizeiwesens noch einmal zusätzlich ab. Zwischen verbotenen Gewohnheiten und Neuheiten hin und hergerissen, fielen viele Polizisten in ein Vakuum aus Ineffizienz und Unbeweglichkeit.

Mit dem ersten Minister der Regierung Portillo scheint die Balance also endgültig aus dem ohnehin lahmen Gleichgewicht geraten zu sein. Die Akteurskonstellation mit mehreren Machtgruppen neben der FRG hatte die Spitzen der Institutionen der Sicherheit labiler gemacht. Jeder Wechsel zog weitreichende Umbesetzungen nach sich, denn Personal eigenen Vertrauens schien in dieser Lage umso wichtiger. Zudem hatte bei den Wahlen eine Partei gewonnen, die sich in der Tradition eines militärisch siegreichen Krieges sah. Auf die sich zuspitzende Gewalt und Kriminalität wurde daher in einer Art kulturellem Reflex mit dem Versuch der Rekonstruktion alter Rezepte reagiert, statt die halbherzige Reform entschieden voranzutreiben. Jenen alten Rezepten mangelte es aber an dem dazugehörigen starken Aufstandsbekämpfungsstaat, der Kontext war ein anderer geworden. Und angesichts eines Systems, das sich zu demokratisieren begonnen hatte sowie angesichts des internationalen Einflusses, konnten die Rezepte nicht einmal mehr voll entfaltet werden. Die Folge: Relativer Stillstand und damit faktischer Rückzug in der Sicherheitsreform und ein konstanter Niedergang der Sicherheitslage.

3.3. Machtkämpfe mit Folgen (2000/2001)

Möglichkeiten und Grenzen der Reformen in der Vergangenheits- und Sicherheitspolitik hatten sich aus der Dynamik von Brüchen innerhalb des Regierungsblocks genährt. In der Justizreform hingegen sind es augenscheinlich die

⁴⁹⁷ Hier stellt sich die Frage, warum der militärische Geheimdienst die verdeckten Sicherheitskräfte nicht kontrollierte. Aus Gründen der eigenen Ehre, um also den Befürwortern der Demilitarisierung keine Munition zu liefern? Oder aus Korpsgeist gegen die Angriffe der Menschenrechtsbewegung?

Brüche zwischen Regierung und Opposition, entlang derer das politische Handeln den Fortgang der Demokratisierung zumindest verlangsamt hat. Zwei vernetzte Probleme sind es, die schon im ersten Jahr der Präsidentschaft Portillos das Handeln innerhalb eines Systems mit formalen demokratischen Spielregeln in verbissen geführte politische Kämpfe verwandelte und damit die Fronten der Lager entsprechend verhärteten: ein Interessengegensatz rund um die Finanz- und Steuerpolitik und ein ebenso öffentlichkeitswirksamer wie exemplarischer Fall von Amtsmissbrauch von Seiten der Regierungspartei.

Seit jeher war es der Unternehmerschicht gelungen, unerwünschte staatliche Regelungen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik zu vermeiden. Das galt ganz besonders für Versuche, die vergleichsweise extrem niedrigen Steuern in Guatemala anzuheben. Umverteilung von Reichtum oder eine Agrarreform, die die Subsistenzwirtschaft und damit die Unterernährung der Kleinstbauern zu verbessern helfen könnte, wurden auch als Teil der Friedensverträge verhindert. Als während der Regierung Arzú der internationale Druck wuchs, die Steuerquote zu erhöhen, halfen Interessenvertreter innerhalb der Regierung, die Wirkung zu schwächen.⁴⁹⁸ Nun aber, unter Portillo, sah sich ein Großteil der ökonomischen Eliten von einer Partei deplatziert, die nicht nur im Wahlkampf zum Kampf gegen Privilegien aufgerufen hatte, sondern dazu auch von den internationalen Gebern geraten wurde.

Nur zähneknirschend, wie der Autor Hernández Pico formuliert,⁴⁹⁹ hätten die Unternehmer sich bereit erklärt, Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, einen Konsens über die Finanzpolitik zu erzielen. Im Mai 2000 gelang eine erste Übereinkunft. Aber kurz darauf beschloss die Regierungspartei im Alleingang, schon einmal die Steuern für alkoholische Getränke anzuheben. Das Gesetz wurde im Kongress gerade verabschiedet, als die Vertreter der Unternehmerorganisation CACIF drohten, sich im Falle einer Annahme von den Verhandlungen zurückzuziehen. Aber der Beschluss war schon gefasst. Was nun? Wochen später wird klar, wie der FRG die Lage zu beherrschen versuchte. Laut amtlicher Veröffentlichung ist die neue Getränkesteuer nämlich nur so hoch wie die alte – also unverändert. Hatte der FRG das soeben verabschiedete Gesetz einfach ignoriert? In jedem Fall, die Medien – meist den Unternehmern nah – nahmen das Thema sofort auf. Ein Skandal erschütterte die Republik.

3.3.1. Die Justiz im Kreuzfeuer

Der Skandal um das Getränkegesetz: Mehr als das tatsächliche Geschehen am Abend des 27. Juni 2000 interessiert der Umgang mit dem Skandal. Angeblich hätten sich noch in derselben Nacht nur die Abgeordneten der Mehrheitspartei zusammengefunden, um die gespannte Lage durch eine nach dem Gesetz erlaubte Revision des Dekrets (*fondo de revisión*) zu entschärfen. So geht es jedenfalls aus FRG-Angaben hervor.⁵⁰⁰ Nur, die Abgeordneten der Opposition

⁴⁹⁸ In diesem Sinne, siehe *Sieder*: a.a.O. Anm. IV/7. S. 16f.

⁴⁹⁹ *Hernández Pico*: a.a.O. Anm. VI/100. S. 311ff.

⁵⁰⁰ Die Zusammenfassung hier geht auf ausführliche Informationen von *Hernández Pico* zurück: a.a.O. Anm. VI/100. S. 311ff.

wurden von dieser Sitzung nicht einmal informiert. Im Gegenteil, als die Öffentlichkeit Wochen später aufhorchte, beantragten mehrere Abgeordnete, die Mitschriften und die Mitschnitte der Sitzung, um den tatsächlichen Ablauf nachvollziehen zu können. Aber das Video war gelöscht, die stenographische und auch die offizielle Mitschrift fanden sich nachträglich manipuliert. Die Mitschrift der nachfolgenden Sitzung ging zudem weiter von den gerade erhöhten Steuersätzen aus. Eine offizielle Revision von Seiten der FRG-Abgeordneten kann demnach gar nicht stattgefunden haben. Manipulationen von Stimmergebnissen oder anderer Art hatte es im Kongress auch unter der vorherigen Regierung gegeben⁵⁰¹ und wurden auch während der folgenden beobachtet,⁵⁰² aber getragen von der medialen Aufmerksamkeit gab diesmal eine Abgeordnete eine Anzeige auf. Und als die zuständige Staatsanwaltschaft nach weiteren drei Wochen kein Ergebnis erzielt hatte, riefen mehrere Parlamentarier der Opposition den Obersten Gerichtshof an. Statt die Rolle als neutraler Richter einnehmen zu können, stand die Justiz damit nun im Zentrum eines politischen Machtkampfes mit tiefgreifenden Konsequenzen.

Schon vor dem Skandal war der FRG der Meinung gewesen, dass Generalstaatsanwaltschaft und Justiz der scheidenden Regierung nahe stünden.⁵⁰³ Angesichts des großen Einflusses der Unternehmer auf die Medien des Landes, sah der FRG jetzt eine Kampagne gegen sich, bei der das politische Schicksal ihres Parteichefs und voraussichtlich nächsten Präsidentschaftskandidaten Ríos Montt und 23 weiterer Parlamentarier auf dem Spiel stand. Entsprechend ihr Widerstand: Öffentlich warf sie dem Justizsystem Amtsmissbrauch in anderen Fällen vor und dann legte sie vor dem Verfassungsgericht, CC, zwei Einsprüche gegen den Obersten Gerichtshof (CSJ) ein, unter anderem weil der eingesetzte Untersuchungsrichter mit dem Kläger verwandt sei. Als dieser den Vorwurf ohne rechtliches Verfahren zurückweist, war dies einen weiteren Einspruch wert. Erst nach sieben Monaten erklärte die CSJ, dass Untersuchungen rechtens seien und gab der zuständigen Staatsanwaltschaft grünes Licht.

Zuvor hatte der General aber schon eine andere Lösung gefunden. In einer Reform zum internen Funktionieren des Kongresses fiel ganz beiläufig einer der Gründe weg, die die Mitglieder des Präsidiums an ihrer Arbeit hindern könnte – rechtliche Untersuchungen. Der Wegfall dieser eher unscheinbaren Formulierung hatte Folgen: Die 5 Mitglieder des Präsidiums, darunter der Parteichef selbst, durften jetzt trotz möglicher Untersuchungen gegen sie, weiter ihr Amt ausführen. Sofort der Einspruch der sich betrogen fühlenden Opposition vor dem Verfassungsgericht und noch einmal entschied es in seiner alten Komposition – gegen den FRG. Als nur zwei Tage später mehrere Schüsse auf das Haus seiner Präsidentin abgegeben werden, wird dies in den Medien interpretiert, als ob die Regierung die Justiz in die Schranken weisen wollte. Aber der Zeitpunkt für die Reform war gut gewählt, denn das Verfassungsgericht stand im März 2001 kurz davor, neu eingesetzt zu werden.⁵⁰⁴ Wählen

⁵⁰¹ *Hernández Pico*: a.a.O. Anm. VI/100. S. 323.

⁵⁰² In den Tageszeitungen finden sich zahlreiche Vorfälle. Z.B. *El Periódico*: 29.11.05. S. 3.

⁵⁰³ Interview mit Edgar *Gutierrez*, 05.04.2007.

⁵⁰⁴ *Hernández Pico*: a.a.O. Anm. VI/100. S. 336f.

durften jetzt auch der Staatspräsident und der FRG-geführte Kongress, jeweils ein Vollmitglied und einen für den Pool der zusätzlichen Obersten Richter. Kurz nach der Wahl beendete das neu eingesetzte Verfassungsgericht den Streit. Mit fünf zu zwei Stimmen entscheiden die Obersten Richter jetzt, dass die Regierungspartei, FRG, im Fall des Getränkegesetzes keine illegale Handlung begangen hätte.⁵⁰⁵

Der Versuch, den Skandal um das Getränkegesetz rechtlich zu lösen, hat den zunehmend politischer werdenden Prozess um die Wahlen zu den Obersten Gerichten endgültig in den Strudel politischer Machtkämpfe hineingezogen und die Unabhängigkeit der Justiz schwer getroffen, weil auch hier sichtbar, die Spielregeln der Gewaltenteilung nicht anerkannt wurden.

3.3.2. Die Vergangenheit holt die Regierung ein

Nicht nur der allgemeine Kontext für die Regierungspartei FRG geriet nach nur wenigen Monaten außer Kontrolle, parallel dazu verwandelte sich die Klage gegen die Menschenrechtsverletzungen im Kriege in ein Schreckgespenst von dauerhafter öffentlicher Präsenz. Noch immer hing die Anzeige der Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú in Spanien in der Luft, mit der sie eine Auslieferung von Parteichef Ríos Montt und anderen mutmaßlich Verantwortlichen der massiven Verletzungen der Menschenrechte an die spanische Justiz erreichen wollte. Eine Reise nach Frankreich sagte Ríos Montt gar ab, nachdem die prominente Maya andeutete, auch Paris zur Auslieferung aufzufordern zu können. Im April 2000 werden im Rahmen des Massaker-Prozesses *Dos Erres*, Haftbefehle gegen 16 ehemalige und aktive Militärs ausgestellt⁵⁰⁶ und einen Monat später kündigt eine Opferorganisation an, gegen drei prominente Generäle einen Prozess wegen Völkermordes einleiten zu wollen.⁵⁰⁷ Zwischen Mai und Juni vergeht kaum eine Woche, in der nicht eine neue Enthüllung oder Einzelheit zum Kriegsgeschehen durch den Blätterwald rauscht und das Ansehen der Armee belastet. So findet Edgar Gutierrez im neu übernommenen Sekretariat für Strategische Studien ein Archiv, das signalisiert in welchem Ausmaß die Bürger des Landes vom militärischen Geheimdienst ausgespioniert wurden.⁵⁰⁸ Über 650.000 Guatemalteken seien dort katalogisiert gewesen. Nur Tage später der vorläufige Höhepunkt: Das *National Security Archiv* aus den USA präsentiert das Dokument *Die guatemaltekische Armee: was die Archive der Vereinigten Staaten enthüllen*. Darin werden nicht nur Berichte US-amerikanischer Quellen aus der Zeit des Krieges zitiert, sondern auch Namen genannt – von Einheiten und 200 Offizieren, die im Kriege für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gewesen sein sollen.⁵⁰⁹ Reporter der Tageszeitung *El Periódico* zitieren Reaktionen von Offizieren auf die Freigabe der Dokumente. *In diesem Leben kann man alles vergeben..., nur den Verrat nicht. Das ist am schlimmsten*. Offenbar, so schreibt das Blatt, habe man von den USA als Verbündeten im Kriege Schweigepflicht erwar-

⁵⁰⁵ Informationsdienst *Inforpress*, 26.10.2001, Nr. 1438, S. 3f.

⁵⁰⁶ Tageszeitung *El Periódico*, 24.05.2000, S. 3.

⁵⁰⁷ *MINUGUA*, 2000e: a.a.O. Anm. VI/210, Ziffer 10.

⁵⁰⁸ Tageszeitung *Siglo XXI*, 08.05.2000, S. 4.

⁵⁰⁹ Tageszeitung *Siglo XXI*, 30.05.2000, S. 3 und 02.06.2000, Seite 3.

tet.⁵¹⁰ Auch wenn noch für gut dreieinhalb Jahre an der Macht, wird den Repräsentanten der Aufstandsbekämpfung im FRG durch den Kopf gegangen sein, wie relativ ihre Sicherheit doch ist. Die justizielle Aufarbeitung des Konflikts musste aus ihrer Sicht eine tatsächliche Bedrohung geworden sein.

Schon Wochen vor dem Höhepunkt dieser Welle zeichnete sich auch hier Widerstand ab. So begann der Abgeordnete Antonio Arenales Forno sich im Kongress dafür einzusetzen, dass das Wiederaussöhnungsgesetz reformiert und eine deutliche Straffreiheit für das Kriegsgeschehen festgeschrieben würde. Víctor Hugo Godoy, damals in der COPREDEH:

„Er arbeitete drei Monate daran und ich versuchte Tono (Arenales Forno) zu überzeugen, dies sei für Ríos Montt als Präsident des Kongresses Hara-kiri (politischer Selbstmord), denn er würde sich damit selbst begünstigen... Nicht mit juristischen Argumenten konnte ich ihn überzeugen, Ríos Montt nicht weiter zu überreden versuchen, sondern mit politischen.“⁵¹¹

3.3.3. Der Machtkampf hat Nebenwirkungen: die SAE

Zwischen Steuerstreit und den Skandalen um Korruption und das Getränkegesetz, die Konfrontation zwischen FRG und Unternehmern ging derweil in die nächste Runde. Nach internationalem Druck und von einer ernsten Finanzkrise bedroht, entschied die Regierung nämlich unilateral die Mehrwertsteuer und mehrere andere Abgaben und Steuern zu erhöhen. Steuerhinterziehung sollte jetzt strafbar werden. Der CACIF reagierte zunächst mit dem Versuch, die Regeln zu verhindern, indem er ein späteres Inkrafttreten verhandeln wollte – eine schon unter Arzú benutzte Taktik. Aber – wie Sieder formuliert – *zu seiner Überraschung* standen sogar die USA, ein traditioneller Verbündeter, hinter den Maßnahmen.⁵¹² Flexibel näherten sich die Unternehmer daraufhin populären Gruppen an und begann, im Steuerstreit deren Themen zu verteidigen, vor allem die Erhöhung der Mehrwertsteuer. 20.000 Menschen demonstrierten im August 2001 gegen die Steuererhöhungen, populäre, Mittel und Oberschichten gemeinsam, und kurz gelang ein Generalstreik der Geschäftsinhaber. Doch die Regierung blieb hart.

Ein allgemeines Klima aus Konfrontation, Skandalen und der Drohung der Menschenrechte zog innerhalb der Regierung aber doch Konsequenzen nach sich. Die Toleranz gegenüber Personen, die mit ihrer Vergangenheit und ihrem aktuellen Tun immer neu zu beweisen schienen, dass sie der Gegner sind, war aufgebraucht. Die Gruppe um und mit Edgar Gutierrez musste weg. Wer sonst als der ideologische Gegner in der eigenen Regierung, mit Zugang zu vertraulicher Information, sollte wohl so viel gegen den FRG an die Presse weiterreichen? *Aristides Crespo* (ein prominenter FRG-Politiker) *nannte mich einen Verräter*, sagt Gutierrez.

⁵¹⁰ Tageszeitung *El Periódico*, 04.06.00. Seite 10f. Insgesamt benennen die Dokumente 7.000 Angehörige des Militär mit Namen. Oftmals, so der Artikel, verwiesen Offiziere auch darauf, dass nicht sie allein verantwortlich seien. Die USA seien da mit drin.

⁵¹¹ Interview mit Víctor Hugo Godoy, 09.09.2005.

⁵¹² Siehe Sieder: a.a.O. Anm. IV/7. S. 16f

„Es war ein Problem unter diesen Bedingungen zu überleben. Auf der einen Seite attackierte uns die Menschenrechtsbewegung, auf der anderen Seite nutzte die Presse jeden Köder aus, der ihr hingeworfen wurde. Es gab einen Moment in dem der Privatsektor sagte, wir können Portillo schwächen, wenn Edgar Gutierrez und seine Gruppe ausscheidet.“⁵¹³

Natürlich steckte hinter dem Verdacht auch ein starker politischer Kontrast. Während Gutierrez nach dem Umbau in der SAE unter anderem an einer Auflösung des EMP arbeitete, wollte die andere Seite nur eine formale Aktion, um der Verpflichtung zur Auflösung nachzukommen, die in den Friedensverträgen festgelegt worden war. Laut FRG sollten dieselben Beschäftigten des EMP nämlich in die neue SAAS überführt werden. Aber das ist nicht mehr als ein Beispiel. Schon im Jahr 2001 kürzte der FRG den Haushalt der SAE von zuvor umgerechnet 2,6 Millionen Euro auf nur noch 1,5 Millionen.⁵¹⁴ Nur einen Monat nach den Demonstrationen gegen die Regierung sprach sich General Ríos Montt dann dafür aus, die SAE ganz aufzulösen. Sie sei nicht effizient gewesen und habe den FRG bekämpft. Ein solcher Schritt hätte zudem die Spaltung der Sicherheitsorgane in zwei Lager beendet und der Mentalität der Aufstandsbekämpfung die alleinige Kontrolle gesichert.⁵¹⁵ Gutierrez:

„Es gab sogar einen Moment, in dem ich mich vom FRG so sehr an den Rand gedrängt fühlte – ich hatte Ríos Montt gerade einen Brief geschrieben, aber der war ihm wohl noch nicht ausgehändigt worden –, dass ich ihn auf einer Pressekonferenz öffentlich aufforderte, ‚lass uns doch einen Dialog aufnehmen, wir sind doch Politiker, wofür sollen wir uns in den Medien streiten‘. Ríos Montt liest den Brief, ruft mich an und sagt, ‚wir sind bereit‘. ... Es gab dann eine Sitzung mit dem politischen Rat des FRG. ... Zwei Stunden lang, sehr intensiv. Letztlich wurden die Sachen ausgesprochen und die Lage beruhigte sich beträchtlich.“⁵¹⁶

Dennoch war dies nicht mehr als eine Atempause. Nur wenige Monate später, bei der Verteilung der Gelder für den Haushalt 2002, musste Gutierrez eine weitere Kürzung hinnehmen.

3.3.4. Nebenwirkungen: offene Konfrontation in der VP

Aber noch bevor sich die Folgen der Bedrohungsperzeptionen am Koordinator der kleinen Gutierrez-Gruppe zu entladen schienen, hatten sie sich schon auf die Arbeit der präsidentialen Menschenrechtskommission, COPREDEH, gerichtet. Nach der Politik der Anerkennung hatte ihr Chef, Víctor Hugo Godoy, nämlich zwei neue Anläufe gewagt, die über seine ohnehin schon umstrittene VP hinausgingen. Er erreichte eine gütliche Einigung im Fall des Massakers an den Bewohnern des Dorfes Dos Erres,⁵¹⁷ dessen Modell der Entschädigung fortan

⁵¹³ Interview mit Edgar Gutierrez, in jener Zeit SAE-Chef, danach Außenminister, 13.09.2005.

⁵¹⁴ Information nach *El Periódico*, 07.09.2003, S.16. Allerdings hielt Präsident Portillo die SAE mit nachträglichen Überweisungen am Leben. Aus *El Periódico*, 18.09.2001, S. 6.

⁵¹⁵ Aus einem Artikel der Tageszeitung *El Periódico*, 18.09.2001, S. 6.

⁵¹⁶ Interview mit Edgar Gutierrez, 18.11.2005.

⁵¹⁷ Nach Angaben der CEH rückte am 6.12.82 eine Militär-Patrouille aus 58 Soldaten in das Dorf Dos Erres ein. Nach Tagen trennten sie die Männer von den Frauen und Kindern, richteten sie mit extremer Gewalt hin und warfen die Körper in einen Brunnen. Die letzten Überlebenden brachten sie in die Berge,

als Leitlinie für andere Fälle dienen sollte, und er wollte die Suche nach Verschwundenen intensivieren.⁵¹⁸

„Und wie sucht man Verschwundene (in Guatemala)? Ja, man gräbt in der Erde. Im Januar 2001 stellten wir forensische Anthropologen an, um Exhumierungen durchführen zu können. Aber leider wurden sie von der Regierung nicht gestützt, weil der Vizepräsident sich einmischte. Ich befürchte, dass sie für die angefangene Arbeit nie bezahlt wurden.“⁵¹⁹

Godoy wollte die Exhumierungen aus der Sphäre der Zivilgesellschaft herausheben und sie als Aufgabe des Staates etablieren. Aber in diesem Rahmen stoppte Vize-Präsident Reyes die Überweisungen an die COPREDEH. *Die beiden Punkte waren unser Ausstieg aus der COPREDEH*, sagt Alvarado.⁵²⁰ An mehreren Stellen versuchte der FRG jetzt die ganze Gutierrez-Gruppe aus der Regierungskoalition zu verdrängen. Reyes nutzte die Abwesenheit von Präsident Portillo aus und forderte Godoy in einem Fall auf, weil es keine Beweise gebe, Guatemala vor der CIDH zu verteidigen und eben nicht zu kollaborieren. *Das war ein Versuch, den Kurs wieder zu wechseln*. Als der sich weigerte, wurde er im Mai 2001 von Reyes eigenmächtig gefeuert.⁵²¹

Anlass war die gütliche Einigung im Falle Dos Erres gewesen. Gutierrez holt seinen Verbündeten anschließend zu sich in die SAE. Nur drei Monate später verzichtet vor demselben Hintergrund auch Godoys Nachfolger als Chef der COPREDEH, Ricardo Alvarado, auf das Amt. Als Teil der gütlichen Einigung sollte nämlich ein Video zum Massaker erstellt und zwei Mal im staatlichen Fernsehen gesendet werden. Aber bereits nach dem ersten Mal war Schluss. Kaum waren die Bilder vom Entsetzen des Krieges öffentlich über die Bildschirme gegangen, da wurde der Präsident auch schon angerufen und man *nannte ihn Verräter und anderes mehr*, sagt Ricardo Alvarado.⁵²² Gutierrez:

„Unglücklicherweise wird das Video gesendet, kurz bevor im Kongress zur Finanzreform des Präsidenten abgestimmt wird. Klar, die durften wir nicht verlieren, also opferten wir Ricardo (Nicht nur die COPREDEH, auch andere Posten, die von Angehörigen der Gruppe besetzt wurden, standen im Visier des FRG). Die SAE verwandelte sich in dieser Zeit in eine Art Schützengraben. Jedes Mal, wenn wir einen Verlust erlitten, dann brachten wir ihn dort erst einmal unter.“⁵²³

Mit dem Verzicht Alvarados wollte sich die Partei diesmal aber nicht zufrieden geben. Die COPREDEH als Institution sollte ganz aufgelöst werden. Der Kompromiss: Mit Juan Alberto Fuentes Soria wird ein Beauftragter eingesetzt, der

wo sie enthauptet wurden. Anschließend ließen LKW und Traktoren die letzten physischen Überreste des Dorfes verschwinden. Die spätere Exhumierung brachte 169 Opfer zum Vorschein, 67 von ihnen Kinder unter 12. REMHI und die CEH sehen diesen Fall als Beispiel für die Absicht, systematisch Teile der Bevölkerung auszulöschen. *MINUGUA*, 2000e: a.a.O. Anm. VI/210. Z. 115ff.

⁵¹⁸ Vorgesehen wurden: Maßnahmen der Würdigung der Opfer, die Verpflichtung zum strafrechtlichen Prozess, die Gesundheit der Überlebenden und ihre Wiedergutmachung.

⁵¹⁹ Interview mit Víctor Hugo Godoy, COPREDEH-Chef (2000-2001), 09.09.2005.

⁵²⁰ Interview mit Ricardo Alvarado, COPREDEH-Direktor (2000-2001), dann Chef (2001), 12.07.05.

⁵²¹ Interview mit Cruz Munguía, Ex COPREDEH, 20.07.2005.

⁵²² Interview mit Ricardo Alvarado, 15.07.2005.

⁵²³ Interview mit Edgar Gutierrez, 13.09.2005.

zuvor wenig Erfahrungen im Thema Menschenrechte gesammelt hatte.⁵²⁴ Er ruft im Unterschied zu seinen Vorgängern die ihn überwachende Kommission ein und stellt sein Konzept vor dem Innen- und dem Verteidigungsministerium zur Diskussion. Godoy und Alvarado attestieren ihm, die bisherige Linie – wenn auch ohne weitere Versuche, darüber hinauszugehen – fortgeführt zu haben. Leicht habe es der Vize-Präsident auch ihm nicht gemacht, heißt es.

3.4. Reformieren oder deformieren: Militär und Sicherheit am Scheideweg (2002/2003)

Bis zur Halbzeit der Regierung Portillo haben wir die Dynamiken in den Sektoren Sicherheit und Justiz mittlerweile verfolgt. Mit einem Blick auf die noch fehlende Militärpolitik leiten wir nun den zweiten Teil ein.

Das Militär in Guatemala: Ungeachtet der Reformen hatte es in allen Regierungen der demokratischen Transition eine wichtige Rolle gespielt. Regelmäßigen Zeitungslesern wird es ab 2000, dem Moment der Regierungsübernahme durch Alfonso Portillo, nicht verborgen geblieben sein, dass das Engagement der Armee sogar im Anstieg begriffen war. Aber allem Anschein zum Trotz war damit keine automatische Rückkehr ins Gestrern verbunden. Im Gegenteil: Nach vier Jahren Beinah-Stillstand, immerhin war nur die Zahl der Soldaten und nicht die der Offiziere abgebaut worden. Jederzeit schien darum der Weg zurück möglich zu sein. Und die Armee hatte die Kontrolle auf dem Lande aufrechterhalten, weil sie sich lediglich dazu durchgerungen hatte, vier Militärzonen zu schließen.⁵²⁵ Aber jetzt kam Bewegung in die Diskussion.

Der erste Verteidigungsminister der Regierung Portillo, Juan de Dios Estrada Velásquez, noch von Edgar Gutierrez ausgesucht, löste im Innern 30 Stationierungsorte auf und verlegte die Truppen an die Grenze zu Belize⁵²⁶ – ein nur kleiner Schritt in Richtung auf die Orientierung der Armee zur Verteidigung der Grenzen, aber immerhin. Mehr Diskussionen führen aber nicht automatisch auch zu mehr Entschiedenheit. Gründe gab es dafür gleich mehrere.

3.4.1. Militärpolitik: Grundprobleme

(a) Der ständige personelle Wechsel unter Portillo: Vier Minister durchliefen in vier Jahren das Amt, mit mehr oder weniger Reformbereitschaft. Aber insgesamt schuf dies eine Unruhe in der Armee, bei der kontinuierliche Arbeit nicht mehr möglich war. Javier Hernández, MINUGUA, sieht darum keinen Minister, der anhaltende Wirkung hinterlassen hätte.⁵²⁷

(b) Von Beginn an hing die Stabilität der Regierung davon ab, mit dem Militär eine Balance herstellen zu können. Ging es anfangs um eine interne Balance Portillos mit dem FRG,⁵²⁸ wurde die Lage dann immer instabiler. Der Machtkampf mit der traditionellen Unternehmerschaft – so Gutierrez – drängte die

⁵²⁴ Interview mit Víctor Hugo Godoy, 09.09.2005.

⁵²⁵ MINUGUA, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28. Ziffer 36.

⁵²⁶ Ebenda, Ziffer 42.

⁵²⁷ Javier Hernández, MINUGUA, 25.10.2004.

⁵²⁸ So sieht das z.B. der Ex-Militär Mauricio López Bonilla, in: *Inforpress*, 14.09.01, Nr. 1432, S. 8f.

Regierung immer mehr in Richtung der Streitkräfte. 2001/02 sei es gar zu mehreren Versuchen gekommen, die Regierung auch über das Militär zu *destabilisieren*.⁵²⁹ Die Konsequenz: Portillo brauchte sie nicht nur mehr, es musste ihm gar wichtig sein, gute Beziehungen zur Militärführung zu bewahren. Von mehreren Gruppierungen hofiert, intensivierte sich so die Tendenz zur Politisierung⁵³⁰ und die ohnehin vorhandene Fragmentation der bewaffneten Institution nahm zu. Edgar Gutierrez:

*„In dem Maße, wie die Regierung voranschritt und der Kampf mit dem Unternehmer-Sektor härter wurde, gab es auch Versuche von ihrer Seite aus, einen Staatsstreich zu provozieren oder eine Art Bruch mit dem Militär, also näherte sich Portillo diesem Sektor mehr an **und die Haushalts-transfers nahmen zu** (Text vom Autor herausgehoben).“⁵³¹*

Mehr Geld sollte wohl wie Balsam auf die Gemüter der Offiziere wirken, litt die Armee doch unter erheblicher Finanznot, weil sie bis 1999 zwar die Ausgaben nach den Vorgaben der Friedensverträge reduziert hatte, aber sonst keine Anpassungen vornahm. Die Gehälter, vor allem der teuren Offiziere, fraßen nach MINUGUA-Angaben in der Regel 80 Prozent des Militär-Haushalts – *ein viel zu hoher Prozentsatz*.⁵³² Entsprechend der Haushalt im Jahre 1999 mit umgerechnet 92 Millionen Euro, beinahe wie geplant 0,68 % des Bruttoinlandsprodukts,⁵³³ stieg die Summe unter Portillo von 122 Millionen im Jahre 2000 auf sogar 155 Millionen im Folgejahr 2001. Statt 0,66 Prozent des BIP erhielt die Armee damit 0,96 Prozent des BIP des Landes.⁵³⁴

(c) Der neue Spielraum in einem Haushalt, dessen Ausgabenpraxis traditionell als geheim eingestuft wird, *schuf aber Interessen und mächtige Quellen der Korruption, die (die Offiziere) nicht bereit waren, aus der Hand zu geben*.⁵³⁵ Schon zuvor hatte die Armee ihren Anteil an der Macht nur sehr schwerfällig aus der Hand gegeben, weil sie sie – ihrer Meinung nach – verdiente, dies als Schwäche ausgelegt werden könnte und auch weil sie sich von *Prozessen bedroht* fühlte.⁵³⁶ Aber jetzt stand eher der Wunsch, sich zu bereichern, bei den Positionen zur Militärreform Pate. Die Angst vor Prozessen trat als Motiv entsprechend weiter in den Hintergrund. Das Nein zur Haushaltstransparenz oder zur Aufgabe des sogenannten Militärgeheimnisses musste jetzt mit allen Mitteln verteidigt werden. Einige Beobachter sehen, dass Militärkreise nach Amtsantritt Portillos, stärker mit kriminellen Drogenbanden verbündet waren.⁵³⁷ Gerade solche Gruppen dürften darum kein Interesse daran gehabt haben, die Präsenz des Militärs in der Republik auszudünnen. Gutierrez:

⁵²⁹ Interview mit Edgar Gutierrez, enger Mitarbeiter von Präsident Portillo, 17.04.2007

⁵³⁰ Interview mit Edgar Gutierrez, 17.04.2007.

⁵³¹ Interview mit Edgar Gutierrez, 18.11.2005.

⁵³² MINUGUA, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28. Ziffer 65.

⁵³³ Vertraglich vereinbart waren 0,66 Prozent. Das Verhältnis zwischen Euro und Quetzal wird hier mit eins zu zehn angenommen.

⁵³⁴ MINUGUA, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28. Seite 43.

⁵³⁵ Interview mit Edgar Gutierrez, 17.04.2007.

⁵³⁶ Ebenda.

⁵³⁷ U.a. Iduvina Hernández, Expertin der Zivilgesellschaft zum Thema Sicherheit, 09.11.2005.

„Das Staatsinteresse (der Militärs) war in dieser Zeit mit individuellen Interessen der Bereicherung vermischt, aus illegalen Aktivitäten, Bandenkriminalität, Raub, Entführungen, Drogenhandel, ja die Offiziere genossen Straflosigkeit und die interne Kontrolle (über das Land) half ihnen, damit niemand sonst sie kontrollieren konnte. Das ist eine andere Motivation (zur Aufrechterhaltung der internen Kontrolle).“⁵³⁸

Ende 2001 trat Eduardo Arévalo Lacs vom Amt des Verteidigungsministers zurück und wurde sofort darauf Innenminister. Sein Nachfolger an der Spitze der Armee war es dann, der die relative Zurückhaltung in Sachen innerer Sicherheit aufzugeben gedachte. Álvaro Méndez Estrada, vermutlich dem verurteilten Ex-General Ortega Menaldo nah, versuchte die traditionelle Rolle der Armee in der inneren Sicherheit wiederzugewinnen und legte einen entsprechenden Modernisierungsplan vor.⁵³⁹ Monate später übergab er dem Präsidenten den Entwurf für eine neue Militärdoktrin, die sich vom vorherigen, unter Arzú, kaum unterschied.⁵⁴⁰ Iduvina Hernández, eine Fachfrau aus der Zivilgesellschaft, beschwert sich daraufhin öffentlich über seinen Inhalt, denn die Doktrin ignoriere vollkommen, was die Armee in einem parallelen über 2-jährigen Prozess gemeinsam mit der Zivilgesellschaft erarbeitet habe.⁵⁴¹ Die Rede ist vom Projekt POLSEDE, auf Deutsch, *Zu einer Sicherheitspolitik für die Demokratie*.⁵⁴² An diesem Projekt will ich für einen Moment verweilen.

Viele Monate wurde über POLSEDE versucht, ehemalige und aktive Militärs mit zivilen Vertretern der Regierung, Akademikern und Mitgliedern der Zivilgesellschaft zusammenzubringen, um gemeinsam über Leitlinien für eine Verteidigungspolitik zu diskutieren. Untergruppen sollten zum Beispiel über die Funktion des Militärs, demokratische Kontrollen und den militärischen und später auch einen zivilen Geheimdienst behandeln. Zwei Verantwortliche und eine Teilnehmerin haben sich zu dieser Erfahrung geäußert und bieten mir die Chance über ihre Kenntnis der Diskussionsverläufe einen tieferen Einblick in verschiedene hier relevante Fragestellungen:⁵⁴³ Wie standen während der Regierung Portillo, ehemalige und aktive Offiziere zur jüngeren Geschichte? Hatten einige Abstand gewonnen? Welche Bedeutung maßen sie ihr womöglich für ihr Handeln bei? Und die Frage nach den zivil-militärischen Beziehungen: Wie standen zivile und militärische Vertreter zueinander?

3.4.2. Fallbeispiel POLSEDE

Es war die Regierung Portillo, unter der der Dialog zustande kam, nicht die vorherige unter Präsident Arzú. Dessen letzter Verteidigungsminister *Espinosa*

⁵³⁸ Interview mit Edgar *Gutierrez*, 18.11.2005.

⁵³⁹ *Sieder*, 2002: a.a.O. Anm. IV/7. S. 15.

⁵⁴⁰ Interview mit General Edgar Leonel *Godoy* (11.011.2005), unter Arzú für die Arbeitsgruppe zur Doktrin verantwortlich.

⁵⁴¹ Informationsdienst *Inforpress*, 12.07.2002, Nr. 1471. S. 1ff.

⁵⁴² POLSEDE steht für *Hacia una Política de Seguridad para la Democracia*.

⁵⁴³ Hauptquelle ist die Systematisierung der Erfahrung von René *Poitevin*: *La cuestión militar en Guatemala*. WSP-International. Unveröffentlichtes Dokument, Guatemala o.J. Dazu Interviews mit Patricia *González*, Mitarbeiterin des Projekts (25.11.05) und Iduvina *Hernández* (09.11.05), Teilnehmerin von Seiten der Zivilgesellschaft.

wollte POLSEDE nicht, meint Hernández.⁵⁴⁴ In einer schriftlichen Analyse des Diskussionsprozesses kommt der Akademiker René Poitevin zu dem Schluss, dass die Regierung Portillo, der die Friedensrhetorik so wichtig war, sich dem Dialog-Prozess eben nicht verschließen konnte. Sich davon auszugrenzen, *wäre für die Armee als solche ein wenig unbequem gewesen*.⁵⁴⁵ Das heißt aber nicht, dass die Minister dem Prozess gerne gesehen hätten. Der erste Minister – den Eindruck gewann Poitevin – verhielt sich zwar recht positiv, aber er *schien darauf zu setzen, dass der Prozess nicht sehr weit kommen würde*. Mit dem zweiten Verteidigungsminister gewannen die konservativen Kräfte in der Armee leicht an Kraft. Aber auch er, Arévalo Lacs, konnte sich dem Fortgang nicht verschließen, *wollte jedoch nicht, dass wir große Fortschritte machen*.

Jenseits der Führungsfiguren offenbarte sich ein anderes Stimmungsgemenge zu den Diskussionen. Für die meisten Militärs, die mit der Aufstandsbekämpfung zu tun hatten, bedeutete Dialog nicht nur eine Reform, sondern auch die Aufgabe der privilegierten Position im politischen und sozio-ökonomischen Kontext – *ein Verrat an den militärischen Interessen und eine Ungerechtigkeit, nachdem die Armee Gewinner im Kampf gegen die URNG gewesen sei*, so schätzt Poitevin die Haltung ein. Für sie war es unverständlich, dass sie sich als Gewinner einem solchen Prozess unterziehen sollten. Das sei eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten einer offenbar autonomen Institution. Dieser Position der Mehrheit der anwesenden Militärs stand eine Gruppe von Offizieren gegenüber, die gerade mit dem Dialog die Interessen der Armee verteidigt sahen. Sie standen für eine kleinere, technische und professionelle Armee, die sich aus der politischen Sphäre heraushalten sollte.

Schon in einem frühen Moment, begann ein Thema den Diskussionsprozess schwer zu belasten – die Visionen zur Geschichte. Das Ausgangsdokument für die Diskussionen beinhaltete nämlich an mehreren Stellen historische Kommentare. So sprachen sich alle anwesenden Militärs heftig dagegen aus, die soziale Ungleichheit des Landes als historischen Vorläufer des Konflikts zu nennen oder – an anderer Stelle – eine historische Zusammenfassung niederzuschreiben. Auch die nach Ansicht von Poitevin *vorsichtig* formulierte Idee von einer Überreaktion des Militärs (*desborde militar*), nachdem ein schwacher Staat sich in Machtkämpfe mit einer oppositionellen Gruppe verwickelt hätte, fand einhelligen Widerstand. Poitevin:

*„Im Grunde befürchtete man, dass das Militär für die Gewalt im Kriege Verantwortung verliehen oder beschuldigt würde.“*⁵⁴⁶

Etwas weiter geht Edgar Gutierrez. Nach seinen Beobachtungen ist es in erster Linie das Thema der Gewalt im Kriege, die aus dem Gefühl des Sieges nach erfüllter Pflicht, eine *politische und moralische Niederlage* mache. Menschenrechtsprozesse haben in dieser Vision die Qualität eines *Verrats am Militär*.⁵⁴⁷ Dementsprechend existenziell wurde die Konfrontation rund um die

⁵⁴⁴ Interview mit Iduvina Hernández, 09.11.2005.

⁵⁴⁵ Die folgenden Ausführungen gehen auf Poitevin zurück, andere Quellen werden gesondert gekennzeichnet. Poitevin: a.a.O. Anm. 543. S. 9. Poitevin ist Ex Direktor des Forschungsinstituts FLACSO.

⁵⁴⁶ Poitevin: a.a.O. Anm. VI/543. S. 12.

⁵⁴⁷ Interview mit Edgar Gutierrez, SAE-Chef unter Portillo, dann Außenminister, 17.04.2007.

Geschichte des bewaffneten Konflikts dann geführt. In einem Fall standen die Kontrahenten offenbar kurz davor, auf sich *einzuschlagen*.

„Zum Thema der Massaker im Quiché gab es einen Streit zwischen einem Ex-Militär und einem Ex-Guerillero, (die Armee) hätte Kinder, Frauen und Jugendliche als (mutmaßliche) Aufständische getötet‘ (sagt der Ex-Guerillero). Und der Offizier sagte, ‚aber das war unsere verfassungsmäßige Aufgabe, wir hatten den Befehl Kommunisten zu töten und auch wenn die Guerilla sogar Kinder und Alte organisierte, wir haben einen verfassungsmäßigen Auftrag erfüllt‘. Das brach einen starken Konflikt in der ganzen Gruppe los.“⁵⁴⁸

Im Thema der Geschichte schien keine Versöhnung möglich zu sein. Die von den Offizieren kritisierten Textstellen wurden entfernt und jeder weitere historische Dissens zu vermeiden gesucht. Wie hoch muss die Aufrechterhaltung des historischen Selbstbildes in der Prioritätenskala der Offiziere einzustufen sein? Nicht einmal in Sachen Doktrin, dem Herzstück des militärischen Selbstbildes, waren sie sich so einig.

Sowohl Poitevin als auch González als Mitarbeiterin des Projekts sahen in der Frage der Geschichtsvision auch zwischen den Ex Offizieren, die schon allein aufgrund ihres Alters eine größere Verantwortung für den Ablauf des Konflikts innehaben, und den jüngeren Aktiven keinen Unterschied. Allerdings seien es gerade die Veteranen gewesen, die, anders als die Mehrheit der jüngeren Kollegen, den Prozess mit *Enthusiasmus und Ernsthaftigkeit* betrieben hätten – eine für sie unerwartete Beobachtung. Der vorherige Friedensprozess und das neue zivile Leben der Ehemaligen hatte diese zum Teil auch mit Ex-Guerilleros zusammengebracht. Man grüßte sich, mitunter sogar schon herzlich. Einige aktive Militärs hätten auch das als Verrat gesehen.⁵⁴⁹

Ein Wandel der Generationen lässt sich daraus nicht ableiten. Mit der Idee im Kopf, dass vielleicht die historisch am ehesten belasteten Offiziere auch diejenigen sind, die die autonome Rolle der Armee besonders betonen, frage ich González nach dem Verhältnis der beiden Politikfelder im Denken der Militärs:

„Ich weiß nicht, ob dir diese Antwort hilft. Viele Militärs, die sich besonders gegen Urteile zur Vergangenheit wehrten, die zeigten sich auch besonders interessiert, die Armee aus den Problemen der Vergangenheit herauszuhalten. Wir haben das oft (intern) diskutiert.“⁵⁵⁰

Eine für mich wirklich überraschende Antwort, die wieder nur neue Fragen aufwirft. Gehen wir jetzt zu dem Punkt in der Zeitlinie, an dem Ende 2001 Méndez Estrada zum Verteidigungsminister ernannt wird. Die Diskussionen um die Grundzüge einer neuen Politik der nationalen Verteidigung sind bereits fortgeschritten, aber dieser Minister überreicht der Diskussionsrunde ein schon zuvor erstelltes Strategiepapier, auf dessen Basis weiter gesprochen werden soll. Einige Punkte von POLSEDE sind berücksichtigt, aber darüber hinaus wird damit versucht, die Autonomie der Institution politisch und admi-

⁵⁴⁸ Interview mit Patricia González, Mitarbeiterin des Projekts POLSEDE, 25.11.2005.

⁵⁴⁹ Ebenda.

⁵⁵⁰ Ebenda.

nistrativ aufrechtzuerhalten – die Zeit scheint in diesem Papier stehengeblieben. Im Plenum, also zwischen ehemaligen Offizieren, Akademikern, Regierungsvertretern und Angehörigen der Zivilgesellschaft wird entschieden, einige Sorgen des Ministeriums in den bislang erarbeiteten Text aufzunehmen, aber sich sonst nicht beirren zu lassen. Diese Haltung aber verwandelt das Problem in eines der Autorität.

Bis zu diesem Zeitpunkt schien aus Sicht der Organisatoren die Haltung der Regierung zum Prozess, als eine des *laissez faire*, also machen lassen und keine Partei ergreifen, um das *Militär nicht zu irritieren* und jede Entscheidung bis zum Ende des Prozesses zu vermeiden. Der Präsident selbst blieb lange *ambivalent*. Der Moment war aber jetzt gekommen. Denn das Plenum hatte das Dokument mit kleinen Anmerkungen zugunsten der Sorgen des Militärs angenommen und die Regierung den Kompromiss autorisiert. Die Armee aber besteht auf ihren Vorbehalten und – obwohl der Präsident den Kompromiss gutheißt und eingreift – versucht die Armee den Prozess international zu delegitimieren, sie verlangt sogar die Herausgabe der nicht von ihr autorisierten Texte. Ein klarer Fall von Ungehorsam gegenüber der zivilen Autorität. Das Problem entkrampft sich erst Monate später, als Präsident Portillo den Minister nach einer USA-Reise aus dem Amt entlässt. Es heißt, Méndez Estrada habe sich in Washington für den Ex-General Ortega Menaldo eingesetzt, der dort als Kopf illegaler Einflussgruppen galt. Konservative Armee-Kreise liefen auch weiter gegen einen Kompromiss Sturm, der ihnen theoretisch Autonomie aberkannte. Aber schließlich und endlich erkennt das Militär das Dokument als Weißbuch der Armee und damit Grundlage für die neue Doktrin an.

José Daniel Giupponi, in MINUGUA für Fragen zum Militär zuständig, hält sie für einen historischen Fortschritt.⁵⁵¹ Dennoch wirft der Prozess ein Licht auf die zivil-militärischen Beziehungen jener Zeit. Zwar erlauben sich die Präsidenten Arzú und Portillo mehrfach, ihre Autorität über die Entlassung von Ministern unter Beweis zu stellen, aber tatsächlich greifen sie darüber hinaus nicht in das ein, was ein weiter relativ autonomes Militär als innere Angelegenheiten betrachtet: Auftrag und interne Organisation der Armee, vor allem ihre alleinige Hoheit über den Haushalt. Der Akademiker Bernardo Arévalo, lange Zeit für den POLSEDE-Prozess verantwortlich, nennt diese Art Vorrang des Präsidenten, die *Macht eines César*, die aber nicht mit der demokratischen Konsolidierung zu vereinbaren sei.⁵⁵²

3.4.3. Die Militärreform (2002/03)

Mit dem neuerlichen Wechsel an der Armee-Spitze zum 1. September 2002 kam nicht nur der POLSEDE-Prozess um das Weißbuch der Streitkräfte voran. Über diesen zunächst noch eher theoretischen Fortschritt hinaus, vollzog die Militärführung unter Minister Robin Macloni Morán Muñoz einen doch nicht unerheblichen Kurswechsel. Für seine Motive liegen hier keine Informationen vor. Aber Sorge um die Zukunft der Institution aufgrund der wachsenden Zahl

⁵⁵¹ Interview mit José Daniel Giupponi, MINUGUA, 09.09.2004.

⁵⁵² Arévalo de León, Bernardo, 2002b: Der festgefahrene Übergangsprozess: demokratische Transformation und militärische Konversion in Guatemala, in: Debiel, Tobias (Hrsg.): Der zerbrechliche Frieden: Krisenregionen zwischen Staatsversagen, Gewalt und Entwicklung. Bonn. S. 233-235.

von Korruptions- und anderen Skandalen, in denen das Militär an sich oder bestimmte Offiziere verwickelt zu sein schienen, könnten ebenso eine Rolle gespielt haben, wie ein Kurswechsel der USA zum Thema. Iduvina Hernández jedenfalls will im Jahre 2003 schon die Sorge der Führung wahrgenommen haben, dass die Armee ganz aufgelöst werden könnte, um sie vielleicht in eine Nationalgarde zu verwandeln.⁵⁵³ In einem Klima wachsender Kritik an einer weiter relativ autonomen Armee, übernimmt nicht die Regierung die eigentliche Initiative, allerdings bemüht sie sich zumindest um Denkanstöße. Edgar Gutierrez kommentiert ein persönliches Erlebnis:

„(Einmal setzten wir uns mit fünf Personen zusammen), darunter der Verteidigungsminister der Finanzminister und ich. ... Es wurden mehrere Präsentationen zur Lage der Armee gemacht. Eine davon sah ich so, dass die Armee mit dieser Struktur in zwei bis drei Jahren finanziell bankrott sein würde und zweitens, dass die Stationierung der Einheiten mit vielen Garnisonen im Innern sehr kostspielig und aus sozialer und politischer Sicht, also der Kritik an ihr, sehr wenig rentabel war. ... Das Brot (die Nachtrags Haushalte) von heute könnte den Hunger von morgen nach sich ziehen. Also sagte ich, ‚so wie ich das sehe, muss die Armee eine Reduzierung planen.‘ (Zudem, bei so vielen Offizieren und so wenigen Soldaten seien die Pensionen bald nicht mehr zu finanzieren).“⁵⁵⁴

Ein Teil der Armee, der zu diesem Zeitpunkt bestimmende, war bereit, auf die umstrittene interne Kontrolle zu verzichten.⁵⁵⁵ Und so kann Portillo der Öffentlichkeit im Oktober 2002 verkünden, dass die Mannschaftsstärke der Armee um 20 % reduziert werde, wobei diesmal auch Offiziere betroffen sein sollten.⁵⁵⁶ In ihrem Schlussbericht würdigt MINUGUA die Bedeutung dieser Reform. Tatsächlich wurde die Personalstärke der Armee bis Ende 2003 von 31.400 auf 27.200 reduziert, mehrere Militärzonen im Inland aufgelöst und die übrigen Soldaten – wie in den Friedensverträgen vorgesehen – an den Grenzen stationiert. Gleichzeitig wurden die Einheiten für Zivile Angelegenheiten, die mit ihren regelmäßigen Berichten die soziale und politische Kontrolle in den Gemeinden aufrechterhalten hatten, praktisch aufgelöst.⁵⁵⁷

In den Medien schlug sich dieser bedeutende Fortschritt kaum positiv wieder. Inmitten der Berichterstattung um die Regierungskorruption sorgte mal wieder ein Informationsleck innerhalb der Armee für eher negative Schlagzeilen zur Reform. Die Stellen seien ehedem gar nicht mehr besetzt gewesen, stattdessen hätten viele Offiziere die Gehälter der angeblichen Soldaten in die eigene Tasche gesteckt, so hieß es.⁵⁵⁸ Sollte dem so gewesen sein, dann kann man die Reform auch anders verstehen. Noch vor dem Regierungswechsel verloren dann mutmaßlich korrupte und kriminell handelnde Offiziere viele

⁵⁵³ Interview mit Iduvina Hernández (SEDEM), Sicherheitsexpertin der Zivilgesellschaft, 16.11.2005.

⁵⁵⁴ Interview mit Edgar Gutierrez, 18.11.2005.

⁵⁵⁵ Ebenda.

⁵⁵⁶ Informationsdienst *Inforpress*, 04.10.2002, Nr. 1483. S. 5f.

⁵⁵⁷ MINUGUA, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28. Ziffer 27, 30, 43 und 51.

⁵⁵⁸ Informationsdienst *Inforpress*, 04.10.2002, Nr. 1483. S. 5f. Tatsächlich bestätigt MINUGUA die Existenz der Scheinstellen.

Möglichkeiten, sich zu bereichern. Ich frage Gutierrez, ob die Reform vielleicht Ergebnis des damals heftigen internationalen Drucks gewesen sei:

„Ich will es mal so sagen, wenn die Armee ihr Überleben (als Institution) nicht bedroht gesehen hätte, wären sie ruhig gewesen und dann kommt der internationale Druck, dann wäre kaum etwas geschehen. ... Das Militär und vor allem die politische Führung wussten, dass die interne Lage der Armee prekär war, dass es internationalen Druck gibt. Dann sagt man den Internationalen, ja, mir ist die Lage bewusst, wir werden etwas tun, das erklärt aber nicht vollkommen, was da passiert.“⁵⁵⁹

Mit dem Ende der Regierung Alfonso Portillo wird – wenn auch verspätet – ein weiteres Versprechen der Friedensverträge und von Portillo persönlich erfüllt: das berüchtigte militärische Oberkommando des Präsidenten, EMP, wird aufgelöst und abgewickelt. Augenscheinlich unterlagen die Umstände dieses Reformprozesses aber doch noch einem etwas anderen politischen Kontext – einem, in dem sich auf Seiten der Regierung traditionelle konservative Vorstellungen mit einem Prozess der Kriminalisierung von Staat und Regierungspartei verflochten.

3.4.4. Die Kriminalisierung des Staates

Seit Beginn der Regierung Portillo war zunehmend klar geworden, dass die Sicherheitspolitik der Administration an gleich mehreren inneren Widersprüchen litt. Die fortschreitende Ineffizienz ging aber auch mit einer rasant um sich greifenden Kriminalisierung des Sektors einher, die sich teils auch aus der offensichtlichen Korruption und Verwicklung der Politik nährte:

Noch im Dezember 2001 hatte der gerade abgetretene Verteidigungsminister Arévalo Lacs das Innenministerium übernommen, eine Zeit, die symbolisch mit der absoluten Funktionsunfähigkeit der Polizei in Verbindung gebracht werden kann. Dabei hatte der Neue wohl nur die Absicht, die Arbeit von Polizei und einem aktiveren Militär stärker aufeinander abzustimmen. Arévalo zwang die Polizeichefs, den regionalen Militärs-Kommandanten Bericht zu erstatten.⁵⁶⁰ Seine Politik traf aber national und international auf erheblichen Widerstand. Nach einem Aufschrei der Medien müssen mehrere neu eingestellte gleichfalls militärische Mitarbeiter des Ministers ihr Amt wieder aufgeben. Offenbar hatte der Protest der Staatengemeinschaft gegen die personelle Militarisierung des Innenministeriums angesichts einer bevorstehenden Sitzung der internationalen Begleitgruppe in Washington, bei der die gesamte Politik der Regierung unter die Lupe genommen werden sollte, wohl doch einmal gefruchtet. Gleichzeitig aber zog der Kongress aus der aktiveren Rolle der Armee die Konsequenz, den Haushalt für die Polizei stagnieren zu lassen, sie also als ohnehin unfähig, zu vernachlässigen. So sparte man zum Beispiel an der Polizeiakademie. MINUGUA schreibt später, die Kürzungen waren so radikal, dass die Akademie damit praktisch funktionsuntüchtig wurde.⁵⁶¹

⁵⁵⁹ Interview mit Edgar Gutierrez, 18.11.2005.

⁵⁶⁰ MINUGUA: 13. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala 2002. Dokument A/57/336. Ziffer 7.

⁵⁶¹ MINUGUA, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28. Ziffer 151.

Selbstverständlich blieben auch die alten Probleme unbearbeitet: Korruption bei Zutritt zur Polizei, bei Beförderung und Versetzung. Die Finanzkrise nach der Haushaltskürzung war so groß, dass vielen Polizeistationen wegen unbezahlter Rechnungen, Licht oder Telefon gesperrt wurden. Autos konnten nicht mehr repariert werden, auch wenn sie nur geringfügige Schäden hatten, oder weil es einfach an Geld für Benzin mangelte.⁵⁶² Ein leitender Angestellter des Innenministeriums:

*„Der Haushalt war so eng, dass eine Streife 3 Gallonen (gut 11 Liter) für eine Strecke von 300 km bekam. So mussten die Polizisten irgendwann anhalten, Strafzettel verteilen, direkt in bar abkassieren und sich damit neues Benzin kaufen. Das treibt natürlich die Korruption an.“*⁵⁶³

Der Mitarbeiter des Ministeriums macht aus seiner Enttäuschung keinen Hehl. Aber obwohl er viele Fehler der Politik anerkennt, als Schlussfolgerung sieht auch er eine militärische Ausbildung für die Polizei als unumgängliche Lösung:

*„Ihnen fehlt Motivation und Disziplin. Natürlich sind auch in der Armee die da oben korrupt, aber die unten laufen mehr und schießen besser. Während der gesamten Ausbildung hatten die Polizisten unter Portillo nur 20 Patronen. Die schießen so schlecht, dass sie das Leben der Unschuldigen in Gefahr bringen.“*⁵⁶⁴

Soll das heißen, ein Polizist, der in der Militärschule ausgebildet wird, der darf eben mehr Patronen verschießen und sollte aus diesem und anderen Mängeln der Polizei besser eine militarisierte Ausbildung erhalten? Auch der weitere Zusammenhang der Ausführungen lässt mich vermuten, dass es in Guatemala letztlich gerade auch der Glaube an die Überlegenheit des Militärischen ist, der die zivile Ausbildung und Arbeit der Polizisten so halbherzig und damit ineffizient gestaltet. Am Ende steht die sich selbst erfüllende Prophezeiung – *die Polizei taugt nichts, setzen wir auf das Militär*. Dazu passt, dass nach Angaben von MINUGUA in Momenten wachsender Kriminalität paradoxerweise die Zahl der Kriminalbeamten zeitweise zurückging.⁵⁶⁵ Offenbar setzte man dann stattdessen auf den bewährten Geheimdienst.

Und klar, so der Funktionär, die Polizisten haben natürlich von der Korruption in der Regierung und in der politischen Spitze ihres Hauses gewusst – ein Anstoß zu weiterer *Demoralisierung*. Stellen habe man sich ab 2001 für Summen kaufen müssen, die man dann über weitere Korruptionshandlungen im neuen Amt wieder hereinzuholen gedachte.⁵⁶⁶ So wurden natürlich genau jene Posten beliebt, mit denen viel Geld gemacht werden konnte – zum Beispiel die im Drogendezernat. Das explosionsartig gestiegene Korruptionsproblem spiegelte sich auch in den Statistiken wider. Wurden noch im Jahre 2001 monatlich 14 Anzeigen wegen Polizeikorruption eingereicht, waren es 2003 schon 80.⁵⁶⁷ Der Tendenz in der Polizeikorruption entsprechen die Wahrnehmungen zur

⁵⁶² MINUGUA, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28. Ziffer 136.

⁵⁶³ Interview mit einem Staatsangestellten, der anonym bleiben möchte. Nr. 170/2005.

⁵⁶⁴ Ebenda.

⁵⁶⁵ MINUGUA, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28. Ziffer 143.

⁵⁶⁶ Ebenda.

⁵⁶⁷ Tageszeitung *El Periódico*, 05.12.2003. S. 6.

allgemeinen Korruption in Sektoren und Institutionen des Landes. Seit mehreren Jahren ist das Land in einem Korruptionsindex-Index von Transparency International zugegen. Auf einer Skala von eins bis 10, als dem größtmöglichen Grad an Transparenz, gab man Guatemala im Jahre 1999 einen Index von 3,2 – also ein Wert relativ hoher Korruption. In den folgenden vier Jahren versank das Land gerade auch aufgrund der wahrgenommenen Korruption in der Politik, konstant bis zu einem Index von nur noch 2,4 im Jahre 2003.⁵⁶⁸

In das Bild sich verallgemeinernder Korruption passt sich auch die Ausweitung der Drogenkriminalität von Seiten der Polizei ein. Erinnern wir uns, schon unter Arzú hatten Polizisten begonnen, Hehlern ihr Kokain zu stehlen.

„Was sich unter Portillo ergibt, das ist deren Expansion. Die Polizeichefs oder der Polizeidirektor selbst beginnen, Kontrolle über die Drogengeschäfte zu gewinnen, nicht mehr nur als Untergebene. Ganze Kommisariate werden vom Kopfe her mit hineingezogen.“⁵⁶⁹

Unter diesen Bedingungen wächst natürlich auch die Kriminalität ungebremst. Nach 1999, dem letzten Jahr der Regierung Arzú, stieg die Zahl der Morde bis 2003 zum vierten Mal in Folge an, von zuvor 2.655 auf jetzt 4.237.⁵⁷⁰ Ebenso die Autodiebstähle, ein florierendes Geschäft der organisierten Kriminalität: unaufhörlich wuchs auch ihre Zahl, von 5.735 auf 9.230.⁵⁷¹ Nur die Beschlagnahme von Kokain zeitigte für 2003 plötzlich beträchtliche Erfolge. Hatte sie bis 2002 weit unter den Mengen aus dem Jahr 1999 gelegen, schnellte sie jetzt von knapp 3.000 (2002) auf 9.200 hoch.⁵⁷² Was war passiert?

Seit April 2002 hatten die USA mehrere Signale gesendet, mit der Arbeit der Polizei nicht einverstanden zu sein. Damals kürzten sie ihre Hilfe für die Drogenpolizei DOAN um ein Drittel. Auch hier hatten die Korruption und die Instabilität in der Führung weite Teile der Arbeit lahmgelegt. 6 Chefs hatte die DOAN seit dem Jahre 2000 erlebt.⁵⁷³ Wie sich später herausstellte, stahlen die Polizisten 3,8 Tonnen beschlagnahmtes Kokain aus den Kammern der Sicherheitsverwahrung. Angeblich sollen 50 Beamte in der Organisation des Raubs verwickelt gewesen sein.⁵⁷⁴ Im Oktober erhöht sich der Druck. Nachdem die Medien innerhalb Guatemala schon seit Monaten der Verdacht aussprechen, dass verborgene Mächte nah des Präsidenten großen Anteil an der wachsenden Kriminalität des Landes hätten, ein Vorwurf, den Portillo immer dem Machtkampf mit den Unternehmern zuschob, ging jetzt der US-amerikanische Unterstaatssekretär Reich an die Öffentlichkeit:

⁵⁶⁸ Angaben von Transparency International, abgedruckt in: *El Periódico*: 19.10.2005, S. 2.

⁵⁶⁹ Interview mit Mario René Cifuentes (18.04.2007), mehrfach in leitender Funktion im Innenministerium oder in der Polizei.

⁵⁷⁰ Statistik des Innenministeriums, abgedruckt in: Tageszeitung *El Periódico*: 15.01.2005. S. 7.

⁵⁷¹ Tageszeitung *Siglo XXI*, 05.01.2004. S. 2. Später wird die Zahl nach oben korrigiert. Die Tageszeitung *Prensa Libre* beruft sich auf Angaben des Innenministeriums, als sie die Zahl der Autodiebstähle für das Jahr 2003 mit 11.089 angibt. 24.01.2005. S. 5.

⁵⁷² Zahlen von Generalstaatsanwaltschaft und Polizei, abgedruckt in: Tageszeitung *El Periódico*, 17.02.2007. S. 6.

⁵⁷³ Tageszeitung *El Periódico*: 03.04.2002, S. 3.

⁵⁷⁴ Tageszeitung *El Periódico*: 15.11.2002, S. 3.

„Es gibt immer mehr Signale zur Teilnahme verdeckter Gruppen in illegale Aktivitäten, in denen Angestellte der Generalstaatsanwaltschaft, des militärischen Geheimdienstes, der Justiz und der Polizei verwickelt sind.“⁵⁷⁵

Danach ging es Schlag auf Schlag. Regierungsbeamte in Washington bestätigen die Verwicklung von Regierungskreisen und Guatemala wird wegen seiner Misserfolge im Kampf gegen die Drogen die dafür von den USA erteilte Lizenz wieder entzogen. Guatemala löst danach demonstrativ die gesamte Drogenpolizei DOAN auf und enthebt 40 zuständige Staatsanwälte ihres Amtes.⁵⁷⁶ Bei der neuen Truppe sind nun auch 500 Soldaten aktiv. Mario René Cifuentes auf die Frage, warum danach plötzlich die Beschlagnahme zunahm:

„Nach dem Druck aus Washington schafft die Regierung den Anti-Drogen-Dialog, das ist ein Organ zwischen der Regierung Guatemalas und der der USA. ... Die Armee fühlt sich jetzt gezwungen, einzugreifen. Vorher wussten die auch schon (über die Strukturen des Drogenhandels Bescheid), haben aber nichts unternommen“⁵⁷⁷

Das klingt, als ob Interessen innerhalb der Armee, die organisierte Kriminalität begünstigt hätten. Edgar Gutierrez sagte dazu einmal:

„Der Misserfolg im Kampf gegen die organisierte Kriminalität hat damit zu tun, dass Verfolger und Verfolgte sich gegenseitig erpressen. Bestechung und Korruption gibt es schon lange vor den Prozessen, in der Phase der Ermittlungen. Die Kette beginnt mit dem militärischen Geheimdienst, geht – jetzt mehr – über die PNC zum MP (Generalstaatsanwaltschaft), wo sich die Fälle auflösen, bis zum Justizsystem – eine Kette aus Korruption und Straflosigkeit ohne Ausnahme.“⁵⁷⁸

Guatemala, ein Land dessen organisierte Kriminalität im Ursprung auch auf verdeckte Strukturen des militärischen Geheimdienstes zurückgeht, in dem Generationen dieser Strukturen sozusagen privatisiert ihr Auskommen suchen, dessen Korruption in allen Hierarchien und Ebenen der Gesellschaft wirkt. Welche Gerechtigkeit kann man dort erwarten? Präsident Portillo ist aller Wahrscheinlichkeit nach selbst von dem Sog dieses Systems erfasst worden.

3.4.5. Reformversuche: Straflosigkeit für alle

Noch 1996, also kurz vor den Friedensverträgen, hatte eine Reform des militärischen Sonderrechtsbereichs die allermeisten Delikte, die von ehemaligem oder aktivem Personal der Armee unternommen wurden, wieder der zivilen Gerichtsbarkeit unterstellt. Kongress und Verteidigungsminister sahen darin damals den Beginn einer neuen Ära, einer der Unterordnung des Militärs.⁵⁷⁹ Und jetzt, 2003?

Nachtragshaushalte im geheimen Militärbudget hatten nicht nur Begehrlichkeiten innerhalb der Armee geweckt. Die Korruption war zu einem sichtbaren

⁵⁷⁵ Zitat abgedruckt in, *Peacock*: a.a.O. Anm. VI/21. S. 9.

⁵⁷⁶ Informationsdienst *Inforpress*: 18.10.2002, Nr. 1485, S. 8f.

⁵⁷⁷ Interview mit Mario René *Cifuentes*, Ex Funktionär in Innenministerium und Polizei, 18.04.2007.

⁵⁷⁸ Interview mit Edgar *Gutierrez*, 17.04.2007.

⁵⁷⁹ Siehe Kapitel VI/1.5.

Phänomen zahlloser öffentlicher Institutionen geworden. Seit Beginn der Regierungszeit Portillos fiel den Medien zum Beispiel das wachsende Budget des präsidentialen militärischen Oberkommandos, EMP, auf. Dabei wurde parallel auch schon die zivile Nachfolgeorganisationen, die SAAS, aufgebaut – mit eigenem Haushalt. Hatte der EMP im letzten Jahr unter Arzú noch 10 Millionen USD gekostet, stieg die Ziffer über 15 Millionen (2000) auf 22 Millionen im Jahr 2001.⁵⁸⁰ 2003 dann füllten Informationen die Zeitungen, nach denen Präsident Portillo selbst Geld in Millionen-Höhe auf komplizierten Wegen wasche und nach Panama überweisen lasse. Auf öffentlichen Druck hin, hatte die Korruptionsstaatsanwaltschaft bereits zu ermitteln begonnen.⁵⁸¹

Mitten in diese Atmosphäre hinein legte nun Anfang 2003 ein Abgeordneter, der als Mittelsmann der Armee im Kongress gilt, eine Initiative für eine neue Militärjustiz vor. Eine Analyse von MINUGUA kritisiert, dass die Initiative die Zuständigkeit der militärischen Gerichtsbarkeit deutlich ausweitet und auch viele gewöhnliche Delikte umfassen könnte.⁵⁸² Menschenrechtsverletzungen und Korruptionsdelikte von ehemaligen und aktiven Angehörigen der Armee könnten demnach wieder der zivilen Gerichtsbarkeit entzogen werden. José Daniel Giupponi von MINUGUA:

„Die Initiative unterscheidet zwischen militärischem und zivilem Raub; militärischem Mord und zivilem Mord. Beinah jedes Delikt, von einem Militär begangen, wird damit (direkt oder indirekt) der zivilen Gerichtsbarkeit entzogen. Wäre das verabschiedet worden, dann hätten korrupte Militärs vor Militärgerichten gestellt werden müssen.“⁵⁸³

Besorgt zeigt sich MINUGUA auch wegen der Aufzählung nicht-militärischer Delikte: das *Aussetzen der Verfassung*, ganz oder teilweise, nach Artikel 112, Absatz 1; den Kongress, das Oberste Wahlgericht, den Obersten Gerichtshof oder das Verfassungsgericht aufgelöst zu haben, das würde fortan nach Artikel 112, Absatz 4 vor einem Militärgericht zu verhandeln sein; aber auch der Raub von zivilen Besitztümern nach Art. 145 und der Gebrauch falscher Dokumente nach Art. 148 durch einen ehemaligen oder aktiven Angehörigen der Armee, könnten nicht mehr vor zivile Gerichte.⁵⁸⁴ Man hat den Eindruck, schreibt MINUGUA, als ob alle von Militärs begangenen Delikte vor Militärgerichte geschafft werden sollten.

Es scheint, dass mehrere Interessen gemeinsam den Charakter der neuen Gesetzgebung prägen wollten: Jene die Straflosigkeit wegen vergangener oder aktueller Menschenrechtsverletzungen suchten, vermischten sich mit Interessen der Straflosigkeit nach Korruptionsvergehen und solchen konservativer Kreise, die das Militär als Wächter über das politische System sehen wollten. Dabei ist nicht immer klar, von wem genau welches Interesse ausgeht. Zwar

⁵⁸⁰ Unter anderem zitiert ein Kommentar von Mario Roberto Morales, Angaben von Amnesty International. In: Tageszeitung *Siglo XXI*, 17.06.2003, S. 15.

⁵⁸¹ Siehe dazu das folgende Kapitel VI/3.5.

⁵⁸² Aus einer internen, unveröffentlichten MINUGUA-Analyse: *Observaciones al Proyecto de Ley sobre el Código de Justicia Militar*. Das Dokument liegt dem Autor als Kopie vor.

⁵⁸³ Interview mit José Daniel Giupponi, MINUGUA, 14.09.2004.

⁵⁸⁴ MINUGUA-Analyse: a.a.O. Anm. VI/582. Ziffer 13.

heißt es in einem Artikel aus dem Jahr 2002, der angeblich auf Armee-Quellen zurückgeht, dass das Militär in jenem Jahr umgerechnet 24 Millionen Euro dafür ausgeben wolle, ihre Interessen in der Politik gewahrt zu sehen.⁵⁸⁵ Aber schon die Art der Quelle, ein internes Informationsleck, zeigt an, dass nicht alle mit dem Konsens einverstanden waren, auf das sich innerhalb und außerhalb der Armee bestehende korporative Interessen geeinigt hatten.

Dieselbe Interessenallianz zeigt sich kurz darauf auch bei der Abschaffung der Militäreinheit des Präsidenten (EMP), eine Verpflichtung der Friedensverträge. Ursprünglich sollte so gegen illegale Sicherheitskräfte vorgegangen werden, die man für viele Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sah. Vize-Präsident Reyes will nun zwar den EMP bis Ende 2003 tatsächlich auflösen und an seine Stelle die neu geschaffene SAAS setzen, die als zivile Alternative bereits seit Jahren im Aufbau war. Aber in diese SAAS sollten dann das Personal und die Erfahrungen des EMP übergehen. Die SAAS wäre also - nach dem Willen von Reyes - ein neuer Name für die alte Struktur geworden. Als Mitte 2003 dem Kongress eine entsprechende Initiative überreicht wird, hängt der Innenausschuss dem Vorschlag dann zusätzlich einfach einen Teil an, mit dem nebenbei 25 Artikel geändert würden. Wie auch im Skandal um das Getränkegesetz hatten nur die FRG-Parlamentarier, anstelle des gesamten Innenausschusses des Kongresses, die Änderung unterzeichnet. Andere Parteien waren gar nicht informiert worden.⁵⁸⁶ Zivile Delikte von Militärs wären demnach wieder vor Militär-Gerichten verhandelt worden – der zweite Versuch.⁵⁸⁷ Hieß es in Art. 11 bislang, dass *Angehörige der Armee, dem Sonderrechtsbereich des Militärs unterliegen*, so soll nun folgende Formulierung aufgenommen werden:

„Die Angehörigen der Armee ... unterliegen der Militärjustiz, die von Militärgerichten ausgeübt wird.“

Das oppositionelle Zentrum für Guatemala-Studien, CEG,⁵⁸⁸ sieht in dem Vorschlag sogar den Versuch, neben der Abschaffung des EMP, Möglichkeiten für seine Neugründung zu eröffnen.⁵⁸⁹ In Artikel 5 heißt es, es könne künftig auch andere militärische Oberkommandos geben.

Kurz darauf soll das Grundlagengesetz der Armee (Ley Constitutiva) geändert werden – und wieder finden sich im Text Formulierungen aus dem angesprochenen Interessengefüge. Aber ein Teil fehlt: die Ausdehnung des Sonderrechtsbereichs auf die Menschenrechtsdelikte. Korruptionsdelikte von Militärs würden aber auch nach dieser Fassung vor einem Armee-Gericht verhandelt werden müssen. Dieser Delikt-Typ hatte offenbar Priorität.⁵⁹⁰

⁵⁸⁵ Informationsdienst *Inforpress*, 12.07.2002, Nr. 1471, S. 1-4. Dies beinhaltet Zahlungen angeblich auch direkte Zahlungen an Personen innerhalb und außerhalb des Kongresses.

⁵⁸⁶ Von Journalisten zur Rede gestellt, antwortet einer der FRG-Abgeordneten, Soto Arango, er könne sich gar nicht mehr daran erinnern, dies so unterschrieben zu haben. Nach, Tageszeitung *Siglo XXI*, 09.07.2003, S. 6.

⁵⁸⁷ Tageszeitung *El Periódico*, 09.07.2003, S. 2f und 02.08.2003, S. 4.

⁵⁸⁸ CEG im Spanischen: Centro de Estudios de Guatemala.

⁵⁸⁹ Interne Analyse mit dem Titel, *Opinión del Centro de Estudios de Guatemala –CEG– sobre la iniciativa de ley que propone reformas a la ley constitutiva del ejército, decreto 72-90*. Das Dokument liegt dem Autor vor.

⁵⁹⁰ Tageszeitungen *El Periódico*, 02.10.03 und *Siglo XXI*, 01.10.2003, S. 4, und 02.10.03, S. 4.

Im Oktober 2003 einigen sich die Fraktionen im Kongress dann darauf, mit dem Dekret 50-03 den EMP tatsächlich abzuschaffen und die SAAS mit einigen seiner Funktionen zu betrauen. Verhandlungen hatten bis kurz vor Schluss erreicht, den eminenten zivilen Charakter der neuen Institution zu betonen. Aber das Wort *eminent* wurde in der dritten und letzten Lesung gewohnt plötzlich und unerwartet gestrichen. Seine Besitztümer und Archive, also auch die Nachweise von mutmaßlichen Korruptionshandlungen, die Medien und Gesellschaft schon als beinahe sicher annahmen, sollten nicht der SAAS als Nachfolger, sondern der Armee übergeben werden, deren Dokumente ebenfalls dem Staatsgeheimnis unterliegen. Erst später wird bekannt, dass praktisch parallel zur offiziellen Auflösung des EMP im Verteidigungsministerium eine neue Abteilung gegründet wird. Die sogenannte Abteilung für Strategische Analysen rettet der Armee damit eine der ehemaligen Funktionen des EMP.⁵⁹¹

3.5. Die Lage der Justiz und der Faktor Vergangenheitspolitik

Direkte *Impacts*, also Wirkungen zwischen der Vergangenheitspolitik und dem Politikfeld der Sicherheitspolitik lassen sich schon lange nicht mehr nachweisen. Ganz anders aber die Lage der Justiz: Sie beeinflusst in hohem Maße die Erfolgchancen, nicht nur, aber vor allem der justiziellen Aufarbeitung der Vergangenheit. Umgekehrt erfährt sie aber selbst auch Eingriffe, mit denen auf jene Aufarbeitung reagiert wird. Vor diesem zweiten, konzentriere ich mich zuvor auf den ersten Schritt: Wo liegen die Probleme des Justiz-Sektors in der Zeit von Präsident Alfonso Portillo?

3.5.1. Der Justiz-Sektor im Abschwung

Ein erster Blick auf die Zahlen gibt erst einmal Anlass zu Optimismus. Die scheidende Regierungspartei, PAN, hatte Ende 1999 den Haushaltsbeitrag des Parlaments für die anscheinend unter ihrem Einfluss befindlichen Justizorgane, OJ und MP, als Kontrollorgane der neuen Regierung um jeweils rund 20 Prozent erhöht.⁵⁹² Der Haushalt der Polizei hingegen, die das Versprechen des Kontrahenten und Wahlsiegers zu erfüllen hatte, für mehr Sicherheit sorgen zu wollen, war zurückgefahren worden.⁵⁹³ Edgar Gutierrez:

„(Der FRG sah MP, OJ und Rechnungshof in den Händen ihres politischen Gegners.) *Im ersten Jahr wollte der FRG den MP-Chef González Rodas, den Justiz-Prokurator García Regas und den Rechnungshof-Präsidenten Abadío absetzen, aber Portillo gelang es, sie (zu sich) hinüberzuziehen. Nur mit der Justiz klappte das nicht.*⁵⁹⁴

Die gewachsene Nähe des Generalstaatsanwalts drückt sich für das Jahr 2001 auch in Zahlen aus. Um rund 35 Prozent nahm der MP-Haushalt jetzt im Vergleich zum Vorjahr zu, der OJ legt immerhin noch um 15 Prozent zu. Unter

⁵⁹¹ Informationsdienst *Infopress*, 24.10.03, Nr. 1434, S. 8f und 08.10.04, Nr. 1580, S. 8f.

⁵⁹² *PNUD*, 2003a: a.a.O. Anm. IV/7. S. 348ff.

⁵⁹³ *MINUGUA*, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28. S. 31.

⁵⁹⁴ Interview mit Edgar *Gutierrez*, 05.04.2007.

diesen weiter relativ günstigen Bedingungen geht die quantitative Expansion des Justizsystems weiter. Gab es 1997 zwischen erstinstanzlichen Gerichten, Berufungs- und Friedensgerichten nur 367 Justizorgane, existierten 4 Jahre später schon 557. Gerade auch in den indigenen Siedlungsgebieten verbesserte sich der Zugang zur Justiz theoretisch damit deutlich.⁵⁹⁵

Aber dann scheinen die Reibungen zwischen Justiz und FRG doch zugeschlagen zu haben. Ende 2001 wird beschlossen, den OJ-Haushalt für 2002 nicht nur nicht weiter steigen zu lassen, sondern sogar um 10 Prozent zu kürzen. Der FRG-Vorsitzende des wichtigen Finanzausschuss im Kongress wird mit den Worten zitiert, er habe dem OJ umgerechnet rund 50 Millionen Euro dafür geboten, in Sachen Getränkegesetz zugunsten der Regierung zu entscheiden. Aber solange es Rechtsmittel gegen die FRG-Linie gäbe, gibt es auch kein Geld.⁵⁹⁶ Die Konsequenz: Teile der Reform- und Ausbaupläne der Justiz mussten zurückgestellt oder für lange Zeit gestrichen werden. Die fatale Entscheidung der Regierungspartei wirkte noch bis ins Jahr 2004 nach und zog einen Verlust von rund 100 Millionen Euro nach sich⁵⁹⁷ – ein Rückschlag, der die Erfolgchancen der Justiz, die wuchernde Kriminalität rechtstaatlich bekämpfen zu können, weiter zurückwarf.

Beim MP versucht die FRG mit gleich mehreren Methoden, ihre Autorität klar zu machen. Für 2002 sind auch hier Kürzungen in Höhe von knapp 10 % vorgesehen.⁵⁹⁸ Zeitweise wird sogar debattiert, eine eigene Polizeiermittlungsbehörde zu gründen und die Macht des MP damit dauerhaft einzuschränken.⁵⁹⁹

Mehr Präsenz der Justiz-Organen bedeutet aber nicht zugleich auch mehr Effizienz. Die Prozesse litten darunter, dass viele der Geschädigten, aber auch der Zeugen, aus Angst vor den Angeklagten ihre Aussagen änderten. In etwa drei von zehn Prozessen, so wird geschätzt, sagten zudem falsche Zeugen aus.⁶⁰⁰ Das Zeugenschutzprogramm wird als zu schwach angesehen, um Hilfe leisten zu können.⁶⁰¹ Der Druck der Kriminalität stieg ja bekanntlich ebenfalls an. So war 2001 jeder Staatsanwalt für 1.500 Fälle zuständig.⁶⁰² Mehr physische Präsenz im Lande erhöhte gleichzeitig auch die Nachfrage, Straftaten oder andere Rechtsfälle von der Justiz regeln lassen zu wollen.⁶⁰³ Der Reformschwung in der Zeit von Präsident Arzú wich zudem anderen Problemen. Weite Teile der geplanten Justiz-Reform blieben dementsprechend unvoll-

⁵⁹⁵ PNUD, 2003a: a.a.O. Anm. IV/7, S. 151. Von einer teils nur theoretischen Verbesserung kann man deshalb sprechen, weil die indigene Bevölkerung vielfach nicht des Spanischen mächtig ist. Laut einer Studie von Spence rechneten 2001 aber nur 35 Gerichte mit Übersetzern. 2003 war die Zahl nur unwesentlich auf 43 angestiegen. In der öffentlichen Strafverteidigung gebe es keine Übersetzer und in der Generalstaatsanwaltschaft nur zwei. Aus, Spence, 2004: a.a.O. Anm. VI/456, S. 84.

⁵⁹⁶ INECIP: a.a.O. Anm. VI/140. S. 19.

⁵⁹⁷ Ebenda, S. 20.

⁵⁹⁸ Nachtragshaushalte statten das MP dann aber doch noch mit dem Mindesten aus. Aus Daten des Finanzministeriums, dem Autor von der Abteilung für Statistik des PNUD überreicht.

⁵⁹⁹ Informationsdienst *Inforpress*, 12.10.2001, Nr. 1436. S. 13.

⁶⁰⁰ Diese Schätzung eines Richters, wird in *Prensa Libre* zitiert: 03.03.05. S. 4.

⁶⁰¹ Dieser Meinung ist u.a. der Ombudsmann für Menschenrechte, Sergio Morales. Abgedruckt in, *Prensa Libre*: 06.10.2004, S. 3.

⁶⁰² PNUD: Una Agenda para el Desarrollo Humano: Informe Nacional de Desarrollo Humano 2003. Guatemala 2003.

⁶⁰³ PNUD, 2003a: a.a.O. Anm. IV/4, S. 152.

det oder unangetastet. Die Pflichtverteidigung und plurikulturelle Ansätze blieben zu schwach und das bestehende Haftvollzugssystem wurde trotz fortschreitender Krisenerscheinungen nicht angerührt.⁶⁰⁴

Das Hauptproblem des Justiz-Systems lag aber woanders. Noch hatten sich die Machtgruppen des Landes nur sehr grob den Details des demokratischen Regelwerks unterworfen. Umfassende Eingriffe in das interne Funktionsgefüge der Justiz und – damit verbunden – mangelnde Unabhängigkeit nach innen und außen,⁶⁰⁵ setzten nicht nur teils das Prinzip der Gewaltenteilung außer Kraft, sondern stellten auch die Rolle der Justiz in der Gesellschaft in Frage: Recht zu sprechen und nicht die Straflosigkeit zu fördern.

In Guatemala gibt es buchstäblich keinen Machtsektor, der nicht auch mit illegitimen Mitteln zu erreichen versucht, die Justiz zu genehmen Urteilen zu bewegen. Nach einer Studie aus dem Jahr 2003 fiel der Privatsektor dadurch auf, mit vielen Einsprüchen, Prozesse zu verzögern, einzelne Justiz-Angestellte einzuschüchtern oder öffentlichen Druck auszuüben. Die Armee behindere massiv Ermittlungen und falle auch durch exzessive Nutzung von Einsprüchen auf. Der Kongress verweigerte mehrfach Untersuchungen und Parteien versuchten über den MP-Chef, Staatsanwälte versetzen zu lassen. Die Regierung setzte Richter immer wieder über das Finanzamt unter Druck, über direkte Anrufe und eben den Haushalt.⁶⁰⁶ Diese Aufzählung hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit, aber vielleicht gibt sie eine annähernde Idee davon, wie labil die Lage der Justiz inmitten des Staatsgefüges ist. Dabei wurden die illegalen Strukturen an dieser Stelle noch gar nicht mal erwähnt.

Bleiben wir einen Moment bei dem Wie des Einflusses. Schnell fällt zunächst die bedrohliche Unsicherheit auf, mit der Justiz-Angestellte leben müssen. MINUGUA bemerkt, dass kurz nach Amtsantritt des FRG die Drohungen gegen sie deutlich zunehmen.⁶⁰⁷ 1999 zählte die Stiftung Myrna Mack (FMM) noch 88 Fälle von Drohungen, Einschüchterungen oder Attentaten – eine deutliche Erhöhung nach nur 49 Fällen aus dem Jahre 1998 –, im Jahr 2000 stieg deren Zahl dann dramatisch auf 147 an.⁶⁰⁸

Einen eigenen Personenschutz für die körperliche Unversehrtheit der Richter und Staatsanwälte gibt es in den Portillo-Jahren nicht. Auf Antrag wird zum Schutz eine Polizeistreife abgestellt, aber dann müssen die angeblich Bewachten mit den Unzulänglichkeiten der Polizei leben: den geringen Lohn der Streife, ihre unzureichende Ausstattung und Motivation sowie die grassierende Korruption. Ein MINUGUA-Angestellter erzählt:

„In einem Fall präsentierte sich bei uns eine Richterin aus dem Fall Gerardi. Man hatte ihr eine Polizeistreife zum persönlichen Schutz gegeben, aber das Benzin für das Auto musste sie von ihrem Gehalt bezahlen. Irgendwann mussten die Reifen neu gekauft werden. Als die dann kurz

⁶⁰⁴ Sieder, 2002: a.a.O. Anm. IV/7. S. 38f.

⁶⁰⁵ Svendsen, Cristin: Monitoreo de Independencia Judicial y Asociacionismo. La situación guatemalteca 2002. IECCP. Guatemala 2003. S. 12.

⁶⁰⁶ Ebenda: S. 61-70.

⁶⁰⁷ MINUGUA, 2000e: a.a.O. Anm. VI/210. Ziffer 54.

⁶⁰⁸ FMM-Zahlen, abgedruckt im Informationsdienst *Inforpress*, 30.03.01. Nr. 1408, S. 13.

*darauf schon wieder schadhaft waren, da beschwerte sie sich in der Werkstatt und der Angestellte sagte dazu nur, ‚das sind nicht die Reifen, die wir ihnen verkauft haben‘. Die Polizisten hatten die Neuen unter der Hand verkauft und alte aufgezogen. Sie können sich nicht vorstellen, wie hilflos sich die Frau fühlte. Sie war am Boden zerstört.*⁶⁰⁹

Nicht einmal das Leben der Richter kann versichert werden. Wegen des hohen Risikos weigern sich die Versicherungsgesellschaften, dies zu tun. Im März 2001 sicherte der Justiz-Organismus seinen Angestellten dann zu, in Todesfällen die Beerdigungskosten zu übernehmen. Die Angehörigen der Toten müssten aber zuerst beweisen, dass der Tod mit der Arbeit als Richter zusammenhinge.⁶¹⁰ Entgegen der Ankündigung, nachdem der FRG den Justizhaushalt für 2002 kürzte, wurde sowohl der Plan aufgegeben, einen eigenen Personenschutz zu gründen, als auch die Angestellten zu versichern.⁶¹¹

Zumindest eine Reaktion erfolgte aber doch. Der MP gründete eine Sonderstaatsanwaltschaft, die sich nur mit Drohungen und Attentaten gegen Justizpersonal befasst. In fünf Jahren gelang ihr aber nur eine einzige Verurteilung.⁶¹² In einem Bericht an die CIDH heißt es dazu, die Akte würden nicht adäquat untersucht, in vielen Fällen würde der Staat sie sogar tolerieren.⁶¹³

Über die Wahlen zu den Obersten Richtern sichern sich die wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen direkten Einfluss innerhalb des Systems. Zwar hatte das Gesetz zur Justizkarriere vorgesehen, dass auch die Obersten Richter zu evaluieren seien, aber das Verfassungsgericht erklärte, dass diese Regeln nicht mit der Konstitution vereinbar seien.⁶¹⁴ Ein Bericht an die CIDH kommt deshalb zu dem Urteil, dass es so die guten Richter nicht mehr ihrer Qualität wegen erreichen können, im Amt bestätigt würden. Das führe auch sie in Versuchung. Dieser Mangel an objektiven Kriterien fördert die Vetternwirtschaft, heißt es. Wie muss man sich das vorstellen, frage ich Edgar Gutierrez?

*„Versetzt dich mal in die Lage des Richters oder der Postulierungskommission. Da gibt es ein Spiel mit den Interessen und wenn ich ein Oberster Richter werden will, dann muss ich mich einer der Einflussgruppen in der Kommission annähern und ihnen versprechen, ihre Interessen zu vertreten. Weil, über meine gute Führung oder Professionalität werde ich da nicht hinkommen... Klar du kannst dir eine Gruppe aussuchen, in meiner Zeit an der Regierung den Privatsektor, Portillo oder General Ríos Montt... Am Ende (bestimmt nicht so sehr das Mitglied der Postulierungskommission, sondern) sagt zum Beispiel der Privatsektor, du und du werden Oberste Richter – aber unter bestimmten Bedingungen.“*⁶¹⁵

⁶⁰⁹ Interview mit einem MINUGUA-Mitarbeiter, der anonym bleiben möchte. Interview 6/04.

⁶¹⁰ Fundación Myrna Mack (FMM): Informe para el Relator Especial de Naciones Unidas sobre Independencia de Jueces Y Abogados, Señor Param Cumuraswamy. Guatemala, November 2001. S.11f.

⁶¹¹ Svendsen: a.a.O. Anm. VI/605. S. 12 und Tageszeitung *Siglo XXI*: 22.06.03. S. 5.

⁶¹² Fundación Myrna Mack, 2005: a.a.O. Anm. IV/37. S. 8f.

⁶¹³ INECIP: a.a.O. Anm. VI/140. S. 14.

⁶¹⁴ INECIP: a.a.O. Anm. VI/140. S. 27.

⁶¹⁵ Interview mit Edgar Gutierrez, unter Portillo SAE-Chef, dann Außenminister, 13.09.2005.

Der Generalstaatsanwalt wird vom Präsidenten aus einer Liste von sechs Kandidaten ausgesucht, die die Postulierungskommission aus allen Bewerbern zuvor ausgewählt hat. Sondierungsgespräche zwischen Präsident und Bewerbern sind auch hier üblich.

Bei der Wahl ins Verfassungsgericht gelang im Jahr 2001 mehreren Kandidaten der Sprung, die ganz eng mit dem Präsidenten oder der Regierungspartei FRG verbunden waren. Als befangen hätten sie beim Urteil zum Getränkegesetz, dem Skandal, der den FRG so schwer belastete, nicht abstimmen dürfen. Aber dennoch, sie waren es, die am Ende ganz anders beschlossen, als noch ihre Vorgänger im Amt.

In einem System hoher Abhängigkeiten zu Interessen nationaler Machtgruppen kann es auch keine Unabhängigkeit innerhalb der Justiz geben. Die Kompromisse Oberster Richter könnten Eingriffe in die Unabhängigkeit der anderen Richter erfordern oder auch im besten Fall einfach nur dem Wunsch entsprechen, den Einfluss von außen mit einem von oben zu neutralisieren. Mangelnde Unabhängigkeit in eine Richtung zieht dementsprechend sofort Eingriffe auch aus anderen Richtungen nach sich.

Mehrfach hat die Oberste Justiz-Verwaltung im SCJ versucht, die Unabhängigkeit der Richter einzuschränken. Hatte das Karrieregesetz die Justiz-Verwaltung noch von der juristischen Funktion des Obersten Gerichts getrennt, wird das interne Regelwerk vom Februar 2000 die Trennung doch wieder aufweichen.⁶¹⁶ Die Verfahren zur Einhaltung der Disziplin sind trotz mehrfacher Kritik nicht präzisiert worden. Zwei Drittel der 2002 für die Svendsen-Studie Befragten meint, diese Form der Überwachung ermögliche Einmischung. Ebenso viel Spielraum scheint das System der internen Evaluierung zu lassen. Nach den Reformen hatte der Rat der Justiz-Karriere um die Jahreswende 2001/02 sechshundsechzig Richter evaluiert, ein Zeichen der Professionalisierung, das auch von MINUGUA positiv herausgehoben wurde. Aber von den 17, die schlecht evaluiert wurden und darum aus dem Dienst scheiden sollten, verhandelten 14 die Modifizierung ihrer Punktzahl, eine weitere Person klagte gegen den Rat und gewann. Ähnlich partielle Fortschritte gab es auch bei der Ernennung der Richter. Die Kandidaten von der Richterschule würden nach dem 99er Gesetz jetzt zwar mehr berücksichtigt, aber mitunter würden die besten trotzdem nicht genommen.⁶¹⁷ Die Ungenauigkeit der Regeln hat offenbar System. Sie garantiert, dass die Obersten Richter, die ja auch gleichzeitig die obersten Verwalter des Justiz-Systems sind, auch weiter persönliche Kontrolle ausüben und sich nicht an Formalien gebunden fühlen müssen.

In einer Studie aus dem Jahre 2002 geben 41 Prozent der erfassten Richter zu, schon einmal bedroht worden zu sein. 49 Prozent sagen, sie seien in mindestens einem Fall in ihrem Urteil beeinflusst worden. In der Generalstaatsanwaltschaft sind es mehr als die Hälfte. Auf die Frage, haben Drohungen oder Druck in den letzten drei Jahren zugenommen, antworten mehr als zwei Drittel der Richter mit Ja, nur 3 Prozent empfinden eine Verbesserung.⁶¹⁸

⁶¹⁶ Svendsen: a.a.O. Anm. VI/605. S. 93.

⁶¹⁷ Ebenda: S. 93ff, 115ff, 124ff.

⁶¹⁸ Svendsen: a.a.O. Anm. VI/605. S. 17f.

Welche Ausmaße und Charakteristika die Einflussversuche im Extremfall einnehmen, dies will ich im Folgenden an drei Beispielen illustrieren: (a) der Fall der Untersuchungen gegen 5 von den USA und in der Öffentlichkeit unter Verdacht stehende Offiziere, (b) die Vorgänge um die Einschreibung des FRG-Parteivorsitzenden, dem Ex-General Efraín Ríos Montt, als Präsidentschaftskandidaten und (c) den Ermittlungen gegen den Präsidenten und sein Umfeld.

3.5.2. Fallbeispiel 1: der Fall der fünf Offiziere

Dezember 2002: Seit wenigen Wochen ist der Druck auf die Regierung ganz erheblich gewachsen. Ein Bericht des US-amerikanischen Unterstaatssekretärs Reich hat die Annahme der guatemaltekischen Presse bestätigt, der Einfluss illegaler verdeckter Machtgruppen reiche bis in die Regierung hinein. Für die Presse stehen die Schuldigen seit langem fest: Ex-General Ortega Menaldo und mehrere andere Ex-Militärs – allesamt Präsident Portillo nahe. Aber plötzlich scheint die Justiz doch zu reagieren. Generalstaatsanwalt Carlos De León Argueta kündigt an, Ermittlungen gegen fünf verdächtige Militärs aufnehmen zu wollen und bestimmt für jeden einen eigenen Staatsanwalt. Neben viel Skepsis mischt sich in der öffentlichen Meinung natürlich auch etwas Hoffnung. Aber auch nach neun Monaten sind keine Beweise gegen die Beschuldigten gefunden. Ich sprach mit zwei der fünf eingesetzten Staatsanwälte. Beide verfügen in der Opposition über erhebliches Ansehen, Mynor Melgar und Karen Fischer:

„Unter uns fünf Staatsanwälten waren auch zwei, die enge Verbindungen zu parallelen Machtgruppen hatten. Und Mynor und ich, wir waren sowieso vollkommen überlastet, ich als Staatsanwältin gegen Korruption, ich hatte 3000 Fälle und die musste ich schließlich weiter bearbeiten.“⁶¹⁹

Mynor Melgar:

„Das war ein geschickter Schachzug. (Einige von uns galten in der Öffentlichkeit als glaubwürdig) aber wir bekamen keine Ausstattung, kein Personal und keine Mittel, absolut nichts. Dabei braucht man in solchen Fällen des organisierten Verbrechens viel Zeit und Mittel, um diese Strukturen zu penetrieren. Ich war gleichzeitig Staatsanwalt für ökonomische Fälle und hatte schon mehrere besondere Fälle. ... Wenn man solche Ermittlungen unternimmt und nichts findet, dann heißt das, die Beschuldigten sind unschuldig. (Nach Monaten ohne Beweise) wurde ich vom Verfassungsgericht aufgefordert, den Fall zu schließen. Aber es gab keine Beweise, weil es keine Ermittlungen gab. ... Ich denke, das war nicht die Idee von Carlos (dem Generalstaatsanwalt), das sind Leute von außen, die künstliche Szenarien zu schaffen wissen.“⁶²⁰

Melgar deutet damit an, in Desinformation und Geheimdienstarbeit erprobte Gruppen außerhalb der Justiz hätten sich diese Konstellation der Ermittlungen mit dem Ziel ausgedacht, Ergebnisse eben nicht erzielen zu können, um die Beschuldigten letztlich von allen Vorwürfen freizusprechen, statt sie anzuklagen. Der Generalstaatsanwalt habe diesen Plan nur umgesetzt.

⁶¹⁹ Interview mit Karen Fischer, 04.10.2005.

⁶²⁰ Interview mit Mynor Melgar, 10.10.2005.

3.5.3. Fallbeispiel 2: die Kandidatur von General Ríos Montt

Efraín Ríos Montt, als de facto Staatschef nach dem Staatsstreich aus dem Jahre 1982 war ihm fortan in zwei Wahlen untersagt worden, Kandidat für die Präsidentschaft zu werden. Ein Verfassungsartikel verbot dies ehemaligen Putschisten. Wohl nur deshalb war Alfonso Portillo 1995 und 1999 Kandidat des FRG geworden. Jetzt aber, mit seiner Partei schon an der Macht, versuchte es der starke Mann des FRG noch einmal. Im Obersten Gerichtshof, CSJ, wurde ihm dieses Recht mit Hinweis auf den Verfassungsartikel aber erneut verwehrt, zum dritten Mal. Mit 12 zu 1 war die Abstimmung dabei mehr als klar ausgefallen.

Wenige Wochen später war der Ex-General aber trotzdem eingeschrieben – Konsequenz eines augenscheinlich politischen Krieges zwischen zwei Gerichten: der CSJ, das noch unter Arzú gewählt wurde und dem Verfassungsgericht, CC, dessen personelle Besetzung erst unter Portillo entschieden wurde. Was war geschehen?

Nach dem Urteil der CSJ akzeptierte das Verfassungsgericht einen Einspruch des Generals dagegen. Nur drei Tage später akzeptierte jedoch die CSJ provisorisch einen weiteren Einspruch der Opposition. Bis zum endgültigen Urteil musste Ríos Montt jetzt abwarten. Der Autor Hernández Pico schreibt:

„Sofort danach verwandelte sich die Feier in den Reihen des FRG ,jetzt doch, der General tritt an‘ in Entrüstung. General Ríos Montt erklärte mit absoluter Klarheit: ,das ist nicht innerhalb der Gesetze und wenn man das nicht ist, dann kann es Gewalt geben. Es kann jetzt passieren, dass die Partei nicht in der Lage ist, ihre Sympathisanten zu kontrollieren‘.⁶²¹

72 Stunden später finden sich zur gleichen Zeit 5.000 FRG-Anhänger in der Hauptstadt ein und belagern die CSJ. Ein Richter muss aus seinem Haus sogar mit einem Hubschrauber evakuiert werden. Die FRG hatte den Volkszorn selbst organisiert. Das Verfassungsgericht befiehlt der CSJ anschließend, mit einer knappen Mehrheit von vier zu drei Stimmen, seinen provisorischen Einspruch zu annullieren und keine weiteren Rechtsmittel mehr zuzulassen. Außerdem habe die Oberste Wahlbehörde, TSE, Ríos Montt innerhalb von 12 Stunden als Kandidaten einzuschreiben. Die Zustände im Verfassungsgericht selber waren dabei alles andere als würdig. Die präzise Zusammensetzung des Saales wurde offenbar nicht – wie sonst üblich – ausgelost⁶²². Ein Oberster Richter, vormals selbst Minister der FRG-Regierung, suchte sich zwei weitere dem FRG nahe Personen aus, die über das Urteil befinden sollten. Und – nach Informationen von Carmen Aída Ibarra – einer der FRG-Richter *legte eine Pistole auf den Tisch*, um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen.⁶²³

3.5.4. Fallbeispiel 3: dem Präsidenten sehr nah

Dies ist hier sicher das extremste Beispiel für mangelnde Unabhängigkeit und politische Einmischung in die Generalstaatsanwaltschaft: Seit Monaten hatten

⁶²¹ Hernández Pico: a.a.O. Anm. VI/100. S. 530f.

⁶²² INECIP: a.a.O. Anm. VI/140. S. 96f.

⁶²³ Interview mit Carmen Aída Ibarra, Stiftung Myrna Mack, 29.09.2005.

Spekulationen über angebliche Geldwäsche von Personen, die dem Präsidenten nah waren, die Zeitungen gefüllt, der sogenannte Fall Panama, aber Beweise gab es nicht – bis es dann der Korruptionsstaatsanwältin Karen Fischer gelang, einen Mittelsmann, den der Präsident für seine Geschäfte zu nutzen schien, in einem anderen Delikt zu identifizieren. César Medina Farfán hatte umgerechnet 100.000 Euro dafür kassiert, mit einer Werbekampagne das Image des Innenministeriums zu verbessern. Produkte hatte es aber nie gegeben. Karen Fischer:

„Ich hatte schon den Haftbefehl gegen ihn, als man mich plötzlich anrief, der Typ hätte sich vor Gericht präsentiert. Aber da war schon alles abgemacht. Das ist das Thema der Korruption in der Justiz und dieser Pakt des Blutes, den es in allen diesen Fällen (der staatlichen Korruption der Regierung Portillo) gab. Angekommen frage ich Medina, ‚können Sie mir die Arbeit zeigen, die Sie gemacht haben, um das Image des Innenministeriums... zu verbessern?‘ Und er antwortet, ‚ich verweigere die Aussage‘. Ich frage, ‚Herr Medina, können Sie mir irgendeine Person nennen, die mit Ihnen in diesem Projekt gearbeitet hat?‘ Und er verweigert die Aussage wieder. (Nach weiteren Fragen, von denen der Beschuldigte keine befriedigend beantworten konnte:) braucht der Richter eine volle Stunde, dann geht er an die Presse und liest vor ‚Freilassung aus Mangel an Beweisen‘. Aus Wut kriege ich beinahe einen Herzinfarkt. Der Presse sagen wir dann, ‚das sei ein Hohn für das guatemalteckische Volk‘, wir würden gegen die Entscheidung des Richters Einspruch einlegen.“⁶²⁴

In diesem Moment geht die eigentliche Geschichte erst los. Der erste Anruf:

„Ich gehe mit einem Freund ins Restaurant und plötzlich klingelt mein Handy. Julio Girón (der Privatsekretär des Präsidenten), ‚Karen, wie geht es Dir, hallo.‘ ‚Gut Julio, womit kann ich dir dienen?‘ ‚Ja, alles hat gut geklappt, aber du machst mir Sorgen, du hast gesagt, du würdest gegen die Entscheidung des Richters appellieren.‘ Also sage ich ihm, ‚schau mal, wenn ihr eine Million Quetzales klaut, dann macht es wenigstens gut, denn das war wirklich eine ganz schlechte Verteidigung... ich bedaure, aber ich werde appellieren.“

Ich frage, redete Girón nicht mit Ihnen, wie mit einer Komplizin?

„Ja! Und ich fügte dann hinzu, ‚ich arbeite nicht für dich, mein einziger Chef ist Carlos De León‘ (der Generalstaatsanwalt) und lege auf.“

Der zweite Anruf:

„Ich war auf dem Weg zum Auto als mich plötzlich (Präsident) Portillo anruft. ‚Na mein Herzchen, wie geht es dir?‘ ‚Hallo Alfonso, was ist los, mein Präsident.‘ ‚Ja, ich bin besorgt, ein Kollege sagt mir, du wirst appellieren.‘ Und ich, lassen wir es dabei Präsident, ich bedaure, ich arbeite nicht für die Regierung, du bist nicht mein Chef, ich bedaure‘ und lege auf.“

Der dritte Anruf:

⁶²⁴ Interview mit Karen Fischer, 04.10.2005.

„Ich war gerade dabei, ins Auto einzusteigen, da ruft mich Abadío (Chef des Rechnungshofs) an, nur damit du mal siehst, diese Mafia. (Fischer sofort:) ‚Hör auf zu nerven, der Präsident hat schon angerufen, Julio hat angerufen, lass die Sachen wie sie sind. ... Ich arbeite nicht für Euch.‘“

Und der vierte Anruf:

„Und rat mal wer, (Generalstaatsanwalt) Carlos De León, aus Europa. Wer weiß, wie spät es in Europa gerade war. ‚Verdammt, Karen, alle Welt hat mich schon angerufen, mach einfach gar nichts.‘ (Fischer:) ‚Es tut mir leid, so kann ich nicht arbeiten, es gab keine seriöse Verteidigung, ... der hat nicht einen einzigen Beweis erbracht, der ihn entlastet hätte. Und der Richter war auch vollkommen verkauft.‘ ‚Ja dann‘, so sagte Carlos, ‚dann ziehe ich Dich von dem Fall zurück.‘“

Damit war der Fall dann erledigt?

„Nein, da hört es nicht auf. Der Vater des nächsten Staatsanwalts, den man am nächsten Tag bestimmt, der stirbt zufällig. ... Und ich, stur, ich sage mir, der arme Mann hat keine Zeit, die Appellation einzureichen. Also präsentiere ich sie am vierten Tag nach der Entscheidung des Richters selbst. Aber du hast nur drei Tage für so etwas... Ja, das sind Geschichten, die glaubt dir kein Mensch... Da war die Mafia überall, im MP, der Regierung, der Justiz und alle unter sich verbunden.“⁶²⁵

Alle Posten, die Kontrolle ausüben, werden nach Meinung von Fischer nur unter bestimmten Bedingungen vergeben. *Alle wollen ihre Kandidaten durchbringen, damit sie sie für den Fall der Fälle schützen.* Im großen Fall Panama gegen Präsident Portillo kam es dann doch zum Eklat mit dem Generalstaatsanwalt:

„Den Fall gegen Portillo befahl mir Carlos de León einzustellen, nicht den gegen den Vize-Präsidenten. ‚Dann trete ich zurück,‘ sagte ich und schrieb meinen Verzicht... Ich traf mich noch mit zwei anderen beauftragten Staatsanwälten und sagte ihnen, ‚Ihr seid jung, das wird Eure Karriere auf immer beflecken.‘ Und weißt du, was sie mir antworten, ‚wir haben Familie und wir leben davon.‘“

Auch die Nachfolgerin von Karen Fischer wird von ihrem Chef bedrängt, den Fall gegen Portillo einzustellen. Als auch sie, Tatiana Morales, sich weigert, wird sie abgesetzt und geht nach Drohungen zeitweise ins Ausland. Deren Nachfolgerin archiviert dann wie befohlen.⁶²⁶ Der Präsident war außer Gefahr.

3.5.5. Die justizielle Aufarbeitung

Es ist diese Justiz, in der Nicht-Regierungsorganisationen, Angehörige und Opfer von Menschenrechtsverletzungen aus der Zeit des Konflikts und der demokratischen Transition nach Gerechtigkeit suchen. Fortschritte gibt es sicher schon, aber gleichzeitig scheint der Glaube daran, Gerechtigkeit über Prozesse zu finden, nachgelassen zu haben. Oder verliert der Wille an Kraft?

⁶²⁵ Interview mit Karen Fischer, 04.10.2005.

⁶²⁶ INECIP: a.a.O. Anm. VI/140. S. 29.

Einerseits steigt die Zahl der Exhumierungen rasant an. Vor 1996 waren nur 11 Exhumierungen unternommen worden, in den vier Jahren Arzú waren es dann schon 89 und in den vier Jahren Portillo wurden gar 235 solcher Grabungen ausgeführt.⁶²⁷ Einem MINUGUA-Bericht zufolge, in dem die Exhumierungsprozesse nach ihrem rechtmäßigen Ablauf untersucht werden, scheinen die frühen Stadien mittlerweile nicht mehr so problematisch abzulaufen, wie noch zuvor. Die Gerichte autorisieren die Exhumierungen offenbar mit weniger Widerständen, versäumen es aber gleichzeitig, diese auch zu überwachen.⁶²⁸ Ebenso wie auch unter Arzú, bleibe das Verfahren jedoch in dem Moment stehen, in dem die Exhumierung abgeschlossen sei. Laut MINUGUA weigerten sich die Staatsanwaltschaften praktisch, nach einer eventuellen Anzeige auch zu ermitteln. Mitunter heißt es dabei explizit, dass die Behörde andere Prioritäten habe, einmal argumentierte ein Angestellter offen damit, vergessen zu wollen. In jedem Fall, wenn denn nun formal ermittelt würde, seien diese weder *unparteiisch* noch *objektiv* oder umfassend.⁶²⁹ Anders ausgedrückt, die Staatsanwaltschaft ermittle entweder gar nicht oder parteiisch und oberflächlich. Der Ministerio Público (MP), wie es auf Spanisch heißt, ist also das Hauptproblem.

Während also einerseits die Zahl der Exhumierungen deutlich zunimmt, ist die Tendenz bei den strafrechtlichen Verfahren deutlich rückläufig. Wohl auch mit Blick auf den Ex-General Ríos Montt begannen große NRO der oppositionellen Zivilgesellschaft, ab 1999 ihre Kräfte eher bündeln zu wollen. Die Stiftung der Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú Tum zum Beispiel suchte jetzt Gerechtigkeit in Spanien, wo sie mehrere Symbolfiguren der blutigsten Zeit des Konflikts verurteilt sehen will, darunter an vorderster Stelle eben den starken Mann der Regierung Portillo, Ríos Montt. Und CALDH treibt den sogenannten Völkermordfall in Guatemala an, mit dem sie diesen an einer ausgesuchten Region nachweisen und verurteilen will. In ihrem Visier sind dieselben Symbole des Krieges, General Ríos Montt und andere.⁶³⁰

Auf spektakuläre Weise katapultierte sich kurz nach der Amtsübernahme durch die neue Regierung plötzlich der Fall des Massakers in der Gemeinde Dos Erres ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Angesichts der bevorstehenden Machtkämpfe im Lande, bei denen sich auch die Justiz instrumentalisieren lässt, fällt es jetzt allerdings schwer, unschuldig an einen Fortschritt der Justiz in gerade diesem Moment zu denken. Neu ist der Fall auch nicht.

Was war geschehen? Am 6. Dezember 1982, also während in Guatemala de facto General Ríos Montt die Macht inne hat, derselbe der 2000 das Amt des Kongresspräsidenten übernimmt, dringen 58 Mitglieder einer Eliteeinheit der Armee in die Gemeinde Dos Erres ein, missbrauchen und ermorden die unbewaffneten Bewohner auf teils bestialische Art und Weise. Ihre teils noch lebendigen Körper werfen sie in einen Brunnen, zuerst die 67 Kinder unter 12

⁶²⁷ MINUGUA, 2004: Informe de Verificación: Estado de cumplimiento de las recomendaciones de la Comisión para el Esclarecimiento Histórico. Guatemala. S. 33.

⁶²⁸ MINUGUA, 2004b: a.a.O. Anm. VI/155. S. 10.

⁶²⁹ Ebenda: S. 5f.

⁶³⁰ MINUGUA, 2000e: a.a.O. Anm. VI/210. Ziffer 10.

Jahren, dann die Frauen und zum Schluss die Männer, insgesamt 189 Menschen. Die restlichen Anwohner wurden in die Berge gebracht, wo ihnen die Kehle durchgeschnitten und dann der *Gnadenschuss* gegeben wurde. Derweil reißen Traktoren und LKW die Reste des Dorfes ein, bis es physisch praktisch verschwindet.⁶³¹

Seit 1996 hing der Fall in den Fängen der Justiz. Der erste beauftragte Staatsanwalt lässt sich nämlich auch nach mehrfacher Aufforderung nicht dazu bewegen, irgendeine Aktion zu unternehmen. Interessiert mich nicht, ließ er verlauten. Der zweite, Mynor Melgar, scheint dann Schwung zu bringen, er lädt sogar zwei prominente Generäle zum Verhör vor, aber in diesem Augenblick, 1999, wird ihm der Fall – wie es heißt – aus *administrativen Gründen* entzogen.⁶³²

Erst mit dem Regierungswechsel gewinnt das Verfahren dann neue Fahrt. Zwei Zeugen nennen im März 2000 Namen und beschreiben den Ablauf des Massakers im Detail. Die Presse nimmt den Fall auf und diskreditiert so auch die Regierung. Mit den ersten Haftbefehlen, kurz darauf, scheint damit erstmals eines der großen Massaker der Armee aus den Zeiten der Aufstandsbekämpfung vor Gericht kommen zu können. Aber entweder täuscht der Eindruck oder der Puls erlischt aus irgendeinem Grund. Nur einen Monat später gibt die Polizei an, die 16 Gesuchten nicht finden zu können und mit der Rekordzahl von 32 Einsprüchen, die teils nicht einmal bearbeitet werden, steckt das Verfahren fest. In einem Resümee der Probleme des Falls kritisiert die Stiftung Mack (FMM) vor allem die Nachlässigkeit bei den Ermittlungen und einen exzessiven Missbrauch von Einsprüchen. Damit wollten die Verteidiger angeblich darauf bestehen, dass die Verantwortung ihrer Mandanten nach den Regeln des Aussöhnungsgesetzes ausgelöscht wird. Dabei treffe diese Regel in keinem Fall zu, sagt die FMM.

Auch im Fall Xamán geht es um ein Massaker der Armee. Ganz anders als bei Dos Erres war der Tod der 11 Rückkehrer aber nicht in Aktionen der Kriegsführung eingebunden und Xamán geschah mitten in der demokratischen Transition des Landes – 1995.⁶³³ Zwei Male war der Fall bis 1999 verhandelt worden. Im April 2000 annullierte der Oberste Gerichtshof auch dieses letzte Urteil und ordnete eine neue Debatte an – die nun schon dritte. Nach Informationen von MINUGUA stemmten sich dem bis Oktober 2002, 34 Rechtsmittel entgegen, aber in diesem Fall wurden sie behandelt. Drei Jahre nach der letzten Annullierung nahm das zuständige Gericht Mitte 2003 die Debatte wieder auf.⁶³⁴

⁶³¹ MINUGUA: Suplemento al 11. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala, September 2000. Dokument A/55/174. Ziffer 115ff.

⁶³² Zeitweise muss Melgar wegen der Morddrohungen in diesem Fall ins Exil. Vgl. *Fundación Myrna Mack*: Apuntes sobre los Engranajes de la Impunidad en Casos de Derechos Humanos de Guatemala. Guatemala, Juni 2004. S. 53, 57, 67, 105-111; MINUGUA, 2000g: a.a.O. Anm. VI/631. Ziffer 115-121; MINUGUA: Suplemento al 13. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala, September 2002. Ziffer 337-339.

⁶³³ Siehe: Kapitel IV/4.3, VI/2.1.3 und VI/2.3.4.

⁶³⁴ Siehe: MINUGUA, 2002c: a.a.O. Anm. VI/632. Ziffer 330-336 und *Fundación Myrna Mack*, 2004: a.a.O. Anm. VI/632. S. 33, 53, 113ff, 118f.

Die Fälle Mack und Gerardi sind die beiden großen paradigmatischen Fälle extralegalen Hinrichtungen in Guatemala. Sie unterscheiden sich durch die Prominenz des Opfers (Bischof Gerardi) und die hohen Ränge der angeklagten Offiziere im Fall Mack von den vorher genannten. Aber vor allem erfuhren sie eine außerordentliche internationale Aufmerksamkeit. Das verschonte die zuständigen Richter und Staatsanwälte aber nicht vor Drohungen⁶³⁵ oder die Kläger vor erratischen Entscheidungen der beteiligten Gerichte. Im Fall Gerardi erfolgte 2001, also nur drei Jahre nach der Tat und trotz massiver Behinderungen der Justiz von Seiten des Militärs und illegaler Sicherheitskräfte, ein Schuldspruch. Ein angeklagter Priester wurde zu 20, drei Militärs zu je 30 Jahren Haft verurteilt.⁶³⁶ Ein Jahr später annulliert ein Appellationsgericht das Urteil und ordnet eine neue Debatte an. Die CSJ wiederum annulliert das Urteil des Appellationsgerichts und immer noch standen Rechtsmittel vor dem Verfassungsgericht aus.

Der Fall Mack hatte eine lange Geschichte hinter sich.⁶³⁷ Im September 2001 verhängte die Anwaltskammer einem der Verteidiger das höchste vorgesehene Bußgeld, weil er den Prozess absichtlich blockiere. 10 Euro muss er dafür zahlen. Nichtsdestoweniger wurde ein weiteres Rechtsmittel eingereicht, mit dem die Verteidigung der angeklagten Offiziere angeblich die Rechte der Tochter der Ermordeten schützen wollten. Aber die Blockadetaktik kam nicht nur von Anwälten. Zwar hatte das Verfassungsgericht schon 1997 entschieden, dass der Fall vor zivilen Gerichten verhandelt werden sollte, aber das CC brauchte fünf Monate, um die Entscheidung dem zuständigen Strafgericht zu übermitteln. So lange blieben denn auch die Ermittlungen liegen. Der jetzt zuständige Richter am Strafgericht übertraf diese Taktik noch. Einige wichtige Zeugen der Anklage lebten im Ausland und so beantragte die Nebenklägerin beim Richter, deren Erklärungen aufnehmen zu können. Der aber behandelte den Antrag nicht nur fehlerhaft, sondern wartete mit seiner Autorisierung zwei Monate bis zum allerletzten Tag der Ermittlungsphase – offensichtlich zu spät für einen Besuch bei den Zeugen.⁶³⁸

Hat sich zwischen dem Ende der 90er Jahre und dem Beginn des neuen Jahrhunderts etwas grundlegend an der Praxis der justiziellen Aufarbeitung geändert? Oberflächlich betrachtet haben jetzt eine Hand voll Prozesse ein Stadium erreicht, in dem Urteile bevorstehen. Aber daraus Fortschritte abzuleiten wäre verfrüht. Wie schon erwähnt, überleben die meisten Anzeigen die Phase der Ermittlungen nicht. Die Mehrheit der wenigen Fälle, die vor Gericht kamen, scheiterte. Sie treffen mal auf einzelne gut gewillte Richter und andere, die das System nutzen, um den Fortgang mehr oder weniger offen zu verhindern suchen. Nach wie vor manipuliert die Polizei ihre eigenen Berichte, Beweise werden zerstört oder gehen verloren und illegale Sicherheitskräfte fabrizieren parallele Versionen der Wahrheit. Wie in der Politik des Landes werden mitunter auch in der Justiz die Regeln so weit gedehnt, bis sie

⁶³⁵ Dazu mehr im darauf folgenden Kapitel 3.5.6.

⁶³⁶ Zu diesem Fall, siehe: *MINUGUA*, 2000g: a.a.O. Anm. VI/631. Ziffer171-187 und *Fundación Myrna Mack*, 2004: a.a.O. Anm. VI/632. S. 126-128.

⁶³⁷ Siehe: Kapitel IV/4.3, VI/2.1.3 und VI/2.3.4.

⁶³⁸ *Fundación Myrna Mack*, 2004: a.a.O. Anm. VI/632. S. 99f.

sich den historischen Wahrheiten der Justiz-Angestellten anpassen. Dabei sind die offenbar weit verbreitete Korruption und die Praxis der Drohungen und Einschüchterungen noch nicht ausreichend gewürdigt worden.

3.5.6. Die Vergangenheitspolitik im Krisengeflecht der Justiz

Die Krisenerscheinungen haben wir bereits festgehalten. Aber darum geht es in einer Arbeit zur Rolle der Vergangenheitspolitik im Prozess der Demokratisierung eher weniger. Hier soll der Einfluss der VP mit dem anderer Politikfelder, Handlungs- und Motivkomplexe abgewogen werden. Aus den aufgeführten Beispielen ziehe ich den Schluss, dass die Suche nach Strafflosigkeit für die Menschenrechtsverletzungen des Konflikts in der Zeit von Portillo eher kein prioritäres Motivgemenge für den Abschwung oder auch nur die Eingriffe in das Justiz-System war. Vielmehr scheint es permanent um den verbreiteten Reflex zu gehen, in einem schwachen politischen System handlungsfähig werden zu können. Diese vielschichtige Machtfrage und auch die um sich greifende Korruption haben die Justiz dieser Zeit geprägt.

Mehrere Studien und Interviews stützen meinen Eindruck im Wesentlichen ab. Ein Bericht an die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH) sieht die meisten Drohungen und Einschüchterungen gegen Personal des Justizsystems dann gegeben, wenn die Fälle gegen die organisierte Kriminalität oder korrupte Funktionäre gerichtet sind. Erst an dritter Stelle werden alte oder neue Menschenrechtsfälle genannt.⁶³⁹ Verfahren gegen ehemalige oder aktive Angehörige der Armee seien zwar massivem Druck ausgesetzt, aber Svendsen sieht deren Zahl noch im Jahre 2003 als gering an.⁶⁴⁰ So wie bei den Drohungen und Einschüchterungen spielen Menschenrechtsfälle auch bei der Korruption der Justizbehörden eine geringere Rolle. Mario René Cifuentes, ein ehemals hoher Funktionär in Polizei und Innenministerium:

„Die Netzwerke der Strafflosigkeit haben sich im Laufe der Zeit um den Drogenhandel gruppiert. ... In den Provinzen Izabal und Zacapa ist dem organisierten Verbrechen die Polizei wichtig, aber wichtiger noch sind die Staatsanwälte und vor allem die Richter. Indem sie nur vorab eine geplante Verhaftung verraten, können die 250.000 Dollar kassieren.“⁶⁴¹

Prozesse von Menschenrechtsverletzungen finden zwar zumeist in einem Klima von Drohungen und Einschüchterungen statt, aber die tatsächliche Unsicherheit der Richter scheint in keinem Verhältnis zu der des organisierten Verbrechens zu liegen. Menschenrechtsprozesse – so sagt Staatsanwalt Mynor Melgar – stehen *unter Beobachtung* der Öffentlichkeit, das sei ein gewisser Schutz.⁶⁴² Und auch nicht jeder Menschenrechtsfall ist für das politische System von Interesse. Yolanda Pérez, ehemals selbst Richterin:

„Nicht alle Fälle schickt die Justiz-Verwaltung zu bestimmten Richtern. Nur die wichtigsten. Die Richter werden je nach Bedeutung des Falls ausgesucht. In diesen Themen ist man oftmals Opfer von Attacken, sogar von

⁶³⁹ INECIP: a.a.O. Anm. VI/140. S. 12 und 14.

⁶⁴⁰ Svendsen: a.a.O. Anm. VI/605. S. 61ff.

⁶⁴¹ Interview mit Mario René Cifuentes, 18.04.2007.

⁶⁴² Interview mit Mynor Melgar, 10.10.2005.

*Vorgesetzten. Wenn die Richter gegen den Willen der Justiz-Verwaltung entscheiden, dann wird versucht, eine administrative Sanktion anzuwenden. Aber Carmen Edwood hatte (im ersten Prozess des Falles Mack gegen einen Soldaten mit niedrigem Rang) keine Probleme, denn dieser Prozess war kein Problem für das System. Auch das Urteil gegen einen Offizier im zweiten Fall Mack verursachte den beiden Richtern keine Probleme. Man wusste (angesichts des internationalen Drucks), dass jemand geopfert werden musste.*⁶⁴³

Sofort nach Amtsübernahme von Präsident Portillo nehmen die Menschenrechtsattacken zu, aber auch ihr thematischer Schwerpunkt ändert sich. Laut MINUGUA wird vor allem gegen das Recht auf einen rechtmäßigen Prozess verstoßen – ein Hinweis mehr für die mangelnde Unabhängigkeit der Justiz.⁶⁴⁴ Aber auch in den Folgejahren 2001 bis 2003 beklagt MINUGUA einen fortschreitenden *Verfall* der Lage.⁶⁴⁵ Wird der Blickwinkel auf die Verteidiger der Menschenrechte reduziert, dann ergibt sich ein thematisch ausdifferenziertes Bild. Eine Analyse von der Menschenrechtsaktivistin Samayoa unterscheidet insgesamt 13 Themen und Bereiche, in denen die Verteidiger aktiv sind, darin die Sektoren Wahrheit, Justiz, Bauern, Journalisten und Gewerkschaften. Ohne das Thema der organisierten Kriminalität, naturgemäß keines der Menschenrechtsbewegung, fällt hier auf, Aktivisten in den Themen Wahrheit und Justiz sind tatsächlich mehr als andere von Eingriffen betroffen.⁶⁴⁶ Von den 61 Attacken, die Samayoa für das Jahr 2000 registriert, wurden 28 gegen Aktivisten der Themen Wahrheit und justizielle Aufarbeitung gerichtet. Für danach stieg die Zahl der Attacken und Eingriffe zwar kontinuierlich an, aber der Anteil mit vergangenheitspolitischen Hintergründen nahm proportional ab.⁶⁴⁷

Samayoa versucht auch, Rhythmen der Menschenrechtsverletzungen zu definieren und sie mit bestimmten Tatbeständen in Verbindung zu bringen. Und hier bestätigt sich noch einmal die gemeinsame Prädominanz der Machtfrage und des Versuchs, Korruption straflos zu belassen, vor dem, Menschenrechtsprozesse zu beeinflussen.⁶⁴⁸ Im Mai 2000 ergab sich eine größere Zahl von Eingriffen in dem Moment, als in Spanien eine wichtige Entscheidung im Fall der Stiftung Rigoberta Menchú gegen mehrere ehemalige Offiziere erwartet wurde. Samayoa zählt in dieser Zeit 10 Attacken – so wie sie die Verletzungen nennt. Als ein Jahr später der Prozess um den Mord an Bischof Gerardi startet, verzeichnet Samayoa 8 Eingriffe. Kurze Zeit darauf aktiviert sich der Fall Mack vor Gericht, zwei Monate, in denen insgesamt 31 Eingriffe registriert werden. In den anderen Themen ist die Zahl noch höher. Im Februar 2002 kommt der internationalen Begleitgruppe in Guatemala auch die Konfrontation der Eliten und die Zukunft der Regierung auf den Verhandlungstisch. Nur in einem Monat werden 31 Eingriffe gezählt. Und als im August 2003 die Kandi-

⁶⁴³ Interview mit Yolanda Pérez, 28.03.2007.

⁶⁴⁴ Daten von MINUGUA, abgedruckt in *Samayoa*: a.a.O. Anm. VI/291. S. 8.

⁶⁴⁵ *MINUGUA*, 2002b: a.a.O. Anm. VI/560. Z. 63 und *MINUGUA*, 2003b: a.a.O. Anm. VI/315. Z. 5.

⁶⁴⁶ *Samayoa*: a.a.O. Anm. VI/291. S. 24f.

⁶⁴⁷ Ebenda: S. 22 und 25. 2001 richten sich 24 von 81 Attacken an Aktivisten aus den Bereichen Wahrheit und justizielle Aufarbeitung. 2002 sind es 31 von 115, im Folgejahr 37 von 117.

⁶⁴⁸ *Samayoa*: a.a.O. Anm. VI/291. S. 31-33.

datur von General Ríos Montt auf dem Spiel stand, verzeichnet die Studie 25 Eingriffe.⁶⁴⁹

Für hiesige Zwecke ziehe ich daraus den Schluss, dass die VP durchaus ein relevanter Faktor für die folgenreichen Ein- und Übergriffe in die Justiz war. Aber auch die Lage der Verteidiger der Menschenrechte stützt die Meinung, die ständig neu gestellte Machtfrage löste mehr Unruhe aus. Insgesamt ordnet sich die VP in eine viel breitere Palette von Themen ein, die schon früh mit organisiertem Widerstand von Machtgruppen rechnen mussten und die sich dafür auf existente illegale Sicherheitskräfte stützen konnten.

3.6. Die VP im Machtkampf: ein Schritt zurück, dann wieder vor

Öffentliche Korruptionsskandale, die Kriminalitäts-Statistik in jedem Jahr mit neuen Rekorden und die Regierung mit den ökonomischen Eliten in voller Konfrontation – je schwächer Portillo wurde, desto mehr brauchte er das Militär als Stütze. Edgar Gutierrez bringt das Verhältnis bildhaft zum Ausdruck:

*„Im vorletzten Jahr der Regierung versammelte der Präsident alle zwei Wochen Offiziere der Armee, manchmal 500 bis 700, und macht ideologische Arbeit, ‚Sie waren Instrumente der Oligarchie, Instrumente um das Volk zu massakrieren, dafür können Sie sich nicht mehr hergeben‘, sagte er. Klar, der Diskurs verliert Kraft, wenn er nicht zu den Fakten passt.“*⁶⁵⁰

Der Umgang mit der Vergangenheit hatte derweil bekanntlich kleine Fortschritte gemacht. Mit der Politik der Anerkennung und den gütlichen Einigungen vor dem interamerikanischen Rechtssystem war die staatliche Weigerung, mit dem Bericht der Wahrheitskommission, CEH, die Historie neu zu bewerten, aufgeweicht worden. Fern öffentlichen Getöses um die existentielle Frage der Macht hielt COPREDEH-Chef Fuentes Soria die Linie – mit allerdings leiseren Tönen – ein. In genau diesem politischen Moment sah Catalina Soberanis vom Friedenssekretariat SEPAZ die Chance, das Thema der Wiedergutmachung, wenn auch eher unspektakulär, auszubauen.

Sie habe das Amt übernommen, weil – so sagt sie später – die Polarisierung mit der Unternehmerschicht schon dabei war, die Beziehungen zur internationalen Kooperation zu beschädigen. Unabhängig von den Problemen der Regierung habe der Prozess der Umsetzung des Friedens dringend eine *Dosis der Erneuerung* gebraucht.⁶⁵¹ Im Bereich der VP dachte sie, einen Bewusstseinswandel von unten nach oben einzuleiten, ausgehend von der Ebene der Gemeinden. Die Menschen müssten beginnen, die Wahrheit zu verarbeiten. *Ich kannte eine Methode aus der Universität, da geht es um die individuelle und kollektive Verarbeitung des Erlebten durch die Kontrahenten vor Ort.*⁶⁵² Catalina Soberanis:

⁶⁴⁹ Ebenda.

⁶⁵⁰ Interview mit Edgar Gutierrez, 13.09.2005.

⁶⁵¹ Interview mit Catalina Soberanis, Ehemals Chefin des Friedenssekretariats, SEPAZ, 01.07.05.

⁶⁵² Interview mit Catalina Soberanis, 01.07.2005.

*„Die Menschen müssen die Wahrheit kennen oder zumindest Zugang zur Wahrheit haben. Und dann die Möglichkeit, den Schmerz oder den psychologischen Schaden sozial oder individuell zu verarbeiten und an der Aussöhnung arbeiten.“*⁶⁵³

Amnestie so sagt sie, dürfe es nicht geben, aber angesichts der Tatsache, dass die Hintermänner der Gewalt, die Anstifter oder Auftraggeber, nicht angeklagt zu werden scheinen, vermag sie die Justiz nicht als gerechtes Instrument der VP zu erkennen. Nach den Erfahrungen mit den beiden entlassenen COPREDEH-Kollegen hielt auch sie sich an die ungeschriebenen Grenzen. Die SEPAZ als solche unternahm keine Exhumierungen und scheint auch kein Geld dafür ausgegeben zu haben, aber ein Exhumierungsteam bestätigt, dass sie Überlebenden von Massakern Rechtsbeistand leistete.⁶⁵⁴

Täter und Opfer sollten zugleich erfasst werden. Aber dann kam etwas dazwischen, dass beide getrennte Wege gehen ließ: Die Land wurde im wahrsten Sinne des Wortes von seiner unterdrückten Geschichtsvision eingeholt.

3.6.1. Das Phänomen der PAC

Der Frieden nach dem blutigen Krieg hatte eine Hinwendung zu denen nach sich gezogen, die augenscheinlich am meisten gelitten hatte – die überlebenden Angehörigen der Opfer des Krieges, vielfach ehemalige Sympathisanten der Guerilla oder solche, die durch den bloßen Verdacht zwischen die Räder der Kriegsmaschinerie geraten waren. Die katholische Kirche, NGO's der Zivilgesellschaft und viele Projekte der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) versuchten, sich um die Opfer zu kümmern. An der großen Mehrheit der Ex-PAC hingegen, in denen zwischen 500.000 und einer Million Männer, meist Familienväter, organisiert waren, war der Friedensprozess ohne große Spuren vorbeigezogen. Im Gegenteil *war es seit REMHI und der CEH eine Schande gewesen, PAC zu sein.*⁶⁵⁵ Den Vernachlässigten blieb oftmals nur Eifersucht:

*„Warum wird denen geholfen, die uns geschadet haben (spanisch: que nos jodieron), denen und nicht uns, die wir das Land gegen den Kommunismus verteidigt haben?“*⁶⁵⁶

Wer sind diese Ex-PAC, die von der Menschenrechtsbewegung und in ihrem Gefolge auch der EZ meist pauschal als die Täterseite gesehen wurde? So einfach sind sie nicht zu qualifizieren. In einer Monographie zu den PAC stellt der Autor, Carlos Saenz, fest, dass es ihrer viele unterschiedliche gibt. Einige wenige glichen eher organisierten Todesschwadronen, andere sind ehemalige Sympathisanten der Guerilla; die Spanne reiche von Freiwilligen über Mitläufer und Gezwungenen bis zu (zwanghaft) Gewendeten. Aber dennoch, da ist etwas, was sie doch eint. So stammt Geschichte für sie nicht aus dem Buch. Sie wissen wenig von den Statistiken der CEH, die ihnen als Gesamtheit viel

⁶⁵³ Ebenda.

⁶⁵⁴ Interview mit Fredy Peccerelli, FAFG, 19.07.2005.

⁶⁵⁵ Interview mit Irma Alicia Velásquez, Kolumnistin, Angehörige der Maya-Bewegung und nach eigenen Aussagen eine Ex PAC. 28.11.2005.

⁶⁵⁶ Sáenz de Tejada, Carlos: *¿Víctimas o vencedores? Una aproximación al movimiento de los ex PAC.* Guatemala. Flacso 2004. S. 94.

mehr Menschenrechtsverletzungen beimaß, als der Guerilla. Ebenso wenig kam ihnen die Interpretation der CEH zu Ohren, die Ursachen und Dynamik des Krieges detailreich nachzeichnete. Aber sie haben den Krieg gelebt und sehen die Welt aus eben dieser lokalen Perspektive der Betroffenen einer Seite. Für sie sind die Schuldigen an der Gewalt immer Leute mit Gesicht. Ein Opfer der Guerilla sagt, *vor allem waren es die Ladinos aus dem Ort mit Geld, die andere umbringen ließen.*⁶⁵⁷ Ganz ähnlich lokal ist auch die Wahrnehmung vieler Opfer: *die Reichen haben die Indigenen töten lassen, um ihnen ihr Land zu rauben* oder *die Ladinos wollen unser Land beherrschen, darum die Gewalt.* Die Entfernung zum Oberkommando der Armee in der Hauptstadt ist für die Menschen so weit, dass die PAC auch bei Misshandlungen durch die Armee kaum abstrakte Verantwortung von oben sehen. In Zacualpa, einer von mehreren Massakern heimgesuchten Region im indigenen Teil des Landes, sehen sogar viele Opfer keine Verbindung. Ein Führer einer lokalen Opferorganisation:

*„Das war nicht wegen Ríos Montt, weil der war in der Hauptstadt. So denkt die Mehrheit der Leute nicht, dass alles auf seinen Befehl geschah, ... darum sagen sie, die Schuldigen an den Massakern sind von hier.“*⁶⁵⁸

Überhaupt genoss der Parlamentspräsident der Ära Portillo, General Ríos Montt, einen guten Ruf. Eine der Antworten an Carlos Saenz steht ohne Zweifel für sehr viele:

*„Warum wird General Ríos Montt beschuldigt, so viel Böses getan zu haben, wenn er uns doch den Frieden gebracht hat.“*⁶⁵⁹

Der Mann, der laut CEH für die meisten Massaker des bewaffneten internen Konflikts verantwortlich ist, hatte damit natürlich auch erst einmal die Guerilla zurückgedrängt – und mit ihr den Kommunismus. Viele Führer der Ex-PAC sind nämlich weiter von Nationalismus und Antikommunismus beherrscht, die ihnen anfangs vom Militär aufgezwungen worden war. Danach befragt heißt es, *die anderen Länder haben uns diese Plage gebracht und der Kommunismus sei von außen ins Land gekommen und hat unser Land in Beschlag nehmen wollen.* Die Armee sei dann gegen die Kommunisten vorgegangen, aber weil sie spürten, dass sie allein nicht siegen könnten, da hätten sie die PAC organisiert, *um die Nation zu schützen.*⁶⁶⁰ Damit sind wir beim dritten Element des Selbstbildes der Ex-PAC angelangt. Aus ihrer Sicht sind es vor allem sie, die das Vaterland verteidigt und die Guerilla besiegt haben. Wie auch Sáenz feststellt, bedingt die ideologische und historische Nähe zum Militär aber keine bedingungslose Freundschaft. Denn die Ex-PAC fühlen sich in der Regel auch als Opfer: einer Gesellschaft, die sie verurteilt, ohne dass sie begreifen warum, der Gewalt, der Guerilla, der Zwangsrekrutierung durch die Armee und eben der Armee an sich, ihrer Gewalt und ihren Zwängen im Kriege

⁶⁵⁷ *Bornschein*, Dirk / Cabrera, Luisa: Die Problematik der Aussöhnung in Guatemala. Unveröffentlichte Studie für KOFF/Swiss Peace 2008. S. 14.

⁶⁵⁸ Zit. nach: *Bornschein*: a.a.O. Anm. VI/657. S. 15. Im Interview bestätigt die Maya-Kolumnistin Irma Alicia *Velásquez*, nach eigenen Aussagen selbst Ex PAC, das Bewusstsein der ehemaligen Paramilitärs, sei von lokalen Geschehnissen geprägt. 28.11.2005.

⁶⁵⁹ Zitiert nach: *Sáenz*: a.a.O. Anm. VI/656. S. 104.

⁶⁶⁰ Ebenda. S. 96.

wegen, die ihre Armut nur noch verstärkt hat.⁶⁶¹ Damit arbeitet Saenz die feine Linie zwischen ihrer Beziehung zum Militär als Institution und zu deren Ideologie heraus. Zwei kleine Kommentare beschreiben beinahe zufällig den bleibenden Einfluss der langen Phase militärischer Sozialisation:

„Das Patrouillieren war aufgezwungen. Eigentlich war es Pflicht der Armee, für die Sicherheit des Dorfes zu sorgen, aber weil es hier so viel Gewalt gab, wurden die Patrouillen geschaffen, damit die Gewalt aufhört und das Dorf verteidigt wird. Wollte jemand nicht mitmachen, dann wurde er gefoltert oder getötet, so gingen aus Angst alle hin.“⁶⁶²

Ein weiterer Ex-PAC:

„Ich habe es zu Beginn nicht freiwillig gemacht, aber dann irgendwie doch, denn wir haben so unser Dorf geschützt. Wir haben den Frieden in Nebaj verteidigt.“⁶⁶³

In den Augen der interviewten Ex-PAC wurden die Dörfer vor dem Kommunismus geschützt, aber auch damit sie nicht in Kontakt mit der Guerilla und damit ins blutige Kriegsgeschehen gerieten. Die eigentliche Ursache des Übels und der massiven Gewalt ist in diesem Sinne nicht die Armee, auch wenn sie als Quelle grausamer Taten erkannt wird. Denn nach der Zeit der Massaker – zu dem Ergebnis kommt Wilson – infiltrierte das Militär die Kultur vieler Indigenen derart erfolgreich, dass sich viele an der ihnen geschehenen Gewalt als selbst schuld betrachten.⁶⁶⁴

„Die Vorstellungen der q’eqchi’es über die Gründe für Krankheiten zielen auf die Schuld als Quelle allen Bösen ab, sei es die eigene oder die der Familie. Die Berater der Armee erweiterten diese Vorstellung, indem sie Tragödien und ganz allgemein Schwierigkeiten in sie mit einbezogen. Das heißt, alles was die q’eqchi’es erlitten hatten, war Ergebnis ihrer eigenen Sünden. Jene die in Umerziehungscamps gewesen waren ... erzählten mir erstaunlich ähnliche Geschichten. Der Satz ‚unsere Sünde war groß‘, habe sich in jedem Interview wiederholt.“⁶⁶⁵

Doch zurück zu den PAC: Mit Menschenrechten lässt sich ihre ideologisierte Selbstrechtfertigung auch deshalb nicht angreifen, weil – wie es vor Ort heißt – beide Seiten Gewalt ausgeübt hätten. Andere setzen die Menschenrechtsbewegung als ehemalige Verbündete der Guerilla mit dem Feind gleich. Somit sind auch die Menschenrechte links und alle die mit ihnen argumentieren. Da ist kaum ein Unterschied zu vielen konservativen Meinungen der Eliten aus der Hauptstadt. Vergessen wir auch nicht, dass etwa die Hälfte der Menschen auf dem Land evangelischen Glaubens sind und zumeist Sekten angehören,

⁶⁶¹ Sáenz de Tejada: a.a.O. Anm. VI/656. S. 91. Im Interview äußert sich Edgar Gutierrez (13.09.05) ebenso.

⁶⁶² Zitiert nach: Bornschein: a.a.O. Anm. VI/657. S. 12.

⁶⁶³ Saenz: a.a.O. Anm. VI/656. S. 99.

⁶⁶⁴ Wilson, Richard: Ametralladoras y Espíritus de la Montaña. Los efectos culturales de la represión estatal entre los q’eqchi’es de Guatemala. Textos Ak’Kutan. Guatemala 1993. S. 26.

⁶⁶⁵ Ebenda. Die q’eqchi’es sind eine der Maya-Ethnien.

deren Würdenträger nicht selten dasselbe bipolare Weltbild reproduzieren.⁶⁶⁶ Edgar Gutierrez fasst das Profil der Ex-PAC in seinen Worten zusammen:

„Die Ex-PAC ... haben eine ausgeprägte zivil-militärische Identität, weil sie ... eine kurze oder auch lange Zeit diese Erfahrung gemacht haben. Über diese Erfahrung gibt es eine Gefühl der Zugehörigkeit und eine Verbindung zu nationalen Themen, die die Leute als wichtigen Teil ihres Selbstverständnisses teilen, weil diese Zeit war vielleicht die stärkste, die sie in ihren Gemeinden gelebt haben. (Oft heißt es,) ohne sie sei die Armee nichts gewesen. Ein gewisser Geist des Sieges stärkt ihre Moral. Für Menschen, die nur Frustrationen und Niederlagen kennen und die in entwürdigender Armut leben, ist das ein wichtiger Punkt ... Intern sehen sie sich noch immer als Ex-PAC oder Ex Guerillero.“⁶⁶⁷

Aus dieser Perspektive betrachtet, *ungerechtfertigt der Bösewicht* zu sein,⁶⁶⁸ erklären sich die Erwartungen vieler PAC, als die FRG im Jahre 2000 die Wahlen gewann. Darin werden sie auch von Militärkreisen bestärkt, die – wie AVE-MILGUA – Kontakt zu einigen PAC-Gruppen aufrechterhalten hatten und nach dem Wahlsieg dachten, jetzt als *Krieger* und *Sieger* anerkannt zu werden.⁶⁶⁹ Aber die Erwartungen werden enttäuscht. So wie vier Jahre zuvor die PAN, beschließt jetzt auch der FRG, der Versuchung zu widerstehen und die PAC ruhen zu lassen – wohl eine Folge der Präsenz der internationalen Geber.⁶⁷⁰ Stattdessen sollte allen Bevölkerungsgruppen, egal ob als PAC oder Opfer deklariert, Projekte zur wirtschaftlichen Entwicklung angeboten werden. Nur, *der zuständige Staatssekretär Whitbeck hielt nicht einmal dieses Versprechen.*⁶⁷¹ Entschädigungen, die nach den Wahlen vor dem interamerikanischen Rechtssystem für Opfer der Gewalt ausgesprochen wurden, die provozierten vor dem Hintergrund nur. Das gilt vor allem für den Massaker-Fall Dos Erres, in dem die Hinterbliebenen insgesamt rund 1,4 Mio. Euro bekommen sollten. Auch Víctor Hugo Godoy, der sich als ehemaliger COPREDEH-Chef für solche Kompromisse stark machte, war sich dessen bewusst.⁶⁷²

Das war sie, die Gemengelage der Stimmung unter den ehemaligen Paramilitärs im Petén, die aus ihnen eine potentielle Zeitbombe machte – bis Mitte 2002 der Funke plötzlich übersprang.

3.6.2. Ein Schritt zurück...

Gutierrez beschreibt den Auslöser als eine innerparteiliche Streitigkeit des FRG von *Mai oder Juni 2002* um Macht und Einfluss.⁶⁷³ Regionale Parteifürsten,

⁶⁶⁶ Das Kap. V.3 gibt Beispiele für das Menschenrechtsbild aus der Sicht evangelischer Sekten.

⁶⁶⁷ Interview von Carlos Saenz mit Edgar Gutierrez.

⁶⁶⁸ Interview von Carlos Saenz mit Edgar Gutierrez.

⁶⁶⁹ Interview mit Edgar Gutierrez, 07.12.2005.

⁶⁷⁰ Zu diesem Ergebnis kommt Carmen Rosa de León, seit Beginn der 90er dem Thema nah. Aus: Tageszeitung *El Periódico*, 21.06.2002. S. 3.

⁶⁷¹ Interview von Carlos Saenz mit Edgar Gutierrez.

⁶⁷² Interview mit Víctor Hugo Godoy (09.09.05), COPREDEH-Chef 2000/01.

⁶⁷³ Seine Version liegt der vorliegenden Kapitel zugrunde und beeinflusste sicher auch die von Carlos Saenz, der ein langes Interview mit ihm führte (Das Interview liegt mir in voller Länge vor). Gutierrez beschreibt das Geschehene als eine Dynamik, die außer Kontrolle geriet, geht aber in beiden Interviews

darunter der dortige FRG-Chef, der mit *illegalem Holz- und Drogenhandel in Verbindung gebracht* wird, verloren auf einer Versammlung Einfluss an Zury Ríos, der Tochter des Parlamentspräsidenten, General Ríos Montt. Als Reaktion darauf – so Gutierrez – organisierte dieser mit Hilfe seines Freundes, des örtlichen Armee-Kommandanten Trujillo, Protestkundgebungen politisch nahestehender PAC, vor allem der Gruppe von Rosenda Pérez.⁶⁷⁴ Trujillo besorgt *Geld und kümmert sich bei der Besetzung des Flughafens durch Rosenda um die Mobilisierung und die – in Anführungsstrichen – Sicherheit.*⁶⁷⁵ In dieser Lage konnten die Ex-PAC praktisch sicher sein, dass ihre Proteste nicht einfach aufgelöst würden. Der FRG an sich habe zu dieser Zeit noch kein Interesse an dem gehabt, was dann folgte. Ich frage, wie die Regierung die Forderungen nach finanzieller Entschädigung für die Dienste der Ex PAC sah?

*„Es gab einen Basis-Konsens, dass ihre Forderungen legitim seien... schließlich waren sie von den Friedensverträgen vergessen worden. Wir sahen sie als die Bastarde des Krieges... Unterschiedlich dachten wir, wie auf ihre Forderungen zu reagieren war. Einige dachten an produktive Projekte für die Dörfer, ... andere an Bargeld.“*⁶⁷⁶

Portillos Andeutung, eventuell zahlen zu wollen, massiv von den Medien verbreitet, habe dann offenbar eine nationale Dynamik ausgelöst, in die große Teile der Landbevölkerung verwickelt wurden. *Die Leute gingen zu den alten Chefs ihrer Patrouillen, die wiederum gute Beziehungen zu ehemaligen Offizieren hatten.*⁶⁷⁷

*„Die kamen aus ihren Dörfern, zum Beispiel nach Cobán, besetzten die Radio-Station und sagten ‚ich komme in Repräsentation meines Dorfes‘, Anträge werden ausgefüllt, der Gemeinde wird gesagt, ‚wir werden sound-soviel bekommen, tragt Euch ein, ich bin der Repräsentant, ... wer sich einträgt, der muss 5 Quetzales zahlen‘. Das war sehr spontan und von finanziellen Interessen einiger Leute motiviert.“*⁶⁷⁸ *Zwischen den PAC hatte es nie direkte Kommunikation gegeben, weniger noch Koordination.*⁶⁷⁹

In Anbetracht der Folgen dieser massiven Mobilisierung muss man sich schon fragen, wie Militär-Kreise dazu standen und welche Motive ihrem Handeln zugrunde lagen. MINUGUA sieht es als erwiesen an, dass der militärische Geheimdienst und einige ehemalige EMP-Leute in die Reorganisation verwickelt seien.⁶⁸⁰ Steht also die Armee als solche dahinter? Andererseits Gutierrez, als Regierungsmitglied und Chef eines Geheimdienstorgans sicherlich ein Insider: Einerseits *vermied die Armee (als solche) wie sie nur konnte, sich einzumischen.* Sie hätte die langfristigen Risiken und die potentielle Gewalt der sozia-

wenig darauf ein, von welchen Folgen die Regierung Portillo ausging und welche Ziele sie verfolgte, als sie den PAC entgegenkommen signalisierte – ein entscheidender Moment für die Interpretation.

⁶⁷⁴ Interview mit Edgar Gutierrez, 07.12.2005 und Carlos Saenz mit Edgar Gutierrez.

⁶⁷⁵ Interview mit Edgar Gutierrez, 07.12.2005.

⁶⁷⁶ Interview von Carlos Saenz mit Edgar Gutierrez.

⁶⁷⁷ Interview mit Carlos Saenz, 03.06.2004.

⁶⁷⁸ Interview mit Edgar Gutierrez, 07.12.2005.

⁶⁷⁹ Interview von Carlos Saenz mit Edgar Gutierrez.

⁶⁸⁰ MINUGUA, 2003b: a.a.O. Anm. VI/315.

len Unruhe frühzeitig erkannt.⁶⁸¹ Dazu käme, dass Militärkommissare und die alten PAC-Chefs in erster Linie Beziehungen zu bestimmten, meist schon pensionierten Offizieren hätten.⁶⁸² Andererseits habe man für die PAC als alte Basis sicher *Sympathie* empfunden, mehrere Offiziere *berieten* sie daher.⁶⁸³

Ganz anders sieht der Fall bei der Vereinigung der Veteranen, AVEMILGUA, aus. Als politische Lobby ging es ihr um Einfluss und womöglich auch darum, eine Basis für eine geplante politische Partei zu finden.⁶⁸⁴ Viele Jahre nach dem Konflikt hörten in manchen Zonen die Ex PAC nämlich noch immer auf ihre ehemaligen Chefs. Den PAC-Chef auf seine Seite zu ziehen, hieße dann, einen eigenen Mann in den Kongress wählen lassen zu können.⁶⁸⁵ In der Tat hatten die Veteranen seit Jahren vor allem in der Region Huehuetenango Beziehungen zu lokalen Ex PAC intensiviert. Ich frage Francisco Jiménez, als ehemaliger Mitarbeiter des Sekretariats für Strategische Analysen mit den PAC vertraut, nach ihren politisch-inhaltlichen Zielen:

*„Das sind all' die, die konservative Militärs mit ihrer eigenen Weltanschauung haben können, die Rolle des Militär in die Demokratie... (Ich frage: Wollte AVEMILGUA die moralische Vorreiterrolle angreifen, die den Opfern bis dahin auf dem Lande zugesprochen wurde?) In gewisser Weise ja, sie fühlen sich verraten, zu Unrecht moralisch verurteilt, aber eine andere Logik ist wichtiger. Es gab Leute in der Regierung, die mit den PAC der Oligarchie zeigen wollten, dass man auch ohne sie einen Staat aufbauen kann. ... AVEMILGUA ist da einfach auf den Zug aufgesprungen.“*⁶⁸⁶

Die Veteranen versuchten sich als Mittler bei den Verhandlungen anzubieten und tatsächlich gelang es ihnen, zum ersten Treffen eingeladen zu werden:

*„Rosenda Pérez kam zu den Verhandlungen in den Präsidentenpalast und wurde dort vom Präsidenten empfangen. Auf Bitten von General Ríos Montt war auch der Präsident von AVEMILGUA dabei. Wir nahmen daher an, dass Ríos Montt ihn unterstützte oder General Argueta Villalta seine alten Beziehungen (zu Ríos Montt) ausnutzte. Argueta Villalta hielt eine ideologische Rede gegen die Guerilla, signalisierte auch mich als Linken ... und Doña Rosenda sagte, ‚schauen Sie Herr General, Sie haben nicht für uns zu sprechen, wir sprechen auch nicht über die Guerilla. Wir sprechen darüber, dass sie uns gezwungen haben zu arbeiten. Sie haben meinen Mann drei Tage eingesperrt, weil er zu spät zur Patrouille kam... wir wollen Sie hier nicht, wir werden direkt mit der Regierung verhandeln, gehen sie woanders hin, ... Sie sollen auch nichts mit uns unterschreiben, denn es waren sie, die uns bestraft haben und uns gezwungen haben‘.“*⁶⁸⁷

Die Teilnahme von AVEMILGUA an den Verhandlungen und der Versuch, die eigene politische Basis zu erweitern, waren damit praktisch beendet. Der Vor-

⁶⁸¹ Interview von Carlos Saenz mit Edgar *Gutierrez*.

⁶⁸² *Saenz*, 2004: a.a.O. Anm. VI/656. S. 85f und 119f.

⁶⁸³ Interview von Carlos Saenz mit Edgar *Gutierrez*.

⁶⁸⁴ *Saenz*, 2004: a.a.O. Anm. VI/656. S. 121f.

⁶⁸⁵ Interview mit José Daniel *Giupponi*, MINUGUA, 09.09.2004.

⁶⁸⁶ Interview mit Francisco *Jiménez*, zeitweise SAE-Chef unter Präsident Portillo, 21.11.2005.

⁶⁸⁷ Interview mit Edgar *Gutierrez*, SAE-Chef und Außenminister unter Portillo, 07.12.2005.

fall ist so symptomatisch wie verwirrend. Später bestätigt José Angel Lee, Sozialdemokrat und Kandidat einer der PAC-Gruppen für die Präsidentschaft 2004, die PAC eine ihre historische Erfahrung und deren Interpretation, aber dies habe mehrheitlich keine Folgen für ihr Wahlverhalten heute.⁶⁸⁸ Eine von militärischen Erfahrungen geprägte Weltsicht der Ex PAC beeinflusst sicher ihr Verhalten in sozialen und politischen Kontexten, aber zu Verteidigern des Militärs als Institution macht sie das wohl insbesondere nur dann, wenn Ihr Selbstbild auf dem Spiel steht.

FRG-Parteichef Ríos Montt schien nach dem Ausscheiden von AVEMILGUA jedenfalls an Interesse eingebüßt zu haben. Die Lage war augenscheinlich nicht beherrschbar. So trat er zeitweise für Projekte anstatt finanzieller Entschädigung ein und später schlug er vor, ein Programm für extrem Arme aufzulegen, das von Ex PAC und Opfern gemeinsam genutzt werden könnte.⁶⁸⁹ Dem lag nach Gutierrez die Analyse zu Grunde, nach der *das mit den PAC ein sicherer Verlust (un pierde, pierde)* sei:

„Der Gedanke war, ‚wir können die nicht alle zufrieden stellen und die internationale Gemeinschaft wird uns verurteilen‘. Darauf Paco Reyes, der Vize-Präsident, ‚die Linke in der Regierung soll sich darum kümmern‘, die SAE, SEPAZ...⁶⁹⁰

Rund sieben Monate verhandeln und streiten mehrere ad hoc organisierte Zusammenschlüsse, praktisch jede für sich, wie hoch die Abfindung sein soll. Als letztendlich eine Summe von umgerechnet 500 Euro festgelegt wird, die über drei Raten verteilt bezahlt werden soll, geht der eigentliche Streit erst einmal los. Die Frage war, wer ein Anrecht darauf hat, wurden doch sogar Anträge von jungen Männern vorgelegt, die zum Zeitpunkt des Konflikts noch Kleinkinder waren – und wer tatsächlich in den Genuss der Zahlung kommen sollte. Auf die öffentlichen Vorwürfe, man würde Menschenrechtsverletzern eine Entschädigung zahlen, fand der FRG eine einfache Antwort. Jeder Empfänger hatte mit seiner Unterschrift zu bestätigen, keine Menschenrechte verletzt zu haben. *Hier kann man doch nichts beweisen*, meint Carlos Saenz, darum hätten die Leute das einfach unterschrieben *und alles ok*.⁶⁹¹

3.6.3. ... dann wieder vor: das Wiedergutmachungsprogramm

Auch wenn die Nachricht von möglichen Entschädigungszahlungen an die PAC aus Sicht der Menschenrechtsbewegung eine Provokation war, der Zeitpunkt war gar nicht mal so schlecht. Seit über einem halben Jahr schon konzentrierte sich die Multi auf das Thema Wiedergutmachung und als die PAC im Juni 2002 begannen, sich massenweise zu mobilisieren, war gerade eine interne Befragung zum Thema abgeschlossen worden. Orlando Blanco betont, *wir haben das sofort als Chance gesehen*. Angesichts der internationalen Blamage

⁶⁸⁸ Interview mit José Angel Lee, 08.12.2005.

⁶⁸⁹ Tageszeitung *El Periódico*, 05.03.03. S. 3. Im Wahljahr 2003 wirft Pablo Ceto von der URNG dem General vor, den Bonus als Wahlkampfstrategie zu sehen, fordert aber seinerseits 80.000 USD für jedes Opfer, eine Bevölkerungsgruppe, die als natürlicher Wahlkaudal der Guerilla gesehen werden kann.

⁶⁹⁰ Interview mit Edgar Gutierrez, 07.12.2005.

⁶⁹¹ Interview mit Carlos Saenz, 03.06.2004.

für die Regierung, Entschädigungen an die PAC vor Wiedergutmachung für die Opfer zu zahlen, *war das unser Moment*.⁶⁹² Zwei Monate später, im August 2002, präsentierte man Präsident Portillo einen Vorschlag für ein eigenes, ein Opferprogramm. Orlando Blanco zu seinen Zielen:

„Ich dachte zuallererst daran, dass die Leute jetzt rund um das Wiedergutmachungsprogramm beginnen könnten, sich zu organisieren, denn dann werden sie es auch rund um den sozialen Wandel machen, weil sie sehen, dass organisieren ihnen etwas bringt.“ Ich frage: „sozialer Wandel wohin?“ *„Ich denke, es ist ein Irrtum, über das Programm die Maya-Bewegung zu organisieren, (genauso wenig kann man damit) die Geschichte von Marginalität und Exklusion bearbeiten.“*⁶⁹³

Die Regierungspartei FRG, auf der anderen Seite, schien angesichts der PAC-Mobilisierungen die peinliche Lage nicht nur einzusehen, sie zeigte sich auch zunehmend damit beschäftigt, sich auf die nächsten Wahlen vorzubereiten. Die Regierung Portillo hatte freie Hand. 5 Streitpunkte der Unterredungen zählt Blanco auf:⁶⁹⁴ (1) Anfangs habe die Regierungsdelegation ein Konzept gewollt, dass es auch Opfern von Aktionen der Guerilla erlaubt hätte, Wiedergutmachung zu bekommen. Sie forderte die Einbeziehung der Formulierung *anderer Gewaltakte*, denn dann – so Blanco – hätten auch Finca-Besitzer Anspruch auf Wiedergutmachung erhalten. Die Multi hingegen habe erfolgreich das orthodoxe Konzept verteidigt, nur der Staat könne Menschenrechte verletzen. (2) *Sie wollten ein territoriales Konzept*, dass neben Opfern auch PAC begünstigt hätte und sie hatten vor, (3) *jede Maßnahme von einer anderen jeweils zuständigen staatlichen Instanz* ausführen lassen, *Wohnungen von dem, Gesundheit von dort. So leerten sie das Thema der Wiedergutmachung*, meint Blanco. (4) *Ich habe sehr für das Recht auf individuelle Wiedergutmachung gestritten*. (5) Strittig war zeitweise auch die Frage, ob das Programm Völkermord in Guatemala anerkennen sollte. Nicht einmal die CEH hatte von davon gesprochen, kommentiert Gutierrez die Forderung, sondern nur von Akten des Völkermords. *Darum lehnten wir das zu Anfang auch ab*, das hätte die Regierung nicht akzeptiert. In der nächsten Sitzung habe die Multi dann auf den Begriff verzichtet.⁶⁹⁵ Claudia Samayoa, selbst Mitglied der Delegation der Zivilgesellschaft, berichtet, wie es intern zu dem Verzicht gekommen war:

*„Das war eine schreckliche Sitzung, mit 80 oder 90 Leuten. Es hieß, ‚wenn wir nichts bekommen, dann müssen wir die PAC, wenn sie wieder protestieren, eben einfach umbringen‘. Die Opfer auf der Sitzung entschieden sich, auf den Begriff Völkermord zu verzichten. Sie wollten ein Nationales Wiedergutmachungsprogramm, jetzt. Im Dokument wird dann der Begriff Massaker aufgenommen. In der Abstimmung zogen wir Ladinós uns in eine Ecke zurück. Für mich war alles sehr schmerzlich, denn meine Position war immer gewesen, nicht mit Ríos Montt zu verhandeln.“*⁶⁹⁶

⁶⁹² Interview mit Orlando Blanco, Verhandlungsteilnehmer von Seiten der Zivilgesellschaft, 08.09.05.

⁶⁹³ Ebenda.

⁶⁹⁴ Interview mit Orlando Blanco, 08.09.2005.

⁶⁹⁵ Interview mit Edgar Gutierrez, 21.09.2005.

⁶⁹⁶ Interview mit Claudia Samayoa, Verhandlungsteilnehmerin der Zivilgesellschaft, 30.09.05.

Drei Sitzungen lang sei es darum gegangen, ob das Schlussdokument Massaker erwähnen solle. Nach 56 Verhandlungsrunden stand im November 2002 das Ergebnis fest. Sechs Jahre nach den Friedensverträgen und knapp vier Jahre nach der Präsentation des CEH-Berichts, *Erinnerung an das Schweigen*, sollte ein offizielles Dokument erstmals eine Geschichtsvision stützen, die dem Selbstbild der noch immer herrschenden Sektoren des Landes deutlich entgegenstand. Im Gefolge der Mobilisierung der Ex PAC war damit ein Text aufgesetzt, der in seinem realen politischen Umfeld im Grunde wie ein Fremdkörper wirkte. Die Rede ist von der Ungleichheit als eine der Ursachen des Konflikts und einem Aufstandsbekämpfungsstaat, der massive Menschenrechtsverletzungen provozierte. In einem Zeitraum von 10 Jahren sollten dem PNR mindestens umgerechnet 60 Millionen Euro zur Verfügung stehen, um die Würde der Opfer wiederherzustellen, sie psycho-sozial zu rehabilitieren und ihre Schäden materiell und ökonomisch zu ersetzen. Ich frage Soberanis, warum der FRG, der als Partei diesen Aufstandsbekämpfungsstaat noch immer symbolisierte, sich dagegen nicht wehrte?

„Das war eine Folge der Existenz verschiedener Strömungen in der Regierung, man diskutierte nicht viel ... außerdem war das ein langfristiger Plan, der anfangs nicht so sehr verpflichtete, wie das PAC-Programm und der FRG dachte, die Wahlen gewinnen zu können.“⁶⁹⁷

Als ein Gesetz im Kongress nicht voran kam, blieb nur noch, den PNR über eine Regierungsverordnung zu schaffen. Auch wenn die versprochenen Überweisungen nicht ankamen, das Opferprogramm begann zu funktionieren.

Es gibt aber noch einen weiteren Grund, warum sich der FRG, die Partei des Generals Ríos Montt, nicht gegen diesen – aus ihrer Sicht – Affront wehrte: die Tendenz die sie beobachtenden Staaten aus taktischen Gründen mit symbolischen und doch möglichst folgenlosen Zugeständnissen zu befriedigen. Erinnern Sie sich an die Umstände um den Tag der Würde und die Kommission für Frieden und Eintracht aus dem Jahr 2000? Noch 2002, der Machtkampf hatte sich schon zuzuspitzen begonnen, wurden Aspekte der VP für den schönen Schein instrumentalisiert. So reichte im Januar 2002 der ehemalige Präsident Ramiro de León Carpio, jetzt FRG, eine weitere Initiative zum Tag der Würde ein. Erinnert werden sollte an das Leid des Krieges aber nicht an einem Tag, der Symbol gegen das Militär sein könnte. Vielmehr schlug De León den Tag der Mütter vor, als die *wesentlichen Opfer* und in *Gedenken an ihre Zärtlichkeit*. Eine Verpflichtung, an diesem Tag auch wirklich öffentliche Akte zu unternehmen, wird in der Initiative aber nicht genannt.⁶⁹⁸ Im August 2002, die Regierung stand mittlerweile nicht nur der PAC-Entschädigung wegen in der Kritik, folgte eine weitere Initiative für einen Tag der Opfer der Gewalt. Einen Monat später wird der FRG-Vorschlag in seiner Ausrichtung auf die Mütter zum Gesetz. Staatsorgane, so heißt es, sollen Akte der Erinnerung vorbereiten, konkret werden aber auch hier keine verpflichtenden Akte genannt.⁶⁹⁹ Danach geriet das Dekret in Vergessenheit.

⁶⁹⁷ Interview mit Catalina Soberanis, Verhandlungsteilnehmerin der Regierung, 01.07.2005.

⁶⁹⁸ Registernummer 2605, vom Januar 2002. Zitierte Worte aus der Begründung der Initiative.

⁶⁹⁹ Initiative mit der Registernummer 2728 wird am 10.09.2002 per Dekret 61-02 zum Gesetz.

3.6.4. Mayas und Menschenrechte: die Opposition spaltet sich

Die Maya-Bewegung: zwei Jahre erst waren vergangen, seit COPMAGUA, die von linken Indigenen dominierte Koordinierungsinstanz der Mayas, im Jahr 2000 zerbrochen war. Mit dem nein in der Volksabstimmung zu den Friedensverträgen, so hatte Jorge Morales (CONAVIGUA) gesagt, sei langsam klar geworden, die Guerilla werde sie dem Ziel der Emanzipation nicht weiterbringen können. Jede weitere politische Spaltung mit und in der Linken wird diese Ahnung in den kommenden drei Jahren nur bestätigt haben. CONAVIGUA war als Opferorganisation meist indigener Witwen einst der Guerilla sehr nah gewesen. Auf der Suche nach einer Neubestimmung begannen in der Folge ethnische und kulturelle Argumentationen und Selbstbilder, sukzessive Distanz zur Linken zu schaffen. Dabei reichten die Reibungsfelder viel weiter zurück. In einem Gespräch mit Orlando Blanco zu den Ursachen für den Bruch mit den Mayas, zählt dieser fünf auf, darunter eine historische:

*„Ich erinnere mich an die Wahlen innerhalb des neu geschaffenen PNR vom 22.05.03. Da hielt mir María Toj viele Dinge vor. Ich sagte, ‚María hör auf nur Blödsinn zu reden, Eure Probleme mit uns sind nichts anderes, als alte Probleme des EGP‘ (Teil der URNG). Und sie sagte, **ja, da hast Du irgendwie auch Recht**‘ und fing mir an aus dem Jahr 1978 zu erzählen, **irgendein Problem** (beides von Blanco betont)... Gerade in der Region Ixil und in Chimaltenango gab es damals unglaubliche Probleme.“⁷⁰⁰*

Vor allem ist vielen noch immer sehr bewusst, dass die Guerilla ihre indigene Basis während der Offensiven des Militärs 1981/82 schutzlos zurückgelassen hatte. Zehntausende waren dem Blutbad der staatlichen Sicherheitskräfte danach zum Opfer gefallen. Die andere Seite in der kommenden Inszenierung ist die eher aus Ladinos bestehende Menschenrechtsbewegung, alliiert mit Teilen der Opfer-Bewegung, die – wenn auch von Indigenen geprägt – weiter der politischen Linken nahestanden. Dies ist aber nur das Ergebnis der Spaltung,⁷⁰¹ den Anfang bildet eine Dynamik. Vor Beginn der Gespräche zum Wiedergutmachungsprogramm war die Konfliktlinie in der eng verzweigten Opfer- und Menschenrechtsbewegung nämlich noch nicht abzusehen, schließlich war man ja traditionell verbündet und hatte schon mehrfach gemeinsam Gesetzesinitiativen und andere Aktionen zum Umgang mit der gewaltsamen Vergangenheit unternommen. Claudia Samayoa unterteilt den eigentlichen Prozess der Spaltung aus ihrer Sicht in mehrere Momente.⁷⁰² Gehen wir also zurück zu dem Augenblick, als die PAC-Mobilisierung beginnt:

Wie günstig der Moment für die Multi war, dies habe ich schon erwähnt. Sie hatte gerade eine interne Befragung zur Wiedergutmachung abgeschlossen – die Witwen-Organisation CONAVIGUA unter der Leitung von Rosalina Tuyuc befand sich hingegen noch mitten in einer eigenen Mitgliederbefragung. Die

⁷⁰⁰ Interview mit Orlando Blanco, 08.09.2005.

⁷⁰¹ Die Konfliktlinien Linke (Indigene und Ladinos) gegen eher links orientierte Indigene und Ladinos ist nur eine. Alliierte sich doch Mario Polanco, Ladino des GAM, zu Anfang mit Rosalina Tuyuc, der damaligen Chefin bei CONAVIGUA.

⁷⁰² Mit dem Interview mit Claudia Samayoa liegt hier nur von einer Seite Detail-Information zur Dynamik vor, ein Termin mit der anderen Seite kam leider nicht zustande.

sollte Erfahrungen aus einem SEPAZ-Projekt auswerten, in dem CONAVIGUA-Mitglieder die Hauptbegünstigten waren. Blanco sah den Moment der Mobilisierung der PAC als eine einmalige Chance, die so schnell nicht wiederkehren würde und berief eine Sitzung der thematisch interessierten Organisationen der Zivilgesellschaft ein, um eine gemeinsame Haltung dazu abzusprechen. Rosalina Tuyuc erschien dort aber nicht:

„Wie sich später herausstellte, hatte sie die Teilnahme an der Sitzung wegen eines Fluges nach Rom abgesagt und um einen neuen Termin gebeten, aber nur schriftlich – und Orlando (Blanco) entschied, den Brief nicht zu öffnen und die Sitzung auch nicht abzusagen. Klar, ich hätte dasselbe gemacht. ... Tatsächlich war jemand zu mir gekommen und hatte gesagt, ‚Rosalina fliegt nach Rom, Du musst die Sitzung verschieben.‘ ‚Bist Du verrückt‘, sagte ich, ‚80 Leute kommen‘. Was wir nicht wussten, dass die Leute die angeblich in ihrem Namen sprachen, CONAVIGUA gar nicht mehr repräsentierten (kurz zuvor hatte sich CONAVIGUA gespalten).“⁷⁰³

Über mindestens fünf Sitzungen versucht MINUGUA den Konflikt zu schlichten. Dabei ist es schon August und die offiziellen Verhandlungen mit der Regierung zum Wiedergutmachungsprogramm laufen bereits. Seitdem – so sagt Samayoa – wurden wir von ihr behindert.

„Im September gingen wir zu Rosalina, ‚Orlando Blanco hasst mich‘, sagt sie dort. ‚Darum hat er mich abgedrängt‘. ...Und wir: ‚Kein Problem, auch wenn er Dich nicht will, Ruth Del Valle und ich holen Dich rein. Wir waren in der Vergangenheit immerhin Alliierte‘. Und sie, ‚das lohnt sich nicht, in dieser Kommission sind keine Indigenen‘. Ich überrascht, ‚aber da sind sechs Indigene und nur 2-3 Ladinos‘, ‚Die sind keine, weil die gehören der URNG an‘. Ich versuchte es noch einmal, ‚aber das sind Opfer‘. ‚Nein, Ladinos sind keine Opfer‘. Damit sprach sie Ruth Del Valle, die ihr gegenüber saß, den Status als Opfer ab. Kurz darauf hören wir, dass Rosalina von (von einer Organisation der EZ) finanzielle Zusagen für grundlegende Studien zur Wiedergutmachungsprogramm bekam (was in diesem präzisen Moment die Spaltungstendenzen verschärfte).“⁷⁰⁴

Tuyuc könnte sich sogar dreifach ausgeschlossen gefühlt haben. Denn im Mai 2003 wählten die Organisationen der oppositionellen Zivilgesellschaft die Nationale Wiedergutmachungskommission, CNR. Dort verfehlt sie die erforderliche Stimmenzahl. Damit war sie, ein Symbol für die Witwen des Krieges, nicht einmal mehr in der Kommission präsent, die dem PNR zur Seite gestellt wird. Noch am Tage der gescheiterten Wahl geht sie mit einem Kommuniqué an die Öffentlichkeit, in der den Organisatoren der Wahl Manipulation vorgeworfen wird und auch dass der PNR den Völkermord an den Mayas nicht anerkenne. Rosalina Tuyuc und die verbliebenen Teile von CONAVIGUA hat-

⁷⁰³ Interview mit Claudia Samayoa, 30.09.2005.

⁷⁰⁴ Interview mit Claudia Samayoa, 30.09.2005. Die Aussage, dass nur die Mayas Opfer des Krieges seien, die hörte man in dieser Zeit vielfach aus der Maya-Bewegung. Verständlich, stellen sie doch nicht nur den allergrößten Teil der Toten, sondern wurden auch als eigenständige Kultur erheblich betroffen. Dennoch starben im Zuge der Aufstandsbekämpfung auf Seiten der Opposition auch tausende von Ladinos, also Mischlinge aus Nachkommen der europäischen Eroberer und Indigenen.

ten sich damit endgültig aus dem Rahmen der klassischen Opfer-Bewegung gelöst und den Gruppen der Maya-Bewegung angeschlossen, die sich fern der Linken auf die kulturelle Selbstbestimmung der Mayas konzentrierten.⁷⁰⁵

Wenn wir die Verletzungen und menschlichen Empfindsamkeiten einmal außer Acht lassen, dann muss ein finanziell gut ausgestattetes Wiedergutmachungsprogramm auch wie ein potentieller Katalysator eigener politischer Ziele wahrgenommen worden sein. Das lässt zumindest Orlando Blanco durchblicken, wenn er davon spricht:

„(Hier geht es) permanent um den Protagonismus zur Führung des Programms, denn das kann viel für die eigene Organisation bedeuten, ... das Thema der Finanzen, ... die Möglichkeit den Organisationsstand der Mitglieder zu stärken oder zu konsolidieren.“⁷⁰⁶

Vor dem Hintergrund historischer Konfliktlinien gepaart mit aktuellen Interessenunterschieden, führte die Konfliktdynamik zu einer Neupositionierung der Akteure, auch entlang von politischen Überzeugungen, die sich schon Jahre zuvor zu verändern begonnen hatten. Der Bruch zwischen Maya- und Menschenrechtsbewegung war also nicht unvermeidbar, aber doch eine Option in einem Moment, in dem zwei sehr unterschiedliche Transformationswünsche auf eine scheinbare Quelle der Realisierung stießen – das Geld des Nationalen Wiedergutmachungsprogramms, PNR.

3.6.5. Die Vergangenheitspolitik im Machtkampf

Der Machtkampf: Beinahe die gesamte Regierungszeit von Portillo war von ihm durchzogen. In der Sicherheitspolitik, insbesondere aber in der Lage der Justiz trug er augenscheinlich zu langfristig belastenden Deformationen bei. Auch die Vergangenheitspolitik fügte sich in seine Konfliktlinien ein.

Dabei ging es bei diesem politischen Kampf nicht im eigentlichen Sinne – wie noch Mitte der 90er – um einen Dissens der Eliten aus Privatsektor und Militär. Nach der Armee fühlte sich jetzt nach den 99er Wahlen auch der Privatsektor von den Hebeln der Macht verdrängt. Der Dissens existierte eher mit einer Partei, deren Einfluss Teile der bewaffneten Institution umfasste. Trotz der Skandale und heftigen Konfrontationen im Gefolge der Manipulationen um das Getränkegesetz scheint bis ins zweite Jahr der Regierung die Tür für eine Verständigung noch einen Spalt weit offen gewesen zu sein. Im Zuge der Mobilisierung der PAC und nach der Machtübernahme von Chávez in Venezuela verschloss sich die Tür aber. Lange Zeit undenkbar gingen jetzt die Unternehmer gemeinsam mit der Menschenrechtsbewegung gegen die Regierung vor. Miguel Angel Albizures, prominentes Mitglied der Bewegung:

„Es gab einen Moment einer strategischen Allianz (zwischen Unternehmen und Menschenrechtsbewegung), vielleicht um die Demonstration des 1. August 2002 herum. Die hörte aber auf, als man begann, den Verzicht

⁷⁰⁵ *Samayoa* weist im Interview (30.09.05) den Vorwurf, sich nicht für die das Thema des Völkermords eingesetzt zu haben, von sich. Tatsächlich hatten frühere Gesetzesinitiativen zur Wiedergutmachung, die von der Indigenen Rosalina Tuyuc unterstützt wurden, auch nicht von Völkermord gesprochen.

⁷⁰⁶ Interview mit Orlando *Blanco*, 08.09.2005.

*von Portillo zu fordern, denn das war der Versuch einer totalen Destabilisierung und wir waren damit nicht einverstanden. ... Es gab Momente in den vier Jahren von Portillo und Ríos Montt, in denen (jede unserer Klagen gegen die Regierung) automatisch von der Presse veröffentlicht wurde. Wenn du eine ganze Seite wolltest, dann bekamst du sie.*⁷⁰⁷

In die Worte von Edgar Gutierrez gekleidet: Die Oligarchie gab der Menschenrechtsbewegung *Raum, radikal zu sein*.⁷⁰⁸ Jetzt hatte ihre Arbeit ein Forum: Untersuchungen und Klagen über den Einfluss verborgener Gruppen, Korruption in Regierung und Armee, die Militarisierung der Sicherheit und die Straflosigkeit. In diesem Zuge wurde aber auch die Gewalt der Vergangenheit zum Thema: Exhumierungen, anhaltende Menschenrechtsverletzungen und Prozesse – vor allem wenn Offiziere angeklagt waren. Ob über Vorwürfe gegen die Regierung oder das Militär, der Ruf von FRG-Chef General Ríos Montt wurde dabei direkt oder indirekt immer getroffen. Der Menschenrechtsaktivist Rudy Monterroso sieht, dass die generelle Stimmung gegen den General die Vergangenheit wieder zum Thema machte. Nach dem Schwarzen Donnerstag, den organisierten Protesten des FRG zugunsten einer Kandidatur von Ríos Montt, *hörte man* (in der Öffentlichkeit und auf der Straße) *wieder häufiger das Wort vom Völkermord*.⁷⁰⁹ Die VP fügte sich jetzt nahtlos in die Konjunktur ein und diente als ein Instrument der Abnutzung des politischen Gegners.

Mit der Menschenrechtsbewegung machte sich der Privatsektor einen Sektor zunutze, der international ethisch-moralisch glaubwürdig und geschickt seine Klagen zu platzieren wusste. Eben dieses internationale Publikum war auch das Ziel der Lobby-Arbeit der Unternehmer. Als der FRG nach Monaten zu begreifen begann, dass ihre Siegchancen im Schwinden begriffen waren, da griff sie auf den unsicheren aber jetzt wichtigsten potentiellen Verbündeten zurück – die ehemaligen Paramilitärs, deren Reaktivierung in jedem Fall schon eine Tatsache war. Wie in einem Spiegelbild hatte Präsident Portillo sein Heil in der Armee gesucht. Und nun geschah dasselbe mit den PAC. *Sie sind Helden, haben das Vaterland gerettet und zur Demokratie des Landes beigetragen*, so erfüllt er ihren Drang nach Anerkennung.⁷¹⁰ Edgar Gutierrez:

*„2003, die Wahlen näherten sich schon, wir hatten schon begonnen, die erste Rate zu bezahlen, da hieß es dann, ‚nein, wir werden verlieren, wenn nicht wir (der FRG) das Gesicht bei der Zahlung erhalten. Wir müssen zeigen, dass wir das Geld geben, sonst kann die Linke (in der Regierung) das für sich kapitalisieren.‘ (Vize-Präsident) Paco Reyes nahm an, ... ‚wenn wir ihnen die erste Zahlung aushändigen, dann werden sie für uns stimmen, um auch die zweite zu bekommen.‘*⁷¹¹

Erstmals musste sich der ehemals allmächtige General Ríos Montt von der Presse unangenehme Fragen zur Vergangenheit stellen lassen.⁷¹² Und ebenso

⁷⁰⁷ Interview mit Miguel Angel Albizures, 13.07.2005.

⁷⁰⁸ Interview mit Edgar Gutierrez, 13.09.2005.

⁷⁰⁹ Interview mit Rudy Monterroso, Menschenrechtsbewegung, 28.07.2003.

⁷¹⁰ Zitiert nach Tageszeitung *Siglo XXI*, 28.09.2003. S. 3

⁷¹¹ Interview mit Edgar Gutierrez, 07.12.2005.

⁷¹² Zum Beispiel, Tageszeitung *Siglo XXI*, 27.09.2003, S. 6.

erstmals seit Friedensschluss (1996) bezog er öffentlich Stellung. In einer ganz-seitigen Anzeige mit dem Titel *Unermüdlicher Kampf für die Demokratie* erkennt der Betrachter den US-Präsidenten Ronald Reagan, wie er den General neben ihm, im Jahre 1983, also gegen Ende der Phase der Massaker, für seinen Kampf gegen den Kommunismus lobt.⁷¹³

Gelegentlich führen die Zahlungen an die PAC zu handgreiflichen Spannungen mit Mitgliedern von Opferorganisationen.⁷¹⁴ Aber mehr als die Vergangenheit provoziert eher die Realität der Entschädigungszahlungen. Anders als vom FRG erwartet, werden ihre Wahlchancen von der klientelistischen Praxis bei der Verteilung immer astronomischerer Summen aber eher geschmälert. Ex PAC prügeln sich mehrfach am Rande von Wahlveranstaltungen mit FRG-Anhängern, weil lokale Parteiführer sie nur bezahlen wollen, wenn sie Parteimitglieder würden.⁷¹⁵ Sollten Anfang 2003 von 620.000 Anträgen nur 138.000 eine Abfindung bekommen,⁷¹⁶ stieg deren Zahl dann auf 250.000. Einen Monat vor den Wahlen wird die Zahl der Begünstigten auf einen Schlag dann auf 520.000 erhöht.⁷¹⁷ Auf der Suche nach den nötigen Mitteln, um jedem anerkannten Ex PAC umgerechnet 175 Euro bezahlen zu können, muss sogar ein Ausgabenstopp in den Ministerien ausgesprochen werden.⁷¹⁸ Aber die Katastrophe kann nicht mehr abgewendet werden. Der General landet im Urnengang mit nur 19 Prozent Stimmenanteil abgeschlagen an dritter Stelle und kommt nicht einmal mehr in die Stichwahl.⁷¹⁹

Gegen die Vergangenheit haben die Guatemalteken damit trotzdem nicht gestimmt, eher schon gegen Korruption und Machtmissbrauch. Dennoch diente die teils an der Vergangenheit orientierte Argumentation als wichtiger Resonanzbogen, an den sich der FRG als Partei der Aufstandsbekämpfung in ihrer Suche nach Allianzen aufrieb. Es scheint paradox, aber während das Thema die Partei also doch schwächte, ging damit gleichzeitig kein neues Bewusstsein zur Vergangenheit einher. Im Gegenteil wurde die große Mehrheit der Landbevölkerung, im Kriege in den PAC organisiert, mit der Entschädigung in ihrer historischen Sicht nur bestärkt. So wie die Vergangenheit bei den Wahlen im Jahre 2003 erfolgreich gegen die Kräfte des Krieges gerichtet werden konnte, hat sich deren Instrumentalisierung unter den gegebenen Kräfteverhältnissen eher gerächt. Die Geschichtsvision der Sieger gewann neue Kraft.⁷²⁰

⁷¹³ Anzeige zum Beispiel in der Tageszeitung *El Periódico*, 18.07.2003.

⁷¹⁴ Siehe die in der Zeitung *El Periódico* geschilderten Vorgänge: 15.06.03, S. 2f und 23.06.03, S. 4. Dann auch noch in *Siglo XXI*, 25.09.03, S. 2f.

⁷¹⁵ Siehe unter anderem die Vorfälle in der Zeitung *Siglo XXI*, 23.06.03, S. 4; *El Periódico*, 05.09.03, S. 8; *Siglo XXI*, 20.09.03, S. 8; laut *El Periódico* vom 21.09.03, S. 4 drohen Ex-PAC sogar damit die Wahlen zu verhindern. In zwei Artikeln berichtet *El Periódico* (27.10.03, S. 4 und 29.10.03, S. 3) von einer Geiselnahme. Laut *Königs*, MINUGUA, hätten die Demonstranten damit auf die Korruption bei den Entschädigungszahlungen aufmerksam machen wollen.

⁷¹⁶ Tageszeitung *Siglo XXI*, 03.05.03, S. 3.

⁷¹⁷ *Siglo XXI*, 16.10.03, S. 3.

⁷¹⁸ *Siglo XXI*, 25.10.03, S. 4.

⁷¹⁹ *Öttler*, Anika: Guatemala: Demokratie auf dem Nährboden der Gewalt, in: Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 3, 15. Februar 2004. Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg 2004b. S. 28.

⁷²⁰ Vgl. *Saenz*: a.a.O. Anm. VI/656. S. 125 und 132.

4. 2004-2007: Ein kurzer Blick - die Regierung Berger

Die Konstellation der Akteure während der neuen Regierung des Unternehmers Oscar Berger versprach nichts Gutes für die Relevanz des Politikfeldes Vergangenheitspolitik. Erinnern wir uns: Die vergangenen und gegenwärtigen Menschenrechtsverletzungen hatten ihr doch sehr relatives Gewicht daraus gewonnen, dass eine in Guatemala sehr präsente internationale Gemeinschaft der Menschenrechtsbewegung als Hebel diente. Die oppositionelle Linke im Kongress war verhältnismäßig zu schwach. An unzähligen Positionen gleichzeitig weichte die vorherige Konstellation aber nun auf.

Zunächst einmal löst jetzt der Unternehmer Oscar Berger eine Machtkonstellation ab, die sich sehr auf Kontakte zu Gruppen ehemaliger Militärs oder der aktiven Streitkräfte gestützt hatte. Profil und Charakter des neuen Präsidenten boten keine auch nur annähernd gleiche Angriffsfläche für das Thema der Vergangenheit. Die gedruckte Presse, unter Einfluss der Unternehmerklasse, fuhr das Thema denn auch sofort deutlich zurück. Die Realität schien andere Probleme zu begünstigen. Zudem wurde Berger im Kongress nur von einer 3-Parteien-Koalition gestützt, die trotzdem lediglich 53 von insgesamt 158 Abgeordneten auf sich vereinigen konnte.⁷²¹ Monate später schied dann einer der drei auch noch aus dem Verbund aus und machte das Regieren umso schwerer. Unter Portillo hatten die sogenannten verborgenen oder parallelen Kräfte deutlich an Bedeutung gewonnen. In einem schwachen Kongress ohne Mehrheiten hatte das Konsequenzen. Ihr gewachsenes Gewicht fand jetzt instabile Strukturen vor.⁷²² Dazu passt auch das Schicksal der parlamentarischen Linken als natürlicher Verbündeter der Menschenrechtsbewegung. Statt sich zu erholen, reduzierte sie sich auf den beinahe geringstmöglichen Ausdruck. Ehemalige Angehörige des Militärs hingegen, so meint ein MINUGUA-Angestellter, gäbe es dort mittlerweile immer mehr. Über viele Parteien verteilt, hätten gut ein Dutzend von ihnen den Sprung in den Kongress geschafft.⁷²³

Auch die Zusammensetzung des Kabinetts versprach keine Linderung. In erster Linie fanden sich dort jetzt Angehörige des Wirtschaftssektors, vor allem Agrarexporteure, die als solche sehr unter dem Krieg gelitten hatten und traditionell einer aktiven Aufarbeitung der Vergangenheit besonders deutlich entgegenstanden. Orlando Blanco von der Menschenrechtsbewegung verweist denn auch darauf, dass ihre Beziehungen zu Berger von Anfang an ausgesprochen schlecht waren.⁷²⁴ Ganz anders die Vertreter der Mayas, mit denen die Menschenrechtsbewegung erst kürzlich nach einem Eklat auseinandergedriftet waren. Schon vor den Wahlen hatten sich Rigoberta Menchú und andere dem Privatsektor genähert. Schließlich akzeptierte auch noch der prominenteste Verfechter einer justiziellen Wiederaufarbeitung, Frank La Rue, einen Posten im Kabinett.

⁷²¹ Vgl. *Spence*, 2004: a.a.O. Anm. VI/456. S. 19ff.

⁷²² Ebenda: S. 22.

⁷²³ Interview mit José Daniel *Giupponi*, MINUGUA, 14.09.2004.

⁷²⁴ Interview mit Orlando *Blanco*, Menschenrechtsbewegung, 05.11.2004.

Als entscheidend muss aber ein anderer Faktor gesehen werden. Wenn wir von 1992 als dem Moment ausgehen, in dem sich die internationale Gemeinschaft stärker in Guatemala zu engagieren begann, dann erlebte deren Gewicht in den Zeiten der Regierung Portillo bis Ende 2003 einen Höhepunkt. In den Sitzungen der Begleitgruppe hatte die Regierung geradezu Rechenschaft ablegen müssen. 2004, also nach 12 Jahren Menschenrechtsbeobachtung und direkt nach diesem Höhepunkt begann spürbar der Rückzug. Über das ganze Jahr 2004 war MINUGUA mehr mit ihrer Abwicklung beschäftigt, nur um dann im Dezember ganz die Tore zu schließen. Mitte 2004 drückt Spence in einer Studie noch seine Sorge aus, dass ohne MINUGUA auch die internationale Begleitgruppe an Gewicht verlieren werde. Tatsächlich wurde eine neue Sitzung der Gruppe verschoben und dann auch diese Konstruktion aufgelöst. Für uns ist das *ganz schlecht*, kommentiert das Miguel Angel Albizures von der Menschenrechtsbewegung.⁷²⁵

Für die große Mehrheit der politischen Akteure war dies der lang ersehnte Moment, die empfundene Last der Einmischung abzuschütteln. Über lange Zeit hatte man seinen – kulturell vorgeprägten – eigenen Weg entweder nur verborgen oder gar nicht gehen können. Im Grunde hatte auch Berger noch einmal auf diesen Druck reagiert. Unter seiner Ägide wurde ein Rahmengesetz verabschiedet, mit dem die Friedensverträge als Leitlinie der Politik empfohlen wurden. Otoniel Fernández, als Abgeordneter in diesem Gesetz engagiert:

„Die Unternehmer erkennen die Friedensverträge nicht an. Die wurden von der Regierung instrumentalisiert, ... um Geld aus dem Ausland anzuziehen. Ich habe ein Rahmengesetz für die Friedensverträge präsentiert.“

Und wie haben die Parteien im Kongress darauf reagiert?

*„Gleichgültigkeit von einigen und Ablehnung von anderen. Die derzeitige Regierung hat kein Interesse an den Friedensverträgen, ebenso wenig der FRG und die Patriotische Partei. Meiner Ansicht nach sind das alle Parteien mit militärischem Denken. Die denken, Friedensverträge zu akzeptieren, das wäre, wie eine linke Ideologie zu akzeptieren.“*⁷²⁶

Auf den guten Willen einiger, reagierten auch schon die Vorgängerregierungen auf ähnliche Art und Weise. Wenn man sich nach außen keine Blöße geben wollte, dann wurden Initiativen entweder ins Leere laufen gelassen oder man weichte ihren Inhalt auf.

In der Initiative um die Ermittlungskommission gegen *Illegale Strukturen und Verborgene Sicherheitskräfte*, CICIACS, drückt sich der Drang nach neuer Unabhängigkeit viel deutlicher aus.⁷²⁷ Das Verfassungsgericht, CC, lehnte die Initiative mit dem Argument ab, es würde der Kommission damit Kompetenzen zuweisen, die laut Verfassung nur der Generalstaatsanwaltschaft und der Justiz-Sektor inne hätten. Die CICIACS verstoße insofern gegen die Verfas-

⁷²⁵ Interview mit Miguel Angel Albizures, Menschenrechtsbewegung, 13.07.2005.

⁷²⁶ Interview mit Otoniel Fernández, 05.07.2005.

⁷²⁷ CICIACS steht für das Spanische: *Comisión de Investigación de Cuerpos Ilegales y Aparatos Clandestinos de Seguridad*.

sung.⁷²⁸ Dabei sollte die Kommission gerade deshalb geschaffen werden, weil die Justiz sich unfähig gezeigt hatte, die verborgenen Strukturen zu bekämpfen. Es schien gar selbst von diesen Strukturen durchdrungen. Die konservative Tageszeitung Siglo XXI kommentierte das Urteil mit den Worten:

*„Die Guatemalteken sollten Konsens und Lösungen für das Problem (der parallelen Strukturen) auf der Basis ihrer eigenen Realität und Instrumente suchen und **nie mehr** (vom Autor herausgehoben), um Zwänge ausländischer Organismen zu erfüllen.“*⁷²⁹

Schon zuvor hatten zwei Kongressausschüsse die CICACS als verfassungswidrig abgelehnt, ohne der CC als dem einzig kompetenten Gericht auch nur die Möglichkeit zu geben, dies auch wirklich festzustellen. Frank La Rue, präsidialer Menschenrechtskommissar, sieht dafür andere Gründe als entscheidend an. Es gäbe Gerüchte, dass *einige Abgeordnete* im Kongress *viel Geld* erhalten hätten, um die Initiative zu blockieren – Geld, das von den zu untersuchenden Gruppen selbst stamme.⁷³⁰

Ohne Zweifel gingen hier zwei Motive Hand in Hand. Große Teile der konservativen Mehrheit des Landes schienen es Leid zu sein, unter ständigem Druck zugunsten eines kulturellen Wandels zu stehen, den sie selbst ablehnten. Und ein unbekannter Anteil dieser Gruppen, die traditionell der Aufstandsbekämpfung näher standen, fühlte sich in seinen illegalen Interessen bedroht.

4.1. Der Sicherheitssektor: Wandel, Beharren und Rückschritt

Die neue Konstellation, aber auch das fatale sicherheitspolitische Erbe des Vorgängers vor Augen, reagierte die Regierung mit einer neuen Rezept-Mixtur. Entschiedener als zuvor überwand sie den Reformstau, ebenso entschieden beharrte sie aber auch auf umstrittenen Lösungen, bis hin zur Rückkehr in die Vergangenheit.

4.1.1. Militärreform – und der Aufbau der zivilen Achse

In der neuen Militärpolitik zeigt sich dieser Widerspruch weniger, denn hier galt es zu Anfang, den erlebten Machtmissbrauch und die Korruption in der Armee zu bekämpfen. Vor dem Hintergrund aufkommender Diskussionen, die Armee als solche aufzulösen und in eine Nationalgarde zu verwandeln, entschied sich Berger stattdessen dafür, die Mannschaftsstärke des Militärs erneut zu verkleinern – von angeblich 27.000 auf 16.500.

Die Armee schwieg und unterwarf sich diesem Schritt, der jedoch keinen Versuch darstellte, eine auch objektive Kontrolle über sie herzustellen, also ihre Einordnung in ein rechtsstaatliches Institutionengefüge von Kompetenzen und Kontrollen. Trotzdem versuchten Rechnungshof und Justiz erstmals die Ausgabenpraxis der Armee zu kontrollieren. Tatsächlich fehlten nach ihren Ermittlungen im Haushalt des gerade aufgelösten militärischen Oberkommandos des

⁷²⁸ Vgl. Informationsdienst *Inforpress*: 20.08.2004, Nr. 1573. S. 8f.

⁷²⁹ Zitiert nach einem Abdruck in *Inforpress*: 20.08.2004, Nr. 1573. S. 8f.

⁷³⁰ Informationsdienst *Inforpress*: 19.05.2004, Nr. 1559. S. 6f.

Präsidenten, EMP, umgerechnet rund 25 Millionen Euro. 183 Firmen sollen in einem Netzwerk der Korruption aktiv gewesen sein. Nur eine einzige Person unterschrieb dabei Rechnungen von insgesamt 80 Firmen, die alle an den EMP gestellt wurden.⁷³¹ Weitere umgerechnet rund 90 Millionen Euro waren in diesen vier Jahren im Haushalt des Militärs unter der Rubrik Staatsgeheimnis verbucht worden. Und nur für 4 Millionen hätten sie stützende Belege, erklärte ein Rechnungsprüfer in einem Zeitungsinterview.⁷³² Mückennetze, Stiefel oder auch Reifen waren in dieser Kategorie als Geheimnis aufgeführt worden.⁷³³

Dennoch wurde mit der Reform ein riesiger Schritt vollzogen. Sieben der 12 Militärzonen wurden im Laufe der Reduzierung geschlossen und das übrige Personal neu stationiert. Zu den Erfolgen kann sicherlich auch die Tatsache gezählt werden, dass nach nur 6 Monaten im Amt eine neue Militärdoktrin vorgestellt werden konnte, die – ebenso wie das Weißbuch zuvor – auf Diskussionen beruhte, die über Monate mit der Zivilgesellschaft unternommen worden waren. MINUGUA würdigt die Rolle der Menschenrechte in der neuen Doktrin und die nun begrenzte Rolle des Militärs in der inneren Sicherheit.⁷³⁴ Als dann Anfang 2005 ein neuer Minister ernannt werden sollte, übergab Berger den eigentlich Höchststrangigen in der Nachfolge, eventuell weil er im Ruf stand, selbst verborgenen Einflusststrukturen anzugehören.

Mit der formellen Unterwerfung, Verkleinerung und Begrenzung der Aufgaben der Armee war aber gleichzeitig keine Bereitschaft verbunden, ihre letzten Domänen der zivilen Kontrolle zu öffnen. Vor allem der Haushalt, aber auch die interne Ausbildung sowie alle Fragen, die dem historischen Selbstbild, dem Ansehen und der Ehre der Armee entgegenstanden, wurden weiter in eigener Regie zu regeln versucht. In der neuen Militärdoktrin zum Beispiel wurde in über 60 Seiten kein Kommentar zur Geschichte abgegeben. Natürlich kann man das auch positiv sehen, denn noch während der Zeit von Präsident Arzú hatte ein rechtfertigender Ton die Selbstdarstellung begleitet. Aber bei den Recherchen des Rechnungshofs fiel zum Beispiel auf, dass ein im Rahmen des Mordes an Bischof Gerardi verurteilter Offizier weiter seinen Sold kassierte.⁷³⁵

Und auch die einmalige und nur begrenzte Revision des Militärhaushalts war auf lang andauernden Widerstand von Seiten des Ministers und mehrerer ehemaliger Verteidigungsminister gestoßen. Rechnungsprüfer erhielten anonyme Drohungen. In der Revision um den gerade aufgelösten EMP zeigt sich gar die mittlerweile große Stärke und Gewaltbereitschaft paralleler Mächte aus dem Umfeld des Militärs und ihrer illegalen Sicherheitsapparate, denen sich die Armee als solche nicht entgegenstellte, obwohl nur ihre Geheimdienste dazu ausgestattet waren. Ob aus Komplizenschaft oder Korpsgeist, im Ergebnis begünstigte die Armee damit die Kriminalisierung des Staates. Mitarbeiter des EMP wurden überrascht, wie sie systematisch Akten und Papiere dem Reiß-

⁷³¹ Tageszeitung *Prensa Libre*: 09.11.2004, S. 4f.

⁷³² Tageszeitung *Prensa Libre*: 22.10.2004, S. 3.

⁷³³ Tageszeitung *El Periódico*: 16.11.2004, S. 4.

⁷³⁴ Aus Tageszeitung *Prensa Libre*: 09.08.2004, S. 6.

⁷³⁵ Tageszeitung *El Periódico*: 06.10.2004, S. 4. Nur sehr bedingt unterwarf sich die Armee der nationalen Justiz. Doch dazu mehr in VI/4.2. und 4.3.

wolf übergaben.⁷³⁶ Die Interessen waren hier so groß, dass vermutlich unsichere Mitwisser sogar per Mord aus dem Wege geräumt wurden.⁷³⁷ Wie geringfügig der Wille ausgeprägt war, sich in der internen Organisation beobachten zu lassen, zeigt ebenso der Prozess um die Reduzierung. Obwohl in diesem einen Fall ganz Guatemala über die Medien die Vorgänge verfolgte, gelang es nicht, eindeutig die tatsächliche Zahl der aktiven Soldaten festzustellen, die denn reduziert werden sollte. Vermutlich hatte man 6.000 der über 10.000 zu streichenden Stellen schon vorab auslaufen lassen, derweil aber weiter die entsprechenden Gehälter kassiert.⁷³⁸

Wie dem auch sei, am Ende des ersten halben Jahres war die Armee kleiner und in ihren Aufgaben deutlicher begrenzt. Einmal abgesehen von der mangelnden objektiven Kontrolle, ebenso wenig ging damit einher, die zivile Sicherheit als Alternative jetzt auch institutionell zu garantieren. Vielmehr schien das gewisse Machtvakuum, das der Teilrückzug der Armee im Sicherheitssektor auslöste, von einer zunehmenden Beschäftigung ehemaligen Militärpersonals in den zivilen Organen und auch von Privatisierungstendenzen aufgefangen worden zu sein. Die Institutionen selbst wurden nicht stabiler.

Tatsächlich schuf Präsident Berger – so wie es der Frieden seit langem vorgesehen hatten – Anfang des Jahres den ihn beratenden Sicherheitsrat, CAS, aus Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft.⁷³⁹ Aber auf ihn hören wollte er von Anfang an nicht, nicht einmal zuhören wollte er ihm. Iduvina Hernández, bis zu ihrem Rücktritt Mitglied des Rats:

„Für Berger war das von Anfang an nur ein Spielzeug. Zuerst dachte er wohl, dass der CAS nicht wirklich versuchen würde, präsent zu sein. Und als er es doch tat, hat er ihn isoliert. In den entscheidenden Monaten des Ministerwechsels wurde er nicht einberufen. Noch im März 05, als ich ging, gab es keinen Haushalt, man versuchte ihn auszuhungern. Von den Sicherheitsorganen schickte uns nur die SAE ihren Haushalt zur Durchsicht. Im CAS ist die kritische Opposition drin. (Das ist für die Regierung nützlich, denn einmal im Rat) geht die nicht mehr an die Öffentlichkeit und beklagt sich über die mangelnde Kooperation des Präsidenten.“⁷⁴⁰

Und die SAE? Das zivil geprägte Sekretariat für Strategische Analysen entließ die Hälfte seiner jetzt schon erfahrenen zivilen Belegschaft und stellt neue Zivilisten ein, zumeist Frauen. Der Moment der Konsolidierung der zivilen Alternative wurde damit aber gestoppt, so Iduvina Hernández.⁷⁴¹ Monate später wird genau dieser Schritt dem Chef des Sekretariats und Verantwort-

⁷³⁶ Vgl. *Prensa Libre*: 09.11.04, S. 4f; *El Periódico*: 30.08.04, S. 666.

⁷³⁷ So vermutlich als einer von mehreren Fällen auch der von Raúl Cerna, EMP-Buchhalter, der nach einer rätselhaften Vergiftung selbst das Krankenhaus aufsuchte und dort starb. Krankenhausangestellte, und ein Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft hielten den Mord über Monate geheim. Auch dieser Fälle wurde nicht aufgeklärt. Vgl. *Prensa Libre*: 17.08.04, S. 5; *El Periódico*: 26.10.04, S. 4 und 27.11.04, S. 4; *Prensa Libre*: 12.12.04, S. 5 und das Editorial von *El Periódico*: 31.03.05, S. 16.

⁷³⁸ Sandino Asturias sieht einen Beleg darin, dass die abgebauten Stellen und die Abfindung für die Demobilisierten nicht übereinstimmten (07.11.05). Ähnlich *Prensa Libre*: 21.04.04, S. 10.

⁷³⁹ CAS steht für *Consejo Asesor de Seguridad*.

⁷⁴⁰ Interview mit Iduvina Hernández, 16.11.2005.

⁷⁴¹ Ebenda.

lichen für den Wechsel, Edmundo Urrutia, zum Verhängnis. Berger entlässt ihn und ernennt einen Mann an die Spitze, der bereits bis 1999 unter dem militarisierten Sekretariat dort aktiv war. Und sein erster Schritt: Er entlässt nun auch die gerade Eingestellten und holt zum Teil Personal, mit dem er schon damals in der SAE gewesen war.⁷⁴²

Als ebenso instabil erwies sich das Sekretariat, welches den berüchtigten EMP abgelöst hatte – die SAAS. Nachdem es jahrelang trainiert und als zivile Behörde aufgebaut worden war, wurden gegen Ende der Regierung Portillo auf einen Schwung hunderte ehemalige EMP-Mitglieder aufgenommen, die zum Teil unter Verdacht stehen, schwere Menschenrechtsverletzungen verübt zu haben.⁷⁴³ Kaum ist Berger im Amt entlässt er zunächst die Hälfte des SAAS-Personals – vielleicht waren sie ihm seinem Vorgänger zu nah – und setzt Mitglieder einer ihm vertrauten privaten Sicherheitsfirma an ihre Stelle.⁷⁴⁴

Widersprüchlich schien vor allem die Sicherheitspolitik von Seiten des Innenministeriums. Wie zuvor vertraute der erste Minister auf gemischte Patrouillen zwischen Polizisten und Soldaten. Dabei waren diese in der neuen Militär-Doktrin praktisch untersagt worden.⁷⁴⁵ Aber nach vier Jahren Vernachlässigung in der Zeit von Präsident Portillo hatte die Korruption innerhalb der Polizei ein Niveau erreicht, das aus Sicht des Ministers keine Alternativen zuließ. Unaufhörlich stieg auch die Gewaltkriminalität an, und nach einem Mord an einen Repräsentanten des Privatsektors kam ein neuer Mann. Das Amt übernahm Carlos Viemann, ehemals ein hoher Funktionär der Unternehmerverbände, dessen Familie hinter vorgehaltener Hand verdächtigt wird, während des Krieges in Todesschwadronen verwickelt gewesen zu sein.⁷⁴⁶

4.1.2. Reformen: im Sprung nach vorne

Diesem neuen Mann bescheinigt MINUGUA kurz vor der endgültigen Schließung seiner Büros Ende 2004, mit seinem strategischen Plan eine Linie zu verfolgen, die das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen kann. Das ist *ein guter Anfang*, heißt es, fügt aber dann aus leidvoller Erfahrung hinzu, *so weit der Staat auch tatsächlich die nötigen Reformen unternimmt*.⁷⁴⁷ Wie kein anderer treibt Viemann die Säuberung der Polizei voran. Er verlängert die Ausbildung der Polizisten von sechs auf elf Monate und erhöht endlich die Anforderungen für die Bewerber.⁷⁴⁸ Und er führt den Lügendetektor ein – als ein Mittel, korrupte und kriminelle Polizisten unter Druck setzen zu können. Zwei Drittel der 400 befragten Drogenpolizisten fielen bei diesem Test durch und sogar drei Viertel der Polizisten, die sich für den Zoll bewarben.⁷⁴⁹ 2005 entlässt Viemann 2.500 Polizisten, die vermutlich in kriminellen Aktivitäten

⁷⁴² Interview mit Francisco *Jiménez*, Ex SAE-Chef, 21.11.2005.

⁷⁴³ Tageszeitung *El Periódico*, 09.01.2004, S. 6.

⁷⁴⁴ *Hernández*, Iduvina: Camino rocoso. Avances y desafíos de la reforma de inteligencia de Guatemala, in: Zeitschrift WOLA, Informe Especial. September 2005. S. 8. Im Interview ergänzt Hernández, dass letztlich drei Viertel des SAAS-Personals von Ende 2003 unter Berger entlassen wurden. 16.11.05.

⁷⁴⁵ Tageszeitung *El Periódico*: 01.07.04, S. 4.

⁷⁴⁶ Interview mit einem Staatsfunktionär, der anonym bleiben möchte. Nr. 182/2005.

⁷⁴⁷ *MINUGUA*, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28, Ziffer 120.

⁷⁴⁸ Tageszeitung *El Periódico*: 02.10.2004, S. 4.

⁷⁴⁹ Tageszeitung *Prensa Libre*: 04.01.06, S. 3 und 19.07.06, S. 5.

verwickelt waren. Ein Labor für Polizeiermittlung wird aufgemacht und Vielmann erreicht, dass der Kongress einem Forensischen Institut und sogar dem lange umstrittenen zivilen Geheimdienst, DIGICI, zustimmt.⁷⁵⁰ Ein Vize-Minister für die Unterstützung der Gemeinden, ein Instrument der Gewaltprävention, war schon unter seinem Vorgänger eingeführt worden.⁷⁵¹ Nach den Jahren des Stillstands ist dies wahrlich ein Sprung nach vorne.

4.1.3. ... und gleichzeitig zurück: Militarisierung

Die Reformen sollten das Sicherheitssystem funktionsfähig machen, ein strikt ziviler Geist lag ihnen nicht zugrunde. So stellt der neue PNC-Chef, Sperisen, ebenfalls aus dem Unternehmensektor, 20 militärische Berater ein, was bei den Karrierepolizisten zu dem für sie erniedrigenden Eindruck führt, Untergebene der Militärs zu sein. *Die haben die Kontrolle, wir können keine Entscheidungen mehr fällen*, so werden sie zitiert.⁷⁵² Bei Sperisen entspricht diese Entscheidung einem wohl grundsätzlichen Vertrauen in das Militärische. Die *haben Mystik und wissen, Befehle umzusetzen*, hört man aus seinem Munde.⁷⁵³

Säuberungen und Kontrollen senkten die Zahl der Polizisten aber, statt sie kontinuierlich zu vergrößern. Carlos Vielmann ignoriert daher die nationale und internationale Menschenrechtskritik und lässt 3.000 ehemalige Militärs für gemeinsame Patrouillen anwerben und verspricht ihnen die Möglichkeit, nach Teilnahme an den Kursen der Polizeiakademie in die PNC aufgenommen werden zu können. Auch sonst soll das Militär helfen. Weitere 3.000 Soldaten helfen bei der Bewachung der Gefängnisse⁷⁵⁴ und noch im Jahre 2004 einigen sich Innen- und Verteidigungsminister im Kampf gegen die illegale Abholzung zusammenzuarbeiten.⁷⁵⁵ Den zivilen Geheimdienst gerade erst geschaffen, kann es auch nicht überraschen, dass immer noch der militärische Dienst gegen die organisierte Kriminalität eingesetzt wird, vor allem gegen Banden von Autodieben.⁷⁵⁶

Tatsächlich durchbricht Vielmann damit in vielerlei Hinsicht eine Blockade in der Konzeption der öffentlichen Sicherheit, indem er Ja zu Beidem sagt: zu gleich einer Reihe ziviler und/oder funktioneller Reformen und ebenso zur größtmöglichen Einbeziehung des Militärs. Dahinter steckt aber noch ein zweiter Blockade-Grund. Internationale Vergleiche zugrunde gelegt, sollte es in Guatemala nämlich 44.000 Polizisten geben.⁷⁵⁷ Ihre tatsächliche Anzahl ging in diesen Jahren aber auf gut 18.000 zurück. Die extrem geringe Steuerquote in Guatemala, ein wesentliches Interesse der organisierten Unternehmerschaft, lässt einen deutlichen Zuwachs der Polizei außerdem kaum zu. Da erscheinen die 16.500 Soldaten als willkommene Ergänzung. So ist es nur

⁷⁵⁰ *Prensa Libre*: 09.02.06, S. 10; *El Periódico*: 13.10.05, S. 6. Auch wenn dem neuen Geheimdienst Wochen später kein eigener Haushalt zur Verfügung gestellt wird. Aus, *Prensa Libre*: 26.11.05, S. 12.

⁷⁵¹ *MINUGUA*, 2004a: a.a.O. Anm. IV/28, Ziffer 121.

⁷⁵² Tageszeitung *El Periódico*: 08.07.05, S. 4.

⁷⁵³ Tageszeitung *El Periódico*: 20.01.05, S. 4.

⁷⁵⁴ Tageszeitung *Prensa Libre*: 24.10.06, S. 4.

⁷⁵⁵ Tageszeitung *Prensa Libre*: 22.10.04, S. 34.

⁷⁵⁶ Tageszeitung *El Periódico*: 20.10.05, S. 3.

⁷⁵⁷ *PNUD*, 2003b: a.a.O. Anm. VI/602, S. 94.

logisch, dass der Minister zeitweise über eine Fusion von Polizei und Militär nachdachte.⁷⁵⁸

4.1.4. ... Repression und soziale Säuberung

Der militärischen Mystik, die der Polizeichef so schätzte, hafteten aber auch Schattenseiten an – mitunter unbeabsichtigte, aber sicher auch gewollte. Die Rede ist von der repressiven Form, Konflikte zu lösen. Relativ schnell setzte der Innenminister seine Polizei ein, um ein Problem zu lösen, dass den Großgrundbesitzern dringlich war: die Landbesetzungen. Mehrfach wurden solche Ländereien geräumt, wobei es jetzt immer öfter auch zu tödlichen Übergriffen der Sicherheitskräfte kam. Bei der Räumung in Nueva Linda marschierten 900 Polizisten und 80 Militärs auf. Drei Polizisten starben bei den Auseinandersetzungen, sieben Bauern wurden aus nächster Nähe erschossen.⁷⁵⁹

Noch ganz kurz vor dem endgültigen Abzug, erhielt MINUGUA besorgniserregende Information. Im Jahr 2004 sagt Michel Andrade: Carlos Vielmann *wird vorgeworfen, eine Vergangenheit zu haben, bei der er selbst Todesschwadronen organisiert und finanziert haben soll.*⁷⁶⁰ Aber ist das nicht lange her? Im Februar 2006 veröffentlicht dann der Ombudsmann für Menschenrechte, Sergio Morales, einen alarmierenden Bericht. 45 Mitglieder von kriminellen Banden seien in den vergangenen 6 Wochen tot aufgefunden worden, in der Regel mit verbundenen Händen und mit Folterspuren. War der Staat daran beteiligt? Die PDH, so heißt das Büro des Ombudsmanns, sah dies als soziale Säuberung, betonte aber zugleich, dass dies auch von Personen aus dem weiteren Umfeld staatlicher Sicherheitskräfte kommen könne.⁷⁶¹ Schließlich war die Technik auch im Kriege von den damals operierenden Todesschwadronen angewandt worden. Monate später zählt eine Statistik der Menschenrechtsbewegung 408 solcher Hinrichtungen in den vergangenen zwei Jahren auf.⁷⁶² Interessant ist, dass diese Information nur relativ weit hinten auf der Seite acht der Zeitung veröffentlicht wurde. Wohl auch deshalb und auch der Quelle wegen – nicht wenige Botschaften waren der meist links gerichteten Menschenrechtsbewegung nicht wohl gesonnen – ging die Kooperation zwischen internationalen Gebern und dem Innenministerium ungestört weiter.⁷⁶³ Wochen nachdem Sicherheitskräfte das Gefängnis Pavon gestürmt hatten, drangen neue Informationen auf die vorderen Seiten der Zeitungen. Die Getöteten seien nicht im Schusswechsel gestorben, sondern regelrecht hingerichtet worden, hieß es in einem weiteren Bericht des Ombudsmanns.⁷⁶⁴

Im Februar 2007 lief das Fass dann doch über. Drei Abgeordnete aus El Salvador waren im Nachbarland ermordet worden. Guatemaltekeische Polizisten hatten sie illegal hingerichtet und ihr Auto verbrannt. Angeblich, so ließ einer der Festgenommenen entschuldigend verlauten, hätten sie Hinweise ge-

⁷⁵⁸ Tageszeitung *El Periódico*: 30.06.05, S. 3.

⁷⁵⁹ *Spence*, 2004: a.a.O. Anm. VI/456. S. 72f.

⁷⁶⁰ Interview mit Michel *Andrade*, MINUGUA, 25.10.2004.

⁷⁶¹ Aus der Tageszeitung *El Periódico*, 10.02.06, S. 2f.

⁷⁶² Aus, *Prensa Libre*: 23.08.06, S. 8.

⁷⁶³ Das Gesagte gilt gerade auch für die damalige Botschaft Deutschlands und die (deutsche) GTZ.

⁷⁶⁴ Tageszeitung *Prensa Libre*: 29.12.2006, S. 2f.

habt, die Insassen hätten Drogen transportiert:⁷⁶⁵ *Wir haben die (Abgeordneten) verbrannt, weil uns wurde gesagt, dass sie kolumbianische Drogenhändler waren und wir glaubten das.*⁷⁶⁶

Erst jetzt war der Skandal nicht mehr aufzuhalten. Die Spuren verwiesen auf das engste Umfeld des Ministers, denn ein Informant, der sich unter den Schutz des Ombudsmanns für Menschenrechte stellt, erzählt den Ablauf der sozialen Säuberungen vom Auftrag bis zur Ausführung im Detail. Die vier verhafteten Polizisten werden derweil während der Untersuchungshaft unter dubiosen Umständen umgebracht, ein Akt der in der Öffentlichkeit als Versuch gewertet wird, die Aktionen straflos zu halten, Zeugen mundtot zu machen und weitere potentielle Zeugen abzuschrecken. Aber noch immer versuchten Präsident Berger und der Unternehmerverband CACIF sich schützend vor ihren Mann zu stellen. Seine Verdienste seien größer als seine Vergehen, hieß es.⁷⁶⁷ Dann tritt Viemann zurück.

Eine Reflektion zum Prozess des Wandels in Guatemala muss eines eingestehen. Die internationale Gemeinschaft hat dem Land sehr lang einen Maßstab vorgehalten hat, den es mehrheitlich nicht bereit schien, anerkennen zu wollen. Gerade in der Phase der neuen Freiheit wurde aber dann doch ein Wandel sichtbar. Einige der über Jahre propagierten Reformvorschläge fanden in dieser Zeit endlich Gehör. Aber gleichzeitig wagten nach den Militärs unter Portillo jetzt auch die Repräsentanten der alten unternehmerischen Eliten eine Rückkehr in das, was ihnen im Kriege nützlich gewesen war. Aber das Land war mittlerweile doch ein anderes geworden. Trotz heimlicher Sympathien vieler Menschen für die Praxis der sozialen Säuberungen, die organisierte Öffentlichkeit wollte das nicht mehr mittragen. Und so zog der partielle Schritt in die Vergangenheit letztlich doch eine neue Anpassung nach sich. Nach Viemann ernannte der Präsident für die letzten Monate seiner Regierung eine Frau und Mitglied des zuvor ungeliebten CAS zur Ministerin: Adela Torrebiarte.

4.1.5. Die Nebeneffekte der Repression

Als Carlos Viemann das Innenministerium übernahm, da hatte er vier Jahre und sechs Monate erlebt, in denen die Kriminalitätsstatistiken ohne Unterlass nach oben geschneit waren. In der politischen Macht und im Sicherheitssektor zeigte sich eine fortschreitende innere Dekomposition. Neben diesen Ansätzen langfristiger Reformpolitik versuchte Viemann womöglich – bildlich ausgedrückt – die Schlange zu köpfen. Tatsächlich fiel die Zahl der Autodiebstähle, deren Opfer in der Regel Mittel- und Oberschichten waren, von 11.000

⁷⁶⁵ Tageszeitung *Prensa Libre*: 28.02.2007, S. 4.

⁷⁶⁶ Das Zitat habe ich nicht deshalb präsentiert, um die Aussage als wahr zu qualifizieren, sondern weil es eine Stimmung kennzeichnet, in der die Täter sich damit zu entschuldigen können glauben. Zitat abgedruckt in einem Kommentar der Direktorin von *El Periódico*, Sylvia Gereda, 01.03.2007, S. 13.

⁷⁶⁷ Im Original sagt der Präsident: (Viemann) *ha hecho un trabajo en el que pesa más lo positivo que lo negativo*. *El Periódico*: 08.03.07, S. 4. Nicht selten standen im Kriege Unternehmerfamilien hinter den Todesschwadronen. Lange vor den Skandalen erzählte mir ein Regierungsfunktionär, der anonym bleiben möchte, dass auch der Vater der Präsidentengattin solche Gruppen organisierte und finanzierte, um seine Interessen zu schützen. Interview 182/2005.

im Jahre 2003, über 7.250 (2005), auf nur noch 3.000 (2006).⁷⁶⁸ Die Gewalt und die organisierte Drogenkriminalität schienen so aber nicht gestoppt werden zu können. Die Zahl der Morde, darin auch die Opfer der sozialen Säuberung, stieg von 4.200 im letzten Jahr der Regierung Portillo,⁷⁶⁹ kontinuierlich auf rund als 6.000 (2006) an.⁷⁷⁰ Mario René Cifuentes, ein ehemaliger Funktionär aus Polizei und Innenministerium:

„Mit dem Thema der Drogen hatte die Regierung Berger von Anfang an zwei große Probleme. ... Sie zeigte nie größeres Interesse daran, niemals, von Anfang an. Und zweitens: Sie erlaubte im Rahmen ihrer Politik der Todesschwadronen (mit dem Ziel, die Kriminalität zu bekämpfen), dass diese Gruppen Drogen rauben oder andere Funktionen übernehmen. Sie wurde erpressbar. Die Regierung hat also erlaubt, dass das Drogengeschäft sich institutionalisiert: Töten und Drogengeschäft kamen zusammen. Das große Problem der Polizei heute ist, dass sie selbst weiß, dass ihre Leute im Drogengeschäft sind. Das ist so normal geworden, das macht die Polizei für viele Bewerber attraktiv.“⁷⁷¹

Die Statistiken sprechen für die These von Cifuentes. Wurden 2003, im letzten Jahr der Regierung Portillo, noch 9,2 Tonnen Kokain beschlagnahmt, waren es in den beiden Folgejahren nur jeweils fünf. 2006 fiel die Ziffer auf gerade einmal 280 kg.⁷⁷² Zugleich wurden Polizeibeamte vermehrt Opfer der Gewalt. Traditionell sind schon seit 1998 jährlich um die 70 Polizisten erschossen worden, die meisten dann, wenn sie keine Uniform trugen. Aber 2005/06, in der Zeit, als sich in und um die Polizei Todesschwadronen konstituierten, wurden jeweils mehr als 120 Beamte erschossen.⁷⁷³ Ihr Interesse, selbst an den Drogengeschäften teilzunehmen, könnte ein Grund für diesen Anstieg sein.

Während die Methoden der Sicherheitspolitik also Teile der organisierten Kriminalität zurückzudrängen schienen, sorgten sie zugleich für deren Wachstum in anderen Bereichen. Und während man die Polizei ernsthafter als zuvor zu säubern dachte, trug man an anderer Stelle wieder zu deren fortschreitender Kriminalisierung bei. Repression ist nicht nur ein Widerspruch zu gleich mehreren Teilregimen der Demokratie, unter den Bedingungen eines sich demokratisierenden und vielleicht sogar schwächelnden Staates ist sie auch als Mittel der Verbrechensbekämpfung langfristig kontraproduktiv.

⁷⁶⁸ Zahlen der PNC, nach *El Periódico*: 20.02.06, S. 6 und *Prensa Libre*: 29.12.06, S. 10. Die Zahlen des Jahres 2006 wurden vorläufig mit 2.500 angegeben, werden in der Regel aber noch deutlich nach oben korrigiert.

⁷⁶⁹ Zahlen des Innenministeriums, nach *El Periódico*: 15.01.2005, S.7.

⁷⁷⁰ Zahlen der PNC, abgedruckt in *Prensa Libre*: 29.12.06, S. 10. Die Zahlen aus dem Jahre 2006 sind vorläufig und werden in der Regel leicht nach oben korrigiert.

⁷⁷¹ Interview mit Mario René Cifuentes, jahrelang Funktionär in PNC und Innenministerium. 18.04.07.

⁷⁷² Zahlen von MP und PNC, abgedruckt in *El Periódico*: 17.02.07, S. 6. Die Zahl, 30 Tonnen, geht 2007 aus dem US-Bericht *Estrategia para el Control Internacional de Narcóticos* hervor. Abgedruckt in *Prensa Libre*: 02.03.2007, S. 2. Ein Interviewpartner aus dem Innenministerium ging von deutlich höheren Mengen Kokain aus, die über Guatemala geschmuggelt werden.

⁷⁷³ Zahlen von PNC und GAM, abgedruckt in *El Periódico*: 29.01.2007, S. 2f.

4.1.6. Der Kongress zeigt Wirkung

Die Kriminalisierung von Staat und Sicherheitssektor zu Zeiten von Portillo hörte unter Berger also nicht auf. Nur die Schwerpunkte der Problematik verschoben sich leicht: neben der Polizei wurde jetzt vermehrt der Kongress hineingezogen. Zunächst hat dies mit dem Zerfall der traditionellen Mächte des Landes zu tun, dem Unternehmertum und der Armee. Dem entsprach aber zugleich eine Zersplitterung des ohnehin schwachen Parteiensystems. Ohne Mehrheiten im Kongress nahmen nämlich auch die Bindung der Fraktionen zum Präsidenten ab und die Einflüsse von außen zu.

Ein weiterer Aspekt ist das Geld. In einer entideologisierten Gesellschaft mit klientelistischer Tradition sichert der Nutzen die Treue des Abgeordneten.⁷⁷⁴ Die Minderheitenregierung Berger musste sich ihre Handlungsfähigkeit oft teuer erkaufen. Fraktionsvorsitzende oder Meinungsführer in den Parteien – je größer der Einfluss eines Abgeordneten, desto mehr Recht bekam er zugesprochen, in seinem Wahlkreis Projekte ausführen zu können.⁷⁷⁵ Nicht selten aber konnten die Volksvertreter empfehlen, wer die Arbeit auszuführen hatte, eine lukrative Quelle für Kommissionen. Besser noch, wenn man über Mittelsmänner selbst Besitzer der beauftragten Firma war. Nineth Montenegro kann als Abgeordnete von mehreren solcher Kollegen berichten.⁷⁷⁶ Einige hätten Kontakte zum organisierten Verbrechen oder würden dem gar selbst angehören, erzählt mir ein anderer Parlamentarier. Sicher sind solche Informationen mit Vorsicht zu sehen, aber einer der genannten Abgeordneten stand Wochen später im Mittelpunkt eines Skandals. Nach Polizeiangaben wird Manolo Castillo heute nicht nur als Drogenboss betrachtet, sondern steht auch im Verdacht seine Ehefrau erschlagen zu haben.⁷⁷⁷ Überraschen kann es unter diesen Bedingungen kaum, wenn mehrere Sicherheitsgesetze, die gegen illegale Interessen verstießen, schon im Kongress sabotiert wurden. Im April 2006 zum Beispiel wurden kurz vor Verabschiedung des Gesetzes gegen das organisierte Verbrechen der Schmuggel und der Diebstahl von Autos aus dem Text gestrichen. Die Strafen für 28 weitere brisante Delikte wurden um die Hälfte reduziert.⁷⁷⁸ Wochen später wieder ein Akt dieser Natur, diesmal wurde das ohnehin stark abgemilderte Gesetz gegen die Steuerhinterziehung aufgeweicht – und zwar wieder im letzten Moment der dritten Lesung.⁷⁷⁹

Nichtsdestoweniger wirft die Stiftung Myrna Mack dem Kongress vor, in Sachen Sicherheit grundsätzlich repressive Gesetze zu verabschieden. Gefängnisaufenthalte beinah ohne Rehabilitierung, relativ freier Zugang zu Waffen

⁷⁷⁴ Die Parteien in Guatemala sind oftmals auf die unermüdliche Arbeit ihrer kleinen und großen Förderer angewiesen. In der Hoffnung auch zum Gewinner zu gehören, wird gearbeitet oder gespendet. Je mehr solcher Anhänger eine Partei gesammelt hat, desto mehr steht sie in deren Schuld. Gezahlt wird dann mit gesicherten Aufträgen, Einfluss zugunsten der Partikularinteressen oder mit einem Arbeitsplatz. Auch deshalb ist es ein frommer Wunsch, sich Institutionen ohne große personelle Veränderungen zu wünschen. Zumal viele der existenten Mitarbeiter über denselben Weg an ihre Arbeitsstellen gelangt sind: sei es die Sekretärin, der Türsteher oder leitendes Personal.

⁷⁷⁵ Siehe die Artikel zum *PACUR*-Skandal, so hieß der extra für solche Zwecke aufgelegte Fond.

⁷⁷⁶ Interview mit Nineth *Montenegro*, 16.11.2005.

⁷⁷⁷ Interview mit einem Abgeordneten, der anonym bleiben wollte. Nr. 166/2005.

⁷⁷⁸ Aus *Prensa Libre*: 05.04.2006, S. 5.

⁷⁷⁹ Aus *Prensa Libre*: 02.06.2006, S. 3.

und ein starker Geheimdienst mit möglichst wenigen Kontrollen⁷⁸⁰ - dies sind Beispiele für Positionen, die den persönlichen Interessen und Möglichkeiten, für eigene Vergehen straflos zu bleiben, nicht unbedingt entgegenstehen und zugleich einer Mentalität entsprechen, die viele der Abgeordneten noch immer mit den Zeiten des Krieges verbindet.

Mit ihrer Weigerung, sich verborgenen Mächten entgegenzustellen sowie der fortschreitenden Korrumpierung und Kriminalisierung in Kongress und Polizei hat die Regierung Berger dazu beigetragen, einige demokratische Defekte zu verfestigen. Gegen Ende der Legislaturperiode ging sogar die Angst um, der nächste Kongress würde nicht nur vom Drogen-Handel finanziert, sondern auch personell enger an ihm gebunden sein.

4.2. Die Vergangenheitspolitik: Niedergang trotz Aufschwung

Der Zusammenprall der politischen Akteure hatte gegen Ende der vier Jahre der Regierung Portillo nicht nur das Militär diskreditiert und so eine erneute Reform nötig gemacht. Auch die Kriegsvergangenheit war im Kampf um die Macht instrumentalisiert worden und ließ zwei überhitzte Themen zurück: die Entschädigung an die Ex-PAC und die Wiedergutmachung an die Opfer des Konflikts. Noch im Wahlkampf hatte Berger den Opfer-Organisationen, vor allem aber den weitaus zahlreicheren Ex-PAC versprechen müssen, sie ebenso wie die FRG es plante, entschädigen zu wollen. Beide zum Teil antagonistischen Gruppen – die Verwirklichung ihrer politischen Ziele und die sie provozierenden Erfolge des politischen Gegners vor Augen – hatten einen beträchtlichen Willen zur Konfrontation akkumuliert. Die Wahlsieger wollten nun für Ex-PAC und Opfer eine Lösung finden, die denen Mobilisierungspotential nehmen würde, ohne die eigenen langfristigen Einstellungen zu kompromittieren. Die Themen sollten abkühlen können. Das war der Rahmen für die Politik der Entschädigungen und die allgemeine VP.

Der kleinste gemeinsame Nenner, den der COPREDEH-Chef Frank La Rue, einst prominenter Menschenrechtsaktivist, und Vize-Präsident Eduardo Stein vor diesem Hintergrund mit der konservativen Regierungsmehrheit aus dem Unternehmerlager finden konnte, war im Wesentlichen die Politik der Anerkennung. Schon im Jahr 2000 war sie von Víctor Hugo Godoy aufgebaut worden, hatte aber nur mit Widersprüchen und vielen Rückschlägen umgesetzt werden können. Symbolhaft drückt sich diese Politik am 25. Februar 2004 aus. Nicht einmal anderthalb Jahre nach dem FRG-Dekret zu einem Tag der Würde, der neutral den Müttern gedachte, wird nun schon wieder ein neuer Tag bestimmt. In einem Eilverfahren wird mit zwei Drittel Mehrheit in nur einer Lesung eben dieser 25. Februar bestimmt, an dem vor fünf Jahren der Bericht der Wahrheitskommission CEH präsentiert worden war. Ist das eine Konzession an die internationale Menschenrechts-Perspektive? Die Transformationsansprüche der CEH sind der Begründung allerdings nicht zu entneh-

⁷⁸⁰ *Fundación Myrna Mack*. Congreso de la República: La confrontación política, la carrera electoral y las prácticas maliciosas amenazan la buena marcha de la agenda legislativa en la temática de seguridad. Algunos rasgos que definen el contexto nacional guatemalteco. Dokument der Stiftung. Guatemala, September 2005. S. 3.

men. Stattdessen ist lediglich die Rede davon, dass die Zivilgesellschaft diesen Tag befürworte und man damit den Weg der *Aussöhnung* begehen wolle.⁷⁸¹ Ohne Verantwortung für das Geschehene zu verteilen, bittet der Präsident aus diesem Anlass um Verzeihung und kündigt gleichzeitig die Einrichtung einer Kommission für das Opferprogramm, PNR, an.

Im Zentrum der Politik der Anerkennung steht das interamerikanische Menschenrechtssystem, CIDH. Zahlreiche gütliche Einigungen mit den überlebenden Angehörigen der Opfer werden in dieser Zeit erzielt und Urteile des Gerichts umgesetzt. Das hat zur Folge, dass die Zeitungen in unregelmäßigen Abständen auch von öffentlichen Akten berichten. Mehrfach bitten Präsident Berger und Vizepräsident Stein öffentlich um Verzeihung, so aufgrund der Rechtsverweigerung im Fall des Mordes an Myrna Mack oder im ersten Urteil zu dem Massaker-Fall, an den Bewohnern der Gemeinde Plan de Sánchez. Das um Verzeihung bitten wird Teil des Alltags. Helen Mack lobt denn auch, dass *Frank* (La Rue, der COPREDEH-Chef) *als erster ganz beeindruckend die Fälle und Urteile erfüllt hat*.⁷⁸² Susana Villagrán, Berichterstatterin der CIDH für Guatemala, hebt den *relativ guten* Willen der Regierung hervor, aber sobald die nationale Justiz gefordert sei, sehe es anders aus. Der Staat sei nicht fähig, zu ermitteln und zu bestrafen. Und ein großes Interesse dies zu ändern, sehe sie auch nicht.⁷⁸³

Gleich zu Anfang der Regierung Berger verspricht die Vize-Außenministerin Marta Altolaquirre in Genf eine weitere Linie der VP. Man wolle bei der Identifizierung der Verschwundenen zu helfen. Neu ist das aber eigentlich nicht. Sie selbst hatte diese Aufgabe schon in der – vergangenheitspolitisch gesehen – sehr restriktiven Regierung Arzú begonnen.⁷⁸⁴ Knapp zwei Jahre später lässt eine Ankündigung dann aber doch größeres erwarten. Berger höchstpersönlich gibt die Einrichtung einer Präsidentialinstanz für die Suche nach Verschwundenen bekannt.⁷⁸⁵ Aber ob die gesucht oder gefunden hat, davon hat nicht einmal das Büro des staatlichen Ombudsmanns für Menschenrechte gehört:

*„Diese Regierungskommission ist ein Phantom. Die wurde verkündet, aber es wurde nie bekannt, wer daran teilnehmen soll. Ich nehme an, dass sie nicht einmal existiert. Das war wieder einmal nur eine (fiktive) Meldung für die Medien, und über deren Umweg vor allem für die internationale Kooperation.“*⁷⁸⁶

Im Vergleich zur bisherigen VP des Staates Guatemala mutet das Nationale Wiedergutmachungsprogramm, das der Präsident von seinem Vorgänger übernahm, wie ein Meilenstein an. Über 10 Jahre sollten den Opfern kollektive und individuelle Maßnahmen in Höhe von jährlich umgerechnet 30 Millionen Euro zu Gute kommen, die von ihnen im Rahmen eines staatlichen Pro-

⁷⁸¹ Siehe Dekret 06-2004 vom 25.02.2004.

⁷⁸² Interview mit Helen Mack, FMM, 13.09.2005.

⁷⁸³ Aus der Tageszeitung *Prensa Libre*: 25.07.2005, S. 10.

⁷⁸⁴ Aus der Tageszeitung *Prensa Libre*: 18.03.2004, S. 10.

⁷⁸⁵ *Diario de Centroamérica*: 16.12.2005, S. 3.

⁷⁸⁶ Interview mit einem leitenden Mitarbeiter der PDH, der anonym bleiben möchte. Nr. 204/07.

gramms selbst zu entwickeln und umzusetzen waren.⁷⁸⁷ Dabei war noch gar nicht klar, wer als Opfer gelten konnte und wie viele die Leistungen des PNR in Anspruch nehmen könnten. 300 Millionen Euro in den Händen einer Opfer-Bewegung, die sich noch unter Portillo in einen ethnisch orientierten Maya-Flügel und einen eher links orientierten aus Mayas und Ladinis gespalten hatten – ein ganz natürlicher Zankapfel. Präsidentin des PNR wurde Rosalina Tuyuc von der *Koordinierungsinstanz der Organisationen für die Wiedergutmachung des Volks der Maya und anderer Menschenrechtsorganisationen*, den Posten des Exekutiv-Direktors bekam Rafael Herrarte, der der konkurrierenden Menschenrechtsbewegung näher war.⁷⁸⁸

Tuyuc versuchte zu Anfang, den Umfang des Programms zu erhöhen und den Begriff vom Völkermord an den Mayas festzuschreiben. Das hätte automatisch alle Angehörigen dieser Ethnien zu Opfern gemacht hätte und sich so in einen auch politischen Hebel zugunsten der Maya-Bewegung an sich verwandelt. Und sie sprach sich dafür aus, nur zivile Opfer als solche anzuerkennen, womit möglicherweise die Opfer aus dem Umfeld der Guerilla hätten ausgeschlossen werden können. Aber zunächst hatte sie keinen Erfolg.

Gut anderthalb Jahre koexistierten beide Gruppen fortan nebeneinander – ohne den erhofften Geldsegen. Im letzten Jahr Portillos hatte der PNR statt umgerechnet drei Millionen, nur etwa 300.000 Euro bekommen. Damals wurde dies noch als Beweis dafür gewertet, dass die Regierung das Opferprogramm nur widerwillig stütze. Aber mit Präsident Berger bekam der PNR im ersten Jahr drei und im zweiten Jahr, statt der versprochenen 30, nur umgerechnet vier Millionen Euro, ohne in der Lage zu sein, das Geld auch auszugeben.⁷⁸⁹ Der PNR, in dieser Konstellation, konstituierte sich nur ganz langsam und blockierte sich gar.

Die destruktiven Dynamiken wurden aber nicht nur von historischen Wunden und politischen Machtkämpfen geschürt. Dahinter standen zwei vollkommen unterschiedliche Agenden der beiden Akteure aus der Zivilgesellschaft. Der *Multi* fehlte es offenbar an Sensibilität für eine Form der Wiedergutmachung, die auch die Kultur der Maya nicht nur zu berücksichtigen, sondern auch wiederherzustellen in der Lage war. Und die *Koordinationsinstanz der Organisationen für die Wiedergutmachung des Volkes der Maya* betonte diesen Aspekt ganz besonders – vielleicht zu sehr. Sonia Anckermann, Ladina und damals im PNR Verantwortliche für das Thema der psycho-sozialen Gesundheit:⁷⁹⁰

„Ich sprach mehrfach mit der Präsidentin (des PNR, der Maya Rosalina Tuyuc) und präsentierte ihr aus meiner psycho-sozialen Sicht die Idee, das soziale Gefüge zu reparieren und die Notwendigkeit eines Prozesses, durch den die Opfer zu Überlebenden würden und dann zu Bürgern. Aber Rosalina sagte, ‚nein, das ist der Moment für die Opfer.‘“

Und ich: *Aber was heißt das?*

⁷⁸⁷ Siehe *El Periódico*: 31.03.2004, S. 8.

⁷⁸⁸ Auf Spanisch: *Coordinadora de Organizaciones para el Resarcimiento del Pueblo Maya y otras organizaciones de Derechos Humanos*.

⁷⁸⁹ Interview mit Sonia Anckermann, Ex PNR, Beauftragte für psycho-soziale Gesundheit, 14.12.05.

⁷⁹⁰ Interview mit Sonia Anckermann, 14.12.2005. Der Begriff „Ladina“ gilt für nicht Indigene Frauen.

„Das sei der Moment für die Maya-Völker, ohne die Ladinós zu berücksichtigen. Aber da ist noch mehr. Für sie und ihre Berater war das Thema der psychischen Gesundheit ausschließlich eine Arbeit der Maya-Priester, der Hebammen und der traditionellen Heiler. Auch in Sachen Gesundheit, da sagten sie, man müsse Maya-Medizin anwenden. Ich denke, diese Medizin hat Potential, aber es gibt Krankheiten, die muss man anders behandeln.“

Sieben Vertreter der Zivilgesellschaft saßen in der Kommission des PNR sechs Vertretern der Regierung gegenüber, aber statt sich untereinander gegen die Regierung abzusprechen, versuchten die Kontrahenten, Teile der Regierung als Alliierte zu gewinnen oder trugen die Konfrontation an die Öffentlichkeit. Letztendlich wurde der PNR von der Regierung interveniert und die Repräsentanten der Zivilgesellschaft damit entmachtet. Bis November 2005 war es nicht einmal in der Lage gewesen, mit den Entschädigungszahlungen zu beginnen. Hatte die Regierung das so vorprogrammiert, wie so mancher wohlwollender Beobachter frustriert bemerkte? Orlando Blanco, ein prominenter Repräsentant der Multi, sagt noch zwei Monate vor dem Eklat:

„Ich gehöre sicher zu den größten Kritikern dieser Regierung, aber in Sachen Wiedergutmachung kann ich denen nichts vorwerfen. Vielleicht hier und da Unfähigkeit ... von einigen (Mitgliedern der Regierung in der Wiedergutmachungskommission).“⁷⁹¹

Parallel verzögerte sich auch die Fortsetzung des Programms für die Ex-PAC: Zehntausende hatten Ende 2003, also noch vor den Wahlen, eine erste Rate der Entschädigung schon kassiert. Aber in der Praxis war die Zahlung allzu oft an den eigentlichen PAC vorbeigegangen. Das Geld versickerte als Wahlkampfhilfe, nicht selten – so wird behauptet – an solche, die nie patrouilliert hatten. Um den propagandistischen Effekt zugunsten des FRG zu verhindern, hatten seine Kontrahenten einfach versichert, die Entschädigung fortführen zu wollen. Allerdings wurde das Wahlversprechen des neuen Präsidenten in der Öffentlichkeit sogar von der Mehrheit der konservativen Kommentaristen kritisiert. Massiver Druck in Form wiederholter Demonstrationen vor dem Kongress und Blockaden wichtiger Verkehrsverbindungen des Landes, verwandelten das Versprechen hingegen in ein Thema, dessen Erfolg nur einige mit Nachdruck wollten, für dessen drohendes Scheitern niemand verantwortlich sein wollte und dessen Fortschritte alle zu kapitalisieren anstrebten. Immerhin standen die Ansprüche einer halben Million Männer zur Debatte, zusammen mit ihren in der Regel kinderreichen Familien mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Wie der Umgang mit einer heißen Kartoffel mutet es an, wenn der Präsident immer wieder versichert, zu seinem Wort zu stehen, aber dann hinzufügt, dass auch das Verfassungsgericht, CC, zustimmen müsse. Dann verabschiedet der Kongress Dekrete, die das Gericht drei Mal beinahe vorhersehbar als verfassungswidrig erklärt.⁷⁹² Immer wieder wurden die Finanze-

⁷⁹¹ Interview mit Orlando Blanco, 08.09.2005.

⁷⁹² Ein Kommentarist spricht von einer bewussten Strategie, um die PAC zu ermüden. Andererseits verhalte sich auch die Mehrheit im Kongress nicht hilfreich. Offenbar wollten sie mit ihrem Verhalten der Regierung die Schuld für einen Fehlschlag geben und sich so für die nächste Wahl besser positionieren. Kommentar von Alfred Kaltschmitt, in *Prensa Libre*: 24.08.04, S. 14. Die wesentlichen Fakten präsentiert

rungsquellen für die geplante Entschädigung entweder nicht verfassungskonform spezifiziert oder gar nicht genannt, was ebenso gegen die Verfassung des Landes verstößt. Zeitweise versuchten einige Ex-PAC-Gruppen sogar die Menschenrechtsbewegung dazu zu bewegen, ihre Ziele zu unterstützen – aber vergeblich.⁷⁹³

Proteste und Demonstrationen beschäftigten das Land beinahe vom ersten Tag der Regierung Berger. Letztendlich wurde die Zahlung von insgesamt rund 500 Euro pro Berechtigten neu abgesegnet, aber nicht für die Verteidigung des Vaterlandes, sondern für eine Aufforstungsaktion, an der theoretisch jeder der jetzt neu anerkannten Ex-PAC teilzunehmen hatte.⁷⁹⁴ Nach beinahe zwei Jahren Wartezeit war es dann so weit. Kurz vor Weihnachten 2005 erhielten sowohl die Ex-PAC einen Scheck, als auch die ersten Opfer. Erinnern Sie sich an das Panorama, das auf der ersten Seite bildhaft in das Thema eingeleitet hatte? An diesem Punkt der Zeitlinie sind wir.

Die Politik der Anerkennung, Entschädigungen für Opfer und als Täter eingestufte, damit hat sich das Erbe der Portillo-Jahre aber noch nicht erschöpft. Seit seiner Zeit kursierte im Kongress nämlich eine Gesetzesinitiative, mit der das Militärstrafrecht vollkommen neu gestaltet werden sollte. Plötzlich, im November 2004, gab der Verteidigungsausschuss grünes Licht für einen Entwurf, mit dem aktuelle Korruption, Vergewaltigungen, Mord und Menschenrechtsverletzungen aus der Zeit des Krieges, von ehemaligen oder aktiven Angehörigen der Armee begangen, allesamt von Militärgerichten verurteilt worden wären.⁷⁹⁵ Nach allen Erfahrungen der Kritiker hieß das Straflosigkeit. Monate später wird im Kongress eine neue Initiative eingereicht, welche die gleichen Konsequenzen nach sich zieht. Als integraler Plan sieht sie den Aufbau einer neuen Militärgerichtsbarkeit mit eigenen Staatsanwälten vor, ein militärisches Strafrecht, Verfahren und Gefängnisse.⁷⁹⁶ Nur zwei Tage später wird das ganze Paket in erster Lesung im Kongress mit den Stimmen der Regierungspartei und des abgewählten FRG dann tatsächlich gebilligt.⁷⁹⁷

Welch ein enormer Kontrast. In den Rahmen der Politik der Anerkennung passt sich der Vorstoß sicher nicht ein. Aber der Entwurf entspricht einer Interessenkoalition, wie sie sich schon im Jahr 2003 angekündigt hatte. Konservative Vorstellungen im Kongress zur Rolle der Armee als Wächter der Demokratie treffen sich darin mit der Suche nach Straflosigkeit für Korruptionsvergehen und für vergangene Menschenrechtsverletzungen.⁷⁹⁸ Nicht einmal Verteidigungsminister Bermúdez unterstützte den Versuch, die Militärgerichtsbarkeit auf zivile Delikte auszuweiten. Nur einen Tag später wird die Initiative kom-

Öttler, Anika: Guatemala: 20 Jahre Demokratie, in: Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 13, 12. Juli 2005. Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg 2005. S. 155.

⁷⁹³ Siehe Tageszeitung *Prensa Libre*: 28.09.2004, S. 6.

⁷⁹⁴ Für eine Zusammenfassung der Fakten des Programms, siehe *Prensa Libre*: 09.10.05, S. 12.

⁷⁹⁵ Siehe Tageszeitung *Prensa Libre*, 09.08.2005, S. 5.

⁷⁹⁶ *Prensa Libre*: 20.09.2005, S. 6. Eine umfassendere Analyse bestätigt diese Angaben. Siehe *Fundación Myrna Mack: Síntesis Analítica Respecto del Proyecto del Código Militar*. Dokument der Stiftung. Guatemala, September 2005.

⁷⁹⁷ *Prensa Libre*: 22.09.2005, S. 3.

⁷⁹⁸ Siehe Kapitel VI/3.4.5.

mentarlos von der Agenda des Kongresses gestrichen.⁷⁹⁹ Aber mehr als der Ausgang wirft der Vorgang selbst ein bezeichnendes Licht auf die Stimmung im Kongress. Die Ratifizierung des Abkommens für den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, auch wenn nur für künftige Menschenrechtsverletzungen gültig, hatte unter diesen Umständen keine Chance.⁸⁰⁰

Wiedergutmachung für die Opfer gab es nur auf Kosten einer moralischen Bestätigung für die Ex-PAC als scheinbare Sieger im Kampf gegen den Kommunismus. Einen Transformationsprozess im Sinne der Vergangenheitsbewältigung sollte die Politik nicht initiieren. Sehr weit ging die VP des Präsidenten also nicht, wenn auch immer noch weiter, als es die Sorgen der Mehrheit der Guatemalteken vermuten lassen.⁸⁰¹

Einer PNR-Umfrage aus dem Jahr 2007 lässt sich nicht nur entnehmen, *dass das Thema der Aussöhnung* (und damit die vergangenheitspolitisch orientierten Themen) *ohne institutionelle Stütze im Lande ist*,⁸⁰² sondern auch, dass das Thema für die Bevölkerung kaum existent ist, weder in der meist betroffenen auf dem Lande,⁸⁰³ noch in der städtischen. In der Umfrage wird bei der Frage nach den 3 wichtigsten Problemen, die das Land in den vergangenen vier Jahren erlitt, die Option Aussöhnung gar nicht mehr erwähnt. Hingegen wiesen 91 Prozent der Interviewten auf die Kriminalität hin. Immerhin rund 50 Prozent nannten die Arbeitslosigkeit und die hohen Lebenshaltungskosten. Drogenhandel oder die Ineffizienz der Justiz wurden im Vergleich nur von 13 beziehungsweise einem Prozent der Befragten als prioritär gesehen.⁸⁰⁴ Konkret nach der Bedeutung der Aussöhnung befragt, stellten die Meinungsforscher fest, dass 45 % der Interviewten nicht wusste, was damit gemeint ist oder einfach nicht antworteten. *Dass das Volk einiger sei*, kreuzten 19 % der Menschen an, *in Frieden leben*, 16 % und 6 % entschieden sich für die letzte Option, nationale Aussöhnung bedeute, *sich mit dem Volk aussöhnen*.⁸⁰⁵ Die Dominanz des Themas der Unsicherheit geht auch aus den Antworten zur folgenden Frage hervor: *Wie fühlen sie sich heute im Vergleich zu ihrem (oder dem ihrer Eltern) Gefühl der 80er Jahre?* Über 90 % haben heute mehr Angst vor Überfällen oder dass ihren Angehörigen etwas passieren könnte. Gleichzeitig haben 77 % jetzt weniger Angst vor Armee und Polizei.⁸⁰⁶ Wie allen anderen, so fasst Claudia Samayoa zusammen, geht es auch den Opfern vor allem um *Sicherheit und ums Überleben*.⁸⁰⁷

⁷⁹⁹ *El Periódico*: 23.09.2005, S. 8.

⁸⁰⁰ Tageszeitung *El Periódico*: 07.10.2004, S. 3. Laut Artikel hat dieser Misserfolg vor allem auch mit der negativen Haltung der USA zum Gerichtshof zu tun.

⁸⁰¹ Die folgenden beiden Absätze sind im Wesentlichen einem Aufsatz des Autors entnommen, der sich im Prozeß der Veröffentlichung befindet. *Bornschein*: a.a.O. Anm. VI/657. S. 30.

⁸⁰² *Programa Nacional de Resarcimiento*: Informe de la evaluación conjunta del Programa Nacional de Resarcimiento y de los programas de apoyo al PNR de GTZ y PNUD. PNUD-GTZ-COMO. Guatemala 14.12.2007. S. 24.

⁸⁰³ Das geht aus Erfahrungen von Myrna López hervor, Gespräch von Vilma Duque geführt, 11.02.08.

⁸⁰⁴ *Programa Nacional de Resarcimiento*: Entre la herencia del conflicto y los anhelos del futuro: estudio de opinión pública sobre reconciliación y resarcimiento en el área metropolitana de Guatemala. Ciudad de Guatemala, diciembre de 2007. Seite 11.

⁸⁰⁵ Ebenda, Tabelle XIV, Seite 22.

⁸⁰⁶ Ebenda, Tabelle XII, Seite 20.

⁸⁰⁷ Interview von Vilma Duque mit Claudia Samayoa, Menschenrechtsbewegung, 11.02.2008.

Gegen Ende der vier Jahre Berger sind weite Teile der Zivilgesellschaft über die Erfolge der VP entsprechend tief frustriert. Unter Berger hatte sie einen Sprung gemacht, aber ohne die Vergangenheit grundsätzlich in Frage zu stellen. Allen voran betont Helen Mack von der Stiftung, die nach ihrer ermordeten Schwester Myrna Mack benannt wurde, dass das Thema der Erinnerung dabei sei, vergessen zu werden. *Wie ist das möglich, wir als Land der Genozids*, so klagt sie. Erst kürzlich habe sie mit indigenen Jugendlichen gesprochen, die ahnungslos zu den Verbrechen der Vergangenheit gewesen seien.⁸⁰⁸ Auch den Versuchen, Gerechtigkeit über die Justiz zu bekommen, gehe die Kraft aus. Das meint Carlos Aldana und erinnert daran, dass mit dem jüngsten Urteil des Verfassungsgerichts, im Ausland keine Menschenrechtsprozesse gegen Bürger aus Guatemala geführt werden können. Und wie, fragt Aldana, sollen die Menschen hier an Justiz glauben, wenn sie weder im eigenen Land noch woanders möglich ist.⁸⁰⁹ Lassen sich deshalb die wenigsten Opfer für den Gedanken erwärmen, für den teils grausamsten Tod naher Angehöriger Gerechtigkeit zu verlangen?⁸¹⁰ Sogar das Thema der Wiedergutmachung sei dabei, sich zu erschöpfen. Sowieso käme das Geld für die Exhumierungen der Toten und psychischer Gesundheit für die Überlebenden von der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und eben nicht vom Staat.⁸¹¹

Die Schwäche des Themas hat aber nicht nur damit zu tun, dass es vom Kontext geradezu erstickt wird. Auch Teile der Menschenrechtsbewegung haben sich offenbar aus dem aktiven Umgang mit der Vergangenheit zurückzogen. Für diese, so kritisiert Samayoa, war die *Vergangenheit nur ein Thema des politischen Kampfes, aber keines der Reflektion*.⁸¹² Von den Kontextbedingungen erstickt und nach dem Aus im PNR hatte zum Beispiel die Organisation von Blanco, CONADEHUA, seine Menschenrechtsarbeit von der Orientierung auf die Vergangenheit auf sozioökonomische Themen umgestellt.

*„Ich glaube, dass wir hier eine neue Etappe der Menschenrechte begehen, ... der ökonomischen, sozialen, kulturellen und Umwelt-orientierten. ... Darum muss es in der Entwicklung der Menschenrechtsarbeit jetzt gehen. ... Das neoliberale System, die Globalisierung, das alles schafft Bedingungen für mehr Armut und Ungleichheit. In diese Richtung geht es jetzt.“*⁸¹³

In diese Phase der wachsenden Frustration hinein, platzte im Juli 2005 eine Nachricht, die langfristig eine Debatte auslösen wird: zur Vision des Landes bezüglich der eigenen Geschichte mit seinen unweigerlichen Folgen für die politisch-kulturelle Standortbestimmung. Die Archive der Armee weitgehend zerstört, fand sich das Archiv der Nationalen Polizei. 10 Zimmer voll mit Registern aus den Jahren 1930 bis 1996, darunter Polizeiberichte, Namen von Opfern und Informanten, Details zur Polizeiarbeit, 70 Millionen Dokumente,

⁸⁰⁸ Interview von Vilma Duque mit Helen Mack, Stiftung Myrna Mack, 12.02.2008.

⁸⁰⁹ Interview von Vilma Duque mit Carlos Aldana, ex PNR, 08.02.2008.

⁸¹⁰ Auf den Umstand, dass die allermeisten Überlebenden keine Prozesse anstreben, weist Claudia Samayoa im Interview mit Vilma Duque hin. 11.02.2008.

⁸¹¹ Interview von Vilma Duque mit Helen Mack, 12.02.2008.

⁸¹² Ebenda.

⁸¹³ Interview mit Orlando Blanco, Menschenrechtsbewegung, 12.07.2005.

deren Klassifizierung noch immer anhält.⁸¹⁴ Monate lang dauerte der Streit, wer das Archiv an welcher Stelle verwalten sollte. Angeblich – so vermutet ein Interviewpartner aus dem Büro des Ombudsmanns für Menschenrechte, PDH – hätten Innenminister Vielman und Präsident Berger verhindern wollen, dass die Information schnell analysiert wird.⁸¹⁵ Aber die Arbeit läuft weiter.

4.2.1. Der Maya-Faktor

Die Intervention der Regierung beendete die maßgebliche Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Wiedergutmachungsprogramm, PNR. Fortan verfügten sie in der Kommission des PNR über kein Stimmrecht mehr. Aber das Programm blieb und der faktische Einfluss der indigenen Organisationen ebenfalls, denn Rosalina Tuyuc wurde als Präsidentin des PNR nicht angefochten. Nur die Opfer aus der linksorientierten Multi verloren und damit auch ihre Vorstellungen von Wiedergutmachung. Vermutlich rächte sich in diesem Moment das ohnehin schlechte Verhältnis, dass diese Gruppierung zur Regierung hatte. Sonia Anckermann:

*„Aus meiner Sicht hat sich die Regierung in dieser Lage mit denen verbündet, die ihnen am wenigsten weit entfernt waren. Und Orlando Blanco und die Multi konnte das nicht sein.“*⁸¹⁶

War die Regierung den Unternehmern so nah, wie keine zuvor, repräsentiert die Multi eine Linke, für die das Thema der Armut und der Ungleichheit wichtig ist. Sie gilt als Gegner der Globalisierung, während die Regierung im gleichen Moment mit den USA über freie Märkte verhandelte. Aber da war noch etwas anderes: unvereinbare Kontraste in der Interpretation der Vergangenheit. Während die Geschichtsvision der hinter der Multi stehenden linken Menschenrechtsbewegung, Militär und Unternehmerschaft als hauptverantwortliche Akteure des Konflikts ansieht, basierte die Regierungspolitik zur Vergangenheit – also die der Anerkennung der Gewalt der Vergangenheit – auf Neutralität. Martín Arévalo, der neue Direktor des Programm, erläutert seine Sicht, bei der zunächst einmal damit aufgehört werden müsse, so sagt er, in diesem Konflikt zwischen Gut und Böse zu unterscheiden:

*„In einem Krieg ... gibt es keine Guten und Bösen, es gibt nur Menschen. Und die verhalten sich so wie nötig und entsprechend der Lage, die sich ihnen präsentiert. Die Leute sind nicht schlecht, nur weil sie das getan haben. ... Die Fähigkeit roh zu sein, die man überall sehen kann, ist nicht Kennzeichen einer Ethnie, Gruppe, Elite oder Klasse, sie ist Teil des Menschen. Wenn dem Menschen die Bedingungen bereitet werden, um sich in ein Tier zu verwandeln, so wie wir das schon oft in der Geschichte gesehen haben, dann wird er das tun.“*⁸¹⁷

Arévalo begibt sich mit dieser Unterscheidung auf eine philosophische Ebene, die die Erinnerung nicht mehr in den Dienst der Transformation stellt:

⁸¹⁴ Tageszeitung *El Periódico*: 17.07.05, S. 3 und 13.08.05, S. 6; *Prensa Libre*: 03.03.06, S. 12.

⁸¹⁵ Interview mit einem Mitarbeiter der PDH, der anonym bleiben möchte. Nr. 182/2005.

⁸¹⁶ Interview mit Sonia Anckermann, 14.12.2005.

⁸¹⁷ Interview von Vilma Duque mit Martín Arévalo, 13.02.2008.

„(Man muss) anfangen, die Tatsachen aufzuzeigen und nicht urteilen, wer Recht hatte oder nicht, sondern nur, was wirklich geschah Und was vor allem passieren muss, alle müssen ihre Verantwortung anerkennen. Das waren Dynamiken in einem bestimmten Moment, die Leute sahen sich dazu gezwungen, auf eine bestimmte Weise zu handeln und da ist es schwierig zu bestimmen, wer ist gut und wer ist schlecht. ... Darum sage ich den Leuten, bitte fällt keine Urteile. Weil niemand kann wissen, was er anstelle der anderen Person getan hätte... man sollte sich auf die Verbreitung einer Wahrheit konzentrieren, aber nicht mit weiteren Ansprüchen, sondern **so neutral wie möglich** (vom Autor herausgehoben). Wir handeln immer noch nach längst veralteten Vorstellungen... Unter diesen Bedingungen ist es sehr schwierig, voranzukommen...⁸¹⁸

Wie zuvor auch Gustavo Porras und der größte Teil der aufgeklärten Eliten in Guatemala, sieht Arévalo den Konflikt als eine Komplexität, die kein Urteil mehr möglich macht. Aber ist es möglich, über die Zukunft zu reflektieren, ohne die Vergangenheit wertend zu beurteilen?⁸¹⁹

Das Wort von der Neutralität würden die Mayas wohl kaum benutzen, aber gleich zwei Dilemmata tendieren in der Praxis dazu, ihre Weltsicht in hohem Maße aus der Konfrontation des Krieges zu entfernen. Begann ihr Leidensweg als Kultur doch schon vor rund 500 Jahren, mit der Kolonisierung. Als Volk, dessen Identität nach Jahrhunderten von Ausgrenzung und Rassismus beinahe seiner Wurzeln beraubt wurde, geht es der Maya-Bewegung heute in hohem Maße um die Stärkung ihrer Kultur. Ohne Hilfe des Staates ist dieses Ansinnen für die relativ schwache Bewegung aber kaum absehbar. Um die Kultur zu festigen, braucht es auch einer starken Bewegung. Da liegt es nahe, wenn sie ihren Einfluss auf die Mehrheit der Indigenen ausdehnen will – eben die EX-PAC. Aber wie soll das mit einer Geschichtsvision gehen, die gegen das Militär gerichtet ist? Wohl eher schwierig. Schließlich haben die ehemaligen Paramilitärs über Jahre eine militarisierte Sozialisation durchlebt, mit der sie sich heute als Verteidiger des Vaterlandes gegen den Kommunismus fühlen.⁸²⁰

Zwischen einem Umgang mit der Vergangenheit, der vor allem Ungleichheit und Militarismus als nachhaltig schädliches kulturelles Erbe aufarbeiten will und einem solchen, der über das Bewusstsein als Maya die indigene Bevölkerung zu emanzipieren plant, herrscht ein offensichtliches Spannungsverhältnis. Die Mayas selbst scheinen sich dessen aber nicht bewusst zu sein. Jorge Morales, Berater von Rosalina Tuyuc, steht nach eigenen Angaben unverändert dazu, die Verantwortung im Kriege auch vor Gericht aburteilen zu wollen.⁸²¹ Die Maya-Intellektuelle Irma Alicia Velásquez bemerkt allerdings, dass das Thema der Geschichte *in den internen Diskussionen eher vermieden* würde.⁸²²

⁸¹⁸ Interview von Vilma Duque mit Martín Arévalo, 13.02.2008.

⁸¹⁹ Nach Claudia Samayoa (im Interview mit Vilma Duque) sei es in Guatemala weit verbreitet, dass beim Thema Vergangenheit nicht an Reflektionen über die Zukunft gedacht werde. 11.02.2008.

⁸²⁰ Siehe dazu, *Bornschein*: a.a.O. Anm. VI/657.

⁸²¹ Interview mit Jorge Morales, Maya, 28.02.2005.

⁸²² Interview mit Irma Alicia Velásquez, Kolumnistin der Maya, 28.11.2005.

„Wir rekonstruieren zurzeit unsere Geschichte. Aber der Völkermord der 80er ist darin nur ein Faktor unter mehreren.“

Ich frage direkt, *ist es die Teilung zwischen PAC und Opfern, weshalb es innerhalb der Bewegung so schwierig ist, vom Kriege zu sprechen?*

„Nun, erst einmal will der Staat nicht von der Geschichte sprechen. Auch innerhalb der Maya will eigentlich auch niemand davon sprechen. Geschichte ist zurzeit nicht wichtig, eher der TLC (der Freihandelsvertrag). ... Wahrheit bedeutet Verantwortung anerkennen und das schafft Probleme innerhalb der Bewegung. Dann neigt man dazu, Wahrheiten zu finden, die nicht konfrontieren... Wahrheit kann sehr negativ für uns sein, aber diese Frage stellt sich für uns heute nicht.“⁸²³

Deutlicher wird dann Genaro Serech. Nach ihm würde die Geschichte eine Annäherung an die PAC behindern.⁸²⁴ *Wir sind weiter polarisiert und das hindert uns daran, voranzukommen*, so drückt Alfredo Chub, ein weiterer Maya, seine Sicht des Problems aus.⁸²⁵ In dieses Panorama passt auch eine Beobachtung von Santiago Bastos, ein Akademiker, der sich eingehend mit der Gegenwart der Mayas befasst:

„Seit dem Jahr 2000 setzt die Maya-Bewegung auf den Staat. Im Treffen von CALDH (einer Organisation der Zivilgesellschaft) zum Völkermord in Guatemala, im vergangenen Jahr, gab es keinen Vertreter der Maya-Bewegung. Die setzen eher auf das Thema des Rassismus.“⁸²⁶

Seit Ende 2005 stand die tatsächliche Wiedergutmachung des PNR also unter dem Einfluss einer neuen Allianz: aus Kreisen der Regierung und der Maya-Bewegung. Fünf Maßnahmebereiche wurden fortan unterschieden: (1) die ökonomische Wiedergutmachung, (2) die materielle Wiederherstellung, (3) die psycho-soziale Reparation und – hier von besonderem Interessen – die (4) Würdigung und (5) die kulturelle Wiedergutmachung.

Die kulturelle Wiedergutmachung geht davon aus, dass Krieg, Rassismus und Ausgrenzung der Maya-Kultur schweren Schaden angerichtet haben. Traditionelle Entscheidungsmechanismen, das soziale Gefüge der Dörfer, das kulturelle und spirituelle Erbe hätten durch verschiedene Eingriffe gelitten. Nur noch etwa 10 Prozent der Mayas sind zum Beispiel die Anhänger des Maya-Spiritualismus, die anderen Katholiken oder Anhänger evangelischer Kirchen und Sekten. Insofern soll die Wiedergutmachung auch die Kultur stärken.

Erinnerungsarbeit ist hingegen kleiner geschrieben. Darauf angesprochen, sagt Arévalo nur knapp, das haben wir *erfüllt*. Er habe den Bericht der CEH zu verteilen geholfen und ein populäres Heft zur Geschichte *im Erziehungsministerium abgegeben*. Wichtig sei jetzt vor allem, gegen *die Mythen* (der CEH) zu arbeiten, deren Erkenntnisse seiner Ansicht nach zu wenig neutral sind.⁸²⁷

⁸²³ Ebenda.

⁸²⁴ Interview mit Genaro Serech, Maya, 13.01.2005.

⁸²⁵ Interview von Vilma Duque mit Alfredo Chub, ein Maya, 11.02.2008.

⁸²⁶ Interview mit Santiago Bastos, 30.11.2005.

⁸²⁷ Arévalo nennt die CEH nicht direkt, als er die Mythen erwähnt, aber der Inhalt seiner Aussagen und das Ergebnis der CEH im Vergleich, machen dies ganz offensichtlich. 13.02.08.

Und die Exhumierungsarbeit, die als Teil des Maßnahmenpakets der Würdigung vorgesehen waren? Sie war schon zuvor zwischen die Fronten aus Maya- und Menschenrechtsbewegung geraten, ein Problem, dass auch nach der Intervention nicht ausreichend gelöst werden konnte:

„Entscheidungen zugunsten der Exhumierungen gelangen nicht. (Die Mehrheit der NRO stehen der Menschenrechtsbewegung näher) Rosalina Tuyuc wollte nicht, dass Nichtregierungsorganisationen unter Vertrag genommen würden, wo sie ihre Feinde hat. ... Alle Projekte, Exhumierungen, die Suche nach verschwundenen Kindern, in denen NRO hätten beschäftigt werden müssten, die wollte sie nicht.“⁸²⁸

Die Spaltung der Zivilgesellschaft formulierte nicht nur die VP neu, in der Praxis führte sie auch zur Behinderung einzelner ihrer Mechanismen.

Eine Bilanz der Entschädigungspolitik der Regierung Berger kommt Ende 2007 zu einem überraschenden Ergebnis. 500.000 Menschen haben als Ex PAC eine Entschädigung kassiert. Im Opferprogramm des PNR hingegen beantragten nur 40.000 eine individuelle ökonomische Entschädigung. 12.500 haben bis zu diesem Zeitpunkt ihren Scheck bekommen.⁸²⁹ Hat es also doch viel weniger Todesopfer gegeben, so wie es im Gespräch zwischen den Zeilen Martín Arévalo zu suggerieren scheint. Oder liegt das Missverhältnis auch daran, dass das PNR – so wie es Claudia Samayoa betont – die soziale Basis der URNG habe ausschließen wollen. Edgar Gutierrez bringt eine weitere Option in die Diskussion ein:

„Ich war schon nicht mehr in der Regierung, als mich (2004) eine Nonne aus Alta Verapaz anruft. „Wir wollen Dich einladen, damit Du einer Gruppe (von Multiplikatoren aus den Dörfern) etwas zur Aussöhnung erzählst“. Ich komme also und rede zum Wiedergutmachungsprogramm. Da hebt einer die Hand und will was zum PAC-Programm wissen. Also erzähle ich etwas dazu. Es kam der Moment, an dem sie untereinander in ihrer Maya-Sprache zu diskutieren begannen und ich frage die Nonne, „warum ist die Diskussion so lebhaft“. „Die diskutieren, was sie tun sollen. Einige von ihnen sind im PAC-Programm, andere haben sich im PNR eingeschrieben, weil mehrere von ihnen waren Opfer und gleichzeitig PAC.“ Am Ende einigten sie sich, besser in beiden Programmen Anträge zu stellen.“⁸³⁰

Personen, die als PAC und Opfer Ansprüche geltend machten, die wurden in der Regel aus dem bürokratischeren Opfer-Programm gestrichen. So blieben im PNR beinahe nur noch Frauen.

4.3. Die vorläufige Entscheidung: Justiz ohne Aufarbeitung

Damit neigt sich nun der empirische Überblick dem Ende zu. Nur das weitere Schicksal der Justiz und der Rolle der justiziellen Aufarbeitung der Vergangenheit darin, stehen in unserem Panorama noch aus. Unter Portillo war die

⁸²⁸ Interview mit Sonia Anckermann, PNR, 14.12.2005.

⁸²⁹ PNR, 2007a: a.a.O. Anm. VI/802. S. 85.

⁸³⁰ Interview mit Edgar Gutierrez, 07.12.2005.

Justiz in einen Prozess hineingeraten, den man mit einer partiellen Zersetzung seiner Funktionslogik kennzeichnen kann. Die Versuche justizieller Aufarbeitung belasteten das instabile System, aber letztlich fügten sie sich in eine allgemeine Tendenz zur Politisierung ein, die augenscheinlich vom autoritären kulturellen Erbe angetrieben wurde. Wie ging es nun weiter?

Wieder dient der Fall Mack als gutes Beispiel: Im Jahre 2003 hatte ein Appellationsgericht das einzige Urteil gegen einen der drei mutmaßlichen Hintermänner des Mordes an Myrna Mack aufgehoben. Jetzt, im Januar 2004, nahm der Oberste Gerichtshof diese Entscheidung wieder zurück. Als ein Sieg der Justiz kann das Urteil gegen den Oberst der Armee aber kaum bezeichnet werden. Es sei klar gewesen, so sagt die ehemalige Richterin Yolanda Pérez, dass einer dem Druck geopfert werden musste.⁸³¹ Auch die Umstände der Verhaftung sprechen für eine Entscheidung, die mehr diplomatischem Kalkül entsprach und weniger einem Mangel an Beweisen. Denn der Haftbefehl wurde schon bekannt, bevor die Polizei vor dem Haus des jetzt Verurteilten auftauchte. Ricardo Alvarado, ein ehemaliger COPREDEH-Chef, meint dazu:

„(Das war wie eine Warnung) die Obersten Richter verkündeten über die Presse, dass Valencia verurteilt sei und er verhaftet werden würde. Das ist so etwas wie ‚Hallo, hallo, hauen Sie ab‘.⁸³²

Die Phase um die Ausstellung des Haftbefehls ist allerdings nicht nur in Fällen der justiziellen Aufarbeitung ein Problem.⁸³³ Interessant ist die Rolle des Militärs bei der gescheiterten Verhaftung. An diesem Tage wurden angeblich Autos ehemaliger Offiziere vor dem Haus gesehen.⁸³⁴ Und als die Polizei ankam, verspernte nicht nur ein LKW der Armee die Sicht, die Soldaten hielten die Polizisten gar eine halbe Stunde mit ihren Waffen in Schach. Der Ex-General Pérez Molina rechtfertigt dies im Nachhinein mit den Worten, die Polizisten seien in zivil gewesen, also habe man sie erst einmal überprüfen müssen.⁸³⁵ Als ob dies Aufgabe des Militärs sei. Die *Überprüfung* abgeschlossen, fand sich der Verurteilte in seinem Haus denn auch nicht mehr auf.

Im Fall Gerardi wurde die Strafe für die verurteilten Offiziere um 10 Jahre reduziert. Nur im Fall Xamán, einem Massaker, das 1995 nicht mehr einer Strategie der Militärführung entsprach, wurden die Angeklagten im neu aufgerollten Prozess mit hohen Strafen versehen. Ein Offizier niederen Ranges und 13 Unteroffiziere und Mannschaften erhielten bis zu 40 Jahren Haft.⁸³⁶ Als der Oberste Gerichtshof, CSJ, das Urteil gut ein Jahr später bekräftigte, waren 11 der 14 Verurteilten noch immer auf der Flucht.⁸³⁷ So weit das Schicksal der drei bekanntesten alten Fälle.

⁸³¹ Interview mit Yolanda Pérez Ruiz, ehemalige Richterin, 07.10.2005.

⁸³² Interview mit Ricardo Alvarado, 15.07.2005.

⁸³³ Von 14 Personen, die in einen Raub von umgerechnet rund 6 Millionen Euro verwickelt waren, konnten 13 fliehen und bei der Millionen-schweren Unterschlagung in der Sozialversicherung IGSS wurden nur vier Verdächtige verhaftet, 17 weitere flohen. Aus: *Prensa Libre*: 28.03.04, S. 3.

⁸³⁴ Tageszeitung *El Periódico*: 29.05.2004, S. 6.

⁸³⁵ Tageszeitung *El Periódico*: 21.01.2004, S. 4 und 17.02.2004, S. 4.

⁸³⁶ Siehe Tageszeitung *Prensa Libre*: 10.07.2004, S. 4f.

⁸³⁷ Tageszeitung *Prensa Libre*: 22.10.2005, S. 12.

Die spektakulärsten Fälle neueren Datums waren der Fall des Kriegsmassakers in Dos Erres und vor allem die beiden Völkermordklagen – die eine vor einem nationalen Gericht und die andere in Spanien. Allen drei war jedoch ein ganz anderes Schicksal bereitet. Administrative und formelle Entscheidungen hinterlassen den Eindruck, dass nach Jahren der Ermittlungen und gelegentlicher Urteile jetzt weiterer Schaden für das Militär vermieden werden sollte. Nach neun Jahren Ermittlungen in Sachen Dos Erres erklärte das Verfassungsgericht, dass diese unwirksam seien, weil die Richter die vorgeschriebenen Kompetenzen nicht alle eingehalten hätten.⁸³⁸ Ganz anders als in früheren Urteilen hieß es plötzlich, dass in solchen Massaker-Fällen eine Amnestie ausgesprochen werden sollte.⁸³⁹

Im Falle der Massaker unter der Führung des ehemaligen Machthabers Lucas und einigen seiner Mitarbeiter kämpften mehrere Organisationen der Zivilgesellschaft lange darum, das Verfahren in der Hauptstadt stattfinden zu lassen, wo angeblich die Massaker geplant worden seien. Aber das Verfassungsgericht bestimmte in letzter Instanz ein Gericht in der Provinz Quiché, fern der Presse und der internationalen Beobachtung.⁸⁴⁰

Einer Posse gleicht die Klage vor einem spanischen Gericht, die schon im Jahre 1999 von der Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú eingereicht worden war. Kaum dass der spanische Untersuchungsrichter die Justiz in Guatemala um Beihilfe für Verhöre bittet, werden Rechtsmittel dagegen eingelegt. Wie verabredet trifft der Untersuchungsrichter dann Monate später im Lande ein, aber im letzten Moment nimmt das Verfassungsgericht provisorisch einen weiteren Einspruch an und so wartet der spanische Richter vergeblich auf die Genehmigung zum Verhör. Zurück in Spanien stellt er gegen sieben Personen daraufhin einen internationalen Haftbefehl aus und wird in Teilen der guatemaltekischen Presse mit Häme überschüttet, weil einer der Beschuldigten an Alzheimer erkrankt sei und der Richter dessen Menschenrechte verletze. Außerdem, so wird behauptet, stünde der zuständige Richter der terroristischen ETA nahe. Später wird eine Auslieferung nach Spanien beantragt, die in einigen Fällen zunächst bewilligt wird, dann aber mit jedem Schritt in weitere Ferne rückt. Mit der Weigerung, guatemaltekische Staatsbürger an staatsfremde Gerichte auszuliefern, scheint der Opfer- und Menschenrechtsbewegung gegen Ende der Regierung Berger festzustehen: Gerechtigkeit für die Menschenrechtsverletzungen werde es weder in Guatemala noch anderswo geben.⁸⁴¹

Den vorliegenden Informationen zufolge, geht es – so wie bei der Justiz – auch beim Generalstaatsanwalt darum, seinen Ruf zu wahren, aber letztlich keine großen Prozesse gegen Menschenrechtsverletzungen zuzulassen. Darin stimmen Karen Fischer und ein Staatsanwalt, der anonym bleiben möchte,

⁸³⁸ Tageszeitung *El Periódico*: 04.02.2005, S. 4.

⁸³⁹ Nach einem Bericht von *Freedom House*, 2006: www.freedomhouse.org.

⁸⁴⁰ Tageszeitung *Prensa Libre*: 23.08.2004, S. 6.

⁸⁴¹ Einen ersten Eindruck von der Behandlung dieses Themas ergibt sich schon aus der Zeitungslektüre. Zum Beispiel: *Infopress*: 20.01.2005, Nr. 1593, S. 1f; *Prensa Libre*: 23.05.06, S. 4; *El Periódico*: 08.07.2006, S. 2f und 11.07.2006, S. 2f; *Prensa Libre*: 11.07.2006, S. 8; 13.07.2006, S. 2f; 07.11.2006, S. 5; 14.11.2006, S. 5; 23.03.2007, S. 5 und 24.03.2007, S. 12.

überein. Karen Fischer äußert sich zum Fall des 1993 ermordeten Präsidentschaftskandidaten Jorge Carpio Nicolle:

„Ende des vergangenen Jahres 2004 hat die CIDH Guatemala in diesem Fall wegen Rechtsverweigerung verurteilt. Danach kamen einige Indigene aus der Region zu mir und sagten, wir sind Zeugen des Mordes. Also spreche ich mit Generalstaatsanwalt Florido und bitte um einen Sonderstaatsanwalt. Aber der sagt mir, er glaube nicht an Sonderstaatsanwälte und ernennt einen Staatsanwalt (der zuvor negativ aufgefallen sei). Stelle Dir vor, die PAC und die Militärkommissare geben damit an, Carpio umgebracht zu haben, ich habe Zeugen und Florido sagt mir nur, ‚habe zu wenig Geld‘, ‚kann keinen Schutz geben, noch weniger für die Familien der Zeugen‘. Seitdem tut sich nichts mehr.“

Und wie erklären sie sich das?

„Da gibt es ein politisches Abkommen zwischen dem FRG und der Regierungspartei GANA. Die müssen nach außen so tun, als ob sie etwas tun, aber mehr nicht. Auch die neue Staatsanwaltschaft (die man für Fälle von Menschenrechtsverletzungen im Kriege geschaffen hat), die ist eine reine Fassade.“¹⁸⁴²

Eben darin liegt nach Auffassung eines aktiven Staatsanwalts der Unterschied zu Floridos Vorgänger an der MP-Spitze:

„Florido beauftragt normalerweise keine offensichtlich schmutzigen Leute, das fiel ja auf. Die Formen der Beeinflussung sind heute subtiler. So sind die Verantwortlichen für die Menschenrechtsfälle nicht unbedingt mit dem Militär verbunden, sondern vielleicht jung und unerfahren oder vielleicht auch unfähig. Der jetzige Beauftragte für solche Fälle, den kennt hier niemand, der hat auch noch keine strafrechtlichen Fälle geführt und so hängt er von der Meinung anderer ab, von solchen, die schon in hässlichen Sachen verwickelt waren.“¹⁸⁴³

Eine ganze Staatsanwaltschaft wäre demnach mit dem eigentlichen Sinn und Zweck geschaffen worden, eben keine Ergebnisse zu liefern. Diese oder ähnliche Taktiken sind aber nicht allein in Sachen Menschenrechte anzutreffen:

„Zurzeit hat hier der Privatsektor die Macht und die kümmern sich vor allem um deren Interessen. In der Staatsanwaltschaft für ökonomische Delikte, da gab es eine Person, die kannte sich aus und bum, weg mit ihm, und eine neue Unerfahrene kommt und plötzlich werden eine Reihe von Fällen von Steuerbetrug archiviert. Nur die Fälle kommen (vielleicht) voran, die keinen aus der jeweiligen Machtriege stören.“¹⁸⁴⁴

In der Zeit der Regierung Berger scheint die Konfrontation zwischen der politischen Macht und der Justiz auf den ersten Blick aufgehoben. Die politische Beeinflussung im MP und auch in der Justiz ist damit nicht aus der Welt geschaffen, aber wick offenbar einer Mixtur aus subtileren Methoden und neuen

¹⁸⁴² Interview mit Karen Fischer, ehemals selbst im MP aktiv, 04.10.2005.

¹⁸⁴³ Interview mit einem Staatsanwalt, der anonym bleiben möchte, Nr. 156/2005.

¹⁸⁴⁴ Ebenda.

Kräfteverhältnissen. Der Praxis in den für die Machteliten wichtigen Fällen zum Trotz, wurde die Reformdiskussion vergleichsweise lebendig geführt. Kommentare und Studien mehrerer Institutionen und Beobachter kreisen dabei immer wieder um dieselben Problemkomplexe, die auch schon zuvor galten: der geringe Haushalt und die noch immer mangelnde Präsenz des Justizsystems im Lande, die Ausbildung von Richtern und Staatsanwälten, die verbreitete Korruption und fehlende Unabhängigkeit. Ganz konkret werden jetzt die exzessiv eingesetzten Rechtsmittel und die Tatsache, dass es kein staatliches Institut für forensische Medizin gebe, als weitere Gründe für die Ineffizienz des Systems identifiziert.

Aber etwas bewegt sich doch. Wie bereits erwähnt, stimmt der Kongress dem Forensischen Institut zu und – viel wichtiger – die Haushalte von Generalstaatsanwaltschaft (MP) und Justizsystem (OJ) steigen zwischen 2003 und 2007 um rund 50 beziehungsweise 35 Prozent an.⁸⁴⁵ Erstmals nach langer Zeit verurteilen die Gerichte auch einen etwas höheren Prozentsatz von Mordfällen. Im letzten Jahr der Regierung Portillo werden 172 solcher Fälle verhandelt, von denen 124 mit Schuldsprüchen enden. Zwei Jahre später werden schon 481 Fälle verhandelt. 330 Mal gelten die Angeklagten als überführt und damit schuldig. Angesichts von mehr als 5.300 Morden im Jahre 2005, Tendenz steigend, kann es jedoch nicht überraschen, dass die Medien und damit auch die Bevölkerung diese leichte Verbesserung nicht wahrzunehmen in der Lage war.⁸⁴⁶

Den nur sehr kleinen Fortschritten sind aber enge Grenzen auferlegt. Einerseits ist die Effizienzkrise generell vollkommen unpolitisch und betrifft offenbar alle möglichen Fälle. Yolanda Pérez:

„Wenn ich die Gerichtsakten lese, dann würde ich mal sagen, dass in 95 Prozent der Fälle, in denen jemand verhaftet wurde, die Staatsanwaltschaft nur die erste Auskunft der Polizei aufführt und die Erklärung des Angeklagten. Das reicht nicht, es muss Ermittlungen geben. Die Angeklagten kommen häufig frei, weil es deshalb keine Beweise gibt.“⁸⁴⁷

Und außerdem – wie nicht nur unsere Interviews aufzeigen – die vielschichtigen Abhängigkeitsverhältnisse, in denen Staatsanwälte und Richter auf allen Ebenen verstrickt sind, bremsen Fälle, in denen Interessen verborgener Machtgruppen oder gar organisierten Verbrechens betroffen sind. Sogar Vizepräsident Eduardo Stein lamentiert öffentlich, dass der MP von verborgenen Mächten penetriert sei, unter anderem aus dem Bereich des organisierten Verbrechens. Warum, so fragt er, hätten MP und OJ trotz ausreichender Hinweise in mehreren Jahren nicht einen Staatsanwalt oder Richter der Korrup-

⁸⁴⁵ Aus Zahlen des Finanzministeriums, bereitgestellt vom UNDP (Span.: PNUD). Nur das Jahr 2004 muss aus dieser Tendenz herausgenommen werden, weil die Parteien sich auf keinen Haushalt hatten einigen können. Entsprechend wurde der vorherige fortgeschrieben. Nachtragshaushalte verbesserten die Finanzlage des MP dann überproportional.

⁸⁴⁶ Die Zahlen sind einer Statistik entnommen, die mir vom *Nationalen Zentrum für Analyse und Juristische Dokumentation* zur Verfügung gestellt wurde (Spanisch: *Centro Nacional de Análisis y Documentación Judicial*).

⁸⁴⁷ Aus *El Periódico*: 29.02.2004, S. 12f.

tion wegen aus ihren Ämtern entfernt?⁸⁴⁸ Ein Jahre nach der Machtübernahme häuften sich sogar Stimmen aus dem Regierungssektor, man solle die Korruptionsverfahren gegen die Vorgänger einstellen. Etwas später wird tatsächlich ein wichtiges Verfahren zu den Akten gelegt, das gegen FRG-Partei-chef Ríos Montt, wegen seiner Verwicklung in den Schwarzen Donnerstag.⁸⁴⁹ Und auch andere Verfahren kommen nicht voran.

Damit ist aber bereits ein anderes Phänomen angesprochen, dass sich leider noch zu verschärfen scheint: die Politisierung der Wahlen zu den Obersten Gerichten bis hin zum Extrem interner Konfrontationen, die sich sehr wahrscheinlich aus der Konkurrenz politischer Interessenbündel ableiten lassen. Ausgangspunkt sind die für die Wahl zum Obersten Richter zunehmend wichtigen politischen Kompromisse oder Absprachen, die die Kandidaten eingehen müssen. Besonders äußerte sich dieser Verdacht bei den Wahlen zum CSJ, im Jahr 2004.⁸⁵⁰ Wie angebracht die Vermutung war, das zeigte sich spätestens bei den internen Abstimmungen um den Posten des CSJ-Präsidenten, die jedes Jahr nötig sind. In den beiden Folgejahren koexistierten nämlich zwei Blöcke, die nur nach mehreren Wahlgängen und offensichtlicher Konfrontation zu einem Interessenausgleich in der Lage waren.⁸⁵¹ Yolanda Pérez und Helen Mack sehen den Einfluss der Politik auf die Justiz denn auch größer denn je.⁸⁵² Mittlerweile muss sich nicht nur die Justiz-Praxis deren Logik unterwerfen, sondern auch der Fortgang der Reformen.

Noch in der zweiten Hälfte der 90er Jahren hatte das Militär zum Beispiel seine Interessen in der Justiz mehr über direkte Eingriffe zu verteidigen gesucht, also Telefonate, Drohungen oder sein Ermittlungsmonopol. In Reformen wurde weniger eingegriffen. Bei der Reform eines Gesetzes, dass die Praxis der Einsprüche regelt, war diese Zurückhaltung dann vollkommen verschwunden.

Nach Schätzungen werden sieben von 10 Rechtsmittel in Guatemala nur eingelegt, um Verfahren zu verzögern oder ganz zu blockieren.⁸⁵³ Nachdem diese Praxis zu Anfang vor allem in Verfahren um Menschenrechtsverletzungen aufgefallen war, wirkten sie dann zunehmend auch in Fällen mit politischem Hintergrund oder organisierten Verbrechen. Die Regierung selbst hatte jetzt ein Reforminteresse. Aber der erste Entwurf, der definitiv festlegen sollte, wie lange ein Einspruchsverfahren maximal dauern dürfe, wurde vom Obersten Gericht zunächst einmal wieder aufgeweicht. Ganz offenbar hätte eine genaue Definition ihm eine der Möglichkeiten genommen, indirekt selbst auf Entscheidungen des Richters einzuwirken.⁸⁵⁴ Als die Initiative dem

⁸⁴⁸ *Prensa Libre*: 25.11.2005, S. 3; *Siglo XXI*: 25.11.05, S. 3.

⁸⁴⁹ Siehe das Editorial von *Prensa Libre*: 21.10.04, S. 6 und *El Periódico*: 31.01.06, S. 3.

⁸⁵⁰ Artikel und Kommentare aus *Prensa Libre*: 29.09.04, S. 5 und *El Periódico*: 29.09.04, S. 3.

⁸⁵¹ Eine ganze Artikelserie (09-10/2005) belegt die permanenten Wahlgänge ohne Einigung. Am 27.09.05 schreibt *Prensa Libre* von sechs erfolglosen Abstimmungen in über acht Stunden. S. 5.

⁸⁵² Interviews mit Yolanda Pérez, 07.10.2005 und Helen Mack, 13.09.2005. Carmen Aída Ibarra berichtet davon, dass im Jahre 2004 alle Gruppen der FRG günstige Urteile für den Fall angeboten hätten, sie würden zu Obersten Richtern gewählt. 21.09.2005.

⁸⁵³ Tageszeitung *Prensa Libre*: 01.08.2006, S. 10.

⁸⁵⁴ Im Interview weist Yolanda Pérez daraufhin, dass der Entwurf davon ausgegangen sei, der Richter handele mit *bösen Glauben* (mala fe), wenn er den Einspruch nicht in der vorgesehenen Frist löse. Die

Kongress dann vorgelegt wurde, gab der ihr einen neuen Dreh. Nach der verabschiedeten Reform sollte fortan nicht mehr der Oberste Gerichtshof mit Mehrheit entscheiden, ob Ermittlungen gegen zentrale Würdenträger des Staates eingeleitet werden könnten. Der Kongress sprach sich diese Fähigkeit selbst zu. Zugleich legte er fest, dass das Oberste Gericht nicht mehr mit einfacher Mehrheit die Immunität der Abgeordneten entziehen könne, sondern nur noch mit qualifizierter.⁸⁵⁵ Präsident Berger legte sein Veto gegen diese Reform ein.⁸⁵⁶ Damit ist die so wichtige Gesetzesänderung erst einmal gescheitert.

Und die Rolle der VP in diesem Panorama? Werfen wir zunächst einen Blick auf die Rolle dieses Themas im Bereich der Menschenrechte. Samayoa hat sich auf die Beobachtung der Attacken – so wie sie es nennt – gegen Verteidiger der Menschenrechte unterschiedlichen Typs spezialisiert. Sie stellt fest, dass die Eingriffe gegen Aktivisten aus dem Bereich Wahrheit und justizielle Aufarbeitung nicht ab- sondern unter Berger sogar zugenommen haben. Standen 2003 noch 42 solcher Eingriffe zu Buche, schnellte die Zahl in den beiden folgenden Jahren auf jeweils über 60 hoch. Aber eine zentrale Instanz, die solche Akte koordiniert, das Militär zum Beispiel, vermag sie nicht zu erkennen.⁸⁵⁷ Nach wie vor reihen sich die Themen Wahrheit und Justiz aber in eine breitere Themenpalette ein, bei denen solche Attacken stattfinden. Seit Beginn der Regierung Berger hätten auch die Gegner des Wirtschaftsvertrags mit den USA viel mehr zu leiden. Dabei sei bemerkenswert, so sagt sie, dass nun auch die Menschenrechtsverletzungen in diesem Bereich auf Techniken des militärischen Geheimdienstes zurückgreifen würden. Bei den früheren Angriffen auf Aktivisten der Bauern- oder Gewerkschaftsbewegung sei dies kaum der Fall gewesen.

Dass die justizielle Aufarbeitung der Vergangenheit eines der Felder ist, die Interessen wichtiger Akteure oder Gruppen betreffen, das wissen wir schon. Entsprechend muss davon ausgegangen werden, dass Einflussgruppen bei solchen Themen die theoretische Unabhängigkeit der Gerichte missachten oder umgehen. Aber wie gesagt, theoretische Unabhängigkeit, denn mit der fortschreitenden Korrumpierung und Kriminalisierung von Politik und Gesellschaft sowie der Politisierung der Justiz scheinen die Schranken in zahlreichen Themen durchlässiger geworden zu sein.

Umgekehrt verweisen mehrere Interviewpartner aber darauf, dass es die Urteile der CIDH jetzt möglich machten, die Qualität der Obersten Richter zu verbessern.⁸⁵⁸ Tatsächlich gelang es der Stiftung Mack mehrfach, Kandidaten für das Amt des Generalstaatsanwalts oder der Obersten Gerichte zu verhindern, weil man ihnen seit dem CIDH-Urteil im Fall Mack aus dem Jahre 2004 die Praxis des Rechtsmissbrauchs vorwerfen kann. Aber auch dieser unbestreitbare Fortschritt ist nur sehr begrenzt. Denn die Praxis, dass der Kongress

Änderung des CSJ hätte daraus *guten Glauben* (buena fe) gemacht. Mit diesen Worten sei letztlich die Chance zur Verzögerung wieder eingebaut worden. 07.10.2005.

⁸⁵⁵ Tageszeitung *Prensa Libre*: 18.10.2006, S. 4.

⁸⁵⁶ Tageszeitung *Prensa Libre*: 16.11.2006, S. 5.

⁸⁵⁷ Interview mit Claudia *Samayoa*, 17.05.2007.

⁸⁵⁸ Interviews mit Marta *Altolaquirre*, 11.04.2006 und Carmen Aída *Ibarra*, 21.09.2005.

unter den Kandidaten für den Obersten Gerichtshof auch solche aussucht, die von der Postulierungskommission besonders schlecht beurteilt wurden, die geht weiter.⁸⁵⁹ Und auch die Richter, die es schließlich wagten, einen der drei mutmaßlichen Hintermänner des Mordes an Myrna Mack zu verurteilen, können als Gegenbeispiel gesehen werden. Einer Interviewten fällt auf, dass sich diese Richter danach erfolgreich für höhere Ämter bewarben, im Obersten Gerichtshof und in Appellationsgerichten. Nach allen Erfahrungen mit dem Kontext muss es als ausgeschlossen gelten, dies als Belohnung für einen Fortschritt in der justiziellen Aufarbeitung zu sehen, aber für was sonst? Nun, nur einer aus der Befehlskette war verurteilt worden, zwei weitere hohe Offiziere hingegen freigesprochen.⁸⁶⁰ Ist dies kein viel wahrscheinlicherer Grund?

Justizielle Wiederaufarbeitung entspricht auch gegen Ende der Regierung Berger nicht dem Willen der konservativen Mehrheit in Kongress und Regierung. Mit den fortschreitenden Missbildungen im politischen System und dem Bewusstsein, über die Justiz Korrekturen ausüben zu können, hat die Themenpalette für Einflussversuche aber deutlich an Breite und Gewicht gewonnen.

⁸⁵⁹ Beispiele in der Tageszeitung *El Periódico*: 31.10.2004, S. 3.

⁸⁶⁰ „Das Abkommen war wohl, die höheren (Offiziere) rauszulassen,“ sagt Yolanda Pérez. Interview vom 07.10.2005.

VII. Analysen und Ergebnisse

Wie soll es nun weitergehen? Auf den vergangenen knapp 200 Seiten habe ich versucht, die Entwicklung mehrerer politischer Felder parallel zueinander nachzuvollziehen. Dies geschah immer auf der Suche nach Zusammenhängen mit der Vergangenheitspolitik, aber ohne die Augen davor zu verschließen, dass die Berührungspunkte gewichtet und interpretiert werden müssen, um sinnvolle Aussagen zu gewinnen. Herausgekommen ist ein Text, der sich vor allem dem aufmerksamen Leser erschließt. Immer wieder wechselt das Thema von den unterschiedlichen Machtkonstellationen zur VP, dann zur Justiz, zur Sicherheit, zur Militärreform und nicht zuletzt auch zur Maya-Bewegung oder den Paramilitärs. Die Ordnung sollte chronologisch sein, aber Dynamiken beginnen mitunter Jahre zuvor und sind so nicht nur Jahr für Jahr zu beschreiben. Manchmal lässt sich auch eine Dynamik verschiedener politischer Felder erahnen, was sich sofort auf die Reihenfolge der einzelnen Kapitel auswirkt. Dennoch bietet dieses Spiegelbild politischen „Chaos“ und Ordnung“ faszinierend reichhaltige Interpretationsmöglichkeiten und Ergebnisse, die ich jetzt im thematischen Querschnitt präsentieren möchte.

Sechs zivile Präsidenten hat Guatemala seit Beginn der Transition zur Demokratie erlebt, sieben wenn man Álvaro Colóm hinzurechnet, der zum Zeitpunkt dieser Zeilen noch im ersten Jahr seiner Regierung steckt. Das sind über 20 Jahre – eine lange Zeit, lang genug für eine Neugründung des Staates. Tatsächlich gab es der Veränderungen im politischen System sicher viele, aber die Transformation hat noch einen langen Weg vor sich.

Welche Rolle spielte in dieser Dynamik die Vergangenheitspolitik? Diese Frage zu beantworten, dies erfordert zuallererst die VP als Politikfeld zu erfassen und die Gründe zu entwickeln, aufgrund derer sie sich konstituieren konnte. Eben mit diesem Blick auf den Charakter des Politikfeldes in der Praxis will ich meine Analyse beginnen.

1. Kriegsgewalt: frühe Wirkung und Konstituierung der VP

Schon lange bevor sich die Vergangenheitspolitik als solche auf nationaler Ebene in ein Politikfeld fassen lässt, hat sie in Guatemala faktisch existiert und die politische Entwicklung des Landes mitgestaltet.¹

Es waren die Machtpole des Landes gewesen, das Militär und das Unternehmertum, welche in unterschiedlicher Weise die Hauptverantwortung dafür trugen, die linke Guerilla im Lande abzudrängen und deren Einfluss auf die Menschen sowohl in der Hauptstadt als auch in den zumeist dörflichen Provinzen auf ein geringes Maß zu reduzieren. Zwar waren im Zuge der Militärkampag-

¹ Vergleiche auch die an Details reichere vorläufige Zusammenfassung in Kapitel III/6.

nen, das zeichnete sich schon in den 80er Jahren ab, massive Exzesse an der zumeist indigenen Landbevölkerung begangen worden. Aber das Militär hatte zugleich einen anderen Teil der Indigenen als Paramilitärs in sein System einbezogen. Sogar viele der überlebenden Männer, die zuvor als Sympathisanten der Guerilla dem Tode entronnen waren, zwang man in die PAC und damit in ein System militärischer Sozialisation hinein. Die Art der Menschenrechtsverletzungen, vor allem die schätzungsweise 45.000 Verschwundenen begünstigten zwar einen gewissen Organisationsgrad der Opfer, vor allem Frauen, aber in aller Regel waren sie Angehörige der indigenen Bevölkerung im Lande, per se rassistisch, politisch und sozio-ökonomisch ausgegrenzt. Nach bisherigen Erfahrungen sind dies ganz schlechte Voraussetzungen für eine aktive Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen.

Die Guerilla jedoch, die war zwar dezimiert aber nicht besiegt. In mehreren europäischen Ländern hatte ihr Grundanliegen Sympathie genossen. Die offensichtliche Schwere der Menschenrechtsverletzungen verwandelte sich so in ein natürliches Instrument des politischen Kampfes. Eine nennenswerte progressive politische Elite zugunsten einer demokratischen Transition Guatemalas war damals hingegen noch nicht zu erkennen. Das ist unser Ausgangsmoment für einen Prozess, in dem ich die Wirkung des Faktors Vergangenheit (als Instrument und Argument) auf die politische Dynamik erklären will, noch bevor die VP als politisches Feld überhaupt definiert war. Und natürlich, wie lässt es sich erklären, dass die VP in ihrer letztendlichen Form konstituiert werden konnte?

An mindestens zwei Stellen hat das Gewicht der Menschenrechtsverletzungen des bewaffneten internen Konflikts, von der URNG wahrgenommen und international denunziert, direkte Wirkung auf die Dynamik aus demokratischer Transition und Frieden hinterlassen, ohne der dieser Prozess langfristig so kaum denkbar gewesen wäre. Die Wahrnehmung der Lage hat das Militärregime zunächst einmal international isoliert und zu der Entscheidung der Machthaber beigetragen, die Transition in Richtung auf eine formale Demokratie einzuleiten.

Die Entscheidung zur Einleitung der Transition löste aber dann eine langfristig wirkende Dynamik aus, innerhalb derer das Militär intern zunehmend an Macht verlor und zivile Sektoren Impulse zu geben begannen, die zuvor noch dem Regime nahe gewesen waren. Jetzt versuchten sie erfolgreich ihre Handlungsspielräume auf deren und der Unternehmer Kosten auszubauen. Dabei nutzten sie die Isolation des Militärs, ohne aber selbst eine Transformation anzustreben, die mit der Vergangenheit abrechnen wollte.

Mit der Entscheidung des Militärs zur Transition war aber auch ein Mindestmaß liberaler Freiheiten für Opfer- und Menschenrechtsgruppen vonnöten. Im Grunde hatte das Militär mit seiner Öffnung versucht, die Bedingungen für eine effiziente Fortsetzung des Krieges zu schaffen, aber die Legalisierung des GAM und anderer Gruppen schuf zugleich den Rahmen für eine langfristige und detailreichere Beobachtung der Vorgänge. Die internationale Lobby-Arbeit gegen die Gewalt konnte sich jetzt aus mehr nationalen Quellen nähren. Teils wusste die Guerilla die neue Konstellation nur zu nutzen, teils infiltrierte sie

die Gruppen auch. Für das Militär und die dominanten konservativen Mächte des Landes verwandelten sich die Menschenrechte damit aber in die wesentliche offene Flanke der eigenen politisch-militärischen Strategie. Von Anfang an galten diese daher als Instrumente des kommunistischen Feindes.

Das alles waren Nebenwirkungen der Isolation eines Regimes, die zum Teil auf der Wahrnehmung der Menschenrechtslage basiert. Und noch eine Spätfolge: Die beschriebenen Dynamiken trugen ganz wesentlich dazu bei, noch während des Konflikts Friedensverhandlungen aufzunehmen.

Ein schnelles Ende der Gewalt wurde damit hingegen nicht begünstigt, ganz im Gegenteil: Bereits im Madrider Treffen, 1987, hatte der starke Mann der ersten zivilen Regierung der Transition, General Gramajo, bei der Guerilla eine Kapitulation in Ehren sondiert. Das Stichwort von der Wahrheitskommission torpedierte und schloss den engen Spielraum schon damals. Hinter dieser provozierenden Antwort verbarg sich im Grunde der Wille der URNG, den Kampf weiterführen zu wollen. Der Beginn der Exhumierungen 1989/90, ebenso noch im Kriege, und die Menschenrechtsforderungen der URNG, vor allem die, eine Wahrheitskommission einzurichten, belasteten die Gespräche 1991/92 und sogar noch unter der Regierung De León, 1993/94.

Sie belasteten, aber verzögerten sie auch? Ich denke ja, denn zwar war das Forderungspaket der URNG in vielen Punkten weitaus größer und in seinen letztendlichen Konsequenzen – nämlich der politischen Transformation des Landes – für viele Offiziere inakzeptabel. Aber die permanent präsent gehaltene Gewalt des Krieges gab der militärisch zweitrangigen URNG international die politische Legitimation, so tiefgreifende Reformen am politischen Geschick Guatemalas auch verhandeln zu können. In einer Konstellation, nationaler Eliten und neuer Akteure der Transition versus Guerilla und Menschenrechtsbewegung wäre dies aber erfolglos geblieben. Es bedurfte eben auch der Nähe und Präsenz internationaler Akteure, die in diesem Moment politisch in dieselbe Richtung gingen, um die Position der Guerilla, die der internationalen Diskussion näher kam, gewichtig in den Verhandlungen untermauern zu können.

Die in dieser Arbeit aufgeführten Elemente belegen: das international beklagte Gewicht der Menschenrechtsverletzungen der Armee im Kriege hat dazu beigetragen, den demokratischen Prozess einzuleiten, zu vertiefen und einen Friedensprozess zu beginnen, der wiederum den Demokratisierungsprozess begünstigte. Das Thema der Menschenrechte war eines derer, die das Militär einer internen Spannung aussetzten und die Macht über meist selbst kontrollierte Anpassungen teils demilitarisierte. Das Thema verzögerte den Frieden zwar, begünstigte aber Positionen der Guerilla, die nicht ihrem militärischen, sondern nur ihrem politisch-diplomatischen Gewicht entsprachen. Diese Konstellation führte auch zu der Entscheidung, mit der CEH eine Wahrheitskommission einzurichten.

Hat also das Thema der vergangenen Gewalt als Instrument im Kriege gleichzeitig die Vergangenheitspolitik gefördert? Nun, für ihre Konstituierung kann man das so behaupten, aber schon 1995/96 zeigen sich auch gegenteilige Tendenzen. Das Thema wurde nämlich für Soldaten und Offiziere überlebenswichtig, die noch selbst Kontrolle ausübten und nach dem Abkommen zur CEH

systematisch mutmaßlich belastende Dokumente zu vernichten begannen. In dem Moment, als der Frieden konkretere Formen annahm, verlor das Thema der vergangenen Gewalt aus Sicht der URNG zudem an Bedeutung. Die URNG-Spitze unterwarf es tendenzmäßig der Realisierung ihres Friedens.

- Noch vor der Konstituierung der offiziellen Politik zur Vergangenheit hat in Guatemala die Last der einseitigen Menschenrechtsverletzungen als politisches Instrument eine Dynamik anzuschieben geholfen, mit Hilfe derer der Konflikt friedlich beendet und zugleich die Transformation des Landes erreicht wurde.
- Der Menschenrechts- und der an der Gewalt der Vergangenheit orientierte Ansatz der Guerilla hat den Verhandlungsprozess dabei zeitlich in die Länge geschoben, letztlich aber so den Frieden inhaltlich vertieft und sowohl die Macht als auch die Gesellschaft in Teilen demilitarisiert.

2. Machtkonstellationen und Etappen der VP

Die Ausgestaltung und das Schicksal der definierten Vergangenheitspolitik als eines der vielen Politikfelder im Prozess der Demokratisierung des Landes steht zunächst einmal in engem Zusammenhang mit der Konstellation und der Wahrnehmung der Mächte, aber auch mit der ihrer sozialen Basis.

Grob gesehen stehen die unterschiedlichen Etappen sowohl der in die Praxis umgesetzten VP als auch des Faktors Vergangenheit als Bedrohungspotential ganz allgemein mit dem Wandel der Machtkonstellation in Verbindung. Dieser wiederum lässt sich zum Teil auf das Ergebnis der Wahlen zurückführen. Ein Wahlergebnis, dass die mutmaßlichen Haupttäter dem Zentrum der Macht nähert (2000), aktivierte das Thema der Vergangenheit, zog aber in Gestalt der Ex PAC auch Anpassungen nach sich, in die die Bevölkerung einbezogen wurde. Dabei diente die Präsenz der internationalen Akteure als wichtiger Referenzpunkt. Umgekehrt wirkt das Thema auf die Machtkonstellation gerade dann zurück, wenn es besonders aktiv ist. Das ist im Verlaufe der gesamten Regierung Portillo zu beobachten gewesen. Aber nicht die VP als Politikfeld der Regierung zeigt diese Wirkung. Vielmehr war es das Ansprechen und Instrumentalisieren der Gewalt des Krieges in der politischen Auseinandersetzung, das destruktive Wirkungen für eben diese Akteure des Krieges hatte. Schauen wir uns die verschiedenen Phasen etwas genauer an:

Zurzeit der Friedensgespräche war die Gewalt der Vergangenheit in erster Linie Bedrohungs- und Verhandlungspotential in der Hand jener Partei, deren Menschenrechtsbilanz vergleichsweise weniger auffällig war. Mit Friedensschluss ließ sich diese Tendenz jedoch nicht einfach von der jetzt vereinbarten VP fortführen. Denn die Akteure hatten sich nur in einer Art Formelkompromiss geeinigt. Tatsächlich blieben die Ansichten zum weiteren Umgang mit der Vergangenheit konträr und so überlebte neben der offiziellen VP von Seiten der Regierung auch der Faktor Vergangenheit als Bedrohungspotential.

Die neue Etappe des Friedensprozesses bringt aber auch eine neue Akteurskonstellation mit sich, mit der sie schlicht einer neuen Logik unterworfen wurde. Die VP verließ die Balance der Akteure während der Verhandlungssituation und begab sich in eine Konstellation, die in erster Linie von der innenpolitischen Auseinandersetzung geprägt war. Die internationale Gemeinschaft blieb zwar wichtiger Garant, Finanzier und Referenzpunkt für die Politik, die in den Friedensverträgen festgeschrieben waren, trat aber – gemäß der innenpolitischen Logik – doch einen Schritt zurück. Die neuen Spielregeln hatten Konsequenzen, denn innenpolitisch repräsentierte nicht die Guerilla das Pendant zur konservativen, Unternehmer-nahen Regierung. Die Rolle als stärkste Opposition nahm mit dem FRG eine Partei ein, die nicht nur 1995 beinahe gewonnen hätte, sondern Frieden und Menschenrechte lediglich als politisch korrekte Themen ansah, die sie im Kern als Niederlage, Verletzung der Ehre und geradezu Beleidigung der siegreichen Armee ablehnte. Das Panorama der Perzeptionen wäre lückenhaft, würde hier nicht erwähnt, dass neben Unternehmern und Militär auch die im Kongress versammelte politische Klasse und die überwältigende Mehrheit der evangelischen Kirchen im Kriege fest zum Militär standen und deren Kriegsführung in der Regel rechtfertigten.

Diesem in Sachen VP lockeren Verbund beinahe aller politischen Mächte im Lande standen auf der anderen Seite die URNG und die oppositionellen Bewegungen gegenüber, vor allem die Menschenrechts-, Opfer- und Maya-Gruppen – eine deutliche Minderheit. Der Faktor Vergangenheit einte sie nur oberflächlich betrachtet, denn jeder hatte andere Prioritäten. Die URNG hatte zwar enge Verbindungen zur drittstärksten Partei, dem FDNG, war aber als solche nicht im Parlament. Im Übrigen war die URNG kein Anhänger einer Politik schneller justizieller Aufarbeitung der Vergangenheit, musste sich ihrer Meinung doch die VP dem Ziel unterwerfen, die Friedensverträge umzusetzen. Dagegen Position beziehen konnte sie aber auch nicht. Als künftige Partei brauchte sie schließlich eine breite Allianz.

In der Regierung war die Sehnsucht groß, das Vergangene hinter sich zu lassen und den Staat zu modernisieren. In einer anderen Konstellation hätte das bedeutet, eine Generalamnestie zu verabschieden, aber in der gegebenen war das unmöglich. Denn erstens war die Wahrheitskommission mit Hilfe der UNO ausgehandelt und später prinzipiell auch die justizielle Aufarbeitung offen gelassen worden. Und zweitens sah man sich für den Umbau des Staates auf die Anerkennung und den guten Willen der internationalen Akteure angewiesen und beides konnte es nur geben, wenn die Kompromisse auch der Menschenrechtsbewegung entgegenkämen. Andererseits durften die Kompromisse nicht noch weiter das Militär irritieren, das zusammen mit der Polizei, ehemals Hilfstuppe der Armee, das Monopol im Sicherheitssektor inne hatte. Der Regierung galt die Armee schon nach nur wenigen Monaten im Amt als unverzichtbar. Hinter den Wunschvorstellungen der Regierung Arzú zur VP stand also ein komplexes politisches Kalkül, das gewisse Zugeständnisse nahelegte.

Wie aber konnten diese unversöhnlich erscheinenden Positionen zwischen Regierung und Menschenrechtsgruppen innerhalb eines Gesetzes überbrückt werden, das die staatliche Behandlung der Vergangenheit festlegen sollte?

Das Aussöhnungsgesetz löste den Widerspruch zwischen dem Wunsch, sofort ein neues Kapitel aufzuschlagen und dem Ansinnen der Menschenrechtsbewegung, Gerechtigkeit einklagen zu können, mit einem Kunstgriff. Für Verbrechen gegen die Menschlichkeit lässt es den Weg vor die Gerichte scheinbar weit offen, schließt ihn aber sogleich wieder erheblich, indem es den oder die Überlebende zwingt, innerhalb kürzester Zeit zu beweisen, dass ein politischer Hintergrund für die Tat vorliegt. Auch die Notwendigkeit zur Wahrheit und der Wiedergutmachung werden prinzipiell bekräftigt, aber an die Vision der Wiederaussöhnung gebunden. Der Anspruch, die Vergangenheit zugunsten einer tiefgreifenden Transformation des Landes bewältigen zu wollen, der lässt sich in dem Dekret nirgendwo finden.

Das Gesetz bietet insofern viel mehr Schein als Sein. Tatsächlich regt sich unter den sozialen Organisationen der Menschenrechtsbewegung schnell Widerstand, aber ein zustimmender Kommentar von MINUGUA, der Mission jener Vereinten Nationen, die noch während der Verhandlungen einer Amnestie unter ihrer Ägide nicht hatte tolerieren wollen, beruhigt viele Aktivisten. Aus heutiger Sicht muss dieses Verhalten wohl als eine Art Anerkennung der realen Machtverhältnisse im Lande interpretiert werden, die eine VP langfristig ermöglichen, aber nicht kurzfristig überfordern wollte.

- Die Konstellation der Mächte hat in Guatemala in erheblichem Maße Inhalt und Wirkung der Vergangenheitspolitik mitbestimmt.
- Unter der gegebenen Machtkonstellation (breites Interesse der internationalen Akteure und artikulationsfähige Menschenrechtsbewegung) hat sich die Vergangenheitspolitik gerade dann in ein effektives Element verwandelt, wenn die gewählte Regierung belastet schien.
- Das Aussöhnungsgesetz, welches in Guatemala den künftigen Umgang der Regierungen mit der Gewalt der Vergangenheit definiert, ist ein Formelkompromiss, der im Grunde unvereinbare Vorstellungen überdeckte. Für die Regierung war es ein neutraler Versuch, die Aufarbeitung in Übereinstimmung mit mehreren UNO-Konventionen zuzulassen, um mit der Zustimmung der Opposition auch die internationalen Akteure zu befriedigen. Gleichzeitig sollten sich breitere Militärkreise keine Sorgen machen müssen. Die Opposition der Menschenrechte sah in dem Gesetz die Chance, mit Strafverfolgung, Wahrheit und Wiedergutmachung weitreichende Transformationsansprüche zu erzielen.²

2.1. Vergangenheitspolitik in der Regierung Arzú

Zur VP der Regierung Arzú: In den Gesprächen mit Repräsentanten der Sektoren, die nicht der Guerilla nahe standen, fällt zunächst einmal auf, dass die Interviewpartner mit der spanischen Übersetzung des Begriffs Vergangenheitsbewältigung, *superación del pasado* oder *superar el pasado* nichts anfangen konnten. Sie dachten dabei in der Regel an die ungleiche Landverteilung in Guatemala. Vergangenheit schien entweder eine Ressource der Guerilla

² Siehe ausführlicher das Kap. VI/1.8 und darin vor allem die Zusammenfassung auf Seite 228.

oder eine der einvernehmlichen Versöhnung aller Beteiligten, eine Vorstellung, die jede Suche nach Wahrheit und Justiz erheblichen Restriktionen unterwirft. Auch die konservativen Repräsentanten eines demokratischen Wandels vermochten die VP nicht als Ressource des Kulturwandels zu erkennen. Dies hätte verlangt, die Vergangenheit nicht mehr zu rechtfertigen – ein direkt nach dem Kriege wohl noch recht großer Schritt.

In der Praxis zeichnete sich die VP der Regierung in den kommenden Jahren so weiter dadurch aus, dem Faktor seine Brisanz zu nehmen – also eine VP, die die Vergangenheit vergehen lassen wollte, ohne den international gewünschten Standard offen verweigern zu wollen. Die Regierung wurde aktiv, wenn die Vergangenheit zum Problem für prioritäre Politiken der Regierung zu werden schien und präventiv oder nachträglich entschärft werden sollte. Die VP stand in einer umgekehrten Abhängigkeit zu der VP, die von außen auf sie eindrang, sei es in der Form der Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen, ihrer Exhumierungen (denn die Regierung unternahm keine) oder äußerer Vorkommnisse, die man auch als Interventionen bezeichnen kann – den Wahlergebnissen, Skandalen und anderes.

Nach den hier vorliegenden Informationen begleitete die Regierung die Exhumierungen der Zivilgesellschaft derart, damit – so ein damaliger Regierungsfunktionär – diese keine Gerichtsverfahren nach sich zögen und Spannungen mit dem Militär auslösen würden. Noch deutlicher wird die Linie im Rahmen der offiziell vereinbarten Wahrheitskommission, CEH. Als die Kommission Dokumente zu suchen begann, die nach ihrem vermuteten Inhalt dazu geeignet schienen, das alliierte Militär in ein schlechtes Licht zu rücken, verweigerten große Teile der Regierung die Zusammenarbeit. Mit dem Mord an Bischof Gerardi, 1998, nahm der Druck auf die Regierung zu, vergangenheitspolitisch Position zu beziehen. Spätestens jetzt entscheidet sie, über die Anklagebehörde hinaus, jetzt auch das Justiz-System gegen die justizielle Aufarbeitung paradigmatischer Fälle gegen das Militär einzunehmen. Kurz vor der Präsentation des wohl mit Sorge erwarteten Berichts und noch im Rahmen des Wirbels um den Gerardi-Mord bezieht Präsident Arzú dann vergangenheitspolitisch Position: Er ruft die Guatemalteken zu einer Bewegung für die nationale Ausöhnung auf, versucht also das Klima präventiv zu entschärfen. Und als der Bericht die Sorgen der Regierung sogar noch übertraf, bestand ihre VP darin, praktisch nicht zu reagieren. In einer Pressemitteilung nahm sie der CEH jede Bedeutung, präsentierte aber Monate später pflichtgemäß zumindest ein Pilotprojekt für ein Wiedergutmachungsprogramm, dass der Regierung nicht nur kein Geld kostete, sondern auch dem Vorbild einer lokalen Versöhnung gehorchte, die Selbstbild und Ruf des Militärs nicht beeinträchtigen konnte.

Ein anderes Merkmal der Politik bestand darin, illegalen Eingriffen gegen vergangenheitspolitische Maßnahmen, die nicht der institutionellen Linie entsprachen, mit Toleranz und Duldung zu begegnen. Dies war sogar im Fall der staatlichen COPREDEH so. Die präsidentiale Menschenrechtskommission hatte begonnen, die allgemeine Abwehrhaltung gegen Vorwürfe der Menschenrechtsverletzungen zu Lasten des Militärs ganz leicht aufzuweichen, wurde aber dafür innerhalb der Regierung nicht nur stärker isoliert, ihre Chefin erlitt

gar Drohungen, gegen die nichts unternommen wurde. In einer Phase der Demilitarisierung und Neuordnung des zivil-militärischen Verhältnisses sind solche Zeichen der Toleranz aber gleichbedeutend mit einem Aufruf zur Wiederholung. So musste es zumindest den illegalen Gruppen erscheinen.

Im Rahmen ihrer grundsätzlich beschwichtigenden Haltung zur Vergangenheit, hatte die Passivität der Regierung augenscheinlich aber auch Fortschritte zur Folge. Das darf nicht übersehen werden. Arzú verweigerte den paramilitärischen PAC nämlich bei Friedensschluss die Ehren und die Selbstbestätigung, die sie selbst zu verdienen glaubten. Mit diesem Schritt schuf er eine Irritation und Unzufriedenheit, die über die Jahre wach blieb und als politische Gelegenheit ausgenutzt werden konnte, aber nicht musste.

Welch' ein Kontrast zu den Friedensgesprächen, während der die Gewalt im Kriege von der URNG so sehr betont worden war. Erinnern wir uns an die erste **These**:

- *Die Widersprüche der Vergangenheitspolitik in Guatemala lassen sich in erheblichem Ausmaße auf die verschiedenen Machtverhältnisse in den Phasen der Definition und der Umsetzung zurückführen.*

Die These muss mittlerweile gar zu offensichtlich erscheinen. Denken wir nur an die CEH. URNG und UNO waren direkt an dem Abkommen beteiligt gewesen. Beide treten jedoch bei Friedensschluss aus dem vordersten Glied zurück. Die URNG erleidet dieses Schicksal, weil ihre diplomatische Stärke nicht ihrem innenpolitischen Gewicht entsprach. Und die UNO und die Gruppe der Freunde sehen die tatsächliche VP mehr als innere Angelegenheiten, die eben nur an der formalen Erfüllung der Abkommen gemessen werden konnte. Das hat Folgen.

Auf der anderen Seite zeichnete sich die VP der oppositionellen Menschenrechtsbewegung anfangs dadurch aus, das Schweigen der Öffentlichkeit und der Opfer brechen zu wollen. Sie war es – und nicht die Regierung –, die den Opfern auf Wunsch halfen, ihre toten Angehörigen zu exhumieren.

Natürlich handelte sie dabei nach dem Gerechtigkeitsempfinden, das sie aus ihrer Geschichtsvision ableiteten. Aber vor dem Frieden hatte der Ruf nach Gerechtigkeit für einen Teil der Bewegung zusätzlich die kalkulierte Aufgabe, zur Demilitarisierung, beziehungsweise Neugestaltung der Konstellation der Mächte beizutragen und damit zu einem Friedensschluss, der weitreichenden Transformationsansprüchen genügen sollte. Dieser Ansatz blieb für viele auch danach noch gültig, als die Konstellation sich schon deutlich gewandelt hatte. Noch kurz vor dem historischen Erfolg der Friedensabkommen fingen einige Gruppen an, Aspekte der VP im Kongress zu verfechten. Die dabei erlittenen Misserfolge machten sie aber darauf aufmerksam, dass sie auch in der Lage sein mussten, Prozesse technisch korrekt begleiten zu können. Nach diesen ersten Erfahrungen innerhalb des Systems entschieden sie, der CEH zuzuarbeiten, nach den Friedensabkommen potentiell neuer Referenzpunkt für die ersehnte Transformation.

Auch für die Menschenrechtsbewegung stellt der Mord an Bischof Gerardi eine Zäsur dar. Er aktivierte die Bewegung als Ganze und als kurz darauf die CEH

ihren Bericht der Öffentlichkeit präsentierte, verwandelte sich die von der Regierung verschmähte Publikation für viele Gruppen in Mobilisierungspotential für Einflussversuche im Kongress. Die schonungslose Analyse, die die CEH zur Geschichte Guatemalas geliefert hatte, ermunterte viele, wie schon Jahre zuvor erfolgreich erprobt, einen Wandel unter Missachtung der innenpolitischen Machtverhältnisse erreichen zu wollen. Mit viel Mühe fochten die Gruppen für neue strategische Referenzpunkte. Bis zum Ende der Regierung Arzú, zum Jahreswechsel 1999/2000, versuchte die Menschenrechtsbewegung im Kongress vor allem die empfohlene Kommission für Frieden und Eintracht durchzusetzen, die – im Falle des Erfolges – konkreter Ansatzpunkt für weitergehende Transformationsansprüche gewesen wäre. Aber wie im Falle der CEH selber, reagierte die Regierung mit dem Ziel, der Politik ihre Brisanz zu nehmen und ließ die Initiativen ins Leere laufen.

Diese Ausrichtung auf eine politische Verhandlungssituation bedeutete aber auch, dass die Gruppen mit ihren Ansprüchen weit über die Macht ihrer vergleichsweise schmalen sozialen Basis hinausgingen – ein Umstand, der vor den internationalen Akteuren zu verdecken versucht wurde.

Einen anderen Flügel der Menschenrechtsbewegung repräsentiert die Stiftung Myrna Mack. Ihr ging es vor und nach dem Frieden konstant darum, den Prozess um den Mord an Myrna Mack zu begleiten, alle institutionellen Hindernisse zu identifizieren und überwinden zu helfen, womit sie sich automatisch für die Transformation der Justiz einzusetzen begann - ein sehr verschiedener Menschenrechts-Ansatz, vor dem auch Konservative Respekt hatten.

Nun fehlt nur noch ein Blick auf das Militär. Regierung und die links orientierte Zivilgesellschaft – diese These vertrete ich hier – haben ihre Vergangenheitspolitik direkt nach den Friedensverträgen als langfristige politische Mobilisierungs- oder Demobilisierungswaffe konzipiert, sie zumindest nicht klar von dieser Funktion abgegrenzt. Dem Militär als Haupt-Menschenrechtsverletzer erschien das wie eine lückenlose Fortsetzung des politischen Krieges, so wie er schon vor dem Frieden ausgetragen worden war. Und so sah es sich auch nur in der vertrauten Form der Verteidigung, als es sich weigerte, sich in Sachen Vergangenheit den Regeln eines Rechtsstaats zu unterwerfen, den in dieser Frage nicht einmal die Regierung anzuerkennen schien.

Über Jahre hatte die Armeeführung im Kriege auch politisch gegen Menschenrechtsvorwürfe kämpfen müssen und in der Zeit bis zum Friedensschluss daraus letztlich zwei Konsequenzen gezogen: (a) Einer zu erwartenden Aufarbeitung hatten die Beweismittel entzogen zu werden. Und (b) dem Gegner durften keine neuen Menschenrechtsverletzungen als Argument an die Hand gegeben werden. Vor dem Frieden zeigte sich ein wichtiger Sektor der Armee darum für einige Prozesse und eine Begrenzung des militärischen Sonderrechtsbereichs offen. Wie die Haltung der Armee zur Gewalt der Vergangenheit nach Friedensschluss aussah, das ist so einfach wie auch schwer zu beurteilen. Denn die Offiziere sehen sich nach wie vor historisch im gleichen rechtfertigenden Licht, einseitig und ungerecht behandelt und leiten daraus das Recht ab, sich außerhalb des Rechts zu verteidigen. Was sich in den Jahren seit den Abkommen geändert hat, ist also nicht so sehr die Geschichtsvision

und die Haltung zur VP, sondern mehr der Grad, in dem die aktiven Militärs noch selbst in Menschenrechtsverletzungen verwickelt waren, also der Grad der Lastenverteilung der Gegenwehr zwischen Aktiven und Ehemaligen.

1997, kaum war der Frieden unterzeichnet, war von der minimalen Kooperation mit der Justiz nichts mehr zu erkennen und Vorwürfe gegen die Armee als solche wurden oftmals auch dann geleugnet, wenn deren Position unhaltbar geworden war. Die UNO-Mission spricht für diese Zeit von Behinderungen der Justiz von Seiten der Armee und belegt eine Zunahme der Drohungen und Einschüchterungen. Unabhängig davon scheint die Tür zur Verständigung aber generell noch nicht geschlossen gewesen zu sein. In der Zeit zwischen dem Gerardi-Mord und der Präsentation des Berichts der Wahrheitskommission CEH änderte sich die Haltung dann doch. Jetzt saß das Militär moralisch endgültig auf die Anklagebank und die Verweigerungshaltung der Armee wurde so eminent, dass die UNO-Mission von systematischer Behinderung zu sprechen begann.

Aber wann kam welche Reaktion aus der Mitte der Armee oder direkt von der Führung? Ich meine, dass diese Frage letztendlich zweitrangig ist, denn institutionell ist in jedem Fall die Armee für ihre Mitglieder verantwortlich und wenn sie sichtbar keine Schritte unternimmt, um Drohungen, Einschüchterungen oder andere Manipulationen zu unterbinden, dann verwandelt sie sich in jedem Fall in Komplize der Vorgänge.

Trotz der CEH, für das Ergebnis der 99er Wahlen spielte der Faktor Vergangenheit praktisch keine Rolle, weder der Bericht der Wahrheitskommission, noch die mangelnde VP der Regierung Arzú. Der FRG als Partei der Aufstandsbekämpfung verzichtete sogar darauf, seine Verbindung zu den Paramilitärs und deren Degradierung durch die Unternehmer-nahe Regierung in großem Stile auszunutzen. Als die Partei des Präsidenten unter dem Druck schlechter Prognosen, im Wahlkampf die gewaltsame Vergangenheit des Präsidentschaftskandidaten Portillo und einiger FRG-Oberen auszuleuchten versuchte, ging der Schuss aber doch spürbar nach hinten los. Viele Wähler sahen die Gewaltakte der FRG-Riege offenbar als Selbstverteidigung an und so wurde die Vergangenheit im Wahlkampf fortan wieder verschwiegen.

- Während der Regierungszeit von Präsident Arzú wurde mehr als eine Politik zur Vergangenheit zu betreiben, erst einmal begonnen, eine Politik der Menschenrechte zu etablieren.
- Die konkrete Vergangenheitspolitik der Regierung verfolgte zum Teil auch die Absicht, dem Thema seinen transformatorischen und damit konfliktiven Charakter zu nehmen. Zudem tolerierte die Staatsspitze demonstrativ einschüchternde oder gewaltsame Reaktionen von Gruppen aus dem Militär. Nebenbei wurden so illegale Sicherheitskräfte legitimiert und gestärkt.
- Das Thema des Umgangs mit der Vergangenheit nahm seit der Regierung Arzú Züge eines Krieges um die Geschichte an.

2.2. Vergangenheitspolitik in der Regierung Portillo

Umgekehrt hatte der Wahlsieg des FRG-Kandidaten Portillo aber doch Konsequenzen für den Faktor Vergangenheit. Er verwandelte ihn nämlich in eine permanente politische Gelegenheit: in ein aktives Politikfeld der Regierung und zudem in ein virulent destruktives Instrument, das sowohl zur Schwäche staatlicher Institutionen beitrug, als auch zur Abnutzung von Armee und der Partei der Aufstandsbekämpfung selbst.

Gründe dafür gibt es gleich mehrere. Erstens galt der FRG seiner militaristischen Vergangenheit wegen als eine Partei der Repression, ein Umstand, der die internationale Gemeinschaft in Sorge versetzte und der Menschenrechtsbewegung damit umso mehr Wirkungsfläche bot. Die Gewalt der Vergangenheit verwandelte sich damit wieder in Bedrohungs- und Verhandlungspotential ersten Ranges. Dazu kommt zweitens, dass die Partei anti-oligarchisch orientiert war und infolgedessen seit langem zum ersten Mal das Unternehmertum aus den Sphären der Macht verdrängte. Je größer der Dissens zwischen beiden Akteuren, desto mehr brauchte die Regierung das Militär und die internationale Gemeinschaft als Stütze und desto mehr konnte der Faktor Vergangenheit damit auch den Unternehmern als Instrument dienen.

Das besondere an der Konstellation war aus vergangenheitspolitischer Sicht aber die Rolle des Präsidenten selbst. Ohne Verbindung zur Partei hatte er ein Interesse, seinen politischen Spielraum mit einer eigenen Machtbasis in der Regierung zu vergrößern. Wer und was konnte das in einer Konstellation sein, in der die Regierung die internationale Gemeinschaft möglicherweise als Stütze brauchte, diese aber die Partei selbst mit Argwohn betrachtete? Die Antwort scheint überraschend: Mit Edgar Gutierrez nahm der Präsident ausgerechnet eine Person ins konservativ dominierte Kabinett auf, die die größte Schwäche der Regierung zu kompensieren versprach – eben die Gewalt des Konflikts. Gutierrez selbst stand nämlich für die Wahrheitskommission der katholischen Kirche, REMHI. Er und eine kleine Gruppe an dessen Seite ermöglichten Portillo, zusätzlich einen eher berüchtigten Machtzirkel in die Regierung zu holen, der Statthalter des Präsidenten in der Armee sein konnte.

Die Vergangenheitspolitik dieser neuen Konstellation – wie konnte es anders sein – war voller Widersprüche. Für die Jahre der Regierung Portillo sind vier sich überlappende und teils parallele Phasen der VP zu erkennen, an denen jeweils gleich mehrere Akteure beteiligt waren:

(1) Beginnen wir mit der präsidentialen Menschenrechtskommission, COPREDEH: Ein Jahr nach der Präsentation des Berichts der Wahrheitskommission, CEH, verfolgte die COPREDEH erstmals eine Politik der Anerkennung des Geschehenen. COPREDEH-Chef Víctor Hugo Godoy erkannte die institutionelle Verantwortung des Staates in 50 Fällen an, in denen Menschenrechtsverletzungen begangen worden waren. Kurz darauf begann er, in mehreren Fällen, die vor dem guatemaltekischen Rechtssystem nicht voran kamen, gütliche Einigungen zu verhandeln. Diese Anerkennung bedeutete rechtlich gesehen kein Einverständnis, dass staatliche Sicherheitskräfte für den Tod der Menschen verantwortlich waren, aber ethisch-moralisch erreichte er genau diesen Eindruck. Immer neue Urteile und gütliche Einigungen vor dem interamerikanischen

Rechtssystem, CIDH, hielten das Thema der Vergangenheit in den Medien und trugen so dazu bei, das Schweigen der Betroffenen zu lockern und Bewusstsein zu bilden – ein erster Schritt, nachdem die Vorgänger-Regierung die CEH allemal geduldet und darüber hinaus lediglich darauf verzichtet hatte, den Paramilitärs ein Gefühl des Sieges zu vermitteln. Als Folge der Urteile und Kompromisse hatte der Staat sich zu entschuldigen und Maßnahmen der Würdigung der Opfer oder der ökonomischen Reparation zu unternehmen.

Nicht alle, aber doch viele Auflagen wurden in dieser Zeit erfüllt. Als weitere Konsequenz geriet damit auch das Verhalten der Richter in die Debatte. Spätestens seit dem CIDH-Urteil zum Fall Mack wurde es so einfacher, Justizpersonal anzuprangern, das Rechtsverweigerung betrieben hatte. FRG-Politiker in der Regierung bemühten sich nach Kräften, Portillo von dieser Linie abzubringen. Auch wenn das lange nicht gelang, die VP hatte Kosten für die kleine Gutierrez Gruppe. Für Reformen in anderen Politikbereichen konnte sie sich des beinah automatischen Widerstands der Regierungspartei sicher sein.

(2) Parallel zur Bewusstseinsarbeit der COPREDEH weiteten Teile der Zivilgesellschaft die Exhumierungen deutlich aus. Gleichzeitig versuchten sie aber die Konstellation der Mächte für eine bahnbrechende Reform zu nutzen. Wie auch schon gegen Ende der Regierungszeit von Alvaro Arzú ging es ihr darum, die besagte Kommission für Frieden und Eintracht zu erreichen, die als Folgekommission der CEH langfristig Themen tiefgreifender Transformation hätte ansprechen können. Im Grunde war diese Kommission bei rund 90 Prozent der Abgeordneten total chancenlos, aber als politisch korrekt wurde das Thema in der Diskussion gehalten. Die angenommene Autorität der CEH und die Präsenz der UNO-Mission hielten die Illusionen offenbar wach. Wie der PAN antwortete der FRG mit einer Politik des Scheins, zu erkennen auch an den wiederholten Initiativen zum Tage des Opfers, die in der Praxis aber dann verbergen wollten, wer die Täter sind.

(3) Die dritte Etappe ist die der Instrumentalisierung des Faktors Vergangenheit zur Delegitimierung der Regierung. Schon 2001 initiiert, dauerte sie bis zur Niederlage 2003. Für die linke Zivilgesellschaft ein Verhandlungspotential, verwandelte sich die Gewalt des Krieges für den Privatsektor in ein Hilfsmittel, mit dem die Regierung geschwächt und wenn möglich auch gestürzt werden sollte. Die den Unternehmern nahen Medien druckten in dieser Zeit beinah jede regierungskritische Stellungnahme der Menschenrechtsbewegung, sei es zu Fragen der Sicherheits- und Militärpolitik oder eben des Krieges.

Noch im Laufe des ersten Jahres nach der Regierungsübernahme der populären Partei der Aufstandsbekämpfung hatten die Spannungen zwischen den beiden Machtpolen so weit zugenommen, dass auch die VP der COPREDEH zunehmend im Visier des FRG stand. Einzelne Ereignisse hoben in denselben Monaten das Bedrohungspotential der VP auf ein anderes Niveau an. Im Fall des Massakers Dos Erres hatten erstmals zwei Soldaten grausame Details und – vor allem – Namen verantwortlicher Offiziere genannt. Gleich viele Namen waren in Dokumenten zu lesen, die das US-amerikanische National Security Archive, NSA, zum Konflikt in Guatemala veröffentlicht hatte. Und dann versuchte die indigene Friedens-Nobel-Preisträgerin Rigoberta Menchú auch noch

den Parteichef der FRG, General Ríos Montt, in Spanien vor Gericht zu stellen. Politischer Druck von außen und innen, als eine der ersten Konsequenzen verlor der FRG innerhalb der Regierung seine Geduld mit der COPREDEH und entließ kurz hintereinander zwei ihrer Chefs. Damit waren die COPREDEH und ihre Politik der Anerkennung zwar nicht beendet, aber doch gestutzt, der Machtkampf mit den Unternehmern nahm hingegen an Ton und Intensität weiter zu. Jeder Missgriff der Regierung lief Gefahr, im Zusammenhang mit Missbräuchen der Vergangenheit gesehen zu werden. Am Ende musste sich der FRG-Präsidentschaftskandidat, General Ríos Montt, ständig an seine Kriegsvorgänger erinnern lassen.

(4) In eine Art politische Gelegenheit verwandelte sich in diesen Jahren auch das riesige Potential ehemaliger Paramilitärs, deren Bewusstsein, entscheidender Faktor für den militärischen Sieg der Armee gewesen zu sein, von der Arbeit der Wahrheitskommission zwar angegriffen aber nicht abgeändert worden war. Nationale und internationale NRO hatten nur mit der Minderheit gearbeitet, die sich als Opfer deklarierten, worauf einige Ex PAC mit Verunsicherung reagierten, andere mit trotzigem Unverständnis. Gerade sie waren jetzt vom Wahlsieg des FRG animiert worden, allerdings in der umgekehrten Hinsicht. Sie erhofften sich davon Bestätigung und die Belohnung, die sie zu verdienen glaubten. Als im Zuge des Machtkampfes mit den Unternehmern immer mehr die Geschichtsvision der linken Menschenrechtsbewegung die Seiten der Gazetten zu füllen begannen, musste das als weitere Provokation gewirkt haben. Arm, bedürftig, im Bewusstsein mehr verdient zu haben, fehlte jetzt nur noch ein geeigneter Auslöser, um die ehemaligen PAC zu mobilisieren. Wie beschrieben, kam der dann in Form einer FRG-internen Streitigkeit und in kürzester Zeit gingen zehntausende PAC auf die Straße, um eine finanzielle Anerkennung für ihre Leistungen im Kriege einzufordern. Natürlich stellte das die international erwünschte Linie der Anerkennung ebenso auf den Kopf, wie viele kleine Fortschritte, die die Arbeit mit den Opfern mittlerweile mit sich gebracht hatte.

Hunderte von Millionen für die Paramilitärs, obwohl die offizielle Wahrheitskommission, CEH, sie als wichtigen Menschenrechtsverletzer gebrandmarkt hatte? Und keine Entschädigung für die Opfer? Angesichts der anhaltenden Bedeutung der internationalen Gemeinschaft für die Regierung, öffnete genau dieser große Rückschritt für die Aufarbeitung der Vergangenheit auch Spielräume für Fortschritte. Das PAC-Programm machte den Weg frei für ein Opfer-Programm, dass es sonst zu diesem Zeitpunkt nicht gegeben hätte.

Charakter und Wirkung der VP werden üblicherweise in engem Zusammenhang mit dem Typ des Opfers, seiner sozialen Stellung und der Art der Menschenrechtsverletzung gesehen. Hier sind das zumeist rassistisch und sozio-ökonomisch ausgegrenzte Indigene, die in extralegalen Hinrichtungen, Massakern oder auf der Flucht ums Leben kamen. Für mich kam jedoch die Erkenntnis überraschend, dass die nach einem solchen Krieg auf den ersten Blick natürliche Ausrichtung der VP auf Demilitarisierung und eine Reform des Sicherheitssektors in ein so klares Spannungsverhältnis zum Kampf der Indigenen

als Maya um Anerkennung und Emanzipation geraten kann. Aber beginnen wir zur Beschreibung dieser Idee wieder mit der Konstellation der Akteure:

Wir wissen, dass sich im Kriege viele Indigene der Guerilla angeschlossen hatten. Im Zuge der Friedensverhandlungen suchten darum sowohl sie, als auch die an einer kulturellen Selbstbestimmung als Volk der Maya interessierten Gruppen, ihre spezifischen Ziele in diesem Prozess umzusetzen. Doch dann, mit der Niederlage in der Volksbefragung zu den Friedensabkommen, 1999, begann die schrittweise Distanzierung vieler Indigener von der URNG. Mit ihr waren die Ziele vieler Indigener nicht mehr zu verwirklichen, hatte doch der Friedensprozess große Erwartungen geweckt, aber die konkreten Resultate für die Maya blieben vergleichsweise dürftig. Ein Jahr später kam dann der Bruch, in dessen Gefolge auch das bereits vorhandene Bewusstsein immer stärker in den Vordergrund geriet, von der URNG im Kriege ausgenutzt und im Stich gelassen worden zu sein.

Damit ist die Dynamik, die die Zielrichtung der VP spaltete, aber noch nicht abgeschlossen. In dieser neuen Konstellation öffnete sich 2002 der politische Spielraum für ein umfassendes Wiedergutmachungsprogramm für die Opfer des Konflikts, das mit dem vielen Geld natürlich auch die Frage der Verteilung nach sich zog. Ganz offensichtlich waren die Vorstellungen davon, wie sich eine ethnisch gemischte linke Opferbewegung Wiedergutmachung vorstellte oder eine, welche die Rekonstruktion der Maya-Kultur und die Konstruktion einer Maya-Bewegung im Sinne hatte, sehr verschieden. Im Hintergrund wirkte aber noch etwas anderes spaltend: das Geschichtsverständnis. Die Maya griffen für ihr Verständnis der Vergangenheit nämlich weniger auf die Gewalt des Krieges zurück, sondern eher auf das Bewusstsein, seit 500 Jahren unter Ausgrenzung und Gewalt zu leiden. Das schuf gleichzeitig auch eine Brücke zu der Mehrheit der indigenen Bevölkerung Guatemalas, die ein auf den Krieg bezogenes Verständnis nicht erreichen könnte. Denn die meisten Indigenen im Lande sind Ex PAC – aus der Perspektive der Menschenrechte die Täter.

Diese inhaltlichen Differenzen hatten sich im Laufe der Jahre herausgeschält, als Mitte 2002 eine Mischung aus Missverständnissen, Sensibilitäten und unverträglichen politischen Entscheidungen zum Bruch innerhalb der Opferbewegung führte. Im Rahmen der Dynamik alliierte sich Rosalina Tuyuc, historische Führungsperson der indigen geprägten Witwen-Organisation, CONAVIGUA, mit ethnisch geprägten Maya-Gruppen gegen die multiinstitutionelle Instanz, in der linke Mestizen mit linken Indigenen zusammenarbeiteten.

Die Akteurs- und Interessenkoalition, so wie sie sich 2002 in der Etappe vergangenheits-orientierter Überhöhung darstellte, bargen somit sowohl die Voraussetzungen zugunsten einer Mobilisierung der Ex PAC in sich (die wiederum eine Anpassung in Form eines Opferprogramms nach sich ziehen konnte), als auch den Rahmen für interne Spaltungen auf Seiten der Opfer.

Die VP und das öffentlich konstruierte Negativbild der Vergangenheit des FRG haben in der Portillo-Zeit das Klima in und außerhalb der Regierung angeheizt und zahlreiche Konflikte provoziert. Insofern haben beide Faktoren indirekt natürlich auch zum Eindruck der Wähler beigetragen, die Regierung habe politisch versagt und der FRG sei eine Partei von gestern. Dennoch wurde bei

den Wahlen nicht über einen kulturellen Neubeginn gegen den Einfluss der Vergangenheit entschieden. Die Bürger strafte Präsident und Partei eher für deren Korruption, Skandale, Amtsmissbräuche und ihrer Unfähigkeit wegen ab, die sich ausbreitende Welle der Gewalt zu stoppen. Als sie im Jahre 2003 mit deutlicher Mehrheit gegen den General stimmten, hatten sie damit nicht eigentlich gegen die Vergangenheit gestimmt, aber auf dem Wege zu dieser Entscheidung war die Vergangenheit des Generals ein Katalysator und Interpretationsrahmen für Dynamiken, die ihn und der FRG tatsächlich zu delegitimieren halfen.

- Die offizielle Vergangenheitspolitik der Regierung Portillo, formuliert und umgesetzt von der präsidentialen Menschenrechtskommission COPREDEH, ist erstmals eine Politik der Anerkennung der schweren Menschenrechtsverletzungen des Krieges.
- Generell ist es die Konstellation der Regierung, die das Thema (also nicht die Politik) der Vergangenheit in eine permanente politische Gelegenheit verschiedenster Interessengruppen verwandelt: in ein aktives Politikfeld von Teilen der Regierung und in ein virulent destruktives Instrument, das sowohl zur Schwäche staatlicher Institutionen beitrug, als auch zur Abnutzung von Armee und der Partei der Aufstandsbekämpfung selbst (FRG).
- Die wachsende Instabilität rückte Portillo beinahe zwangsläufig an die Seite des Militärs, was das Thema der gewaltsamen Vergangenheit als destruktives Bedrohungspotential aber nur noch mehr aktivierte.
- Der jahrelange Widerspruch zwischen dem öffentlichen (aus dem Frieden hergeleiteten) Anspruch auf Thematisierung der Vergangenheit und den internen Werten und Wahrnehmungen hat das Potential für eine doppelte Anpassung gestellt: ein Entschädigungsprogramm für die paramilitärischen PAC und als Folge dessen auch eines für die anerkannten Opfer.

2.3. Vergangenheitspolitik in der Regierung Berger

Im Wahlkampf selbst sahen sich die Kandidaten aber gezwungen, Versprechen zum Fortbestand beider Entschädigungsprogramme abzugeben, um nicht tausende von Stimmen zu verlieren. Wenn auch die Menschen nicht über die Vergangenheit abstimmten, so hatten die Wahlkampfthemen und das Ergebnis der Wahl also umgekehrt doch Konsequenzen für die VP. Die Entschädigungen für die PAC und die Wiedergutmachung für die Opfer bargen nämlich einen Mobilisierungsgrad in sich, der den Gewinner förmlich dazu zwang, seine Versprechen einzuhalten.

Das weitere Schicksal der VP hatte aber zunächst einmal wieder mit der Konstellation der Akteure zu tun, die sich nach der Wahl ergab. Der Sieger, Oscar Berger, war ein Unternehmer und bot daher nicht mehr dieselbe Angriffsfläche, wie der FRG als Partei der Aufstandsbekämpfung. Nachdem sich Portillo über die Jahre zunehmend auf das Militär gestützt hatte, baute Berger es zu Anfang erst einmal ab. Und auch die zuvor immer noch wichtige Rolle des internationalen Faktors bröckelte zusehends, denn die UNO-Mission bereitete

bereits ihre eigene Abwicklung vor. Der Menschenrechtsbewegung als Hauptförderer einer Vergangenheits-orientierten Politik fehlten darum künftig sowohl die Angriffsfläche, als auch der – in gewisser Weise – internationale Koalitionspartner. Dennoch holte auch Präsident Berger einen prominenten Vertreter der Menschenrechtsbewegung als Chef der COPREDEH, der präsidentialen Menschenrechtskommission, in die Regierung. Und der war es seinem eigenen Ruf schuldig, zumindest nicht hinter die VP der vorherigen COPREDEH zurückzufallen.

Die VP der Regierung Berger bestand im Wesentlichen aus dem Erbe des Vorgängers: einer Politik der Anerkennung, ohne die vorherigen Widersprüche, und vor allem dem Nationalen Wiedergutmachungsprogramm, PNR. Erstere hatte zur Folge, dass Präsident oder Vize-Präsident in unregelmäßigen Abständen öffentlich für konkrete ehemalige Menschenrechtsverletzungen oder Exzesse um Verzeihung baten. Das waren ganz sicher wichtige symbolische Akte, aber die Frage der konkreten Verantwortung der einen oder anderen Konfliktseite wurde zu vermeiden gesucht. Und der PNR?

Seit dem Bruch zwischen den links orientierten Opfer- und den Maya-Gruppen war die Realität des Programms von zermürbenden Flügelkämpfen geprägt, die die Arbeit beinahe zwei Jahre lang praktisch blockierten. Denn das Organisationsmodell des PNR sah vor, dass mehrheitlich die Opfer selbst darüber entscheiden sollten, wie die Arbeit zu organisieren und die Wiedergutmachungsgelder auszugeben seien. Vielleicht wurde dies ursprünglich der traditionellen Angst der Zivilgesellschaft vor dem Staate wegen so ausgehandelt, aber letztendlich war die Folge, dass zwei verschiedene Agenden aufeinanderprallten, die aufgrund der Konfrontation keine Berührungspunkte entwickeln konnten. Nach eben diesen zwei Jahren entmachtete die Regierung die zivilgesellschaftlichen Akteure des Programms formell. Faktisch alliierte sie sich aber mit demjenigen der beiden, dessen Vorstellungen am wenigsten frontal mit der Unternehmer-orientierten Regierung zusammenstießen: den Maya-Gruppen.

Die Wiedergutmachungspolitik der neuen Konstellation an der Spitze des PNR gab fortan die Geschichtsvisionen der sie tragenden Sektoren wieder. Mehr als zuvor stand die Idee des Volks der Maya oben an, seine Anerkennung, seine individuelle und kulturelle Wiedergutmachung. Aber ähnlich wie schon während der Regierung Arzú orientierte man sich auch an der Idee der Neutralität. Eine nennenswerte Erinnerungsarbeit, die sich auf den Inhalt der CEH zurückführen ließe, wurde ganz offenbar mit voller Absicht nicht betrieben.

Ein weiteres Kennzeichen der VP dieser Zeit ist der schrittweise Rückzug einiger Menschenrechtsgruppen aus den Themenbereichen der VP. Damit reagierten sie offenbar schon vor dem Rauswurf aus dem Nationalen Wiedergutmachungsprogramm auf die Wahrnehmung der Grenzen ihrer Politik. Nach diesem Moment verwandelte sich die Bilanz der VP der Jahre nach Friedensschluss um so mehr in ein Motiv tiefster Enttäuschung. Allein die Politik der Anerkennung der COPREDEH vor dem interamerikanischen Rechtssystem und die Bewusstseinsarbeit der Zivilgesellschaft hatten es nicht vermocht, in den Menschen die Erinnerung an die Menschenrechtsverletzungen im Kriege wach

zu halten oder ihnen gar eine neue kritische Geschichtsvision näher zu bringen. Der Soziologe Edelberto Torres Rivas bemerkt dazu, dass die Menschen *nicht im Begriff* seien zu *verzeihen, sondern zu vergessen*.³

Die Wiedergutmachungspolitik diene jetzt einem anderen als dem ursprünglich angestrebten Ziel und die Mehrheit der Empfänger finanzieller Entschädigungen verstanden die Zahlungen nur mehr als Hilfe in der finanziellen Not. Warum? Das mangelnde Opferbewusstsein und die Reibungen mit der Mayanisierung haben wir schon herausgearbeitet. Sicher spielt auch die Armut vor allem der Landbevölkerung eine Rolle, der Hauptbetroffenen der Gewalt oder auch die Jugend der Guatemalteken.⁴ Aber darum geht es in dieser Studie nicht. Gegen Ende des Jahres 2007 hat es den Anschein, als ob die Linie der Regierungen Arzú und Berger Früchte trug: VP formal ja, aber möglichst ohne Justiz-Urteile sowie neutral und ohne (konfliktive) Erinnerung. Der finanzielle Umfang des Wiedergutmachungsprogramms und die seit Arzú stetig steigende Zahl der Exhumierungen haben daran bislang kaum etwas geändert. Aber natürlich ist auch die Geschichte des Landes nicht stehen geblieben. Gerade für die links orientierte Menschenrechtsbewegung eröffnete der Freihandelsvertrag mit Mexiko und den USA ein ganz neues Arbeitsfeld – und so wurde das Thema der VP auch von den Effekten der Globalisierung deaktiviert.

- Die Mächtekonstellation in der Regierung Berger hat die Vergangenheitspolitik als Thema wieder deaktiviert.
- Die offizielle Politik ging nicht mehr hinter die vorige Politik der Anerkennung und der Entschädigungen zurück, konnte sich aber ohne deren enorme Widersprüche entwickeln, weil sie den Regierenden keine unmittelbare Gefahr erschien.
- Zugleich gehorchte die Politik einer Logik, nach der den Themen um die Vergangenheit ihr zuvor hochvirulenter Charakter genommen werden sollte. Auch deshalb lehnte sie in der Praxis die Aufteilung in Tätern und Opfern ab und tendierte in der Frage der Verantwortung zu einer neutralen Position ohne transformatorische Ansprüche.
- Ich den Auseinandersetzungen um die PAC sehe ich meine **These** bestätigt, dass Vergangenheitspolitik als Demokratisierungsfaktor in engem Zusammenhang mit Grad und Ausmaß des Opferbewusstseins steht.
- Weder die Gewalt der Vergangenheit als Negativbild noch die offizielle Vergangenheitspolitik haben direkt auf Wahlergebnisse einwirken können. Allerdings haben beide Formen sowohl die alte, dem Militär nahe, FRG als auch die traditionellen Repräsentanten des politischen Krieges geschwächt und darüber die kommende Machtkonstellation mitbestimmt.

³ Interview mit Edelberto *Torres Rivas*, 15.12.2005.

⁴ Jeder zweite Guatemalteke ist unter 18 Jahren. Aus der Zeitung *Prensa Libre*: 01.10.06, S. 17.

3. Die Dilemmata der Vergangenheitspolitik

Mit der Frage nach dem Wirken der VP im Kontext von Polizei, Militär und Justiz sind wir in unserer Analyse am Herzstück der doch sehr extensiven Materialsammlung angelangt. Aber entgegen der ursprünglichen Absicht bedarf eine Klärung der Interaktionen zunächst eines Rückgriffs auf die vorherige Phase, als Demokratie und Frieden noch im Entstehen begriffen waren.

In einem Sammelband hatte Barahona typische Kategorien aufgezählt, die für die Konstituierung und Wirkung der VP bestimmend sind – der Charakter des Konflikts, sein Ergebnis und die Form des Übergangs zur Demokratie. Und auch die Rolle des Themas der Menschenrechte, von der Machtkonstellation abgeleitet, sowie der Art und dem Umfang der Menschenrechtsverletzungen, präfigurieren sie. Eben diese Faktoren beeinflussen aber auch andere Politikfelder, wie die Militär-, Sicherheits- und Justizpolitik.

Betrachten wir die Kategorien im Detail: Der etwas verharmlosende Name, bewaffneter interner Konflikt, zeichnete sich auf Seiten des Staates durch eine Strategie der Aufstandsbekämpfung aus, in der über Jahrzehnte immer neue Generationen von Geheimdienstoffizieren, zusammen mit illegalen Sicherheitskräften, einen vielfach verdeckten Krieg führten. Wissen, Praxis und Kultur um die verdeckte Organisation waren bei Kriegsende also auch außerhalb der aktiven Armee weit verbreitet. Im Kriege griff das Militär als Institution in die Geschicke aller staatlichen Organe ein und verwandelte sich so in eine annähernd totalitäre Macht. Im Laufe der ersten Hälfte der 80er Jahre ergriff sie ein Gefühl, den Konflikt effizient und siegreich geführt zu haben. Nur das, aus ihrer Sicht, die Guerilla dies nicht akzeptieren zu wollen schien. Assiiert von Armee-konformen politischen Sektoren war es dann sie selbst, die den Übergang in die Demokratie einleitete – und zwar weniger aus einem Gefühl der Schwäche heraus, sondern mit der Absicht, den militärischen Sieg auch politisch abzusichern. Dieses Grundmotiv mag Wandel erfahren haben, darf aber langfristig nicht unterschätzt werden.

Das Gefühl des Sieges bestätigte nicht nur das Militär in seinem Selbstbild, in Sachen Sicherheit die einzige Autorität zu sein, auch der Unternehmer-Sektor ließ sich Methoden beeindrucken, deren Effektivität sie zu rechtfertigen schienen. So blieb aus dieser Sicht für die Zukunft nur noch die Frage, wer das repressive und Geheimdienst-orientierte Konzept künftig umsetzen oder in letzter Instanz kontrollieren sollte. Um demokratische Sicherheit ging es in dem Auf und Ab der Polizei bis Friedensschluss jedenfalls nicht.

Die Justizverwaltung passte sich derweil in die Logik und die wenigen Spielräume ein, die der Militärstaat ihr ließ. Historisch beinahe ohne demokratische Rechtstraditionen, agierte sie nach einem positivistischen Rechtsverständnis, wonach nur das Recht das Leben der Beherrschten regelt. Die Idee, dass Macht und Handeln staatlicher Organe in einem Rechtsstaat begrenzt sein müssen, war unbekannt. Ebenso gilt dies auch für die Idee der Unabhängigkeit der Justiz – sei es in der internen Hierarchie oder zum Militär. Gegen staatliche Menschenrechtsverletzungen war generell nicht verhandelt worden.

Die angeblich so große Sicherheit bedeutete in dieser Zeit in erster Linie Kontrolle, aber nicht Gewaltfreiheit. Noch während der Ausläufer des Krieges, in der ersten Hälfte der 90er Jahre, wurden jährlich rund 3.000 Menschen ermordet. Die einen fielen wohl dem Konflikt zum Opfer, viele andere aber offenbar auch schon der Kriminalität.

In das zu Kultur gewordene positive Bild, das die Armee der konservativen Gesellschaft in Sachen Sicherheit bot, griff der Krieg bis zum Ende kaum mehr ein. Den Anstoß für den Wandel übernahm der vom Militär selbst eingeleitete Demokratisierungsprozess, in dessen Gefolge neue Spielräume eine Dynamik aus Frieden und noch mehr Demokratie auslösten. Neben diesen Vorteilen barg dieser Prozess für die Zukunft der Sicherheitspolitik aber zwei entscheidende Probleme in sich, die sich später als Geburtsfehler herausstellten.

Erstens sahen die Friedensverträge nämlich tiefgreifende Reformen für die Gesellschaft vor, eine wesentliche Erneuerung von Machtkonstellation, Eliten und deren Denken war zugleich aber nicht gelungen. Und zweitens leitete die URNG, von der internationalen Gemeinschaft gestützt, ihren Wunsch nach einer tiefgreifenden Transformation aus einem breiten Verständnis der Menschenrechte ab. Die Erinnerung an die massive Gewalt im Kriege, den Rassismus, die Ungleichheit im Lande und daraus abgeleitet, die Forderung nach einem Rechtsstaat: Aus Sicht der zögernden Eliten sah es so aus, als ob sie die unfreiwilligen Zugeständnisse alle dem Konzept der Menschenrechte verdankten, das die Kommunisten und die sie stützende internationale Linke propagierten. Schon bald nach dem Frieden machten in der Bevölkerung Wortspiele die Runde, nach denen die Rechte der Menschen nur die Minderheit der Linken begünstigte, die ihre Niederlage nicht hatte anerkennen wollen – und die gewöhnlichen Kriminellen. Hinter dem tiefgreifenden Transformationswunsch der Friedensverträge stand mit anderen Worten ein Anspruch auf einen ebenso tiefgreifenden Kulturbruch zu Lasten der Werte der Eliten. Mit dem langsamen Niedergang der URNG als Vertragspartner, verwandelte sich die UNO-Mission dann aber in den einzigen Statthalter der Abkommen.

- Die Erfolge des Faktors Menschenrechte für die Friedensverhandlungen haben sowohl der Phase der Umsetzung des Friedens als auch der späteren Vergangenheitspolitik zugleich eine Belastung vererbt. Aus Sicht der Eliten war es nämlich insbesondere dieses Argument der Linken, dass sie schwächte und ihnen Kompromisse aufoktroierte, die ihren eigenen Werten fern waren. Demgegenüber hatte der als militärischer Sieg wahrgenommene Ausgang des Konflikts ihre repressiven Ideen zum Funktionieren der öffentlichen Sicherheit eher verfestigt.
- Auch wenn das Thema der Menschenrechte den Frieden in seiner tatsächlichen Form gefördert hat, nach der Wahrnehmung vieler stand die VP in einem Spannungsverhältnis zu ihm – mit entsprechend negativen Rückwirkungen auf die VP selbst.

3.1. Wirkungen im Rahmen der Militärpolitik

Die Formulierung der Militärpolitik hing seit Beginn der Regierung Arzú in erster Linie von der Ausgestaltung der zivil-militärischen Beziehungen ab. Spätestens nachdem der Verteidigungsminister selbst, Monate vor Friedensschluss mit einer deutlichen Reduzierung des Sonderrechtsbereichs der Armee, deren Unterwerfung auch unter die zivile Rechtsprechung signalisiert hatte, kann der zivile Vorrang vor dem Militär symbolisch als akzeptiert gelten. Arzú und seine Nachfolger verfügten und nutzten in dem Beziehungsgeflecht nur eine subjektive Kontrolle. Die relative Autonomie der Armee nahm mit den Jahren dennoch ab. Der Rhythmus dieses Prozesses wurde aber in hohem Maße von der Bereitschaft der Armee abhängig gemacht oder gehorchte dem Eindruck der Zivilisten, ihren Vorrang mitunter deutlich machen zu müssen. Insofern suchte jede Regierung nach der subjektiven Kontrolle eine neue Balance zu einem Militär, dass insgesamt als wichtiges Instrument und Stütze der Regierung gesehen wurde. Eine politisch-ideologische Führungsrolle als Teil eines Transformationsprozesses in diesem Bereich schrieb sich keine zivile Regierung zu. Vor diesem Hintergrund beschränkten sich die Reformen darauf, angeblich verbündete Offiziere in die Spitze zu berufen und die Größe der Armee zu variieren, vor allem den Haushalt und die Personalstärke.

Der Faktor Vergangenheit in seinen verschiedenen Dimensionen hatte oberflächlich gesehen keine Effekte auf den Prozess der Reform. Mehrere Interviewkommentare lassen aber den Schluss zu, dass der verletzte Stolz der Offiziere – Produkt von Friedensverträgen, die das historische Selbstbild des Militärs angriffen – ihre Reformbereitschaft belastete. Das galt konkret für die Frage, ob die Armee nur Mannschaften oder auch Offiziere reduzieren sollte.

Hatte demnach die theoretische Möglichkeit, Militär-Angehörige wegen Menschenrechtsverletzungen im Kriege vor Gericht zu stellen, keine Konsequenzen für die Ausformulierung der Militärpolitik? Gewichtige Indizien dafür habe ich nicht gefunden. Aber dennoch, sensibel reagierte die Regierung Arzú auf die Eifersucht militärischer Kreise, als die Geheimdienstorgane SAE und DICA zivil gestaltet (oder geschaffen) werden sollten. Oder auch das Prinzip der Nichteinmischung der Regierung in die inneren Angelegenheiten der Armee. Beides hat in letzter Instanz immer auch mit der Gesamtbalance zwischen Zivilisten und Militärs zu tun – und in der muss es eine Rolle spielen, dass die Regierung das Militär über das Wiederaussöhnungsgesetz der Strafverfolgung aussetzte, aber andererseits Zuarbeit von ihr verlangte. Oder wie hätte die Antwort auf den Aufruf zur Selbstkritik ausgesehen, den Oberst Noack im Jahre 1998 unternahm, wenn die Offiziere keine Angst vor Prozessen gehabt hätten? Vielleicht ähnlich, aber mit weniger emotionaler Vehemenz. Insofern gehe ich davon aus, dass unter den drei wesentlichen Mechanismen der VP, der justiziellen Aufarbeitung, der Wahrheit und der Wiedergutmachung, vor allem die Option der Justiz das zivil-militärische Verhältnis von Vorsicht bestimmen ließ. Daraus ist jedoch nicht der Umkehrschluss zu ziehen, dass es vorrangig sie war, die Positionen zur Militärpolitik bestimmte. Die wahrgenommene Bedrohung justizieller Aufarbeitung sorgt meines Erachtens nur mehr für zusätzliche Entschiedenheit. Die Haltung des Militärs zur inneren Sicherheit

und der anderen aufgeführten Beispiele lassen sich nämlich in erster Linie aus einer ideologischen Position ableiten, die von historischem Selbstverständnis genährt wird. Und genau an dieser Stelle existiert ein Zusammenhang: ziehen doch solche Selbstbildnisse entsprechende ideologische Positionen nach sich. Dies bedeutet aber nicht, dass mehr historische Information automatisch eine Revision der Positionen nach sich zieht. Eher wird mit Verhärtung reagiert.

Im Gegensatz dazu hat der Faktor Vergangenheit als delegitimierendes Negativbild unter Präsident Portillo sicher eine aktivere Rolle gespielt und sogar zu Fortschritten in der Transformation der Armee beigetragen. Dennoch, ihre Reduzierung, Umstationierung und die Aufgabe der sozialen Kontrolle entsprechen zunächst wohl mehr der wachsenden Sorge, nach turbulenten Jahren und angesichts einer politischen Umorientierung der USA, als Institution aufgelöst zu werden. Die Armee hatte sich in der innenpolitischen Konfrontation politisieren lassen und nach vielen Korruptionsskandalen ist die Reform der Militärführung 2002/03 wohl als Versuch zu werten, die zu erwartende Anpassung selbst vollziehen zu wollen. Auch wenn Portillo drastischer in die Hierarchie der Armee eingegriffen hatte, wie zuvor noch Arzú, so achtete aber auch er sensibel auf eine Balance zu ihr. In jedem Fall, ohne die delegitimierende Gewalt der Vergangenheit – vom Bericht der Wahrheitskommission noch einmal betont – wäre der Druck, in der Regierung Portillo einen zivil-militärischen Dialog zum Weißbuch der Armee zu unternehmen, wohl kaum so erfolgreich gewesen. Nichtsdestoweniger ist der Faktor Vergangenheit hier nur von sekundärer Bedeutung für den Fortgang der Reform. So wie auch im Machtkampf zwischen Unternehmern und FRG ist er nicht mehr als ein Resonanzboden für andere Beweggründe zur Reform.

Die erneute Reduzierung und Redefinition der Aufgaben der Armee zu Anfang der Regierung Berger sind als politische Anpassung nach den Jahren von Portillo zu sehen. Alles in allem haben das Wiederaussöhnungsgesetz und die historische Delegitimierung der Armee, von der CEH noch einmal verstärkt, nur geringfügige systemische Reaktionen auf die Militärpolitik zur Folge gehabt. In der politischen Konstellation der ersten Nachkriegsregierung eher eine Bremse, hat sie aber die Reform in der Konstellation der Regierung Portillo begünstigt.

- Der Faktor Vergangenheit als offizielle Politik oder Bedrohungspotential hat nur wenig nachweisbare Folgen für die Militärpolitik gehabt. In der ständig neuen Definition der Balance zwischen zivilen Regierenden und Militärs hat die VP jedoch vermutlich die Tendenz verstärkt, dass die Armee ihre Anpassungen selbst vornehmen sollte.

3.2. Wirkungen im Rahmen der Sicherheitspolitik⁵

Die Ausgestaltung der Sicherheitspolitik der drei Post-Konflikt-Regierungen Guatemalas vollzieht sich unter dem Dach einer *Systemkonkurrenz* sicher-

⁵ Etwas ausführlicher, allerdings ohne direkt die VP zu berücksichtigen: die vorläufige Zusammenfassung in Kapitel VI/3.2.4.

heitspolitischer Ansätze. Dabei wurde die genaue Form dieser Konkurrenz maßgeblich von der Akteurskonstellation mitbestimmt. Je deutlicher die Regierung auf überkommene Ansätze zurückgreifen wollte, desto stärker war auch die Reaktion der entgegengesetzten Konstellation unter Führung internationaler Akteure, auf dessen grundsätzliche Unterstützung die Regierung angewiesen zu sein glaubte.

Schon zu Beginn der Regierung Arzú und damit noch vor den Friedensverhandlungen zum Thema verstärkte die wachsende Kriminalität den Druck, die Sicherheitspolitik personell und konzeptionell nach dem auszurichten, was Gesellschaft, Eliten und Politik aus dem Kriege kannten und meist als effizient akzeptierten: vertraute Konzepte statt Transformation. Die Polizei erhielt eine militarisierte Struktur, in der ehemalige Offiziere der Armee und das Personal der vormaligen Polizei, Rückgrat und Basis bildeten. Die Regierung entzog die Strukturen jedoch der Kontrolle der Armee an sich, um in eigener Verantwortung und Stärke handeln zu können. Mehrere Elemente der Friedensverträge wurden erfüllt, letztlich aber eher unentschieden und ohne ausreichendes Verständnis dafür, was getan werden musste, um das Neue auch funktionstüchtig zu gestalten. Gründung und Arbeit der Polizeiakademie, Mängel in der Rekrutierung und die Tatsache, dass die neuen und damit unbelasteten Polizisten sich auf Dauer den alten verrufenen unterzuordnen hatten, sind Zeuge für eine sehr geringe Sensibilität bezüglich der schädlichen Auswüchse der alten Polizeikultur.⁶

In der allseits wahrgenommenen Notlage entschied sich die Regierung, die subjektiv jetzt unterworfenen Armee überall dort einzubeziehen, wo zivile Institutionen nicht ausreichten – nicht nur, aber vor allem sind hier die Strukturen des EMP gemeint, die schon im Kriege mit Geheimdienstmethoden Aufstandsbekämpfung betrieben hatten. Mit anderen Worten wurden damit jetzt jene für den Kampf gegen die organisierte Kriminalität verantwortlich, die im Kriege außergerichtliche Hinrichtungen und Zwangsverschleppungen vornahmen. Dies schwächt offensichtlich die Herausbildung eines Rechtsbewusstseins und bringt auf dieser Basis die Gefahr mit sich, dass in einer Zeit ständiger Kontinuitätsbrüche, Teile dieser Strukturen selbst in die Illegalität abgleiten. Die sogenannte *Oficinista* als Kern der Sicherheitsstruktur der Regierung Arzú stand der Idee der Friedensverträge entgegen und wurde so verdeckt gehalten – ein Umstand der die Struktur für interne Krisen anfälliger machte. Vermeintliche Erfolge in der Verbrechensbekämpfung bestätigten den Kurs der Regierung aber. Un-Sicherheitsfalle, so nenne ich die beschriebene Dynamik.

Unter der Oberfläche hingegen akkumulierten sich im letzten Jahr der Regierung Arzú einige Nebeneffekte des gewählten Weges. Korruption und Drogenhandel griffen innerhalb der Polizei um sich. Gleichzeitig berichtete MINUGUA von mehreren Fällen sozialer Säuberung – eine Praxis, mit der schon im Kriege unliebsame Elemente aus der Gesellschaft entfernt worden waren.

⁶ Jahre später macht eine Studie darauf aufmerksam, dass die meisten Fälle von Polizeikorruption der neuen PNC bei denen auftraten, die schon im Kriege als Polizisten tätig waren und nach kürzeren Recycling-Kurse der Akademie übernommen worden waren. Aus der Tageszeitung *El Periódico*: 02.10.2004, S. 4.

Der Faktor Vergangenheit hat diese alte Sicherheitspolitik nur indirekt beeinflusst, seine Effizienz letztendlich aber geschwächt. Er tat dies über einen wichtigen Aspekt der VP – der ihr zu Grunde liegenden Geschichtsvision. Die Reformschritte von Innenminister Mendoza entsprachen nämlich einem Geschichts- und Überzeugungssystem, das zwar zivile Kontrolle über das Militär herstellen wollte, aber unter dieser Oberfläche keinen Wandel erfahren hatte, die eine demokratische Sicherheit zugunsten ihrer inneren Funktionsfähigkeit benötigte. Mit jedem Reformschritt wurde daher die alte Funktionslogik eines bewusst repressiven Systems weiter ausgehebelt, ohne sie sofort durch eine neue Logik ersetzen zu können oder zu wollen. Theorie und Praxis der Sicherheitspolitik gerieten so schon unter Arzú in interne Widersprüche, eben weil sie konkurrierenden Geschichtsvisionen entsprachen.

Die Regierung Arzú hatte einen Kontinuitätsbruch mit der eigenen Geschichte vermieden und damit eine Entscheidung gefällt, die letztlich einer VP ähnelt, die den Wandel zu vermeiden sucht. Nun hatten Polizisten und Offiziere die Regeln eines Rechtsstaats einzuhalten, die aus ihrer Sicht auf einem Konzept der Menschenrechte aufbauten, das so lange Instrument des Feindes war. Hier zeigt sich ein weiterer langfristiger Nachteil der offensiven Nutzung des Arguments der Menschenrechte als politisches Instrument im Kriege. Das gewohnte Handeln, als effizient anerkannt, war jetzt untersagt, aber gleichzeitig gingen die Reformen der Regierung nicht weit genug, um eine neue Funktionslogik aufzubauen. In die Kriminalpolizei als einem Herzstück der neuen Sicherheitspolitik wurde zum Beispiel kaum investiert. Als ob das zur Demoralisierung nicht ausreichen würde, arbeitete die Regierung parallel mit denen weiter, die doch offiziell den Raum der öffentlichen Sicherheit verlassen sollten – das Militär. In ihrer Schwäche und wahrgenommenen Notlage um Effizienz bemüht, verließ sich die Regierung auf Personal und Strukturen der Armee und rechtfertigte damit inoffiziell deren Rolle im Kriege. Gerade die Unterteilung in eine offizielle und eine inoffizielle Sicherheitspolitik schien aber auch den Eindruck der Sicherheitskräfte zu bestätigen, einen politischen Krieg geführt zu haben, in dem die Menschenrechts-Orientierung der Linken mit Hilfe der UNO-Mission von der Regierung nur nach außen akzeptiert, in Wirklichkeit aber eher abgelehnt wurde.

Noch ein Beispiel für die Verzerrungen, die sich aus den konkurrierenden Visionen zur Vergangenheit ergaben: Die Tatsache, dass die Regierung Arzú die *Oficinita* vor der Öffentlichkeit zu verstecken suchte, hat vordergründig mit dem Anspruch der Friedensverträge zu tun. Indirekt basiert sie aber auf einem hohen Grad der Delegitimierung, unter dem die Armee nach vielen Informationen zur Kriegsrealität litt. Ohne Zweifel trug die so begründete Delegitimierung zu Reformen bei, sorgte aber da, wo die Ansprüche über das Denken der Akteure des demokratischen Übergangs hinausgingen, für Aspekte einer parallelen Politik, in der sich die Grenzen des kulturellen Wandels niederschlugen. Diese parallelen Politiken verzerrten den politischen Entscheidungsprozess und belasteten in letzter Konsequenz auch die Regierung Arzú.

Umgekehrt zogen die sicherheitspolitischen Erfolge der Regierung Arzú aber auch Konsequenzen für die Praxis der VP nach sich. Die erfolgreiche Koopera-

tion band nämlich Regierung und Militär aneinander. Einheiten des EMP zum Beispiel bekämpften nach dem Frieden das organisierte Verbrechen. Dabei waren sie im Kriege zuvor in schwere Menschenrechtsverletzungen verwickelt oder standen im Mordfall Gerardi unter Verdacht. Die Konsequenz der von mir Sicherheitsfalle genannten Dynamik: Die Regierung griff zugunsten des Militärs ein oder tolerierte deren Haltung und Aktionen gegen die Aufarbeitung der Vergangenheit, wenn dieses sich angegriffen fühlte. Denken wir nur an die Einflussnahmen auf die Justiz und die Versuche, der CEH jede Bedeutung zu nehmen.

Damit bestätigt sich schon jetzt eine dritte ursprünglich formulierte Hypothese, nach der *die VP in Guatemala in enger Beziehung zu anderen Politikfeldern sowie deren Erfolgchancen und Grenzen gesehen werden muss*. Ein prioritäres oder als wichtiger wahrgenommenes Politikfeld zieht Anpassungen in der VP nach sich. Das heißt mit anderen Worten: Wie auch immer sich eine Regierung in Guatemala zur Vergangenheit stellt, stärkt oder schwächt sie auch jene anderen Politiken, die mit dieser Vergangenheit in Beziehung stehen. Prioritäre Politikfelder wirken auf die Ausgestaltung der VP zurück und stärken oder schwächen auf diese Weise den eingeschlagenen Kurs der anderen Politiken. Im Falle Guatemalas scheint gerade die Gleichzeitigkeit sich ausschließender Geschichtsvisionen – von der Wahrheitskommission untermauert – eine Krise der Sicherheitsstrukturen und der Lage begünstigt zu haben.

In der Regierung Portillo führt die Konkurrenz der auf unterschiedlichen Geschichtsbildern basierenden Sicherheitskonzepte sogar zu einem Beinahe-Stillstand des Systems. Insofern erklärt dieser Faktor als einer mehr die deutliche Ausweitung der Gewaltkrise dieser Jahre. Aber zunächst einmal grundsätzlich zu den Ursachen des Niedergangs des Sicherheitssektors in dieser Zeit:

Da wäre zunächst einmal die Fragmentation der Macht zu nennen, die das Sicherheitssystem der Zeit in mehrere Einzelteile zu zerschneiden drohte. Die Polizei an sich hatte bereits zuvor, unter Arzú, nur einen geringen Anteil an den Fortschritten gehabt. Mit Problemen der Korruption und der Teilnahme am Drogengeschäft belastet, geriet sie sofort nach Amtsübernahme von Portillo in einen zusätzlichen Strudel. Denn der neue Minister tauschte annähernd die gesamte Führungsriege von Polizeioffizieren aus. Versuche der Rekonstruktion eines parallelen Geheimdienst-orientierten Sicherheitssystems, dem unter Arzú ähnlich, scheiterten kläglich. Zum einen lag das daran, dass verschiedene Fraktionen sich die Kontrolle streitig machten.

Aber dazu kommen zwei Aspekte, die indirekt mit der VP zu tun haben: So war das Sekretariat für Strategische Analysen, SAE, mit seinen knapp 200 Mitarbeitern (zuvor Teil der sogenannten *Oficinita*) unter Kontrolle eines Machtzirkels um Edgar Gutierrez geraten, der auf der Basis Militär-kritischer historischer Visionen eine ganz andere Sicherheitspolitik aufbauen wollte. Fortan fehlte dem vorherigen System ein Baustein, weil die SAE von den anderen Teilen als Konkurrenz wahrgenommen wurde. In der um sich greifenden Gewaltkrise versuchten die Innenminister Barrientos und Arévalo Lacs auf vertraute Konzepte aus der Zeit der Repression zurückzugreifen. Die immer wieder neu formulierten Empfehlungen der UNO-Mission und aus den Reihen der

linken Zivilgesellschaft ignorierte man mehr denn je. Statt den Haushalt der Polizei auszubauen, wurde er gekürzt. Aber auch die Versuche der Minister, unter der Leitung von vertrauten Militärs, Institutionen-übergreifende Strukturen aufzubauen, wurden ausgebremst. Internationaler Druck verhinderte einen stärkeren Rückgriff auf Sicherheitsrezepte des Krieges. Und so endete das Gezerre um die Sicherheitspolitik mit einer Art Stillstand.

In dieser Zeit der – so wie ich das sehe – kulturellen Blockade, scheinen viele Polizisten lieber gar nicht aktiv geworden zu sein. Andere zogen ganz verschiedene Konsequenzen. In den Portillo-Jahren, vor allem dem Moment des finanziellen Zusammenbruchs der PNC, nahmen soziale Säuberungen weiter zu, aber auch die Korruption und die Verwicklung der Polizei in den Drogenhandel verwandelten sich in chronische Phänomene.

Der Innenminister der Regierung Berger, Carlos Vielmann, hatte offenbar aus einigen Fehlern seiner Vorgänger gelernt. Er beendete den relativen Stillstand und öffnet sich der Logik und den Rezepten beider Sicherheitssysteme. Wie keiner vor ihm versuchte er die Professionalisierung (nicht aber Demokratisierung) der Polizei voranzutreiben. Das gab ihm dann freie Hand, um auch die Armee intensiv in Aufgaben der öffentlichen Sicherheit einzubeziehen. In seiner Zeit erreichte aber auch die Praxis der sozialen Säuberung einen absoluten Höhepunkt. Als die nach mehreren spektakulären Morden allzu öffentlich wurden und die Spuren bis in die nächste Nähe des Ministers reichten, musste Vielmann denn doch gehen. Die Folge: In der Systemkonkurrenz sicherheitspolitischer Vorstellungen übernahm erstmals eine Repräsentantin der Zivilgesellschaft das Amt des Ministers – eine vorübergehende Anpassung.

Ist also die Vergangenheitspolitik Interaktionen mit der Sicherheitspolitik eingegangen? Um diese Frage zu beantworten hatte ich die Problematik in Kapitel VI/1.3 in verschiedene Leitfragen unterteilt: die Drohung vor allem mit der justiziellen Aufarbeitung würde (a) die parallelen Mächte stärken, (b) ihre Bekämpfung erschweren und das (c) Militär würde ihretwegen die Kontrolle über die Sicherheit nicht aufgeben wollen.

Im Ergebnis muss hier zunächst festgestellt werden, dass sie ihre Wirkungen generell nicht als Regierungspolitik nach sich gezogen hat. Vielmehr waren es eine Geschichtsvision, die dem Denken der Regierenden widersprach, und die Drohung mit der justiziellen Aufarbeitung, die in die Dynamik eingriffen, indem sie Spielräume für Reformen kurzfristig weiter verengte. In den nächsten Zeilen will ich daher – statt von Vergangenheitspolitik – lieber von dem Faktor Vergangenheit sprechen.

Zu Anfang der Regierung Arzú hat das Bedrohungspotential der VP die parallelen Gruppen wohl nur unwesentlich über das bereits bestehende Maß hinaus aktiviert. Sicher hätte ihre Bekämpfung aus diesem Grund schwerer werden können. Aber wenn man bedenkt, dass die Sicherheitspolitik der Regierung diese Strukturen letztlich systematisch gestärkt hat, muss auch diese Annahme als wenig relevant betrachtet werden. Trotzdem ist davon auszugehen, dass die Reaktion auf die VP, als Mischung aus wahrgenommenem Drohungspotential und verletztem Stolz, auch zusätzlich die Bereitschaft der Militärführung zu Reformen der zivilen Sicherheit schmälerte. Zusätzlich, das heißt in

diesem Zusammenhang, dass die Reaktionen immer zuerst auf historisch begründeten ideologischen Positionen beruhten, die VP also nicht mehr als eine zusätzliche Verstärkung der vorhandenen Tendenzen darstellen konnte.

In einer spezifischen Machtkonstellation hat das Thema der VP im Rahmen der Konkurrenz alter und neuer Sicherheitsvorstellungen jedoch zur Verschärfung der Krise des Systems beigetragen und so letztlich auch zur Ausweitung der Gewaltkrise im Lande. Der folgende Beinah-Zusammenbruch der öffentlichen Sicherheit gab aber mittelfristig auch den Reformen wieder einen Schub.

Über die beschriebene Sicherheitsfalle wirkte die Dynamik in Guatemala gleichzeitig auf die Ausprägung der VP zurück, indem sie die Regierung zusätzlich dazu stimuliert, eine neutrale Geschichtsvision zu begünstigen oder gegen justizielle Aufarbeitung einzutreten. Und auch die Gewaltkrise im Lande an sich hat das Thema der Gewalt der Vergangenheit ganz offenbar noch weiter in den Hintergrund gedrängt. Auch ohne ausreichenden Belege würde ich sogar den folgenden logischen Schluss ziehen: Indem die Menschen vor dem Hintergrund der Straflosigkeit repressive Maßnahmen gutheißen, rechtfertigen sie letztlich auch das repressive Vorgehen der Sicherheitskräfte im Kriege.

- Die Reform des Sicherheitswesens in Guatemala vollzieht sich in einem ständigen Wechselspiel zwischen den neuen Grenzen der alten Sicherheitsarchitektur und dem mangelnden Aufbau der neuen.
- In diesem Kampf zwischen Alt und Neu hat die VP widersprüchliche Wirkungen. Einerseits sind ihre Bewusstsein-bildenden Aspekte Leitlinie für neue Konzepte. Ihr Bedrohungsgehalt hat zudem Machtkonstellationen in der Sicherheitsarchitektur desintegriert und damit die Krise des alten Systems zusätzlich verstärkt. Andererseits hat derselbe Faktor kurz nach den Friedensverträgen den Aufbau eines zivilen Sicherheitssystems zusätzlich belastet (SAE, DICA).
- Ich sehe daher die **These** bestätigt, dass die offizielle VP in Guatemala in enger Beziehung zu anderen Politikfeldern und deren Chancen und Grenzen gesehen werden muss. Dies gilt vor allem zur Sicherheitspolitik.
- Umgekehrt hat die Un-Sicherheitsfalle die Spielräume der offiziellen VP eingeschränkt. Das gemeinsame Handeln band die Regierungen an parallele Strukturen und deren mitunter illegalen Interessen.

3.3. Justizielle Aufarbeitung und die Justiz

Ähnlich wie in allen anderen aufgeführten Problemfeldern, so steht die VP auch mit der Justizpolitik in einem komplexen, teils widersprüchlichen Verhältnis. Denn die Aktionen und Interaktionen beider Politikfelder fügen sich in mehrere Dynamiken ein, die in unterschiedlichen Momenten auf das Verhältnis beider einwirken: (1) der Kriminalisierung des Sicherheitssektors, (2) der Entwicklung paralleler Strukturen, die von illegalen Interessen außerhalb der verfassungsmäßig legitimierten Organe gesteuert werden, (3) damit verbunden der Schwächung des Staates an sich und (4) der Lage und der Reform der Justiz.

Machen wir uns auch hier das Erbe des Aufstandsbekämpfungsstaates in Guatemala klar, so wie es sich uns zum jetzigen Zeitpunkt darstellt: Um 1995 kann man davon sprechen, dass der Demokratisierungsprozess, den das Militär gut 10 Jahre zuvor ausgelöst hatte, auch aufgrund anhaltenden militärischen Einflusses den zivilen Staat gegenüber dem Militär nur ansatzweise gestärkt hatte. Der Sicherheitssektor war einem Kriminalitätsdruck ausgesetzt, den eine korrupte Polizei ohne Rechtsbewusstsein nicht einmal mit Hilfe des Militärs zu bewältigen vermochte. Und die Justiz? Augenscheinlich praktisch nie unabhängig, hatte sie sich im Kriege dem Militär untergeordnet oder kooperierte im Kriege gar mit ihm. Die Arbeit der Staatsanwaltschaft litt darunter, dass sie personell eng mit der Armee verbunden war. Und eben weil der Konflikt mit Folter, Mord und Zwangsverschleppungen anhielt, mussten die Aktionen aus Sicht des Militärs verdeckt werden. Der Tag der Unterschrift unter die Friedensverträge war also nicht nur ein Symbol für den Neubeginn und Neuaufbau, sondern auch einer, an dem wichtige Strukturen und Mentalitäten dieses Militärstaats noch immer funktionierten. Die Realität dieses Staates war weit weniger demokratisch, als der institutionelle Ausbau vermuten ließ. Darum auch spricht der Autor Arévalo de León von einem Staat mit demokratischer Hardware und autoritärer Software oder auch von einer formellen Demokratie mit autoritären Inhalten.⁷

Ein fatales Erbe des Krieges besteht aus den sogenannten parallelen Mächten und ihren illegalen Sicherheitskräften. Aber wer sind sie, beziehungsweise wo kommen sie her?

Aus den Interviews geht hervor, dass sich die parallelen Strukturen auf mindestens drei Ursprünge zurückführen lassen. Als Teil der Aufstandsbekämpfung waren schon in den 60er Jahren Todesschwadronen gegründet worden, deren erste Aufgabe darin bestand, der Subversion verdächtige selektiv hinzurichten. Einige dieser Gruppen beschäftigten sich aber bald gleichzeitig mit dem Drogenhandel.⁸ In den 70er Jahren verlangte das militärische Konzept der Aufstandsbekämpfung, für größere Effizienz die Kontrolle über wichtige Staatsorgane zu übernehmen: die Einwanderungsbehörde, den Zoll und das Finanzamt zum Beispiel. Und wieder nutzten dies kleinere oder größere Zirkel, um auch illegale Geschäfte durchzuführen, Schmuggel und Zollbetrug die einen, das sogenannte *Archiv*, ein militärisches Büro im Finanzministerium, stieg in den Drogenhandel ein. Diese Art organisiertes Verbrechen lebte davon, straflos dem Militär anzugehören, über illegale Sicherheitskräfte zu verfügen und eben Organe des Staates infiltriert zu haben. Der Kontext der Demokratisierung des Landes, seit Mitte der 80er, verursachte einen dritten Strang: Zwangsverschleppungen oder Hinrichtungen wurden jetzt nicht nur vor-, sondern auch nachbereitet, damit kein direkter Verdacht auf die Armee fallen würde. Die Aktionen beinhalteten also nicht nur eine komplexe geheimdienstliche Vorbereitung, sondern auch das Verwischen der Spuren und eventuell, Eingriffe oder Manipulationen der Behörden – vor allem der Polizei, der Justiz und der Generalstaatsanwaltschaft sowie bei Bedarf, die Verfolgung oder Ein-

⁷ Arévalo, 2002a: a.a.O. Anm. III/15, S. 119-123.

⁸ Interview mit Mario René Cifuentes, 18.04.2007. Aber auch Claudia Samayoa, Mynor Melgar, Carmen Aída Ibarra, Edgar Gutierrez und andere äußerten sich zum Thema.

schüchterung von Zeugen und Angehörigen. Teile dieser drei Strukturen vermischten sich und verfolgten fortan nicht nur das Interesse einer Straflosigkeit für die Akte im Kriege, sondern auch kriminelle Interessen. Angesichts der generellen Straflosigkeit in Guatemala sind dazu konkret jedoch keine verlässlichen Informationen verfügbar.

Dies war unser Ausgangspunkt für mehrere Fragen:

- Welche Haltung nahm die Justiz zur justiziellen Aufarbeitung ein?
- Was hat die Lage der Justiz im Allgemeinen beeinflusst und welche Rolle spielte dabei die justizielle Aufarbeitung?
- Was hat die Unabhängigkeit der Justiz beeinträchtigt und welche Rolle kam der justiziellen Aufarbeitung darin zu?
- Wie stand die Regierung zur Justizreform und deren Praxis und welchen Einfluss haben die paradigmatischen Fälle auf deren Position gehabt?
- Was hat die parallelen Strukturen gestärkt und inwiefern hat die justizielle Aufarbeitung diese Tendenz beeinflusst?

3.3.1. Etappen der justiziellen Aufarbeitung

Interviews und Materialanalyse führen übereinstimmend zu dem Schluss, dass die oberste Justizverwaltung vom Beginn der Menschenrechtsfälle, Anfang der 90er Jahre, bis Ende der Regierung Berger generell nicht *zurückschauen* wollte,⁹ aber dennoch darum bemüht war, sich sowohl zu stabilisieren als auch seinen Ruf zu wahren. Zur besseren Anschauung noch einmal ein Zitat. Es stammt von einem prominenten Menschenrechtsaktivisten, der in der Regierung Berger die präsidiale Menschenrechtskommission, COPREDEH, übernahm. Frank La Rue:

„Das Justizsystem wollte nie zurückschauen. Es war immer zur Reform bereit, aber eben mit dem Blick nach vorne. Für uns waren die Menschenrechtsfälle vor dem interamerikanischen Rechtssystem (wegen der vielen Unregelmäßigkeiten) immer einfach. Das stört die gar nicht. Alle sind einverstanden, dass es keine Gerechtigkeit gibt.“¹⁰

Innerhalb des Interessengeflechts der Repräsentanten des Systems können jedoch mehrere Etappen unterschieden werden:

Die erste Phase ist die der justiziellen Aufarbeitung im Kriege – bis 1996. Gerechtigkeit wurde also gesucht, als der Krieg noch immer anhielt. Die meisten Fälle mussten in dieser Zeit vor Gerichten des kriegsführenden Militärs verhandelt werden, entsprechend war der aktive Widerstand der Richter dominant. Den Fall Mack hingegen verhandelte man zu Anfang vor einem zivilen Gericht. In einer Phase des demokratischen Aufbruchs wurde der Prozess ganz offensichtlich von Teilen des Militärs auch deshalb toleriert, weil der Angeklagte als Zivilist deklariert worden war. Nichtsdestoweniger bezeugen Drohungen, dass andere Militärkreise nicht einverstanden waren. Anträge auf

⁹ Frank La Rue (26.11.05), seine Meinung wird von Richterin Yolanda Pérez gestützt (07.10.05).

¹⁰ Interview mit Frank La Rue, Zivilgesellschaft, unter Berger Chef der COPREDEH, 26.11.2005.

Exhumierungen wurden sowohl vom MP wie auch von Seiten der Richter oftmals mit einem Grad von Unregelmäßigkeiten aufgeschoben oder verhindert, die von einer regelrechten Verweigerungshaltung sprach.

Eine zweite Etappe beginnt mit Friedensschluss. Zahlreiche Fälle werden nahtlos weiterverfolgt, wenn auch jetzt vor zivilen Gerichten. In dieser Zeit weicht die Verweigerungshaltung zunehmend einer Justiz-Praxis, die juristische Verfahrensabläufe so weit ermöglicht, bis eine Verantwortung des Militärs als solchem oder seiner Offiziere zum Thema wird. Für wichtige Fälle werden die passenden Richter ausgesucht.¹¹ Begleitet von Verfolgungen und Einschüchterungen gegen das Justiz-Personal werden die Fälle so neutral wie möglich zu interpretieren gesucht. Manche Richter hielten an einer rechtlich nicht zu begründenden Verweigerungshaltung fest, andere begingen bewusst oder unbewusst Fehler,¹² in deren Folge zahlreiche Rechtsmittel die Verfahren um Jahre verzögerten und damit zumeist erstickten. Es fällt auf, dass die Auslöschung strafrechtlicher Verantwortung nach dem Wiederaussöhnungsgesetz unter Beobachtung von MINUGUA und mit Wohlwollen der Menschenrechtsorganisationen nur sehr restriktiv vergeben wurde. Auch die vormals übliche Verweigerungshaltung bei der Genehmigung von Exhumierungen macht langsam einer kooperativen Haltung Platz, aber nur so lange, bis die Exhumierten beerdigt sind und nun Ermittlungen gegen die Täter aufgenommen werden müssten. Offenbar hatten die Verantwortlichen das Risiko besser einzuschätzen gelernt. Wie schon ein Mitarbeiter der COPREDEH signalisierte, Exhumierungen sollte es geben können, aber ohne sofort Prozesse nach sich zu ziehen. Die UNO-Mission vertritt entsprechend die Meinung, dass es eine Anordnung von oben, also vom Obersten Gericht geben müsse, weil die Verfahren alle an genau dieser Stelle stoppten. Mynor Melgar, selbst Staatsanwalt und vormals Anwalt der Menschenrechtsbewegung hält dem die These entgegen, dass es keiner Anordnung bedürfe. Jedem sei klar, wie unerwünscht solche Verfahren seien und in jedem Fall sei die Kriminalitätsrate in der Gegenwart hoch genug, um die Fälle der Vergangenheit hinten an stellen zu wollen.

Mit der Präsentation des Berichts der Wahrheitskommission, CEH, im Jahre 1999, kann man eine dritte Etappe verbinden. Ausgehend von diesem Moment, der für einige Angst und für andere Hoffnung bedeutet, wird die justizielle Aufarbeitung zunehmend verzögert und dann entschieden frustriert, obwohl nach einem CIDH-Urteil im Jahre 2002 formell eine Tendenz eingesetzt hatte, die Verfahren technisch sauberer zu führen.

Einige wenige Fälle hatten die vorausgegangenen Phasen überlebt und waren der mündlichen Verhandlung und dem kurz darauf folgenden Urteil näher gerückt, als der Bericht der Kommission im Militärssektor ganz offenbar Ängste vor einem Dambruch hervorrief. In dieser Zeit werden Zeugen und Justiz-Personal immer systematischer verfolgt und einschüchtert. Es ist wohl auch

¹¹ Interview mit Richterin Yolanda Pérez Ruiz, 28.03.2007.

¹² Nicht nur die Richterin Yolanda Pérez vertritt die Meinung, dass viele Fehler bewusst begangen werden. Einerseits soll so der Pflicht Genüge getan werden, den Prozess voranzutreiben, ohne aber andererseits die Verantwortung für Urteile auf sich zu nehmen.

nicht zufällig, dass in demselben Moment die Auslöschung strafrechtlicher Verantwortung wieder etwas großzügiger angeordnet wird.

Während die CEH auf der einen Seite Ängste und entsprechende Reaktionen nach sich gezogen hatte, ließen sich Teile der links-gerichteten Zivilgesellschaft umgekehrt zur Konzentration ihrer justiziellen Aufarbeitung verführen. Zahlreiche Fälle wurden zu den sogenannten Völkermordfällen zusammengefasst, einem in Guatemala und ein anderer international in Spanien. Die Alt-Fälle Xamán und vor allem der Fall Mack standen aus Sicht der Justiz derweil vor dem Dilemma, dass die Verantwortung der Angeklagten gesichert schien und nach vielen Einsprüchen die rechtskräftigen Urteile nicht mehr verhindert werden konnten, ohne das Rechtssystem international komplett zu delegitimieren. Und so wird im Fall Mack letztendlich nur ein einziger der angeklagten Offiziere verurteilt, zugleich aber seine Flucht auch von Seiten der Justiz begünstigt – ein Kompromiss? Die alten paradigmatischen Fälle sind damit abgeschlossen. Den neueren werden Riegel vorgeschoben.

Als 1999 ein internes Dokument des Militärs an die Öffentlichkeit gelangt, das Einzelheiten zum Verschwinden von 183 Personen preisgibt, verhindert der zuständige Generalstaatsanwalt rechtliche Konsequenzen, indem er die Fälle 32 verschiedenen Staatsanwälten zuordnete. Später wird eine eigene Staatsanwaltschaft für Menschenrechtsverletzungen des Krieges eingerichtet, aber weil sie weder die Mittel noch das adäquate Personal hat, kommen auch diese Fälle nicht voran. Die wenigen Anwälte der Menschenrechtsbewegung sind gezwungen, anstelle der Staatsanwaltschaft zu ermitteln und müssen dann ihren Arbeitsrhythmus an den der Gerichte anpassen, so passiert oft monatelang gar nichts. Spätere Hoffnungen auf Gerechtigkeit vor internationalen Gerichten wurden danach frustriert, weil die Obersten Richter die internationale Gerichtsbarkeit ablehnten.

Bis zu Beginn der Regierung Berger schafften von 700 Exhumierungen nur ganze vier den Sprung vor die Gerichte.¹³ Aus dem Blickwinkel der Jahre 2005 – 2007 muss man anerkennen: Der Drang, vor Gerichten Gerechtigkeit für Menschenrechtsverletzungen zu suchen, ist zunächst verpufft.¹⁴

3.3.2. Wirkungen und Rückwirkungen der justiziellen Aufarbeitung

Die Qualität der Justiz ist von den Versuchen justizieller Wiederaufarbeitung direkt sicher nicht verbessert worden, in dem Sinne, dass die Justiz mit der Größe der Herausforderungen wuchs. Allerdings wurden die Misserfolge analysiert und haben dementsprechend zu einer lebendigen Diskussion in der Gesellschaft beigetragen, wie die Justiz in Guatemala weiter aufgebaut und reformiert werden sollte. Das muss man ebenso anerkennen, wie eine Tendenz zur Professionalisierung infolge der vielen CIDH-Urteile.

Und wie sieht es umgekehrt aus? Hat die justizielle Aufarbeitung, so wie sie von zivilgesellschaftlichen Organisationen angetrieben wurde, tatsächlich das

¹³ *Kernjak*: a.a.O. Anm. IV/42, S. 24f.

¹⁴ In diese Richtung verwiesen auch die Interviews mit Claudia *Samayoa* (06.10.2005), Mynor *Melgar* (10.10.2005) und Edgar *Gutierrez* (13.09.2005).

Justizsystem, seine Reform und auch das Ausbreiten paralleler Gruppen im Lande so sehr geschädigt, wie es von Regierungs-nahen Repräsentanten behauptet wurde?

Gut möglich, dass sich die offenen Prozesse wie ein diffuser Schleier über das Verhältnis der Armee mit der Regierung Arzú legte. Aber die Ursachen der Macht der parallelen Akteure sind ganz anderer Art. Und so wie einerseits ein Kennzeichen der VP darin besteht, schon im Kriege, also sehr früh funktioniert zu haben, muss andererseits die relative Konstanz der Sicherheitskonzeption des Krieges herausgestellt werden. Im Gefühl eigener Schwäche ließ die Regierung Arzú die parallelen Strukturen nicht nur aktiv, zum Zwecke der Verbrechensbekämpfung vernetzte sie sie sogar mit der neuen PNC, der Generalstaatsanwaltschaft und anderen Staatsorganen. Damit werden in dieser Zeit die Grundlagen für eine Dynamik gelegt, in der Zuwächse in der Kriminalitätsrate ein Kreislaufverhältnis mit der kulturellen Blockade des Sicherheitssystems eingehen. Demoralisierung und Korruption befallen nach und nach immer größere Teile des Systems, machen es inoperativer und selbst kriminell, mit Rückwirkungen auf die Gesamtlage.

Gustavo Porras, ehemals einflussreicher Mitarbeiter von Präsident Arzú, behauptet nun, dass die justizielle Aufarbeitung die Bekämpfung der vernetzten kriminellen Strukturen erschwert habe. Das heißt, der militärische Geheimdienst habe sein Wissen um die Verflechtungen, der Prozesse wegen nicht eingesetzt. Das ist eine Aussage, die so leicht weder bewiesen noch widerlegt werden kann. Einige Elemente liegen hier für eine Reflektion aber doch vor. Unabhängig voneinander betonten mehrere Interviewpartner, dass zum Beispiel die Anwaltsgruppen in Menschenrechtsprozessen dieselben seien, die auch Verdächtige des organisierten Verbrechens verteidigen.¹⁵ Das ist sicher ein Indiz zugunsten von Porras. Andererseits aber habe ich gesehen, dass auch hohe Offiziere des Militärs über die Jahre von dem Kreislauf der Kriminalisierung finanziell profitierten. Sollten die Prozesse also eine Rolle für die mangelnde Kooperation der Armee gespielt haben, das Spiel aus Bestechung und Korruption – so wie es Gutierrez formulierte – tat dies ebenso. Die Meinung von Porras erscheint logisch. Aber gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass die Regierung Arzú während der Friedensverhandlungen das Thema der parallelen Strukturen tendenziell unterschätzte.¹⁶

An empfindlicher Stelle sieht der Autor aber doch einen kritischen Einfluss der justiziellen Aufarbeitung – und zwar schon vor dem Frieden. Wie auch andere sagte sogar Carmen Aída Ibarra von der Stiftung Mack, dass die ersten Einflussversuche paralleler Gruppen innerhalb der Justiz zu Anfang der 90er Jahre im Rahmen des Prozesses um den Mord an Myrna Mack unternommen wurden. Auch der systematische Einsatz von Rechtsmitteln mit der Absicht

¹⁵ Interview mit Mario René Cifuentes (18.04.2007) und Edgar Gutierrez (17.04.2007).

¹⁶ Eine andere spezifische Forschung halte ich in diesem Kontext für außerordentlich lohnend: Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Korrumpierung oder Kriminalisierung und einem Gefühl der Sinnkrise, so wie er sich im Rahmen eines kulturellen Wandels ergeben kann, vor allem wenn die Vergangenheit eines Akteurs historisch oder juristisch aufgearbeitet wird? Und unter welchen Umständen ist der Zusammenhang wahrscheinlich?

einer Blockade des Verfahrens, habe mit diesem Prozess begonnen.¹⁷ Danach hätten beide Praktiken auf Fälle organisierten Verbrechens übergegriffen. Die Menschenrechtsprozesse könnten also durchaus zum Vorbild für andere kriminelle Versuche gewesen sein, straflos zu bleiben. Und wenn man bedenkt, welch' negative Haltung Justiz und Politik zur justiziellen Aufarbeitung hatten, dann wird das den Druck eher geschwächt haben, das Gesetz zu den viel zu oft missbrauchten Einsprüchen zu reformieren – mit entsprechenden Konsequenzen für die Straflosigkeit der Drogenkriminalität. Denn schließlich wurden jetzt auch dort dieselben Methoden genutzt.

Neben der Justiz haben die Menschenrechtsprozesse im Kriege aber offenbar auch Konsequenzen für sich selbst gehabt – für die Erfolgchancen der künftigen Verfahren zur justiziellen Aufarbeitung. Sie haben eine entschiedene Reaktion von Regierung und Militär provoziert, als die Mentalität der Aufstandsbekämpfung noch immer aktiv war. Yolanda Pérez, als Richterin für ihr konsequentes Auftreten bekannt, meint zum Fall Mack, dem ersten seiner Art:

*„Dieser Fall (Mack) war einzigartig. Man brauchte viel Geld. Die Opfer (auf dem Lande) hatten das aber nicht. Es gelang, den Weg für diesen Fall zu öffnen, aber für andere verschloss er sich damit.“*¹⁸

Die Hauptprobleme des Justizsystems nach dem Ende des Konflikts lagen jedoch nicht in der gewissen Belastung, die die justizielle Aufarbeitung durchaus mit sich gebracht hat. Vielmehr liegen sie ursächlich darin, dass Arbeitsabläufe und Personal der Justiz ebenso wie das Politikfeld Sicherheitspolitik sehr lang dem entmündigenden und kulturell prägenden Einfluss des Militärstaats ausgesetzt waren und der Gewalt, die dieser Staat hinterließ, nicht gewachsen waren. Zum Beispiel unterschied sich die mangelnde Effizienz der Verfahren zur justiziellen Aufarbeitung nicht von der anderer strafrechtlicher Prozesse.¹⁹ Dazu kommt, dass die Justiz angesichts der Schwäche der Sicherheitskräfte, den parallelen Strukturen sowie der von Beginn an starken organisierten Kriminalität relativ schutzlos ausgeliefert war. Zu der schon vorhandenen Ineffizienz der Verfahrensabläufe kommt also hinzu, dass sich die Justiz zunehmend in den Prozess der Korrumpierung verwickeln ließ, den es auch im Bereich der Sicherheitskräfte gab. Traditionell abhängig, geriet die Jurisdiktion schon in Zeiten der Regierung Arzú, spätestens aber in dem Moment in einen Strudel politisierter Abhängigkeiten, als sich unter Portillo die Machtfrage stellte und sich die Obersten Richter zum Zwecke ihrer Wahl zu politischen Kompromissen bereit erklären mussten.

Das Verhältnis von Justiz und justizieller Aufarbeitung ist damit aber noch immer nicht geklärt. Ganz offensichtlich war nach der Gesellschaft im Allgemeinen auch die Justiz zu keinem Kulturbruch, sondern nur zu einem schrittweisen Wandel bereit, der vom Langzeiterbe des Militärstaats, der Gewalt und der Schwäche der Institutionen, pervertiert oder neutralisiert wurde. Bewusstseinsarbeit zur Vergangenheit scheint in dieser Logik von besonderer Bedeu-

¹⁷ Interview mit Carmen Aída Ibarra (23.09.2005) und Yolanda Pérez Ruiz (28.03.2007).

¹⁸ Interview mit Yolanda Pérez Ruiz, 28.03.2007.

¹⁹ So im Interview die Richterin Yolanda Pérez (28.03.07) und der Staatsanwalt Mynor Melgar (10.10.2005).

tung, aber ebenso problematisch. Nach Friedensschluss war die justizielle Aufarbeitung jederzeit eines unter mehreren Motiven, das die Unabhängigkeit des Systems beeinflusste. Bei der Wahl der Obersten Richter, den Drohungen gegen das Justizpersonal und auch den Versuchen, im Kongress das Einspruchsgesetz oder den Sonderrechtsbereich des Militärs zu reformieren, immer spielte auch das Interesse eine Rolle, die Gewalt der Vergangenheit nicht zu verurteilen. Aber mehr als um die Vergangenheit ging es in den Zeiten von Portillo und Berger um die Macht der Gegenwart und die Folgen der Kriminalisierung immer weiterer Teile der Macht. Insofern ist der Faktor Vergangenheit eher ein Opfer dieser Dynamik, als eine Ursache.

Ich ziehe aus meinen Daten den Schluss, dass das traditionell schwache Justizsystem im Rahmen seiner generellen Politisierung und einer breiten Kriminalisierung des gesamten Sicherheitssektors in eine Krise geraten ist, die über mehrere Jahre die Vorteile seines quantitativen Ausbaus neutralisierte. Die Versuche justizieller Aufarbeitung haben in dieser Dynamik keine prioritäre, aber eben doch keine unbedeutende Rolle gespielt. Die offenbar negativsten Konsequenzen haben die Prozesse dieser Zeit für das Fortkommen der justiziellen Aufarbeitung selbst zur Folge gehabt. Mäßige Erfolge und weiteres Bedrohungspotential für das Militär, ausgerechnet in den schwierigen Jahren der Transition und ganz kurz danach, haben die Chancen für die Suche nach der Gerechtigkeit erst einmal verringert. Die justizielle Aufarbeitung begann in einer Zeit, in der die Generationen des Krieges noch über institutionelle Macht verfügten. Heutzutage ist diese Macht im Ruhestand, Motivation und Möglichkeiten für eine Fortführung der Arbeit sind aber zum Teil frustriert.

Natürlich ist der Moment für abschließende Meinungen zur Rolle der Vergangenheitspolitik im Prozess der Demokratisierung noch lange nicht gekommen. Wir haben nicht mit anderen Ländern verglichen. Und wir befinden uns noch immer mitten in der Dynamik, in der jede Regierung neue Wendungen bringt. Als Quelle der Ungewissheit kommt hinzu, dass auch die wenigen Urteile und die Erinnerungspolitik über kommende Wahlen neue Machtkonstellationen mit sich bringen könnten. All das gilt es abzuwägen.

- Die justizielle Aufarbeitung der Vergangenheit in Guatemala wird von einem System unternommen, das prinzipiell nicht zurückschauen will und bis Ende der Regierung Berger versucht hat, Urteile gegen das Militär möglichst zu vermeiden. Die konkrete Praxis vollzog sich je nach Rahmenbedingungen in grob gesehen drei verschiedenen Etappen (siehe oben).
- Begrenzte Urteile wurden in jenen Verfahren zugelassen, in denen interne Interessenkonstellationen oder Druck von außen eine Rolle spielten.
- Dennoch ist es im Rahmen der VP in erster Linie die justizielle Aufarbeitung, die dem Bedrohungspotential aus Sicht der alten Eliten immer neue Nahrung geben und damit Wirkung auf das politische System ausübt.
- Das Verhältnis von Justizpolitik und der justiziellen Aufarbeitung der Vergangenheit wird erheblich von dem Umstand mitbestimmt, dass das System am Tage der Unterschrift unter den Frieden traditionell autoritär, ineffizient und die parallelen Strukturen noch immer existent waren.

- Auf dieser Basis ist die Justiz im Rahmen ihrer breiten Politisierung und Kriminalisierung des gesamten Sicherheitssektors in eine tiefe Krise geraten. Obwohl auch die justizielle Aufarbeitung das System belastet, ist sie mehr Opfer der Dynamik als Ursache, weil die Symptome auf bereits existente Werte und Regeln des repressiven Staates zurückgehen.
- Unter dieser Ebene hat der frühe Beginn der justiziellen Aufarbeitung noch im Kriege - in einem kritischen Moment der Transition - den Einfluss der parallelen Mächte im System neu orientiert und damit auch den künftigen Wandel der Justiz zusätzlich belastet.
- Gleichzeitig hat das Vergangenheits-orientierte Interesse von Teilen der Zivilgesellschaft aber auch die Reformdiskussion belebt, mit der ein Weg aus der Krise des Systems gefunden werden soll.

4. Vergangenheitspolitik in der Demokratisierung

Damit bin ich zu guter Letzt an der Ausgangsfrage der Studie angelangt, der Rolle der VP für den Fortgang des Demokratisierungsprozesses in Guatemala. Der Leser möge verzeihen, aber dieses Thema zwingt mir wieder ein höheres Abstraktionsniveau auf. Die beschriebenen Erfahrungen müssen explizit wieder in die Begriffswelt eingeordnet werden können, die ich in der Einleitung präsentiert hatte: (a) die Methode des Politikzyklus (Policy Circle), mit der die Politik zur Vergangenheit in ihren Aktionen und Interaktionen mit einem komplexeren Ganzen verbunden wird und (b) das Konzept der Defekten Demokratie von Merkel, mit dessen Hilfe versucht werden sollte, eventuelle Wirkungen der VP auch lokalisieren zu können.

Der Politikzyklus, wie ihn Fuchs/Nolte als Rahmen entwickelten,²⁰ stellte die Vergangenheitspolitik in ein Beziehungsnetz, das sich zunächst die Machtkonstellationen ansah, dann die Geschichtswahrnehmungen und Werte der beteiligten Akteure, Interaktionen mit anderen Politikfeldern und sogenannte Interventionen - das sind äußere Vorkommnisse, die zusätzlich auf die Dynamik einwirken. Die Rolle der Machtkonstellationen und der Interventionen ist im zweiten Kapitel der Analyse erörtert worden: das sind hier die Wahlen und die Reaktivierung der PAC. Im dritten Kapitel habe ich mich auf Interaktionen mit den Bereichen Sicherheits-, Militär- und Justizpolitik konzentriert. Hinter all' dem stand der Versuch, den Einfluss der VP auf Grad und Probleme der Demokratisierung fassbar machen.

Aber reicht es aus, die Politikfelder in Beziehung zu den unterschiedlichen Kernaspekten (Teilregimen) der Demokratisierung zu setzen, um ihre Wirkung zu erfassen? Ich denke nein. Die VP wirkt in einem komplexen Ganzen und ist in Guatemala nur ein Politikfeld von sekundärer Bedeutung. Vor seiner Erörterung sollten wir uns daher einmal allgemein den Fortgang der Demokratisierung während der Regierung Arzú vergegenwärtigen.

²⁰ Siehe die Einleitung, Kapitel 3, S. 29ff, vor allem die Graphik zum Policy Circle auf S. 30.

Mit der Unterschrift unter die Friedensverträge, Ende 1996, gilt die demokratische Transition in Guatemala gemeinhin als abgeschlossen. Der Charakter des Systems wandelt sich tatsächlich. Außerdemokratische Enklaven werden deutlich kleiner und auch wenn die Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien weiter die Freiheitsrechte der Bürger einschränkt (illiberale Züge) und Teile der Bevölkerung, vor allem die Indigenen, ihre politische Willensbildung nur sehr unvollkommen ausüben können (exklusive Züge), sind doch positive Tendenzen erkennbar.

Das was Merkel eine **effektive Herrschaftsgewalt**²¹ der zivilen Akteure nennt, nimmt in diesen Jahren relativ gesehen zu, weil das Militär mit der Auflösung der Figur der Militärkommissare und der paramilitärischen Einheiten zwei wichtige Pfeiler seiner Kontrolle auf dem Lande verliert. Trotzdem bleibt die Politik der Armee selbstbestimmt. So entscheidet sie ihr Personal nur formal zu reduzieren, die Stationierung ihrer Einheiten nahezu unverändert zu lassen und über die Abteilung *Zivile Angelegenheiten* weiter Kontrolle auszuüben. Zwar wurde der Krieg unter ziviler Führung beendet und als Symbol seiner Unterwerfung engt das Militär selbst seinen Sonderrechtsbereich deutlich ein. Die neue Vormacht der Zivilisten ist aber deshalb nur relativ, weil das Militär – von der Regierung toleriert – in der Praxis Menschenrechtsprozesse gegen ihre Angehörigen aktiv oder passiv behindert. Die zivile Polizei wird quantitativ erheblich ausgebaut, bleibt jedoch trotzdem weitgehend ineffizient und bedarf daher der Armee, um Ergebnisse vorweisen zu können. Insofern ist auch hier die zivile Kontrolle nur subjektiv. Aber da ist noch eine zweite Form, unter der die effektive Regierungsgewalt leidet – wenn auch Ende der 90er in geringerem Maße. Im Staate eingemischt, verfolgen verborgene Machtgruppen ihre illegalen Interessen. Weil sie über Verbindungen in Justiz, Polizei und Politik verfügen, sind auch sie in der Lage, die legitime Regierungsgewalt zu beschränken.

Lange Zeit war der demokratische Defekt der effektiven Regierungsgewalt eng mit dem der **bürgerlichen Freiheitsrechte** verbunden. Jetzt entkoppeln sich die beiden. Denn die Übergriffe des Staates – ehemals Hauptverantwortliche für die Eingriffe in das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit – gehen deutlich zurück. Dafür nehmen zwar zunächst die Eingriffe (Verletzungen) von privater Seite zu, aber Polizei und Teilen des Militärs gelingt es gemeinsam, die Tendenz wieder umzukehren. Nur leider bleibt die Kriminalität vor Gericht dann doch straflos. Qualitativ ist zu Anfang die Bilanz der Justiz ernüchternd und der quantitative Ausbau der Justiz – der Zugang der Bevölkerung zur Gerichtsbarkeit – nimmt nur langsam zu. Im Grunde bleibt das Problem der Ausgrenzung der indigenen Bevölkerung damit bestehen: in ihren Justizrechten und (trotz langsamer Fortschritte in Sachen Gesundheit und Erziehung) in allen sozio-ökonomischen Daten.

Zum nächsten Teilregime des Demokratiekonzepts von Merkel – der Gewaltenteilung (**horizontale Gewaltkontrolle**): In dem politischen Moment nach Friedensschluss nimmt die gegenseitige Kontrolle der Gewalten Exekutive, Legislative und Judikative erste Konturen an. Zwar übt die Justiz nur be-

²¹ Für eine Erklärung der folgenden Begriffe siehe die Einleitung (Kap. 2.1, S. 14f).

dingt die Kontrolle aus, die ihr eigentlich zusteht, aber als solche wird sie doch zunehmend selbstständig. In der zweiten Hälfte der Regierungszeit von Präsident Arzú wird aber damit begonnen, politische Interessenkonflikte sichtbar innerhalb der Justiz ausgetragen. Als Machtfaktor wahrgenommen, geraten die Wahlen zu den Obersten Gerichten in den Sog parteipolitischer Interessen.

Im Vergleich dazu hatten sich schon zuvor sowohl der offene Wettbewerb der politischen Akteure um die Wähler (**Wahlregime**) verbessert, als auch die Rechte, mit denen die Bürger ihre politischen Interessen vertreten können (**politische Teilhaberechte**). Bei den Wahlen, im Allgemeinen weiter frei und fair, konnten die Indigenen 1999 jetzt 11,5 Prozent der Abgeordneten im Kongress stellen – ein Fortschritt gegenüber den nur 7,5 Prozent vier Jahre zuvor. Auch die URNG nahm erstmals als solche am Urnengang teil und trotz gelegentlicher Restriktionen und Repression gegenüber zivilgesellschaftlichen Gruppen, denke ich, bei den politischen Teilhaberechten nur noch von Einschränkungen ihrer Funktion sprechen zu können. In diesem Rahmen wirkt die Politik zur Vergangenheit.

4.1. Anmerkungen zur Ära Arzú

Der Zyklus der Politik basiert in der Zeit des Friedens auf einer Akteurskonstellation, in der die Anhänger einer aktiven VP isoliert sind. Die Menschenrechtsbewegung ist ohne Einfluss in der Regierung Arzú. Exekutive, Legislative und die Jurisprudenz entstammen der Tradition des Militärstaats und hängen in der Regel einem Geschichtsbild an, in dem die Menschenrechtsverletzungen von Seiten des Militärs, wenn nicht gerechtfertigt, so doch zumindest als unvermeidlich angesehen wurden. Der Menschenrechtsbewegung auf der anderen Seite standen nur die Opfergruppen zur Seite, deren Organisationsgrad im Verhältnis zur Zahl der Opfer aber ausgesprochen gering geblieben war. International galten sie zwar als legitime Repräsentanten, konnten sich aber nicht einmal der vollen Unterstützung einer Guerilla sicher sein, die zudem ohnehin selbst um ihr politisches Überleben kämpfen musste.

Die Problemwahrnehmung der dominanten politischen Mächte des Landes zur VP ordnete sich in ein Wertesystem ein, in dem das ideologische Erbe des Militärstaats noch immer präsent war. Sicher waren die Zivilisten in- und außerhalb der Regierung um subjektive Kontrolle des Militärs besorgt und darum auch an einem Ausbau der Polizei interessiert. Aber noch war ihnen die Funktionslogik einer demokratischen Polizei fremd. In der Gewaltkrise griff die Regierung daher schnell auf die Hilfe militärischer Einheiten und Organisationsformen zurück, die im Kriege für erhebliche Menschenrechtsverletzungen gesorgt hatten. Die Vergangenheitspolitik der Regierung gehorchte also nicht nur der Art, wie die Geschichte verstanden wurde, sondern gleichsam auch politischen Werten, die sich in die Gestalt von Zwängen kleideten.

Die VP von Seiten der Regierung ist anfänglich zugleich eine Antwort auf das Bedrohungspotential, dass das Wiederaussöhnungsgesetz möglich machte: in Sachen Wahrheit, Justiz und sogar der Wiedergutmachung. Korrekturen an

dieser Politik reagierten so vor allem auf Erwartungen von außen oder die Aktivitäten sozialer Organisationen. Entsprechend sahen die tatsächlich unternommenen Aktionen (Output) der VP aus. Als wesentlich sticht daraus erst einmal das hervor, was die Regierung alles eben nicht tat: Während eine Militär-eigene Kommission an einer Gegen-Wahrheit arbeitete, verweigerten Militär und die zivile Regierung der offiziellen Wahrheitskommission, CEH, ihre Mitarbeit. Zudem half die COPREDEH offenbar aktiv dabei, dass Exhumierungen zum Beispiel keine Welle von Prozessen auslösen konnten. Für das politische System hatte diese generelle Herangehensweise eine bestätigende Folge. Die beschriebenen Demokratie-Defekte oder Einschränkungen werden weder weiter belastet noch entlastet.

Umgekehrt gab die Arbeit der Menschenrechtsgruppen der VP als Potential eine Gestalt, auch wenn der sogenannte Output sehr beschränkt blieb. Unter zehntausenden von Menschenrechtsverletzungen endete ein Prozess gegen Mitglieder der PAC mit einem partiellen Urteil. Vielleicht war dies für manche ein Symbol, aber sicher kaum ein Fortschritt der Justizrechte insgesamt, als einem Indikator der bürgerlichen Freiheitsrechte. Die Exhumierungen hingegen konnten zwar die gegenwärtigen Eingriffe in die Schutzrechte der Bürger nicht verbessern, haben aber sicher auf hunderte von überlebenden Angehörigen der Opfer einen wiedergutmachenden Effekt gehabt und damit deren Rechtslage positiv beeinflusst.

1996/97 liegen die Wirkungen der VP in Form der Reaktionen auf sie, wie ein leicht belastender Schleier auf anderen Politikfeldern und über diese auf den bürgerlichen Freiheitsrechten, der horizontalen Gewaltenkontrolle und vor allem auf der effektiven Staatsgewalt.

Die Ausgestaltung der Militärpolitik und die Rolle des Militärs in der inneren Sicherheit haben in erster Linie ideologische Beweggründe. Aber ohne Zweifel hat die VP als Bedrohungspotential einen zusätzlich belastenden Effekt auf die Sicherheitsreform gehabt und damit die effektive Regierungsgewalt der zivilen Akteure eingeschränkt. Mit den Justizrechten haben Behinderungen und Manipulationen von aktivem oder ehemaligem Militär-Personal die bürgerlichen Freiheitsrechte in gewisser Weise gestreift. Folgenreicher scheint mir aber die Toleranz, mit der die Regierung Arzú solchen Akten begegnete.

In der Zeit zwischen dem Mord an Bischof Gerardi und der Präsentation des Berichts der CEH wandelte sich das Panorama und die VP in ihren unterschiedlichen Ausprägungen verschärfte ihr widersprüchliches Profil. So trugen beide Ereignisse zur Delegitimierung der Armee bei und erhöhten den Druck auf ihre Einflussquoten. Messen lässt sich das aber nur schwer. Langfristig sind in jedem Fall die Konsequenzen des Berichts. In jeder Phase politischer Debatten ist er ein Referenzpunkt für Positionen, die eine Demokratisierung der Gesellschaft anstreben. Kurzfristig jedoch haben aber sowohl der Bericht als auch der Mord-Prozess Gerardi eher Widerstände belebt. Ob auf Druck von außen oder aus eigenem Antrieb, die Justiz hat nach dem Bericht seine restriktiven Urteile zur Auslöschung strafrechtlicher Verantwortung gelockert. Vor allem aber griffen Regierung und Militär deutlicher als zuvor in die Praxis der Justizausübung und damit auch in die Funktionsfähigkeit der Kontrollkette

ein, die unbedingt einer unabhängigen Justiz bedarf. Sehr wahrscheinlich wird das Verhalten der Obersten Richter zu Menschenrechtsprozessen auch eines der Themen gewesen sein, mit denen sich die Obersten Richter bei ihrer Wahl konfrontiert und konditioniert sahen – natürlich dem alles überragenden Thema der politischen Macht im Lande nachgeordnet.

Der vergangenheitspolitische Output der Regierung blieb auch 1998/99 gering und hatte ähnliche Ziele, wie schon zuvor. Das Pilotprojekt zur Wiedergutmachung sollte wieder nur entschärfend wirken. Darüber hinaus fiel die VP der Regierung Arzú in den letzten Monaten ihrer Amtszeit mal wieder eher dafür auf, was sie nicht tat: die Vergangenheit zum Thema zu machen oder die Empfehlungen der CEH.

Und wie soll in unserem Demokratisierungsschema die Tatsache bewertet werden, dass ein Teil der Menschenrechtsbewegung aus der CEH die Legitimität bezog, sich für mehrere Monate auf Gesetzesinitiativen zu konzentrieren, die von der Regierung dann ins Leere gelaufen lassen wurden?

4.2. Anmerkungen zur Ära Portillo

In der Zeit von Präsident Portillo nimmt der sichtbare direkte Einfluss der VP (Output) auf die Teilbereiche von Merkels Demokratie-Konzept von seinem ohnehin geringen Niveau weiter ab. Die VP wirkt mehr als Instrument zur Abnutzung überkommener Mächte, die mit der Gewalt der Vergangenheit identifiziert werden, mit anschließenden Folgen für die Ausformulierung der Politik.

Über die repressive Reaktion illegaler Sicherheitskräfte hat die VP zur Einschränkung politischer Teilhaberechte der Menschenrechtsbewegung geführt. Widersprüchlich waren die Effekte im Rahmen der bürgerlichen Freiheitsrechte. So wurde mit der Installation des Wiedergutmachungsprogramms, PNR, ein Weg beschritten, der später für tausende von Menschen mehr war als nur ein symbolischer Schritt: zugunsten ihrer Anerkennung als Opfer und politische Subjekte und gegen Ausgrenzung und Ungleichheit. Die Schuldprüche in den Fällen Xamán, Mack und Gerardi haben sicher nur die Rechtslage weniger verbessert, könnten darüber hinaus aber den Respekt der Bürger vor dem Gesetz gestärkt haben. Andererseits hat aber leider gerade die Justiz in den Zeiten von Portillo ein klägliches Bild abgegeben. In diesen schwierigen Jahren ihres Aufbaus schränkten zahlreiche Interessen ihre Unabhängigkeit ein, an vorderer Stelle das der Menschenrechtsverletzer, ihre Straflosigkeit aufrecht zu erhalten. Das hat über den Einzelfall hinaus Folgen für die gesamte Gewaltenteilung (horizontale Gewaltenkontrolle).

Sicht- und zählbar nahm in der Portillo-Zeit die Gewalt im Lande zu, während Justiz und Sicherheitssystem ineffizienter, korrupter und zum Teil selbst kriminell wurden. Wenn der Faktor Vergangenheit in dieser Zeit mit dem Phänomen der Gewaltkrise²² zu tun hat, dann nicht in Form der potentiellen VP oder ihrer tatsächlichen *Outputs* und *Impacts*, die die Dynamiken mehr belasteten,

²² Für den Begriff, vgl. *Zinecker*, Heidrun: Krise in Zentralamerika? In: Boeckh, Andreas / Öhlschläger, Rainer (Hrsg.): Krisenregionen in Lateinamerika. Weingartener Lateinamerika-Gespräche 2005. Institut für Iberoamerika-Kunde. Hamburg 2006. S. 129-174.

als sie ihnen halfen. Paradoxe Weise war es die mangelnde Aufarbeitung der autoritären Vergangenheit, in dem Sinne eines Krieges um Geschichte und Kultur, die meiner Ansicht nach die Krise begünstigt hat. Wenn wir nämlich die Demokratisierung Guatemalas als Idealbild voraussetzen, dann kann eine repressive Sicherheitspolitik nach dem Vorbild des Krieges keine Alternative sein. Das Dilemma besteht nun darin, dass neue Konzepte erfordern, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, eine Form der Aufarbeitung der Vergangenheit also unabdingbar ist. Die Haltung zur Vergangenheit, so wie sie die Herrschenden im Sicherheitssektor einnahmen, war zur Reflektion nicht in der Lage. Und dies nicht nur, aber doch auch der Rolle wegen, die dieser Faktor noch im Kriege für das alte Guatemala gespielt hatte. Die warnende Kraft der Vergangenheit reichte nun gerade einmal weit genug, um mit Hilfe der internationalen Öffentlichkeit die alten Konzepte zu begrenzen. Schon in Zeiten von Arzú führte das teilweise zu einer Pattsituation. Unter Präsident Portillo hingegen, bei dem zwei ehemalige Militärs in Folge den Posten des Innenministers inne hatten, war es Lähmung des Sicherheitssektors, der die Krise verschärfte. Man wollte, konnte aber nicht wirklich zu alten Vorbildern der inneren Sicherheit zurück. Eine alternative demokratischere Funktionslogik wurde jedoch ebenfalls ausgebremst.

4.3. Anmerkungen zur Ära Berger

Mit der Wahl von Präsident Oscar Berger nahm das politische System im Jahre 2004 einen Weg scheinbarer Beruhigung auf. Die in den Vorjahren akkumulierten Defekte und Einschränkungen erfuhren zwar Transformationen, aber eben doch keine deutliche Trendwende.

So litt das Wahlregime unter zunehmender Gewalt, garantierte jedoch weiter relativ freie und faire Wahlen.²³ Einen auf den ersten Blick deutlichen Fortschritt machte die effektive Regierungsgewalt. Ohne sichtbaren Widerstand nahm es die Armee hin, um mehr als ein Drittel reduziert zu werden, hielt aber die Kontrolle nach innen, also zur eigenen Militärpolitik und zum Haushalt aufrecht. Statt der Armee machte sich im politischen System jetzt aber die organisierte Drogenkriminalität bemerkbar. Mehr noch als in der effektiven Regierungsgewalt hatte das Folgen für die horizontale Gewaltenkontrolle. Mehrfach wurden im Kongress wichtige (Justiz- oder Sicherheits-) Reformen verbogen oder gestoppt, die dessen Interessen hätten beeinträchtigen können. Die Justiz als zentraler Baustein der Kontrollkette litt gleich unter mehreren Erscheinungen: Drohungen und Einschüchterungen blieben auf einem hohen Niveau, die Korruption allgegenwärtig und über die Wahlen zu den Obersten Richtern hielten verschiedene Machtgruppen die Justiz unter ihrer Kontrolle.

Bleibt nun noch, die bürgerlichen Freiheitsrechte zu erwähnen. Dort stiegen die Erscheinungen der Gewaltkrise bis zu Jahr 2006 unaufhörlich an, aber dazu kommt, dass jetzt auch wieder illegale Sicherheitsgruppen auf Befehl von Staatsorganen systematisch soziale Säuberungen unternahmen. Jahre

²³ So auch der Bericht von Freedom House, 2005: www.freedomhouse.org.

nach der Regierungszeit von Präsident Arzú haben sich damit Defekte etabliert, die zuvor so nicht absehbar gewesen waren.

Der Umgang mit der Vergangenheit behielt seine gewohnt widersprüchlichen Wirkungen. Auf der einen Seite belastete er in diesem Kontext die Schäden des Systems zusätzlich, ohne aber deren Richtung sichtbar zu beeinflussen. So war unter den vielen politischen Kompromissen, die die Obersten Richter zugunsten ihrer Wahl eingehen mussten, sicher auch das Interesse, Völkermordfälle zu verhindern. Es fällt nämlich auf, dass solche Fälle in diesen Jahren plötzlich von ganz oben erstickt werden. Oder erinnern wir uns an die anhaltenden Drohungen und Einschüchterungen, die das Justizsystem und die Menschenrechtsbewegung betrafen. Sie alle ordnen sich einer allgemeinen Tendenz unter, die viele Ursachen haben kann. Defekte und Einschränkungen vor allem in der horizontalen Gewaltkontrolle und den politischen Teilhaberechten wirken jetzt also mehr auf die Erfolgchancen der VP zurück, als dass sie sie beeinflussen.

Umgekehrt fallen nur das Wiedergutmachungsprogramm, PNR, und die wachsende Zahl der Exhumierungen ins Gewicht. Auch ohne Anspruch einer Vergangenheitsbewältigung im transformativen Sinne, inzwischen haben das Militär und seine Verbündeten mehrheitlich offenbar gelernt, beides nicht mehr als Bedrohung zu sehen. Für tausende betroffener zumeist Indigener dürfte dies dazu beigetragen haben – wenn auch unzureichend – ihre Rechtslage als Bürger und damit die bürgerlichen Freiheitsrechte wiederherzustellen.

4.4. Die Methode auf dem Prüfstand

Die Rolle der Politik zur Vergangenheit im Prozess der Demokratisierung des Landes herauszuarbeiten, ist kein einfaches Unterfangen gewesen. Allerdings liegt dies nur indirekt an Merkels Konzept der Defekten Demokratie oder der Methode des Politikzyklus. Vor allem zwei Faktoren können verantwortlich gemacht werden, die speziell für den Fall Guatemala gelten: (1) die zweitrangige Rolle des Politikfeldes im komplexen Ganzen des Politikzyklus, das aber (2) trotzdem in den Interviewpartnern hoch emotionell wirkt und daher auch ohne bewusste Täuschung dazu neigt, in ganzen Motivbündeln aufzugehen.

Dazu kommt, dass die VP hauptsächlich nicht als aktive Regierungspolitik zur Wirkung kam, sondern oftmals effizienter über diffuse Bedrohungsszenarien. Schon zu Anfang hatte ich den Begriff um die Politik der Zivilgesellschaft erweitert. Dem Leser wird aber auch aufgefallen sein, dass ich im Laufe der Arbeit immer wieder mal statt von VP, auch vom *Faktor Vergangenheit* gesprochen habe. Damit habe ich neben den Politiken der guatemaltekischen Akteure auch den subjektiven Aspekt – die Bedrohungswahrnehmung, kulturelle Ablehnung oder den verletzten Stolz – als politischen Faktor, Handlungsmotiv und damit als faktisches Politikfeld anerkannt. Unproblematisch ist dies nicht, aber im speziellen Falle Guatemalas nicht zu vermeiden.

Dieselben subjektiven Aspekte haben natürlich auch den Policy Circle sehr unterschiedlich belichtet. Wahrnehmungen und Weltbilder sind auf diese Weise relativ einfach zu erfragen, aber die Politikformulierung oder das Outcome

als indirekte Rückwirkung sind nur nach zahlreichen Interviews im Nachhinein zu erschließen. Damit wären wir bei der Problematik der Interviews, für die ich aber auf vorherige Passagen zurückverweisen möchte.

Nichtsdestoweniger glaube ich, dass der Politikzyklus als Leitlinie der Arbeit große Vorteile mit sich bringt: Er ordnet das Gewicht der spezifischen Politik (Politikfeld) in ein komplexes Ganzes ein und gibt so eine Idee von Niveau und Richtung der Wirkung. Indem der Blick auf subjektive und kulturelle Zusammenhänge frei wird, gelingt es die Politik als dynamischen Prozess darzustellen und damit auch zu erklären. All dies erweitert sowohl die Interpretationen um Vergangenes als auch das Verständnis künftiger Politik.

4.5. Ergebnisse der Vergangenheitspolitik: Konzept und Theorie

Meine Arbeit hat in weiten Teilen versucht, die Problematik und den Weg des staatlichen Umgangs mit der Vergangenheit nachvollziehbar und beinahe fühlbar zu machen. Dieselbe Information, die im Laufe der Arbeit systematisch zueinander in Bezug gesetzt wurde, erlaubt mir jetzt zum Schluss dieses Kapitels einige Kernaussagen zu machen, mit deren Hilfe die Erfahrungen der Vergangenheitspolitik in Guatemala hoffentlich auch in ihrer konzeptionellen Tragweite klarer werden.

- Als nachgeordnetes Politikfeld hat die Vergangenheitspolitik den Kurs der Militär-, Justiz- und Sicherheitspolitik vor allem in der Anfangsphase zwar belastet, aber nicht nachdrücklich verändert.
- Die Vergangenheitspolitik hat kurzfristig immer wieder Resistenzen zum Kulturwandel verstärkt, damit aber den Problemdruck letztlich nur erhöht. So verschärfte die Reaktion auf die VP innere Widersprüche im Bereich der Gewaltenteilung und der bürgerlichen Freiheitsrechte, die wiederum die Praxis von Justiz und Sicherheitssystem in eine tiefere Krise stürzten. Aber zugleich unterstützte der damit geschaffene Problemdruck dann eine Reform des institutionellen Unterbaus, der beiden Feldern zu Eigen ist.
- Insofern hatte die Vergangenheitspolitik – über die vorherrschende kulturelle Tradition hinaus – direkte aber widersprüchliche Folgen (für die bürgerlichen Freiheitsrechte, die horizontale Gewaltenteilung und die effektive Regierungsgewalt). Mal förderte sie im Einzelfall den politischen Transformationsprozess, mal schien sie ihn zu belasten.
- Die Wirkung der Vergangenheitspolitik auf den Demokratisierungsprozess in Guatemala (1996-2007) ist weniger direkter Natur (*Impacts*), als indirekter im Sinne systemischer Reaktionen (*Outcome*). Überhaupt nimmt die Bedeutung der *Impacts* im Laufe der Jahre immer mehr ab, während die Wirkungen vom Typ *Outcome* zwar diffuser, aber doch wichtiger werden.
- Die Vergangenheitspolitik in Guatemala steht in keiner direkten Korrelation, aber über die effektive Regierungsgewalt doch in einer nachvollziehbaren indirekten Korrelation zum Demokratisierungsprozess.
- Vergangenheitspolitik als Demokratisierungsfaktor lässt sich in Guatemala über Merkels Begriffsschemata nur unscharf nachvollziehen.

- Eine größere Wirkung (Outcome) erzielt die VP als Bedrohungsfaktor für einzelne Sektoren, weil sie Machtkonstellationen und damit auch Politik destabilisiert. Vergangenheitspolitik hat hier insofern vor allem als destruktiver Katalysator in einem Kampf um Geschichte gewirkt, der den Kulturwandel begleitet.
- Die unterschiedlichen Komponenten der Vergangenheitspolitik bewegen sich in ebenso verschiedenen Wirkungszusammenhängen. Im Falle Guatemalas hat vor allem das Bedrohungspotential der Strafverfahren über seinen konfrontativen Charakter die beschriebenen zersetzenden Effekte gehabt. Zwar delegitimiert und provoziert auch die Wahrheit, im Sinne der historischen Aufarbeitung. Aber im Zusammenspiel mit der Justiz ist es eben diese historische Aufarbeitung, die im kulturellen Wandel eines Kampfes zwischen Alt und Neu die nötige Nahrung gibt.
- Eine Möglichkeit strafrechtlicher Verfahren, die schon im Rahmen der Transition beginnt, beeinflusst den Prozess der Transformation, indem sie seine Logik verändert. Sie hat zu Anfang auch belastende Konsequenzen. Aber mit ihr wird der Prozess dynamischer.

VIII. Schlussbetrachtungen

Mit den Analysen im vergangenen Kapitel habe ich aufzuzeigen versucht, welche direkten oder indirekten Folgen es für den demokratischen Prozess in Guatemala hatte, sich während der Transition oder kurz danach sowie vor und direkt nach Kriegsende mit den Exzessen auseinandergesetzt zu haben. Der offizielle Umgang mit dieser Vergangenheit oder auch nur die Angst davor, haben in jener Zeit zahlreiche sich teils widersprechende Konsequenzen gehabt. Zusammen mit der bildlichen Beschreibung der Vorgänge (insbesondere in den Kapiteln III und VI) wird der Leser damit Erkenntnisse zu zahlreichen Aspekten gewonnen haben:

Er oder sie werden wissen, (a) welche Rolle das Thema für den Friedensprozess und sein Ergebnis gespielt hat, (b) wie die Politik zur Vergangenheit aussah und welchem komplexen widersprüchlichem Kalkül sie oftmals entsprach. Der Text bot einen Einblick in (c) die Justiz- und Sicherheitspolitik, so wie sie beinahe traditionell im Lande existierte war und sollte zeigen, (d) welche allgemeinen Vorstellungen, Kräfte und Dynamiken in Justiz, Sicherheit und Militär deren Wandel begünstigten oder auch behinderten. Entscheidend ist hier aber natürlich, dass jetzt eingeordnet werden kann, (e) welche Rolle die Vergangenheitspolitik in diesem Prozess des Kulturwandels gespielt hat, und (f) auf welche Weise das geschah.

Meine Wortwahl wird es Ihnen bereits anzeigen. Die Ergebnisse der Arbeit will ich an dieser Stelle nicht mehr wiederholen. Sie würden wie ein Fazit einer bereits zusammenfassenden Analyse wirken und natürlich auch dazu verführen, sie ohne den sie umgebenden Kontext zu sehen. Mir liegt hier etwas ganz anderes auf der Seele. Denn auch wenn ich viele Indizien gesammelt habe, die der Analyse zur Grundlage dienen, so steckt in vielem doch ein subjektiver Anteil. Der Umgang mit der Vergangenheit ist auf so besondere Weise mit der *political correctness* verbunden, dass mehrere Ergebnisse zu Grenzproblemen einfach einer weiteren Reflektion bedürfen, die sie einzuordnen helfen. Manchmal wird sie zugespitzt wirken, denn das Ringen um Präzision steht in einem gewissen Spannungsverhältnis zum Versuch, Probleme auszusprechen. Vier solcher Probleme sind es insgesamt, die ich hier sehe.

Zur Rolle des Militärs: Immer wieder wird in Menschenrechtskreisen Guatemalas behauptet, dass es das Militär sei, das dem politischen Wandel entgegensteht. In gewisser Weise habe ich selbst diesem Eindruck Vorschub geleistet, indem ich mehrfach darauf hinwies, dass das Militär diese oder jene Reform nicht so gerne sah, Lobby dagegen machte oder sich der Regierung in bestimmten Fragen nicht unterwerfen wollte. Aber ist mangelnder Gehorsam wirklich das wesentliche Problem in den zivil-militärischen Beziehungen? Ich denke, hinter dem beschriebenen steckt ein anderes, viel Größeres.

Guatemala ist ein Land, dessen offizielles politisches System in einem deutlichen Kontrast zu einer parallelen Realität steht, in der zivile Regeln zum Interessenausgleich, zur Streitschlichtung oder der Verfolgung ökonomischer Interessen ein Schattendasein führen. Gerade auch die Straflosigkeit, die ich

in dieser Arbeit oftmals thematisiert habe, lässt in den Augen vieler keine andere Möglichkeit. Für viele andere ist sie gar erwünscht. Ein starker Staat stünde zahlreichen Einzelinteressen entgegen, dem von privaten Sicherheitsunternehmen, deren finanzieller Erfolg umso größer ist, wenn die Polizei ihre Aufgabe nicht erfüllen kann oder dem von Teilen anderer (Unternehmer-) Schichten, die systematisch Steuern hinterziehen und zu diesem Zweck mit Bestechungen und politischem Einfluss auf Richter, Staatsanwälte und deren Designation einwirken. Das sind nur Beispiele.

Das zivil-militärische Verhältnis und die Rolle des Militärs in dem Prozess der Demokratisierung können nicht frei von diesen Einflüssen sein. Wenn das Präsidentsamt (Gustavo Porras) der Regierung von Präsident Arzú keinen Grund sah, sich in die Fragen der Militärpolitik einzumischen; wenn das Innenministerium jener Zeit den zivilen Geheimdienst nur angedacht aber nicht wirklich verfolgt hat oder wenn parallelen Strukturen aus und um der Armee widerstandslos erlaubt wird, gegen vergangenheitspolitische Aktionen vorzugehen, dann ist das nicht nur der Suche nach einer Machtbalance zwischen Zivilisten und Militärs zu verdanken. Dahinter steckt zugleich die Art, wie Probleme wahrgenommen werden, das heißt die eigenen Werte und daraus abgeleitete Prioritäten.

Um diese Kraft der Kultur geht es mit hier, einem Kreislauf dessen Kraft man auf Dauer nur schwer entgehen kann. Auf den hiesigen Zusammenhang übertragen heißt das: Der Wandel hängt zu einem größeren Teil davon ab, wie die politischen Eliten denken, wie lernfähig und demilitarisiert ihre eigenen Köpfe sind. Politischer Wandel ist auch kultureller Wandel. Dementsprechend darf man sich nicht so sehr auf das Militär konzentrieren, sondern muss sich in der Praxis um die kleinen Stellschrauben bemühen, die an Schlüsselpositionen das gesamte System beeinflussen. Man muss Bewusstsein schaffen und das geht auf historischem Bewusstsein zurück.

Die Maya und die Vergangenheit: Dem Beobachter fallen hierbei sicher die erbitterten Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre zwischen Maya-Gruppen und der Menschenrechtsbewegung ein. Natürlich ging es dabei auch um Geld, um die Verfügungsmacht über den Haushalt des Nationalen Wiedergutmachungsprogramms PNR, mit dem beide ihren politischen Einfluss auszuweiten gedachten. Vor allem in der Szene der offiziellen deutschen Entwicklungszusammenarbeit war es keine Frage, dass man sich da möglichst nur auf die Mayas konzentrieren müsse und nicht auf die andere Seite, der Linken nah. Die Widersprüche, die das auslösen musste, waren dort kein Thema.¹ In diesem Streit ging es aber auch um verschiedene Visionen zur Vergangenheit, die Folgen für den politischen Prozess heute haben. Zu Recht sehen die Maya die Gewalt gegen sie nicht nur auf die Zeit des Krieges beschränkt. Über Jahrhunderte hatten sie in zahlreichen Systemen leiden müssen. Aber ebenso zu Recht sieht die andere Seite, wie diese Version letztlich – wenn auch teils unbeabsichtigt – die Zeit der Repression der vergangenen Jahrzehnte verwässert und damit auch den politischen Ansatz der Demilitarisierung.

¹ Mit dieser Haltung wird man im innenpolitischen Konflikt letztlich auch zur Partei und trägt dazu bei, Konflikte in der Zivilgesellschaft zu verschärfen.

Ich schreibe diese Zeilen, weil der Streit beider Visionen so hoch emotionell geführt wird, dass sich dem kaum jemand mehr entziehen kann. Jedes Wort könnte falsch verstanden werden und so wird es oft besser nicht gesagt, um nicht der anderen Seite zugerechnet zu werden. Die Lehren aus der Vergangenheit müssen so breit und zahlreich sein, wie die Fehler, die begangen wurden. Und so ist der scheinbare Widerspruch unvermeidbar. Die Beobachter müssen daraus die überraschende Lehre ziehen, dass jede Aufarbeitung nicht nur Gräben zu den Tätern öffnet, sondern auch zwischen den Opfern. Die Aufarbeitung der Vergangenheit Guatemalas kann nur sehr unvollkommen mit der zum Beispiel Chiles oder etwas Argentiniens verglichen werden. Der Konflikt in Guatemala war länger, brutaler und hat tiefere Wurzeln. Dementsprechend muss der Wandel immer neue Probleme und Konflikte erfassen. Das muss man zulassen, aushalten und ernst nehmen.

Aushalten – das ist aus meiner Sicht ein zentrales Wort für viele scheinbare oder echte Widersprüche. Das müssen wir zum Teil nämlich auch, wenn wir uns die Erfolgsbilanz des internationalen Einflusses ansehen. War der während der Friedensverhandlungen noch ein entscheidender Hebel für Transformationsansprüche gewesen, löste genau diese Funktion danach etwas aus, was ich Verzerrungen eines nationalen politischen Prozesses nennen möchte.

Der internationale Einfluss: Aus Sicht der wichtigen nationalen Akteure verlor die UNO-Mission nämlich in dem Maße ihren Status als neutral und unabhängig, wie die Friedensverträge mit dem Niedergang der URNG politischer Basis im Lande verloren. Denn damit verwandelte sich die Mission, die eigentlich nur der Überwachung diente sollte, zugleich in den wichtigsten Verteidiger der Abkommen. Für viele wurde MINUGUA so in gewisser Weise Partei.

Ist diese Lage nicht unbequem, in der sich die Mission wiederfand? Über die Schwäche der URNG in diese Lage geraten zu sein, stellte die MINUGUA-Führung fortwährend vor das Problem, auf diplomatische Weise Reformen zu fordern, ohne ihre eigene Glaubwürdigkeit zu verlieren. Natürlich ist der Diplomatie eine solche Rolle nicht fremd, aber angesichts der Breite und Tiefe der Friedensverträge waren so Spannungen mit allen Seiten vorprogrammiert. In Anbetracht der realen Machtverhältnisse im Lande, derer sich die Regierungen durchaus bewusst waren, ist so manche Reform fortan nur zum Schein diskutiert, beziehungsweise beschlossen worden oder wurde – der mangelnden Überzeugung der politischen Klasse wegen – halbherzig angegangen. Denken wir da zum Beispiel an das Schicksal des Tags der Würde, der immer wieder debattiert und sogar auch beschlossen worden ist oder auch die Reformansätze in der öffentlichen Sicherheit, mit denen dann möglichst wenig geändert werden sollte. Und noch ein Beispiel: Mit MINUGUA und der internationalen Gemeinschaft als Hebel vor Augen, vernachlässigten zahlreiche Bewegungen ihre tatsächliche soziale Basis. Umso wichtiger wurde die dann danach, als MINUGUA im Gehen begriffen war.

Gehen wir für einen Moment in das Jahr 2002. Der Pegel im Kampf zwischen Alt und Neu in der Konzeption der öffentlichen Sicherheit war gerade dabei, zugunsten alter repressiver Methoden auszuschlagen, da war es der internationale Einfluss, der ihn stoppte. Die Rückkehr in die Vergangenheit konnte

mit seiner Hilfe also verhindert werden, aber sein Einfluss reichte in diesem Moment nicht, die Funktionslogik einer demokratischen Transformation zu fördern. In der spezifischen Situation hatte dies Bewegungslosigkeit zur Folge und einen Beinahe-Zusammenbruch der öffentlichen Sicherheit, der die Spirale des Gewaltstaates erheblich antrieb.

Es geht mir hier nicht darum, den internationalen Einfluss als schädlich darzustellen. Sein Gesamtpanorama ist weitaus größer als die Beispiele hier. Aber eine Bilanz darf auch diese Seiten nicht vergessen. Das Phänomen einer gewissen Zerrissenheit der Politik, die das ohnehin schwache Maß politischer Effektivität weiter belastet, existiert und muss weiter untersucht werden.

Die Vergangenheitspolitik in der Demokratisierung: Vor der Suche nach einer ausgewogenen Antwort ist genau hier der Moment, das angesprochene Beispiel einer Blockade in der Sicherheitspolitik für meine Frage nach dem Wirken der Vergangenheitspolitik auf den Prozess der Demokratisierung noch einmal aufzunehmen. Die sichtbaren Versuche von Teilen der Regierung Portillo, Institutionen mit neuen informellen Netzwerken unter Kontrolle einer Gruppe von meist ehemaligen Militärs zu bringen, hatte – indirekt – auch mit dem Thema der vergangenen Gewalt zu tun. Portillo hatte Edgar Gutierrez nämlich auch deshalb in seine Regierung geholt, weil der als ehemaliger Koordinator der Wahrheitskommission REMHI nach außen ein wichtiges Gegengewicht darstellte. Galt doch die Regierung in ihrer Mehrheit der Zeit der Menschenrechtsverletzungen sehr nah. Gutierrez war es dann, der als Chef der SAE einen Teil des gültigen Sicherheitssystems aus der früheren militärischen Logik herausholte. Ohne es zu ahnen, trug er – und damit auch das Thema der Vergangenheit – allein mit diesem Schritt dazu bei, die sich ohnehin vertiefende Krise zu verschärfen. Denn die ehemaligen Offiziere scheiterten bei ihrem Versuch, die öffentliche Sicherheit daraufhin nach alten Vorbildern zu reorganisieren.

Sicherheit und Vergangenheitspolitik – die gesamte Logik meiner Ausführungen, die ich im empirischen Kapitel VI präsentiere, ist auf eine für mich entscheidende Erkenntnis ausgerichtet. Die Vergangenheitspolitik, die als Bedrohungspotential für weite Kreise der konservativen Gesellschaft wahrgenommen wird, wirkt – unter anderem – auf die alten Mächte destabilisierend und treibt damit langfristig den politischen Kulturwandel an. Dabei kommt vor allem der justiziellen Aufarbeitung die Rolle als Katalysator zu. Die Wahrheit oder anders gesagt, der historisch geleitete Prozess der Bewusstseinsbildung scheinen mir eine unabdingbare Ergänzung in diesem Prozess zu sein, denn der Wandel bedarf offensichtlich neuer Werte. Aber kurzfristig sind die Aktionen und Reaktionen weitaus widersprüchlicher.

Herausheben möchte ich in diesem Zusammenhang den Umstand, dass die Vergangenheitspolitik in Guatemala bereits im Kriege begann, als ihr ablehnend gegenüberstehenden Kreise noch sicher im Sessel der Macht saßen. Ich habe keine Belege für die Vermutung gefunden, dass der Friedensprozess eben dieser Politik wegen in die Krise geriet. Da gibt es zahlreiche andere Faktoren. Aber dennoch hat sich die Vergangenheitspolitik als zusätzlich belastender Faktor wie ein leichter Schleier über zahlreiche Reformdiskussio-

nen und Entscheidungsprozesse gelegt. Langfristig jedoch hat der Prozess in Guatemala über die Regelungen des Aussöhnungsgesetzes einen erheblichen Dynamismus gewonnen, der die ersten schwierigen Jahre wieder aufheben könnte. Aber in der Gewaltspirale, die Guatemala vom Aufstandsbekämpfungsstaat zum Gewaltstaat katapultierte, hat die frühe Vergangenheitspolitik in eben diesem schwierigen Ausgangsmoment dasselbe getan. Sie hat nicht nur den Friedensprozess angetrieben, sie hat auch den weiteren Prozess belastet.

Wie kann eine Balance aussehen, ohne dass sie zu allgemein Vor- und Nachteile noch einmal gegenüberstellt. Meine persönliche Bilanz ist die folgende:

Der Umgang mit der Vergangenheit darf nicht die Rechte der Geschädigten hinten anstellen und er darf nicht zu spät kommen. Aber man muss sich auch bewusst sein, dass sie – zu früh aktiviert – unbeherrschbare Dynamiken nicht auslösen, aber doch verstärken kann. Justizielle Aufarbeitung in Zeiten der Friedensverhandlungen und der Transition stättet den folgenden Prozess mit einer vollkommen eigenen Logik aus, in der die Risiken und Chancen näher beieinander liegen. Die Konsequenz im Guatemala von heute, mehr als ein Jahrzehnt danach, darf deshalb nicht sein, die Politik zur Vergangenheit einschlafen zu lassen. Im Gegenteil. Nach den ersten Enttäuschungen ist gerade jetzt der Moment, sie zu verstärken. Sie muss nur darauf achten, dass die politisch-historische Aufarbeitung in der Gesamtbalance nicht vernachlässigt wird. Für die Transformation ist diese das Leitmotiv, in die sich die justizielle Aufarbeitung und die Wiedergutmachung eingliedern müssen. Aus vergangenheitspolitischer Sicht leitet in erster Linie sie den Kurs ein, der die Krise beenden kann.

IX. Anhang

1. Verzeichnis der Abkürzungen

AI	Amnesty Internacional
ANN	Alianza Nueva Nación = <i>Allianz für die neue Nation</i>
AVEMILGUA	Asociación de Veteranos Militares de Guatemala <i>Vereinigung der Militär-Veteranen Guatemalas</i>
BIP	Producto Interno Bruto = <i>Bruttoinlandsprodukt</i>
CACIF	Comité Coordinador de Asociaciones Agrícolas, Comerciales y Financieras = <i>Unternehmerdachverband</i>
CALDH	Centro de Acción Legal para los Derechos Humanos <i>Zentrum für die Juristische Verteidigung der Menschenrechte</i>
CAS	Consejo Asesor de Seguridad <i>Beraterstab für Sicherheitsfragen</i>
CC	Corte de Constitucionalidad = <i>Verfassungsgericht</i>
CEH	Comisión de Esclarecimiento Histórico <i>Kommission zur Historischen Aufklärung</i>
CIA	Central Intelligence Agency
CICIACS	Comisión de Investigación de Cuerpos Ilegales y Aparatos Clandestinos de Seguridad <i>Kommission für die Ermittlung gegen parallele Kräfte und verborgene Sicherheitsapparate</i>
CICIG	Comisión Internacional contra la Impunidad en Guatemala <i>Internationale Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala</i>
CIDH	Corte Interamericana de Derechos Humanos <i>Interamerikanisches Menschenrechtsgericht</i>
CNR	Comisión Nacional de Resarcimiento <i>Nationale Wiedergutmachungskommission</i>
CONADEHGUA	Coordinadora Nacional de Derechos Humanos de Guatemala Nationale Koordination für Menschenrechte in Guatemala
CONAVIGUA	Coordinadora Nacional de Viudas de Guatemala <i>Nationale Kommission der Witwen Guatemalas</i>
COPAZ	Comisión de Paz = <i>Kommission für den Frieden</i>
COPMAGUA	Coordinación de Organizaciones del Pueblo Maya de Guatemala <i>Koordination von Organisationen des Maya-Volkes in Guatemala</i>
COPREDEH	Comisión Presidencial Coordinadora de la Política del Ejecutivo sobre Derechos Humanos

Koordinierende Präsidialkommission der Menschenrechtspolitik der Regierung

CSJ	Corte Suprema de Justicia = <i>Oberstes Justizgericht</i>
DC	Democracia Cristiana = <i>Christdemokratische Partei</i>
DICAI	Departamento de Inteligencia Civil y Análisis de la Información <i>Abteilung für Zivilen Geheimdienst und Analyse</i>
DIGICI	Dirección General de Inteligencia Civil <i>Generaldirektion für den Zivilen Geheimdienst</i>
EGP	Ejército Guerrillero de los Pobres <i>Guerilla-Armee der Armen (eine der URNG-Fraktionen)</i>
EMDN	Estado Mayor de la Defensa Nacional <i>Generalstab für Nationale Verteidigung</i>
EMP	Estado Mayor Presidencial <i>Oberkommando des Präsidenten</i>
EU	<i>Europäische Union</i>
EZ	<i>Entwicklungszusammenarbeit</i>
FAFG	Fundación de Antropología Forense de Guatemala <i>Stiftung für Forensische Anthropologie Guatemalas</i>
FAMDEGUA	Familiares de Detenidos-desaparecidos de Guatemala <i>Angehörige der Zwangsverschleppten in Guatemala</i>
FAR	Fuerzas Armadas Rebeldes <i>Aufständische Streitkräfte (eine der URNG-Fraktionen)</i>
FBI	Federal Bureau of Investigation
FDNG	Frente Democrático Nueva Guatemala <i>Demokratische Front für ein Neues Guatemala</i>
FMM	Fundación Myrna Mack = <i>Stiftung Myrna Mack</i>
FONAPAZ	Fondo Nacional para la Paz <i>Nationaler Fond für den Frieden</i>
FRG	Frente Republicano Guatemalteco <i>Republikanische Front Guatemalas</i>
GAM	Grupo de Apoyo Mutuo = <i>Gruppe für Gegenseitige Hilfe</i>
GANAN	Gran Alianza Nacional = <i>Große Nationale Allianz</i>
ICCPG	Instituto de Estudios Comparados en Ciencias Penales de Guatemala <i>Guatemaltekisches Institut für Vergleichende Studien zu Kriminalwissenschaften</i>
IPM	Instituto de Previsión Militar = <i>Institut für Militärvorsorge</i>
MINUGUA	Misión de Naciones Unidas para Guatemala <i>Mission der Vereinten Nationen für Guatemala</i>
MLN	Movimiento de Liberación Nacional

	<i>Bewegung für Nationale Befreiung</i>
MP	Ministerio Público = <i>Generalstaatsanwaltschaft</i>
NGO	Non Governmental Organisation
NRO	<i>Nicht-Regierungsorganisation</i>
OACNUDH	Oficina del Alto Comisionado de la ONU para los Derechos Humanos <i>Büro des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte</i>
OJ	Organismo Judicial = <i>Justizapparat</i>
ORPA	Organización del Pueblo en Armas <i>Organisation des Bewaffneten Volkes (eine der URNG-Fraktionen)</i>
PAC	Patrullas de Autodefensa Civil <i>Patrouillen für Zivile Selbstverteidigung</i>
PAN	Partido de Avanzada Nacional <i>Partei des Nationalen Fortschritts</i>
PDH	Procurador de Derechos Humanos <i>Prokurator für Menschenrechte</i>
PGT	Partido Guatemalteco de Trabajo <i>Guatemaltekische Partei der Arbeit</i>
PMA	Policia Militar Ambulante = <i>Ambulante Militärpolizei</i>
PN	Policia Nacional = <i>Nationale Polizei</i>
PNC	Policia Nacional Civil = <i>Zivile Nationale Polizei</i>
PNR	Programa Nacional de Resarcimiento <i>Nationales Programm für Wiedergutmachung</i>
PNUD	Programa de Naciones Unidas para el Desarrollo <i>Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen</i>
POLSEDE	Proyecto „Hacia una Política de Seguridad para una Democracia“ <i>Projekt „Zu einer Sicherheitspolitik für eine Demokratie“</i>
PP	Partido Patriota = <i>Patriotische Partei</i>
PSD	Partido Socialista Democrático <i>Partei des demokratischen Sozialismus</i>
REMHI	Recuperación de la Memoria Histórica <i>[Projekt zur] Wiederaneignung der historischen Erinnerung</i>
SAAS	Secretaría de Asuntos Administrativos y de Seguridad <i>Sekretariat für administrative Angelegenheiten und Sicherheit</i>
SAE	Secretaría de Análisis Estratégico <i>Sekretariat für Strategische Analysen</i>
SEPAZ	Secretaría de Paz = <i>Sekretariat für den Frieden</i>
SIC	Servicio de Investigación Criminal <i>Kriminalermittlungsdienst</i>
SIP	Servicio de Información Policial

	<i>Informationsdienst der Polizei</i>
TSE	Tribunal Supremo Electoral <i>Oberstes Wahlgericht</i>
UNDP	United Nations Development Program
UNE	Unión Nacional de la Esperanza <i>Nationale Union der Hoffnung</i>
UNICEF	United Nations's Children's Fund
UNO	United Nations Organisation = <i>Vereinte Nationen</i>
URNG	Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca <i>Nationale Guatemaltekische Revolutionäre Einheit</i>
USAID	US-Agency for International Development
USD	US-Dollar
VP	<i>Vergangenheitspolitik (Kurzform in dieser Arbeit)</i>

2. Interview- und Gesprächspartner

Insgesamt wurden 235 Interviews mit 142 verschiedenen Personen geführt, darunter 6 Interviews von Vima Duque (VD), im Rahmen einer Studie für Swiss-Peace, an der der Autor beteiligt war. Die Zahl der Interviews pro Person erscheint in Klammern.

Die Kurzcharakterisierung soll im Wesentlichen nur anzeigen, in welcher Funktion ich die Personen aufgesucht habe. Natürlich wären mehrere Personen zahlreichen Sektoren zuzuordnen, manche Abgeordnete haben die Partei gewechselt.

<u>Name:</u>	<u>Sektor:</u>
Aguilar, Mariel	(2) Entwicklungszusammenarbeit: Aussöhnung.
Ajanel, Carlos	(1) Medien: Tageszeitung Siglo XXI.
Albizures, Miguel Angel	(2) Menschenrechte.
Aldana, Carlos (VD)	(1) Zivilgesellschaft.
Alfaro, Roberto	(1) Kongress: Abgeordneter des PAN. Seit den Zeiten von Staatschef General Lucas García im Staatsdienst.
Altolaquirre, Marta	(3) Regierungsfunktionärin: Ex COPREDEH (96-99).
Alvarado, Ricardo	(2) Regierungsfunktionär: Ex COPREDEH (01).
Alvarado Gutierrez, Telma	(2) Kirche und Religion: Chefredakteurin einer Zeitschrift der evangelischen Kirchen.
Álvarez, Enríque	(3) URNG.
Anckermann, Sonia	(1) Wiedergutmachung: PNR.
Andrade, Michel	(2) MINUGUA.
Ardón Aguilar, Mario A.	(1) Militär.
Ardón, Roberto	(2) Unternehmer-Sektor: CACIF.
Arenales Forno, Antonio	(2) Kongress: Abgeordneter, zuvor COPAZ-Mitglied unter De León Carpio (93-95.)
Arévalo, Bernardo	(2) Akademiker: Militär- und Sicherheitspolitik.
Arévalo, Martín (VD)	(1) Regierungsfunktionär: PNR (05-07).
Argueta Villalta, Víctor M.	(1) Militär: Führungsmittglied der Veteranen, AVEMILGUA.
Asturias, Rodrigo	(5) URNG: Ex Kommandant der ORPA.
Asturias, Sandino	(1) URNG.
Balconi, Julio	(7) Militär: Verteidigungsminister während der Unterschrift unter die Friedensverträge (96).
Barahona, Marco Antonio	(1) Akademiker.
Barquero, Aníbal	(3) Militär: Aktiver Offizier, Zivile Angelegenheiten, während der Zeit von Präsident Portillo.
Barreda, Carlos	(3) Zivilgesellschaft (COS).
Barrientos, Edin	(1) Kongress: Ex Abgeordneter und Agrarminister unter Portillo, FRG.
Barillas, Edgar	(2) Regierungsfunktionär: Erziehungsfragen in Zeiten von Präsident Portillo.
Bastos, Santiago	(1) Akademiker: Maya-Bewegung, ethnische Beziehungen.
Beltranena, Francisco	(1) Politik: Ex PAN.
Blanco, Orlando	(4) Menschenrechte.
Burgos, Amílcar	(2) Regierungsunterhändler: Friedensverhandlungen vor allem unter Präsident Serrano.

Cáceres, Alfredo	(1) Regierungsfunktionär: Innenministerium, Regierung Portillo.
Camarero, Julian	(1) MINUGUA.
Castro, Arabella	(1) Kongress: Ex Abgeordnete und Ministerin, PAN.
Cayzak, Hugo	(1) Entwicklungszusammenarbeit.
Ceto, Pablo	(1) Kongress-Linke: Ex Abgeordneter, URNG (Indigener).
Chub, Alfredo (VD)	(1) Maya-Bewegung.
Cifuentes, Mario René	(1) Funktionär: Zahlreiche Ämter in Polizei und Innenministerium.
Cojtí, Demetrio	(1) Maya-Bewegung: Ex Vize-Minister, Regierung Portillo.
Corral, Enrique	(1) URNG.
Cruz Munguía	(1) Regierungsfunktionär: Ex COPREDEH.
De León, Anabella	(1) Kongress: Ex Abgeordnete, PAN.
De León Escribano, C. R.	(1) Zivilgesellschaft: Justiz und Sicherheit (IEPADES).
De León Gil, Morris	(2) Militär: COPAZ-Mitglied während der Gespräche zum zivil-militärischen Abkommen unter Präsident Arzú.
De Molina, Ana	(3) Regierungsfunktionärin: Ex Finanzministerin (De León).
Del Rue, Thierry	(1) MINUGUA.
Del Valle, Ruth	(1) Menschenrechte.
De Palomo, Lucrecia	(1) Kongress: Abgeordnete, FRG (00-03).
De Villa, Gonzalo	(1) Kirche und Religion: Bischof der katholischen Kirche.
Estrada, Hugo	(1) Kirche und Religion: Pfarrer einer katholischen charismatischen Gemeinde.
Fernández, Otoniel	(1) Kongress-Linke: Abgeordneter.
Fischer, Karen	(1) Justiz: Ex Staatsanwältin für Korruptionsdelikte.
Fuentes Knight, Juan A.	(1) Entwicklungszusammenarbeit: Ex PNUD (UNDP).
Fuentes Soria, Juan A.	(1) Regierungsfunktionär: Ex COPREDEH.
Gálvez Borell, Víctor	(1) Akademiker: Direktor von FLACSO-Guatemala.
Garita, Ana Isabel	(1) MINUGUA.
Gereda, Sylvia	(1) Medien: Tageszeitung <i>El Periódico</i> .
Giupponi, José Daniel	(2) MINUGUA.
Godoy, Benjamín	(4) Militär: General.
Godoy, Edgar Leonel	(4) Militär: General, Präsident Arzú.
Godoy, Verónica	(1) Zivilgesellschaft.
Godoy, Víctor Hugo	(3) Regierungsfunktionär: Ex COPREDEH (00-01).
González, Patricia	(1) Akademikerin.
Guerra, Armando	(1) Kirche und Religion: Bischof der <i>Iglesia Episcopal</i> .
Gutiérrez, Edgar	(9) Regierungsfunktionär: Ex SAE und Ex Außenminister, Regierung Portillo (00-03).
Hernández, Idivina	(3) Zivilgesellschaft: zu Militär- und Sicherheitsthemen (SEDEM).
Hernández, Javier	(3) MINUGUA.
Herrera, Jorge	(1) Kongress: Referent bei General Pérez Molina, <i>Partido Patriota</i> .
Hurtado Flores, Gerardo	(1) Justiz: Ehemals Oberster Richter.
Ibarra, Carmen Aída	(5) Zivilgesellschaft: Stiftung Myrna Mack (Justiz-Thema).
Jiménez, Francisco	(1) Regierungsfunktionär: Ex SAE (00-03).
Königs, Tom	(1) MINUGUA: Letzter Direktor der UNO-Mission.

Lacs, Enrique	(1) Unternehmer-Sektor: Vize-Wirtschaftsminister unter Präsident Berger.
LaRue, Frank	(1) Regierungsfunktionär: Ex COPREDEH (04-07).
Lee, José Ángel	(1) Politik: Ex Präsidentschaftskandidat einer Partei, die sich auf die PAC stützen wollte (03).
López, Fernando	(2) Zivilgesellschaft.
López, Francisco	(2) URNG.
López, Jorge H.	(1) Kirche und Religion: <i>Fraternidad Cristiana</i> (evangelisch).
López, Myrna (VD)	(1) Zivilgesellschaft.
López Bonilla, Mauricio	(1) Militär.
Mack, Helen (1 x VD)	(3) Menschenrechte: Stiftung Myrna Mack.
Madrid, Edmundo	(1) Kirche und Religion: <i>Lluvias de Gracia</i> (evangelisch).
Melgar, Mynor	(1) Justiz: Staatsanwalt und Ex Anwalt im Fall Gerardi.
Méndez, Amílcar	(1) Kongress-Linke: Ex Abgeordneter, FDNG (96-99).
Méndez, Luz	(1) URNG: Ex COPAZ-Unterhändlerin (95).
Mendoza, Eduardo	(1) Medien: Fernsehen.
Mendoza, Rodolfo	(1) Regierungsfunktionär: Ex Innenminister (96-99)
Móbil, Antonio	(2) Kongress-Linke: Ex Abgeordneter, FDNG (96-99).
Montenegro, Nineth	(1) Kongress-Linke: Abgeordnete (96-).
Monterroso, Rudy	(3) Menschenrechte.
Morales, Jorge	(1) Maya-Bewegung.
Najarro Ponce, Oscar	(1) Justiz: Ehemals Oberster Richter.
Ortiz Moscoso, Arnaldo	(2) Regierungsfunktionär: Innenminister in der Regierung De León Carpio, später Vorsitzender der Kommission zur Stärkung der Justiz (96ff).
Palma Lau, Pedro Pablo	(1) Kongress: ehemals Kommandeur bei der URNG, zum Zeitpunkt des Interviews Abgeordneter des FRG.
Peccerelli, Fredy	(1) Zivilgesellschaft: Exhumierungsteam (FAFG).
Pérez, Yolanda	(2) Justiz: Ex Richterin.
Pérez Molina, Otto	(1) Militär: COPAZ-Mitglied unter Präsident Arzú (96).
Permuth, Mario	(1) Regierungs-Unterhändler: Mitglied der Friedenskommission (CNR) unter Cerezo (90).
Pineda, Carlos	(2) Militär: COPAZ-Mitglied unter Präsident De León.
Pivaral, Sergio	(2) Entwicklungszusammenarbeit.
Poitevin, René	(1) Akademiker.
Porras, Gustavo	(5) Regierungsfunktionär (Präsidialamt): Sekretariat von Präsident Arzú und COPAZ-Mitglied.
Preti, Humberto	(1) Unternehmer-Sektor.
Puente, Verónica	(1) MINUGUA.
Ramírez, Luis	(1) Zivilgesellschaft: Justizthemen.
Ramírez, María	(2) Regierungsfunktionärin: Ex FONAPAZ.
Ramírez, Werner	(1) Entwicklungszusammenarbeit: Erziehungsthemen.
Ramírez, William	(2) Zivilgesellschaft.
Reyes, Miguel Angel	(2) Regierungsfunktionär: Ex SEPAZ der Regierung Portillo.
Robles, Rodolfo	(1) Zivilgesellschaft: Militär aus Peru bei der Stiftung Mack.
Rosal, Jorge	(2) URNG: Ex COPAZ-Unterhändler.
Rosales, Ricardo	(1) Kongress-Linke: Ex Abgeordneter, URNG.
Ruiz, Mario	(2) Militär.
Sáenz, Carlos	(1) Akademiker.

Salazar, Angel Mario	(1) Kongress: Abgeordneter, UNE.
Samayoa, Claudia (1xVD)	(5) Menschenrechte.
Sánchez, Haroldo	(1) Medien: Fernsehen.
Sandoval, Mario Antonio	(1) Medien: Fernsehen und Tageszeitung <i>Prensa Libre</i> .
Serech, Genaro	(2) Maya-Bewegung.
Soberanis, Catalina	(1) Regierungsfunktionärin: Ex SEPAZ, Regierung Portillo.
Soto Arango, César Leone	(2) Kongress: Abgeordneter, FRG.
Stein, Ricardo	(3) Regierungsfunktionär: Ex, später Direktor der Stiftung Soros in Guatemala.
Suazo, Fernando	(1) Opfer-Bewegung.
Taracena, Arturo	(1) Akademiker: Historiker.
Tarano, José Elias	(1) Medien: Tageszeitung <i>Nuestro Diario</i> (Indigener)
Tello, Ana María	(1) Entwicklungszusammenarbeit.
Tiú, Romeo	(2) Maya-Bewegung.
Torrebiarte, Carlos	(1) Unternehmer-Sektor: Präsident der Industriekammer (80-83).
Torres Rivas, Edelberto	(1) Akademiker: Soziologe.
Trujillo, Pedro	(1) Akademiker: Politologe, Universität <i>Marroquín</i> .
Velásquez, Irma Alicia	(1) Maya-Bewegung.
Vielman, Carlos	(1) Unternehmer-Sektor: Zum Zeitpunkt des Gesprächs Innenminister in der Regierung Berger (04-07).
Villagrán, Arnoldo	(1) URNG.
Villagrán, Francisco	(2) URNG: Ex COPAZ-Unterhändler.
Villegas de Fortín, Ana María	(1) Kongress: Ex Abgeordnete, DC (<i>Democracia Cristiana</i>).
Zelaya, Raquel	(2) Regierungsfunktionärin: Ex SEPAZ, Regierung Arzú (96-99).
Auf Wunsch ohne Name	(2) Justiz.
Auf Wunsch ohne Name	(6) Militär-Sektor.
Auf Wunsch ohne Name	(3) Unternehmer-Sektor.

3. Verzeichnis der benutzten Literatur

- Aguilar, Mariel / Rodas Ramos, Amanda / Wantland, Rosa María*: Los dilemas de la reconciliación. Reflexiones sobre una tarea pendiente. Guatemala 2002.
- Amnesty International*: El Legado Mortal de Guatemala: el pasado impune y las nuevas violaciones de derechos humanos. AI-Index: AMR/34/2002. 28.02.2002.
- Anders, Günter*: Besuch im Hades. Auschwitz und Breslau 1966. Nach „Holocaust“. München 1979.
- Arenhövel, Mark*: Demokratie und Erinnerung. Frankfurt am Main 2000.
- Arévalo de León, Bernardo*: Sobre arenas movedizas. Sociedad, Estado y Ejército en Guatemala 1997. Guatemala 1998.
- Arévalo de León, Bernardo*: Transición democrática y reconversión militar en Guatemala. Limitaciones y retos de un proceso inconcluso, in: *Arévalo* (Hrsg.): Hacia una política de seguridad para la democracia. Bd. 2: La reforma del sector seguridad en democracias precarias. Guatemala 2002a.
- Arévalo de León, Bernardo*: Der festgefahrene Übergangsprozess: demokratische Transformation und militärische Konversion in Guatemala, in: *Debiel, Tobias* (Hrsg.): Der zerbrechliche Frieden: Krisenregionen zwischen Staatsversagen, Gewalt und Entwicklung. Bonn 2002b.
- Armon, Jeremy und andere* (Hrsg.): Guatemala 1983 – 1997. ¿Hacia dónde va la transición? Zeitschrift Debate 38. Flacso. Guatemala 1998.
- Arzobispado de Guatemala*. Oficina de Derechos Humanos (Hrsg.): Guatemala. Nunca más. 1998. 4 Bände.
- Asociación de Amigos del País*. Historia General de Guatemala. 6 Bände. Guatemala 1994 – 1999.
- Asociación de Veteranos Militares de Guatemala, Avemilgua* (Hrsg.): "Guatemala, Testimonio de una Agresión". Guatemala 1998.
- Azpurú, Dinorah*: Peace and Democratization in Guatemala. Two parallel processes, in: *Armon, Cynthia J.* (Hrsg.): Comparative Peace Processes in Latin America. Washington. Woodrow Wilson Center Press. Stanford. Stanford University Press. 1999.
- Balconi, Julio*: Hacia la Reconciliación. Guatemala 1960 – 1996. Guatemala 2004.
- Ball, Patrick / Kobrak, Paul / Spierer, Herbert F.*: Violencia Institucional en Guatemala, 1960-1996. Una reflexión cuantitativa. American Association for the Advancement of Science. New York 1999.
- Balsells Tojo, Edgar Alfredo*: Olvido o Memoria. El dilema de la sociedad guatemalteca. Guatemala 2001.
- Barahona de Brito, Alejandra*: Human Rights and Democratization in Latin America: Uruguay and Chile. Oxford. Oxford University Press, 1997.
- Barahona de Brito, Alexandra / González-Enriquez, Carmen* (Hrsg.): The Politics of Memory. Transitional Justice in Democratizing Societies. Oxford Studies in Democratization. Oxford. 2001.

- Bastos*, Santiago / *Camus*, Manuela: Movimiento Maya. Una mirada en perspectiva. Diálogo. No. 31. Febrero 2004. Flacso. Guatemala 2004.
- Bejarano*, Carmen / *Buvollen*, C. / *Almquist*, E. / *Peláez*, E. / *Ramírez*, C. / *Reyes*, A.: Ley de Reconciliación: Un análisis desde la perspectiva de DDHH. Guatemala 2000.
- Bendel*, Petra / *Nohlen*, Dieter: Demokratisierung in Zentralamerika. Wie weit trägt der Wandel? In: *Bendel*, Petra (Hrsg.): Zentralamerika: Frieden – Demokratie – Entwicklung? Politische und wirtschaftliche Perspektiven in den 90ern. Frankfurt a. M. 1993.
- Bendel*, Petra / *Croissant*, Aurel / *Rüb*, Friedbert W. (Hrsg.): Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen. Opladen 2002.
- Bergmann*, Werner: Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1989. Frankfurt am Main / New York 1997.
- Biggar*, Nigel (Hrsg.): Burying the Past. Making Peace and Doing Justice after Civil Conflict. Georgetown University Press. Georgetown, 3. Aufl. 2003.
- Bleeker Massard*, Mô / *Jonathan Sisson* (Hrsg.): Dealing with the Past. Swiss Peace. Koff – Series 2/2004.
- Bloomfield*, David / *Barnes*, Teresa / *Huyse*, Luc (Hg.): Reconciliation after Violent Conflict: A Handbook. International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA). Stockholm 2003.
- Bock*, Petra / *Wolfrum*, Edgar: Umkämpfte Vergangenheit. Göttingen 1999.
- Bolaños de Zarco*, Teresa: La culebra en la corbata. Crónica del proceso de paz guatemalteco. Guatemala 1996.
- Bonini*, Roberto: Dar una mano a la paz. Cronica de la facilitacion de la Comunidad de San Egidio en el proceso de paz de Guatemala (1995-1996). Guatemala 2007.
- Bornschein*, Dirk / *Cabrera*, Luisa: Die Problematik der Aussöhnung in Guatemala. Noch unveröffentlichte Studie für KOFF/Swiss Peace 2008.
- Brounéus*, Karen: Reconciliation – Theory and Practice for Development Cooperation. Sida. Department for Cooperation with Non-Governmental Organizations and Humanitarian Assistance. September 2003.
- Bock*, Petra / *Wolfrum*, Edgar: Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich. Göttingen 1999.
- Carlaccini*, Elisa: De la verdad en adelante. Justicia y Reconciliación. Guatemala 2003.
- Casaus Arzú*, Marta: Guatemala. Linaje y Racismo. Guatemala 1995.
- CEH*: Informe: Guatemala – Memoria del Silencio. Band 1. Causas y Efectos del Conflicto Armado Interno. Guatemala 1999a.
- CEH*: Informe: Guatemala – Memoria del Silencio. Bd. 3. Las violaciones de los Derechos Humanos y los hechos de violencia. Guatemala 1999c.
- CEH*: Informe: Guatemala – Memoria del Silencio. Bd. IV. Consecuencias y Efectos de la Violencia. Guatemala 1999d.

- CEH*: Guatemala – Memoria del Silencio. Conclusiones y Recomendaciones del Informe de la Comisión para el Esclarecimiento Histórico. Guatemala 1999e.
- CEH*: Guatemala – Memoria del Silencio. Bd. XII. Anhang III. Guatemala 1999f.
- CEH*: Guatemala – Memoria del Silencio. Resumen del Informe de la Comisión para el Esclarecimiento Histórico. Auswahl und Bearbeitung unter Aufsicht des Programms für Menschenrechte und Aussöhnung der US-AID. Guatemala. O.J.
- Dahl*, Robert: Polyarchie. Participation and Opposition. New Haven/London 1971.
- De León Escribano*, Carmen Rosa: Guatemala, in: IEPADES: Inteligencia Policial. Cuadernos de IEPADES, Nr. 1. Guatemala, August 2000.
- De León Escribano*, Carmen Rosa / *Sagone*, Miguel Angel: Presupuesto de Defensa en Guatemala. Auditoría Social. IEPADES. Guatemala, August 2004.
- Di Palma*, Giuseppe: To Craft Democracies. An Essay on Democratic Transitions. Berkeley 1990.
- Falla*, Ricardo: Masacres de la Selva. Ixcán, Guatemala. 1975 – 1981. Guatemala 1993.
- Faust*, Jörg / *Lauth*, Hans-Joachim: Politikfeldanalyse, in: Mols, Manfred / *Lauth*, Hans-Joachim / *Wagner*, Christian (Hrsg.): Politikwissenschaft: Eine Einführung. Paderborn 2001.
- Fischer*, Thomas / *Krennerich*, Michael (Hrsg.): Politische Gewalt in Lateinamerika. Frankfurt a. M. 2000.
- Fischer*, Thomas: La función de las Comisiones para la Verdad como instrumento para afrontar el pasado en Argentina, Chile, El Salvador y Guatemala, in: *Bodemer*, Klaus / *Kurtenbach*, Sanine / *Meschkat*, Klaus (Hrsg.): Violencia y Regulación de Conflictos en América Latina. Caracas 2001.
- Forsberg*, Tuomas / *Teivainen*, Teivo: The role of the truth commissions in conflict resolution and human rights promotion: Chile, South Africa and Guatemala. Ulkopoliittinen Instituutti. Helsinki 1998.
- Franco*, Leonardo / *Kotler*, Jared: Combining Institution Building and Human Rights Verification in Guatemala: The challenge of buying in without selling out, in: *Alice H. Henkin* (Hrsg.): Honoring Human Rights: From Peace to Justice. The Aspen Institute. Washington 1998.
- Frei*, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996.
- Fuchs*, Ruth: Staatliche Aufarbeitung von Diktatur und Menschenrechtsverbrechen in Argentinien. Hamburg. Institut für Lateinamerikakunde. 2003.
- Fuchs*, Ruth / *Nolte*, Detlef: Politikfeld Vergangenheitspolitik: Zur Analyse der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika, in: Lateinamerika-Analysen (9) Oktober 2004. Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg 2004.
- Fundación Myrna Mack*: Hechos de violencia que afectan la independencia judicial y la administración de justicia en Guatemala. Amenazas, intimidaciones y atentados contra jueces, fiscales y abogados. Guatemala 1999.

- Fundación Myrna Mack (FMM)*: Informe para el Relator Especial de Naciones Unidas sobre Independencia de Jueces Y Abogados, Señor Param Cumuraswamy. Guatemala, November 2001.
- Fundación Myrna Mack*: Apuntes sobre los Engranajes de la Impunidad en Casos de Derechos Humanos de Guatemala. Guatemala, Juni 2004.
- Fundación Myrna Mack*: Informe de Situación sobre la Fiscalía Especial de Delitos contra Operadores de Justicia: La persecución penal frente al fenómeno de la violencia en el sistema de justicia. September 2005.
- Fundación Myrna Mack*: Congreso de la República: La confrontación política, la carrera electoral y las prácticas maliciosas amenazan la buena marcha de la agenda legislativa en la temática de seguridad. Algunos rasgos que definen el contexto nacional guatemalteco. Dokument der Stiftung. Guatemala, September 2005b.
- Fundación Myrna Mack*: Síntesis Analítica Respecto del Proyecto del Código Militar. Dokument der Stiftung. Guatemala, September 2005c.
- Fundación Myrna Mack*: Tendencias en Materias de Seguridad: La militarización y la creación de nuevos agentes de la muerte. Dokument der Stiftung. Guatemala, August 2006.
- Gálvez Borrell, Victor*: Guatemala: Una democracia sinuosa, in: Nueva Sociedad: Inseguridad, Violencia y Miedo en América Latina. Heft 167. Mai-Juni 2000.
- Glebbeek, Marie-Louise*: In the crossfire of democracy. Police reform and Police Practice in Post War Guatemala. Amsterdam 2003.
- Gleijeses, Piero*: Scattered Hope. The Guatemalan Revolution and the United States (1944 – 1954). Princeton 1991.
- Gramajo, Héctor Alejandro*: De la Guerra... A la Guerra. La Difícil Transición Política en Guatemala. Fondo de Cultura. Guatemala 1995.
- Gramajo, Héctor Alejandro*: Alrededor de la Bandera. Guatemala 2004.
- Grandin, Greg (Hrsg.)*: Denegada en su totalidad. Documentos Estadounidenses. AVANCSO. Guatemala 2001.
- Hernández, Iduvina*: Camino rocoso. Avances y desafíos de la reforma de inteligencia de Guatemala, in: Zeitschrift WOLA, Informe Especial. September 2005.
- Hernández Pico, Juan*: Terminar la guerra, traicionar la paz. Guatemala en las dos presidencias de la paz: Arzú y Portillo (1996 – 2004). Guatemala. FLACSO 2005.
- Herz, Thomas / Schwab-Trapp, Michael*: Umkämpfte Vergangenheit. Diskurse über den Nationalsozialismus seit 1945. Opladen 1997.
- Huntington, Samuel P.*: The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century. Norman. 1991.
- INECIP (Instituto de Estudios Comparados en Ciencias Penales y Sociales)*: Violaciones a la Independencia Judicial en Centroamérica. Informe ante la Comisión Interamericana de Derechos Humanos. Guatemala 2004.
- Jann, Werner*: Politikfeldanalyse, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon der Politik. Band 2. Politikwissenschaftliche Methoden. 1999.

- Jann*, Werner / *Wegrich*, Kai: Phasenmodelle und Politikprozesse; Der Policy Circle, in: *Schubert*, Klaus / *Bandelow*, Nils (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse. München 2003.
- Jonas*, Susanne: Battle for Guatemala: Rebels, Death Squads and U.S. Power. Boulder 1991.
- Jonas*, Susanne: De Centauros y Palomas: El proceso de paz guatemalteco. Guatemala 2000a.
- Jonas*, Susanne / *Walker*, Thomas W.: Guatemala: Intervention, Repression, Revolt and Negotiated Transition, in: *Walker*, Thomas W. / *Armony*, Ariel C. (Hrsg.): Repression, Resistance and Democratic Transition in Central America. Wilmington 2000b.
- Kernjak*, Franc: Tote suchen – Leben finden. Exhumierungen in Guatemala. Historische Aufarbeitung und psycho-soziale Arbeit. Innsbruck 2006.
- Kobrak*, Paul:: Huehuetenango. Historia de una guerra. Guatemala 2003.
- König*, Helmut: Von der Diktatur zur Demokratie oder was ist Vergangenheitsbewältigung, in: *König*, Helmut / *Kohlstruck*, Michael / *Wöll*, Andreas (Hrsg.): Vergangenheitsbewältigung am Ende des 20. Jahrhunderts. Wiesbaden 1998.
- Krennerich*, Michael: Wahlen und Anti-Regimekriege in Zentralamerika. Opladen 1996.
- Kritz*, Neil (Hrsg.): Transitional Justice: How Emerging Democracies Reckon with Former Regimes. United States Institute for Peace. Vol. 1. Washington D.C.: 1995.
- Lauga*, Martin: Demokratietheorie in Lateinamerika. Opladen 1999.
- Lederach*, John Paul: Building Peace. Sustainable Reconciliation in Divided Societies. Washington: United States Institute of Peace Press. 1997.
- Maldonado Aguirre*, Alejandro: Testigo de los Testigos. Guatemala 2004.
- McCleary*, Rachel: Imponiendo la Democracia. Las elites guatemaltecas y el fin del conflicto armado. Guatemala, 2. Aufl. 2003.
- Mérida*, Mario A.: Testigo de Conciencia, Guatemala 2000.
- Mérida*, Mario A: Venganza o juicio político. Guatemala 2003.
- Merkel*, Wolfgang: Systemtransformation. Opladen 1999.
- Merkel*, Wolfgang / *Puhle*, Hans-Jürgen / *Croissant*, Aurel / *Eicher*, Claudia / *Thiery*, Peter: Defekte Demokratie. Band 1: Theorie. Opladen 2003.
- Minow*, Marta: Between Vengeance and Forgiveness. Facing History after Genocide and Mass Violence. Beacon Press. Boston 1998.
- MINUGUA*, 1995a: 1. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala. Dokument A/49/856.
- MINUGUA*, 1995b: 3. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala. Dokument A/50/482.
- MINUGUA*, 1996a: 4. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala. Dokument A/50/878.
- MINUGUA*, 1996b: 5. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala. Dokument A/50/1006. September 1996.

- MINUGUA*, 1997a: 6. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala. Dokument A/51/790.
- MINUGUA*, 1997b: 7. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala. A/52/220.
- MINUGUA*, 1998: 8. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala. Dokument A/52/757.
- MINUGUA*, 1998b: 9. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala. Dokument A/53/853.
- MINUGUA*, 1999: Suplemento al 9. Informe de Derechos Humanos. Guatemala. Dokument A/53/853.
- MINUGUA*, 2000a: 10. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala. Dokument A/54/688.
- MINUGUA*, 2000b: Suplemento al 10. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. La verificación del caso Gerardi. Guatemala.
- MINUGUA*, 2000c: La Desaparición Forzada. Suplemento al 10. Informe sobre Derechos Humanos de MINUGUA. Guatemala.
- MINUGUA*, 2000d: Informe de Verificación. Procedimientos de Exhumación en Guatemala (1997-2000). Guatemala.
- MINUGUA*, 2000e: 11. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala. Dokument A/55/174.
- MINUGUA*, 2000f: 5. Informe del Secretario General de las Naciones Unidas sobre la Verificación de los Acuerdos de Paz en Guatemala. Guatemala. Dokument A/55/175.
- MINUGUA*, 2000g:: Suplemento al 11. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala, September. Dokument A/55/174.
- MINUGUA*, 2001: 12. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala. Dokument A/56/273.
- MINUGUA*, 2001b: 6. Informe del Secretario General de las Naciones Unidas sobre la Verificación de los Acuerdos de Paz en Guatemala. Guatemala. Dokument A/55/973.
- MINUGUA*, 2002a: Informe de Verificación. La Educación. Una Condición para la Paz. Guatemala.
- MINUGUA*, 2002b: 13. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala. Dokument A/57/336.
- MINUGUA*, 2002c: Suplemento al 13. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala, September.
- MINUGUA*, 2003: PNC. Tres aspectos estratégicos. Formación, capacidad de investigación y presupuesto. Guatemala.
- MINUGUA*, 2003b: 14. Informe de Verificación de los Derechos Humanos en Guatemala. Guatemala.
- MINUGUA*, 2004a: Informe Final. Asesoría de Fortalecimiento del Poder Civil. Guatemala.

- MINUGUA*, 2004b: Informe de Verificación: La verificación del debido proceso en los casos de masacres cometidas durante el enfrentamiento armado interno. Guatemala.
- MINUGUA*, 2004c: Informe de Verificación: Estado de cumplimiento de las recomendaciones de la Comisión para el Esclarecimiento Histórico. Guatemala.
- Molden*, Berthold: Geschichtspolitik und Demokratisierung in Guatemala. Historiographie, Nachkriegsjustiz und Entschädigung (1996-2005). Wien 2007.
- Nino*, Carlos Santiago: Juicio al mal absoluto. Buenos Aires 1996.
- Nohlen*, Dieter: Mehr Demokratie in der Dritten Welt? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/26, 1988.
- Nohlen*, Dieter: Unabhängigkeit zwischen Diktatur und Demokratie, in: *Junker*, Detlef / *Nohlen*, Dieter / *Sangmeister Hartmut* (Hrsg.): Lateinamerika am Ende des 20. Jahrhunderts. München 1994.
- Nolte*, Detlef: Verantwortungsethik versus Gesinnungsethik. Menschenrechtsverletzungen und Demokratisierung in Südamerika, in: *Fischer*, Thomas / *Krennerich*, Michael (Hrsg.): Politische Gewalt in Lateinamerika. Frankfurt am Main. 2000.
- Nolte*, Detlef: Ursachen und Folgen mangelnder Rechtssicherheit und hoher Kriminalitätsraten in Lateinamerika, in: Brennpunkt Lateinamerika. Nr. 8. 27.04.2000. Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg 2000b.
- Nolte*, Detlef: Politische Ursachen und Korrelate lateinamerikanischer Krisen, in: *Boeckh*, Andreas / *Öhlschläger*, Rainer (Hrsg.): Krisenregionen in Lateinamerika. Weingartener Lateinamerika-Gespräche 2005. Institut für Iberoamerika-Kunde. Hamburg 2006. S. 49-95.
- O'Donnell*, Guillermo / *Schmitter*, Phillippe C.: Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about uncertain Democracies. Baltimore / London 1986.
- Offe*, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im neuen Osten. Frankfurt am Main 1994.
- Öttler*, Anika: Erinnerungsarbeit und Vergangenheitspolitik in Guatemala. Vervuert. Frankfurt am Main 2004a.
- Öttler*, Anika: Guatemala: Demokratie auf dem Nährboden der Gewalt, in: Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 3, 15. Februar 2004. Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg 2004b.
- Öttler*, Anika: Guatemala: 20 Jahre Demokratie, in: Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 13, 12. Juli 2005. Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg 2005.
- Pampel*, Bert: Was bedeutet „Aufarbeitung der Vergangenheit“? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2. 6. Januar 1995.
- Pásara*, Luis: La especificidad del proceso de paz en Guatemala y sus consecuencias, in: Revista *Debate* 51: A 5 años de la firma de la paz en Guatemala. Un balance crítico. FLACSO. Guatemala 2002.
- Pásara*, Luis: Paz, Ilusión y Cambio en Guatemala. El proceso de paz, sus actores, logros y límites. Guatemala 2003.

- Peacock, Susan C / Beltrán, Adriana*: Poderes ocultos en la Guatemala post conflicto. Oficina en Washington para Asuntos Latinoamericanos (WOLA). Guatemala ohne Jahr.
- Peetz, Peter*: Innere Sicherheit in Lateinamerika, in: GIGA Focus Lateinamerika, Nummer 7/2007.
- Pion-Berlin, David*: To Prosecute or to Pardon? Human Rights Decisions in the Latin American Southern Cone, in: Human Rights Quarterly. 16/1. 1994.
- PNUD* (Programa de Naciones Unidas para el Desarrollo), 1998: Los Contrastes del Desarrollo Humano: Informe Nacional de Desarrollo Humano 1998. Guatemala.
- PNUD*, 2001: La Fuerza Incluyente del Desarrollo Humano: Informe Nacional de Desarrollo Humano 2000. Guatemala.
- PNUD*, 2003a: Desarrollo Humano, mujeres y salud: Informe Nacional de Desarrollo Humano 2002. Guatemala.
- PNUD*, 2003b: Una Agenda para el Desarrollo Humano: Informe Nacional de Desarrollo Humano 2003. Guatemala.
- PNUD*, 2005: Diversidad étnico cultural y desarrollo. La ciudadanía en un Estado Plural: Informe Nacional de Desarrollo Humano 2005. Guatemala.
- Poitevin, René*: La cuestión militar en Guatemala. WSP-International. Noch unveröffentlichtes Dokument, 32 Seiten mit Anhang, Guatemala o.J.
- Programa Nacional de Resarcimiento*: Informe de la evaluación conjunta del Programa Nacional de Resarcimiento y de los programas de apoyo al PNR de GTZ y PNUD. PNUD-GTZ-COMO. Guatemala 14.12.2007.
- Programa Nacional de Resarcimiento*: Entre la herencia del conflicto y los anhelos del futuro: estudio de opinión pública sobre reconciliación y resarcimiento en el área metropolitana de Guatemala. Ciudad de Guatemala, diciembre de 2007b.
- Pridham, Geoffrey*: The International Context of Democratic Consolidation: Southern Europe in Comparative Perspective, in: Gunther, Richard / Diamandouros, Nikiforos / Puhle, Hans-Jürgen (Hrsg.): The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective. Baltimore 1995.
- Radkau, Verena*: Del silencio colectivo a la obsesión por la historia. La cultura de la memoria en Alemania después de 1945, in: Seminario Internacional sobre Memoria e Historia. 26.09. bis 30.09.2005. Abdruck der Konferenzbeiträge "Die Europäische Erfahrung". Seite 3 – 19. Avancso. Guatemala, o.J.
- Ramírez García, Luis*: Reforma Judicial en Guatemala. IECCP. Unveröffentlichtes Manuskript. O.J.
- Reyes, Miguel Angel*: Los complejos senderos de la paz: un análisis comparativo de las negociaciones de paz en El Salvador, Guatemala y México. INCEP, Guatemala 1997.
- Rigby, Andrew* (Hrsg.): Justice and Reconciliation: after the violence. London 2001.
- Ropp, Stephen C / Sikkink, Kathryn*: International norms and domestic change in Chile and Guatemala, in: Risse, Thomas / Ropp / Sikkink: The Power of Human Rights. International Norms and Domestic Change. Cambridge 1999.

- Rosada*, Héctor: El lado oculto de las negociaciones de paz. Friedrich Ebert Stiftung. Materiales de Estudio y Trabajo 23. Guatemala 1998.
- Rüb*, Friedbert: Die Herausbildung politischer Institutionen, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel, Bd. 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994.
- Sáenz de Tejada*, Carlos: ¿Víctimas o vencedores? Una aproximación al movimiento de los ex PAC. Guatemala. FLACSO 2004.
- Samayoa*, Claudia: El rostro del terror. Análisis de los Ataques en contra de los Defensores de los Derechos Humanos del 2000 al 2003. Guatemala 2004.
- Sanford*, Victoria: Violencia y Genocidio en Guatemala. Guatemala 2003.
- Schirmer*, Jennifer: The Looting of Democratic Discourse by the Guatemalan Military: Implications for Human Rights, in: *Jelin*, Elizabeth / Hershberg, Eric (Hrsg.): Constructing Democracy: human rights, citizenship and society in Latin America. Boulder 1996.
- Schirmer*, Jennifer: Intimidaciones del proyecto político de los militares. 2. Aufl. Guatemala 2001.
- Schubert*, Gunter / Tetzlaff, Rainer (Hrsg.): Blockierte Demokratien in der Dritten Welt. Opladen 1998.
- Sichar Moreno*, Gonzalo: Masacres en Guatemala. GAM. Guatemala 2000.
- Sieder*, Rachel: War, Peace and Memory Politics in Central America, in: Barahona de Brito, Alexandra / González-Enriquez, Carmen (Hg.): The Politics of Memory. Transitional Justice in Democratizing Societies. Oxford Studies in Democratization. Oxford 2001.
- Sieder*, Rachel / Megan Thomas / Vickers, George / Spence, Jack,: ¿Quién Gobierna? Guatemala. Cinco años después de los Acuerdos de Paz. Hemisphere Initiatives. Cambridge, Massachusetts. Februar 2002.
- Sieder*, Rachel: War, Peace and the Politics of Memory in Guatemala, in: *Biggar*, Nigel (Hrsg.): Burying the Past. Making Peace and doing Justice after violent Conflict. Washington 2003.
- Spence*, Jack (u. a.): Promise and Reality. Implementation of the Guatemalan Peace Accords. Hemisphere Initiatives, Cambridge 1998.
- Spence*, Jack: La guerra y la paz en América Central: Una comparación de las transiciones hacia la democracia y la equidad social en Guatemala, El Salvador y Nicaragua. Hemisphere Initiatives. Brookline, Massachusetts. November 2004.
- Stein*, Tine: Demokratie und Verfassung an den Grenzen des Wachstums. Opladen 1998.
- Straßner*, Veith: Die offenen Wunden Lateinamerikas. Vergangenheitspolitik im post-autoritären Argentinien, Uruguay und Chile. Wiesbaden 2007.
- Svendsen*, Cristin: Monitoreo de Independencia Judicial y Asociacionismo. La situación guatemalteca 2002. IECCP. Guatemala 2003.
- Tangermann*, Klaus Dieter (Hrsg.): Demokratisierung in Mittelamerika. Demokratische Konsolidierungen unter Ausschluss der Bevölkerung. Münster 1998.
- Tecú Osorio*, Jesús: Memoria de las Masacres de Río Negro. Guatemala 2002.

- Teitel*, Ruti G.: *Transitional Justice*. Oxford 2000.
- Torres Rivas*, Edelberto / *Aguilera*, Gabriel: *Del Autoritarismo a la Paz*. Guatemala 1998.
- Torres Rivas*, Edelberto: El desarrollo democrático a la luz de un lustro de paz: un balance preliminar, in: *Revista Debate* 51: A 5 años de la firma de la paz en Guatemala. Un balance crítico. FLACSO. Guatemala 2002.
- Ugarte*, José Manuel: *La reforma de la inteligencia en Guatemala*. Buenos Aires. 2004.
- Villa-Vicencio*, Charles / *Doxtader*, Eric (Hrsg.): *Peaces of the puzzle. Keywords on Reconciliation and Transitional Justice*. Institute for Justice and Reconciliation. 2005.
- Villagrán Kramer*, Francisco: *Biografía Política de Guatemala*. Vol. II. Años de Guerra y Años de Paz. Guatemala 2004.
- Wenke*, Hans: „Bewältigte Vergangenheit“ und „Aufgearbeitete Geschichte“. Zwei Schlagworte, kritisch beleuchtet, in: *GWU*, 11 Jahrgang 1960. S. 66ff.
- Wilson*, Richard: *Ametralladoras y Espíritus de la Montaña*. Los efectos culturales de la represión estatal entre los q'eqchi'es de Guatemala. Textos Ak'Kutan. Guatemala 1993.
- Wilson*, Richard: *Violent Truths: The Politics of memory in Guatemala*. London. University of London. School of Advanced Studies. Institute of Latin American Studies. London 1997.
- Wilson*, Richard: Verdades violentas. Las políticas de recordar el pasado en Guatemala, in: *Armon*, Jeremy und andere (Hrsg.): *Guatemala 1983 – 1997. ¿Hacia dónde va la transición?* Zeitschrift *Debate* 38. Flacso. Guatemala 1998.
- Zalaquett*, José: *Balancing Ethical Inoperatives and Political Constraints*, in: *Hastings Law Journal*. 43 (6) 1992.
- Zinecker*, Heidrun: *Krise in Zentralamerika?* In: *Boeckh*, Andreas / *Öhlschläger*, Rainer (Hrsg.): *Krisenregionen in Lateinamerika*. Weingartener Lateinamerika-Gespräche 2005. Institut für Iberoamerika-Kunde. Hamburg 2006. S. 129-174.
- Zur*, Judith: *Represión y culturas indígenas*, in: *Pérez Sales*, Pau: *Actuaciones Psicosociales en Guerra y Violencia Política*. Ex Libris Ediciones. Madrid 1999. S. 79-89.

Ich versichere, dass ich noch keinen Versuch gemacht habe, eine Doktorprüfung abzulegen. Die hier vorgelegte Dissertation habe ich selbstständig und ohne fremde Hilfe abgefasst. Ich habe keine anderen Quellen und Hilfsmittel als die angegebenen benutzt. Diesen Werken wörtlich oder sinngemäß entnommene Stellen habe ich als solche gekennzeichnet.

Dirk Bornschein (Berlin, 12.12.2009)